16. Jahrgang

1/89

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege

DIE ALTE STADT

Historische Stadtgeographie

Dietrich Denecke	Stadt als geographische Gesamtdarstellung
Jeremy W. R. Whitehand	Morphologische Aspekte der Stadterneuerung in Großbritannien
Jürgen Lafrenz	Vorindustrielle Stadtgestalt
Norbert de Lange	Die Entwicklung des tertiären Sektors

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst

ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt, Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Johannes Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,–; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,– einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,– einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

INHALT

ABHANDLUNGEN

HISTORISCHE STADTGEOGRAPHIE

BURKHARD HOFMEISTER, Editorial ... 1

DIETRICH DENECKE, Stadtgeographie als geographische Gesamtdarstellung und komplexe geographische Analyse einer Stadt ... 3

JEREMY W. R. WHITEHAND, Stadterneuerung in Großbritannien seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein morphologischer Ansatz ... 24

JÜRGEN LAFRENZ, Bewertungszyklen vorindustrieller Stadtgestalt im Industriezeitalter ... 39

NORBERT DE LANGE, Die Entwicklung des tertiären Sektors. Wachstum der Wirtschaftssektoren in Deutschland und ausgewählten Städten sowie Standortdynamik Düsseldorfer Rechtsanwaltskanzleien ... 58

WILHELM LANDZETTEL, Bindung an die Gestalt ... 78

SANIERUNGSBERICHT

GERALD STROHMEIER, Altstadtsanierung: zum Beispiel Einbeck ... 93

AUTOREN ... 114

NOTIZEN ... 115

BESPRECHUNGEN

Verwaltungsgeschichte

KURT G. A. JESERICH / HANS POHL / GEORG-CHRISTOPH VON UNRUH, Das Reich als Republik in der Zeit des Nationalsozialismus *(Wilhelm Ribhegge)* ... 118

Stadtbaugeschichte, Stadtsanierung, Denkmalpflege

MARIANNE RODENSTEIN, »Mehr Licht, mehr Luft«. Gesundheitskonzepte im Städtebau seit 1750 *(Heide Berndt)* ... 121

URSULA VON PETZ, Stadtsanierung im Dritten Reich *(Dirk Schubert)* ... 123

Werner Durth / Niels Gutschow, Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre *(Falk Jäger)* ... 124

Hartwig Beseler / Niels Gutschow, Kriegsschicksale Deutscher Architektur. Verluste, Schäden, Wiederaufbau *(Falk Jäger)* ... 125

Georg Dehio / Alois Riegl, Konservieren, nicht restaurieren. Streitschriften zur Denkmalpflege um 1900 *(Falk Jäger)* ... 126

Wohnalltag und Wohnungsbaugeschichte

Wolfgang von Hippel / Ute Mocker / Sylvia Schaut, Wohnen im Zeitalter der Industrialisierung. Esslingen am Neckar 1800–1914 *(Wolfgang R. Krabbe)* ... 128

Gerhard Fehl (Hrsg.), Werksiedlungen im Aachener Revier *(Eduard Führ)* ... 129

Axel Schildt, Die Gründelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg *(Dirk Schubert)* ... 130

Stadtarchäologie

Wolfgang Radt, Pergamon. Geschichte und Bauten. *(Holger Sonnabend)* ... 131

Städteforschung

Gerhard Schweizer, Zeitbombe Stadt *(Robert Ziller)* ... 133

Freiraumplanung

G. Gröning / J. Wolschke-Bulmann, Der Drang nach Osten *(Dirk Schubert)* ... 134

Landschaftsökologie

Hans Weiss, Die unteilbare Landschaft. Für ein erweitertes Umweltverständnis *(Eggert Sass)* . 135

Editorial

Die Anthropogeographie oder Humangeographie ist zwar in erster Linie *gegenwartsbezogenes* Studium der vom Menschen umgestalteten Erdoberfläche und ihrer Teilräume. Jedoch ist es in Deutschland seit dem Aufkommen der modernen wissenschaftlichen Geographie, d. h. seit dieses Fach an den Universitäten mit Lehrstühlen ausgestattet wurde, Tradition, daß die Siedlungsgeographie deutlich genetisch-historisch ausgerichtet gewesen ist. Das trifft allerdings in höherem Maße für die Erforschung der ländlichen als die der städtischen Siedlungen zu.

Jedoch gab es in der Stadtgeographie eine Frühphase, etwa zwischen 1880 und der Jahrhundertwende, in der die Frage nach der Lage, also die ureigenste Frage der Geographie, nämlich *wo* Städte entstanden, im Vordergrund des Interesses stand, gleich aber verknüpft mit der weiterreichenden Frage nach der *Raumqualität* des Siedlungsplatzes und den *Motiven* seiner Wahl. Als eine der klassischen Arbeiten sei die des Begründers der Anthropo-Geographie – so der Titel seines Hauptwerkes in der von ihm damals verwendeten Schreibweise –, Friedrich Ratzel, genannt: »Die geographische Lage der großen Städte« (1903).

Mehrfache Pendelausschläge brachten die deutsche Stadtgeographie während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer wieder in andere Richtungen: die physiognomische Phase mit der eingehenden Betrachtung von Grund- und Aufriß der städtischen Siedlungen, später dann die Hinwendung auf die städtischen Funktionen sowie deren Reichweiten mit der Kernfrage der zentralen Orte, schließlich die intensive Beschäftigung mit der Problematik der Struktur oder dem inneren Gefüge der Städte, zunächst mit besonderer Betonung der Citybildung, bald auch mit globaler Ausweitung auf den interkulturellen Vergleich, also die Stadt auf dem Hintergrund der verschiedenen Kulturräume der Erde, und als jüngste Tendenz die verstärkte Hinwendung auf die sozialen Fragen mit der Untersuchung der Ungleichheiten innerhalb des städtischen Raumes.

Erst relativ spät, und das heißt in diesem Zusammenhang: nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, begannen einige Stadtgeographen damit, den genannten Fragestellungen nun auch in ihrer *historischen Dimen-*

sion nachzugehen. Aus geographischer Feder entstanden Arbeiten zur Entwicklung und Veränderung der Stadtgestalt, im englischen Sprachraum mit etwas anderem Akzent unter dem Stichwort urban morphology, zur Stadtkernforschung, die zunächst von Archäologen und Historikern betrieben wurde, zu dem Themenkomplex Vorstadtwachstum, Stadterweiterungen und Vorortbildung, zur sozialen Gliederung des Stadtgebietes im 18. und 19. Jahrhundert, zur historischen Zentralität und zur räumlichen Persistenz bestimmter Berufssparten im Stadtgebiet und zu einigen anderen Aspekten. So versucht die Stadtgeographie seit einiger Zeit, auch in dem Grenzbereich zwischen Geschichte und Geographie ihren Beitrag zu einer sich immer stärker herausbildenden, interdisziplinär angelegten *Stadtforschung* zu leisten.

In dem vorliegenden Heft können naturgemäß nur wenige der genannten Aspekte aus dem breiten Fächer der Historischen Stadtgeographie berücksichtigt werden. Dietrich Denecke stellt in seinem Aufsatz theoretische und methodische Überlegungen zur historisch-geographischen Behandlung der Entwicklung der Stadt an. Jeremy W. R. Whitehand befaßt sich in seinem Beitrag mit den Veränderungen von Grund- und Aufriß infolge von Sanierungstätigkeiten und dem Auftreten neuer Wohn- und Geschäftsgebäude in Glasgow seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts und stellt dabei verschiedene Bebauungszyklen heraus. Jürgen Lafrenz geht auf die Veränderungen der vorindustriellen Stadtgestalt seit den 1860er Jahren am Beispiel der Altstadt von Lübeck unter dem speziellen Gesichtspunkt ihrer mehrfach veränderten Bewertung im Industriezeitalter und nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Norbert de Lange untersucht am Beispiel der Rechtsanwaltskanzleien die innerstädtische Standortproblematik einer für die City bedeutsamen Bürofunktion für Düsseldorf während der letzten 120 Jahre. Ständiger Wandel von Formen und Funktionen aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen und Einschätzungen ist der Tenor aller Beiträge.

Burkhard Hofmeister März 1989

Dietrich Denecke

Stadtgeographie als geographische Gesamtdarstellung und komplexe geographische Analyse einer Stadt

I. Die Stadt als räumliches Individuum und als Stadtlandschaft II. Die Stadt innerhalb einer Städtegruppe: Die vergleichende Betrachtung und regionale Stadttypen III. Die historische Perspektive in der Stadtgeographie IV. Praxisbezogene Problemstellungen in der individuellen Stadtgeographie V. Stadtgeographie in der Form stadtgeographischer Exkursionsführer VI. Schlußbetrachtung

Fragestellungen und methodische Ansätze der Stadtgeschichtsschreibung sind immer wieder diskutiert worden, vor allem auch angesichts der zahlreichen Stadtgeschichten verschiedenster Art, die gerade in den letzten zwanzig Jahren erarbeitet worden sind.[1] Dem hat die Geographie mit der Aufgabe einer individuellen Stadtgeographie nahezu nichts entgegenzusetzen, wenn auch auf einer langen Tradition aufbauend verschiedene neuere Arbeiten zu nennen sind, die in die Reihe monographischer Stadtgeographien zu stellen wären. Es soll hier versucht werden, einen ordnenden Überblick über die bisherigen geographischen Arbeiten zu geben, mit einem besonderen Blick auf den Wandel der Betrachtungs- und Darstellungsweisen im Laufe der Forschungsgeschichte. Wesentlich ist dabei auch die Betrachtung der Zusammenhänge zwischen stadtgeschichtlichen Fragestellungen einerseits und stadtgeographischen Sachverhalten und Problemstellungen andererseits, sei es in der Gegenüberstellung von Arbeiten der jeweiligen Richtung oder in der Verknüpfung im Rahmen einer im komplexen Sinne historisch-geographischen Arbeit.[2]

[1] *H. Croon,* Forschungsprobleme der neueren Stadtgeschichte, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 105 (1969), S. 14–26; *A. Ságvári,* Aufgaben der vergleichenden Stadtgeschichtsschreibung und der Stadtarchive, in: Zs. für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 2 (1975), S. 316–320; *H. Herzfeld* und *C. Engeli,* Neue Forschungsansätze in der modernen Stadtgeschichte, in: Archiv für Kommunalwissenschaft 14 (1975), S. 1–21; *H.-G. Reuter,* Stadtgeschichtsschreibung im Wandel, in: Archiv für Kommunalwissenschaft 17 (1978), S. 68–83; *W. H. Schröder* (Hrsg.), Moderne Stadtgeschichte, Stuttgart 1979; *M. E. Specker,* Wie schreibt man eine moderne Stadtgeschichte?, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 1979, 1, S. 1–5; Eine ganze Reihe von Aufsätzen zum Thema als Ergebnis eines speziellen Kolloquiums, das 1980 in Berlin abgehalten wurde, findet sich in: *C. Engeli, W. Hofmann u. H. Matzerath* (Hrsg.), Probleme der Stadtgeschichtsschreibung, Informationen zur modernen Stadtgeschichte, Beih. 1, Berlin 1981. Hier (S. 143–160) auch eine »Bibliographie neuerer Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Städte«, die in Literatur- und Arbeitsberichten in den halbjährlich erscheinenden »Informationen zur modernen Stadtgeschichte« fortgesetzt ist.

[2] Zu der umfangreichen Arbeit der allgemeinen historischen Stadtgeographie vgl. als Einführung: *H. Carter,* An introduction to urban historical geography, London 1983; eine Übersicht über die jüngeren Forschungen zur historischen Stadtgeographie in England und in Deutschland wird ver-

Bemerkenswert ist, im Vergleich zu der vielschichtigen Arbeit an stadtgeschichtlichen Darstellungen, daß stadtgeographische Beiträge nahezu ausschließlich wissenschaftliche Darstellungen und Analysen sind. Das Schreiben von Stadtgeschichten wird sehr wesentlich aus einer ortsgeschichtlichen Arbeit heraus betrieben, getragen von Geschichtsvereinen, Archivaren und Laienforschern und erst in jüngerer Zeit auch verstärkt von Wissenschaftlern, und es wird in breitem Maße auch als kommunale Aufgabe angesehen.[3] Die stadtgeographische Arbeit dagegen ist bis heute weitgehend eine wissenschaftliche Aufgabe geblieben. Erst in jüngerer Zeit findet die Stadtgeographie über ihren analytischen, quantitativen und planungskritischen Ansatz den Weg zu einer anwendungsorientierten Grundlagenforschung[4] und hier und da auch schon zu populären Stadtbeschreibungen. Gerade dieser Weg ist heute entscheidend auszubauen, vom methodischen Ansatz her wie auch durch vermehrte empirische Einzeldarstellungen.

Anlaß, Organisation und Ziel der Erarbeitung einer stadtgeographischen Darstellung sind grundlegend anders als bei der Stadtgeschichtsschreibung. Die vorliegenden geographischen Arbeiten sind fast ausschließlich Dissertationen, d. h. wissenschaftliche Erstlingsarbeiten, bei denen das analytische, reihende und systematische Vorgehen im Vordergrund steht. Für die Erfassung eines sehr komplexen geographischen Individuums, wie es die Stadt ist, wird die notwendige übergeordnete Synthese kaum angestrebt oder auch nicht erreicht. Noch wesentlicher aber ist, daß die einzelne Stadt selbst meist nur ein Objekt ist, an dem allgemeingeographische Methoden und Problemstellungen exemplifiziert werden. Diese Fragestellungen einer allgemeinen Stadtgeographie stehen im Vordergrund, sie strukturieren die Gesamtdarstellung und bestimmen die Auswahl des Materials und der Aspekte, die zur Darstellung kommen. Dies bedeutet, daß die monographischen Arbeiten zu einzelnen Städten vom Forschungsansatz her jeweils neue Bereiche zu erschließen suchen und daß sie damit auch ein Spiegel der Entwicklung der allgemeinen Stadtgeographie sind. Gerade diese Tatsache hat jedoch die individuelle monographische oder auch landschaftskundliche

mittelt in: *D. Denecke* u. *G. Shaw* (Hrsg.), Urban historical geography. Recent progress in Britain and Germany, Cambridge Studies in Historical Geography 10, Cambridge 1988. Vgl. hier besonders: *R. Dennis u. H. Prince,* Research in British urban historical geography, S. 9–23 und *D. Denecke,* Research in German historical geography, S. 24–33; hier auch eine Übersicht über ältere Forschungsberichte zur Stadtgeographie (Anm. 1, S. 334).

[3] Dies geht explizit aus der Vertretung der Stadtgeschichte im Deutschen Institut für Urbanistik hervor und aus dem stetigen Ausbau der Institution der Stadtarchive, von denen aus die Erarbeitung von Stadtgeschichten sehr intensiv betrieben wird.

[4] Zur angewandten historischen Geographie vgl. allgemein: *D. Denecke,* Historische Geographie und räumliche Planung, Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg 75 (1985) S. 3–55; zur angewandten Stadtgeographie vgl. besonders *F. Schaffer,* Angewandte Stadtgeographie – Projektstudie Augsburg, Forschungen zur deutschen Landeskunde 226, Trier 1986 und *F. Schaffer,* Die Identität der Altstadt, Komponenten und Gestaltbarkeit durch kommunale Investitionen – Beispiel Augsburg, Verhandlungen des deutschen Geographentages 46 (1988), S. 173–178.

Stadtgeographie seit den siebziger Jahren nahezu zum Erliegen gebracht.[5] Mit der Hinwendung der Geographie von der komplexen landeskundlichen Forschung zur allgemeinen, problemorientierten und analytischen Geographie ist die Stadtgeographie zur analytischen Strukturlehre geworden, bei der die Stadt in ihrer spezifischen individuellen Eigenheit oder als ein sehr eigenständiger Teil der Landschaft kaum noch eine Rolle spielt. Die »neue Stadtgeographie« wendet sich Einzelproblemen zu, Wandlungsprozessen, Strukturveränderungen und Steuerungsfaktoren, die nicht beschrieben und erklärt, sondern analysiert und bewertet werden.[6]

Letztlich möchte der Beitrag, gerade aus dieser Situation einer Vernachlässigung und einer durch eine Veränderung der Forschungsziele und Forschungsansätze bedingten Auflösung der individuellen Stadtgeographie heraus auch dazu anregen, die geographische Arbeit auf dem Gebiet einer komplexen historisch-geographischen und monographischen Darstellung der einzelnen Stadt ganz wesentlich zu intensivieren. Mögen der Stellenwert und die vielfältige Bedeutung der individuellen (besonderen) Stadtgeographie auch in der heutigen Wissenschaft und besonders für die öffentliche Arbeit aus dieser Betrachtung heraus deutlich werden.

I. Die Stadt als räumliches Individuum und als Stadtlandschaft

1. Die Stadtlandschaft als räumliche Einheit

Die Betrachtung der Stadt als ein Teil der Landschaft und als Aufgabe im Rahmen einer Landschaftskunde bedingte, daß die Stadt – vor allem seit den zwanziger Jahren – im Rahmen eines Ausschnittes aus der Kulturlandschaft gesehen wurde.[7] Der Blick

[5] Konnten für die Zeit zwischen 1952 und 1970 für den deutschsprachigen Raum noch 110 Arbeiten zum Städtesystem und zu Städtegruppen, 69 umfangreiche Städtemonographien und 178 Kurzdarstellungen einzelner Städte, d. h. insgesamt 357 komplexe stadtgeographische Darstellungen gezählt werden, so ist diese Zahl für die folgenden 20 Jahre etwa auf ein Viertel zusammengeschrumpft. Der Schwerpunkt geographischer Forschung hat sich eindeutig von monographischen Arbeiten zu allgemeinen Problemuntersuchungen hin verschoben; vgl. *P. Schöller,* Tendenzen der stadtgeographischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Erdkunde 27 (1973), S. 26–34.

[6] Vgl. hierzu die Übersichtsdarstellungen: *B. Hofmeister,* Die Stadtstruktur, Erträge der Forschung 132, Darmstadt 1980; *E. Lichtenberger,* Stadtgeographie – Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse, Teubner Studienbücher Geographie, Stuttgart 1986.

[7] Vgl. als Beispiele: *F. Schwieker,* Hamburg. Eine landschaftskundliche Stadtuntersuchung, Hamburg 1925; *S. Ziegler,* Die Stadt Essen. Die Grundlagen ihrer Besiedlung, die Siedlung selbst und ihre Auswirkungen auf das natürliche Landschaftsbild, Beiträge zur Landeskunde des Ruhrgebietes II, Essen 1929; *W. Brünger,* Herford. Eine siedlungsgeographische Untersuchung, Beiträge zur westfälischen Landeskunde 3 (1936); *G. Höhl,* Bayreuth. Die Stadt und ihr Lebensraum, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft München 34 (1943), S. 1–132; *U. Wolf,* Der Begriff »Stadtlandschaft«, in: Die neue Stadt 7 (1953), S. 224–227; *H. Boy,* Die Stadtlandschaft Oldenburg. Siedlungsgeographie einer niedersächsischen Stadt, Hamburger Geographische Studien 5 (1954), Veröffentlichungen des niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik R A I, 52 (1954); *A. Herold,* Würzburg – Analyse einer Stadtlandschaft, Berichte zur deutschen Landeskunde 35 (1965), S. 185–229.

wurde allgemein von außen her auf die Stadt gerichtet, wie in den frühen Stadtansichten des 16.–19. Jahrhunderts. Dabei gibt die umgebende Landschaft nicht nur einen Rahmen ab, sondern sie ist ein wesentlicher Teil des betreffenden Raumes, der vielfältige Vorbedingungen für die Existenz, die Lage, die Topographie und auch die Wirtschaft der Stadt schafft. Die Stadtgeographien dieser Zeit beginnen deshalb fast immer mit einer kurzen Darstellung der naturräumlichen Situation und der umliegenden Siedlungslandschaft. In diesen Rahmen wird dann die »Stadtlandschaft« hineingestellt und als siedlungsgeographisches Element behandelt. Der physiognomische Betrachtungsansatz, d. h. das Stadtbild, die Stadt als siedlungsgeographisches Forschungsobjekt im Rahmen einer Kulturlandschaftsgeschichte bestimmen die Stadtgeographie zum Teil bis in die sechziger Jahre, obgleich schon am Ende der zwanziger Jahre ein Umbruch zur funktionalen Betrachtung hin erkennbar wird.[8]

[8] Vgl. als ausgewählte Beispiele: *M. Toeppen,* Geschichte der räumlichen Ausbreitung der Stadt Elbing mit besonderer Berücksichtigung ihrer Befestigungen und ihrer wichtigsten Gebäude, in: Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins 21 (1887), Danzig; *O. Dalchow,* Die Städte des Warthelandes, Leipzig 1910; *R. Blanchard,* Grenoble. Étude de Géographie urbaine, Paris 1912; *W. Geisler,* Danzig, ein siedlungsgeographischer Versuch, Halle-Wittenberg 1918; *W. Geisler,* Die Großstadtsiedlung Danzig, Danzig 1918; *T. Biehl,* Bremen, eine landschaftskundliche Stadtuntersuchung, Bremen 1922; *E. Keyser,* Die Stadt Danzig, Berlin, Stuttgart 1925; *F. Reiche,* Greifswald. Eine Stadtmonographie auf geographischer Grundlage, Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft Greifswald Beih. 1 (1925); *F. Langenheim,* Lüneburg. Eine Stadtuntersuchung auf geographischer Grundlage, Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft Hannover (1926); *K. Mader,* Freiburg i. Br., ein Beitrag zur Stadtgeographie, Badische Geographische Abhandlungen 2 (1926); *M. Prümper,* Aachen. Geographische Betrachtung einer rheinischen Stadt, Aachener Beiträge zur Heimatkunde 1 (1926); *P. Schöck,* Das Stadtbild von Heilbronn. Eine siedlungsgeographische Untersuchung, Stuttgarter Geographische Studien R. A. 10 (1927); *E. Bluhm,* Königsberg. Struktur, Einwohner, Wirtschaft und Kultur der östlichsten deutschen Großstadt in ihren geographischen und historischen Zusammenhängen, Veröffentlichungen des Geographischen Instituts an der Albertus-Universität zu Königsberg, außer der Reihe Nr. 3 (1930); *G. Endriß,* Stadtgeographie von Ulm an der Donau, Tübingen 1930; *E. Hädicke,* Kiel. Eine stadtgeographische Untersuchung, Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 36 (1930); *H. Krüger,* Höxter und Corvey. Ein Beitrag zur Stadtgeographie, Münster 1931; *F. Leyden,* Groß-Berlin, Breslau 1933; *W. Zwingelberg,* Die Stadt Hannover. Eine siedlungsgeographische Studie, Halle 1935; *A. Dambmann,* Stadtgeographie von Worms, Wormsgau Bd. 2 (1936); *F. Voggenreiter,* Die Stadt Regensburg, ihre Erscheinung und ihre Entwicklung zum neuzeitlichen geographischen Raumorganismus. Ein Beitrag zur Heimatkunde der bayerischen Ostmark, Potsdam 1936; *J. Mathiesen,* Verden und sein Lebensraum. Eine stadtgeographische Untersuchung, in: Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft Hannover (1938/39), S. 1–88; *E. Hundertmark,* Stadtgeographie von Braunschweig, Schriften der wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens N. F. 9 (1941), Veröffentlichungen des Provinzial-Instituts für Landesplanung, Landes- und Volkskunde von Niedersachsen an der Univ. Göttingen R. A I 9 (1941); *E. Büker,* Das Siedlungsbild der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt 1952; *K. Fick,* Buxtehude. Siedlungsgeographie einer niedersächsischen Geestrandstadt, Hamburger Geographische Studien 1 (1952); *P. Gluth,* Dinkelsbühl. Die Entwicklung einer Reichsstadt, Dinkelsbühl 1958; *P. Gluth,* Dinkelsbühl. Eine Stadtgeographie auf wirtschaftsgeographischer Grundlage, Dinkelsbühl 1958; *H.-G. Peukert,* Siedlungsgeographische Betrachtung der Stadt Stade, Hamburg 1963; *W. R. Krutsch,* Wolfsburg. Beiträge zur Kulturlandschaftsgeschichte des Stadtgebietes vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Braunschweiger Geographische Studien 2 (1966); *J. Ferger,* Lüneburg. Eine siedlungsgeographische Untersuchung, Forschungen zur deutschen Landeskunde 173 (1969); *H. P. Dorfs,* Wesel. Eine stadtgeographische Monographie mit einem Vergleich zu anderen Festungsstädten, Forschungen zur deutschen Landeskunde 201 (1972); *B. Hofmeister,* Berlin. Eine geographische Strukturanalyse der 12 westlichen Bezirke, Wissenschaftliche Länderkunden 8 (1975); *H. Decker-Hauff u. I. Eberl* (Hrsg.), Blaubeuren. Die Entwicklung einer Siedlung in Südwestdeutschland, Sigmaringen 1985.

Der Begriff der Stadtlandschaft spielt dann als Betrachtungsansatz seit den zwanziger Jahren bis in die sechziger Jahre eine gewichtige Rolle in der Stadtgeographie, wird aber dann mit der allgemeinen Abwendung von der Landschaftskunde seit den siebziger Jahren kaum noch verfolgt. Bemerkenswert sind die Bemühungen von *Stewig,*[9] die stadtlandschaftliche Betrachtungsweise weiterzuführen. Während dies von geographischer Seite bis jetzt nicht gelungen ist, hat der Landeshistoriker *Escher*[10] mit dem Beispiel Berlin eine Arbeit vorgelegt, die zeigt, wie fruchtbar eine historisch landeskundliche Betrachtung auch heute ist, aufbauend auf den fortgeschrittenen Erkenntnissen stadtgeschichtlicher, stadtgeographischer und stadtkartographischer Arbeit. Auch in England ist diese landschaftskundliche Betrachtung der Stadt (urban landscape, townscape) vertreten.[11] Von wissenschaftlichen Arbeiten ausgehend ist sie in populäre Darstellungen übergegangen.

Entscheidend ist gerade bei diesem Ansatz die synthetische, ganzheitliche Betrachtungsweise in der Form monographischer Darstellung. Diese ist allerdings allgemein in Sachkapitel untergliedert, die den Arbeiten oft einen systematischen Charakter verleihen: Naturraum und Landschaft, geschichtliche und topographische Entwicklung, Bevölkerung und Wirtschaft sind wesentliche Abschnitte, die mehr oder weniger historisch rückblickend behandelt werden. Seltener ist eine chronologische Abfolge, wobei dann die einzelnen Epochen auch jeweils wieder systematisch unterteilt sind.

Von der großräumlichen Betrachtung her und der Bedeutung der Verkehrsbeziehungen für die städtische Entwicklung einer Siedlung ist die geographische Lage der Stadt im Netz der Fernverkehrswege als Betrachtungsrahmen entwickelt worden. Damit kommen Ende der zwanziger und in den dreißiger Jahren funktionale Gesichtspunkte in die Stadtgeographie hinein, sowie Erklärungsversuche in bezug auf den Standort und die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt. Die klassische Arbeit von *H. Dörries* über »die Städte im oberen Leinetal, Göttingen, Northeim und Einbeck« (1925)[12] hat als Modell in der Folgezeit weitreichende Wirkung gehabt. Dabei spielte auch die sogenannte Rastorttheorie eine gewichtige Rolle, d. h. die Vorstellung der Herausbildung eines Städtenetzes im Zuge von Fernstraßen im Abstand von Tagesrei-

[9] *R. Stewig,* Kiel – Einführung in die Stadtlandschaft –, Kiel 1971.

[10] *F. Escher,* Berlin und sein Umland. Zur Genese der Berliner Stadtlandschaft zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Publikationen der Sektion für die Geschichte Berlins 1 (1985), Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 47 (1985).

[11] Vgl. als Überblicke: *E. Johns,* British townscapes, London 1965; *M. Aston u. C. J. Bond,* The landscape of towns, London 1976.

[12] *H. Dörries,* Die Städte im oberen Leinetal, Göttingen, Northeim und Einbeck, Göttingen 1925.

sen und an Verkehrskreuzen oder Flußübergängen. Diese kausalgenetische Betrachtung bildet dann bei vielen Stadtgeographien das einleitende Kapitel.

Die funktionalräumliche Betrachtung der Stadtlandschaft seit den dreißiger Jahren führte in der Weiterentwicklung dazu, daß nicht nur in einem besonderen Kapitel einer Stadtmonographie auf die zentralörtliche Bedeutung und den zentralörtlichen Bereich eingegangen wurde, sondern daß diese Fragestellung auch das gesamte Konzept einer monographischen Darstellung ausmachen konnte.[13]

2. Die entwicklungsgeschichtliche Betrachtung (Morphogenese)

Eines der zentralen Anliegen stadtgeographischer Forschung und Darstellung ist (war) die Rekonstruktion der Morphogenese, der baulichen Entwicklung der Stadt in Grundriß und Aufriß. Vielfach wird der Vorgang der Expansion der Stadt, in einzelnen Wachstumszonen zusammengefaßt, in Übersichtskarten dargestellt, wie dies als ein Vorbild von *Louis* erstmalig für Berlin vorgenommen worden ist.[14] Etwas genauer, d. h. in größerem Maßstab, aber auch immer noch für einzelne Zeitschnitte zusammengefaßt und in Flächenfarben oder Rastern verdeutlicht, sind dann Kartierungen für einzelne Städte, deren großräumige Expansion während des 19. und 20. Jahrhunderts dargestellt werden sollte.[15] Grundlage dieser Kartierungen sind die Auswertung des gesamten älteren Kartenmaterials aber auch typologische Kartierun-

[13] *K. Albrecht,* Reutlingen und sein Raum. Versuch einer geographischen Betrachtung der Industriestadt Reutlingen und ihres Einflußgebietes. Erdgeschichtliche und landeskundliche Abhandlungen aus Schwaben und Franken 16 (1935); *H. Klemt,* Die Stadt Hanau und ihr Umland in ihren wechselseitigen Beziehungen. Eine geographische Untersuchung. Rhein-Mainische Forschungen 24 (1940); *W. Wöhlke,* Bremervörde und sein Einzugsgebiet, Göttinger Geographische Abhandlungen 12 (1952); *K.-D. Vogt,* Uelzen – Seine Stadt-Umland-Beziehungen in historisch-geographischer Betrachtung, Göttinger Geographische Abhandlungen 47 (1968); *D. Böhm,* Kitzingen am Main. Stadtgeographische und zentralörtliche Beziehungen, Würzburger Geographische Arbeiten 28 (1969).

[14] *H. Louis,* Die geographische Gliederung von Groß-Berlin, in: *H. Louis* u. *W. Panzer* (Hrsg.), Länderkundliche Forschung, Fschr. f. N. Krebs, Stuttgart 1936, S. 146–171; Zur Weiterentwicklung dieser Forschung vgl. die Forschungsübersicht von *J. W. R. Whitehand,* Urban fringe belts – development of an idea, in: Planning Perspectives 3 (1988), S. 47–58.

[15] *K. M. Ris,* Leverkusen. Großgemeinde-Agglomeration-Stadt, Forschungen zur deutschen Landeskunde 99 (1957); *I. Möller,* Die Entwicklung eines Hamburger Gebietes von der Agrar- zur Großstadtlandschaft. Mit einem Beitrag zur Methode der städtischen Aufrißanalyse, Hamburger Geographische Studien 10 (1959); *M. R. G. Conzen,* Alnwick, Northumberland – A study in town – plan analysis, The Institute of British Geographers 27, Oxford 1969²; *K. Haubner,* Die Stadt Göttingen im Eisenbahn- und Industriezeitalter. Geographische Betrachtung der Entwicklung einer Mittelstadt im Zeitraum 1860 bis 1960, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Instituts für Landeskunde und Landesentwicklung an der Universität Göttingen R. A I 75 (1964); *H. Bobeck* u. *E. Lichtenberger,* Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Köln/Graz 1966; *D. Jaschke,* Reinbeck. Untersuchungen zum Strukturwandel im Hamburger Umland, Hamburger Geographische Studien 29, Hamburg 1973; *J. Bähr* (Hrsg.), Kiel 1879–1979. Entwicklung von Stadt und Umland im Bild der Topographischen Karte 1:25000, Kieler Geographische Schriften 58 (1983).

gen des Baubestandes im Gelände. Diese Geländebeobachtung und Typologie einer Aufrißanalyse war bereits für *Louis* die grundlegende Arbeitsmethode, die schon von ihm im Rahmen von Geländepraktika mit der Hilfe von Studenten vorgenommen wurde, so wie dies dann auch von *Bobeck* und *Lichtenberger* für Wien durchgeführt worden ist. Die Erstellung einer Baualterskarte oder Stiltypenkartierung Haus für Haus ist dann eine Arbeitsweise, die für den Altbaubestand der Innenstädte angewandt worden ist, zurückgehend auf *Hassinger,* vor allem aber auf *H. Dörries.*[16] Dieser Arbeit von *Dörries* folgten dann, alle von Göttingen ausgehend, eine ganze Reihe von Stadtmonographien, bei denen die Baualterskartierung jeweils einen sehr wesentlichen Teil der Arbeit ausmachte.[17] Standardisiert und im Rahmen großräumiger Projekte serienmäßig durchgeführt wurden diese Baualterskartierungen dann von *Klaar* für Österreich und in Bayern,[18] beide nunmehr bereits mit dem Ziel, einheitliche und vergleichbare Grundlagen bzw. Inventare zu schaffen für die erhaltende Stadtplanung und die Baudenkmalpflege.

Im Rahmen geographischer Stadtmonographien, aus denen diese Arbeitsweise hervorgegangen ist, hat *Ohnesorge*[19] für Wolfenbüttel einen vorbildlichen Standard erreicht, und *Lafrenz*[20] hat für Lübeck gezeigt, in welcher Weise aus stadtgeographischen Untersuchungen Grundlagen für Stadtplanung und Stadtsanierung entwickelt werden können.

Die Fragestellung ist in der allgemeinen Stadtgeographie bereits weiterentwickelt worden, gerichtet auf den Vorgang der Sukzession oder der Abfolge von Gebäuden und Gebäudenutzungen auf jeder einzelnen Parzelle und auf die wirtschaftlichen Hintergründe, die hinter diesen meist intensiveren und höherwertigeren Nutzungen stehen.[21] In Stadtmonographien ist dieser Ansatz allerdings noch kaum eingegangen.

3. Die städtebauliche Analyse

Schon von Beginn an hat die stadtgeographische Analyse in enger Beziehung zu Untersuchungen städtebaulicher Entwicklung gestanden, vor allem unter dem Ge-

[16] *H. Dörries* (s. A 12).

[17] *A. Beuermann,* Hann.-Münden. Das Lebensbild einer Stadt, Göttinger Geographische Abhandlungen 9 (1951).

[18] *A. Klaar,* Baualterpläne Österreichischer Städte, 1:2000, Wien 1968ff.; *V. Mayr,* Baualtersplan zur Stadtsanierung, Amberg, Bayerisches Landesamt f. Denkmalpflege (Hrsg.), Baualterspläne zur Stadtsanierung in Bayern 1, München 1972.

[19] *K.-W. Ohnesorge,* Geographie einer ehemaligen Residenzstadt – Wolfenbüttel, Braunschweiger Geographische Studien 5 (1974).

[20] *J. Lafrenz,* Die Stellung der Innenstadt im Flächennutzungsgefüge des Agglomerationsraumes Lübeck. Grundlagenforschungen zur erhaltenden Stadterneuerung, Hamburger Geographische Studien 33 (1977).

[21] Vgl. hierzu besonders *J. W. R. Whitehand,* Building cycles and the spatial pattern of urban growth, in: Transactions of the Institute of British Geographers 56 (1972), S. 39–55; *J. W. R. Whitehand,* The changing face of cities – A study of development cycles and urban form, Institute of British Geographers, Special publication 21, Oxford 1987.

sichtspunkt der Grundrißanalyse und der darin erkennbaren Wachstumszonen einer Stadt. So wird die Grundrißentwicklung in den monographischen Stadtgeographien allgemein in einem gesonderten Kapitel behandelt, oft bis in das Mittelalter zurückreichend. Die morphogenetische Betrachtungsweise der dreißiger Jahre hat jedoch auch einige spezifische Darstellungen unter dem Gesichtspunkt der städtebaulichen Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert für einige Städte entstehen lassen.[22] Dieser Ansatz hätte eigentlich weit intensiver fortgesetzt und vor allem jetzt wieder von der historischen Stadtgeographie erneut aufgegriffen werden müssen, im Zuge der in jüngster Zeit intensiv aufgelebten Planungsgeschichte. Hierher gehört auch die Entwicklung und Auswirkung von Zonierungen und Flächennutzungsplänen, die Auswirkung von Baugesetzen oder die Erscheinung ehemaliger Wachstumszonen und Bebauungsgrenzen im heutigen Stadtbild.

4. Die innerstädtische Gliederung

Die innere bauliche, funktionale und soziale Gliederung der Stadt ist von der allgemeinen Stadtgeographie vor allem der sechziger Jahre als eine wesentliche Forschungsaufgabe angesehen worden, im Zusammenhang mit räumlichen Gliederungen verschiedenster Art (Landschaftsgliederung, naturräumliche Gliederung, kulturräumliche Gliederung, funktionalräumliche Gliederung, sozialräumliche Gliederung), unter dem allgemeinen Ansatz einer räumlichen Ordnung, vor allem aber ausgehend von den Prinzipien einer Landschaftsgliederung. Für die Stadt ging es dabei darum, eine innere räumliche Differenzierung nachzuweisen und mit Grenzen festzulegen. Genetische, vor allem aber funktionale und soziale Phänomene wurden herangezogen, um in ihrer Anordnung räumliche Schwerpunkte herauszuarbeiten, die dann als dominante Faktoren jeweils Teilgebiete der Stadt charakterisieren konnten. Dabei ist, da jeweils die gesamte Stadt gegliedert werden sollte, das Problem der Abgrenzung und der Separierung jeweils wirklich eigenständiger Viertel selten zufriedenstellend zu lösen gewesen. Immerhin ist der geographische Grundansatz, nicht von einer komplexen Einheit, sondern von einem Mosaik mehr oder weniger eigenständiger Teilbereiche auszugehen, in verschiedener Hinsicht fruchtbar. Er führt in der monographischen Darstellung zu einer sinnvollen Gliederung in der Abfolge der Behandlung verschiedener Stadtteile nacheinander,[23] er führt zum Erkennen zusammenhängender Einheiten, Viertel oder Nachbarschaften und er liefert auch ein räumlich differenziertes Bild der

[22] *H. Sachse,* Der Stadtgrundriß von Bautzen. Beiträge zur Geschichte der städtebaulichen Entwicklung Bautzens, Bautzen 1926; *E. H. Krauss,* Die städtebauliche Entwicklung der Stadt Saalfeld a. d. Saale, Zeulenroda 1934; *O. Kloepper,* Das Stadtbild von Danzig in den drei Jahrhunderten seiner großen Geschichte, Die Baukunst im Deutschen Osten. Beiträge zu ihrer Gestaltungsentwicklung 5 (1937); *E. Hartmann,* Mainz – Analyse seiner städtebaulichen Entwicklung, Darmstadt 1963.

[23] *J. Blüthgen,* Erlangen. Das geographische Gesicht einer expansiven Mittelstadt, Erlanger Geographische Arbeiten 13 (1961).

Stadt, das bisherige Strukturmodelle der Stadt dynamisch aufzulösen vermag. Mag eine kommunalgeschichtliche Betrachtung der Stadt eher von zentralistischen und einheitlichen Strukturen ausgehen, so wird die geographische Betrachtung der Stadt doch mit Gewinn von der Analyse von Teileinheiten ausgehen können, die dann erst in einer weiteren Stufe der Integration in ihren Zusammenhängen im gesamten Raumgefüge dargestellt werden.

Die einzelnen Stadtteile werden als Lebens- und Funktionseinheiten gesehen, die untereinander verflochten sind. In einer Arbeit über Berlin-Zehlendorf hat *E. Müller*[24] den methodischen Ansatz der Gliederung einer Stadtlandschaft grundlegend demonstriert. Kulturlandschaftszellen und Zellentypen werden zu Zellenkomplexen und letztlich zu einem Zellenmosaik der gesamten Stadtlandschaft zusammengefügt. So anregend dieser landschaftskundliche Ansatz in der Stadtgeographie auch ist, er wird sich in der monographischen Behandlung der Stadt kaum durchsetzen, vor allem weil er doch sehr stark ideographisch, physiognomisch und morphologisch geprägt ist und zuwenig zu den funktionalen, sozialen und ökonomischen Steuerungsfaktoren vordringt. Aber auch sozialräumliche Gliederungen können zu monographischen Arbeiten heranwachsen, wenn dabei auch kaum die Gesamtdarstellung einer Stadt entsteht.[25]

5. Die Innenstadt oder Altstadt als Stadtteil

Auch wenn gerade die geographische Analyse der Stadt von der räumlichen Ganzheit ausgeht, so werden doch zunehmend auch einzelne Teile als Einheiten behandelt. Die Altstadt, d. h. der mittelalterliche Stadtkörper, wie er bis in das 18. Jahrhundert Bestand hatte, wird dabei weniger als genetische Einheit gesehen, als vielmehr als nunmehrige Innenstadt mit ihrer besonderen baulichen, funktionalen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur und mit den besonderen städtebaulichen Problemen im Zuge von Sanierungsmaßnahmen. Es sind damit spezifische Strukturmerkmale, die die Innenstädte besonders von Großstädten als eigene Stadtteile ausweisen lassen. In ihnen laufen gerade in jüngerer Zeit spezifische Strukturwandlungen ab, der Ersatz von Altbauten durch gewerblich genutzte Großbauten, die Verdrängung der Wohn-

[24] E. Müller, Berlin-Zehlendorf. Versuch einer Kulturlandschaftsgliederung, Abhandlungen des 1. Geographischen Instituts der FU Berlin 9 (1965), Vgl. auch *A. Mayr,* Ahlen in Westfalen. Siedlung und Bevölkerung einer industriellen Mittelstadt mit besonderer Berücksichtigung der innerstädtischen Gliederung, Bochumer Geographische Arbeiten 3 (1968); *S. Kutscher,* Bocholt in Westfalen. Eine stadtgeographische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des inneren Raumgefüges, Forschungen zur deutschen Landeskunde 203 (1971); Die Gliederung des Stadtgebietes, Veröff. d. Akademie f. Raumforschung u. Landesplanung, Forschungs- u. Sitzungsberichte 42, Hannover 1968, S. 199–217.

[25] *P. Braun,* Die sozialräumliche Gliederung Hamburgs, Weltwirtschaftliche Studien aus dem Institut für europäische Wirtschaftspolitik der Universität Hamburg 10 (1968); *H. Förster,* Funktionale und sozialgeographische Gliederung der Mainzer Innenstadt, Bochumer Geographische Arbeiten 4 (1968).

funktion durch gewerbliche Funktionen im Zuge einer Citybildung, die Verdrängung des Innenstadtverkehrs im Zuge einer Anlage von Fußgängerbereichen wie auch die erhaltende Sanierung, in deren Zusammenhang sich hier und da eigenständige Altstadtquartiere mit Freizeitfunktionen entwickeln. Sind alle diese Vorgänge der letzten dreißig Jahre von der allgemeinen Problemstellung her an vielen Einzelbeispielen recht gut untersucht, so sind sie in monographische Darstellungen jedoch kaum eingegangen. Bei der zunehmenden Größe und Komplexität der Städte und gerade auch bei einer historisch-geographischen Betrachtung der Stadt wird es sich oft empfehlen, allein die Innenstadt als monographische Einheit zu behandeln.[26] Hier berührt sich auch die monographische Stadtgeographie am engsten mit der Stadtgeschichtsschreibung, die weitgehend auf die historische Stadt konzentriert ist. Im Rahmen einer vergleichenden Stadtgeographie lassen sich dann auch bei der Behandlung einer ganzen Gruppe von Innenstädten die spezifischen Eigenheiten und Wandlungsprozesse herausarbeiten, die die heutigen Innenstädte charakterisieren.

6. *Lebensstil und Lebensweise einer Stadt*

Ein in den geistigen und psychologischen Bereich vorstoßendes Medium individueller Stadtbetrachtung ist die Erfassung des Lebensstils einer Stadt, der Besonderheit und Eigenheit des spezifischen städtischen Bewußtseins sowie des Images einer Stadt. Hier wird sicher die höchste Integration komplexer Betrachtung erreicht. Geist, Charakter und Lebensweise einer Stadt werden zu ergründen versucht.[27] Mit Begriffen des »objektivierten Geistes« in Landschaft und Siedlung oder des lebendigen und in sich geschlossenen »Organismus« ist dem Charakter der Stadt gerade im Rahmen von Monographien auch immer wieder nachgegangen worden. Die Subjektivität und in extremem Maße geistesgeschichtliche Betrachtungsweise dieser Art hat jedoch in der wissenschaftlichen Geographie immer nur wenig Anklang gefunden. Über die heutigen Betrachtungsansätze der Perzeption der Umwelt, des lokalen und regionalen Bewußtseins und eines ein räumlich wirksames Handeln auslösendes oder steuerndes Image einer Stadt findet sich jedoch auch heute ein Zugang zu einer Betrachtung der

[26] *K. Nahrgang,* Die Frankfurter Altstadt. Eine historisch-geographische Studie, Rhein-Mainische Forschungen 27 (1949); *H. Friedmann,* Alt-Mannheim im Wandel seiner Physiognomie, Struktur und Funktionen (1606–1965), Forschungen zur deutschen Landeskunde 168 (1968); *J. Lafrenz* (s. A 20); *E. Lichtenberger,* Die Wiener Altstadt. Von der mittelalterlichen Bürgerstadt zur City, Wien 1977; *R. Vetter,* Alt-Eberbach 1800–1975. Entwicklung der Bausubstanz und der Bevölkerung im Übergang von der vorindustriellen Gewerbestadt zum heutigen Kerngebiet Eberbachs, Heidelberger Geographische Arbeiten 63, Heidelberg 1981; *W. Krings,* Innenstädte in Belgien. Gestalt, Veränderung, Erhaltung 1860–1978, Bonner Geographische Abhandlungen 68 (1984).

[27] Vgl. hierzu allgemein: *P. Schöller,* Vom Geist und Lebensstil der Stadt. Anmerkungen zur individuellen Stadtgeographie, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 23 (1959), S. 45–54; als ein Beispiel vgl. *E. Fuchs,* Heiligenhafen, Lebensformen einer fremdenverkehrswirtschaftlich orientierten deutschen Kleinstadt, Göttingen 1985.

Stadt auf einer höheren Ebene der Integration. Der Weg, den die historische Forschung über die Geschichte der Stadt als Alltagsgeschichte genommen hat, mag auch geographisch fruchtbar zu machen sein.

II. *Die Stadt innerhalb einer Städtegruppe: Die vergleichende Betrachtung und regionale Stadttypen*

Die geographische Betrachtung der Stadt, die bis in jüngste Zeit allgemein von landeskundlichen Betrachtungsweisen ausgegangen ist, hat nicht nur die einzelne Stadt als Stadtlandschaft angesehen, sondern auch Gruppen und ganze Siedlungsräume als Städtelandschaften vergleichend und typisierend untersucht. Reizvoll unter diesem Gesichtspunkt waren für den Geographen dabei vor allem Städtegruppen, die in ihren geographischen Lagebeziehungen eine gewisse Zusammengehörigkeit aufweisen und damit einen geographischen Lagetypus bilden (Randstädte, Fördenstädte, Küstenstädte u. a.).[28] Aber auch ein Kultur- und Wirtschaftsraum kann die Vergleichsbasis bilden, wobei dann die Betrachtung der kulturellen und wirtschaftlichen Erscheinungen im Mittelpunkt steht.[29] Für *Dörries*[30] war die Aufreihung von Städten als Rastorte an einer Fernstraße das verbindende Element für eine vergleichende Analyse, eine Thematik die unter funktionalen und strukturellen Gesichtspunkten auch in jüngster Zeit nochmals aufgegriffen worden ist.[31] In größerem Umfang sind dann Städtegruppen, Städtenetze und Städtesysteme zusammenhängend und vergleichend analysiert worden, unter dem Gesichtspunkt zentralörtlicher Bedeutung und Bereiche,[32] wobei allerdings die einzelne Stadt meist nicht mehr ganzheitlich dargestellt wird.

[28] *E. Hinrichs,* Lage und Gestalt der Fördenstädte Schleswig-Holsteins in vergleichender historisch-geographischer Betrachtung, Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 49 (1919); *W. Grotelüschen,* Die Städte am Nordostrand der Eifel. Eine vergleichend-stadtgeographische Untersuchung, Beiträge zur Landeskunde der Rheinlande R. 2, 1 (1933); *J. Kaltenhäuser,* Taunusrandstädte im Frankfurter Raum. Funktion, Struktur und Bild der Städte Bad Homburg, Oberursel, Kronberg und Königstein, Rhein-Mainische Forschungen 43 (1955).

[29] *R. Gradmann,* Schwäbische Städte, in: Zeitschrift d. Ges. f. Erdkunde (1916); *F. Regel,* Wetzlar, Herborn, Dillenburg. Eine vergleichend-kulturgeographische Untersuchung, Arbeiten aus der Anstalt für hessische Landesforschungen an der Universität Gießen, Geographische Reihe 11 (1931); *H. Dörries,* Entstehung und Formenbildung der niedersächsischen Stadt, Forschungen z. deutschen Landes- u. Volkskunde 27 (1929); *G. Höhl,* Fränkische Städte und Märkte im geographischen Vergleich, Forschungen zur deutschen Landeskunde 139 (1962).

[30] *H. Dörries* (s. A 12).

[31] Stadtstrukturen an alten Handelswegen im Funktionswandel bis zur Gegenwart, Schriftenreihe d. Zentralinstituts f. fränkische Landeskunde u. allgem. Regionalforschung a. d. Universität Erlangen – Nürnberg 25, Erlangen 1984.

[32] *W. F. Killisch,* Die oldenburgisch-ostfriesischen Geestrandstädte. Entwicklung, Struktur, zentralörtliche Bereichsgliederung und innere Differenzierung, Schriften des Geographischen Instituts der Universität Kiel 34 (1970).

Aber auch sehr spezielle, ähnliche Grundbedingungen haben zu einer vergleichenden stadtgeographischen Behandlung geführt, so etwa die städtebauliche Entwicklung einzelner Städte nach ihrer Kriegszerstörung.[33]

Das unmittelbare Nebeneinander oder die Nachbarschaft von Städten hat auch zwischenstädtische Beziehungen und Nachbarschaftsverhältnisse als solche zur Untersuchung und Systematisierung herausgefordert. Hierzu gehört der Typ der Zwillingsstädte, der Doppelstädte und der Nachbarstädte nicht nur unter dem Gesichtspunkt ihrer besonderen Genese, sondern besonders im Hinblick auf ihr funktionales Zusammenwirken.[34]

Ein Nebeneinander oder gar der Versuch eines Vergleichs kann letztlich geographisch nicht mehr fruchtbar gemacht werden, etwa bei zusammengestellten Kurzdarstellungen von Partnerstädten einer Stadt, so sehr man sich gerade hier wünschen würde, gemeinsame Züge finden zu können. Die vergleichende und dabei doch individuelle Darstellung von Städtegruppen wird bei der Komplexität und der Vielfalt einzelner Kriterien im Rahmen des heutigen analytischen Vorgehens kaum noch erfolgreich sein können.

Auf der typisierenden Ebene sind für größere Landschaftsräume »regionale Stadttypen« zusammengefaßt worden durch die Herausarbeitung typischer regionaler Merkmale von Städten.[35] Hier jedoch muß vom Individuum und von einer komplexeren Darstellung der einzelnen Stadt abgesehen und abstrahiert werden. Allerdings ergeben auch gerade die im Vergleich und im Typus erkannten Kriterien sehr wesentliche charakteristische Besonderheiten für die Darstellung der jeweils einzelnen Stadt und heutiger Stadtstrukturen.

[33] *J. Körber,* Würzburg, Ulm und Freiburg im Breisgau nach der Zerstörung 1944/45. Eine vergleichende stadtgeographische Betrachtung, in: Berichte z. deutschen Landeskunde 20 (1958), S. 25–60; *K. Tiborski,* Solingen. Bauliche Innovation und lokale Persistenz. Der Neuaufbau der Solinger Altstadt nach dem Zweiten Weltkrieg vor dem Hintergrund der Entwicklung bis zur Zerstörung, Münsterische Geographische Arbeiten 28, Paderborn 1987.

[34] *D. Bartels,* Nachbarstädte, eine siedlungsgeographische Studie anhand ausgewählter Beispiele aus dem westlichen Deutschland, Forschungen zur deutschen Landeskunde 120, Bd. Godesberg 1960; *E. Schneider,* Die Stadt Offenbach am Main im Frankfurter Raum. Ein Beitrag zum Problem benachbarter Städte, Frankfurt 1962; *A. von Reth,* Herborn, Dillenburg, Haiger. Geographische Untersuchungen an benachbarten Kleinstädten, Marburger Geographische Schriften 42 (1970).

[35] *G. Schwarz,* Das Problem der regionalen Stadttypen an europäischen Beispielen, Deutscher Geographentag Frankfurt, Tagungsbericht u. wissenschaftl. Abhandlungen, Remagen 1952, S. 133–140; *G. Schwarz,* Regionale Stadttypen im niedersächsischen Raum zwischen Weser und Elbe, Forschungen z. deutschen Landeskunde 66, Remagen 1952; *E. Sabelberg,* Regionale Stadttypen in Italien. Genese und heutige Struktur der toskanischen und sizilianischen Städte an den Beispielen Florenz, Siena, Catania und Agrigent, Erdkundliches Wissen 66, Wiesbaden 1984. In der Arbeit von Sabelberg werden die regionalen Stadttypen aus der Genese heraus erklärt, d. h. von genetischen Stadttypen ausgehend wird der Beziehung zwischen historischer Stadtentwicklung und heutiger Stadtstruktur nachgegangen.

III. Die historische Perspektive in der Stadtgeographie

Die Rolle und Funktion der historischen Entwicklung in der individuellen Stadtgeographie ist sehr unterschiedlich. Die in der Stadtgeschichtsschreibung gängige chronologische Abfolge in Zeitabschnitten ist in geographischen Arbeiten selten.[36] Die Stadtgeographie geht eben ganz grundsätzlich von einer Betrachtung der gegenwärtigen Stadt aus, in der die historische Perspektive weitgehend nur grundlagenbildende oder genetisch erklärende Funktion hat. Die unterschiedlichen historischen Perspektiven, bzw. die Darstellung und Interpretation der Elemente aus der Vergangenheit im gegenwärtigen Stadtgefüge verleiht jedoch der historisch geographischen Betrachtung eine interessante Vielseitigkeit im Umgang mit der historischen Entwicklung und dem historischen Potential.

Häufig wird ein historischer Abriß als Grundlage und historisches Ausgangspotential vorangestellt, meist neben eine kurze Behandlung der natürlichen Grundlagen. Auf einen solchen Vorspann wird in jüngeren Arbeiten allgemein verzichtet. Weit fruchtbarer für die von der Gegenwart ausgehende Betrachtung ist der retrospektive Betrachtungsansatz. Hier werden persistente Strukturen im gegenwärtigen Stadtbild historisch erklärend in die Analyse mit eingeschlossen, so daß deutlich wird, daß sich das heutige Bild aus Elementen verschiedener Epochen, Nutzungsansprüche und Gestaltungsprinzipien zusammensetzt. Die Darstellung erlangt eine historische Tiefenperspektive. In dieser Weise bekommt das historische Substrat unmittelbare Bedeutung für Fragen der erhaltenden Stadtplanung, der Sanierung und Inwertsetzung historischer Bausubstanz.

In diesem Sinne hat es die historisch-geographische Darstellung und Analyse grundlegend leichter als die sich um einen Anschluß an die Gegenwart bemühende historische Betrachtung, da für die historische Geographie ein wesentlicher Teil des Forschungsobjektes mit dem erhaltenen historischen Potential selbst noch gegenwärtig ist und einen sichtbaren Teil der heutigen Stadtstruktur ausmacht. So muß auch von geographischer Seite immer wieder betont werden, daß die individuelle Darstellung und Untersuchung einer Stadt ohne eine historische Dimension gar nicht möglich ist. Dies wird auch deutlich in den jüngsten größeren monographischen Arbeiten, die Prozessen, Steuerungsfaktoren und anwendungsorientierten Fragen nachgehen, dabei jedoch explizit die Entwicklung vom Beginn oder der Mitte des 19. Jahrhunderts aus verfolgen, um damit die Prozesse auch begründen und erklären zu können.[37] Es zeichnet sich ab, daß diese verkürzte, von der allgemeinen Stadtentwicklung und den Zielsetzungen moderner Stadtgeographie her gesehen auch sinnvolle historische Perspektive in der Geographie an Bedeutung gewinnen wird. Die Problemstellung ist

[36] *J. Blüthgen,* Erlangen. Das geographische Gesicht einer expansiven Mittelstadt, Erlanger Geographische Arbeiten 13, Erlangen 1961.

[37] *D. Jaschke* (s. A 15); *R. Vetter* (s. A 26); *E. Lichtenberger* (s. A 26).

damit der Entwicklungsablauf von Prozessen, die in ihrer Raumwirksamkeit beschrieben und deren Steuerungsfaktoren analysiert und bewertet werden.

Die Fragen nach den ersten Anfängen der Stadtwerdung, der frühen Grundrißgestaltung (Morphogenese) sowie der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Entwicklung der Stadt (Neustädte, frühe Expansion, Märkte und frühe Zentralität, u. a.) gehen dabei verloren.[38] Auch die Untersuchung einzelner historischer Querschnitte unter geographischen Gesichtspunkten als ein Beitrag zur Stadtgeschichte findet augenblicklich von geographischer Seite her kaum noch Bearbeiter. Ist die Frühzeit der Stadttopographie ein ergebnisreiches Feld stadtarchäologischer Forschung geworden,[39] so wird es sich zeigen müssen, ob die historische Forschung vermehrt geographische Fragestellungen in die Stadtgeschichte mit hineinnimmt. Die jüngste Entwicklung zeigt dies deutlich an, getragen vornehmlich von jüngeren Historikern, die auch eine geographische Ausbildung bekommen haben.[40]

Eine historisch reizvolle Problemstellung ist die Erarbeitung historisch-geographischer Situationen und Stadtbilder für historische Zeitschnitte und zwar gesehen mit den Augen der jeweiligen Zeitgenossen. Ausgewertet werden für solche Situationsbilder z. T. Reiseberichte und beschreibende Schilderungen, die dann durch andere archivalische Belege, die sich auf geographische Sachverhalte der Stadt beziehen, ergänzt werden können. Obgleich schon im 18. Jahrhundert die historische Geographie ihre Aufgabe so verstanden hat, daß sie den geographischen Schauplatz historischer Ereignisse zu rekonstruieren und zu erörtern hat, sind bis heute nur wenige Arbeiten unter dieser Betrachtungsweise beigetragen worden.[41]

[38] Vgl. einige frühere Arbeiten, die explizit den mittelalterlichen geographischen Verhältnissen im Rahmen einer Monographie nachgehen: *H. Keussen,* Topographie der Stadt Köln im Mittelalter, Bonn 1910; *I. Strampf,* Die Entstehung und mittelalterliche Entwicklung der Stadt Nürnberg in geographischer Betrachtung, Erlangen 1929.

[39] Vgl. als Forschungsübersichten: *H. Steuer,* Zum Stand der archäologisch-historischen Stadtforschung in Europa – Bericht über ein Kolloquium 1982 in Münster, Zeitschrift f. Archäologie d. Mittelalters 12 (1984), S. 35–72; *H. Steuer,* Urban archaeology in Germany and the study of topographic, functional and social structures, in: *D. Denecke* u. *G. Shaw* (s. A 2), S. 81–92.

[40] Die vom Institut für vergleichende Städtegeschichte her bearbeiteten Stadtgeschichten von Lingen, Lippstadt und Nordhorn enthalten jeweils einzelne Kapitel zu historisch-geographischen Problemstellungen, und der von Reuter (s. A 1) aufgestellte Katalog von Themenkreisen einer modernen Stadtgeschichte ist in weiten Teilen sozial- und wirtschaftsgeographisch ausgerichtet; *W. Ehbrecht* (Hrsg.), Lingen 975–1975. Zur Genese eines Stadtprofils, Lingen 1975; *W. Ehbrecht,* Nordhorn. Beiträge zur 600jährigen Stadtgeschichte, Nordhorn 1979; *W. Ehbrecht* (Hrsg.), Lippstadt. Beiträge zur Stadtgeschichte, Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Lippstadt 2 (1985).

[41] Vgl. als Beispiele: *K. Sorbelli,* Bologna negli scrittori stranieri (4 Bde.), Bologna 1927/30; *G. Krüger,* Wie sah die Stadt Wittenberg zu Luthers Lebzeiten aus? in: Vierteljahresschrift der Luthergesellschaft (1933), S. 13–33; *H.-J. Mrusek,* Das Stadtbild von Wittenberg zur Zeit der Reformation und der Universität, in: *L. Stern* u. *M. Steinmetz* (Hrsg.), 450 Jahre Reformation, Berlin 1967, S. 322–340; *D. Denecke,* Wege und Städte zwischen Wittenberg und Rom um 1510. Eine historisch-geographische Studie zur Romreise Martin Luthers, in: Würzburger Geographische Arbeiten 60 (1983), S. 77–106.

Seit den sechziger Jahren wird auch ein Bemühen deutlich, die städtebauliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung einzelner Städte seit dem 19. Jahrhundert für sich zu untersuchen und darzustellen. Thematisiert wurden damit der Vorgang der Industrialisierung, das damit allgemein zusammenhängende rasche Städtewachstum, verbunden mit einem drastischen Bevölkerungszuzug, die Auswirkung des Eisenbahnanschlusses auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und die kommunalpolitischen und frühen planerischen Maßnahmen, mit denen das städtische Wachstum zu steuern gesucht wurde. Es war zunächst eine weitgehend wissenschaftliche Problemstellung, mit der man sich der Analyse des Wachstums- und Veränderungsprozesses zuwandte, verbunden mit dem wachsenden Interesse an wirtschaftlichen und sozialen Hintergründen und Auswirkungen der Entwicklungen. *Haubner*[41] hat für die Stadt Göttingen im Eisenbahnzeitalter eine beispielhafte systematische Studie zu den Veränderungsvorgängen dieser Zeitphase für eine Mittelstadt erarbeitet, dabei wesentlichen Steuerungsfaktoren der Veränderungen in der Stadtstruktur nachgehend, eben der Eisenbahn, die den Einzugsbereich der Stadt deutlich erweiterte, der Entwicklung eines täglichen Pendelverkehrs, der wachsenden Bautätigkeit, dem expandierenden Einzelhandel und dem Niedergang des Handwerks oder auch dem Einfluß der aufkommenden Baugesetze auf eine sich verändernde Gestaltung der Stadt.

Stadtentwicklung im Zusammenhang mit industrieller Entwicklung ist besonders markant in den jungen Bergbau- und Industriestädten nachzuvollziehen, die sich im 19. und noch im 20. Jahrhundert aus dörflichen Kernen meist im Zuge einer stürmischen Entwicklung herausgebildet haben. Bottrop, Leverkusen und das in verschiedenen Arbeiten dargestellte Wolfsburg sind typische Beispiele hierfür.[42]

Die wirtschafts- und kommunalpolitischen Hintergründe einer Stadtentwicklung sind auch in jüngeren geographischen Arbeiten noch nicht hinreichend genug als oft wesentliche Steuerungsfaktoren herangezogen und herausgearbeitet worden. Hierfür ist die Arbeit von *Kellner-Stoll*[43] für das allerdings exzeptionelle Beispiel der Gründung und Entwicklung von Bremerhaven ein grundlegendes Muster. Die Darstellung zeigt die politischen Zielsetzungen und Auseinandersetzungen bei der Sicherung und Fortentwicklung der wirtschaftlichen und politischen Stellung vor allem der Großstädte. Viel zu wenig sind in diesem Zusammenhang auch die Maßnahmen und Investitionen für den Ausbau der Infrastruktur der Städte im 19. Jahrhundert unter räumlichen und strukturellen Gesichtspunkten herausgearbeitet worden, so die Einrichtungen von Gaswerken, Elektrizitätswerken, Wasser- und Klärwerken, Schlachthäusern, Bahnhöfen u. a. Diese Innovationen haben die Stadtparlamente, die öffentlichen Behörden wie auch beteiligte Investoren in dieser Zeit sehr wesentlich beschäf-

[42] *K. Haubner* (s. A 15).

[43] *K. M. Ris* (s. A 15); *I. Vogel,* Bottrop. Eine Bergbaustadt in der Emscherzone des Ruhrgebietes, Forschungen zur deutschen Landeskunde 114 (1959); *W. Hensel,* Wolfsburg, eine junge Industriestadt, Köln 1962.

tigt, sie haben aber auch die funktionale Struktur und das Bild der Stadt vor allem in den Wachstumszonen sehr wesentlich bestimmt.

So kommen auch im 19. Jahrhundert ganz neue Industrie- und Wohnviertel am wachsenden Stadtrand hinzu, die in ihrer Größe, Eigenständigkeit und Bedeutung durchaus bereits eine gesonderte Darstellung verlangen. Die Untersuchung von *H. J. Dyos*[44] zur Herausbildung der Londoner Vorstadt Camberwell ist in diesem Zusammenhang noch immer ein hervorragendes Beispiel einer historisch-geographischen Analyse, die Beispiel für viele folgende Untersuchungen anderer Vororte geworden ist. Eine ähnliche Musterstudie hat *I. Möller*[45] für die Hamburger Vororte Eppendorf, Eimsbüttel und Harvestehude erarbeitet. Hier war es das Ziel, den Prozeß der Entwicklung von der Agrarlandschaft zur Stadtlandschaft darzustellen, unter dem besonderen Aspekt der physiognomischen Aufrißanalyse bzw. der baulichen Entwicklungsphasen. Hier wären auch die geographischen Studien zur Entwicklung der Berliner Stadtbezirke Dahlem und Zehlendorf[46] einzureihen.

Blicken viele geographische Stadtmonographien besonders der zwanziger und dreißiger Jahre bis auf die mittelalterliche Stadt und auch ihre ersten Anfänge zurück, so wird nunmehr zunehmend erkannt, daß eine Darstellung der Stadtentwicklung seit dem Umbruch im 19. Jahrhundert eine wesentliche Grundlage sein kann für heutige Fragen der planerischen Weiterentwicklung. Wenn auch Historiker sich mit dem Ruf nach »mehr Stadtgeschichte« des 19. und 20. Jahrhunderts darum bemühen, historische Erklärungen in die heutigen Diskussionen um die Stadtentwicklung mit einzubringen, so ist diese Aufgabe von einer angewandten historischen Stadtgeographie viel leichter zu lösen auf der Grundlage einer langen Tradition.

IV. Praxisbezogene Problemstellungen in der individuellen Stadtgeographie

1. Die topographisch-statistische Beschreibung

Weitgehend als veraltet in Vergessenheit geraten sind die zahlreichen topographisch-statistischen Beschreibungen einzelner Städte, die am Ende des 18. Jahrhunderts beginnend bis zum Ende des 19. Jahrhunderts als Vorläufer stadtgeographischer Darstellungen angesehen werden können.[47] Ihnen müßte eigentlich eine eigene Analyse gewidmet werden, sind sie doch auch unter heutigen Gesichtspunkten von Interesse. Ausgerichtet waren diese Arbeiten auf eine beschreibende Dokumentation, vornehmlich der gegenwärtigen Verhältnisse einer jeweiligen Stadt. Die Beschreibung der Stadt

[44] *R. Kellner-Stoll,* Bremerhaven 1827–1888. Politische, wirtschaftliche und soziale Probleme einer Stadtgründung, Veröffentlichung des Stadtarchivs Bremerhaven 4 (1982).
[45] *H. J. Dyos,* Victorian suburb. A study of the growth of Camberwell, Leicester 1973.
[46] *I. Möller* (s. A 15).
[47] *E. Müller* (s. A 24).

auf der Grundlage einer Sammlung von Fakten und statistischen Daten sollte der Selbstdarstellung der Stadt dienen, war aber auch sehr wesentlich Grundlagenmaterial für die Verwaltung und für Entwicklungsmaßnahmen. In den statistischen Daten und der Beschreibung der Bautätigkeit und räumlichen (topographischen) Entwicklung der Stadt wurde auch der Erfolg im wirtschaftlichen und baulichen Wachstum der Stadt deutlich, an dem die kommunale Verwaltung, der Bevölkerungszustrom und die verschiedenen Kapitalgeber ihren Anteil hatten. Die topographisch statistischen Beschreibungen hatten im Konkurrenzkampf der Industrialisierung und der wachsenden Industriestädte eine informierende und zugleich wirtschaftspolitische Aufgabe.

Heute sind diese beschreibenden Materialsammlungen wertvolle Quellen für die Behandlung der städtischen Entwicklungen im 19. Jahrhundert, die noch kaum ausgewertet worden sind, vor allem weil dieses Jahrhundert in stadtgeschichtlichen wie auch stadtgeographischen Darstellungen nicht seiner Bedeutung entsprechend abgehandelt wird.

2. Stadtgeographie als planungsbezogene Grundlagenforschung

Wenn auch im Rahmen medizinischer Topographien, topographisch-statistischer Beschreibungen und landeskundlich-statistischer Kreisbeschreibungen planungsbezogene kurze Darstellungen von Städten als Grundlage für Verwaltung und Stadtentwicklung schon früh vorhanden waren, so ist dieser Ansatz doch erst in jüngster Zeit auch in umfangreiche monographische Arbeiten eingegangen.[49] Zum Teil sind es

[48] *J. H. Steubing,* Topographie der Stadt Herborn, Materialien zur Statistik und Geschichte der Oranien-Nassauischen Lande, Marburg 1792; *F. W. von Ulmenstein,* Geschichte und topographische Beschreibung der keyserlichen und freyen Reichsstadt Wetzlar, Hadamar/Wetzlar 1802/10; *F. C. G. Duisburg,* Versuch einer historisch-topographischen Beschreibung der freien Stadt Dantzig, Danzig 1809; *J. L. von Heß,* Hamburg topographisch, politisch und historisch beschrieben (3 Bde.), Hamburg 1810/11; *M. G. Fuchs,* Beschreibung der Stadt Elbing und ihres Gebietes in topographischer, geschichtlicher und statistischer Hinsicht, Elbing 1818–1852, (3 Bde.); *A. Gick,* Topographisch-historisch-statistische Beschreibung der Stadt Soest und der Soester Börde, Soest 1825; *F. Guilleaume,* Topographisch-historisch-statistische Beschreibungen der Stadt Münster, Münster 1836; *J. G. Battonn,* Örtliche Beschreibung der Stadt Frankfurt am Main I–III, Frankfurt/M. 1861; A. Fecht, Mannheim I. Topographie und Statistik, Mannheim 1864; *Luerssen,* Wetzlar, eine topographisch-historische Skizze, Wetzlar 1892; *W. Melhop,* Historische Topographie der Freien und Hansestadt Hamburg von 1880–1895 in Anschluß an die »Historische Topographie« von L. F. Gandeckens, Hamburg 1895; *A. Meiche,* Historisch-topographische Beschreibung der Amtshauptstadt Pirna, Dresden 1927.
[49] Staatliche Archivverwaltung Baden-Württemberg, Die Stadt Heidelberg und die Gemeinden des Landkreises Heidelberg, Die Stadt- und Landkreise von Baden-Württemberg 2 (1968); Kantonales Planungsamt Bern (Hrsg.), Kanton Bern. Historische Planungsgrundlagen, Bern 1973; *D. Denecke,* Göttingen. Materialien zur historischen Stadtgeographie und zur Stadtplanung. Erläuterungen zu Karten, Plänen und Diagrammen. Hrsg. vom Ortsausschuß des 42. Deutschen Geographentages Göttingen 1979, Göttingen. Planung und Aufbau 17 (1976); *F. Schaffer,* Angewandte Stadtgeographie – Projektstudie Augsburg, Forschungen zur deutschen Landeskunde 226 (1986).

Materialsammlungen zur Stadtplanung oder es wird spezifischen Projekten nachgegangen, so daß die Form einer in der Stadtplanung anwendbaren komplexen Stadtgeographie noch zu entwickeln wäre.[50] Dabei wird vor allem die Stadtplanungsgeschichte eine führende Rolle spielen sowie die Auswirkung von Entfestigungen, Bauvorschriften und Baugesetzen, Flächennutzungsplänen, Erneuerungsmaßnahmen, Schutzgesetzen, Nutzungsvorschriften sowie von Veränderungen im Straßennetz, im Parzellenschnitt und in der Bebauung.

V. Stadtgeographie in der Form stadtgeographischer Exkursionsführer

Eine besondere Form einer ganzheitlichen, aber dabei doch selektiven und exemplarischen historisch-geographischen Vermittlung einer Stadtentwicklung und eines Stadtbildes ist der stadtgeographische Exkursionsführer. Diese als konkrete Handreichungen für Exkursionen am Ort gedachten Führer sind weitgehend von einer physiognomischen Betrachtungsweise her aufgebaut, das Sichtbare, die Stadtgestalt ist das zu erläuternde Objekt. Die meisten Führer dieser Art, die sich nicht nur auf Städte beziehen sondern auch auf ländliche Räume und Tagesrouten mit Zielen verschiedener Art, wenden sich meist an Vertreter des eigenen Faches, d. h. an Lehrer und Lernende im Bereich der Geographie. Damit sind es weitgehend interne Arbeitsmaterialien für Fachexkursionen, intern auch besonders deshalb, weil sie in der Fachsprache gehalten sind und fast ausschließlich in Fachpublikationen veröffentlicht wurden, in Fachzeitschriften, Tagungsberichten oder auch in Festschriften. Durch die lange Tradition, die Fachtagung des Deutschen Geographentages[51] stets mit einer größeren Zahl von Fachexkursionen zu verbinden und diese dann zusammengefaßt zu veröffentlichen, ist eine lange Serie von Exkursionsführern entstanden, die allerdings auch kaum in die Öffentlichkeit gewirkt haben.[52] Ebenfalls fachspezifisch, aber doch durch die Veröffentlichung in der Form einer Reihe eher für jedermann zugänglich, ist die »Sammlung geographischer Führer«, wo in jedem Band u. a. auch Städte vorgestellt

[50] Als beispielhafte Arbeiten in diese Richtung können genannt werden: *J. Lafrenz* (s. A 20) und *R. Vetter* (s. A 26).

[51] *G. Höhl*, 100 Jahre Geographentag 1881–1981. Ein tabellarisch-kartographischer Rückblick auf seine Schwerpunkte im Wandel der Zeit, in: Mannheim und der Rhein-Neckar-Raum, Mannheimer Geographische Arbeiten 10, Mannheim 1981, S. 13–28.

[52] Eine eigene Exkursion durch die Stadt des Tagungsortes steht jeweils im Vordergrund, aber auch manche andere Stadt der näheren und weiteren Umgebung wird im Zuge von Exkursionsrouten kurz dargestellt. Erschienen sind die Exkursionsführer zum Teil in den Verhandlungsbänden, in Sonderpublikationen zum Geographentag oder in den jeweiligen Institutsreihen. Vgl. als ein Beispiel: *B. Hofmeister* u. *F. Voss* (Hrsg.), Exkursionsführer zum 45. Deutschen Geographentag Berlin 1985, Berliner Geographische Studien 17, Berlin 1985, oder auch *I.* u. *F. Monheim*, Die Aachener Innenstadt, in: Aachen und benachbarte Gebiete. Ein geographischer Exkursionsführer, Aachener Geographische Arbeiten 8 (1976), S. 1–46.

werden. Einen ganzen Band für sich macht der »Stadtgeographische Führer von Berlin (West)« aus.[53]

Eine räumliche Gliederung erfahren diese Darstellungen einmal durch die Abfolge der Exkursionsroute, zum anderen aber auch durch eine häufige Teilung in die Innenstadt und die Außenstadt, was auch die Organisation der Exkursionen notwendig macht. Angeknüpft wird stets an einzelne Objekte der städtebaulichen Situation verschiedener Zeitstellung, wobei das allgemeine Ziel meist eine Erläuterung des heutigen Bildes ist, verbunden mit einem erklärenden Rückblick auf die Entwicklung aus der Vergangenheit heraus, dargestellt an erhaltenen Grundriß- und Baustrukturen. Diese Form des geographischen Stadtführers mit dem Ziel, das Bild und die Entwicklung der Stadt als Ganzheit vor Augen zu führen, wäre für eine breitere Öffentlichkeit im Stil, in den Konzeptionen und der Form der Veröffentlichung weiter auszubauen, bei dem wachsenden Interesse an Kurzinformationen dieser Art für Schulen, Tourismus und Medien. Wertvoll und anschaulich sind bei geographischen Darstellungen dieser Art besonders die genetischen Grundrißanalysen, die auch in zeitlichen Abfolgen von Kartenskizzen darzustellen sind.

VI. Schlußbetrachtung

Zusammenfassend lassen sich nachstehende Typen von Darstellungen und Betrachtungsweisen in der individuellen Stadtgeographie zusammenstellen.

Wohin wird sich eine als solche kaum zu entbehrende individuelle Stadtgeographie entwickeln, welche Aufgaben fallen der Geographie auf diesem Betrachtungsfelde zu? Für die meisten deutschen Städte liegt bis heute keine moderne stadtgeographische Darstellung vor. Viele vorhandene Arbeiten sind im Ansatz und Material veraltet. So könnte man zunächst wünschen, daß auf der Grundlage bisheriger Darstellungsweisen, und ohne daß wiederum ganz neue Betrachtungsansätze gesucht und beispielhaft herausgestellt werden müssen, eine größere Zahl von Städten ganz einfach einmal stadtgeographisch dargestellt werden sollten. Dies würde allerdings nicht im Rahmen wissenschaftlicher Examensarbeiten möglich sein, sondern die Initiative müßte, wie bei der Stadtgeschichtsschreibung, von den Bürgern und der Kommunalverwaltung ausgehen, und die Arbeit wäre auch von geographischen Fachleuten und Kennern der Stadt zu verfassen. Dies wirft die Frage auf, für wen und für welchen Zweck stadtgeo-

[53] *F. Bader* u. *D. Müller* (Hrsg.), Stadtgeographischer Führer Berlin (West), Sammlung geographischer Führer 7, Berlin 1981[2]; vgl. auch als weitere Beispiele: *L. Bäuerle* u. *W. Klie* (Hrsg.), Braunschweig. Exkursionsführer, Braunschweig 1989, oder aus der Reihe der zu Fuß-Bücher: *J. Engelhardt* (Hrsg.), Frankfurt zu Fuß. 20 Rundgänge durch Geschichte und Gegenwart, Hamburg 1987 (ebenfalls erschienen: Bremen, Hamburg, Berlin).

räumliche Einheit und Teilbereiche	Darstellung von Städten einer größeren Region. Zusammenhängende und vergleichende Darstellung benachbarter Städte ähnlichen Typs; Nachbarstädte und Doppelstädte als Individuen und Typen. Erfassung der Gesamtstadt als kommunale Einheit. Darstellung der Innenstadt / Altstadt. Individuelle Darstellung von Stadtteilen. Monographie einzelner Straßen und Plätze.
geographische Ganzheit und Teilaspekte	Ganzheitliche komplexe landschaftskundliche Darstellung. Gliederung der Stadtlandschaft in Teilkomplexe. Analyse der Darstellung eines Städtesystems. Stadt und Stadtumland. Die Stadt als zentraler Ort. Stadtgestalt und Morphogenese der Stadt. Darstellung einer Stadt als Typus. Die Stadt unter dem Gesichtspunkt ihrer Funktion.
Perspektive und Rolle der historischen Betrachtung	Entwicklungsgeschichtliche, chronologische Abfolge in Zeitabschnitten. Zeitlicher Querschnitt – Darstellung einer ausgewählten Epoche. Die historische Entwicklung als Grundlage und Voraussetzung der gegenwärtigen Stadt (einleitendes und geschlossenes Kapitel zur Geschichte). Darstellung eines topographischen Wandlungs- und Gestaltungsprozesses. Retrospektiver Betrachtungsansatz – Erklärende historische Rückblicke von erhaltenen Strukturen im gegenwärtigen Stadtbild aus. Darstellung gegenwärtiger Entwicklungsvorgänge, anknüpfend an längere Entwicklungsabläufe der jüngeren Vergangenheit (ab Mitte 19. Jh.). Geographie der Gegenwart mit prospektiven, planungsorientierten Ausblicken.
methodische Ansätze, Problemstellungen, Zielsetzungen	Städtisches Individuum als Exempel allgemeiner Erkenntnisse. Innerstädtische Gliederung. Beschreibung von Topographie und funktionaler Substanz. Regionale und individuelle Eigenart. Genetische Grundriß- und Aufrißanalyse (Morphogenese). Prozeß der Urbanisierung – Verstädterung des Umlandes. Stadt – Umland – Verflechtung; Zentralität. Planungsorientierte Trendentwicklung. Sozialgeographische Struktur und Gliederung. Wirtschaftliche Dynamik.

graphische Monographien überhaupt zu erarbeiten sind. Abgesehen von statistischen Beschreibungen und Kurzdarstellungen als Grundlagen für Verwaltung und Planung sind fast alle vorhandenen Stadtmonographien wissenschaftliche Beiträge, die vornehmlich auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen erschienen sind. Die Arbeiten verblieben damit weitgehend im Kreis der Wissenschaft und gewannen ihre Bedeutung in der wissenschaftlichen Lehre und weiterführenden Forschung. Kaum wurde bisher daran gedacht, Stadtgeographie und vor allem auch historische Stadtgeographie dem Bürger und Besucher einer Stadt nahezubringen, als eine Information, die bei der immer noch zunehmenden Verstädterung und zunehmenden städtischen Bevölkerung und städtischen Gesellschaft gefragt und notwendig ist. Dabei ist eine Stadtgeographie sehr wohl eigenständig neben eine Stadtgeschichte zu stellen.

Der Wissenschaftler wird aber auch die Frage aufwerfen, in welcher Weise die Stadt im Zusammenhang mit neuen allgemeinen Forschungsansätzen und Fragestellungen Untersuchungsobjekt sein kann, dabei nicht nur zu speziellen Einzelbeiträgen, sondern zu einer gewissen Gesamtdarstellung führend, auch bei einem weitgehend analytischen Ansatz. Geht man davon aus, daß neue Betrachtungsansätze auch stets im Rahmen individueller Stadtgeographie exemplifiziert worden sind, so wäre heute zu erwarten, daß Prozesse des Wandels, die Sukzession in der Bebauung und Flächennutzung, das planerische Handeln, das räumlich wirksame Image der Stadt sowie das räumliche Verhalten der sozial differenzierten Bevölkerung der Stadt als tragende Problemstellungen auftreten würden. Ein historisches Element wird dabei immer noch die retrospektive Erklärung sein, wobei vor allem die Erhaltung und erhaltende Umnutzung darzustellen ist. Wahrscheinlich werden diese Ansätze nur in Teilbereichen verfolgt werden können, da über sie eine synthetische Gesamtdarstellung kaum zu erreichen ist. Es wird notwendig sein, auf der Grundlage strukturanalytischer Detailarbeiten und eines differenzierten Datenmaterials wieder zu einer fundierten und aussagefähigen Synthese zu kommen, auf der Ebene einer modernen geographischen Raumbetrachtung.

Jeremy W. R. Whitehand

Stadterneuerung in Großbritannien seit Mitte des 19. Jahrhunderts: Ein morphologischer Ansatz

I. Einleitung – II. Wohngebiete – III. Geschäftsviertel – IV. Zusammenfassung

I. Einleitung

Die Mehrzahl der Menschen lebt und arbeitet in Gebäuden, Straßen und auf Plätzen, die zu einem großen Teil von früheren Generationen geschaffen worden sind. In einer sich schnell verändernden Welt besteht daher ein wohl unvermeidliches Mißverhältnis zwischen den Bedürfnissen einer Gesellschaft und der gebauten Umwelt, über die sie verfügen kann. Daraus ergibt sich eine Reihe miteinander verknüpfter Probleme. Ein Problem ist die Notwendigkeit für jede Gesellschaft, die Spannung zwischen ihr und ihrer baulichen Umwelt möglichst klein zu halten. Dies kann durch Erneuerung oder zumindest Anpassung der baulichen Struktur ihrer Siedlungen geschehen, um sie mit den sich verändernden sozialen, wirtschaftlichen und technischen Bedingungen in Einklang zu bringen. Ein anderes betrifft die Erhaltung der in den baulichen Strukturen überkommenen kulturellen Werte. Die Aufmerksamkeit diesen beiden Problemen gegenüber war zeitlich wie räumlich gesehen beträchtlichem Wandel unterworfen.

In den Industriegesellschaften war Stadterneuerung in erster Linie als wirtschaftliche und technische Angelegenheit des Ersetzens von Alt durch Neu behandelt worden. Die Probleme, die hierbei auftraten, wuchsen mit der Geschwindigkeit des Wandels in der Gesellschaft, insbesondere des Wandels im Bereich der Technik. Großbritannien, als das Mutterland der Industriellen Revolution, ist mit diesen Problemen seit über einem Jahrhundert in großem Maße konfrontiert. Sie wurden auf verschiedene Weise angegangen. Einmal durch Abriß großer Areale mit älterer Bausubstanz und deren Ersetzen durch Straßen, Gebäude und Plätze, die eher den Anforderungen neuerer Bedürfnisse entsprachen. Derartig umfassende Sanierungen fanden jedoch eher selten statt, u. a. weil ein Gesamtaufbau städtischer Strukturen erhebliche Kapitalinvestitionen erfordert. Eine sehr viel häufigere Form ist die Einzelerneuerung, die sowohl den Ersatz einzelner Gebäude vorsieht als auch die Anpassung an existierende Strukturen etwa durch Erweiterungen bestehender Gebäude oder durch Veränderungen der Fassaden.

Wenn auch Erneuerungen gleich welcher Form für die städtische Landschaft durchaus gang und gäbe sind, so ist ihr Auftreten weder in der Zeit noch im Raum gleichbleibend. Um diese Veränderungen zu erfassen, hat die Forschung eine Reihe von

Ansätzen entwickelt. Geographen der Conzen-Schule[1] betonen die Unausweichlichkeit von Erneuerung und Veränderung des Stadtbildes, besonders der Straßen, Grundstücksgrenzen und Gebäude, sowie das zyklische Element im Prozeß von Bebauung und Erneuerung. Es ist besonders dieser Ansatz, der im vorliegenden Beitrag über die Stadterneuerung in Großbritannien seit der Mitte des 19. Jahrhunderts behandelt wird. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Flächensanierung gerichtet, mehr als auf die im allgemeinen vom Umfang her kleineren Erneuerungen, wie etwa die Veränderung und Renovierung bestehender Gebäude. Zu einer näheren Betrachtung wurden aus dem Gesamtkomplex Stadt die Elemente Wohngebiet und Geschäftszentrum herausgegriffen. In einem abschließenden Abschnitt werden einige verallgemeinernde Aussagen über den Prozeß städtischer Erneuerung gemacht.

II. Wohngebiete

Eine der am weitesten verbreiteten Theorien über die zyklischen Aspekte von Bebauung und Sanierung unter den englischsprachigen Stadtmorphologen beruht auf der detaillierten Untersuchung des englischen »burgage« – einer ausgedehnten, streifenförmigen Altstadtparzelle, bewohnt von einem eingebürgerten ehemaligen Mitglied eines (mittelalterlichen) Vororts, die noch heute in verschiedenen Residualformen in den ältesten Teilen der meisten englischen Dörfer und Städte anzutreffen ist. Die Untersuchung der Bebauungsgeschichte von burgages in mehreren mittelalterlichen Städten und Dörfern, besonders dem Marktstädtchen Alnwick in Northumberland, führte Conzen zur Entdeckung des »Burgage-Zyklus«.[2] Dessen erste oder Auffüllungsphase lag in der Regel lange vor der Industrialisierung und bestand im wesentlichen im Bau eines Wohnhauses an der Straßenseite des Grundstücks. Die zweite, weiterführende Phase beinhaltete den Bau weiterer Gebäude hinter dem Wohnhaus, wie z. B. back-to-back Häuser, Werkstätten, Nebengebäude u. ä., zu denen ein Zugang im rechten Winkel zur Straße geschaffen wurde. In der nächsten Phase, dem Höhepunkt des Zyklus, wurde das Grundstück dicht bebaut, oft bis an die hintere Grenze. Schließlich folgte eine mehr oder weniger plötzlich eintretende Niedergangsphase, in welcher die veraltete Bausubstanz abgerissen wurde, und das Grundstück zeitweise ungenutzt blieb, bevor es zu einem Wiederaufbauzyklus kam. Der Beginn der einzelnen Phasen hing von Faktoren wie der Charakteristik des Ortes, der Parzellen, inklusive deren Lage ab, jedoch fiel die Auffüllungsphase (2. Phase) häufig in das

[1] Für eine Diskussion der Conzen-Schule und besonders des Beitrags, den M. R. G. Conzen selbst dazu geleistet hat, vgl. *J. W. R. Whitehand* (Hrsg.), The Urban Landscape: Historical Development and Management, London 1981.

[2] *M. R. G. Conzen,* Alnwick, Northumberland: a Study in Town-Plan Analysis, London 1960, S. 92 u. 94.

19. Jahrhundert, und eine Wiederbebauung (5. Phase) war besonders ein Merkmal des 20. Jahrhunderts.

Der Burgage-Zyklus ist eine besondere Form der weitverbreiteten Nutzungsintensivierung von bebautem städtischen Gebiet, die letztlich in vielen Fällen zu einer Wiederbebauung führt. Ausgenommen bei großräumiger Zerstörung durch Feuer waren flächenhafte Erneuerungen städtischer Bausubstanz im Unterschied zur Erneuerung einzelner Gebäude oder Veränderungen einzelner Grundstücke oder Bauten vor der Mitte des 19. Jahrhunderts eher selten. Seither jedoch wurden sie in größeren Städten zunehmend angewendet. Dabei lassen sich fünf Hauptarten unterscheiden.[3] Erstens führten die ungebundenen Marktmechanismen dort zu Wiederbebauung, wo und wann es gewinnbringend erschien. Ein zweiter Faktor waren die Aktivitäten sozialer Organisationen. Drittens benutzten lokale Verwaltungen Wohlfahrtsverordnungen, um private Grundstückseigner zur Hebung des Standards ihrer Besitzungen zu veranlassen. Viertens kauften lokale Verwaltungen Slumgebiete unter Anwendung von Zwangsräumung auf und verkauften diese an Unternehmen zur Wiederbebauung weiter. Fünftens betrieben lokale Verwaltungen die Wiederbebauung der zwangsweise aufgekauften Gebiete selbst. Außerdem gab es Wiederbebauungen im Zusammenhang mit einem Nutzungswandel von Wohnraum, der einem anderen Gebrauch zugeführt wurde, zum Beispiel durch Eisenbahngesellschaften, die ihre Bahnhöfe möglichst nahe an die Stadtzentren heranbauen wollten, oder durch Handelsunternehmen, die als Wohnraum genutzte Grundstücke in der Nähe wachsender Stadtzentren aufkauften. Diese Typen und Methoden der Erneuerung traten oft gleichzeitig auf, allerdings mit deutlichen Unterschieden in ihrer relativen Bedeutung. Hierin spiegelten sich Veränderungen wie ein gewandeltes Verhältnis zur Vergangenheit, die Durchsetzung neuer Vorstellungen von Stadtplanung oder ein Wandel des politischen Meinungsbildes in der Bevölkerung. Ebenso wie es mittel- und kurzfristige Veränderungen im Typus und im Ausmaß der Erneuerung gab, gab es einen langzeitlichen Trend zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und der Mitte unseres Jahrhunderts in Richtung auf eine starke Beteiligung der lokalen städtischen Verwaltungen, obgleich es hier seit den 70er Jahren eine Umkehrung gibt.

Für den Prozeß der Erneuerung war der Typus der existierenden Bebauung entscheidend. Dies kann an den Veränderungen in Wohngebieten verdeutlicht werden, die in der Nachkriegszeit stattgefunden haben. In dieser Zeit begannen Altbaugebiete mit den Grünzonen am Rande der Stadt zu wetteifern, was das Ausmaß an Veränderung betraf. Bestimmt wurde diese maßgeblich von den vorherrschenden Moden in der Bauweise sowie von der Dichte der Erstbebauung. Der bedeutendste Unterschied besteht zwischen den ursprünglich dicht bebauten Arbeiterwohngebieten und den

[3] C. M. *Allan*, The genesis of British urban redevelopment with special reference to Glasgow, in: Economic History Review, Second Series, 18 (1965), S. 598–613.

zunächst locker bebauten Wohngebieten der Mittelschicht. Ein weiterer Unterschied besteht zwischen den im Zeitraum von 1946–1970 und den nach 1970 erneuerten Gebieten.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren die großen Wohngebiete, die die Arbeiterschaft der Industriellen Revolution beheimatet hatten, noch weitgehend intakt. Der wirtschaftliche Gewinn, der durch eine Sanierung dieses großen, mehrheitlich vermieteten Wohnungsbestandes zu erzielen war, ob durch Renovierung oder Erneuerung, war im allgemeinen gering im Vergleich zu alternativen Investitionen. Dies galt selbst dort, wo zusammenhängende Besitzstände existierten, die eine Flächensanierung praktikabel hätten werden lassen. In den meisten Fällen lag es eher im wirtschaftli-

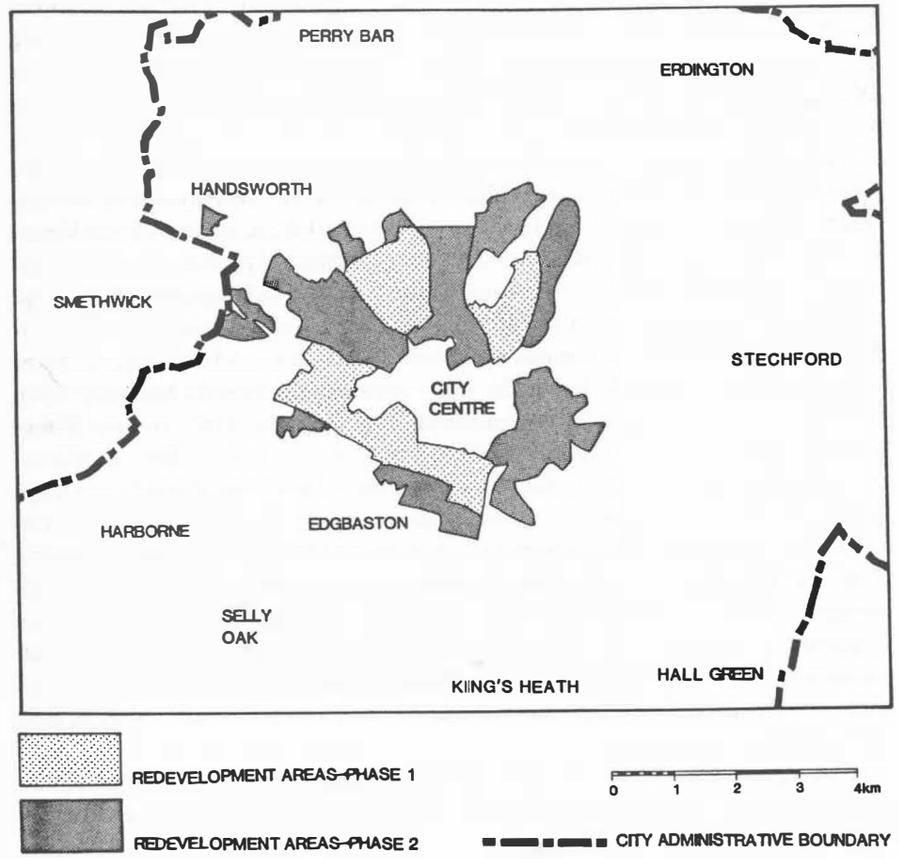


Abb. 1: Gebiete mit flächenhafter Erneuerung in Birmingham, aus: *City of Birmingham Structure Plan,* Written Statement, 1973, Fig. 4.

chen Interesse der Grundstückseigentümer, eine Politik der minimalen Unterhaltung zu betreiben. Wachsendes öffentliches Bewußtsein über die schlechten Wohnzustände führten zu einem starken Anstieg des Erwerbs von Grundeigentum durch städtische Verwaltungen, oftmals durch zwangsweisen Ankauf. Daran schloß sich, hauptsächlich in den 50er und 60er Jahren, eine umfassende Neubebauung an. Als Ergebnis sehen wir heute die Zentren der meisten großen Industriestädte umgeben mit Gebieten, die von modernen Wohnbauten, hauptsächlich in Form von Mietwohnungen dominiert werden. Diese sind meist in dichten Reihen und mit vielen Stockwerken gebaut (Abb. 1). Ziegel und örtliche Baumaterialien wurden durch Beton, Glas und anderes Material ersetzt, das den örtlichen Traditionen, dem »genius loci«, keinen Respekt zollte. Der Kontrast zur traditionellen Größenordnung der einst in Form von Reihenhäusern errichteten Wohnungen, die nun der Flächensanierung weichen mußten, konnte kaum schärfer sein. Betont wurde dieser noch durch die gleichzeitig gebauten mehrspurigen Ring- und Ausfallstraßen. Nur ein kleiner Teil der noch vor 1875 gebauten Arbeiterwohnungen blieb über den Beginn der 70er Jahre unseres Jahrhunderts hinaus erhalten.

Auch einige Bürgerhäuser aus dem 19. Jahrhundert, besonders solche, die zu Mehrfamilienhäusern geworden waren, erlebten dieses Schicksal. Die Mehrzahl der bürgerlichen Wohngebiete blieb jedoch relativ unverändert erhalten, abgesehen von kleineren baulichen Veränderungen oder einer gelegentlichen Steigerung der Bebauungsdichte. Speziell betroffen hiervon waren Gebiete mit besonders großen Hausgrundstücken, die häufiger entweder einer Neubebauung unterzogen wurden, oder es wurden Teile der Gärten abgegrenzt und mit zusätzlichen Häusern bebaut (Abb. 2). Nicht wie bei der Bebauung der Mehrzahl der Arbeitersiedlungen, die meist von den lokalen Verwaltungen initiiert worden war, wurde dieser Prozeß in den bürgerlichen Wohngebieten in der Regel von den privaten Grundstücksbesitzern selbst oder von anderen privaten Bauträgern vorangetrieben. Kaum eine dieser Neu- oder Zusatzbebauungen betraf eine größere Anzahl von Grundstücken. Zumeist war lediglich ein einziges Gartengrundstück betroffen. Hinzu kam eine unkoordinierte individuelle Erweiterung des Straßennetzes durch Zufahrten, meist in Form einer Sackgasse. Neue Hausformen, Mietwohnungen, Reihenhäuser und kleine freistehende Häuser standen im Gegensatz zu bestehenden großen Häusern. Ein in den Grundzügen moderner, oft anglo-skandinavischer Architekturstil[4] widersprach nun dem in der Hauptsache traditionellen Aussehen der bestehenden Häuser, bei denen verschiedene historische Stile (z. B. Tudor) vorherrschten.

1970 begann sich das Pendel von großflächigen Neubebauungen weg, hin zu Erhaltung zu bewegen. In der postmodernen Phase bevorzugten die lokalen Verwaltungen

[4] *A. M. Edwards*, The Design of Suburbia: A Critical Study in Environmental History, London 1981, S. 161–163.

die Renovierung von Arbeiterwohnungen. Im zentralen London gab es allerdings schon in den 60er Jahren Renovierungen von Arbeiterwohnungen durch Mittelschichtangehörige und seit den 70er Jahren – meist gefördert durch Zuschüsse der Stadtverwaltungen – auch in anderen Großstädten. In einigen Gebieten Birminghams wurden in den frühen 80er Jahren von der Stadt finanzierte Außenrenovierungen an Wohnhäusern durchgeführt. Unterdessen ging die Zusatz- und Neubebauung in ursprünglich locker bebauten Gebieten weiter. Der steigende Bedarf an Wohnraum für kleine Haushalte, ältere Personen oder junge Leute war einer der Anstöße für diese Entwicklung, ein anderer das sinkende Angebot an Bauland in der Umgebung der größeren Städte, die oft von Grünzonen umgeben sind, über die die städtischen Verwaltungen strenge Restriktionen für Hausbau verhängt hatten. Glücklicherweise ging mit der Herausbildung der Postmoderne und der Rückkehr der Vorliebe zur Erhaltung die Wiederentdeckung historischer Stilformen einher, von denen viele mit denjenigen der Erstbebauung vereinbar sind. In den bestehenden Wohngebieten der englischen Städte findet also ein beträchtlicher Wandel statt, wobei in Arbeiterwohngebieten die Erhaltung und Pflege der alten Bausubstanz gegenüber der Neubebauung an Gewicht zunimmt. In den locker bebauten Gebieten ist der Druck zu Neubebauung und Verdichtung besonders in den südlichen Teilen Großbritanniens erheblich. Bei steigenden Grundstückspreisen halten es mehr und mehr Bauherren für profitabel, selbst Gärten von 0,15 ha und weniger zu bebauen. Reihenhaussiedlungen, die häufigste und beliebteste Form der Wohnung unterer Mittelschichten in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen (mit einer Dichte von 20–30 Wohneinheiten pro ha), wurden selten einer Neubebauung unterzogen. Aber es scheint nicht undenkbar, daß der Druck, auch solche Gebiete neu zu bebauen, in der nächsten Dekade zunimmt, insbesondere in einigen Gebieten in Südost-England.

III. Geschäftsviertel

Läßt man die inneren Zonen der Großstädte außer Betracht, so besitzen die meisten Wohngebiete eine starke Prägung durch die Form ihrer Erstbebauung, in erster Linie aufgrund der Hauptelemente der Straßenführung, aber auch durch die Gebäude selbst und die Grundstücksgrenzen. Im Gegensatz dazu unterlagen die Geschäftsviertel der meisten großen Städte einem beträchtlichen Wandel. Zum Teil ist dies auf ihr höheres Alter zurückzuführen – sie wurden des öfteren erstmals in mittelalterlicher Zeit bebaut –, zum Teil auf eine Ausweitung der Geschäftsviertel in die umgebenden, ursprünglich nicht für wirtschaftliche Nutzung vorgesehenen Gebiete. Im Verlauf des Wachstums der Städte war der Druck auf die Zentren am größten, deren Struktur den Bedürfnissen nach wachsendem Wirtschaftsraum und der Einführung funktionaler Neuerungen Rechnung tragen mußte. So sind im Laufe der Zeit in den größten Städten Gebäudestrukturen mehrfach ersetzt worden, und die Grundstücksgrenzen



◀ *Abb. 2:* Neubebauung und Teilung von Grundstücken in Wohngebieten mit großen Gärten. Ausschnitte zentraler und äußerer Bereiche von vier ausgewählten Orten in Südost-England 1955–1986, aus: *J. W. R. Whitehand,* The changing urban landscape: the case of London's high-class residential fringe, in: Geographical Journal 154 (1988).

wurden so häufig verändert, daß das alte Muster kaum noch erkennbar blieb. Auch das Straßennetz mußte Änderungen erfahren. Ein verbreitetes Merkmal des 19. Jahrhunderts, besonders in Großstädten mit großen mittelalterlichen Stadtkernen wie etwa London oder Newcastle-upon-Tyne, ist der Bau von Durchbruchstraßen zur Verbesserung des Verkehrsnetzes.[5] Eine der hervorstechendsten Verbesserungen der Nachkriegszeit war der Bau der inneren, die Geschäftsviertel umschließenden Ringstraßen. Mitunter waren dabei großflächige Neubebauungen notwendig, denn den britischen Städten fehlt in der Regel die breite Zone der Befestigungsanlagen kontinentaleuropäischer Städte, die den ringförmigen Straßen wohlvorbereitete Trassen aus alter Zeit bereitstellten.

Die wahrscheinlich besten Langzeit-Informationen über Veränderungen der Baustruktur eines Geschäftsviertels in einer wichtigen englischen Stadt besitzen wir für Glasgow über den Zeitraum von 1840 bis 1969.[6] Die durchschnittliche Existenzdauer eines Gebäudes betrug dort ca. 130 Jahre. Daß dies beträchtlich länger ist als in den Geschäftsvierteln von London[7] und Chicago[8] überrascht nicht, wenn man den erheblichen Größenunterschied berücksichtigt. Eine Bewertung der zur Verfügung stehenden und nur teilweise vergleichbaren Daten ergibt, daß für das Zentrum von Glasgow das Ausmaß des Ersatzes von Gebäuden unterhalb des Mittelwertes bleibt. Immerhin, für Geschäftsviertel vergleichbarer Größe kann festgestellt werden, daß Unterschiede der durchschnittlichen Lebensdauer von Gebäuden zwischen verschiedenen Geschäftsvierteln weniger signifikant sind als Unterschiede im Auftreten von Neubebauungen innerhalb eines Geschäftsviertels, räumlich und zeitlich betrachtet. Dies kann am Beispiel Zentral-Glasgows deutlich gezeigt werden. Innerhalb des Geschäftszentrums von Glasgow war die Bautätigkeit langfristig gesehen im wesentlichen von privaten Unternehmen bestimmt, wie dies auch für die meisten anderen Städte gilt. Die stärksten Aktivitäten waren in oder in der Nähe der beiden Hauptgeschäftsstraßen Sauchiehall Street und Argyle Street sowie in der Straße mit den wichtigsten Geldinstituten, der Vincent Street, zu verzeichnen. Innerhalb dieser Straßen war wie-

[5] *M. R. G. Conzen,* The morphology of towns in Britain during the industrial era, in: *J. W. R. Whitehand* (s. A 1), S. 111.

[6] Näheres hierzu in: *J. W. R. Whitehand,* Long-term changes in the form of the city centre: the case of redevelopment, in: Geografiska Annaler, Series B, 60 (1978), S. 79–96.

[7] *C. H. Holden and W. G. Holford,* The City of London: A Record of Destruction and Survival, London 1951, S. 173.

[8] *H. Hoyt,* One Hundred Years of Land Values in Chicago, Chicago 1933, S. 335.

derum jeweils im Mittelabschnitt die Bautätigkeit am stärksten (Abb. 3). Der Hauptteil der Baumaßnahmen, die zu dieser Situation geführt hatten, fand zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Ersten Weltkrieg statt.

Zwischen ca. 1840 und 1895 dominierten unter den Neubebauungen meist Geschäfte und Warenhäuser. Von letzteren ging dabei eine wesentliche Innovation aus,[10] die in beinahe jeder Weise eine Loslösung von der überkommenen, an Wohnhäusern orientierten Architektur bedeutete. Mit Ausnahme von Bankgebäuden war der Neubau von Bürogebäuden vergleichsweise selten. Die meisten Büros befanden sich in für diesen Zweck umgebauten Häusern. Die zweckorientiert gebauten Geschäftshäuser, die im Zuge der umfangreichen Erneuerung der Hauptgeschäftsstraßen gebaut wurden, unterschieden sich erheblich von den umgebauten Wohnhäusern mit ihren noch althergebrachten Strukturen. Außerdem waren ein starkes Anwachsen der Stockwerksflächen und markante Veränderungen der Ladenarchitektur zu verzeichnen. Verbunden damit war ein Wandel der Vorstellungen über Größe, Umfang und in mancher Hinsicht auch über die Natur des Einzelhandels.

Zwischen der Mitte des letzten Jahrhunderts und dem Ersten Weltkrieg sank die Zahl der Neubauten in Gebieten mit kleineren Geschäften relativ und absolut gesehen gegenüber denen in Gebieten mit Warenhäusern, Büros und öffentlichen Einrichtungen, die alle zu dieser Zeit ihre höchsten Zuwachsraten erzielten. Der Boom bei den Büroneubauten gründete auf einer Kombination von schnellem Handelswachstum und der Einführung vielgeschossiger Bürohochhäuser. Der Handel sah sich zu einer Vergrößerung seiner Verwaltungen gezwungen, die sich bis dahin noch zum größten Teil in zweistöckigen ehemaligen Wohnhäusern befunden hatten. Die neuen Büroblöcke waren bis zu neun Stockwerke hoch und ihre Architektur völlig verschieden von der der Bankgebäude, in denen viele Elemente der beschaulicheren Büroneubauphase der viktorianischen Zeit noch enthalten waren.[12]

Zwischen den beiden Weltkriegen (1919–1945) kam es in ganz Großbritannien zu einem breiten Innovationsschub, der sich auf die Stadtbildentwicklung weiter auswirkte. Stadtteil- und Großkaufhäuser[13] sowie Kinos[14] stellten durch ihre Neubauten in der Regel an die großen Städte erhebliche strukturelle Anforderungen. Darüber hinaus beanspruchte das sprunghafte Wachstum der Ladenkettenfilialen[15] zusätzliche große Geschoßflächen. Doch waren sie auch stark am Zufluß von Kapital sowie der Übernahme von Lösungsansätzen aus anderen Städten beteiligt.

[9] *J. W. R. Whitehand* (s. A 6), S. 84–85.
[10] *A. Gomme / D. Walker,* Architecture of Glasgow, London 1968, S. 107–108.
[11] *J. B. Jefferys,* Retail Trading in Britain 1850–1950, Cambridge 1954, S. 1–39.
[12] *A. Gomme / D. Walker* (s. A 10), S. 191–230.
[13] *J. B. Jefferys* (s. A 11), S. 59 u. 69.
[14] *A. H. Halsey* (Hrsg.), Trends in British Society since 1900: A Guide to the Changing Social Structure of Britain, London 1972, S. 558.
[15] *J. B. Jefferys* (s. A 11), S. 61.

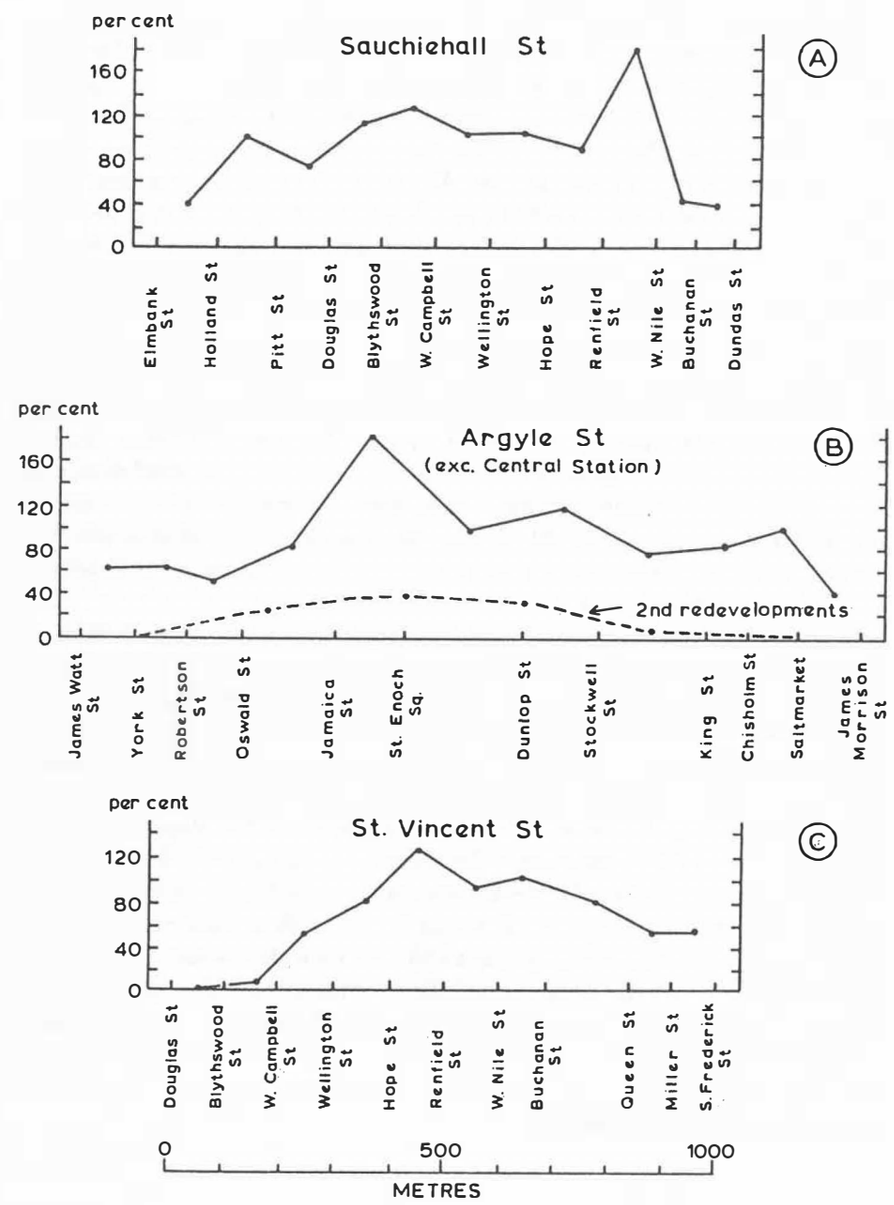


Abb. 3: Verteilung der Fassadenveränderungen in drei wichtigen Straßen im Zentrum von Glasgow in Prozentanteilen 1840–1969, aus: *J. W. R. Whitehand,* Long-term changes in the form of the city centre: the case of redevelopment, in: Geografiska Annaler, Series B, 60 (1978), S. 86.

Im Zentrum von Glasgow blieben die hauptsächlich in der Zwischenkriegszeit einsetzenden Neuerungen im Einzelhandelsbereich fast ausschließlich auf traditionelle Geschäftsquartiere beschränkt und übten hier ihren Einfluß auf das Stadtbild aus. Neu errichtete Geschäftsgebäude traten die Nachfolge der älteren an Standorten an, die auf eine lange Einzelhandelstradition verweisen konnten. Auch Kinos wurden in diesen oder in den direkt angrenzenden Arealen errichtet und lösten andere, unterschiedlichen kommerziellen Zwecken dienende Häuser ab. In dieser Zeit fand auch eine Reihe von Veränderungen des Kommunikations- und Verkehrsnetzes ihren Niederschlag im Stadtbild. Busbahnhöfe, Autowerkstätten und -verkaufsräume sowie Fernsprechämter wurden am Rande der Geschäftsviertel errichtet und verdrängten dort Gebäude, die anderen Zwecken gedient hatten. Das weitgehende Ausbleiben von Neubebauungen in anderen Bereichen des Zentrums von Glasgow kann in dieser Zeit auf das Fehlen von Innovationen mit vergleichbaren strukturellen Folgen im Bereich der Büros und Warenhäuser zurückgeführt werden. Nach beinahe einem Jahrhundert, in dem die Grundmuster der Neubebauung durch die große Nachfrage nach immer mehr Raum bestimmt gewesen waren, einem Jahrhundert mit vielen strukturell wichtigen Veränderungen, übt die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ihren Einfluß auf das Stadtbild aus durch einen stärkeren Wandel der relativen Bedeutung von gestiegenem Raumbedarf und von Innovationen.

In den beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg fand Neubebauung im Zentrum Glasgows vornehmlich für Büros und Geschäfte statt. Die Büroneubauten kennzeichnet ein deutlicher Zuwachs an Stockwerksfläche. Der vergleichsweise geringe Anstieg von Einzelhandelsflächen reflektiert den deutlichen Trend der Bewohner des Stadtzentrums, in Gebiete umzuziehen, von denen aus die City weit weniger leicht zu erreichen ist. Dabei reduzierte sich für eine ganze Reihe von Einzelhandelsgeschäften die Kundschaft, obwohl für die Stadt als ganzes eine Zunahme des Umsatzes im Einzelhandel zu verzeichnen war.[16] Wie dem auch sei, wie in der Zeit zwischen den Weltkriegen waren letztlich die Veränderungen der äußerlichen Strukturen in den Ladenbezirken für das Wesen der Bautätigkeit von größerer Bedeutung. In dieser Hinsicht wuchs die Bedeutung der Handelsketten nach dem Krieg sehr stark an: Große Bereiche ununterbrochener Grundflächen wurden geschaffen, oft auf Kosten mehrerer Kleingeschäfte, die in ihrer Art die Geschäftsviertel des 19. Jahrhunderts geprägt hatten. Im Bürobau wurde dagegen eine Politik betrieben, die mehr darauf aus war, zusätzlichen Büroraum zu schaffen, was mit dem Zuwachs an Beschäftigten in diesem Bereich zusammenhing.[17]

[16] *Board of Trade.* Census of Distribution and Other Services, 1950, 1. London 1953; *Board of Trade.* Report on the Census of Distribution and Other Services, 1961, Supplement. London 1971.
[17] *G. Eve & Co.,* City of Glasgow: Report on the Central Area, Glasgow 1965, S. 43–44.

Informationen über neueste Veränderungen in Geschäftszentren, besonders seit den 60er Jahren, sind nun für eine größere Zahl von Städten als bisher verfügbar. Ein wichtiger Aspekt für den Charakter der Erneuerungen ist der Anstieg der Stockwerksflächen, die von Ärzten, Rechtsanwälten, Versicherungen, Banken und Geldinstituten, von öffentlichen Verwaltungen und Dienstleistungen genutzt werden.[18] Darin drückt sich sowohl die Zunahme der Beschäftigten in diesem Sektor als auch ein Zuwachs an zur Verfügung stehender Fläche pro Büroangestelltem aus. Dagegen hat sich die Abnahme der Geschoßfläche für Industrie und Großhandel fortgesetzt. Der größte Teil des Zuwachses an Büroflächen entstand durch den Bau von großen, meist freistehenden Bürohäusern. Diese entstanden besonders auf Grundstücken, die vorher schon, wenn auch weniger dicht, mit Bürohäusern bebaut waren, oder auf ehemaligen Standorten von Warenhäusern, Industrieunternehmen oder Verkehrseinrichtungen. Die Tatsache, daß dieser Zuwachs sich auch in Zeiten fortsetzte, als die Nachfrage nach Büroraum für deren tatsächliche Nutzung nachließ, weist auf eine wachsende Nachfrage nach Büroflächen durch Geldinstitute hin, die den Besitz von Büroraum in Stadtzentren zur Geldanlage nutzen. Das begrenzte Angebot an Fläche in solchen Gebieten sichert sowohl immer höhere Mieteinnahmen als auch den Wertzuwachs dieser Investitionen.[19]

Im Einzelhandel haben die wichtigsten Ladenketten den Neubau von eigenen Geschäften an zentralen Plätzen fortgesetzt. Aber der Hauptzuwachs an Geschoßflächen seit der Mitte der 60er Jahre ist aus Geschäftsbauten entstanden, die für die Nutzung meist vieler Mieter gedacht waren. Dies hat gewichtige Auswirkungen auf den Charakter der Stadtzentren. Viele spezialisierte Einzelhändler, z. B. Antiquariatsbesitzer, Briefmarkenhändler, Antiquitäten-Händler, Inhaber von Kunst- und Musikalienhandlungen, waren nicht mehr in der Lage, die hohen Mieten zu bezahlen, die in der Regel nach einem Neubau verlangt wurden. Das gleiche gilt für Handwerker und spezialisierte Dienstleistungen,[20] und es wird geschätzt, daß etwa die Hälfte der Betroffenen schließen mußte.[21] Die Mieter, die an deren Stelle traten, tendieren dazu, einen sehr viel höheren Anteil an Geschäften mit Massenkonsumartikeln zu betreiben, wie sie in den großen vorstädtischen Einkaufszentren zu haben sind. Somit hat sich die Bandbreite der angebotenen Waren und Dienstleistungen reduziert,[22] Kleinhändler wurden vertrieben und die soziokulturelle Bedeutung der Stadtzentren ging

[18] *P. Ambrose / B. Colenutt,* The Property Machine, Harmondsworth, 1975, S. 21; *R. Barras,* The Development Cycle in the City of London, in: Centre for Environmental Studies Research, Series, 36. London 1979, S. 7–18.
[19] *R. Barras* (s. A 18), S. 24.
[20] *F. J. C. Amos,* Liverpool, in *J. Holliday* (Hrsg.), City Centre Redevelopment, London, 1973, S. 190; *K. A. Galley,* Newcastle upon Tyne, in: *J. Holliday,* (ebda.), S. 219.
[21] *F. J. C. Amos* (s. A 20), S. 190.
[22] *R. L. Davies,* Marketing Geography, London 1976, S. 291.

zurück.[23] Ein weiteres Problem ist die Integration der Geschäftshäuser in das Stadtbild, seit die Neigung besteht, diese quasi innenorientiert zu bauen, manchmal der Straße, ihrer Frontseite, ein nacktes Gesicht zeigend. Ein Verdrängen weiterer Einzelhändler ist auf ein Überhandnehmen des Dienstleistungssektors zurückzuführen, wobei einige Straßen ihren Charakter als Einkaufsstraße durch Arbeitsvermittlungen, Reisebüros, Wettbüros, Grundstücksmakler und Baugenossenschaften eingebüßt haben, was u. U. den Effekt hat, Teilbereiche von Straßen von den Fußgängerströmen abzutrennen.[24]

Seit Mitte der 70er Jahre gibt es eine weitverbreitete Bewegung gegen die moderne Architektur. Postmoderne Bauweisen, viele davon unter Verwendung von Elementen unterschiedlicher historischer Stile, waren besser mit dem bestehenden Stadtbild zu vereinbaren. Sieht man von dem oft recht begrenzten Erfolg der Erhaltungsbewegung bei der Verhinderung des Abreißens von Gebäuden, die für den »genius loci« wichtig gewesen waren, ab, so kann das Vorhandensein eines Verständnisses für die Verknüpfung von Alt und Neu für heute mehr angenommen werden als für jeden anderen Zeitraum in diesem Jahrhundert. Darin besteht ein deutlicher Unterschied zu den 50er und 60er Jahren.

IV. Zusammenfassung

Aus elementaren Gründen, die sich in absehbarer Zukunft auch nicht ändern werden, vollzieht sich der Wandel der städtischen Landschaftselemente mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Dies wird zum Teil durch die zeitliche Differenz zwischen Wandel der Funktion und Wandel der Form hervorgerufen, was im übrigen charakteristisch ist für Kulturlandschaften. Die Inanspruchnahme von Gebäuden für Zwecke, für die sie nicht gebaut wurden, ist ein Beispiel dieser Verschiebung. Auf allgemeinerer Ebene kann ein Spektrum der Fähigkeit zum Wandel festgestellt werden, das auf der einen Seite von Strukturen reicht, die eines hohen Kapitalaufwandes für Wandel bedürfen und daher recht stabil sind (wie etwa Straßensysteme), bis zur anderen Seite, wo Strukturen zu finden sind, für deren Wandel ein relativ geringer Kapitalaufwand nötig ist und bei denen daher ein Wandel auch häufiger stattfindet (z. B. Ladenfronten). Diese Veränderungen sind selten das Ergebnis physischen Verfalls. Der tiefere Grund dafür ist die endlose Abfolge sozialen und wirtschaftlichen Wandels, sowohl auf nationaler wie auf lokaler Ebene.

Bei einer Betrachtung über längere Zeiträume hinweg ist es möglich, einige wiederkehrende Merkmale in der Geschwindigkeit dieser Wandlungsprozesse für unterschiedliche städtische Strukturelemente herauszuarbeiten, die gegenüber den großen Veränderungen im Gesellschaftssystem wenig Beachtung fanden. Die häufigste Veränderung im Straßensystem ist der Bau von zusätzlichen Nebenstraßen, oft Sackgassen, im Zusammenhang mit gesteigerter Flächennutzung – z. B. dem Bau von zusätzlichen Wohnhäusern in den Gärten von ursprünglich locker bebauten Gebieten. Jedoch hat sich selbst in Gebieten, in denen außergewöhnlich durchgreifende Neugestaltungen von Arealen stattgefunden haben, wie etwa im Zentrum von Newcastle-upon-Tyne in der Mitte des 19. Jahrhunderts oder in der Stadtmitte von Birmingham in den 50er und 60er Jahren dieses Jahrhunderts, die Linienführung der Hauptstraßen unverändert erhalten. Die Gebäudesubstanz dagegen in der Regel weniger resistent gegenüber einer Erneuerung. Veränderungen der bestehenden Gebäudestrukturen sind verglichen mit kompletten Neubauten relativ häufig. Erweiterungen von Gebäuden und Veränderungen der Fassaden sind jeweils häufiger als die vollständige Erneuerung von Gebäuden. Und wenn alle Veränderungen an Gebäuden zusammengenommen werden, sind Neubauten im Vergleich zahlenmäßig unbedeutend, wenn auch ihre Kosten und ihre Bedeutung für das Stadtbild im Einzelfall meist wesentlich größer sind.

Nicht nur einzelne morphologische Elemente verändern sich mit unterschiedlicher Geschwindigkeit, sondern auch die Veränderungen der materiellen Formen unterliegen Zyklen. Wenn die Periode, von der wir gesprochen haben, eine gewesen ist, in der sowohl zentrale als auch lokale Planung im ganzen gesehen von geringerer Bedeutung war, so könnte argumentiert werden, daß das, was sich verändert hat, die Folge von Bewegungen und Ereignissen auf dem freien Markt gewesen sei. Jedoch unterliegt auch Planung Zyklen, bezogen und oft schwer zu unterscheiden von denjenigen der unkontrollierten Wirtschaft. Sutcliffe spricht von zwei Aufschwüngen in der Planungsaktivität seit der Entwicklung moderner Planungsformen am Ende des 19. Jahrhunderts.[25] Diese waren in den Zeiträumen von 1890–1914 und von 1945–1970, die Abschwünge von 1918–1939 und von 1970 bis heute. Das momentane Interesse an Erhaltung, Renovierung, postmoderner Architektur, aus dem eine so starke Gegenbewegung zum modernen Baustil hervorgegangen ist, kann als eine Renaissance der Erhaltungs- und Historismus-Bewegung des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts gesehen werden.[26]

Die zyklische Natur der Art und Weise, in der städtische Gebiete entstehen, hat Implikationen für die Stadterneuerung. Diese drücken mehr die Natur der Formen aus, die im Zuge einer einzelnen Aufwärts- oder Abwärtsbewegung im Zyklus entstanden sind, als die Tatsache, daß Strukturen, die nahe beieinander sind, meist auch gleiches Alter besitzen. Alter allein ist ein schlechter Indikator für die Notwendigkeit

[23] *R. L. Davies / D. J. Bennison,* The planning repercussions of in-town shopping schemes, in: Estates Gazette, 246 (1978), S. 118.
[24] Ebda., S. 119.
[25] *A. Sutcliffe,* Why planning history?, in: Built Environment, 7 (1981), S. 66.
[26] Ebda.

einer Erneuerung. Es scheint ein wichtigerer Faktor zu sein, ob das Nutzungsrecht ein Mietverhältnis ist. In einem Fall, bei dem eine Reihe von benachbarten Grundstücken etwa zur selben Zeit bebaut und von ein und demselben Besitzer zu denselben Bedingungen vermietet wurden, erhöht das mehr oder weniger gleichzeitige Auslaufen der Mietverträge die Wahrscheinlichkeit einer völligen Neuplanung eines ganzen Areals. Jedoch gilt für den Großteil des Landes, gleich ob in Eigennutzung oder Miete, und wenn nicht Kräfte wirken, die durch die zwangsweise Aneignung durch Stadtverwaltungen zustande kommen, daß die häufigste Art der Veränderung die von einzelnen baulichen Einheiten ist, worunter das Ersetzen von Gebäuden, deren Renovierung oder auch das Errichten zusätzlicher Bauten zu rechnen ist. Bei solchen kleinmaßstäblichen Veränderungen spielt der physikalische Charakter der erstmaligen Bebauung, besonders der Gebäudetyp und dessen Beziehung zu den Grundstücksgrenzen, eine wesentliche Rolle.

Versuche, ein bestehendes Stadtbild von Grund auf zu ändern, waren meist mit Schwierigkeiten und beträchtlichen wirtschaftlichen und sozialen Kosten verbunden. Wo umfassende Erneuerungen die Stadtkerne berührten, brachten sie bei genauerer Betrachtung des öfteren eine bunte Palette von Nebenerscheinungen mit sich, die besser nicht zutage getreten wären. Der Tatsache, daß soziale Gemeinschaften mit ihrer physikalischen Umwelt sowohl historisch als auch funktional verknüpft sind, wurde so gut wie keine Beachtung geschenkt. Je erfolgreicher Stadterneuerung darin war, die Vergangenheit abzuschütteln, desto weniger Erfolg hatte sie, eine Umwelt zu schaffen, in der es sich leben läßt. Es dürfte ein Zuviel an Optimismus sein, anzunehmen, die momentane Konjunktur der Erhaltung und Instandsetzung zeige, daß diese Lektion gelernt worden ist. Aber immerhin scheint dadurch ein Klima geschaffen zu sein, in dem historisch gewachsene Stadtbilder als über lange Zeiträume hin wertvolle kulturelle Aktivposten eher geachtet werden.

Abschließend möchte der Autor an dieser Stelle Dr. P. J. Larkham sowie den Herren N. D. Pompa und A. N. Jones danken für ihre Anmerkungen zum Entwurf dieses Aufsatzes; weiterhin Frau J. Dowling und den Herren T. G. Grogan und K. Burkhill für die Erstellung der Illustrationen zu diesem Beitrag.

Aus dem Englischen von Robert Ziller

Jürgen Lafrenz

Bewertungszyklen der vorindustriellen Stadtgestalt im Industriezeitalter

1. Problemstellung

Die Stadtgestalt ist der »an die Erdoberfläche geknüpfte morphologische Ausdruck«[1] des städtischen Lebens in seiner lokalen Individualität und seiner historischen Vielschichtigkeit. Die materiellen Strukturen, im gesellschaftlichen Bewußtsein ständig neuer Bewertung unterlegen, erscheinen in Relation zur funktionalen Dynamik von großer Beharrung.

Die Physiognomie der abendländischen Städte wurde in vorindustriellen Zeiten geprägt durch eine hohe Persistenz der Stadtgestalt. Ein Stadtumbau vollzog sich in »spontaner« Adaptation und konnte zu Modifikationen im Grundstücksgefüge führen. Bauten verschiedener Stilperioden wurden im Sinne der heimischen Überlieferung eingeschmolzen und damit infolge evolutionärer Trägheit im Grundriß höherrangige Gestaltbindungen gehalten.[2]

Während sich die Kontinuität der Stadtgestalt bis an die Schwelle zum Industriezeitalter aus dem Brauchtum der Überlieferung und dem Beharren in Gewohnheiten herleitete, vollzog sich die Einstellung zur Bautradition seither in diametralem Wechsel. Die Auseinandersetzung im Bezug zur Vergangenheit verlief in sprunghafter Entwicklung mit abwechselnden Zeiten des Aufbruches und der Rückbesinnung. Die unmittelbare Vergangenheit, eben wegen mangelnder Distanz perspektivisch noch nicht voll übersehbar, wurde oft heftiger Kritik ausgesetzt.

2. Die Altstadt von Lübeck als Modellfall der Rezeption ortstypischer Stadtgestalt

2.1 Kriterien zum Modellfall

Das Traditionsverständnis in Bauverhalten und Denkmalpflege wird für das Industriezeitalter am »Modellfall« der Altstadt von Lübeck reflektiert. Die führende Metropole der Hanse zählt zu den herausragenden Leistungen im abendländischen

[1] *M. R. G. Conzen,* Zur Morphologie der englischen Stadt im Industriezeitalter, in: *H. Jäger* (Hrsg.), Probleme des Städtewesens im industriellen Zeitalter, Städteforschung A 5, Köln, Wien 1978, S. 1–48, Zitat S. 1.

[2] Zur örtlichen Bautradition vgl.: *E. Mulzer,* Der Wiederaufbau der Altstadt von Nürnberg 1945–1970, Erlanger Geographische Arbeiten 31, Erlangen 1972; *K. Tiborski,* Solingen. Bauliche Innovationen und lokale Persistenz. Der Neuaufbau der Solinger Altstadt nach dem Zweiten Weltkrieg vor dem Hintergrund der Entwicklung bis zur Zerstörung, Münstersche Geographische Arbeiten 28, Paderborn 1987.

Städtebau. Die geschichtliche Dimension steht in enger Verknüpfung mit der künstlerischen Dimension. Der vorindustrielle Stadtkörper kann im ästhetischen Bereich eine normative Orientierung sein.

Die thematische Eignung offenbaren folgende Kriterien:

1. Der Stadtkern ist im Zuge der Verstädterung nur derart überformt worden, daß vorindustrielle Stadtstruktur im raumvisuellen Beziehungsgefüge der verschiedenen Maßstabsebenen noch durchgängig persistent ist.
2. Ein prägnanter Ordnungswille formte einen überschaubaren Stadtkörper von sachlicher Knappheit, der spätere Eingriffe durch normative Relationen zum tradierten Substrat augenfällig werden läßt.
3. Die Leitvorstellungen zukünftiger Stadtgestalt lassen sich in langfristigen Divergenzen nicht nur in ihrer Verwirklichung aus der Bauweise selbst aufdecken, sondern auch in ihrer Werthaltung über ein lokales Schrifttum erschließen.

Die Reflexionen ortstypischer Bautradition im industriellen Zeitalter interessieren in zeitgängiger Entwicklung

1. die Bewertung der Stadtgestalt der vorindustriellen Epochen
2. der Stellenwert der Stadtgestalt im Zielsystem der Stadtplanung
3. die Strategien zur Durchsetzung von Leitmaximen im Bezug zur Traditionspflege der Stadtgestalt.

Die wechselhafte Rezeption der überkommenen Stadtstruktur fordert dazu heraus, den epochalen Vergleich nicht von vornherein mit der Resonanz gegenwärtiger Wertmuster anzustimmen, erweisen doch die nachfolgenden Ausführungen gerade einen schnellen Meinungswechsel, so daß auch ein momentaner Standpunkt wahrscheinlich nur zeitbedingter Ausdruck sein wird.

2.2 Die Stadtgestalt von Lübeck an der Wende zum Industriezeitalter

Im Spätmittelalter gab es im Abendland kaum einen so glänzenden Erfolg für eine Stadtgründung wie den raschen Aufstieg von Lübeck zu einer der größten und einflußreichsten Handelsstädte, das zugleich formales und funktionales Leitbild feudaler Stadtanlagen im Ostseeraum wurde.[3] Mit Lübeck verbindet sich zweifellos die Idee einer gotischen Stadt, zum einen wegen der stilistischen Einheitlichkeit der dominierenden Monumentalbauten, zum anderen durch das spätmittelalterliche Zuschnitts- und Raumgefüge. Das Formenrepertoire (er)hielt ein inniges Beziehungsgefüge von gestalterischen Bindungen nicht nur aus der Kontinuität weniger Planideen während der zügigen Siedlungsnahme, sondern auch durch evolutionäre Trägheit infolge schwindender Wachstumskräfte.

[3] Zum vorindustriellen Stadtaufbau vgl. u. a.: *M. Brix, J. Meissner,* Lübeck als Kulturdenkmal, in: *M. Brix* (Hrsg.), Lübeck. Die Altstadt als Denkmal. Geschichte, Wiederaufbau, Gefährdung, Sanierung, München 1975. *E. Schirmacher,* Stadtvorstellungen. Die Gestalt der mittelalterlichen Städte – Erhaltung und planendes Handeln, Zürich, München 1988, S. 63–75.

1. Der Grundriß auf einem Hügel zwischen Trave und Wakenitz ist nicht schematisch, wohl aber regelhaft angelegt, wobei in klarer Hierarchie wenige Straßentypen und wenige Parzellentypen einander zugeordnet sind.
2. Die Baukörper der (Speicher-) und Wohnbauten bestehen in enger Korrespondenz zu den Grundstücken aus großen und kleinen Giebelhäusern (meist mit angesetzten Flügelbauten) sowie straßen- und gangseitigen Traufhäusern. Die Häuser einzelner Bauphasen unterscheiden sich durch veränderte Raumaufteilung (bei wachsendem Streben nach mehr Wohnfläche) sowie durch sich wandelnde Fassadenarchitektur von begrenzter Formenvielfalt in Backstein- oder (mit Einsetzen des Barock) in Putzbauweise.
3. Die durchlaufenden Fluchtlinien vorwiegend gleicher Haustypen mit Fassaden verschiedener Bauperioden ergeben bei gekrümmten Längsprofilen und gelegentlich ausgeweiteten Querprofilen wechselvoll gestaltete Straßenräume von großer Tiefenwirkung, die im Zusammenhang mit der Hangneigung noch gesteigert wird.
4. Die vorherrschende Zuordnung der Giebel- und Traufhäuser zu den Straßentypen führt mit ansteigendem Relief zu einer Dachlandschaft fast gleicher Firstrichtungen, die auf dem Grat des Stadthügels durch querstehende Ortsgänge der Giebelhäuser und die akzentuierte Verteilung der beherrschenden Monumentalbauten durchbrochen wird.

Die Stadt stellte um die Wende zum 19. Jahrhundert eine geschlossene städtebauliche Einheit dar, als die ganzheitlichen Bindungen im Stadtkörper in maximaler Weise gehalten wurden, während danach ein erster Abbau jene allmählich abnehmen ließ. Der Stadtstaat fing damit an, sich von der drückenden Enge seiner Befestigungen zu befreien, durch Abriß der gotischen Stadtmauer bis auf wenige Relikte und durch Schleifen der barocken Bastionärsysteme bis auf einige Erdwerke. Im Zuge der Säkularisierung wurden mehrere (Kloster-)Kirchen preisgegeben, hernach wurde der vormals geistliche Grundbesitz sukzessive zum Kauf angeboten. Die Bauweise brach im Klassizismus die Vertikale in der Proportionierung der Fassaden und schloß mit flacher Attika den Ortsgang ab.

3. Bewertungszyklen zur Altstadt in Lübeck

Als überragendes Ergebnis der Bewertung tradierter Stadtgestalt wird im Industriezeitalter ein zweifacher Zyklus festgestellt, der jeweils mit einer Überwindung aufkam und in eine Aneignung umschlug.

3.1 Erster Bewertungszyklus

Der erste Zyklus setzte mit Beginn der Verstädterung ein, fand seinen inneren Bruch um 1900 und erfuhr in den Kriegszerstörungen 1942 eine markante Zäsur in Richtung auf sein Ende.

3.1.1 Überwindungsphase

Der Beginn der Urbanisierung datiert im Raum Lübeck etwa mit Aufheben der Torsperre 1864. Der Handel der Stadt erlebte unter Wegfall wirtschaftlicher Schranken und mit Aufbau leistungsfähiger Hafenanlagen einen ungebrochenen Aufstieg, verbunden mit einem rapiden Zuwachs der Bevölkerung.

Der zügige Aufschwung verstärkte die funktionale Inanspruchnahme der Altstadt und förderte einen rapiden Stadtumbau. In Nachwirkung traditioneller Funktionen, begünstigt durch die verkehrstechnische Lage, kam es im mittleren Teil der Altstadt zur Konzentration von Cityfunktionen für den sich ausweitenden urbanen Raum. Die übrigen Teile der Altstadt wurden in ihrer Mischnutzungsstruktur durch Ausbau oder Gründung von Klein- und Mittelbetrieben geprägt. Der im Norden der Altstadt ausgebaute Hafen wirkte besonders auf seine peripheren Bereiche.

Die Bevölkerung der Altstadt stieg erheblich an, zum einen, da durch einen rationalen Umbau von bürgerlichen Häusern und einen spekulativen Neubau von Miethäusern das Wohnungsangebot vergrößert wurde, zum anderen weil der Wohnungsbau in den Vorstädten dem Bedarf kurzfristig nicht nachkommen konnte. Infolge der Verstädterung vollzog sich ein tiefgreifender Wandel in der Bewertung von Grund- und Hausbesitz durch den sich beschleunigenden kapitalistischen Wirtschaftskreislauf. Die sprunghafte Aufwertung günstiger Lagen zog einen erheblichen Bauboom auf sich und zeichnete die Geschäftsstraßen nach, auch setzte sich innovativ an singulären Standorten der Bau der Mietwohnhäuser durch. Die größere Anzahl öffentlicher Einrichtungen entstand auf den Grundstücken ehemaliger Klöster und Kurien, wobei ältere Gebäude teilweise einbezogen wurden; einige weitere wurden im Innern großer profaner Baublöcke erstellt, und nur für das breitgelagerte Postgebäude wurde am Markt eine bürgerliche Parzellenzeile aufgegeben.

In der Aufbruchszeit vor der Jahrhundertwende wurde es geradezu als Befreiung empfunden, überkommene Stadtstrukturen in größeren Maßstäben und mit neuen Formen zu überwinden. Die freie Konkurrenz, sich um jeden Preis durchzusetzen, führte unter dem Liberalismus zum Bruch mit dem Grundsatz, sich maßstabsgerecht einzupassen. Das Nachbarrecht, ehemals eine Regelung zur Eindämmung individueller Interessen, wurde nunmehr als Willkür und Eigensinn hingestellt. Die rechtlichen Grundlagen für die maximale Auslastung von Grundstücken ermöglichten großzügige Normen der Bauordnungen von 1865 und 1881,[4] die eine intensive Überbauung in horizontaler und vertikaler Richtung erlaubten. Die Parzellen wurden nicht nur maximal überbaut, sondern auch Bauhöhen unter maßstäblichen Brüchen vorangetrieben. Sofern die Straßen breiter als 11.50 m maßen, war der Höhenentwicklung keine Schranke gesetzt, sonst durfte die 1½fache Straßenbreite erreicht werden. Im übrigen konnte durch Dachausbauten, Anbringen eines Erkers oder Eckturmes sowie durch Verbauung von Hofräumen die Ausnutzung vergrößert werden. Die straßenseitigen Neubauten ragten in der kompakten Häusermasse heraus, zerschnitten mit kahlen Brandmauern die Straßenprofile. Die Hofräume wurden weniger für Wohnbauten sondern mehr für deren Nebengebäude und insbesondere für Werkstatt- und Lagergebäude gewerblicher Klein- und Mittelbetriebe bis zu völliger Überbauung aufgegeben. Der maximale Ausbau oberer Geschosse im Sinne der Bauordnung ließ flache Dachformen aufkommen, die gängigen Materialien wurden Schiefer und Pappe. Die klar gestaffelte Dachlandschaft der ziegelgedeckten Satteldächer erlitt deutliche Einbußen.

[4] Bauordnung für die Stadt Lübeck vom 1. März 1865, in: Sammlung der Lübeckischen Verordnungen und Bekanntmachungen 32 (1865), S. 9–28; Bauordnung für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte, sowie für das Städtchen Travemünde vom 16. Mai 1881, in: ebda., 48 (1881), S. 43–70.

Die Maßstabsbrüche wurden durch stilistische Brüche in den Straßenbildern noch verstärkt. Der wirtschaftliche Aufwind rief in Verbindung mit dem Hochgefühl eines nationalen Erstarkens ein reges Repräsentationsbedürfnis hervor, wozu ein vielfältiges Formenrepertoire des Historismus eingesetzt wurde.[5] Die Wohn- und Geschäftsbauten folgten zu Beginn der Bauperiode noch zurückhaltenden neoklassizistischen Formen, verfielen sodann aber einem mehr oder minder aufwendigen Historismus durchweg internationaler Prägung, selten nur der Adaptation heimischer Stilelemente. Die Dekorfreude an Vorderfronten nahm mit wirtschaftlicher Bedeutung und sozialer Stufung der Bauten ab, die Hinterfronten waren durchweg schmucklos und nüchtern.

In der Zeit des Aufbruchs beschworen gebildete Kreise in Lübeck zwar die reichsstädtische Tradition als Grundlage der gegenwärtigen politischen Stellung, vereinnahmten dieses Bewußtsein aber nur zur Legitimität selektiv bei hervorragenden öffentlichen Bauten, die hinsichtlich ihrer Identifikation einen herausragenden Symbolwert boten.[6] Wie ein Fanal wirkte die Erhaltung des Holstentores, das nach dem Plan des preußischen Konservators 1863 einer Restauration zugeführt wurde. Die Denkmalpflege solcher Bauwerke erfolgte primär unter geschichtlicher Maxime und basierte nicht auf wissenschaftlicher Objektivität, sondern sie wurde durch Änderung oder Hinzufügung auf einen vermeintlichen Idealzustand hin zurückgeführt, der als stilrein im Sinne der mittelalterlichen Stadt galt.

Neue öffentliche Repräsentationsbauten wurden an geschichtsträchtigen Plätzen lokalisiert, wo sie aus Prestigegründen am Glanz des Mittelalters teilhaben und sich in Konfrontation zu mittelalterlichen Bauten messen können. Diese Neubauten wurden

[5] *M. Hasse,* Denkmalpflege in Lübeck. Das 19. Jahrhundert, Begleitheft für die Ausstellung im St.-Annen-Museum anläßlich des europäischen Denkmalschutzjahres 1975, Lübeck 1975.

[6] *M. Brix,* Nürnberg und Lübeck im 19. Jahrhundert. Denkmalpflege, Stadtbildpflege, Stadtumbau, München 1981.

durchweg im bevorzugten Stil der Neugotik unter »Aufgreifen und Übersteigern historischer Architekturformen«[7] vollzogen, die aber nur bedingt dem Duktus der Gotik in Lübeck folgten.

Durch wasserbautechnische Eingriffe wurde die Stadtansicht von Osten her durch den Bau des Elbe-Lübeck-Kanals vor der Jahrhundertwende beeinträchtigt. Die Kanaltrasse wurde unter Zerschneidung der (Binnen-)Wakenitz bogenförmig um die Altstadt herumgeführt, so daß jene nicht nur zur Insel wurde, sondern auch durch einen beim Materialaushub aufgeschütteten Randstreifen der Altstadtsaum verwischte. Die mit Hafenschuppen besetzten Ufer zu beiden nördlichen Peripherieseiten bildeten mit ihren damaligen Aktivitäten Räume mit großer Milieudichte.

3.1.2 Aneignungsphase

Die Bauperioden von 1900 bis 1945 lassen in der Bewertung der Stadtgestalt eine durchläufige Entwicklung erkennen. In Reaktion auf die Bauleistungen der Hochgründerzeit bildete sich ein vollständig gewandeltes Traditionsverständnis, verbunden mit sittlichen und politischen Motivationen. Zu Anfang der *Spätgründerzeit* um 1900 stellte sich ein Wandel im Denkmalverständnis ein. Die Geschichte reflektierte als nunmehr kritische Wissenschaft darauf, daß Städte »anschauliche Manifestationen geschichtlicher Prozesse, Gestalt gewordene Ablagerungen vergangener gesellschaftlicher Existenzformen«[8] sind, und zog daraus weitreichende Folgerungen für die Denkmalpflege:[9]

1. Während im 19. Jahrhundert herausragende Baudenkmäler durch übersteigerte Restauration ein Bild der Vollkommenheit ohne realen Hintergrund vortäuschten, setzte sich nunmehr die Auffassung durch, daß sie in ihrer unwiederholbaren geschichtlichen Konkretion zu halten seien, wobei ihr Dokumentarwert auf die früheren Bauperioden abzustimmen sei, und dabei der Gotik nicht als einziger schöpferischer Periode der einseitige Vorzug zu geben sei, sondern auch spätere Bauperioden zu berücksichtigen sind.
2. War vor 1900 das Interesse noch ausschließlich auf Denkmäler von höchstem geschichtlichem und künstlerischem Wert konzentriert, gewannen nun auch Bauten an Beachtung, die ohne solchen Wert ein Zeugnis der Vergangenheit abgaben. Mit der Jahrhundertwende setzte sich die Erkenntnis durch, daß ein hervorragendes Bauwerk und seine Umgebung sich in ihrer Wirkung wechselseitig bedingen.

[7] *M. Brix,* Einbrüche in die Struktur der Lübecker Altstadt als denkmalpflegerisches Problem: Gründerzeit und Wiederaufbau nach 1945, in *M. Brix* (s. A 3), S. 35.

[8] Regensburg – Zur Erneuerung einer alten Stadt, Städtebauliches Seminar der Stiftung Regensburg im Bundesverband der deutschen Industrie, Düsseldorf 1967, S. 3.

[9] *U. K. Paschke,* Die Idee des Stadtdenkmals. Ihre Entwicklung und Problematik im Zusammenhang des Denkmalpflegegedankens. Mit einer Darstellung am Einzelfall: der Stadt Bamberg, Erlanger Beiträge zur Sprach- und Kunstwissenschaft 45, Nürnberg 1972.

Das gesamte Stadtgefüge bezieht seinen künstlerischen Wert aus der Gesamtheit aller Einzelobjekte von unterschiedlichem Rang.

Mit solcher Begründung war es gegeben, einige historische Stadtkerne in toto als Denkmal zu deklarieren, und dieser Einsicht folgte der Baudirektor und Konservator für Lübeck mit den Worten: Wir »beurtheilen ... das Haus an der Straße nicht so sehr nach seinem eigenen Kunstwerthe, als vielmehr nach seiner Beziehung zum Gesammtbilde der Straße, und so kommen wir immer mehr dahin, Städte wie ... Lübeck als ein einziges großes Baudenkmal anzusehen.«[10] Unter solcher Maxime wurden erstmalig Gestaltbindungen des Stadtkörpers in ihrer Regelhaftigkeit dargestellt.[11]

Der Bewertungswandel fiel in Lübeck mit dem Zeitpunkt zusammen, als sich die Urbanisierung auf das überlieferte Grundrißgefüge durchzupausen begann. Der Aufstiegswille war für den Stadtstaat so groß, daß er einen wesentlichen wirtschaftlichen Impuls durch eine systematische Industrieansiedlung an der Untertrave auf sich zog. Die Altstadt wuchs in ihren zentralörtlichen Funktionen für einen weiter stark heranwachsenden Agglomerationsraum. Für größere Standorteinheiten privater Einrichtungen wie Banken und Kaufhäuser (Karstadt 1906, Holstenhaus 1907) wurden Parzellen zusammengelegt. Mit steigender Verstädterung erhöhte sich der Verkehrsfluß in der Innenstadt, zumal der Durchgangsverkehr in Verbindung der Vorstädte untereinander infolge trennender Wasserläufe auch durch den Stadtkern führen mußte. Um die Jahrhundertwende galt die Auffassung, daß desto stärker der Verkehr sei, um so gebieterischer trete im Stadtinnern die Notwendigkeit auf, ein Gerüst leistungskräftiger Verkehrsadern zu schaffen. In Lübeck folgten seit 1896 Gesetze zur Rückverlegung von Baufluchten einzelner Straßen; die Zurücknahme einzelner Bauten in der Holstenstraße als dem Zubringer vom Bahnhof wurden 1900 begonnen. Im Jahre 1905 wurde ein weitreichendes Programm von Straßenverbreiterungen einschließlich Höhenregulierungen verabschiedet.[12] Der Senatsbeschluß unterschied »rote« Fluchtlinien, für die gesetzliche Regelungen schon festgelegt waren, und »blaue« Fluchtlinien für eine weitere Anzahl von Straßenseiten, die tiefe Einbußen in die historische Substanz zur Folge haben mußten.[13]

Der kulturelle Umbruch um die Jahrhundertwende hatte zwar das Bewußtsein für das traditionelle Erbe der Stadtgestalt hervorgebracht. Eine Anpassungsplanung sah den Verlust an alten Häusern aber als unvermeidlich an, wenn auch nicht mehr als

[10] *G. Schaumann,* Fassaden-Wettbewerb, seine Ergebnisse und seine Ziele, in: Lübeckische Blätter 44 (1902), S. 29–32, 47–49, Zitat S. 29.

[11] *H. Mahn,* Die Ästhetik unseres heutigen Stadtbildes, in: Lübeckische Blätter 46 (1904), S. 207–212, 223–225.

[12] Rat- und Bürgerschluß vom 3. April 1905 über Fluchtlinien, vom 24. Mai 1905 über Höhenregulierungen.

[13] *Rühl,* Straßenerweiterungen und Stadtbild, in: Lübeckische Blätter 64 (1922), S. 99–101, 106–108, 115–116, 123–124.

notwendig herauszufordern. Die Strategie zur Erhaltung eines so großen Stadtkernes war in dualer Strategie anzugehen. Der Denkmalschutz vorindustrieller Baustruktur sollte als Katalysator dienen für einen Stadtumbau mittels Anpassungsarchitektur.

Dem Ruf nach ortstypischer Bauweise mit charaktervollem Lokalkolorit des Stadtbildes trug ein Fassadenwettbewerb Rechnung, den der Verein für Kunstfreunde 1901 unter deutschen Architekten ausschrieb.[14] Die preisgekrönten und angekauften Entwürfe wurden 1902 als Tafelwerk[15] publiziert, um als Mustersammlung für Bauherren und Architekten den künstlerischen Geschmack zu formen. Die Ergebnisse waren drei- und viergeschossige Traufhäuser mit vorgesetzten Giebeln und vorkragenden Erkern. Die Häuser waren auf maximale Konditionen der Bauordnung abgestimmt und fügten sich nur bedingt in die Straßenfronten.

Das veränderte Verständnis zur Tradition wurde bald von einer Wende im Stilismus eingeholt. Der steril gewordene und vielfach von Epigonen abgehandelte Historismus wurde überwunden, da dieser als ein die drängenden sozialen Probleme verschleierndes Formenspiel empfunden wurde. Die Aneignung der scheinbar wahllosen Abfolge von Stilmoden, die sich meist an Formen internationaler Hochkunst orientierten, war eine Aushöhlung des Traditionszusammenhanges.

Die Bewegung zum Heimatschutz suchte die Therapie retrospektiv in einer Architektur mit puristischen Zügen, die solche Tradition nicht historisch formal zitierte, sondern »Traditionsbezüge im Charakter des Essentiellen«[16] wiedergeben wollte, wobei sie bei zu starker Versachlichung fast ans Ende der traditionsableitbaren Formen gelangte. Die ersten Bauten sind in Lübeck gegen 1905 entstanden, überhaupt wurde eine Heimatschutzarchitektur für die Altstadt alsbald üblich. Die Fassaden waren aus Backstein und erhielten ihre Qualitäten aus Beziehungen zwischen Wand und Öffnungen. Sie wurden durch echte oder vorgesetzte Giebel abgeschlossen. Für die Eckhäuser wurde mit je einem Giebel übereck die gängige Lösung gefunden.

Im Hinblick auf einen praktikablen Heimatschutz wurde 1903 der neuen Bauordnung noch eilfertig ein »ästhetischer Paragraph«[17] eingefügt, der es dem Baudirektor erlaubte, in Baupläne einzugreifen, von denen er glaubte, daß sie das Straßenbild verunstalten oder die Erscheinung bedeutender vorindustrieller Bauwerke beeinträchtigen würden. Alsbald wurde eine Bauberatungsstelle eingerichtet mit der Aufgabe,

[14] *G. Schaumann* (s. A 10).

[15] *R. Landé* (Bearb.), Fassadenentwürfe für Lübeck, das Ergebnis des Wettbewerbs, ausgeschrieben durch den Verein von Kunstfreunden in Lübeck, Leipzig 1902.

[16] *H.-G. Andresen,* Heimatschutzarchitektur in Lübeck – ein vergessener Versuch des angemessenen Umgangs mit einem Stadtdenkmal, in: *M. Brix* (s. A 3), Zitat S. 51.

[17] § 64,1, Bauordnung für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und deren Vororte sowie für Travemünde vom 25. Mai 1903 in: Sammlung der Lübeckischen Gesetze und Verordnungen 79 (1903), S. 255.

die neuen Bauten »anständig« dem Stadtbild einzufügen.[18] Damit trat neben die verbietende Verunstaltungsabwehr die unterstützende Tätigkeit, unter Wahrung der Interessen des Bauherrn Einfluß auf die Gestaltung zu nehmen.

Ein Gesetz zum Denkmalschutz war zwar auch schon 1902 in Diskussion gebracht worden, doch wurde eine Verabschiedung bis 1915 hinausgezögert, auch kam es 1921 zu einer einfacher und klarer zu handhabenden Fassung.[19] Der Denkmalrat, ein Kollegium von Vertretern der Behörden sowie fördernder Kreise der Kunst und des Heimatschutzes, klassifizierte danach Einzeldenkmäler und wachte über ihren Schutz einschließlich ihrer Umgebung. Die Stärke des Gesetzes bestand in der Möglichkeit rechtlicher Eingriffe bis hin zur Enteignung, doch lag auch darin seine Schwäche, da die finanzielle Leistungskraft des Stadtstaates in Hinblick auf die Vielzahl der Bauten beschränkt war.

In der *Weimarer Republik* wurde die Traditionspflege mit großem Nachdruck betrieben. Standen anfänglich nur relativ wenige Gebäude oder Gebäudeteile unter Denkmalschutz, so erfaßte eine Liste von 1922 immerhin 795 Objekte, darunter etwa 20% aller Vorderhäuser. Die Auswahl zeigte, daß zunächst vorrangig Vertreter älterer Bauperioden aufgenommen wurden, darunter nur wenige außergewöhnliche Bauten des Klassizismus, doch zügig setzte sich die Anschauung durch, Objekte dieser Epoche in größerer Zahl zu berücksichtigen, da sie mit ihrer Schlichtheit gut in das Stadtbild paßten. Eine spezielle Fürsorge galt binnen kurzem auch Ganghäusern, die trotz der Abgeschiedenheit vom öffentlichen Stadtraum in ihrer Idylle zu wahren waren.

War auch das Bewußtsein für historische Authentizität um die Jahrhundertwende für herausragende Baudenkmäler gegeben, so kam eine schon zuvor initiierte detaillierte Inventarisation nur langsam voran. Die Vielzahl der übrigen denkmalgeschützten Baulichkeiten wurde gar nicht erst für eine Detailaufnahme vorgesehen. Die knappen Angaben in der Denkmalliste gingen über eine typologische Charakteristik nicht hinaus. Die Folge war eine unzureichende Kenntnis von Originalität. Insbesondere dem Innern der Häuser kam eine unzureichende Aufmerksamkeit zu.

Für die wenigen Neubauten in der Altstadt während der Weimarer Zeit herrschte weiterhin der Heimatschutzstil. Baumaterial war der Klinker, der eine härtere Wirkung der Fassade erweckt. Es wurden starre Giebelformen bevorzugt, versachlichte Stufen- und Dreiecksgiebel, von Lisenen durchsetzt. Lediglich einige öffentliche Bauten haben eine stärker expressionistische Note, die an den »Hamburger Stil« erinnert.

[18] *J. Baltzer,* Jahresbericht über die Tätigkeit des Konservators der Lübeckischen Bau- und Kunstdenkmäler im Rechnungsjahre 1908, in: Lübeckische Blätter 45 (1909), S. 52–54.

[19] Gesetz, betreffend den Denkmalschutz. Vom 3. Februar 1915, in: Sammlung der Lübeckischen Gesetze und Verordnungen 82 (1916), S. 1–6. Gesetz, betreffend den Denkmal- und Naturschutz. Vom 10. Dezember 1921, in: ebd. 88 (1922), S. 1–6.

Bei wenigen Geschäftsbauten kam auch »Neue Sachlichkeit« auf, wurde aber sogleich starker Kritik ausgesetzt.

In der Weimarer Zeit zeigte sich das Bemühen, mit einer Auffangplanung die Siedlungsstruktur in ihrer Gesamtheit zu beeinflussen.[20] Die folgenden Pläne, die nur zum wenigsten umgesetzt wurden, verstanden sich in Rücksicht auf die Stadtgestalt der Altstadt im expandierenden Verstädterungsraum.

1. Der zunehmende Straßenverkehr sollte durch defensive Maßnahmen einen Verkehrsfluß in der Altstadt gewährleisten. Eine wirkungsvolle Umfahrung für den Durchgangsverkehr wurde zwar angesprochen, aber wegen der fehlenden Brücken über die umgebenden Wasserläufe nicht weiter verfolgt.
2. Die Entwicklung der City in der Altstadt sollte im weiteren Wachstum dadurch gelenkt werden, daß vor den einstigen Stadttoren Standorte zur Entlastung genutzt würden. In der Spätgründerzeit gab es bereits den Versuch, den Holstentorplatz für ein Volkshaus zu verwenden, doch verlief sich dieses Projekt in der Weimarer Zeit, auch ging ein Plan für Kontorhäuser mit Ladeneinheiten in der Weltwirtschaftskrise unter.[21]

Die kurze Bauperiode des *Dritten Reiches* griff die Maximen von Denkmalschutz und Stadtbildpflege in Kontinuität vorheriger Bauepochen auf und machte sie zum Ansatz für weitreichende Planungen. Das Regime unterwarf die Traditionswerte im Städtebau einer Ideologie, die sie nach innen zur Beschwörung bodenständiger Leistungskraft, nach außen als Zeichen nationaler Überlegenheit interpretierte. Der Promotor des Heimatschutzes Paul Schultze-Naumburg propagierte immerhin: »Was die Bauten Lübecks so ›nordisch‹ macht, ist also nicht der Ziegelrohbau sondern die besondere Haltung, die von den Erbauern, Menschen vowiegend nordischer Rasse einging.«[22]

Die örtlichen Vertreter des Regimes handelten wohl im Sinne allgemeiner Ideologie, doch wurden ihnen keine überregionalen Weisungen im Bauwesen zuteil. Im Grunde wurden Leitideen zum Ende der Weimarer Zeit durch führende Akteure, die beim Machtwechsel im Amt blieben, zur schnellen Handhabe pragmatisch vereinnahmt.

Die Aktivitäten des Dritten Reiches setzten sogleich 1934 mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm ein, das als ein langhin erörtertes, aber immer wieder verschobenes Projekt, die Neugestaltung des Holstentorplatzes in Ansatz nahm.[23] Bereits diese singuläre Maßnahme offenbarte die städtebauliche Handlungsweise unter dem

[20] *G. Albers,* Wandel und Kontinuität im deutschen Städtebau, in: Stadtbauwelt 57 (1978), S. 426–431.
[21] *J. Geist,* Versuch, das Holstentor zu Lübeck im Geiste etwas anzuheben, Berlin 1976.
[22] *P. Schultze-Naumburg,* Nordische Bauten in Lübeck, in: Lübeckische Blätter 81 (1939), S. 513–516.
[23] *H. Pieper,* Die bauliche Sicherung des Holstentores zu Lübeck und die Neugestaltung seiner Umgebung, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1934, S. 185–196.

neuen Regime. Der Anlaß war zweifellos die Sicherung der Fundamente des Holstentores, ein weiteres Motiv eine Verbesserung für den wichtigsten Verkehrszubringer zur Altstadt, und letztlich war mit wenig Aufwand ein repräsentativer Versammlungsplatz vor der Kulisse der Stadt zur symbolischen Aneignung machbar.

Die umfangreiche Mobilisierung im städtischen Dasein führte in Lübeck dazu, daß 1936 ein flexibel zu haltendes längerfristiges Programm zur »Altstadtverbesserung« eingeleitet wurde, mit dem auch der mittelständischen Bauwirtschaft aufgeholfen werden sollte.[24] Der »einheitliche« Plan verband folgende Maßnahmen miteinander:

1. Die Altstadt ist im Sinne von Denkmalspflege und Heimatschutz weiterzuentwikkeln, wobei als »Bausünden« eingestufte Fassaden und Dachformen des Historismus zurückzunehmen sind.
2. Die Altstadt ist dem wachsenden Verkehr weiter anzupassen, wozu insbesondere die gelegentlich individueller Baumaßnahmen erfolgten Straßenverbreiterungen einheitlicher durchzuziehen sind.
3. Die Altstadt ist hinsichtlich interner und externer Wohnungsmängel qualitativ anzuheben, wobei die als Mißstand verurteilte Verdichtung aufzulichten ist, so daß gemeinschaftlich zugängige Flächen innerhalb typischer Hofbilder entstehen.

Die Sanierung von Wohnungen in Peripherräumen vorindustrieller Stadtkerne war schon in der Weimarer Zeit in ihrer Dringlichkeit erkannt worden. Die Altstadtverbesserung war nun unter der zentralistischen Regierung zu bewerkstelligen. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsarbeitsministeriums gab die Möglichkeit, durch Übernahme der unrentablen Kosten die Realisierung von Sanierungsmaßnahmen einzuleiten und auf solche Weise private Bauträger zu aktivieren. Sie stießen bei bürgerlichen Gruppen durchaus auf Resonanz, im konkreten Fall einer »einheitlichen« Maßnahme war auch durch Druck nachzuhelfen, ohne daß besondere Gesetze aufzustellen waren.

Ein Anreiz konnte für die Investoren darin liegen, die Nettogeschoßfläche der Vorderhäuser zu erhöhen, wofür effektiver Durchbau und maximale Aufstockung sprachen.

1. Der gefangene Raum in überkommenen Giebelhäusern war in Erd- und Speichergeschossen ziemlich groß, so daß ein rationaler Durchbau unter Einbeziehung von Normalgeschossen attraktiv sein konnte. Die innere Umgestaltung erfolgte bei engem Zuschnitt der Treppenhäuser und Wohnungen ohne Rücksicht auf historische Strukturen im Innern der Häuser.

[24] *O. Hespeler,* Altstadtverbesserung in Lübeck, in: Der Wagen. Ein Lübeckisches Jahrbuch 35 (1936), S. 99–108; *ders.,* Von der Lübecker Altstadt und ihrem Umbau, in: Heimatblätter, Mitteilungen des Vereins für Heimatschutz / Lübeck 1937, S. 591–593, 603–605, 607–609; *ders.,* Umbauarbeiten in der Lübecker Altstadt, in: Verein für Heimatschutz Lübeck 39 (1939), S. 25–50.

2. Die Höhe vieler (historischer) Häuser war in Angleichung an die Bauordnung um ein bis zwei Vollgeschosse zu vergrößern, möglicherweise in Verbindung mit Wechsel zu dem als wirtschaftlicher eingestuften Traufdach mit vorgesetzter Giebelstruktur. Die Heraufzonung orientierte sich zum »Gleichklang« oft an Maßen benachbarter Bauten der gründerzeitlichen Perioden, mit dem Ergebnis, daß die historische Bausubstanz eine eigenständige Ergänzung erfuhr.

Die Rückverlegung einer Häuserfront hatte bei Kombination von Durchbau und Aufstockung gängigerweise einen hohen Verlust an Originalität zur Folge.

Durch Reduktion auf die Ästhetik wurde die historische Baustruktur austauschbar mit einer Architektur im Heimatschutz. Der Backstein war das bevorzugte Material, doch vielfach wurde Putz genommen, um Baunarben zu verdecken. Im allgemeinen wurden einfache Giebelformen gewählt, bei Hochzonen fielen die vertikalen Abmessungen der einzelnen Staffeln gegenüber den tradierten Maßen recht kurz aus. Bauten des Historismus wurden einer Purifizierung unterzogen, indem Fassadendekor abgeschlagen wurde sowie Erker und Ecktürme vereinfacht oder wenn möglich beseitigt wurden. Die »Bereinigung« des Stadtbildes wurde an eingängigen Positionen im öffentlichen Raum innerhalb geschlossener Fassadenfolgen auch an solchen Bauten vorgenommen, die weiteren Eingriffen nicht ausgesetzt wurden, wie etwa am Markt, im Blick auf den Chor der Marienkirche, und an der stadtseitigen Kulisse zum Holstentor.

Die Denkmalpflege hatte im Dritten Reich gesetzlich einen noch höheren Stellenwert als in vorangegangenen Epochen, wenn sie auch in eklatantem Gegensatz zum Verständnis der Originalität im Bauprogramm für die Altstadt stand. Das Denkmalschutzgesetz wurde immerhin dahin erweitert, daß »bauliche Anlagen oder Veränderungen jeglicher Art, die geeignet waren, das Aussehen der Umrißlinien des Stadtbildes zu ändern« nur unter Zustimmung des Denkmalrates zu erwirken waren.[25] Im Anklang an den Verlauf der vormaligen Stadtmauer wurde im Osten der Innenstadt stückweise eine schlichte Mauer zur Begrenzung angrenzender Grundstücke so durchzogen, daß die alte Marge im Stadtgefüge nachzuempfinden ist. Die Bunker wurden in der Innenstadt im Stile des Heimatschutzes errichtet.[26] Solche Architektur diente zum einen militärischer Tarnung, zum anderen sind optische Bemühungen nicht zu verkennen.

Während die Bauaufgaben der Stadt im angehenden Kriege mit Ausnahme der Bunker eingestellt worden waren, wurden für Lübeck 1940 in Erwartung des Sieges alternative Pläne zu einem gigantischen Forum entworfen mit Standort vor dem

[25] Zweiter Nachtrag zum Gesetz vom 10. Dezember 1921, betreffend den Denkmal- und Naturschutz, vom 8. Oktober 1935, in: Gesetz- und Verordnungsblatt der freien und Hansestadt Lübeck 101 (1935), S. 95.

[26] *O. Hespeler,* Wehrbauten, in: Der Wagen. Ein Lübeckisches Jahrbuch 41 (1942/44), S. 112–119.

Burgtor.[27] Die Maxime war, den Stadtkern dafür nicht zu zerstören, sondern im Kontrast zur alten Mitte ein neues Zentrum zu schaffen, das sich in neoklassizistischer Bauweise von der vorindustriellen Stadtstruktur abhob. Das Forum sollte die offiziellen Repräsentationsbauten umfassen und würde darüber hinaus aber auch manche zentrale Einrichtung übernehmen und damit die Altstadt entlasten.

3.2 Zweiter Zyklus

Der zweite Zyklus stellte sich mit der Bebauungsplanung kriegszerstörter Areale ein, fand seinen inneren Bruch um 1970 und zeigt gegenwärtig keine Anzeichen im Hinblick auf sein Ende.

3.2.1 Überwindungsphase

In der Aufbruchszeit des Wiederaufbaus wurde es alsbald als Befreiung empfunden, einen zeitgemäßen Städtebau zu betreiben. Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg standen unter der Maxime der funktional gegliederten Stadt, deren Konzept schon zuvor international entwickelt worden war.

Im Jahre 1942 flog die Britisch Royal Air Force auf den Stadtkern von Lübeck einen sogenannten Baedeker-Angriff, mit dem ein bedeutendes Zeugnis deutscher Städtebaukunst zusammen mit einem dichten Wohngebiet getroffen werden sollte. Es wurde zwar ⅓ der Altstadt zerstört, gemessen an anderen Städten relativ wenig, doch wurden besonders die großen Kirchen St. Marien, St. Petri und der Dom getroffen sowie die einstigen Fernhandelsstraßen unterhalb der Marienkirche mit viel denkmalwürdiger Bausubstanz, im übrigen auch die Hauptgeschäftsstraßen und deren überwiegend gründerzeitliche Bauten.[28]

Die stehengebliebenen Fassaden zahlreicher ausgebrannter Gebäude wurden alsbald gesprengt, wenngleich sie zu sichern möglich gewesen wäre. Durch solche Maßnahmen sind bereits erste Zeichen gesetzt worden, von einer stadtbildpflegerischen Tätigkeit im Sinne vergangener Jahrzehnte abzusehen.

In Hinblick auf den Wiederaufbau wurden seit 1942 Leitlinien[29] entwickelt, die in wesentlichen Grundprinzipien in den Wiederaufbau eingingen. Die wichtigste Auf-

[27] *E. Weise,* Künftige Gestaltung des Burgfeldes 1940–42, in: Hansestadt Lübeck, Neues Senatsarchiv XXII 18e.

[28] Zerstörung an Kulturstätten und an Wohngebieten der Stadt Lübeck... Aufnahmen vom 30. März bis 8. April und vom 21. April bis 1. September während der Aufräumsprengungen und nach den Sprengungen, 4bändige Fotodokumentation, Lübeck 1942; *H. Rahtjens,* Liste der unter Denkmalschutz stehenden, durch den Luftangriff vom 28./29. März 1942 beschädigten Gebäude (ohne die Kirchen), aufgestellt im April und Mai 1942, Lübeck 1942.

[29] *W. Durth, N. Gutschow,* Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, Bd. 2: Städte, S. 811–866 (mit Dokumentation). *H. Pieper,* Lübeck. Städtebauliche Studien zum Wiederaufbau einer historischen deutschen Stadt. Bearb. und hrsg. von *K. Pieper,* Hamburg 1946.

gabe der Stadtentwicklung war nach dem Kriege die Bereitstellung von Arbeits- und Wohnplätzen für die sprunghaft um 40% durch Flüchtlinge angewachsene Bevölkerung. Im Wiederaufbau überwogen folgende Determinanten:[30]

1. Die Altstadt wird wieder Hauptgeschäftszentrum, auch werden zentrale Funktionen angesetzt, für die auf Dauer semizentrale Standorte würden ausreichen können.
2. Die Altstadt wird den zeitgemäßen Forderungen des fließenden und des ruhenden Verkehrs angepaßt, wobei letztlich ein System von Umgehungsstraßen den Durchgangsverkehr ablenken wird.

Die Wahl des tradierten Standortes zum vorrangigen Zentrum des anwachsenden Verstädterungsraumes wird verständlich zum einen durch den überkommenen Grundbesitz, zum anderen durch die Einbindung der noch bestehenden Reste. Die Areale außerhalb der Hauptgeschäftsstraßen waren im Wiederaufbau wenig attraktiv, darunter vor allem wirtschaftlich überalterte hafennahe Teile. Die Stadtverwaltung entschloß sich, kernperiphere Einrichtungen anzusetzen. Die Innenstadt sollte auf Dauer kaum Standort für neue Wohnungen werden. Die Erkenntnis zum »Wohnen im Grünen« sowie die Leitbilder der gegliederten und aufgelockerten Stadt stützten eine Dezentralisierung der Wohnfunktion.

Der Verkehr wurde im Wiederaufbauprogramm in vorrangiger Funktion ausgewiesen, mußte doch die Erhöhung der Bevölkerung im Verstädterungsraum bei zunehmender Motorisierung dazu führen, den Verkehrsraum in der Innenstadt erheblich auszuweiten. Vor der Zerstörung waren zahlreiche Engpässe durch indirekte Regelungen nur unzureichend gelöst worden, und so wurde ein mehrspuriger Straßenverkehr in beiden Richtungen vorgesehen.

Die Bevölkerung war sich der städtebaulichen Qualitäten der Altstadt nur zum Teil bewußt, da nahezu die Hälfte Neubürger waren. Das Interesse galt vorrangig den täglichen Problemen, der Wiederaufbau wurde von den Planern vor allem unter funktionalen Kriterien gesehen. Der Denkmalschutz verzichtete weitgehend auf ein Mitspracherecht und beschränkte sich auf restaurative Arbeit für hervorragende Einzeldenkmäler. Die originalgetreue Wiederherstellung der Monumentalbauten stand mit Ausnahme des vollen Ausbaus der Kirchtürme nie in Frage. Für den verkleinerten Markt wurde ein beschränkter Umgebungsschutz erreicht. Das neugotische Postgebäude wurde weiter purifiziert, die übrigen Seiten des Marktes wurden durch niedrige Riegelbauten besetzt mit Sichtbeziehungen zu den baulichen Dominanten.[31]

[30] Hansestadt Lübeck, Erläuterungsbericht zum Bebauungsplan der Innenstadt vom 31. 1. 1949, Lübeck 1949; *G. Münter*, Der Wiederaufbau von Lübeck, in: Deutsche Bauakademie. Städtebau und Gegenwart, Berlin 1959, S. 221–235.

[31] Bauverwaltung Lübeck, Der Markt I, Die Südseite und die Ostseite, Drucksache der Bauverwaltung 1950/7, Lübeck 1950.

Im übrigen Wiederaufbau galt als gestalterische Maxime eine dimensionale Einpassung der Bebauung, um das Raumgefühl zu halten. Die realen Entscheidungen entfernten sich aber immer mehr vom tradierten Grundmuster. Das realisierte Aufbauprogramm führte Bestrebungen vorheriger Bauperioden zur Überwindung der Tradition zum Finalstadium.

Der Wiederaufbau wollte eine maximale Ausnutzung der Geschoßflächen unter Ausweitung der Straßenräume und Entkernung der Baublöcke erreichen. Die Straßenführung wurde in Grundzügen belassen, erlaubte doch der Zusammenhang mit den Trassen der unzerstörten Bereiche nur wenig an Planungsspielraum. Die meisten Straßen wurden in zerstörten Abschnitten verbreitert, wobei die Querschnitte im Vergleich zum ersten Programm der Straßenverbreiterungen noch einmal ausgeweitet wurden. Durchgehende Begradigungen erforderte eine schon langhin erörterte Ost-West-Verbindung quer durch die Altstadt.

Für zahlreiche zerstörte Blöcke und Blockteile wurde eine völlige Neuverteilung des Grundbesitzes vorgenommen. Die Parzellen wurden zusammengelegt, die erforderlichen Flächen zur Straßenverbreiterung und für Blockinnenhöfe abgetrennt und die verbleibenden Flächen gemäß dem vorherigen Eigentum anteilig übergeben. Da die Anzahl der Interessenten abgenommen hatte, konnten breitere Parzellen ausgewiesen werden, was einer Bebauung zum Anreiz wurde. Das Innere der Blöcke diente vorrangig dem ruhenden Verkehr, besonders den Firmen zur Andienung. Einschneidende Grundstücksveränderungen erfolgten in der westlichen Altstadt unterhalb der Marienkirche in vormals sehr schmalen Blöcken, indem dort bei Mangel an Interesse das einstige Parzellenmuster fast völlig aufgelöst wurde für Gebäudeverbände.

Im Haustyp setzte sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, das Traufhaus durch. Ein Heimatschutz, wie er im Dritten Reich üblich war, wurde nur in wenigen Giebelbauten um die Marienkirche verwirklicht. Der Trend seit der Gründerzeit, vom »unwirtschaftlichen« Giebelhaus wegzukommen, wurde ohne Umschweife durchgesetzt. Der Giebel, langhin ein wesenshafter Ausdruck örtlicher Bautradition, wurde unterdrückt, indem sogar auf markante Zwerchgiebel verzichtet wurde.

Außer beim Auffüllen kleinerer Baulücken wurden die Traufhäuser von 4½–5½ Stockwerken durchweg in einheitlicher Reihung mit durchlaufender Firstzone errichtet. In den Hauptgeschäftsstraßen wurden anstelle Lochfassaden nunmehr Rasterfassaden eingeführt. Die seit dem Mittelalter begründete Vielfältigkeit der Fassadengestalt wurde aufgegeben. Die formal ärmliche Architektur unter Verwendung lokaltypischer Baumaterialien, Backstein und Ziegelpfanne, unterschied sich kaum von der Bauweise im weiteren Verstädterungsraum. Die Absicht, das Metron zu halten, wurde durch die größere Breite der Grundstücke unterlaufen.

Mit stürmischer Wirtschaftsentwicklung der 60er Jahre geriet die Altstadt in den Planungsschatten. Dabei drangen immer mehr Kapitalgesellschaften auf den Grundstücksmarkt. Neuerliche Maßstabserweiterungen, die im auslaufenden Wiederaufbau

kaschiert wurden, erstrebten Erweiterungen ihrer Standorteinheiten, auch griff die Hauptgeschäftszone auf randliche Zonen über.[32]

Die gestalterische Einpassung nahm unter weiterer Zusammenlegung von Grundstücken und neuen Einbrüchen in überkommene Bausubstanz oft wenig Rücksicht auf historische Strukturen.[33] Die Bauweise folgte immer mehr einer multiplen Architektur internationaler Prägung, die sich mit kubischen Formen und ortsfremden Materialien aufdrängte. Diese Architektur war vorrangig funktional bestimmt, mit rasch wechselnden Stilmoden einen Formenreichtum vortäuschend. Sie ist mehr auf Quantität als auf Qualität gerichtet, zudem sollte eine technische Überlegenheit vorgezeigt werden.

Die Bedarfe der vordringenden zentralen Funktionen sowie die Rückständigkeit in den Peripherräumen der Altstadt mit vernachlässigter Bausubstanz und abgesunkener Sozialstruktur riefen gegen Ende der 60er Jahre ein Programm zur Erneuerung auf den Plan, das den Denkmalschutz stark auf Traditioninseln zurückgedrängt hätte, im übrigen aber eine Flächensanierung intendierte.[34]

3.2 Aneignungsphase

Als Reaktion auf einen deutlich wahrnehmbaren Individualitäts- und Gestaltsverlust protestierten in einer Aktion »Rettet Lübeck«[35] 1971 zunächst politisch engagierte Fachleute und fachlich vorgebildete Bürger gegen weitere Vernichtung der Altbausubstanz, auch wurde im Meinungswechsel das Engagement für eine Revitalisierung der Altstadt als Wohnstandort aktuell. Eine Stadtentwicklungsplanung, die entgegen früherem Verständnis soziale und ökonomische Ziele als integrationsfähig ansah, erbrachte ein komplexes Programm zur Stadterneuerung mit folgenden Maßnahmen:[36]

1. Die Altstadt ist in der Gesamtheit der kunsthistorischen und stadtbildpflegerischen Elemente als Denkmal internationalen Ranges zu erhalten.
2. Die Altstadt ist als Standort zentraler Einrichtungen für die Bevölkerung im Verstädterungsraum und im weiten Umland zu fördern.

[32] *J. Lafrenz,* Zielkonflikte der erhaltenden Stadterneuerung infolge Flächenmehrbedarf der Standorte – Beispiel: Altstadt Lübeck, in: *H. Schröder-Lanz* (Hrsg.), Stadtgestalt-Forschung, Deutsch-Kanadisches Kolloquium, Trier 14.–17. 6. 1979, Trierer Geographische Studien, Sonderheft 4/5, Trier 1982/86, S. 495–511.

[33] *J. Petsch,* Stadt- und Architekturentwicklung nach 1945 am Beispiel einer historischen Stadt, in: Der Baumeister 1975, S. 122–126.

[34] Stadtsanierung. Kurzgefaßte Inhaltsangabe des Gutachtens der GEWOS m.b.H. zur Erneuerung der Innenstadt vom Oktober 1971. Überarbeitete Fassung vom Stadtplanungsamt, Berichte des Stadtplanungsamtes Lübeck, Projektgruppe Stadtsanierung, S 2, Lübeck 1973.

[35] *W. Hallerbach* (Redakteur), Lübecker Nachrichten (Hrsg.), Rettet Lübeck. Eine Dokumentation, Lübeck 1972.

[36] Zieldiskussion und alternative Modelle zur Sanierung der Lübecker Innenstadt, Berichte des Stadtplanungsamtes Lübeck, Projektgruppe Stadtsanierung, S 4, Lübeck 1973; *H.-D. Schmidt,* Sanierung des Stadtkerns von Lübeck, in: Stadtsanierung – Praxisprobleme der Denkmalpflege und Sozialplanung, Schriftenreihe Politik und Planung 3 (1976), S. 60–77.

3. Die Altstadt ist als Standort eines vielfältigen Wohnungspotentials aufzuwerten, das unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen genügt.

Ein zweites Mal wurde die Altstadt als Denkmal entdeckt, ohne daß irgendeine Replik genommen wurde auf frühere Intentionen. In vielfältiger Weise wurde Aufklärung zur Stadterhaltung betrieben. Die Bemühungen der Werbung nach innen und nach außen gipfelten darin, daß die Altstadt von Lübeck 1987 durch die UNESCO als Weltkulturgut anerkannt wurde.

Die praktische Reaktion im Umgang mit der Bausubstanz erfolgte wiederum im Dualismus von Denkmalschutz und Anpassungsarchitektur.

1. Der Denkmalschutz wurde mehrfach ausgeweitet, so daß inzwischen über 1000 Objekte in den Listen geführt werden. Die Hochgründerzeit, zuvor grundsätzlich bekämpft, erfuhr eine Aufwertung und wurde sogar mit einigen Vertretern aufgenommen.
2. Nach einer Zeit der Unsicherheit mit viel Kritik an neuen Fassaden wurde mit Verzögerung 1982 eine Gestaltungssatzung rechtswirksam, die auf einer detaillierten Untersuchung der Regelhaftigkeiten der einzelnen Straßenabschnitte basierte und die den Typ des Hauses, Art, Maß und Stufung des Baukörpers, Gliederung der Straßenfassade sowie das Baumaterial erfaßte. Die Satzung versteht sich insofern als eine »aktive« Gestaltungsvorschrift, als bei Um- und Neubauten gewisse Freiheitsgrade in Hinsicht auf die Normen zugelassen werden. Für Hofbereiche und Gänge existieren ebenfalls einige Vorschriften.[37]

Die Beschreibungen in der Denkmalliste sind gegenüber früheren Versuchen erheblich ausführlicher, doch fehlt es immer noch an einer Bestandsaufnahme für das Innere der Häuser. Inzwischen geht aber jedem gemeldeten Bauvorhaben eine genaue Gebäudeaufnahme voraus, so daß wertvolle Substanz zielgerichtet erhalten werden kann.

Im Planungsverständnis galt es nunmehr, daß für die Revitalisierung eine geeignete Nutzung der Bauten gefunden würde, wobei historische Substanz soweit wie möglich zu wahren ist.[38] Während in der Altstadt ein Flächenmehrbedarf einzelner Standortträger abzudecken ist, kollidieren diverse zeitgemäße Nutzungen mit zu großer Raumaufteilung älterer Gebäude. Für die Großbauten war es seit dem vergangenen Jahrhundert üblich, öffentliche Nutzungen zu etablieren, doch wurden dabei erhebliche Umbauten hingenommen. Jüngere Versuche, solche Gebäude in stärkerer Originalität zu erhalten, zeigen wie schwierig es sein kann, geeignete Funktionen zu installieren (Heilig-Geist-Hospital, Burgkloster, Petri-Kirche). Das Problem besteht auch

[37] Planungsgesellschaft mbH URBA in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt Lübeck, Stadtbildanalyse und Entwurf der Gestaltungssatzung für die Lübecker Innenstadt, Stuttgart, Lübeck 1977.

[38] *J. Lafrenz,* Die Stellung der Innenstadt im Flächennutzungsgefüge des Agglomerationsraumes Lübeck. Grundlagenforschung zur erhaltenden Stadterneuerung, Hamburger Geographische Studien 33, Hamburg 1977.

für eine Anzahl großer Giebelhäuser, da die Unterteilung der großen Dielen für Wohnungen problematisch ist. Die eingeschossigen Ganghäuser sind hingegen für moderne Wohnungen zu klein. Eine Abhilfe besteht darin, zwei Vertreter zusammenzulegen und so eine adäquate Kleinwohnung zu schaffen.[39]

Defensive Maßnahmen zur Lenkung der Flächennutzung im Sinne der Stadtbildpflege waren bisher von unterschiedlicher Effektivität:

1. Der private Kfz-Verkehr ist in der Altstadt bewußt unbequem gemacht worden, ein Teil des Zentrums ist verkehrsfrei, andere Straßen sind durch schlaufenförmige Verkehrslenkung erschlossen. Der ruhende Verkehr ist durch große Parkplätze vor der Altstadt entlastet worden. Der Durchgangsverkehr wird trotz einiger Brückenbauten bisher nicht völlig von der Altstadt ferngehalten.
2. Der Plan für eine Cityentwicklungszone zwischen der Altstadt und dem Bahnhof in semizentraler Lage konzentrierte sich langhin in dem Projekt eines Warenhauses peripher zum Holstentor, doch wurde der Plan zurückgezogen wegen nachlassenden Wirtschaftswachstums. Die gestalterische Aufgabe für ein so großes Gebäude war mit Blick auf die für Lübeck repräsentative Stadtansicht kaum zu lösen und führte die prinzipiell richtige Entscheidung einer Entlastung der City im Hinblick auf die Stadtbildpflege ad absurdum.

Die Revitalisierung der Altstadt hat in den letzten Jahren eine große Welle von privaten und öffentlichen Aktivitäten ausgelöst. Eine finanzielle Steuerung der Erneuerung ergibt sich in folgenden Fällen:

1. Eine Stiftung gibt jungen Ehepaaren für eine gemäß der Stadtbildpflege gerechte Instandsetzung von Kleinhäusern verlorene Baukostenzuschüsse.
2. Die Stadt führt über eine städtische Wohnungsbaugesellschaft Modellsanierungen von Einzelobjekten in stadtbildpflegerischer Verantwortung durch.
3. Die Stadt betrieb nach dem Städtebauförderungsgesetz zunächst vier Sanierungsgebiete mit einem Ersatzwohngebiet, hat aber infolge inzwischen größerer Flexibilität des Gesetzes die Anzahl auf 20 Sanierungsgebiete erhöht.

Die räumliche Streuung der geförderten Objekte über die Altstadt hinweg hat Anstoßeffekte in der Nachbarschaft ausgelöst und dadurch die private Initiative im Schneeballeffekt stimuliert.[40]

4. *Zusammenschau*

Das übergreifende Ergebnis der Bewertung der vorindustriellen Stadtgestalt ist ein zweifacher Zyklus im Industriezeitalter, der jeweils mit einer Periode der Überwindung einsetzte und in eine Periode der Aneignung umschlug. In Phasen mit wirtschaftlichem Aufschwung und technischem Fortschrittsglauben wurden deutliche Einbrüche vollzogen, in Phasen gegenläufiger Konjunkturen führte ein wachsendes Unbehagen zum Umdenken.

[39] *D. André,* Zustand und Zukunft der Lübecker Wohn- und Stiftshöfe, in: Bauwelt 63 (1972), S. 1504–1509.

[40] *E. von Einem, P. Luther,* Anstoßeffekte. Ein vergessener Faktor der Stadterneuerungspolitik, in: Stadtbauwelt 68 (1980), S. 396–401.

Die Zyklen zeigen in ihrem Ablauf manche Ähnlichkeiten, insbesondere aber sind die Schärfe der Eingriffe wie die Intensität der Aneignung im letzten Zyklus viel einschneidender. Dabei ergibt sich im Vergleich der Aneignungsphasen:

1. Die Auffassung von der Originalität der Stadtgestalt ist stärker im Bewußtsein verankert und die Instrumente zur Traditionspflege werden konsequenter eingesetzt.
2. Das Planungsverständnis hat sich grundlegend im Sinne der adäquaten Stadtbildpflege gewandelt, als in Umkehr früherer Auffassungen die defensive Devise gilt: »function follows form«.

In Analogie beider Zyklen könnte der Gedanke aufkommen, das augenblicklich von der Öffentlichkeit getragene Bekenntnis zum geschichtlichen Formenrepertoire würde eines Tages an Faszination verlieren und damit das langfristige Projekt der erhaltenden Erneuerung zum Stückwerk werden. Doch wird eine Abkehr unwahrscheinlich sein, da die Altstadt von Lübeck inzwischen zu einem Denkmal geworden ist, das eine kritische Grenze auf Dauer überschritten haben dürfte.

Mit Blick auf die Entwicklung der Stadtgeographie ist die Periodizität der Traditionspflege interessant. Die herausgestellten Epochen der Besinnung korrespondieren mit Zeiträumen, in denen die Geographie sich verstärkt der Erforschung von Grundriß und Aufriß zuwandte. In der Ära der Kulturlandschaftsforschung ist die Stadtgestalt im Hinblick auf die Realstruktur untersucht worden, in der Gegenwart werden, wenn auch verhalten, die Ansätze der Wahrnehmungsgeographie zur Erfassung kognitiver Strukturen eingesetzt.

Norbert de Lange

Die Entwicklung des tertiären Sektors

Wachstum der Wirtschaftssektoren in Deutschland und ausgewählten Städten sowie Standortdynamik Düsseldorfer Rechtsanwaltskanzleien

1. Einleitung – 2. Der tertiäre Wirtschaftssektor. Gliederungs- und Abgrenzungsansätze – 3. Die quantitative Entwicklung des sekundären und tertiären Sektors – 4. Entwicklungsdynamik einer quartären Funktion. Das Beispiel der Rechtsanwälte – 5. Standortpersistenz und Standortdynamik von Rechtsanwaltskanzleien in Düsseldorf – 6. Ausblick

1. Einleitung

Nach der Industriellen Revolution fand eine Tertiäre Revolution statt: In den letzten hundert Jahren hat der tertiäre Sektor erhebliche quantitative und qualitative Veränderungen erfahren. So korreliert die relative wie absolute Zunahme der Beschäftigten in diesem Sektor zeitlich mit einer zunehmenden Spezialisierung der Tätigkeiten und Auffächerung der Berufe. Diese Entwicklung führte bereits zu einer Ausgrenzung eines quartären Sektors. Dabei ist herauszustellen, daß traditionell diese tertiären und insbesondere die quartären Funktionen stärker zu einem zentralen Standort in einer Stadt und vor allem auf die City tendieren. Durch diese Standortorientierung, die trotz jüngerer Dezentralisierungstendenzen noch prinzipiell gültig ist, bestimmen die tertiären Funktionen die Nutzungsmuster der Innenstädte.

Dieser Beitrag zeigt nach einem Abriß unterschiedlicher Gliederungsansätze von Wirtschaftssektoren die Entwicklung des sekundären und des tertiären Sektors für Deutschland sowie für ausgewählte Städte auf. Anschließend werden am Beispiel von Rechtsanwaltskanzleien in Düsseldorf für vier Zeitabschnitte Standortpersistenz und Standortdynamik einer einzelnen tertiären bzw. quartären Funktion analysiert.

2. Der tertiäre Wirtschaftssektor. Gliederungs- und Abgrenzungsansätze

Traditionell wird ein primärer, sekundärer und tertiärer Sektor unterschieden. Dabei geht der tertiäre Sektor auf die Verwendung von »tertiary products« bei Fisher[1] zurück, doch erst Fourastié[2] hat diesen Begriff populär gemacht. Jedoch gibt es mehrere grundlegend verschiedene Definitionsansätze, die sich nur teilweise zu einem zeitlichen Vergleich eignen.[3]

Fisher ordnet den Sektoren die Wirtschaftsbereiche nach der Abhängigkeit von der Struktur der Konsumentennachfrage und der Höhe der Einkommenselastizität der Nachfrage zu.[4] Wird berücksichtigt, daß sich seit der Industrialisierung die Nachfragestruktur recht schnell verändert, würde im Zeitablauf ein Gut in Abhängigkeit von der jeweils bestehenden Elastizität der Nachfrage verschiedenen Sektoren zugeordnet werden können, worin ein wesentlicher Einwand gegenüber diesem Ansatz besteht.

Clark bezieht sich in seiner Systematik auf das Datenmaterial der amtlichen Statistik: Die einzelnen Wirtschaftszweige werden aufzählend formal einem primären, sekundären oder tertiären Sektor zugeordnet, wobei der tertiäre Sektor als Residuum der übrigen Sektoren formuliert wird.[5] Der Bezug zu zeitlich relativ ähnlichen Grobkategorien der amtlichen Statistik erlaubt eine zeitlich vergleichende Analyse der Entwicklung der einzelnen Sektoren.

Wolfe legt seiner Einteilung die Hypothese zugrunde, die einzelnen Sektoren können dadurch voneinander unterschieden werden, daß charakteristische Industrien in jedem Sektor von verschiedenen Produktionsfaktoren dominiert werden, die zur unterschiedlichen Höhe steigender Produktivität solcher Industrien beitragen.[6] »If this is true, then we could define the primary sector as that group of industries in which an increase in productivity, in terms of goods and services per man-hour, is limited by natural growth factors, the secondary by mechanical factors, and the tertiary by relatively unaided human skill.«[7] Neben der Problematik, in einigen Fällen die Dominanz eines Produktionsfaktors zu bestimmen, kann das vorliegende Zuordnungskriterium auch hier eine Zuteilung zu verschiedenen Sektoren im Zeitablauf ergeben.

Fourastié benutzt als Kriterium für die Zuordnung eines Wirtschaftszweiges zu den drei Sektoren die Intensität des in ihm realisierten technischen Fortschritts. Der primäre Sektor faßt Wirtschaftsbereiche mit mittelmäßigem und der sekundäre Sektor solche mit großem technischem Fortschritt zusammen, während dem tertiären Sektor die Wirtschaftszweige mit geringem oder ohne technischen Fortschritt zugerechnet werden.[8]

[1] Vgl. *A. G. B. Fisher,* Capital and the growth of knowledge, in: The Economic Journal 33 (1933), S. 379–389; vgl. *A. G. B. Fisher,* Production, primary, secondary, and tertiary, in: Economic Record 15 (1939), S. 24–38.

[2] Vgl. *J. Fourastié,* Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln 2. Auflage 1969 (Original 1949).

[3] Zur Gegenüberstellung der Ansätze vgl. *P. Dach,* Struktur und Entwicklung von peripheren Zentren des tertiären Sektors, dargestellt am Beispiel Düsseldorf, Düsseldorf 1980, Düsseldorfer Geographische Schriften 13, S. 15–21; und: *B. Camphausen-Busold,* Entwicklungstendenzen im Dienstleistungsbereich und die Auswirkungen auf die Raumwirtschaft, Bochum 1981, Bochumer Wirtschaftswissenschaftliche Studien 73, S. 4–17.

[4] Vgl. *A. G. B. Fisher,* A note on tertiary production, in: The Economic Journal 52 (1952), S. 825.

[5] Vgl. *C. Clark,* The conditions of economic progress, London 1940.

[6] Vgl. die amerikanische Bedeutung des Begriffs »industry«.

[7] *M. Wolfe,* The concept of economic sectors, in: Quaterly Journal of Economics 69 (1955), S. 406.

[8] Vgl. *J. Fourastié* (s. A 2), S. 74.

Die theoretische Basis der Konzeption von Fourastié erlaubt es, differenzierte Prognosen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prozesse abzuleiten, die sich aus den Veränderungen der Arbeitsproduktivität ergeben: Der tertiäre Sektor gewinnt zunehmend an Bedeutung und zieht Erwerbstätige an sich, die vom technischen Fortschritt im primären und sekundären Sektor freigesetzt werden.

Allerdings beinhaltet die Arbeit von Fourastié bereits einen zu beachtenden Widerspruch. Fourastié müßte in Konsequenz seiner Ausgangsidee z. B. auch diejenigen Erwerbspersonen zum tertiären Sektor zählen, die in der Verwaltung eines Industriebetriebes beschäftigt sind. Jedoch übernimmt er aus Gründen der Datenbeschaffung in seinen Beispielen und in seinen empirischen Belegen die Dreigliederung nach Clark, was zum Verwischen der konzeptionellen Unterschiede beider Ansätze beitrug. Den Widerspruch zu seinem theoretischen Ansatz versucht Fourastié dadurch aufzulösen, indem er postuliert, daß beide Definitionen in der Praxis einigermaßen übereinstimmen.[9]

Trotz der gleichen Datenbasis besitzen die Ansätze von Clark und Fourastié zwei fundamentale Gegensätze:

1. Die Sektorengliederungen basieren auf grundsätzlich unterschiedlichen theoretischen Konzepten.
2. Spätestens seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist der tertiäre Sektor nach Fourastié nicht mehr mit dem tertiären Sektor nach Clark gleichzusetzen.

Auf den ersten Unterschied haben Linde[10] und zuletzt Heinritz[11] ausführlich hingewiesen. Der zweite Gegensatz ergibt sich aufgrund vielfältiger technischer Umwälzungen, von denen inzwischen viele Tätigkeiten des nicht-produzierenden Sektors erfaßt wurden. So hat sich in den letzten Jahren im Bank- und Versicherungswesen ein gewaltiger technischer Fortschritt verbunden mit einer Produktivitätssteigerung vollzogen. Jede Bankfiliale ist an das EDV-Netz der jeweiligen Bankengruppe angeschlossen, wobei die Automation (z. B. Bankautomat, Buchungsmöglichkeit per Bildschirmtext) weiter im Vormarsch ist; auf dem Schreibtisch eines Sachbearbeiters in einer Versicherung steht ein EDV-Terminal. Derartige Wirtschaftszweige dürfen nach Fourastié nicht mehr dem tertiären Sektor zugerechnet werden. Vor technischen Ausstattungen vieler Bürobetriebe, die durch starke Verbreitung von Personal-Computern mit Textverarbeitungs-, Datenbank- und Informationssystemen und Vernetzungsmöglichkeiten gekennzeichnet sind, werden auch zukünftig weitere (Dienstleistungs-) Bereiche nicht mehr dem tertiären Sektor nach Fourastié zugerechnet werden können.

[9] Vgl. *J. Fourastié* (s. A 2), S. 75.
[10] Vgl. *H. Linde,* Buchbesprechung J. Fourastié: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Moderne Welt I (1959), S. 2.
[11] Vgl. *G. Heinritz* (Hrsg.), Standorte und Einzugsbereiche tertiärer Einrichtungen: Beiträge zu einer Geographie des tertiären Sektors, Darmstadt 1985, Wege der Forschung Bd. 591.

Der starke Zuwachs des tertiären Sektors und die Vielfalt bzw. Heterogenität dieser (Rest-)Gruppe hat Gottmann zur Ausgliederung eines quartären Sektors veranlaßt: »a differentiation between tertiary services – transportation, trade in the simpler sense of direct sales, maintenance, and personal services – and a new and distinct quaternary family of economic activities – services that involve transactions, analysis, research, or decision-making, and also education and government. Such quaternary types require more intellectual training and responsibility.«[12]

Heineberg und de Lange greifen die Differenzierung von Gottmann auf und präzisieren die Begriffsbildung für den deutschen Sprachraum:[13] So werden unter dem quartären Sektor solche Dienstleistungsaktivitäten zusammengefaßt, für deren Ausübung höhere Ausbildung und Schulung erforderlich sind und die z. B. einen großen Beitrag zu Entscheidungsprozessen leisten. Dazu zählen insbesondere Regierungs- und öffentliche Verwaltungsfunktionen, Einrichtungen von Verbänden, der Industrieverwaltung, gehobener, z. T. personenbezogener privater Dienstleistungen (wie Ärzte, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, technische Beratung usw.) sowie Dienstleistungen, die bei Transaktionen genutzt werden (Banken, Versicherungen usw.). Dagegen umfaßt der tertiäre Sektor den Einzelhandel, Großhandel sowie einfache personenbezogene Dienstleistungen (z. B. Gastronomie, Dienstleistungen des Handwerks).

Die Vielfalt an Sektorengliederungen und Begriffsbestimmungen wurde jüngst durch Ausweisung eines quintären Sektors noch erhöht, ohne daß allerdings eine theoretische Begründung geliefert wird.[14]

Gegenüber diesen zum Teil sehr differenzierten Konzeptionen muß eine historisch vergleichende Analyse – basierend auf der amtlichen Statistik – die pragmatische Dreiergliederung nach Clark heranziehen. Eine weitere Ausgliederung eines quartären Sektors präzisiert zwar die konzeptionelle Erfassung der Tätigkeiten. Jedoch ist eine zahlenmäßige Ausweisung aufgrund der Kategorien der amtlichen Statistik über einen längeren historischen Zeitraum unmöglich. Selbst für die Großstädte im 19. Jahrhundert sind in der preußischen Statistik nur sehr große und damit sehr heterogene Wirtschaftsabteilungen im Dienstleistungssektor veröffentlicht worden, so daß die Datenquelle eine quantitative Erfassung eines quartären Sektors nicht zuläßt. Auch eine Gliederung in drei Sektoren wird in der amtlichen Statistik nicht ausgewiesen:

[12] *J. Gottman,* Megalopolis. The urbanized northeastern seabord of the US, New York 1961, S. 576.
[13] Vgl. *H. Heineberg / N. de Lange,* Die Cityentwicklung in Münster und Dortmund seit der Vorkriegszeit – unter besonderer Berücksichtigung des Standortverhaltens quartärer Dienstleistungsgruppen, in: *P. Weber* u. *K.-F. Schreiber,* Westfalen und angrenzende Regionen. Festschrift zum 44. Deutschen Geographentag in Münster 1983, Paderborn 1983, Münstersche Geographische Arbeiten 15, S. 223; vgl. auch *G. Gad,* Büro im Stadtzentrum von Nürnberg. Ein Beitrag zur City-Forschung, Erlangen 1968, Erlanger Geographische Arbeiten 23, S. 15 ff.; vgl. *P. Dach* (s. A 3), S. 15 ff.
[14] Vgl. *D. Bell,* Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt 1975, S. 117.

Hinsichtlich des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland sind Zuordnungen nach der sich zudem seit 1882 verändernden Systematik der Wirtschaft vorzunehmen. Daher muß in diesem Beitrag der quantitativen, zeitlichen vergleichenden Analyse in Anlehnung an Clark und an die Systematik der amtlichen Statistik in Deutschland folgende Sektorgliederung zugrundegelegt werden:
Sektor I (Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft, Fischerei),
Sektor II (Industrie, Handwerk, Bergbau),
Sektor III (Handel, Verkehr, Banken, Versich., Dienstleistungen, öffentl. Verw.).

3. *Die quantitative Entwicklung des sekundären und tertiären Sektors*

Anhand der Zahlen in Tabelle 1 wird die Umstrukturierung der Wirtschaft vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart deutlich, wobei allerdings vor allem aufgrund sehr differierender Raumabgrenzungen erhebliche Probleme der Datenvergleichbarkeit bestehen. In diesem Zeitraum vollzogen sich in Deutschland zum einen die Industrielle Revolution mit einem gewaltigen Anstieg der Industriebeschäftigten und zum anderen die Tertiäre Revolution. Inzwischen ist die Dominanz des sekundären Sektors gebrochen. Die Zahlen zeigen den Übergang von der »Agrar-« über die »Industrie-« zur »Dienstleistungsgesellschaft« auf.

Tab. 1: Entwicklung der Beschäftigtenzahl in den einzelnen Wirtschaftssektoren in v. H. aller Beschäftigten (in Deutschland)

Jahr	Sektoren in v. H. aller Beschäftigten primärer	sekundärer	tertiärer	Beschäftigte insg. in Mill.
1780	65	19	16	10,0
1800	62	21	17	10,5
1825	59	22	19	12,6
1850	55	24	24	15,8
1875	49	30	21	18,6
1900	38	37	25	25,5
1914	34	38	28	31,3
1935	30	38	32	29,9
1970	5	48	47	30,1
1985	5	42	53	26,6 (Erwerbstätige)
1935	= Deutsches Reich			
1970 u. 1985	= Bundesrepublik Deutschland			

Quelle: *F. W. Henning*, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 3, Paderborn [3]1976, S. 20. Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1987 (Ergebnis des Mikrozensus).

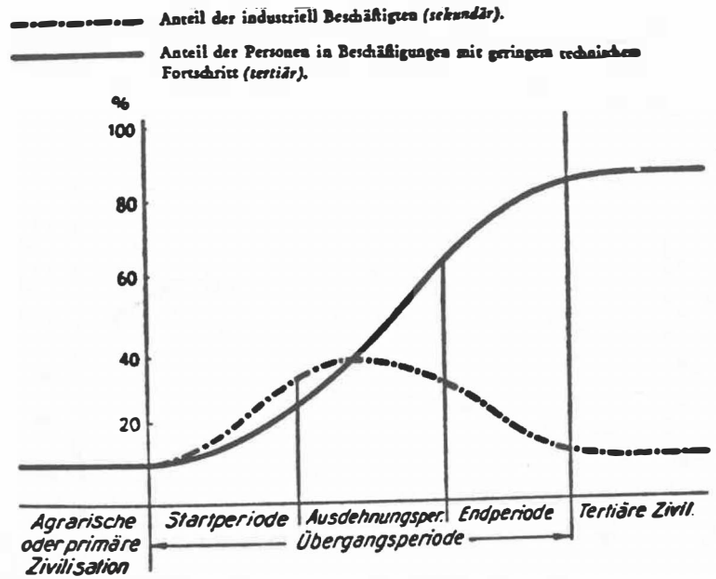


Abb. 1: Entwicklung der im sekundären und tertiären Sektor Beschäftigten nach Fourastié.
Quelle: *J. Fourastié*, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln [2]1969, S. 121.

Gegenüber der Tabelle 1 zeigt die Abbildung 2 das Wachstum der Wirtschaftssektoren anhand von Originaldaten der jeweiligen Großzählungen auf, die also nicht auf einen vergleichbaren Gebietsstand umgerechnet wurden. Die durch die Symbole veranschaulichten Anteilswerte sind – neben dem Prozeß der zunehmenden Industrialisierung und Tertiärisierung – u. a. durch folgende (externe) Entwicklungen beeinflußt:

Der Verlust von Lothringen nach 1918 läßt den Industriebeschäftigtenanteil zurückgehen.[15]

Die Werte von 1925 sind durch Einflüsse der Inflation und die von 1933 durch Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise verzerrt und lassen sich nur schwer vergleichen: Die Anteile der Erwerbstätigen (1925) bzw. Erwerbspersonen 1933 schließen die Arbeitslosen aus bzw. ein. Hohe Arbeitslosenzahlen verschleiern den »wahren« Umfang der Sektoren, so daß zur Konstruktion der Polygonzüge in den folgenden Abbildungen die Daten der Jahre 1925 und 1933 nicht verwandt wurden.

[15] Vgl. die Werte von 1909 und 1939.

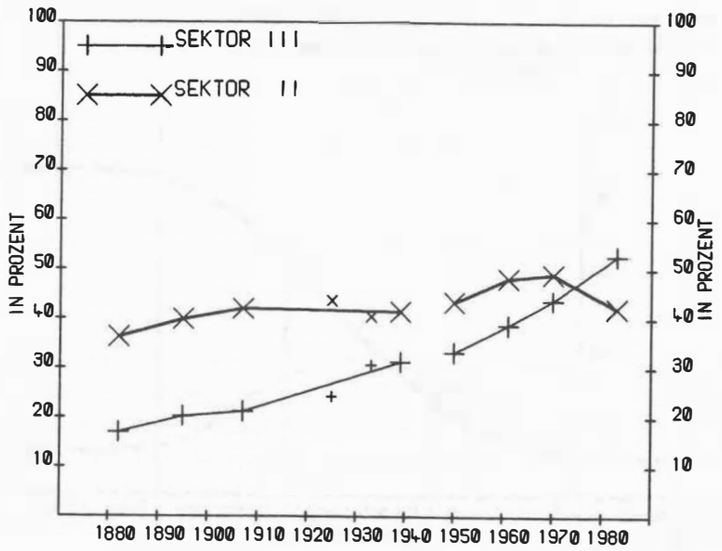


Abb. 2: Entwicklung der Wirtschaftssektoren im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland (1950 ohne das Saarland).
Quelle: Vgl. Abb. 3.

Mit den Zahlen bis 1939 und ab 1950 stehen sich unterschiedliche Staaten gegenüber. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich für das Jahr 1939 die Wirtschaftsstrukturen des Deutschen Reiches und des Gebietes der späteren Bundesrepublik Deutschland nicht wesentlich unterscheiden: prozentualer Beschäftigtenanteil in den Sektoren I: 25,9%, II: 42,3%, III: 31,8% (Deutsches Reich); I: 27,0%, II: 41,3%, III: 31,7% (Gebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland ohne West-Berlin und das Saarland).[16] Somit ist eine derartige Darstellung durchaus zulässig.

Die Verlaufskurven in der Abbildung 2 ähneln dem idealtypischen Modell von Fourastié, der ja auch zur zahlenmäßigen Ausweisung seiner Sektoren auf die Gliederung der amtlichen Statistik zurückgreift, wobei die Extrapolation der Wirtschaftssektoren für Industrieländer Ende der vierziger Jahre wohl nicht allzu schwierig war. Allerdings ist eine Gleichsetzung der theoretischen Verlaufskurven von Fourastié mit den empirischen Entwicklungskurven unzulässig, da der tertiäre Sektor nach Fourastié unterschiedlich theoretisch begründet wird.

Bisher wurde die Entwicklung der Wirtschaftssektoren für einen Großraum dargestellt. Demgegenüber bestehen für eine einzelne Stadt wesentliche Unterschiede. Die

[16] Zu den Zahlen vgl. *B. Gleitze,* Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch, Köln 1960, S. 32.

Abbildung 3 belegt eindrucksvoll, daß die Bedeutung und die Entwicklung des tertiären Sektors vom Städtetyp und von der Stellung der Stadt im Städtesystem abhängen. Insbesondere sind bis auf die engeren Industriestädte der sekundäre Sektor (weit) weniger ausgeprägt und der primäre Sektor fast ohne (relative) Bedeutung. Hingegen wird die Relevanz der Dienstleistungen (Handel, Verkehr, Banken, Versicherungen, Dienstleistungen i. e. S., öffentliche Verwaltung) als stadtbildende Funktionen herausgestellt.

Ausgewählt wurden die in dem Band 3 der Statistik des Deutschen Reiches zum Zeitpunkt der Berufszählung (1882) ausgewiesenen Großstädte, die aufgrund von späteren Datenproblemen um Breslau, Dresden, Königsberg, Leipzig und Straßburg verringert wurden. Wie in der Abbildung 2 wurden zur Konstruktion der Polygonzüge die Daten bezüglich der Berufszählung 1925 und 1933 nicht verwandt.

Die ausgewählten Städte können (visuell) in vier Gruppen eingeteilt werden, die sich aufgrund ihrer Entwicklungsverlaufskurven voneinander unterscheiden. Mit diesen Entwicklungstypen, die die Spanne möglicher Typen von extremen Industrie- zu extremen Dienstleistungsstädten markieren, sind wohl sämtliche Formen erfaßt.

Mit Dortmund, Essen und Nürnberg sind recht eindeutig Industriegroßstädte mit einem hohen Anteil des sekundären Sektors auszugrenzen (vgl. Abb. 3 a–c). Die Diagramme verdeutlichen die extreme Schere beider Polygonzüge, die sich 1970 gerade erst in Essen schließt.

Die nächste Gruppe umfaßt solche Großstädte, in denen zunächst – allerdings mit geringeren Anteilen als in Städten der ersten Gruppe – der produzierende Sektor dominiert (vgl. Abb. 3 d–h). Der dritte Sektor wächst und besitzt seit der Nachkriegszeit den höchsten Anteil. Ist hiermit das Grundmuster charakterisiert, besitzen die fünf Städte im einzelnen individuelle Entwicklungszüge. Die Diagramme belegen den

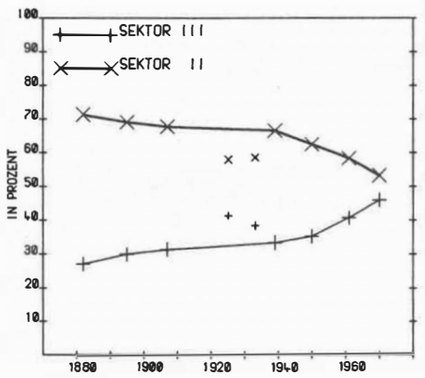


Abb. 3 a DORTMUND

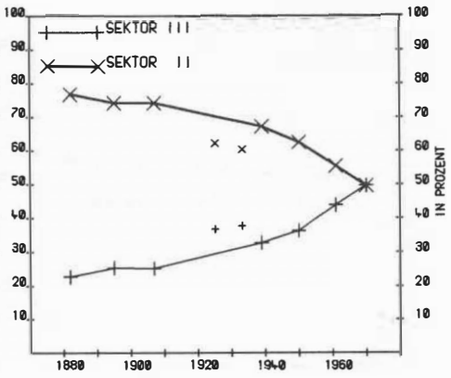


Abb. 3 b ESSEN

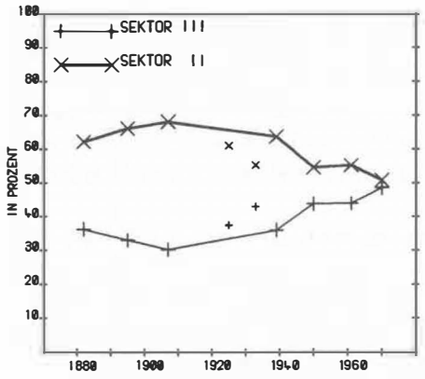


Abb. 3c NUERNBERG

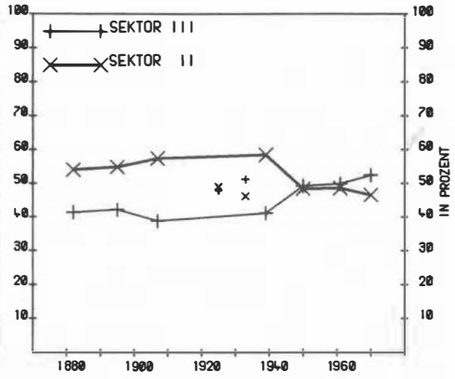


Abb. 3d STUTTGART

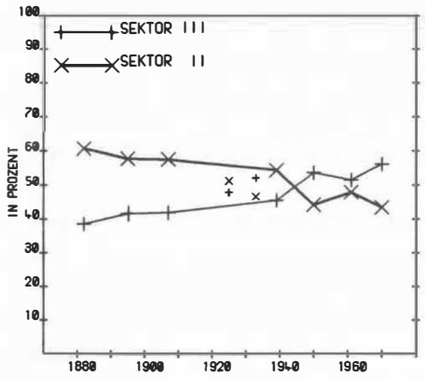


Abb. 3e BERLIN

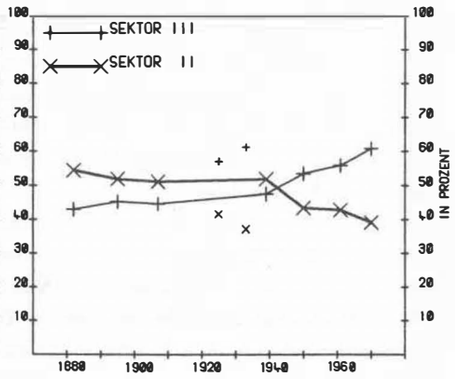


Abb. 3f BREMEN

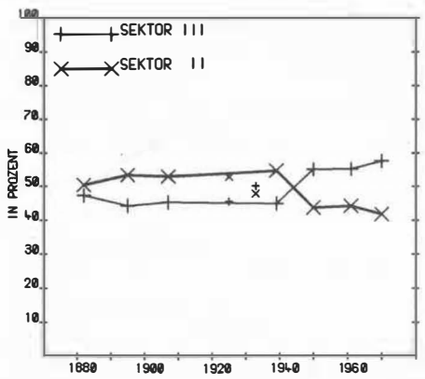


Abb. 3g HANNOVER

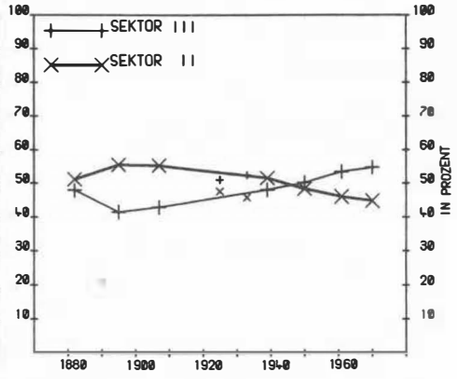


Abb. 3h KOELN

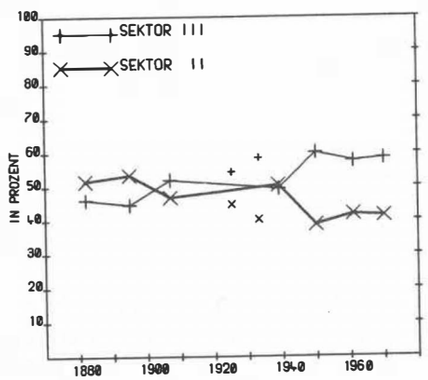


Abb. 3i MUENCHEN

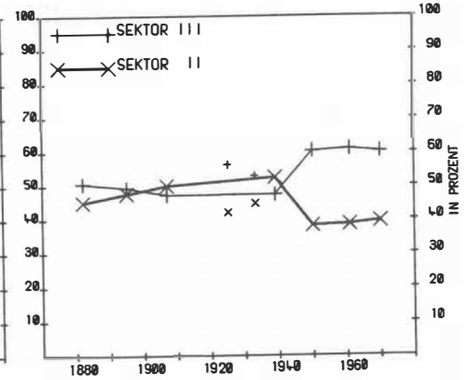


Abb. 3j FRANKFURT

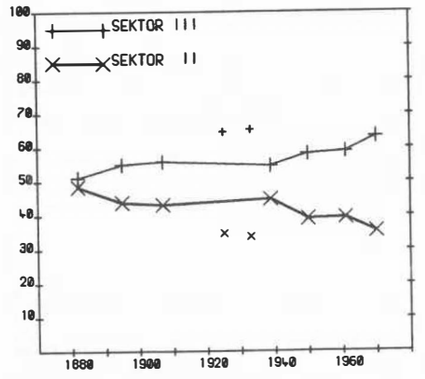


Abb. 3k HAMBURG

Abb. 3: Entwicklung der sekundären und tertiären Wirtschaftssektoren in ausgewählten westdeutschen Städten. In den Abbildungen 2 und 3 bedeuten: Anteile an den Gesamterwerbspersonen bzw. Gesamterwerbstätigen in folgenden Wirtschaftsgruppen:
II: Erwerbstätige (1882, 1895, 1907, 1925, 1970) bzw. Erwerbspersonen (1933, 1939, 1950, 1961) in der Industrie (einschl. Bergbau und Bauwesen, Handwerk).
III: Erwerbspersonen bzw. Erwerbstätige (s. o.) außerhalb von Land- und Forstwirtschaft, Tierzucht, Fischerei und Gärtnerei sowie von Industrie (einschl. Bergbau und Bauwesen, Handwerk).
Datenquelle: Statistik des Deutschen Reiches Bd. 2 (1884), Bd. 3 (1884), Bd. 102/103 (1897), Bd. 107/108 (1897), Bd. 109/110 (1897), Bd. 203 (1909), Bd. 207 (1910), Bd. 209 (1910), Bd. 402 (1929), Bd. 404 (1929), Bd. 406 (1929), Bd. 453 (1936), Bd. 455 (1936), Bd. 457 (1936), Bd. 556 (1942); Stat. Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1950, 1960, 1970 u. 1983; Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1963 u. 1972; Beiträge zur Statistik des Landes NRW, Sonderreihe Volkszählung 1950, Heft 5 a u. 5 b.

starken industriellen Besatz der Landeshauptstadt Stuttgart (u. a. mit expandierenden Großkonzernen wie Bosch oder Daimler-Benz) und die diffizile Entwicklung Berlins, der größten Industriestadt im (einstigen) Deutschen Reich zur peripher zum Bundesgebiet gelegenen, durch viele Subventionsprogramme unterstützten »Produktionsinsel« sowie bedeutenden Kongreß- und Fremdenverkehrsstadt. Diesen Städten gegenüber liegen in Bremen, Hannover und Köln die Entwicklungskurven bis zum 2. Weltkrieg näher beieinander, was eine ausgeglichenere Bedeutung beider betrachteter Wirtschaftssektoren veranschaulicht. Erst in dem Zeitraum nach 1945 dominiert ein Sektor.

Die letzte Aussage trifft auch für die Städte Frankfurt und München zu, die ebenfalls wie Bremen, Hannover und Köln vor 1945 jeweils ähnlich hohe Anteilswerte des II. und III. Sektors besaßen (vgl. Abb. 3 i–j). Unterschiedlich ist jedoch der engere Verlauf beider Kurven vor 1945, und entscheidend ist die Tatsache, daß bereits zu einigen Stichjahren vor 1945 der III. Sektor die höchsten Anteilswerte aufwies.

Einen weiteren Entwicklungstyp zeigt die Hansestadt Hamburg, in der stets (mit steigender Tendenz) Handel, Verkehr, Banken, Versicherungen, Dienstleistungen und die öffentliche Verwaltung eine eindeutig beherrschende Stellung eingenommen haben (vgl. Abb. 3 k). In diesem Fall ist der Verlauf der Wirtschaftssektoren auf die Hafenfunktion zurückzuführen. Dieser Entwicklungstyp trifft darüber hinaus (zum Teil in noch extremerer Form) auf viele (kleinere) »Dienstleistungsstädte« wie z. B. auf Münster zu.

4. *Entwicklungsdynamik einer quartären Funktion. Das Beispiel der Rechtsanwälte*

Obschon es nicht möglich ist, einen quartären Sektor über einen längeren Zeitraum quantitativ auszuweisen, können durchaus einzelne quartäre Funktionen zeitlich vergleichend analysiert werden. Gerade am Beispiel der Rechtsanwaltskanzleien zeigen sich Entwicklungen, die in ähnlicher Form auch für andere quartäre Funktionen charakteristisch sind:

- eine Konsolidierung des Berufsstandes auf einheitlicher gesetzlicher Grundlage nach der Reichsgründung,
- eine erhebliche quantitative Zunahme bei allgemeiner Expansion des Rechtsstaates sowie bei steigender Inanspruchnahme von Rechtsmitteln,
- eine jüngere wirtschaftliche Arbeitsteilung und Spezialisierung.

Das partikulare Anwaltsrecht wurde durch die Rechtsanwaltsordnung von 1878/79 aufgehoben, die erst in den zwanziger Jahren novelliert und in den dreißiger Jahren im nationalsozialistischen Geiste verändert wurde. Die Bundesrechtsanwaltsordnung von 1959 knüpft wieder an die Rechtsanwaltsordnung von 1878/79 an. So unterscheiden Tabelle 3 und Abbildung 4 für das Jahr 1870 noch zwischen dem Advokat-Anwalt und dem Advokaten, wobei der erstere auch vor Gericht auftreten durfte und

Tab. 2: Entwicklung der Rechtsanwaltszahlen in der Bundesrepublik Deutschland (Zahl der zugelassenen Rechtsanwälte)

1931	8809	(Bereich der Bundesrepublik Deutschland)
1950	11818	
1961	18720	
1974	25851	
1980	36081	
1986	mehr als 45000	(vorsichtige Schätzung aufgrund des Rechtsanwalts- und Notarverzeichnisses 1986)

Quelle: *W. Paul,* Anwaltsberuf im Wandel – Rechtspflegeorgan oder Dienstleistungsgewerbe? Fakten und Überlegungen zur empirischen Verdeutlichung des Verhältnisses von Anwaltschaft und Gesellschaft in Deutschland, in: *F. Kübler* (Hrsg.), Anwaltsberuf im Wandel, Frankfurt a.M. 1982, S. 14. Rechtsanwalts- u. Notarverzeichnis der Bundesrepublik Deutschland 1986.

Tab. 3: Entwicklung der Rechtsanwaltszahlen in Düsseldorf

	1870		1900	1932	1981
Advokat-Anwälte	20	Rechtsanwälte	49	297	781
Notare	5	Notare	9	18	33
Advokaten	9				

Quelle: Auszählungen der Adreßbücher der Stadt Düsseldorf für die Jahre 1870, 1900, 1932 sowie des Anwalts- und Notarverzeichnisses der Bundesrepublik Deutschland 1981

das vollberechtigte Amt war. Während die Zahl der zuzulassenden Advokatanwälte festgelegt war, konnte die Advokatur jeder hierzu qualifizierte Jurist ausüben.[17]

Allgemein ist anhand der Tabelle 2 die »Explosion« der Anwaltschaft in den letzten Jahren abzulesen. »Die deutsche Anwaltschaft erlebt seit 1950 einen in ihrer Geschichte einmaligen Aufschwung. Nach einer langen Zeit relativer Immobilität setzt unter den Bedingungen der sich rasch industrialisierenden Marktwirtschaftsgesellschaft und ihres demokratischen und sozialen Rechtsstaats eine stark expansive Entwicklung der anwaltlichen Rechtspflege ein, die sich in den Zuwachsraten der An-

[17] Zur Unterscheidung vgl. *W. Schubert,* (Hrsg.), Entstehung und Quellen der Rechtsanwaltsordnung von 1878, Frankfurt 1985, in: Jus commune, Sonderheft 2, S. 6ff. und *A. Weißler,* Geschichte der Rechtsanwaltschaft, Leipzig 1905, S. 408 ff.; vgl. allgemein auch: *F. Ostler,* Die deutschen Rechtsanwälte 1871–1971, Essen 1971.

waltspopulation widerspiegelt.«[18] Im Besonderen belegt für die Stadt Düsseldorf Tabelle 3 das quantitative Wachstum. Darin kommt neben einem generellen Anstieg insbesondere die enorme Expansion nach dem 2. Weltkrieg zum Ausdruck. Diese Zahlen veranschaulichen zum einen den Funktionsgewinn als Landeshauptstadt und zum anderen den sich seit der Zwischenkriegszeit verstärkenden Ausbau als Verwaltungszentrum für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet.

Der Prozeß der wirtschaftlichen Arbeitsteilung und Spezialisierung kennzeichnet eine interne Entwicklung einer Kanzlei, in der gerade in Großstädten zunehmend mehrere Rechtsanwälte zum Teil mit Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und -beratern tätig sind (vgl. auch Abb. 7). Allerdings schreibt die noch gültige Rechtsanwaltsordnung den »Generalisten« vor, der in allen Rechtsgebieten zuhause ist. So wird das Anzeigen von Fachbezeichnungen und die Zulassung von Fachanwälten (mit Ausnahme der Fachanwälte für Steuerrecht und Verwaltungsrecht) nicht gestattet.[19]

5. *Standortpersistenz und Standortdynamik von Rechtsanwaltskanzleien in Düsseldorf*

Die Standortverteilung in Düsseldorf 1870 zeigte mit dem Königsplatz einen deutlichen räumlichen Schwerpunkt, den man wohl sofort mit der Nahlage des Justizgebäudes begründen würde (vgl. Abb. 4). Dieser Erklärungsansatz der Gerichtsnähe ist jedoch allein zu einfach! Eigentlich muß die Konzentration am Königsplatz sogar überraschen, denn das Justizgebäude wurde erst 1870 in der Oststadt errichtet. Bis zu den 1870er Jahren befanden sich das Justizgebäude mit dem Landgericht sowie das kgl. Arrest- und Correctionshaus an der Academiestraße, was vielmehr die Häufung von Kanzleien im Südwesten des Kartenausschnitts (in der sog. Karlstadt) erklärt. Daneben ist auf die Qualität und Quantität des Raumangebots hinzuweisen, das am alten Gerichtsstandort relativ stark eingeschränkt war. So bot offenbar die Altstadt mit ihrer enggekammerten Raumstruktur keine adäquaten Standorte. Hingegen lag der Königsplatz inmitten eines »Neubaugebietes«, das sich in den 1870er Jahren bis zur Oststraße auffüllte. Das günstige Raumangebot, die in diesem Stadterweiterungsgebiet noch fehlende Raumkonkurrenz und die wohl bereits Ende der 1860er Jahre erkennbare Standortverlagerung des Justizgebäudes (offenbar ebenfalls aufgrund von Raumbedarf und -angebot) haben bereits 1870 zu einer Häufung von Kanzleien in

[18] *W. Paul*, Anwaltsberuf im Wandel – Rechtspflegeorgan oder Dienstleistungsgewerbe? Fakten und Überlegungen zur empirischen Verdeutlichung des Verhältnisses von Anwaltschaft und Gesellschaft in Deutschland, in: *F. Kübler* (Hrsg.), Anwaltsberuf im Wandel, Frankfurt 1982, in: Arbeiten zur Rechtsvergleichung 111, S. 15.

[19] Zur Entwicklung der Tätigkeitsmerkmale vgl. *W. Paul* (s. A 18) und *N. de Lange*, Standortverhalten ausgewählter Bürogruppen in Innenstadtgebieten westdeutscher Metropolen, in: Beiträge zur empirischen Bürostandortforschung, Kallmünz 1983, in: Münchener Geographische Hefte 50, S. 61–100.

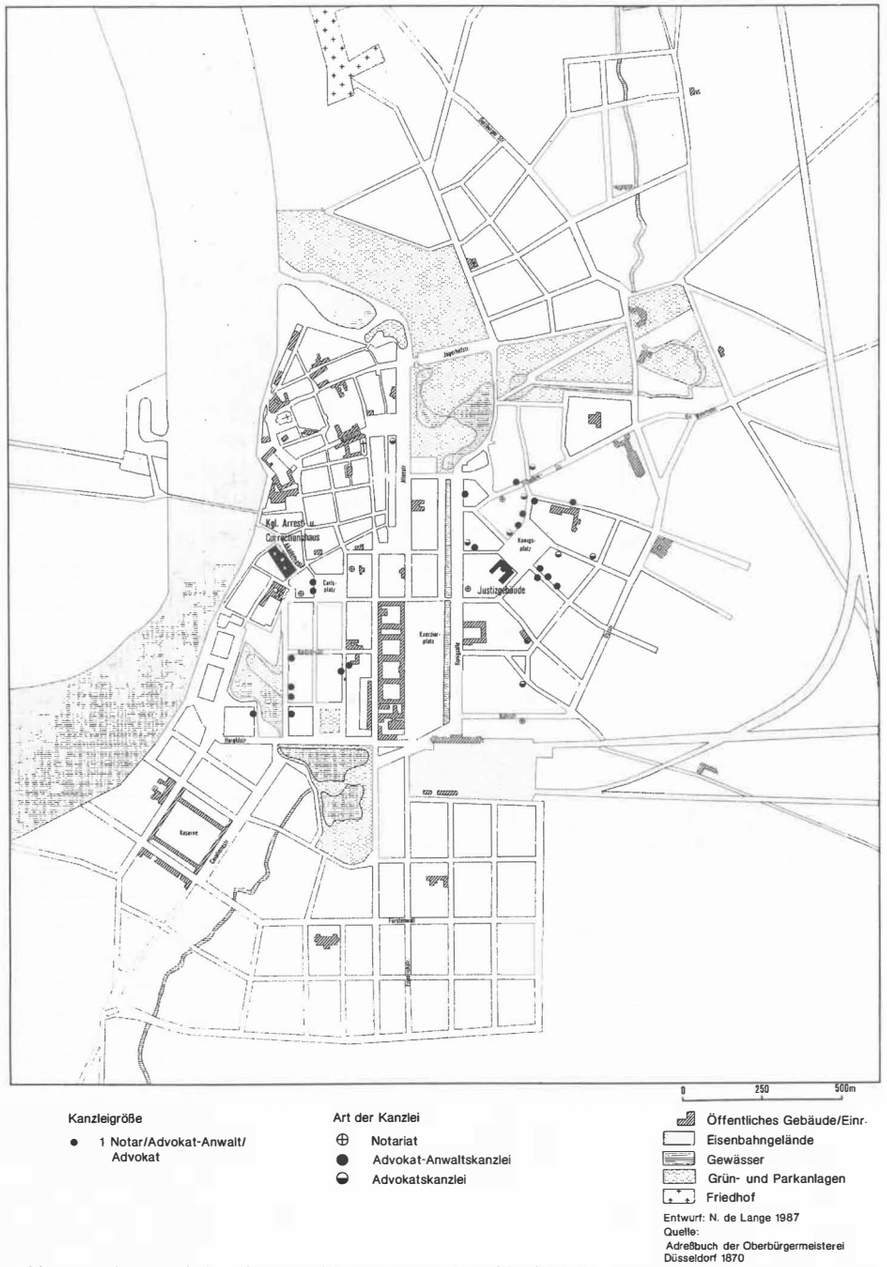


Abb. 4: Rechtsanwaltskanzleien und Notariate in Düsseldorf 1870.

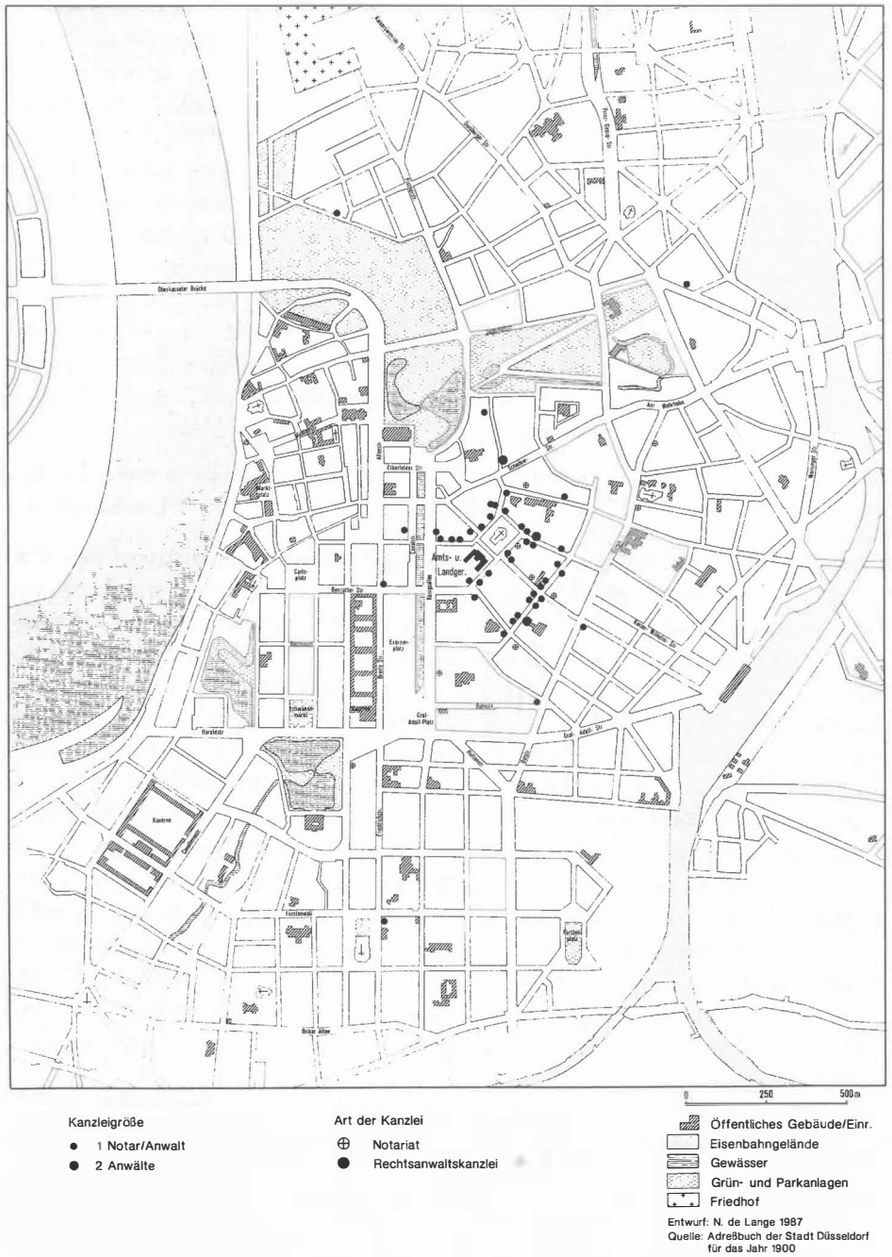


Abb. 5: Rechtsanwaltskanzleien und Notariate in Düsseldorf 1900.

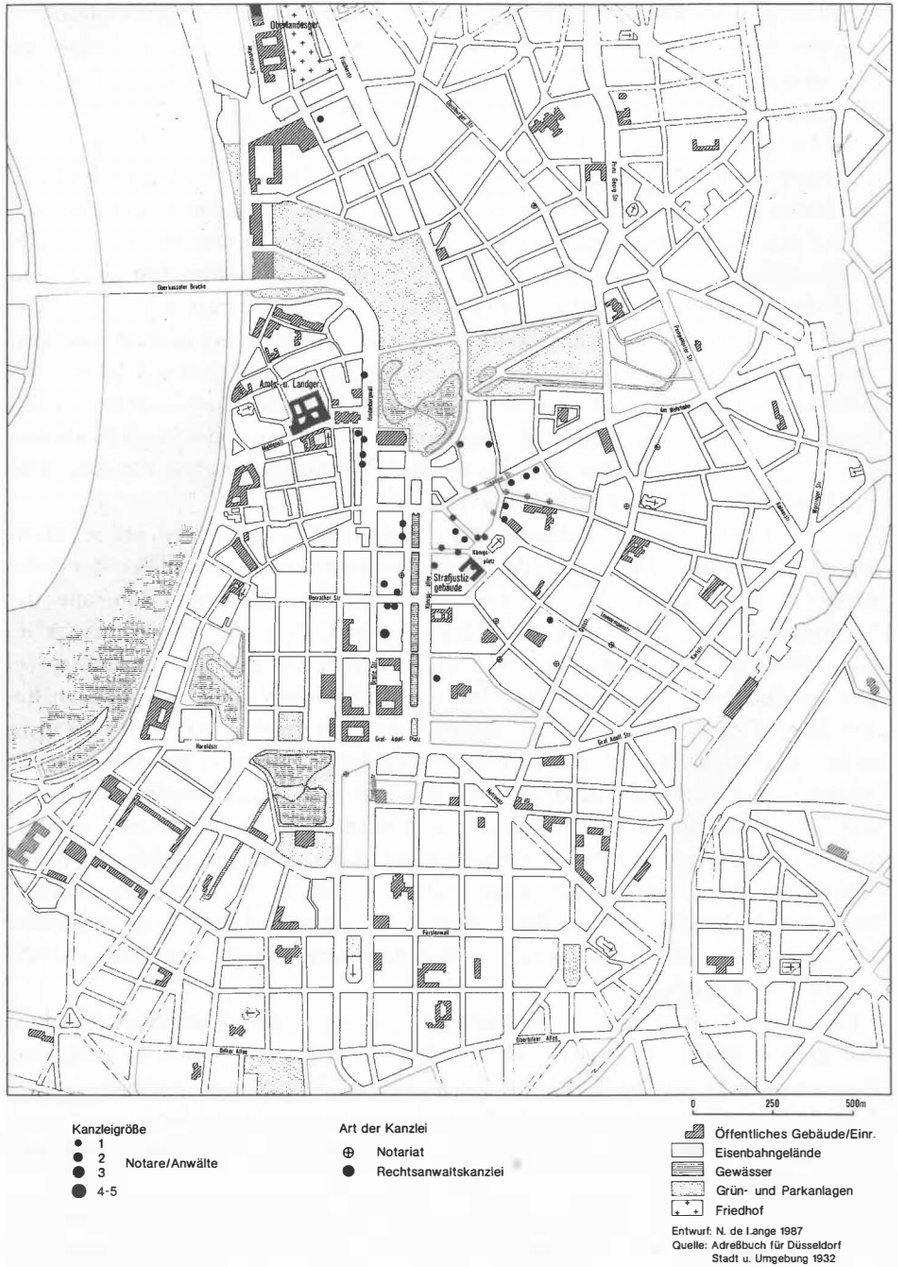
der Oststadt geführt. Auch zeigte sich ein Trend zu repräsentativen, großzügigen und insgesamt hochwertigen Standorten sowohl in der Karlstadt als auch am Königsplatz. Eine ausgesprochene Wohnorientierung der Kanzleien bestand nicht, ebenso lag keine Verkehrsorientierung der Kanzleien z. B. an Ausfallstraßen vor.

Die Standortverteilungskarte für die Jahrhundertwende läßt eine eindeutige Standorttendenz erkennen (vgl. Abb. 5): Die überwiegende Zahl der Rechtsanwälte besaß eine Kanzlei in der Nähe des Justizgebäudes. Neben der Gerichtsnähe bot das Ostviertel mit seiner zu jener Zeit noch jungen und modernen Bebauung ein adäquates Raumangebot. So befanden sich zwischen Königsallee, Schadow-, Ost- und Graf-Adolf-Straße 80% aller Kanzleien und Rechtsanwälte. Die Altstadt sowie die sich zu den Hauptgeschäftsstraßen entwickelnden Achsen der Königsallee und die Schadowstraße waren bis auf wenige Ausnahmen unbesetzt. Zwischen diesen Achsen – und somit in zentraler Lage – befand sich der Königsplatz. Das Zusammentreffen von Gerichtsnähe und Qualität des Raumangebots im Rücken wichtiger Geschäftsstraßen führte in Düsseldorf zu einer geringeren räumlichen Korrelation von Einzelhandels- und Dienstleistungs- mit Kanzleistandorten.

Die Abbildung 6 spiegelt offenbar für das Jahr 1932 eine persistente Standortorientierung wider: Zwar sind die Rechtsanwaltskanzleien gegenüber der Jahrhundertwende flächiger verteilt, was auch auf die allgemeine Zunahme der Rechtsanwälte zurückzuführen ist. Jedoch bestand 1932 wie vorher bereits im Jahre 1900 eine Konzentration von Rechtsanwälten um den Königsplatz, wobei aber inzwischen Standorte an den Hauptgeschäftsstraßen stark zugenommen haben. Diese Orientierung auf den Königsplatz und die Oststadt läßt sich aber nicht mehr mit Hilfe der Gerichtsnähe erklären! An der Südwestseite des Königsplatzes befand sich in der Zwischenkriegszeit zwar das sog. Strafjustizgebäude, jedoch war 1932 darin kein Gericht, sondern die Preußische Staatsanwaltschaft untergebracht. Demgegenüber waren seit 1920/24 das Amts- und Landgericht im Justizgebäude an der Mühlenstraße ansässig. Dort bestand lediglich eine Standorthäufung von Rechtsanwälten an der Alleestraße in repräsentativer Lage gegenüber dem Opernhaus und dem Hofgarten. Der Abbildungsausschnitt erfaßt ca. 96% der Rechtsanwälte.

Die Standortverteilungskarte verdeutlicht somit eine stark ausgeprägte Standortpersistenz in einem tradierten Standortraum und relativiert erheblich die Bedeutung der Gerichtsnähe als Standortfaktor für Rechtsanwaltskanzleien. Vielmehr war im Jahre 1932 die Standortorientierung der Rechtsanwälte durch eine Bevorzugung zentraler und vor allem repräsentativer Lagen – auch innerhalb der Hauptgeschäftsbereiche – gekennzeichnet.

Bis zu den achtziger Jahren hat in Düsseldorf eine erhebliche Dekonzentration bei einer insgesamt starken Zunahme stattgefunden (vgl. Abb. 7): Die Rechtsanwälte (ohne die Nur-Notare) haben sich bis 1981 insgesamt von 297 auf 1161 knapp


Oberlandesger.
Oberkasseler Brücke
Amts- u. Landger.
Strafjustiz-gebäude
Graf-Adolf-Str.
Schadowstr.
Kanalstr.
Heinrich-Heine-Allee
Kanalstraße
Kanalstraße
Kanalstraße

vervierfacht, wobei im Kartenausschnitt jeweils nur noch ca. 50% erfaßt sind. Besonders ist auf die innenstadtnahen Stadtteile mit hohem Rechtsanwaltsbesatz und hohem Sozialstatus hinzuweisen: Golzheim, Düsseltal und Oberkassel.[20] Somit besaßen »die Nähe zu Gerichten« (mit ihren Standorten in der Innenstadt) bzw. »die Lage im Zentrum« eine weitaus geringere Bedeutung als 1932.

In der Nachkriegszeit haben sich in der Innenstadt Düsseldorfs frühere Standorträume zum Teil erheblich modifiziert. Infolge der Neugestaltung der Stadtmitte hat sich die ehemalige Konzentration von Rechtsanwaltsfunktionen am Martin-Luther-Platz, d. h. am ehemaligen Königsplatz, zum größten Teil aufgelöst. Allerdings war 1981 noch die Ausrichtung entlang der beiden Achsen Königsallee und Schadowstraße vorhanden, wobei sich an repräsentativen oder zentralen Lagen stärker Kanzleien agglomerierten: Graf-Adolf-Platz, nördliche Königsallee, Verkehrsknoten an der Schadowstraße, wo mit 26 Rechtsanwälten die größte Rechtsanwaltskonzentration in einem Gebäude vorlag. Zum Jahre 1981 hat die Verdichtung in der Umrahmung des Hofgartens zugenommen, wo in Parklage mit Zentrumsnähe attraktive Standorte für quartäre Funktionen bestehen.

Die jüngste Verteilungskarte drückt somit auch erhebliche Standortumorientierungen aus, obschon einzelne Standortbedingungen wie Quantität und Qualität des Raumangebots (u. a. repräsentative Lage der Kanzlei) oder Image des Standortraumes eine konstante Bedeutung besitzen. Allgemein können städtebauliche Maßnahmen oder Veränderungen der Verkehrsstruktur sowie in den Hauptgeschäftsbereichen das vertikale Vordringen des Einzelhandels wie auch andere um das Raumangebot in zentraler Lage konkurrierende Dienstleistungen, Probleme der Erreichbarkeit (einschließlich Parkplatzprobleme) oder auch fehlende Expansionsmöglichkeiten eine Auflösung von Rechtsanwaltsagglomerationen nachsichziehen und zu einer Umbewertung traditioneller Standorträume führen. Wie am Beispiel Düsseldorfs zu sehen, schlug sich die Zunahme der Rechtsanwälte in einem Auffüllungsprozeß bisher schwach besetzter (Innen)Stadtgebiete und in der Vergrößerung der Kanzleien nieder, wodurch jetzt insgesamt der Gerichtsnähe als Standortfaktor nur nachgeordnete Bedeutung zukommt.

[20] Vgl. *N. de Lange* (s. A 19)

6. *Ausblick*

Das vorgestellte Beispiel zeigt Einblicke in die jüngere Standortdynamik einer quartären Funktion. Ähnliche Umbewertungs- bzw. Umorientierungsprozesse lassen sich auch für weitere Städte unterschiedlicher Größe und Zentralitätsstufe nachweisen.[21] In diesen Arbeiten werden jedoch in den einzelnen Standortanalysen stets die spezifischen Eigenarten einer Funktion herausgestellt, die wesentlich von ihrer historischen Entwicklung sowie von den Tätigkeitsbereichen und betrieblichen Strukturen abhängen.

[21] Vgl. zu Arbeiten über Münster und Dortmund sowie Hannover und München: *N. de Lange* (s. A 19), *H. Heineberg / N. de Lange* (s. A 13), *H. Heineberg,* Innerstädtische Standortentwicklung ausgewählter quartärer Dienstleistungsgruppe seit Ende des 19. Jahrhundert anhand der Städte Münster und Dortmund, in: *H. Heineberg* (Hrsg.), Innerstädtische Differenzierung und Prozesse im 19. und 20. Jahrhundert. Geographische und historische Aspekte, Köln 1987, in: Städteforschung A 25, S. 263–306, *H. Heineberg / G. Heinritz / N. de Lange:* Der Dienstleistungssektor im zentralen Standortraum von Regionalmetropolen – die Beispiele Düsseldorf und München im Vergleich zu den Oberzentren Dortmund und Münster, Paderborn 1987, in: Münstersche Geographische Arbeiten 26, *N. de Lange,* Standortpersistenz und Standortdynamik von Bürobetrieben in westdeutschen Regionalmetropolen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur geographischen Bürostandortforschung, Paderborn 1989, in: Münstersche Geographische Arbeiten 30, S. 211–238.

Wilhelm Landzettel

Bindung an die Gestalt

Mensch – Bauwerk – Siedlung

»Wenn es zutreffen sollte, daß ich nicht nur weiß, was schlimm und häßlich, sondern auch, was schön ist, so verdanke ich diese Gabe dem Glück, in Dresden aufgewachsen zu sein. Ich mußte, was schön sei, nicht erst aus Büchern lernen.«[1] So erinnert sich Erich Kästner an die Zeit, in der er ein kleiner Junge war. Das Schöne der alten Stadt wuchs ihm zu, allein schon aus dem Sein an diesem Ort, und er zählt die Objekte auf, die katholische Hofkirche, Georg Bährs Frauenkirche, den Zwinger und anderes mehr.

Das ist der Fundus, an dem sich die Geschichten der Kindheit ansiedeln, jene Grundsubstanz der Erinnerung an die zum ersten Mal erfahrenen Geschehnisse und Verhaltensweisen maßstabsetzender Menschen. Das Schöne in Bauwerk und Natur ist dafür eine Metapher der Hoffnung und so entsteht das, was hier dargestellt werden soll, die Bindung an Gestalt.

Vor zwei Jahren hat Peter Härtling den Internationalen Städtetag der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt zum Thema »Nostalgie oder Existenz« eingeleitet. Er beschrieb fast die gleichen Objekte des alten Dresdens vor seiner Zerstörung, die er ebenfalls als Kind bei Besuchen der Großeltern kennengelernt hatte.[2] Dieser Meister des behutsamen Andeutens menschlicher Geschicke zeigte neben dem Schönen die Schatten auf, die sich über die Familie senkten. Auch das zeitigt Bindung an Gestalt.

Gestalt wird aus den vielen Bildern, die uns umgebend sich ständig wandeln, erst durch die Bedeutung, die sie für den einzelnen oder auch eine Gruppe von Menschen hat. Dies geschieht in dem Maße, in dem sie für das Menschsein Zeichen setzt. Dadurch wird die Erscheinung zur Gestalt, die uns entgegensteht und das widerspiegelt, was der Betrachter aus seinem eigenen Wesen heraus erkennen und bewerten kann. Im Strom der Zeit und des Geschehens ist die Gestalt – meist sogar nur die Assoziation zu einer früher erfaßten Gestalt – jener Katalysator, der den eigenen Standort erkennen läßt. Häufig stoßen wir auf Erscheinungen und Situationen, die uns ganz unvermutet berühren. Sie senden Zeichen aus, die wir deshalb empfangen können, weil sie auf gleicher Wellenlänge liegen zu einer ursprünglichen Hauptgestalt und deren Nachfahren. Assoziationen lösen längst Verinnerlichtes aus und bewirken so Empfindungen und Gedanken. »Die Dinge, die wir sehen, sind dieselben Dinge, die in uns sind. Es gibt keine Wirklichkeit als die, die wir in uns haben. Darum leben die meisten Menschen so unwirklich, weil sie die Bilder außerhalb für das Wirkliche halten und ihre eigene Welt in sich gar nicht zu Wort kommen lassen« (Hermann Hesse).[3]

Die »eigene Welt« ist heute für viele Menschen in Frage gestellt, nicht, weil bei uns in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts elementare, unentrinnbare Not herrscht. Nein, schlimmer sind die inneren Nöte des Individuums, das aus dem selbstregulierenden Wirkgefüge von Körper, Geist und Seele scheinbar entlassen ist und den übersehbaren sozialen Verbund zu seinen Mitmenschen kaum noch leben kann. Dazu signalisieren die Medien in der ungeheuren Verdichtung eines schwarzen Loches ein Chaos des Negativen, das »die Anderen« machtbewußt und egoistisch anstreben oder aufgrund ihrer allumfassenden Unfähigkeit aus Dummheit erzeugen. Wer nicht dagegen angeht, und sei es auch nur verbal, gilt als stumpfsinnig, entzieht sich der Realität und Verantwortung, flüchtet in die Idylle und wird deshalb als Aussteiger verachtet. Das ist ein fundamentales Mißverständnis!

Gerade deshalb verkörpert die Gestalt von Bauernhof und Dorf inmitten der Landschaft, von alter Stadt inmitten des Kranzes ihrer Dörfer für viele Menschen durch ihre scheinbare Sicherheit und Gediegenheit das Bedürfnis nach Harmonie. Wir wissen, daß es so nicht ist, dennoch sind beide, Dorf und alte Stadt, Signale der Hoffnung auf übersehbare und deshalb verständliche Siedlung und Gesellschaft. Sie dienen dem Einatmen, das ja eine Voraussetzung zum Ausatmen und damit zum Handeln ist. Harmonie bedeutet Mitte der beiden Komponenten des Lebens.

Peter Härtling schloß seinen Beitrag vor einem Jahr mit einer ähnlichen Feststellung: »Erst, wenn wir die Dialektik von Alt und Neu, von Jugend und Alter, von Leben und Tod, von Erholung und Arbeit, von Individuum und Gemeinsamkeit aus den Erfahrungen unserer Gegenwart lernen, werden wir mit den Alten Städten so umgehen, daß ihr Altern uns nicht stört, sondern im Gegenteil zum Bestandteil unseres ganz alltäglichen Lebens wird. Ein Stück von dem, was wir sind.«

Mein Beitrag soll im folgenden helfen, die bewegende Gestalt besser zu erkennen als das, was sie ist, nämlich die Reflektion des eigenen Seins.

Wege und Orte

Im bewußten Teil unseres Daseins gibt es zwei Zustände: Man ist entweder an einem Ort oder unterwegs.

Wege sind meist zielorientiert, an Aktivität gebunden. Hoffnungen begleiten den Weg ebenso wie die Unsicherheiten.

Der Ort ist Aufenthalt und Bleibe. Er vermittelt ebenso Sicherheit, wie er in Frage stellen kann – je nachdem, wie es einem »zumute« ist.

[1] *Erich Kästner,* Gesammelte Schriften für Erwachsene, München/Zürich 1969, Bd. 4, S. 37.
[2] *Peter Härtling,* Stadtgedächtnis – Gedachte Stadt, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 229–235.
[3] *Hermann Hesse,* Demian, in: Gesammelte Werke, Frankfurt 1970, Bd. 5, S. 112.

Dadurch entsteht eine unermeßliche Vielfalt von Gefühlen und Zuständen, denn man kann an einem Ort mit den Gedanken unterwegs sein und auf den Wegen mit den Gedanken an einem Ort sich befinden, bei fernen Menschen verweilen.

Leben ist Wandel; nichts ist beständig. Wir müssen uns deshalb auf den Wegen und an den Orten immer neu orientieren, an den Ordnungsstrukturen in der materiellen Umwelt ebenso wie an jenen des sozialen, psychischen oder geistigen Daseins. Vor diesem Hintergrund erleben wir die unendliche Kette der Gegenwarten und spüren die Spannweite des persönlichen Teilhabens an der Umwelt. Dadurch erfüllt sich der Mensch im Raum. Karlfried Graf Dürckheim drückte das so aus: »Der gelebte Raum ist für das Selbst Medium seiner leibhaften Verwirklichung, Gegenform oder Verbreiterung, Bedroher oder Bewahrer, Durchgang oder Bleibe, Fremde oder Heimat, Material, Erfüllungsort und Entfaltungsmöglichkeit, Widerstand und Grenze, Organ und Gegenspieler dieses Selbstes in seiner überdauernden und seiner augenblicklichen Seins- und Lebenswirklichkeit.«[4]

Wahrnehmung und Sinne

Die Realität der Umwelt verbindet sich mit der inneren Wirklichkeit, die sich im gelebten Raum entfaltet durch die Tätigkeit der Sinne:

Sehen – Hören – Riechen – Schmecken – Tasten

Der Gleichgewichtssinn manifestiert wie eine Kompaßnadel die Koordinaten des jeweiligen Standortes:
Oben – Unten – Vorne – Hinten – Rechts – Links.

Für die meisten Menschen scheint der Augensinn die größte Bedeutung zu haben. Mit dem Sehen wird der Aktions- und Reaktionsraum des Menschen über die Reichweite des Leibes hinaus verlängert. Wir »tasten« mit den Augen die Erscheinung der Umwelt ab, die wir mit den Händen nicht mehr »begreifen« können und gewinnen so unsere »Anschauungen«. Dabei übersehen wir leicht die Bedeutung der anderen Sinne für die Orientierung in Landschaft und Siedlung.

Das Hören zum Beispiel – wir hören den Tag in seiner Vielfalt, ohne daß dieses uns bewußt wird gegenüber den Geräuschen der Nacht, die stark bewegen. Wir kontrollieren räumliche Situationen durch den Klang der eigenen Stimme oder den Nachhall der Schritte. Eng und weit, fern und nah, Richtung und Lage, Oberflächenbeschaffenheit – all dies signalisiert das Gehör dem Gehirn und durch den Vergleich mit früher gewonnenen Erfahrungen wird autonom das Verhalten bestimmt. Der Klang der Welt beeinflußt uns stärker als wir denken! Noch subtiler ist die nicht meßbare Welt der Gerüche. In der »Beschreibung eines

[4] *K. Graf Dürckheim,* Psychologische Optik – Untersuchungen zum gelebten Raum, in: *Felix Krüger* (Hrsg.), Neue Psychologische Studien, Bd. 6, S. 389.

Dorfes« schildert Marie-Luise Kaschnitz ihren Ort durch seine Gerüche, die bildhafte Assoziationen erwecken. Man erlebt dabei den Ablauf des Jahres mit seinen Frühlingsdüften, dem gleißenden Sommer, die schöne Traurigkeit des Herbstes und die Nässe des Novembers: »... Geruch von Rauch, von Luft, ozeanischem Westwind, Sehnsuchtsgeruch, Ferne, Geruch in Apfelkellern, Weinkellern, Kartoffelkellern, Geruch von Tannenzapfen im Kamin, Geruch des Schnees.«[5]

Wie sehr die Sinne für die Orientierung wichtig sind, können Sie, verehrter Leser, selbst überprüfen, wenn Sie im Garten oder Wald ihre Hände auf den Stamm eines nicht zu dicken Baumes legen und dann mal fest, mal zärtlich ihrem Tastsinn folgen *(Abb. 1)*. Sie spüren dann die Sanftheit und Schroffigkeit der Rinde, die Textur also, empfinden die Dreidimensionalität des Stammes ebenso wie die Temperatur des Holzes. Ihr Druck und Berührungssinn wird aktiviert durch die Festigkeit oder Zartheit des »Begreifens«. Der Spannungs- und Kraftsinn erklärt ihr Verhältnis zum Gegenstand. Der Lage- und Bewegungssinn vermittelt die räumliche Verfassung der Situation, und der sogenannte Drehbewegungssinn läßt Partien des Leibes reagieren, die weit von den Händen entfernt sind. Die Wahrnehmung, durch die Sinne bewußt zu leben, steigert bei jedem Menschen die Sensibilität zur Umwelt! Nichts anderes geschieht tatsächlich, gedacht oder geahnt bei jeder Wahrnehmung von Gestalt.



Abb. 1: Durch das Tasten erschließen wir das Dreidimensionale und die Beschaffenheit der Oberfläche. Die Erscheinung wird spürbar.

Wahrnehmung und Bewertung

Was wir mit unseren Sinnen wahrnehmen bedarf der Bewertung: Welche Bedeutung hat die Erscheinung eines Hauses, eines Straßenzuges oder ein Mensch, dem man sich nähert? Die Bewertung der Erscheinungen ist sehr unterschiedlich – nicht nur zwischen jungen und alten Menschen, Männern und Frauen, Handarbeitern und Intellektuellen, sondern auch beim Individuum selbst.

Wie aber kann man dann die Bedeutung einer Gestalt derart bewerten, daß auch andere mit der Beurteilung einverstanden sind? Gewiß, vieles beruht auf Vorurteilen, Konventionen, Zeitgeschmack und doch – der Schlüssel liegt in der Tatsache, daß bei aller Verschiedenheit jedermann durch die Bedingtheiten

[5] *Marie-Luise Kaschnitz,* Beschreibung eines Dorfes, Frankfurt 1979, S. 36f.

des Leibes an der Umwelt beteiligt ist. Jan Pieper formulierte das einmal so: »Die Ordnung des Raumes aber ist nicht Willkür..., sondern sie vollzieht sich nach Regeln, die der Mensch in der Natur und vor allem in sich selbst findet, in seiner anthropologisch vorgegebenen physischen und psychischen Grundausstattung. Architektur ist somit in letzter Konsequenz eine anthropomorphe Projektion von archetypischen Bildern und Vorstellungen, mit deren Hilfe wir uns selbst, unseren Körper und unsere Psyche begreifen – in dem uns umgebenden konkreten und materiellen Raum.«[6]

Jede Bewertung der Umwelt wird durch vier Komponenten bestimmt:
- Erfahrung
- Erwartung
- Befindlichkeit
- gelerntes Wissen.

Über das gelernte Wissen braucht hier nicht gesprochen zu werden, hier sind die Unterschiede offenkundig. Auch die Aspekte von Befindlichkeit und Erwartungen brauchen nur gestreift zu werden. Jedermann weiß, daß man bei schlechter Laune anderes sieht als wenn man fröhlich in den Tag hineingeht *(Abb. 2)*; und wer Hunger hat auf körperliche oder geistige Genüsse, findet, ohne darüber nachdenken zu müssen, das Gasthausschild oder die Buchhandlung. Wichtiger für die Bewertung von Gestalt erscheint mir die Summe der leibhaften und sozialen Erfahrungen zu sein, die ein Mensch gemacht hat. Beide sind untrennbar miteinander verbunden.

[6] *Jan Pieper,* Montzen, in: Bauwelt 26 (1981).

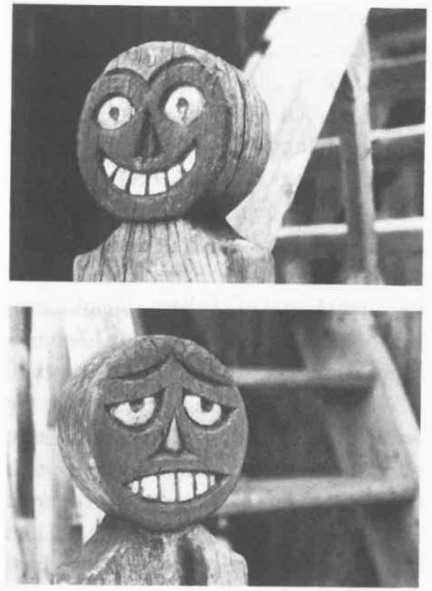


Abb. 2: Die Befindlichkeit äußert sich in der Mimik. (Treppenpfosten an den Speichern des Brümmerhofes bei Soltau. Jetzt befinden sie sich im Landwirtschaftsmuseum Hösseringen, Gemeinde Suderburg. Geschnitzt von A. Paul Weber.)

Erfahrung und daraus resultierend das Gefühl oder Gespür für eine Umweltsituation haben bei der Bewertung eine Schlüsselposition. Nur, wir können damit argumentativ kaum umgehen. »Alles, was wir schreiben, alles, was wir reden, alles, was wir denken, ist Sprache. Nur das Gefühl ist im Grunde sprachlos« (R. W. Leonhardt).

Gefühle zu haben, ist in der Gesellschaft verpönt. Sie dürfen, wenn überhaupt, nur im Kino konsumiert werden. Damit berauben wir uns wichtiger Ressourcen im Umgang mit Menschen und Dingen, reduzieren die Entfaltungsmöglichkeiten von Sensibilität und Kreativität.

Das Gefühl – so trügerisch es oft sein mag – ist jene Institution der Seele, die das Gemüt bewegt. Das macht uns entweder Mut oder grenzt diesen ein. Die Gefühle gründen sich in der frühen leibhaften und sozialen Erfahrung in jener Zeit, in der das Wesen des Menschen sich prägt, bevor mit dem Heranwachsen die Anpassung an die Gesellschaft erfolgt *(Abb. 3)*.

Die leibhafte Erfahrung beginnt lange vor der Sprachfähigkeit schon im Mutterleib. Was für den ganz kleinen Menschen bei der Erfüllung seiner Bedürfnisse gut tut oder ihm unangenehm ist, bestimmt über die leibhafte Erfahrung lebenslang Lust und Unlust, stimuliert Wünsche und Verhalten, setzt sich fort in der Sexualität.

Viel hat die leibhafte Erfahrung mit dem »Begreifen« zu tun, jener Form des Tastsinnes, der ursprünglich direkt wirksam ist und später im übertragenen Sinn

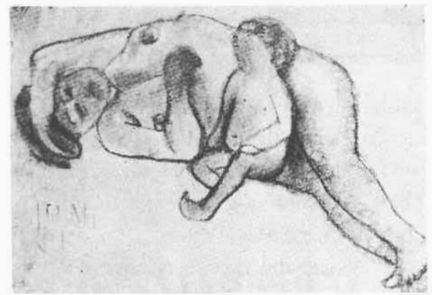


Abb. 3: Frühe leibhafte Erfahrung (*Paula Modersohn-Becker,* Liegende Mutter mit Kind 1906, Kohlezeichnung, aus dem Besitz der Ludwig Roselius-Sammlung, Böttcherstraße in Bremen).

auch auf Denkvorgänge sich auswirkt. Landschaft und Siedlung werden aus der leibhaften Erfahrung räumlich und körperlich empfunden. Das ist uns allen gemeinsam, auch wenn wir darüber kaum sprechen können. Wir werden berührt von Erscheinungen, die zum Ursprung zurückführen, zum Grundverständnis der Welt.

Wohl ebenso früh wie die leibhafte Erfahrung setzt die soziale Erfahrung ein. Gemeint ist bei der Wahrnehmung und Bewertung der Umwelt das Verhältnis des Individuums zur Gesellschaft. In der frühen Kindheit beobachtet der junge Mensch das Verhalten der Erwachsenen im Umgang miteinander und bezogen auf sich selbst. Wenn hier Stimmigkeit gegeben ist, mag sich ein Kapital von Vertrauen einstellen, das Offenheit, Toleranz, Achtung, Liebe und Zärtlichkeit zeitigt. Muß aber das Kind schon frühzeitig die Diskrepanzen von Sein und Schein erfahren, so mögen Zurückhaltung und Mißtrauen die Folge sein. Wer in Biographien die Berichte über Kindheiten liest, wird über die eigene Erfahrung hinaus erkennen, wie vielfältig auch hier Aktion und Reaktion sind. Darin liegt ja eine Schwäche monostruktureller Wohngebiete: sie erschweren gerade den Kindern die Entfaltung entsprechender sozialer Erfahrungen *(Abb. 4)*.

Die gebaute Umwelt ist unter dem Aspekt der sozialen Erfahrung von direkter und symbolhafter Bedeutung: Häuser werden wie Menschen gesehen, und Ensembles verkörpern deren gesellschaftliche Bezüge. In einem freundlich aussehenden Haus unterstellen wir auch fried-



Abb. 4: Häuser stehen nebeneinander wie Menschen. Sie führen miteinander Dialoge, gehütet oder bewacht von den Türmen. Sie bilden den städtebaulichen Raum, der zugleich auch ein sozialer Raum ist (aus: *Hans Simon,* »Das Herz unserer Städte«, Band I und II, Essen 1963 und 1965). Le Landeron: Die Intimität der übersehbaren Geborgenheit; Assisi: Die Verknüpfung der sakralen und profanen Repräsentationen; Lüneburg: Stolzer Platz einer reichen Stadt; selbstverständliche Mitte!

liche Bewohner – was zwar sein kann, aber nicht sein muß. Schon der Anschein genügt uns zur vorläufigen Bewertung. Müßte von allen Erscheinungen auch die Wahrheit ergründet werden, so ergäbe sich Handlungsunfähigkeit.

Auf die Komplexität und Ambivalenz menschlichen Lebens sollte auch die Gesellschaft der Häuser antworten. Alte Städte haben hier oft eine sprechende Gestalt. Freundliche Häuser mit Gesten der Hinwendung an den Betrachter übernehmen dabei die Funktion der Liebe; bei aller Aussagestärke und Kraft der Bauwerke, die ihren Charakter begründen, ist die Zärtlichkeit der Hinwendung an den Mitmenschen das Schöne an sich. So suchen wir in der Umwelt immer wieder nach den Zeichen sozialer Bezüge, uneigennütziger Angebote auf Verständnis und Vertrauen, liebevoller Verknüpfungen mitmenschlicher Wärme und Freundlichkeit. Dort läßt sich der eigene Standort leichter finden als in anonymer, abweisender und menschlich toter Umwelt.

Bewertungsmethoden

Leibhafte und soziale Erfahrungen stellen also neben dem gelernten Wissen den Fundus dar, aus dem heraus man Landschaft und Siedlung bewertet. Natürlich gibt es besonders im Bereich des Städtebaus wissenschaftlich fundierte Methoden für den Fachmann, doch kann man damit nur schwer den gelebten Raum erfassen. Es werden daher im folgenden drei Methoden für jedermann empfohlen, die im Grunde genommen miteinander identisch sind – lediglich die Möglichkeiten des Einstieges unterscheiden sich *(Abb. 5).*

Die Riesenmethode

ist verhältnismäßig einfach. Man stellt sich vor, so groß wie ein Riese zu sein. Dann hat die Umwelt die Größe von Kinderspielzeug. Im allgemeinen Verständnis ist der Riese ein Nichtsnutz, der Unfug anrichtet. So knibbelt er an der Architektur, versucht hier ein Stück abzubrechen und dort mit dem Fuß dagegen zu treten, um zu sehen, ob's hält oder kaputtgeht. Damit antwortet er auf die vorgegebene Gestalt. Er reagiert auf Stärke und Schwäche, sich Hervortun und Einordnen, kurz auf den Charakter des Erscheinungsbildes der Architektur.

Die Personifizierung

besteht darin, Assoziationen zur Gestalt herzustellen. Natürlich ist ein Haus

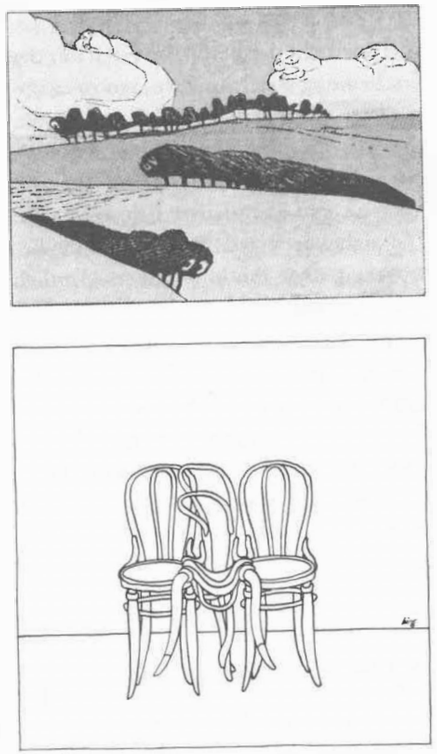


Abb. 5: Riesenmethode – Personifizierung – Gleichsetzung (Links: *H. Schwaier,* Rübezahl, Gerlachs Jugendbücherei, Wien/Leipzip, ca. 1909; Oben: *L. Feininger,* The Kinder Kids, Darmstadt 1975; Mitte: *H. Birk,* Verborgenes, Frankenberg 1978).



nichts anderes als ein Bauwerk, aber wir deuten gern Menschen, vertraute Tiere oder Gegenstände des alltäglichen Lebens in die Form des Bauwerkes oder in eine landschaftliche Konstellation hinein. Niemand kann denken wie ein Stein, ein Fenster oder ein Baum, doch das an sich Unverständliche schließt sich auf, wenn wir ihm menschliche Bezüge geben.

Die Gleichsetzung:

Hier versucht der Betrachter, sich mit der Erscheinung gleichzusetzen, um zu erfahren, wie diese sich befindet und möglicherweise verhält. Man fühlt sich hinein, nimmt Mimik und Geste der Erscheinung an und identifiziert sich so mit ihr. Daß dabei der eigene Körper und die Bewußtheit über ihn eine außerordentlich große Bedeutung haben, mag nach dem bisherigen Gesagten einleuchten. Schauspieler, Tänzer und der Pantomime auf der Bühne sprechen durch Ausdruck und Gestik unsere Erfahrungen und Befindlichkeiten an. Auf eine ähnliche Weise gewahren wir die Signale der Umwelt, weil sie unserer Lebenserfahrung entsprechen. Der Dialog mit der Gestalt beginnt!

Standortbestimmung

Die Bestimmung des eigenen Standortes ist ein lebenslänglicher Prozeß. Der Gebrauch unserer Sinne, die Wahrnehmung und Bewertung der Umwelt haben vorrangig den Zweck, kontinuierlich zu überprüfen, wo der Betrachter steht, welchen Standort der Mensch hat – räumlich, zeitlich, psychisch, sozial – geistig also. Die Standortbewußtheit ist Voraussetzung für kontrollierte Handlung. Orientierung über den Standort ist ein autonomer Vorgang, der auf jede Veränderung blitzschnell reagiert. Dabei ist das Gefühl meist schneller als der Verstand, und so ist die Standortbestimmung auch das Echo der eigenen Gestimmtheit.

Diese hat nun viel mit den Gegebenheiten des Individuums als Mit- und Gegenspieler der Umwelt zu tun. Vorn, links, rechts, hinten haben unterschiedliche Bedeutung aus der Art, wie der menschliche Körper mit seinen Organen angelegt ist. So haben z. B. linke und rechte Hemisphäre des Gehirns unterschiedliche Funktionen, wobei die linke Denken und Sprache beeinflußt, während die rechte Hemisphäre Sinneswahrnehmung und Gefühl bearbeitet.

Es sind also zwei Denkweisen, die in jedem Menschen angelegt sind, eine verbale und eine nonverbale. Letztere wird in unserer Gesellschaft weitgehend diskriminiert. Der Neurophysiologe R. W. Sperry, der die Split-Brain-Forschung maßgeblich bewegte, sagt dazu: »Die Daten beweisen, daß die besonderen Fähigkeiten der niedriger eingestuften, stummen rechten Hemisphäre in der Gestaltwahrnehmung liegen, da sie in der Verarbeitung der aufgenommenen Reize vorwiegend synthetisch vorgeht. Die höher bewertete, sprachkundige linke Hemisphäre dagegen scheint stärker logisch-analytisch – ähnlich einem Computer – zu operieren. Ihre sprachliche Umsetzung ist den blitzschnell ablaufenden, komplexen Synthesen der rechten Hemisphäre nicht gewachsen.«[7]

Da linke und rechte Hemisphäre des Gehirns diagonal mit den Körperseiten verbunden sind, öffnen sich damit Erkenntnisse über die Bedeutung der Richtungen, die unser Verständnis von der Gestalt funktional beeinflussen.

[7] *B. Edwards,* Garantiert zeichnen lernen, Reinbeck 1982, S. 43f.

Man kann sich das Komplexe der Wahrnehmung und Bewertung von Gestalt in Verbindung mit den Richtungen des Betrachters vergegenwärtigen durch den Zeitbezug. Zukunft ist nach vorne gerichtet, Vergangenheit liegt hinter einem. Gegenwart ist jetzt und hier im Augenblick des Erkennens (*Abb. 6;* 1 + 1 a). Dementsprechend ist die Zukunft, das vor dem Menschen Liegende, auf Aktion gerichtet, die Vergangenheit auf Besinnung und Erinnerung an das, was sich verinnerlicht hat. Gegenwart hat zwei Komponenten, die Ruhe und die Wachsamkeit, die Tendenz zur Rekreation also und die Bereitschaft zur Reaktion (*Abb. 6;* 2).

Das »Vorne« ist an das Gehen, Ausschreiten und Fahren gebunden. Der Mensch will in die Zukunft. Die Wege sind hier Symbol.

Das »Hinten« ist eroberter Raum. Wir assoziieren gegenwärtige Erscheinungen mit vergleichbaren Situationen der Vergangenheit durch das Denken und Fühlen. Gänsehaut und Glückshaut, der Schauer auf dem Rücken signalisieren die Widerspiegelung des Zukünftigen an der Vergangenheit in der Gegenwart – lassen diese leibhaft bewußt werden.

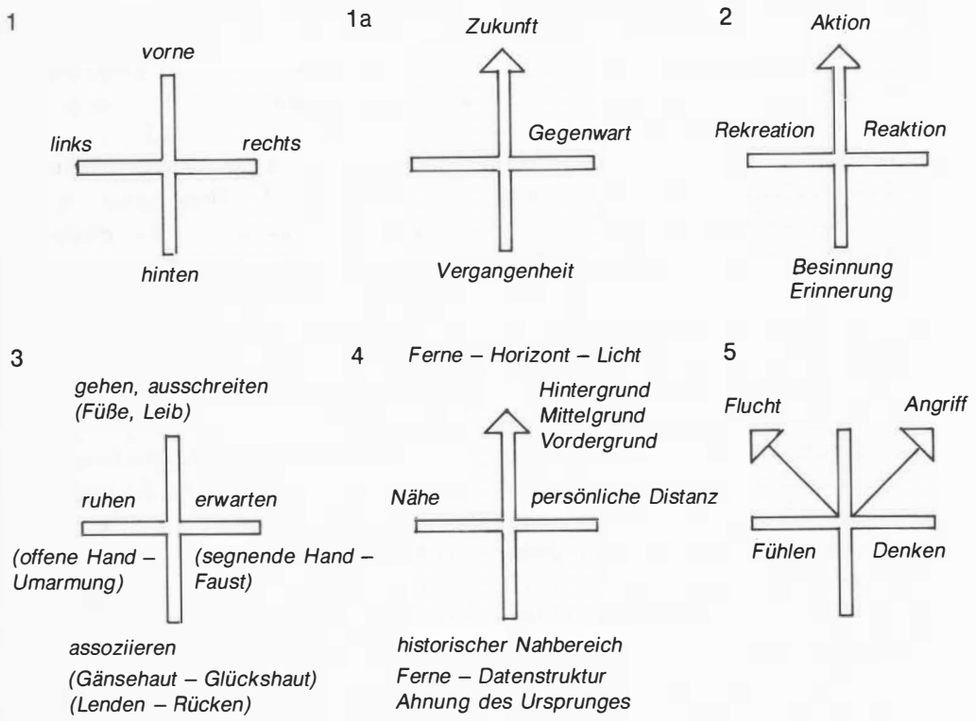


Abb. 6: Der Standort und die vier Richtungen in der Horizontalen.

Links und rechts sind besonders an Hände, Arme und die Körperseiten gebunden. Für die rechte Seite stehen Faust und gebietende Hand, für die linke Seite die geöffnete Hand und die Umarmung. Erwartung und Ruhe korrespondieren miteinander im Zustand der Ausgewogenheit durch Gelassenheit (*Abb. 6;* 3).

Dementsprechend ist Nähe akzeptierte Umwelt eigener Verfügbarkeit. Die persönliche Distanz gegenüber den Erscheinungen gibt Raum für die Möglichkeit, sich so oder so zu entscheiden.

Ferne, Horizont, Licht sind Wegziele des »Vorne«. Die Distanz zum Unendlichen wird gegliedert in die Bereiche Vordergrund, Mittelgrund und Hintergrund. Wenn diese Elemente hintereinandergereiht, übersehbar und geordnet sind, besteht Wegklarheit. Wenn eines der Elemente fehlt, treten besondere Situationen ein:

- Kein Vordergrund: Der Weg beginnt mit Unsicherheit und Verhaltung.
- Kein Hintergrund: Der Weg hat kein Ziel.
- Kein Mittelgrund: Gegenwart und Zukunft sind konfrontiert, es fehlt die Gewißheit der steten Vermittlung.

So entstehen Situationen der Größe, die den Menschen fordern, Gegenwart elementar spürbar werden lasssen. Der Mensch an der See mit dem Blick zum Horizont gerichtet, der nicht erreichbar ist, das Bild der Gestirne, der Blick von der Bergspitze in weite Fernen – jedermann kennt diese starke Gegenwart aus eigener Erfahrung. Man befindet sich an den Orten des Erkennens oder des Ausgesetztseins.

Ähnlich gliedert sich das hinter dem Menschen liegende. Der historische Nahbereich ist jener, der durch die Aussagen von bekannten Personen die Geschehnisse in einen persönlichen Bezug bringt. Das sind also die Zeitgenossen, die Eltern und die Großeltern, über die Zugang zur Vergangenheit gegeben ist. Vordergrund und Mittelgrund der Geschichte werden so aufgeschlossen. Dahinter liegen die Fernen der Vergangenheit, durch gelernte Daten strukturiert, sich verlierend in Ahnungen (*Abb. 6,* 4).

Zieht man die Resultierenden des Standortes aus links, rechts und vorne in die Betrachtung ein, so schließen sich die Aktionsfelder auf: Nach vorn gerichtet ist die Tat, die Resultierenden zur Erwartung und zur Ruhe sind der Angriff oder die Flucht. Denken und Fühlen sind dabei die Bewirkenden (*Abb. 6,* 5).

Zu diesen vier Hauptrichtungen kommen zwei weitere: das Oben und das Unten. Oben ist der Zenit. Er verkörpert die Aufrichtung des Menschen, die Überwindung der Schwerkraft. Er kann auch als die Annäherung an die höheren Prinzipien gesehen werden, die sich in den Göttern, den Himmeln und dem Licht darstellen *(Abb. 7).*

Unten ist die vitale Erde, der Grund auf dem wir stehen, der in der Suche nach dem Standort immer neu gefunden werden muß.

Vorne, links und rechts liegt der Handlungsraum. Die Diagonalen zeigen die emotionale Gestimmtheit dieses Handlungsraumes auf. Je nach dem, ob das Oben im Bild positiv oder negativ besetzt ist, wird Hoffnung oder Unterstützung,

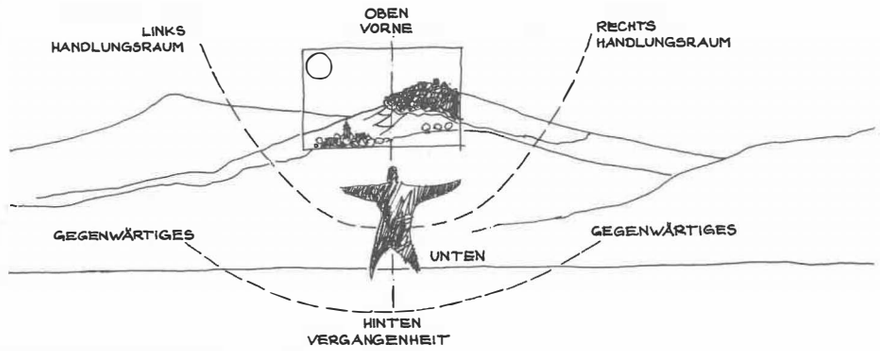


Abb. 7: Mensch und Raum: Links, rechts, oben und unten, vorne und hinten sind ein Kontinuum. Der Bildausschnitt des Augenblicks wird getragen vom Vorher und Nachher; seine Bewirkungen im Betrachter bestimmen dessen Handlungsraum.

Zurückweisung oder Bedrohung wirksam *(Abb. 8).*

Die Diagonale von links unten nach rechts oben auf ein positives Ziel gerichtet, bedeutet Aufbruch, Weg, Wagnis und Hoffnung. Die Werbung nutzt diese emotionale Tendenz ständig, z. B. bei den Firmenzeichen Volvo und Deutsche Bank. Aber auch die Malerei signalisiert uns schöne Landschaften, wenn der Berg im Hintergrund von links unten nach rechts oben sich erhebt.

Wenn sich die positive Kraft links oben befindet, entsteht für den Betrachter leicht die Vorstellung von hilfreicher Anerkennung höherer Mächte. In der sakralen Malerei sind links oben Gott und das Licht bzw. deren Boten angesiedelt, wenn sie nicht die zentrale Bildmitte allumfassend in Anspruch nehmen. So entsteht für den Betrachter die Vorstellung von Anbetung, Verehrung, Schutz und Sicherheit, aber auch Zuspruch, Segen und Unterstützung. Die Diagonale steht also im Wechselbezug zum Betrachter, sie wirkt gleichzeitig nach oben und unten. (Vergl. z. B. Darstellungen von Verkündigung, Johannes auf Pathmos o. ä.)

Ganz anders sieht das aus, wenn die oberen Bildecken negative Bedeutung für den Betrachter haben. Dann ist das Oben und Vorne kein Ziel mehr, verursacht Zögern, es entstehen Resignation und Umkehr oder gar Ablehnung und Flucht. Der Weg nach vorne hat keinen Sinn mehr (vergl. die Behandlung dieses Themas in Literatur und Malerei, wenn dunkle Wolken am Horizont aufziehen und sich vor dem Gehenden drohend aufballen).

Gerade in der sakralen Malerei lassen sich diese im Bild wirksamen Empfindungen häufig belegen durch die Ikonographie der dargestellten Personen. Eines der großen Beispiele dafür ist die Pieta von Tizian, die dieser, weit über 80 Jahre alt, für sein eigenes Grabmal gemalt hat und sich dabei auf das für ihn Letzte,

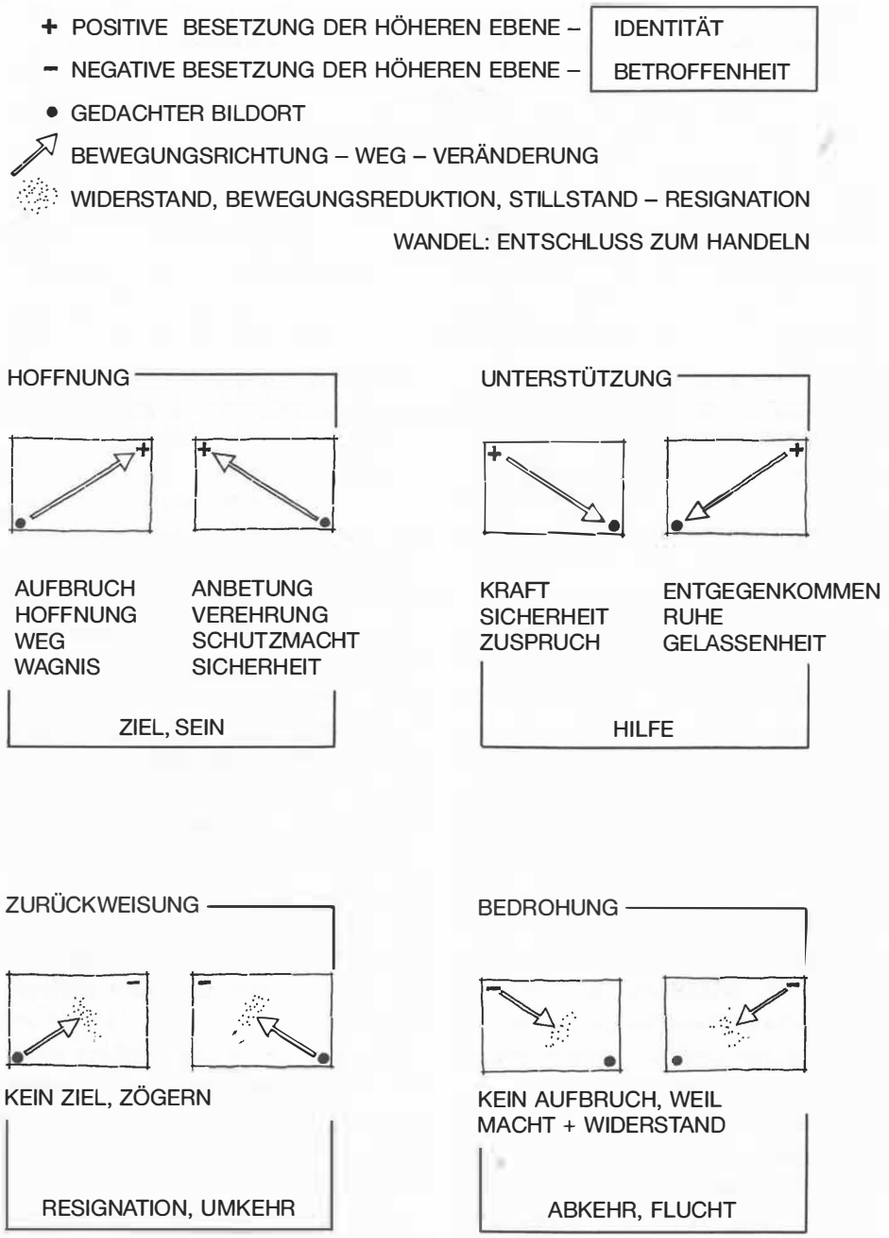


Abb. 8: Die emotionale Bedeutung der Diagonalen im Bildausschnitt.

Wesentliche konzentrierte – ein ergreifendes Bild, das den Betrachter verstummen läßt *(Abb. 9)*.

Da läuft eine Diagonale von Moses mit den Gesetzestafeln über die Seherin Sibylle zur zentralen Gruppe, der unbeschreiblich schönen Maria und dem toten Christus und weiter von dessen linker Hand zur linken Hand des Johannes. Und von links unten nach rechts oben zeigt sich eine Diagonale aus dem Leib Christi aufsteigend zu dem Engel mit dem Licht und der Ekklesia, der Kirche.

Bindung an die Gestalt ist das Thema dieses Beitrages. Gerade die alte Stadt ist für viele Menschen Spiegelbild des Eingebundenseins in Raum und Zeit. Wie tief Gestalt sich in allen Zielvorstellungen abzeichnet, mag abschließend und zugleich auch aufschließend das Emblem

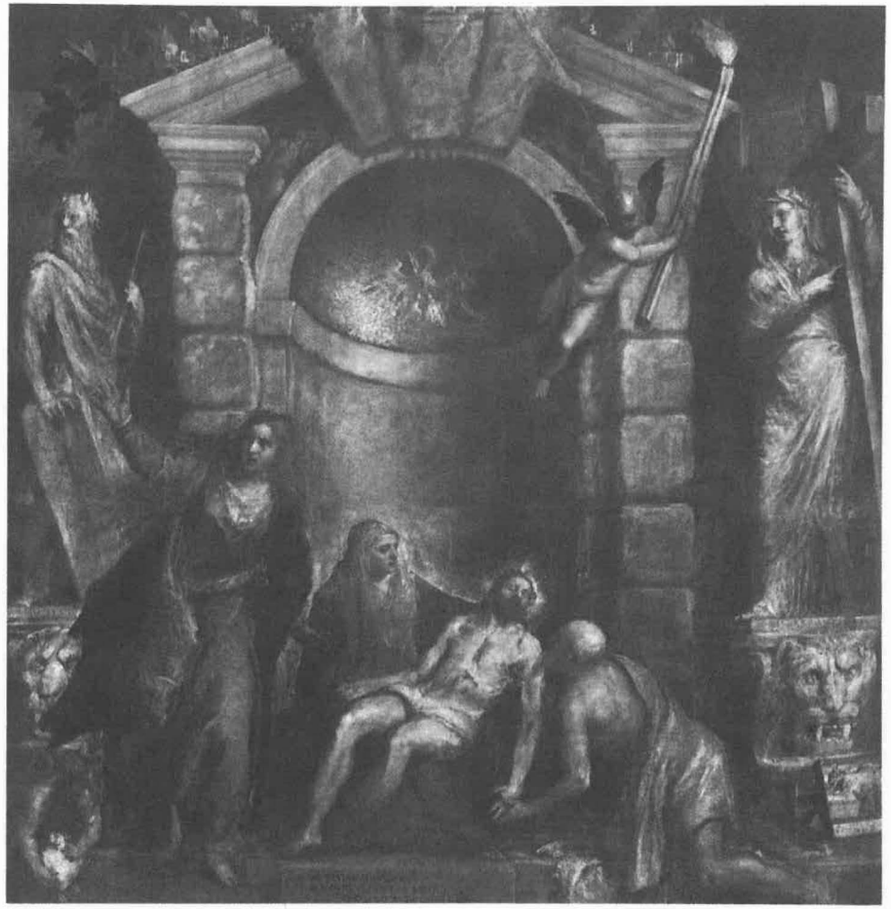


Abb. 9: Tizian, Pieta

der Arbeitsgemeinschaft uns sagen. Da gibt es die Diagonale der Hoffnung im doppelten Buchstaben A, der zugleich auch den Anfang symbolisiert – übrigens hier fest verankert mit dem Boden, aufstrebend und aufrecht, wie ein Ritter mit eingelegter Lanze. Bereit sind diese A's, aufrecht und wachsam! Da ist die vertikale Achse, etwas aus der Mitte nach rechts vorgeschoben in die Richtung des aktiven Tuns. Die Wetterfahne schließlich zeigt die starke Kraft der Vergangenheit, die dem Streben nach Zukunft in der Gegenwart die Waage hält.

Bindung an Gestalt ist nicht resignativ, denn ihre aktive Ausformung, die Gestaltung ist Verkörperung und Manifestation der Idee des Menschseins. Die Idee des Menschseins? Da gibt es viele Ideen, die in der Gestalt sich ausdrücken, so, daß man sich darin wiederfindet mit seinem eigenen Wesen oder aber auch zutiefst betroffen wird von dem Andersein.

Die alte Stadt zeigt uns die Vielfalt dieser Vorstellung vom menschlichen Zusammenleben über die Gestalt des Ganzen bis in die tausend Details. Wo immer es darin persönliche psychische Ansiedlungspunkte gibt, kann man sich niederlassen und seine Orte entdecken in den Spuren von Vermögen und Unvermögen. Entscheidend für die Qualität eines Lebensraumes ist nicht die Summe der Einzelteile, aus denen sich dieser zusammensetzt, sondern deren Verflechtung zu einem spürbar Eigenständigen von Mensch, Zeit und Raum. Die Tatsache, daß diese Ganzheit, die im Begriff »Heimat« deutlich wird, von vielen, nur schwer benennbaren Faktoren abhängt, darf nicht dazu verführen, lediglich das Benennbare zur Beurteilung eben dieses Lebensraumes heranzuziehen.

Gaston Bachelard sagt in der »Poetik des Raumes«: »... Die Topanalyse wäre das systematisch-psychologische Studium der Örtlichkeiten unseres inneren Lebens«.[8]

Wir brauchen nicht nur die Denkmale, sondern auch die Fühlmale. Diese sind es, die wir in der Gestalt finden. Die Orte des inneren Lebens also, die erfaßt werden müssen, um das Wesen einer Stadt, eines Dorfes, einer Landschaft zu erfassen – ihrer Kraft, ihrer Genesis, ihrer Gestalt!

[8] *G. Bachelard,* Poetik des Raumes, München 1975, S. 40.

Gerald Strohmeier

Altstadtsanierung: Zum Beispiel Einbeck

I. Geschichte

Die Entwicklung Einbecks begann zwischen 1056 und 1089 mit der Gründung des Kollegialstiftes St. Alexandri durch die Katlenburger Grafen und früheste Bereiche bürgerlicher Ansiedlungen in der Stiftsfreiheit. Als Wallfahrtsort für die Verehrung einer Blutreliquie Christi zog es große Scharen von Pilgern herbei, die Ruhm und Reichtum des Stiftes mehrten.

Nach 1100 begann die Entwicklung der Altstadt mit der Ausbildung des bürgerlichen Siedlungsbereiches um den Marktplatz. Diese bürgerliche Siedlung war die Keimzelle der kommenden Stadt, deren Entwicklung besonders durch die Furtlage an der Kreuzung zweier bedeutender Handelswege begünstigt wurde. Einbeck lag im Schnittpunkt der wichtigen mittelalterlichen Handelsstraßen zwischen den norddeutschen Seehäfen und den oberdeutschen Handelsplätzen (Nord-Süd-Straße) und der Ost-West-Straße vom mitteldeutschen Raum nach Westfalen. Der Marktplatz mit der

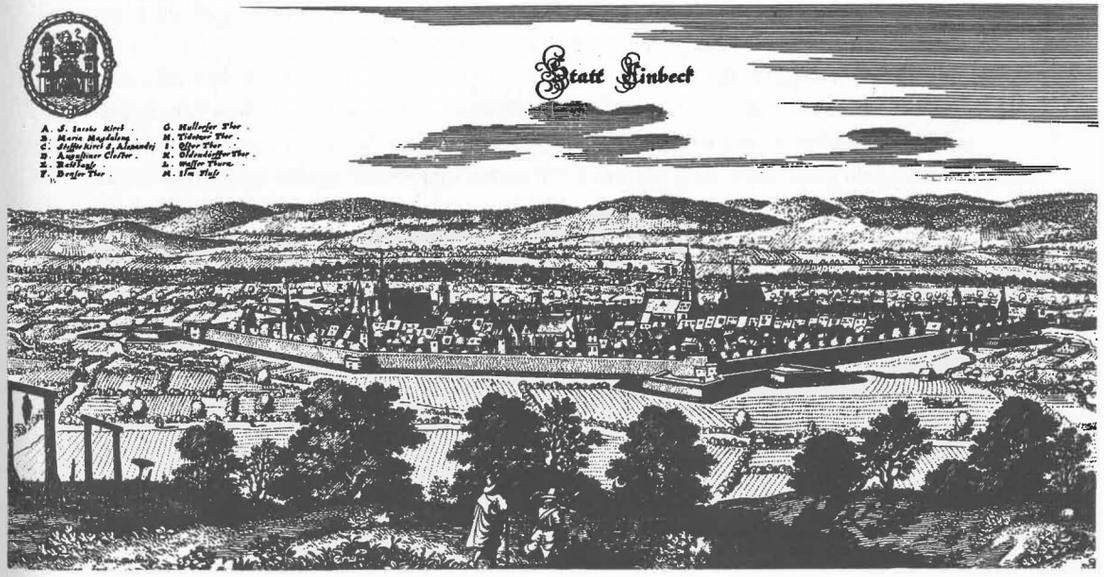


Abb. 1: Einbeck um 1654.

Marktkirche St. Jacobi war fortan der Mittelpunkt des bürgerlichen Gemeinwesens, wobei er als typische Straßenmarktanlage seine endgültige Gestalt in Keilform erhielt.

Bereits zu Beginn des 13. Jahrhunderts erweiterte sich das Gemeinwesen durch die planmäßige Anlage der Neustadt mit der Marienkirche und erreichte damit zugleich den äußeren Abschluß der mittelalterlichen Stadtbildung. Die drei vorstädtischen Siedlungsbereiche waren um 1300 mit einer Stadtmauer umgeben, von der noch beachtliche Reste im Westen der Stadt erhalten geblieben sind. Eine Urkunde von 1276 erwähnt Einbeck erstmals als Stadt. Seit 1378 erscheint Einbeck urkundlich unter den Hansestädten. Als weitere Privilegien, die Einbeck schon im 14. Jahrhundert erwarb, sind zu nennen die Gerichts- und Münzhoheit, die Abschaffung der Vogtei, die völlige Selbständigkeit der Verwaltung und ein staatlicher, durch Landwehren gesicherter Land- und Forstbesitz.

Einbecks verhältnismäßig rascher Aufstieg ergab sich aus einem schon früh entwickelten lokalen Marktverkehr, sodann aus einer regen Handelstätigkeit mit den Erzeugnissen von Wolle, Tuch, Leinwand und Kürschnerwaren. Dazu kam bald der Bierexport, der schließlich die wichtigste und nahezu ausschließliche Grundlage des städtischen Gewerbelebens wurde. Das Braugewerbe war somit auch die wesentliche Grundlage für die hohe Blüte Einbecks im 15. und 16. Jahrhundert. Während dieser Zeit stieg die Einwohnerzahl auf 7000 an; Einbeck gehörte damit zu den größten Städten Niedersachsens.

Eine verheerende Feuersbrunst im Jahre 1417, die den größten Teil der Stadt vernichtete, konnte den Aufschwung und die Entwicklung Einbecks nicht aufhalten. Im Jahre 1540 zerstörte abermals eine furchtbare Feuersbrunst die Bauten der Stadt vollständig. Lediglich Reste der Steinbauten (Kirchen, Stadtmauer) blieben erhalten. Mit bewundernswerter Schnelligkeit und Tatkraft ist die Stadt nach dem Schicksalsschlag wieder aufgebaut worden. Zeugnisse dieser Aufbauleistung sind die noch heute im Stadtbild erlebbaren, in spätgotischer Fachwerkbauweise errichteten Bürgerhäuser mit ihrem reichen Zierschmuck. Rund 120 dieser Bürgerhäuser aus dem 16. Jahrhundert, überwiegend traufenständig in geschlossenen Zeilen errichtet, haben weitere Brände und Kriege überstanden und geben dem Betrachter ein malerisches, reizvolles Altstadtbild.

Ein wirtschaftlicher Niedergang setzte, wie bei allen unseren Städten, mit dem 30jährigen Krieg ein. Einbeck konnte sich von den schweren Schäden des 30jährigen Krieges nicht sobald erholen und versank zu einer unbedeutenden Landstadt.

Die Voraussetzungen einer günstigen Lage an den mittelalterlichen Handelswegen haben sich bei der Linienführung der Eisenbahn nicht fortgesetzt. 1854 wurde die Hannoversche Südbahn an Einbeck vorbei durch das Leinetal gebaut, und auch die Ostwestlinie wurde 1865 nördlich an Einbeck vorbei durch braunschweigisches Gebiet geführt. So kam Einbeck verkehrspolitisch in eine völlige Abseitslage, was sich stark in der wirtschaftlichen Entwicklung widerspiegelte. Erst um 1900 setzt eine

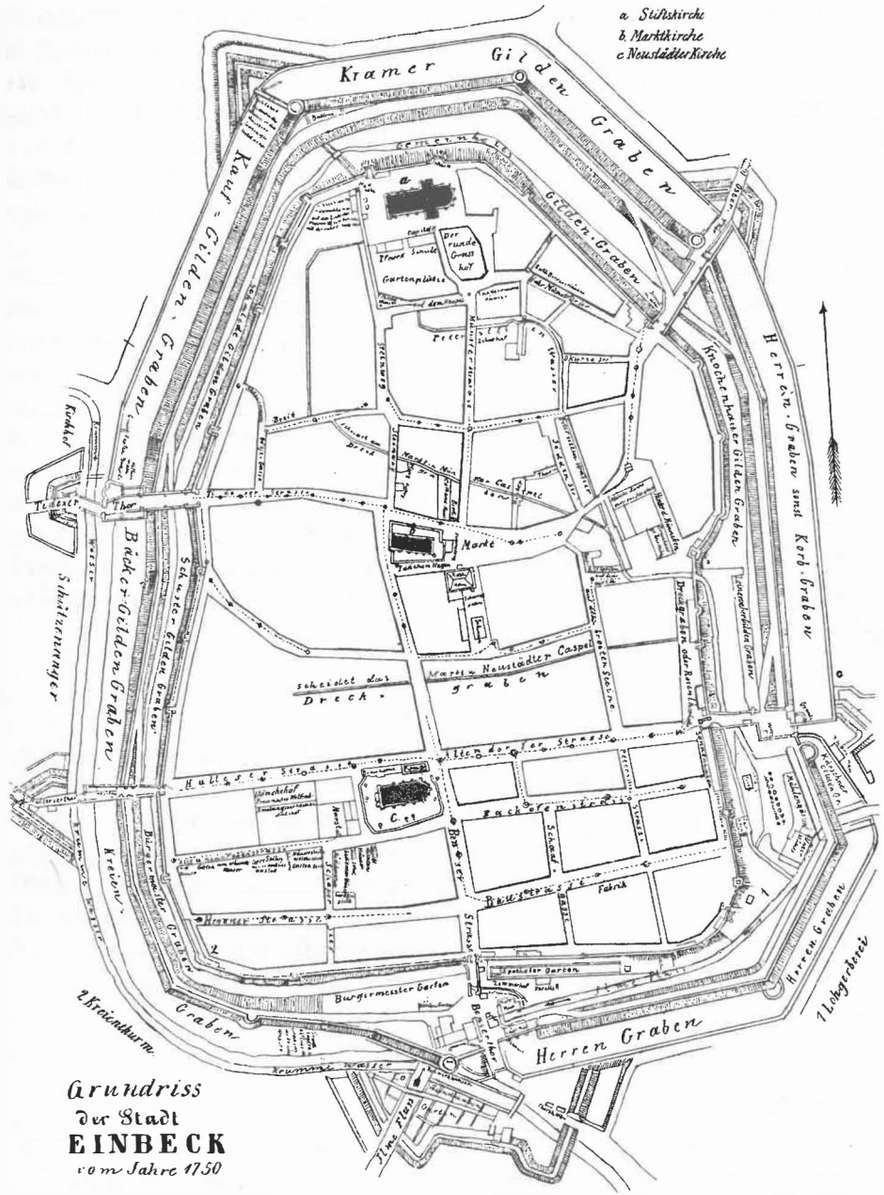


Abb. 2: Stadtgrundriß Einbecks, 1750 aufgenommen.

merkliche Verbesserung durch Ansiedlung neuer und Entwicklung vorhandener Industrieunternehmen ein. Die Einwohnerzahl wächst wieder. Erst ab 1890 beginnt die Besiedlung außerhalb der mittelalterlichen Stadtanlage (Sprung aus der Enge). Von den furchtbaren Zerstörungen und Substanzverlusten des Zweiten Weltkriegs ist Einbeck verschont geblieben. Ein weiterer Besiedlungsschub begann nach 1945, als viele Flüchtlinge aus Mittel- und Ostdeutschland hier eine neue Heimat fanden. In Einbeck konzentriert sich heute eine breit gefächerte Palette von Gewerbe- und Industriebetrieben.

Durch die am 1. März 1974 in Kraft getretene Gebietsreform verlor Einbeck seinen Kreissitz und wurde Teil des Landkreises Northeim, doch wurde ihr gleichzeitig der Status einer selbständigen Stadt verliehen. Einbeck wurde nun zu einer Flächenstadt mit 165 km^2, denn zu den bereits 4 Gemeinden, die sich freiwillig eingegliedert hatten, kamen am 1. März 1974 kraft Gesetzes noch weitere 27 Gemeinden hinzu. Heute leben in Einbeck 28 000 Einwohner, wobei sich 18 000 auf die Kernstadt und 10 000 auf 31 Ortschaften verteilen. Im Landesraumordnungsprogramm hat Einbeck die zentralörtliche Funktion eines Mittelzentrums mit den besonderen Entwicklungsaufgaben »Wohnen« und »Gewerbe«. Die geschlossene Altstadtanlage mit dem hohen Anteil denkmalgeschützter Bausubstanz ist von großer baugeschichtlicher, kulturhistorischer und stadtbildpflegerischer Bedeutung und somit ein Hauptschwerpunkt bei der Stadtsanierung.

II. Lage/Topographie

Die Stadt Einbeck liegt im südlichen Niedersachsen in der Talmulde des Leinedurchbruches zwischen Harz und Solling. Das Stadtgebiet breitet sich im westlichen Bereich der Talmulde aus. Im Norden wird es durch einen Bergrücken, ein südlicher Ausläufer des Vorharzes, begrenzt. Nach Osten und Südosten öffnet sich die Leineniederung, während im Westen und Südwesten der Solling die natürliche Begrenzung darstellt. Die Höhenlage des Stadtgebietes reicht vom tiefsten Punkt mit 104 ü. NN bis zum höchsten Punkt mit 393 ü. NN. An das überregionale Verkehrsnetz ist die Stadt Einbeck durch die Bundesstraße 3 an die Nord-Süd-Autobahn E 4 angebunden.

III. Stadterneuerung

1. Sanierungsvorbereitung

Stadterneuerung hat in Einbeck Tradition, denn die geradezu schicksalhaften Stadtbrände von 1417, 1540, 1549, 1628, 1826 und 1832 erforderten zwangsläufig Wiederaufbau und Erneuerung. Die Stadterneuerung hat zum Ziel, Stadtbereiche in ihrer Struktur und baulichen Gestalt den veränderten Wohn-, Arbeits- und Lebensverhältnissen anzupassen und dabei soweit wie möglich künftige Entwicklungen zu berücksichtigen. Sanierung ist also keine neue und auch keine einmalige Aufgabe, sondern ein ständiger Prozeß.

Die Stadterneuerung nach dem Städtebauförderungsgesetz (StBauFG) begann mit dem Beschluß des Rates der Stadt Einbeck am 14. 2. 1973, vorbereitende Untersuchungen durchzuführen. Um eine aktive Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, wurde von der Bürgerschaft ein Untersuchungsbeirat gewählt, der sich aus 5 Mietern, 3 Eigentümern und 3 Gewerbetreibenden zusammensetzte. Der Untersuchungsbeirat war am gesamten Planungsablauf der Vorbereitenden Untersuchungen beteiligt. Das Untersuchungsgebiet umfaßte die gesamte historische Altstadt sowie einige Randquartiere im Westen und Osten vor der Altstadt mit insgesamt 74 ha Größe. Durch Beschluß des Rates der Stadt Einbeck erweiterte man 1975 das Untersuchungsgebiet noch durch ein gewerblich genutztes Quartier im Norden vor der Altstadt.

Als Ergebnis der Untersuchungen wurden städtebauliche Mißstände aufgedeckt, die in ihrer Summe auf eine Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit, auf mangelhafte Lebensbedingungen und auf eine Gefährdung wertvoller Bausubstanz hinweisen. Teilbereiche mit Konzentrationen diverser städtebaulicher Mißstände sind als Problemgebiete abgegrenzt worden. Der Umfang der städtebaulichen Mißstände bedingt, daß die Sanierung nicht in einem Abschnitt durchgeführt werden kann. Es sollte daher für einen überschaubaren Planungs- und Realisierungszeitraum, hierbei wurde von 10 Jahren ausgegangen, ein Sanierungsgebiet abgegrenzt werden, in dem eine Neuordnung als besonders dringend geboten war. Dabei sind folgende Kriterien berücksichtigt worden:

- Vorhandene Veränderungsanlässe
  - städtebauliche Problemgebiete nach den Aussagen der Situationsanalyse
  - Planungsabsichten nach den Zielen der Konzeptplanung
- Standortqualitäten für altstadtrelevante Nutzungen
- Schwerpunkt des Denkmalschutzes
- Verfügbarkeit der Flächen
- Sozialpolitische Zielsetzungen
- Private Mitwirkungsbereitschaft
- Finanzierbarkeit der vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen

Am 5. 11. 1975 lagen die Vorbereitenden Untersuchungen vor: Der Rat beschloß unter Berücksichtigung der Sanierungsziele und der finanziellen Möglichkeiten die Satzung über die förmliche Festlegung der Sanierungsgebiete. Sie umfassen drei Gebiete der Altstadt mit einer Fläche von 17,1 ha und rund 1600 Einwohnern. Die drei Sanierungsgebiete sind weiter in 9 Blockbereiche aufgeteilt.

Für die Sanierungsplanung wurden folgende Oberziele formuliert:

- Erhaltung des historischen Stadtbildes und Sicherung schützenswerter Bausubstanz
- Verbesserung der Lebensbedingungen (Wohnen, Arbeiten, Freizeit) in der Altstadt
- Stärkung der Funktion des zentralen Geschäftsbereiches

– Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Altstadt

Die Kernstadt als Versorgungsbereich für die Gesamtstadt und den Nahbereich hatte nach den Untersuchungsergebnissen weder mit der Bevölkerungsentwicklung Schritt gehalten, noch war sie unter den derzeitigen städtebaulichen Verhältnissen in der Lage, weitere Funktionen kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Art zu übernehmen.

In der Innenstadt bestand ein erheblicher Nachholbedarf an Infrastruktureinrichtungen für Freizeit und Kurzerholung im allgemeinen (Ruheplätze, Grünflächen, Spazierwege) und Einrichtungen für ältere Bürger, Kinder und Jugendliche im besonderen. Die in weiten Teilen des Hauptgeschäftsbereiches vorhandene kleinteilige Grundstücks- und Gebäudestruktur läßt eine expansive gewerbliche Nutzung nicht zu. Dem Ziel der Planung, das historische Stadtbild Einbecks mit Straßenzügen und Plätzen, der räumlichen und baulichen Struktur der Altstadt zu erhalten, stand entgegen, daß die Einbecker Altstadt den Anforderungen des immer noch steigenden Verkehrsaufkommens nicht gewachsen ist.

Da Straßenverbreiterungen und Straßendurchbrüche aufgrund der Erhaltung des historischen Stadtgrundrisses nicht möglich sind, kann eine Verbesserung der Verkehrsbedingungen nur durch allgemeine Verkehrsberuhigung, durch Trennung der Verkehrsarten (Schaffung von Fußgängerbereichen), durch die Einrichtung von Einbahnstraßen und durch eine ausreichende und sinnvolle Verteilung der Flächen für den ruhenden Verkehr erreicht werden.

Die Zielvorstellungen zur Verbesserung der städtebaulichen Verhältnisse sind im städtebaulichen Konzept zusammengefaßt, das als Grundlage für die weitere Sanierungsplanung vom Rat der Stadt Einbeck gebilligt wurde. Das städtebauliche Konzept für die Stadterneuerung ist mit der Stadtentwicklungsplanung der Gesamtstadt abgestimmt und wurde in drei Teilplänen (Nutzungskonzept, Verkehrskonzept, Stadtbildkonzept) ausgearbeitet.

Aufgrund der Zielsetzungen des städtebaulichen Konzeptes wurde ein Zeit- und Maßnahmenplan erstellt. Dieser Plan hat sich in der Praxis sehr bewährt und wird laufend den geänderten Bedingungen und Erfahrungen angepaßt. Er steuert auch eine abschnittsweise Verwirklichung, so daß die Belästigungen der Bewohner durch bauliche Maßnahmen so gering wie möglich gehalten werden.

Da jede Stadtsanierung in bestehende soziale Strukturen und ökonomische Verhältnisse eingreift, muß sichergestellt werden, daß die für die breite Mehrheit bewirkten Verbesserungen nicht durch Verschlechterung der Situation einer Minderheit erkauft wird. Der Sozialplan muß die Voraussetzungen enthalten, durch finanzielle und organisatorische Mittel die Lage der Betroffenen zumindest auf dem bisherigen Niveau zu erhalten. Die Grundsätze für den Sozialplan sind als Absichtserklärung vom Rat der Stadt beschlossen worden. Auf der Basis dieses Ratsbeschlusses wird es möglich, Einzelpersonen vor nicht beabsichtigten und unkalkulierbaren nachteiligen Auswirkungen zu schützen sowie auch vor unerfüllbaren Hoffnungen zu bewahren. Sozial-

planerische Grundsätze sind formuliert und festgelegt worden hinsichtlich der Belange von übergeordneter Bedeutung für Mieter, Haus- und Grundeigentümer, Gewerbetreibende, alte Menschen, ausländische Mitbürger, wie für die Mitwirkung der Betroffenen und für die weitere Planung.

Die Durchführung der Sanierung erfordert den Einsatz verschiedenster Fachleute mit entsprechender Erfahrung. Der Aufbau einer eigenen Sanierungsabteilung war für die Stadt der Größenordnung Einbecks nicht wirtschaftlich, da die einzustellenden Fachleute durch die Sanierungsmaßnahmen nicht ständig ausgelastet werden und die Sach- und Personalkosten der Gemeinde nicht förderungsfähig sind. Das heißt aber nicht, daß die verantwortliche Dienststelle der Stadt die Probleme der Stadterneuerung ausklammern kann. Der eigentliche Motor der Stadterneuerung liegt im Engagement des Baudezernates und der Identifikation der politisch Verantwortlichen mit den Aufgaben der Sanierung.

Der Rat der Stadt Einbeck beschloß 1975, als Sanierungsträger die Niedersächsische Landesentwicklungsgesellschaft Hannover (NILEG), die bereits auch die Vorbe-

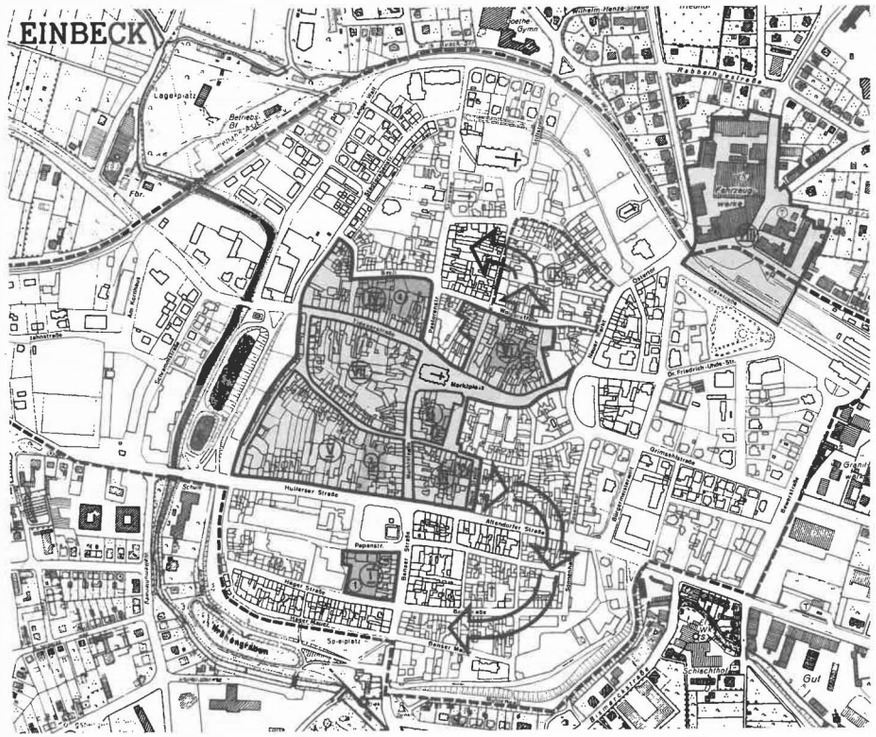


Abb. 3: Förmlich festzulegendes Sanierungsgebiet und Weiterführung (Pfeile) der Sanierung, aus: Organisationskonzept, Planung Nileg, Hannover.

reitenden Untersuchungen im Auftrage der Stadt durchgeführt hatte, für die Stadtsanierung in Einbeck zu bestellen. Mit dem Sanierungsträger wurde ein Treuhändervertrag geschlossen. Als Kontaktstelle zum Sanierungsträger fungiert das Stadtplanungsamt. Zur Koordination aller mit der Stadtsanierung zusammenhängenden Aufgaben innerhalb der Verwaltung wurde der »Arbeitskreis Stadtsanierung« gebildet, der sich in der Praxis gut bewährte. Er setzt sich aus Mitarbeitern des Hauptamtes, des Rechtsamtes, der Kämmerei, des Baudezernats und den Fachleuten des Sanierungsträgers zusammen.

2. Sanierungsvorbereitung

2.1 Ausbau eines Parkschwerpunktes im Sanierungsblock I

Die Bereitstellung von Parkmöglichkeiten ist im dicht bebauten Altstadtbereich besonders problematisch. Um das historische Stadtbild nicht durch großflächige, ebenerdige Parkplätze empfindlich zu beeinträchtigen, ist ein differenziertes und behutsames Vorgehen unumgänglich. Das Verkehrskonzept unter Berücksichtigung des Generalverkehrsplanes strebt rund 1000 öffentliche Stellplätze in maximal 200 m Fußwegentfernung vom zentralen Geschäftsbereich an. Einem Konflikt mit der Zielsetzung, Eingriffe in die Altstadtstruktur weitgehend zu vermeiden, soll durch die Herstellung einer Anzahl kleinerer und mittlerer Parkmöglichkeiten sowie dreier Parkschwerpunkte begegnet werden. Die zentrumsnahen Stellplätze sind für Kurzparker vorgesehen, wobei für Dauerparker die Stellplätze am Altstadtrand genutzt und ausgebaut werden sollen.

Mitte 1976 wurde im Sanierungsblock I mit der Sanierung begonnen. Anlaß und Dringlichkeit dieser Maßnahme waren begründet durch die vorrangige Notwendigkeit der Schaffung von öffentlichen Stellplätzen, da einerseits durch Ausbau von Fußgängerbereichen, andererseits durch geplante Blockentkernung immer mehr Stellplätze aufgehoben werden mußten. Bedingt durch kontroverse Auffassungen der Verwaltung, einiger Interessenverbände und einer Bürgerinitiative betroffener Einbecker Bürger verzögerte sich das Bebauungsplanverfahren. Mit den Bauarbeiten des Parkhauses konnte daher erst 1979 begonnen werden. Um die große Baumasse von über 23 000 m^3 umbauten Raums in die kleinteilige Umgebung einzufügen, wurde die Außenfassade des Stahlbetonskelettbaus mit rotem Verblendmauerwerk ausgefacht, durch vertikale Elemente gegliedert und in der Höhenentwicklung gestaffelt. Der aus Emissionsschutzgründen geschlossene Baukörper des Parkhauses bietet Raum für 270 Stellplätze und ist von der Fußgängerzone der Marktstraße nur rund 100 m entfernt.

Die Baudenkmale Papenstraße 1–3 sind als unmittelbar angrenzende Gebäude in die Baumaßnahmen einbezogen und modernisiert worden. In diesen Gebäuden sind das Einbecker Fahrradmuseum, die städtische Musikschule und eine Hausmeisterwohnung untergebracht.

Erstaunlich ist, daß bei Forderungen nach weiteren öffentlichen Stellplätzen das

Parkhaus im Mittel zu nur 60% ausgelastet ist. Ein Grund ist sicherlich die zwischen Parkhaus und Fußgängerzone in West-Ost-Richtung die Altstadt durchschneidende Bundesstraße 3. Die ständige Forderung der Stadt, eine Umgehungsstraße zu bauen, wird jetzt Realität; mit den Bauarbeiten ist 1988 begonnen worden. Dazu kommt aber die noch fehlende Bereitschaft der Bevölkerung, das Parkhaus als sicheres Stellplatzangebot anzunehmen. Dieses ist sicherlich ein Phänomen in Klein- und Mittelstädten. Es wird jetzt versucht, durch bessere Ausleuchtung, farbige Gestaltung und Einsatz eines Pförtners die Auslastung des Parkhauses zu erhöhen.

2.2 Blockentkernung und rückwärtige Geschäftserschließung im Sanierungsblock III

Im Sanierungsblockbereich III »Neue Straße« wurde durch teilweise Blockentkernung, ausgehend von der Neuen Straße, die rückwärtige Erschließung der Geschäfte ermöglicht. Diese Maßnahme war eine besondere Verbesserung für die seit 1976 bestehende Fußgängerzone Marktstraße. Den Baumaßnahmen waren intensive Erörterungen mit den anliegenden Grundstückseigentümern vorausgegangen. Der neu gestaltete Innenhof, die zusätzliche Wiedererschließung des Blockrandes im Osten durch einen Neubau und das Erreichen der rückwärtigen Andienung der Geschäftshäuser kann als gelungene Entkernung und Neugestaltung des Blockes und eine Verbesserung der Nutzungsbedingungen für die Gewerbetreibenden angesehen werden. Zur Zeit wird die Abrechnung der Sanierungsblöcke I und III mit der Ermittlung der Ausgleichsbeträge vorbereitet.

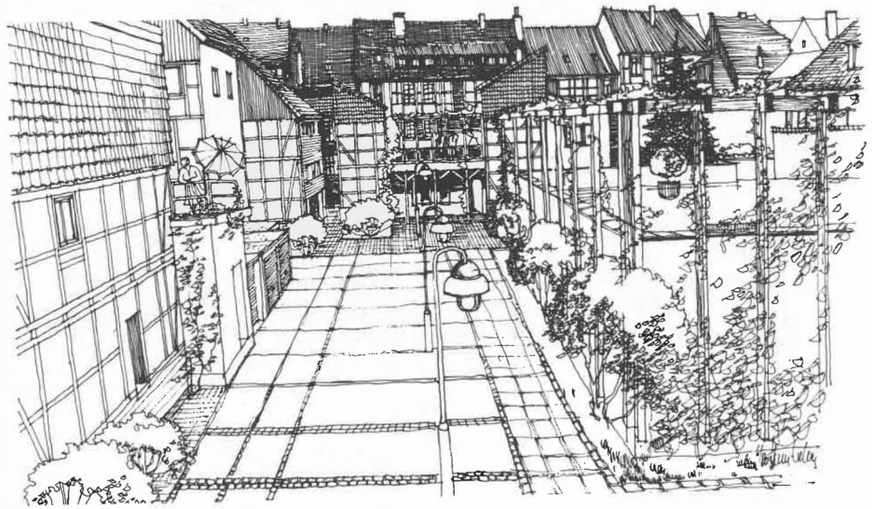


Abb. 4: Gestaltungsvorschlag für den Blockinnenbereich im Sanierungsblock III (Skizze: *H. Herm-Wehner*).

2.3 Blockentkernung und Neubebauung im Sanierungsblock IX

Dieser Bereich im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet bedarf dringend einer Neuordnung. Die im Blockinnenbereich liegende Tischlerwerkstatt und ein Garagenhof nehmen den größten Teil der für die Wohnbebauung benötigten Fläche in Anspruch und wirken zudem störend auf die angrenzenden Wohnnutzungen. Weitere unzureichend und nicht genutzte Flächen und Gebäude beeinträchtigen die Wohnqualität dieses Gebietes.

Im städtebaulichen Konzept der Vorbereitenden Untersuchungen sind deshalb eine sinnvolle Blockentkernung, die Auslagerung von störenden Nutzungen, die Neuordnung und Vergrößerung der Freiflächen und die Schaffung von vorwiegend privaten Parkgelegenheiten vorgeschlagen. Der Bebauungsvorschlag des im Verfahren befindlichen Bebauungsplanes sieht die Schließung des Blockes an der Ostseite durch eine Neubebauung mit sogenannten »Stadthäusern« vor. Die individuell gestalteten Reihenhäuser in der Stadt werden diesen Bereich wieder zu einem attraktiven zentrumsnahen Wohngebiet machen. Damit soll die Abwanderung von Einwohnern aus der Altstadt gestoppt und auch durch die Ansiedlung von jungen Familien mit Kindern eine stabile Bevölkerungsstruktur erreicht werden.



Abb. 5: Geplante Stadthäuser im Sanierungsblock IX (Skizze: *H. Hille*)

Ein Ersatzgrundstück für die Auslagerung des Gewerbebetriebes ist inzwischen gefunden und aus Sanierungsmitteln erworben. Das Bebauungsplanverfahren ist derzeit leider ins Stocken gekommen, weil Eingaben betroffener Bürger vorliegen, über die der Rat noch entscheiden muß.

2.4 Modernisierung denkmalgeschützter Fachwerkgebäude im Sanierungsblock IV

2.4.1 Städtebauliche Planung

In den festgelegten Sanierungsblöcken befindet sich eine Vielzahl von Baudenkmalen und erhaltenswerter Bausubstanz. Daher hat der Schutz und die fachgerechte Erhaltung dieses kulturellen Erbes in Einbeck Priorität. Für den Sanierungsblock IV wurde 1977 vom Rat die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Bebauungsplan San. 101 erlangte 1980 Rechtskraft. Mit einem Umlegungsverfahren wurde eine

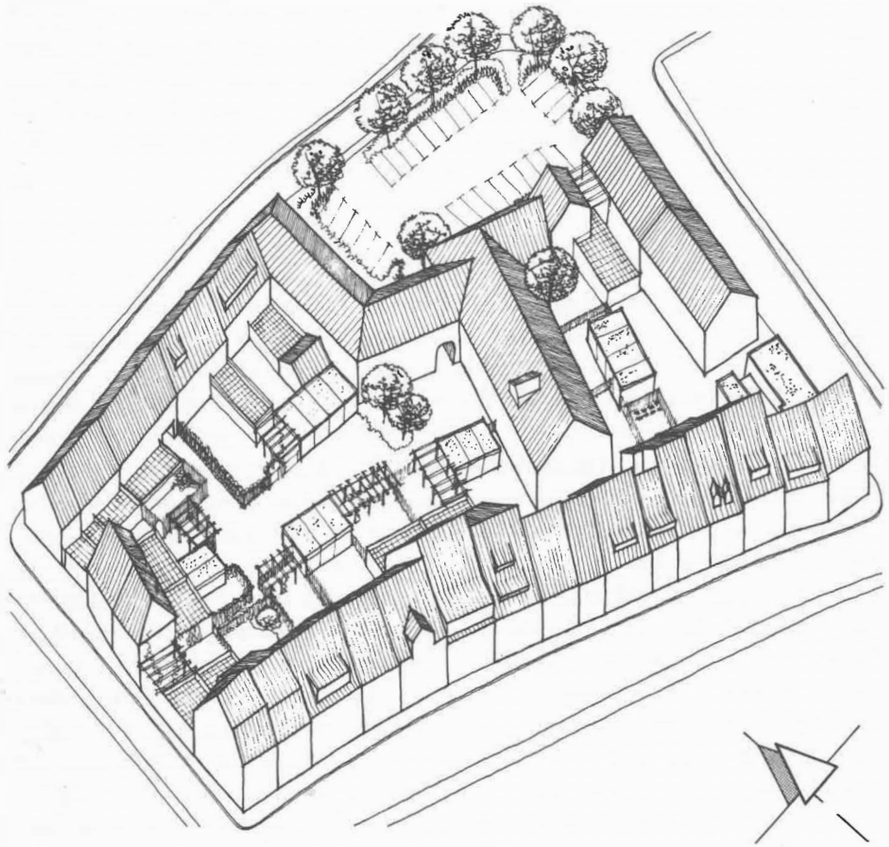


Abb. 6: Isometrie des Sanierungsblockes IV. Planung Nileg, Hannover.

Neuordnung der Grundstücke erreicht. Nach den Zielsetzungen des Bebauungsplanes ist der Blockinnenbereich entkernt worden. Weitere Ziele des Bebauungsplanes sind: Sicherung der schützenswerten Bausubstanz, Schaffung von Wohnungen mit guter Belichtung, Besonnung und modernem Wohnkomfort, die Renovierung der Außenfassaden und Schaffung von Frei- und Grünflächen für die Bewohner.

Geprägt wird dieser Sanierungsblock von einem Ensemble spätgotischer Fachwerkhäuser, die in dieser geschlossenen Anlage ein Baudenkmal von besonderem Rang sind. Leider mußten dem Ausbau der autogerechten Straße und dem in den Sanierungsanfängen vorherrschenden Leitbild der umfassenden Erneuerung schon drei Gebäude an der Pastorenstraße und an der Götgengasse weichen, was zu einer Veränderung des Stadtgrundrisses und zu einer Einbuße städtebaulicher Qualität (Straßenbreite, Blickbeziehungen usw.) führte. Die Häuserzeile der Nordseite der Tiedexer Straße innerhalb des Sanierungsblockes besteht aus 16 Häusern, wovon 15 Baudenkmale sind. Nach dem verheerenden Stadtbrand von 1540 sind die Häuser innerhalb sehr kurzer Zeit (5 Jahre) in der spätgotischen Bauweise errichtet worden. Einige Häuser tragen am Sturzbogen des Einfahrttores die Jahreszahl 1541, das heißt, daß sofort nach dem Stadtbrand mit dem Bau der prächtigen Fachwerkhäuser begonnen wurde. Die reich verzierte Schauseite der Bürgerhäuser zeugt vom Stolz und Selbstdarstellungswillen ihrer damaligen Bauherren.

2.4.2 *Kurzbeschreibung der Einbecker Bürgerhäuser*

Das Konstruktionsprinzip dieser niederdeutschen Fachwerkhäuser ist der gotische Ständerbau, der die charakteristische Zweiteilung in das gemeinsame Erd- und Zwischengeschoß und in das davon abgesetzte, kräftig vorkragende Obergeschoß zeigt. Wesentlich bei diesem Baustil war die Konstruktion, die stets zum Ausdruck gebracht wurde. Die Schmuckformen dienten nur dazu, die Konstruktion stärker zu betonen, nie aber sie zu verdecken. Die Eichenschwelle ruht auf einem steinernen Natursteinsockel, überwiegend aus dem heimischen Buntsandstein. In die Schwelle sind die im Mittel 40 cm breiten und 20 cm dicken, in Höhe des Erd- und Zwischengeschosses durchgehenden Ständer eingezapft. Das kräftig vorkragende Obergeschoß an der Straßenseite wird dadurch erreicht, daß die Deckenbalken um rund 40 cm über das Rähm durchschießen. Auf den vorkragenden Balkenenden ruht die Saumschwelle, in der die Ständer des Obergeschosses eingezapft sind. Die vorkragenden Balkenenden werden durch profilierte Knaggen gestützt und der Überhang zwischen den Balken wird durch Füll- oder Windbretter geschlossen. Auf der Hofseite der Häuser gehen die Ständer über drei Geschosse durch. Die Deckenbalken werden als Steckgebälk mittels eines kräftigen Zapfens durchgesteckt und mit einem Holznagel gehalten. Leider ist dieses Konstruktionsprinzip bei fast allen Häusern durch bauliche Veränderungen oder durch Fäulnis zerstört worden.

Das Dach, welches regelmäßig mit der Traufkante parallel zur Gebäudeflucht läuft, kragt ebenfalls aus der Wandfläche des Obergeschosses mittels durchschießender Deckenbalken vor. Auch hier sind zur Abstützung der Deckenbalken Knaggen und zur Schließung der Zwischenräume Windbretter verwendet. Den Abschluß findet dieser Aufbau in dem steilen Dach, das nur durch schmale Schleppgauben zur Belüftung und Belichtung des Dachraumes unterbrochen wird. Als Baumaterialien kamen ausschließlich heimische Materialien zur Anwendung. Die Tonnengewölbe der Keller wurden aus Sand- und Kalkbruchsteinmauerwerk hergestellt. Die Holzkonstruktion besteht überwiegend aus Eichenholz; nachdem aber aufgrund des erheblichen Bedarfs nach den Stadtbränden das Eichenholz knapper wurde, ist für die innenliegende Holzkonstruktion Nadelholz verwendet worden. Die ursprüngliche Ausfachung erfolgte mit Weidenflechtwerk und Strohlehm. Zur Dachdeckung nahm man die für die Region typischen rotbraunen Sandsteinplatten.

Bei der ursprünglichen Grundrißgestaltung dieser Häuser, insbesondere bei Anlagen mit Braugerechtigkeit, ist auf einer Seite der Erdgeschosse eine Diele angeordnet, in die ein rundbogig geschlossenes Eingangstor führt. An der Diele, die gleichzeitig als Durchfahrt zum Hof dient, liegen rechts oder links eine Wohnstube an der Straßenseite und dahinter die Küche zur Hofseite. Fast durchweg sind diese beiden Räume unterkellert. Den Keller bildet ein Tonnengewölbe, das mit dem Gewölbescheitel über dem Niveau der Durchfahrt liegt. Die Küche und Wohnstube sind daher nur über eine offene Treppe von der Diele aus zu erreichen. Von der Diele oder vom Hof führt eine Treppe in den Keller. Das Zwischengeschoß wird über eine Treppe von der Diele aus erreicht und dient zur Unterbringung der Schlafkammern. Das Obergeschoß war anfangs Vorratsraum, wurde aber später zu Kammern umgestaltet. Der steile Dachraum mit mehreren Ebenen war Vorratslager.

2.4.3 *Zustand der Häuser vor der Modernisierung*

Die zwangsläufig erforderliche Erneuerung von Bauteilen nach ihrer natürlichen Zerstörung oder im Zuge einer Grundrißänderung der über 400jährigen Fachwerkbauten ist nicht immer fachgerecht durchgeführt worden. Schwerste Veränderungen und teilweise brutale Eingriffe in das Konstruktions- und Gestaltungsgefüge der Fachwerkhäuser sind in den 50er und 60er Jahren geschehen. Ladeneinbauten in der Erdgeschoßebene und gravierende Raumveränderungen in den Obergeschossen führten zu starken Zerstörungen am Fachwerkgefüge. Trotz dieser zum Teil noch reparablen Eingriffe verfügt Einbeck noch über einen beträchtlichen Bestand gut erhaltener und inzwischen denkmalgeschützter Bausubstanz.

Die heute noch im ursprünglichen, weitgehend unveränderten Zustand erhaltenen Fachwerkfassaden waren bis Ende des vorigen Jahrhunderts unter einer Putzschicht verborgen. Das Verputzen der Fassaden hatte zwei Gründe, erstens der geänderte Zeitgeist in der Baukunst (Vortäuschen eines Steinbaus), und zweitens wurde nach



Abb. 7: Fassadenabwicklung der Nordseite Tiedexer Straße mit den spätgotischen Fachwerkhäusern. Planung Nileg, Hannover.

der Feuersbrunst von 1826 eine Polizeiverordnung erlassen, nach der alle Holzbauten zu verputzen waren. Unter dem Einfluß der Denkmalpflege wurde mit der Freilegung der Fachwerkfassaden begonnen; sie wird inzwischen mit Stadtsanierungsmitteln erfolgreich fortgeführt. Die Stadt Einbeck stuft die Fassadenfreilegungen in die Förderungskategorie »Modernisierung« nach dem Baugesetzbuch ein und gewährt Zuschüsse in Höhe von bis zu 80% der Freilegungskosten. Voraussetzung für die Gewährung eines Zuschusses ist allerdings, daß das Gebäude bereits modernisiert ist oder daß durch zukünftige Maßnahmen im Gebäudeinnern die renovierten Fassaden nicht beeinträchtigt werden. Die Fassadenfreilegungskosten erreichten bisher i. M. 30000,– DM je Fassade. Vertretbar waren diese Maßnahmen nicht nur aus denkmal- und stadtbildpflegerischer Sicht, sondern auch wegen ihrer sichtlich beispielgebenden Wirkung.

2.4.4 Bauaufnahme und Objektplanung

Die vor jeder Modernisierung zu stellende Frage nach der Erhaltungswürdigkeit ist aufgrund der besonderen denkmalpflegerischen Bedeutung schnell beantwortet. Das Nutzungskonzept, mit dem letzlich der Erhalt denkmalpflegerisch bedeutsamer Bausubstanz gesichert ist, sieht für die Gebäude Tiedexer Str. 18–22 eine erdgeschossige Ladenzone mit Passage vor, die über den Innenhof die Tiedexer Straße und Breil fußläufig verknüpft und in den Obergeschossen eine Wohnnutzung vorsieht. Die bereits in der Modernisierung abgeschlossenen Häuser Tiedexer Straße 28–32 haben auch im Erdgeschoß Wohnnutzung.

Da bei allen Gebäuden der Tiedexer Straße keine dem heutigen Stand entsprechenden Planunterlagen vorhanden waren, mußte vor Beginn der Planungsarbeiten eine möglichst präzise und problembezogene Bestandsaufnahme durchgeführt werden. Eine unverzichtbare Grundlage für den Bauentwurf sowie Kostenschätzung ist eine verformungsgerechte Bestandsaufnahme mit Mängel- und Bestandsbeschreibung. In einem bewohnten Gebäude ist eine solche detaillierte Bauaufnahme nicht oder nur schwer zu erreichen. Für diesen Fall war es ein glücklicher Zustand, daß für die Bauaufnahme die Häuser Tiedexer Straße 18–22 und 28 nicht bewohnt und im



städtischen Besitz waren und durch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) die umfangreichen Aufmaße durchgeführt werden konnten. Als wesentliche Mängel sind zu nennen:

- unzweckmäßig geschnittene Wohngrundrisse,
- sanitäre und technische Einrichtungen entsprechen nicht dem heutigen Standard,
- die Standsicherheit ist gefährdet durch die über Jahrhunderte vorgenommenen Eingriffe in das konstruktive Gefüge,
- Bauschäden (Dachdeckung undicht, Dachrinnen fehlen, Holzschäden durch Fäulnis und Schädlingsbefall, Schäden an der Ausfachung, Fußbodendielen, Treppen, Türen, Fenster, Sockelmauerwerk),
- der Brandschutz ist nicht gewährleistet (keine Brandwände, Holztreppen ohne Treppenhaus verbinden mehrere Wohnungen),
- geringe Geschoßhöhen,
- starke Verformungen in Längs- und Querrichtung.

Zu der Bestandsaufnahme ist vor Baubeginn eine Grenzfeststellung durchzuführen. Weil Verschiebungen im Fachwerkgefüge stattgefunden haben und in der Regel nur eine Grenzwand vorhanden ist, müssen von Anfang an klare Verhältnisse geschaffen werden. Die Modernisierung bedingt ganz erhebliche Baumaßnahmen, wie z. B. das Anheben der abgesenkten Deckenbalken, so daß ein Beweissicherungsverfahren bei den angebauten Nachbargebäuden unumgänglich ist. Es kann dann später klar festgestellt werden, ob Schäden an den Nachbargebäuden aufgrund der durchgeführten Baumaßnahmen entstanden sind. Mögliche Schadenersatzansprüche können so einwandfrei abgegrenzt werden.

Entwurfsaufgabe der vorzugsweise eingeschalteten freien Architekten war es, unter Berücksichtigung des Fachwerkgefüges und auf die einzelnen Häuser bezugnehmend das Nutzungskonzept, die vorgesehene Nutzung mit zeitgemäßer Größe und Ausstattung der einzelnen Räume unterzubringen. Zur Sicherstellung von geeigneten Baumaterialien zur fachgerechten Rekonstruktion nicht mehr vorhandener oder nicht tragfähiger Bauteile hat die Stadt Einbeck auf dem städtischen Bauhof ein Depot eingerichtet, wo alte Baumaterialien aus Abbrüchen (Sandsteinplatten, Eichenholz, Natursteinpflastermaterial usw.) gelagert werden, um sie dann bei Baumaßnahmen an denkmal-



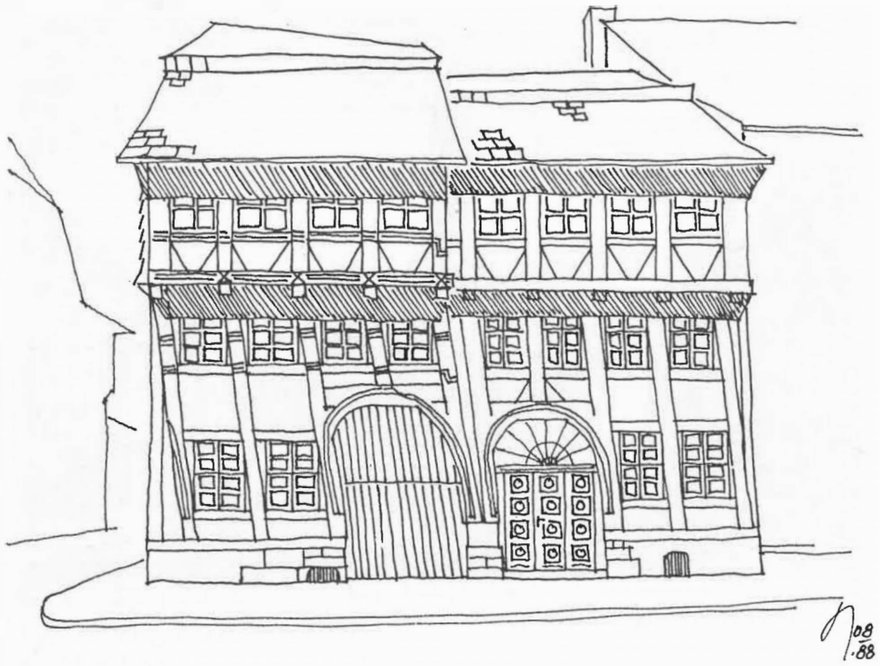


Abb. 8 und 9: Südansicht der Häuser Tiedexer Straße 30–32 vor und nach Modernisierung (Skizze: *G. Strohmeier*).

geschützten Gebäuden kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die großen Dachräume werden in Abstimmung mit der Denkmalpflege nicht zu Wohnzwecken ausgebaut, um die großen geschlossenen Dachflächen in Sandsteindeckung nicht durch Dachgauben zu stören. Der Dachboden wird für Abstell- und Nebenräume genutzt.

Auch die Bauaufsichtsbehörde muß bei der Erhaltung und Modernisierung denkmalgeschützter Häuser bereit sein, die Bauordnung großzügig und couragiert zu handhaben. Beim vorbeugenden Brandschutz muß ein vertretbares Restrisiko sicherstellen, daß ursprünglich sichtbare Holzteile auch nach der Modernisierung in Erscheinung treten. Die zum dauernden Aufenthalt von Menschen geforderten Raumhöhen müssen unterschritten werden können, wenn die historische Konstruktion es vorgibt. Der geforderte Wärmeschutz nach Wärmeschutzverordnung und DIN 4109 muß unterschritten werden können, wenn der Erhalt des vorhandenen Wandaufbaues und bauphysikalische Gesichtspunkte es erfordern. Die Entwurfsplanung sollte schon im Vorentwurfsstadium mit dem Bauaufsichtsamt und vor allem der unteren Denkmalschutzbehörde abgestimmt werden.

Die durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen der Jahre 1981 bis 1987 in der Tiedexer Straße führten zu Kostenbeträgen zwischen 546,– DM und 641,– DM je Kubikmeter Bruttorauminhalt. Der Mietpreis pro Quadratmeter Wohnfläche beträgt dennoch nur 6,– DM.

2.5 Ausbau des Marktplatzes

Der Marktplatz in Einbeck ist eine schöne mittelalterliche Straßenmarktanlage in Keilform. Die auf dem Marktplatz einmündenden Straßen sind so geführt, daß an jedem Standort auf dem Platz der Eindruck vermittelt wird, in einem geschlossenen Stadtraum zu stehen. Die städtebauliche und ästhetische Besonderheit des Marktplatzes wird im wesentlichen durch die Geschlossenheit, das Verhältnis Platzgröße zur Randbebauung, die Lage der Platzmitte, die Steigerung der Bebauung hinsichtlich der gestalterischen Ausprägung, Nutzung und Höhenentwicklung zur Platzmitte hin und die Linienführung der Platzbegrenzung bestimmt. Der Marktplatz ist in seiner Form und Größe dem menschlichen Maßstab angepaßt und vermittelt daher dem Benutzer den Raumeindruck der Geborgenheit und das Gefühl der Sicherheit.

Nachdem im Sommer 1982 die erste Phase der Verkehrsberuhigung der Innenstadt gegen anfängliche Proteste erfolgreich durchgeführt war, bestand immer noch der

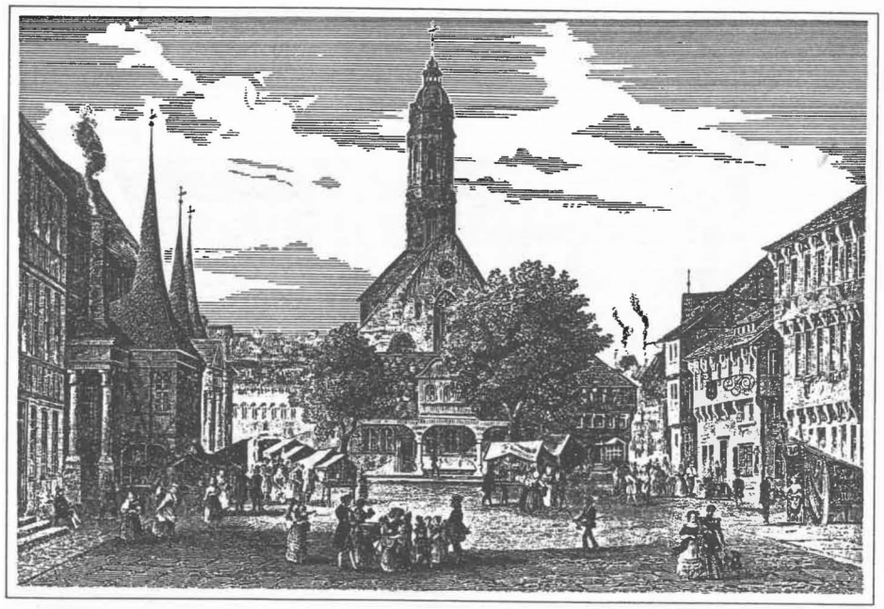


Abb. 10: Marktplatz von Einbeck um 1860.

problematisch starke Durchgangsverkehr über den historischen Marktplatz. Die auf diesem Platz ausgewiesenen Stellplätze lösten einen starken Parksuchverkehr aus, so daß mehrfacher Kreisverkehr bei belegten Parkplätzen immer wieder festgestellt wurde. Der Entscheidung des Rates, den Marktplatz zunächst als verkehrsberuhigten Bereich und später als Fußgängerzone auszubauen, wobei vorhandene Parkplätze entfallen und zentrumsnahe Ersatzparkplätze geschaffen werden mußten, ist eine lange und intensiv geführte Abwägung der unterschiedlichen Meinungen vorausgegangen. Die wesentlichen Ziele für die Umgestaltung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse lauteten:

- Der Marktplatz als Zentralbereich der Stadt soll wieder Mittelpunkt und Kommunikationsort sein,
- er soll wieder multifunktionalen Charakter haben (insbesondere für Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Erleben und Freizeit und soll zu verschiedenen Zeiten und unterschiedlichen Zwecken genutzt werden können,
- Schutz der Fußgänger,
- Schutz der Wohnbebauung vor Lärm, Abgasen und Schmutz,
- Schutz der historischen Bausubstanz,
- der Zentralbereich soll sich wegen seiner Aufgabe und Bedeutung von den umliegenden Bereichen deutlich abheben.

Dagegen standen hauptsächlich die Argumente der Anlieger, der betroffenen Einzelhändler:

- Verödung der Innenstadt und Bedrohung der Existenz der Einzelhändler und Geschäftsleute,
- Zu weite Entfernungen der Parkplätze, dadurch weitere Vorteile für die großflächigen Einzelhandelsbetriebe vor den Toren der Altstadt mit ihrem großen Parkplatzangebot,
- Schaffung einer Museumsstadt,
- Überdimensionierung der Fußgängerzone; weitere zentrumsnahe Parkplätze sollten geschaffen werden, bevor über die Erweiterung der Fußgängerzone nachgedacht wird.

Das Gestaltungskonzept des Marktplatzes sieht eine höhengleiche Pflasterung des Platzes mit einem heimischen Sandstein (Kleinpflaster 7/11 cm) in Segmentbogenpflasterung im Mittelbereich vor. Die Randbereiche werden mit einem rechteckigen Betonstein gepflastert, das mit Mosaikpflaster des Sandsteines vernetzt wird. Zur Abgrenzung der Bereiche werden die vorhandenen Granitborde wieder höhengleich eingebaut und bis an die Bordsteine der einmündenden Straßen geführt. Diese Anbindung soll die Betonung des Platzes als Zentrum und Sammelpunkt der einmündenden Straßen wieder herstellen. Die Beleuchtung folgt den abgesenkten Bordsteinen auf beiden Seiten und konzentriert sich im Mittelpunkt des Platzes. Weitere Gestaltungselemente werden sparsam eingesetzt und beschränken sich auf eine Gruppe von vier Bäumen mit Sitzbänken und einem Trinkbrunnen. Die vorhandenen Gestaltungselemente, Brunnen und zwei Kastanien im Mittelpunkt des Platzes, behalten ihre dominierende Wirkung.

Im Oktober 1988 hat der Rat den Beschluß gefaßt, die Fußgängerzone um den Marktplatz zu erweitern, und es wurde inzwischen das Verfahren zur Teileinziehung von Straßen und Plätzen nach dem Niedersächsischen Straßengesetz eingeleitet. Die Ausbauarbeiten des Marktplatzes werden Ende 1988 abgeschlossen sein, so daß mit dieser Maßnahme ein weiterer wesentlicher Schritt zur Stadterneuerung getan ist.

3. Erfahrungen und künftige Aufgaben

Aufgabe der früheren Stadterneuerungsmaßnahmen war es, die katastrophalen Substanzverluste mit dem Ziel der Wiederherstellung des mittelalterlichen Stadtbildes auszugleichen. In der heutigen Stadterneuerung verbindet sich das Ziel der Bewahrung des Stadtbildes durch Modernisierung und Neubau mit der Aufgabe, nachhaltige Funktionsverluste der jüngeren Geschichte (Auflösung des Landkreises Einbeck) zu überwinden. Nachholbedarf und Zukunftsorientierung sind die Ausgangsposition für die künftige Stadterneuerung. Erneuerte und im Sanierungsprozeß befindliche Stadtgebiete machen erst einen Bruchteil von dem aus, was noch als Aufgabe ansteht. Stadterneuerung ist eine Daueraufgabe mit herausragender Bedeutung.

Bei den zukünftigen Sanierungsaktivitäten wird ein verstärkter Umweltschutz und der rücksichtsvolle Umgang mit den vorhandenen Ressourcen einen Schwerpunkt bilden. Gerade in einer Stadt wie Einbeck mit 31 Ortschaften ist das Verlangen nach Neuausweisung von Bauland besonders groß. Hier muß politische Weitsicht gegen kurzfristige Einzelinteressen die Oberhand gewinnen. Es darf keine Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Stadtteilen entstehen, denn es wäre fatal, wenn als Verlierer die historische Altstadt hervorginge.

Die Durchführung der Sanierung wird entscheidend von den Kosten und deren Finanzierbarkeit bestimmt. Es müssen daher alle sich bietenden Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, um die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können. Die Bedeutung der Ausgleichsbeträge als Refinanzierungsinstrument wird zwar insgesamt als gering eingeschätzt, hat aber aufgrund vorliegender Erfahrungen sehr wohl seine Berechtigung; sie dürfen nicht vernachlässigt werden. Dem Grunderwerb durch die Gemeinde kommt für die erfolgreiche Durchführung der Sanierung häufig zentrale Bedeutung zu, und die Erfahrung hat gezeigt, daß das Grunderwerbsinstrumentarium möglichst frühzeitig eingesetzt werden muß. Die komplexen Auswirkungen der Stadtsanierung äußern sich vor allem in Gebietsaufwertungen, Bestandssicherung sowie Anstoßeffekten auch über das Sanierungsgebiet hinaus. Der Einsatz der öffentlichen Finanzierungsmittel hat einen hohen investiven Gesamteffekt, da er erhebliche private Investitionen auslöst (Anstoß- oder Multiplikatoreffekt). Dazu kommt die insbesondere einkommens- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung durch die Baumaßnahmen im Rahmen der Stadtsanierung. Gerade bei den Modernisierungsmaßnahmen wird der Gesamtaufwand nahezu ausschließlich als Auftragsvolumen an ansässige Handwerks- und Zulieferbetriebe weitergegeben und schafft damit Einkommen und Beschäftigung auf qualifizierten Arbeitsplätzen in der heimischen Wirtschaft.

Die Verbesserung des örtlichen Erscheinungsbildes sowie der Verkehrsverhältnisse bewirken eine Attraktivitätssteigerung der Stadt, die eine größere Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt schafft und daneben noch positive Auswirkungen auf den Fremdenverkehr hat.

4. Kosten und Finanzierung

Nach den Vorbereitenden Untersuchungen wurde 1975 eine Kosten- und Finanzierungsübersicht für die Maßnahmen in den 9 Sanierungsblöcken aufgestellt. Die geschätzten Gesamtkosten bezifferten sich auf 16800000,– DM, die damit verbundenen Maßnahmen sollten innerhalb von 10 Jahren abgeschlossen sein. Die damalige Einschätzung hinsichtlich Kosten und Zeit war allzu optimistisch: Die Stadtsanierung im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, die Kosten- und Zeitvorgaben sind deutlich überschritten.

Die Förderungsmittel von Bund, Land und Stadt für die Programmjahre 1974 bis 1988 betragen 22650000,– DM,
hierzu treten zweckgebundene Einnahmen von 877860,– DM;
damit sind insgesamt verfügbar 23527860,– DM.

Davon wurden bisher 19090712,– DM verausgabt, die sich wie folgt verteilen:

1. Vorbereitende Untersuchungen und Grunderwerb 3850664,– DM
2. Ordnungsmaßnahmen (Bodenordnung, Umzug und Verlagerung von Bewohnern und Betrieben, Beseitigung baulicher Anlagen, Erschließung) 7287883,– DM
3. Baumaßnahmen (Modernisierung und Instandsetzung privater und städtischer Gebäude) 6389371,– DM
4. Vergütung Sanierungsträger 1562794,– DM

19090712,– DM

Der Differenzbetrag zwischen den verfügbaren Finanzierungsmitteln und getätigten Ausgaben ist vertraglich gebunden und durch laufende bzw. geplante Maßnahmen abgedeckt.

5. Ausblick

Die Altstadtsanierung in Einbeck ist gut vorangekommen und hat viel bewirkt. Von entscheidender Bedeutung wird sein, daß die Stadtsanierung auch für die Zukunft mindestens den jetzigen Stellenwert behält, um die noch anstehenden Aufgaben finanziell zu bewältigen.

Die noch vorhandenen wertvollen Zeugen früherer Baukultur fachgerecht zu erhalten und einer sinnvollen, zeitgerechten Nutzung zuzuführen, ist die Herausforderung an unsere Generation. Das darf aber nicht dazu führen, nur im »historischen Geiste« zu denken und zu handeln. Die kontinuierliche in die Zukunft gerichtete Weiterentwicklung der Stadt muß gewährleistet sein. Die Bürger müssen ihre Stadt als Heimat verstehen, sich mit ihr identifizieren können. Hier liegt eine große Aufgabe des Städtebaues und der Stadtgestaltung. Der Stadtraum in seiner reichen Gestaltung und seinem Wechselspiel von Baukörpern und Freiraum muß als Gesamtheit über dem sorgfältig zu behandelnden Detail stehen.

Literatur:

H. L. Harland, Geschichte der Stadt Einbeck, Einbeck 1854; *Georg Schmath,* Einbeck in der Landesgeschichte Niedersachsens; *Erich Plümer,* Einbeck in Vergangenheit und Gegenwart (Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Einbeck, Heft 1), Einbeck 1979; *NILEG,* Einbeck Altstadt-Sanierung, Bericht über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen, Hannover 1975; *NILEG,* Einbeck Altstadt-Sanierung, Information über die Stadtsanierung, Einbeck 1977 und, Einbeck Altstadt-Sanierung II, Information über Stadtsanierung, Einbeck 1980.

Die Autoren

Dietrich Dennecke ist Privatdozent am Geographischen Institut der Universität Göttingen. Forschungsschwerpunkte im Rahmen der Historischen Geographie sind die mittelalterliche Siedlungs- und Altstraßenforschung, die historische Stadtgeographie, die angewandte historische Geographie sowie die Siedlungsgeschichte Nordamerikas. Schriftleitung der Zeitschrift »Siedlungsforschung« sowie Vertretung des deutschsprachigen Raumes im Herausgebergremium des »Journal of Historical Geography«.

Jeremy W. R. Whitehand. Nach Studium und Promotion an der Universität von Reading Lehrveranstaltungen an den Fachbereichen für Geographie an den Universitäten von Newcastle upon Tyne, Glasgow und Birmingham, wo er sich gegenwärtig dem Schwerpunkt der Stadtgeographie widmet. Er war als Leiter des »Institute of British Geographers Urban Geography Study Group« und als Herausgeber der Zeitschrift »Area« tätig. Veröffentlichung zahlreicher Aufsätze zum Thema der Stadtmorphologie.

Jürgen Lafrenz (1938). Studium in Geographie, Geologie, Mathematik, Philosophie, Pädagogik und Geschichte. Dissertation und Habilitation an der Universität Hamburg. 1976–1978 Wissenschaftlicher Referent für den »Deutschen Städteatlas« SFB 164 am Institut für vergleichende Stadtgeschichte in Münster. Seit 1985 Professor für Geogaphie in Hamburg mit Forschungsschwerpunkten zur Stadtgeographie und Fremdenverkehrsgeographie. Zahlreiche Publikationen über stadtgenetische und stadtplanerische Themen.

Norbert de Lange (1953). Nach Studium der Mathematik und Geographie 1978 bis 1988 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geographie der Universität Münster. 1987 Habilitation mit der Arbeit »Standortpersistenz und Standortdynamik von Bürobetrieben in westdeutschen Regionalmetropolen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts«. Arbeiten zur Statistik, quantitativen Geographie und Computerkartographie sowie zur Stadtgeographie (insb. zur vergleichenden städtegeschichtlichen Forschung) und zur Bevölkerungsgeschichte.

Wilhelm Landzettel (1926). Nach Kriegsdienst bei der Marine und Maurerlehre Studium der Architektur an der TH Darmstadt. Tätig im landwirtschaftlichen Bauen seit 1954. 1959 Berufung auf den Lehrstuhl für das Ländliche Bau- und Siedlungswesen der TH Hannover. Architektentätigkeit: Wohnungsbau, Bauernhöfe, ländliche Siedlungen und Dorferneuerungsplanungen.

Gerald Strohmeier (1949). Architekturstudium an der Fachhochschule Hildesheim und an der Universität Stuttgart. 1976–1979 Technischer Angestellter beim Landkreis Northeim im Hochbauamt. Baureferendar der Fachrichtung Hochbau bei der Bezirksregierung Hannover 1979–1981. Seit 1982 Baudezernent der Stadt Einbeck.

Notizen

Neue Mitgliedsstädte der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Albstadt, Große Kreisstadt im Zollernalbkreis, Baden-Württemberg, rd. 46000 Einwohner. Entstanden 1975 durch Vereinigung der Städte Ebingen und Tailfingen. Erste Erwähnung von Siedlungsnamen finden sich in Urkunden des Klosters St. Gallen aus dem Jahr 793. Während der Industrialisierung erwuchs aus Gerbern, Färbern und Webern die heute noch tonangebende Textilindustrie. Fachwerk und Backstein dominieren als Baumaterialien für Kirchen und Wohnhäuser.

Städtebauliche Erneuerung betrachtet man in Albstadt als wichtige kommunale Selbstverwaltungsaufgabe unter weitreichender Bürgerbeteiligung. Ursprüngliche Flächensanierungskonzepte (Industriebrachen) wurden 1984 zugunsten einer Objektsanierung (Erhalt der Wohngebäude) fortgeschrieben. Weitestgehend abgeschlossen wurde die Sondersanierung »Stadtkern« in Tailfingen.

Bludenz, Bezirkshauptstadt in Vorarlberg, Österreich, rd. 13000 Einwohner. Schon in hallstatt- und rätischer Zeit besiedelt, wurde Bludenz durch die Grafen von Werdenberg 1296 Stadt, 1394 habsburgisch. Sehenswert sind u. a. die 1514 vollendete gotische Pfarrkirche, Schloß Gayenhofen über der Stadt sowie Bürgerhäuser mit Lauben. Von den alten Stadtbefestigungen sind das Obere Tor, das Untere Tor, der frühere Pulverturm und Teile der Stadtmauer erhalten geblieben. Heute zeichnet sich Bludenz durch regen Fremdenverkehr aus.

Edenkoben, Kreis Landau-Bad Bergzabern, Rheinland-Pfalz, rd. 7500 Einwohner. Erste urkundliche Erwähnung 769. Um 1100 gelangte Edenkoben in Besitz des Bistums Speyer, 1648 wurde es kurzpfälzisch. Erbauung von Schloß Ludwigshöhe (heute Finanzschule) durch König Ludwig I. von Bayern. Heute ist Edenkoben eine der größten Weinbaugemeinden Deutschlands.

1983 hat der Rat der Stadt den Beginn der vorbereitenden Sanierungs-Untersuchungen für das Gebiet des Ortskerns nach dem Städtebauförderungsgesetz beschlossen.

Feldkirch, Bezirkshauptstadt in Vorarlberg, Österreich, rd. 25000 Einwohner. Um 1190 durch die Grafen von Montfort gegründet, wurde Feldkirch 1375 an die Habsburger verkauft. Die Stadt beeindruckt mit ihrer spätgotischen Pfarrkirche, ihren Bürgerhäusern mit Laubengängen, historischem Rathaus (1493), Resten der Stadtbefestigung sowie durch die Schattenburg.

Einen Eindruck der Sanierungsvorhaben vermittelt die Schrift »Altstadtsanierungskonzept Feldkirch«.

Hadamar, Kreis Limburg-Weilburg, Hessen, rd. 11000 Einwohner. Erstmalig urkundlich erwähnt 832. Residenz der Grafen von Nassau 1309 bis 1394. Die heute um zwei große Marktplätze schachbrettartig angelegte Altstadt stammt im wesentlichen aus der 1. Hälfte des 17. Jahrhunderts. Weitere Sehenswürdigkeiten sind u. a. das ehemalige Schloß, die Liebfrauenkirche und die ehemalige Jesuitenkirche.

Einblicke in bisher erfolgte und geplante Sanierungen gibt die Schrift »Hadamar, Die Sanierung der Altstadt. Bericht aus dem Jahre 1977, überarbeitet im Jahre 1986/87«.

Lauenburg/Elbe, Kreis Herzogtum Lauenburg, Schleswig-Holstein, rd. 10600 Einwohner.

1260 erstmalig erwähnt, entwickelte sich Lauenburg im Schutz einer von Herzog Bernhard I. 1182 errichteten Burg. Lauenburg besitzt die älteste Kesselschleuse Europas, ein Elbschiffahrtsmuseum sowie in der historischen Altstadt entlang der Elbe zahlreiche Fachwerkhäuser aus dem 16. und 17. Jahrhundert. 1955 Wiederaufbau der 1945 gesprengten Elbbrücke.

Unter der Aufgabe, das historische Erbe der alten Schifferstadt zu erhalten, wird der insgesamt als Stadtdenkmal eingestufte Altstadtbereich nur behutsam und schrittweise erneuert.

Solothurn, Kantonshauptstadt in der Schweiz, rd. 17000 Einwohner. Das ursprünglich keltisch-römische Salodurum kam 1032 mit Burgund an das Deutsche Reich und wurde 1218 Reichsstadt. Seit dem 14. Jahrhundert entwikkelte es sich zum Hauptort des späteren Kantons Solothurn. Eine Glanzzeit war die Epoche mit den französischen Ambassadoren, die 1530 bis 1792 hier die eidgenössischen Söldner für die französischen Könige warben. Solothurns Stadtbild ist von besonderer Geschlossenheit. Seine schönsten Baudenkmäler sind die 1763 bis 1773 erbaute Sankt-Ursen-Kathedrale, Bischofskirche des Bistums Basel, die Jesuitenkirche, die Überreste der Stadtbefestigungen, das Rathaus und der Zeitglockenturm.

Stolberg, Kreis Aachen, Nordrhein-Westfalen, rd. 58000 Einwohner. Stolberg wurde 1118 erstmalig erwähnt und zeichnet sich durch eine weitestgehend erhaltene Altstadt von besonderer historischer Bedeutung aus. Die Altstadt »Oberstolberg« gehört zu den 24 anerkannten historischen Stadtkernen des Landes Nordrhein-Westfalen. Neben der Burg als Siedlungskern ist auch heute noch die wirtschaftliche Entwicklung anhand zahlreiche, gut erhaltener Kupferhöfe ablesbar.

1974 Durchführung eines Wettbewerbs mit dem Gedanken »behutsame Stadterneuerung« für das Sanierungsgebiet Oberstolberg. Gestaltungsschwerpunkte seither: Objektsanierung, Ergänzende Neubebauung, Verkehrsberuhigung, Denkmalschutz.

Uslar, Kreis Northeim, Niedersachsen, rd. 7500 Einwohner. Erstmals im 9. Jahrhundert urkundlich erwähnt, erhielt Uslar um 1269 die Stadtrechte. Der Fachwerkbau des Rathauses stammt aus dem 15. Jahrhundert. Die Schloßruine »Freudenthal« gibt einen Eindruck von der Kunst der Weserrenaissance.

Verden, Kreisstadt, Niedersachsen, rd. 25500 Einwohner. Bis zum 30jährigen Krieg gehörte Verden zu den bekanntesten Städten Deutschlands. 786 wurde Verden Bistum, von 1405 bis 1648 freie Reichsstadt. Der Dom, eine der bedeutendsten Kirchen Niedersachsens, stammt wie die St.-Johannis-Kirche, die als älteste Backsteinkirche Norddeutschlands gilt, aus dem 14. und 15. Jahrhundert.

Die Einleitung der Altstadtsanierung erfolgte bereits 1967. Festlegung des Sanierungsgebiets Altstadtmitte 1974 nach dem 1971 erlassenen Städtebauförderungsgesetz. Schwerpunkte waren u. a. die Schaffung eines geschlossenen Innenstadtringes für Kraftfahrzeuge, um die Große Straße als Fußgängerzone umgestalten zu können.

Vöcklabruck, Bezirksstadt, Oberösterreich, rd. 12000 Einwohner. Nach einer Urkunde des Erzstiftes Salzburg aus dem Jahre 1134 konnte Vöcklabruck im Jahre 1984 sein 850jähriges Jubiläum begehen. Unter den erhaltenen Baudenkmälern verdienen die beiden Stadttürme, die den Stadtplatz begrenzen, besondere Beachtung. Bei ihrer Restaurierung in den Jahren 1958 und 1966 traten einzigartige Fresken aus dem Jahr 1502 zutage.

Zülpich, Kreis Euskirchen, Nordrhein-Westfalen, rd. 17000 Einwohner. Bereits um 70 n. Chr. wird Zülpich als römisches Kastell erwähnt. Im 2. Weltkrieg wurde Zülpich zu 80% zerstört. Erhalten blieben oder restauriert wurden neben der mittelalterlichen Burg und den Befestigungsanlagen mit den vier mächtigen Stadttoren der Turm des alten Rathauses und die Krypta der zerstörten Peterskirche.

Kurz vor dem Abschluß steht die 1975 begonnene Stadtkernsanierung.

Veranstaltungen

Institut für Städtebau und Wohnungswesen München

Fachtagungen 1989: »Stadt- und Ortsgestaltung: Ziele, Konzepte, Werkzeuge« (10. bis 11. 4.), »Ökologie als Überlebensstrategie: Wie lassen sich ihre Ansprüche in konkrete Planungsentscheidungen umsetzen?« (12. bis 14. 4.), »Stadterneuerung und Sanierung in Klein- und Mittelstädten« (17. bis 19. 4.), »Umweltrecht und Planungsrecht« (25. bis 26. 4.), »Planung und Umweltschutz im ländlichen Raum« (26. bis 28. 4.), »Denkmalschutz und Stadterhaltung« (25. bis 27. 9.), »Regional- und Landschaftsplanung als Handhabe ökologisch orientierter Planung in Stadt und Umland« (28. bis 29. 9.), »Altlasten, Abwasser, Müll, Bodenschutz« (2. bis 4. 10.), »Erschließungsbeitragsrecht« (9. bis 11. 10.), »Rechtsförmliche und informelle Planung: Zur Steuerung der Stadtentwicklung in den Neunziger Jahren« (11. bis 13. 10.), »Baugesetzbuch und Baunutzungsverordnung: Erfahrungen und Perspektiven« (19. bis 20. 10.), »Verkehr und räumliche Entwicklung« (23. bis 25. 10.).

Tagungsort ist jeweils München. Teilnehmergebühren zwischen 140,– und 300,– DM. Informationen: ISW München, Steinheilstraße 1, 8000 München 2, Tel. (089) 521061.

Institut für Städtebau Berlin

Fachtagungen 1989: »Stadtgestalt und Stadtentwicklung« (24. bis 27. 4. in Berlin), »Städtebau und Regionalplanung in den Neunziger Jahren (9. bis 10. 5. in Hannover), »Perspektiven für Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre« (7. bis 9. 6. in Bremen), »Städtebau und Wirtschaft, Vorbereitung auf den europäischen Binnenmarkt 1992« (14. bis 16. 6. in Frankfurt). Teilnahmegebühren zwischen 250,– und 360,– DM.

Informationen: Institut für Städtebau Berlin, Jebenstraße 1, 1000 Berlin 12, Tel. (030) 3129051.

Besprechungen

KURT G. A. JESERICH / HANS POHL / GEORG-CHRISTOPH VON UNRUH, *Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus (Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 4), Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1985, 1168 S., DM 258,–.*

Als man sich am 9. November 1988 der sog. »Reichskristallnacht« von 1938 erinnerte, in zahlreichen deutschen Städten lokale Ausstellungen veranstaltet wurden, Oberbürgermeister, Landtagspräsidenten und der Bundestagspräsident Ansprachen hielten, die gelegentlich Widerspruch auslösten, wurde etwas deutlich, was meist vergessen bleibt: daß die deutsche Geschichte – auch die Geschichte der NS-Zeit – eine gemeinsame Geschichte ist. Sie löst Betroffenheit aus, weil sie im Guten wie eben auch im Schlechten etwas mit dem wirklichen Leben zu tun hat: vergangenem Leben, sicherlich. Aber auch vergangenes Leben wirkt weiter. Den religiösen Gruppen, also den christlichen Kirchen und den jüdischen Gemeinden, ist dieser geschichtliche Lebensbezug ganz selbstverständlich.

Im allgemeinen ist dies aber keineswegs der Fall. Das führt dann zwangsläufig zu jenen Konflikten, wie wir sie in jüngster Zeit erlebt haben: dem Historikerstreit oder dem Rücktritt des Bundestagspräsidenten nach seiner Ansprache zum 9. November. Man könnte bei oberflächlicher Betrachtung meinen, hinter diesen Debatten stecke doch viel Heuchelei und Scheinheiligkeit. Die Dinge liegen aber wohl komplizierter. Denn es gibt eine seltsame Kluft zwischen dem öffentlichen Gedenken an Geschehnisse der jüngeren deutschen Geschichte aus einem Gefühl der Betroffenheit und dem, was die sog. Fachhistoriker an den Universitäten als »Geschichte« betreiben. Dort wird nämlich das Moment der Betroffenheit weithin ausgeklammert, nicht aus Rücksichtslosigkeit, sondern aus wissenschaftlichem Anspruch. Das Ethos der Wissenschaftlichkeit, so meint man, verlange die nüchterne, ja kalte Analyse, Begriffe statt Personen, ja eben das »Nicht-betroffen-Sein«. Da dieses »Ethos« der Wissenschaftlichkeit, das sich häufig auf Max Weber beruft, so eingeprägt und so selbstverständlich ist, denkt kaum jemand daran, es an irgendeinem Punkt in Frage zu stellen. Aber diese entgegengesetzten Haltungen erklären die seltsame Widersprüchlichkeit unseres Umgangs mit der deutschen Geschichte: des öffentlich-engagierten und »betroffenen« auf der einen und des universitären, wissenschaftlichen, des »nicht-betroffenen«, distanzierenden auf der anderen Seite.

Dieses Dilemma wird auch in dem Band IV der voluminösen »Deutschen Verwaltungsgeschichte« sichtbar, der die Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus erfaßt, eben jene Zeit, die immer wieder die aktuellen historischen Kontroversen auslöst. Die Perspektive dieser Darstellung ist bewußt eingegrenzt: Es geht nicht um die deutsche Geschichte schlechthin, sondern um die Geschichte der deutschen Verwaltung. Das ist nun gerade jener Bereich, jener Schnittpunkt, wo sich die »wissenschaftliche« und die »betroffene« Geschichtsschreibung unmittelbar berühren: Es geht ja um historisches praktisches Verhalten, nicht zuletzt darum, wie sich das politische und gesetzgeberische Handeln im Vollzug auf die davon Betroffenen auswirkte. Der Ausgang für eine Synthese ist daher – zumindest aus einer unbefangenen Sicht – bei einer solchen Fragestellung geradezu optimal. Wie wurde das Problem gelöst?

Offensichtlich fühlte sich die Redaktion dieses Bandes von der selbstgestellten Aufgabe etwas erschlagen. So versuchte man vorab und ganz unabhängig von den jeweiligen Beiträgen der zahlreichen Autoren das schwierige konzeptionelle Problem gleichsam »redaktionell« zu lösen: durch Gliederung, Aufgliederung und Teilung. So wurde die NS-Zeit von der Weimarer Zeit abgesondert. Dadurch entstanden eigentlich zwei Bücher in einem Band mit jeweils ähnlichen Untergliederungen. So wird der Leser, der sich über die kommunale Selbstverwaltung informieren will, zwei Aufsätze lesen müssen, zudem von verschiedenen Autoren (Jeserich für Weimar, von Mutius für die NS-Zeit). Die gleiche Aufspaltung gilt für Komplexe wie »Finanzverwaltung«, »öffentlicher Dienst«, »Justizverwaltung«, »Bildungswesen«, »Polizei und Polizeirecht«, aber auch »Landwirtschaft und Forsten« und »Eisenbahnwesen«. Daneben stehen Kapitel wie die »Reichswehrverwaltung« und »Staat und Kirchen«. Am ausgedehntesten fällt die Beschreibung der Verwaltungsstruktur und Organisation zwischen den Behörden im Reich, Ländern und Gemeinden aus. Der Begriff der Verwaltung wird in diesem Werk weitgehend – ohne darüber zu reflektieren – auf den der »Organisation« reduziert. Aus dieser Sicht lassen sich so unterschiedliche Verwaltungen wie die der Weimarer und NS-Zeit in einer Buchbindersynthese zusammenfassen: organisiert wurde offensichtlich immer. Mit diesem verkürzten Organisationsbegriff gelang es der Redaktion, selbst so äußerst kritische Felder wie das der »Reichswehrverwaltung« mit Beiträgen von Walter Hubatsch und Michael Salewski zu »entschärfen«. Das ist mehr als bedenklich.

Diese Einwände richten sich nicht nur gegen die geradezu barocke Unübersichtlichkeit des Bandes mit seinen zahlreichen Kapiteln, Unterkapiteln und Neben-Unterkapiteln usw. Diese Unübersichtlichkeit bewirkt Verharmlosung durch Verschachtelung. Tatsächliche Lebensbezüge werden eliminiert. Das, was die Geschichte leisten muß: zu verarbeiten, zusammenzufassen, auszuwählen, zu akzentuieren, zu werten, zu erklären und dem heutigen Leser verständlich aufzubereiten, eben das wird nicht geleistet. Diesem redaktionellen Versagen fallen leider auch einige gelungene Einzelbeiträge zum Opfer. Um nun aber die historische »Problemstruktur« doch noch einzufangen, hat die Redaktion den beiden Teilen des Bandes jeweils größere Beiträge zum Komplex der politischen Geschichte und der Wirtschaftsgeschichte vorausgeschickt, die von bekannten Autoren wie Ernst-Wolfgang Böckenförde, Hagen Schulze, Dietmar Petzina, Karl-Dietrich Bracher und Rudolf Morsey behandelt werden. Sie sind wie der von Böckenförde über den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik zum Teil ganz ausgezeichnet, wirken aber eher wie erratische Blöcke im Ganzen. So wird auch hier letztlich nur geschachtelt und ausgegrenzt. Aber gerade zur deutschen Verwaltung in der Gegenüberstellung der Zeiten von 1918 bis 1933 und von 1933 bis 1945 wird jedermann einige klärende und entschiedene Aussagen erwarten. Sie bleiben aus.

Negative Beispiele liefern die beiden letzten Kapitel dieses Buches »Die Verwaltung im Zweiten Weltkrieg« und »Die Verwaltung der besetzten Gebiete«. Gerade diese beiden Kapitel wirken geradezu fatalistisch. Auch sie beschreiben im wesentlichen wieder Organisationsvorgänge. Das zentrale Problem einer mißbräuchlichen, inhumanen Verwendung der Verwaltung, der Verwaltung als Bestandteil der Organisation der Kriegsmaschinerie und der Vernichtung von Menschen wird kaum erfaßt. Die Betroffenheit fehlt. Zumindest hier hätten die Autoren aus dem Schema ausbrechen müssen, um möglicherweise an individuellen, biographischen Beispielen oder auf anderer Weise zumindest das Dilemma, die Unmoralität des deutschen Verwaltungshandelns aufzuzeigen. Ganz bezeichnend der einleitende Satz zu dem Kapitel »Verwaltung im Zweiten Weltkrieg«: »Mit dem Krieg entstand zwangsläufig eine Fülle neuer Verwaltungsaufgaben, die von vorhandenen und neugeschaffenen Institutionen zu bewältigen waren. Die unzähligen im Reichsgesetzblatt (I) veröffentlichten Verordnungen geben hierüber nur unvollständig Aufschluß«. (S. 1114) Hier werden Probleme durch Enarration von Faktizität eliminiert. Nur gelegentlich, wie am Schluß eben dieses Beitrags, findet sich ein Hinweis auf laten-

ten Widerstand aus der Verwaltung, wenn es heißt: »Trotz des fortwährenden Mißbrauchs der Exekutive durch Entscheidungen nationalsozialistischer Führungsgruppen, trotz aller lähmenden Verfallserscheinungen bei den zivilen obersten Reichsbehörden zeigte sich in großen Teilen der Verwaltung, namentlich in den Wirtschaftsressorts, bis in die letzten Kriegsmonate ein zäher, der befohlenen politischen Radikalisierung und Selbstzerstörung widerstrebender Selbstbehauptungswille.« (S. 1130)

In dem Kapitel über die »Verwaltung der besetzten Gebiete« finden sich so hilflose Formulierungen wie die folgende, die am Schluß dieses Beitrags das Fazit zieht: »Besatzungen bringen stets großes Leid über die betroffenen Völker; dies gilt für die während des Zweiten Weltkriegs von Deutschland besetzten Gebiete in besonderer Weise, obwohl das Ausmaß des Schreckens nicht überall gleich war.« (S. 1168) Die Hilflosigkeit rührt teilweise aus einem mißverstandenen Bemühen um »Objektivität« her. Von daher meint man über alles »korrekt« berichten zu müssen, was einmal geschah. Aber die Betroffenheit, die sich im kritisch-distanzierenden Urteil äußert, bleibt dann aus. Wo bleiben zudem in diesem »objektiven« Bericht die »Betroffenen« in Deutschland wie im besetzten Ausland, die damals unter der deutschen Verwaltung gelitten haben und deren Leben oder Lebensweg zerstört wurde? Der Sinn der Verwaltung ist schließlich, den Menschen dazu zu verhelfen, zu ihrem »Glück« zu finden, ihr Wohl zu fördern, aber nicht, sie ins Unglück zu führen und ihr Unglück planvoll aufzubereiten. Ob sich die Redaktion und die Autoren bei so einer enormen und zeitaufwendigen Fleißarbeit, wie sie die Erstellung dieses Bandes voraussetzt, nicht wenigstens einen Tag lang gemeinsam über das Ethos der Verwaltung als Problem der deutschen Geschichte und Verwaltungsgeschichte im 20. Jahrhundert hätten unterhalten können? Es mag sein, daß dieses Handbuch, gerade weil es so unhandlich und schwer lesbar ist, in den Regalen der Bibliotheken als repräsentatives Werk ungelesen abgestellt wird. Was lohnt es dann, sich darüber aufzuregen? Aber nicht nur die Verwaltung ist eine sinnvolle Angelegenheit oder sollte es sein, auch die Verwaltungsgeschichte kann sinnvoll sein. Daran gilt es zu erinnern.

Vermutlich wird eine solche Kritik gerade bei denjenigen Irritation auslösen, die den Anspruch erheben, nach den exakten Methoden der »Fachwissenschaft« verfahren zu sein. Aber ist die Geschichte, wie Gordon A. Craig einmal gefragt hat, wirklich eine »exakte« Wissenschaft? Ein solches verkürztes Verständnis würde eine Reihe von Aspekten und Dimensionen des geschichtlichen Lebens, das ja nie exakt abläuft, aus der historischen Aufarbeitung eliminieren. Auch hat eine Verwaltungsgeschichte sicherlich etwas mit der – zugegeben, manchmal etwas modischen, aber doch wohl berechtigten – Alltagsgeschichte zu tun. Doch der deutsche Alltag taucht auf diesen über tausend Seiten nicht auf, weder der Alltag der Handelnden, dies waren die Gesetzgeber, also die Reichstags- und Landtagsabgeordneten (in der Weimarer Republik) und der Beamten (besonders in der NS-Zeit, als die Parlamente ausgeschaltet waren), noch der Alltag der Verwalteten, also derjenigen, die von der Verwaltung betroffen sind. So bleibt vieles in der Schwebe, und das, was der Leser gerne wissen möchte, erfährt er eben nicht. Es ist zuzugeben, daß ein solcher integrativer Ansatz in der deutschen Geschichtswissenschaft nicht üblich ist. Aber das heißt nicht, daß eine solche Erwartung nicht einlösbar wäre. Ein gutes Beispiel zum Vergleich bietet etwa der Band »British Society 1914–45« von John Stevenson in der Reihe der »Pelican Social History of Britain«. Es lohnt sich, gelegentlich auch einmal einen Blick über den Zaun, in diesem Fall: über den Kanal zu werfen. Bei Stevenson wird Verwaltungshandeln und gesellschaftlicher Alltag der Nation als Ganzes gesehen und entsprechend in der Darstellung aufbereitet. Das gelingt, obwohl sich nur ein einzelner Autor – statt wie hier über fünfzig Autoren – dieser Aufgabe angenommen und sie gelöst hat. Geschichte zu schreiben ist nicht nur eine Frage der fachlichen Kompetenz, sondern auch des richtigen Zugangs.

Münster — Wilhelm Ribhegge

Marianne Rodenstein, *»Mehr Licht, mehr Luft«. Gesundheitskonzepte im Städtebau seit 1750, Frankfurt: Campus 1988, 228 S., 29 Abb., DM 48,–.*

Die Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts wird hier unter dem Stichwort »mehr Licht, mehr Luft«, einer Hauptforderung der damaligen Hygieniker, von einer Soziologin abgehandelt. Die Verf. stützt sich auf das Material, das erst in jüngerer Zeit von Historikern, besonders denen der Architektur- und Planungsgeschichte (Fehl/Rodriguez-Lores 1983, v. Simson 1983, Corbin 1984) erarbeitet wurde. An historischen Fakten hat sie nichts Neues zutage gefördert, eher manche Fakten bis zur Unkenntlichkeit hin verkürzt. Warum die politische Rolle des bedeutenden Mediziners Rudolf Virchow für das Zustandekommen der Berliner Kanalisation geleugnet bzw. überhaupt nicht dargestellt wird (S. 86), ist nicht nachvollziehbar. Auch wenn die in Ost-Berlin archivierten Nachlässe Virchows hinsichtlich der Hygienebewegung noch nicht ausgewertet sind, so läßt sich doch anhand des verfügbaren Materials sagen, daß Hobrechts Pläne (Berieselung) ohne die politische Unterstützung Virchows vielleicht nicht in die Tat umgesetzt worden wären.

Die Stärke der Verf. besteht darin, die Vielfalt des Materials auf gut verständliche Thesen zu reduzieren, aber diese Fähigkeit zur Vereinfachung ist zugleich auch ihre Schwäche, weil dadurch weiterführende Fragestellungen abgeblockt werden. These 1 ist, daß die Kanalisation der Städte in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in allen größeren Städten Deutschlands in Angriff genommen wurde, weil ein erhöhtes Sauberkeitsbedürfnis zu den »neuen bürgerlichen Normen« gehörte und die Kanalisation dafür verbürgte, daß dreckige, stinkende Rinnsteine und Abortgruben in der Stadt verschwanden. Um dieses Ideal der sauberen, nicht mehr stinkenden Stadt durchzusetzen, wurden medizinische Argumente eingesetzt, d. h. Gesundheit wurde »politisiert«. Eine heute längst vergessene Krankheitstheorie des 18. und 19. Jahrhunderts, die sog. Miasmatheorie, postulierte, daß in den üblen Gerüchen, die das Leben der Stadtbewohner vergällten, gefährliche Krankheitsstoffe enthalten seien (S. 94 und 96).

These 2 der Verf. ist, daß die Hygienisierungsmaßnahmen den Klassengegensatz mildern sollten. »Auf den zentralen Widerspruch der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung gründet sich das zweite Problemfeld, das sich aus der Rückschau ebenfalls als eine Ursache gesundheitspolitischen Handelns im Bereich der Stadtplanung erweist. Es ist die mit der Industrialisierung, insbesondere der Fabrikarbeit einsetzende neue Form der Verelendung« (S. 69). In sehr engem Zusammenhang zu dieser zweiten These steht eine dritte: daß diese Verelendung, d. h. die »Spaltung der Gesellschaft in zwei antagonistische Klassen«, einen »Handlungsbedarf« im »bürgerlichen Lager« erzeugt habe (S. 69/70), den die Cholera als neue bedrohliche Seuche nur verstärkte.

Im weiteren stellt die Verf. die Hygienebewegung auch als Versuch dar, »eine neue Legitimationsgrundlage für eine staatliche Gesundheitsfürsorge« zu schaffen (S. 64, ähnlich S. 83), die sich von der alten, bevormundenden »Gesundheitspolizei« absolutistischer Prägung unterscheiden sollte. Hierzu wird die medizinische Reformbewegung von 1848 zitiert, in der Virchow und seine radikalen demokratischen Freunde die herausragende Rolle spielten. 1848 erkannten diese mit großer Hellsichtigkeit, daß Demokratie und Bildung die besten Waffen gegen Armut und Krankheit bilden. Sie erkannten damit zugleich, daß Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse Gesundheit zerstören und Krankheiten »künstlich«, d. h. unnötigerweise hervorrufen. Diese Einsicht dürfte heute so gut wie damals gelten.

Virchow forderte gegen den preußischen Absolutismus den bürgerlich-demokratischen Staat. Das Scheitern der 48er Revolution und die Verschärfung des Klassengegensatzes in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hat viele der radikalen Einsichten der damaligen Ärzte zu bloßen Reformvorschlägen an die Verwaltungen erstarren lassen. So ist zu verstehen, daß »das Eintreten für die Gesundheit bzw. für die Sicherung im Krankheitsfall« als eine »neue Legitimationsbasis für staatliches Handeln« umgemünzt wurde

(S. 159) und damit seinen leidenschaftlichen, gesellschaftskritischen Impuls einbüßte.

Die Verf. bedauert am Schluß ihres Buches, daß der »Wert ›Gesundheit‹« heute »seine einst gesellschaftsprägende Kraft verloren« habe (S. 211, ähnlich S. 199). Wenn man Gesundheit allerdings technokratisch versteht, nämlich als »Wert«, den man beliebig einsetzen kann und nicht als Ziel einer freien, demokratischen, vernünftigen Lebensweise, wie die radikal-demokratischen Ärzte von 1848, dann kann diese Schlußfolgerung nicht ausbleiben. Die technokratische Reduzierung von Gesundheit auf einen kalkulierbaren Zustand von Arbeitsfähigkeit und Ausbeutbarkeit ist das erfolgreiche Ergebnis der Hygienebewegung als bloß bürgerlicher Reformbewegung.

Wie man besonders an Le Corbusier (vgl. Giedion 1982), aber auch anderen Vertretern der Moderne in Architektur und Stadtplanung sehen kann, wurden die bürgerlichen Hygieneforderungen so gründlich anerkannt, daß die Formen der Architektur wie auch der Stadt gemäß der neuen Standards geändert wurden und sich als »moderne« Ästhetik schlechthin präsentieren (vgl. Berndt 1987). »Da nun allgemein anerkannt wurde, daß billige Wohnungen auch gesund sein müssen«, beschreibt die Verf. die Situation in den 20er und 30er Jahren, schien es nur noch darauf anzukommen, »wie neue Wohnungen möglichst billig produziert werden konnten« (S. 181). Ungerührt konstatiert sie, daß sich auch im Nationalsozialismus »die städtebauliche Praxis hinsichtlich der Gesundheitsorientierung in der Tendenz kaum« änderte (S. 177). Siedlungswohnungsbau und Zeilenbauweise, die mehr Luft und Licht an die Häuser ließen als die vielgeschmähte Berliner Mietskaserne, einigte offenbar sämtliche Reformdenker, waren sie nun bürgerlich-demokratisch, sozialistisch oder völkisch-nationalsozialistisch ausgerichtet. Das wird von der Verf. abgehakt, als gäbe es darüber kein Verwundern.

Die Gesundheitsideale der Nationalsozialisten waren aufs engste mit ihren eugenischen und rassepolitischen Maßnahmen verknüpft (vgl. Labisch/Tennstedt 1985); insofern erhielt der »Wert« Gesundheit auch einen furchtbaren Klang. Um die Volksgesundheit zu sichern, wurden nicht nur die wohnungshygienischen Grundsätze weiterentwickelt und neue »Leitbilder« für Städtebau und Siedlungswesen entworfen, sondern bekanntlich auch ganze Bevölkerungsgruppen, psychisch Kranke und Behinderte, Zigeuner und vor allem Juden, ermordet. Wenn die Verf. weiter über den Faschismus resümiert: »Wir erkennen hier bereits das Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt mit seinen verschiedensten Konzepten entlehnten Elementen..., das nach Auswechslung des ideologischen Rahmens in den 50er Jahren Karriere machte« (S. 180), dann kann man nur sagen: da wurde es entwikkelt (vgl. Bodenschatz 1987, S. 270, Fußnote 146). Das »Leitbild« der »gegliederten und aufgelockerten Stadt«, von Göderitz als »Gesundungskonzept« sanierungsbedürftiger Altbaugebiete gedacht, war ideologische Grundlage der später als »Kahlschlagsanierung« bezeichneten Gesundungsmaßnahmen (s. auch Durth 1987). Der diesem »Leitbild« ebenfalls verpflichtete H. B. Reichow machte sich, wie die Verf. berichtet, schon 1941 Gedanken darüber, wie dieses »im Hinblick auf die städtebaulichen Aufgaben nach Kriegsende im Osten« zu verwirklichen sei (S. 182). Das zeigt einmal mehr, wie entpolitisiert die Verf. die Hygienevorstellungen der Moderne widergibt. Sonst müßte ihr beim heutigen Wissensstand über die nationalsozialistische Vergangenheit sofort die problematische Beziehung zwischen Gesundungs- und Vernichtungspolitik aufgegangen sein.

Hätte Marianne Rodenstein ihr Thema weniger oberflächlich bearbeitet, so hätte die Tatsache, daß das technokratische Gesundheitsverständnis im Städtebau vor, während und nach dem Faschismus unhinterfragte, gleichbleibende Gültigkeit hatte, neue Fragestellungen erschließen können. Die merkwürdige Kontinuität solcher gleichbleibender, gesellschaftlich quasi neutraler »Leitbilder« bzw. Konzepte im Städtebau, die auch Werner Durth in seinen historischen Forschungen über die Werke deutscher Architekten dieses Jahrhunderts beunruhigend auffiel, wird uns zu einer kritischeren Betrachtung des »Projekts Moderne« nötigen.

Auch wenn die Hygienebewegung in den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft gefangen blieb, so sind ihre historischen Errungenschaften doch unstrittig. Die erhöhten Sauberkeitsstandards schufen den Beginn einer Kultivierung der Analität. Dadurch konnten volksbedrohende Krankheiten und die Widerwärtigkeiten von Schmutz und Gestank eingedämmt werden. Doch sollten wir nicht die verheerende Dialektik dieser Bewegung übersehen: Die Schwemmkanalisation, die vor ungefähr hundert Jahren eingeführt wurde, zwingt uns heute zur Wasserverschwendung; die Rationalisierung des Wohnungsbaus hat zu den deprimierendsten Wohnformen geführt, die dem tief verankerten Bedürfnis nach geschütztem Privatraum wie nach belebendem öffentlichen Raum Hohn spricht. Aus der bloß technokratischen Lösung der »socialen Frage«, wie sie die hygienebewegten Ärzte im Verein mit Ingenieuren und hohen Verwaltungsbeamten durchsetzten, entstanden »Legitimationshülsen«, grauenhafte Architekturformen, die beklemmend an die hygienischen, durchrationalisierten Lebensbedingungen industriell verwerteter Haustiere erinnern.

Zwar sind diese Wohn- und Lebensformen in den hochindustrialisierten Ländern nicht mehr akut lebensbedrohlich, aber sie verkörpern gewiß nicht die Vision gesunden Lebens, aus der die Hygienebewegung einst Kraft schöpfte. Diese Vision kann sich heute nicht mehr auf »Gesundheitskonzepte im Städtebau« richten, sondern zielt auf die Gestaltung einer freien, demokratischen, urbanen und vernünftigen Gesellschaft, in der der Gegensatz von Stadt und Land, der der Gegensatz von verschiedenen Klassen ist, überwunden wird. Es geht um die Herstellung gesellschaftlicher Beziehungen ohne Herrschaft, ohne Ausbeutung. Denn Herrschaft und Ausbeutung, das sagen mittlerweile die täglichen Nachrichten, zerstören unerbittlich unser aller Lebensgrundlagen und damit die Gesundheit jedes einzelnen.

Berlin — Heide Berndt

Literatur

H. Berndt, Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts als vergessenes Thema von Stadt- und Architektursoziologie, in: Die Alte Stadt 14 (1987), S. 140–163.

H. Bodenschatz, Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung seit 1871, Berlin 1987.

A. Corbin, Pesthauch und Blütenduft. Eine Geschichte des Geruchs, Berlin 1984.

W. Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, Braunschweig 1986.

W. Durth, Verschwiegene Geschichte. Probleme der Kontinuität in der Stadtplanung 1940–1960, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 28–50.

G. Fehl / J. Rodriguez-Lores (Hrsg.), Stadterweiterungen 1800–1875. Von den Anfängen des modernen Städtebaus in Deutschland, Hamburg 1983.

S. Giedion, Die Herrschaft der Mechanisierung. Ein Beitrag zur anonymen Geschichte. (engl.: Mechanization Takes Command, Oxford 1948).

A. Labisch / F. Tennstedt, Der Weg zum »Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens« vom 3. Juli 1934. Entwicklungslinien und -momente des staatlichen und kommunalen Gesundheitswesens in Deutschland, Düsseldorf 1985.

J. von Simson, Kanalisation und Städtehygiene im 19. Jahrhundert, Düsseldorf 1983.

Ursula von Petz, *Stadtsanierung im Dritten Reich (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 45), Universität Dortmund 1988, 200 S., DM 26,–.*

Die obige Publikation ist die überarbeitete Fassung einer Dissertation, die anhand von Fallstudien die Praxis der Stadterneuerung im »Dritten Reich« thematisiert. Nach einer Einführung, einer Skizze des gesellschaftlichen Kontextes und der planungspolitischen Traditionen, stehen nach einem Exkurs über Berlin 5 Fallstädte im Mittelpunkt der Untersuchung: Braunschweig, Breslau, Frankfurt, Kassel und Köln. Die Diskussionen um ein Sanierungsgesetz und eine Einschätzung der Sanierungsproblematik beschließen die Arbeit.

Die Methoden der Sanierung waren zwar schon vor 1933 ausgereift und praxiserprobt (Beispiel Hamburg), aber es gab nur wenige realisierte Vorhaben. Ziel der Arbeit ist es, den »Modalitäten der Veränderungen in Zielsetzung und Motivation« nachzuspüren (S. 2), wobei die Begriffe »Altstadtsanierung«, »Alt-Stadterneuerung« und »Alt-Stadtgesundung« synonym verwendet werden. Die Skizze der planungspoliti-

schen Traditionen ergibt dabei, daß die Sanierung eine jeweilige Anpassung an spezifische Anforderungen an die Stadtstruktur- und Entwicklung darstellt, die im 19. Jh. vor allem durch die »Durchbruchsanierungen« gekennzeichnet war. Das bekannteste Beispiel war der Hausmann-Plan für Paris, der in Deutschland viele Nachahmer fand.

Das Kernstück der Arbeit machen die Fallstudien aus, deren Auswahl allerdings nicht weiter begründet wird. So ergibt dieser Teil ein breites Spektrum von unterschiedlichen Anlässen, Zielsetzungen und unterschiedlichen Formen der Durchführung und Realisierung der Sanierung – von der Blockentkernung zur Flächensanierung, von der Sanierung von »Krankheitsherden« bis zum Denkmalschutz. Problematisch erscheint allerdings, daß U. v. Petz hier nur auf die publizierte Literatur und damit quasi auf die »Amtsleitersicht« zurückgreift und nicht auf Archivmaterial.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich Relativierungen, zumal die »Amtsleitersicht« in den Fachzeitschriften eher geschönt war und mehrfach fast wortgleiche Beiträge in den einschlägigen Fachzeitschriften erschienen. An die Fallstädte wird ein vergleichbares Fragenraster angelegt, der stadtentwicklungspolitische Kontext wird skizziert, die Vorbereitungen und Bestandsaufnahmen werden beschrieben, die Art und Weise der Durchführung wird ausgeführt, die organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Grundlagen werden vorgestellt und der Erfolg – Mißerfolg wird eingeschätzt.

U. v. Petz kommt zu dem Ergebnis, daß die Stadtsanierung »keine eigenständige Planungsleistung darstellt«, sondern daß man vielmehr kurz nach der Machtergreifung in eine konzeptionelle Lücke stoßen und »Schubladenprogramme« unverzüglich umsetzen konnte. Damit konnten mehrere der heterogenen Zielsetzungen der Nationalsozialisten gleichzeitig realisiert werden: Arbeitsbeschaffung, Dezentralisierung – Luftschutz, teilweise Beseitigung von politischen Widerstandspotentialen bei gleichzeitigem Versuch, noch weitere Teile der Arbeiterschaft durch Arbeiterwohnungsbau für den Nationalsozialismus zu gewinnen und vor allem, um bei der damaligen Terminologie zu bleiben, »Probleme anpacken«. Der »Verderbtheit« der Großstadt und dem »Internationalismus« sollte die Idylle der Kleinstadt, eine heile, intakte Welt gegenüber gestellt werden – eine bauliche Manifestation des NSDAP-Programms. So wird die Sanierung in Braunschweig begründet, daß die »Illusion des Mittelalters« (50) wiederherzustellen sei. Kaum ein anderes Programm schien derartig geeignet, mehrere oder (fast) alle »Probleme« anzugehen und gleichzeitig publizistisch und propagandistisch umzumünzen und auszuwerten. Erst mit der »Neugestaltungswelle« ab ca. 1937 tritt die Sanierungsdiskussion immer weiter in den Hintergrund, um dann nach den Kriegszerstörungen wieder aufzutauchen, dann als »große Chance«. Die alliierten Bomber hatten den deutschen Sanierungsplanern die Arbeit abgenommen.

Einige Probleme gibt es leider mit den Abbildungen, sie sind zum Teil nicht gut reproduziert. Dennoch schließt das Buch eine Lücke in der planungsgeschichtlichen Literatur – allerdings bleibt die Brücke der Stadterneuerung vom »Dritten Reich« bis heute noch zu schlagen.

Hamburg Dirk Schubert

Werner Durth / Niels Gutschow, *Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz Band 33), Bonn: 1987, 152 S., zahlr. Abb., kostenfrei zu beziehen über die Geschäftsstelle des Nationalkomitees beim Bundesminister des Inneren, Gaurheindorfer Str. 198, 53 Bonn 2.*

»Die beiden Jahrzehnte der Nachkriegszeit (etwa die Zeit zwischen 1945 und 1962) sind aus dieser Distanz als abgeschlossene Kulturepoche zu betrachten: Kräfte der Beharrung und der Erneuerung wirkten nach Kriegsende nebeneinander in konkurrierenden Vorstellungen von einem

neuen Bauen, von der zukünftigen Stadt«, so eine der Schlußfolgerungen des vorliegenden Bandes. Die Absicht der Herausgeber und der Verfasser ist, diese Epoche anschaulich zu beschreiben, die Qualitäten ihrer Architektur herauszustellen und um Verständnis für deren Erhaltung und die Belange der Denkmalpflege zu werben.

»Nicht wegwerfen« steht auf dem Titelblatt der Broschüre. Für viele Glanzstücke aus den Fünfzigern kommt dieser Ruf zu spät. Eine kaum zu bremsende Renovierungswelle erfaßt gegenwärtig die Bauten der Epoche und entstellt in aller Regel ihr Gesicht. Weggeworfen werden vor allem die Fenster, schmale, elegante Stahl- oder Metallverbundkonstruktionen, die inzwischen korrodiert oder mit vielen Lackschichten verkleistert sind, sich verzogen haben und undicht wurden. Eine Aufarbeitung ist zu teuer, und überdies entsprechen diese Fenster nicht annähernd den heutigen wärme- und schallschutztechnischen Anforderungen. Wer mag es dem Eigentümer verdenken, wenn er sie durch moderne Kunststoffenster ersetzt. Die Fassade zeigt freilich hinterher ein völlig anderes Bild. Verschwunden sind Eleganz und feinnervige Proportionen, die häufigsten Qualitäten dieser Architektur.

Auch die Wände, die dünnen Stützen, Vordächer und Treppen sind kaum zu halten. Die damals beliebten Rohrstützen gelten nicht mehr als feuersicher, die Betonbauteile sind zu dünn, die Bewehrung mangelt der ausreichenden Betonüberdeckung, die Mosaikfassaden erzeugen »Steinschlag«, verschaffen Eigentümern und Nutzern wahre Alpträume. Auch den Denkmalschützern und Denkmalpflegern, die inzwischen mit der jüngsten ihnen anvertrauten Epoche alle Hände voll zu tun haben.

Unterstützt werden sie von einem Forschungsschub, an dem die Verfasser durch weitere Arbeiten einigen Anteil haben. Vor allem mit der Legende von der »Stunde null« wurde inzwischen gründlich aufgeräumt. Kontinuitäten in Architektur und Städtebau über die gesamte Nationalsozialisten- und Kriegszeit hinweg wurden herausgearbeitet, aber auch die Ansätze wirklich neuen Beginnens, orientiert zunächst an Amerika, dann an Beispielen aus der Schweiz und Skandinavien.

Die vorliegende Broschüre faßt die jungen Erkenntnisse in knappen Texten zusammen, informiert durch Bildtexte, vor allem aber durch die Bilder selbst. Sie schildert die Ausgangssituation nach dem Krieg, die neuen und alten städtebaulichen Leitbilder und die Architekturentwicklung in verschiedenen Regionen, bei den unterschiedlichen Bauaufgaben bis hin zu den köstlichen, zuweilen skurrilen Baudetails. Sehr rasch bekommt man durch das Studium des Buchs einen Blick für die Eigenheiten der Epoche, vermag selbst zu erkennen, zu datieren. Man wird zum Kenner, zum Liebhaber – der Zweck der Publikation ist erreicht – wieder einmal, muß man sagen, denn das Nationalkomitee hat eine glückliche Hand bei der Herausgabe solcher Informationsschriften.

Berlin Falk Jaeger

Hartwig Beseler / Niels Gutschow, *Kriegsschicksale Deutscher Architektur – Verluste, Schäden, Wiederaufbau, Neumünster: Karl Wachholtz 1988, Zwei Bände, 1592 S., 3400 Abb., DM 195,–.*

»Betreten verboten. Denkmalschutz«, mit diesem Schild wurden die Überreste ehemals bedeutsamer Kulturdenkmale vor weiterer Verwüstung geschützt, damals, nach dem Bombenkrieg, als man die Ruinen wegräumte und noch brauchbares Baumaterial einer neuen Verwendung zuführte. Das Ausmaß der Kriegszerstörungen in Deutschland ist wohl auch den Jüngeren einigermaßen bewußt. Nicht nur die mittlerweile ins Abstrakte entrückte Zahl von 40 Millionen Toten des Zweiten Weltkriegs ist ständige Mahnung an die nachfolgenden Generationen, sondern auch die Narben, Brüche und Schneisen, die noch nach dem abgeschlossenen Wiederaufbau im Bild vieler Städte unübersehbar bleiben.

Auch die Verluste, die erst nach dem Krieg durch das große Aufräumen und beim Wieder-

aufbau entstanden sind, werden in dem hier anzuzeigenden Werk dokumentiert. Das unterscheidet es von einem ähnlich angelegten, gleichermaßen verdienstvollen Doppelband, der bereits vor einem Jahrzehnt in der DDR erschien, und in dem der unrühmliche endgültige Untergang des Berliner Stadtschlosses oder der Bauakademie von Schinkel lapidar mit den Worten »Ruine 1950/51 (bzw. 1962) beseitigt« vermeldet wird. Hartwig Beseler, früher Landeskonservator in Kiel, und der Bauhistoriker Niels Gutschow zeigen hingegen auch Nachkriegsbilder keineswegs rettungslos zerstörter Bauten wie das Residenzschloß in Braunschweig oder der Anhalter Bahnhof in Berlin, das Rathaus in Stuttgart oder das berühmte Fotoatelier Elvira (Jugendstil) in München, beschreiben mancherlei rigorose Totalsanierungen und Umbauten der fünfziger und sechziger Jahre. So wird deutlich, daß die heute zu beklagenden Verluste nicht nur den Bomben zuzuschreiben sind.

Kaum zu ermessen ist der Arbeitsaufwand der beiden Herausgeber, vor allem aber der Redaktion (Frauke Kretschmer) und der 65 »Berichter«, Kunsthistoriker und Architekten, die das Material zu den beiden Bänden zusammengetragen haben. Das Bundesforschungsministerium hat die dreijährigen Arbeiten mit einer halben Million Mark gefördert, die Messerschmitt Stiftung hat letzte Lücken gefüllt.

Es entstand eine Art »Negativinventar«, mit Beschreibungen, historischen Fotos und Verweisen auf weiterführende Literatur. Die kompakte Darreichung dieses Inventars darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Anspruch auf Vollständigkeit nicht einlösbar ist. Allein das Kapitel Berlin hätte wohl, mit den Kriterien der anderen Kapitel bearbeitet, einen Band für sich ergeben. Naturgemäß sind gerade jene Bauten, die erst jüngst ins Blickfeld der Denkmalschützer und Inventarisatoren gerückt sind (Technik, Industrie) und deshalb in der Literatur noch nicht ihren angemessenen Niederschlag fanden, in einem solchen Werk etwas unterrepräsentiert. Das Erscheinungsjahr kann beim vorgegebenen redaktionellen Umfang auch nicht als Stichdatum gesehen werden. Aktuelle Entwicklungen, etwa der im vergangenen Jahr erfolgte Abriß und Wiederaufbau der ehemaligen Japanischen Botschaft in Berlin, konnten nicht immer Aufnahme finden.

Wohl handelt es sich bei dieser Publikation um eine »wissenschaftliche Text- und Bilddokumentation«, indes, zwang die erst an den Grenzen der Bundesrepublik und West-Berlins endende Überschau zu Beschränkung und Schematisierung, wird der Wissenschaftler im Einzelfall andere Publikationen zur Hand nehmen müssen; Hinweise dazu findet er bei Beseler/Gutschow.

Ganz unwissenschaftlicher Informationshunger wird am besten befriedigt. Lese- und Schaulust treiben durch das zweibändige Werk; es ist die ideale und unverzichtbare Ergänzung zum Reclam- oder Dehio-Kunstreiseführer. Es relativiert die Architekturerfahrung vor Ort: so viel Gesehenes ist nicht gar nicht originär, so viele städtebauliche und architektonische Zusammenhänge zerstört oder verfälscht. Ein Buch für Realisten und gegen Altertümelei und Nostalgieseligkeit.

Berlin — Falk Jaeger

Georg Dehio / Alois Riegl, *Konservieren, nicht restaurieren – Streitschriften zur Denkmalpflege um 1900, Bauwelt Fundamente 80, Braunschweig/Wiesbaden: Vieweg 1988, 312 S., DM 29,80.*

»Eine gemeinsame Publikation, wie die hier vorliegende, hätten wohl beide Autoren abgelehnt«, schreibt Marion Wohllebe in ihrem fast hundert Seiten langen »Vorwort«, wohl wahr! Doch wäre, um der Sache willen, Pietät nicht am Platz. Vielmehr ist es sehr verdienstvoll, die oft zitierten, aber schwer zugänglichen Texte neu herausgegeben zu haben. Norbert Huse, der vier Jahre zuvor »Denkmalpflege – Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten« präsentierte, hat ja nur Auszüge abgedruckt.

Nun also die Wortführer einer neuen Theoriediskussion im Original. Dabei ist die Forderung »konservieren, nicht restaurieren« natürlich nur

Destillat einer Debatte, die in Deutschland erst recht spät einsetzte, hatte John Ruskin in England doch schon fast drei Jahrzehnte zuvor mit dem Finger auf den »vandalisme restaurateur« eines Viollet-le-Duc gezeigt. Dehio und Riegel waren sich durchaus nicht einig, kamen jedoch, wie Marion Wohllebe empfindet, zu übereinstimmenden Entscheidungen für die Praxis.

Dehio, der Pragmatiker, verstand Denkmalpflege als eine Art angewandte Architekturgeschichte, indes nicht als Unterabteilung der Bildenden Kunst, sondern als Geschichtswissenschaft. Das von deutsch-nationalen Gefühlswerten bestimmte Klima an seiner »Reichsuniversität« Straßburg blieb nicht ohne Einfluß auf seine Arbeit, konnte jedoch seine Kritikfähigkeit nicht verschütten. So lehnte er den Wiederaufbau des Ottheinrichsbaus entschieden ab, mit dem national gesinnte Kräfte die »Schande« der Zerstörung des Heidelberger Schlosses durch die Franzosen tilgen wollten.

Die »Schloßdebatte« bot Anlaß und Gelegenheit, exemplarisch, aber auch grundsätzlich Positionen der Denkmalpflege zu definieren und zu diskutieren. Dehio lieferte seinen Part mit der hier abgedruckten Streitschrift »Was wird aus dem Heidelberger Schloß werden«. Er bekämpfte die Sünden der »schöpferischen Denkmalpflege« der vergangenen Jahrzehnte, die nicht nur häufig genug Originalbefunde zerstörte und somit Denkmale unwiederbringlich beseitigte, sondern auch durch spekulative Rekonstruktionen Fiktionen einer zeitgemäß interpretierten Vergangenheit aufbaute. Seine Forderung nach möglichst schonender Konservierung statt Restaurierung der auf uns gekommenen Originalsubstanz ist heute, vor dem Hintergrund einer neuen Rekonstruktionswelle, als Richtschnur für die Denkmalpflege so aktuell wie damals. Schon damals erwog er für sein Fachgebiet sozialistisch orientierte Forderungen nach »Beschränkung des Privateigentums«, um der Gefährdung und vor allem der Entfernung von Kulturgütern aus ihrem angestammten Kontext Einhalt zu gebieten. Solches hat er 1905 in seinem programmatischen Vortrag »Denkmalschutz und Denkmalpflege im 19. Jahrhundert« geäußert. Vor dem heutigen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Hintergrund ist Dehios Leistung kaum angemessen zu würdigen. So hat er zum Beispiel den historischen Wert des Denkmals als »letzten Beweggrund« der Denkmalpflege postuliert und somit das moderne, von ästhetischen, politischen oder wirtschaftlichen Kriterien »gereinigte« Denkmalverständnis begründet. Fast unnötig zu erwähnen, daß schon Dehio das Defizit der Praxis durch bessere Ausbildung, unter anderem durch Etablierung an den Hochschulen, forderte, weil er nur zu genau wußte, daß nur das Wissen zur Wertschätzung und damit zur Erhaltung führt. An diesem Defizit hat sich seit Dehio (leider) nichts geändert.

Alois Riegl gab sich weniger praxisbezogen. Er versuchte mit seiner Arbeit, ein abgeschlossenes Theoriegebäude zu erstellen. Marion Wohlleben charakterisiert den Text als »unwegsam« und beschreibt die Probleme der Interpreten mit den »verschiedenen Ebenen der strengen, doch nur scheinbaren Systematik der Denkmalwerte, der teilweise eigenwilligen Terminologie, besonders aber der hinter allem stehenden Geschichtsphilosophie Riegls«, auf die sich einzulassen auch Riegls Biographen Mühe hatten.

Riegl definierte eine Vielzahl von »Denkmalwerten«, gipfelnd im »Alterswert«, die sich oft überlagern, miteinander konkurrieren, sich gar ablösen. Aus der Erneuerungswut und den Stilpurifizierungen des 19. Jahrhunderts lernend, erkannte er den Wert der Altersspuren, nicht nur als schützenswerte Urkunden und Belege, sondern vor allem als Beweise für die Einbindung in die Gesetzmäßigkeiten der Natur. (Der Schritt vom Kulturdenkmal zum Naturdenkmal ist bei Riegl nur ein kleiner.) Das Denkmal wird zum Kultgegenstand, bei dem sich jegliche Eingriffe in den natürlichen Verfallsprozeß verbieten. So gelang es Riegl nicht, seine auf Systematik angelegte und alle Teilaspekte logisch erklären wollende Theorie mit der denkmalpflegerischen Praxis in Übereinstimmung zu bringen.

Kaum eine wissenschaftliche Disziplin hat seit ihren Anfängen so wenig Weiterentwicklung erlebt wie die Denkmalpflege. Grundlegend Neues ist seit John Ruskin, Georg Dehio und Alois Riegl kaum mehr formuliert worden, lediglich die Verhältnisse haben sich öfter mal gewandelt

und mit ihnen das Interesse der Gesellschaft an ihren Denkmalen. Mit Dehio und Riegl im Gepäck läßt sich noch immer jeder Festvortrag und jedes einschlägige Symposion bestreiten.

Berlin Falk Jaeger

Wolfgang von Hippel / Ute Mocker / Sylvia Schraut, *Wohnen im Zeitalter der Industrialisierung. Esslingen am Neckar 1800–1914, in: Esslinger Studien 26 (1987), hrsg. vom Stadtarchiv Esslingen am Neckar, Sigmaringen: Thorbecke, Seite 48–108, 88 Abb.*

Der Anschluß an das Eisenbahnnetz 1845 und die Gründung der Maschinenfabrik Esslingen im Jahr darauf wirkten sich als Grundlage der Industrialisierung Esslingens aus und wandelten die einstige handwerklich-agrarisch geprägte Reichsstadt in eines der frühesten Industriezentren des Königreichs Württemberg um. Da die Einwohnerzahl der Stadt von Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg von 7000 auf 32000 Menschen anwuchs und sich das bebaute Areal erst seit den 1880er Jahren kräftiger über das alte Stadtgebiet hinaus ausdehnte, könnte nach Einsetzen der Industrialisierung für Esslingen ein beträchtlicher Wohnungsnotstand angenommen werden. Die Untersuchung, die von Hippel und seine Mitarbeiterinnen über die Esslinger Wohnverhältnisse in der Früh- und Hochindustrialisierung vornahmen, läßt aber erkennen, daß die Wohnungsprobleme sich weit weniger dramatisch entwickelten. Einen wesentlichen Grund, der zu dieser relativ günstigen Situation führte, machen die Autoren in der Struktur des Industriestandortes Esslingen aus: die Bevölkerungsverdichtung im mittleren Neckarraum rief ein lebhaftes Pendlerwesen hervor, das den Wohnungsmarkt der Stadt erheblich entlastete. Seit den 1880er Jahren hielt das Wachstum des Wohnungsangebots mit dem des Bevölkerungsanstiegs in der Stadt Schritt.

Die alten Stadtteile behielten in Esslingen das Schwergewicht der Infrastruktureinrichtungen – das Gegenteil wäre, gemessen an der Entwicklung anderer Städte, verwunderlich gewesen. Daß es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts an einer »kommunalpolitisch vorgesteuerten Zonenbildung« fehlte (S. 100), war auch nicht Esslingen anzulasten, sondern betraf alle Städte. Die Ansiedlung der Fabriken an der Peripherie wirkte sich auf die Bauweise der Wohnhäuser aus: im östlichen wie im westlichen Stadterweiterungsgebiet erreichten die vier- und fünfstöckigen Häuser rd. 50% des Gesamtbestandes. Vor allem im Bahnhofsviertel setzte sich der großangelegte Mietwohnungsbau durch. Darüber darf aber nicht vergessen werden, daß in allen Stadtvierteln die Wohnhäuser mittlerer Größe vorherrschten, die drei bis sechs Haushalten Platz boten. Etwa vier Fünftel der Esslinger wohnten bis 1914 zur Miete. Nur wenige Stadtviertel boten vorwiegend Unterschichtsangehörigen Wohnraum, viele wurden gleichermaßen von Unterschicht und Mittelschicht geprägt, und in einigen, wie dem Bahnhofsviertel und Teilen der westlichen Stadterweiterung, stellten sogar städtische Ober- und Mittelschicht die Hälfte der Bewohner. Eine Segregation auf Stadtviertelebene prägte sich in Esslingen nicht aus, allenfalls auf der kleinräumigen Ebene von Straßenabschnitten. Interessant sind die Ergebnisse, welche die Verfasser in ihre Untersuchung über die Wohnstandards und Wohnungsausstattungen erzielen. So können sie den einzelnen Sozialschichten bestimmte Haustypen z. T. von regionaler Eigenart zuordnen: die Kleinbürger bevorzugten das traditionelle bäuerliche Weingärtnerhaus, der alte Mittelstand das Bürger- und Handwerkerhaus, die Angehörigen der wohlhabenden Schichten und der gehobenen Mittelschicht das überlieferte »Großbürgerhaus« und das moderne komfortable Mietwohnungshaus, die Fabrikanten die Villa und die Arbeiter das Wohnhaus mit Kleinwohnungen. Von Wohnungselend konnte offensichtlich nicht die Rede sein: ein ungelernter Fabrikarbeiter mußte ja nur zwischen 10 und 20% seines Einkommens für die Miete ausgeben, und Schlafstellen wurden schon seit 1875 weitgehend von möblierten Zimmern verdrängt. Außerdem

lag das Mietniveau deutlich unter dem der Nachbarstädte.

Bei aller Bewunderung für die Exaktheit der Analyse – die Verfasser gingen hauptsächlich mehrere Jahrgänge des Esslinger Adreßbuches durch und werteten sie mit Hilfe der EDV aus –, bleibt im Leser ein leichter Anklang der Ratlosigkeit zurück. Handelt es sich bei dieser Studie nicht um ein typisches Beispiel dessen, was man (abwertend) als »Parochialgeschichte« bezeichnet hat? Für die Esslinger Lokalgeschichte und die Geschichte des mittleren Neckarraumes birgt sie indes wesentliche neue Erkenntnisse, die unseren Wissensstand erheblich erweitern, und von der herkömmlichen Heimatgeschichte unterscheidet sie die unumstritten wissenschaftliche Methode der modernen Sozialgeschichte, die von Hippel und seine Mitarbeiterinnen souverän beherrschen. Die Methode ist ihnen anscheinend wichtiger als der Gegenstand. Aber dennoch: Wir werden erst dann zu wirklich tragfähigen Aussagen über die Wohnungsfrage in der Zeit der Industrialisierung kommen, wenn eine Vielzahl solcher Einzelstudien, wie die hier vorgestellte, durchgeführt wurden. Im Gegensatz zu der Situation, die uns aus vielen Großstädten bekannt ist, war das Wohnungsproblem in einer mittelgroßen Stadt wie Esslingen nicht besonders gravierend. Dieser abweichende Befund allein gibt der vorliegenden Untersuchung ihren Wert.

Münster/Dortmund Wolfgang R. Krabbe

Gerhard Fehl *(Hrsg.), Werksiedlungen im Aachener Revier. Dokumentation zur Wanderausstellung, Aachen: Lehrstuhl für Planungstheorie RWTH Aachen 1988.*

Das Zentrum dieser Publikation bildet eine umfassende und sehr sorgfältig recherchierte Dokumentation von nahezu 20 Werksiedlungen im Aachener Raum aus der Zeit von 1774 (Werkswohnungen der Zeche Pumpe in Eschweiler) bis in die Dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts. Mit den zahlreichen Abbildungen, Grundrissen und Plänen und kurzen informativen Erläuterungen wird zum einen die bauliche Erscheinung in ihren jeweiligen historischen Phasen, aber auch ihre heutige Aneignung anschaulich dargestellt.

Ergänzt wird diese Dokumentation durch vertiefende Aufsätze. So werden die Motive zur Herstellung der Werkswohnungen (Fehl), ihre bauliche und soziale Qualität in der Aneignung durch die Bewohner (Kraft) und mögliche Erhaltungsstrategien (Rau) erforscht und diskutiert:

In der Untersuchung der historischen Entwicklung von Industrie und Werksiedlungen im »Aachener Revier« analysiert Fehl den dreifachen instrumentalen Charakter der Siedlungen innerhalb der Unternehmenspolitik. Sie sind, wenn man seine einleuchtenden Erkenntnisse zusammenfaßt, 1. aus der feudalen Gutswirtschaft hergeleitet ein »System paternalistischer Fürsorge«, mit dem die Unternehmer die Lebensweise ihrer Arbeiter bestimmen wollten; sie haben für die Unternehmer 2. die betriebswirtschaftliche Funktion, den Produktionsfaktor Arbeit herzustellen, indem sie quantitativ und qualitativ den wechselnden betrieblichen Erfordernissen angemessen stets ausreichend und geeignete Arbeiter zur Verfügung hielten und sie dienten 3. in ihrer ästhetischen Wirkung der Herstellung eines ruhigen Familienlebens (1860–1890), der Verbürgerlichung und Herstellung einer Arbeiter-Aristokratie (Jahrhundertwende) und schließlich der Umformung von Klassenbewußtsein in eine ständische Identität (ab 1910).

Fehls Aufsatz verschafft einen klaren, weil wesentliche Tendenzen hervorhebenden Überblick über die Entwicklungsschritte im Arbeitersiedlungsbau, die nicht nur für den Aachener Raum gelten; mit seiner Analyse arbeitet er zudem der Romantisierung der Siedlungen entgegen.

Während Fehl Siedlung und Bewohnung als Objekt unternehmerischer Betriebsführung analysiert, geht Kraft auf dingliche Qualität und subjektive Aneignung ein. Sie erläutert Nutzungsflexibilität, die sie in der Gleichwertigkeit der Räume und im Vorhandensein von Reserveflächen begründet sieht, den baulichen Zusammenhang von Innen und Außen, die bunte Vielfalt der Siedlungen und die in der Architektur

fundierte soziale Qualität, die vor allem im intensiven nachbarschaftlichen Leben und in der gemeinschaftlichen Selbsthilfe besteht; sie macht den Lesern die Siedlungen als »positives Gegenbild zum seelenlosen und anonymen Massenwohnungsbau« deutlich. Eine große Gefahr für die sozialen Qualitäten der Siedlungen sieht sie in einer Privatisierung, die – und das wird in der Dokumentation sehr anschaulich gezeigt – ästhetisches Konkurrenzdenken in der Gestaltung der Häuser, Zerstörung der sozialen Gemeinschaft und immense finanzielle und psychische Belastungen hervorrufen würde.

Dieser baulichen und sozialen Zerstörung stellt Rau »Strategien zur Erhaltung und behutsamen Bestandspflege« gegenüber; statt die Siedlungen abzureißen, sollte ihre behutsame Modernisierung angestrebt werden; statt die einzelnen Häuser zu privatisieren, sollten sie, wie bei der Rheinpreußensiedlung in Duisburg, in genossenschaftliches Eigentum überführt werden. Er schlägt vor, dabei sowohl die Mieter (Mietermodernisierung, Selbsthilfe, Mitbestimmung) wie die öffentliche Hand (finanzielle Sonderprogramme und kommunale Bauberatung) einzubinden.

Die Publikation wird für die Bewohner der Siedlungen nicht nur Grundlage sein, ihre zurückliegende »industrielle Heimatgeschichte« zu schreiben, wie Fehl in seinem Geleitwort ausführt; sie vermittelt m. E. darüber hinaus auch Konzepte, wie sie ihre zukünftige Geschichte machen können.

Von wissenschaftlicher und politischer Bedeutung ist diese erste umfassende Untersuchung der Siedlungen des Aachener Reviers, weil sie sich mit einem für diese Region sehr vernachlässigten Gegenstand beschäftigt. Somit wendet sie sich gegen eine denkmalpflegerische und bauhistorische Tendenz, regional nur bestimmte gesellschaftliche und architektonische Komplexe zu thematisieren sowie andere völlig auszugrenzen und so einen »genius loci historicus« erst herauszubilden. Ähnlich wie im Ruhrgebiet, um nur ein Beispiel zu nennen, einseitig Arbeiterkultur und -siedlungen betont werden, »Weimarer Republik« und »Neues Bauen« aber anscheinend nicht stattgefunden haben, so wurden beim Aachener Raum, in dem sich das im Vergleich zum Ruhrgebiet wesentlich ältere Revier findet, umgedreht Bergbau und Arbeitersiedlungen bisher verdrängt.

Diese Denkweise gefährdet in der Denkmalpflege den Erhalt einer dem tatsächlichen Geschehen angemessenen Quellenlage und verunmöglicht in der Folge objektive Baugeschichte. Dieser Herstellung von Geschichte durch wissenschaftliche Vernachlässigung und selektiven Abriß wirkt die Aachener Dokumentation entgegen.

Berlin — Eduard Führ

Axel Schildt, *Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg. Grindelberg 1945–1956 (Schriftenreihe des Hamburgischen Architekturarchivs), Hamburg: Christians 1988, 224 S.*

Das Buch untersucht die Planungs- und Baugeschichte der ersten und einzigartigen Wohnhochhausanlage in Deutschland, die ursprünglich für die Angehörigen der britischen Besatzungsmacht und Militärverwaltung vorgesehen war. Keine Reisebusse mit Touristen, die nicht in der Nachkriegszeit vor 35 Jahren an den Grindelhäusern in Harvestehude vorbeifuhren, am »Manhattan Hamburgs«. 45–50000 deutsche »civilians« hätten in einer Zeit größter Wohnungsnot noch aus Hamburg-Harvestehude evakuiert werden müssen, damit das »Hamburg-Projekt« der Briten hier im »West-End Hamburgs« hätte realisiert werden können.

Zunächst geheim ging die Suche nach einem geeigneten Standort vor sich, wie auch die Suche nach geeigneten Architekten. Sie sollten politisch nicht vorbelastet sein und so wurde eine Architekten-Arbeitsgemeinschaft ausgewählt, die zwar altersmäßig homogen war, aber weltanschaulich sehr unterschiedliche Standpunkte vertrat: B. Hermkes, R. Lodders, B. Hopp, R. Jäger, H. Ruscheweyh und H. Loop. Alle Architekten waren damals Mitglied im BDA; im »Dritten Reich« waren sie nicht »zum Zuge« gekommen und nun symbolisierten sie die Generation der jungen »Aufbauarchitekten«. In der Öffentlichkeit, in einer Zeit größter Wohnungsnot, erregte das Projekt, für das noch weitere Gebäude abgerissen werden sollten, heftige Proteste. Im englischen Unterhaus war von »Hamburgs riots« die Rede.

Im Frühjahr 1946 hatten die Architekten ihre Pläne fertig und es sollte mit dem Bau begonnen werden. Die Schwierigkeiten der Arbeitskräftebeschaffung und Materialorganisation sind aus heutiger Sicht kaum vorstellbar. Frebas (Fremde Bauarbeiter) und DPs (displaced persons) arbeiteten unter schwierigsten Bedingungen auf der Baustelle. Ende 1946 wurde das Projekt von den Alliierten infolge veränderter politischer Prioritäten eingestellt. Die geräumte Baustelle mit den Fundamenten übergab man dann den Hamburgern »zum eigenen Gebrauch« (67).

Nun setzte eine erneute Diskussion um das Projekt ein – ein prinzipieller Streit um Wohnhochhäuser und um die Nutzung der Baustelle. Ein Witz der damals kursierte, spielte auf die beauftragte Stahlbau-Firma an und lautete »Wann werden eigentlich die Hochhäuser zu Ende gebaut? Guck doch, da steht es ja: Spaeter« (70). Nach langen Kontroversen entschloß man sich dann doch zur Fortsetzung des Projektes. Zwischen 1949 und 1956 wurde es dann fertiggestellt – an den schwierigen Bedingungen änderte sich wenig. Im Frühjahr 1950 zogen die ersten Mieter ein – am Grindelberg wohnten aufgrund der relativ hohen Mieten und der finanziellen Beteiligung der Mieter kaum Arbeiter. Die Bewohner galten nach einer Untersuchung als »Träger moderner Lebensauffassungen«, als »bestimmte Art von Intellektuellen« – »unsentimental«, »freizügig und heimatlos«, von »allen Bindungen sich lösend« (138). So ergaben sich bei Wahlen auch deutliche Übergewichte der bürgerlichen Parteien vor der Sozialdemokratie. Heute stellt das Projekt eine innerstädtisch-attraktive Wohnanlage dar, in der immer noch ein Großteil der »Erstbezieher« wohnt.

A. Schildt hat für seine Studie eine Fülle von unbekannten Quellen und Materialien erschlossen, Gespräche mit Zeitzeugen geführt und vorzügliches Fotomaterial eingebaut. Damit ist eine gut lesbare Arbeit entstanden, die mit der Fallstudie Grindelhochhäuser auch weite Einblicke in die Verhältnisse der Nachkriegszeit ermöglicht.

Hamburg — Dirk Schubert

Wolfgang Radt, *Pergamon. Geschichte und Bauten, Funde und Erforschung einer antiken Metropole (DuMont-Dokumente), Köln: DuMont 1988, 401 S., DM 44,–.*

Pergamon, hellenistische Königsresidenz und römische Metropole im nordwestlichen Kleinasien, zählt zu den traditionellen Domänen deutscher archäologischer Forschungsarbeit im mediterranen Raum. Seit der Ausgrabung des berühmten Pergamon-Altars durch den Ingenieur Carl Humann in den Jahren 1878–1886 haben deutsche Archäologen in Pergamon nahezu kontinuierlich geforscht und dafür gesorgt, daß das Areal von Pergamon zu den am besten erschlossenen antiken Stätten in Kleinasien gehört. Seit 1971 leitet der Vf. des hier vorzustellenden Buches die Ausgrabungen des Deutschen Archäologischen Instituts in Pergamon, und man hätte sich gewiß keinen kompetenteren Autor wünschen können für die schwierige Aufgabe, in fachlich fundierter und zugleich allgemein verständlicher Form die Ergebnisse von jahrzehntelanger Forschungstätigkeit zu präsentieren.

Der Untertitel des Buches offenbart bereits das Streben des Vf. nach einer möglichst umfassenden Darstellung. Die archäologische Perspektive steht naturgemäß im Vordergrund, doch ist der Vf. auch bemüht, Pergamons politische, wirtschaftliche und kulturelle Rolle in der Alten Welt aufzuzeigen. Einleitend wird die Entdeckungsgeschichte behandelt (9–14) und ein Überblick über die topographische Situation gegeben (15–19). Es folgt ein auf mehrere Abschnitte verteilter Abriß der Geschichte Pergamons in helle-

nistischer, römischer und byzantinischer Zeit (20–55). Der archäologische Teil beginnt mit einer Beschreibung der Stadtanlage und der Entwicklung der Stadtmauern (73–82). Daran anschließend behandelt der Vf. die Burganlage mit den sog. Palästen (83–102), die Neubauten unter Eumenes II. und Attalos II. (103–105), die Straßen und Märkte (106–118) sowie die Wohnhäuser und Läden (119–130). Einen angemessen breiten Raum widmet der Vf. den zahlreichen Gymnasien von Pergamon (131–166) und speziell der aufgrund der topographischen Lage sehr problematischen Wasserversorgung der Stadt, die die Pergamener u. a. durch die technisch imponierende Installierung einer Hochdruckleitung bewerkstelligten (167–178). Viel Platz nehmen die Ausführungen zu den Heiligtümern von Pergamon ein (179–285), und hier finden selbstverständlich auch pergamenische Berühmtheiten wie der Große Altar (190–206), die sog. Rote Halle (228–239), das vom DAI erst kürzlich mit großem Aufwand restaurierte Trajaneum (239–250) sowie das außerhalb der Stadt gelegene Asklepios-Heiligtum (250–271) ausreichende Berücksichtigung. Den Abschluß des archäologischen Teils bilden Ausführungen über Theateranlagen, Stadion und Amphitheater (286–295) und über die freilich noch wenig erforschten Gräber (296–305). Der Abschnitt »Kulturgeschichtliche Streiflichter« (306–320) umreißt in aller Kürze die diversen Aktivitäten der Könige von Pergamon auf kultureller Ebene, vom Vf. zutreffend gedeutet als Ausdruck der Rivalität zu anderen hellenistischen Herrschern (306), wohl aber auch erklärbar als Versuch der Kompensation fehlender politischer Macht. Abgeschlossen wird das Buch durch einige Gedanken zu denkmalpflegerischen Aspekten einer Ausgrabung (324–332) und durch Kurzporträts der Ausgräber von Pergamon (»Männer, die Archäologiegeschichte machten«): Humann, Conze, Dörpfeld, Wiegand, Boehringer (333–359). Im Anhang findet man neben einer allgemeinen Bibliographie Spezialliteratur zu den einzelnen Kapiteln, ein sehr nützliches Glossar mit der Erläuterung archäologischer und kunsthistorischer Fachbegriffe und einen differenzierten Index.

Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich ohne Zweifel um ein sehr gelungenes Werk. Sachlich im Stil, klar in der Aussage und sorgfältig in der Methode, entwirft der Vf. ein umfassendes, auf der materiellen Hinterlassenschaft beruhendes Bild der antiken Metropole Pergamon. Der Leser profitiert dabei insbesondere von den praktischen Erfahrungen des Vf. als Grabungsleiter in Pergamon, und insofern gibt das Buch auch exemplarisch Einblick in die Möglichkeiten und Grenzen archäologischer Forschungsarbeit. Durch die vorzügliche Ausstattung mit Photos, Karten, Skizzen und Abbildungen gewinnt die Darstellung einen hohen Grad an Anschaulichkeit. Auch ohne eigene Kenntnis Pergamons kann der Leser daher die Ausführungen im Text mühelos nachvollziehen.

Besonders hervorzuheben sind zwei Kapitel, die den konventionellen Rahmen vergleichbarer Publikationen sprengen. Mit seinen Überlegungen zu denkmalpflegerischen Aspekten einer Ausgrabung hat der Vf. ein Problem angesprochen, das bisher viel zu wenig beachtet worden ist. Im Sinne der Erhaltung der antiken Kulturgüter wird man in Zukunft nicht mehr daran vorbeikommen, nach vernünftigen Lösungen zu suchen, die geeignet sind, die häufig divergierenden Interessen von Forschern, einheimischen Behörden, Reiseveranstaltern und Individualtouristen in Einklang zu bringen.

Mehr als nur einen Appendix stellt auch das Kapitel mit den Viten der Ausgräber von Pergamon dar. Zum einen liefert der Vf. hier ein lebendiges Stück Wissenschaftsgeschichte, zum anderen gelingt es ihm, auf engstem Raum hinter dem einzelnen Forscher sogar noch die facettenreiche Persönlichkeit sichtbar zu machen.

Daß bei aller Anerkennung für die Leistung des Autors einige kritische Anmerkungen nicht ausbleiben können, versteht sich bei einer derart weitgefaßten Untersuchung beinahe von selbst. Recht unbefriedigend ist vor allem die Skizze der politischen Geschichte Pergamons, bei der man den Eindruck hat, als habe sich der Vf. hier bloß einer Pflichtübung entledigt. Das Ganze wirkt etwas pauschal und plakativ, vor allem, was die Geschichte Pergamons in römischer Zeit betrifft (S. 42ff., z. B. S. 47: »So brachte das Zeitalter des Augustus Segen und Prosperität über Stadt und Land in Kleinasien«; S. 51 in bezug auf Konstantin: »Die Antike hatte aufgehört, ein neues Zeitalter begann.«). Viele Passagen müssen dem mit der antiken Geschichte Kleinasiens weniger vertrauten Leser unverständlich bleiben, dem, der sich auskennt, bieten sie nichts Wesentliches. Einem isolierten historischen Vorspann wäre wohl ein Verfahren vorzuziehen, bei dem anhand der einzelnen Monumente und Anlagen der historische Kontext, in den diese gehören, umfassend und plastisch vor Augen geführt werden könnte. Zu kritisieren ist ferner, daß der Vf. kaum einen Blick über sein Arbeitsgebiet Pergamon hinaus wirft und daher nicht deutlich wird, welche Besonderheiten und Eigentümlichkeiten Stadtanlage und Bauten von Pergamon aufwiesen oder in welcher Hinsicht die Anlage eher allgemein hellenistischen bzw. römischen Prinzipien folgte. Die topographische Situation mit dem dominierenden Burgberg hat gewiß manch pergamenische Eigenart bedingt. Auf der anderen Seite zeigt ein Vergleich mit anderen antiken Metropolen in Kleinasien, daß sich die Stadt sowohl unter den Attaliden als auch unter den Römern nach Gesichtspunkten entwickelte, die den üblichen Grundsätzen antiker Urbanistik weitgehend entsprachen.

Diese Anmerkungen sind jedoch keine grundsätzliche Kritik, eher Gedanken, die sich beim Studium eines Buches ergeben, das für sich in Anspruch nehmen darf, eine überaus kompetente und informative Aufarbeitung von über 100 Jahren archäologischer Forschung in Pergamon geleistet zu haben.

Stuttgart — Holger Sonnabend

GERHARD SCHWEIZER, *Zeitbombe Stadt. Die weltweite Krise der Ballungszentren, Stuttgart: Klett-Cotta 1987, 349 S., 16 Abb., DM 30,–.*

Ein beschleunigtes Wachstum der Städte in England im 18. Jahrhundert, in Deutschland, Frankreich und den USA im 19. und 20. Jahrhundert als Folge und Ausdruck der mit der Industrialisierung verbundenen Strukturveränderungen ist der Ausgangspunkt Gerhard Schweizers für seine Beschreibung der Krise der Städte. Sein Schwerpunkt sind dann im weiteren die neueren Entwicklungen in der Dritten Welt. Dort erhielt das Wachstum der Städte und der Strukturwandel in der Wirtschaft zusätzliche Dynamik durch die Fortschritte in Medizin und Hygiene und das damit verbundene rasche Bevölkerungswachstum. Die Folge davon: Die größten Städte und speziell jene mit den höchsten Wachstumsraten sind heute in den Ländern der Dritten Welt zu finden. Und nach den Prognosen, die Schweizer zitiert, wird diese Tendenz weiter anhalten.

Daß damit Probleme verbunden sind, hat der Autor erkannt und engagiert will er besonders Planer, Politiker und Betroffene (?) darauf aufmerksam machen (Einbandtext). Das ist natürlich eine sehr lobenswerte Absicht. Allerdings muß dies wohl mehr dem Bereich der Rhetorik zugeordnet werden, denn keine der drei Gruppen dürfte allzuviel Neues in dem Buch finden.

In dem zwischen Reisebericht und Auflistung von statistischen Angaben (meist aus deutschen Wochenzeitschriften entnommen) schwankenden Beschreibungen und Analysen der ausgewählten Städte, arbeitet der Autor immer wieder zielstrebig drei Faktoren als Ursachen aller Probleme heraus: Landflucht, Planungsfehler bei der Allokation der Industrie und Bevölkerungswachstum. Unabhängig von kulturellen und historischen Unterschieden zwischen den Städten gleichen sich daher die »Fallbeispiele«, bis herunter auf die Ebene einzelner Formulierungen.

Im einzelnen werden in fünf ausführlicheren Abschnitten vier indische Städte, Agra, Delhi, Bombay und Kalkutta, sowie Kairo, Fes und Sanaa (Nord Yemen) behandelt. Im folgenden Teil des Buches kann sich der Leser dann in kurzen Abrissen über die Situation in nicht weniger als 23 weiteren Städten oder Ballungsräumen rund um den Globus »informieren«.

Diese Beschreibungen illustriert der Autor mit aufgezeichneten Gesprächen, die er in beinahe allen Städten unter z. T. abenteuerlichen Umständen (114, 220) mit Betroffenen geführt hat (Taxifahrern, Jugendlichen, die sich als Frem-

denführer anbieten, Zufallsbekanntschaften in Teestuben), um die Tiefe des Strukturwandels oder die Meinung der Einheimischen zu belegen. Von Fall zu Fall werden dabei durchaus Besonderheiten und spezielle Probleme deutlich. So ist interessant, wenn Schweizer anspricht, daß sich in Bombay in den einzelnen Slums und Squatters die ethnische Vielfalt des Landes in einem Mosaik von in sich relativ homogenen Wohnvierteln wiederfindet. Oder wenn thematisiert wird, daß Sanaa einen Großteil seines Wachstums dem Verdienst nord-yemenitischer Gastarbeiter zu verdanken hat, die in den Ölstaaten am Persischen Golf arbeiten.

Im Überblick ist dann aber von diesen Details nicht mehr viel zu spüren. Die Situation in den beschriebenen Städten wird in Varianten, aber im Tenor übereinstimmend als eine Kombination gekennzeichnet, die aus unverstandener Modernität, blindem Wachstumsglauben und Korruption auf seiten der Regierenden und der Behörden, verbunden mit dem Aberglauben und der Naivität der Landflüchtigen in den Slums besteht, und in der sich die ungebildeten Massen in ihrem unreflektierten Zorn über die Zustände von den radikalen Parolen extremer Oppositioneller oder gar (noch schlimmer) orthodoxer islamischer Fundamentalisten einwickeln lassen (z. B. 178, 206, 236) und sich zu sinnloser Gewalt oder der Flucht in Trance und Magie (170) oder den Qat-Rausch (251) verleiten lassen.

Im Schlußkapitel schlägt Schweizer schließlich ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Problemlösung vor, das in seiner Differenziertheit und Aussagekraft seinen Fallanalysen durchaus entspricht: Dezentralisierung der Industrie, Bodenreform im Agrarbereich und Geburtenkontrolle – kurz, es sollen »ökonomische und kulturelle Bedürfnisse in Einklang« gebracht werden (327).

»Zeitbombe Stadt« ist ein Sachbuch, erhebt also keinen Anspruch wissenschaftlich zu sein und will, als Warnung gedacht, hauptsächlich aufrütteln. Wenn aber z. B. der brasilianischen Oberschicht bescheinigt wird, sie habe »geistig nie den Sprung vom Feudalzeitalter in die Moderne vollzogen« (269) oder die Katastrophe Lagos, der Hauptstadt Nigerias, darin besteht, daß sie »heute zu den schmutzigsten Städten der Welt« zählt (274), dann muß sich der Autor (vorgestellt als promovierter Kulturwissenschaftler) fragen lassen, ob als Grundlage für ein als Mahnung gedachtes Buch die Betroffenheit aus persönlichen Reiseerfahrungen, ergänzt durch Information aus Reiseführern und Zeitungsartikeln ausreicht. »Zeitbombe Stadt« kann, auch als Sachbuch, nicht als ernsthafter Beitrag zur Problematik des außer Kontrolle geratenen Städtewachstums betrachtet werden.

Freiburg — Robert Ziller

G. Gröning / J. Wolschke-Bulmann, *Der Drang nach Osten. Zur Entwicklung der Landespflege im Nationalsozialismus und während des Zweiten Weltkrieges in den »eingegliederten Ostgebieten« (Die Liebe zur Landschaft 3; Arbeiten zur sozialwissenschaftlich orientierten Freiraumplanung 9), München: Minerva 1987, 279 S., DM 44,–.*

Ähnlich wie in anderen Disziplinen, bei Juristen, Lehrern und Architekten, ist auch in der Freiraumplanung ein zunehmendes Interesse an der Geschichte der Fachdisziplin festzustellen. Auch hier gibt es noch keine umfassenden kritischen Auseinandersetzungen mit der jüngeren Fachgeschichte, die u. a. auch den häufig tabuisierten Abschnitt des Nationalsozialismus mit einbeziehen. Vor allem die »sechs Jahre während des Zweiten Weltkrieges, eine für die Professionalisierung von Aufgabenfeldern sehr kurze Phase, markieren einen besonders wichtigen Zeitraum in der Entwicklungslinie von der Gartenkunst zur Landespflege. In dieser Zeit wurden von Fachleuten verschiedener Disziplinen auch die Aufgaben der Landespflege endgültig umrissen«. (VII)

Die zunehmende Bedeutung der Freiraum- und Landschaftsplanung steht dabei in engem Zusammenhang mit der deutschen Tradition des

»Dranges nach Osten« und mit einem der furchtbarsten Kapitel deutscher Geschichte, der »Eroberung neuen Lebensraumes im Osten«, im Zweiten Weltkrieg.

Nach einer Skizze des biographischen Umfeldes der wichtigen Planer wie Himmler, Meyer, Christaller, Wiepking und Umlauf, die häufig (klein-)bürgerlichen Jugendbewegungen und agrar-romantischen Siedlerbewegungen nahestanden, wird die Institutionalisierung der Freiraumplanung und Landespflege als Planungsdisziplin im Verwaltungsgeflecht des Nationalsozialismus beschrieben.

Die Aufgabe der Landespflege sah dabei gleich nach Beendigung der Kampfhandlungen in Polen vor, »die erforderlichen Kartengrundlagen für die Erfassung der natürlichen Ertragsfaktoren zu erarbeiten« (78). Die »eingegliederten Ostgebiete« waren nicht nur Objekte langfristiger Planungen, »sondern vor allem auch kurzfristiges Ausbeutungsobjekt, dessen Ressourcen möglichst noch während des Krieges genutzt werden sollten« (77). Ziel der Planungen war eine ›Aufsiedlung des deutschen Ostens‹ mit einer »totalen völkischen Erschließung dieses Raumes« (101), wie es der Leiter der Hauptabteilung Städtebau und Wohnungsplanung im Reichsheimstättenamt der DAF Neupert 1940 formulierte.

Planungsmodell für die künftige Siedlungsstruktur war das maßgeblich von Christaller erarbeitete Konzept der »Zentralen Orte«. Christaller selbst interpretierte seine Idee als Verkörperung des Führerprinzips. »Führer und Gefolgschaft sind die notwendigen Elemente jeder Gemeinschaft; diese Gemeinschaften werden in den Raum gestellt und hier verwirklicht, so daß es hier führende und folgende Siedlungseinheiten gibt« (90).

Für die Landschaftspflege wurden »Landschaftsregeln« aufgestellt, und Himmler selbst kümmerte sich um die Anpflanzung »dreigliedriger Eschen« als »heiliger Bäume«. Landschaftsgestalter Prof. Wiepking-Jürgensmann schrieb 1940: »Ein deutsches Dorf kann immer nur ein grünes Dorf sein. Hierin unterscheiden sich unsere Dörfer von denen vieler anderer Völker. Je grüner ein Dorf ist, um so deutscher ist es.« Und: »... kein Volk der Welt ist wohl pflanzenhafter mit einer lebensbejahenden und schönen Umwelt verwurzelt, als ein germanisches« (127). Diese biologistischen Vorstellungen sahen den Menschen analog den Pflanzen im Boden verwurzelt und unterstellten eine mystische Beziehung zur Natur. Die 1942 entwickelten »Landschaftsregeln«, die sich in einer »Landschaftsfibel« niederschlugen, funktionalisierten die Landespflege gleichzeitig als »Wehrlandschaft«.

Schließlich wird in dem Buch auf die Realisierung landespflegerischer Maßnahmen eingegangen und eine »totale Landespflege« als Endpunkt der fachlichen Entwicklung im Nationalsozialismus dargestellt. Die Landschaftsgestaltung als »Fachplanung« wurde dabei auf die gleiche Stufe wie Städtebau und Verkehrsplanung gestellt. Aber, so resümieren die Autoren: »In der bisher ansatzweise erfolgten historischen Aufarbeitung der ›Ostplanung‹ scheint uns manchmal eine Überschätzung der Bedeutung der Reichsstelle für Raumordnung vorzuliegen. Die eigentliche Durchführung der Planung und vor allem die besseren Durchsetzungsmöglichkeiten lagen beim Reichskommissar Himmler und damit bei der Landespflege« (194).

Stellungnahmen zu dem Buch, von zwei damals »beteiligten« Persönlichkeiten, ein Personen- und Sachregister machen das Buch zu einer spannenden Lektüre.

Hamburg — Dirk Schubert

Hans Weiss, *Die unteilbare Landschaft. Für ein erweitertes Umweltverständnis, Zürich/Wiesbaden: Orell Füssli 1988, 192 S., 32 Abb., DM 34,80.*

So langsam dämmert es uns: das Dilemma ist da, die unendliche und unerschöpfliche Natur ist doch endlich, ist doch erschöpflich. Landschaft, dieser große Rahmen, in dem sich unser persönliches Leben, unsere Kultur und unsere Geschichte, mithin unser Sein abspielt, ist plötzlich nicht mehr allein speisende Substanz, sondern wird mehr und mehr auch Produkt.

»Macht Euch die Erde untertan« lautet eine biblische Aufforderung an die Menschen, und so, wie wir es betrieben haben, sind wir fast am Ziel und erkennen, daß das Ziel das Ende ist. Was nun, was tun? Hans Weiss stellt sich dieser Frage in seinem Buch »Die unteilbare Landschaft«. Er nimmt eine umfangreiche bewertende Bestandsaufnahme vor und beschreibt die Problematik in unserem Denken, in der Reflexion unseres Denkens, in den von uns geschaffenen Entscheidungs- und Handlungsmechanismen, schließlich in unserem Handeln selbst und in den Ergebnissen dieses Handelns. In komplizierten Gedankengängen legt er Kapitel für Kapitel den Finger in die Wunde, diagnostiziert, doziert und geht zum nächsten Kapitel über, sagt wieder sehr viel sehr treffendes, oftmals nicht ohne den säuerlichen Unterton des ungehörten Propheten, usw., usw. Das Lesen ist mühsam. Sicherlich ist der Thematik mit Schlagworten nicht beizukommen, aber etwas eingängiger hätten die Sätze schon sein können. Die Überschriften sind in dieser Hinsicht vielversprechend und lassen vermuten, daß der Autor neben seinem hier ausgebreiteten Wissen auch über ein einfaches und klares Verständnis der Problematik verfügt, aber in der Regel erfüllt der Text die durch die Überschriften gesetzten Erwartungen nicht. Das fängt mit dem Titel des Buches an: »Die unteilbare Landschaft« – da tauchen Gedankenfetzen auf, die das ganze Spektrum vom künstlerischen bis zum ingenieursmäßigen Umgang mit der Landschaft umspannen, von Christos »running fence« bis zur Magnetschwebebahn, Läuterndes und Atemberaubendes, Faszinierendes und Schreckendes. Aber warum das Buch seinen Titel trägt, ist mir bis zur letzten Seite verborgen geblieben. Neben all den Recherchen, Zitaten und Definitionen fehlt die eigentliche Aussage des Buches. Der Autor weiß dieses und geht in seinem abschließenden Ausblick auch darauf ein, indem er sich mit Forderungen und Postulaten zurückhält, um nicht »Wasser in den Rhein zu tragen«, wie er sagt. Wahrscheinlich hat er auch hiermit recht, nur was nützt es?

Das Buch heischt Achtung, aber es begeistert nicht.

Hannover — Eggert Sass

Wir bitten um Beachtung der beiliegenden Prospekte.

Einbeck

malerisches Mittelalter, reizvoll und sehenswert



Ein lohnendes Ausflugsziel im Leinebergland zwischen Harz und Solling an der Bundesstraße 3 Hannover-Göttingen.

Die siebenhundertjährige Bier- und Hansestadt, der das Bockbier seinen Namen verdankt (aus „Ainpöckisch Pier" wurde im süddeutschen Volksmund „Ein Bockbier"), freut sich auf Ihren Besuch!

Über 120 spätgotische Bürgerhäuser aus dem 16. Jahrhundert mit reich bemalten Schnitzornamenten, vielfach noch in geschlossenen Zeilen, und eindrucksvolle Teile der Stadtmauer mit Wehrtürmen, Wall und Graben laden ein zum Bummeln und Träumen und bilden reizvolle Motive für den Foto- und Filmfreund.

Ältestes datiertes Chorgestühl Deutschlands (1288) in der Stiftskirche St. Alexandri. Modernes Heimatmuseum in Patrizierhaus aus dem Jahre 1548. Gepflegte Fußgängerzone mit vielen ansprechenden Geschäften und Einkaufsmöglichkeiten. Seit 350 Jahren Einbecker Blaudruck (kunsthandwerklicher Stoffdruck mit alten Holzmodeln). Fahrrad-Museum: historische Fahrradsammlung von 1817 bis zur Gegenwart. Behagliche Gaststätten und Hotels (Bier-Spezialitäten). Beheiztes Frei- und Hallenbad.

Auskünfte und Prospekte: Stadt Einbeck, Fremdenverkehrsamt, Rathaus, 3352 Einbeck 1, Telefon (0 55 61) 31 61 21

16. Jahrgang

2-3/89



Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege

Vergangenheit als Verantwortung

Otto Borst zum Fünfundsechzigsten

Kohlhammer

Herausgegeben von Hans Schultheiß

ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt, Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,–; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,– einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,– einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 7863 1. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

Vergangenheit als Verantwortung

Otto Borst
zum
Fünfundsechzigsten

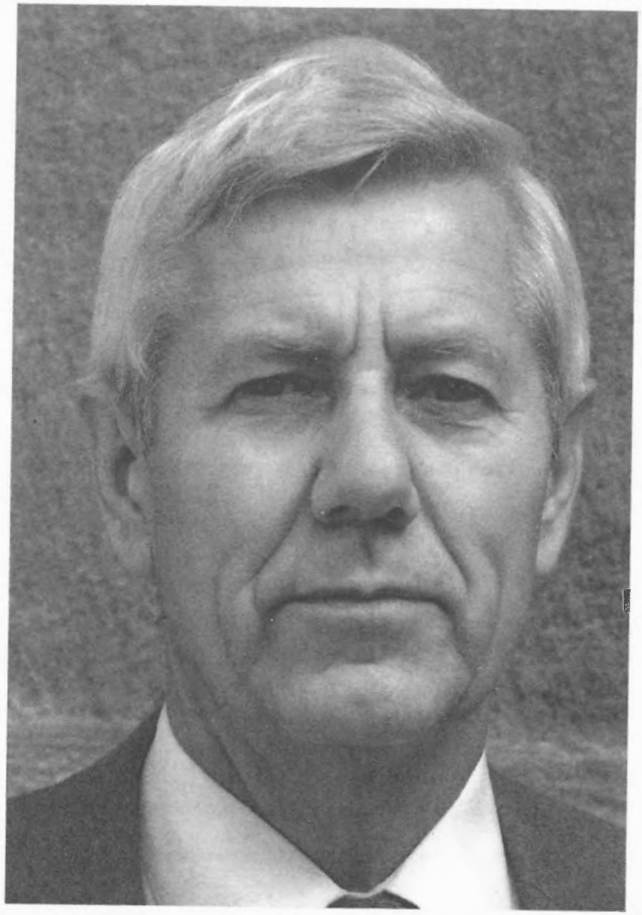
Vergangenheit als Verantwortung

Otto Borst zum Fünfundsechzigsten

Herausgegeben von Hans Schultheiß

Mit Beiträgen von
Gerd Albers, Helmuth Albrecht, Hans Paul Bahrdt,
Heide Berndt, Helmut Böhme, Peter Breitling,
Wolfram Fischer, Andreas Gestrich, Evald Gustaffson,
Ulfert Herlyn, Burkhard Hofmeister, Eberhard Jäckel,
Rainer Jooß, Hermann Kellenbenz, Harald Kleinschmidt,
Volker Klotz, Hermann Korte, Dana Koutná-Karg,
Harry Kühnel, Axel Kuhn, Sönke Lorenz,
Hans-Martin Maurer, Cord Meckseper, Friedrich Mielke,
August Nitschke, Eckart Olshausen, Paulhans Peters,
Franz Quarthal, Dieter Rebentisch, Rainer Reinisch,
Wilhelm Ribhegge, Hellmut Richter, Dieter Sauberzweig,
Ernst Schirmacher, Helga Schüppert, Hans Schultheiß,
Holger Sonnabend, Wolfgang Stürner, Johannes H. Voigt
und Harald Winkel

Kohlhammer



Otto Borst

INHALT

HEIDE BERNDT, Statt eines Vorworts IX

HANS SCHULTHEISS, Vergangenheit als Verantwortung 137

DIE BEITRÄGE

Stadtplanungsgeschichte

HELMUT BÖHME, Stadtgestaltungslehre versus Stadtplanungswissenschaft. Zu den Anfängen der wissenschaftlich begründeten Stadtentwurfslehre 141

GERD ALBERS, Bewahrung und Wandel im Blickfeld der Stadtplanung 164

Stadtsoziologie

HERMANN KORTE, Statik und Prozeß. Rede vom Wesen der Städte 173

ULFERT HERLYN, Stadtsoziologie in der Krise? 186

HANS PAUL BAHRDT, Die Stadtstraßen als Kommunikationsfeld 196

Denkmalpflege

FRIEDRICH MIELKE, Denkmalpflege und Treppenforschung 208

EVALD GUSTAFFSON, Stadtsanierung und Denkmalschutz in Schweden 213

PAULHANS PETERS, Der Münchener Hofgarten und die Bayerische Staatskanzlei 220

HARRY KÜHNEL, Projekte für die Milleniumsfeier der Stadt Krems im Jahre 1995 229

Stadterneuerung

PETER BREITLING, Die alte Stadt – kein Thema mehr? 240

ERNST SCHIRMACHER, Können die alten Städte noch Lebenszentren der Gegenwart sein? 250

RAINER REINISCH, Stadtindividualität heute 261

HELLMUT RICHTER, Stadt und Stadtsanierung. Das Beispiel 271

16. Jahrgang Die alte Stadt Heft 2-3/1989

Stadtgeschichte

ECKART OLSHAUSEN, Stadt und Land, Griechen und Iranier, Könige und Priester. Zu den Herrschaftsverhältnissen im hellenistischen Pontos 287

HELGA SCHÜPPERT, Stadt und Dorf in Bild und Text des Eulenspiegel 294

SÖNKE LORENZ, Stuttgart auf dem Weg zur Landeshauptstadt: Die Residenz der Grafen von Württemberg 302

RAINER JOOSS, Reichsstädtisches Bürgertum am Ende seiner Epoche. Der Esslinger Bürgermeister Andreas Friedrich Weinland (1720–1796) 315

Städtische Kultur- und Geistesgeschichte

AUGUST NITSCHKE, Die Mauern der Städte werden höher. Zum bürgerlichen Selbstverständnis im Mittelalter 327

FRANZ QUARTHAL, Leseverhalten und Lesefähigkeit in Schwaben vom 16. bis zum 18. Jahrhundert 339

CORD MECKSEPER, Die norddeutsche und die süddeutsche Stadt 351

VOLKER KLOTZ, Singend setzen sie sich durch: Die lustigen Plebeyer von Madrid 364

Städtische Wirtschafts- und Sozialgeschichte

WOLFGANG STÜRNER, Technik im Mittelalter. Von den Ursachen ihres Aufschwungs .. 374

HARALD WINKEL, Der schwarze Tod. Folgen für Stadt und Land 383

HERMANN KELLENBENZ, Der Konkurs der Kraffter in Augsburg 392

WOLFRAM FISCHER, Die Entwicklung Berlins von der Verwaltungsstadt zur Industrie- und Dienstleistungsmetropole 403

Historische Stadtgeographie und Regionalplanung

BURKHARD HOFMEISTER, Stadtgeographie: Entwicklungsphasen und wechselnde Forschungsschwerpunkte 411

DIETER SAUBERZWEIG, Die Zukunft der Stadt im Regionalgefüge 421

16. Jahrgang Die alte Stadt Heft 2-3/1989

Landesgeschichte

AXEL KUHN, Württemberg und die Französische Revolution 435

HANS-MARTIN MAURER, Das Stuttgarter Gipfeltreffen von 1857 447

HARALD KLEINSCHMIDT, Japan, Baelz und Württemberg. Landesgeschichtliche Aspekte der deutsch-japanischen Beziehungen 463

WILHELM RIBHEGGE, Nordrhein-Westfalen als historische Landschaft 474

Zeitgeschichte

JOHANNES H. VOIGT, »Ehrentitel« oder der Streit zwischen der Firma Bosch und der Technischen Hochschule während der Zeit des Nationalsozialismus 488

DIETER REBENTISCH, Regierbarkeit und Unregierbarkeit der Städte in der Ära der sozialliberalen Koalition 1969–1982 498

EBERHARD JÄCKEL, Überlegungen zu einem Haus der Geschichte 511

LITERATURBERICHTE

HOLGER SONNABEND, Städte, Eliten, Mäzene. Neuerscheinungen zur antiken Stadt- und Gesellschaftsgeschichte 516

DANA KOUTNÁ-KARG, Armut und Elend. Ein Fast-Quodlibet zur Geschichte der unteren Sozialschichten im Spätmittelalter und der frühen Neuzeit 526

ANDREAS GESTRICH, »Zarte Leidenschaft« in Bielefeld und Heidelberg. Neuere Literatur zur Sozialgeschichte des Bürgertums 531

HELMUTH ALBRECHT, Industriearchäologie – Technik pur? Ein Literaturbericht 543

DIE AUTOREN 552

Heide Berndt

Statt eines Vorworts

Lieber Professor Borst,

zunächst möchte ich Ihnen einfach nur ganz herzliche Glückwünsche zum 65. Geburtstag aussprechen. Mein Hauptwunsch ist natürlich, daß Ihre Lebensbilanz so positiv aussieht, daß Ihnen Gesundheit und Arbeitsfreude noch viele Jahre erhalten bleiben, für Sie und uns zur Freude.

Die Zeitschrift »Die alte Stadt« besitze ich von der ersten bis zur jüngsten Nummer, und obwohl ich sie nicht mehr so gründlich lesen kann wie in früheren Zeiten, freue ich mich über die gleichbleibend gediegene Qualität der Beiträge. Sie hatten Alexander Mitscherlich zu den anfänglichen Mitherausgebern gewonnen und mich dafür eingehandelt, da wie üblich die stadtkritische Arbeit an mich als seiner dafür zuständigen Assistentin weitergegeben wurde. Mir kam das sehr entgegen, weil ich zu diesem Zeitpunkt gerade dabei war, die geschichtlichen Voraussetzungen des Phänomens Stadt genauer zu ergründen.

Die Konzeption der Zeitschrift – sie hatte damals noch diesen umständlichen Titel Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege – gefiel mir auf Anhieb. Ich bin stolz darauf, daß ich in der ersten Nummer mit »Thesen zur Beziehung zwischen Planung und städtischer Anonymität« vertreten bin. Es hat der Grundstein für eine kontinuierliche Mitarbeit sein sollen, aber wie das bei vielen Frauen so ist: sie kriegen ein Kind und müssen ihr Leben anders einrichten, wenn die Imperative des Mutterseins nicht mißachtet werden. Mein Sohn ist so alt wie die Zeitschrift; aber seine Existenz hat mich auf Bahnen geführt, die von der Zeitschrift wegführten.

Darüber zu hadern ist sinnlos. Die Umstellung auf ein anderes Leben, in dem die Stadtsoziologie keine Rolle mehr spielte, war nicht einfach. Die Ausbildung von Sozialarbeitern für den Gesundheitsbereich ist allerdings ein überaus spannendes Thema und hat mich sehr theoretisch veranlagten Menschen zu einer ganz anderen Auseinandersetzung mit Praxis gezwungen. Das ist letztlich nur von Vorteil. Dennoch haben die neuen Erfahrungen meine Leidenschaft für mein »angestammtes« Thema, die wahrnehmbare Gestalt unserer Umwelt, nicht zum Verschwinden bringen können.

Mit großer Befriedigung hat es mich erfüllt, daß mein erster Versuch, Architekturkritik und Sozialmedizin sinnvoll zu verbinden – Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts –, in der »alten Stadt« erscheinen konnte. Dort gehört so eine Arbeit hin. Keine

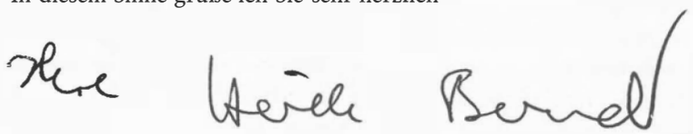
Zeitschrift erscheint mir geeigneter, ein wirklich interdisziplinär bearbeitetes Thema zu veröffentlichen.

Es ist kein Geheimnis, daß ich eine »68erin« bin. Wieso, könnte da ein naiver Leser fragen, begeistert sich so jemand für die Zeitschrift »Die alte Stadt«; das ist doch kein radikales Blatt. Nun gehöre ich zu den 68ern, die in Frankfurt bei Adorno noch ganz unmittelbar jene Gesellschaftstheorie gehört haben, die auf verschiedenen Vermittlungswegen das Lebensgefühl der Protestjugend artikulieren half. '68 trat ich als vehemente Kritikerin der Moderne in Stadtplanung und Architektur auf. Das war richtig und wäre ohne den Bezug zur kritischen Gesellschaftstheorie kaum möglich gewesen.

Die Studentenunruhen 1988 haben mich veranlaßt, erneut über Kritische Theorie nachzudenken; manches aus nachgelassenen Schriften von Horkheimer hat mich besonders nachdenklich gestimmt. Im Zusammenhang einer Auseinandersetzung mit Herbert Marcuse, 1967, sagt er: »Radikal sein heißt heute konservativ sein« (GS 14, 413). Zwar verdächtigte er fast im gleichen Atemzug Marcuse, häufiger aber noch die protestierenden Studenten, daß sie dem »Osten« zuarbeiteten oder einen neuen Faschismus heraufbeschwören, aber trotz dieser heute grotesk erscheinenden Ängste hat er doch nie davon abgelassen, die Frage nach einer sinnvolleren Gesellschaftsordnung zu stellen. Der stalinistische Terror hatte ihn immer mehr daran zweifeln lassen, daß diese neue bessere Ordnung noch durch eine Revolution zu bewerkstelligen sei, wie Marx das geglaubt hatte. Gleichfalls 1967 sagte Horkheimer dann: »Revolutionen alten Stils sind unmöglich geworden« (GS 14, 432). Er hat die Lösung so wenig gewußt wie die 68er, die noch an »die« Revolution glaubten.

1988 herrschte viel Ratlosigkeit über die Frage gesellschaftlicher Veränderungen, die nicht in selbstzerstörerischen Aktionen münden wie '68. Wenn auch der Weg zu einer vernünftigeren Gesellschaft heute kaum sichtbarer erscheint, so wissen wir wenigstens das eine besser: daß es heute unbedingt aufs Bewahren ankommt, damit uns die Natur, die Bäume und auch die alten Städte und die Menschen darin erhalten bleiben.

In diesem Sinne grüße ich Sie sehr herzlich



Hans Schultheiß

Vergangenheit als Verantwortung

Otto Borst zum Fünfundsechzigsten

»Deutlich wird«, so heißt es in einer eben umfassend zusammengetragenen Überschau zur modernen Stadtgeschichtsforschung, »daß das Interesse an der Geschichte der modernen Stadt und des Urbanisierungsprozesses nicht von der Geschichtswissenschaft angeregt wurde, sondern daß diese von anderen, mit konkreten Problemen der Stadt befaßten Disziplinen entscheidende Anstöße erhielt«.[1]

Sehr geehrter Professor Borst, nimmt man dieses Resümee beim Wort, so erhält Ihr der Stadt gewidmetes Schaffen mit Vollendung Ihres 65. Lebensjahres eine geradezu bedeutende Würdigung. Denn Jahre bevor Sie den Lehrstuhl für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart übernahmen, haben Sie ebensolche Anstöße wesentlich mitgeliefert. Zurück in die Zeit als Leiter des Esslinger Stadtarchivs reicht Ihr erster Einsatz, einem allmählichen Verfall und Verschwinden von historischer Bausubstanz in unseren Städten zu begegnen. Sie registrierten Verlust und forderten schon 1960 denkmalpflegerische Maßnahmen zur Erhaltung der alten Stadtbilder in enger Verbindung mit Stadtgeschichtsforschung und Archivpflege. Und Sie hatten auch die Initiative ergriffen für Ihre Forderung und als erstes Instrumentarium 16 ehemalige Reichsstädte in eine Arbeitsgemeinschaft zusammengeführt. Sicher war es nicht die Kraft ihrer Rhetorik allein, die dieses Ergebnis 15 Jahre vor dem Europäischen Denkmalschutzjahr und 21 Jahre vor Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes ermöglichte. In einer damals noch mühevollen Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit dürfte auch die besondere Art Ihres Umgangs mit (einer sehr weit gesteckten) Geschichte deutlich geworden sein, die in unvergleichlicher Weise aus einem immer akzentuierten oder ihn herausfordernden Bezug zu unserer gegenwärtigen Existenz lebt.

Auffallend erlebbar wird dieser Bezug auch den Studentinnen und Studenten, die an Ihren jährlichen Lehrstuhlexkursionen teilnehmen. Sie werden nicht nur vor bauliche Zeugnisse der Vergangenheit gestellt oder durch diese hindurchgeschleust: sie haben zu diskutieren in Räumen und Platz zu nehmen an Tischen, an denen Geschichte geschrieben wurde. Sie werden bewirtet im Jagdzimmer von Schloß Ludwigsburg, empfangen und mit einem Konzert bedacht auf Schloß Montfort; sie werden in Salzburg

[1] Vgl. *Chr. Engeli / H. Matzerath* (Hrsg.), Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan. Ein Handbuch, Stuttgart 1989, S. 13.

zu Befürwortern oder Gegnern einer historisierenden Gebäudefassade, während sie davorstehend den zuständigen Sanierungsbeauftragten ins Kreuzverhör nehmen.

Dieser leidenschaftlich zu nennende Bezug, mit Geschichte umzugehen – ihn herzustellen, scheuen Sie keinerlei organisatorischen Aufwand –, gilt aber nicht nur dem zu schützenden, bewahrenden Objekt, sondern – nimmt man Ihren in diesem Heft oft erwähnten Beitrag »Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben« – in derselben Intensität auch für uns, das Subjekt, und die ganz entscheidende Frage: »Warum Denkmalpflege?«[2]

Mancherorts mag diese Publikation erhebliche Irritationen hervorgerufen haben. Zuschriften an die Redaktion sahen in ihr den Georg Dehio[3] des ausgehenden 20. Jahrhunderts, andere bezichtigten Sie schlichtweg der »Ketzerei an der eigenen Zunft«. – Nur, handelt es sich dabei nicht um ein und dieselbe Sensibilität im Umgang mit Geschichte wie vor drei Jahrzehnten, als Sie erstmals als Verfechter der Denkmalpflege auftraten? In einem der hier vorliegenden Beiträge heißt es: »Von einem gesicherten Grund kann der Denkmalpfleger ausgehen. Denkmalpflege braucht sich schon lange nicht mehr um Legitimation zu bemühen; die kunst- und geisteswissenschaftlichen Fragen sind erarbeitet, die Regeln in Gesetzen festgelegt.« Just zu diesem Zeitpunkt attestieren Sie der Denkmalpflege »tönerne Füße«, sehen zunehmend nicht Geschichte, sondern heile Vergangenheit und Kommerz mit ihr im Bunde. Rechter Umgang mit Geschichte schaffe aber nicht Sehnsucht, sondern Wirklichkeit. Statt Geschichte als Fluchtweg und pures Ausstellungsstück fordern Sie Auseinandersetzung: Geschichte habe die Aufgabe zu kritisieren, zu relativieren und zu identifizieren.

Der Heftigkeit in diesem an Nietzsche angelehnten Traktat entspricht ein Wille nach Durchbrechung bloßer selbstlaufender und nicht mehr hinterfragter Prozesse, die sie hauptsächlich bei der archäologischen Denkmalpflege im Gange wähnen. Daß sich diese durch Ihren kämpferischen Vorstoß in eine Auseinandersetzung mit der eigenen Disziplin gezwungen sieht, in der sie verstärkt um Legitimation innerhalb der Geschichtswissenschaft und deren Lern- und Erkenntniszielen nachsucht, ist als ein erstes beachtenswertes Ergebnis zu werten.[4]

[2] *Otto Borst,* Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben, in: Die alte Stadt 15 (1988), S. 1–22.

[3] Georg Dehio und Alois Riegl waren die Wortführer einer neuen Theoriediskussion zur Denkmalpflege um 1900. Vor dem Hintergrund der damaligen Rekonstruktionswelle verband Dehio Denkmalpflege mit der Geschichtswissenschaft, lehnte u. a. den Wiederaufbau des durch die Franzosen zerstörten Heidelberger Schlosses, betrieben von deutsch-nationalen Kräften, ab. Vgl. *G. Dehio / A. Riegl,* Konservieren, nicht restaurieren – Streitschriften zur Denkmalpflege um 1900, Braunschweig 1988.

[4] Vgl. etwa *J. Oexle,* Stadterneuerung und Stadtarchäologie – Gedanken zur Kooperation, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg 18 (1/1988), S. 51–65; vorwiegend rückpolemisierend hingegen *R. Hussendorfer,* Denkmalpflege, eine Selbstverständlichkeit?, in: Schwäbische Heimat 40 (1/1989), S. 30–35.

Auch für die heutigen Altstadtsanierungen großen Stils hatten Sie stets den Rekurs auf die örtliche Stadtgeschichtsforschung gefordert. Leider erst heute, da viele unserer Städte – in Serie saniert, via Katalog möbliert – mehr und mehr Identitätsverlust beklagen, wir uns als Einheitsstädter zu fühlen beginnen, die sich nunmehr geographisch über den Freizeitwert ihrer Umgebung definieren, hat diese Forderung Aktualität erhalten. Mit einem Male scheint auf einschlägigen Tagungen allerorts Konsens zu herrschen, daß »Entscheidungen über Art und Umfang notwendiger Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen nur in genauer Kenntnis des historischen Bestandes eines Stadtbereichs möglich sind«[5] und daß die Kommunen verstärkt zur Mitleistung herangezogen werden müßten, etwa durch ergänzende bauhistorische Forschungen der Stadtarchivare.[6]

Zunehmend bloßgelegt wird die Geschichtslosigkeit der modernen Stadt- und Regionalplanung auch durch die relativ junge Wissenschaftsrichtung der Stadtplanungsgeschichtsschreibung. Da sie die von Ihnen, verehrter Herr Borst, bei Stadterneuerungen geforderten historischen Begründungen mitzuliefern vermag, ohne notwendigerweise in einem allzu eng verstandenen Denkmalpflegebegriff verharren zu müssen, ist es angebracht, diese Disziplin an den Anfang eines Ihnen gewidmeten Doppelheftes der »alten Stadt« zu stellen.

Ihre Tätigkeit als Herausgeber, Begründer und Autor dieser Zeitschrift muß heute schon als grundlegend und wegweisend gelten. Keine ernstzunehmende aktuelle Bibliographie zur Stadtgeschichtsforschung kommt heute mehr ohne »Die alte Stadt« aus. Unnötig ist es auch geworden, deren interdisziplinäres Konzept noch zu legitimieren. Arbeiten zur modernen Stadtgeschichtsforschung, die sich nicht an Nachbardisziplinen orientieren, haben heute kaum noch ihre Berechtigung. Um der Vielfalt städtischer Erscheinungen gerecht zu werden, ist der Blick auf die Nachbarwissenschaften unumgänglich geworden: Sozialwissenschaftler, Denkmalpfleger, Stadtplaner, Geographen, Architekten, Kunstgeschichtler, Demographen, Ökologen und andere haben aus ihrer Sicht und mit ihren jeweiligen methodischen Instrumentarien wichtige Einzelaspekte der Stadtgeschichte aufgearbeitet und wesentliche Beiträge zur Analyse der Entstehung und Ausformung des modernen Städtewesens geliefert.[7] Mit der »alten Stadt«, nunmehr im 16. Jahrgang, haben Sie nicht nur ein Forum für

[5] *U. Gräf,* Die Altstadt im Spannungsfeld von Erhaltung und Erneuerung, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg 18 (1989), S. 67.

[6] Hier *A. Gebeßler,* Einführung in die Tagung (Landesdenkmaltag Baden-Württemberg 1988), in: ebda., S. 10; vgl. auch die Zusammenfassung über die Internationale Städtetagung der AG Die Alte Stadt, die unter dem Thema »Stadtsanierung in Serie?« 1988 in Homburg stattfand, bei *H. Schultheiß,* Arbeitsgemeinschaft die Alte Stadt e.V. Aufgabenfelder und Zielsetzungen, in: Jahrbuch der historischen Forschung 1988. Forschungsberichte, München 1989, S. 35 ff.

[7] Vgl. auch *J. Reulecke,* Moderne Stadtgeschichtsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Chr. Engeli / H. Matzerath* (s. A 1), S. 21 f.

derartige Studien geschaffen, Sie haben auch gezielt Forschungsaufträge vergeben, als deren konkreter Anwendungsbezug auf den ersten Blick noch nicht so sichtbar schien.

Der Dank des Herausgebers dieser Festschrift gilt abschließend der mittlerweile 132 Mitgliedsstädte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt, die es für selbstverständlich und angemessen erachtete, daß Ihnen in Würdigung Ihrer bisherigen Verdienste und anläßlich Ihres 65. Geburtstages ein umfangreicherer Band zu widmen sei. Besonderer Dank gilt ebenso den Ihnen persönlich wie wissenschaftlich verbundenen Mitarbeitern, die hier sowohl mit Einzelbeiträgen thematischer Art als auch mit Bestandsaufnahmen der interdisziplinären Arbeitsbereiche, welche die Zeitschrift vertritt, diese Festschrift gestalten.

Gesondert hervorzuheben ist dabei die Beteiligung Ihrer Kollegen von der Universität Stuttgart, die ihren Beiträgen in der Mehrzahl stadt- und landesgeschichtliche Themenstellungen gaben. Mitentstanden ist somit ein Stück weit auch eine Publikation des Historischen Instituts »Ihrer« Universität, an der Sie als Ordinarius für Landesgeschichte wichtige Forschungen und Vorarbeiten zur Geschichte des Landes Baden-Württemberg leisteten, die es nahegelegt und ermöglicht haben, daß der für Sie ad personam geschaffene Lehrstuhl nun nach Ihrer Emeritierung erhalten bleibt und wiederbesetzt werden wird.

Wer Sie verehrter Herr Borst kennt, weiß, daß Sie Redensarten wie vom Eintritt in den Ruhestand als unbedachten Anschlag auf Ihre noch vielfältigen wissenschaftlichen Vorhaben empfinden müssen. Vielmehr ist zu erwarten, daß Sie Ihre Lehrbefugnis an der Universität Stuttgart weiterhin wahrnehmen werden, daß Sie in Ihren vielerlei Aktivitäten fortfahren werden, das zu zeigen, was Geschichte zu leisten hat: zu verarbeiten, zusammenzufassen, auszuwählen, zu akzentuieren, zu werten, zu erklären und dem heutigen Leser verständlich aufzubereiten.

Hans Schultheiß — Stuttgart, Juli 1989

Helmut Böhme

Stadtgestaltungslehre versus Stadtplanungswissenschaft

Zu den Anfängen der wissenschaftlich begründeten Stadtentwurfslehre

»Auf allen unseren Technischen Hochschulen wird noch heute der Städtebau als ein Teil der Baukunst gelehrt. Was bedeutet das? Es bedeutet, daß die Entwicklung des neuen Bauens, die vom Gerät und vom Möbel ausging und dann das Haus als Ganzes erfaßte, beim weiteren Fortschreiten, als sie auf den großen sozialen Körper Stadt stieß, sich vor ein Problem gestellt sah, dessen ernsthafte Behandlung mit einem Schlage alle wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze des Kapitalismus aufreißen mußte. Man fühlte, daß diese Frage innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung nur scheinbar, nur mit provisorischen Teillösungen beantwortet werden konnte, und daß ihre endgültige Lösung von einer vollkommenen Umgestaltung der Wirtschaftsordnung abhängig ist. Man fühlte: wenn man modernen Städtebau nach Grundsätzen der menschlichen Zweckmäßigkeit, also der Zweckmäßigkeit für die breite Masse des Volkes betreiben wollte, so konnte man zwar mit harmlosen Einzelheiten wie Verkehrsfragen, Fragen des Hochhausbaues, Grünfläche und dergleichen anfangen, würde aber von der inneren Folgerichtigkeit der Tatsachen dazu genötigt, sehr bald bei den Fragen der *sozialen* Revolution zu enden. In dieser Situation, die natürlich von den beamteten Sachverständigen, den Professoren und Akademikern instinktiv als höchst gefährlich empfunden wurde, selbst wenn sie sie keineswegs mit klarem Verstand erkannten, bot sich nun die ›Schönheit‹ als der nächstliegende und freudig benutzte Ausweg an. Da sie als Angehörige der bürgerlichen Klasse sich nicht stark genug fühlen konnten, gegen das geschichtliche Interesse ihrer Klasse aufzutreten, beruhigten sie sich gern mit dem Bemühen, den bestehenden Zustand zu verschönern.«[1]

Am Ende der Weimarer Republik, 1930, als Alexander Schwab diese Sätze in seinem, unter dem Pseudonym Albert Sigrist erschienenen »Buch vom Bauen« niederschrieb und darin scharfsichtig die seit Beginn der großen Weltwirtschaftskrise wieder stark aufbrechende Architekturdebatte zwischen den verfeindeten Lagern des »Neuen Bauens« und dem der »Traditionalisten« analysierte, war nicht nur das Ende aller Reformbemühungen im Städtebau, sondern auch das Ende des deutschen Experiments einer demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft abzusehen – eine Forderung, mit der auch das deutsche Bürgertum am Beginn des 19. Jahrhunderts angetreten war, um die adlige Vorherrschaft zu brechen.

[1] *A. Schwab*, Das Buch vom Bauen, 1930, ND Düsseldorf 1973, S. 153 ff.

Das Deutsche Reich war zwar im Laufe des Jahrhunderts von einem rückständigen, in zahlreiche Territorien zersplitterten Agrarstaat zu einer der führenden Industrienationen aufgestiegen, doch die politischen Weichenstellungen für diese Entwicklung wurden letztlich doch von den alten feudalen Eliten mitbestimmt, denen es gelungen war, mit dem neuen Industrie- und Bankbürgertum eine »Arbeitsteilung« und profitable politische Gewinn- und Machtabsicherung zu erreichen. Die Reformen »von oben« zu Beginn des Jahrhunderts hatten den Weg freigemacht für eine bürgerlich-kapitalistische Wirtschaftsordnung, hatten den Grund gelegt für eine stürmische Industrialisierung, doch die angestrebte politische Führung wie in England oder Frankreich konnte das deutsche Bürgertum nicht erreichen. Ihm blieb letztlich eine gewisse Mitsprache, die sich aber wesentlich auf dem Gebiet der Industrialisierung und Kapitalisierung ausleben durfte. Die Kette seiner politischen Niederlagen reichte von der Metternich'schen Restauration 1815 über die verlorene Revolution 1848/49 bis zum Sieg Bismarcks im Verfassungskonflikt 1862/66. Die Anpassung an die Prinzipien des preußisch-autoritären Obrigkeitsstaates und seinen politischen Führungsanspruch wurde ertragen, um Preußen als Hegemoniemacht aufgrund liberaler Wirtschafts- und Freihandelspolitik auszubauen, um schließlich, dank Bismarck, 1871 mit »Blut und Eisen« den großen einheitlichen deutschen Markt zu schaffen. Sicherlich war diese Entwicklung zu einem Großteil auf die territoriale Zersplitterung und ökonomische Schwäche des deutschen Bürgertums zurückzuführen, doch zum genauso großen Teil auch auf die Kompromißbereitschaft des liberalen Bürgertums angesichts der immer stärker werdenden »roten Gefahr« eines anwachsenden Industrieproletariats, das sich nach der Niederlage im Verfassungskonflikt nicht mehr vom liberalen Bürgertum vertreten sah und seine eigenen Organisationen aufzubauen begann. Die sozialen Spannungen verschärften sich, als mit der Krise 1873 die »Gründerkonjunktur« der Reichsgründungszeit zusammenbrach. Begleitet von einem zunehmenden Konzentrationsprozeß des Kapitals und der Herausbildung großer Aktiengesellschaften, Trusts und Konzerne begann eine lange Phase der Stagnation. Die entscheidende Zäsur war das Jahr 1878, als Bismarck die liberale Wirtschaftspolitik unter dem Druck der Lobby aus Schwerindustrie und Großagrariern aufgab und fortan auf Schutzzoll und konservatives Bündnis setzte. Im Sog dieser »nationalen Sammlung« wurden die Liberalen gespalten, die Sozialdemokraten mit dem Sozialistengesetz ausgegrenzt und die inneren sozialen Spannungen durch eine aggressive imperialistische Politik nach außen kanalisiert. Caprivis vergeblicher Versuch, diese Politik zu durchbrechen und das Reich auf eine andere politische Grundlage zu stellen, führte nur dazu, daß Bismarcks Politik in neuer Radikalität aufgenommen wurde, Politik ganz auf militärische Macht, Industrialisierung und Expansion gesetzt wurde. Ein enormes Aufrüstungsprogramm und der Anspruch auf einen entsprechenden »Platz an der Sonne« initiierten den eigentlichen Durchbruch zur führenden Industrienation in Europa. Deutschland hatte seine verspätete Industrialisierung mit einer solchen Vehemenz aufgeholt, daß es am Ende des Jahrhunderts sogar England überholt hatte, aber zu einem Preis ungelöster innenpolitischer Probleme und sozialer Gegensätze, die weit in das bürgerliche Lager hineinreichten.[2]

Einen entscheidenden Anteil an dem raschen wirtschaftlichen Aufschwung hatten Wissenschaft und Technik, vor allem in den neuen Leitsektoren der elektrotechnischen, chemischen und feinmechanischen Industrie und ihre Träger – Wissenschaftler, Techniker, Ingenieure und Ökonomen, die nicht mehr aus den altehrwürdigen Universitäten und Akademien kamen (die an der »reinen Lehre« festhielten), sondern aus den sich langsam emanzipierenden Gewerbeschulen, polytechnischen Anstalten und Technischen Hochschulen.[3]

Architektur

Auch die Architektur war um die Jahrhundertwende noch fest in den alten Institutionen verankert, und wie Hermann Muthesius, Architekt und Professor am Lehrstuhl für angewandte Kunst an der Handelshochschule in Berlin, meinte, »weit hinter den Leistungen der modernen Technik zurück«.[4] Die jüngeren Architekten blickten neidvoll auf die wachsende Anerkennung und das steigende Selbstbewußtsein der Erfinder und Ingenieure; »Männer, die wirklich am Webstuhl der Zeit saßen, die dem Wasserbau, der Elektrotechnik, dem Brückenbau, der praktischen Chemie neue Wege« wiesen, waren für Architekten wie den jungen Fritz Schumacher »Kämpfer des wirklichen Lebens«.[5] Ihre Vorbilder waren nicht mehr die Repräsentationsbauten der jeweils verschiedenen Stilrichtungen anhängenden Architekturschulen, sondern die »nüchternen Zweckbauten« der Industrie. In den Bahnhöfen, Ausstellungshallen, Brücken, Dampfschiffen oder Kriegsmaschinen sahen sie den Stil der neuen Zeit und neue Gestaltungsgrundsätze, die mit »wissenschaftlicher Sachlichkeit« ihren jeweiligen Zwecken und Funktionen entsprachen.

In der Forderung nach Schaffung einer neuen »zeitgemäßen bürgerlichen Kunst« und der entsprechenden Führungsrolle[6] traf sich im 1907 gegründeten Deutschen Werkbund diese Avantgarde um Hermann Muthesius, Fritz Schumacher, Friedrich Naumann und Peter Behrens mit konservativen Kräften um Paul Schultze-Naumburg,

[2] *H. Böhme,* Deutschlands Weg zur Großmacht, Köln 1966, S. 120ff., 249ff., 341ff., 493ff., 564ff.

[3] *H. Böhme,* Technische Innovation, die Entwicklung der Technischen Hochschulen und die soziale Frage im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Festschrift Büsch, Geschichte als Aufgabe, Hrsg. *W. Treue,* Berlin 1988, S. 407ff., S. 416ff.

[4] *H. Muthesius,* Stilarchitektur und Baukunst, in: J. Posener, Anfänge des Funktionalismus. Von Art and Crafts zum Deutschen Werkbund, Frankfurt/Berlin/Wien, 1964, S. 155.

[5] *F. Schumacher,* Stufen des Lebens, Erinnerungen eines Baumeisters, Stuttgart 1949, S. 280ff. (hier zit. nach *W. Durth,* Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, Braunschweig 1986, S. 32).

[6] *H. Muthesius,* (s. A 4), S. 174: »Eine Geistesaristokratie..., die diesmal aus den besten bürgerlichen, nicht aus geburtsaristokratischen Elementen besteht...«

die ebenfalls den historischen »Talmi-Prunk« ablehnten und »ihre Forderung nach Erhaltung und Pflege kultureller Traditionen ... mit Hoffnungen auf kontrollierte Erfolge des technisch-industriellen Fortschritts verknüpften«.[7] Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs hielt diese »Vereinigung der intimsten Feinde« (Muthesius), verbunden im gemeinsamen Sendungsbewußtsein »nationaler Weltgeltung«, die beiden entgegengesetzten Richtungen – hier Typisierung, Norm, Sachlichkeit und Modernität, dort individuelle Originalität, bodenständiges Bauen und Tradition – zusammen, bis sie in der Polarisierung der Weimarer Republik auseinanderbrachen.

Städtebau und Stadtplanung

Während sich die Mitglieder des Deutschen Werkbunds noch mit den Anhängern der »Palmetten und Rankenseligkeit« der Berliner Schinkelschule (Gurlitt), der romantischen Gärtnerschule in München oder der gotischen Kölner Schule herumschlugen und einen gemeinsamen Brückenschlag zwischen Industrie und Handwerk auf allen Ebenen des täglichen Massenkonsums versuchten, gab es bis auf vereinzelte Ausnahmen noch keine eigenständige Disziplin für Städtebau oder Stadtplanung – sie war ein Teil der Baukunst.[8]

Doch parallel zur Stilauseinandersetzung um Form und Funktion in der Architektur lief mit gleicher Heftigkeit und zum Teil mit den gleichen Kontrahenten die Auseinandersetzung um die Prinzipien, Leitideen und das Planungsinstrumentarium für den Städtebau.

Es war unübersehbar, daß den Städten, insbesondere den Großstädten, die Folgeprobleme der Industrialisierung buchstäblich über den Kopf, sprich Stadtrand, wuchsen. Wie in einem Brennglas spiegelten sich in ihnen alle Widersprüche der kapitalistischen und industriellen Entwicklung: protzender Reichtum neben unvorstellbarer Armut, moderne Technologie neben Schmutz, Rauch und Unrat, prächtige Repräsentationsbauten und Villen neben überfüllten Mietskasernen und düsteren Hinterhöfen. Die »neue Freiheit« (L. Mumford), Ausdruck einer neuen Geisteshaltung, hatte im Zuge der kapitalistischen Umwandlung die Städte von jeglicher sozialer Umwandlung entbunden. Die Mobilisierung von Gütern und Menschen ließ die Städte explodieren, privates Interesse rangierte vor öffentlichem, das Wachstum war nicht kontrollierbar, nicht nur weil es keine Kontrolle über die Ausnutzung des Bodens gab, sondern weil die Stadt als privatwirtschaftliche, gewinnmaximierende Unternehmung gedacht wurde. Lärm, Ruß, Schmutz und Überfüllung, das Fehlen elementarer Dienstleistun-

[7] *W. Durth* (s. A 5), S. 34f.

[8] Wie unbekannt die Berufsbezeichnung des Städtebauers noch war, beweist die 1919 angegebene Definition in Grimm's Wörterbuch: »Städtebauer« sei eine »Schelte für einen, der doch, trotz aller städtischen Bildung, ein bäurisches Wesen an sich hat«. (*S. Fisch,* Stadtplanung im 19. Jahrhundert. Das Beispiel München bis zur Ära Theodor Fischer, München 1988, S. 100).

gen, Krankheiten, schlechte Ernährung, Sonnenmangel, miserable Wohnungen – das sind die Schlagworte, mit denen diese Städte beschrieben wurden, modernste Ingenieurkunst inmitten eines Chaos, das von praktischem Nutzen und Interesse bestimmt wurde. Flüsse degenerierten zu Abwasserkanälen, Straßen zu verkehrsüberlasteten Verstopfungen, übermäßige Expansion entsprach »einträglicher Ballung« in den Zentren. Fabrik, Eisenbahn und Bergwerk waren »die Kräfte«, wie es L. Mumford schrieb, »welche die neue Stadt schufen«: die »unwürdigste städtische Umwelt«; die dauernde Unsicherheit der Arbeiterschaft, der freie Markt der Arbeitskräfte und das Ausland als Rohstoffquelle und Absatzmarkt, Eisenerzeugung und Dampfmaschine waren das politische und wirtschaftliche Fundament. Jeder »unternehmende Mensch« sah sich als »Despot aus eigenem Recht«.[9]

Neben diesen traumatischen Bildern der maschinellen Profitorganisation in und durch die Stadt war es vor allem seit der Mitte des Jahrhunderts der unaufhaltsame, wachsende Zustrom von freigesetzten Arbeitskräften, der die Städte als Zentren der Industrie, der Verwaltung und der Geschäfte grundlegend veränderte, sie in den krassen Extremen zu »Menschenhaufen« und »Maschinenstätten« degenerieren ließ. Die Stadt verlor ihre soziale und politische Verantwortung und Kraft. Der Anteil der Einwohner in den Großstädten betrug 1871 noch ca. 2 Mio., 1910 war er auf 14 Mio. angewachsen, allein in Berlin verdoppelte sich die Bevölkerung von 1870 bis 1890 von ca. 800000 auf ca. 1,8 Mio.[10] Insbesondere in den Kohlen- und Eisenrevieren konzentrierte sich die Bevölkerung entlang den neuen Eisenbahnlinien und ballte sich in den neuen Verkehrs- und Verwaltungsknotenpunkten. Zunehmend rückten diese chaotischen Zustände des ungebremsten Städtewachstums in den Blick der Öffentlichkeit und wurden sowohl von konservativer wie fortschrittlicher Seite immer schärfer kritisiert. Während sich die Kritik des konservativen Lagers, dem überwiegend das von der Industrialisierung bedrohte Bildungs- und altständische Kleinbürgertum, Handwerker und Bauern angehörten, generell gegen den »Moloch« Großstadt richtete, der unersättlich das »beste Blut des Landes« (O. Spengler) aussauge, »das Volk entwurzele« und zur »Vermassung«, »Zügellosigkeit« und »Verrohung« trieb und deshalb seine Forderungen auf die Reorganisation der alten, vorindustriellen, hierarchisch geordneten Ständegesellschaft stellte, erhob die »fortschrittliche« Seite ihre Vorwürfe vor dem Hintergrund einer zu langsamen Modernität, einer zu geringen Technik und Rationalisierung.[11] Setzte die eine Seite auf »Rückblick«, auf »Rückversicherung«, hoffte die andere auf die technisch mögliche Überwindung der

[9] *L. Mumford,* Die Stadt, Bd. 1, München 1980, S. 520.

[10] *J. Kuczynski,* Geschichte des Alltags des Deutschen Volkes 1871–1918, Bd. 4, Köln 1982, S. 181, 182. Zur Bevölkerungsentwicklung vgl. *J. Reulecke,* Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt 1985 und *W. Köllmann,* Bevölkerung in der industriellen Revolution, Göttingen 1974.

[11] *P. Sieferle,* Fortschrittsfeinde. Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984, S. 158.

Zustände. In ihrer Kritik waren sie sich einig, in ihren Lösungsvorschlägen sehr verschieden.

Das frühbürgerliche »harmonische Stadtraumkonzept«

Die Städte selbst hatten seit ihrer Entlassung aus der Planungsautorität des landesfürstlichen Städtebaus kaum ein Instrumentarium, mit dem sie diese Entwicklung hätten beeinflussen oder steuern können. Im Gegenteil: der Minimaleingriff in die erst seit kurzem erkämpfte Bau- und Bodenfreiheit entsprach der Planungsideologie der überwiegend aus Grundbesitzern bestehenden Stadtregierungen. Eine Ideologie, die von dem Glauben an eine prästabilisierte Harmonie nur noch gestützt wurde, denn man war überzeugt, daß nur mit Freiheit und Eigeninitiative jene Dynamik ausgelöst würde, die den alten Hof- und Bürokratengang überwinden könnte. Mit der Herauslösung des Bodens aus der feudalen Herrschaftsordnung und seiner freien Verfügbarkeit begann der Prozeß der Privatisierung der Stadt. Die kapitalistische Bodenordnung, die Realisierung der Grundrente, der Konkurrenzkampf der neuen Träger und die konfliktreiche Arbeitsteilung zwischen öffentlicher und privater Hand bestimmte von nun an die neue Form und Gestalt der Städte. Dabei zog sich in der »Manchester-Zeit«, der ersten Phase der privaten ökonomischen Verwertung des städtischen Bodens, die öffentliche Hand aus den entscheidenden Bereichen der Stadtplanung zurück. Sie verzichtete auf fast jede Planung, auf Bodenaufteilung, Baublockparzellierung, Bautypologie usw. und beschränkte sich lediglich auf die Festlegung baupolizeilicher Auflagen.[12] Dieser Prozeß wird dann am Ende des Jahrhunderts heftig kritisiert; ihn nehmen die ersten Standardwerke des Städtebaus, die am Ausgang des Jahrhunderts erschienen, zum Anlaß, um im Rückblick auf diese katastrophale Entwicklung und in der Aufwertung und wissenschaftlichen Begründung ihres eigenen Stellenwerts, die liberal manchester-zeitlichen Überzeugungen abfällig als eine Zeit der »Theorielosigkeit« oder »Planungsunfähigkeit« zu beschreiben. Der wissenschaftliche Städtebau beginnt also mit einer pauschalen Abwertung gerade jener Entwürfe, Stadtplanungen und Einzelbauten, die sehr wohl eine Theorie hatten und versuchten, den neuen Gestaltungsprinzipien bürgerlicher Überzeugungen auch im politisch-architektonischen Bereich zu entsprechen. Die zu Beginn des Jahrhunderts »fortschrittlichen« Architekten wie F. Schinkel, F. Gilly, L. v. Klenze, G. Moller u. a. spiegelten in ihren Arbeiten gerade die positiven Erwartungen in die neuen bürgerlichen Ordnungs- und Gestaltungsprinzipien wider: Die Auflösung des »von oben« per Plan konstituierten »Stadtganzen«, die Verselbständigung der Einzelelemente, die

[12] *J. Rodriguez-Lores*, Die Grundfrage der Grundrente, in: Stadtbauwelt 65/1980, Heft 12, S. 29; vgl. *G. Fehl/J. Rodriguez-Lores* (Hrsg.), Stadterweiterungen 1800–1875. Von den Anfängen des modernen Städtebaus in Deutschland, Hamburg 1983, S. 16f.

Ablösung des geometrisch-mechanischen, statischen Systems zugunsten einer dynamischen, offenen Entwicklung, die Aufhebung der Abgrenzung zum Land und die neue Hinwendung zur Natur. Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen hatten noch nicht das häßliche Bild des Industrialismus geboren und gezeigt.

Zum ersten Mal wurde der aus der Naturwissenschaft gewonnene Begriff des »Organismus« auf die Stadt übertragen. Dieser »Stadtorganismus« wachse zufällig, individuell und spontan, seine aus dem starren Verband befreiten Einzelteile fügten sich – analog den unsichtbaren Gesetzen des freien Marktes – von selbst zu einem neuen, harmonischen Ganzen zusammen; ein Ganzes, das endlich dem Netz abgestandener Privilegien und Hindernisse entflohen wäre. Auf der Suche nach einem legitimierenden historischen Leitbild waren diese Architekten dann auf das frühe Griechenland gestoßen, dessen Harmonie sich aus dem Grundsatz: allgemeine Zweckmäßigkeit und Schönheit des Einzelnen zu ergeben schien.[13] Der »Fortschritt« der technischen Entwicklung, die Kapitalkonzentration, die Terraingesellschaften mit ihrer »rationalen« Erschließung der Quartiere und ihrem Massenmietskasernenbau, der Glaube an ein stetiges, unbegrenztes Wachstum und der Umbau der Ökonomie vom Grundsatz der Nahrungssicherung zu dem der Profitsteigerung fegten diese »humanistische Stadtraumkonzeption« bald zur Seite. Stadt ließ sich keineswegs mehr zu einem sich selbst stabilisierenden harmonischen Ganzen zusammenfügen. Im Gegenteil: zunehmend war die öffentliche Hand zur Abkehr von den liberalen Prinzipien, zu planenden Eingriffen gezwungen. Die Sicherung der Rahmenbedingungen der industriell-kapitalistischen Produktion forderte die politische Intervention: doch nach welchen Prinzipien sollte dies geschehen, welchen Interessen entsprechen?

Der Aufbau einer kommunalen Leistungsverwaltung

Parallel zum zunehmenden Interventionismus auf staatlicher Ebene (Schutzzollgesetze, Sozialgesetze, staatliche Monopole etc.) wandelte sich die ehrenamtlich verwaltete Honoratiorenstadt zu einer fast alle Lebensbereiche umfassenden kommunalen Leistungsverwaltung mit entsprechender Spezialisierung und Professionalisierung des Verwaltungsapparats.[14] Erteilte die Stadt bis weit über die Mitte des Jahrhunderts noch Konzessionen für den Aufbau von Versorgungs- und Verkehrsbetrieben (z. B. Gasfabriken und Pferdebahnen) an private Unternehmer, so kam es aufgrund zunehmend scharfer Konflikte zwischen den privaten Betreibern und den Stadtverwaltungen zur Übernahme der Betriebe in eigener Regie und zum Aufbau einer städtischen

[13] Vgl. *H. Bott*, Stadt-Raum-Konzeptionen in der Vorbereitungsphase der Industriellen Revolution, unv. MS (Diss.), Darmstadt 1989.

[14] Vgl. *W. R. Krabbe*, Die Entfaltung der kommunalen Leistungsverwaltung in deutschen Städten des späten 19. Jahrhunderts, in: *H. J. Teuteberg* (Hrsg.). Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte, Köln/Wien 1983.

Infrastruktur. Im Zuge dieser »ursprünglichen Vernetzung«[15] und Kommunalisierung übernahmen die Städte zunehmend eine aktive gestaltende und planende Rolle mit dem Ziel, die »Unordnung« und das »Chaos« wieder in ein »geordnetes, funktionierendes« Ganzes zu verwandeln. Dabei hatten sie, außer den drei ersten bedeutsamen politischen Stadtplanungen Europas, dem Haussmann-Plan für Paris von 1853, dem Cerdà-Plan für Barcelona von 1859 und dem Hobrecht-Plan für Berlin von 1862, keine Vorbilder für eine städtische Gesamtplanung.

Soziale Reformbewegungen

Während sich die Herausbildung der Städtebaudisziplin zu einem Teil aus dieser technisch-rationalen Verwaltungspraxis der Kommunalverwaltungen und ihrer Nachfrage nach Technikern, Wasserbauern und Ingenieuren speiste, kam der zweite entscheidende Anstoß aus den Reihen der philantropischen und sozialengagierten Reformbewegungen. Sie reagierte auf die elenden hygienischen und inhumanen Zustände, vor allem auf die sich zunehmend verschlechternden Lebens- und Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterschaft. Nach dem Vorbild der »Sanitary school« Edwin Chadwicks in England wurde 1869 auch in Deutschland der »Verein für öffentliche Gesundheitspflege« gegründet. Ihm gehörten Ärzte an, Naturwissenschaftler, staatliche, städtische Verwaltungsbeamte und nach und nach auch die Spitzenmänner der Städtebaureform.[16] Der »ungeheuerlichen Barbarei« (L. Mumford) der Stadt hofften sie, mit lasierten Abwasserröhren, mit »festen, schönen Häusern«, mit Luft, Grün und Sonne begegnen zu können. Auch der 1872 gegründete »Verein für Socialpolitik«, dem vor allem Professoren, die »Kathedersozialisten«, um Gustav Schmoller angehörten, verlangte vehement eine staatlich intervenierende Sozialpolitik, hoffte, damit dem Klassenkampf der Sozialisten Paroli bieten zu können.

Diese sozialreformerische Bewegung verband sich dabei oft mit einer nationalen, machtpolitischen. Da Deutschland sich zunehmend an der imperialistischen Aufteilung der Welt beteiligte, glaubten Industrie und Militär, seine internationale Konkurrenzfähigkeit sichern zu müssen. Dazu brauchte es neben einer »starken Wirtschaft« und Technik auch leistungsfähige Arbeiter und »wehrhafte, gesunde Soldaten«. Diese Forderung nach Hebung des »gesundheitlichen« und »sittlichen« »Volkswohls« wurde nicht mehr im traditionell-konservativen Sinn nur moralisch begründet, sondern mit den Methoden der Naturwissenschaft und empirischen Soziologie in einer

[15] Vgl. *D. Schott/H. Skroblies,* Die ursprüngliche Vernetzung. Die Industrialisierung der Städte durch Infrastrukturtechnologien und ihre Auswirkung auf Stadtentwicklung und Städtebau, in: Die Alte Stadt 14 (1987), S. 81 ff.

[16] *J. Rodriguez-Lores,* Stadthygiene und Städtebau. Zur Dialektik von Ordnung und Unordnung in den Auseinandersetzungen des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege 1869–1901, in: *J. Rodriguez-Lores/G. Fehl* (Hrsg.). Städtebaureform 1865–1900. Von Licht, Luft und Ordnung in der Stadt der Gründerzeit, Hamburg 1965, S. 29.

genauen, statistischen Berechnung der Mindestanforderungen für die Reproduktion der Arbeitskraft. Die Verdinglichung des Menschen auf diese quantifizierbare Größe »ließ diese Aufgabe berechenbar« werden. Dieses »ermittelte« Naturbedürfnis nach Licht, Luft, Raum, Lebensmitteln, Sauberkeit, nach medizinischer Versorgung oder Erziehung wurde in entsprechenden sanitären, ingenieurwissenschaftlichen, architektonischen und städtebaulichen Begriffen und Normen ausgedrückt und als Handlungsanweisungen für die Gesetzgebung, Verwaltung, Polizei, Ingenieurwissenschaften, Architektur und Städtebau ausgegeben. Damit entpuppt sich dieses Sanierungskonzept für Gesellschaft und Staat als sozialpolitisches Ordnungs- und Beherrschungsinstrument, welches ein exakt festgelegtes Leistungsniveau für das Volk ausdrückt und Umweltbedingungen normiert, die außerhalb der Wissenschaft festgelegt wurden, von der Wissenschaft jedoch zu einer angeblich »objektiven« Norm der Umweltgestaltung und Beherrschung der Natur fixiert wurden.[17]

Städtebaureform als technisch-pragmatische Stadterweiterungsplanung

Im Gegensatz zu den jeweils »falschen«, weil »den Problemen« nicht entsprechenden Antworten der bis dahin bekannten Stadtplanungen von Cerdà oder Hobrecht entsprachen die Ansätze des Architekten und Ingenieurs Reinhard Baumeister, ab 1862 Professor für Wasser- und Straßenbau in Karlsruhe, genau den Anforderungen der Zeit. Während dem Hobrecht-Plan für Berlin ein »negativer und einschränkender Zwangscharakter« vorgeworfen wurde,[18] galt der Cerdà-Plan für Barcelona in der damaligen Fachwelt als »unreif«, »unstimmig« und »unbrauchbar«, da er keine differenzierte Verwertung des städtischen Bodens, also keine Zonung, vorsah und deshalb die Grundrente in Gefahr brachte. Cerdàs Plan zielte auf eine Entprivatisierung der Stadt. Er hoffte auf einen wissenschaftlich begründeten Städtebau, der die Arbeiterklasse als Hauptträger der technologischen Entwicklung nicht aus der Nutzung der Stadt ausschloß.[19] Cerdà stand parteilich auf der Seite »der Arbeiter«. Er kämpfte gegen bloße Spekulation, gegen die rüde Verwertungsindustrie, gegen das neue städtische soziale Niemandsland der »praktischen« Interessen des großen Kapitals. So ist es nicht verwunderlich, daß Cerdàs Werk »Theoria general de la Urbanizacíon« von 1867, das »Urbanizacíon« als Wissenschaft und Baukunst begreift und die »konkrete Utopie« (Rodriguez-Lores) einer antibürgerlichen Stadt vorwegnimmt, zu keinem Standardwerk des bürgerlichen Städtebaus werden konnte.

[17] Zusammenfassung aus ebenda; *G. Albers,* Entwicklungslinien im Städtebau, Ideen, Thesen, Aussagen 1875–1945, Düsseldorf 1975.

[18] *J. Rodriguez-Lores* (s. A 12), S. 32.

[19] *J. Rodriguez-Lores/I. Cerdà,* Die Wissenschaft des Städtebaus und der Bebauungsplan von Barcelona (1859), in: *G. Fehl/J. Rodriguez-Lores* (Hrsg.), Städtebau um die Jahrhundertwende. Materialien zur Entstehung der Disziplin Städtebau, Politik und Planung, Bd. 10, Köln 1980.

Dieses Standardwerk nun, auf das die Fabrik- und Hausbesitz-Bürger warteten, lieferte – und damit den Grundstein der Wissenschaft vom Städtebau – Reinhard Baumeister mit seinem 1876 erschienenen Fachbuch »Stadterweiterung in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung«.[20] Er rechtfertigt darin die Forderung nach einem Planungsinstrumentarium damit, daß »eine Planung ganz unumgänglich sei, um bei prinzipiell unbeschränkter Baufreiheit in der ganzen Umgebung der Stadt im allseitigen Interesse Ordnung zu halten«.[21] Zur langfristigen Sicherheit für Investoren schlug er deshalb ein zweistufiges Planungsverfahren vor: einen langfristigen Rahmenplan für die Grundzüge »eines organischen Zusammenhangs« des Ganzen, der die Hauptverkehrswege und die funktionale Gliederung der Stadt in drei Abteilungen – Geschäftsstadt, Industrie und Wohngebiete – vorsah und den »stückchenweisen« Ausbau nach »Spezialbebauungsplänen«, die durch Einbeziehung statistischer Erhebungen den Bedürfnissen der »näheren Zukunft« besser gerecht würden.[22]

Mit der rationalen Erfassung und Systematisierung der städtischen Verhältnisse reklamierte Baumeister für den Städtebau den Charakter einer wissenschaftlichen Disziplin und richtete 1887 den ersten Lehrstuhl für Städtebau an der TH Karlsruhe ein. Damit begann eine rege nationale und internationale städtebauliche Diskussion. In ihrem Mittelpunkt stand der technisch-praktische Reformansatz. Zwei fundamentale Aufgaben hoffte man, mit diesem Konzept zu lösen: einmal sollten damit die riesigen Stadterweiterungsprojekte plan- und kontrollierbar werden, und zum anderen hoffte man, den Umbau der ökonomisch, technisch und hygienisch nicht mehr genügenden Altstädte zu lösen.[23]

Ein weiterer prominenter Vertreter dieser Richtung war Joseph Stübben, seit 1876 Stadtbaumeister von Aachen. Sein 1890 erschienenes Handbuch »Der Städtebau« konzentrierte sich ebenfalls auf Stadterweiterung und technische Lösungsmöglichkeiten von Verkehrs-, Bebauungs- und Gesundheitsbedürfnissen. Zwar sprach er den »Klagen des ohnehin an Unzufriedenheit krankenden Arbeiterstandes« eine »gewisse Berechtigung« nicht ab, doch die »Wohnungsfrage« war für ihn eine Aufgabe für gemeinnützige Gesellschaften, und wenn er auch erkannte, daß es »eine der bedeutendsten Aufgaben des Städtebaus« sei, die sozialen Gegensätze zwischen »Arm und Reich« zu mildern, so war ihm doch ihm die entscheidende praktische Arbeit, »verkehrsausgleichend« zu wirken.[24]

[20] *K.-H. Höffler,* Reinhard Baumeister. 1833–1917. Begründer der Wissenschaft vom Städtebau, Schriftenreihe des Inst. f. Städtebau und Landesplanung, Heft 9, Karlsruhe 1976.
[21] *D. Schott/H. Skroblies* (s. A 15), S. 94.
[22] *K.-H. Höffler* (s. A 20), S. 23f.
[23] *J. Rodriguez-Lores* (s. A 16), S. 43.
[24] *J. Stübben,* zit. nach *H. Rublack,* Von der Stadtbaukunst zur Stadt der neuen Gesellschaft. Städtebau in Deutschland in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jh., in: Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressepolitik. Fs. f. E. Naujoks zum 65. Geb., hrsg. v. *F. Quarthal* u. *W. Setzler,* Sigmaringen 1980, S. 172f.

Städtebaureform als Wohnungsbaureform

Gegen diesen technisch-pragmatischen Ansatz wandte sich in der Reformdiskussion eine Richtung, die ihre Forderungen wesentlich stärker auf den Wohnungsbau konzentrierte. Die in den Enquêten des »Vereins für Socialpolitik« angeprangerte Wohnungsnot ließe sich, so war es ihre Forderung, nur durch die Herstellung »gesunder«, kleiner und möglichst billiger Wohnungen beheben. Getragen vom Zusammenwirken privater Investoren, freiwilliger Leistungen der Arbeitgeber und gemeinnütziger Gesellschaften hoffte man, das Stadtelend, ein soziales Pulverfaß, zu beheben. Für diese Wohnreformbewegung war es das Ziel, mittels menschenwürdiger Wohnungen größere Gleichheit und Gerechtigkeit zu erreichen. Die Freigabe von Gemeindeland zu billigen Preisen und öffentliche Vorleistungen im Bereich der Infrastruktur, insbesondere des Verkehrs, sah diese Gruppierung eher als eine flankierende Maßnahme. Der Mensch, die Arbeitskraft, sollte im Mittelpunkt der Maßnahmen stehen. Ungleichheit nach Einkommen oder sozialer Status sollten aufgehoben, die Wohnbedingungen gleichwertig werden. Man hoffte auf den humanistischen Einfluß guter Wohn- und Arbeitsbedingungen, vertraute mit missionarischem Eifer auf das Heil der Milieusanierung.[25] Da von den erbärmlichen Wohnverhältnissen in den überfüllten Mietskasernen die größte Gefahr ausgehe, gelte es – wie Schmoller in seinem »Mahnruf in der Wohnungsfrage«[26] eindringlich an die Besitzenden appellierte –, die Arbeiter durch die Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum und »Erziehung zu Sparsamkeit und Hygiene« (d. h. in der Nachahmung der »Lebensgewohnheiten der Mittelklasse«) »sittlich zu erhöhen«, ihnen ein »geordnetes Familienleben« zu ermöglichen, um sie von ihren »Umsturzplänen zu heilen« – »ohne dem Geschäftsleben Zwang anzuthun«[27] – und sie friedlich in die bürgerliche Gesellschaft zu integrieren.

Ein besonders vehementer Angriff auf die Mietskaserne, die von den Wohnungsreformern weitgehend noch als »Notlösung« akzeptiert wurde (z. B. der Vorschlag von Theodor Goecke zum Bau von Superblocks mit »gesunder sozialer Mischung« von 1892),[28] kam von Rudolf Eberstadt. Er prangerte in seinem »Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage«[29] den Spekulationsgewinn aus dem Mietshausbau der Terraingesellschaften als besonders verwerfliche Form der »Kasernierungsrente« an. Für ihn war das Eigenhaus das erstrebenswerte Ziel der Wohnungsbaureform.

[25] Schriften des Vereins für Socialpolitik 30/31, Leipzig 1886, 2 Bde.
[26] *G. Schmoller,* Ein Mahnruf in der Wohnungsfrage, in: Jb. f. Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Leipzig 1887.
[27] *G. Schmoller,* zit. nach *G. Fehl,* Stadtbaukunst contra Stadtplanung. Die Auseinandersetzung Camillo Sittes mit Reinhard Baumeister, in: Stadtbauwelt 65/1980, S. 40.
[28] *T. Goecke,* Soziale Aufgaben der Architektur, Darmstadt 1895.
[29] *R. Eberstadt,* Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage, Jena 1909.

So sehr sich auch die Diskussion um die Reform des Wohnungsbaus als Problem Nummer eins in der städtebaulichen Diskussion und Literatur niederschlug, nach wie vor blieb die Grundrente der bestimmende Faktor der Stadtentwicklung.[30] Doch trotz der starken Aktivität der Reformer in Zeitschriften, Vereinen und Parlamenten und ihres Einsatzes für eine zentrale gesetzliche Regelung, kam es im Kaiserreich vor 1918 zu keinem einheitlichen Reichswohnungsgesetz.[31] Ebensowenig kam es vor 1918 zu einer gesetzlichen Regelung der »Zonenplanung«. Diese Zonung galt seit den 70er Jahren als zentraler Bestandteil der Städtebaudisziplin. Sie bot sich auch geradezu als ideal zu vermittelndes Instrument zwischen öffentlichem Interesse und den Interessen der Grundbesitzer an. Denn mit dieser Zonenplanung konnte man sowohl den ökonomischen Interessen entsprechen, also der Sicherstellung des »gerechten« Gewinns der Grundeigentümer, der Sicherheit und dem Schutz der Investitionen, als auch den sozialpolitischen Zielen, die auf eine Befriedigung der sozialen Spannung setzte. Doch alle Vorstöße, mit diesem Instrument zu arbeiten, scheiterten an der Lobby der »Hausbesitzerparlamente«.[32] Berühmtes Beispiel für dieses Scheitern war der Entwurf für ein Zonenenteignungsgesetz des damaligen Frankfurter Oberbürgermeisters Adickes von 1892 und 1901/02. Das einzige Planungsinstrumentarium, auf das sich die Kommunen bei ihren Stadterweiterungsplänen stützen konnten, waren die Fluchtliniengesetze (1868 in Baden, 1875 in Preußen), die jedoch lediglich die Erhebung von Straßenbaukostenbeiträgen der Anlieger und baupolizeiliche Maßnahmen regelten.[33]

Die Verzögerung der Zonenplanung entsprang nicht nur einer konservativen Angst, die an sich wünschenswerte ständische Trennung könne zu einer gefährlichen Zusammenballung eines revolutionären Potentials führen,[34] sondern resultierte vor allem aus der heftig umstrittenen Frage der Entschädigung. Während sich in anderen europäischen Ländern (Frankreich, Belgien, Italien) die Höhe der Entschädigung nach relativ niedrigen Festpreisen vor den Maßnahmen richtete, orientierte sie sich in Deutschland nach der Rechtssprechung des Reichsgerichts an den jeweils rentabelsten Nutzwerten, so daß Entschädigungen nur für die reichsten Städte bezahlbar waren.[35]

[30] *G. Piccinato,* Die Rolle der Stadtplanung beim Aufbau der kapitalistischen Stadt, in: G. Fehl/J. Rodriguez-Lores (s. A 19), S. 31.

[31] Vgl. dazu ausführlich *D. Berger-Thimme,* Boden- und Wohnungsreform in Deutschland 1873–1918. Zur Genese staatlicher Intervention im Bereich von Wohnungs- und Siedlungswesen, Frankfurt 1976, S. 133–146.

[32] *G. Fehl* (s. A 27), S. 38.

[33] Trotzdem waren sie für die Städte so bedeutend, daß R. Eberstadt das preußische Fluchtliniengesetz als »Magna Charta Libertatum der kommunalen Selbstverwaltung« bezeichnete *(S. Fisch* [s. A 8], S. 107).

[34] »Solche Arbeiterviertel (werden) zu Brütstätten des Proletariats und des Verbrechens und dienen so gerade zur Förderung eines sozialen Übels, dessen Beseitigung man anstrebt«: *Gaebler,* Berliner Baugesellschaft 1867, zit. nach *S. Fisch* (s. A 8), S. 116.

[35] In Frankreich, Paris 1850/51: Enteignung durch bloßen Kommissionsbeschluß ohne Rechtsbehelf und gegen eine minimale Entschädigung, desgl. Straßburg 1870, in Italien (Florenz, Bologna) Zonenenteignung seit 1865 (vgl. *S. Fisch* [s. A 8], S. 107f.).

Dies und die Respektierung innerstädtischer Besitzverhältnisse waren der Grund für den weitgehenden Verzicht der Städtebauer auf die Sanierung der Altstädte und ihr Ausweichen auf die Stadterweiterung an der Peripherie.[36]

Fast resignierend klingen denn die Worte Joseph Stübbens, daß es den Städtebauern nur darum gehen könne, »überall das mit erreichbaren Mitteln Erreichbare zu erreichen«.[37] Daß das allerdings auch in den Augen der damaligen Zeitgenossen nicht ausreichte, zeigt die Kritik Karl Scheffers von 1913. Er thematisierte das verbreitete Unbehagen an der bloßen technokratischen Städtebaureform mit krasser Deutlichkeit: »Es sind im Laufe weniger Jahrzehnte Vorstädte entstanden, die an Größe oft das alte Stadtgebiet übertreffen und die, stadtwirtschaftlich betrachtet, in sich selbst doch ohne alle Bedeutung sind. Diese neuen Stadtteile sind nackte Notdurftgebiete, an ihnen hat irgendein Kulturwille nicht Teil… Straßen, Plätze, Häuser, Verkehrsmittel und Vorortanlagen: alles ist vom unpersönlichen Kapital, unter der Aufsicht der Städtebaupolizei reichlich hygienisch und weiträumig, aber ohne alle Dispositionskraft angelegt worden… So ist der Grundstücksbesitzer, der Bodenspekulant recht eigentlich zum Organisator der modernen Großstadt geworden.«[38]

Städtebaureform als Stadtbaukunst

Gegen die Vorherrschaft des »unpersönlichen« Kapitals und die Langeweile des »geometrischen« Städtebaus der Ingenieure wandte sich Camillo Sittes 1889 erschienenes Buch »Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen«. Das Buch war sofort vergriffen und erschien 1900 bereits in der dritten Auflage. Sitte hatte mit seiner Klage über die »Zerfahrenheit« und »Zerrissenheit« moderner Stadtanlagen, über den »Verlust von Schönheit« und seiner Forderung nach einer ästhetischen Kontrolle durch den »Stadtkünstler« den Nerv vieler seiner Architekten-Kollegen getroffen. Sittes Ansichten begeisterten sie, lieferte er doch dem Architekten endlich wieder ein Selbstbewußtsein, gegen die Mechanisierung und den Stadtabbau anzugehen, schuf ihnen Argumentationen in der Auseinandersetzung und nicht zuletzt Abrechnung mit ihren Konkurrenten, den Technikern und Ingenieuren.

Endlich wurde der Raum für menschliche Organisationen neu entdeckt. Persönlichkeit und ästhetische Gestaltung, Geschichte und Überlieferung erhielten eine neue Bedeutung gegen die industriöse »physikalische Welt«, wo allein die Maschine Ordnung verkörpern würde, allein industrielles Kapital »körperliche Gestalt« besäße. Sittes Kampf gegen die »Entwürdigung« der Stadt, gegen die Theorie des »atomisti-

[36] So zeigt das Beispiel der Entwicklungsplanung in Brüssel unter Anwendung des Zonenenteignungsgesetzes, daß dort die planmäßige Stadterweiterung und der planmäßige Stadtumbau im Zusammenhang behandelt wurden. Vgl. dazu *M. Smets/D. D'Herde,* Die belgische Enteignungs-Gesetzgebung und ihre Anwendung als Instrument der städtebaulichen Entwicklung von Brüssel im 19. Jh., in: *J. Rodriguez-Lores/G. Fehl* (s. A 16), S. 424–447, Bd. 2.

[37] *J. Rodriguez-Lores/G. Fehl* (s. A 16) S. 16, Bd. 1.

[38] Ebda., S. 16.

schen Individualismus« traf das Unbehagen der Architekten gegenüber der technokratischen Planung oder der reinen Sozialreformbewegung, und für seine neue Stadteinheits- und Gestaltungsidee erhielt er begeisterte Zustimmung von ganz unterschiedlicher Seite. »Stadtbaukunst« wurde ein neues Hoffnungswort; Städtebau in einem ideal verstandenen, ständisch harmonisch, in göttlichem Willen ruhenden Mittelalter eingebettet. »Schmecklerisches Ästhetentum« wurde abgelehnt, aber »Baukunst« als »Gottesdienst« (K. Gruber) begriffen, Stadt als »Stadtorganismus« den an Naturwissenschaft, Technik und Volkswirtschaft ausgerichteten städtebaulichen Reformansätzen entgegengesetzt. Ihnen »fehlte«, klagte Theodor Fischer 1904, »leider das Herz, das alle diese todten Systeme mit warmem Blut hätte erfüllen können...«. Sittes Buch war ihm »Trost für die Seele vieler Kunstfreunde und Gebildete«. Er begrüßte Sitte als den »Vater der neuzeitlichen Stadtbaukunst«.[39]

Auch Fritz Schumacher berichtete über seine »helle Begeisterung« nach der Lektüre von Sittes Buch.[40] Während sich der technokratisch-pragmatische Reformansatz an den aktuellen Bedürfnissen und dem Gebrauchswert der Stadt orientierte und jeden Rückgriff auf eine idealisierte Vergangenheit ablehnte, versuchte diese ästhetisch-erzieherische Strategie Sittes den »Verfall der bürgerlichen Kultur« (Sitte) durch Stadtbaukunst aufzuhalten. Die von »schön« gestalteten Plätzen, Straßen, Häuser (als Ensemble) ausgehende »gute Wirkung« habe für den Kunstfreund und Gebildeten freudiges Wiedererkennen zur Folge. Doch nicht nur der gebildete Bürger habe Gewinn von dieser Kunst, auch auf das einfache Volk übe sie einen »erzieherischen« Einfluß aus, der zur Förderung von Heimatgefühl, »Localpatriotismus« und schließlich zur Identifikation mit der bürgerlichen Gesellschaft beitrage. Da die ökonomische Entwicklung, die für die Häßlichkeit der Städte verantwortlich war, als eine »naturgemäße« resigniert hingenommen werden müsse, sollte der Baukünstler und Volkserzieher mit den Spekulanten einen »Compromiss« für das »Sonntagskleid« der Stadt aushandeln: Geld und ästhetische Kontrolle über einige wenige schön gestaltete Häuser, Straßen, Plätze und Kristallisationskerne, hinter denen sich dann – ohne Umlegung, Zonenenteignung u. ä. Eingriffe, die den »Compromiss« stören könnten – die Stadt im »Werktagskleid« ausbreiten könne.[41] Sitte beließ also das Chaos und Elend, vermied die Auseinandersetzung mit den anstehenden Problemen der Industrialisierung und Verslumung und – so wurde ihm nun andererseits vorgeworfen – flüchtete sich in einen reinen Ästhetizismus. Damit wurde (bei aller Vergleichbarkeit der Problemsicht) die Polarität der Auffassungen bei den Lösungen der Stadtbaureform zum Signum der Stadtbaulehre.

[39] *G. Fehl,* Camillo Sitte als »Volkserzieher«. Anmerkungen zum deterministischen Denken in der Stadtbaukunst des 19. Jh., in: *ders. / J. Rodriguez-Lores* (Hrsg.) (s. A 19), S. 173, 174.
[40] *F. Schumacher* zit. nach *S. Fisch* (s. A 8), S. 124.
[41] *C. Sitte,* Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Reprint der 4. Aufl. 1909, Braunschweig/Wiesbaden 1983, S. 98.

Hinter diesem langanhaltend und heftig geführten Streit zwischen den beiden Lagern Baumeister/Stübben und Sitte/Henrici[42] unter den jeweiligen Kampfparolen »geometrischer« contra »natürlicher« Städtebau, »Kunstwerk« contra »Statistik und System«, »Herz und Gemüth« contra »gemeine Nützlichkeit«, »Herrschaft des Lineals« contra »Künstlerindividualität«, »krumme« contra »gerade« Straßen etc. standen sich allerdings die gleichen Gruppierungen des mittleren Bürgertums gegenüber, die sich auch im Werkbund über Form und Norm, Modernität und Traditionalität bekämpften. Auf der einen Seite dieser Auseinandersetzung stand die zunehmend an Einfluß gewinnende, sich für technischen und sozialen Fortschritt mitverantwortlich fühlende naturwissenschaftliche und technische Intelligenz, die immer deutlicher Stadt positivistisch und ahistorisch sah, gleichsam Stadt als »Produkt«, als empirisch-analytischen Plan begriff, funktionstüchtig machbar, fertigzustellen wie eine Maschine, auf der anderen Seite war es jenes Bildungsbürgertum, das sich von dieser Entwicklung immer mehr abgeschnitten fühlte, sich auch abwandte und in »Irrationalismus«, »Innerlichkeit« und tiefe Zivilisationskritik flüchtete, Stadt eher als Produkt historischer Traditionen verstand, als Idee und Erbe.

Doch die Unterschiede dürfen über die Gemeinsamkeiten nicht hinwegtäuschen.[43] Wenn später Siegfried Giedion, namhafter Vertreter des Neuen Bauens und Sekretär der CIAM, Sitte auch als eine Art »Troubadour, der mit seinen mittelalterlichen Liedern das Getöse der modernen Industrie übertönen wollte«,[44] verspottete, so entzweite doch nur die »Form« die beiden Lager, einte sie aber zu einer »heiligen Allianz«, wenn es um den »Inhalt«, die Privatisierung der Stadt, die Logik der Grundrente und die soziale Klassenstruktur ging: in der Praxis des Bebauungsplans ist ein Stübben von einem Sitte nicht zu unterscheiden.[45]

Stadtbaureform als Gartenstadtbewegung

Ende des 19. Jahrhunderts, als die Städte gerade eine neue urbane Wachstums- und Eingemeindungswelle erlebten und die Folgenlosigkeit ihrer Vorschläge und Eingaben die Städtebaureformer resignieren ließ,[46] bot sich – neben der Flucht in eine entpoliti-

[42] *K. Henrici,* Praktische Ästhetik im Städtebau, 1904 (»Kampf um deutsches Wesen im deutschen Städtebau«).
[43] *H. Böhme,* Fortschrittsglaube oder Zukunftsangst? Technik- und Sozialwissenschaften als konzeptionelle Elemente eines Museums für Technik und Arbeit, in: Schriften Agricola Gesellschaft Nr. 9/1983, S. 28 ff.
[44] *S. Fisch* (s. A 8), S. 128.
[45] *J. Rodriguez-Lores/I. Cerdà* (s. A 19), S. 67 f.
[46] Wichtige Reformwerke wie die Zonenenteignung, Zusammenlegung und Umlegung waren in der zweiten Preußischen Kammer durchgefallen, abgestufte Bauordnungen wie das Sächsische Allgemeine Baugesetz von 1900 in der Praxis undurchführbar; vgl. *J. Rodrigues-Lores/G. Fehl* (Hrsg.) S. 14.

sierte und entpolitisierende Ästhetik – noch eine andere, von England kommende »Bewegung« an: die Flucht in antiurbane Lösungsstrategien, wie die von Ebenezer Howard vorgeschlagene »Gartenstadt«, »as a peaceful path to real reform«.[47] Auch sie war Teil der Reaktion auf Ballung, Fabrik, Slum, Vorstadtbrei und reinen Utilitarismus, auf die Stadt des 19. Jahrhunderts als Welt der Technik und des Kapitals. In Howards Überlegungen finden wir »sanitäre Reformvorstellungen« eines Chadwick, einer Florence Nightingale, wie die der Hygiene eines Louis Pasteur, eines Benjamin W. Richardson, eines John Ruskin oder der frühen Utopisten wie Thomas Spencer oder James S. Buckingham. Howard griff bei seiner Stadtplanungsidee wieder zurück auf »die Griechen«, auf ihr »menschliches Maß«, auf ihre Vorstellungen – wie Howard es sah –, daß jedem Organismus, jeder Organisation natürliche Grenzen gezogen seien. Er wollte Bevölkerungszahl und Wohndichte begrenzen, einer »organisch gebauten Stadt« alle Funktionen geben, Stadt und Land erneut »vermählen«. Howard ging also von einem »Ideal einer in sich geschlossenen Stadteinheit« aus, einem Ganzen, wo Form und sozialer Gehalt den Prinzipien von Gleichgewicht, Selbstverwaltung, Einheit in Mannigfaltigkeit und Geschlossenheit entsprechen sollte. Die ökonomische Dynamik sollte gebändigt werden. Grundbaustein dieser neuen Stadtlehre war die »Wohngruppe effizienter Größe« in einer weitgehend autonomen »Neuen Stadt«, einer Stadt gleichsam »aus dem Stand«. Howard reflektiert also nicht den historischen Entstehungsprozeß, sein Stadtkonzept ist ebenso ahistorisch und bestimmt als Gegenbild zum »Stadthaufen«, zur ausgewucherten Vorortmisere des 19. Jahrhunderts.

Befreit von sozialistischen Reminiszenzen übernahm die 1902 gegründete »Deutsche Gartenstadtgesellschaft« wesentliche Reformvorschläge des Howardschen Vorbilds: Dezentralisation, Wohnungsreform, Gemeinschaftseigentum, Innenkolonisation des Landes, und sie wurde, wie der Werkbund, wieder ein Sammelbecken für die Reformer des fortschrittlichen und des konservativen Lagers. Howards Idee in deutscher Gewandung war deshalb so überaus erfolgreich, weil sie die Energien der Kunstbewegung (das Programm Sittes) mit der im Wohnungsbau diskutierten sozialen Frage zusammenbrachte.[48] Im Vorstand des Vereins trafen sich unter anderen Rudolf Eberstadt, Karl von Mangold, Ferdinand Avenarius, K. E. Osthaus, Peter Behrens, Theodor Goecke, Hermann Muthesius und Theodor Fischer auf der Suche nach einer neuen Identität des Wohnens und Lebens in einer »heilen Welt« auf dem Land, ohne die Probleme der Großstadt gelöst zu haben. Die neue Reformidee – zuerst umgesetzt in den Gartenstädten Karlsruhe-Rüppur, Hellerau, Staake und der Margarethenhöhe bei Essen – erwies sich sowohl für die Kolonisation der zu erobern-

[47] *E. Howard,* Gartenstädte von morgen, in *J. Posener,* Bauwelt Fundamente 21, Berlin 1968; *K. Hartmann,* Deutsche Gartenstadtbewegung, Kulturpolitik und Gesellschaftsreform, München 1976.

[48] *H. Rublack* (s. A 24), S. 182.

den Gebieten im Osten[49] als auch für die Domestizierung der Arbeiter[50] als außerordentlich nützlich. Sie erwies sich als brauchbares Mittel, das Klassenbewußtsein der Arbeiter in systemkonformen Reformwillen umzubiegen.[51]

Stadtbaureform als Architekturreform

Der zeitlich jüngste Beitrag zur Städtebaudiskussion, der wohl seine Wurzeln noch im 19. Jahrhundert hatte, aber vor, während und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg formuliert wurde, stammte von Architekten und beeinflußte und prägte die Gestalt und Raumbildung von Einzelobjekt und Stadt tief. Diese Architekturreform reagierte ebenfalls auf die Stadt des 19. Jahrhunderts, hoffte ebenfalls, mit missionarischem Eifer die Menschen, die Stadt und die Architektur von historischen Zwängen zu befreien. Sie setzte auf Industrialisierung als Mittel zur Befreiung, suchte das Ideal der abgeschlossenen, übersichtlichen, funktionsgegliederten Stadteinheit. Auch sie setzte auf die wissenschaftlich definierte Wohngruppe, war überzeugt, daß ideale Wohn- und Arbeitsumgebung einen »neuen Menschen« formen würde und glaubte, mit ihrem »modernen Bauen« für das Existenzminimum den entscheidenden Schlüssel für die Lösung der sozialen Frage gefunden zu haben. Sie war von der Maschine, vom technischen Fortschritt fasziniert, sah in der Arbeitsteilung, im Fließband, in der Instrumentierung der »Zeit« die Chance, die Wohnreform und Arbeiterbewegung architektonisch in eine Symbiose zu zwingen. Ihre gestalterischen und planerischen Grundansichten ruhten dabei in einer antihistorischen und zugleich ästhetischen Reduktion und Abstraktion. Kubismus und Konstruktivismus waren die Paten dieser Bewegung.

Erst Ende der zwanziger Jahre fand diese Auffassung in der CIAM auf mehreren Kongressen ihre Ausformulierung in der Charte d'Athenes.[52] Dabei setzte sich auch hier eine eher idealisierende Stadtauffassung gegenüber einer kapitalismuskritischen und sozioökonomischen und politischen Argumentation durch. »Gartenstadt« und »Funktionale Stadt« sind dabei trotz unterschiedlicher Akzentuierung zwei Spielfor-

[49] *W. Durth/N. Gutschow,* Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, Bd. 1, Braunschweig 1988, S. 168 f. (»Die Gartenstadt im Dienste der Ostmarkpolitik«).

[50] A. E. Brinckmann (1912): »Das Industriedorf wird wirtschaftlich und politisch von höchster Bedeutung sein. Ganz äußerlich schon dadurch, daß in ihm die gehetzte Proletariergesinnung eine bäuerliche Färbung erhält... Die Kolonie schließt sich fester nach außen ab, und das ist besonders in Streikzeiten wertvoll für den Schutz der Arbeitswilligen« vgl. *W. Durth/N. Gutschow* (s. A 49), S. 170.

[51] *H. Berndt,* Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern, Stuttgart/Bern 1968, S. 59.

[52] Unterzeichner der Erklärung von La Sarraz waren u. a. H. P. Berlage, den Haag, Le Corbusier, Paris, J. Frank, Wien, V. Bourgeois, Brüssel, H. Häring, Berlin, Hannes Meyer, Dessau, E. May, Frankfurt, A. Sartoris, Turin, M. E. Haefeli, Zürich, H. Schmidt, Basel, M. Steiger, Zürich, M. Stam, Rotterdam, J. D. Zavala, Madrid. Vgl. *U. Conrads* (Hrsg.), Programme und Manifeste, Braunschweig 1975.

men einer Idee. Der Unterschied von angelsächsisch-deutscher oder französisch-lateinischer Auffassung von Land-Stadt-Verhältnis wird dabei doch von der Idee von Stadteinheit, Funktionstüchtigkeit, Herstellbarkeit, Wohngruppendefinition, Sozialreform und antihistorischem, positivistischem Effekt aufgehoben.

Die Schulenbildung

So heftig die öffentliche Diskussion um die Zukunft und die Sanierung der Stadt in Zeitschriften wie z. B. der von Sitte und Goecke 1903 gegründeten »Der Städtebau« geführt wurde, wie heftig auch auf Kongressen, Wettbewerben und mit Entwürfen um Probleme und Reformkonzepte gestritten wurde, als eigenständige wissenschaftliche Disziplin drang der Städtebau an den Hochschulen nur äußerst langsam vor: Neben Reinhard Baumeister ab 1887 in Karlsruhe, unterrichtete Karl Henrici (der 1890 gemeinsam mit Josef Stübben den Wettbewerb zur Stadterweiterung Kölns gewann) Stadtbaukunst am Lehrstuhl für Architektur in Aachen. Erst mit dem neuen Jahrhundert begann langsam eine Ausweitung. Friedrich Pützer, Henricis Schüler, ging 1897 nach Darmstadt, um dort neben dem traditionellen Angebot des Lehrstuhls für Architektur »künstlerische Fragen des Städtebaus« zu unterrichten.[53] Theodor Fischer, Leiter des Stadterweiterungsbüros in München, erhielt 1901 einen Lehrauftrag an die dortige TH, ging 1905 nach Stuttgart, wo er in seiner Einführungsrede betonte, daß »wir zum Aufstellen von Leitsätzen in dieser jungen Disziplin noch lange nicht reif sind«.[54] In Berlin leiteten Theodor Goecke, Felix Genzmer und Josef Brix ab 1907 ein gemeinsames »Seminar für Städtebau« (Goecke und Eberstadt erhielten neben Brix einen der ersten Preise für den Wettbewerb »Groß-Berlin«); in Dresden unterrichtete Cornelius Gurlitt neben Geschichte der Baukunst ab 1902 »Städtebau«. Sein junger Kollege Fritz Schumacher ging 1909 als Stadtbaurat nach Hamburg und wurde durch seine zahlreichen Veröffentlichungen einer der führenden Theoretiker des Städtebaus.[55] In Karlsruhe übernahmen Friedrich Ostendorf 1907 einen Lehrstuhl für »Mittelalterliche Stadtbaukunst«, Walter Sackur 1912 einen für »Baukonstruktion und Städtebau«, und die TH Wien, wo Architekten bisher grundsätzlich nur an der Akademie der bildenden Künste studieren konnten, erhielt um 1900 mit Karl Mayrede ein eigenständiges Fach »Städtebau«.

Nach dem Ersten Weltkrieg bildeten sich dann um die wenigen exponierten Hochschullehrer »Gefolgschaften« und »Schulen«,[56] deren Anhänger sich unter der ver-

[53] *M. Guther,* Zur Geschichte der Stadtbaulehre an deutschen Hochschulen, in: Heinz Wetzel und die Geschichte der Stadtbaulehre an deutschen Hochschulen, Stuttgart 1982.
[54] Ebda., S. 84.
[55] *W. Durth* (s. A 5), S. 60. Schumachers Schriften wurden nach dem Ersten Weltkrieg zur Pflichtlektüre von Architekten und Stadtplanern.
[56] Zusammenfassung aus *W. Durth,* ebda.

schärften ökonomischen Konkurrenz in den Krisenjahren der Weimarer Republik nun offen in verschiedene Lager – »Gartenstadtidee« hier, »Funktionale Stadt« dort – spalteten. Hans Poelzig z. B., seit 1923 an der TH Berlin, gehörte zur Avantgarde des Neuen Bauens. Er organisierte sich mit Gleichgesinnten wie Hugo Häring, Peter Behrens, Ernst May, Walter Gropius, Max und Bruno Taut, Martin Wagner, Ludwig Hilberseimer, Ludwig Mies van der Rohe u. a. im »Ring«, einer sehr aktiven Gruppierung, die für einen sozial engagierten, an Sachlichkeit, Modernität und technischem Fortschritt orientierten Städtebau kämpfte.[57] Die Alternative zu Poelzig bot der seit 1926 ebenfalls an der TH Berlin unterrichtende Heinrich Tessenow. Bei seiner »Kleinstadtidylle« hoher Werktreue sammelten sich Heinrich Riemer-Schmidt, zum Teil Fritz Schumacher und die späteren NS-Architekten Albert Speer, Rudolf Wolters und Friedrich Tamms. Paul Bonatz, Nachfolger Theodor Fischers in Stuttgart, organisierte mit Paul Schmitthenner, Paul Schultze-Naumburg, Heinz Wetzel u. a. die Anhänger eines landschaftsbezogenen traditionellen Städtebaus im konservativen »Block«, dessen Anhänger sich später ebenfalls nahtlos in die »Blut- und Boden«-Ideologie des Nationalsozialismus einordnen ließen.[58]

Die umwälzenden Veränderungen im Städtebau der Weimarer Republik lagen aber nicht nur in den theoretischen Auseinandersetzungen dieser Gruppen, sondern in den veränderten politischen Rahmenbedingungen und im neuen Engagement der öffentlichen Hand auf dem Gebiet des Wohnungsbaus. Dieser wurde zur zentralen Aufgabe der Sozialpolitik und mit den Mitteln der Reichshauszinssteuer (von 1924–1930/31 ca. 5 Mrd. Mark)[59] subventioniert. Das Ziel war, auf dem Boden der nach wie vor bestehenden privatkapitalistischen Ordnung durch die Industrialisierung des Bauens, durch Rationalisierung, Typisierung und Normierung der Bauteile die enorme Wohnungsnot zu beheben und für die Masse der Arbeiter ausreichenden Wohnraum zu beschaffen, ein Ziel, das allerdings unter den gegebenen ökonomischen Verhältnissen nicht zu erreichen war.[60] In Zusammenarbeit mit den meist sozialdemokratisch regierten Großstädten verwirklichten die Architekten des »Neuen Bauens« – die Anhänger der »Funktionellen Stadt« – in den wenigen wirtschaftlich stabilen Jahren der Weimarer Republik ein enormes Siedlungsprogramm (u. a. Martin Wagner und Bruno Taut in Berlin, Fritz Schumacher in Hamburg und vor allem Ernst May in Frankfurt).[61] Kernidee dieser Projekte war das Konzept der Trabantenstadt, errichtet

[57] *H. Böhme,* Ernst May und der soziale Wohnungsbau, Frankfurt 1988, S. 17ff.
[58] *H. Wetzel,* Wandlungen im Städtebau, Stuttgart 1941, S. 36: »Der Führer hat uns den Weg gewiesen: Das Stichwort heißt: Blut und Boden«.
[59] *H. Böhme* (s. A 57), S. 11ff; *H. Rublack* (s. A 24), S. 182.
[60] *G. Piccinato,* Städtebau in Deutschland 1879–1914, Braunschweig 1983: »Eine Stadtentwicklung, die durch Grundrente und private Aneignung des durch Stadterweiterung erzeugten Mehrwerts des Grund und Bodens bestimmt wird, erlaubt keine Verwirklichung menschenwürdiger Wohnungen.« (S. 69)
[61] *H. Böhme* (s. A 57), S. 20ff.

im billigen Umland der Städte und an diese durch ein effizientes Verkehrssystem angeschlossen. Die Städte selbst sollten durch eine Trennung von Wohnen, Arbeit, Freizeit und Verkehr ihre Funktionsfähigkeit zurückerhalten und sich mit Hilfe der modernen Technik den Anforderungen der künftigen Massengesellschaft anpassen.

Das städtebauliche Leitbild und seine Funktion

Damit hatten sich alle bis heute wirksamen Leitbilder des Städtebaus herausgebildet. Die Disziplin hatte ihre juristische, ökonomische, soziale, technische und ästhetische Bestandsaufnahme abgeschlossen. Nun war das Ziel vorgegeben: die »Rationalisierung« des Irrationalen oder etwas prosaischer formuliert, die Privatisierung und technisch-kapitalistische Funktionalisierung der Stadt mit wissenschaftlicher Methode.[62] Sie hat diesen Prozeß als »vollendete Tatsache« akzeptiert, seine »Gesetze« analysiert und ihre Methoden dieser Realität angepaßt, um eine »geordnete« Entwicklung der Stadt und die Optimierung ihrer Funktionen zu gewährleisten. Gleichzeitig hat sie die Klagen über soziale Mißstände aufgegriffen und im Sinne eines »überparteilichen« Allgemeinwohlbegriffs versucht, Antwort auf die Klagen zu geben. Ohne den ideologischen Bindungen und politisch-ökonomischen Ursachen allzu sehr auf den Grund zu gehen, hoffte man, mit analytischer Wissenschaft ein Instrument der Städtelehre zu entwerfen, die gleichzeitig einer sozialen Utopie diente, indem man Architektur und Städtebau als Palliativ gegen Umsturz und politische Destabilisierung begriff. Beispiele von Widerstand und Auflehnung gegen diese »vollendeten Tatsachen« wie die Cerdà-Planung für Barcelona, die Cité Industrielle von Tony Carnier oder das »Rote Wien«, wurden als »Rest«, »Sonderfall« oder »Ort des Unlogischen«[63] abqualifiziert. Sie fehlen demnach in der evolutionären Legende der Disziplin. Vielmehr wird heute Städtebau als Lehre, als Disziplin begriffen, als ob sie aus der »Steinzeit« des 19. Jahrhunderts aufgetaucht sei, sich über die idyllische Gartenstadt zu einem ersten Höhepunkt im Bauhaus und der CIAM aufgeschwungen habe, um – durch das Dritte Reich unterbrochen – nach 1945 wieder Anschluß an den »International Style« zu finden.[64] So erweist sich denn der wissenschaftliche Städtebau, trotz einiger kritischer Einsprengsel, doch letztlich als fester Bestandteil der kapitalgeprägten, technik- und wachstumsorientierten Industriegesellschaft; er ist ein Träger ihrer Normen, Werte und Ideologien.

Der ideologische Charakter dieser Lehre enthüllt sich am deutlichsten in der Analyse der städtebaulichen Leitbilder, die trotz aller Brüche und Verwerfungen eine »erstaunliche Kontinuität« aufweisen.[65] Am wirksamsten erwies sich das »organische« Leitbild.[66] Dieses Leitbild konnte nämlich sowohl von der konservativen Richtung als Teil einer gewachsenen und »natürlichen« Ordnung als auch von der technisch-sozialen als ein von den Naturwissenschaften übernommenes, analytisches Modell benutzt werden, um jeweils bürgerlich-konservative oder bürgerlich-fortschrittliche Ordnungsvorstellungen zu transportieren. Wollte das konservative Ordnungsmodell die zerrissene Klassengesellschaft wieder »organisch« in eine vorindustrielle, hierarchisch gegliederte Ständegesellschaft einbinden, so zielte das fortschrittliche auf die planende Kontrolle der Einzelteile, um das reibungslose Funktionieren des gesamten »Organismus« zu gewährleisten. In seiner konservativen oder fortschrittlichen Variante steht letztlich dieses Leitbild sowohl hinter Howards Gartenstadt, hinter der »Ville Radieuse« von Le Corbusier und Ernst Mays Trabantenstädten und auch hinter dem »Neuen Städtebau« als Experimentierfeld der Moderne.[67]

Von den Nationalsozialisten ließ sich ein Sitte mit seinen künstlerischen Ambitionen, ein Tessenow mit seinem landschaftsbezogenen, kleinteiligen Bauen genauso vereinnahmen wie ein Fritz Schumacher mit seinem aus naturwissenschaftlicher Perspektive gewonnenen und auf die Stadtentwicklung übertragenen »Organismus«-Begriff.[68] Die diktatorische Ausweitung der Planungskompetenzen im Dritten Reich (auch über den erwarteten Zugewinn an »Lebensraum« im Osten) prägte das neue biologisch und rassehygienisch legitimierte Leitbild der »Stadtlandschaft«. Kern dieses »Leistungsorganismus« war die gut kontrollierbare Ortsgruppe als »Siedlungszelle«. In diesem neuen Leitbild verschmolzen Vorbilder der Moderne, z. B. die Band- und Trabantenstadt, mit den kleinstädtischen konservativen Bau- und Lebensvorstellungen der Stuttgarter Schule. Nahtlos, wenn auch in sprachbereinigter und entnazifizierter Terminologie, ging nach 1945 das Konzept der »Stadtlandschaft« in das Leitbild der verkehrsgerechten, gegliederten und aufgelockerten Stadt über,[69] die »Siedlungszelle« wurde zur »Nachbarschaft«.[70]

[62] *J. Rodriguez-Lores/I. Cerdà* (s. A 19), S. 67, 75.
[63] Ebda., S. 75.
[64] Vgl. *J. Rodriguez-Lores/G. Fehl* (s. A 19), S. 9; *W. Durth* (s. A 5) S. 11f.
[65] *W. Durth/N. Gutschow* (s. A 49), S. 162.
[66] Zur Kritik an diesem Leitbild siehe neben *Durth/Gutschow* u. a. auch *G. Piccinato* (s. A 60), *H. Berndt* (s. A 51), *H. Helms/J. Janssen* (Hrsg.), Der kapitalistische Städtebau, Neuwied 1971; *H. Böhme,* Freiheit Macht Stadt oder städtische Wiederbelebung als historisches Thema, in: Freiheit Macht Stadt! Der Anspruch der Selbstorganisation des Alltags. Zusammenfassung aller Beiträge des von der Fachgruppe Stadt der Technischen Hochschule Darmstadt veranstalteten Seminars vom 1.–3. 10. 1981 im Rahmen der Europäischen Kampagne zur Stadterneuerung 1981, o. O., o. J., S. 12–24.
[67] *Th. Sieverts,* Die »Neuen Städte« als Experimentierfeld der Moderne, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 51ff.
[68] *W. Durth/N. Gutschow* (s. A 49), S. 174 (Fritz Schumacher, »Vom ästhetischen zum organischen Städtebau«); *H. Böhme,* Städtebau als konservative Gesellschaftskritik. Bemerkungen zu Karl Grubers »Gestalt der deutschen Stadt«, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 1–27.
[69] *H. B. Reichow,* Organische Stadtbaukunst. Von der Großstadt zur Stadtlandschaft, Braunschweig/Berlin/Wien 1948; *ders.,* Die autogerechte Stadt. Ein Weg aus dem Verkehrschaos, Ravensburg 1959; *H. Göderitz/R. Rainer/H. Hoffmann,* Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Tübingen 1957.
[70] Einem aus dem amerikanischen Pioniergeist entwickelten Leitbild der »Neighbourhood-Unit«, *H. Klages,* Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit, Köln/Opladen 1958.

Die unterschiedlichen bis in die Anfangsjahre des Jahrhunderts zurückreichenden Traditionslinien verknüpften sich dabei in einer Phase politischer, industrieller und kapitalistischer Restauration. Am deutlichsten erkennbar wird dieser Einfluß der unhistorischen, auf ein fertiges Produkt bezogenen Stadttheorien mit ihrem Glauben an die »Besserung« des Menschen durch die »gute Stadt« (Th. Sieverts) in der Planung und Gestaltung der »Neuen Städte«. Sie wurden aufgrund gleichartiger Entwicklungsprozesse in allen Industrienationen mit wenig Variationen in einem wiedererneuerten »International Style« amalgiert, wobei allerdings deutlich zwei »Generationen« von Städtebaugliederungsprinzipien zu unterscheiden sind. Erstens: Der Städtebau mit enger fußläufiger Verknüpfung von Versorgung, Wohnen und Arbeit, mäßiger Dichte, dominierendem Stadtgrün und gemischten Bauformen, ebenerdiger Verkehrsführung und zweitens: der Städtebau der Wachstumsgeneration mit starker horizontaler und vertikaler Verdichtung, geometrischen Großformen, »Kontrastumgebung«, industrialisiertem Bauen und Dominanz der Verkehrssysteme und »verkabelter« Ver- und Entsorgungssysteme. Gerade gegen die Bauten und den Glauben der »Allzuständigkeit von Plänen« wurde bereits in den 60er Jahren zunehmend Kritik formuliert.[71] Eine Kritik, die dann mit dem Kollabieren der ökonomischen Wachstumseuphorien starke Unterstützung bekam. Stadtbautheorien, entwickelt unter zeitlosen Zukunftsvorstellungen, und »Städte« – Neustädte – aus einem Guß, einheitlich gedacht und »häufig mit ehrgeizigen sozialen und kulturellen Zielen verbunden« (Th. Sieverts) geplant, wurden problematisch, die Bindung an zeittypische Zielvorstellungen erkennbar. Thomas Sieverts nennt diese Vorstellungen von den »Readimades« »falsch und verhängnisvoll« und sieht in der »beabsichtigten und vermeintlichen ›Fertigkeit‹ ... eine Fülle von Konflikten«. »In dieser besseren Welt war – wie im Paradies – die Geschichte ein für alle Mal ›stillgelegt‹!«[72] Daß dies ein Trugschluß war, daß Stadt und Städtebau unaufhörlich mit dem Wachstum der Städte mit allen ihren Problemen verknüpft war, ließ die so schlüssig scheinenden Theorien problematisch werden. Die rapide Motorisierung, die rigide Funktionstrennung, vor allem aber der erkennbar werdende Verlust von Urbanität, der soziale Bedeutungsverlust von Stadtraum, Straßen- und Platzraum als Lebensraum brachte den Städtebau der wissenschaftlich begründeten Theorien in eine Krise: Die neuen Formen der Verstädterung waren weder mit den alten Leitbildern noch mit dem veralteten Planungsinstrumentarium zu steuern[73] und verkamen häufig rasch zu einer vulgären, ökonomisch

[71] *H. P. Bahrdt,* Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Reinbek 1961; *J. Jacobs,* Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Frankfurt/Berlin 1963 (BF 4); *W. J. Siedler/E. Niggemeyer/G. Angreß,* Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum, München 1964; *A. Mitscherlich,* Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt 1965; *H. Berndt/A. Lorenzer/K. Horn,* Architektur als Ideologie, Frankfurt 1968.

[72] *Th. Sieverts* (s. A 67), S. 53.

[73] *W. Durth/N. Gutschow* (s. A 49), S. 219.

bedingten Fluchtlinienoptimierung, zu Isolierung und »vollständigem Zerfall des städtischen Raums« (Th. Sieverts).

Die Antwort auf diese Krise in den 70ern ist ein Suchen, eine Rücknahme der Theorie und ein Hantieren mit historischen Versatzstücken, mit starker Marktberücksichtigung, man versucht »multifunktional« zu planen, architektonisch »anspruchsvoll«, informell und kleingliedrig und oft mit traditionellen Materialien. Dabei ist es sehr deutlich, daß sich der Städtebau heute auf der Suche nach neuen Leitbildern befindet: ob in postmoderner Leichtigkeit, in nostalgischer Kopie, in ästhetisierender Imagepflege oder in der alten/neuen Forderung nach einer ökologischen und »gesunden« Stadt, die sich auch an den Bedürfnissen der Natur und der sozial Schwachen und weniger Leistungsfähigen dieser Gesellschaft zu orientieren hätte.[74] In dieser Krise gilt es, die Möglichkeiten und Grenzen der Disziplin aufzuzeigen, sie durch die »Rückführung« auf ihre Entstehungsgeschichte von »falschen Hoffnungen zu befreien«.[75] Der Städtebau ist als Disziplin wohl eine wissenschaftliche, in seinen planerischen Bedingungen und in seinen Wirkungen aber eine politische Angelegenheit. Nicht zuletzt deswegen ist für ihn eine historisch-politische Fundierung so wichtig; Stadtgeschichte, Stadtbaugeschichte haben für ihn nicht nur eine ästhetische, historische Funktion, sie ermöglichen, eine politische Sättigung von Planung zu erbringen, die den Problemen ahistorischer Gesamtentwürfe ihre bürokratisch-technische Effizienz nehmen. Denn die Grundlagen des Städtebaus sind die gleichen wie im 19. Jahrhundert: Die Einbindung der Stadt mittels Grundrente in das kapitalistische, das industrielle Produktionssystem. Die Stadt heute ist deswegen von den Krisen und Widersprüchen dieses Systems nach wie vor betroffen. Ja, die Situation ist noch härter geworden, weil, entfremdet durch gesteigerte zentrale Wohnproduktion und Verwaltung, durch große Organisationen, durch ein weitgehendes Fehlen von Beteiligungs- und Verfügungsformen, eine politische Verantwortung der Stadtbewohner für ihre Stadt noch schwieriger wurde. Die Zukunft der Stadt wird deswegen nicht in der schönen Musealisierung der Stadtkrone liegen, sondern in der politischen Vitalisierung durch die Bürger. »Bî der statmûs« leben heißt, die politische Ordnung erkennen, Stadt als artefizieller, machtpolitischer Schöpfungs- und Gestaltungsakt, und das heißt, nicht nur die gesellschaftlich-ökonomischen Bedingungen analysieren, sondern auch beizutragen, diese Bedingungen politisch zu verändern. Stadt war immer »etwas schockierend Neues, anziehend und abstoßend zugleich« (Otto Borst).

[74] *H. E. Richter,* FR 20. 2. 89: »Vielleicht reicht der Leidensdruck noch nicht.« In diesem Artikel beklagt Richter die »Maßlosigkeit des ökonomischen Expansionismus«, die »protzige Selbstdarstellung des Reichtums« und das »Gekungel« zwischen der Wirtschaft und den Behörden.

[75] *G. Piccinato,* in: *G. Fehl/J. Rodriguez-Lores* (s. A 19), S. 19.

Gerd Albers

Bewahrung und Wandel im Blickfeld der Stadtplanung

»Gott schütz' dies Haus vor Sturm und Feuer, vor der Stadtplanung und vor der Steuer« – so steht es dem Vernehmen nach an einer Hauswand, vielleicht gar an mehreren, in Deutschland. Mag auch die Steuer um des Reimes willen hinzugestoßen sein – sie würde allenfalls das Eigentum am Haus, nicht seinen Bestand treffen –, so stehen die drei anderen Begriffe doch offenbar für Agenten der Zerstörung. Und die anrüchige Nachbarschaft entspricht durchaus einer verbreiteten Meinung über die Stadtplanung: Sie sorgt wohl am Stadtrand für Neubauten, aber wenn sie ins bebaute Stadtgebiet eingreift, so bedeutet das in der Regel Gebäudeabbruch – für einen Straßendurchbruch, für einen großzügigen Ersatzbau, manchmal auch für Freiflächen.

Diese Meinung hat ihre guten Gründe. Tatsächlich ist ja die Stadtplanung des 19. Jahrhunderts mit dem Ziel entwickelt worden, Veränderungen in geordnete Bahnen zu lenken – und das waren in erster Linie Stadterweiterungen. Auch die ersten städtischen Dienststellen hießen entsprechend; in München wurde 1893 ein »Stadterweiterungsbüro« geschaffen. Aber dieses Stadtwachstum stellte natürlich auch an die vorhandene Stadtstruktur neue Ansprüche; alte Straßen mußten verbreitert, für große Neubauten die Voraussetzungen geschaffen werden. Häufig bedurfte es dazu nur der vorsorglichen Festsetzung neuer Fluchtlinien hinter der alten Gebäudefront; die damit meist gebotene Möglichkeit höherer Ausnutzung führte vielfach zum Entschluß des Eigentümers, das Angebot eines Neubaues zu nutzen und damit die verbreiterte Straßenfläche freizulegen. Gewiß mußte auch manchmal der Abbruch erzwungen werden – besonders, wenn Grundstücke ganz oder weitgehend in die neu ausgewiesene Straßenfläche fielen, aber die stärkeren Impulse für Veränderungen gingen doch von der Wirtschaftsdynamik und den privatwirtschaftlichen Investitionswünschen aus.

Gleichwohl ist das nur die eine, wenn auch die auffälligere Seite der Münze. Denn die Lenkung von Veränderung löst zwangsläufig die Überlegung aus, was etwa vor Veränderung zu bewahren sei, und es ist sicher nicht ohne Interesse, einmal der Frage nachzugehen, wie sich ein solches Anliegen etwa seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts manifestiert hat.

Diese Zeit mit ihrer Fülle tiefgreifender gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Veränderungen ist zugleich durch ein ausgeprägtes Interesse an den Zeugnissen der Vergangenheit gekennzeichnet, dessen Wesen sich besonders deutlich in der Vollendung der mittelalterlichen Dome und Münster – Köln und Ulm sind wohl die bekanntesten Beispiele – niederschlägt. Mit ihr ist häufig zugleich eine »Freilegung« verbunden, der Abbruch vieler alter Gebäude also, die sich im Laufe der Jahrhunderte an die Kirchenwände angelehnt hatten. Solche Maßnahmen entsprachen einem Geschichtsverständnis, das nicht so sehr auf Echtheit als auf eine romantisierende Vergegenwärtigung gerichtet war und sich vor allem an einzelne hervorragende Baudenkmale knüpfte. Der großen Masse historischer Bauten gegenüber war gerade die Zeit des Eklektizismus recht rücksichtslos – auf den ersten Blick ein Widerspruch, aber wohl dadurch zu erklären, daß man sich angesichts der Verfügungsmöglichkeit über alle Stile der Vergangenheit auf deren echte Zeugnisse nicht mehr angewiesen glaubte.

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts erhebt sich in der städtebaulichen Fachdiskussion Kritik an dieser Entwicklung, gestärkt vor allem durch Camillo Sittes Hinweise auf die ästhetische Qualität mittelalterlicher Stadtbilder.[1] Allerdings ist seine Argumentation nicht eigentlich auf Fragen der Bewahrung gerichtet; in erster Linie zielt sie auf Anwendung eben jener Gestaltungsprinzipien bei städtebaulichen Neuanlagen. Der Aspekt der Bewahrung kommt nur mittelbar ins Blickfeld – so mit der Verurteilung jener Freilegung und mit der Klage über die dem »modernen System« geopferten Städteschönheiten. Ein Jahr später nimmt Stübben in seinem enzyklopädischen Werk »Der Städtebau« speziell auf alte Stadttore Bezug: »Forderungen des Verkehrs, und zwar sehr oft mißverstandene oder anders zu befriedigende, haben leider viele Torbauten noch in unserer Zeit ohne Not in künstlerischer Unkenntnis dem Untergange geweiht.«[2] An anderer Stelle würdigt Stübben erhaltene Stadttore als »ehrwürdige Zeugen der Geschichte und zum Teil herrliche Denkmale alter Kunst«; in einer späteren Auflage verschiebt er den Schwerpunkt der Aussage: »nicht bloß ehrwürdige Zeugen der Geschichte, sondern zugleich kraftvolle Verschönerungen der Stadt«.[3]

Offenbar haben wir es hier mit einem Prozeß des Umdenkens zu tun, der im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts einsetzt und seinen Ausgangspunkt wohl in einer umfassenden Zivilisationskritik hat. Auf städtebaulichem Gebiet wird dieser Prozeß nicht nur in dem erwähnten Wandel der Gestaltungsgrundsätze spürbar, sondern mehr noch in den Bestrebungen zur Wohnungsreform mit ihrer scharfen Opposition gegen jenen spekulativen Wohnungsbau, der im späten 19. Jahrhundert die Stadtentwicklung jedenfalls in den Großstädten beherrscht hatte. Diese Kritik bereitet den Weg für eine radikale Abwendung vom Städtebau des 19. Jahrhunderts und die Abkehr vom Eklektizismus. Mit dem Jugendstil und der von ihm beeinflußten starken Vereinfachung historischer Bauformen beginnen diese Tendenzen, und sie münden aus in die heraufkommende Moderne, die sich vollständig vom Formenkanon der

[1] *C. Sitte,* Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien 1889.
[2] *J. Stübben,* Der Städtebau, Darmstadt 1890, S. 405.
[3] Ebda, S. 183; 2. Auflage Stuttgart 1907, S. 191.

Vergangenheit löst. Unter dem Einfluß dieses Umdenkens werden bald nur noch jene Pionierleistungen aus dem 19. Jahrhundert für erwähnenswert gehalten, die sich in die Ahnengalerie der Moderne einfügen lassen.

Blickt man genauer auf die Zeit zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg, so erkennen wir hier eine erste Welle des Rückgriffs auf die vorindustrielle Vergangenheit. Klagen werden laut über die Zerstörung alten Baubestands durch die Fortschrittseuphorie der neuen Zeit. Eine Hinwendung zur Denkmalpflege – mit dem ersten Fachkongreß im Jahre 1900 – zu Heimatschutz und Naturschutz geht mit wachsender Kritik an baulicher Verunstaltung einher. Dies schlägt sich auch in der städtebaulichen Fachdiskussion nieder; so werden die vom Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine 1906 beschlossenen »Grundsätze des Städtebaues« mit einer Definition der städtebaulichen Aufgaben eingeleitet, die zwar weitgehend mit früheren Aussagen etwa von Stübben, Sitte oder Goecke übereinstimmt, aber im letzten Halbsatz über sie hinausgeht: »Im Städtebau sind technische, ästhetische, gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Rücksichten zu beachten und zu vereinigen. In ästhetischer Beziehung handelt es sich um die architektonische Raumgestaltung und um die landschaftliche Wirkung, dabei insonderheit auch um Denkmalschutz und Heimatpflege.«

Auch im Planungsrecht, auf das noch einzugehen sein wird, und in der Fachliteratur spiegelt sich diese neue Blickrichtung; das bekannteste und wohl auch wichtigste Zeugnis hierfür sind Schultze-Naumburgs »Kulturarbeiten«.[4]

Aufschlußreich ist auch die Tatsache, daß das in der Fachdiskussion seit Jahrzehnten geforderte Instrument der Baulandumlegung, in Hamburg und in Baden schon vor 1900 durch Gesetz geregelt und in Preußen als »Lex Adickes« zunächst nur für Frankfurt und erst 1918 allgemein eingeführt, nun auch auf kritische Stimmen stößt. Sitte nimmt dagegen Stellung, und auch Theodor Fischer erhebt in seiner Schrift »Sechs Vorträge über Stadtbaukunst« Bedenken, wenn er auch einräumt, daß die Umlegung Vorteile habe und sich wohl durchsetzen werde: »Wie überall ist da aber auch eine Kehrseite. Jahrhunderte haben unserem Boden Linien und Runzeln aller Art eingegraben, die ehrwürdig sein sollten. Was erzählt ein alter Feldweg, was erzählt der Lauf der Grundstücks- und Gemarkungsgrenzen, was berichtet der und jener Hag und Rain, was diese alte Mauer und jener alte Graben? Das alles soll gleich gemacht oder nivelliert werden... Geht damit nicht mehr verloren, als irgendwie gewonnen werden kann?«[5]

Fischer befürchtet, daß mit dem Entfallen solcher Bindungen der Willkür die Bahn offen sei, »und der Willkür folgt unausbleiblich das Schema, die Manier«. Eine ähnliche Rücksichtslosigkeit sieht Fischer in den Straßenverbreiterungen innerhalb alter Stadtkerne: In der Gründerzeit habe »die Verkehrswut es fertig (gebracht), daß die meisten unserer schönen Städte unwiederherstellbar verdorben worden sind, indem die alten Verkehrswege durch die Stadt gewaltsam erbreitert wurden«.[6] Allerdings räumt Fischer in einem späteren Vortrag ein, daß es Fälle gebe, in denen nur ein großzügiger Straßendurchbruch unter Opferung historischer Substanz die Voraussetzungen für die Erhaltung des übrigen Altstadtbereiches schaffen könne.[7]

Ein Blick auf die frühen Sanierungsvorhaben aus der Zeit um die Jahrhundertwende, vor allem die Sanierung der »Gängeviertel« in Hamburg nach der Choleraepidemie von 1893, läßt erkennen, daß der Erhaltung des Stadtgrundrisses in solchen Fällen kaum Bedeutung beigemessen wurde. Hamburg weist noch weitere Beispiele dafür auf: weder nach dem großen Brand von 1842 noch beim Durchbruch der Mönckebergstraße um 1910 noch auch bei der Neuanlage der »Ost-West-Straße« in der südlichen Innenstadt nach dem Zweiten Weltkrieg haben Gesichtspunkte der Bewahrung des alten Stadtgrundrisses eine nennenswerte Rolle gespielt. Das entspricht allerdings auch der Fachmeinung der ersten Jahrhunderthälfte, wie sie sich etwa bei Stübben und Schilling spiegelt: daß bei umfassenden Sanierungen ein völlig neuer Blockzuschnitt nach zeitgenössischen Gesichtspunkten anzustreben sei.[8]

Indessen ändert sich das Verhältnis zur Sanierung deutlich mit den zwanziger Jahren: War es bis dahin die vorindustrielle Bausubstanz mit ihrem schlechten Bauzustand, ihrer Enge und ihrer mangelhaften technischen Ausstattung, die als sanierungsbedürftig gegolten hatte, so tritt dieser Gesichtspunkt jetzt in dem Maße zurück, in dem jener Bestand schrumpft. Nun beginnt er instandgesetzt und unter Schutz gestellt zu werden, während andererseits unter ästhetischen wie sozialen Gesichtspunkten die Gründerzeitviertel – vor allem die Mietskasernenblöcke – als die eigentlich sanierungsbedürftigen Bestandteile der Stadt erscheinen. Anders gesagt: Bewahrung des vorindustriellen Stadtgefüges jedenfalls in wichtigen Elementen wird zum städtebaulichen Ziel, dem in Deutschland allerdings unter dem Nationalsozialismus auch eine politisch-ideologische Rolle zugewiesen wurde. Es ist aufschlußreich, daß in Wasmuths »Lexikon der Baukunst« von 1932 unter dem Stichwort »Sanierung« auf den von Schilling geprägten Begriff der »inneren Stadterweiterung«[9] verwiesen wird – der in vier Zeilen abgehandelt ist –, während im Nachtrag von 1937 unter dem gleichen Stichwort der Verweis auf »Altstadtsanierung« steht. Diesem Thema werden nun vier Seiten gewidmet, die noch eine Ergänzung durch Beispiele bei den Städtestichworten

[4] *P. Schultze-Naumburg,* Kulturarbeiten, insbes. Bd. IV: Städtebau, München 1906.
[5] *Th. Fischer,* Sechs Vorträge über Stadtbaukunst, München 1922, S. 52.
[6] Ebda, S. 21.
[7] *Th. Fischer,* Altstadt und neue Zeit, München 1928, S. 20.
[8] *J. Stübben,* a.a.O., 2. Auflage Stuttgart 1907, S. 237. O. *Schilling,* Innere Stadterweiterung, Berlin 1921, S. 321.
[9] O. *Schilling,* a.a.O.

Braunschweig, Breslau und Kassel finden; hier werden Sanierungsmaßnahmen für historische Stadtbereiche auch in Plänen dargestellt.[10]

Allgemein sind ja zwischen den Weltkriegen Architektur und Städtebau durch das Nebeneinander zweier unterschiedlicher Richtungen gekennzeichnet: einer evolutionären Tendenz mit unverkennbaren Beziehungen zur Geschichte, gestützt vor allem auf Persönlichkeiten wie Theodor Fischer und Fritz Schumacher, und der revolutionären Auffassung der heraufkommenden Moderne – daß man nämlich ganz neu anzufangen habe und daß historischer Bestand eher eine Belastung darstelle, die ein der Gegenwart gemäßes Planen und Bauen erschwere. Auch mit dieser Grundauffassung verbinden sich bedeutende Namen der Städtebaugeschichte wie Ernst May, Martin Wagner und Ludwig Hilberseimer.

Einig allerdings sind sich beide Strömungen in der Ablehnung der Stadtentwicklung des späten 19. Jahrhunderts, und diese Ablehnung ist es auch, die sich in der Grundhaltung des Neuaufbaues nach 1945 niederschlägt. Gewiß waren hier sehr verschiedenartige Kräfte am Werke, aber in aller Regel überwog in den Planungsämtern – und mehr noch bei städtebaulichen Wettbewerben – die Auffassung, die durch die Zerstörung geschaffene Situation müsse zu einem städtebaulichen Neuanfang genutzt werden. Die Gelegenheit bot sich, jene städtebaulichen Sanierungen der Gründerzeitviertel vorzunehmen, von denen man vor dem Kriege nur geträumt hatte. Keine Hinterflügel und Rückgebäude, Beschränkung der Geschoßzahl, keine störenden Betriebe im Erdgeschoß, Gärten statt Pflasterhöfe: Alles das schien nun erreichbar – bis hin zur vollständigen Umstrukturierung des geschlossen umbauten Blocks in eine Gruppe paralleler Zeilen, getrennt durch zur Straße offene Grünflächen.

Allerdings gelang solche Umstrukturierung nur selten – vor allem wegen der Schwierigkeiten, die aus den Grundbesitzverhältnissen erwuchsen. Und natürlich gab es auch viele Situationen, in denen die Wiederherstellung oder Ergänzung des beschädigten Baubestandes nicht nur unter ökonomischen, sondern auch unter sozialen Gesichtspunkten sinnvoll schien. Zudem gerieten in vielen Fällen die auf Veränderung gerichteten Neuplanungen in Konflikt mit den Bürgergruppen, die sich die Wiederherstellung des vertrauten Stadtbildes zum Ziel gesetzt hatten.

Gleichwohl ist diese Zeit durch eine deutliche Bereitschaft gekennzeichnet, sich nicht nur von vielen baulichen Zeugnissen der Vergangenheit – soweit sie nicht als Baudenkmale galten – zu trennen, sondern auch historische Elemente im Stadtgrundriß aufzugeben, wenn sie dem widersprachen, was man als die Forderungen der Zukunft ansah. Noch stärker als in den »Wiederaufbaujahren« bis 1960 prägt sich diese Tendenz in Planungen und Baumaßnahmen der 60er Jahre aus. Die Gründe dafür liegen einerseits in dem besonders hohen Stellenwert, der dem Verkehr in der

[10] *Wasmuths Lexikon der Baukunst*, 4. Bd., Berlin 1932, S. 438 und 5. Bd. (Nachtrag), Berlin 1937, S. 13, 108, 109f., 307.

Stadtplanung eingeräumt wurde, andererseits in der Maßstabsveränderung, die durch die Schlagworte von Verdichtung und Verflechtung wenn nicht ausgelöst, so doch gefördert und gerechtfertigt wurde.

In der Rückschau kann es kaum einen Zweifel geben, daß es vor allem die sechziger Jahre mit ihrer »Machbarkeitseuphorie«, ihrer Faszination durch neue technische Möglichkeiten und mit den dadurch ausgelösten umfassenden Veränderungen der vertrauten Umwelt waren, die dem Bedürfnis nach Stetigkeit und Kontinuität mehr und mehr Nahrung gaben. So war die Hinwendung zur Bewahrung des Bestandes, zur Pflege des historisch Gewachsenen eine offenkundige Reaktion auf die Veränderungsfreude der sechziger Jahre. Daß das »Denkmalschutzjahr« – eine nicht ganz treffende Übersetzung des »heritage year« – mit dem Motto »Eine Zukunft für unsere Vergangenheit« 1975 so erfolgreich war, läßt sich nur dadurch erklären, daß es bereits auf eine Grundstimmung stieß, die der Veränderung überdrüssig geworden war – vor allem deshalb, weil diese Veränderungen vielfach nicht zu der erhofften Verbesserung der Verhältnisse geführt, die in sie gesetzten Erwartungen also nicht erfüllt hatten.

Allerdings gab es offenbar auch noch andere Einflüsse, die in die gleiche Richtung wirkten – so die Diskussion um die städtebauliche Sanierung, die zunächst auf weitgehenden Abbruch von Bausubstanz des 19. Jahrhunderts zugunsten vollständigen Neubaues und struktureller Neugestaltung gerichtet war. Sehr bald zeigte sich, daß der Abbruch schlechter und der Neubau guter Wohnungen nicht etwa zu dem erhofften »Filtereffekt« führte, nach dessen Ablauf jedermann eine bessere Wohnung hätte; vielmehr wurde der Teilmarkt billiger und dringend benötigter Wohnungen eingeengt gegenüber einer Ausweitung des Teilmarktes teurer – und weit weniger dringlicher – Wohnungen. Auch diese Einsicht sprach für Erhaltung und Verbesserung der alten Substanz anstelle ihres Ersatzes durch Neubauten.

Schließlich gab es eine ästhetische Komponente: Die Ermüdung an den einst so bahnbrechend avantgardistischen Formen der Moderne in ihren monotonen Wiederholungen hatte das Ansehen der differenzierten eklektizistischen Form des späten 19. Jahrhunderts wieder steigen lassen, so daß ihre Erhaltung und Pflege wieder zu Ehren kam – bis hin zu ihrer Prämierung bei den ins Kraut schießenden kommunalen Fassadenwettbewerben. Die »Verwissenschaftlichung« der Planung tat ein übriges: die Informationsästhetik konnte nachweisen, daß die alten Fassaden mit Gewänden, Pilastern und Karyatiden wesentlich mehr »Information« enthielten als eine zeitgenössische Rasterfassade – und das war zumindest eindrucksvoll, was immer es für die Praxis bedeuten mochte.

Aber die wünschenswerte Korrektur einer eigentümlich geschichtsblinden Betrachtungsweise brachte – soll man sagen: natürlich? – auch höchst fragwürdige Modeerscheinungen und Übertreibungen mit sich. Wenn Geschichte interessant, anziehend, publikumswirksam wird, so liegt offenbar die Versuchung nahe, auch dort Geschichte zu inszenieren, wo sie nicht mehr sichtbar ist, vielleicht gar keine Zeugnisse

hinterlassen hat. Für solchen – mehr oder minder »frommen« – Betrug gibt es viele Beispiele – von den auf die Schwemmsteinwand aufgelegten Bohlen, mit denen Fachwerk imitiert wird, bis zur historisch sich gebärdenden Fassade vor einem Stahlbetonskelett. Das sind Unarten, die auch die um Sympathie werbende Vokabel der »Stadtbildpflege« nicht rechtfertigen kann. Neben ihnen mutet die »regelrechte« Kopie – wie am Frankfurter Römerberg oder am Hildesheimer Marktplatz – fast noch solide an, solange man die Frage nach der »Ehrlichkeit« nicht stellt. Aber es scheint, daß jene »Ehrlichkeit«, die als einer der Schlüsselbegriffe der klassischen Moderne zum Wert erhoben wurde, nicht mehr hoch im Kurse steht – so wenig wie eben die »Moderne« selbst. An ihre Stelle tritt offenbar die Illusion, die historische Inszenierung.[11] »Von der Gegenwart enttäuscht und ohne Vertrauen auf das Kommende, befriedigte die Gesellschaft ihr Utopiebedürfnis durch Geschichte.«[12] Mit dieser Beobachtung eines Kunsthistorikers ist die heutige Situation treffend umrissen – eine Situation, in der das eigentliche Anliegen der Bewahrung nicht weniger – wenn auch auf andere Weise – gefährdet ist als in der vorangegangenen Zeit der Geschichtsferne.

Es liegt nahe, diese entwicklungsgeschichtliche Betrachtung der Tendenzen und Erscheinungen durch einen Überblick über die Art und Weise zu ergänzen, in der sich das Ziel der Bewahrung im Planungsrecht niedergeschlagen hat. Dazu ist zunächst anzumerken, daß die ersten planungsbezogenen Erlasse und Gesetze – so etwa der preußische Erlaß von 1855 für die »Aufstellung und Ausführung städtischer Bau- und Retablissementspläne« und die um 1870 entstandenen Fluchtliniengesetze – reine Verfahrensvorschriften waren und keine inhaltlichen Hinweise auf Ziele und Planungsgrundsätze enthielten. Indessen führte der oben dargestellte Stimmungsumschwung um die Jahrhundertwende zum Erlaß zusätzlicher, auf die Bewahrung vorhandener städtebaulicher Qualitäten gerichteter Gesetze, so des preußischen »Gesetzes gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden« von 1907 und des hamburgischen »Baupflegegesetzes« von 1912. Die Einflußmöglichkeiten erstreckten sich nicht nur auf »Bauwerke von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung« selbst, sondern auch auf Neu- und Umbauten in deren Umgebung. Auch in das preußische Wohnungsgesetz von 1918 – das zugleich eine Novellierung des Fluchtliniengesetzes von 1875 darstellte – wurde die Ermächtigung neu aufgenommen, durch Bauordnung »die einheitliche Gestaltung des Straßenbildes und zwar unter Berücksichtigung des Denkmal- und Heimatschutzes« zu regeln.

In den allgemeinen Planungsgesetzen wird seit den zwanziger Jahren von der Aufgabe des Städtebaues gesprochen, die mit dem inhaltlich neutralen Begriff der »Ordnung« umschrieben wird. Das trifft auch noch für das Bundesbaugesetz von 1960 zu, das zudem allerdings eine Reihe von »Belangen« aufführt,. die bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu beachten oder zu berücksichtigen seien.

[11] Vgl. *W. Durth,* Die Inszenierung der Alltagswelt, Bauwelt-Fundamente Nr. 47, Braunschweig 1977.

[12] *N. Huse,* Verloren, gefährdet, geschützt. Baudenkmale in Berlin. Im gleichnamigen Ausstellungskatalog des Senators für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Berlin 1988.

Erst 1971 wird das Anliegen der Bewahrung in einem Planungsgesetz erwähnt – im Städtebauförderungsgesetz, in dessen Entwurf allerdings erst im Laufe der Beratungen die Formulierung aufgenommen wurde, erhaltenswerte Gebäude seien im Bebauungsplan für das Sanierungsgebiet kenntlich zu machen. Von denkmalpflegerischer Seite wurde damals auf das zehn Jahre ältere französische Gesetz für die Sanierung und »Inwertsetzung« historischer Stadtkerne verwiesen, die »loi Malraux«, das in der Tat denkmalpflegerische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellte, während den Vätern des Städtebauförderungsgesetzes in erster Linie die Bereinigung der ungeliebten Mietskasernenblöcke als Anwendungsgebiet vorschwebte.

Bei der 1976 beschlossenen Novellierung des Bundesbaugesetzes tauchten dann die »erhaltenswerten Ortsteile, Bauten, Straßen und Plätze« im Katalog der Belange auf, und zu ihrem Schutz wurde das Instrument der »Erhaltungssatzung« geschaffen, das im Baugesetzbuch von 1986 noch gewisse Ergänzungen erfuhr. Auch die Aufgabe der Bewahrung wurde im Zielkatalog des Baugesetzbuches noch deutlicher herausgestellt; zugleich wurde die Denkmalpflege erstmalig in diesen Zusammenhang einbezogen.

So spiegelt sich auch im Planungsrecht die wachsende Bedeutung, die dem Anliegen der Bewahrung in den letzten Jahrzehnten beigemessen wurde. Das hat zweifellos auch damit zu tun, daß sich die Planung heute einer nostalgischen und veränderungsfeindlichen öffentlichen Meinung gegenübersieht, aber es ist gewiß mitbedingt durch die Einsicht in den Wert unseres kulturellen Erbes und durch die Erkenntnis, daß Kontinuität und Vertrautheit der Umwelt für den Bürger von großem Gewicht sind.

Indessen wird man bei aller Würdigung dieses Sachverhaltes kaum erwarten können, daß die Stadtplanung und die Denkmalpflege stets der gleichen Meinung sein werden. Das ergibt sich schon aus ihrem unterschiedlichen gesellschaftlichen Auftrag: Denkmalpflege soll geschichtliche Zeugnisse bewahren; Stadtplanung hat diese denkmalpflegerischen Belange abzuwägen gegen eine Fülle anderer Ansprüche, denen sie gleichfalls Rechnung zu tragen hat – von den gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen bis zu den Belangen von Wirtschaft und Verkehr. Abwägung bedingt Werturteile; es gibt keine objektive Zuweisung von Gewichten. Gewiß kann eine Abwägung durch Gerichtsurteil als fehlerhaft bezeichnet werden – aber auch das ist eher ein Niederschlag des Zeitgeistes als eine Objektivierung.

Ein Bereich, für den sich deutliche Konflikte von Bewahrung und Veränderung abzeichnen, ist durch das Planungsziel der »Innenentwicklung« gekennzeichnet. Mit diesem Begriff wird das heute vor allem durch ökologische Gründe gestützte Anliegen bezeichnet, die in der Stadt wirksamen Veränderungstendenzen nicht mehr auf neues Bauland zu leiten, sondern innerhalb des bebauten Stadtgefüges aufzufangen – durch

»Stadtumbau«. Das aber kann nur zu Lasten des Bestandes gehen, und deshalb wird es eine zentrale Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik sein müssen, Klarheit darüber zu gewinnen, wo solche Bestandsveränderung erwünscht oder zumindest hinnehmbar ist und wo sie verhindert werden sollte. Auf die so gewonnene Konzeption gilt es dann die verfügbaren Werkzeuge der Planung auszurichten – von der Einflußnahme auf die öffentliche Meinung über die Bauleitplanung bis zur Infrastrukturpolitik und zur privatrechtlichen Einwirkung. Das ist übrigens keine neue Erkenntnis; schon im Jahre 1930 äußerte sich Fritz Schumacher in einem Gutachten für seine Vaterstadt Bremen zu diesem Fragenkomplex dahingehend, daß das Alte – hier also der historische Altstadtbereich Bremens – nur dann erhalten werden könne, wenn man die modernen, maßstabsprengenden Funktionen auf andere Standorte leite und dem alten Baubestand statt dessen Funktionen zuweise, die ihm noch angemessen seien.[13]

Fassen wir zusammen: Die Auseinandersetzung zwischen Bewahrung und Veränderung spielt sich im Städtebau auf verschiedenen Maßstabsebenen ab – vom Einzelgebäude über das Ensemble, wie etwa die Randbebauung eines Marktplatzes, bis zum Stadtquartier in seiner Gesamtheit – mag dies nun die »Altstadt« aus vorindustrieller Zeit sein oder ein Quartier, das seine spezifische Prägung einer späteren Zeit verdankt. Die Stadtplanung kann, wie wir sahen, dem Ziel der Bewahrung auch durch Anwendung von Rechtsvorschriften – unabhängig vom eigentlichen Denkmalrecht – dienen; wichtiger aber ist in der Regel der Beitrag, den sie durch sinnvolle Steuerung der Entwicklungs- und Veränderungskräfte in der Stadt zu leisten vermag. Der Blick auf Theorie und Praxis, auf die Grundsätze und das Handeln der Planung zeigt, daß zu Zeiten das Ziel der Bewahrung, zu anderen das der Veränderung mehr Aufmerksamkeit gefunden hat. So wird es wohl auch künftig sein; es wird immer wieder um den Ausgleich gehen zwischen der Bewahrung des geschichtlichen Erbes und der Erfüllung der »Forderungen des Tages«, die auf Veränderung drängen. Die jeweiligen Ergebnisse solcher Auseinandersetzungen stellen dann in aller Regel sehr aufschlußreiche Belege für jenen »Geist der Zeiten« dar, der nach Mephistos Worten nichts anderes ist als »im Grund der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln«.

[13] *F. Schumacher et al.*, Stadt- und Landesplanung Bremen 1926–1930, Bremen 1931, S. 229f.

Hermann Korte

Statik und Prozeß. Rede vom Wesen der Städte*

1. Wenn man bei dem Versuch, eine Antwort auf die Frage nach dem Wesen der Städte zu finden, in einem ersten annähernden Schritt in Lexika und Handbüchern nachschlägt, finden sich dort vielerlei Definitionen. Sie sind mal quantitativer, mal qualitativer Natur. Eine Stadt, heißt es z. B. in Meyers Konversationslexikon von 1890, sei eine größere Gemeinde mit selbständiger Organisation und Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten. Neuere, eher soziologische Handbuch-Definitionen sagen, daß man in der Stadt eine stärkere Polarisierung von privater und öffentlicher Sphäre im Leben der Bürger feststellen könne. Wenn man aber genauer hinsieht, helfen solche Definitionen nicht viel weiter. Aus ihnen gewinnt man kein anschauliches Verständnis dafür, was das Wesen der Stadt ist, was uns an großen wie an kleinen Städten mal anzieht, mal abstößt.

Man muß schon eine etwas umfangreichere Erörterung durchführen, um die Strukturen zu erfassen, die wir meinen, wenn wir im positiven wie im negativen Sinne vom Wesen der Stadt sprechen. Dabei wird sehr schnell deutlich, daß es nicht eine allgemein gültige Erklärung gibt, sondern man in den Phasen der historischen Entwicklung unterschiedliche, wenn auch miteinander verflochtene Strukturen ausfindig machen kann.

Nicht weit von der Schallaburg, an der anderen Seite der Donau, liegt das Stift Melk. Mächtig thront es dort über dem Wasser und wohl auch über dem Land und dies schon seit mehr als 1000 Jahren, denn als 985 nach Christus der Babenberger Leopold I. hier zu Melk eine Pfalz errichtete und ein Kanonikat für Weltgeistliche stiftete, da gab es dieses Melk schon. Das Stift hat die Geschichte Österreichs beeinflußt, es hat in sich viele Menschen beherbergt, es hat insgesamt für das religiöse und kulturelle Leben Süddeutschlands eine große Bedeutung gehabt. Seit dem 14. Jahrhundert war es stark befestigt. Und doch kommt niemand auf die Idee zu sagen, das Stift Melk sei eine Stadt; und dies hat seinen Grund nicht etwa in der Achtung vor der religiösen Bedeutung des Stiftes. Es gibt ja durchaus Fürstbistumsstädte wie z. B.

* Dies ist der überarbeitete Text einer Rede, die ich am 9. 10. 1985 auf dem Internationalen Symposium »Ein Land sucht seine Hauptstadt« gehalten habe. Anlaß dieser Konferenz war der Versuch des Landes Niederösterreich, Wien als seinen historisch entstandenen Regierungssitz durch eine niederösterreichische Stadt im Rahmen eines Wettbewerbs zwischen mehreren Städten abzulösen. Veranstaltungsort war die zu einem Konferenz- und Bildungszentrum ausgebaute Schallaburg, nahe dem Stift Melk.

Fulda, die auch in religiöser und kultureller Hinsicht bedeutende Einflüsse ausgeübt haben, wo aber gar keine Unklarheit darüber besteht, daß es sich um eine Stadt handelt. Anders ist das bei Melk: eine befestigte Einrichtung, ein Ort des Sakralen. Zitadelle und Altar machen aber noch keine Stadt aus. Hinzukommen müssen die Werkstatt und der Markt. In der Stadt muß zumindest eine zentrale Verwaltung sein, und wie bedeutend eine Stadt ist, hängt fast immer davon ab, wie ausgeprägt sich dort das jeweilige Herrschaftsmonopol etabliert hat. Dabei kann die Form der Herrschaft sehr unterschiedlich sein. Es kann sich um das zentrale – fürstbischöfliche oder königliche oder staatliche – Gewaltmonopol handeln, es kann dort das Steuermonopol zu Hause sein oder, wie in neueren Zeiten, Verteilungs- und Planungsmonopole und, in der letzten Zeit vielleicht noch hinzuzufügen, die Monopole des Wissens. Ich werde auf diesen Zusammenhang noch zurückkommen.

Zunächst kommt es mir bei diesem ersten Schritt unserer gemeinsamen Erkundung darauf an, daß wir von früher Zeit an in der Stadt die Verschmelzung von Altar, Zitadelle, Dorf, Werkstatt und Markt vorfinden und sich hieraus in gewissem Umfang, wie *Lewis Mumford* schreibt, alle späteren Formen der Stadt, ihre äußere Gestalt und ihr institutionelles Gefüge abgeleitet haben. Mir ist dieser erste Schritt deshalb besonders wichtig, weil er uns davor bewahrt, unser Augenmerk einzig und allein auf die großen Städte zu richten, die im Laufe der Industrialisierung seit dem 18. Jahrhundert entstanden sind, zunächst in Europa, danach in Nordamerika und später dann in allen Ländern der Welt.

Ich halte es für eine falsche Sichtweise zu glauben, diese Städte seien ohne jegliche geschichtliche Parallelen. Sie sind nur eine Ausformung in dem langfristigen Versuch der Menschen, ihr gemeinsames Leben zu organisieren und es zu bewahren. Es ist ganz irreführend, sein Augenmerk nur auf die letzte Phase der Entwicklung zu richten. Die überraschende Entwicklung, die die Städte im 18. und 19. Jahrhundert genommen haben, ihr zumindest in dieser Häufigkeit in der Geschichte bisher nicht gekanntes Größenwachstum hat viele Probleme mit sich gebracht, die in der zeitgenössischen Literatur immer wieder angeprangert worden sind, sei es nun in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Friedrich Engels Beschreibung des Elends der Industriearbeiterschaft in den großen Städten der Industrieregionen Westeuropas oder sei es das eindrucksvolle Beklagen von Einsamkeit und Ohnmacht in der Lyrik, wie es in einem Beispiel von *Oskar-Maria Graf* treffend zum Ausdruck kommt:

»Die öden Nächte geben keinen Laut von sich
und Grauen löscht in gräberhaften Elendsstuben
die letzte Schwermutslampe aus.«

(*Oskar Maria Graf:* Stadt. Abgedruckt in: Das proletarische Schicksal. Gotha 1929)

Solche Kritik gibt ein stimmungsvolles, aber auch verzerrtes Bild. Es beschreibt die Polarisierung der Stimmungen, die zwar existieren, die aber nicht allein bestimmend für das Leben in der Stadt sind. Es findet hier eine Vermischung der positiven und negativen Folgen der Urbanisierung auf der einen Seite und der positiven und negativen Formen der Urbanität auf der anderen Seite, eine Vermengung der Folgen der Verstädterung und der Formen des städtischen Lebens statt. Ein typisches Beispiel ist hierfür *Louis Wirth's* berühmte Abhandlung »urbanism as a way of life«, in der er in der modernen Großstadt entpersonalisierende und nivellierende Tendenzen als Folgen der ökonomischen Organisation der Stadt ausmacht, wodurch die mitmenschlichen Beziehungen gegenüber dem früheren Land- oder Kleinstadtleben oberflächlicher, anonymer, gleichförmiger und schneller veränderlich würden. Die positiven Seiten der Stadt sieht er in neuen individuellen Freiheitsräumen. Hier wird nicht klar genug unterschieden zwischen dem, was durch die Verstädterung an quantitativen und qualitativen Folgen hervorgerufen wird und dem, was das städtische Leben sein kann. Dabei gehört es zu den unausrottbaren Vorstellungen, daß in Land- und Kleinstädten das Leben weniger oberflächlich, weniger anonym sei. Um zu verstehen, was das Wesen der Städte ist, muß man sich von diesen ahistorischen Betrachtungsweisen lösen.

2. Wenden wir uns zunächst einmal der Urbanisierung zu, so stellen wir fest, daß es bereits im Altertum gute Gründe für das Entstehen von Städten gab. Blicken wir sehr weit zurück, in das Reich des südlichen Mesopotamien, so sehen wir, daß zu der damaligen Zeit die Agrarproduktion einen derartig hohen Stand erreicht hatte, daß ein Überschuß produziert wurde, der über die Selbstversorgung hinaus Absatzmärkte suchte. Es bedurfte einer Einrichtung, die die überschießende Produktion einsammelte und wieder verteilte. Aber an wen sollte verteilt werden und wer sollte das tun? Im Falle Mesopotamiens und in allen anderen Fällen, die wir aus der frühen Zeit kennen, war das jeweils der Staat, damals meistens ein Königtum. Zwar waren die frühesten Städte Mesopotamiens von Priestern regiert, aber sie veränderten sich später in Monarchien. Allerdings läßt der Tatbestand, daß ein Organisator und Verteiler für den Nahrungsmittelüberschuß existiert, immer noch die Frage unbeantwortet, warum es überhaupt zu einer Verteilung kommen sollte. Und warum mußte dieses in einer Stadt geschehen? Die Antwort ist relativ einfach. Die jeweilige Stadt war der Sitz des antiken Staates. Es handelte sich um relativ kleine Königtümer, und das Zusammentragen, der Transport und die Verteilung des Nahrungsmittelüberschusses versorgte gleichzeitig das Personal dieses Staates: den Monarchen, seine Priester, die Krieger, die Angestellten und die Sklaven. Schon in der frühen Zeit verlangte die Existenz des Staates Städte, und Städte wiederum benötigten Versorgung.

Springen wir mit Siebenmeilenschritten in die griechisch-römische Antike, in der Städte noch reine Verwaltungszentren waren, die von der herrschenden Schicht, ihren Beamten und Priestern, geprägt wurden. Industriestädte oder Handelsstädte gibt es zu der Zeit noch nicht, was mit der Struktur der antiken Wirtschaft zusammenhing. Die Land-Transportkosten waren außerordentlich hoch, dominierendes Transportmittel war dort der Ochsenkarren, und zum anderen war auch die zum Konsum fähige Bürgerschicht relativ klein. Wir wissen aus Berichten, daß selbst zur Blütezeit Athens

der größte Teil der Bevölkerung nachweislich äußerst bescheiden lebte, und in der Millionenstadt Rom lebten Hunderttausende als Gelegenheitsarbeiter oder waren arbeitslos.

Ich will es bei diesen beiden frühen Beispielen belassen und sie zum Anlaß nehmen zu sagen, daß die Entwicklung der Phasen der Staatenentwicklung davon abhängt, wie die Organisation der menschlichen Arbeit sich verändert, wie, um es allgemeiner auszudrücken, der Mensch lernt, die Natur zu beherrschen und wie, verflochten mit den Fortschritten in der Beherrschung der Natur, die Formen der Herrschaft, die Menschen über Menschen ausüben, sich ebenfalls verändern und schließlich, das sei hinzugefügt, auch die Art und Weise, wie Menschen sich selbst kontrollieren können, sich verändert. Man kann sehen, wie sich im frühen Mittelalter das Handwerk organisiert, wie auf dem Markt Handwerk und Agrarproduzenten miteinander konkurrieren, wie im Merkantilismus erste Manufakturen entstehen und wie es schließlich über die Formen der frühen Industrialisierung zu den Formen der Industrialisierung in Westeuropa kommt, die unsere Städte, in denen wir leben, bis heute nachhaltig beeinflußt haben. Aber immer kann man sehen, daß die Formen der Urbanisierung sich verändern als Teil des Zusammenhangs der miteinander verflochtenen Entwicklungen, nämlich der Entwicklungen der Beherrschung der Natur und der Entwicklung der Herrschaft und der Formen, wie Menschen über Menschen Herrschaft ausüben.

Dieser Zusammenhang ist eine Struktureigentümlichkeit aller Gesellschaften, die Menschen miteinander bilden, und in den heutigen modernen Verwaltungs- und Dienstleistungsstaaten zeigen sich hier nicht zuletzt durch die neuen Kommunikationstechnologien bedenkenswerte Entwicklungen, die aber eingebettet sind in die langfristige Entwicklung der miteinander verflochtenen Herrschaftsformen. Erst vor diesem Hintergrund werden die janusköpfigen Dimensionen der Städte verständlich. In den Städten finden wir den Fortschritt und das Elend. Wir finden in der Stadt die Freiheit und die Sklaverei, die Bastille und die Barrikaden, größten Reichtum und tiefste Armut, und immer stoßen wir auf Kritik an den Zuständen in der Stadt und auf die Sehnsucht nach dem anderen, nach dem Leben außerhalb der Stadt.

Gestatten Sie mir hier zunächst ein paar Hinweise auf römische Schriftsteller und Dichter. *Horaz* verfluchte das Leben in der großen Stadt als Tochter der Hölle und es waren nicht nur die Formen des städtischen Lebens, sondern auch die Quellen der Einnahmen der Reichen, die Horaz aufgespießt hat. *Martial* beklagte das unpersönliche Nebeneinander in der Stadt. Von *Plinius* ist schließlich überliefert, daß er die Ruhe seiner Villa 17 Meilen außerhalb von Rom schätzte, dagegen *Cicero* das Leben auf dem Lande überhaupt nicht behagte. Er schrieb:

> »Ich kann überhaupt nicht beschreiben, wie sehr es mich nach der Stadt verlangt, wie schwer ich es finde, die Stupidität des Lebens auf dem Lande zu ertragen.«

Schon in diesen wenigen antiken Zitaten haben wir die Figuren, die wir dann auch im 19. und 20. Jahrhundert in der Kritik am Leben in der Stadt wiederfinden. Das

städtische Leben mit seinen unpersönlichen Kommunikationsstrukturen wird beklagt, die Orientierung am schnöden Mammon wird immer und immer wieder kritisiert und schließlich wird auch das Gegenmodell, das Leben auf dem Lande, als eine Idealvorstellung bereits im Altertum thematisiert.

3. Es ist also nicht nur die Kritik des 19. Jahrhunderts, auf die man achten muß, wenn man versuchen will, aus Äußerungen zur Stadt Elemente des Wesens der Städte herauszuarbeiten. Gewiß war die Kritik des 19. Jahrhunderts prägnanter begründet und hatte auch einigen wissenschaftlichen Hintergrund, der sich aus den geistes- und naturwissenschaftlichen Entwicklungen der Neuzeit speiste. Gleichwohl, wenn *Wilhelm Heinrich Riehl* in seiner zwischen 1854 und 1856 veröffentlichten Naturgeschichte des deutschen Volkes das noch unverdorbene Leben auf dem Lande beschrieb, ihm die Großstädte als ein katastrophales Verhängnis vorkamen und er meinte, das aufgeregte, ungesunde Seelenleben der Städter beklagen zu müssen, dann weisen seine Denkkategorien ebenso erstaunliche Parallelen zu den Formen antiker Stadtkritik auf, wie zu den großstadtkritischen Pamphleten von *Alexander Mitscherlich* und *Jane Jacobs*.

So stehen bei der Kritik des 19. Jahrhunderts, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht die Zusammenhänge der langfristig fortschreitenden Urbanisation im Mittelpunkt, sondern die Folgen der Verstädterung für das Leben der Menschen in der Stadt, das, was man Urbanität nennt. Wobei Urbanität allerdings meistens nur in dem positiven Zusammenhang benutzt wird, nämlich als die Beschreibung der ins positive gewendeten Urbanisierungsfolgen. So, wie in der antiken Dichtung und wie in der wissenschaftlichen Literatur des ausgehenden 19. Jahrhunderts, finden wir auch in der expressionistischen und neuromantischen Dichtung des frühen 20. Jahrhunderts jene Mischung aus Kritik an den Verhältnissen und jene romantische Zuwendung zum Leben außerhalb der Stadt, zu einem Leben, das frei ist von großstädtischen Zwängen.

Im Stunden-Buch des *Rainer Maria Rilke* lesen wir:

> »DENN, Herr, die großen Städte sind
> verlorene und aufgelöste;
> die Flucht vor Flammen ist die größte, –
> und ist kein Trost, daß er sie tröste,
> und ihre kleine Zeit verrinnt.
>
> Da leben Menschen, leben schlecht und schwer,
> in tiefen Zimmern, bange von Gebärde,
> geängsteter denn einst Erstlingsherde;
> und draußen wacht und atmet deine Erde,
> sie aber sind und wissen es nicht mehr.
>
> Da wachsen Kinder auf an Fensterstufen,
> die immer in demselben Schatten sind,

und wissen nicht, daß draußen Blumen rufen
zu einem Tag voll Weite, Glück und Wind, –
und müssen Kind sein und sind traurig Kind.«

(*Rainer Maria Rilke:* Das Stundenbuch. Werke in drei Bänden, 3. Band, Frankfurt 1966)

Und in Abweisung des Großstadt-Lärms dichtet *Ludwig Jacobowski:*

»Wo bist du, stilles Ackerland,
vom bittern Tagewerk ermüdet,
du grenzenloser Himmelsrand,
von treuen Sternen eingefriedet?

Oh, draußen, wo die Nacht sich senkt
auf Gärten, Heide, Wald und Fluren,
und locker in den Ästen hängt
ein Hauch von Dampf und Silberspuren.

Hier schleiche ich die Mauern lang,
die droh'n, auf mich herabzufallen.
Nachtschwärmer kreuzen meinen Gang
und taumeln in durchlärmten Hallen.

Gejohle aus dem Kellerloch,
bis an die Dächer ein Gebrause, –
o Land der Stille, hol mich doch,
hol den Gefangenen nach Hause.«

(*Ludwig Jacobowski:* Großstadt-Lärm. Abgedruckt in: Im steinernen Meer. Großstadtgedichte, Berlin 1910)

Wie ein basso continuo finden wir die Sehnsucht nach dem Leben auf dem Lande, nach dem Leben außerhalb der Stadt. Die Jugendbewegung um 1910 sang zur Klampfe: *»Aus grauer Städte Mauern, ziehn wir hinaus ...«,* und heute sind es die alternativen Landkommunen, die, Folkmusik auf den Lippen, der Großstadt den Rücken kehren und hoffen, in der Freiheit von Gottes eigener Natur ihr individuelles Glück zu finden. Es fragt sich allerdings, ob das klug ist und ob diese Flucht auch tatsächlich glücken kann. Denn auch dieses zeigt der Blick in die Geschichte, kann man aus der Betrachtung der langfristigen Entwicklungen lernen: In den einzelnen Phasen der Verstädterung greift die jeweilige urbane Lebensform schließlich ziemlich regelmäßig über die Stadtgrenzen hinaus und beeinflußt die Umgebung, bis es zu einer gewissen Angleichung kommt. Ein Vorgang, der oft noch nicht abgeschlossen ist, wenn in der Stadt bereits eine neue Phase der Entwicklung begonnen hat.

In den großen Industrieländern ist es mittlerweile so, daß man wirklich suchen muß, wo es noch ein Leben außerhalb städtischer Verhaltensmuster gibt und man sich fragen muß, ob nicht der französische Soziologe *Lefebvre* Recht hat, wenn er sagt, daß die postindustriellen Gesellschaften, wie er die heutigen Formen spätkapitalistischer Lebensweisen nennt, nichts anderes als verstädterte Gesellschaften geworden sind. Und schließlich, auch dies gilt es zu bedenken: die Städte waren immer der Ort, von denen die gesellschaftlichen Innovationen ausgingen, nie das Land, und da fragt sich, ob es nützlich ist, mit seinen Kindern außerhalb jener Entwicklungen zu bleiben,

bei denen ja auch Lebenschancen verteilt werden, Anteile an dem gemeinsamen Wissen der Gesellschaft erworben werden.

In der Stadt haben sich im Verlauf der Entwicklung die Schwergewichte vom agrarischen auf den gewerblichen und dann später auf den Dienstleistungssektor verlagert, und wir können heute sehen, wie innerhalb des Dienstleistungssektors ein neuer Schwerpunkt mit der Verwaltung von Information und Wissen entsteht. Dies vollzieht sich in einem erneuten Monopolisierungsprozeß, wie *Norbert Elias* es für Gewalt-, Steuer- und Planungs- und Verteilungsmonopole belegt hat. Und wie in allen Phasen der geschichtlichen Entwicklung vorher auch, ist auch jetzt wieder die Frage, wer an dieser Entwicklung partizipieren kann, wer davon die Vorteile hat und wen Nachteile treffen.

In der Stadt gibt es auf die Dauer keinen Stillstand. Zum Wesen der Städte gehört vor allem der Tatbestand, daß sie in einem langfristigen, ständigen Veränderungsprozeß begriffen sind, deren jeweilige zukünftige Phasen man nicht ohne weiteres prognostizieren kann. Es gibt keine »ewigen Städte«, selbst die von uns so gern als »ewige Stadt« apostrophierte italienische Hauptstadt Rom mit ihrer Vatikanstadt macht da keine Ausnahme. Dort ist aus der Piazza del Popolo inzwischen eine Piazza de Automobilistas geworden. Es gibt kein gesellschaftsunabhängiges Wesen der Städte, keine apriorische, von der gesellschaftlichen Entwicklung unbeeinflußte Natur der Stadt, sondern es gibt nur die jeweiligen Ausprägungen in einem langfristigen gesellschaftlichen Prozeß. Dieser zeigt allerdings bestimmte Strukturen, die wir nutzen können, wenn wir heute daran gehen, den Veränderungsprozeß fortzusetzen, in dem wir neue Städte planen und bauen oder alte ergänzen.

4. Ich habe an einigen Beispielen gezeigt, wie auf den jeweiligen Verstädterungsprozeß und die neuen Formen städtischen Lebens jeweils bestimmte Gegenreaktionen in Form von Großstadtkritik und Großstadtlyrik entstanden. Der Hinweis auf diese Reaktionen reicht allerdings noch nicht aus, die Merkmale des städtischen Lebens deutlich herauszustellen, denn Stadt in seiner prozeßhaften Begrifflichkeit meint ja nicht nur die langfristigen Umschichtungen von ländlicher in städtische Bevölkerung, ist nicht nur die Schwerpunktveränderung vom agrarischen zum Dienstleistungssektor, sondern bedeutet auch die Herausbildung neuer Sozialstrukturen und insbesondere die Herausbildung einer bestimmten urbanen Mentalität. Die Beschäftigung mit diesen Phänomenen ist allerdings nicht so alt wie die Beschäftigung mit den Formen der Verstädterung. Das hat damit zu tun, daß die modernen Menschenwissenschaften, die Staatswissenschaften zunächst, dann die Biologie, die Psychologie, die Soziologie, die alle zu der Klärung dessen, was Urbanität ist, etwas beigetragen haben, erst relativ jung sind.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Inhalten und Formen städtischen Lebens kann hier gewiß nicht in allen Einzelheiten dargestellt werden. Aber ich denke, daß einige wichtige Strukturelemente dieser sich entwickelnden wissenschaftlichen Be-

schäftigung uns helfen können beim Ausfüllen des Mosaikrätsels, was denn das Wesen der Städte ist. Stadtforschung dieser Art beginnt zur Zeit des Entstehens moderner Staatswissenschaften etwa im Zeichen des Naturrechtes der Renaissance und dann insbesondere der Aufklärung, wobei es vor allem die sich herausbildende Kameralistik war, mit der erstmals versucht wurde, städtisches Leben gedanklich zu abstrahieren. Man tat dies, und dies ist ein wichtiges Element der Auseinandersetzung mit dem städtischen Leben, indem man Stadt gegenüber dem Land, d. h. gegenüber den umgebenden Agrarregionen abgrenzte und dies mit bestimmten Merkmalen tat, also etwa der Stadtmauer, der Zahl der Bewohner, bestimmten Formen der Autonomie, und vor allen Dingen auch fragte, ob ein Marktrecht vorhanden war oder nicht. Die genauere Bevölkerungs-, Medizinal- und Wirtschaftsstatistik des 19. Jahrhunderts erlaubte dann mehr Informationen zu sammeln über den äußeren Rahmen, über das, was man die Morphologie der Großstadtbevölkerung genannt hat, aber die Verlängerung dieser eher quantitativen Rahmenbedingungen zu Untersuchungen spezieller Großstadtphänomene finden sich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, und hier kommt dem Stadtforscher *Karl Bücher* das Verdienst zu, die Besonderheit des städtischen Lebens im Vergleich mit antiken und mittelalterlichen Stadtstrukturen erstmals herausgearbeitet zu haben. Allerdings, und das unterscheidet *Bücher* von den meisten seiner Nachfolger, hatte er eine positive Sicht der Verstädterung und des städtischen Lebens. Er sah in ihr Elemente und Möglichkeiten eines alle Menschen erfassenden Fortschritts.

Bis in unsere Tage ist die Diskussion um städtisches Leben, um Urbanität, von diesen beiden Fragen beeinflußt. Wie ist das Verhältnis zum Umland? Gibt es so etwas wie den Gegensatz von Stadt und Land, und wie sind die Entwicklungen zu beurteilen, wobei vor allem interessieren muß, woher diese Beurteilungen ihre Maßstäbe nehmen. Was die kulturkritische Auseinandersetzung mit dem großstädtischen Leben angeht, so habe ich, was das 19. Jahrhundert betrifft, bereits auf *Riehl* verwiesen. Ich will noch zwei Autoren des ausgehenden 19. und 20. Jahrhunderts nennen, die als Wissenschaftler versucht haben, das Wesen der Städte zu beschreiben. Der eine ist *Ferdinand Tönnies,* der hier stellvertretend genannt wird für alle diejenigen, die sich in abstrahierender Weise mit dem Gegensatz von Stadt und Land beschäftigt haben. In seinem Buch »Gemeinschaft und Gesellschaft«, das 1887 zunächst mit dem Untertitel ›Abhandlung des Kommunismus und des Sozialismus als empirische Kulturformen‹ erschien und später dann mit dem neuen Untertitel ›Grundbegriffe der reinen Soziologie‹ viele Auflagen erlebte, hatte er die Unterschiede zwischen dörflichem und städtischem Leben zusammengestellt und nachzuweisen versucht, daß der dörfliche Wesensverband als eine Gemeinschaft organisiert sei und die städtische Gesellschaft als Zweckverband verstanden werden müsse. Diesen beiden Gesellungsformen, wie er das genannt hat, ordnete er bestimmte Verhaltensweisen, Lebensumstände und Formen der zwischenmenschlichen Beziehungen zu. In der Gemeinschaft stehen Verwandtschaft, Nachbarschaft, Freundschaft, vor allem die Familie im Vordergrund. Sitte und Religion bestimmen das gesellschaftliche Leben. Dagegen beschreibt er die großstädtischen Organisationen als amorphe Sozialgebilde, die hauptsächlich von Konkurrenz, unübersichtlicher Komplexität und überlokalen Verflechtungen gekennzeichnet seien.

Man tut *Tönnies* vielleicht Unrecht, wenn man ihn in einem Atemzug mit Autoren der Kulturkritik wie *Riehl* oder *Oswald Spengler,* der sich allerdings ausdrücklich auf *Tönnies* bezieht, nennen würde, die einer lang wirksam gebliebenen Großstadtfeindlichkeit Material geliefert haben. Andererseits darf man nicht übersehen, daß seine Auffassung, das Leben in der Stadt sei unnatürlich, jener Kulturkritik entsprach, die bis in die Gegenwart Auswirkungen auf den Städtebau gehabt hat, wobei diese Auswirkungen durchaus auch positive Wendungen genommen haben können, wie etwa die Einflüsse der *Tönnies*'schen Schriften auf die Gartenstadtbewegung in England und Deutschland. Wichtig in diesem Zusammenhang ist festzuhalten, daß *Tönnies* seine Beurteilungsmaßstäbe im wesentlichen aus den vorhergehenden Phasen gesellschaftlicher Entwicklung und Stadtentwicklung gewinnt, daß er die neuen, erstmals auftretenden Verhaltensweisen, den langfristig gewachsenen gegenüberstellt. Es fehlt aber noch das Verständnis dafür, daß das in der neuen historischen Situation vorfindbare Verhältnis verschiedener Faktoren zueinander insofern etwas Neues darstellt, als die Gewichte zwischen den einzelnen Faktoren sich verschoben haben und sich unter Umständen daraus ganz neue Qualitäten entwickeln, die das zukünftige Leben, die zukünftigen Entwicklungsphasen beeinflussen werden.

Der zweite gesellschaftswissenschaftliche Autor, den ich erwähnen möchte, ist *Georg Simmel,* der in seinem Artikel »Die Großstädte und das Geistesleben« auf dem Hintergrund seiner kulturgeschichtlichen Abhandlung zur »Philosophie des Geldes« die Zusammenhänge der Geldwirtschaft mit den ihr zugehörigen Formen der Arbeitsteilung, der Exaktheit, der Berechenbarkeit und der Verstandesherrschaft und bestimmter seelischer intellektualistischer Verfassungen herausgearbeitet hat und der vor allem gezeigt hat, daß es hier eine Wechselwirkung zwischen den Formen des städtischen Lebens auf der einen und bestimmten Formen der geistigen Ausprägung auf der anderen Seite gibt. Die seelische intellektualistische Verfassung in der Großstadt ist für *Simmel* durch zwei Grundzüge gekennzeichnet: durch Blasiertheit und Reserviertheit. Beides sind Schutzmaßnahmen. Blasiertheit schützt vor einer Überflutung mit Eindrücken, ist »die Folge jener rasch wechselnden und in ihren Gegensätzen eng zusammengedrängten Nervenreize«, Reserviertheit schützt vor der Vielzahl von Kontakten mit vielen fremden Menschen. Zu jedem Autor und seinen Aussagen kann man Belege in der jeweiligen zeitgenössischen Lyrik finden. Die Unpersönlichkeit der vielen Kontakte in der Stadt hat *Detlev von Liliencron* in seinem Gedicht »In einer großen Stadt« u. a. so beschrieben:

»Es treibt vorüber mir im Meer der Stadt
Bald der, bald jener, einer nach dem anderen.
Ein Blick ins Auge, und vorüber schon.«

(Detlev von Liliencron: In einer großen Stadt. Gesammelte Werke, Band 2, Berlin 1911)

Simmel hatte keine Abneigung gegen die Formen der modernen Großstadt, die für ihn einen ganz neuen Wert in der Weltgeschichte des Geistes hatte. In den Großstädten kulminieren für ihn Liberalismus und Arbeitsteilung, und so schließt sein Artikel auch mit der Feststellung: »Es ist unsere Aufgabe, nicht anzuklagen oder zu verzeihen, sondern allein zu verstehen«.

Allerdings ist es so, daß doch eher die Anklage im Mittelpunkt der meisten Diskussionen um die Städte des 19. und 20. Jahrhunderts gestanden hat und steht. Das hat damit zu tun, daß die Lösung dringender Wohnungsprobleme zu immer neuen Formen großstädtischer Siedlungen führte, die jeweils immer wieder neue Formen von Problemen produziert haben. Andererseits, je mehr sich die modernen Industriestaaten entwickelten, um so mehr war es notwendig, die Wohnungsprobleme für den Großteil der Menschen befriedigend zu lösen, so daß die wohnungswirtschaftlichen und wohnungsplanerischen Fragen immer im Vordergrund gestanden haben und auch die Formen der Stadtplanung und die Neugestaltung von Städten weitgehend beeinflußt haben. Ich darf in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, daß die Charta von Athen mit der Trennung der Funktionen von Wohnen, Arbeiten, Verkehr und Erholung auch der Versuch war, der großen Wohnungsnot weiter Kreise der Bevölkerung durch den Bau von Wohnsiedlungen außerhalb der sowohl die Planung als auch die Lebensumstände beeinflussenden, belastenden Sphären von Industrie und Verkehr zu errichten. Daß sich daraus wieder neue Probleme ergeben haben, daß insbesondere der Monofunktionalismus zu schlimmen Formen von Vereinsamung und Verödung geführt hat, ist uns mittlerweile bekannt.

5. Es ist bisher nicht so recht gelungen, eine städtische Utopie zu entwerfen, die der Komplexität des städtischen Lebens entspricht. Das hat damit zu tun, und damit komme ich zum letzten Versuch, Stadt zu verstehen und analysierend zu beschreiben, daß auch die heutige Stadt sich in einem Prozeß der Entwicklung befindet und daß diese Entwicklungen von den gezielten Planungen vieler Menschen beeinflußt werden, die dann aber unvorhergesehene, ungeplante Folgen haben.

Anfang der 60er Jahre hat der deutsche Soziologe *Hans Paul Bahrdt* mit seinem Buch »Die moderne Großstadt« einen lesenswerten Versuch unternommen, soziologische Definitionen für großstädtisches Leben bzw. für die Strukturelemente großstädtischen Lebens aufzubauen. Er hat eine allgemeine These formuliert, die historisch abgeleitet im Kern wie folgt lautet:

»Je stärker Polarität und Wechselbeziehung zwischen öffentlicher und privater Sphäre sich ausprägen, desto städtischer ist, soziologisch gesehen, das Leben einer Siedlung.«

Dies gibt in allgemeiner Weise an, was städtisches Leben ausmacht, leidet aber gleichzeitig unter einem weiteren Mangel, den ich bisher nicht erwähnt habe, der aber alle die Arbeiten von *Simmel, Tönnies,* von *Riehl* und eben auch die von *Bahrdt* bestimmt. Es handelt sich hier um das Lebensgefühl einer relativ kleinen Schicht der Bevölkerung, des aufgeklärten Bildungsbürgertums, der Intellektuellen, der Universitätsangehörigen, nicht einmal der reichen Oberschicht. Das ist eine verzerrte Perspektive, denn daß auch das Verhalten der Arbeiterschaft, so wie *Bahrdt* es für das städtische Verhalten allgemein beschreiben will, durch eine resignierende Humanität, die die Individualität des anderen auch respektiert, wenn keine Hoffnung besteht, sie zu verstehen, gekennzeichnet ist, ist sicherlich etwas weit hergeholt. Ganz davon abgesehen, daß in *Bahrdts* Stadttheorie der Bereich der Produktion ganz ausgeklammert ist und gar nicht zum Bereich der Öffentlichkeit gehört, womit eines der wesentlichen Elemente unserer städtischen Existenz ganz aus der Betrachtung ausgeblendet worden ist. So hatte auch Bahrdts allgemeine These nicht lange Bestand. Sie hat zwar, vermute ich, den Städtebau nachhaltig und wesentlich langfristiger beeinflußt als die These Gültigkeit haben konnte, aber es erging ihr so wie allen anderen Versuchen, mit der Konzentration auf einige wenige Merkmale, eine allgemein gültige Definition zu schaffen. Dies muß aus mehreren Gründen scheitern: Auch wenn es gelingt, aus der Vielzahl möglicher Elemente einige wesentliche herauszufiltern, so kann dies doch immer nur eine bestimmte Phase in der langfristigen Entwicklung halbwegs abbilden, aber keinesfalls geeignet sein, damit auch zukünftige Merkmalszusammensetzungen und die Bedeutung einzelner Merkmale im Vorhinein zu bestimmen.

Das wichtigste Merkmal der Städte, ihr wesentlicher Charakterzug ist, daß sie ständig in Veränderung begriffen sind. Wir Menschen, vergänglich wie wir sind, sind immer auf der Suche nach festen Punkten, nach allgemeinen Gesetzen, nach gültigen Regeln, nach unveränderlichen Dingen. Aber die Stadt ist dazu ein ganz ungeeignetes Objekt. Sie ist in einem langfristigen Veränderungsprozeß begriffen und wir kennen die mißglückten Versuche, einzelne Elemente in einem bestimmten Zeitpunkt herauszugreifen, sie zu einem Städtebaukonzept zusammenzubinden und dann neue Stadtteile, neue Städte damit zu bauen, nur um dann nach 15, 20 Jahren des Planens und des Bauens feststellen zu müssen, daß sich die Zeiten mittlerweile geändert haben.

Nehmen wir zum Beispiel das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit. Es mag ja durchaus sein, daß die Beschreibung, die *Bahrdt* gegeben hat, für eine gewisse Schicht des Bürgertums Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre in den westeuropäischen Großstädten noch zutreffend war. Aber mittlerweile ist das ganz anders. Es gibt diese Trennung, wie *Bahrdt* sie beschrieben hat, zwischen Privatheit und Öffentlichkeit nicht mehr. Mittlerweile tragen wir wieder sehr viel Privates in die Öffentlichkeit, und ob man davon sprechen kann, daß die Privatsphäre vor der Öffentlichkeit geschützt ist bei dem überwältigenden Angebot an neuen Kommunikationstechnologien, das wage ich doch sehr zu bezweifeln. Diese neuen Technologien haben in

gewisser Weise die Privatheit mit der Öffentlichkeit verschmolzen. Wir wissen noch gar nicht, welche Auswirkungen dies für das Leben in der Stadt, für städtisches Leben haben wird.

6. Städtebau und Architektur haben von der Sache her gewisse statische Elemente. Der Bau eines Hauses, der Bau eines Stadtteils; das braucht Zeit, und das Haus, die Stadt, sollen ja auch eine Zeitlang stehenbleiben. Es ist bisher nicht gelungen, den darin liegenden Widerspruch aufzulösen, daß die Stadt beides zugleich ist: Statik und Prozeß. Die Architekten und Städtebaureformer des beginnenden 20. Jahrhunderts hatten verschiedene Konzepte entwickelt, die z. T. gesellschaftlich bezogen waren. Diese Konzepte haben nicht immer tragen können, aber sie waren doch von ihren Überlegungen her auf das Leben der Menschen, auf ihr städtisches Leben abgestellt. Das, was manche Architekten und Städtebauer uns zur Zeit vorführen, eine Rückbesinnung auf formale Qualitäten, auf das, was sie postmoderne Ästhetik nennen, hat mit gesellschaftlichen Entwicklungen gar nichts mehr zu tun. Es kann ja sein, daß der Kunstgriff das eine oder andere Mal gelingt, Bauformen, Architekturformen vergangener Epochen zu reaktivieren, aber dem Wesen der Städte, nämlich auf Veränderung, auf Innovation, auf Neues ausgerichtet zu sein, kommen diese neoklassischen Versuche nicht entgegen.

Und mit Veränderungen, die heute das städtische Leben bestimmen, die in der Stadt ihren Ausgang genommen haben und heute ihr das Gepräge geben, sind bisher weder die gesellschaftswissenschaftliche Stadtforschung, noch Architektur und Stadtplanung adäquat zurechtgekommen. Ich meine damit jene Veränderungen, die wir gerne mit den großen Worten Emanzipation und Partizipation bezeichnen, die aber doch nur umschreiben, daß heute mehr Menschen an den gesellschaftlichen Entscheidungs- und Verteilungsprozessen teilnehmen können und daß insgesamt mehr Menschen, mehr Menschen als je zuvor, am städtischen Leben teilnehmen wollen.

Das ist ein wichtiger Unterschied, den wir heute zu beachten haben. Bis in dieses Jahrhundert, eigentlich bis in die 50er Jahre dieses Jahrhunderts hinein, war es so, daß die Folgen der Urbanisierung, also jener eine Teil, der zum Wesen der Städte gehört, mit ihren Nöten, mit ihren Anpassungsschwierigkeiten im Rahmen von großen Wanderungen von einer Vielzahl von Menschen getragen wurden und daß diejenigen, die die positiven Seiten des städtischen Lebens wirklich genießen konnten, eine relativ kleine Gruppe waren. Sicherlich hatte sich diese Gruppe seit dem antiken Athen mit seinen wenigen privilegierten Bürgern langsam vergrößert. Aber erstmals in diesem Jahrhundert, eigentlich erst seit 20 Jahren, nimmt ein immer größerer Teil der Bevölkerung, die durch die Urbanisierung in die Stadt gekommen ist, auch am städtischen Leben und seinen Möglichkeiten teil. Erstmals in der Geschichte gibt es für die Mehrzahl der Menschen einer Gesellschaft in den westeuropäischen Ländern so etwas wie Wohlstand, wenn auch noch längst nicht Reichtum, und dieser Wohlstand ließe sich gewiß noch vermehren. Es gibt für sehr viele relativ gute Bildungsmöglichkeiten und

es gibt drittens, so verbesserungsfähig uns die Institutionen auch erscheinen mögen, erstmals in unserer Geschichte stabile, parlamentarische Demokratien, die niemanden ausschließen, ja den Zugang zu den demokratischen Entscheidungen als ein Hauptmerkmal dieser parlamentarischen Demokratien nennen.

Und das ist der Grund, warum wir in vielfältiger Form neben dem Begriff Emanzipation auch den Komplementärbegriff Partizipation immer stärker im städtischen Leben vorfinden. Allerdings nicht immer in den Formen, das sei gleich hinzugefügt, die sich die alten bildungs- und besitzbürgerlichen Schichten für die Mehrzahl der Bürger ausgedacht hatten. Die wählen heute durchaus ihre eigenen Mittel und Wege, und die mal friedlichen, mal aggressiven Versuche von Menschen, Entscheidungen mitzubeeinflussen, sind nur ein Ausdruck dieser Gesamtentwicklung.

Diese letzten in der Stadt zu beobachtenden Veränderungen machen es notwendig und machen es möglich, mehr Menschen an der weiteren Gestaltung, an der Neugestaltung von Städten zu beteiligen. *Berthold Brecht* hat in seinem Gedicht »Große Zeit, vertan« geschrieben:

> Ich habe gewußt, daß Städte gebaut wurden,
> Ich bin nicht hingefahren.
> Das gehört in die Statistik, dachte ich
> Nicht in die Geschichte.
>
> Was sind schon Städte, gebaut
> Ohne die Weisheit des Volkes?

(*Bertolt Brecht:* Große Zeit, vertan. Werksausgabe edition suhrkamp, Frankfurt 1963)

Heute gibt es die Möglichkeit *und* die Notwendigkeit, mehr von der Weisheit des Volkes in die Gestaltung und Neugestaltung des städtischen Lebens einfließen zu lassen. Damit wird eine neue Seite in dem schon recht dicken Geschichtsbuch zum Wesen der Städte aufgeschlagen. Beide Elemente werden sich verändern, sowohl die Formen der Urbanisierung, als auch die Formen des städtischen Lebens, die Urbanität. Wir sollten aber nicht glauben, daß damit Stadtentwicklung am Schlußpunkt angekommen sei. Es wird nur eine neue Seite geschrieben in einem Buch, das – vielleicht – noch sehr viele leere Seiten hat.

Hinweise auf zusammenfassende und weiterführende Literatur

N. Elias, Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Basel/Frankfurt a. M. 1939/1976; *H. Korte,* Stadtsoziologie. Forschungsprobleme und Forschungsergebnisse der 70er Jahre. Darmstadt 1986; *ders.,* Über Norbert Elias. Das Werden eines Menschenwissenschaftlers. Frankfurt/Main 1988; *I. Light,* Cities in World Perspective, New York/London 1983; *L. Mumford,* Die Stadt – Geschichte und Ausblick. Köln/Berlin 1961; *H. J. Teuteberg,* Historische Aspekte der Urbanisierung. Forschungsstand und Probleme, in: *ders.,* (Hrsg.), Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte, Köln/Wien 1983, S. 2–34.

Ulfert Herlyn

Stadtsoziologie in der Krise?

Die Einladung, an einer Festschrift zum 65. Geburtstag von Otto Borst mitzuwirken, löste in mir sowohl Freude als auch Besorgnis gleichermaßen aus. Freude insofern, als es trotz der »(Un-)Sitte der Festschriften«[1] damit möglicherweise gelingt, das Wirken des Herausgebers dieser mehrere Disziplinen vereinigenden Vierteljahres-Zeitschrift zu würdigen, die sicherlich »zum augenblicklich Besten, was der deutsche Fachzeitschriftenmarkt zu bieten hat«, gehört.[2]

Besorgnis hatte ich hinsichtlich der inhaltlichen Anforderung, zu einer »Bestandsaufnahme eines interdisziplinären Arbeitsbereiches« beizutragen, wie es in der Einladung zu diesem Beitrag hieß. Die Stadtsoziologie als einer der Eckpfeiler dieser Zeitschrift hat wie die meisten sog. Spezialsoziologien nach dem Zweiten Weltkrieg eine recht wechselhafte Geschichte genommen. Eine kritische Bestandsaufnahme erscheint mir vor allem deshalb notwendig, um den Lesern eine Orientierungshilfe und gleichzeitig einen Maßstab zur Beurteilung der stadtsoziologischen Beiträge in der Zeitschrift »Die Alte Stadt« zu vermitteln.

Eine Bestandsaufnahme erfordert einen geschichtlichen Zugang, da man dann – wie N. Elias gesagt hat – »besser erkennt, daß die gegenwärtige Figuration der Menschen... die Fortsetzung einer Bewegung ist, die aus der Vergangenheit kommend durch die kurze Gegenwart hindurch auf die unabhängige Zukunft verweist«.[3] Einer facharchivarischen Ausarbeitung im Detail kann ich dabei entgehen.[4] Nahegelegen hätte es, dem 1. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie aus dem Jahr 1957 mit dem Titel »Soziologie der Gemeinde«[5] das soeben erschienene, mit »Soziologische Stadtforschung« betitelte 29. Sonderheft derselben Zeitschrift[6] im Sinne eines komparativ-statischen Vergleichs gegenüberzustellen. Aus den Titeln ›Soziologie der Gemeinde‹ (1957) bis zur ›Soziologischen Stadtforschung‹ (1988) kann man zwar eine bestimmte Entwicklungstendenz der Forschung entnehmen, als Vergleichsbasis ist jedoch das neueste Sonderheft nicht repräsentativ genug für das, was die Stadtsoziologie insgesamt heute zu leisten imstande ist.

[1] *J. Matthes,* Quo vadis litteratura sociologica?, in: Soziologische Revue 11 (1988), H. 3, S. 253.
[2] *V. Roscher,* Rezension des 14. Jahrganges der Alten Stadt 1987, in: bausubstanz 3/88, S. 4.
[3] *N. Elias,* Nachwort zu *M. Behrmann* und C. *Abate,* Die Germanesi, Frankfurt/M. 1984, S. 198.
[4] Vgl. dazu kürzlich *U. Herlyn,* Der Beitrag der Stadtsoziologie: Ein Rückblick auf die Forschungsentwicklung, in: *J. J. Hesse* (Hrsg.), Kommunalwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1989.
[5] Vgl. *R. König* (Hrsg.), Soziologie der Gemeinde, Sonderheft 1 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1957.
[6] *J. Friedrichs* (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung, Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1988.

Daher werde ich in einer historisch angelegten Bestandsaufnahme die Behauptung von J. Friedrichs prüfen, ob es »Anzeichen einer Krise« gibt, die einmal in einer »geringen Verbindung zu den Theorien der Allgemeinen Soziologie« liege und zum anderen in der Tatsache zu suchen sei, »daß auch bei uns diese traditionsreiche Teildisziplin der Soziologie zunehmend an Bedeutung verliert«.[7] Ich werde daher Entwicklungsetappen und heutigen Zustand der Stadtsoziologie analysieren; einmal hinsichtlich ihrer angeblichen theoretischen Insuffizienz (I) und zum anderen hinsichtlich ihres vermuteten Bedeutungsschwundes (II), um danach in Teil III ein kurzes Fazit zu ziehen.

I.

Der *Vorwurf der Theoriearmut* hängt sicher zum einen damit zusammen, daß alle sog. speziellen Soziologien tendenziell der Gefahr gesellschaftstheoretischer Abkoppelung unterliegen und zum anderen sicher mit dem diffusen Gegenstand einer Gemeinde (Stadt) zusammen, in der – wenn auch nicht als Mikrokosmos – so doch eine große Vielfalt von gesellschaftlichen Prozessen und Gebilden sich auf engem Raum durchdringen. Einmal abgesehen von den grundlegenden Beiträgen der bekannten älteren Theoretiker wie M. Weber, G. Gimmel und W. Sombart[8] gibt es auch in der stadtsoziologischen Forschung nach dem Weltkrieg theoretische Fundierungen und Anknüpfungen. Nach H. J. Gans, dem gegenwärtigen Vorsitzenden der amerikanischen soziologischen Gesellschaft, dominieren in der Stadtsoziologie neben einem neo-marxistischen ein neo-ökologischer Ansatz und nach ihm wären die beiden zu ergänzen durch ein liberales Paradigma, in dem »the analysis begins with the interests of users«.[9] Diese dritte Forschungsrichtung will ich anschließend an den neo-marxistischen (1) und neo-ökologischen Ansatz (2) als handlungstheoretischen Ansatz (3) diskutieren.

ad 1) Waren bis weit in die 60er Jahre hinein *marxistische Theorieansätze* verpönt, so wurden ab Ende der 60er Jahre quer durch die verschiedenen soziologischen Forschungsbereiche hindurch historisch-materialistische Theoriebildungsversuche unternommen. Auf politökonomische Theorieansätze zurückgreifend, wurden in der

[7] *J. Friedrichs* (s. A 6), S. 8.
[8] Vgl. die Wiederabdrucke grundlegender Arbeiten bei *K. M. Schmals* (Hrsg.), Stadt und Gesellschaft. Ein Arbeits- und Grundlagenwerk, München 1983.
[9] *H. J. Gans,* American Urban Theories and Urban Areas: Some Observations on Contemporary Ecological and Marxist Paradigms, in: *J. Szelenyi* (Hrsg.), Cities in Recession, Sage Publications 1984, S. 305. Vgl. ähnlich für die Bundesrepublik die Darstellung der aktuellen Forschungsgebiete von *B. Schäfers,* Stadtsoziologie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Geographische Rundschau, 40 (1988), S. 15f.

Stadtsoziologie vor allem die sich in der herrschenden Stadtstruktur und -organisation manifestierenden Restriktionen für eine Verbesserung von Lebenslagen sozioökonomisch benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen und ihre mögliche Überwindung thematisiert. Zu den vorherrschenden Themen gehörten in den 70er Jahren eine Kritik des kapitalistischen Bodenrechts, Reproduktionschancen und kollektive Versorgung, lokale Macht- und Entscheidungsstrukturen, Mitbestimmung und soziale Bewegungen, Verhältnis von Zentralstaat und den Kommunen, Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, um nur einige zu nennen. Der Niederschlag kapitalistischer Strukturen in den Teilsystemen der Städte und ihre Rolle für den Fortbestand der kapitalistischen Gesellschaft beherrschte weitgehend die wissenschaftliche Diskussion jener Jahre. Es ist Korte zuzustimmen, daß die »Wiedergewinnung der historisch-materialistischen Perspektive« zwei wichtige Folgen hatte; einmal wurden »die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Reproduktion als bestimmend für die städtischen Entwicklungen anerkannt« und zum anderen »wurde die historische Perspektive wiedergewonnen«.[10] Es ist inzwischen kein Geheimnis mehr, daß sich die Marx-Rezeption und die Anwendung seiner Gesellschaftsanalyse auf Stadt und Region vor allem im europäischen Ausland (z. B. Italien, Frankreich) vollzogen hat, und für diese von gesamtgesellschaftlichen Prozessen geleistete Forschungsrichtung hat sich der Name *»New Urban Sociology«* eingebürgert. In einer der wenigen Rezipierungen im deutschen Schrifttum werden zwei Hauptrichtungen der Theoriebildung unterschieden: a) eine politische Soziologie der »sozialen (oder ›kollektiven‹) Konsumtion... und b) eine politische Ökonomie der baulich-räumlichen Stadtentwicklung und der tertiären Nutzung«.[11]

Waren es in den 70er Jahren vor allem die ins Deutsche übersetzten Bücher von Levébvre[12] und Castells,[13] die Einblicke in Methoden, Kategorien und Ergebnisse marxistisch orientierter Stadtforschung gaben, so enthält der kürzlich von Saunders in deutscher Sprache vorgelegte Band[14] eine Auseinandersetzung sowohl mit soziologischen Klassikern als auch mit neueren marxistischen Stadtsoziologen und bietet daher eine neue Standortbestimmung der »New Urban Sociology«.

Die Reklamation des Wortes »Neu« für die marxistisch orientierte Stadtforschung erscheint mir problematisch, unterstellt sie doch, daß sie an die Stelle anderer, nicht

[10] *H. Korte,* Stadtsoziologie. Forschungsprobleme und Forschungsergebnisse der 70er Jahre, Darmstadt 1986, S. 15f.

[11] *J. Krämer* und *R. Neef* (Hrsg.), Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus, Basel-Boston, Stuttgart 1985, S. 7.

[12] Vgl. *H. Levébvre,* Die Revolution der Städte, München 1972 (zuerst 1970); *H. Levébvre,* Die Stadt im marxistischen Denken, Ravensburg 1975.

[13] Vgl. *M. Castells,* Kampf in den Städten. Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht, Westberlin 1975 (zuerst 1973); *M. Castells,* Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung, Hamburg/Westberlin 1977 (zuerst 1972).

[14] *P. Saunders,* Soziologie der Stadt, Frankfurt 1987 (zuerst 1981).

marxistischer Ansätze getreten sei, was nun für verschiedene Länder, ganz gewiß jedoch für die deutsche Stadtforschung, nicht zutrifft. Es ist nun offensichtlich, daß in den 80er Jahren marxistisch orientierte Stadtanalysen, die es auch in der Bundesrepublik gab,[15] deutlich rückläufig sind. Erklärungen hierfür liegen nicht auf der Hand. Man könnte daran denken, daß die gesellschaftspolitische Umorientierung in der Bundesrepublik einer weiteren Verbreitung marxistisch orientierter Arbeiten nicht förderlich gewesen ist, vielleicht gab es auch eine enttäuschte Abkehr von allzu euphorischer Anwendung polit-ökonomischer Kategorien bei der Analyse von Stadtstrukturen. Denn es muß durchaus problematisch erscheinen, wenn aus dem »konfliktbeladenen Doppel-Prozeß: Industrialisierung – Verstädterung« (Levébvre) die Verstädterung als beherrschendes Moment gesellschaftlicher Entwicklung angenommen und analysiert wird, da der Erkenntniswert der Verstädterung als »logisch niedrigere Kategorie« zur kapitalistischen Gesellschaft immer nachrangig bleibt.[16]

ad 2) Wenn die *Sozialökologie* – wie Friedrichs kürzlich schreibt – »bis heute der einzige eigenständige Ansatz in der Stadtsoziologie« geblieben ist, so ist allein dies insofern problematisch, als »die Sozialökonomie nie zu einem Bestandteil der soziologischen Theorie geworden ist«.[17] Es ist jedoch keine Frage, daß dieser traditionsreiche Forschungszweig in der Stadtsoziologie nach dem Krieg bis heute sehr verbreitet ist. Eigenartigerweise hat die Rezeption der klassischen Sozialökologie der Chicagoer Schule und ihre Weiterentwicklung in der Bundesrepublik erst etwa seit Mitte der 70er Jahre stattgefunden. Ging es bei der klassischen Sozialökologie vor allem um die räumlichen Verteilungsmuster von Bevölkerungsgruppen, Nutzungsweisen und sozialpathologischer Erscheinungen sowie den Prinzipien des Verteilungskampfes unter den Verhältnissen totaler Konkurrenz, so hat sich das Spektrum sozialökologischer Ansätze und empirischer Forschungen in neuerer Zeit nicht unerheblich ausdifferenziert. Die wohl umfangreichste Übersicht enthält die 1982 in neuer Auflage erschienene Arbeit von Theodorson,[18] der nach dem Krieg drei verschiedene Konzeptualisierungen unterscheidet, nämlich a) die neoklassische Schule, b) die sozio-kulturelle Schule und c) die Sozialraumanalyse bzw. die Faktorialökologie. Aber welche Teiltheorien man auch betrachtete, sie alle bleiben nur allzuoft einer beschreibenden

[15] Hier wären u. a. zu nennen: *H. Brede, B. Dietrich* und *S. Kohaupt,* Politische Ökonomie des Bodens und der Wohnungsfrage, Frankfurt/M. 1976; *H. G. Helms* und *J. Janssen* (Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, Berlin 1970; *M. Mayer, R. Roth* und *V. Brandes* (Hrsg.), Stadtkrise und soziale Bewegungen. Texte zur internationalen Entwicklung, Köln/Frankfurt/M. 1978.

[16] Vgl. *Th. W. Adorno,* Soziologie und empirische Forschung, in: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, hrsg. von *H. Maus* und *F. Fürstenberg,* Neuwied und Berlin 1969, S. 83. Dort heißt es: »Die Kategorie ›arbeitsteilige Gesellschaft überhaupt‹ ist höher, allgemeiner als die ›kapitalistische Gesellschaft‹, aber nicht wesentlicher, sondern unwesentlicher, sagt weniger über das Leben der Menschen und das, was sie bedroht, ohne daß doch darum eine logisch niedrigere Kategorie wie ›Urbanismus‹ mehr darüber besagte«.

[17] *J. Friedrichs* (s. A 6), S. 8.

[18] Vgl. *G. A. Theodorson* (Hrsg.), Urban Patterns, University Park 1982.

Analyse verhaftet, weil es ihnen – wie gesagt – an gesamtgesellschaftlicher Perspektive mangelt.

In Deutschland sind es vor allen anderen B. Hamm und J. Friedrichs, die sozialökologische Konzeptualisierungen in die neuere stadtsoziologische Forschung eingeführt und vorangetrieben haben. Fast zeitgleich publizierten sie ihre Hauptwerke, die für viele Arbeiten in der Bundesrepublik richtungsweisend waren.[19] An diesen Arbeiten kommt niemand vorbei, der sich mit sozialökologischen Kategorien vertraut machen und diesen Ansatz den eigenen Arbeiten zugrundelegen möchte.

Friedrichs unternimmt den Versuch, »Stadtanalyse als Beispiel der Analyse von Zusammenhängen zwischen sozialer und räumlicher Organisation der Gesellschaft« (S. 11) durchzuführen und stellt damit das »raumbezogene Verhalten« als Objektbereich in das Zentrum der Analyse. Hamm entwickelt sowohl den »theoretischen Bezugsrahmen der Sozialökologie« als auch eine empirische Überprüfung am Beispiel der Stadt Bern (S. 17). Beide zweifeln daran, ob die Stadt als Objekt nicht eine zu enge Zielrichtung impliziert, und so sagt Hamm, »daß Siedlungssoziologie als eine Theorieperspektive innerhalb der allgemeinen Soziologie betrieben werden kann«.[20]

ad 3) In beiden behandelten Ansätzen ist die Subjektperspektive nicht ausreichend aufgehoben, die stärker in den *handlungstheoretischen Zugängen* verschiedener Spielarten[21] einbezogen ist. Diese Nutzer-Perspektive aufzunehmen und weiterzuentwikkeln ist Absicht des »liberalen Paradigmas«, das H. J. Gans als dritten Weg bevorzugt. Ausgehend vom Begriff des »Sozialen Handelns« (Max Weber) kommt es in stadtsoziologischen Arbeiten darauf an, das Erlebnis der gesellschaftlichen, insbesondere städtischen Wirklichkeit durch die Betroffenen selbst in eine Situationsanalyse aufzunehmen. Als Repräsentant dieser Richtung in der bundesdeutschen Nachkriegs-(stadt)soziologie kann H. P. Bahrdt gelten, für den die Kategorie der Urbanität einen zentralen Stellenwert in seiner auf Max Weber aufbauenden Stadttheorie einnimmt.[22] Das für ihn typisch städtische Verhalten ist in der Folge – im letzten Vierteljahrhundert – nicht zuletzt angetrieben durch eine schnell expandierende Sozialforschung Gegenstand einer Fülle von empirischen Untersuchungen geworden. In ihnen wurde überwiegend versucht, die objektiven Lebensbedingungen verschiedener sozialer Gruppen mit ihrem subjektiven Wohlbefinden zu verknüpfen, was zu vielfältigen Einsichten in die Lebenszusammenhänge und Lebensstile diverser Gruppen geführt

[19] Vgl. *J. Friedrichs,* Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, Opladen 1977; *B. Hamm,* Die Organisation der städtischen Umwelt, Trauenfeld 1977.

[20] *B. Hamm,* Einführung in die Siedlungssoziologie, München 1982, S. 24.

[21] So unterscheidet *R. Peuckert* 1. die verhaltenstheoretische Soziologie, 2. den Symbolischen Interaktionismus, 3. die Phänomenologische Soziologie und 4. die Ethnomethodologie, in: *B. Schäfers* (Hrsg.), Grundbegriffe der Soziologie, Leverkusen 1986, S. 310ff.

[22] Vgl. *H. P. Bahrdt,* Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Hamburg 1969 (zuerst 1961). Ausführungen über seinen theoretischen, der Phänomenologie verpflichteten Standort finden sich vor allem in einigen Beiträgen seines Buches: »Umwelterfahrung«, München 1974, S. 56ff.

hat.[23] Sicherlich besteht bei dem methodologisch eher als mikro-soziologisch zu bezeichnenden Ansatz die Gefahr der Reduktion von Soziologie auf Psychologie, aber diese Forschungsrichtung und -tradition erscheint besonders geeignet, die sozialen Beziehungen in Stadtteilen und ihren Wandel zu erfassen, die für individuelle Lebensplanungen nicht unwesentlich sind. So sind die gegenwärtig zu beobachtenden innenstadtorientierten Änderungen bevorzugter Wohnstandorte von den jungen, mobilen und wohlhabenden Gruppen und die erzwungenen Standortzuweisungen für sozial Marginalisierte in die peripher gelegenen Neubausiedlungen eben nicht nur als Aggregatveränderungen statistisch interessant, sondern nur als Gegenstand lebensweltlicher Analyse ausreichend zu verstehen.

Die Renaissance der Urbanitätsdiskussion im Zuge einer Wiederentdeckung der integrierenden Funktion von Stadtkultur bedarf neben eher materialistisch orientierten Analysen[24] auch Studien, die stärker den über Symbole vermittelten lokalen Lebenszusammenhang in die Diskussion einbringen.[25] Wie andere Forschungszweige der soziologischen Forschung profitierte auch die handlungstheoretisch ausgerichtete Stadtsoziologie von dem Paradigmenwechsel der empirischen Sozialforschung von den vornehmlich quantitativ-objektivistisch verfahrenden Analysen zu den eher qualitativ verfahrenden, stärker subjektivistisch orientierten Arbeiten.

Wenn es auch nicht zu leugnen ist, daß es viele theorielose Studien im Bereich der Stadtsoziologie gibt, so sollte diese Skizze zeigen, daß die wichtigsten theoretischen Paradigmen nicht an der Stadtsoziologie vorübergegangen sind. Das schließt nicht aus, in Zukunft noch stärkere gesamtgesellschaftlich orientierte Arbeiten zu fordern und zu fördern.

II.

Was die *These der abnehmenden Bedeutung* der Stadtsoziologie anbelangt, so kann diese Aussage von J. Friedrichs nur in einer historischen Längsschnittbetrachtung auf ihre Stichhaltigkeit geprüft werden.

Die retrospektive Betrachtung führt uns zurück in die unmittelbare Nachkriegszeit und die als »goldenes Zeitalter« der Gemeindesoziologie in der Bundesrepublik[26] titulierten 50er Jahre, in denen kleine Gemeinden und große Städte in ihrer sozialen Totalität Gegenstand der Forschung waren. In dieser ersten Zeit der kaum planungspraktisch ausgerichteten stadtsoziologischen Forschung wird die – auch für andere soziologische Forschungsbereiche typische – Tendenz sichtbar, die Stabilität

[23] Vgl. hierzu u. a. *U. Herlyn* (Hrsg.), Großstadtstrukturen und ungleiche Lebensbedingungen, Frankfurt 1980; *H. Becker* und *K. D. Keim* (Hrsg.), Gropiusstadt: Soziale Verhältnisse am Stadtrand, Stuttgart 1977.

[24] Vgl. *H. Häußermann* und *W. Siebel,* Neue Urbanität, Frankfurt/M. 1987.

[25] Vgl. *B. Schäfers,* Stadt und Kultur, in: *J. Friedrichs* (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung, Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1988, S. 387–407.

[26] *A. Hahn* u. a., Gemeindesoziologie. Eine Einführung, Stuttgart 1979, S. 80.

sozialer Systeme zu dokumentieren, was »als Ausdruck des damals vorherrschenden Bedürfnisses nach Stabilisierung und Harmonisierung verstanden werden kann.«[27] Der gesellschaftlichen Rekonstruktion der Bundesrepublik entsprach die Reorganisation bzw. der Wiederaufbau der Städte nach alten, traditionsreichen Mustern, was von der damaligen Stadtforschung eher zustimmend verfolgt als durch Kritik in Frage gestellt wurde.

Ein von den meisten nicht vorhergesehenes Stadtwachstum in den 60er Jahren aufgrund starker Wanderungsgewinne und hoher Geburtenraten einerseits und andererseits ein alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfassender Modernisierungsschub, der Rationalisierung und Effektivierung auch gerade auf dem Sektor des Wohnungs- und Städtebaues erbrachte, schufen bis dahin nicht vorhandene Herausforderungen an die stadtsoziologische Forschung. In den 60er Jahren wird eine Fülle von praktisch verwertbaren Daten in den Feldern des Wohnungsbaues, der Stadterneuerung, der Stadterweiterung sowie der Innenstadtentwicklung empirisch erarbeitet. Dieser sich schnell verbreitenden »vom Informationsbedarf der Verwaltung geprägten Stadtplanungssoziologie«[28] kommen theoretische Reflexionen zunehmend abhanden. In vielen Publikationen werden die Kooperationsmöglichkeiten von Soziologie und Planung diskutiert; am ausführlichsten von N. Schmidt-Relenberg, von dem die »Soziologie als Hilfswissenschaft des Städtebaus«[29] struktur-funktionalistisch aufbereitet wird. Man mag darüber streiten, ob die Stadtsoziologie in den 60er und beginnenden 70er Jahren eine Blüte oder Scheinblüte erlebt hat. In jedem Falle hat sie einen außerhalb und innerhalb der Bundesrepublik hohen, bis dahin und später nicht erreichten Ausstoß an empirischen Untersuchungsbefunden einerseits und auch theoretischen Erörterungen sowie einen hohen Stellenwert in der Nachfrage der planerischen und politischen Praxis andererseits erlebt.

Vor allem der institutionelle Ausbau der Stadt- und Regionalsoziologie in Lehre und Forschung erschien als eine zwingende Folge. An den neugegründeten Universitäten Ende der 60er Jahre wurde die Stadt- und Regionalsoziologie verankert, und Mitte der 70er Jahre gab es an 16 Hochschulen einen Schwerpunkt im Bereich der Stadt- und Regionalsoziologie.[30] Aus einer Analyse von Vorlesungsverzeichnissen geht hervor, daß die Expansion der Lehre im Bereich der Stadt- und Regionalsoziologie überproportional verlaufen ist und dieser Bereich mit der Erziehungssoziologie als »Kristallisationspunkt einer ›praxisorientierten‹ Professionalisierung der Soziologie«

[27] *H. Korte,* Zum Weg und gegenwärtigen Stand der Stadtsoziologie, in: Die alte Stadt, 11 (1984), S. 282.

[28] *H. Häußermann* und *W. Siebel,* Thesen zur Soziologie der Stadt, in: Leviathan H. 1, 1978, S. 486. Geprägt wurde der Begriff in dem Aufsatz von *B. Schäfers,* Soziologie als mißdeutete Stadtplanungswissenschaft, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, Jg. 9, Band 2.

[29] *N. Schmidt-Relenberg,* Soziologie und Städtebau, Stuttgart 1968, S. 83ff.

[30] Vgl. *H. Häußermann, W. Hopf* und *W. Siebel,* Sozialwissenschaften und Berufsperspektive, Frankfurt/M. 1977.

im Jahre 1975 eine Spitzenstellung einnimmt.[31] Deutlich kommt die fachliche Konsolidierung der Stadtsoziologie in der großen Zahl an Einführungen in die Soziologie der Stadt und des Städtebaus zum Ausdruck, die in den 70er Jahren erschienen sind.[32] Nicht unerwähnt soll die Gründung der Sektion für Stadt- und Regionalsoziologie aus dem Jahr 1971 bleiben, die seitdem bis heute regelmäßig getagt hat und nicht unwesentlich zur Institutionalisierung und zur professionellen Kontrolle der Teildisziplin beigetragen hat.

Die mit der Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition in den 70er Jahren expandierende praxisorientierte Stadt- und Regionalsoziologie begann in dem Maße zu schrumpfen, in dem die gesellschaftspolitische Wende in den 80er Jahren wirksam wurde. Die im Rahmen der ökonomischen Rezession am Übergang zu den 80er Jahren sich verschlechternde Finanzlage von Städten und Gemeinden verringerte die Investitionstätigkeit auch und gerade auf dem Gebiet des Städtebaus, so daß es u. a. zum Rückgang des sozialen Wohnungsbaus, Ende der Stadterweiterung, Stadterneuerung in kleinen Schritten und teilweisem Rückzug im Infrastrukturbereich gekommen ist. Mit diesem Rückgang an Planungsaktivitäten schrumpfte der Verwertungsdruck auf stadtsoziologische Forschungen, aber auch die Verwertungschancen für schwerpunktmäßig stadtsoziologisch ausgebildete Soziologen. Man könnte auch als Gründe anführen, daß in einer Reihe von kommunalen Verwaltungen schon Soziologen tätig waren und damit ein gewisser Sättigungsgrad vorhanden war bzw. auf die Tatsache hinweisen, daß Ökologie als neues Modethema zunehmend an Boden gewann.

Die ein Jahrzehnt nach den erwähnten Forschungen von Klima durchgeführte Untersuchung von Heitbrede zeigt eine Rangverschlechterung der Stadt- und Regionalsoziologie,[33] obgleich sie als spezielle Bindestrichsoziologie noch immer ziemlich weit vorn rangiert. Diese Rückläufigkeit ist m. E. als eine naheliegende Begleiterscheinung der allgemein festzustellenden »Planungsernüchterung« nach einer gewissen »Planungseuphorie« am Übergang zu den 70er Jahren[34] zu interpretieren.

Der von Friedrichs kürzlich konstatierte »Rückzug der Stadtforschung« als Ausdruck einer spezifischen Krise ist weit übertrieben, zumal die von ihm herangezoge-

[31] *R. Klima,* Die Entwicklung der soziologischen Lehre an den westdeutschen Universitäten 1950–1975, in: *G. Lüschen* (Hrsg.), Deutsche Soziologie nach 1945, Sonderheft 21 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1979, S. 243. Bezeichnend für das Auseinanderdriften einer theoretisch angeleiteten und praktisch-planerischen Arbeit ist die Tatsache, daß innerhalb des Gebietes »Regionalsoziologie« die Regionalplanung fast die gleiche Bedeutung erlangt wie das traditionelle Forschungs- und Lehrgebiet »Stadt- und Gemeindesoziologie« (S. 245).

[32] Vgl. *U. Herlyn* (s. A 5), S. 185.

[33] *V. Heitbrede,* Identifikation einer Disziplin, in: Soziale Welt 37 (1986), H. 1, S. 125. Vgl. auch die ähnlichen Ergebnisse bei *H. J. Daheim* und *G. Schönbauer,* Ergebnisse der Enquete zur Soziologielehre, in: *dies.,* Perspektiven der Soziologielehre, Opladen 1987, S. 195.

[34] Vgl. *H. Klages,* Soziologie und Planung, in: *G. Lüschen* (Hrsg.), Deutsche Soziologie nach 1945, Sonderheft 21 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1979, S. 344.

nen Kriterien der zurückgehenden Zahl der Publikationen sowie Abnahme an Rezensionen mir nicht problemadäquat erscheinen, ganz abgesehen davon, daß er sie nicht empirisch belegt.[35] Realitätsnaher scheint jedoch die Einschätzung zu sein, daß die soziologische Stadtforschung in den 80er Jahren auf das quantitative Niveau zurückgeschraubt wurde, das ihrem Stellenwert im Konzert der anderen Spezialdisziplinen entspricht. Die Aufblähung der soziologischen Stadtforschung in den 60er und zu Beginn der 70er Jahre muß auch im Zusammenhang der Entwicklung der Soziologie als Disziplin insgesamt gesehen werden, die sich – was die Zahl der Hochschullehrerstellen anbelangt – von 1960 bis zur Mitte der 70er Jahre verzwanzigfacht hat.[36] Die Konsolidierung dieser rasanten Entwicklung sowohl in der allgemeinen Soziologie als auch in der speziellen Stadtsoziologie mußte folgen und ist auch gefolgt; diese Gesundschrumpfung jedoch umstandslos als eine spezielle Krise der Stadtsoziologie zu bezeichnen, erscheint mir weit überzogen.

III.

Die historisch angelegte Bestandsanalyse der Teildisziplin der Stadtsoziologie folgte den beiden von Friedrichs kürzlich als problematisch erachteten Erscheinungen: zum einen der Feststellung einer »theoretischen Krise« aufgrund einer Verbindungslosigkeit zu Theorien der Allgemeinen Soziologie und zum anderen eines zunehmenden Bedeutungsverlustes dieser Teildisziplin. Die Erörterung der Verhältnisse in der Bundesrepublik sollte aufzeigen, daß in beiden Hinsichten nicht so umstandslos von Anzeichen einer Krise gesprochen werden kann, auch wenn Probleme und Bedeutungseinbrüche nicht geleugnet werden können.

Wenn es um die Behauptung und Weiterentwicklung dieser Disziplin geht, so ist Friedrichs zuzustimmen, wenn er es als vordringlich ansieht, »allgemeine soziologische Theorien anzuwenden«,[37] »um die sozialwissenschaftliche Stadtforschung aus der Stagnation herauszuführen.«[38] In diesem Sinne habe ich versucht, die nach H. Gans in der Stadtsoziologie vorherrschenden theoretischen Zugänge der neo-marxistischen und neo-ökologischen Paradigmen zu erläutern und sie durch handlungstheoretische Ansätze zu ergänzen. Es scheint viele Anzeichen dafür zu geben – z. B. nicht zuletzt der neue gesellschaftliche Individualisierungsschub[39] –, daß handlungstheoretische Theoreme der zunehmenden gesamtgesellschaftlichen Differenzierung

[35] Vgl. *J. Friedrichs* (s. A 6), S. 8.
[36] Vgl. *B. Lutz,* Zur gesellschaftlichen Entwicklung der Soziologie: Überlegungen zu zukünftigen Chancen und Problemlagen, in: *ders.* (Hrsg.), Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung, Frankfurt/M. 1985, S. 17.
[37] *J. Friedrichs* (s. A 6), S. 4.
[38] *J. Friedrichs* (s. A 6), S. 8.
[39] Vgl. *U. Beck,* Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986.

eher gerecht werden als die beiden anderen Ansätze, die stärker auf der Aggregatebene arbeiten.

Zentrales Anliegen gegenwärtiger Forschungsbemühungen ist hier wie auch in anderen soziologischen Analysen, den Wandel zu beschreiben und zu erklären, also historisch angeleitete Analyse zu betreiben. Nicht umsonst hat es gerade einen mehrjährigen Forschungsschwerpunkt zur »Geschichte und Zukunft von Städten« bei der Stiftung Volkswagenwerk gegeben. Hier ist nicht nur die generationenübergreifende Geschichte, sondern auch die lebensgeschichtlich subjektiv erfahrene Vergangenheit gemeint, die Handlungskontexte ausgebildet und Betroffenheit hervorgerufen hat. Nimmt man die stadtsoziologischen Forschungen zusammen, so ist der Anteil theoriegeleiteter und daher ernst zu nehmender Forschung m. E. nicht signifikant geringer als anderswo, auch wenn es leider nach wie vor Trends zum Empirismus gibt.

Die These des Bedeutungsverlustes der Stadtsoziologie ist unbelegt und erscheint mir nicht haltbar vor dem Hintergrund einer boomartigen Entwicklung in der zweiten Hälfte der 60er Jahre und der ersten Hälfte der 70er Jahre – nicht nur der Stadtsoziologie, sondern auch der Allgemeinen Soziologie. Der heutige Zustand erscheint als erwartbare Reaktion auf eine allzu hektische Entwicklungsetappe, der auf Dauer ein gesellschaftlicher Bedarf nicht entsprechen konnte. Die Stadtsoziologie in jener Zeit war nicht nur durch die Praxis gefordert, sondern auch überfordert, und so unterblieb die notwendige fachliche Konsolidierung. Diese ist dringend notwendig, wenn man daran denkt, daß die »Krise der Arbeitsgesellschaft« nicht nur zu einer neuen, relativ hohen Arbeitslosigkeit, sondern auch zu einer verbreiteten Infragestellung des traditionellen Arbeitsethos geführt hat, so daß sich die »für den Lebenszusammenhang der Menschen existentiell wichtigen Konfliktbereiche auf außerbetriebliche Orte der Erfahrung, auf Wohnen, Verkehrsverhältnisse, Stadtteilprobleme, ökologische Lebensbedingungen«[40] verschoben haben. In dieser Verschiebung der Erfahrungsbereiche scheint mir eine neue Herausforderung für die Stadt- und Regionalsoziologie zu liegen, denn der lokale Lebenszusammenhang[41] als Vermittlung verschiedener Lebensbereiche einzelner Personen oder Personengruppen am Ort des alltäglichen Lebens stellt heute mehr denn je eine Möglichkeit der Behauptung in einer zunehmend funktional ausdifferenzierten Gesellschaft dar.

Angesichts dieser großen Herausforderung der nahen Zukunft ist eine Reflexion von theoretischen Ansätzen und methodischen Instrumenten der Stadtsoziologie dringend notwendig, damit sie nicht tatsächlich in eine Krise gerät. Neben vielem anderen gehören dazu Möglichkeiten, den wissenschaftlichen Diskurs zu führen, und eine war, ist und wird hoffentlich noch lange die Zeitschrift »Die alte Stadt« sein.

[40] *O. Negt,* Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit, Frankfurt/M. 1984, S. 161.
[41] Vgl. *U. Herlyn,* Die Stadt als lokaler Lebenszusammenhang aus der Sicht der stadtsoziologischen Forschung, in: Die alte Stadt, 12 (1985), S. 369 ff.

Hans Paul Bahrdt

Die Stadtstraße als Kommunikationsfeld

1. *Vorbemerkungen*

Daß es in der Stadt Straßen gibt, erscheint uns die selbstverständlichste Sache der Welt zu sein. Hat es Sinn, darüber auch noch Aufsätze zu schreiben oder Vorträge zu halten? In Wirklichkeit ist das Faktum »Stadtstraße« alles eher als selbstverständlich. Es hat viele Perioden der Menschheitsgeschichte gegeben, welche die – wie soll man sagen? – Institution, bzw. das Faktum oder auch die Kulturerrungenschaft der Straße in der Form, wie wir sie in unseren Städten vorfinden, nicht gekannt haben. Erstens natürlich, weil viele Geschichtsperioden und Kulturen überhaupt keine Städte besaßen. Ob sie so etwas wie Dorfstraßen kannten, ist auch oft noch zweifelhaft, ganz abgesehen, daß es ja auch Dörfer in dem Sinn, wie wir es verstehen, keineswegs zu allen Zeiten gegeben hat. Unser Dorf, eine ländliche Siedlung, in der auch nicht miteinander verwandte Menschen zusammenleben und eine Gemeinde bilden, gibt es erst seit dem frühen Mittelalter. Der Sippenweiler, der vorher vorherrschte, ist ein ganz anderes Gebilde. Aber ich will nicht abschweifen.

Ausklammern möchte ich jetzt die Frage, inwieweit man die Verbindungswege innerhalb der früheren Dörfer bereits als Straßen bezeichnen kann. Gelegentlich wird dies der Fall gewesen sein. Gab es eine breitere »Dorfstraße«, auf der Menschen, die im Augenblick nichts zu tun hatten, sich halb zufällig, halb gewollt begegneten, dann kann man vielleicht von einer Straße reden. Das ist aber dann schon ein ähnlicher Sachverhalt wie bei einer Stadtstraße. Ausklammern möchte ich auch zunächst den Sachverhalt der Landstraße. Aber auch hier gilt freilich, daß an der Landstraße ebenfalls nichts selbstverständlich ist. Natürlich gibt es seit altersher Verbindungswege von einer Ortschaft zur nächsten und auch solche über große Entfernungen. Aber ab wann, von welchem Grad der Ausgebautheit und Breite sollen wir das Wort »Straße« verwenden? Wir neigen dazu, von einer Straße dann zu reden, wenn ein Weg breit genug und ausgebaut genug ist, daß er typischerweise nicht nur von Fußgängern und Reitern benutzt werden kann, sondern auch von Wagen. Nur, wie sollen wir die zentralen Verbindungswege des alten Inkareiches beurteilen, die an Bedeutung und Nutzungsfrequenz unsere älteren Landstraßen oft übertrafen, die mitunter in Treppenform – die Inkas kannten nicht Rad und Wagen – über die Hochgebirgspässe führten, die dann von lastentragenden Lamas bewältigt werden konnten. Also gut: Für uns Abendländer ist Befahrbarkeit ein Merkmal der Straße. Liegt diese nicht vor,

dann haben wir es mit einem Weg oder einem ganz schmalen Gäßchen zu tun. Freilich: Wie soll man die Fußgängerzonen unserer heutigen Innenstädte beurteilen? Doch davon später!

2. *Begriff der Stadtstraße*

Denkt man an unsere mittelalterlichen Städte, so stellt man fest, daß ihre inneren Verbindungswege zu einem großen Teil den Namen »Straße« nicht verdienen. Allenfalls kann man von »Gäßchen« reden, die so schmal sind, daß kein Fahrzeug durch sie hindurchfahren kann, ferner daß man jederzeit Wäscheleinen von einem Haus zum gegenüberliegenden spannen und sie mit Wäsche behängen kann. Man sollte nicht hochmütig lächeln, wenn von solchen banalen Dingen die Rede ist wie: von Wäscheleinen quer über eine Gasse, oder ob ein Weg breit genug ist, daß auf ihm nicht nur ein Wagen Platz findet, sondern sogar zwei Wagen in entgegengesetzter Richtung aneinander vorbeifahren können. So banal sind solche Tatsachen gar nicht. Oder genauer: sie verweisen auf soziologisch nicht unwichtige Sachverhalte.

Wenn ein Verbindungsweg innerhalb einer Stadt so breit ist, daß es nicht mehr möglich ist, von einer Seite zur anderen Leinen zu spannen, so heißt dies auch, daß die auf der anderen Straßenseite wohnenden Menschen nicht mehr unmittelbare Nachbarn sind. Man hat ihnen gegenüber schon etwas distanziertere Beziehungen, bzw. man hält etwas mehr auf Distanz.

Wenn auf einem Weg Fahrzeuge in entgegengesetzter Richtung aneinander vorbeifahren können, so heißt dies nicht nur, daß der Verkehr erleichtert wird und daß mehr Verkehr möglich ist, sondern auch, daß die Abwicklung von Verkehr weniger gegenseitige Verständigung erfordert als auf einer schmalen Gasse, in der man sich durch Zeichen und Worte klar werden muß, wer zuerst fährt.

3. *Zur Bedeutung der Distanz*

Zur Straße scheint also nicht nur zu gehören, daß sie mehr Verkehrskapazität hat, daß sie Fußgänger- und Fahrverkehr in entgegengesetzten Richtungen ermöglicht, sondern daß sie auch eine gewisse Distanz zwischen den Agierenden zuläßt und begünstigt. Im Vergleich zu einem schmalen Gäßchen können mehr Menschen ihrem Ziel zustreben, ohne unter sich kommunikative Beziehungen aufzunehmen. Sie können auch Distanz halten, müssen aber nicht. Hier haben wir es mit einem höchst wichtigen sozialen Sachverhalt zu tun. Erstens: Distanz ist überhaupt ein höchst wichtiges, soziologisch bedeutsames Phänomen. Es ist falsch, unter Soziologie nur die Wissenschaft von den sozialen Beziehungen zu verstehen. Die meisten Beziehungen zwischen Menschen sind ja nur möglich bzw. können nur gelingen, wenn sie nicht gestört werden durch Kontakte zu weiteren Menschen. D. h., die meisten regulär ablaufenden Interaktionen sind darauf angewiesen, daß andere durchaus denkbare

Beziehungsmöglichkeiten im Augenblick abgeschottet sind. So gibt es nicht nur Lebenstaktiken, die es nahelegen, in einer Richtung Distanz zu halten, damit Verbindungen in einer anderen Richtung ungestört und reibungslos ablaufen, sondern es gibt auch Distanzregeln in der Form von Normen, d. h. von allgemeinen Sollensvorschriften, die durch Sanktionen abgesichert sind. (Darunter fallen viele Vorschriften, die wir unter den Sammelbegriff »Takt» subsummieren.) Distanz ist ein gewolltes Strukturelement, bei dessen Zustandekommen Taktik und Takt einander ergänzen. Die Distanzregeln können sich auf handfeste räumliche Vorschriften beziehen (Verbote, fremde Grundstücke und Wohnungen ohne Erlaubnis des Besitzers zu betreten). Sie können aber auch festlegen, ob und wann durch wen die Aufnahme einer kommunikativen Beziehung erlaubt ist und schließlich welche Gesprächsinhalte in welchen Situationen zulässig sind. Distanzregeln schreiben aber auch vor, welcher räumliche Abstand jeweils von anderen Menschen zu halten ist, bzw. welche körperliche Nähe noch tolerabel ist. In einer Straßenbahn gelten andere Regeln als auf der Straße, in einer Badeanstalt andere als auf einem Waldweg. Freilich haben wir es oft mit Kompensationen unterschiedlicher Distanztypen zu tun. Wo sich körperlicher Kontakt kaum vermeiden läßt, wie in einer vollen Straßenbahn, ist die Aufnahme eines Gesprächs mit einem Fremden nicht zulässig, bzw. es bedarf eines besonderen Grundes. Allenfalls um eine Wegauskunft darf man bitten, sich nach einer Umsteigemöglichkeit erkundigen oder eine Entschuldigung aussprechen, wenn man einen Mitfahrer aus Versehen unsanft berührt hat. Begegne ich aber in einer einsamen Waldgaststätte einem Fremden, so gehört es sich schon eigentlich, mit ihm mehr als ein paar Worte zu wechseln.

Man könnte über die – meines Erachtens in der Soziologie oft vernachlässigte – Bedeutung von Distanzregeln für das Zustandekommen, den Ablauf und das Gelingen von sozialen Kontakten, sozialen Beziehungen und Interaktionen längere Betrachtungen anstellen. Uns interessiert diese Thematik jetzt unter einem bestimmten Gesichtspunkt. Zwar sind die meisten sozialen Kontakte, die wir haben, nur möglich, weil es gewisse Distanzfakten und Distanzregeln gibt; sie sagen, wer jetzt nicht dazu gehört, wer sich fern halten soll, aber auch, was durch Stil des äußeren Auftretens oder Ausklammerung von Gesprächsthemen im Augenblick zu vermeiden ist.

Hier bei der Straße, die uns interessiert, haben wir es aber mit einem besonderen sozialen Aggregatzustand zu tun, nämlich einer ganz elementaren und konkret erlebbaren Form der Öffentlichkeit.

4. *Zum Begriff der Öffentlichkeit*[1]

Die Voraussetzung für die Entstehung von Öffentlichkeit ist ein soziales Feld, auf dem sich Menschen zwangsläufig begegnen und sich nicht völlig ignorieren können, das

[1] Vgl. *H. P. Bahrdt,* Die moderne Großstadt, Hamburg 1961 (zitiert nach Ausgabe 1969), S. 63 ff.

aber nicht durch ein lückenloses Netz geregelter sozialer Beziehungen gekennzeichnet ist. Was vorliegt, ist der Sachverhalt der »unvollständigen Integration«. (In einem »geschlossenen System«, z. B. auch in einer vorindustriellen Dorfgemeinschaft, in der jeder jeden kennt, jeder weiß, was er von jedem zu halten hat, in der es unmöglich ist, ganze Lebensbereiche zu verbergen, gibt es auch keine Öffentlichkeit, aber auch keine Chancen zur Privatisierung ganzer Lebensbereiche.)

Es gibt aber nun soziale Felder, in denen nicht jeder jeden kennt und alles über ihn weiß, so daß er ihn in jeder Hinsicht einschätzen und kontrollieren kann. In solchen sozialen Feldern jedoch begegnet man ständig unbekannten und weiterhin unbekannt bleibenden Menschen.

Man kann das am Begriff der »Anonymität« deutlich machen.[2] Wer für mich anonym und namenlos ist, und es in der Regel auch bleibt, den kann ich nicht im Hinblick auf seine Vergangenheit, seine Zukunft, seinen Sozialstatus, seine Gruppenzugehörigkeit identifizieren. Allenfalls kann ich, wenn ich ihn sehe, ihn einem bestimmten Geschlecht zurechnen und in etwa sein Alter schätzen. Vielleicht gibt mir das äußere Erscheinungsbild (etwa Kleidung, Frisur, Gangart) Hinweise für eine soziale Einschätzung. Dennoch bleibt mir viel Ungewißheit. All dies heißt aber nun nicht, daß Öffentlichkeit nur ein defizitärer Zustand, defizitär hinsichtlich sozialer Beziehungen, also gewissermaßen eine Art von »sozialem Urwald« ist.

Vielleicht gibt es schon in Kulturperioden ohne Stadtbildung gelegentlich Situationen, in denen sehr viele Menschen, die gar nicht vollständig miteinander bekannt und vertraut sein können, zusammenkommen und irgendwie miteinander zurecht kommen müssen, z. B. auf überlokalen, gelegentlich stattfindenden Märkten, evtl. auch bei Volks- und Heeresversammlungen. Es leuchtet aber ein, daß überall da, wo Siedlungen von Stadtgröße entstehen und marktförmiger Tauschverkehr zu alltäglicher Angelegenheit wird, Menschen sich an Situationen gewöhnen müssen, in denen sie erstens nicht den Schutz der vollständigen Integration eines geschlossenen Systems genießen. Sie müssen also Vorkehrungen treffen, damit all das, was sie nicht allen offenbaren wollen, auch verborgen bleibt. Sie lösen aus dem Gesamtfeld möglicher Kontakte einen privaten Bereich heraus und schützen ihn gegen Einblick und Eingriff von außen. Zweitens werden sie aber auch in normativer Hinsicht kreativ. Da alle ja ein ähnliches Interesse an privatisierten Reservaten haben, bildet sich ein ganzes Regelsystem heraus. Es sind vor allem Distanzregeln, welche diese Reservate durch ein Verhalten auf Gegenseitigkeit absichern. Wo also jene unvollständige Integration – z. B. in Gestalt von Anonymität – auftritt, gibt es gute Gründe zur Herausbildung einer privaten Sphäre, einer privaten Welt und privaten Kultur.

Zweitens besteht in einer solchen Situation auch ein Anlaß, jene Sphäre, die übrig

[2] Zum Phänomen der Anonymität vgl. *J. Jacobs,* Tod und Leben großer amerikanischer Städte, (1961), dt. Ausgabe Berlin-Frankfurt-Wien 1963, S. 50 ff.

bleibt, nicht einfach sich selbst zu überlassen. Sie wird vielmehr ebenfalls sozial reguliert und gestaltet, freilich durch Verhaltensweisen eigener Art, die im Rahmen einer Kultur erst produziert werden müssen. Öffentlichkeit ist also nicht identisch mit unvollständiger Integration. Diese ist wie gesagt nur eine Voraussetzung. Öffentlichkeit entsteht vielmehr dort, wo auf der Basis einer nur unvollständigen Integration durch spezifische Stilisierungen des Verhaltens, unterstützt durch Formungen der räumlichen Umwelt, dennoch Kommunikation und Arrangement zustandekommen. Das Besondere solcher öffentlicher Verhaltensweisen liegt also darin, Brücken zu schlagen über Gräben und Lücken im sozialen Feld, die gleichwohl erhalten bleiben.

Ein besonderes Merkmal öffentlicher Verhaltensweisen ist ihre »Überprägnanz«, d. h. auch ihre Tendenz zur Repräsentativität. Nur sie – d. h. eine Art von Selbstdarstellung – kann dazu verhelfen, die vorgegebenen Gräben und Lücken zu überwinden. Kommunikation und Interaktion gewinnen dort, wo Öffentlichkeit entsteht, d. h. wo es gelingt, sie entstehen zu lassen, eine neue Qualität. Die allzu vertraute, gewissermaßen hautnahe Kommunikation, in der Schulterklopfen, Räuspern und Jargonausdrücke eine rudimentäre Sprache ergänzen, würde hier nicht mehr ausreichen. Dies heißt auch, daß die allgemeine Sprache weiter entwickelt werden muß. Sie muß deutlicher werden, weitertragen, ablösbar sein von den sinnlichen Gegebenheiten der Situation, die ja an Deutlichkeit zunächst einiges verloren hat. Es gibt also eine Tendenz: weg vom Dialekt und vom Lokal- oder Gruppenjargon hin zur Hochsprache mit größerer Reichweite und zu Literarisierung des sprachlichen Ausdruckes. Ähnliches gilt auch für die Gestik, vor allem aber für die Gestaltung der räumlichen Umwelt.

5. *Öffentlichkeit und räumliche Umwelt. Soziale Bedeutung der Architektur*

Diese soll mitteilsamer werden. Architektur als Kunst entsteht nicht zuletzt durch das Bedürfnis nach Verdeutlichung der räumlichen und sozialen Situation, die sich – das ist eine Folge der unvollständigen Integration – nicht mehr von selbst versteht. Es kommt zu vergegenständlichten Situationsinterpretationen, z. B. in Form von Aufforderungscharakteren, die sich in baulicher Gestaltung ausdrücken. Dies ist der soziale Sinn architektonischer Gestaltung der räumlichen Umwelt: nicht nur funktionale Nutzungsgelegenheiten zu schaffen, nicht diese dann schön zu machen oder zu schmücken, sondern sie gewissermaßen zum Sprechen zu bringen, d. h. die Menschen, die sich in dieser Umwelt bewegen, anzusprechen, sie zu bestimmten individuellen und sozialen Verhaltensweisen zu stimulieren, gewissermaßen die Leittöne anzustimmen, mit Hilfe derer die Menschen, die sich an diesem Ort befinden, zu harmonischer Kommunikation und zu geistigem Austausch finden. Öffentlichkeit hat ja – da dürfen wir ruhig dem ursprünglichen deutschen Wortsinn vertrauen – etwas mit Offenheit zu tun. Die Informationswege, aber auch die Möglichkeiten des Eingriffs sind nicht

streng kanalisiert. Das was geschieht, ist offen für den Einblick und den Eingriff potentiell aller. Sieht man von ausgegrenzten, d. h. privatisierten Bereichen ab, so heißt »Öffentlichkeit« zunächst einmal, daß sich jeder einmischen darf, wenn er will. Gottseidank mischen sich nicht immer alle ein. Aber es ist grundsätzlich möglich, daß in einem öffentlichen Lokal jeder mitreden kann, daß auf einer öffentlichen Straße mir jeder begegnen kann, daß an der »öffentlichen Meinung« – wo es diese wirklich gibt, und nicht nur die »veröffentlichte Meinung« der Machthaber – jeder mitstricken kann.

All dies funktioniert freilich nicht von allein, sondern bedarf einer zusätzlichen Formung des sozialen Verhaltens. Es erfordert einen höheren Grad der Bewußtheit sozialer Verhaltensweisen, Ausdrucks- wie Orientierungsformen. Daß dies entwickelt wird, ist nicht einfach Ausfluß natürlicher Regungen, sondern Teil eines allgemeinen Kulturprozesses. Die Distanz, der ständig wachsame Umgang mit Halbfremden, gleichzeitig der Zwang zur Selbstdarstellung, da man sich sonst nicht deutlich machen kann – Landbewohner, denen städtische Lebensweise fremd ist, mögen dies mitunter für exaltiert halten –, ferner die Tatsache, daß der Zwang zur Selbstdarstellung auch eine Distanzierung zu sich selbst einschließt, die Situation, daß man die aktuell geforderte Art der sozialen Kontaktaufnahme unter einer Vielzahl möglicher Soziierungen auswählen muß, daß diese nicht wie in einem geschlossenen System vorgegeben sind und bei Gelegenheit einrasten, all dies führt zu höherer Bewußtheit, d. h. auch zu einer Vergeistigung des gesellschaftlichen Lebens.

6. *Öffentlichkeit der Stadtstraße*

Die Stadtstraße zeichnet sich durch einen hohen Grad von Anonymität aus, d. h., wir begegnen zahlreichen Menschen gewissermaßen nur mit dem Ausschnitt einer einzigen Zeitstelle: Wir sehen sie als das, was sie hier und heute in einem flüchtigen Jetzt in der Begegnung vorzeigen. Was sie waren, was sie später sein werden, wo sie überhaupt hingehören, bleibt uns unbekannt. Sie können uns was vormachen: Ein bißchen müssen sie uns sogar eventuell vormachen, damit wir – wie diffus auch immer – Respekt vor ihnen behalten. Wer auf die Straße geht, zieht sich anständig an, ist rasiert oder geschminkt. (Ohne ein Minimum an Selbstdarstellung gibt es keine Öffentlichkeit.)

Wir haben es gelernt – von Jugend auf –, uns, wenn wir auf die Straße gehen, in einer bestimmten Weise zu betragen: u. a. uns – mit positivem Akzent – zu verdeutlichen, d. h. zu repräsentieren, ferner aber auch, uns abzuschotten gegen Neugier und Indiskretion, z. B. durch ein gelassenes, beherrschtes Auftreten, das wiederum keine allzu deutliche Kundgabe von Stimmungen und Affekten zuläßt. In dieser Umwelt ist es empfehlenswert, sich im wörtlichen und übertragenen Sinn »bedeckt« zu halten. Schließlich aber haben wir gelernt, dem vielfältigen Informations- und Impressionsan-

gebot, das die öffentliche Straße an uns heranträgt, offen und aufgeschlossen zu sein: Wir können in aller Gelassenheit auf der Straße zu flanieren.

6a. Das Flanieren auf der Straße

Wir wollen jetzt nicht auf Baudelaire und das Paris des 19. Jahrhundert rekurrieren. Aber man kann sagen: Flanieren ist eine Art fußläufiger Fortbewegung, die nicht allein durch die Verfolgung eines bestimmten Zieles charakterisierbar ist. Flanieren ist auch Selbstzweck. Oder genauer ausgedrückt: Der intentionale Gegenstand, dem sich der Flanierende zuwendet, ist nicht von vornherein vorgegeben. Er kann sich durch einen unvorhersehbaren aktuellen Eindruck erst einstellen. Ja wir sind auf solche unvorhersehbaren Eindrücke eingestellt – wir haben einen Überschuß an Neugier –, dies macht sich sogar in der Gangart des Flanierenden bemerkbar. Das Flanieren ist gekennzeichnet durch Gelassenheit.

6b. Gelassenheit

Mit Gelassenheit kann man eine innerliche Verfassung bezeichnen, in der das Subjekt nicht vollständig auf das intentionale Objekt seines aktuellen Tuns fixiert ist. Es hat gewissermaßen noch Reserven, um über das Thema seines augenblicklichen Tuns und über die Zeitstelle des aktuellen Jetzt hinauszublicken, also gewissermaßen den Blick und die Gedanken schweifen zu lassen. Diese wiederum recht abstrakten Abschweifungen haben eine handfeste Kehrseite, wie Planer wissen. Leider wissen es nicht alle Planer, wie es sich in der Vergangenheit gezeigt hat, und auch in der Gegenwart wissen es nicht alle.

Die vollwertige Stadtstraße ist ein Ort, auf dem sich relativ viele, einander unbekannte Menschen aufhalten, die in aller Regel ganz verschiedene Ziele verfolgen. Der eine will einkaufen, der andere befindet sich auf dem Weg zu einer Behörde oder zu seiner Arbeitsstätte. Sie haben, was ihr Hauptziel anbetrifft, kaum etwas miteinander zu tun. Soll nun trotz dieser Umstände und trotz der Flüchtigkeit der Begegnungen nicht Chaos herrschen, so müssen die Passanten sich auch gegenseitig wahrnehmen.

7. Sicherheit der Straße

J. Jacobs[3] hat in ihrem Buch »Tod und Leben großer amerikanischer Städte« überzeugend ausgeführt, daß die Straße nur dann im polizeilichen Sinn sicher ist, wenn die »Augen sich auf die Straße richten« (sowohl die der Passanten als auch die der Anwohner, die gelegentlich aus dem Fenster blicken). Sie dürfen also die Straße nicht nur als eine Wegstrecke zwischen zwei Punkten betrachten, die man so schnell wie möglich hinter sich bringt. Vielmehr funktioniert die Straße als sozialer Ort nur, wenn die Menschen erstens in der Lage sind, nach rechts und links zu schauen, und wenn

[3] Ebda., S. 27ff.

die Straße und das Straßenleben auch attraktiv genug sind, um den Blick auf sich zu ziehen. Attraktivität der Straße, aus der auch die Lebendigkeit des Straßenlebens resultiert, hängt sicher davon ab, daß die Menschen jene weltoffene Gelassenheit als Verhaltensweise sich angewöhnt haben, von der wir eben sprachen.

8. Bauliche Voraussetzungen für die Attraktivität der öffentlichen Straße. Multifunktionalität der Straße

Aber die Straße muß auch baulich so geartet sein, daß sie das Um-Sich-Herblicken erlaubt. Ferner muß es eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote geben, welche den Blick auf sich ziehen: unterschiedliche Geschäfte, die sich zur Straße öffnen, öffentliche Gebäude, Kneipen etc. Und natürlich eben auch herumlaufende Menschen, die etwas anderes vorhaben als man selbst. Nur wenn die Straße eine gewisse Multifunktionalität in ihrer Ausstattung besitzt, die sich dem Blick anbietet, werden die Straßenpassanten sich nicht rein funktional bzw. monofunktional verhalten. Nur dann wird jene beiläufige aber nicht tyrannische soziale Kontrolle zustandekommen, welche u. a. die Sicherheit der Straße verbürgt, ohne daß an jeder Ecke ein Schutzmann steht. Dann können auch Kinder ungefährdet auf der Straße spielen. »Multifunktionalität« begünstigt aber auch eine Lebendigkeit des Straßenlebens zu verschiedenen Tageszeiten. Es geschieht zum mindesten nicht so leicht, daß die Straße für Stunden des Tages oder am Abend völlig verwaist und damit auch unsicher wird, so daß die letzten verbliebenen Menschen ihre Wohnungen nicht mehr verlassen. Geschieht dies dennoch, dann entstehen jene von Jacobs geschilderten »grauen Zonen«, unsichere langweilige Gegenden, in denen jede städtische Lebendigkeit erstirbt und die allenfalls noch für solche Randgruppen attraktiv sind, die gerade das Licht der Öffentlichkeit scheuen.

9. Fehlentwicklungen im Straßenraum

Beachtet man, was in den vergangenen Jahrzehnten, ja sogar in den letzten 100 Jahren mit unseren Stadtstraßen geschehen ist, dann bemerkt man, daß immer wieder die Lebendigkeit der Straße, damit auch ihre Sicherheit und Attraktivität Schaden erlitten haben. Immer wieder war das öffentliche Leben auf Straßen und Plätzen gefährdet. Immer wieder verfielen ganze Stadtgebiete der »sozialen Erosion«. Zum Teil stehen dahinter Entwicklungen, die schwer hätten vermieden werden können, und Probleme, die im Grunde heute noch keineswegs gelöst sind.

9a. Autoverkehr

Ein großes ungelöstes Problem ist natürlich der übersprudelnde Autoverkehr. Um in unserem Gedankengang zu bleiben: Der Autofahrer mag ein freundlicher Mensch

sein und sich an die Verkehrsregeln halten. Aber wenn er am Steuer sitzt, ist er meist vollbeschäftigt mit Vorwärtskommen. Jenes »Nach-rechts-und-links-Schauen«, von dem die Rede war, kann er sich gerade nicht leisten; er kann auch nicht stehen bleiben, um sich umzuschauen oder einen Bekannten zu grüßen oder gar einen Fremden anzusprechen. Der Autofahrer in einer belebten Stadtstraße ist genau genommen ein reduziertes soziales Wesen: Er ist auf das bloße Vorwärtskommen konzentriert; dabei muß er zwar einige abstrakte Verkehrsregeln berücksichtigen – insofern verhält er sich sozial –, aber an der lebendigen Öffentlichkeit der Straße nimmt er nicht teil. Als der Autoverkehr nur einen Bruchteil des heutigen ausmachte, z. B. im Jahre 1930, konnte man vielleicht noch im offenen Auto sitzend auf dem Kurfürstendamm »flanieren«. Diese Zeiten sind vorbei: Mit anderen Autofahrern zusammen macht der Autofahrer die Straßenöffentlichkeit kaputt, drängt den Bürger auf schmale Fußwege, die dadurch, daß Autos halb auf dem Bürgersteig parken, noch schmaler werden. Jetzt ist auch der bedrängte Fußgänger in der Lage, daß er nur noch an das eigene Vorwärtskommen denken kann. Er wird versuchen, die Innenstadt so schnell wie möglich wieder zu verlassen, um dem Lärm und Gestank zu entrinnen, und so seinerseits auch nichts mehr zu jener lebendigen Öffentlichkeit der Straße beizutragen.

9b. Fußgängerzonen

Natürlich kennen wir seit einer Reihe von Jahren die Fußgängerzonen. Ich bin der letzte, der Fußgängerzonen ablehnt. Es gibt freilich viele mißlungene Fußgängerzonen, in denen nach ihrer Einrichtung nicht jene gelassene Lebendigkeit städtischen Lebens entstanden ist, die man sich erhofft hatte. Aber es gibt auch gelungene Fußgängerzonen (z. B. in Göttingen: Weender Straße, Groner Straße, Markt). Trotzdem muß man sich darüber klar sein, daß die Verkehrsprobleme der Innenstadt hierdurch noch nicht bewältigt sind. Der von einigen zentralen Straßen verbannte Autoverkehr kann sich anderswo noch unerträglicher konzentrieren. Man wünscht sich natürlich, daß die Innenstadtbesucher das Auto überhaupt zu Hause lassen, öffentliche Verkehrsmittel benutzen, bzw. Gelegenheit zu »park and ride« wahrnehmen. Vermutlich tun dies schon viele. Sonst wäre alles noch schlimmer. Gewisse Untersuchungen in größeren Städten haben gezeigt, daß in Wahrheit zum mindesten auf dem Weg zur Arbeitsstätte die Mehrzahl der Innenstadtbesucher das Auto zu Hause läßt und gegebenenfalls das Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel benutzt. Wenn nun trotzdem die Innenstädte durch einen hypertrophen Autoverkehr unerträglich sind, dann besteht der Verdacht: Hier handelt es sich um einen »harten Kern«. Diese Autos werden sich nicht so leicht vertreiben lassen: ein unangenehmer Gedanke. Aber unerfreulich ist doch, daß der Autoverkehr, der nicht mehr durch die Innenstadtstraßen fließen kann, sich dann am Rande der City auf unwirtlichen Parkflächen ansammelt und dort eine besondere Art von »grauen Zonen« (inklusive der dazugehörigen Kriminalität) schafft, ausgedehnte, der sozialen Erosion verfallene Park-Zonen, die gewissermaßen

einen Sperriegel zwischen der eigentlichen Innenstadt und den um die Innenstadt herumliegenden innenstadtnahen Wohn- und Mischgebieten bilden.

9c. Einkaufszentren auf der grünen Wiese

Noch eine andere Erscheinung bedroht die urbane Lebendigkeit der Innenstadtstraßen. Da viele Menschen sich eben doch nicht dazu entschließen können, ihr Auto zu Hause zu lassen, lassen sie sich verlocken, Einkäufe, die sie früher in der City erledigt haben, in Einkaufszentren mit guten Parkmöglichen außerhalb des eigentlichen Stadtgebiets vorzunehmen. Wer amerikanische Städte kennt, weiß, daß diese Zentren in ihrer Konkurrenz zur eigentlichen City oftmals die Sieger geblieben sind.[4] Letztere ist für unsere Begriffe oft verkümmert, manchmal noch nie so recht entfaltet gewesen. Heute ist sie sehr oft ein Problemgebiet mit randständiger Wohnbevölkerung, auf jeden Fall nicht ein Ort, wo sich lebendiges städtisches Leben konzentriert.[5] Dahingegen sind die Einkaufszentren, die meist nicht im Zentrum eines Vororts liegen, sondern an Straßenkreuzungen zwischen ihnen auf der grünen Wiese, auf das Beste mit Geschäften für den gehobenen Bedarf, mit Bankfilialen etc. ausgestattet. Trotzdem entsteht dort aber auch nicht das, was wir lebendiges städtisches Leben nennen. Dazu fehlt es eben doch an einer hinlänglichen »Multifunktionalität«. Der Kommerz überwiegt einseitig, auch wenn am Rande die eine oder andere Imbißstube gedeiht.

9d. Erosion der Geschäftsstraßen

In vielen Hauptstraßen unserer Innenstädte hat ein Prozeß der Erosion bereits eingesetzt. Offenbar ist dort nicht mehr der geeignete Platz für ernstzunehmende Fachgeschäfte. Ja, es passiert, daß auch große Warenhauskonzerne sich offenbar verkalkulieren können. Wie sich im einzelnen auch Ursache und Wirkung verteilen, bzw. ob eine Wechselwirkung stattfindet, ist nicht leicht zu sagen: Liegt es nun daran, daß man in den Innenstädten faktisch nicht parken kann, weil kein Platz ist, oder nicht parken darf, weil weite Strecken Fußgängerzonen sind, oder daran, daß die Einkaufsgelegenheiten vor der Stadt mit ihren guten Parkmöglichkeiten einen Sog ausüben. Es besteht jedenfalls die Gefahr, daß das multifunktionale Angebot der City-Straßen ausgehöhlt wird, daß sie sogar als Einkaufsgelegenheit für ernsthafte Güter ihre Attraktivität verlieren, weil überall die Billig-Boutiquen, Andenkenläden, Discos, Spielautomaten-Hallen usw. überwuchern.

Was soll man sich jetzt aber wünschen? Ursprünglich verdankte die Stadtstraße ihre urbane Lebendigkeit ja zunächst einmal der Tatsache, daß sie sowohl Fußgänger- wie Fahrverkehr in beiden Richtungen aufnehmen konnte. So haben wir ja vorhin die

[4] *H. P. Bahrdt,* Stadtentwicklung in der Bundesrepublik und in den USA, Geschichtspunkte und Hinweise, in: Amerika-Studien, Heft 1/1988, S. 11 ff.

[5] *A. Falke,* Die amerikanischen Städte zwischen Niedergang und Revitalisierung, in: Amerika-Studien (s. A 4), S. 21 ff.

Stadtstraße definiert. Nun hat der moderne Autoverkehr Ausmaße und Formen angenommen, die in den zentralen Innenstadtbezirken alle urbane Lebendigkeit kaputt machten. Es blieb nichts anderes übrig, als Fußgängerzonen einzurichten. Aber ist durch die Verbannung des Fahrverkehrs nicht doch wieder ein neues Problem entstanden? Etwas borniert gefragt: Ist eine Straße ohne Fahrverkehr noch eine richtige Straße? Wenn nicht, was ist sie dann?

10. Zur Architekturgeschichte der Stadtstraße

Ebenfalls zum Nachdenken, ohne daß gleich Ergebnisse zu Tage treten, regt die Tatsache an, daß die Stadtstraße ein Stück Baugeschichte hinter sich hat. Welche Breite, welche Höhe der Randbebauung, welche Gleichmäßigkeit in der Fassadengestaltung, wieviel Geometrie und Symmetrie hielt man zu den verschiedenen Zeiten für richtig? Noch heute können uns die Ausführungen Eindruck machen, die Camillo Sitte in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, also genau vor 100 Jahren, in seinem berühmten Buch vorgelegt hat.[6] Sie setzten sich kritisch mit der Form und Anlage von Straßen und Plätzen seiner Zeit, aber auch solcher der Vergangenheit auseinander. Sitte kritisiert nicht nur die Bausünden seiner Gegenwart, also der Gründerzeit, er kritisiert auch die aus lauter rechteckigen Baublöcken und geraden endlosen Straßenfluchten bestehenden Stadtanlagen des Klassizismus. Auch gegen die streng symmetrischen Architekturplätze des Barock hat er Vorbehalte. Er argumentiert zunächst rein ästhetisch, und zwar von der ästhetisch geschulten Wahrnehmung des Straßenpassanten her. Aber das, was er vorträgt, geht bei näherem Hinsehen über das rein Ästhetische hinaus. Er hat einen um sich blickenden Passanten vor Augen, der sich bewegt. Camillo Sitte schwebt ein Straßen- und Stadtbild vor, bzw. auch ein Platz, wie er sich demjenigen bietet, der sich in der Stadt bewegt. Der Rezipient für die Gestalt der Stadtstraße ist nicht der an einem Fleck stehende Beschauer, z. B. der Tourist, der ein Bauwerk besichtigt, sondern der über Straßen und Plätze wandernde bzw. schlendernde Bürger. Diesem ist mit schnurgeraden, von gleichartigen, monumentalen Bauten umstandenen Avenuen bzw. Boulevards wenig gedient. Solche Anblicke sind eher einschüchternd oder auch ermüdend und langweilig. Eher entspricht seinen Bedürfnissen das Bild einer gebogenen Straße, wo das Blickfeld begrenzt ist und an der vielfältig, unterschiedlich gebaute Bürgerhäuser stehen, von denen jedes seinen visuellen Eigenwert hat und den Blick auf sich zieht. Ähnlich bevorzugt Sitte auch den gerade nicht völlig einheitlich gebauten, häufig unsymmetrisch angelegten Bürgerplatz aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit, der zahlreiche Anlässe bietet, den Blick verweilen zu lassen. Was Sitte im Auge hat, ist die Vertrautheit, das Anheimelnde eines städtischen Environments. Diese Gedankengänge, deren Lektüre

[6] *C. Sitte,* Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien 1889, S. 35 ff.

man heutigen Städtebauern und Architekten nur empfehlen kann – einige habe ich freilich gefunden, die sie schon entdeckt haben –, reichen über die rein ästhetische Betrachtung weit hinaus. Oder genauer: Die ästhetischen Momente stehen in Beziehung zu den typisch städtischen Verhaltensweisen auf Straßen und Plätzen. Sie fordern zu ihnen heraus und verdeutlichen sie. Man begreift, daß die gelungene Straße und der gelungene Platz eine Raumqualität haben, auf die man nicht ungestraft verzichtet.

In diesem Zusammenhang ist auch nicht unwichtig, daß eine Straße ja zunächst ein relativ schmales, langes Band ist. Auf ihm bewegt sich der Verkehr in zwei, aber nicht in beliebig vielen Richtungen. Diese Dimensionalität wird betont durch eine Randbebauung mäßiger Höhe, die relativ gleichmäßig ist, auch wenn die einzelnen Häuser ein unterschiedliches Gesicht (Fassade) haben. Wird diese Regelmäßigkeit und Offenheit nun durchbrochen, entstehen wegen zu hoher Randbebauung Straßenschluchten. Wird gar auf Straßenfluchten völlig verzichtet, dann säumen die Gebäude nicht mehr die Straße, sondern stehen als Einzelgebäude und besondere Baukomplexe unterschiedlicher Höhe und Gestalt irgendwo im Raum. Dann ist die Straße kein Raum eigener Art mehr, sondern ist zu einem Verbindungsweg zwischen Einzelgebäuden reduziert. Dies kann bedeuten, daß die Straße in ihrer Eigenschaft als Kommunikationsfeld verkümmert. Meines Erachtens ergibt sich von hieraus eine Kritik an vielen Ausprägungen des modernen Städtebaus und der modernen Architektur. Da ging es oft ganz bewußt darum, die Straße als städtischen Raum eigener Art aufzulösen, nicht zuletzt, um die Wohn- und Geschäftshäuser vom Lärm der verkehrsreichen Straße abzukehren. (Ein bekannter Städtebauer sagte einmal: An der Straße wohnt man nicht. Die Straße dient dem Verkehr.) Dafür gibt es gute Gründe. Dabei hatte er sich etwas gedacht. Aber wenn die Häuser von der Straße abrücken und sich von ihr abkehren, wenn aus der Straße ein diffuses Gelände für Fortbewegung und öffentliches, bzw. halböffentliches Grün wird, in dem nicht mehr die Blickkontakte auf Gegenseitigkeit nach Art der hergebrachten Straßenöffentlichkeit von allein zustandekommen, wenn es auch nicht mehr einen klaren Unterschied zwischen dem Straßenraum vor den Häusern eines Baublocks einerseits und den Höfen und Gärten andererseits, die hinter den Häusern liegen, gibt, dann fragt man sich, ob hier nicht doch ein zu hoher Preis bezahlt wird. Denn der Baublock alter Art, der sich einerseits der Straße zukehrte, aber gleichzeitig dahinter liegende Gärten und Höfe abschirmte, markierte ja in räumlicher Weise und für das Erlebnis jene Struktur der städtischen Kultur, für welche die Polarität von öffentlicher und privater bzw. nachbarlicher Sphäre konstitutiv ist.

Die Stadtstraße ist ein Raumgebilde eigener Art. Sie vermittelt Raumerlebnisse. Sie ist nicht nur ein Gelände, auf dem irgendwie einzelne Baukörper herumstehen. Ich plädiere also für die Erhaltung und Erneuerung der Stadtstraße und des städtischen Platzes als Räume eigener Art.

Friedrich Mielke

Denkmalpflege und Treppenforschung

Bauwerke sind selten mit der Absicht errichtet worden, als Denkmäler registrierfähig zu sein. In der Mehrzahl aller Fälle sollten sie einer Nutzung dienen. Deshalb ist nicht nur die der Öffentlichkeit zugewandte Ansichtsseite wichtig, sondern auch der Baukörper mit seinen Räumen und den sie verbindenden Kommunikationseinrichtungen. In diesem System häuslicher Verkehrswege steht die Treppe an erster Stelle. Ohne sie waren und sind mehrgeschossige Bauten funktionsunfähig. Obwohl der Vergleich hinkt, wird die Treppe oft, und dies sogar mit einiger Berechtigung, als »Herzstück« eines Hauses bezeichnet. Denn jedes Herz ist nicht nur technischer Antrieb für den Organismus, sondern zugleich auch Symbol für herzliche Zuneigung. Wenn etwas »von Herzen kommt«, denkt nur der Arzt an jene Blutbahnen, die durch die Muskelpumpe beliefert werden; viel häufiger denkt man an psychische Bereiche. So wird denn auch zumeist bei den Treppen der Funktionscharakter verdrängt und dafür der optische Aspekt bevorzugt, den sie im Zusammenhang mit dem Flur, einer Diele oder gar eines Vestibüls bieten. Ganz in diesem Sinne haben die Inventarisatoren der Bau- und Kunstdenkmäler stets nur jene Treppen bemerkt, die sich in irgendeiner Weise künstlerisch auszeichnen. So wird über die Burg Untermaubach (Krs. Düren) berichtet: »Das Innere des Herrenhauses ist schmucklos.« Daß es dort eine Treppe gibt und wie diese beschaffen ist, erfährt der interessierte Leser nicht.

Um das Interesse der Inventarisatoren von Bau- und Kunstdenkmälern an den Treppen zu erkunden, habe ich ca. 550 ihrer dickleibigen Bände Seite für Seite geprüft und ausgewertet. Das Ergebnis ist in bezug auf Treppen betrüblich. Die meisten Forscher scheinen an der Haustür haltgemacht zu haben. Sie würdigen allein die Fassade, bestenfalls den Baukörper. Bei der Kirche in Steinberg (Krs. Flensburg) und am Schloß Hadamar (Krs. Limburg) wird zum Beispiel der »ausspringende Treppenturm« erwähnt. An der Burg Mürlenbach (Krs. Daun) fiel »das rechteckig vorgeschobene Treppenhaus« auf. Die Treppen selbst sind nicht beachtet worden. Abgesehen davon, daß die eine Mobilität voraussetzenden Termini »springen« oder »schieben« bei Immobilien falsch sind, wüßte der Leser doch gern, welcher Art die Treppe sei: Ist sie aus Stein oder aus Holz, handelt es sich um eine Wendeltreppe oder um einen der vielen geradarmigen Typen? Hat sie ein Geländer und wie ist dieses beschaffen? Besteht es aus Balustern, Traljen, Docken, Balusterbrettern, Stabwerk oder gehört es zu der großen Gruppe der Ornamentgeländer? Nicht einmal die grundsätzlichen Fragen nach dem Material des Geländers, ob aus Stein, Holz oder Metall, sind beantwortet. Das sind Auskünfte, die nicht nur der Fachmann verlangen sollte, sondern die in gleicher Weise auch den Laien interessieren. Er hat sich das Buch gekauft, um sachgerecht informiert zu werden. Er will lernen, doch es fehlt an Lehrern.

Die Bearbeiter der Inventarbände studierten zumeist Kunstgeschichte. Während ihrer Ausbildung sind sie in den seltensten Fällen mit Treppen befaßt gewesen. Hat sich jemand beispielsweise auf Gemälde spezialisiert und soll im Dienste der Denkmalpflege dann aber Bauwerke begutachten, liest sich sein Text etwa so: »Verschiedene alte Ölgemälde hängen im Treppenhaus« (Gut Wispenstein, 1929). Der Inventarisator hat die Treppe offenbar nicht bemerkt. Man sieht nur, was man kennt, und das umfangreiche Gebiet der Treppenkunde ist ihm nicht bekannt geworden. Wir erfahren deshalb nicht, wo die Treppe im Grundriß liegt und in welcher Art sie gebaut wurde. Wir erfahren nur, wozu die Wände eines sonst nicht weiter beschriebenen Treppenhauses genutzt werden. Die Situation ist grotesk, aber leider kein Einzelfall. Allein die Spitzenleistungen der Treppenbaukunst, die Schöpfungen eines Balthasar Neumann oder eines Bramante, kennt man selbstverständlich, doch die nicht minder ingeniösen Treppen der Baumeister Peter Parler, Johannes Hültz, Arnold von Westfalen, Benedikt Ried, Blasius Berwart u. a. haben weit weniger Beachtung gefunden. Wollte man zudem noch fragen, welchem Typ die registrierten Treppen zugehören, wie breit sie sind und mit welchem Steigungsverhältnis sie gebaut wurden, wären die Inventarisatoren überfragt. Solche Fragen sind jedoch nicht unbillig oder überflüssig. Sie zielen auf die Texte, welche von Fachleuten zu verfassen sind. Da steht zum Beispiel im Führer durch das Schloß Hellbrunn (Salzburg 1979, S. 10), »daß eine *schmale* Marmortreppe in das obere Stockwerk« führe. In Wirklichkeit aber bietet eine Breite von 1,92 m Platz für drei Personen nebeneinander. Zweifellos täuschte die Erinnerung an den optischen Eindruck den Verfasser. Da die Bezeichnungen »breit« und »schmal« ohne Maßangaben subjektiv sind, sollte man sie in seriösen Publikationen meiden. Leider findet man in den nach wissenschaftlichen Grundsätzen edierten Inventarbänden derartige persönliche Einschätzungen häufig: »Die breite Treppe«, »steil aufsteigend« (Gutshaus Gelting, Krs. Flensburg) usw. Auch poetische Darstellungen sind in der kunstwissenschaftlichen Literatur nicht selten. In einem Gebäude »schwingen sich die Treppen in zwei breiten Läufen mit Mittelpodest durch die drei Geschosse«. Es wird die Schilderung eines Urwaldreisenden suggeriert, der von Baum zu Baum schwingenden Affen berichtet. Unverständlich bleiben auch solche Texte wie »Treppe mit Empiregeländer« (Gutshaus Rundhof, Stangheck, Krs. Flensburg) oder: »Das Innere hat eine einfache Barocktreppe« (Haus Holtrop, Krs. Bergheim). Der Leser ist wiederum genötigt zu raten oder zu reisen. Offenkundig fehlen den Verfassern alle Elementarkenntnisse im Treppenwesen. Nicht um anzuprangern, sondern um auf bestehende Unzulänglichkeiten aufmerksam zu machen, seien noch einige typische Passagen zitiert und glossiert:

a) Schaprode (Rügen): »Geländer mit einfachen ausgeschnittenen Wangen«. Nicht

die seitlichen stufentragenden Bohlen, die Wangen, sind ausgeschnitten, sondern das Geländer. Es könnte vollwandig sein (mit den bemerkten Ausschnitten) oder aus Baluster-Brettern bestehen. Aber diese Spezifizierung läßt der Text offen.

b) Gutshaus Gelting (Krs. Flensburg): »Geländer mit Traillenbrettern«. Traljen sind gedrehte Geländerstäbe, Bretter pflegen flach zu sein. Zwei grundsätzlich verschiedene Geländerelemente, die sich gegenseitig ausschließen, wurden zu einem Zwitter kombiniert.

c) Wohnhaus Ernst, Ediger (Krs. Cochem-Zell): Obwohl weit von Schleswig-Holstein entfernt, werden auch hier »gezackte Bretter als Traillen« aufgeführt. Anstatt sich in einem Fachbuch der Zimmerer, Tischler oder Drechsler sachkundig zu machen, werden selbst erdachte Termini ungeprüft wiederholt und verbreitet.

d) Burg Gutenfels, Kaub: Hier ist von einer »Treppenrampe« die Rede. Eine Treppe besteht immer aus Stufen; eine Rampe dagegen ist eine schiefe Ebene, hat also keine Stufen. Ungeachtet des Widerspruchs ist eine Treppenrampe möglich, wenn es sich um sehr tiefe und flache Stufen handelt, deren Auftritte so geneigt sind, daß diese von vorn nach hinten ansteigen, also eine Folge von (gestuften) schiefen Ebenen bilden. In dieser Weise sind etliche »Reitrampen« gebaut worden. Es ist jedoch nicht klar, ob die angegebene »Treppenrampe« eine Reitrampe sein soll.

e) Hildesheim, Vorderer Brühl 9: »Die hübsche Diele ist mit einer Durchfahrt kombiniert, mit starken Docken als Geländer«. Deutlicher als hier läßt sich die Verengung des Blickwinkels kaum demonstrieren: Selbstverständlich gibt es eine Treppe, die das erwähnte Dockengeländer hat, doch sie wurde nicht gesehen. Allein die starken Docken haben Eindruck gemacht. Die Stärke der Docken wird durch ihre partielle Kugelform bewirkt, deshalb nennt man sie auch »Kugeldocken«. Adolf Zeiler hat sich in seiner »Geschichte der Wohnbaukunst der Stadt Hildesheim« sehr ausführlich und fachlich richtig mit der Treppenanlage dieses Hauses befaßt.

f) Ediger (Krs. Cochem-Zell), Wohnhaus 128: Hier soll es eine »geschwungene Wendeltreppe aus einem Stück« geben. Unabhängig davon, daß »schwingen« eine Mobilität voraussetzt, die bei Treppen unerwünscht ist, müßte es ein gewaltiger Baumstamm von mindestens 1,5 m Durchmesser gewesen sein, um von ihm eine Treppe »aus einem Stück« herzustellen. Technisch wäre eine solche Schnitzarbeit möglich, doch ist nicht bekannt geworden, daß jemand eine derart unsinnige Arbeit jemals ausgeführt hätte.

g) Kirchen in Husby und Munkbrarup (Schleswig-Holstein): Es wird von »steinernen Spindeltreppen« berichtet. Von dieser Gattung gibt es sehr viele Varianten – mit glatter, profilierter oder ornamentierter Spindel usw. Der Leser darf wiederum raten, welche gemeint sei.

h) Im Kurzinventar des Stadt- und Landkreises Dinkelsbühl ist von einem »profilierten, gedrehten Holm« zu lesen. Gemeint war die Hohlspindel einer Wendeltreppe, für die der Terminus »Holm« ungebräuchlich ist. Holme gibt es am Barren, gelegentlich wird auch ein Unterzug der aufgesattelten Stufen »Holm« genannt, nie jedoch eine zentrale Freiwange (Hohlspindel) einer Wendeltreppe.

Sicherlich ist es unnötig, die Zahl der Beispiele zu mehren. Die hier angeführten sollten ohnehin nur darauf verweisen, daß die Treppenkunde eine terra incognita der Denkmalpflege ist. Ein Landeskonservator antwortete einst auf meine Frage nach der Bauzeit einer bestimmten Doppelwendeltreppe mit der Gegenfrage: »Was ist eine Doppelwendeltreppe?«.

Spätestens nach dem Erscheinen des Buches über »Die Geschichte der Deutschen Treppen« (1966) hätte man sich auch in der Denkmalpflege mit der Typologie der Treppen vertraut machen können. Das ist offenbar nicht geschehen. Um dennoch das Wissen um Treppen, ihrer Konstruktions- und Gestaltungsweisen zu verbreiten, habe ich 1980 eine »Arbeitsstelle für Treppenforschung« eingerichtet, in der alles erreichbare Material über Treppen archiviert und ausgewertet wird. Inzwischen sind in den Karteien die Abbildungen und Maße von ca. 10000 Objekten gespeichert worden. Die Treppen-Fachbibliothek ist auf mehr als 40000 Titel angewachsen. Der bisher älteste Band stammt von 1696, die Gegenwartsliteratur wird laufend ergänzt. Ferner gibt es in der Arbeitsstelle eine Sammlung großformatiger Zeichnungen und eine Diathek. Auf dieser Basis war es möglich, 1983 eine »Gesellschaft für Treppenforschung« zu gründen, in der sich heute mehr als 60 Fachleute und Interessenten aus 10 Ländern zusammengefunden haben. In jährlich abgehaltenen Tagungen und zusätzlichen Exkursionen wird das eigene Fachwissen bereichert und zugleich in die Öffentlichkeit getragen. Von 1985–1988 gab es an der Universität Eichstätt ein Lehrfach »Treppenkunde«, das zum Lehrstuhl für Kunstgeschichte gehörte. Die Beteiligung der Studenten war rege. Auf ihren Wunsch wurden Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit der Erfassung der Treppen in den Städten Eichstätt, Weißenburg und Ingolstadt beschäftigten. In Eichstätt und Ingolstadt ist die Bestandsaufnahme abgeschlossen. Die Ergebnisse sollen in Buchform veröffentlicht werden.

Die Treppenkunde hat ihre Ursprünge in der Bestandsaufnahme der technischen Ausführung der Treppen und ihrer Teile. Es entstanden mehrere Dissertationen, meist im Zusammenhang mit der Erfassung lokaler Architekturformen. Erst in neuerer Zeit weitete sich das Blickfeld. Da die Treppen in der Regel nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck des Steigens sind, waren auch die Steigenden in die Untersuchungen mit einzubeziehen. Bei historischen Treppen sind weder über die Bauherren, noch über die Baumeister, noch über die unbekannt große Zahl der Nutzer genauere persönliche Auskünfte zu erlangen. Aber da die Steigehilfe, die Treppe, für ihre Ansprüche und ihre individuelle Leistungsfähigkeit gebaut wurde, gewinnt sie eine Aussagefähigkeit als Spiegelbild dessen, was man seinerzeit gekonnt und gewollt hat. Mit ihren Maßen und Steigespuren reflektiert jede Treppe die Eigenheiten der Benutzer. Der haptische Kontakt zwischen Stufe und Fuß ist es, der Treppe und Mensch zu Partnern eines Steigevorgangs werden läßt. Wenn die Haupttreppe neben dem Thron-

saal des Palastes in Mallia (Kreta) Stufen von nur 14 cm Höhe hat,[1] wenn in römischen Bauten Steigungen zwischen 23 und 28 cm zu messen sind und wenn die Bauten der Maya in Mittelamerika[2] ebenso wie die Steigebäume norwegischer Bauernhäuser Stufen mit mehr als 40 cm Höhe aufweisen, wird klar, daß es für die Maße der Treppen geographische, epochale, ethnologische und gesellschaftliche Bindungen gab. Eine normative Gleichheit entstand erst mit dem 19. Jahrhundert und seiner Industrialisierung. Es ist deshalb die Erkenntnis wichtig, daß es umweltbedingte und historische Einflüsse waren, welche Gewohnheiten entstehen ließen, die sich auch in den Eigenarten der Treppen widerspiegeln. Umgekehrt ist es ebenfalls richtig: Wir sind in der Lage, aus den Eigenarten der Treppen die Gewohnheiten früherer Generationen, welche diese Treppen benutzten, zu erschließen. Das bedeutet allgemein: Gewohnheiten werden durch die Treppenkunde quantifizierbar.

In diesem Stadium des Treppenstudiums ist der Terminus »Treppenkunde« unzureichend geworden. Er bezeichnet im wörtlichen Sinne nur die Beschäftigung mit Treppen, nicht aber die Beschäftigung mit Menschen und ihren physischen und psychischen Möglichkeiten. Es mußte deshalb ein neuer Terminus gefunden werden, der auch den Treppenbenutzer miteinbezieht und ihn mit der Treppe verbindet. Seit der Gründung der »Gesellschaft für Treppenforschung (Scalalogie) e.V.« im Jahre 1983 spricht man deshalb von der Scalalogie, wenn man die Polarität von Treppe und Mensch meint. Der neue Name wird international verstanden und ist bereits zum Begriff geworden. Die Scalalogie betrifft jetzt nicht nur die Fachleute des Bauwesens, Architekten und Ingenieure, Treppenhersteller, Bau- und Kunsthistoriker, sondern auch jene Disziplinen, die sich in irgendeiner Weise mit Menschen, ihren Eigenheiten und Fähigkeiten befassen. Dazu zählen Ärzte, Physiologen, Psychologen, Anthropologen, Unfall- und Versicherungsspezialisten u. a. Im Rahmen der Scalalogie wird der Aufgabenbereich der ursprünglich nur auf die Treppen selbst spezialisierten Forschung stark erweitert. Der Gewinn liegt bei allen treppensteigenden Menschen. Indem man das Steigeverhalten der Treppenbenutzer studiert, die auftretenden Gefahren erkennt und zu Vergleichen zwischen Energieaufwand und praktischem Nutzen genötigt wird, lernt man die Menschen selbst kennen. Ihre Leistungsfähigkeit, ihre Schwächen und die aus beiden resultierenden Gewohnheiten, beziehungsweise die über lange Zeiträume bewahrten und bewährten Traditionen werden durch die Treppen offenbar.

[1] Die Maße der Treppen auf Kreta verdanke ich Herrn Dipl.-Ing. Klaus Carlsen, München-Planegg.
[2] Nach *H. Hohmann / A. Vogrin,* Die Architektur von Copan, Graz 1982.

Evald Gustafsson

Stadtsanierung und Denkmalschutz in Schweden

Kurz bevor König Gustav Adolf II. inmitten des Dreißigjährigen Krieges mit seiner Flotte nach Deutschland fuhr, hatte er im Zuge der Regelung anderer innerer Angelegenheiten auch eine Anweisung für die »Konservatoren« des schwedischen Reiches erlassen. Der König unterstützte die Altertumsforschung und begann eine Bestandsaufnahme alter Dokumente, Runensteine und anderer Denkmäler, die von den Vorfahren und der ruhmreichen Geschichte des Reiches, der Könige und der Edelleute berichten konnten. Die Gründe waren in erster Linie politischer Art: Schweden, die neue Großmacht im Ostseegebiet, wollte seine Stellung auch mit Hilfe der Geschichte legitimieren.[1]

Schweden hatte also schon damals einen Reichsantiquar – »Antiquarius regni« genannt –, und etwas später, 1668, wurde eine Verordnung zum Schutz von Altertümern, darunter auch Ruinen und in gewissem Umfang Kirchen und Kircheninventar, erlassen. Die Vorschriften hatten wohl kaum größere praktische Bedeutung, aber es läuft immerhin eine ununterbrochene Linie von ihnen bis zur gegenwärtigen Gesetzgebung, die den ortsfesten Altertümern einen starken Schutz gewährt. Schweden ist ein ausgedehntes und nicht sehr stark ausgenutztes Land mit einer großen Anzahl erhaltener Altertümer, die zusammen mit anderen Elementen in der Landschaft, den Dörfern, den Kirchen und den verschiedenen Kulturlandformen, ein gutes Bild der Siedlungsgeschichte vermitteln können – besser als in vielen anderen Ländern. Die schwedische Denkmalpflege hat eine wichtige Aufgabe in der Erhaltung solcher Zusammenhänge in der offenen Landschaft, besonders heute, wo sich die Struktur der Landwirtschaft sehr stark ändert.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß die Stadtarchäologie in Schweden eine ziemlich große Rolle spielt – einige der mittelalterlichen Städte, z. B. Lund und Sigtuna, haben gediegene Traditionen gerade auf diesem Gebiet; auf anderen ist die Tätigkeit erst im letzten Jahrzehnt konsolidiert worden, in hohem Maße dank des umfangreichen Dokumentations- und Informationsprojektes »Die mittelalterliche Stadt«, das das Zentralamt für Denkmalpflege durchgeführt hat.[2]

[1] Eine Übersicht über die schwedische Denkmalpflege in: The Cultural Heritage in Sweden. ICOMOS Bulletin 1981, Stockholm 1981. Die Aufsätze, auch in deutscher Sprache, behandeln sowohl den historischen Hintergrund wie die heutige Gesetzgebung und Aufgaben mit Schutz, Planung, Inventarisation und Restaurierung.
[2] *H. Andersson,* Forschungen zur mittelalterlichen Stadt in Schweden, in: Das Altertum 33 (1987), S. 230ff.

Die frühe schwedische Denkmalpflege kümmerte sich nicht viel um alte Gebäude, mit Ausnahme solcher Kirchen und Burgen, die Erinnerungen an Königs- und Adelsfamilien bewahrten. Als ein Kuriosum können auch die Bauernhäuser in der Provinz Dalarna erwähnt werden, wo König Gustav Wasa 1520 Schutz suchte und die im 18. Jahrhundert für Denkmäler erklärt und mit staatlichen Mitteln repariert wurden. Die Zeit der Romantik Anfang des 19. Jahrhunderts schenkte ihre Aufmerksamkeit den mittelalterlichen Denkmälern, vor allem den Kirchenruinen und der Ringmauer von Visby. Allmählich gewährte der Staat bescheidene Zuschüsse für die Pflege und Restaurierung dieser Denkmäler.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden viele Kirchen, Schlösser und alte Bürgerhäuser restauriert, im allgemeinen jedoch weitgehend in einem – wie man meinte – ursprünglichen Stil. Zur Jahrhundertwende flammte eine restaurierungsideologische Debatte auf, und es wurden Forderungen nach einer vorsichtigen Behandlung der nationalen Denkmäler und nach einem Gesetz zum Schutz von Bauwerken geschichtlicher und künstlerischer Bedeutung gestellt. Diese Bestrebungen führten teilweise zu Ergebnissen: 1920 kam eine Verordnung mit Vorschriften für die öffentliche Bautätigkeit und besonderen Bestimmungen über Baudenkmäler und Kirchen. Aber es gelang nicht, ein Schutzgesetz für Bauwerke in Privatbesitz durchzusetzen; ein solches wäre im Widerspruch zu den Rechtsgrundsätzen gestanden und hätte Beeinträchtigungen des Eigentumsrechts bedeutet. Es sollte bis 1942 dauern, bis Schweden ein Gesetz über den Schutz geschichtlich wertvoller Bauwerke bekam, das jedoch so beschaffen war, daß es nur mit der Zustimmung des Eigentümers angewendet werden konnte. Erst 1960 bekam Schweden sein heutiges Gesetz über Bauwerke von geschichtlicher Bedeutung,[3] das Möglichkeiten bietet, Schutzvorschriften unabhängig von der Zustimmung des Eigentümers zu erlassen – was jedoch in der Praxis nur selten vorkommt. Im allgemeinen kann ein Übereinkommen getroffen werden, und der Eigentümer kann damit rechnen, daß das Zentralamt für Denkmalpflege für kostspielige Instandsetzung und Pflege finanzielle Unterstützung gewährt.

Schweden ist schon immer ein dünnbevölkertes Land gewesen. Die großen Waldgebiete wurden erst im Mittelalter besiedelt. Die mittelalterlichen Städte waren klein und bestanden meist aus einfachen Holzhäusern mit Dächern, die mit Stroh oder Torf gedeckt waren. Ausnahmen waren die Handelsstädte Stockholm und Visby mit einem größeren Anteil an Steingebäuden sowie auch einige der Städte in Schonen, das jedoch vor 1658 zu Dänemark gehörte. Die Städte wurden, noch im 19. Jahrhundert nicht ungewöhnlich, oft von großen Feuersbrünsten heimgesucht. Nach einem umfangreichen Brand wurde oft der Stadtplan geändert und die Stadt mit breiten und geraden

[3] Die Gesetze über Altertümer, Bauwerke von geschichtlicher Bedeutung, Kirchengebäuden, Friedhöfe und Kircheninventar sind seit 1. Januar 1989 in ein neues Gesetz gefaßt: Lag om kulturminnen m.m. (SFS 1988: 950).

Straßen wieder aufgebaut; es gibt dafür mehrere Beispiele aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Steinhäuser wurden jedoch in größerem Ausmaß erst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts errichtet. Sowohl Stadtstruktur als auch Bebauung sind somit in der Regel neueren Datums. Der Gedanke, die Stadt als Denkmal zu sehen, lag natürlich in der expansiven Epoche des Industrialismus fern. Die radikalen Vorschläge, die Stockholmer Altstadt mit einem neuen Straßennetz zu versehen und den Gebäudebestand fast völlig zu erneuern, sind ein gutes Beispiel dafür.

Die Restaurierungsdebatte der Jahrhundertwende lenkte jedoch die Aufmerksamkeit auf Werte im vorindustriellen Stadtbild. Architekten und Kunsthistoriker veröffentlichten zum Beispiel eine Serie „Alte schwedische Städte", die als die ersten Beispiele übersichtlicher Bestandsaufnahmen betrachtet werden können. Es wurden örtliche Vereinigungen zur Erhaltung alter Gebäude und Stadtviertel gegründet und es entwickelte sich ein zunehmendes Bewußtsein solcher Werte, besonders in den kleinen Holzstädten, die noch ihr altertümliches Gepräge bewahrt hatten. Einige davon sind noch heute im großen und ganzen gut erhalten und geben der Denkmalpflege wichtige Arbeitsaufgaben. Ihr besonderer Charakter eben als Holzstädte hebt ihren Wert hervor, vielleicht auch aus europäischer Sicht.

Im Vergleich mit den Verhältnissen um die Jahrhundertwende war die Veränderung der Städte in den folgenden Jahrzehnten ziemlich mäßig. Neue Häuser erhielten oft einen klassizistischen Akzent, der an die herkömmliche Baukultur anknüpfte, aber es kamen auch interessante Beispiele öffentlicher Gebäude und Wohnhäuser im Stil des Funktionalismus. Es wurden jedoch auch neue, »funktionelle" Stadtpläne für viele Gebiete mit älterem Gebäudebestand ausgearbeitet, Pläne, die eine bedeutend höhere Bodennutzung gestatteten. Da sie allgemein festgestellt wurden und Rechtswirkung erhielten, verursachten sie hohe Erwartungswerte. Zugleich wurde eine Wohnungspolitik mit hochgesteckten wohnungssozialen Zielen und mit der Ambition formuliert, eine vollständige Erneuerung des alten Bestandes an Mietshäusern zu erreichen. All dies hatte während der wirtschaftlichen Expansion der Nachkriegszeit große Konsequenzen. In den »Rekordjahren« der 50er und 60er Jahre wurden riesige Mengen von Wohnungen produziert, meist in neugeplanten Vororten. Gleichzeitig wurden neue Industriegebiete und Straßen gebaut, und die Innenstadt wurde umfangreichen Abbrüchen und einer Neubautätigkeit mit Warenhäusern, Büros und Parkhäusern preisgegeben. Das bedeutete schmerzliche Eingriffe sowohl in die Stadtkerne als auch in die Umgebung der Städte. Die Denkmalpflege hatte diesem Ansturm nicht viel entgegenzusetzen. Außer sich für die Rettung besonders wertvoller Bauwerke einzusetzen, versuchten die Konservatoren, und in mehreren Fällen auch die Planer, die Gemeinden dafür zu interessieren, gründliche Bestandsaufnahmen als Unterlagen für die Planung vorzunehmen; Bestandsaufnahmen, die nicht nur einzelne Bauwerke, sondern auch das alte Stadtplanmuster und ganze Ensembles beschreiben und bewerten sollten. Aufgrund einer regen Debatte und einer rasch erstarkenden öffentlichen

Meinung, die sich gegen Abbrüche, Verfall und harte Exploitation wandte, wurde die Stadtbaupolitik vorsichtiger und ließ allmählich auch Spielraum für Programme und Pläne mit erhaltendem Zweck, sowohl in den alten Stadtteilen[4] als auch in der umgebenden Landschaft.

Im Laufe der 70er Jahre entstand eine merkbare Veränderung der Situation. Der Gedanke, die ältere Bebauung sowohl als eine Ressource wie auch als einen Kulturschatz und wichtigen Faktor für das Wohlbefinden und die Verankerung der Menschen zu sehen, kam nun in der Politik zum Durchbruch. In der Regierungsvorlage von 1972 mit einem Programm für eine übersichtliche Landesplanung – veranlaßt durch den Druck einer umfangreichen Bodennutzung und die Notwendigkeit, mit den Boden- und Wasserressourcen auf lange Sicht hauszuhalten – wurde betont, daß den Interessen der Denkmalpflege große Bedeutung beigemessen werden müsse, da sie unersetzliche Werte repräsentierten, daß das Kulturerbe erhalten und lebendig gemacht werden müsse und daß das Interesse vom Einzigartigen auf das Charakteristische ausgedehnt und vor allem auf die Erhaltung ganzer Ensembles ausgerichtet werden müsse. Nach den übergreifenden Zielen der staatlichen Kulturpolitik, die 1975 von der Regierung und vom Reichstag formuliert wurden, soll die ganze Gesellschaftsgeschichte berücksichtigt werden, nicht nur die ältesten Phasen, sondern auch zum Beispiel verschiedene Denkmäler aus dem frühen Industrialismus, um Kontinuität und Verankerung in der Umwelt aufrechtzuerhalten.

Stadtsanierung und Denkmalpflege stehen nicht mehr im Gegensatz zueinander, jedenfalls nicht auf einer programmatischen Ebene – in der Praxis gibt es natürlich in verschiedenen Gemeinden Konflikte und unterschiedliche Ambitionen. In etlichen Städten hat man Programme und Übersichtspläne ausgearbeitet, die auf eine Erhaltung der älteren Struktur, auf Komplettierung und Revitalisierung, Instandsetzung und Renovierung der vorhandenen Bebauung abzielen. In mehreren Fällen hat man Stadtpläne für einzelne Häuserblöcke geändert und sie den bestehenden Verhältnissen angepaßt. Einzelne, wertvolle Gebäude oder Ensembles sind in solchen Plänen unter Denkmalschutz gestellt worden. Diese Bestrebungen umfassen auch solche Stadtteile und Ensembles, die nach dem Durchbruch des Industrialismus und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschaffen wurden. Damit hat die Denkmalpflege erweiterte Aufgaben erhalten: am Planungsprozeß mitzuwirken, die Bestandsaufnahmen zu vertiefen, Handlungsprogramme auszuarbeiten, Restaurierungen und Umbauten mit Zuschüssen und Darlehen zu unterstützen und solche Arbeiten zu kontrollieren und zu dokumentieren.

[4] Die Arbeiten mit Planung und Restaurierung in der Stockholmer Altstadt hatten für diese Wendung eine gewisse Bedeutung. Vgl. *C.-F. Mannerstråle,* Die Sanierung der Stockholmer Altstadt, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1969, S. 179ff.

Die finanziellen Bedingungen für die Pflege von Gebäuden mit geschichtlichem und milieumäßigem Wert sind verbessert worden. Seit langem schon gewährt der Staat günstige Darlehen für den Neubau von Mietshäusern und Eigenheimen. Um die Mitte der 70er Jahre wurde bestimmt, daß entsprechende Kreditmöglichkeiten auch bei der Instandsetzung und Modernisierung älterer Wohnhäuser vorhanden sein sollten. Wenn diese geschichtlichen Wert haben oder für das Stadtbild von Bedeutung sind, kann das staatliche Darlehen bis zu einer bestimmten Grenze erhöht werden, um Mehrkosten zu decken, die sich aus der Erhaltung der Gebäude und sonstigen besonderen Rücksichtsnahmen ergeben; wenn das Gebäude denkmalschutzwürdig ist, kann auch ein Zusatzdarlehen gewährt werden, das zinsen- und tilgungsfrei ist. Die Befürwortung dieser Extradarlehen erfolgt durch den Konservator der Provinzialregierung nach Rücksprache mit dem Zentralamt für Denkmalpflege, das auch überwacht, daß ihr jährlicher Rahmen nicht überschritten wird. Dieser beträgt zur Zeit (1989/90) 130 Mio. SEK – ein viel zu kleiner Betrag, so daß schwierige Entscheidungen über vorrangige Projekte getroffen werden müssen und Warteschlangen entstehen.

Bei geschichtlichen Bauwerken, für die kein Wohnungsdarlehen bewilligt werden kann, kann das Zentralamt Zuschüsse zur Deckung der Mehrkosten für Pflege und Instandsetzung gewähren. Dies war früher so gut wie unmöglich, aber seit 1981 werden für diesen Zweck staatliche Mittel bereitgestellt, zur Zeit 28 Mio. SEK. Eine Erhöhung dieser Mittel kann aus arbeitsmarktpolitischen Gründen vorgenommen werden; sie wurden zum Beispiel 1982 um 20 Mio. SEK erhöht. Ferner können die regionalen Arbeitsmarktbehörden auf solche Arbeiten im Rahmen der Mittel setzen, über die sie selbst verfügen; etliche Millionen kommen jährlich auf diese Weise der Denkmalpflege zugute, u. a. für Arbeiten an Altertümern, Parks, Ruinen und Industriedenkmälern.

Der Staat hat in den letzten Jahren die Instandhaltung, Reparatur und Aufrüstung relativ neuer Wohnhäuser – aus den 20er Jahren und später – mit Darlehen und Zuschüssen besonders gefördert. Der Leitgedanke dieses Programms ist, solche Arbeiten zu unterstützen, die keinen durchgreifenden Umbau bedeuten, aber trotzdem die Zugänglichkeit für ältere Personen erhöhen und den Energiebedarf verringern helfen. In dem Programm ist eine grundlegende Forderung nach Behutsamkeit ausgedrückt, doch wird diese in der Praxis nicht immer respektiert. Das Zentralamt für Denkmalpflege hat sich in der Bewertung dieses Projekt engagiert und auf eine Reihe negativer Konsequenzen hingewiesen sowie die Notwendigkeit einer besseren kommunalen Planung und Lenkung der Tätigkeit hervorgehoben.

Die Voraussetzungen der Denkmalpflege für eine aktive Mitwirkung an der Planung wurden auch durch eine Umorganisation im Jahre 1976 verbessert. Jede Provinzialregierung erhielt einen Konservator mit der gleichen Stellung wie andere führende Vertreter verschiedener Fächer bei der regionalen Planung. Beschlüsse nach den Ge-

setzen über Altertümer und Bauwerke von geschichtlicher Bedeutung wurden gleichzeitig an die Provinzialregierungen dezentralisiert. Der Konservator der Provinzialregierung betreibt eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Provinzmuseen. Diese Museen erhalten schon seit den 30er Jahren staatliche Zuschüsse, unter anderem, um der staatlichen Denkmalpflege mit Bestandsaufnahmen, Ermittlungen, Dokumentationen und Untersuchungen zu helfen.

Nach wie vor hat das Zentralamt für Denkmalpflege seine Prüfungs- und Beschlußaufgaben in bezug auf Kirchen und Baudenkmäler unter staatlicher Verwaltung, gibt Ratschläge und Richtlinien für die regionale Organisation, beschäftigt sich mit den Prinzipfragen und beschließt über finanzielle Unterstützung für die Pflege von Altertümern und Bauwerken geschichtlicher Bedeutung. Was die Planungstätigkeit sowohl in den Städten wie auch in der Landschaft betrifft, unterhält das Zentralamt rege Kontakte mit verschiedenen staatlichen Behörden wie dem Zentralamt für Raumordnung und Bauwesen, dem Staatlichen Amt für Umweltschutz, dem Zentralamt für Wohnungswesen sowie mit anderen Organisationen, zum Beispiel dem Schwedischen Gemeindeverband in Fragen der Landesplanung, der Denkmalschutzprogramme für die Regionen und Gemeinden und der Ausrichtung der Stadtsanierung.

Es sind auch Beratungen und Diskussionen im Rahmen einer langjährigen Untersuchungsarbeit für die Ausarbeitung neuer Gesetze geführt worden: um ein modernisiertes Gesetz für Planung und Bau sowie ein Gesetz über Haushaltung mit Boden- und Wasserressourcen, das die Stellungnahmen in der Landesplanung bekräftigt. Diese neuen Gesetze gelten seit 1. Juli 1987.[5] Die Interessen der Denkmalpflege sind hier stärker hervorgehoben. Alte, unzeitgemäße Stadtpläne sollen ihre Geltung verlieren, und für neue Pläne mit Veränderung der Bebauung wird eine begrenzte Durchführungszeit anberaumt. Die Qualitäten des vorhandenen Gebäudebestandes erhalten einen besseren und grundlegenden Schutz. Für Gebiete mit höherem Erhaltungswert können die Pläne gar rechtswirkende Bestimmungen wie Verbote gegen Abbrüche, Instandhaltungspflicht und Rücksicht auf den Wert der Häuser und des Stadtbildes enthalten. Der Gebäudebesitzer kann jedoch finanzielle Entschädigung verlangen, wenn solche Bestimmungen eine wesentliche Beeinträchtigung mit sich bringen. Es ist noch ungewiß, wie die Gemeinden die Möglichkeit, solche Schutzpläne durchzuführen, ausnutzen werden. Die Ambitionen werden sicher von Ort zu Ort, von Fall zu Fall unterschiedlich sein.

Die umfangreiche Restaurierungs- und Umbautätigkeit des letzten Jahrzehnts hat eine Reihe praktischer Probleme mit sich gebracht. Ich habe schon die Schwierigkeiten erwähnt, Behutsamkeit mit den vorgeschriebenen Normen bei Wohnungsrenovierung in Einklang zu bringen. Solche Spannungen entstehen auch bei der Instandsetzung von Gebäuden anderer Art für neue Zwecke, zum Beispiel Versammlungs-, Büro- und Verwaltungsräume. Viele Projekte sind schwer zu finanzieren, was zu ausgedehnten Diskussionen führt über die Kosten der Aufrüstung und zukünftigen Instandhaltung, über die Gebrauchsmöglichkeiten, die Verzinsung der Investitionen und über die Möglichkeit von Zuschüssen. Andere Probleme können bei der Wahl von Materialien und Methoden für die Ausführung auftreten. Leider haben sich die Bauherren oft in den Händen der Materialindustrie befunden und unerprobte Produkte verwendet, die sich für alte Gebäude als ungeeignet erwiesen haben. Das Zentralamt hat versucht, diese Probleme auf verschiedene Weise anzugehen: teils durch Erklärung der geschichtlichen Bautechnik und der Eigenschaften der herkömmlichen Baustoffe, teils durch Schriften; ferner durch Mitwirkung an Ausbildung und Entwicklungsarbeit in Zusammenarbeit mit der Bauforschung, u. a. über Dachmaterial, Kalkverputz, Decken- und Wandkonstruktionen sowie Fensterholzarbeiten, teils in der Praxis durch Restaurierungen, die vom Zentralamt und der staatlichen Bauverwaltung projektiert und weiterverfolgt worden sind. In den letzten Jahren ist der schädlichen Auswirkung von Luftverschmutzungen auf Gebäude aus Stein und Verputz als Fassadenmaterial große Aufmerksamkeit gewidmet worden. Die Restauratoren der technischen Abteilung des Zentralamts beschäftigen sich zur Zeit mit der Entwicklung der Steinkonservierung. Das Zentralamt hat ein Handlungsprogramm ausgearbeitet und neulich einen besonderen staatlichen Zuschuß, anfangs 10 Mio. SEK für Forschung und Restaurierung erhalten.

Die herkömmliche schwedische Baukultur hat eine große Spannweite – von den Fachwerk- und Backsteingebäuden in Südschweden bis zu den Holzhäusern in den nördlichen Teilen des Landes. Städte und Landschaften verschiedenen Charakters vermitteln andere Eindrücke als in Mitteleuropa. Die Entwicklung und die Probleme der Denkmalpflege sind jedoch im großen und ganzen die gleichen. So bemüht sich denn auch das Schwedische Zentralamt für Denkmalpflege um einen internationalen Erfahrungsaustausch, der dem gemeinsamen Anliegen um die Erhaltung des baulichen Kulturerbes nur förderlich sein kann.

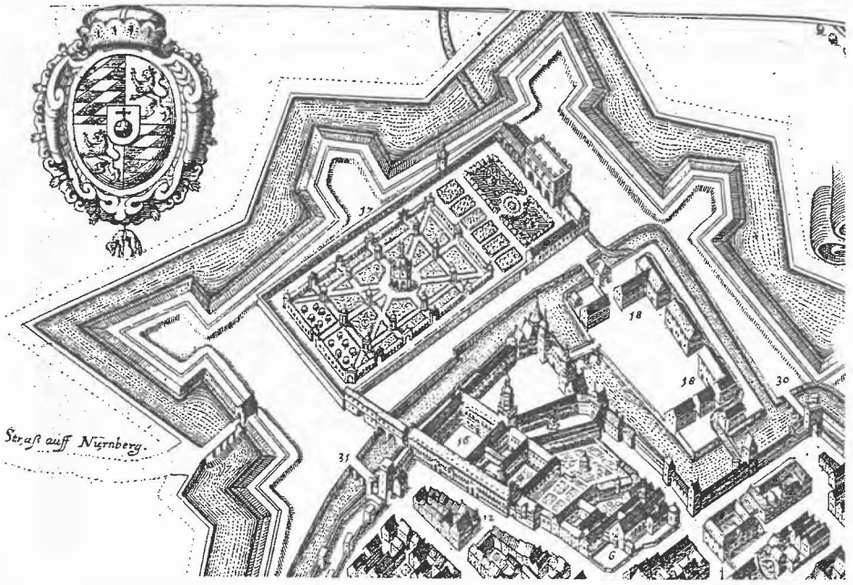
[5] Plan- och bygglag, lag om exploateringssamverkan och lag om hushållning med naturresurser m. m. (SFS 1987: 10–12).

Paulhans Peters

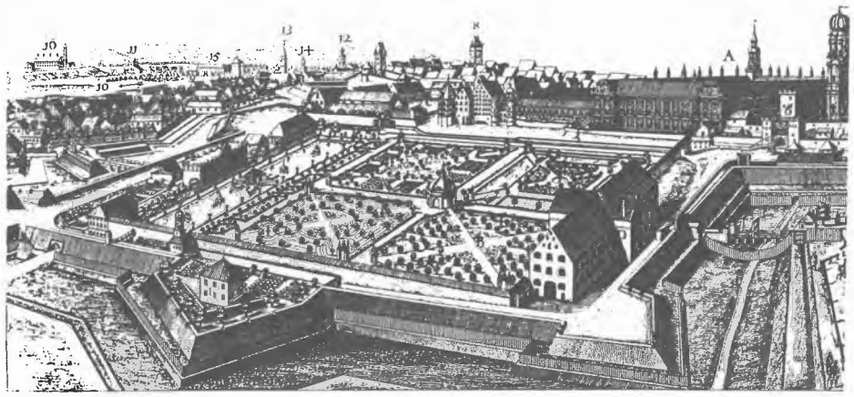
Der Münchener Hofgarten und die Bayerische Staatskanzlei

Der Hofgarten wurde unter Maximilian I. 1616 angelegt, und zwar als Teil der Residenz. Auch als er zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Bürgern geöffnet wurde, hat man seine örtliche Anbindung an die Residenz nicht aufgehoben. Er ist bis in die jüngste Zeit zu seinem Vorteil aus der Kleinteiligkeit des Stadtgefüges ausgeklammert gewesen.

Der Aufsatz versucht deshalb, die Probleme, die mit der Planung der Bayerischen Staatskanzlei zutage traten, aus ihrem historisch-städtebaulichen Kontext heraus darzustellen. Wer im heutigen Stadtplan Münchens nach einer *umfassenden Einbindung* des Hofgartens forscht, gelangt zu keiner schlüssigen Erkenntnis. Zwar ist er im Süden auf die Bauten der Residenz orientiert und wird im Westen und Norden von Arkadengebäuden gefaßt, doch sein Ostrand – angefangen vom Übergang zum Finanzgarten beim Prinz-Carl-Palais in der Nordostecke bis ins städtebauliche Niemandsland östlich der Residenz – ist heute ein Konglomerat von Stadtautobahn und zufälligem Wiederaufbau nach dem Krieg. Nur die Kuppel des ehemaligen Armeemuseums erinnert daran, daß hier einmal eine städtebaulich sinnvolle Ordnung geherrscht haben muß. Es waren erst die Zerstörungen durch die Bomben im Zweiten Weltkrieg, die hier die Stadt gesichtslos werden ließen und die den Verkehrsplanern eine willkommene Ödfläche für den damals favorisierten autogerechten Ausbau der Innenstadt bescherten.



Der Münchner Hofgarten und die kurfürstliche Residenz, Kupferstich von Michael Wening 1701.



»Die churfürstliche Haupt- und Residenzstadt München, wie solche von Mitternacht gegen Mittag anzusehen ist«, Ausschnitt aus dem Kupferstich von Michael Wening 1701. Umlaufend die maximilianischen Befestigungsanlagen, im Westen (rechts) das Turnierhaus, an der Rückwand der nördlichen Arkaden (Vordergrund links) das Brunnhaus mit Wasserturm.

Der Ursprung dazu lag in der Randlage des Hofgartens zwischen Residenz und den Bastionen auf seiner Nord- und Ostseite. Hier entstanden die Verteidigungsgeometrien, die auf dem Stadtplan von Matthäus Merian, 1644, mehr als einfache Wall- und Graben-Befestigungen zu erkennen sind und im Kupferstich von Michael Wening, 1701, bereits opulentere Formen zeigen.

Jenseits dieser klaren Stadtgrenze entstanden schon früh ungeplante Ansiedlungen, die sich später zur St. Anna-Vorstadt im Osten und zur Schönfeld-Vorstadt nördlich davon entwickelten. Als dann an der Wende zum 19. Jh. München entfestigt wurde, stand die frühere maximilianische Befestigungsanlage als Stadterweiterung zur Verfügung. Aber die Vororte waren so weit schon ausgebaut wie im Lehel mit dem St. Anna-Kloster, daß in ihren Bereich die Innenstadt nicht expandieren konnte.

Friedrich Ludwig von Sckell plante damals die diagonale Gartenverbindung zwischen Hofgarten und dem von ihm entworfenen Englischen Garten (zusammen mit dem aus dem Befestigungsvorfeld entstandenen Finanzgarten) an der Stelle der heutigen Straßenkreuzung Prinzregentenstraße/Altstadtring.

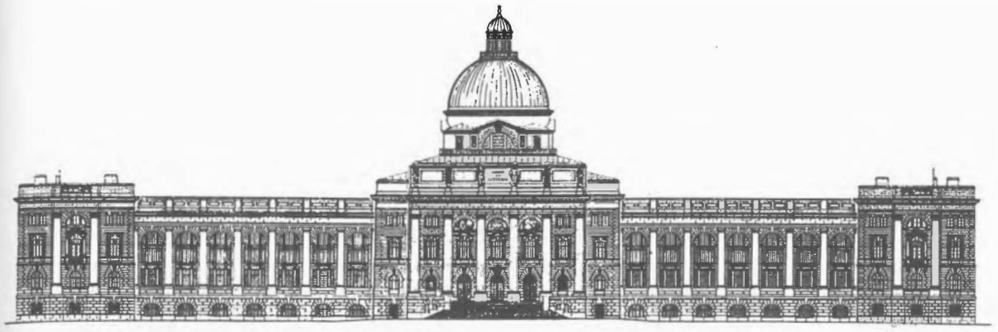
Was sich außerhalb der Befestigungen als ein teils geordnetes (Schönfeld-Vorstadt), teils wucherndes Neubaugebiet darbot, fand seine Entsprechung im östlichen Teil des Hofgartens. Hier, wo die Kante des Isarhochufers die französisch-barocke Gartenanlage unterbrach, begann der untere Hofgarten mit Wasserflächen, Brunnenhäusern und Pavillons, also etwas völlig anderem als im oberen Teil, war trotzdem aber integraler Bestand des Hofgartens. Zwischen der Randbebauung im Osten des Gartens und den Bastionen nutzten Mühlen die Wasserkraft der verschiedenen Stadtbäche. An diesem Hofgartenrand war die Bebauung immer kleinteilig, stellte Übergänge zu Vorstadt und – visuell – zum gegenüberliegenden Isarhochufer dar.

Im nachhinein erscheint es heute fast unausweichlich, daß diese Zone hinter dem Hofgarten umgenutzt wurde, weil hier das Höfische in etwas Bürgerliches mündete, was vielleicht dem Hof nicht mehr adäquat zu sein schien. Statt hier der Stadt eine Chance zu geben, siegten die Militärs: So entstand als östliche Hofgartenbegrenzung um 1800 die erste der drei großen *Kasernen*, die über die ganze Breite des Gartens verliefen, die barocken Teiche in öde Exerzierplätze verwandelten und das ganze Areal abriegelten.

Mit diesem Eingriff war die *Einheit des Hofgartens* entscheidend zerstört, und auch große Architekten wie Leo von Klenze mußten bei ihren späteren Entwürfen diese Situation respektieren. So ist auch Klenzes Plan gescheitert, den maßstabsprengenden Kasernenbau durch einen um zwei Drittel verkürzten und in die hier herumgeführte Arkade eingebundenen Baukörper zu ersetzen. Der Entwurf stammt aus dem Jahr 1816. Statt dessen erhielt Ludwig von Mellinger 1898 den Auftrag, auf dem Platz der dann aufgelassenen Kaserne das *Armeemuseum* zu planen, dessen pompöse Architektur und schiere Größe dem Hofgarten und besonders seinen Randbauten auf der Nordseite die frühere – und in Klenzes Entwurf von 1816 wiedergegebene – Ausgewogenheit endgültig nahm.



Königliche Leibregimentskaserne, unsignierter Stich des 19. Jh.



Das Armeemuseum, Entwurf Ludwig von Mellinger ab 1898, Hauptfassade zum Hofgarten (derzeit steht nur der Mittelkorpus mit Kuppel. Die selbst nach dem Zweiten Weltkrieg noch – wenigstens überwiegend – stehenden Fassaden der anderen Bauteile wurden in den fünfziger Jahren beseitigt).

Jede Erinnerung an topografische Besonderheiten, nämlich der Wechsel vom Hochufer in die früheren Überschwemmungsgebiete der Isar, war damit ebenso ausgelöscht wie eine mögliche Anbindung des Hofgartens an die St. Anna-Vorstadt. Was zuerst eine höfische ländliche Idylle innerhalb der Befestigungen war, verkam zu einer stadtzerstörerischen Selbstdarstellung eines Königreichs, das es zwanzig Jahre später schon nicht mehr gab.

Es scheint, daß die Landnahme durch Kaserne und Armeemuseum typisch für exponierte Grünränder ist, deren Randbauten ins Hinterland ausgreifen können: Der imposante Bezugsraum bleibt, man bildet ein Wandstück von ihm, und der Bau selbst ufert nach rückwärts aus. Solches Denken zeichnete die Planungen für Neubauten des Rundfunks am Hofgarten aus. Richard Riemerschmid plante 1929 einen siebengeschossigen Bau an der Galeriestraße, und Adolf Abel tat 1949 das gleiche für das Funkhaus auf dem Gelände des im Kriege zerstörten Armeemuseums. Zum Hofgarten hin sollte ein filigraner Arkadengang, dort wo die Hangkante verläuft, Garten und Studiogebäude voneinander trennen. Beide Entwürfe – wie der des Armeemuseums – nehmen durch ihre Größe der Residenz die ihr allein zustehende Dominanz, d. h., sie zerstören optisch den Hofgarten, und degradieren Finanzgarten (bei Riemerschmid) und unteren Hofgartenteil zu Andienungs- und Parkierungsflächen. Um überhaupt das Riemerschmidsche Funkgebäude mit Fahrzeugen zu erreichen, plante der Architekt eine neue Straße quer durch den Finanzgarten. Daß beide Bauten, isoliert betrachtet, architektonische Qualitäten aufwiesen, wird nicht bestritten. Doch an den vorgesehenen Plätzen kamen Forderungen der Einbindung hinzu, denen sie keineswegs entsprochen hätten.

Das ist, stichwortartig gerafft und nur in wenigen Aspekten aufgezeigt, die stadtplanerische Voraussetzung für die vielen Schritte auf eine *neue Staatskanzlei* und das

mit ihr verbundene *Museum der Bayerischen Geschichte* hin: Es ist die Randlage an einem barock geformten Teil der Stadt mit allen daraus resultierenden Bindungen einerseits und der Versuchung, unbebautes Gelände, das an eine völlig andere Baustruktur grenzt, für seine Zwecke auszunutzen.

Die vierzig Jahre währenden Planungen an dieser Stelle sind auch ein Spiegel sich wandelnder Auffassungen von Städtebau, Verkehrsplanung und Architekturform.

Schon 1946 schlug der damalige Münchener Stadtbaurat Karl Meitinger einen Verkehrs- und Parkring zwischen Maximilianstraße und Haus der Kunst vor. Er war der Vorläufer des heutigen Altstadtrings, lag östlicher als dieser und suchte beim Prinz-Carl-Palais die drei Gärten weiträumig miteinander zu verknüpfen. Dieser Plan hatte stadtbaukünstlerische Qualitäten, die später dem alles beherrschenden Verkehrsflußdenken geopfert wurden. Dies führte dann zum *heutigen Altstadtring*. Seine Lage wenige Meter östlich der Armeemuseumskuppel raubt jedoch *jedem* hier geplanten Bauwerk seine notwendige Vorzone. Die Kuppel wurde 1966 im ersten städtebaulichen Ideenwettbewerb zur Disposition gestellt. Das Ziel des Wettbewerbs war, für Staatskanzlei und Haus der Geschichte eine geeignete Bauform am Platz des früheren Armeemuseums zu finden und gleichzeitig die Autobahn des Altstadtrings durch geeignete bauliche Maßnahmen in die angrenzende Bebauung einzubeziehen. Die Planung wurde nicht weiter verfolgt. Statt dessen legte die Stadt erst einmal ihren »Bebauungsplan 280« (1967) vor, der den Straßenknoten vor dem Prinz-Carl-Palais verkehrstechnisch festschrieb. Statt der von vielen Stadtplanern geforderten stadträumlichen Gärtenverbindung nun an einer der empfindlichsten Stellen im Stadtgebiet eine fast perfekte Verkehrsmaschine, die aber 1986 innerhalb eines Entwurfsseminars der Stadt München von dem Verkehrsplaner Hansjörg Lang bereits für korrekturfähig gehalten wurde.

Dann entstand die Idee, die Staatskanzlei an einem anderen Platz unterzubringen, nämlich als westliche Verlängerung des Prinz-Carl-Palais an der von-der-Tann-Straße. Die mit einem Sonderankauf versehene Arbeit von Uwe Kiessler sah einen auf Stützen gesetzten schmalen Baukörper vor. Das Projekt wurde später, als die Angst vor Terroranschlägen das öffentliche Leben weitgehend bestimmte, wegen erheblicher Sicherheitsbedenken aufgegeben.

Zwischendurch, nämlich 1972, gab es wieder einen Wettbewerb um den Altstadtring. Bei ihm war die Staatskanzlei wie von Kiessler geplant vorgegeben. Der Altstadtring sollte mit urban gemischten Funktionen bebaut werden. Jetzt mußten die Teilnehmer die Armeemuseumskuppel wieder erhalten und in die Sammlung einbeziehen. Die sehr unterschiedlichen Arbeiten hatten als Gemeinsamkeit die damalige Vorliebe für monumentale, eckig-kantige Einzelbauwerke. Dieser Wettbewerb blieb ebenso ohne Weiterführung wie ein 1975 durchgeführtes Planungsgutachten für das Stück des Altstadtrings zwischen Residenz und Maximilianstraße.

Den fatalen Schlußstein in die Auseinandersetzung um die Lösung des städtebaulichen Problems um Staatkanzlei und Haus der Bayerischen Geschichte setzte die Begutachtung von 1981. Die sechs eingeladenen Architektenbüros sollten Vorschläge für die Unterbringung der beiden Bauten unter Einbeziehung der Armeemuseumskuppel erarbeiten. Und alle sechs Büros haben den »Nachweis« erbracht, daß dies städtebaulich und baukünstlerisch zu verantworten sei.

Damit waren die Voraussetzungen geschaffen für den 1982 ausgelobten Realisierungswettbewerb »Bayerische Staatskanzlei und Haus der Bayerischen Geschichte«, den die Münchener Architekten D. Siegert und R. Gansser eindeutig gewannen. Das Ergebnis dieses Wettbewerbs ist in verschiedener Hinsicht blamabel. Die Wettbewerbsarbeit erfüllte zwar die funktionalen Inhalte der Ausschreibung, zeigte aber insgesamt eine Architektur, die weder der gegebenen Situation noch der Aufgabe angemessen war. Im Hauptflügel bildeten die Fenster zum Hofgarten eine Art Kolossalordnung, während sich die Seitenflügel in der Art der achtziger Jahre darboten. Anbindungen an die im übrigen unverändert beibehaltene Kuppel waren modisch. Die Außenseiten des Gebäudes suchten, durch seitlich angeordnete Eingangsnischen die überwältigende Axialität durch die Kuppel zu überspielen. Die nächstplazierten Wettbewerbsbeiträge konnten die Aufgabe ebenso wenig überzeugend lösen. Alle – einschließlich der Preisrichter – haben das fehlende Vorfeld des Gebäudes am Altstadtring als Faktum akzeptiert. Keiner der Teilnehmer am Wettbewerb hat durch einen Gegenentwurf auf die Absurdität der ganzen Aufgabe aufmerksam gemacht.

Die Resonanz der Presse auf diese Entscheidung war meist negativ, während man bereits die Verfasser des 1. Preises mit der Überarbeitung ihrer Arbeit beauftragte. Deren Ergebnis war eine formale Katastrophe und zeigte, daß die Architekten nicht nur mit dieser Bauaufgabe überfordert waren, sondern daß die Aufgabe selbst formal unlösbar war: Ein durch eine Mittelachse, der Kuppel, symmetrisch geteilter Bau mit unterschiedlichen Funktionen der beiden Seiten. Aber das hatte ja bereits das Gutachterverfahren von 1981 gezeigt.

Auftraggeber und Stadt schienen ihre Augen vor der Realität unter allen Umständen verschließen zu wollen. Auch als eine aufgebrachte Öffentlichkeit darauf hinwies, daß die erst kürzlich wieder ins Bewußtsein dieser Öffentlichkeit gerückten Arkaden von Klenze und aus der Zeit Albrechts V. einfach im Nordflügel der Anlage zwischen Archivräumen eingebaut werden sollten, machte die Staatsregierung darauf aufmerksam, daß diese – um die Hälfte reduzierte – Arkadenreihe sehr wohl der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden würde.

Erst als man entdeckte, daß der Entwurf eine Baugrenze um mehrere Meter überschritten hatte und damit das ganze Projekt völlig legal gestoppt war, gab es überhaupt die erste Chance, die nun beschleunigte Realisierungsmaschinerie aufzuhalten. Wenn man sich vorstellt, daß nur durch diesen vergleichsweise unbedeutenden Lapsus alle Beteiligten die Chance erhielten, ihre Vorstellungen vorsichtig zu überprüfen,

ohne dabei das Gesicht verlieren zu müssen, wird einem Angst um die Rolle des *staatlichen Bauherrn* in den achtziger und neunziger Jahren dieses Jahrhunderts.

Er beharrte auf seinem Standort, dem Hofgarten, ohne nach möglichen Alternativen zu forschen. Er bauschte durch Einbeziehung von Dienststellen, die keine unmittelbare Verbindung zur Staatskanzlei haben müssen – Landesbeauftragter für den Datenschutz, Landeszentrale für politische Bildung – das Raumprogramm auf, kombinierte es mit dem Haus der Bayerischen Geschichte, das überhaupt keiner räumlichen Nähe zur Staatskanzlei bedarf, so daß ein Monsterbau entstand, der nach seiner Meinung so nirgendwo anders untergebracht werden konnte als hier.

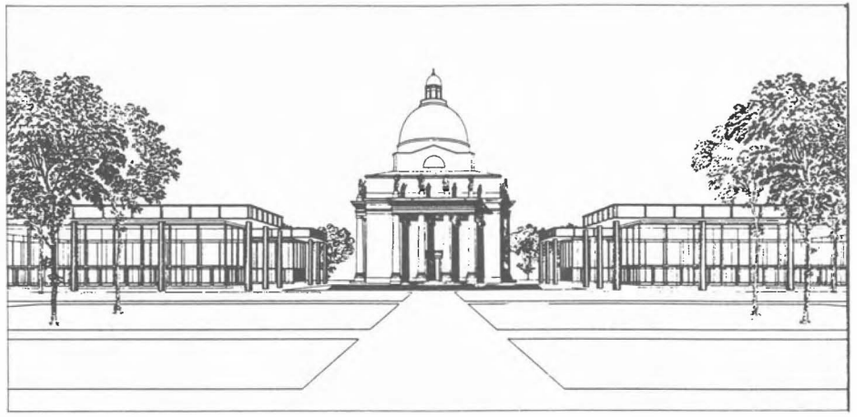
Die geschichtlichen, bauhistorischen und städtebaulichen Erkenntnisse hat man in den Wind geschlagen, was übrigens auch manchen Fachmann und seine Gutachten betrifft, der viel zu viele Voraussetzungen dieser Planung als unverrückbar einstufte, deshalb an Symptomen herumdokterte, ohne die Ursachen kritisch zu untersuchen.

Ein wirklicher Anstoß für ein neuerliches Nachdenken konnte deshalb auch nicht von den etablierten Fachleuten kommen. Ihn gab ein junger Münchener Architekt: Stefan Braunfels schockierte 1984 die Öffentlichkeit mit einem Entwurf, der die Diskussion überhaupt wieder in Gang setzte und sie gleichzeitig in eine positive Richtung wendete: Er teilte die Bauaufgabe Staatskanzlei und Haus der Geschichte räumlich auf, indem er die Staatskanzlei in das jetzige Landwirtschaftsministerium Ecke Ludwigstraße und von-der-Tann-Straße versetzte und an den Kuppelrest, den er doppelsymmetrisch ergänzte, zwei u-förmige leichte Museumspavillons plazierte. Das Landwirtschaftsministerium stellte er sich auf der anderen Seite des Altstadtrings vor. Südlich der Kuppel entwarf er an Klenzes Marstall ein neues Museumsquartier und begrenzte den Altstadtring mit einer Reihe von Wohnhöfen und Verwaltungen. Dieser Entwurf ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert und hat wie ein Katalysator gewirkt: Man sieht heute wieder reale Alternativen zum Wettbewerb von 1982, man erkennt, wie die rings um den Hofgarten anstehenden Probleme nur gemeinsam zu lösen sind und daß sie lösbar sind. Voraussetzung für ihre Realisierung ist, daß der Bauherr umdenken lernt.

Braunfels zeigt, wie heute Erfahrungen aus der Geschichte umsetzbar sind, wie stadtplanerische Fehlentscheidungen korrigiert werden können, und daß auch Stadtautobahnen re-urbanisierbar sind.

Er hat immer betont, Anregungen, jedoch keine fertigen Entwürfe zu liefern, die er auch noch gerne persönlich realisieren würde. Trotzdem wurde ihm diese Initiative als Verstoß gegen die Standesordnung angekreidet.

In einem zweiten Entwurf (1986) konkretisiert er die zuerst geäußerte Aufteilung der Funktionen noch stärker. Um den Odeonsplatz schafft er unter Einbeziehung eines sehr großen Areals am Oskar-von-Miller-Ring ein neues *Regierungsviertel* und konzentriert vom ehemaligen Armeemuseum bis zur Maximilianstraße sechs Museen, was er *»neue Museumsstadt«* nennt. Dabei entstehen eine Reihe neuer Plätze, der



Vorschlag zur Freistellung der Kuppel (und erheblicher Veränderung der derzeitigen Fassade) als Zentralbau mit seitlichen Terrassen (museale Nutzung), Ansicht zum Hofgarten, Entwurf Stefan Braunfels 1984.

untere Hofgarten erhält eine dem ursprünglichen Zustand angenäherte Form, und die Trennung zwischen seinem Ostrand und dem Altstadtring wird wieder erlebbar. Die vor 20 Jahren erfundene Verkehrsmaschine vor dem Prinz-Carl-Palais wurde zu einem Rondell umgebaut.

Eine Variante dazu entwarf er anläßlich des Entwurfsseminars 1986, das die Landeshauptstadt München veranstaltete. Hier beläßt er die Staatskanzlei und die Ministerien am Odeonsplatz, konzentriert die Museen am neuen Marstallplatz in einer Variante.

Von den sieben daran teilnehmenden Büros behält nur eines die alte Konzeption wie im Wettbewerb bei, alle anderen plädieren für eine räumliche Trennung, was ja inhaltlich-funktional naheliegt. Dabei zeigt sich, daß die Kuppel bestehen bleiben kann, wenn die Seitenflügel niedrig, möglichst transparent und zurückhaltend sind. In jedem Fall dienen sie zur akustisch-optischen Schließung des unteren Hofgartens gegenüber dem Altstadtring, der keine Autobahntrassierung mehr hat, sondern städtischer Boulevard (mit Geraden und relativ engen Kurven) geworden ist. Das Seminar wendet sich mit einem Programmpapier an die Öffentlichkeit: Die gemeinsamen Empfehlungen der Gutachter und Berater stellen mit ihren 15 Einzelaussagen einen städtebaulichen Ziel- und Maßnahmenkatalog dar, der vieles, was in der Vergangenheit getan wurde, obsolet macht. Sicher war er ohne Braunfels' Anstoß von 1984 nicht möglich. Die hier entscheidende Aussage steht in der Zusammenfassung: »Für die Bayerische Staatskanzlei und das Haus der Bayerischen Geschichte sind zwei der

politischen und städtebaulichen Bedeutung der Bauaufgabe in hervorragender Weise gerechtwerdende Standorte außerhalb des unteren Hofgartens gegeben.«

Das ist eine klare Aussage, die das Problem eben wieder im großen Zusammenhang der Stadt sieht. Kompromisse, wie sie der Chef des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege äußert: »... nur geringfügige Verschiebung des Flügels in Richtung Norden«, d. h. Beibehaltung des Wettbewerbsprojektes, oder Reduzierung der Gebäudehöhe von 20 auf 15 Meter sowie Wegfall der Querflügel (Stadt München) sind politisch bestimmt, können aber, wie das meiste in der Politik, nur zu oft fragwürdigen Lösungen, zu Kompromissen, die bereits den Keim einer späteren Korrektur in sich tragen, führen.

Gefragt ist Bauherrendenken, damit die jetzt noch – oder wieder – bestehende Chance genützt wird, zusammen mit dem Hofgarten eines der wichtigsten Stücke der Stadt München in eine bessere Ordnung zu überführen.

Anmerkung der Redaktion:

Bei Redaktionsschluß ist noch immer die Klage der Landeshauptstadt München vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin anhängig, mit der eine Baumassenreduzierung der Staatskanzlei erstritten werden sollte. Im Januar 1989 zeichnete sich eine Minderung des Bauvolumens durch Verzicht auf die – den unteren Hofgarten riegelartig umfassenden – Seitenflügel ab. Am 10. Mai 1989 kam es zu einer Einigung zwischen Landeshauptstadt und Staatskanzlei, die auch den Verzicht auf die erdrückend wirkende Monumentalität der bisherigen Fassaden einschließt. Der Entwurf hat inzwischen – unter Mitwirkung von Alexander Frhr. von Branca, Ernst Maria Lang, Peter Lanz und Otto Meitinger – ein »neues Gesicht« gewonnen: die Traufhöhe der Neubauteile wurde von 20 auf 12 m reduziert, wodurch jedoch die Gesamthöhe der anschließenden Halbtonne und damit die Wirkung zum Hofgarten hin nicht geändert wurde. Neu ist der Vorschlag, zwischen Verwaltungsräumen und der gläsernen Umhüllung einen Luftraum anzuordnen, der mit Grün gefüllt werden soll. Auch bisherige Kritiker, zum Beispiel Gottfried Knapp von der Süddeutschen Zeitung, gestehen der »Kompromißlösung« eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Entwurf zu. Gottfried Knapp schreibt unter der Überschrift »Ein Gartenschloß für die Verwaltung?« am 11. Mai 1989 in der SZ: »Das Bürohaus wird durch diesen Glassturz zwar ästhetisch ummantelt, doch der Konflikt zwischen der Funktion des Baus und seiner historischen, musisch geprägten Umgebung ist damit nicht aus der Welt geschafft.«

Harry Kühnel

Projekte für die Milleniumsfeier der Stadt Krems an der Donau im Jahre 1995

Die Stadt Krems an der Donau, eine der ältesten österreichischen Städte, begeht im Jahre 1995 das 1000jährige Jubiläum. In einer vom 9. August 995 datierten Urkunde Kaiser Ottos III. wird von der »orientalis urbs Chremisa« gesprochen. Krems lag damals an der Südostgrenze des Deutschen Reiches und hatte die Funktion eines befestigten Platzes am Steilabfall zum gleichnamigen Fluß.[1] Diese Milleniumsfeier gibt Anlaß, verschiedene Projekte einer Realisierung zuzuführen, um die Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit des städtischen Gepräges zu intensivieren, um die Lebens- und Wohnqualität zu steigern und die Urbanität der Stadt zu erhöhen. Dies bedarf einer weitgehenden Identifikation der Bewohner von Krems mit den geplanten Projekten, gilt es doch, alle Schichten der Bevölkerung zu innovativem Handeln und zur Partizipation an den gemeinsamen Vorhaben zu motivieren. Die Stadt Krems verfügt wohl über eine einzigartige Atmosphäre, die von Bauwerken vieler Jahrhunderte hervorgerufen wird. Die noch verbliebenen Stadttore mit Teilen der Stadtmauer künden von der einstigen Mächtigkeit und Sicherheit seiner Bürger. Die zahlreichen Kirchen mit ihren Türmen signalisieren Frömmigkeit und Wohlhabenheit und besaßen Symbolwert, aber auch Statussymbol gegenüber anderen Städten. Krems gleicht einem Gesamtkunstwerk, das vor allem den mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Charakter bewahrt hat.[2] Der weitgereiste Alexander von Humboldt hat hierfür die berühmt gewordene Formulierung gefunden: »Zu Gast bei den Jahrhunderten, wobei diese einander überbieten, und überdies in einer Gegenwart stehen, die den stets gültigen Genuß am Leben in sinnenfroher Art präsentiert – das erleben kann man nur in der Wachau«, als dessen Metropole Krems angesprochen werden kann. Allen in Aussicht genommenen Projekten ist eines gemeinsam, der kulturpolitische Aspekt.

[1] *O. Brunner,* Die geschichtliche Stellung der Städte Krems und Stein, in: Krems und Stein. Festschrift zum 950jährigen Stadtjubiläum, Krems 1948, S. 22; *A. Klaar,* Die Burgen in der Stadt Krems, in: Mitteilungen des Kremser Stadtarchivs 3 (1963), S. 1f.; *H. Kühnel,* Tausend Jahre Kunst und Kultur, in: 1000 Jahre Kunst in Krems, Katalog, Krems [2]1971, S. 1f.

[2] Man vergleiche die Publikation von *L. Mumford,* Die Stadt. Geschichte und Ausblick. Bd. 1, München [2]1980, S. 354–357.

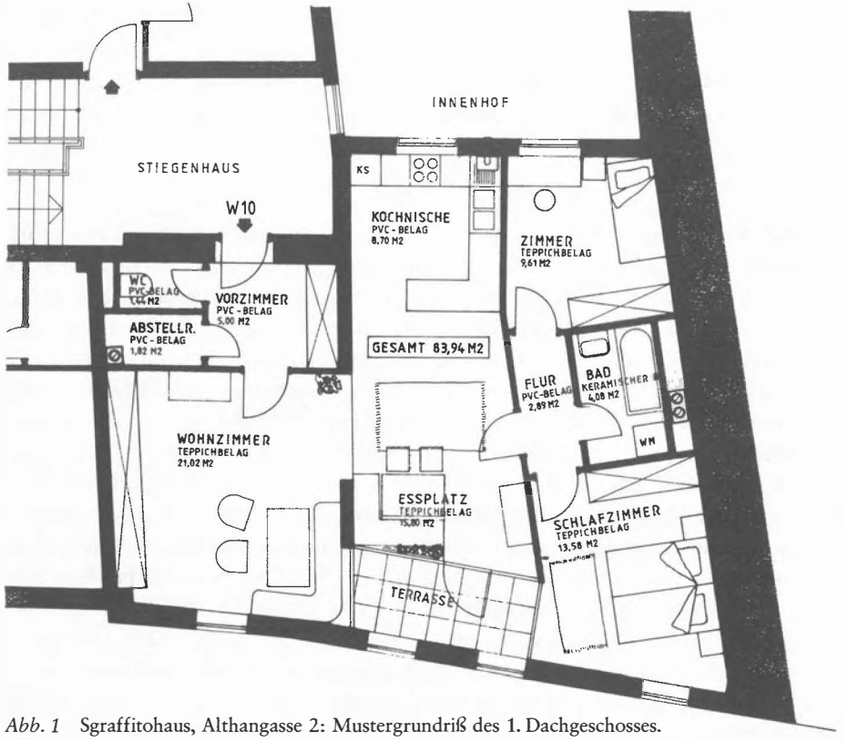


Abb. 1 Sgraffitohaus, Althangasse 2: Mustergrundriß des 1. Dachgeschosses. Planung Arch. D. I. Albert Gattermann, Krems.

1.0 Altstadtsanierung und Stadterneuerung

1.1 Sanierung des Großen Sgraffitohauses in der Althangasse Nr. 2

Das in den Jahren 1553 bis 1559 in Auftrag des Kremser Handelsmannes Hans Drackh errichtete Bauwerk führt den Namen »Großes Sgraffitohaus«, wurden doch die Fassaden in der Althangasse und Margarethenstraße durch den Wanderkünstler und Maler Hans von Brugg (Brügge) mit kostbaren Sgraffiti geschmückt, ein signifikanter städtebaulicher Akzent, der von einem hohen bürgerlichen Selbstwertgefühl Zeugnis ablegt. Nach den Plänen des zu früh verstorbenen Architekten Albert Gattermann wird seit kurzem dieses im Besitz der Gemeinnützigen Donau-Ennstaler-Siedlungs AG befindliche Haus einer Sanierung unterzogen und zum selben Zeitpunkt die Sgraffiti restauriert. Vor Beginn der Sanierungsarbeiten existierten 14 Mietwohnungen für 16 Bewohner mit einer Wohnnutzfläche von 675,45 m², wobei alle Wohnräume Substandardcharakter hatten. Die Planung sieht vor, durch den Ausbau des Dachgeschosses die gesamte Wohnnutzfläche auf 1198,20 m² zu erhöhen, so daß künftig vier Einzimmerwohnungen von 40–50 m², drei Zweizimmerwohnungen mit 76–84 m² sowie sechs Dreizimmerwohnungen von 80–115 m² im ersten und zweiten Obergeschoß und im ausgebauten Dachgeschoß (siehe Plan) unter Wahrung der ursprünglichen Bausubstanz Platz finden. Im ehemaligen Wirtschaftsbereich des Hauses werden zwei reihenhausähnliche Wohnungen mit einer Nutzfläche von 122 bzw. 130 m² eingebaut, überdies ist im Erdgeschoß die Errichtung eines Geschäftslokals beabsichtigt. Die Gesamtkosten werden mit 21 Millionen ÖS veranschlagt, davon werden 11 033 000 ÖS als Darlehen aus der Wohnbauförderung gewährt. Es wird mit einer Belastung von ÖS 37,– pro m² ohne Betriebskosten und Mehrwertsteuer gerechnet.[3]

1.2 Sanierung des Gebäudekomplexes Hoher Markt Nr. 11

Dieses Bauwerk, Mitte des 12. Jahrhunderts begonnen, veranschaulicht die Bedeutung und Dimension der zweiten Stadtburg auf dem Hohen Markt, die die Aufgabe übernommen hatte, das weitere Wachstum der Stadt im Bereich der Unteren Landstraße abzusichern.[4] Die Stadtburg erfuhr während des Mittelalters zahlreiche Um- und Zubauten. Die Gebäudeteile sind um einen spätgotischen Arkadenhof angeordnet, an dessen Ostseite die aus dem 13. Jahrhundert stammende Katharinenkapelle liegt. Im 19. Jahrhundert wurde die Stadtburg für Mietwohnungen umgestaltet.[5] Der bauliche Zustand des Gebäudekomplexes ist teilweise als desolat zu bezeichnen, vor allem wegen der aufsteigenden Feuchtigkeit und mangelnder Lüftungsmöglichkeiten. Die Planung von Architekt Rupert Schweiger sieht vor, alle Wohnungen mit Bädern und WC-Anlagen auszustatten, das Dachgeschoß auszubauen sowie an der SO-Seite der Stadtburg einen integrierten Zubau vorzunehmen. Die derzeit als Waschküche genützte Katharinenkapelle soll restauriert und die vorhandenen Wandgemälde aus der Zeit um 1260/70 zur Gänze freigelegt werden. Die Wohnnutzfläche soll im Kontext mit der Revitalisierung um 300 m² auf 1415 m² vergrößert werden, so daß 21 Wohnungen eingebaut werden können, und zwar: 5 Wohnungen zwischen 40 und 50 m², 5 Wohnungen zwischen 60 und 70 m², 6 Wohnungen zwischen 70 und 80 m², 3 Wohnungen zwischen 80 und 90 m² und 2 Wohnungen mit 90 m².

[3] Für die Bereitstellung der Unterlagen danke ich Direktor Benno Lethmayer und Dipl.-Ing. Andreas Gattermann; *H. Kühnel*, Tausend Jahre Kunst und Kultur (s. A 1), S. 11.

[4] *A. Klaar* (s. A 1), S. 4 ff.; *R. Schweiger*, Krems: Das Werden einer Stadt, in: Mitteilungen des Kremser Stadtarchivs (26/27/1986/87) im Druck.

[5] *H. Plöckinger*, Die Burg zu Krems an der Donau, in: Berichte und Mitteilungen des Altertums-Vereines zu Wien 48 (1915), S. 61 ff.

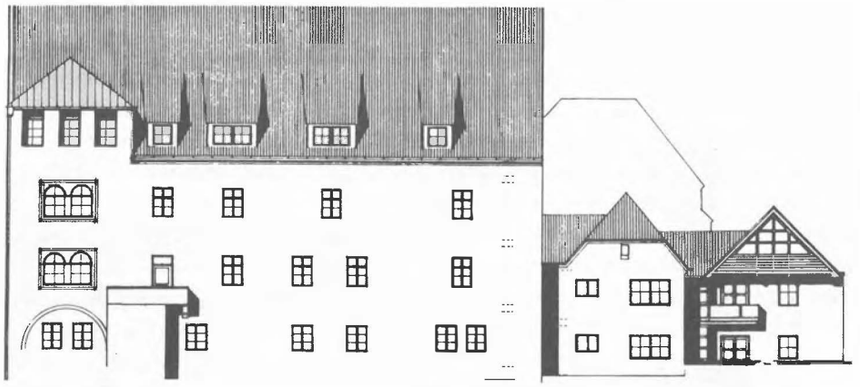


Abb. 2 Diskussionsentwurf des Baukomplexes Hoher Markt Nr. 11.
Planung Arch. D. I. Rupert Schweiger, Krems.

Von entscheidender Bedeutung wird die Gestaltung der Südfassade der ehemaligen Stadtburg sein, weil dem Gebäudekomplex im Erscheinungsbild der Altstadt eine dominante Stellung zukommt (siehe Entwurf).[6]

1.3 Restaurierung und Revitalisierung des sogenannten »Pulverturmes«

Die Belagerung von Krems und Stein durch den Ungarnkönig Matthias Corvinus 1477 hat die Stadtbefestigung auf eine schwere Probe gestellt, gelangte doch erstmals das Schießpulver und die Artillerie zum Einsatz, eine neue Kampfart, der die herkömmlichen Befestigungssysteme nicht gewachsen waren. Kaiser Friedrich III. befahl, die stark beschädigte Stadtmauer und die Türme wiederaufzubauen, wobei der an strategisch günstiger Position errichtete sogenannte Pulverturm, nach den jüngsten italienischen Erkenntnissen wie das Castel Sismondo in Rimini ausgeführt wurde.[7] Der Turm diente als Batterieturm und wird auf der Stadtansicht von M. Merian 1648 als »Lug ins Land« bezeichnet. Im Dreißigjährigen Krieg hatte sich der schwedische Kommandant Oberst Lundi, der 1645/46 Krems besetzt hielt, in diesen »Lug ins Land« zurückgezogen, bevor er nach erfolgreicher Belagerung durch die kaiserlichen Truppen freien Abzug erhielt. Der sogenannte Pulverturm wird derzeit von Jugendgruppen benutzt, jedoch dürfen die oberen Geschosse aufgrund einer Entscheidung der Baubehörde nicht verwendet werden. Aus diesem Grunde beabsichtigen die Mieter, in der Ecke zwischen Stadtmauer und Pulverturm ein Stiegenhaus zu errichten,

[6] Die Unterlagen für die geplante Sanierung wurden freundlicher Weise von Arch. Dipl.-Ing. Rupert Schweiger zur Verfügung gestellt.

[7] *R. Wagner-Rieger*, Die Architektur von Krems und Stein, in: 1000 Jahre Kunst in Krems, Katalog, Krems, 1971, S. 95 f.; *dies.*, Die Bautätigkeit Kaiser Friedrichs III., in: Wiener Jahrbuch für Kunstgeschichte 25 (1972), S. 151 f., Fig. 4.



Abb. 3 Fotografie des Kettenstegs in Krems, ca. 1910.

das die Verwendung dreier Geschosse mit je 70 m² für Club- und Veranstaltungsräume ermöglicht. Im Rahmen der Regionalisierung des Landes Niederösterreich soll in den nächsten zwei bis drei Jahren das Äußere des Pulverturmes restauriert werden, womit die mittelfristige Aktion der Stadt Krems, alle Stadttürme und -tore für die Milleniumsfeier einer Sanierung zuzuführen, abgeschlossen werden könnte.

1.4 Wiedererrichtung des Kettensteges über den Kremsfluß

Im 19. Jahrhundert war man in Wien dazu übergegangen, Eisen-Hängebrücken zu konstruieren und zwar nach französischem und englischem Vorbild. Die von Oberbaudirektor Kudrioffsky 1824/25 erbaute Sophienbrücke über den Donaukanal in der Verlängerung der Rasumofskygasse war mit 71 m Länge die erste Kettenbrücke in Wien. 1827/28 folgte der Karlkettensteg, 1828 wurde die Rudolfsbrücke als Kettenbrücke errichtet und schließlich 1830 der Schikaneder-Kettensteg über den Wienfluß der Bestimmung übergeben.[8] 1826 wurde in Krems als Symbol des frühindustriellen Zeitalters über Initiative des Kreishauptmannes Konstantin Graf von Wickenburg der Kettenstieg über den Kremsfluß erbaut. Die Brückenpfeiler waren aus Ziegel errichtet, sieben Stufen führten auf das Brückenniveau. Beim Hochwasser vom 5. September 1855 wurde der Kettensteg zerstört, geraume Zeit später aber wieder erbaut. Der

[8] Beispiele früher Ingenieurbauten in Wien. Eisenkonstruktionen, Katalog, Wien 1975, S. 5 f., 15–17.

bei der Bevölkerung beliebte Steg fiel am 2. April 1945 dem Bombenhagel zum Opfer, von einer Wiederherstellung nahm man aus Mangel an Material und finanziellen Mitteln Abstand.[9]

Die Milleniumsfeier wäre der geeignete Anlaß, dieses Juwel des 19. Jahrhunderts neu zu errichten, wobei die notwendigen Geldmittel größtenteils über Sponsoren und eine allgemeine Spendenaktion bei der Bevölkerung aufgebracht werden könnten.

1.5 Restaurierung des Pavillons im Stadtpark

In dem 1880/82 angelegten Stadtpark gelangte 1898 der von der Sparkasse Krems in der Jubiläums-Ausstellung aus Anlaß des 50jährigen Regierungsjubiläums Kaiser Franz Joseph I. angekaufte Musikpavillon zur Aufstellung. Der reizvolle Entwurf von Architekt Josef Utz jun. zeigt gewisse Analogien mit den Festdekorationen, vor allem den Kaiserzelten, wie sie bei Aufzügen verwendet worden sind. Das Motiv des überkuppelten Pavillons wurde dem Formenrepertoire Josef Emanuel Fischers von Erlach entlehnt. Die Aufstellung erfolgte durch die Firma Wagner & Biro, Wien.[10] Der Pavillon bedarf einer grundlegenden Restaurierung, gewisse Elemente aus Gußeisen müssen ergänzt und die gesamte Konstruktion neu vergoldet werden.

1.6 Öffnung der Mühlbachgasse bis zur Dinstlstraße

Die derzeit als Sackgasse bestehende Mühlbachgasse sollte für Fußgänger und Radfahrer bis zur Dinstlstraße fortgeführt werden. Der private Grundstückseigentümer, der im Besitz eines Teiles der in Anspruch zu nehmenden Fläche ist, hat seine Bereitschaft bekundet, mit der Stadt Krems in Verhandlungen einzutreten. Im Kontext mit dieser Maßnahme sollte der aus dem 15. Jahrhundert stammende Stadtturm restauriert werden. Weiter sollten Überlegungen für eine wirtschaftliche Nutzung bei niedriger Verbauung angestellt werden, dies würde ohne Zweifel eine Aktivierung des Stadtzentrums mit sich bringen.[11]

1.7 Schaffung eines Durchganges von der Dachsberggasse zum Täglichen Markt

Parallel zur Oberen und Unteren Landstraße als Fußgängerzone soll ein Fußgängerbereich geschaffen werden, der den Innenhof des Bürgerspitals mit der Dachsberggasse und den Innenhof des Hauses Obere Landstraße 1 – Täglicher Markt verbindet und in die Fußgängerzone am Täglichen Markt mündet. Verbunden damit wäre eine

[9] *H. Kühnel,* Krems in Wort und Bild (1870–1930), Zaltbommel 1983, Abb. 26; *ders.,* Fotodokumentation Krems an der Donau. Geschichte, Wirtschaft und Kultur. 1860–1938. Krems 1985, Nr. 1.15, Abb. 4; *ders.,* Krems 1938 – Krems 1945. Katalog, Krems 1988, Nr. 18.5, Abb. 28.

[10] *R. Wagner-Rieger* (s. A 7), S. 129, Nr. 59; Klaus Eggert, Josef Utz Vater und Sohn. Zwei Kremser Architekten des 19. Jahrhunderts, in: Mitteilungen des Kremser Stadtarchivs 19 (1979), S. 56, Nr. 48, Abb. 9.

[11] *A. Gattermann / K. Hinterndorfer / H. Rodinger / R. Schweiger,* Entwürfe zur Erneuerung der Altstadtgebiete von Krems und Stein, Krems 1975, SO 2.

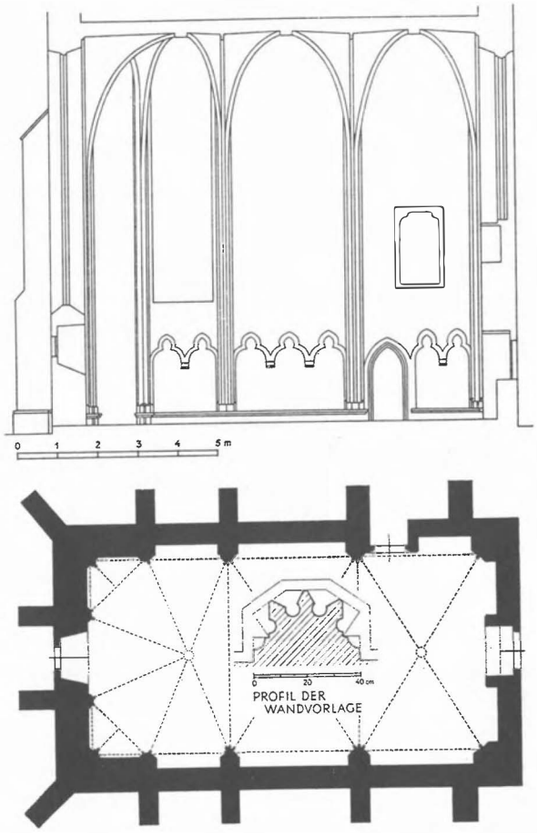


Abb. 4 Ursulakapelle in Krems, Längsschnitt und Grundriß.

wirtschaftliche Nutzung des Renaissance-Innenhofes von 1548 (Obere Landstraße), eventuell auch des dreiseitigen Hofes in der Dachsberggasse. Die damit entstandene Passage müßte abends geschlossen werden, um die nötige Sicherheit zu gewährleisten und jegliche Verschmutzung hintanzuhalten.[12]

1.8 Schaffung einer Passage vom Pfarrplatz zur Ursulakapelle

Im Zusammenhang mit dem »Jahr des architektonischen Erbes« 1975 wurden vom Kremser Architektenteam Gattermann/Hinterndorfer/Rodinger/Schweiger sowohl die Punkte 1.6 als auch 1.7 vorgeschlagen, ebenso die Schaffung einer Passage vom Pfarrplatz zur Ursulakapelle, einerseits um einen Fußgängerbereich und andererseits

[12] *A. Gattermann / H. Hinterndorfer / H. Rodinger / R. Schweiger,* Entwürfe zur Erneuerung der Altstadtgebiete, Plan Nr. 10.

eine überdeckte Ladenstraße zu schaffen. In diesem Bereich besteht die Möglichkeit, Boutiquen, Wein- und Grillstuben u. ä. anzusiedeln, wobei auch Dachterrassen als besonderer Anziehungspunkt errichtet werden könnten.[13]

2.0 Museumsprojekte

2.1 Erweiterung und Neuaufstellung des Historischen Museums im ehemaligen Dominikanerkloster

Das ehemalige Dominikanerkloster wurde in den Jahren 1969 bis 1971 weitgehend restauriert und für die Repräsentation der Objekte des Historischen Museums, des Weinbaumuseums und der Modernen Galerie umgestaltet. Die Fülle und Vielfalt Kremser Kunst und Kultur wurde im Rahmen der Exposition »1000 Jahre Kunst in Krems« vor Augen geführt.[14]

Die Milleniumsfeier macht nunmehr eine räumliche Erweiterung sowie eine Neuaufstellung der umfangreichen Bestände dringend erforderlich. Nach Aussiedlung einiger Wohnparteien sollen im Erdgeschoß und Obergeschoß die Räumlichkeiten des nördlichen Teiles des Osttraktes – nördlich des Refektoriums – in ihrer ursprünglichen Form wiederhergestellt und restauriert werden. Damit wären die Voraussetzungen gegeben, einige neue Abteilungen zu eröffnen, etwa »Lebens- und Arbeitswelt des 19. Jahrhunderts«, »Fotohistorica« u. a. Die Schwerpunkte der künftigen Repräsentation sollen in den Bereichen »Mittelalterliche Kunst«, »Martin Johann Schmidt und die Barockkunst« sowie die »zeitgenössische Kunst« sein. Da diese räumliche Ausweitung gleichzeitig die Verlegung des Depots notwendig macht, müssen Überlegungen angestellt werden, ausreichende Depoträume in den gewölbten Keller-Räumen nördlich und östlich des ehemaligen Klosters zu schaffen und eine unmittelbare Verbindung mittels Lastenaufzug zu den Museumsräumen herzustellen. Gewisse Schwierigkeiten wird das Problem der Feuchtigkeit in den Kellerräumen mit sich bringen.

2.2 Restaurierung der Ursulakapelle und Errichtung eines Lapidariums

Die Ursulakapelle im Bereich des Passauer Hofes westlich der Pfarrkirche St. Veit gehört dem 1. Viertel des 14. Jahrhunderts an und diente den Passauer Domherren als Hauskapelle. Es handelt sich um einen freistehenden Bau über rechteckigem Grundriß, eine hohe, außerordentlich schlanke Kapelle mit gerade schließendem Chor. Den hohen, steilen Raum umzieht im Inneren eine Bank von Wandnischen (siehe Längs-

[13] Ebda., Plan Nr. 13 u. 14.

[14] *H. Kühnel*, Das Dominikanerkloster. Kirche – Kloster – Kreuzgang, in: Katalog 1000 Jahre Kunst in Krems, S. 133–151, Falttafel 5; *ders.*, Baugeschichte, Restaurierung und Revitalisation des ehemaligen Dominikanerklosters in Krems, in: Österr. Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege Jhg. 25 1971, Heft 3/4 S. 161–166.

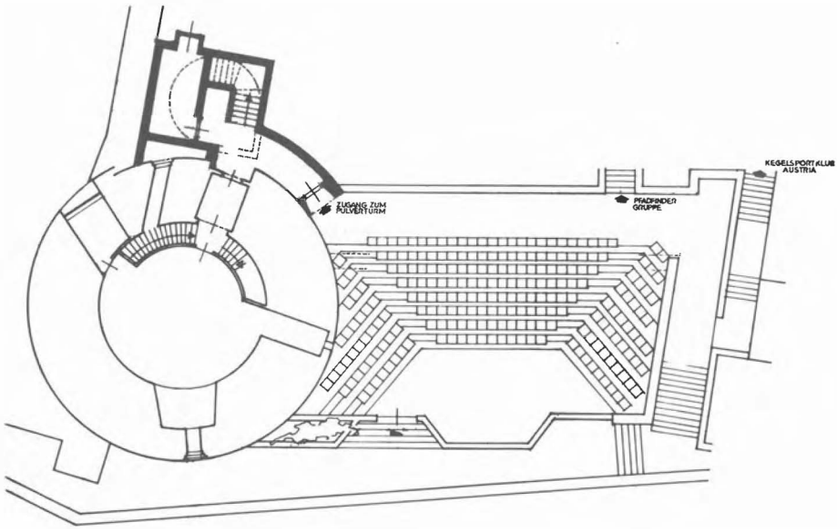


Abb. 5 Grundriß der geplanten Freilichtbühne beim Pulverturm. Planung Arch. D. I. Rupert Schweiger, Krems.

schnitt und Grundriß). Von der hölzernen Empore im Westen führte ein Übergang zu den Wohnräumen des 1878 und 1882 abgetragenen Passauerhofes.[15]

Erste Restaurierungsmaßnahmen haben zur Freilegung von Wandmalereien im Gewölbe geführt: die Kapelle, im Besitz der Diözese St. Pölten, soll nach einem Finanzierungsplan von der Diözese, vom Land Niederösterreich und der Stadt Krems einer Revitalisierung zugeführt und in den Museumskomplex des Dominikanerklosters einbezogen werden. In erster Linie werden in dieser Kapelle Architekturteile von Kremser sakralen und profanen Bauten zur Präsentation gelangen, überdies werden zahlreiche Moulagen von Grabdenkmälern dort Aufnahme finden. Durch die Schaffung der Passage vom Pfarrplatz wird die Ursulakapelle von zwei Seiten aufgeschlossen.

3.0 Theater

3.1 Errichtung einer Freilichtbühne beim Pulverturm

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Restaurierung des Pulverturmes (vgl. 1.3) steht die Errichtung einer Freilichtbühne in nördlicher Richtung dieses Befestigungs-

[15] *J. Wagner-Rieger* (s. A 7), S. 93, Nr. 35.

turmes. Erste Pläne für eine solche Bühne wurden bereits in den 30er Jahren entworfen und in den 50er Jahren verändert. Der jetzt zur Diskussion stehende Entwurf von Architekt Rupert Schweiger sieht einen Fassungsraum von 250 bis 300 Personen mit einer geeigneten Bühne vor und würde das Problem des Kremser Sommertheaters einer endgültigen Lösung zuführen, weil in den letzten eineinhalb Jahrzehnten meist auf dem Hohen Markt gespielt wurde, was aber Interessenskollisionen hervorgerufen hat, weil der gesamte Durchgangsverkehr über den Hohen Markt geleitet wird und damit Beeinträchtigungen verbunden waren. Mit dieser Freilichtbühne hoch über dem Kremstal am Rande der Kremser Altstadt würde nicht allein für Theateraufführungen und Konzerte ein geeignetes Domizil geschaffen, sondern auch für Schüler und Studenten ein Zentrum zur Verfügung gestellt werden können.[16]

4.0 Urbanisation

4.1 Errichtung eines repräsentativen Brunnens vor dem Steinertor

Die Stadt Krems besaß im 19. Jahrhundert zwei repräsentative Brunnen. Der Kremser Fabrikant Freiherr Franz von Wertheim hatte 1871 vom Salzburger Steinmetzbetrieb Roberth auf dem Pfarrplatz zwischen Rathaus und Pfarrkirche St. Veit einen Monumentalbrunnen mit Mittelsäule aus Salzburger Marmor errichten lassen. Bald nach 1900 wurde dieser Brunnen mit der Begründung abgetragen, daß er die Abhaltung der Märkte beeinträchtigte. 1884 war über Initiative des »Ersten Verschönerungsvereines« im Stadtpark der Springbrunnen mit einer Pferdegruppe in der Sockelzone und darüber einer Figurengruppe aus drei Nymphen auf einer Schale aufgestellt worden. 1921 renovierte man den Springbrunnen auf Anregung und mit ausschließlicher Finanzierung von Zeno Gögl. Der Brunnen mußte jedoch 1962 einem sterilen und stillosen Betonbrunnen weichen.[17]

Brunnen in einer Stadt hatten stets repräsentativen Charakter, sie setzen einen städtebaulichen Akzent und sind zugleich gesellschaftlicher Mittelpunkt. Die Stadt Krems sollte es keineswegs verabsäumen, mit Hilfe von Sponsoren im Bereich der Grünanlage vor dem Steinertor im Hinblick auf die Milleniumsfeier einen repräsentativen Brunnen von einem zeitgenössischen Künstler entwerfen und ausführen zu lassen, wobei das Thema wegen der Bedeutung des Stadtbildes vor dem Steinertor vorgegeben werden sollte. Das Motiv »Samson mit dem Löwen« würde sich im besonderen anbieten, weil dieses zum ältesten Symbol der Stadt zu zählen ist, findet sich das Thema doch schon als Münzbild des Kremser Pfennigs im 12. Jahrhundert,

[16] Die Planunterlagen hat freundlicherweise Architekt Dipl.-Ing. Rupert Schweiger, Krems, zur Verfügung gestellt.
[17] *H. Kühnel,* Krems in alten Ansichtskarten, Krems ²1981, S. 14; *ders.* (s. A 9), Abb. 52.

wird in der Renaissance am Rathauserker von 1548 wieder verwendet und gelangte in der Malerei des M. J. Schmidt, dem »Kremser Schmidt«, zur künstlerischen Ausführung.

4.2 Schaffung eines Glockenspiels auf dem Steinertor

In den mittel-, west- und südeuropäischen Städten kommt dem Glockenspiel eine eminente Bedeutung zu und trägt wesentlich zur Urbanisation eines Gemeinwesens bei. Seit dem 9. Jahrhundert sind solche Glockenspiele bekannt; durch Reihung von Einzelglocken erzielt man ein melodiefähiges Musikinstrument, seit dem Spätmittelalter häufig verbunden mit beweglichen Figuren. Glockenspiele bilden in jeder Stadt einen besonderen Anziehungspunkt. Ein Kremser Serviceclub mit einem Musikspezialisten hat sich grundsätzlich bereit erklärt, bei der Realisierung dieses Projektes federführend tätig zu werden.

5.0 Kulturelles und wissenschaftliches Veranstaltungszentrum

5.1 Ludwig von Köchel-Festsaal im Brauhof

1787/88 erbaute die Stadt Krems südwestlich des Steinertores eine großzügig konzipierte Brauerei im spätbarocken Stil. 1931 wurde bei teilweiser Übernahme der ursprünglichen Infrastruktur des Gebäudekomplexes durch den Linzer Architekten Hans Steineder ein Neubau im Stile der Sachlichkeit durchgeführt.[18] Das beabsichtigte neue Projekt der Brau-AG Linz (Architekt Achamer, Innsbruck) mit weitgehend wirtschaftlicher Nutzung, wird nach Absprache mit dem Bundesdenkmalamt den charakteristischen nördlichen Teil des Gebäudekomplexes in den Neubau integrieren. Nach bisherigen Gesprächen wird das neue Gebäude auch über eine Tiefgarage verfügen. Die Stadt Krems hat größtes Interesse daran, daß in den Neubau ein Festsaal mit einem Fassungsraum von ca. 600 Personen eingeplant wird, um für kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen über ein modernes Zentrum in günstiger Lage zu verfügen. Dieses Ziel könnte bei Bereitstellung von finanziellen Mitteln aus dem Regionalisierungsfonds – aufgeteilt auf drei bis vier Jahre – erreicht werden.

Die Realisierung der erwähnten Projekte bedarf einer intensiven Zusammenarbeit und eines Teamworks, an dem die Stadt Krems gemeinsam mit den Interessenten, den Sponsoren und der betroffenen Bevölkerung beteiligt sein müßte, so wie dies in früheren Jahrhunderten erfolgt ist: »Die Baugestalt der Kirchen, der Stadtpaläste oder Rathäuser, der Tuchhallen und Zunfthäuser der Kaufleute, auch den Marktbrunnen und sein Skulpturenprogramm« bezeugen den Sinn der dominierenden Bauten, rechtfertigen bestehende oder nur angestrebte Ordnungen.«[19]

[18] *H. Kühnel,* Fotodokumentation Krems, Nr. 3.2.1, Abb. 37.
[19] *W. Braunfels,* Abendländische Stadtbaukunst. Köln 1976, S. 10.

Peter Breitling

Die alte Stadt – kein Thema mehr?

»Die alte Stadt« ist eine Formel, von der man wohl sagen kann, sie sei »positiv besetzt«. Während meiner Studienzeit in den frühen 50er Jahren war das noch keineswegs der Fall. Trotz der grauenvollen Zerstörungen, die der 2. Weltkrieg angerichtet hatte, wurden Begriffe wie Altstadt und Altbauquartier fast automatisch mit sanierungsbedürftig im Sinne von »zu Entfernen und durch Besseres zu Ersetzen« verbunden. Die »Programmbilder« zu dieser Haltung lieferte Fritz Jaspert 1961 in seinem Buch »Vom Städtebau der Welt«, als er dem Ausschnitt aus einer alten Vedute die Axonometrie eines durchschnittlichen 50er-Jahre-Wohngebietes gegenüberstellte und mit diesem Bildpaar »alte Stadt – neue Stadt« das zu Überwindende und das Anzustrebende charakterisieren wollte.[1]

Wahrscheinlich hätte man auch damals kaum mit Erfolg den Totalabbruch der Altstädte von Regensburg, Bamberg, Tübingen, Goslar, Hameln oder des »Restes« von Alt-Lübeck fordern können, aber man war sich zumindest unter Architekten darüber einig, was für ein Jammer es doch sei, daß die zerstörten Stadtkerne nicht nach den kühnen Konzepten der ersten Stunde wiederaufgebaut wurden – wie etwa Mainz nach dem Plan von Marcel Lods oder Nürnberg nach dem Wettbewerbsentwurf von Gustav Hassenpflug –, sondern daß Kompromisse mit sehr starker Anlehnung an die alte Struktur und manchmal sogar an alte Formen die Regel wurden.[2]

Sanierung stellte man sich jedenfalls als sehr weitgehende Anpassung alter Quartiere an neue Ansprüche und Standards vor, bei der man nicht ohne harte Eingriffe auskommt.[3] Selbst bei bedeutenden historischen Stadtkernen war es schwer, Erhaltungsgesichtspunkte zur Geltung zu bringen, und wenn es gar jemand in den Sinn gekommen wäre, ein gutes Wort für erhalten gebliebene Gründerzeitviertel einzulegen, so hätte man ihn für verrückt gehalten.

Anzeichen für Skepsis gegenüber der Position »Alt gleich schlecht, Neu gleich gut« gab es schon seit Beginn der 60er Jahre; die ersten Versuche, Interesse für historische Bausubstanz und für die erhaltende Erneuerung zu wecken, stammen ebenfalls schon

[1] *F. Jaspert,* Vom Städtebau der Welt, Berlin 1961, S. 426.
[2] *W. Durth / N. Gutschow,* Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, Braunschweig 1988.
[3] Die zeigen ältere Veröffentlichungen wie z. B. *Internationaler Verband f. Wohnungswesen* (Hrsg.), Elendsviertelsanierung, Frankfurt/M. 1935 und jüngere wie etwa *J. Göderitz*, Stadterneuerung, Wiesbaden 1962.

aus den 60ern, sodaß das abbruchorientierte Städtebauförderungsgesetz von 1971 schon ein wenig anachronistisch war.[4] Der Anlaß für diese Skepsis war zunächst aber weniger eine besondere Wertschätzung der Altstädte und Altbauquartiere im Sinne von Wohnort und Lebensraum, als das Unbehagen an dem, was entstand. Stichwort für die zahllosen kritischen Veröffentlichungen, die diesem Unbehagen Ausdruck gaben, war Alexander Mitscherlichs Pamphlettitel »Die Unwirtlichkeit unserer Städte«.[5]

Die ersten zaghaften Ansätze von Stadtplanern, »den Fortschritt anzuhalten«, indem sie sich gegen Flächensanierungen, große Straßendurchbrüche oder Hochhausprojekte wandten, wurden von den Massenmedien in der Regel mit viel Sympathie kommentiert, und zu den wirtschaftlichen und »denkmalpflegerischen« Argumenten gegen die Zerstörung alter Stadtkerne und Quartiere kamen immer häufiger soziale und »philosophische«.[6] Spätestens 1975 mit dem vom Europarat ausgerufenen »Europäischen Jahr des Architekturerbes«, das im deutschen Sprachraum nicht ganz zutreffend als »Europäisches Denkmalschutzjahr« bezeichnet wurde, war es klar, daß man sich ohne Skrupel für Erhaltung historischer Struktur, Substanz und Gestalt einsetzen durfte. Zwar gab es auch schon damals merkwürdige Umdeutungen des Erhaltungsgedankens in der Art des »Roma interotta«-Syndroms,[7] wonach Störung, Zerstörung und Ersatz alter durch andersgeartete neue Substanz das wichtigste geschichtliche Kontinuum sei, das es zu erhalten gelte. Aufs Ganze gesehen, war aber die Werterhaltung im konkreten Sinne fest etabliert und wurde zum »Selbstläufer«.

Institutionen und Initiativen zugunsten der alten Stadt, Beispiele für erhaltende Stadterneuerung und städtebauliche Denkmalpflege wurden Legion. Schon die erste zum Thema städtebauliche Denkmalpflege erstellte Bibliographie von 1975 umfaßte mehr als 1000 Titel;[8] heute dürfte sich die Zahl der einschlägigen Veröffentlichungen mindestens verdreifacht haben. Mitte der 70er Jahre tauchte der Begriff Stadterhaltung im Titel eines Universitätslehrstuhls auf,[9] Erhaltungssatzungen, Milieuschutz-

[4] Sanierungsmaßnahmen sind »Maßnahmen durch die ein Gebiet zur Behebung städtebaulicher Mißstände insbesondere durch Beseitigung baulicher Anlagen und Neubebauung wesentlich verbessert und umgestaltet wird«, aus: *Städtebauförderungsgesetz*, Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, v. 27. Juli 1971 (Bgbl. I, S. 1125).
[5] *A. Mitscherlich,* Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt 1972.
[6] Kennzeichnend dafür war z. B. der 4. Kunstkongreß der Stadt Göttingen 1974 unter dem Titel: Die Kunst eine Stadt zu bauen, oder der vom Arbeitskreis Städtebauliche Denkmalpflege der Thyssen-Stiftung herausgegebene Sammelband »Die Kunst unsere Städte zu erhalten«, Stuttgart 1976; ein früher Vorläufer war die Monographie von *U. K. Paschke*, Die Idee des Stadtdenkmals, Nürnberg 1972.
[7] Dokumentiert in: Der Architekt 12 (1987), S. 572.
[8] *Inst. f. Wohnungs- u. Planungswesen Köln* (Hrsg.), Denkmalschutz im Städtebau. Eine Literaturdokumentation 1965–1975, Köln 1975.
[9] Lehrstuhl für Kunstgeschichte und Stadterhaltung der Universität Köln.

verordnungen und Altstadterhaltungsgesetze[10] wurden erlassen, und in dem von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung herausgegebenen »Grundriß der Stadtplanung« wurden dem Themenkreis Geschichtlichkeit und erhaltende Erneuerung zwei umfangreiche Abschnitte gewidmet. Daß die Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege ihren Namen in »Die alte Stadt« änderte, kann man durchaus als Zeichen dafür werten, daß sich ein neues Bewußtsein durchgesetzt hatte.

Das neue »Altstadtbewußtsein« war durchaus nicht auf die Disziplinen beschränkt, die sich schon seit Jahrzehnten mit der alten Stadt beschäftigt hatten, wie etwa Stadtgeschichte und Städtebau, sondern auch in den Sozial- und Geowissenschaften, in der Psychologie, in der Jurisprudenz und anderen Wissenschaftszweigen, wo die räumlichen bzw. die kleinräumlichen Fragen vorher nur eine marginale Rolle gespielt hatten, bekamen alte Städte und Quartiere und deren Bewohner einen wachsenden Stellenwert.[11] »Die alte Stadt« ist ein guter Spiegel dieser Entwicklung.

Titel wie »Historische Städte – Städte für morgen«[12] oder »Eine Zukunft für unsere Vergangenheit«[13] tauchten Anfang und Mitte der 70er Jahre in großer Zahl auf. Tenor aller dieser Veröffentlichungen war die Feststellung, daß alte Substanz und alte Strukturen durch relativ geringfügige Änderungen an gewandelte Bedürfnisse angepaßt werden können, gleichzeitig aber mehr Anmutungs- und Milieuqualitäten zu bieten vermögen als neue Bebauung und neue Quartiere. Zahlreiche nationale und internationale Gremien und Vereine bekräftigten dies durch eine Flut von einschlägigen Resolutionen.[14]

»Die alte Stadt« könnte sehr zufrieden sein, wenn ihr Anliegen und das ihrer zahlreichen Schwesterorganisationen nur die Hebung des »Altstadtbewußtseins« und

[10] Ein Beispiel: Gesetz v. 11. 6. 1974 mit dem besondere Bestimmungen zum Schutz der historisch, städtebaulich und architektonisch bedeutsamen Altstadt von Graz getroffen werden (Grazer Altstadterhaltungsgesetz 1974, Landesgesetzblatt 117/1974).

[11] Einige Beispiele: *E. Kube*, Städtebau, Wohnhausarchitektur und Kriminalität. Prävention statt Reaktion, Heidelberg 1982; *R. E. Lob / H. W. Wehling* (Hrsg.), Geographie und Umwelt. Forschung, Planung, Bewußtseinsbildung, Kronberg 1977; *Deutsche Unesco-Kommission* (Hrsg.), Stadtökologie, München 1978; *L. Kruse*, Räumliche Umwelt. Die Phänomenologie des räumlichen Verhaltens als Beitrag zu einer soziologischen Umwelttheorie. Phänomenologisch-psychologische Forschungen, Bd. 15, Berlin 1974; *P. Oberndorfer*, Stadtrechtsreform in Österreich, Vorschläge für eine demokratische Stadtverwaltung, Linz 1976; *Inst. f. Kulturanthropologie u. Europ. Ethnologie d. Univ. Frankfurt* (Hrsg.), Gestern Rathaus, heute Cafe, Karben 1984.

[12] *Deutsche Unesco-Kommission* (Hrsg.), Historische Städte – Städte für morgen, Köln 1974.

[13] *Bayr. Amt f. Denkmalpfl.* (Hrsg.), Eine Zukunft für unsere Vergangenheit, München 1974.

[14] Die bekanntesten davon sind die vom Kongreß über das Europäische Kulturerbe am 25. Oktober 1975 verabschiedete »Deklaration von Amsterdam«, in: *H. Maier* (Hrsg.), Denkmalschutz. Internationale Probleme, nationale Projekte, Zürich 1976, S. 119 und die Resolution 7628 »Sur l'adaption des systemes legislatifs et réglementaires aux exigences de la conservation integrée du patrimoine architectural«, beschlossen vom Ministerrat des Europarates am 14. 4. 1976 bei der 256. Sitzung, Manuskript Straßburg 1976.

die Rehabilitation historischer Stadtkerne und Quartiere wäre. Längst ist das Wohnen im Altbau und im alten Quartier ein Statussymbol geworden, und niemand käme heute mehr auf die Idee, einer gut erhaltenen Altstadt durch große Straßenschneisen »Blut zuführen zu wollen«, wie es vor 25 Jahren noch an der Tagesordnung war. Aber schon seit geraumer Zeit gibt es Anzeichen von Frustration und Unzufriedenheit.

Mancher Planer wird sich wie ein Zauberlehrling vorkommen, dem die Erneuerungs- und Verschönerungsdynamik davonläuft. Nicht nur, daß viele Altstädte »zerhübscht« werden, es entstehen auch Belastungen auf einer Ebene, von der man zwar aus Paris, Stockholm oder Rom hatte läuten hören, die man aber nicht für besonders bedrohlich hielt. Aber die Verzehnfachung der Preise für sanierungsbedürftige Altstadthäuser (nicht nur für Altstadt*grundstücke* wie ehedem), Luxussanierungen, horrende Mietpreissteigerungen in Altbauquartieren und vor allem die hemmungslose Vertreibung von Bewohnern aus geschäftlich interessanten Lagen der historischen Stadtzentren sind keine unbedeutenden Nebenwirkungen des neuen Altstadtbewußtseins, sondern berühren die Frage, was aus den Altstädten im besonderen und unseren Städten im allgemeinen werden soll in ihrem Kern.

Daß viele Architekten von erhaltender Erneuerung, Altstadt, Ortsbildpflege und dergleichen genug haben und gegen die Pest der Denkmalpflege zu Felde ziehen, oder daß Altstadt out ist und neue Schlagworte wie Peripherie die Runde machen, wäre kein Anlaß zur Sorge;[15] denn für die Architekturdiskussion sind immer schon extreme Pendelschwünge der Zeitmeinung und rasch wechselnde Moden in den Interessenschwerpunkten kennzeichnend gewesen. Bedrückend dagegen ist das völlige Fehlen klarer Perspektiven, wenn man nicht Piero Luigi Cervellati folgen will, der sich für ein totales Bauverbot in Europa einsetzt, weil seiner Meinung nach alles, was an Raumbedarf vorhanden ist oder entsteht, in der im Überfluß vorhandenen Bausubstanz untergebracht werden kann.[16]

Wirklich erfolgreich wäre die intensive Beschäftigung mit alten Städten dann gewesen, wenn nicht nur eine höhere Wertschätzung des unvermehrbaren Gutes »Alte Stadt« herausgekommen wäre, sondern auch ein Konsens über anerkannte Regeln des Städtebaus und der Architektur in einer immer noch bau- und investitionsfreudigen Welt, die aus den Fugen zu gehen droht. Damit ist nicht in erster Linie die Suche nach verbindlichen Gestaltgesetzen gemeint, wie sie von einzelnen Theoretikern der Postmoderne betrieben wird,[17] sondern die Übertragung ererbter struktureller Qualitäten

[15] Kritische Stimmen zur denkmalpflegerischen Baugesinnung gab es schon auf dem Höhepunkt der Werterhaltungswelle im Europäischen Denkmalschutzjahr 1975, so z. B. im Organ des Bundes Deutscher Architekten, Im Blickpunkt: Ein Recht zu sterben, Heft 12/1976, S. 443; näheres in meinem Beitrag: *P. Breitling*, Der Jupiterkomplex, in: Der Landkreis, 1975/8–9, S. 325 ff.

[16] *P. L. Cevellati*, hier zitiert nach »Profil« 1989 v. 13. 2. 1989.

[17] So z. B. *R. Krier*, Elements of Architecture AD Profile, Bd. 49, London 1983 und *L. Krier*, The Architects Categorial Imperative, in: Architectural Design Vol. 58, Nr. 1/2 1988, S. 57.

in die Entwicklungs- und Bauleitplanung. Was Leonardo Benevolo 1976 vorausgesagt hatte, ist nicht eingetreten. Er meinte damals: »Heute erneuert man das historische Zentrum von der Peripherie ausgehend, morgen wird die Peripherie vom historischen Zentrum ausgehend erneuert werden; es geht schließlich nicht um die Einrichtung einer bevorrechtigten Sonderzone in der Stadt, sondern um ein Konzept für die zukünftige Stadt, damit diese wirklich modern genannt werden kann.«[18]

Zwar gab es in den 70er und frühen 80er Jahren zahlreiche Versuche, sozusagen in kleiner Münze die räumlichen Qualitäten historischer Stadtviertel wieder zu beleben; diese Versuche blieben aber auf isolierte, meist recht kleine Anlagen beschränkt und brachten keinen wesentlichen Fortschritt in Richtung auf eine bessere Stadt- und Siedlungsstruktur.[19]

»Gut« im heutigen Sinne ist ein Lebensraum dann, wenn die Nutzung seiner Qualitäten mit minimalen Belastungen von Umwelt und Bewohnern möglich ist. Das heißt:

- wenn der größte Teil der Verkehrsbewegungen zur Inanspruchnahme von Diensten und Einrichtungen zu Fuß oder mit »alternativen« Verkehrsmitteln möglich ist,
- wenn die Bewohner freie Wahl zwischen zurückgezogenen und geselligen Formen des Lebens haben,
- wenn neben den gut ausgestatteten Wohnbereichen und Zentren attraktive Freiflächen leicht erreichbar sind,
- wenn das Quartier seine Bewohner durch räumliche und gestalterische Qualitäten anspricht und
- wenn gewohnte Elemente des Städtischen wie Simultaneität und enges Nebeneinander verschiedener Nutzungen und Typen erhalten bleiben.

Ein wichtiger Punkt in dem zuletztgenannten Nebeneinander ist auch die »Korngröße«[20] der einzelnen Wohnanlagen, Einrichtungen, Dienste und Betriebe. Wo das kleine Element völlig verschwindet, leidet die Stadtqualität.

Ein sehr großer Teil der Bedingungen für die Erhaltung und das Entstehen guter Lebensräume ist in der alten Stadt und im überlieferten Siedlungsgefüge gegeben und liefert uns Anhaltspunkte für die Planungsziele unserer Zeit. Die historische Siedlungsstruktur hatte der heutigen vor allem eines voraus, nämlich ihre Gliederung in kleine und größere, klar abgegrenzte *Orte*.[21] Diese Orte waren nicht nur Kristallisationspunkte für Heimatgefühl und nachbarschaftliche Beziehungen, sondern auch Versorgungseinheiten von einer Größe, die erst im 19. Jahrhundert den Maßstab des

[18] *L. Benevelo,* Denkmalschutz und Städtebau. Versuch einer Bilanz, Vortrag beim 4. Europaratssymposion Berlin 1976 über Fragen der integrierten Konservierung, Manuskript Berlin 1976, S. 5.
[19] *R. Keller,* Siedlung »Chriesmatt«, Dübendorft, in: Baumeister 4/1988, S. 5.
[20] *K. Lynch / R. Lloyd,* A Theory of urban Form, in: Journal of the American Institute of Planners 1958, S. 201.
[21] Vgl. dazu sehr ausführlich *Ch. Norberg-Schulz,* Genius loci, Landschaft, Lebensraum, Baukunst, Stuttgart 1982.

vom Menschen zu Fuß Bewältigbaren überschritt. In einem solchen Ort könnte man auch Ende des 20. Jahrhunderts noch ohne individuelles Verkehrsmittel angenehm leben, wenn Kraftfahrzeuge nur in dem Maß Zugang zu ihm hätten, das von den reinen Versorgungsvorgängen bestimmt wird. Bestünden unsere Großstädte und Ballungsräume nur aus Orten, in denen alle für das tägliche Leben notwendigen Einrichtungen und Dienste in Fußgängerentfernung verfügbar wären und die aufgrund ihrer Größe eine wirtschaftliche Bedienung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zuließen, so wäre eine allmähliche Zurückdrängung des Individualverkehrs ohne Einbuße an Lebensqualität möglich.

Voraussetzung der »Leistungsfähigkeit« unserer alten Städte und Orte in dieser Beziehung ist ihre hohe Besiedlungsdichte.[22] Wie die Untersuchungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zur Ordnung der Siedlungsstruktur in den 60er Jahren gezeigt haben, läßt sich bei den heutigen Vorstellungen von Bequemlichkeit die vollständige Versorgung und ausreichende Bedienung mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln nur oberhalb einer Bruttobesiedlungsdichte von 75 Einwohnern sichern.[23]

Abstriche an dieser Bequemlichkeit, beispielsweise die Erweiterung der »Unlustschwelle« von 500 m Fußweg auf 600 oder gar 700 m, die Erhöhung des Taktes von Bahnen oder Bussen auf mehr als 10 Minuten würde die erforderliche Dichte stark nach unten drücken. Sicher ist aber, daß sich in den suburbanisierten Regionen mit ihren Bruttodichten von 20 oder gar nur 10 Einwohnern keine gut versorgten Quartiere bilden können, ja nicht einmal Orte, die diesen Namen verdienen. Ganz zu Recht hat der Amerikaner Melwyn Webber darauf hingewiesen, daß wir dazu gezwungen seien, in ortlosen städtischen Räumen zu leben.[24]

Eine zweite Qualität, die alle historischen Städte und Orte auszeichnet, ist ein Merkmal, das ich »Bezogenheit« genannt habe.[25] Die einzelnen Parzellen und Gebäude sind im historischen Ort eng aufeinander bezogen und miteinander verknüpft, sie bedingen sich in ihrer Form, Größe und Stellung gegenseitig; dasselbe gilt für das Verhältnis zwischen öffentlicher Freifläche für Verkehr und sonstige gemeinsame Nutzungen und der Bebauung. Das Netz der Wege und Freiflächen für die gemeinschaftliche Nutzung korrespondiert mit der ihre Ränder markierenden Bebauung, und die Bebauung bildet die Grenze und Wandung der Freifläche. Basis dieser Bezo-

[22] Bezug genommen wird hier auf die Beziehung zwischen Einwohnern und Arbeitsplätzen je ha besiedelter Stadtfläche, nicht auf die Einwohner im Verhältnis zum gesamten Hoheitsgebiet der Gemeinde, die das Bild der tatsächlichen strukturellen Verhältnisse sehr verfälschen kann; vgl. auch Anm. 23.
[23] *P. Breitling,* Zur Ordnung der Siedlungsstruktur, in: Veröff. d. Akad. f. Raumf. u. Landesplanung 85, Hannover 1974.
[24] *M. Webber,* The Urban Place and the nonplace Urban Realm, in: Explorations into Urban Structure, Philadelphia 1964, S. 79.
[25] *P. Breitling / H. Gebhard,* Die alte Stadt – heute und morgen, S. 35.

genheit ist meist die geschlossene Bauweise oder die Bauweise mit sehr engen Bauwichen. Kennzeichen der Stadterweiterungsgebiete unserer Zeit ist dagegen die extreme Vereinzelung. Das möglichst wenig Aufeinander-angewiesen-sein, Ellenbogenfreiheit und die Möglichkeit zur Selbstentfaltung ohne Rücksicht auf Nachbarn prägen die Besiedlung. Helmut Spieker[26] sprach in einem kritischen Beitrag über moderne Kunst und Architektur von der »Objektverhaftung der Moderne«, die so weit ging, daß Architekturzeitschriften und -monographien ihre Beispiele grundsätzlich ohne erkennbaren Umraum dokumentierten.

Dichte und Bezogenheit sind Grundlagen eines dritten strukturellen Qualitätsmerkmals, das die Erreichbarkeit großzügiger Freiraumelemente in der Besiedlung gewährleistet, nämlich die »Abgliederungswürdigkeit« im Sinne des Landschaftsarchitekten Werner Lendhold.[27] Er hatte mit Recht darauf hingewiesen, daß das im Einzugsbereich von Städten sehr schwierige und teure Freihalten der für die Erholung prädestinierten Räume nur dann gerechtfertigt und ohne übergroßen Aufwand möglich ist, wenn die einzelnen Quartiere oder Orte so dicht und räumlich gefaßt sind und so viele Einwohner haben, daß ihre Abgliederung vom Nachbarquartier durch trennendes Grün gerechtfertigt ist.

Was wir ebenfalls von der alten Stadt übernehmen sollten und könnten, ist die enge Verflechtung verschiedener Nutzungen. Bei diesem Merkmal zeigt sich allerdings besonders deutlich, daß *direkte* Analogien zur alten Stadt ebenso in die Irre führen können wie die Versuche, in der städtischen Zivilisation Vorbilder aus der Natur nachzuahmen. Das klassische Stadthaus aus der vorindustriellen Zeit läßt sich heute nicht mehr wiederholen, und die von Hans Scharoun in den 50er Jahren verfochtene Wohnwerkschaft[28] ist nicht als Modellvorstellung für die Behausung von Normalbürgern geeignet. Sehr wohl ließe sich aber die Form und Ausdehnung von Arbeits- und Kerngebieten so steuern, daß enge Beziehungen und Verzahnungen zwischen Wohnquartieren und zentralen Lagen entstehen, und auch die Erhaltung von Wohnungen in den Zentren ist durchaus keine unlösbare Aufgabe. Für die schwer eingliederbaren Arbeitsgebiete gilt dasselbe wie für die Wohnquartiere, daß sie nämlich so kompakt und abgliederungswürdig bemessen und geformt sein sollten, daß ihre Bedienung mit öffentlichen Verkehrsmitteln keine Schwierigkeiten macht.

Was in einer der historischen Ortsbezogenheit angenäherten Siedlungsstruktur auch eher möglich wäre als in den Konurbationen unserer Zeit, ist der wirtschaftliche Anschluß an hoch entwickelte technische Ver- und Entsorgungsnetze. Dichte, relativ

[26] *H. Spieker / H. Spieker-Scholl,* Manierismus der Moderne oder Ende der Baukunst? – eine Streitschrift zur Situation von Kunst und Architektur, Zürich 1975.
[27] *W. Lendholt,* Funktionen der städtischen Freiräume, in: Veröff. d. Akad. f. Raumf. u. Landesplanung 101, Hannover 1975.
[28] *H. Scharoun*, Bauten, Entwürfe, Texte, hrsg. v. *P. Pfankuch*, Berlin 1974, S. 266.

geschlossene Quartiere lassen sich wesentlich besser mit Fernwärme versorgen oder mit Blockheizkraftwerken ausstatten als locker bebaute und erleichtern daher die Reduktion von Schadstoffemissionen. Solche Quartiere begünstigen auch das Zusammenfassen der Autoabstellplätze in Parkbauten. Nur unter der Voraussetzung dieser Zusammenfassung ließe sich die Forderung durchsetzen, daß der Weg zum öffentlichen Verkehrsmittel stets kürzer und einladender sein soll als der zum Auto.[29]

Die schon am längsten allgemein erkannte und zur Nachahmung in zeitgenössischen Formen empfohlene historische Qualität ist die starke und lebendige Räumlichkeit alter Städte.[30] Sie ist nur unter der Bedingung zu haben, daß die räumlichen Beziehungen nicht von den Standards geprägt werden, die in den Anfangsjahren der Motorisierung aufgestellt wurden, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gewährleisten. Wo die räumlichen Verhältnisse den ausnahmsweise im Inneren der »verkehrsungerechten« Quartiere fahrenden Automobilisten zur Schrittgeschwindigkeit zwingen, kann man sich technische Hilfsmittel und Hinweisschilder weitgehend sparen.

Nichts an den Analogien zur alten Stadt und zur historischen Siedlungsstruktur ist neu oder aufsehenerregend. Das könnte auch einer der Gründe dafür sein, daß die Struktur- und Entwicklungspläne, in denen diese Gedanken – wenn auch verborgen unter Bezeichnungen wie Regionalstadt, Entwicklungsachse, punktachsiale Verdichtung, Siedlungsschwerpunkt und anderem – enthalten sind, bisher nicht mehr gegen die Degeneration unserer Umwelt ausrichten konnten. Im Zeitalter der Massenmedien ist Originalität und Glorifizierbarkeit[31] das entscheidende Kriterium für das Interesse, mit dem ein Anliegen rechnen kann. Eine gute Umwelt ist nichts Spektakuläres und sie ergibt sich nicht aus aufsehenerregenden »Würfen«, sondern aus dem nur sehr mühselig zu erreichenden Konsens zwischen den Kräften, von denen die Siedlungsentwicklung abhängt.

Der luxemburgische Architekt Leon Krier hat in Veröffentlichungen und konkreten Entwürfen mit Verve versucht, die Verwirklichung sehr eng an historische Vorbilder angelehnter Stadterweiterungsprojekte zu erreichen.[32] Er hat damit zwar viel Aufsehen erregt, ist aber nicht praktisch erfolgreich gewesen. Ich halte das für eine Bestätigung meiner These, daß konkrete Fortschritte auf dem Weg zu mehr städtischer Umweltqualität nicht durch spektakuläre publizistische oder entwerferische Donnerschläge erreicht werden können.

[29] *H. Knoflacher,* Verkehrsplanung für den Menschen, Wien 1987, S. 39.
[30] *C. Sitte,* Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien 1889; *P. Schultze-Naumburg*, Kulturarbeiten, Bd. 4: Städtebau, München 1906; *P. Breitling* (s. A 25).
[31] *H. Krauch,* Prioritäten für die Forschungspolitik, München 1970, S. 37.
[32] Unter anderem erarbeitete *L. Krier* einen Entwicklungsplan für den Siedlungsschwerpunkt Poing Pliening bei München, der nicht zur Ausführung kam. Dokumentiert ist sein Projekt für die Ferienstadt »Atlantis« in Teneriffa, in: Architectural Design, Vol. 58, 1/2 1988.

Allerdings ist es nicht nur die mangelnde Akzeptanz, die Fortschritte im Sinne Leonardo Benevolos verhindert, sondern auch die Fehlsteuerung der baulichen und städtebaulichen Entscheidungen im Detail durch rechtliche Bestimmungen, die den einzelnen Verkehrsteilnehmer, Wohnungssuchenden, Einkäufer oder Investor zu einem Verhalten motivieren, das sich nicht an dem schon erreichten Stand des Umweltbewußtseins orientiert. Die gesetzlichen Grundlagen der Bauleitplanung in der Bundesrepublik entsprechen zwar durchaus dem gegen Ende dieses Jahrhunderts üblichen Standard. Es sind jedoch, bis auf wenige Ausnahmen, »Werkzeuggesetze«, mit denen gut oder weniger gut gearbeitet werden kann. Eine Motivation des einzelnen Bürgers, selbst möglichst viel zur Verbesserung seiner Umwelt beizutragen, erzeugen sie jedoch kaum.

Zudem ist das Planungsrecht in der Bundesrepublik noch immer vom Kampf gegen die Bau- und Bodenspekulation der vor-automobilistischen Zeit geprägt und vermag nichts gegen die bewußte oder unbewußte Spekulation mit der Umweltbelastung – insbesondere mit der relativen Unempfindlichkeit der Autogesellschaft gegen Entfernungen.

Die über ihre Steuerung des Verhaltens des Einzelnen mittelbar raumwirksamen Gesetze sind für eine sinnvolle räumliche Ordnung zum Teil sogar ausgesprochen hinderlich. Allein im Steuer- und Abgabenrecht gibt es zahllose Bestimmungen, die die Bürger von umweltschonenden Entscheidungen abhalten – umso mehr, als vieles, was für die Qualität unserer Städte gut wäre, durch den teilweisen Verzicht auf liebgewordene Freiheiten erkauft werden müßte:

- Die Freiheit zur beliebigen Wahl des Wohnstandortes ohne Nachteile.
- Die Freiheit, das Automobil nach Belieben zu benutzen und abzustellen.
- Die Freiheit, ein (Bau-)Grundstück brach liegen zu lassen.
- Die Freiheit, riesige Mengen von Trinkwasser zu verbrauchen.
- Die Freiheit, nirgends anbauen zu müssen.
- Die Freiheit, Bauwerke, welche viele Benutzer oder Besucher anziehen, an nur mit dem Auto erreichbaren Stellen zuzulassen.
- Und so weiter...

Unsere Gesellschaft hätte die Möglichkeit und die Berechtigung, den Raum der Freiheit etwas einzuengen, indem sie neue Regelmechanismen etabliert.[33] Es zeigt sich immer wieder, daß der Bürger bereit ist, sein Verhalten gewissen Regeln zu unterwerfen, wenn ihm deren Sinn einleuchtet.

Wenn das Umwandeln von Freiland in Bauland – ohne Rücksicht darauf, ob dieses Bauland auch sofort bebaut werden kann – Lasten für den Grundeigentümer mit sich brächte, würde der Drang zur Baulandausweisung nachlassen.

[33] *C. Fr. v. Weizsäcker* stellte schon 1966 fest, daß die wachsenden Möglichkeiten unserer Gesellschaft uns dazu zwängen, den Raum der Freiheit zu planen, in: Gedanken über unsere Zukunft, München 1966, S. 28.

Wenn die Zulassung eines Kraftfahrzeuges mit dem Nachweis eines Stellplatzes gekoppelt wäre und die »Laternengarage« etwas kostete, dürfte ein Markt für Parkierungsbauwerke entstehen.

Wenn Begünstigungen und Subventionen an Mindestdichten und maximale Grundstücksgrößen gebunden wären, gäbe es einen Anreiz zur Flächensparsamkeit.

Wenn in die Wassergebühren die Kosten für Abwasserbeseitigung und Abwasserreinigung eingerechnet werden müßten und die Zweckbindung dieser Mittel garantiert wäre, würde die wasserwirtschaftliche Sanierung wesentlich einfacher. Wenn man die Kilometerpauschale abschaffte und die Benutzung alternativer Verkehrsmittel begünstigte, nähme der Anreiz zum Autofahren ab. Ähnliche Wirkung hätte die ausschließliche Besteuerung des Kraftstoffes anstelle derjenigen des Automobils.

Begünstigung der Ansiedlung an gut mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln bedienten Standorten könnte ebenso dazu beitragen, Streuungstendenzen zu verringern, wie die gezielte Benachteiligung und Behinderung von Einkaufszentren »auf der grünen Wiese« ...

Die intensive Beschäftigung mit den motivierenden Bestimmungen des unmittelbar und mittelbar raumbedeutsamen Rechts wäre jedenfalls eine sehr lohnende Forschungsaufgabe.

Es ist wahr, daß die Qualitäten alter Städte und alter Siedlungsstrukturen unter längst vergangenen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen entstanden sind. Stimmt es auch, daß sie unter den völlig veränderten Bedingungen des modernen Lebens unwiederholbar sind? Wenn dem so wäre, wie könnten dann alte Städte mit ihren Behinderungen und Einschränkungen für dieses sogenannte moderne Leben geliebte Wohnorte und Arbeitsstätten sein?

Ernst Schirmacher

Können die alten Städte noch Lebenszentren der Gegenwart sein?

Mein Thema ist als Frage formuliert. Das Fragezeichen beunruhigt, es soll beunruhigen: Was geschähe, ließe man den herrschenden, den gestaltenden Kräften unserer Zeit freien Lauf? Ich meine damit nicht die Architekten und Stadtplaner, die weder wirklich herrschen noch auf eine andere Art und Weise die Zeit und ihr Denken verändern, sondern jene, die die Aufgaben stellen, die mit der Macht ihres Vermögens Bauten errichten, Stadtplanungen vorantreiben, über Gestalt, Erhaltung oder Zerstörung bestimmen.

Die alten Städte, diese ziemlich unbrauchbaren Komplexe, würden zuerst verändert: Größerer Raumbedarf erfordert größere Einheiten, selbstverständlich mit den technischen Mitteln unserer Zeit gestaltet – vielleicht noch mit alten Fassaden, das verleiht heute Ansehen. Dann entstünden – dies ist überall zu beobachten – noch größere »Zentren« vor den alten Städten, zuerst am Rande, dann außerhalb auf freiem Feld; eine Wanderung der Nutzungen, die ihre gebauten Zeugnisse nach einigen Jahren unzeitgemäß, veraltet, in trostloser Unordnung als Dokumente der Zeit hinterläßt.

Die herrschenden und handelnden Kräfte sind Zentrifugalkräfte, Fliehkräfte, die die alten Zentren auflösen und viele kleine neue schaffen, schaffen müssen, wenn sie im Konkurrenzkampf, im Machtkampf, überleben wollen. Vielleicht drängen sie dann eines Tages wieder zurück, dann aber weiter zerstörend.

Die leichte Art der Beweglichkeit der Massen, der Verkehr und der Zwang, Stellplätze bereit zu halten, stehen dahinter. Aber auch die Möglichkeit, größer, geräumiger, zugleich aber billiger zu bauen, ohne irgendeinen anderen Anspruch als den der rationellsten Zweckmäßigkeit und einer auftrumpfenden und schreienden Reklame.

Diesen Fakten können einige schwerwiegende Sachverhalte entgegengesetzt werden, die allerdings nur leise mahnend für die älteren Zentren sprechen. Es sind Gründe, die im Menschen selbst in unserem Sein als Menschen, in unserem Gegebensein wurzeln. Meine Antwort auf die Frage des Themas will ich an den Anfang stellen: Die alten Städte müssen die Lebenszentren der Gegenwart sein und bleiben, zugleich aber können sie diese Aufgabe nicht mehr ganz erfüllen. Alle Versuche, sie zu ersetzen oder sie zu verwandeln – unter welcher gedanklicher Vorstellung auch immer –, sind mehr oder weniger gescheitert. Sogar dort, wo große Zerstörungen stattfanden. Warum? Darüber nachzudenken wird mit ein Inhalt meines Beitrags sein.[1]

[1] Zu Stadterhaltung und Stadtgestaltung vgl. auch *E. Schirmacher,* Stadtvorstellungen. Die Gestalt der mittelalterlichen Städte, Erhaltung und planendes Handeln, Zürich 1988. Dem hier vorliegenden Text liegt ein Vortrag zugrunde, gehalten im November 1988 in Idstein auf einer Tagung der AG Die alte Stadt.

Aus der angedeuteten Ambivalenz der Zentren, ihrer Inhalts- und Wirkungsvorstellungen entstehen die meisten Probleme, mit denen wir uns seit Jahrzehnten beschäftigen und die immer nur zu einem Teil zu lösen sind. Versuche über Versuche sind gemacht worden zwischen den gedanklichen Polen Neugestalten, Einfügen, Wiederherstellen und Restaurieren. Von einem einigermaßen gesicherten Grund kann der Denkmalpfleger ausgehen. Denkmalpflege braucht sich schon lange nicht mehr um Legitimationen zu bemühen; die kunst- und geisteswissenschaftlichen Fragen sind erarbeitet, die Regeln in Gesetzen festgelegt. Allein im Detail, in der Ausführung der jeweiligen Aufgabe, gibt es verschiedene Auffassungen, unterschiedliche Welt- und Denkmalansichten.

Wir Architekten und Planer, aber auch jene, die in den politischen Gremien mitzustimmen haben, stehen dagegen auf einem weithin ungesicherten Grund. Wir müssen dem Leben dienen, wie Otto Borst es in seinem Aufsatz »Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben« ausdrückt.[2] Wir müssen irgendwann, bei jeder Aufgabe, den letzten Strich ziehen und müssen die Arbeit beginnen. Wir müssen uns entscheiden! – Nur nach welchen Maßstäben? Was ist richtig oder falsch? Was ist gut und was ist schlecht? Weder Geschmack, künstlerische Intuition noch historische Bildung allein helfen weiter – auch nicht der vielbeschworene Geist der Zeit.

Wenn es einen Geist der Zeit gibt, eine allgemeine, oft nicht bewußte Grundgestimmtheit der Vorlieben oder des Geschmacks, aus der Mehrheitsentscheidungen entstehen, dann äußert sich diese Grundgestimmtheit heute in einem lässigen, intellektuell spöttischen Einreißen aller Abgrenzungen, in einer Vielfalt, die zum Chaos neigt, zum Durcheinander, das sich in »Komplexität und Widerspruch« (R. Venturi) äußert und sich am reinsten dort ausdrückt, wo Bauleitplanung und Stadtplanung müde werden: an den Rändern der Stadt, an den Ausfallstraßen, im trost- und gestaltlosen Durcheinander von Wohn- und Gewerbebauten, Tankstellen, Imbißbuden, im Durcheinander der herrschenden Kräfte.

Hinzu treten Durcheinander und Dissonanzen eines popmodernen Bauens: Beliebigkeit und damit Austauschbarkeit. Beides aber ist der alten Stadt fremd und für ihren Bestand tödlich. Zudem sind wir Mitspieler in einem Spiel, dessen Mittel und Zwecke wir nur in Bruchstücken vermuten können. Wir treten in dieses Spiel ein und werfen irgendwann den letzten Würfel – das Spiel geht weiter. Wir erhaschen nur einen kleinen Überblick. Wir können ihn vertiefen durch Überlieferung, durch Bedenken des Überkommenen, durch Anknüpfen und Weiterführung. Damit gewinnt das

[2] *Otto Borst,* Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben, in: Die alte Stadt 15 (1988), S. 1–22.

Spiel eine geringe Tiefe, und wir können wenigstens das Gestern mit dem Heute vergleichen.

Die Frage, um die es geht, wird in der letzten Zeit zunehmend gestellt. Dazu zwei Beispiele: »Die alte Stadt – Denkmal oder Lebensraum?«, fragen Cord Meckseper und Harald Siebenmorgen, den »Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben« hinterfragt Otto Borst.[3]

Wie oft mußten wir in Ausschuß- und Ratssitzungen schon den Ausruf hören: »Wir wollen kein Museum!« Dahinter steht die Angst vor Beschränkungen der Nutzung und Gestaltung, vielleicht auch vor einer Verringerung der Rechte. Vor allem aber die Unfähigkeit, das Denken den Bedingungen der alten Stadt anzupassen. Neben den geltenden Vorstellungen von Stadt und Städtebau, von Wohnen, Kaufen und Verkaufen, Verwalten, Verkehr etc. muß die alte Stadt wie ein sehr fremdes Überbleibsel wirken. Seit es Denkmalpflege gibt, versucht man diesen inneren Zwiespalt, diesen Widerspruch, zu überbrücken oder gar zu verdrängen. Nicht immer geht der Widerstreit günstig für die alte Stadt aus. Macht- und Darstellungsansprüche sind darin eingeschlossen.

Noch bis ins 19. Jahrhundert hinein wurden die alten Städte und ihre innere Ordnung niemals durch neue, veränderte Nutzungen in Frage gestellt. Die großartige barocke Anlage von Nancy entstand neben der alten Stadt, und Neustädte entstanden vor den alten Stadtkernen, die aber immer ihren höheren Rang behielten. Rang und Rangordnung waren ein wesentliches Kriterium der alten Städte.

Erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts kehrte sich das Begreifen und Vorstellen um. Die alte Stadt wurde zur Altstadt, sie wurde entwertet, und dem Verkehr wurden große Schneisen wie durch einen verfilzten Wald geschlagen. Von außen drangen neue Werthaltungen, Interessen und Nutzungen in die alten Städte ein. Man glaubte, sie ersetzen zu müssen im Namen eines neu gedachten Lebens, das fortschrittlich zu einem neuen Glück aufbrach. Gleichzeitig, als die Verluste auch an wichtigen Denkmälern immer größer wurden, entstand die Denkmalpflege, die sich diesem blinden Lebensanspruch entgegenstellte. Wir befinden uns heute noch mitten in diesem Vorgang, und wir sollten uns nicht täuschen lassen, auch wenn die allgemeine gedankliche Grundhaltung ein wenig anders ist. In allen Erneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen ist dieser nie aufgelöste, vielleicht auch niemals aufzulösende Zwiespalt enthalten. Warum?

Mein Thema spricht von den alten Städten und den Lebenszentren der Gegenwart. Beginnen wir mit den letzteren. Was ist ein Lebenszentrum? Gibt es das noch, oder gibt es nur noch Zentren für verschiedene Lebensäußerungen, für unterschiedliche Lebensbedürfnisse von vielerlei Gestalt und Inhalt?

[3] C. *Meckseper / H. Siebenmorgen,* Die alte Stadt – Denkmal oder Lebensraum? Die Sicht der mittelalterlichen Stadtarchitektur im 19. und 20. Jh., Göttingen 1985; *O. Borst* (s. A 2).

Jeder, der meint, eine gewisse Vielfalt anzubieten, nennt heute sein Vorhaben ein Zentrum oder moderner ein Center. »Einkaufszentrum« ist der geläufigste Begriff neben – ich nenne spielerisch – Gemeindezentrum, Freizeitzentrum, Fitneß-Center; Ärztezentrum, Bräunungszentrum, Schulzentrum, Sportzentrum, Stadtzentrum (oder neudeutsch »City«). Sie alle spielen mit dem Gedanken der Mitte. Echte Mitte ist aber allenfalls noch mit »Stadtzentrum« gemeint, die anderen Bezeichnungen sind Anspruchsfloskeln.

»Zentrum« scheint zu einem Schlüsselwort für die Wirklichkeit dieser Zeit und ihrer Träume geworden zu sein. Man möchte im Zentrum stehen. Wie aber sieht diese Wirklichkeit aus? Einkaufszentren sind zumeist ein Zusammen von Einkaufshallen oder Einkaufscontainern, in denen selbst noch die Waren in Kartons gestapelt stehen. Steigerungen gibt es bis hin zu jenen Edelpassagen, überdachten Einkaufsstraßen, geheizt, klimatisiert, mit glitzernder Dekoration und mit Kneipen um einen »Dorfplatz« mit Teich, Goldfisch und Baumdekor. Aber Ironie beiseite – sie sind voller Menschen.

Diese Zentren leben von drei Komponenten: erstens von den Anbietern, die solche Basare des Einkaufens, Schlenderns, des Zeitvertreibs und der Flucht vor Langeweile schaffen, zweitens von Menschen, die diese Angebote schätzen und suchen, und drittens sind sie abhängig von vorhandenen Parkplätzen in unmittelbarer Nähe. Aber, auch das gehört zum Bild, diese Zentren leben nicht von einer umwohnenden Bevölkerung, sondern von einer fahrenden, beweglichen, zusammengewürfelten Gesellschaft, die hier ihr Vergnügen sucht und findet.

Die Tendenz zu großen Einheiten ist unverkennbar, und der Einsatz gewaltiger Finanzmittel scheint sich zu lohnen. In neueren Zentren wird viel Wert auf Atmosphäre gelegt, den Dekorateuren gehört das Feld, aber hinter den Ladentischen stehen keine Händler in eigener Verantwortung, sondern Angestellte mit Tarifvertrag – das klimatisierte Abenteuer des Lebens.

Ist es ein Spiel, das dort gespielt wird, ein Spiel des Einkaufens, des Konsumierens, garniert als Freizeit-Welt und mit einem Hauch von Urlaub? Sind das Lebenszentren? Wir wollen die Antwort vorerst zurückstellen. Eines jedoch ist bemerkenswert: Diese neuen Zentren haben bis heute die eigentlichen alten Stadtkerne nicht abwerten können. Sie wirken dagegen wie eine Kulissenwelt, Theaterglimmer. Faszinierend und nachdenkenswert dabei ist jedoch in ihren neuesten und besten Versionen die Nachahmung der alten Stadtkerne, die Verwendung eben der Gestaltungsmuster, die die alte Stadt prägen; die Reihung kleiner Geschäfte etwa – in einer oft opernhaften Weise.

Wenden wir uns den alten Städten, der alten Stadt zu. Wir wissen, daß sich unter dieser griffigen Formel Welten verbergen. Trotz allem bestehen verwandte Züge, die alle mittelalterlichen Städte miteinander verbinden und die sie abgrenzen gegen die Städte unserer Zeit. Dazu gehört eben auch, daß sie ein eindeutig bestimmbares

Zentrum haben, eine Mitte, die nicht in der Mitte liegen muß und die auch linear sein kann. Sie zeichnen sich aus durch ein Lebenszentrum, einen Gestaltkern, ohne den das übrige – nun sehr zugespitzt formuliert – nur noch eine Versammlung von Häusern wäre.

Die Überlieferungskette reicht bis in die Vorgeschichte. An den heiligen Bezirk, das »templum«, fügte sich Gericht und Markt an. Das galt auch für jene »modernen« Anlagen des 5. Jahrhunderts v. Chr., die nach Hippodamos von Milet benannt wurden. In Rom, das so gar nicht nach dem Schema der römischen Stadt gebaut war, lag das Forum am alt-ehrwürdigen Ort. Dort war – so sagte man – noch die Höhle vorhanden, in der die Wölfin einst Romulus und Remus säugte. Man hat dieses Forum erweitert mit den großartigen, gewaltigen Foren der Kaiserzeit, hat Raum an Raum gereiht, aber niemals das alte Forum völlig verändert. Zentrum blieb der Kapitolinische Hügel mit Tempel und die Curie, der Sitzungssaal des Senats.

Mitte ist demnach nicht geometrische Mitte, Mitte ist Höhepunkt – vor allem gedachter, geglaubter, vorgestellter, anerkannter Ort, überlieferter Höhepunkt einer menschlichen Gemeinschaft. Man kann, so gesehen, Mitte nicht planen!

Auch war in der Antike wie im Mittelalter der Stadtbewohner mehr als nur ein Einwohner der Stadt. Die Eintragung in die Bürgerliste bestimmte sein Leben. In der Schweiz gibt es noch heute Vergleichbares im Heimatrecht, dem Recht auf Aufnahme, auf Pflege und Bestattung. Die Städte waren Lebenskreise, Lebenswelten, Lebenswirklichkeit, in die der einzelne schicksalhaft eingebunden war. Die Stadt war in einem für uns nur sehr schwer zu begreifenden Sinn Lebenshülle, der Kreis ihrer Mauern Lebenszentrum. Jenseits davon begann die Fremde.

Die Wurzeln der mittelalterlichen Stadt reichen in die römische Zeit zurück. Es war ein langer Weg bis zur endgültigen Gestalt, wie wir sie in Freiburg oder Lübeck finden. Am Anfang ist Auflösung. Menschengruppen, in sich hierarchisch gegliedert, nisten sich in den alten römischen Städten ein, bilden kleine Orte im Kranz der zerfallenden Mauern. Dieses Bild der Gruppen, diese gewordene Realität, verdichtete sich noch vor der Jahrtausendwende zum Ideal, zur Vorstellung. Um einen Kern, sei es Adelssitz, sei es eine Abtei, wurden »burgi«, Gruppensiedlungen von einiger Größe, angelegt. Es gibt für diese burgi, Einzahl burgus oder burgum, bis jetzt keinen treffenden deutschen Ausdruck. Mit unserem Wort »Burg«, das von »bergen« abzuleiten ist, hat es wenig zu tun. Eine Burg nannte man zu jener Zeit castellum, die Einwohner der burgi aber Bürger. Dieser Vorgang ist überall in Europa zu beobachten. Dabei fließen viele Vorstellungen zusammen, nicht zuletzt jene vom Kreuz, das auf die Erde geschrieben Heil und Schutz bringen sollte. So galt um das Jahr 1000 der Gedanke, um ein Zentrum in den vier Himmelsrichtungen Klöster anzuordnen, viel – als ein Umstellen der Mitte mit immerwährenden Gebeten. Ich nenne als bekanntestes Beispiel Bamberg.

Der Gedanke an Gruppen mit je eigenem Recht ist auch in der voll ausgebildeten mittelalterlichen Stadt noch nicht ganz verlorengegangen, obwohl es Ziel vieler Neuerungen war, Gruppenrechte und Gruppenprivilegien abzubauen. Die Gruppierung, die Bereichseinteilung, die Gliederung in einzelne Teile mit je eigenem Charakter ist bis heute in den alten Städten gestaltprägend. Das Aufspüren solcher Eigenheiten ist ein wichtiger Teil des Versuches, eine Stadt zu beschreiben. Die Stadtbeschreibung, das Herausarbeiten der Wesenseigenschaften ist eine unverzichtbare, aber sehr schwere Vorarbeit für jede Stadtplanung. Dafür fehlt es an Forschungen, Vorbildern, ja sogar am Vokabular, an eindeutigen Begriffen. Eine Aufgabe für die Universitäten!

Wir wissen kaum, wie jene burgi ausgesehen haben. In Bamberg lag unterhalb von Burg und Dom der Bereich der Hausgenossen des Bischofs mit eigenem Markt. Auf der anderen Seite der Regnitz entstand und wuchs eine Gegenstadt, wieder mit eigenem Markt und eigener Marktkirche. Zudem hielten die vier großen Stifte bzw. Klöster eigene Märkte ab, so daß erbitterter Streit entstand. Das Rathaus baute man dann auf die Grenzlinie zwischen den wichtigsten Bereichen auf einer Insel im Fluß.

Dem hochmittelalterlichen Stadtdenken entsprach dies nicht. Angestrebt wurde ein zentraler Höhepunkt, an dem man alle Herrlichkeit der eigenen Stadt versammelte und steigerte, an dem man über viele Generationen baute. Was uns berührt, ist der lange Atem, mit dem man Mitte ausbaute, mit dem man Jahrhunderte lang an einmal festgelegten Grundsätzen und Zielen festhielt. Das war kein pflanzenhaftes, intuitives Wachsen, sondern waches Handeln, Weiterbauen am Erbe. Macht, Ehre und Schönheit der Stadt waren mächtige Triebfedern. Man versuche heute einmal mit diesen Vokabeln ein Bauvorhaben zu begründen oder gar abzulehnen! In der Mitte versammelt wurden:

- Zuerst das »templum«, der heilige Bezirk, der Dienst an Gott und für die Toten. Ein wenig abseits, aber machtvoll wirkend, die Kirche, gesteigert zur Kathedrale wie in Lübeck oder Freiburg; oder man lehnte sich an Bischofskirche und Bischofshof an wie in Worms.
- Dann das Gericht. Bevor man Rathäuser baute, hielt man das Gericht vor der Kirche in den Portalen oder Vorhallen ab. Von Ratssitzungen in den Kirchen wird ebenfalls berichtet.
- Schließlich der Markt. Der Markt war zuerst kein Raum, sondern ein Recht, das der König verleihen konnte. Als 958 der Bischof von Trier einen Markt errichten durfte, errichtete er ein Marktkreuz zum Zeichen des Marktes und des Marktfriedens auf einem Anger vor dem Bischofshof. Der Markt war ebenso wie Gottesdienst, Totendienst und Gericht, Zentrum des Lebens. Hier *mußte* verkauft werden – an Ständen, in festen Häusern, in Schirnen oder Hallen. Der Markt war Schauplatz von Fest und Hinrichtung, von Schacher und Gebet – und dies bezogen auf eine Gemeinschaft, eine Schicksalsgemeinschaft, unbeschadet der Gäste und

der Fremden. Der Markt, der *alte Markt,* war Lebensmitte, altehrwürdige Lebensmitte, auch wenn es noch andere, größere Märkte gab.[4]

Mitte war in einer Weise Mitte, die wir heute nicht mehr verstehen können, denn was bedeuten uns Macht und Tod? Den Tod verdrängt man als bedauerliches privates Schicksal, die Macht, die unmittelbare herrschende Macht ist aufgelöst in riesige Organisationen, die man nicht mehr überblickt. Natürlich sind die gewaltigen Hochhäuser Frankfurts Machtzentren, und auf irgendeine Weise wirken sie auf alle von uns. Aber ihr Wirken ist nicht sichtbar, es ist nicht unmittelbar. So bleibt als Sichtbares nur die gebaute Lebensform – in subtiler und fast verachtender Weise aus leicht zerbrechlichem Glas.

Stellen wir uns vor, daß bei Einbruch der Dunkelheit auf ein Glockenzeichen hin die Stadttore geschlossen wurden und daß wenig später in den Gassen Ruhe geboten wurde, dann ergibt sich eine Vorstellung von der geschlossenen Welt der mittelalterlichen Städte.

Dies ist Vergangenheit. Aber warum sind diese alten Mitten voll von Menschen? Warum fahren wir viele Kilometer, um auf einem alten Platz, in Mitte eingebettet, unseren Kaffee zu trinken? Ist das »nostos« – Heimkehr und »algos« – Schmerz, Träumerei, Heimweh, romantisches Heimweh nach vermeintlicher Geborgenheit? Oder kann es sein, daß diese alten Mitten immer noch Ort sind, an denen bestimmte Antworten gegeben werden, an denen das Fühlen etwas findet, das es an anderen Orten nicht finden kann, Antworten, die wir Heutigen mit unseren Vorstellungen von Mitte und Zentrum nicht mehr geben können?

Und damit berühre ich einen Gedanken- und Vorstellungsbereich, der mehrfach in der Literatur aufgegriffen, der aber im Zuge der Erneuerung unserer alten Städte nicht so ernst genommen wurde. Es ist der Vorstellungsbereich vom Wert der alten Städte als Lebensumwelt, als Lebenshülle. Ich meine nicht ihren unbestrittenen Wert als Dokumente, als Geschichtszeichen, als Denkmal, nicht jene wissenschaftlich begründeten Voraussetzungen der Denkmalpflege, sondern jenen offensichtlich sehr wirksamen Gefühlswert, der – zugegebenermaßen – schwankt zwischen Gartenzwerg und Kathedrale. Aber er wirkt, und damit ist er Wirklichkeit. Und ich meine das Ganze der Stadt, das Innen und Außen, Fassade und Innenraum, ich meine nicht das Bild, schon gar nicht das malerische Bild.

Über die menschlichen Grundgegebenheiten wissen wir heute trotz aller Wissenschaft zuwenig, zuwenig über jene ganz einfachen, ja archaischen, oft unbequemen Regungen, die in uns auftauchen und wirken. Oder hat man sie ins Private verwiesen, weil sie den Vorstellungen des »homo technicus« nicht entsprechen?

[4] Vgl. zum Vorstellungsinhalt von Mitte insbes. *H. G. Evers,* Tod, Macht und Raum als Bereiche der Architektur, München 1970.

Insbesondere wir Architekten planen oft in einen wissensfreien Raum, in einen – sagen wir ruhig – gewissenlosen Raum. Die großen Baumeister haben um diese Grundgegebenheiten gewußt. Man muß heute schon zu Büchern über Anthropologie und Psychologie greifen, um mehr darüber zu erfahren.[5]

Was die alten Zentren bewirken, ist mit den Mitteln unseres Bauens nur schwer, vielleicht überhaupt nicht zu leisten. Nur Annäherungen sind möglich. Versuche hat es gegeben, so bezeichnenderweise in einigen Feriensiedlungen. Der unüberbrückbare Gegensatz liegt in den Auffassungen. Dazu sind wichtige, ja entscheidende Inhalte verlorengegangen. Es fehlt das Verweisende, das »templum«, die Gegenwart des Heiligen.

Die alten Zentren wurden Haus für Haus von benennbaren Menschen gebaut, die Häuser trugen Namen, die Tradition riß nie ab, auch nicht die Tradition der Hausformen. Man baute nicht nach einem Plan, den ein Architekt entwarf, sondern nach dem Exemplum, dem Beispiel. Zudem gab es harte Baugesetze, die Schönheit der einzelnen Städte zu wahren. So trugen sie ihr Wesen, ihren Charakter durch die Zeiten. Platznot führte zur Anfügung, selten zum Neubau. Schon im Barock, in Italien noch früher, kündigten sich neue Dimensionen an. Vieles geriet zu groß. Aber alles, was vor 1800, auch noch vor 1850 in einem Jahrtausend gebaut wurde, ist untereinander verwandter als unsere Bauten mit dem Alten. Nur sehr selten glückt die Anknüpfung; sie beruht dann auf dem Wesentlichen, weniger auf den Formen.

Was aber ist das Wesentliche? Wir müssen es beschreiben, benennen, werten, bevor wir planend handeln.

- Die Lage in der Landschaft – das Geburtsrecht der alten Zentren – Berg, Tal, Fluß, ehemals klar ablesbar, heute verwischt. Man sollte jede Möglichkeit nutzen, die Eigenart der Lage wieder erlebbar zu machen. So hat man in Köln bei Groß St. Martin am Rhein die Autostraße mit hohen Kosten in den Untergrund verlegt (doch nicht der Gaststätten wegen, die nun ihre Stühle in den gewonnenen Freiraum stellen).
- Die Städte und insbesondere die Zentren waren niemals Teil eines übergreifenden Verkehrssystems. Die öffentlichen Wege, des »riches strasen«, endeten an den Toren. Von da an galt das Recht der Stadt. Es war verhängnisvoll, daß man im 18. und 19. Jh. ganz selbstverständlich die Straßen und Plätze der alten Städte in die Vorstellungswelt eines allumfassenden Verkehrssystems einbezog. Eine Rückkehr zur Abgeschlossenheit ist notwendig. An vielen Orten wurde sie auch schon durchgeführt oder zumindest wurde ein Anfang gemacht.

[5] Als Beispiel seien genannt: *M. Halbwachs,* Das kollektive Gedächtnis, Stuttgart 1967; *W. Metzger,* Psychologie, Darmstadt 1975; *F. A. Gehlen,* Der Mensch, Frankfurt 1974; *J. Ortega y Gasset,* Der Mensch und die Leute, Stuttgart 1957; *P. F. Smith,* Architektur und Ästhetik. Wahrnehmung und Bewertung der heutigen Baukunst, Stuttgart 1979.

- Die Städte hatten einen Höhepunkt, ihre Mitte, und es war eine vorgestellte, geistige Mitte, geflochten aus Glaube, Macht und Tod. Der Kreis, das Umschließende und Abschließende, war tragende Vorstellung. Wir bauen Umgrenzungen ab, auch Einfriedigungen, öffnen Höfe und Straßen, verengen an anderer Stelle und merken nicht, wie wir damit Wesen abbauen, auch die Art des Stadterlebens verändern. Die Hierarchie der Bauten und Bereiche prägte die alten Städte. Im fließenden, ungegliederten Gleichmaß verliert das Fühlen seinen Halt. Ebenso bei Anspruchsformen ohne Anspruch (die Giebelsucht heute als Beispiel).
- Die alten Städte und ihre Mitten sind geprägt vom Hausgedanken. Alte Städte sind ein Zusammen von Häusern. Das klingt banal, ist aber von äußerster Wichtigkeit. Haus steht neben Haus als Persönlichkeit, und die Wurzeln dieses Hausdenkens gehen bis in die Vorzeit. Noch die Kirche war ein Haus. Ersetzt man das Haus mit eigenem Eingang an der Straße durch geschichteten Wohnungs- und Geschäftshausbau, dann mag man noch so viele formale Anstrengungen unternehmen, der Bruch ist unvermeidbar, ein Stück Charakter geht verloren.
- Alle Bauten waren miteinander verwandt. Man baute nach dem Vorbild, veränderte das Herkommen nur zögernd. Man baute in Typen, nicht nach Geschmack (heute findet man das verächtlich!). Als Beispiele nenne ich die städtischen Hallenhäuser, die ehemals von Köln, Lübeck bis Süddeutschland gebaut wurden und die die Altstadt von Frankfurt prägten – wie heute noch die Altstadt von Limburg.

Die alte Stadt ist uns, wenn auch oft gestört, als ein Ganzes übergeben, und wir sollten versuchen, sie auch als Ganzes weiterzugeben. Neues ist notwendig, auch Veränderung, aber alles Bauen muß sich dem herrschenden Charakter einfügen, und Wesen sollte nicht verändert werden (dazu reichen auch unsere Kräfte nicht aus!). Wir können die alte Stadt nicht verändern, und dort, wo es versucht wurde, finden wir vor allem Störungen. Aber auch Ergänzungen und Wiederherstellungen müssen erlaubt sein – dort wo Unverstand und Zeit Lücken gerissen haben.

Die Beurteilungsperspektiven verschieben sich, je nachdem man das einzelne Gebäude, eine Gruppe von Gebäuden oder eine Stadt, einen Stadtbereich als bestimmendes, gestaltbestimmendes Ganzes auffaßt.[6]

Am Ende dieser Überlegungen müssen wir noch einmal die Frage des Themas aufgreifen und die Antwort, die ich gegeben habe, bedenken. Ich habe geantwortet, daß die alten Städte heute noch Lebenszentren sein müssen, daß sie aber diese Aufgabe nur schwer erfüllen können. Dies ist deutlich geworden. Es sind geistige, seelische Vorstellungs-Inhalte mit den alten Zentren verbunden, *die nur noch dort zu finden sind.* Alles, was wir heute mit einem gewaltigen Aufwand an formalen Einfällen schaffen, kann nur Teil sein. Und es gibt nur eine Möglichkeit, dieses Teil-Sein zu überwinden, indem man sich an die alten Zentren anlehnt, aber sie nicht durch

[6] Vgl. zusammenfassend hierzu: *E. Schirmacher* (s. A 1), S. 353 ff.

fremde maß-lose Nutzungsvorstellungen stört, ja sie – auch im gestalterischen Sinne – stärkt. Töricht wäre es, Inseln der Überlieferung zu schaffen.

Verehrter Herr Borst, Nietzsche schrieb seinen Essay 1874. War diese Zeit wirklich so von Geschichte gelähmt? – Im Städtebau sicher nicht. Es war die Zeit der großen Stadtdurchbrüche, dem Verkehr wurde Platz gemacht, Vorstädte entstanden. Daß die historisierenden Fassaden gotisch oder barock gerieten, war doch nur Fassade. Sie waren für die alten Städte immer zu groß, nahmen zwar Einzelformen auf, aber *zerstörten* die Gestalt der Stadt. Es brachen Stadtvorstellungen ein, die die alten Städte auflösten. Der Vorgang brachte jenen Zwiespalt mit sich, von dem ich gesprochen habe.

Nietzsche träumte vom neuen Menschen, dem Neuerer, der unbelastet von Geschichte vorstürmt, einreißt, baut. So haben auch die Stadtträumer von Filarete an gedacht, der neue Mensch wurde mit dem neuen Stadtgedanken gleich mitgeplant. Und so denken manche auch heute noch. Aber der Mensch hat sich so sehr nicht verändert. Planen wir nicht oft in eigenartiger Weise an den Bedürfnissen der Menschen vorbei in esoterischer Überlegenheit? Erhofft sich dieser Mensch nicht etwas mehr als Einkaufsfreude?

Städtebau, Stadtplanung und Pflege des Bestehenden müssen dem Menschen dienen und zwar seinen nicht sehr wandelbaren Grundgegebenheiten. Was Nietzscbe gegen die Macht der Überlieferung sagt, spricht dafür: »Gerade aber an dieser Forderung, daß das Große ewig sein solle, entzündet sich der furchtbarste Kampf. Denn alles andere, was noch lebt, ruft nein. Das Monumentale soll nicht entstehen, das ist die Gegenlosung. Die dumpfe Gewöhnung, das Kleine und Niedrige, alle Winkel der Welt erfüllend, als schwere Erdenluft um alles Große qualmend, wirft sich hemmend, täuschend, dämpfend, erstickend in den Weg, den das Große zur Unsterblichkeit zu gehen hat. Dieser Weg aber führt durch menschliche Gehirne! Durch die Gehirne geängstigter und kurzlebender Tiere, die immer wieder zu denselben Nöten auftauchen und mit Mühe eine geringe Zeit das Verderben von sich abwehren. Denn sie wollen zunächst nur eines: leben um jeden Preis.«[7]

So müssen wir folgern: Ziel allen Planens muß es sein, das alte Zentrum zu erhalten, auch Wesentliches wieder herzustellen. Und die notwendigen Erweiterungen anzuschließen, anzufügen, *unterzuordnen* – gemäß dem Gestaltungsgesetz der alten Stadt –, um sie den Enkeln zu übergeben. Das fällt schwer. Die Mittel dazu sind so vielfältig wie es Städte gibt, jedes Rezept ist nur bedingt übertragbar.

Nicht – oder nur andeutungsweise – ist bisher ein, ja der zukunftsentscheidende Faktor aufgetaucht: das Auto – der Verkehr. Fußgängerzonen sind eine Antwort, aber nur eine Teilantwort. Überall gilt: Wer baut, wer nutzt, soll auch die notwendigen Stellplätze zur Verfügung stellen. Aber ist nicht diese Überzeugung schuld an

[7] *F. Nietzsche,* Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, München 1977, Bd. 1, S. 209 f.

vielen Fehlentwicklungen? Schuld auch am Entstehen vieler Randzentren, Einkaufszentren? Es wäre an der Zeit, Grundsätze zu überdenken.

Wenn man die alten Städte und deren Zentren als Lebenszentren der Gegenwart betrachten muß und wenn man ihr So-Sein wichtig nimmt, dann gehört es zu den öffentlichen Aufgaben wie Straßenbau oder Kanalbau, öffentliche Stellplätze und Garagen zur Verfügung zu stellen und zwar am Rande der alten Stadtkerne und nicht in die alten Städte hineingezwängt, auch als unterirdische Garagen, hell, übersichtlich und vor allem Tag und Nacht bewacht.

Das motorgetriebene Fahrzeug ist ein Teil des Lebens geworden und wird es bleiben (ob wir das nun besonders gut finden oder nicht). Die Stellplatzverordnungen gehen noch von einer Vorstellung aus, die Autofahren und damit eine der Grundlagen unserer Zivilisation wie eine persönliche Schuld ansieht. Auch diese Grundsätze sollte man überdenken, insbesondere im Zusammenhang mit den alten Stadtzentren. Diese Aufgabe wäre Teil eines großzügigen Stadt-Bau-Programmes. Schon einmal gab es ein solches Programm unter dem Namen »Zukunftsinvestitionen«. Das war richtig gedacht, aber zu kurzatmig. Ein solches Programm muß weiter greifen, vor allem langfristiger und nach bestimmten Grundsätzen vorbereitet.

Dafür allerdings ist es an vielen Orten schon zu spät, neuere Bauten stehen dort, wo eigentlich die Garagenhäuser stehen sollten. Vielleicht sollte man sich mit dem Gedanken vertraut machen, eher diese neuen Bauten wieder abzulegen, als den alten Stadtkern zu stören. Im Zweifel ist für das alte Zentrum zu entscheiden! Wie oft müssen Nutzungen gestattet werden, die wenig glücklich oder gar im Sinne des vorgestellten Ganzen falsch sind, nur weil auf diese Weise sich die Tiefgarage finanzieren läßt.

Zuletzt dies: Man sollte jene andere Dimension des menschlichen Lebens, jene träumerische Nostalgie, die so oft belächelt wird, nicht so sehr verachten. Sie sucht in einer verarmten Lebenswelt einen Halt. Wir wissen, daß diese Auffassung wie ein schmaler Felsgrat ist. Nicht nur die Frage des Anfangs berunruhigt mich, sondern auch die Antwort.

Wir leben in einer Zwischenzeit. Das Erhalten der alten Stadtzentren ist eine geistige Aufgabe, eine bewußte Kulturleistung. Wir wissen, daß sie – vordergründig gesehen – zeitgemäß ist, daß sie aber in einem tieferen Sinn gegen die Zeit gerichtet ist.

Rainer Reinisch

Stadtindividualität heute

Vorwort

Wer immer über Stadtindividualität unserer Tage reflektiert, begibt sich in die Gefahr einer Fehleinschätzung, Vereinfachung oder einseitigen Beurteilung – zu komplex ist das, was wir Stadt nennen. Die Frage, was Stadtindividualität heute sei, ist doppelt schwierig, denn Erscheinungen der Gegenwart zu beurteilen, erfordert Distanz, die erst geschaffen werden muß.

Eine wertfreie Auseinandersetzung mit Individualität ist zum Scheitern verurteilt, denn sie existiert erst durch das Rezipieren, die Perzeption und Einschätzung durch den erlebenden Bewohner, Besucher oder fernen Betrachter. Aus diesem Grunde ist das gegenständliche Thema vordergründig eines der Psychologie und war als solches schon wesentlicher Gegenstand der Arbeitsgemeinschaft »Die alte Stadt«. Liesa Nestmann publizierte im Vorjahr ihre Überlegungen und Methoden zur Erforschung der Wahrnehmung der städtischen Umwelt,[1] und schon 1978 legte Gerhardt Kapner anläßlich einer Tagung in Braunau am Inn ein Summarium zu Untersuchungsergebnissen über die tiefenpsychologische Wirkung von Stadtbildern[2] vor.

Stadtindividualität als das Ergebnis der Herrschaftsform oder als Fazit des sozioökonomischen Umfeldes aufzufassen, ist ebenso legitim und erbringt elementare Einsichten.[3] Gestalt ist aber vor allem Ergebnis von Gestaltung als künstlerisches Tun und Wollen. Dies eröffnet einen weiteren und wesentlichen Zugang zur Wechselwirkung zwischen der Wesenhaftigkeit von Stadt als Derivat der Kunst und ihren gestaltkonsumierenden Menschen. Aber: Das menschliche Wohlbefinden ist häufig mit von Architekten bestimmten Idealen nicht zu vereinbaren; eine Tatsache, mit der sich viele Planer nur schwer abfinden können.[4]

Über all den Mühen einer Beurteilung von Stadtindividualität steht als nahezu undurchschaubare Summe der Denk- und Fühlweise eines Zeitalters der Zeitgeist – zum Zeitpunkt des Entstehens der Stadtgestalt und ebenso heute zum Zeitpunkt der

[1] *L. Nestmann,* Überlegungen und Methoden zur Erforschung der Wahrnehmung der städtischen Umwelt, in: Die alte Stadt 14 (1987).

[2] *G. Kapner,* Summarium zu Untersuchungsergebnissen über tiefenpsychologische Wirkungen von Stadtbildern, in: der aufbau 32 (1978).

[3] *Vgl. auch W. Braunfels,* Abendländische Stadtbaukunst. Herrschaftsform und Baugestalt, Köln 1976.

[4] Vgl. *P. Smith,* Architektur und Ästhetik, Wahrnehmung und Wertung der heutigen Baukunst, Stuttgart 1981, S. 139.

Auseinandersetzung mit ihr. Die Stadt ist immer mehr als ihre erkennbaren und erfahrbaren Einzelteile. Manches wird von Besuchern »hineingelegt«, anderes vom Bewohner verdrängt.

Frühe Städte

Räumliches Gestalten einer künstlerischen Raumidee und räumliches Sehen als Empfinden und Wissen waren immer einem Wandel unterworfen. Wolfgang Rauda spürt diesem in seinem Buch »Raumprobleme im europäischen Städtebau«[5] über die Zeiten hinweg nach. In der Antike wird ein frei-rhythmisches, im Mittelalter ein gebunden-rhythmisches Kompositionsprinzip diagnostiziert. In der Renaissance wird ein metrisches Ordnungsprinzip festgestellt, im Barock eine Kombination, die ein optisches Weltbild erzeugt. Das Bauen unserer Zeit wird zwischen allen diesen Möglichkeiten geortet: Ein neues frei-rhythmisches Ordnungsprinzip, daneben als zwei ältere Gegenpole die taktförmige Bildung im Sinne des metrischen Ordnungsprinzips der Renaissance und des gebunden-rhythmischen des mittelalterlichen Städtebaues. Er bezeichnet das Bauen unserer Zeit als »differenzierten Städtebau«. Solche zusammenfassenden Kategorisierungen sind sicher angebracht und praktikabel, aber erst ein vertieftes Studium aller Erkenntnisse sowie der ethischen und ästhetischen Ziele in den einzelnen Epochen läßt erahnen, wie visuelle Stadtindividualität zutandekommt.

Bereits der Städtebau des alten Orients und Ägyptens war von hohem technischen und handwerklichem Niveau. Die inhaltlichen und gestalterischen Zielsetzungen erscheinen klar strukturiert und das Ergebnis der Stadtindividualität weitgehend frei von Beiläufigem, Zufällen oder Unvorhergesehenem.

Bei Beachtung der Perfektion und Raffinesse im griechischen Tempelbau und den Werken der bildenden Kunst ist wohl auch für die Gestaltung der städtischen Räume ein gleichgeartetes Niveau anzunehmen. Sogar die uns heute regellos erscheinenden Situierungen von Tempelanlagen, wie die der Akropolis, waren von strengen Gesetzmäßigkeiten der Raumbildung getragen.

Die römische Stadtbaukunst war darüberhinaus noch ein Mittel zum Export römischer Lebensart und Kolonisation von Afrika bis in den kalten Norden. Individualität widersprach diesem imperialen Serienprodukt.

Altstadtindividualität heute

Die Eigenart der mitteleuropäischen Städte wird in ihren historischen Zentren nach wie vor vom mittelalterlichen Bauen geprägt. Das vorgenannte gebunden-rhythmische Ordnungsprinzip kannte Raumfolgen, klar konzipierte Asymmetrie, dynamische und exzentrische Schwerpunktsetzung und ein Verständnis für eine ausgewogene

[5] *W. Rauda,* Raumprobleme im europäischen Städtebau, München 1956.

Außermittigkeit. Was heute als intuitiv gelungenes Werk angesehen werden mag, war damals subtile Kenntnis bis ins ausgeklügelte Detail. Was heute als eine sogenannte »natürlich gewachsene Stadt« erachtet und in ihrer Gestaltungsabsicht als nicht durchschaubar angesehen wird, ist das Ergebnis einer uns heute völlig ungeläufigen Meisterschaft.

Damals schöpfte man aus dem historischen Wissen eines Vitruv und Alberti, baute Städte noch zur Sicherheit der Bürger und gegen die Winde, die in den Straßen keinen ungesunden Staub aufwirbeln sollten. Auch Schwibbögen werden heute nicht mehr als Windbrecher angesehen und krumme Gassen nicht als wohlüberlegte Absicht. Drei Argumente sprachen bei Alberti für deren Anlegung: die Taktik, die Hygiene und die Ästhetik.[6] Stadtplätze waren, wie Beispiele aus Südostbayern zeigen, genauestens ausgezirkelt und die Häuser im Maßstab auf ihre Konfiguration abgestimmt.[7] Immer wiederkehrende städtebauliche Themen wurden an verschiedenen Stellen und in verschiedenen Orten gleich gestaltet, aber ausgeklügelt variiert. Die überbaute Gassseneinmündung, der Laubengang oder das Tor sind solche Motive, aber auch das Hausinnere ist ein Gestaltelement von unverwechselbarer Individualität.[8] Der ästhetische Reiz beruht in den Fassadenfolgen auf Abweichungen der Sockel- und Giebelflucht, die gegeneinanderschwingen, dem Auf und Ab der Sockellinie und den vielen kalkulierten Abweichungen von Standardmaßen und Achsen, vor allem aber von den festgelegten Abweichungen zum Nachbarhaus.[9] Weitere Gestaltungselemente wie die Wahl der regionalen Materialien und Pigmente vollendeten dann ein ästhetisches Gesamtkunstwerk von regional-individueller Ausprägung. Abweichungen vom Maß des theoretischen Standardhauses gestalten Individualität, die Mindestunterschiede vom Nachbarhaus schaffen rhythmische Individualität der Zeile (vgl. Abb. 1). (Gleich hier sei auf die Vermessenheit hingewiesen, aus solchen Ensembles einen Teil herauszubrechen und durch einen Neubau zu ersetzen, ohne Kenntnis der historischen Gestaltungs- und Handwerkseigenheiten zu haben. Auch jede Art von innerer Aushöhlung oder bloßer Fassadenerhaltung ist ein heute zugefügter Verlust, den sonst nur Brände oder Kriege vollbrachten.)

Dieser Tradition verbunden – wenn auch mit anderen künstlerischen und sozialen Tendenzen – blieb das Bauen der Renaissance, das Barock und bis in die Gründerzeit. Besondere Erwähnung gebührt auch dem Gemeindebau in Wien, wo zwischen 1919 und 1934 ca. 65 000 Wohnungen errichtet wurden. Diese Wohnanlagen prägen nach wie vor in den Randbezirken das Bild der Stadt mit unverwechselbarer Individualität.

[6] *G. Germann,* Krumme Straßen, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 3 (1976).

[7] *E. Liewehr / O. Grimm,* Marktplätze in Südostbayern, Passau 1976.

[8] *R. Reinisch,* Das Altstadtensemble. Beispiel Inn-Salzach-Städte, Wohnbauforschung F 853/1, Wien 1984.

[9] *G. Schwack,* Marktplätze. Künstlerische und physiologische Gesichtspunkte bei der Gründung und Planung am Beispiel Altheim, Regensburg 1986.

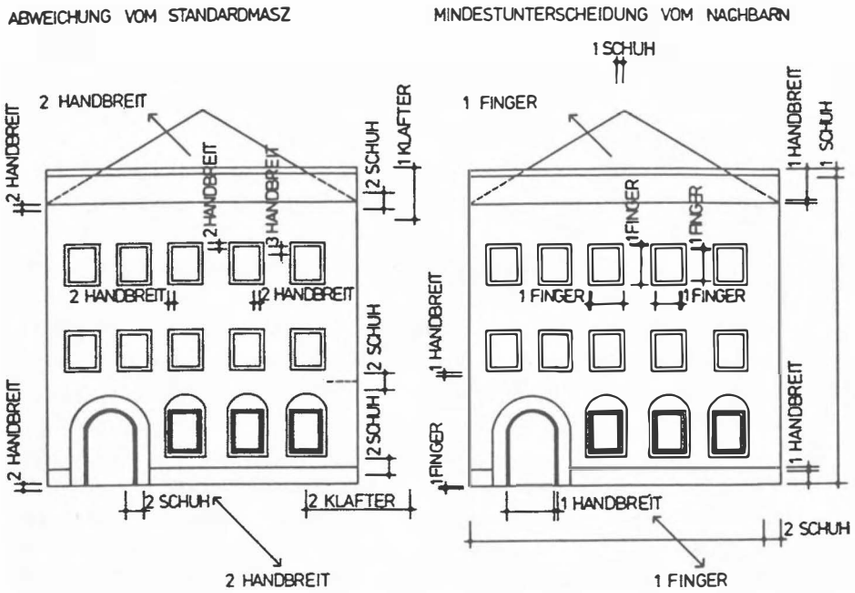


Abb. 1: Mindestunterscheidung am Haus und beim Nachbarn, Altheim, aus: *G. Schwack* (s. A 9).

Als Ergebnis der industriellen Revolution machten die gesteigerte Produktionskapazität und die Medizin den Unterhalt einer größeren Anzahl von Menschen möglich. Die Freisetzung von Arbeitskräften, das Anwachsen des tertiären Sektors und die Verbesserung des Transport- und Kommunikationswesens sind weitere Ursachen für eine Verstädterung, Technisierung und Internationalisierung in der Gestaltung. Das Bauen für große Massen in kurzer Zeit war aber doch, wenn es uns heute auch nicht

Entindividualisierung in der Moderne

Der Städtebau der Moderne brach mit dem historischen Wissen, verschrieb sich der Bauhaus-Geometrie und der Materialien Beton und Glas. Die alten Proportionen, die schon von der Beschränkung in der Technik herrührten, verloren ihre Gültigkeit, große Spannweiten und filigrane Konstruktionen wurden möglich. Städtebau und Architektur haben erstmalig und sichtbar mit der Vergangenheit gebrochen. Le Corbusier predigt 1920 eine Ingenieur-Ästhetik: Die Ingenieure verwenden, da sie auf dem Wege der Berechnung vorgehen, geometrische Formen und befriedigen unsere Augen durch die Geometrie und unseren Geist durch die Mathematik. Ihre Werke sind auf dem Wege zur großen Kunst.[10]

[10] Vgl. *U. Conrads,* Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, Frankfurt 1964.

mehr so scheinen mag, von hehren humanistischen, sozialen und gestalterischen Utopien geprägt. Die Befreiung des Individuums aus gesellschaftlichen Zwängen, die Lösung der Verwandtschaftsbande und die Mobilität der Menschen wurden als Ziele angesehen, die schließlich auch durch Architektur bewirkt und ins Werk gesetzt werden sollen.

Aus dem Kristallkubus als Beginn einer Weltarchitektur aus Glas, wie ihn Hans Scharoun und Bruno Taut ersannen, wurden erst Hochhäuser als vertikale Städte, schließlich dreidimensionale Megastrukturen als Raumstadt. Wenzel Hablik, eine der faszinierendsten Künstlergestalten des ersten Drittels unseres Jahrhunderts, postulierte: Wir brauchen neue Ideale. Eines davon ist das »Gesamtkunstwerk«, der Bau. Nicht die »Ziegelkiste und Notwohnschale« – sondern eine Architektur als lebendiges Element im Sinne kosmischer Gesetze ... Unsere Zeit verlangt von uns die Lösung von ganz neuen Problemen, und, wahrlich keinen geringen ... Denn wir sind die, welche die Wege vorbereiten, die zum neuen Paradies auf der Erde führen.[11]

Aus der Utopie wurde flache Wirklichkeit. Die Hochhausarchitektur überschwemmte die Welt. Die Städte begannen sich zu gleichen, und Individualität war nur mehr historisches Rudiment – Überbleibsel der Vergangenheit.

Postmoderne Pseudoindividualität

Als Entzugserscheinung entstand in den 70er Jahren die postmoderne Architektur.

Für viele Leute wurde der Blick in die Zukunft eher eine Quelle der Angst als der Hoffnung. Nachdem man heute den »Zukunftsschock« entdeckt hat, halten die Leute wieder nach Symbolen für Sicherheit und Dauerhaftigkeit Ausschau. Als Reaktion auf die ästhetische Verarmung wird eine »visionäre« Architektur der Erinnerung aus Versatzstücken der Vergangenheit angeboten, die dem entwurzelten Menschen wieder die Möglichkeit zur Identität geben soll. Daneben wird die Nachbarschaftsideologie wieder aus der Mottenkiste geholt, kollektive Wohnformen erprobt und Partizipation beschworen. In bewußter und präpotenter Hinwegsetzung über die diffizilen Besonderheiten historischer Architektur werden Teile derselben beliebig verwendet. Durch Vereinfachung und Verfremdung werden sie trivialisiert. Die so entstandene Architektur der späten 70er und 80er Jahre kredenzt so allen Ernstes hohle Bühnendekoration als Individualität und Identifikationsgestalt. Gleichzeitig zu diesen platten geschichtlichen Referenzen und der dekorativen Freizügigkeit wird der Blick auch wieder auf populäre und regionale Kulturerscheinungen gelenkt. Architektur und Stadtgestaltung wurde indessen generell zur kurzlebigen Mode.

Otto Kapfinger, Österreichs bekanntester Architekturkritiker, kündigt Neues an: »Dekonstruktivismus heißt das aktuelle Schlagwort, dem auf den Zeichentischen der

[11] *L. Schauer,* Die dynamischen Utopien des industriellen Zeitalters, in: Stadt und Utopie. Modelle idealer Gemeinschaften, Berlin 1982.

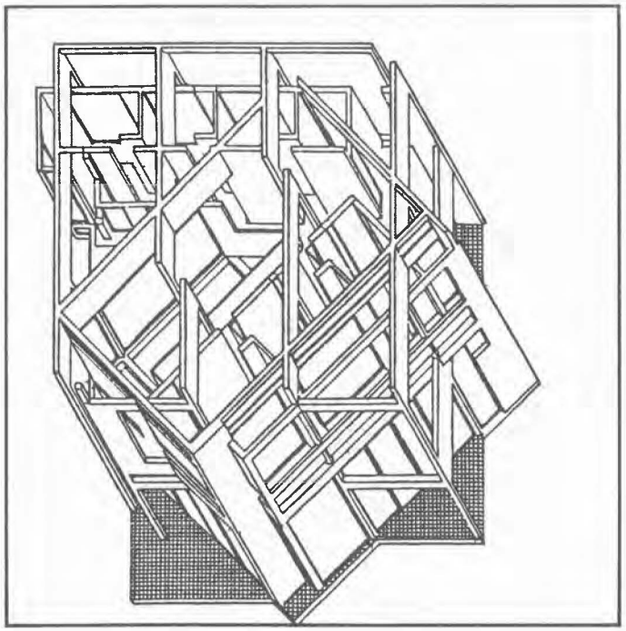


Abb. 2: Peter Eisenmann »Haus III« 1969, aus: *O. Kapfinger* (s. A 12).

Architekturschulen bereits gehuldigt wird. Das New Yorker Museum of Modern Art wird der ›Deconstruction Architecure‹ und ihren wichtigsten Protagonisten im Sommer eine Ausstellung widmen. Dekonstruktion bedeutet vordergründig einmal die Demontage, die Zertrümmerung von Systemen und zu eng gefaßten Korsetten. Assoziationen zu einem apokalyptischen und manieristisch gebrochenen Zeitgeist sind naheliegend.« Architektennamen wie Peter Eisenmann, Gehry, Libeskind, Hadid und Coop Himmelblau bestimmen den neuen Trend.[12] Dekonstruktivismus ist heute die manieristische Mode zur Erreichung von Architekturindividualität (vgl. Abb. 2).

Plebiszitäre Computerarchiektur

Wenn, worauf zum Abschluß noch zurückzukommen sein wird, die Architektur auch nur einen eher marginalen Beitrag zur Stadtindividualität leistet, ist doch eine ins Haus stehende Entwicklung aufzuzeigen: die spielerischen Möglichkeiten durch den Einsatz von Computersystemen. Dieses neue Werkzeug soll Spaß am unkomplizierten Ausprobieren von dreidimensionalen städtebaulichen Modellen vermitteln.[13] Das

[12] *O. Kapfinger,* Abräumen der Gerüste. Dekonstruktivismus in Philosophie und Architektur, in: Die Presse 9./10. April 1988, Wien.
[13] *W. Kuntner / H. P. Vogler,* Können Computer träumen?, in: bauform 125/1988.

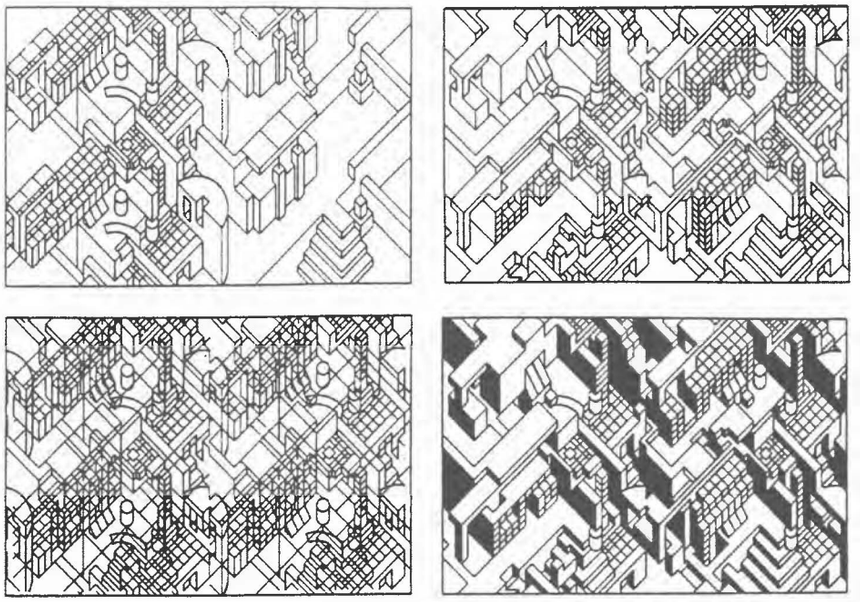


Abb. 3: Computerisierte Grafikprogramme ermöglichen in der Herrschaftsform der Demokratie plebiszitäre Stadtgestaltung und Gefälligkeitsarchitektur, aus: *B. Ch. Schwanzer* (s. A 14).

elektronische Zeichenblatt wird aber auch eine neue Mitsprache der Politik und der Politiker eröffnen. Sofern jene diese in Anspruch nehmen, werden sie die Architekten als Autoren aus dem Felde schlagen können. Die politisch geprägte Stadtgestalt und urbane Identität als plebiszitäres Ergebnis wäre ein weiterer Schritt am Wege zur Trivialisierung des künstlerischen Entwurfes durch Partizipation[14] (vgl. Abb. 3).

Gefahr für die Altstadtreservate

Nochmals sei vielleicht etwas überzeichnet zusammengefaßt: Die durch Industrialisierung und Ausbeutung der Ressourcen rund um die Erde ermöglichte Überpopulation der Menschen zerstört die Lebensbedingungen auf diesem Planeten. Die Naturvölker verschwinden, Tiere und Pflanzen werden ausgerottet, Naturräume zerstört. Artifizielle Stadtregionen breiten sich aus, und im schnellen modischen Wandel wird alles Alte beseitigt. Nur in bescheidenen kleinen Reservaten werden Reste der Vergangenheit bewahrt: Pflanzen, Tiere und historische Altstädte. Allerdings sind auch diese in

[14] *Ch. Schwanzer,* Anwendungsmöglichkeiten moderner Marktforschungsmethoden im Bereich der Architektur, in: Baumagazin 1/1988.

Gefahr, wenn nicht schon vernichtet, so doch bis zur Unkenntlichkeit verändert und verstümmelt zu werden.

Auch in den Altstadt-Reservaten wuchern die tertiären Funktionen und ihre Werbung, sind wegen der hohen Grundstückspreise die Makler und Baulöwen am Werk und zerstören, wenn auch oft nachweislich behutsam, das historische Erbe. Umnutzung wird zur Zernutzung.

Neben alldem zeigt sich brandneu die Tendenz zur Inszenierung als neue Gefahr und Verfälschungswelle und wird neben der Tagung in Homburg auch Gegenstand eines Seminars des Institutes für Städtebau und Wohnungswesen München im September 1988 sein.

Individualität in Serie

Gestaltung von der Stange macht alle Städte gleich: Pflasterung, Beleuchtung und Möblierung, Pflanzgefäße, Wartehäuschen und Vitrinen bis hin zum Kanaldeckel, der als Werbeträger für die Stadt kostenlos angeboten wird, oder genormten Bedürfnisanstalten. Eine Firma, die diese Marktchance erkannte, bietet in ganz Europa hochqualitative Stadtmöblierung an, die sie als Werbeträger gestalten und den Städten kostenlos zur Verfügung stellen. In Amsterdam hat dieses Unternehmen, wie in anderen deutschen Städten auch, in einigen Wochen hunderte Wartehäuschen montiert. Es steht leider nicht außer Zweifel, daß man die letzten Schutzzonen von dieser Entwicklung einer Inszenierung und Unterhaltungsarchitektur freihalten soll. Signifikant für eine negative Entwicklung in dieser Richtung ist eine Änderung der Bauordnung für Wien, die jüngst zur Verwirklichung des postmodernen Hollein-Bankgebäudes am Stephansplatz im Gemeinderat durchgedrückt wurde. Künftig sind Neubauten in den Wiener Schutzzonen nicht mehr stilgerecht, d. h. in einer Anpassungsarchitektur, sondern zeitgemäß, d. h. der jeweiligen Mode entsprechend zu gestalten. Das Hollein-Haus wird zum peinlichen Exempel werden.

Eine weitere Gefahr für die Altstädte sind die in Österreich jetzt Mode gewordenen Gestaltungsbeiräte der Magistrate, die, wie die Beispiele aus Salzburg und Linz zeigen, mit Experten aus anderen österreichischen Städten oder aus dem Ausland besetzt werden. Daß diese Gremien die nötige Einfühlung und Behutsamkeit vermissen lassen, ist offensichtlich und an Beispielen in Salzburg belegt. Auch die Zentralvereinigung der Architekten drängt dort auf eine Lockerung der strengen Altstadtbestimmungen.

Mode als Individualität

Wenn heute Stadtindividualität vornehmlich in den Altstädten geortet und dort zur Identifikation der Bewohner dient, so sind im Gegensatz zu den 60er und 70er Jahren jüngst auch in den Neubau- und Stadterweiterungsgebieten Tendenzen zur Schaffung

von Individualität spürbar. Wie in den Verkaufslandschaften ist die postmoderne Vergnügungsarchitektur bemüht, ein Ambiente anzubieten, das wieder Stadt- und Stadtteilindividualität hervorrufen soll. Mit den gerade gültigen modischen Mitteln wird wieder Monumentalität als formales Ereignis gebaut, wenn sie auch eines Sinngehaltes entbehrt. Daß Wohnraumschaffung zur Behausung der tätigen und nichttätigen Bürger nicht zufriedenstellt, artikuliert die Stadtkritik seit Jahrzehnten. Die freie Marktwirtschaft investiert aber nicht in Freiraum von Wohngebieten, sondern in Geschäftsstraßen und Bereiche des Großvertriebes. Die Wohngebiete bleiben von den Stadtverwaltungen dürftig betreut, flau und unbefriedigend: für die Jugend, die Alten und die Arbeitslosen – die Tätigen im mittleren Alter haben zu schaffen und keine Zeit, um Qualitätsdefizite festzustellen.

Stadtindividualität betrifft nur zum Teil die Stadtgestalt, aber diese ist kein unwesentlicher Bestandteil. Eine Studie des Fessl-Instituts Wien ermittelt in einer Befragung, daß das ästhetische Erscheinungsbild der baulichen Umwelt für die Bewohner einen hohen Aufmerksamkeitswert besitzt.[15] Jedenfalls wird der Erscheinung der Straßen, Gassen und Plätze mehr Bedeutung beigemessen als dem Wohnhaus selbst, der Kleidung oder dem Auto.

Visuelle Stadtindividualität bereits bestehender Städte ist auch Gegenstand der Forschung, soweit es sich um konkrete Stadtgestalt handelt. Für Wien wurden 26 typische und objektivierbare Gebietscharaktere ermittelt und kartiert.[16] Die Stadt Innsbruck hat ähnliches schon 1976 beauftragt.[17] Aus Bestandsanalysen ließen sich aber in beiden Fällen naturgemäß keine Ziele für die Zukunft erarbeiten.

Immaterielle Stadtindividualität

Stadtindividualität ist für die Bewohner, Bürger und Gäste einer Stadt ein geradezu unabdingbares Erfordernis der Identifikation, reicht aber weit über die optische Stadtgestalt und damit über die Baukunst hinaus. Angebote für Kultur, Freizeit, Sport und Bildung sind immaterielle Elemente der Stadtindividualität, auch wenn sie im einzelnen gar nicht konsumiert werden können. Das Image einer Stadt ist oft eher von der umgebenden Landschaft, einem Fluß oder einem See als von der Bebauung geprägt. Ein einziges historisches Relikt kann das Leben in einer Stadt durch Schaffung von Individualität erst lebenswert machen – wie die Akropolis in Athen.

Liesa Nestmann verdeutlicht den Überhang an nichtvisuellen Qualitäten der Städte: die Ökologie – als allgemeine Umweltqualität von Luft, Lärm und Naturelementen; das Soziale – als zwischenmenschliche Beziehungen; das Psychische – als emotionale Wertigkeiten und Reaktionen – sowie Wirtschaft, Verkehr und Dynamik

[15] *Ch. Reuer,* Architektur und Ästhetik – Empirische Befunde, in: Wohnumwelt in Stadt und Land, Wien 1986.
[16] *F. Moser,* Charakteristik der Stadtgestalt Wien (F 755), Wien 1985.
[17] *A. Heinz / H. Gamel / P. Thurner,* Stadtgestalt von Innsbruck, Stadtbauamt 1976.

mit ihrem Wandel in der Zeit. Gerade dieses Eingebundensein in einem dynamischen Prozeß hat Otto Borst in seiner jüngsten Publikation[18] als die historische Dimension so brillant beleuchtet. Auch das Wirken der Politik und der Politiker am aktuellen Geschehen unserer Tage wäre in ihrem Einfluß auf Identität und Identifizierung von Stadt und Mensch einer solchen kritischen Betrachtung wert. Alles zusammengenommen ergibt das Image einer Stadt, das nicht unbedingt von hoher visueller Qualität abhängt oder getragen werden muß.

Die Bevölkerung kann auch in visueller Armut einen hohen Grad an Identifizierung mit ihrem umgebenden Ambiente entwickeln. Diese im unternehmerischen Bereich schon grundlegend erforschte »corporate identity« einer Firmenzugehörigkeit ist für die Stadtbewohner noch kaum in Angriff genommen. Gerade weil aber die Viertelbildung im großstädtischen Maßstab als eine positive Vision und notwendiges gemeinschaftsbildendes Element angesehen wird, ist die Forschung und das konkrete Experiment in diese Richtung zu treiben. Die Humanethologie nennt diese Identifikation mit dem Stadtviertel Compartimentierung, wie sich traditionsgemäß gerade in Wien und Berlin viertel- und schichtspezifische Verhaltensweisen ausprägten.

Die Bemühungen, auch in Altstadt- und Gründerzeitvierteln eine Identifizierung und damit eine Zufriedenheit im Quartier zu induzieren, wird in Wien von begleitender Forschung unter ihre Fittiche genommen. Die Ausstattung dieser Viertel mit hochwertiger Freizeitinfrastruktur im Sinne eines sogenannten »Vollwertwohnens« läßt die Wohnzufriedenheit und Identifizierung in Höhen hinaufschwellen, wie sie sonst nur in Reihenhäusern oder im verdichteten Flachbau zu finden ist. Diese Tendenz und Absicht wird in den letzten Jahren auch in der Dorferneuerung verfolgt, bleibt aber gerade dort nur zu leicht in visuellen Konzepten hängen, ohne den Gesamtumfang und die Komplexität von Umweltqualität und Individualität des Ortes zu beachten. Eine mangelnde Identifizierung und fehlende Zufriedenheit der Bewohner ist die unausbleibliche Folge.

Schlußwort

Stadtindividualität ist die Summe der Eigenschaften einer Stadt als rein phänomenologischer Gegenstand der Wissenschaft. Ihre Apperzeption durch die Bewohner wird zum Bild, das sie sich von ihrer Stadt machen. Eine Bewertung all dieser Elemente führt zu Identifizierung und Zufriedenheit der Stadtbewohner. Es hat das Bemühen aller zu sein, diese Stadtindividualität als Lebensqualität der Menschen zu fördern und zur positiven Bereicherung werden zu lassen. Dies gilt vor allem für die Stadterweiterungs- und Randgebiete, für die Altstadtbereiche sind aber sogenannte Verbesserungen meist nur eine deutliche Verfälschung ihres historischen Gesichtes und damit ein Verlust an Individualität für die nachfolgenden Generationen.

[18] *O. Borst*, Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben, in: Die alte Stadt 15 (1988).

Hellmut Richter

Stadt und Stadtsanierung. Das Beispiel

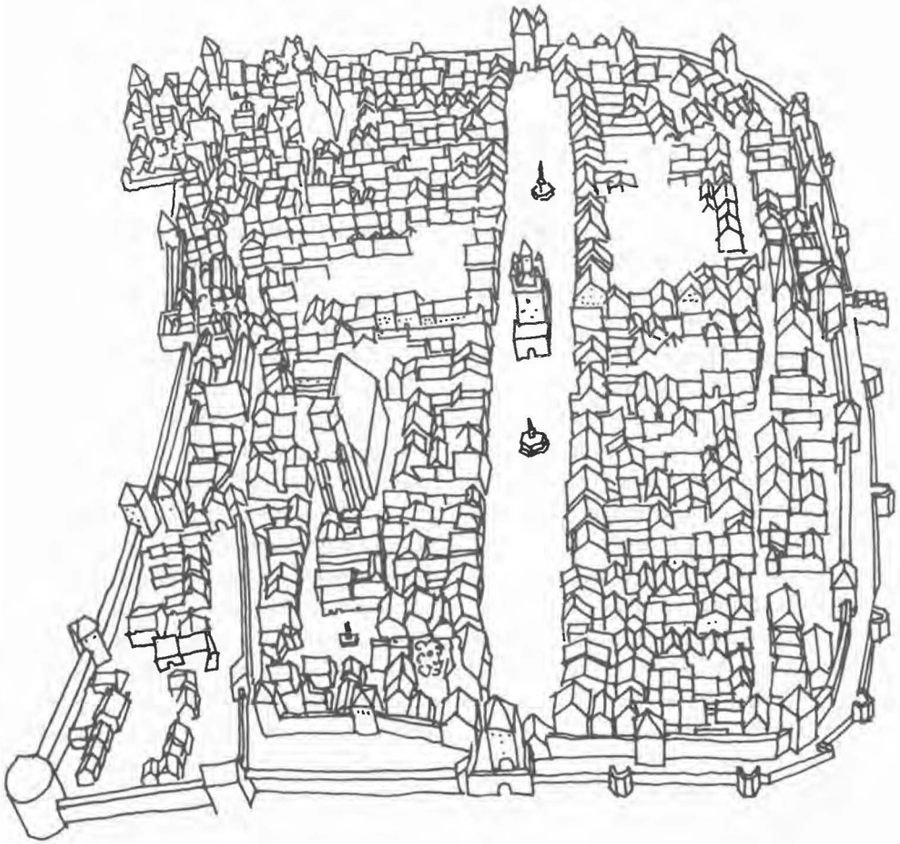
Ein edles Beispiel macht die schweren Taten leicht
Johann W. von Goethe

Im Bauen des Menschen ist das Beispiel von Anbeginn der Weg, um Behausungen für viele zu schaffen. Aus der Erkenntnis der Möglichkeiten der sich bietenden Stoffe heraus beginnt er »beispielhaft« zu konstruieren. Der Wille zur Dauer seiner Bauwerke führt über Versuche zur »sicheren« Erkenntnis der Kunstregeln: Der bewährte Prototyp eines Hauses oder einer einzelnen Konstruktion wird sofort Vorbild.

In der Baukunst, dem Hinzutreten von Zahl, Mathematik, Proportion und Tragwerkberechnung gewinnt auch die Theorie, die Lehre, *ergänzend* als methodisches Beispiel zu wirken. Übrigens im Positiven wie im Negativen: aus den Zeiten extremer expressionistischer Ziele der Baukunst, also bezeichnenderweise aus den Perioden der Gotik, der islamischen Kuppelbaukunst und des Barock, sind spektakuläre Baukatastrophen durch einstürzende Konstruktionen überliefert. Das Maß des »Bewährten« war überschritten. Bekannt ist freilich auch, daß Konstruktionen aus jenen Zeiten unverrückbar fest stehen, für die moderne Tragwerkberechnungen »nachweisen«, daß sie eigentlich zusammenbrechen müßten... (allein »Examples demonstrate the possibility of success«).[1]

In der Geschichte des Städtebaus gilt nichts anderes. Die Stadt (die ja immer »geplante« Stadt oder Stadterweiterung ist) folgt in ihrem Gefüge der Parzellen, Gebäude, Höfe, Straßen, Gassen, Markt fast immer einem bewährten »Typ«. Neu entwickelte *und bewährte* Vorbilder wirken als Beispiel für Stadtbefestigungen, Brandschutzvorkehrungen und Erschließungssysteme; oft dienen sie ganzen Generationen als Beispiel. »Longum iter est per praecepta, breve et efficax per exempla«, heißt es bei Seneca.[2] Das gilt zumindest immer innerhalb einer »Haus-« oder »Städtelandschaft«. Außerhalb der typischen elementaren Strukturen, die die Alltagswelt erfordert, unterscheiden sich die mittelalterlichen Städte durch individuelle »Großformen« der Sakral-, Herrschafts- und Verwaltungsgebäude wie auch durch die ihnen zugeordneten Plätze: Hier wurde von Anfang an *das Unverwechselbare* gesucht: Symbolgestalt der »Eigentümlichkeit« eines sozialen Organismus. Diese Absage an Generalisierung stellt eine wichtige Grenze zwischen originär schöpferischer Kultur-

[1] *S. Smiles*, Die Sparsamkeit, 1875.
[2] »Lang ist der Weg durch Lehren, kurz und erfolgreich durch Beispiele«, *Lucius Annaeus Seneca*, Briefe, Br. 6.

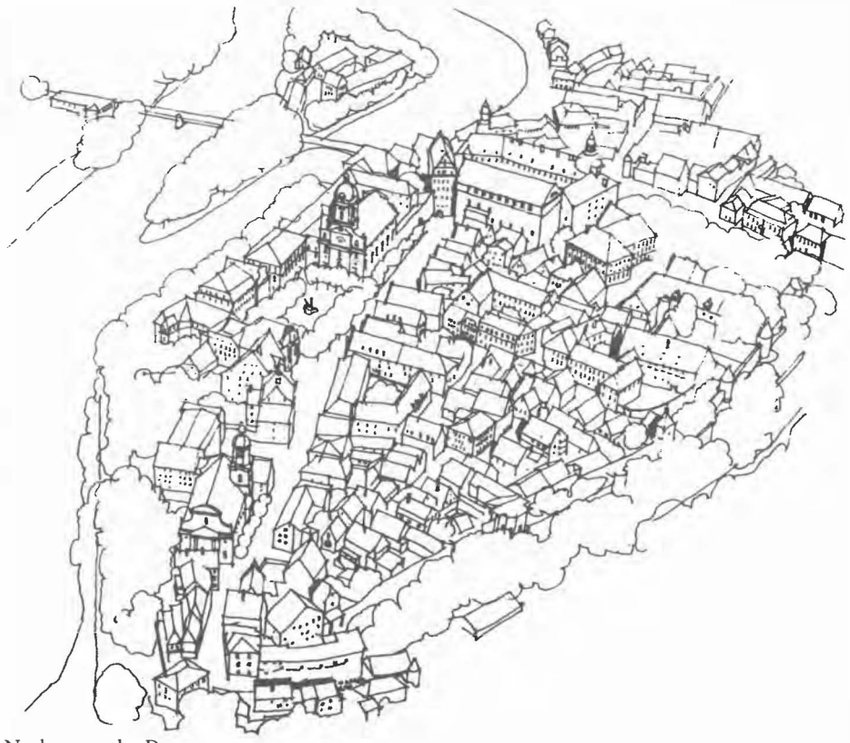


Straubing
Die Altstadt. Wittelsbachische Gründung mit den bezeichnenden großen Straßenmärkten; hier das »Sandtner-Modell« aus dem Jahre 1568, aus: *G. Mauer,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Straubing, Die alte Stadt 8 (1981), S. 417.

leistung und der Übernahme nachwirkender Beispiele dar. In unserer Zeit, in der die Substanz dieser hochwertigen »anonymen« Architektur und Stadtbaukunst zunehmend rasch schwindet, muß die Auseinandersetzung mit der Typologie dieser »Beispielstrukturen« aus vielen Gründen noch vertieft werden.[3]

Baustrukturen mit hohem Anspruch haben sich des Beispiels höchst unter-

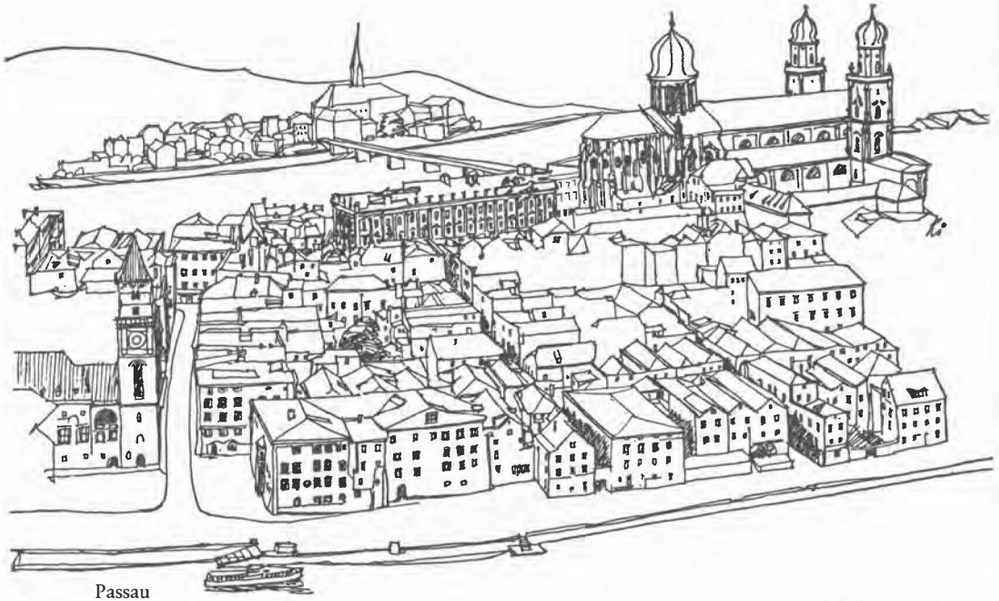
[3] Vgl. hierzu auch die typologischen Darstellungen der Reihe »Altstadtsanierung: zum Beispiel ...« dieser Zeitschrift u. Abschnitt »Vorbereitung der Sanierung« dieses Beitrags; erwünscht wäre im Grunde ein Corpus aller dieser anonymen Typen, und zwar der Baukunst der ganzen Welt, über Hütten der Naturvölker über die Lehmarchitektur Jemens bis zum japanischen Holzständerhaus.



Neuburg an der Donau
Die »Obere Stadt«, ein Ensemble von höchster Wertigkeit, aus: *R. Thiele,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Neuburg an der Donau, Die alte Stadt 10 (1983), S. 374.

schiedlich bedient. Von den Ideen der *Renaissance* ausgehend, überrascht es immer wieder, wie wenig selbst in italienischen Städten das »Beispiel Antike« transformiert wurde: allein in der ausgreifendsten Form als »Idealstadt« sowie im Prinzip, etwa der »Kolossalordnung« von Säulen und Pilastern oder im Baudetail; zum Beispiel im Gesimsprofil ist antikes Element unmittelbar übernommen worden. Kaum ein Bau von Palladio im ganzen hätte jedoch in einer antiken Stadt stehen können. Es ist so, als hätte die Renaissance den »Wortschatz« der Bau- und Stadtentwicklung der Antike in ihren Wurzeln aufgenommen, die »Sprache« selbst jedoch nicht gesucht (dies sollte dem Klassizismus vorbehalten bleiben ...).

Im *Barock* setzt eine Vielzahl von höchst originellen Meistern auch nördlich der Alpen Zeichen, denen alle Bauschaffenden folgen. Sehen wir von den wenigen echten barocken Stadtanlagen, etwa Karlsruhe oder Erlangen, ab, muß sich das Beispiel – aus wirtschaftlichen

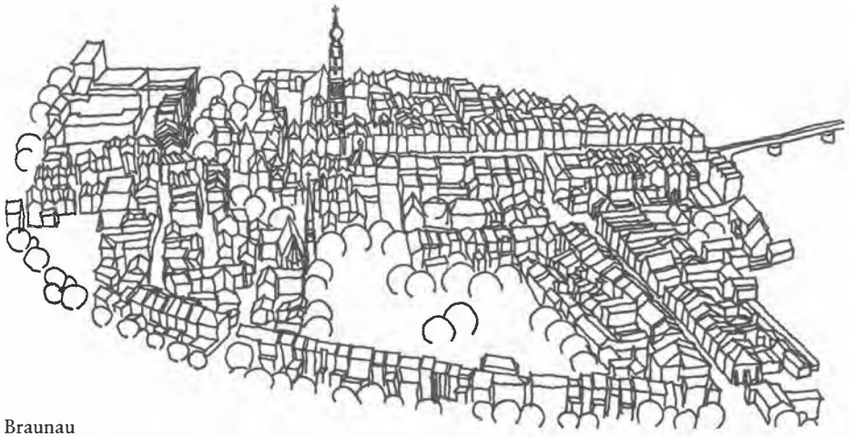


Passau
Altstadt zwischen Donau und Inn. Im Vordergrund das Sanierungsgebiet »Höllgasse«, das seiner Vollendung entgegensieht, aus: *H. Richter,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Passau, Die alte Stadt 5 (1978), S. 83.

Gründen – auf die »barocke Überformung« mittelalterlicher Häuser beschränken, in einer durchaus begrenzten Typologie: Das Beispiel Versailles wirkte – übersetzt – dafür in gewaltiger Breite. *Empire* und *Klassizismus* wollen das »Beispiel Antike« unmittelbar übernehmen, ihnen oft auch gänzlich neue Funktionen zuweisen. Das Bildungsideal der deutschen Klassik wie verwandter Richtungen in Europa suchte das »ernste« Beispiel und fand es in den (nur vermeintlich »farblosen«) Bauten und Bildwerken der Antike. Menschliche Maßstäblichkeit, das »Maß« in jeder Relation gehört als Tugend dazu (vgl. die zeitgemäße Wertschätzung des Biedermeier-Möbels). Die bürgerliche Villa folgt den barocken und klassizistischen Beispielen gewissermaßen in zweiter Generation – die »verbrauchte Wirkung« ist oft spürbar.



Berlin-Spandau
Breite Straße, Hausreihen von 1800, aus: *E. Jahn,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Spandau 10 (1983), S. 178.



Braunau
Die Altstadt als Demonstration der maßstabsbezogenen »Körnung« (nach K. Lynch), aus: *Rainer Reinisch,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Braunau, Die alte Stadt 7 (1980), S. 417.

Es überrascht, daß in der Generation unserer Eltern die öffentlichen Bauten aus der Periode der Gründerzeit und davor zu Prüfsteinen des Geschmacks wurden: Beispiele, die einem Typus aus der Antike entsprachen, wurden wesentlich leichter antizipiert als eine »Wiederholung« singulärer Bauten des Mittelalters. Das Rathaus der Stadt Fürth, eine 1840–50 errichtete Kopie des Palazzo Vecchio (Florenz), wirkte gerade noch etwas peinlicher als die gründerzeitlichen Rathäuser Süddeutschlands, die sich an flämischen Beispielen aus der Zeit der Gotik orientierten. Heute findet das eine wie das andere neue Bewunderung. Die rasche Wandelbarkeit in der allgemeinen öffentlichen Bewertung von beispielgebenden Typen, seien es Bauwerke oder städtebauliche Strukturen, ist in jüngster Zeit noch viel deutlicher geworden. Staatlich-ideologische Verunglimpfung, wie sie die Architekten der Stuttgarter Weißenhof-Siedlung oder der Bauhaus-Schule erfuhren, wäre gewiß nicht so leicht möglich gewesen, wenn zu ihrer Zeit nicht eine Mehrheit diesen vermeintlich zu nüchternen Bauwerken eine positive Beispielwirkung abgesprochen hätte. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelangte diese überwiegend deutsch-holländische Schule vor allem über die USA und die Schweiz in ihre Ursprungsländer zurück, während in der zwölfjährigen Zeit des Unheils so gut wie widerspruchslos eine breit wirkende hohl-pathetische oder heimattümelnde Architektur Fuß gefaßt hatte. Die deutsche Architektur der 50er Jahre, geprägt von Meistern wie Sep Ruf oder Egon Eiermann (wieviel mehr Namen wären hier zu nennen), entfaltete eine Beispielwirkung, die zwar unter oft deutlicher Abschwächung originaler Werte – dem gewaltigen Nachkriegs-Bauvolumen entsprechend – immerhin eine unübersehbar breite Nachahmung fand. Nach einer deutlich erkennbaren Periode der Ermüdung hat das breite Epi-

gonentum nun wohl die sogenannte Postmoderne als für eine allgemeine Antizipation geeignete Richtung entdeckt.

Die entsprechenden Entwicklungslinien des Städtebaus der Nachkriegszeit, auf ihre Beispielwirkung hin betrachtet, sind ebenfalls Lehrstücke des raschen Wandels vom Ideal über Ermüdung bis zur breiten Gegnerschaft. Die »Großsiedlung«, die notwendig rasche Errichtung einer hohen Wohnungszahl, legte, nicht zuletzt unter Berufung auf Le Corbusier, nahe, ein Pathos von Dominanten inmitten von Flachbauten und weitläufigen Grünanlagen zu entwickeln, das in seiner dramatischen Wahrnehmbarkeit auf die Sinne des Autofahrers angelegt ist, dem Fußgänger leider eher Langeweile zumutet und für ein »familiengerechtes Wohnen« oft bis ins Unzumutbare hineingeht. Ist die Großsiedlung noch ein Beispiel? Jüngst wurde eine solche Form (in Berlin) wieder prämiert. (Im übrigen zählt sie heute zu den Gegenständen der städtebaulichen Sanierung, und zwar der schwierigsten Art.) Die kleine, überschaubare »Wohngruppe« konnte sich als städtebauliches Element gegenüber den unbegrenzten und gestaltlosen Einfamilienhaussiedlungen noch nicht als »Beispiel« durchsetzen. Die Einfamilienhaussiedlung, dicht mit hohen Bäumen durchgrünt, Beispiel aus Gründerzeit und Gartenstadtbewegung, ebenfalls nicht. Kommunalpolitik und Architekten müssen sich fragen lassen, ob es hier nicht »Beispiele zu setzen« heißen muß.

»Das Beispiel« im Städtebau stellt sich



Landshut
Der Straßenzug »Altstadt« nach Süden mit St. Martin und der Burg Trausnitz, aus: *W. Schwaiger-Herschmann,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Landshut, Die alte Stadt 14 (1987), S. 200.

vielmehr seit Jahrzehnten, mit höchst wechselvollem Erfolg, im theoretisch-methodischen Weg dar: »In jüngster Zeit werden die methodischen Verfeinerungen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zur wissenschaftlichen Kontrolle bau- und stadtplanerischer Prozesse herangezogen, da die Größenordnung vieler Aufgaben nicht mehr intuitiv bewältigt werden kann. Nachdem seit 1930, auf breiter Front seit etwa 1955, die Moderne Architektur in ihrer eigenen Geschichtsschreibung begonnen hatte, sich kritisch mit sich selbst auseinanderzusetzen, bleibt die zunehmende Diskussion von Umweltproblemen in politischer, soziologischer, medizinisch-psychologischer Sicht nicht ohne Wirkung auf das Selbstverständnis der Architektur von heute«;[4] bleibt hinzuzufügen: das

[4] Vgl. *Brockhaus Enzyklopädie,* Stichwort »Moderne Architektur«, Wiesbaden 1971.

gilt in besonderem Maße für den modernen Städtebau.

Es geht hier um *das Beispiel,* das gewiß nicht einheitlich bewertet, doch in jedem Sinne auch heute positiv wie negativ fortwirken kann. In unserer Zeit, am Ausgang einer Epoche, in der unter Vernachlässigung der Grenzen unserer Ressourcen *alles* machbar erschien, ist es zwingender denn je, auch die fortwirkenden *Beispiele* baulicher und vor allem städtebaulicher Tätigkeit einer *stetigen Überprüfung* zu unterziehen, also einer »Umweltverträglichkeitsprüfung« im weitesten Sinne.

Nicht nur das Bauen oder der städtebauliche Plan wirken als »Beispiel«. Auch die Strategien des Planens und seiner Durchführung, die, siehe oben, als Beispiel wirken, bedürfen stetiger Überprüfung. Hierbei muß die städtebauliche Sanierung als sehr komplexes Aufgabenfeld und typischer »Beispiel«-Fall in der fachlichen und politischen Diskussion lebendig bleiben. Es geht dabei nicht nur um namhafte Förderbeträge der öffentlichen Hände, sondern um ein Erbe, das für uns alle die Bedeutung eines vertrauten »Vaterhauses«[5] hat.

Zu gerade diesem Zweck befassen sich seit 1978 diese Bände für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege mit dem Thema »Altstadtsanierung: zum Beispiel ...«. Inzwischen liegen 40 Berichte dieser Reihe vor, die, darf man Rezensionen oder Zuschriften an die Redaktion glauben, für sich eine erhebliche »beispielgebende« Wirkung entfaltet haben. Trotz aller Vorbehalte gegenüber der Übertragbarkeit, die sich zu Recht aus

- der jeweiligen Individualität der dargestellten Stadt,
- dem durchaus divergierenden Wertesystem der Beurteiler (Verfasser) und
- der jeweiligen Zeitgebundenheit

begründen, wurden den Praktikern der städtebaulichen Sanierung Erkenntnisse, Erfahrungen und Strategien vermittelt, die in der Anfangsphase der heute breit angelegten Sanierungstätigkeit besonderen Wert hatten – und sei es für die Bestätigung der eigenen Praxis. Wir müssen auch eine Beschränkung des Themas konzedieren: Die »städtebauliche Sanierung« ist heute ein viel breiteres Feld als »Altstadtsanierung«, die nach dem Titel dieser Vierteljahresschrift jedoch überwiegender Gegenstand sein muß, wenngleich im Städtebau-Historischen viele Exkurse von dieser Beschränkung fortgeführt haben. Die städtebauliche Sanierung typisch dörflicher Strukturen oder großflächiger Industrie- und Verkehrsbrachflächen kann der Leser daher (noch) nicht finden; ein wirkliches Versäumnis sieht die Redaktion darin, daß gründerzeitliche Stadtstrukturen nur allenfalls »am Rande« erwähnt wurden (hier wird am ehesten etwas nachgeholt werden müssen). Aus der vorgenannten Beschränkung erklärt sich auch, daß die Verlagerung störender gewerblicher Betriebe kaum behandelt wird.

Eine sehr beachtliche Ausnahme ist die Auslagerung der Vereinigten Kunstmüh-

[5] Siehe hierzu die Bewertung der Ganzheit bei *W. Landzettel,* Bindung an die Gestalt, in: Die alte Stadt 1 (1989), S. 78–92.



Lohr am Main
Fußgängerbereich, aus: *G. Knopp,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Lohr am Main, aus Die alte Stadt 15 (1988), S. 97.

len in *Landshut*. Sie umfaßte von den ersten konkreten Verhandlungen bis zur Neugestaltung der Altfläche (Mühleninsel) einen Zeitraum von 1974 bis 1988! Hier wird deutlich, welch langen Atem bestimmte wichtige Sanierungsvorhaben erfordern (dargestellt in 1987/4).[6] Die Beseitigung bereits stillgelegter Betriebe ist allerdings nicht selten Anstoß für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen (vgl. *Amberg,* 1978/4 oder *Wertheim,* 1982/2). Auch die »ökologische Stadtsanierung« konnte noch nicht mit Erfahrungsberichten aufwarten (auch dies wird folgen; vgl. die Aussage »Bei den zukünftigen Sanierungsaktivitäten wird ein verstärkter Umweltschutz und der rücksichtsvolle Umgang mit den vorhandenen Ressourcen einen Schwerpunkt bilden«, aus *Einbeck,* 1989/1).

»Sanierung: ein Kunstwort, das aus dem lateinischen ›sanitas‹ abgeleitet ist. Es bedeutet soviel wie Gesundheit, Vernunft, Besonnenheit, Vollständigkeit. Auf die Stadtsanierung übertragen bedeutet dies, die Leistungsfähigkeit des ›Organismus Stadt‹ wiederherzustellen. Stadtsanierung bedeutet deshalb in der Praxis: Arbeit am lebendigen Objekt« (*Wolfenbüttel,* 1982/1).

[6] Hier und im folgenden wird durch Nennung von Jahrgang und Band auf die innerhalb der Zeitschrift Die alte Stadt erschienenen Beiträge »Altstadtsanierung: zum Beispiel...« verwiesen.

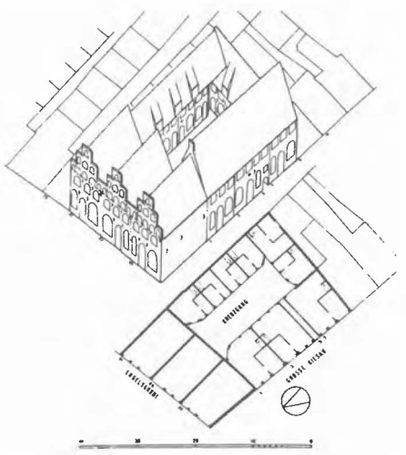
Wie ist diese Aufgabe in den 40 Berichten »*Altstadtsanierung: zum Beispiel...*« dargestellt? Es muß vorausgeschickt werden, daß in allen Fällen die »Phase der Neuorientierung« also: weg vom Kahlschlag, hin zur erhaltenden, behutsamen Stadtsanierung, im wesentlichen wohl markiert durch das Internationale Denkmalschutzjahr 1975, bereits vollzogen worden ist, und zwar nicht allein aus fachlicher, sondern auch aus kommunalpolitischer Sicht. Alle Beiträge werden mit einer Darstellung der historischen wie stadtbaugeschichtlichen Entwicklung eingeleitet: Diese »Vorstellung« des jeweiligen Stadtindividuums ist zum Verständnis nachfolgender Diagnosen und Therapien unverzichtbar; man könnte sie mit der »Anamnese«[7] vergleichen. Die Aspekte der Vorbereitung und Durchführung spiegeln jedoch nicht allein die Verhältnisse des Einzelfalls, sondern auch zeittypische Entwicklungen und Bewertungen.

Vorbereitung der Sanierung

Über die Bedeutung der Vorbereitenden Untersuchungen (heute nach § 141 BauGB geregelt) herrscht bei allen Berichterstattern Einigkeit; hingewiesen sei auf die Darstellung bei *Limburg a. d. Lahn* (1981/2) oder *Nördlingen* (1984/3). Der hierzu gehörende Aspekt der Bauforschung ist z. B. im Beitrag *Lübeck* (1985/3) ausgeführt. Besonders bemerkenswert ist, daß für die Baudenkmäler auch typologische Untersuchungen von großer Intensität erbracht wurden. Hier ist vor allem zu nennen die Darstellung der »Hallenhäuser«, bis hin zum baukonstruktiven Detail, in *Limburg a. d. Lahn* (1981/2). Aber auch: die Kaufmannshöfe in *Flensburg* (1979/3), die Geschlechtertürme in *Regensburg* (1979/4), die Grabendach-Häuser des Inn/Salzachgebiets in *Burghausen* (1980/2), Bürgerhäuser und »Gangbudenreihen« in *Lübeck* (1985/3), Bürgerhäuser in *Einbeck* (1989/1) und mehr! Schon früh wurden auch die Einflüsse der Topographie und Landschaft einbezogen: »der bedeutungsvolle landschaftliche Bezug muß gesichert sein« (*Kempten/Allgäu* 1978/3). Im folgenden noch öfter, im Aspekt neuerer Planungsentscheidungen etwa bei *Lohr* (1988/1). Öfter wird auch auf die »Stadtbildanalyse« hingewiesen: so bemerkenswert im Beitrag über *Wertheim* am Main (1982/2). An die Bedeutung des »Funktionsgefüges« wird erstmals bei *Coburg* (1979/2) erinnert.

Die aus den Vorbereitenden Untersuchungen heraus zu entwickelnden Sanierungsziele sind ausnahmslos genannt, sehr übersichtlich z. B. bei *Karlstadt* (1982/4). Das gleiche gilt für die städtebauliche Planung, die häufig funktionale Mißstände, immer Verkehrsprobleme und auch die finanzielle Durchführbar-

[7] »Erinnerung«, hier nicht nur »Vorgeschichte einer Krankheit«, sondern auch in der bemerkenswerten Definition »Wiedererinnerung der Seele an die vor ihrer Verbindung mit dem Körper geschauten Ideen«, *Der Große Duden,* Band 5, Mannheim 1966. Im übrigen ist, so treffend Vergleiche des »Stadtorganismus« mit einem biologischen Organismus oft sind, doch wohl Vorsicht bei Parallelen angeraten.



Lübeck
Wohnanlage des 16. Jh. in der Großen Kiesau/Engelsgrube, Aufmaß und Rekonstruktion, aus: *A. Billert / C. de Lage / H. H. Siewert,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Lübeck, Die alte Stadt 12 (1985), S. 396.



Hornburg
Dammstraße mit Judenschule und Dammtor, aus: *D. J. Mehlhorn,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Hornburg, Die alte Stadt 11 (1984), S. 362.

keit zu berücksichtigen hat. Auf die Zweckmäßigkeit, die Gesamtsanierung in kurz-, mittel- und langfristig durchzuführende Maßnahmen aufzuteilen, wird bei *Ottweiler* (1986/4) hingewiesen. Die gelegentlich erforderlichen Kurskorrekturen der Zielvorstellungen und die Planungstechnik in Phasen sind Gegenstand der Betrachtung bei *Lohr a. Main* (1988/1). Die Gefahr der Stadtzerstörung durch Verkehrsausbau ist heute weitgehend gebannt, nicht jedoch durch Vorhaben des Hochwasserschutzes (dies ist den Beiträgen über *Passau* (1978/1), *Amberg* (1978/4) u. a. zu entnehmen; es gilt fraglos auch für *Regensburg* (1979/4). Die Bedeutung städtebaulicher Wettbewerbe wird schon frühzeitig betont (*Passau,* 1978/1 und *Neuburg a. d. Donau,* 1983/4); ebenso Wettbewerbe zur Lösung einzelner Aufgaben. Längst vor Einführung des Terminus »Rahmenplan« (BauGB von 1987, § 140 Nr. 4) werden dessen Bedeutung und Grenzen in den Beiträgen über *Karlstadt* (1982/4) und *Kalkar* (1985/1) gewürdigt; vgl. auch *Lohr* (1988/1). Einzelne Aspekte zum Bebauungsplan (§§ 8 ff. BauGB) geben interessante Hinweise, zum Beispiel die geschoßweise Festsetzung der Art der Nutzung (*Ansbach,* 1986/1) oder zur Verhinderung von Spielhallen in der Altstadt (*Ravensburg* 1986/3). Die Fragwürdigkeit des »Besonderen Wohngebiets« nach § 4a BauNVO wird bei *Limburg* (1981/2) angesprochen. Probleme hinsichtlich der Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB) werden im Fall *Hornburg* (1984/4) aufgezeigt.



Burghausen
Stadtplatz nach der Neugestaltung (unter Anlage einer Tiefgarage). Links, mit den Türmchen, das ehem. kurfürstliche Regierungsgebäude, heute zum Stadtsaal umgebaut, aus: *R. Loscar-Engert,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Burghausen, Die alte Stadt 7 (1980), S. 211.

Die Stadtbild- oder Gestaltungssatzung als eine Rahmenbedingung für Neubauten, bekanntlich häufig Gegenstand der Kritik, wird in den Beiträgen durchweg positiv beurteilt (z. B.: *Kempten,* 1978/3; *Regensburg,* 1979/4; *Ingolstadt,* 1982/3; *Wertheim a. M.,* 1982/2; *Münden,* 1984/1; *Hornburg,* 1984/4; *Tübingen,* 1985/2; mit Hinweis auf eine gelegentliche Anpassungsbedürftigkeit: *Ottweiler,* 1986/4).

Verkehr

»Wir spürten und sahen es auch, daß unsere für ganz andere Zeiten gebauten und in Ehren grau gewordenen Städte krank wurden an ihren glücklichen Menschen, an ihren Glücksbringern, den Autos, an unserer Mobilität. Unsere Mobile stinken, verschandeln und verstopfen Straßen und Plätze, machen Lärm, erschüttern unsere Häuser und ätzen sie sogar kaputt« (*Coburg,* 1979/2). »Es fehlen 2600 öffentliche Parkplätze« (allein für die Altstadt *Lüneburgs,* 1978/2). Das redliche Bemühen, mit diesen Aufgaben zurechtzukommen, verdient besondere Anerkennung. Das Erfordernis, in jedem Fall eine Gesamtverkehrslösung zu entwickeln, wird schon für *Straubing* (1981/1) hervorgehoben. Daß dabei auch erhebliche Eingriffe durch notwendige Tangenten unvermeidbar sind, belegen die Beispiele *Passau-Ilzstadt* (1978/1), *Amberg* (1978/4) und besonders *Mainz* (1983/3). Die Notwendigkeit von Parkhäusern und ihre Altstadt-Verträglichkeit wird bereits bei *Coburg* (1979/2) ausgeführt. Als entscheidend wichtiger Schritt zur Zurückdrängung des Kraftfahrzeugs wird von Anfang an die Ein-



Coburg
Der Straßenzug »Mauer« in der Linie der ehem. Stadtbefestigung. Rechts das Parkhaus »Mauer« mit umgebender Wohn- und Geschäftsnutzung, aus: *H. H. Stitz,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Coburg, Die alte Stadt 6 (1979), S. 198.

richtung von Fußgängerbereichen herausgestellt (*Passau* Ludwigstraße, 1978/1; *Lüneburg* Glockenhof, 1978/2; *Kempten* Fischerstraße, 1978/3; *Amberg* Marktplatz/Georgenstraße, 1978/4; um nur die Anfänge zu nennen). Auf die erwünschte Vernetzung von Fußgängerbereichen weisen die Fälle *Osnabrück* (1980/3) und *Trier* (1984/2) hin. Einen frühzeitigen Schritt in die Richtung der sog. verkehrlichen Mischfläche geht *Hameln* (1980/1) mit der »beruhigten Wohnstraße«. Maßnahmen der allgemeinen Verkehrsberuhigung folgen erst später: *Tübingen* (1985/2), *Ravensburg* (1986/3), *Augsburg* (1987/3). Wie aufwendig der Preis für eine (notwendige) Verkehrsberuhigung sein kann, belegt *Landshut* (1987/2), wo der Bau eines 1700 m langen Tunnels unter dem Burgberg hierfür Voraussetzung ist. Auch für den Fahrradverkehr hat Landshut ein eigenes umfassendes Konzept entwickelt.

Denkmalpflege

»Ein entscheidendes Element jeglicher Stadterneuerung ist der Denkmalschutz« (*Kempten*/Allgäu, 1978/3). Diese Aussage zieht sich wie ein roter Faden durch sämtliche Berichte. Probleme und Lösungen werden so engagiert vorgetragen, als müsse man sich hierbei noch immer gegenseitig Mut machen. Das gilt nicht zuletzt für das Thema »neue Nutzungen für Baudenkmäler«. Von Anfang an wird Beispielen Raum gegeben: in *Lüneburg* der Umbau des »Glockenhauses« für kulturelle Veranstaltungen (1978/2), in *Kempten* der Umbau der Stiftsmälzerei zur Musikschule (1978/3), in *Amberg* die Erneuerung eines Stadels, der sog. »Reitschule«, als Jugendgemeinschaftshaus sowie die Umnutzung der ehemaligen Berufsschule zur Stadtbücherei (1978/4), in *Regensburg* die Rettung des riesigen »Leeren Beutels« durch Umnutzung für museale und andere Bildungszwecke (1979/4), in *Burghausen* der Umbau des Mautnerschlosses in ein Seminargebäude und des ehemaligen kurfürstlichen Regierungsgebäudes zu einem Stadtsaal (1980/2), in *Osnabrück* der Ausbau des Adelssitzes »Ledenhof« zur Musikbibliothek (1980/3), in *Trier* der beachtliche Umbau der gründerzeitlichen »Tuchfabrik« in ein Veranstaltungsgebäude, also in eine »Kulturfabrik« (1984/2), und mehr.

In diesem Zusammenhang wird auch die Notwendigkeit hervorgehoben, bei Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen an Baudenkmälern von bestimmten Normen abweichen zu müssen (*Flensburg,* Kaufmannshöfe, 1979/3; Limburg a. d. L., 1981/2). Modernisierung und Denkmalpflege erhalten eine umfassende Zielbestimmung: »Fassadenkosmetik ist tabu. Im Mittelpunkt der Bemühungen steht eine durchgreifende Substanzerhaltung, die wie selbstverständlich am Schluß ihr ›Make-up‹ erhält« (*Marburg,* 1981/4); aus der gleichen Stadt kommt der Vorschlag zu stufenweisem Vorgehen bei der Modernisierung, um Kosten zu sparen und die Finanzierungssicherheit zu gewährleisten. Die Einfügung von Neubauten wird sowohl im großflächigen Bereich (*Neuburg a. d. D.,* 1983/4) als auch im kleinen (*Ravensburg,* 1986/3) behandelt. Der Neubau von Kaufhäusern in einer Altstadt gelingt weniger (*Stade,* 1983/1) oder besser (*Nördlingen,* 1984/3).



Nördlingen
Neugestaltung des Straßenraums mit Verkehrsberuhigung im Sanierungsgebiet 3, aus: *O. Strauß,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Nördlingen, Die alte Stadt (11) 1984, S. 259.

Soziale Aspekte

Die mit der Stadtsanierung verbundenen sozialen Ziele stellen bei sämtlichen Beispielen vorrangige kommunalpolitische Vorgaben dar, ohne daß davon viel Aufhebens gemacht würde. Die Erhaltung der Sozialstruktur (sogar bei einer flä-

chenhaften Sanierung wie in *Passau/Ilzstadt*, 1978/1), die Förderung junger Familien, die sich im – sanierten – Erneuerungsgebiet niederlassen (*Burghausen*, 1980/2) und die Sorgfalt bei Ausführung des Sozialplans (heute § 180 BauGB; z. B. die zweckgebundene Einstellung eines Sozialarbeiters bei der Stadt *Straubing*, 1981/1) mögen Beispiele sein. »Ein ausgeglichenes, vielschichtiges Sozialgefüge gewährleistet den dauernden Erfolg der Sanierung« (*Stade*, 1983/1). Ausführlichere Darstellungen sind bei Tübingen (1985/2, u. a. auch besondere Berücksichtigung der Belange der Kinder und Ausländer) und *Augsburg* (1987/3) zu finden. Die Einrichtung eines »Kinderfreispielhauses« in *Hameln* (1980/1), das mit sozialpädagogischer Betreuung in einem Fachwerkanwesen »Kurie Jerusalem« untergebracht wurde, sollte vielleicht noch weiter wirken.



Ravensburg
Einfügung eines Neubaus in ein biedermeierliches Ensemble, aus: *H. R. Rieß*, Altstadtsanierung: zum Beispiel Ravensburg, Die alte Stadt 13 (1986), S. 244.



Trier
Altenwohnungen in der Krahnenstraße. Rückwärtige Erschließung mit Aufzug und Verbindungsgängen, Häuser aus der Zeit des Barock, aus: *H. Petzhold*, Altstadtsanierung: zum Beispiel Trier, Die alte Stadt 11 (1984), S. 177.

Organisation, Bürgerbeteiligung

Die Stadt »verzichtete bewußt von Beginn der Sanierung an auf Zwangsmittel jeglicher Art. Stadtsanierung, als langfristiger Prozeß eines vorsichtigen Stadtumbaues, setzt ein behutsames Vorgehen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Eigentümern, Mietern, Gewerbetreibenden und Verwaltung voraus« (*Marburg*, 1981/4). Dieser Satz könnte in jedem der dargestellten Beispiele stehen. Er ist auch die Ursache, daß zwar gelegentlich der Nutzen gesetzlicher Regelungen des Städtebauförderungsgesetzes (heute Zweites Kapitel des Baugesetzbuches) erwähnt wird, doch offensichtlich das allgemeine Verfahrensrecht, weniger die gemeindlichen »Eingriffsrechte« gemeint sind (sie mögen immerhin gelegentlich Verhandlungen erleichtern). Es gibt auch zu denken, daß in 40 Beiträgen zur Stadtsanierung nicht in einem Fall das Problem der »Abschöpfung sanierungsbedingter Bodenwertsteigerungen«

oder die damit verbundene, wenigstens seit 1985 mögliche Frage – Umfassendes oder »vereinfachtes« Verfahren? – angesprochen wird.[8]

Eine offensichtlich wichtigere Frage ist die Organisation der Sanierung innerhalb der kommunalen Verwaltung. Hierzu finden sich interessante Hinweise in den Beiträgen über *Mainz* (1983/3), *Kalkar* (1985/1), vor allem *Tübingen* (1985/2) und *Augsburg* (1987/3). In den ersten Jahren sprechen sich viele Städte für die frühzeitige Einschaltung eines Sanierungsträgers aus: *Kempten/Allgäu* (1978/3), *Amberg* (1978/4), *Regensburg* (1979/4), *Burghausen* (1980/2), *Braunau* (1980/4), *Straubing* (1981/1), *Wolfenbüttel* (1982/1) und mehr. Eine Stimme wendet sich gegen die Übertragung der gemeindlichen Aufgaben auf einen Träger: *Augsburg* (1987/3). Eine beachtliche Besonderheit: in *Lübeck* (1985/3) verfügt der Sanierungsträger über die Planstelle eines Architektur- und Kunsthistorikers. Nicht einmütig ist die Frage nach der Zweckmäßigkeit des umfassenden Grunderwerbs beantwortet; dagegen spricht sich z. B. *Stade* (1983/1), dafür *Nördlingen* (1984/3) aus.

Zur Bürgerbeteiligung finden sich praktische Hinweise bei *Lüneburg* (1978/2), *Hameln* (1980/1), *Münden* (1984/1, hier auch zur Bedeutung der Presse), insbesondere auch *Tübingen* (1985/2). Häufig bilden sich »Sanierungsbeiräte«: *Passau* (1978/1), *Lüneburg* (1978/2), *Amberg* (1978/4), *Hameln* (1980/1), *Burghausen* (1980/2), *Osnabrück* (1980/3), *Ottweiler* (1986/4).

»Sanierungspolitik und Sanierungsdurchführung sind gekennzeichnet durch den interdisziplinären Charakter der Aufgabe. Für die Zielkonformität der Stadtsanierung sowie für die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme ist es daher entscheidend, daß es gelingt, die verschiedenen öffentlichen und privaten Aktivitäten möglichst weitgehend zu koordinieren. Dazu ist es wichtig, den Bürger am Planungsprozeß von Anfang an zu beteiligen. Planungsentscheidungen sind immer unterschiedlichen Interessen ausgesetzt. Sie folgen keinen wertneutralen Sachgesetzlichkeiten. Eine Expertokratie, die zwingend richtige Lösungen anbietet, ist nicht denkbar. Eine demokratische, von allen Bürgern annehmbare Lösung kann deshalb nur darin bestehen, gerade diese Interessen offen darzulegen, gegeneinander abzuwägen, den berechtigten Belangen der übrigen Bürger gegenüberzustellen und dann unter Abwägung aller Faktoren zu entscheiden« (*Wolfenbüttel*, 1982/1).

[8] Vgl. dazu den Beitrag des Verfassers, »Erleichterungen für die Sanierungspraxis – Die Novelle des Städtebauförderungsgesetzes 1984«, in: Die alte Stadt 11 (1984), S. 348–354. Das vereinfachte Verfahren wurde im wesentlichen in das Baugesetzbuch (§ 142 Abs. 4) übernommen. Allerdings entfällt mit der Wahl dieses Verfahrens nicht mehr – wie bei der Novelle des StBauFG von 1984 – die Genehmigungspflicht für Vorhaben und Rechtsvorgänge i. S. des § 144 BauGB; vielmehr kann die Gemeinde diese Instrumente je nach Erfordernis differenziert einsetzen.

Finanzierung, Förderung

Den meisten Beiträgen ist (auf Bitte der Redaktion) ein Anhang über die Kosten und die Finanzierung der Sanierung beigegeben. Auch dies gibt sowohl dem Praktiker als auch dem Kommunalpolitiker Material zur Argumentation. In nur vier Fällen ist auch eine »Einnahme« aus der Sanierungsmaßnahme veranschlagt, die aber undeutlich bleibt; es dürfte sich vor allem um Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken handeln. In nur einem Beitrag findet sich der Hinweis auf die Erleichterung privater Finanzierungen durch Verkürzung der steuerlichen Abschreibungsfristen nach den §§ 82g und 82h Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (*Ravensburg* 1986/3), obwohl eine wesentlich breitere Inanspruchnahme dieses Instruments zu unterstellen ist.

In allen Darstellungen zur Finanzierung wird schlagend deutlich, daß ohne den umfassenden Einsatz der Finanzhilfen aus den Städtebauförderungsprogrammen von Bund und Ländern die durchwegs erfolgreichen städtebaulich-strukturellen Aufgaben nicht oder nur in völlig unzureichendem Umfang hätten begonnen und fortgeführt werden können.

Kaum ein Resümee für diese Zusammenfassung der Beiträge ist treffender, als sie bei der Darstellung der Sanierung der ältesten Stadt dieser Reihe zu finden ist: »Städtebau, Stadterneuerung und Sanierung sind keine in kurzen Zeiträumen lösbare Aufgaben. Sie brauchen einen langen Atem« (*Trier*, 1984/2).

Das Beispiel

früher des Bauens, aber auch des Erhaltens, ist durch das des Sanierens erweitert. Auch der Dichter verweist darauf. Das Beispiel nehmen, aber auch geben.

> Denn was wäre das Haus, was wäre die Stadt, wenn nicht immer
> Jeder gedächte mit Lust zu erhalten und zu erneuern,
> Und zu verbessern auch, wie die Zeit uns lehrt und das Ausland!
> Soll doch nicht als ein Pilz der Mensch dem Boden entwachsen
> Und verfaulen geschwind an dem Platze, der ihn erzeugt hat,
> Keine Spur nachlassend von seiner lebendigen Wirkung!
> Sieht man am Hause doch gleich so deutlich, wes Sinnes der Herr sei,
> Wie man, das Städtchen betretend, die Obrigkeiten beurteilt.
> Denn wo die Türme verfallen und Mauern, wo in den Gräben
> Unrat sich häufet und Unrat auf allen Gassen herumliegt,
> Wo der Stein aus der Fuge sich rückt und nicht wieder gesetzt wird,
> Wo der Balken verfault und das Haus vergeblich die neue
> Unterstützung erwartet: der Ort ist übel regieret.
> Denn wo nicht immer von oben die Ordnung und Reinlichkeit wirket,
> Da gewöhnet sich leicht der Bürger zu schmutzigem Saumsal,
> Wie der Bettler sich auch an lumpige Kleider gewöhnet.
>
> aus: *Johann W. von Goethe*, Hermann und Dorothea

Eckart Olshausen

Stadt und Land, Griechen und Iranier, Könige und Priester – zu den Herrschaftsverhältnissen im hellenistischen Pontos*

Pontos – das ist die Landschaft an der östlichen Schwarzmeerküste Anatoliens, deren Gestalt von zwei Flüssen geprägt wird, dem Yeşil Irmak und dem Kelkit Çayı. Der Yeşil Irmak entspringt am Köse Dağı (2801 m), der Kelkit Çayı im Gümüşane Dağları (2424 m), beide also im Nordanatolischen Randgebirge. In ihrem parallel westwärts gewandten Lauf bilden sie – besonders im Westen von Tokat bzw. Niksar – breite, fruchtbare Täler und treffen dann zwischen Taşova und Erbaa zusammen, um von hier aus (unter den Namen des Yeşil Irmak) nordwärts durch die Schwelle des Nordanatolischen Randgebirges in die Küstenebene zum Schwarzen Meer durchzubrechen. Unterwegs nehmen sie verschiedene Wasserläufe auf: der Yeşil Irmak etwa 15 km oberhalb von Amasya den Çekerek aus dem Deveci Dağları (höchste Erhebung 1892 m), der Kelkit Çayı bei Ozanlı den Bağarsık aus dem Giresun Dağları (aus einer Höhe von 2921 m). Die Küstenebene ist, wenn man von den Alluvialgebieten im Delta des Kızıl Irmak bei Bafra und dem des Yeşil Irmak bei Çarşamba absieht, sehr schmal; vielfach treten Ausläufer des Nordanatolischen Randgebirges bis ans Meer heran, so daß die moderne Küstenstraße in den Fels hineingeschlagen werden mußte. Zwei Hafenstädte zeichnen sich hier durch die Gunst ihrer natürlichen Lage vor anderen aus, Samsun und Trabzon. Freilich ist deren Naturhafen nicht zu vergleichen mit Sinop, 86 km westlich der Mündung des Kızıl Irmak (also außerhalb der antiken Landschaft Pontos). Diese Stadt verfügt über zwei Naturhäfen und liegt selbst auf dem Isthmos zwischen Festland und Halbinsel.

Diesem von Bergland, Flußtälern und Küstensaum gestalteten Relief entspricht die Vegetation: Immergrüne Hartlaub-Macchie, Kiefer, Olive, Feige, Baumwolle und Zitrusfrüchte in den Alluvialebenen, an der übrigen Küste Laubmischwald, Lorbeer, Lianen, Mais, Haselnuß und Tee, im südlich anschließenden Bergland Buche und andere immergrüne Laubbäume, Rhododendron und weiter oben Gräser, Kräuter, Zwergsträucher. In den Tälern des Yeşil Irmak und des Kelkit Çayı findet sich eine dem Küstensaum vergleichbare Vegetation und an den Hängen die Wald- und die Schwarzkiefer, auch die Eiche. Hier gedeiht außerdem Weizen, Gerste und Roggen sowie in günstigen Lagen Wein.

Im Küstenbereich, von Ünye ostwärts und an den Nordhängen des Gebirges, ist

* Kartenskizzen und Photographien: Dipl.-Ing. J. Biller.

Finanzierung, Förderung

Den meisten Beiträgen ist (auf Bitte der Redaktion) ein Anhang über die Kosten und die Finanzierung der Sanierung beigegeben. Auch dies gibt sowohl dem Praktiker als auch dem Kommunalpolitiker Material zur Argumentation. In nur vier Fällen ist auch eine »Einnahme« aus der Sanierungsmaßnahme veranschlagt, die aber undeutlich bleibt; es dürfte sich vor allem um Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken handeln. In nur einem Beitrag findet sich der Hinweis auf die Erleichterung privater Finanzierungen durch Verkürzung der steuerlichen Abschreibungsfristen nach den §§ 82g und 82h Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (*Ravensburg* 1986/3), obwohl eine wesentlich breitere Inanspruchnahme dieses Instruments zu unterstellen ist.

In allen Darstellungen zur Finanzierung wird schlagend deutlich, daß ohne den umfassenden Einsatz der Finanzhilfen aus den Städtebauförderungsprogrammen von Bund und Ländern die durchwegs erfolgreichen städtebaulich-strukturellen Aufgaben nicht oder nur in völlig unzureichendem Umfang hätten begonnen und fortgeführt werden können.

Kaum ein Resümee für diese Zusammenfassung der Beiträge ist treffender, als sie bei der Darstellung der Sanierung der ältesten Stadt dieser Reihe zu finden ist: »Städtebau, Stadterneuerung und Sanierung sind keine in kurzen Zeiträumen lösbare Aufgaben. Sie brauchen einen langen Atem« (*Trier*, 1984/2).

Das Beispiel

früher des Bauens, aber auch des Erhaltens, ist durch das des Sanierens erweitert. Auch der Dichter verweist darauf. Das Beispiel nehmen, aber auch geben.

> Denn was wäre das Haus, was wäre die Stadt, wenn nicht immer
> Jeder gedächte mit Lust zu erhalten und zu erneuern,
> Und zu verbessern auch, wie die Zeit uns lehrt und das Ausland!
> Soll doch nicht als ein Pilz der Mensch dem Boden entwachsen
> Und verfaulen geschwind an dem Platze, der ihn erzeugt hat,
> Keine Spur nachlassend von seiner lebendigen Wirkung!
> Sieht man am Hause doch gleich so deutlich, wes Sinnes der Herr sei,
> Wie man, das Städtchen betretend, die Obrigkeiten beurteilt.
> Denn wo die Türme verfallen und Mauern, wo in den Gräben
> Unrat sich häufet und Unrat auf allen Gassen herumliegt,
> Wo der Stein aus der Fuge sich rückt und nicht wieder gesetzt wird,
> Wo der Balken verfault und das Haus vergeblich die neue
> Unterstützung erwartet: der Ort ist übel regieret.
> Denn wo nicht immer von oben die Ordnung und Reinlichkeit wirket,
> Da gewöhnet sich leicht der Bürger zu schmutzigem Saumsal,
> Wie der Bettler sich auch an lumpige Kleider gewöhnet.
>
> aus: *Johann W. von Goethe*, Hermann und Dorothea

Eckart Olshausen

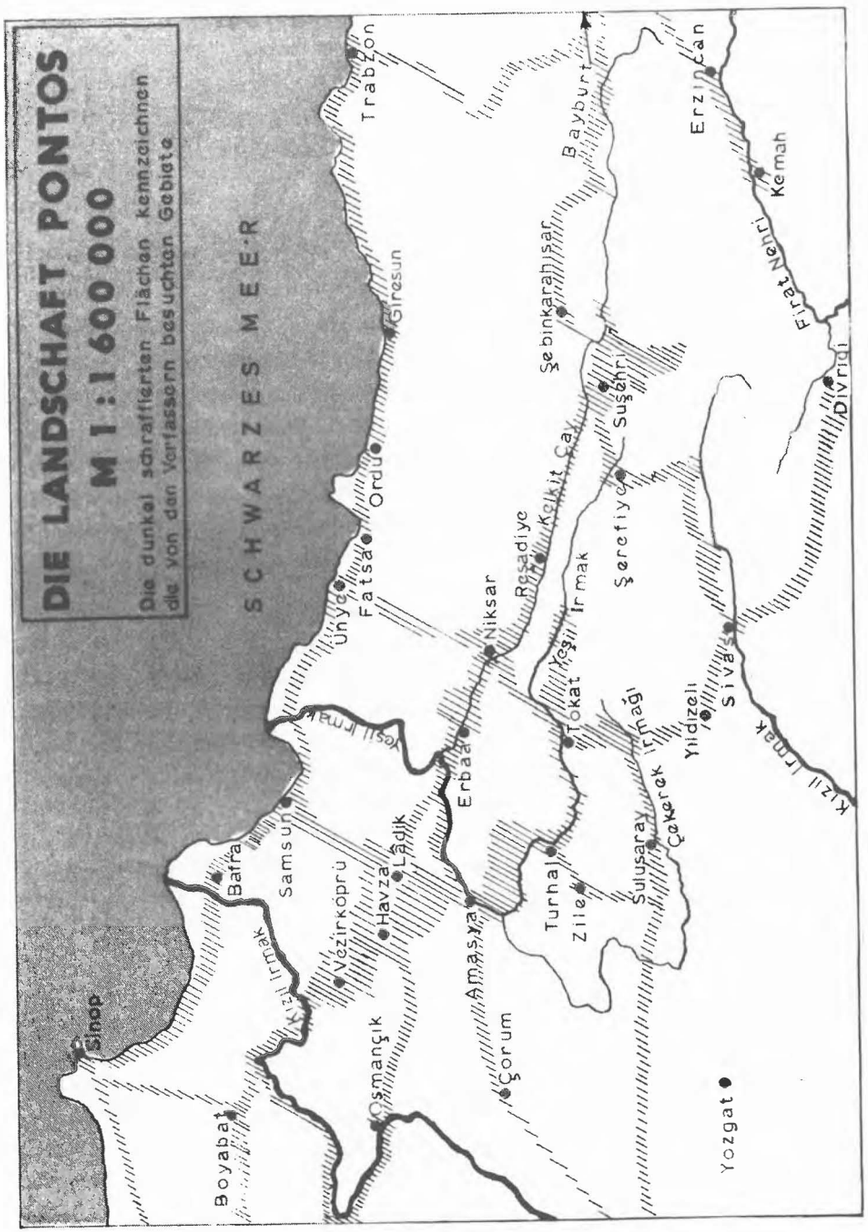
Stadt und Land, Griechen und Iranier, Könige und Priester – zu den Herrschaftsverhältnissen im hellenistischen Pontos*

Pontos – das ist die Landschaft an der östlichen Schwarzmeerküste Anatoliens, deren Gestalt von zwei Flüssen geprägt wird, dem Yeşil Irmak und dem Kelkit Çayı. Der Yeşil Irmak entspringt am Köse Dağı (2801 m), der Kelkit Çayı im Gümüşane Dağları (2424 m), beide also im Nordanatolischen Randgebirge. In ihrem parallel westwärts gewandten Lauf bilden sie – besonders im Westen von Tokat bzw. Niksar – breite, fruchtbare Täler und treffen dann zwischen Taşova und Erbaa zusammen, um von hier aus (unter den Namen des Yeşil Irmak) nordwärts durch die Schwelle des Nordanatolischen Randgebirges in die Küstenebene zum Schwarzen Meer durchzubrechen. Unterwegs nehmen sie verschiedene Wasserläufe auf: der Yeşil Irmak etwa 15 km oberhalb von Amasya den Çekerek aus dem Deveci Dağları (höchste Erhebung 1892 m), der Kelkit Çayı bei Ozanlı den Bağarsık aus dem Giresun Dağları (aus einer Höhe von 2921 m). Die Küstenebene ist, wenn man von den Alluvialgebieten im Delta des Kızıl Irmak bei Bafra und dem des Yeşil Irmak bei Çarşamba absieht, sehr schmal; vielfach treten Ausläufer des Nordanatolischen Randgebirges bis ans Meer heran, so daß die moderne Küstenstraße in den Fels hineingeschlagen werden mußte. Zwei Hafenstädte zeichnen sich hier durch die Gunst ihrer natürlichen Lage vor anderen aus, Samsun und Trabzon. Freilich ist deren Naturhafen nicht zu vergleichen mit Sinop, 86 km westlich der Mündung des Kızıl Irmak (also außerhalb der antiken Landschaft Pontos). Diese Stadt verfügt über zwei Naturhäfen und liegt selbst auf dem Isthmos zwischen Festland und Halbinsel.

Diesem von Bergland, Flußtälern und Küstensaum gestalteten Relief entspricht die Vegetation: Immergrüne Hartlaub-Macchie, Kiefer, Olive, Feige, Baumwolle und Zitrusfrüchte in den Alluvialebenen, an der übrigen Küste Laubmischwald, Lorbeer, Lianen, Mais, Haselnuß und Tee, im südlich anschließenden Bergland Buche und andere immergrüne Laubbäume, Rhododendron und weiter oben Gräser, Kräuter, Zwergsträucher. In den Tälern des Yeşil Irmak und des Kelkit Çayı findet sich eine dem Küstensaum vergleichbare Vegetation und an den Hängen die Wald- und die Schwarzkiefer, auch die Eiche. Hier gedeiht außerdem Weizen, Gerste und Roggen sowie in günstigen Lagen Wein.

Im Küstenbereich, von Ünye ostwärts und an den Nordhängen des Gebirges, ist

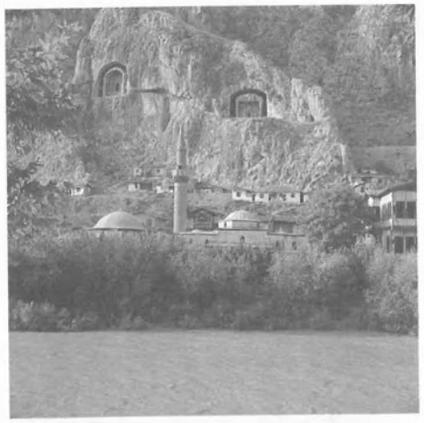
* Kartenskizzen und Photographien: Dipl.-Ing. J. Biller.



das Klima gekennzeichnet durch extrem ergiebige Niederschläge, die sich über das ganze Jahr hinweg verteilen; geringer sind dagegen die Niederschläge im Binnenland. Entsprechend ist der Winter im Küstengebiet gemäßigt, im Gebirge und im Binnenland dagegen sehr streng. Auffallend ist die Trockenheit der Wärme im Binnenbereich, die den Mitteleuropäer auch in den zentralen Sommermonaten den Aufenthalt hier gut ertragen läßt.[1]

Die Große Kolonisation der Jahre zwischen 750 und 550 v. Chr. meint die Ausbreitung der Griechen in der gesamten Mittelmeerwelt von Mainake an der Mündung des Velez in Südspanien bis Phasis beim heutigen Poti am Westfuß des Kaukasus, von Tanais an der Mündung des Don bis Naukratis am westlichen Nildelta, also einen Bereich mit einer Ausdehnung von über 4000 km mal über 2000 km. Im Rahmen dieser Bewegung sind auch die Küstengebiete der Landschaft im Nordosten Anatoliens von Griechen besiedelt worden: Die älteste der pontischen Siedlungen war offenbar Trapezus (heute Trabzon),[2] für deren Anlage uns das Jahr 756/5 glaubhaft überliefert ist.[3] Für Sinope (heute Sinop) erscheint zwar erst 630 als Gründungsjahr,[4] andererseits aber ist bekannt, daß eine erste milesische Siedlung auf dem Boden von Sinope durch die Kimmerier etwa 673 zerstört worden war, so daß Sinope, wenn tatsächlich die Initiative zur Anlage der Kolonie Trapezus von Sinope ausging,[5] tatsächlich noch älter als Trapezus ist. In diesen Jahren ist Amisos (heute Samsun) ebenfalls von Milesiern[6] gegründet worden.[7] 435/34 v. Chr. hat die Bevölkerung dieser Stadt durch eine auf Initiative des Perikles von Athen entsandte Kolonistenmannschaft eine bedeutende Verstärkung erfahren, der zufolge die Stadt eine Zeitlang den Namen Peiraieus führte.[8] Im Gegensatz zu Sinope und Trapezus hatte Amisos gute Verbindungen mit dem Binnenland über eine uralte Überlandstraße, die von Amisos ihren Ausgang nahm und südwärts über Thermai Phazemoniton (heute Havze), wo sie die große West-Ost-Straße kreuzte, über Amaseia, Zela (heute Zile) und Karana (heute Sulusaray) weiter nach Tarsos (heute Tarsus) an die Mittelmeerküste führte.[9] Sinope hatte nicht den Vorzug einer direkten Hinterland-Verbindung. Die Siedlung war vielmehr

[1] Zu Landschaft, Vegetation und Klima vgl. *W.-D. Hütteroth*, Türkei, 1982.
[2] Vgl. *F. Miltner*, Die erste milesische Kolonisation in Südpontos: Anatolian Studies W. H. Buckler, hrsg. v. *W. M. Calder / J. Keil*, Manchester 1939, S. 191–195.
[3] Euseb. 1,80e Schoene, freilich gegen *K. J. Beloch*, Griechische Geschichte 1,1, Strasburg ²1916, S. 233 ff.
[4] Euseb. 2, 89 n.
[5] Pseudo-Skymnos 948.
[6] *Strabon* 12, 3, 14.
[7] Vgl. *F. Miltner* (s. A 2).
[8] Vgl. die Belege bei *D. Magie*, Roman Rule in Asia Minor, Princeton 1950, S. 1078, Anm. 24.
[9] Vgl. *J. A. R. Munro*, Modern and Ancient Roads in Eastern Asia Minor: Supplementary Papers of the Royal Geographical Society 3 (1893), S. 643–739.



Burgfelsen mit Königsgräbern über Amasya am Yeşil Irmak



Der Burgberg von Gazoura

durch eine schmale, nach Amisos führende Küstenstraße an die große Nord-Süd-Straße angeschlossen.[10]

Noch deutlicher vom Hinterland abgeschlossen und auf die See angewiesen war Trapezus, das von Süden über einen sehr unwegsamen Paß (heute der Zigana Geçidi in 2000 m Höhe) – etwa vom »Zug der Zehntausend« im Frühjahr 400 v. Chr.[11] – erreicht wurde; erst seit Nero (54–68 n. Chr.) gewann dieser Paßweg als Verbindung des Kriegshafens, den Trapezus jetzt beherbergte, mit der Partherfront an Bedeutung und wurde unter Vespasian (69–79) regelrecht ausgebaut.[12] So wird verständlich, daß Einflüsse aus dem Binnenland Amisos eher erreichten als Sinope und Trapezus.[13] Diese binnenländischen Einflüsse verstärkten sich noch, als zu Beginn des 3. Jahrhunderts v. Chr. die aus Kios an der Propontis stammende Dynastie der Mithradatiden von einem ersten Stützpunkt in Paphlagonien aus immer größere Macht gewann:[14] Hier hatte bereits die persische Dynastie der Achaimeniden eine tiefgreifende Iranisierung veranlaßt,[15] die dem iranischen Hof aus dem Westen einen fruchtbaren Boden bot. Zahlreiche pontische Residenzen hat die

[10] Vgl. *A. Mehl*, Der Überseehandel von Pontos, in: Geographica Historica 4 (1987), S. 103–186, hier besonders S. 129 mit Anm. 56f.
[11] Xenophon anabasis 4, 7, 24.
[12] Vgl. *T. B. Mitford*, Cappadocia and Armenia Minor: Historical Setting of the Limes: ANRW 2, 7, 2 (1980) 1169–1228, besonders 1183ff. und fig. 1 auf S. 1212.
[13] Vgl. demnächst meinen Beitrag zur Festschrift für *J. Burian*, Prag 1989, über eine »Grabstele aus Samsun«.
[14] Kimiata (Strab. 12, 3, 41); vgl. *E. Olshausen*, Pontos Nr. 2: RES 15 (1978), S. 396–442, hier S. 402.
[15] Vgl. *K. Bittel*, Grundzüge der Vor- und Frühgeschichte Kleinasiens, Heidenheim 1945, S. 88.

neue Dynastie eingerichtet, etwa in Gaziura, in Kabeira, besonders aber in Amaseia,[16] wo ihre Könige bis einschließlich Mithradates IV. Philopator Philadelphos in gewaltigen Felsgräbern, die man heute noch in Amasya besichtigen kann, die letzte Ruhe gefunden haben. »Phrourion« – und nicht »Polis« – ist der angemessene Ausdruck für diese Residenzen der Mithradatiden in Pontos, und dieser Begriff kennzeichnet überhaupt eine Vielzahl von – wie wir dieses Wort übersetzen – »Burgen«, welche die Mithradatiden, vielleicht in Nachfolge der Achaimeniden, im ganzen Land unterhielten: selten exponiert, oft zentral in fruchtbaren Ebenen gelegene königliche Garnisonen, einerseits leicht zugänglich für die leibeigene Bauernbevölkerung, die ihr Getreide als Tribut für den König hier einzufahren hatte, andererseits nahe genug an der arbeitenden Bevölkerung, um einen Aufruhr im Keim zu ersticken; exponiert gelegene Burganlagen wären für beide Zwecke denkbar ungeeignet gewesen.

Mithradates V. hat in der zweiten Hälfte des zweiten Jahrhunderts v. Chr. seine Residenz von Amaseia nach Sinope verlegt. Da es viele Residenzen der Könige in Pontos gab, nur eine einzige aber das Privileg hatte, ihre Gräber aufzunehmen, bedeutet diese Maßnahme, daß dieser König den Hauptsitz seines Geschlechts vom Binnenland an die Küste verlegt hat. Dieser Schritt besaß programmatische Bedeutung: Das iranische Königshaus öffnete sich damit ganz offensichtlich der griechischen Kultur. Es ist beachtlich, wie zwanglos sich dieser Schritt Mithradates' V. mit der Verlegung der makedonischen Residenz vom binnenländischen Aigai ans Meer nach Pella durch Philippos II. vergleichen läßt.[17] Deutlich kann man nun beobachten, wie sich einerseits die Umgebung des Königs immer mehr aus Griechen – speziell der obersten Gesellschaftsschichten – zusammensetzt, wie andererseits auch im Binnenland, also in Orten, denen man bislang das kulturelle (nicht das staatspolitische) Prädikat »Polis« abgesprochen hätte (vgl. oben), griechische Kultur tonangebend wird – beispielsweise in Amaseia, wo im Jahre 64/63 v. Chr. (damals lebte Mithradates VI. noch) der Schriftsteller Strabon geboren wurde. Auf die Ebene der Verwaltung des Reiches, speziell des pontischen Kernlandes, hat sich diese kulturelle Öffnung des Königshauses aber nicht erstreckt: Wir wissen von keiner »Stadt« in Binnenpontos, die nicht von einem königlichen Gouverneur verwaltet worden wäre, selbst wenn sie unter Mithradates VI. (121–63 v. Chr.) Münzen geprägt hat, die den Anschein städtischer Autonomie erwecken.[18] So blieb also die ursprüngliche Trennung zwischen städtischem Leben an der Küste und binnenländischem Leben in offenen

[16] Vgl. den Index Ponticus bei *E. Olshausen / J. Biller*, Untersuchungen zur historischen Geographie von Pontos unter den Mithradatiden, 1984, S. 110ff., hier S. 132, 137f., 112.
[17] Vgl. *E. Olshausen*, Zum Hellenisierungsprozeß am pontischen Königshof: Ancient Society 5 (1974), S. 153–170, hier besonders S. 161.
[18] Vgl. die Karte der pontischen Prägestätten bei *E. Olshausen / J. Biller* (s. A 16), S. 102.



Felsengrab von Hüseyingazi, wo möglicherweise der Priesterstaat Ameria zu lokalisieren ist

Dorfsiedlungen, um die königlichen Burgen den politischen Ambitionen der Mithradatiden zu Trotz letzten Endes erhalten.

Mehr als der Gegensatz zwischen dörflichem Binnenland und städtisch bestimmter Küste hat die pontischen Könige der Gegensatz zwischen monarchischem Machtanspruch und hierarchischer Macht in der Landschaft Pontos in Atem gehalten.[19] Als sie sich anschickten, ihren Einfluß in Pontos von Kimiata aus geltend zu machen, bestanden in Pontos zwei mächtige Priesterstaaten:

1. Komana Pontika – die Lage dieses Priesterstaates ist mit Sicherheit beim heutigen Kılıkı (ehemals Kömenek) ausgemacht. Kultmittelpunkt war die Muttergottheit Ma-Enyo. Durch die Siedlung führte der Iris (heute Yeşil Irmak), überspannt von zwei Brücken, deren eine ich zusammen mit meinem Freund und Mitarbeiter Joseph Biller an einer modernen Stauwehr in Ansätzen ausmachen konnte. F. Cumont hatte diese noch völlig unbeschädigt angetroffen.[20] Es handelte sich hier um ein Gemeinwesen, das nicht etwa – wie die »Phroria« – unter einem königlichen Gouverneur stand, sondern unter einem Oberpriester, der jedenfalls z. Z. der späteren Mithradatiden vom König ernannt wurde. Immerhin folgte der Oberpriester von Komana Pontika protokollarisch dem König direkt, er war »der Zweite im Reich«. Bei Gelegenheit der beiden Jahreshauptfeste trug der Oberpriester sogar das Diadem. Er war der Eigner von vielem fruchtbaren Land, auf dessen Weinkulturen zahlreiche Hierodulen beschäftigt waren; mindestens 6000 solcher Hierodulen waren in Komana Pontika beschäftigt. Abgesehen von der Möglichkeit des Verkaufs hatte der Oberpriester über die Hierodulen volles Verfügungsrecht. Auch die Tempelprostitution war eine beachtliche Einnahmequelle der Oberpriester von Komana Pontika. Und da Komana Pontika für die Armenier Standort der zentralen westlichen Handelsmesse war, den sie das Tal des Lykos abwärts problemlos erreichten, gewann diese Einnahmequelle des Heiligtums noch an Bedeutung. Obwohl dieser Priesterstaat z. Z. Mithradates VI. eigene, wie wir sagen »pseudo-autonome«, Münzen geprägt hatte, handelte es sich hier eindeutig nicht um eine regelrechte Polis.

Auch bei Zela – hier hat Caesar am 2. August 47 v. Chr. den Sohn des 6. Mithradates entscheidend geschlagen – handelt es sich um einen solchen Priesterstaat. Das Verwaltungszentrum befand sich auf dem Burgberg der heutigen Stadt Zile. Kultmittelpunkt war die iranische Göttin Anaitis. Weithin sichtbar überragt der Burgberg von Zile die umliegende Ebene. Auch dieses Gemeinwesen stand unter einem Oberpriester, der mit seinen ebenfalls auf 6000 bezifferten Hierodulen hohes soziales Prestige besaß; der Eid bei der Anaitis von Zela wurde von allen Pontikern als besonders heilig angesehen.

Aus dieser Beschreibung dürfte zu ersehen sein, daß die Priesterstaaten von Komana Pontika und von Zela auch z. Z. der Mithradatiden besonders einflußreich gewesen sind. Noch ein dritter Priesterstaat hat – jedenfalls z. Z. der Mithradatiden – einen beachtlichen gesellschaftlichen Einfluß besessen: der Priesterstaat von Ameria. Die Lokalisierung ist umstritten, aber man wird Ameria in der Umgebung von Kabeira (heute Niksar) suchen. Hier gab es ebenfalls einen Oberpriester, der große Ländereien besaß und über viele Hierodulen gebot. Kultmittelpunkt waren der Mondgott Men Pharnaku und die Mondgöttin Selene. Allgemein hält man diesen Kult für eine Stiftung des Mithradatiden Pharnakes I. (ca. 185 bis 160/59 oder 155/54). Diese Deutung stützt sich besonders auf eine Information Strabons (12, 3, 31), derzufolge die Mithradatiden den Königseid bei der Tyche des Königs und beim Men Pharnaku leisteten.

Aus den Beziehungen dieser drei Priesterstaaten zum Königshaus der Mithradatiden entwickelt sich nun folgendes Bild von den Beziehungen zwischen den Priestern und dem König: Als Mithradates I. Ktistes 301 von Kimiata nach Pontos kam, fand er dort zwei mächtige Priesterstaaten, Komana Pontika und Zela, vor. Diese Priesterstaaten hatten einen enormen Einfluß in der gesamten Landschaft und darüber hinaus. Als nun Mithradates und seine Nachfolger in Pontos ihre Herrschaft geltend machen wollten, waren sie selbstverständlich sogleich mit diesen Priesterschaften und ihrer weitverzweigten Klientel konfrontiert. Pharnakes hat deshalb den in Pontos schon länger heimischen Men- und Selene-Kult[21] in Ameria[22] konzentriert, in einem Priesterstaat, der den ursprünglich in Pontos angesiedelten Priesterstaaten im weiteren Verlauf erfolgreiche Konkurrenz zugunsten des herrschenden Königshauses machte.

Stadt und Land, Griechen und Iranier, Könige und Priester – eine Vielzahl divergierender Bestrebungen hatten die Mithradatiden in Pontos in den Griff zu bekommen, um wenigstens im Kernland ihres Reiches unumstritten herrschen zu können.

[19] Vgl. zum Folgenden *E. Olshausen*, Der König und die Priester. Die Mithradatiden im Kampf um die Anerkennung ihrer Herrschaft in Pontos, in: Historica Geographica 4, 1987, S. 187–212.
[20] Studia Pontica 2, Brüssel 1906, v. *F. und E. Cumont*.
[21] Vgl. *G. Kleiner*, Pontische Reichsmünzen: Ist. Mitt. 6 (1955), S. 1–21, hier S. 13ff.
[22] Vgl. *E. Olshausen / J. Biller* (s. A 16), S. 113, 213.

Helga Schüppert

Stadt und Dorf in Bild und Text des Eulenspiegel

Die moderne Stadtgeschichte bemüht sich um einen Begriff der Stadt, welcher alle konkreten Realisierungen »von Babylon bis Jerusalem« und weit darüber hinaus auch gegenwärtige und künftige Möglichkeiten erfassen kann; zugleich aber ist sie sich bewußt, daß Städte historische Individuen sind und das Städtebild somit einem zeitlichen und auch regionalen Wandel unterworfen ist.[1]

Für den Historiker, der keine vorgegebenen Abstraktionen setzt, vielmehr den Begriffen möglichst epochenadäquate Phänomene zuordnet, stellt sich die Frage: Wie sahen Menschen einer früheren Epoche ihre Städte? Welche Anschauungen verbanden sie mit dem Begriff »Stadt«? Diese Frage soll am Beispiel der im Spätmittelalter geprägten alten Stadt in Deutschland mit Bild und Text eines »Bestsellers« der Frühdruckzeit bedacht werden. Der »Eulenspiegel« des Braunschweiger Bürgers und Zollschreibers Hermen Bote in der ersten vollständigen Drucküberlieferung aus Straßburg 1515 eignet sich besonders gut für unsere Betrachtung.[2]

Der Protagonist zieht in seiner Narrenlaufbahn durch viele Städte und Dörfer, da er sich nach Entdeckung eines Schelmenstücks immer wieder schleunigst auf die Wanderschaft begeben muß, um der Strafe und dem Galgen zu entkommen. So ist das Buch ganz auf Handlung aufgebaut, wobei die Beschreibung zur Markierung der Schauplätze, der Städte und Dörfer, nur beiläufig erfolgt und bis zur Formel reduziert ist. Gerade in dieser Reduktion auf das Typische oder besonders Charakteristische aber, die sich ebenso in den Holzschnitten zu den einzelnen Historien findet, bieten sich uns die Vorstellungen aus zeitgenössischer Quelle, die das Publikum der frühen Neuzeit mit den

[1] Viele Studien von *Otto Borst* zu diesem Problembereich verzeichnet die Bibliographie seines Buches »Babel oder Jerusalem. Sechs Kapitel Stadtgeschichte«. Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt zum sechzigsten Geburtstag des Autors hrsg. von *H. Böhme / E. Jäckel / R. Jooß*, Stuttgart 1984. Angeregt ist meine Betrachtung der Stadt besonders durch diese Forschungen wie durch gemeinsame Exkursionen und Seminare; daneben durch Publikationen von Hartmut Boockmann und Edith Ennen: *H. Boockmann*, Die Stadt im späten Mittelalter, München [2]1986; *E. Ennen*, Die Forschungsproblematik Bürger und Stadt – von der Terminologie her gesehen, in: *J. Flekkenstein / K. Stackmann* (Hrsg.), Über Bürger, Stadt und städtische Literatur im Spätmittelalter, Göttingen 1980, S. 9–26; zur literarischen Stadttopik vgl. *H. Kugler*, Die Vorstellung der Stadt in der Literatur des deutschen Mittelalters, München 1986.

[2] Ich zitiere im folgenden nach der leicht erreichbaren Ausgabe von *W. Lindow* (Hrsg.), Ein kurtzweilig Lesen von Dil Ulenspiegel, Stuttgart 1981 (Reclams Universal-Bibliothek 1687). Ich verwende die Abkürzungen H für Histori und HB für Histori – Bild.

Begriffen »Stadt« und »Dorf« in Verbindung brachte.

Gegen diese These lassen sich beim ersten Durchblättern der 79 Kapitelillustrationen schnell Bedenken anmelden: Gibt es eine Unterscheidung zwischen »Stadt« und »Dorf« im »Eulenspiegel«? Von den Holzschnitten haben ja auch viele, die sich auf dörfliche Schauplätze beziehen, auf der Seite abgesetzt ein typisch städtisches Architekturmotiv mit hohem Rundbogentor, mehrstöckigen Stein- und Fachwerkbauten und dichtem Gebäudestand aufzuweisen (Abb. 1). Die kunsthistorische Forschung kann dies jedoch mit vorgegebenen, zersägten Holzstöcken erklären, die aus anderen Texten übernommen sind und hier die Funktion haben, die Breite des Satzspiegels auszufüllen.[3] Es handelt sich somit um ein austauschbares Ornament ohne Textbindung.



Abb. 1

Das zweite Argument steht gegen die These der Reduktion aufs Typische und mag aus der Darstellung der Stadt Nürnberg in Text und Bild kommen: Die alte Reichsstadt wird mit ihren besonderen Zügen vorgeführt, was auf speziellere topographische Kenntnisse des Autors wie auch des Illustrators und einen engen Zusammenhang von Text und Bild schließen läßt. So handelt H 32, für die im Unterschied zu vielen anderen Schwänken keine Quelle nachweisbar ist, vom Hereinlegen der Scharwächter, die durch herausgenommene Dielen vom Steg in die Pegnitz stürzen, als sie Eulenspiegel verfolgen wollen. Der Erzähler plaziert diese Wache unter dem Rathaus und weist expressis verbis den flüchtenden Eulenspiegel als ortskundig aus: Er kenne zu Nürnberg Weg und Steg wohl, insbesondere den Steg zwischen Saumarkt und dem Wächterhäuslein. Die zugehörige Stadtansicht (Abb. 2) entspricht der topographischen Beschreibung des Textes, indem sie die Wächter vom Ufer weggehn läßt, auf dem die Sebalder Stadt mit dem Rathaus liegt. Deutlich ins Bild

[3] *T. Sodmann*, Eulenspiegel und seine Illustrationen, in: Eulenspiegel-Jahrbuch 20 (1980), S. 3–7; *F. Thöne / T. Poensgen*, Artikel »Eulenspiegel«, in: Reallexikon zur deutschen Kunstgeschichte 6 (1973), Sp. 341–360; *G. Brinkmann*, Zu den Illustrationen in den deutschen Ulenspiegel-Drucken des 16. Jahrhunderts, in: Niederdeutsches Wort. Beiträge zur niederdeutschen Philologie 22 (1982), S. 41–63. Ich spreche im folgenden von *dem* Illustrator (des jeweiligen Blattes), auch wenn ich mir bewußt bleibe, daß die Kunstgeschichte mehrere Künstler beteiligt sieht. Das Prinzip der strengen Scheidung der Bildformeln von Dorf und Stadt wird dadurch nicht in Frage gestellt, vielmehr die allgemeine Gültigkeit der Trennung beider Bildformeln bestätigt. – Zur kunsthistorischen Analyse jetzt mehrere Beiträge in: Eulenspiegel-Jahrbuch 28 (1988).



Abb. 2

gerückt, wenn auch aus veränderter Perspektive, ist die Westfassade von St. Sebald mit ihrem spätgotischen, dreigliedrigen Hallenchor, der von zwei Spitztürmen flankiert wird: charakteristisches Wahrzeichen dieses Stadtbezirks, dem weitere hohe Gebäude verschiedener Bauart sowie zahlreiche Kirch- und Stadttürme untergeordnet sind, wobei ein auffallend breitgezogenes hohes Gebäude mit vorgesetztem Erker die Stelle des alten Rathauses einnehmen mag.[4] In H 17 dann, die von der wunderbaren Krankenheilung im Heilig-Geist-Spital handelt, bestätigt der Text auch die Kenntnis von dem »nüwen Spital, daselbst, da das hochwirdig heilig Sper Cristi mit anderen mercklichen Stücken rasten ist«.[5] Der heilige Speer ist als Reliquie Nürnbergs auch in der Schedelschen Weltchronik bezeugt und findet sich heraldisch abgebildet im Hausschild des Spitals;[6] die Illustration hingegen zeigt nur einen wenig markanten, nicht individualisierten Innenraum.

Mögen diese und wenige weitere, geringer individuell charakterisierte Städtebilder auf den ersten Blick der These von einer auf die typischen Bestimmungselemente der Stadt reduzierten Chiffre in Bild und Text des »Eulenspiegel« widersprechen, so läßt sich beim genauen Hinsehen doch die Folie des allgemeinen Städtebildes als gestalterischer Hintergrund ausmachen.[7] Rathaus und Spital, die der Text als Handlungsorte für Nürnberg nennt, sind zentrale Elemente einer Stadt, bewaffnete Wächter sowie Spitalmeister stehen überall in städtischen Diensten. Die im Bild so individualisiert erscheinende Ansicht der Sebalder Stadt birgt zugleich typische Bestimmungselemente der spätmittelalterlichen Stadt, ist also reduziert zu einer Bildformel, von

[4] Hinweise zur Topographie und Baugeschichte Nürnbergs auch bei *G. P. Fehring / A. Ress,* Die Stadt Nürnberg, München 1961. *M. Wandersleb* weist HB 32 einem Mitarbeiter der Augsburger Schäufelin-Werkstatt zu, der von dessen Nürnberger Holzschnitten abhängig sei; vgl. *ders.,* Grieningers Holzschneiderwerkstatt und die Illustrationen zu den Straßburger Ulenspiegel-Drucken, in Eulenspiegel-Jahrbuch 28 (1988), S. 25–40.

[5] H 17, S. 52.

[6] Die Schedelsche Weltchronik bezeugt Nürnberg als »hochgezieret mit dem unerschetzlichen und göttlichsten sper, das die seyten Jhesu cristi am creûtz geoffent hat«; *H. Schedel,* Register des Buchs der Chroniken und Geschichten, 1493 (Faksimile – Nachdruck, München/Allach 1965), Blatt Cl.

[7] Horst Appuhn, Lüneburg, Museumsdirektor i. R., bemühte sich um eine Verifizierung von Details der norddeutschen Städtebilder. Seine briefliche Mitteilung, daß die Ortsansichten keine Realität erkennen lassen, sondern »sich als die in der Spätgotik üblichen Chiffren sehr frei an die Realität anlehnen«, bestätigt geradezu die These von der reduzierten Bildformel.

der hier die Elemente dichte Bebauung, Dominanz der Stadt- und Kirchtürme, mehrstöckige Häuser, die ganz oder wenigstens im Unterbau aus Mauerwerk bestehen, Verzierungen der Dächer, Fenster und Erker abzulesen sind. Es bleibt von hier ausgehend zu fragen, ob diese Elemente schon das Bild der spätmittelalterlichen Stadt definieren oder ob weitere Bestimmungselemente in Bild und Text des »Eulenspiegel« auszumachen sind.

Zur Konkordanz von Bild und Text ist zuvor anzumerken, daß mehrere Holzschnitte doppelt erscheinen und somit verschiedene Texte illustrieren, wie die zu H 60 und 61, die Fleischbänke zu Erfurt darstellend, oder 50 und 55, Handwerkerszenen in Städten, die nur Teile eines Stadthauses hinter dem Personal aufweisen. In solchen Fällen kann vom Bild also nicht Übereinstimmung mit dem Text erwartet werden. Doch selbst in den angeführten Fällen unterscheidet der Zeichner sehr genau zwischen der Illustration einer städtischen und einer dörflichen Szene.

Um dies zu veranschaulichen, stelle ich dem Nürnbergbild eine der selteneren Dorfszenen gegenüber, die sich in den Holzschnitten zum »Eulenspiegel« finden: Eulenspiegels Sturz vom Seil in den Fluß vor dem Haus seiner Mutter (H 3, Abb. 3). Das im Text so benannte und hier abgebildete Hinterhaus ist, vielleicht als Schutz gegen Hochwasser, aus Stein gebaut, hat jedoch nur ein Stockwerk und auf der gezeigten Rückseite nur ein einziges, schmuckloses Fenster. In einiger Entfernung davon steht ein zweigeschossiges Fachwerkhaus mit kleinen Fen-



Abb. 3

stern, über dem ein Stroh- oder Reetdach deutlich zu erkennen ist. Vor dem Haus läuft ein Zaun, der von der weiten Landschaft abgrenzt. Ähnliche Haustypen und lockere Bebauung in Verbindung mit einfachen Zäunen sind auch für andere Dorfbilder charakteristisch, so in H 4 und 7, ebenfalls Abbildungen des Heimatdorfes, wobei H 7 jedoch schon etwas aufwendigere Häuser zeigt (Abb. 4); nach dem Text handelt es sich um das Gut des Dorfmeiers, was die et-



Abb. 4

was repräsentativeren Fassaden mit Ecksteinen und Rundbogenfenstern erklären kann. Bestätigung findet unsere Bildchiffre »Dorf« noch in H 9 mit mehreren Fachwerkhäusern, offenen kleinen Fenstern und ausschließlich Reetdächern (Abb. 5) und ebenso, wenn auch weniger deutlich, in H 30.



Abb. 5

Eine merkwürdige Ausnahme macht Uelzen in H 20, das vom Erzähler als »Dorf« apostrophiert wird, obgleich es 1270 bereits mit dem Lüneburger Stadtrecht begabt worden war. Im Text steht entsprechend auch ein Galgen, Zeichen der Gerichtsbarkeit. Hier ist das Bild genauer als der Text: mehrstöckige Steinhäuser, die Haus an Haus stehen, dazu Mauer und Torturm zeichnen eindeutig das Bild einer mittelalterlichen Stadt. Hingegen fällt das Pfarrdorf Gerdau bei Lüneburg in H 67 aus der Reihe, indem seine Ansicht viele städtische Züge aufweist. Assoziationen Lüneburgs, dessen Name gleich zu Beginn des Schwanks genannt ist, oder das Wissen um die Zugehörigkeit zum dortigen Michaeliskloster und dadurch bedingt einen besseren Bauzustand, das benannte Pfarrhaus einbezogen, könnten diese Abweichung vom Schema erklären.[8] Möglich ist jedoch auch, daß hier eine Unachtsamkeit des Künstlers vorliegt.

Eindeutiger und sicherer als die Bildformel »Dorf« setzt der Illustrator seine Bildformel für »Stadt«. Die spätmittelalterliche Stadt als ein vielschichtiges Gebilde weist eine recht differenzierte Siedlungsstruktur auf, wie noch heute ein Gang durch unsere erhaltenen Altstädte zeigt. Lockere Bebauung am Rande mit Integration von Grünflächen und Ställen für das Vieh, niedrige Häuser einfacher Bausubstanz in ärmeren Vierteln lassen den Kontrast von Stadt und Land in den Randzonen nicht so offensichtlich werden wie ihn der Begriff »Stadt« in Abgrenzung zum »Dorf« in Recht und Verfassung ausweist.[9] Wird der Illustrator diesem Augenschein gerecht? Oder setzt er den Begriff der Stadt in jedem Falle um in eine typisierende Bildformel? Wenn ja, welche Elemente enthält sie?

Eine auf kleinstem Raum verknappte Darstellung einer Stadt findet sich in H 26 (Abb. 6) als Hintergrund, auf den ein Bauernwagen durch die Landschaft zufährt. Die genannte Stadt Celle im Lüneburger Land erinnert einerseits eher an

[8] Nachweisen lassen sich solche besonderen Bauten nach der Mitteilung von Horst Appuhn im heutigen Ortsbild allerdings nicht mehr.

[9] Erinnert sei an die plastischen Schilderungen bei *O. Borst*, Alltagsleben im Mittelalter. Mit zeitgenössischen Abbildungen, Frankfurt 1983 (Insel Taschenbuch 513).



Abb. 6

Lüneburg mit dem hohen Turm von St. Johannes am Rande, andererseits aber auch an das noch heute erhaltene Stadtbild von Nördlingen mit seinem »Daniel«. Die Abbildung Celles hat nämlich, im Unterschied zur Realität, ebenfalls im Zentrum einen herausragend hohen Turm mit Aufbau (Türmeretage?) aufzuweisen, um den sich eng gedrängt niedere Türme, eine Treppengiebelfassade und Dächer bis hin zum massiven Torturm scharen: eine Definition der Stadt in nuce!

Betreten wir eine beliebige der vielen Städte, die Eulenspiegel durchstreift, so geraten wir nie in abseitige Ecken, sondern an die repräsentative Befestigung mit Mauern und Türmen, meist aber geradewegs ins Zentrum mit Marktplatz und Rathaus. Dieses Faktum erklärt sich nicht allein daraus, daß Eulenspiegel gern öffentliche Streiche vollführt und sich damit ins Zentrum stellt; er hat nämlich auch Streiche in weniger repräsentativen Handwerkerbezirken, wie bei Schustern, Schneidern oder Gerbern, auszuführen. Vielmehr sehe ich die Erklärung darin, daß der Illustrator das Signal »Stadt«, das ihm der Text gibt, in ein Bild umsetzt, das dem Betrachter sofort als Stadt erkennbar ist. Zwei Beispiele mögen dies belegen: In H 66 äfft Eulenspiegel einen Pfeifenmacher, einen Hersteller von Blasinstrumenten, der ihn zum Essen eingeladen hatte. Dieser nobel gekleidete Mann wohnt, wie der Text angibt, entfernt vom Markt; und doch wird ein auffallend vornehmes Stadthaus mit Treppengiebeln, großen, verglasten Rundbogenfenstern und Ausblick auf die nicht ferne Stadtmauer mit Tor und Turm ins Bild gesetzt. In H 73, die davon handelt, wie Eulenspiegel vor dem Rathaus einer Weserstadt Schälke sät, steht neben dem Marktbrunnen ein stattliches Rathaus, das außer repräsentativen Fensterreihen auch noch ein Giebeltürmchen und große Rundbogen im Untergeschoß aufweist. Die Straße vom Markt führt weg durch eine Zeile mit giebelständigen Häusern, die auf schmalen Grundstükken stehen (Abb. 7). Ein vergleichbares



Abb. 7

Bild vom Marktplatz mit Rolandsbrunnen und Rathaus findet sich für die Station Magdeburg in H 14, wobei die Brunnenfigur mit ihrem Schwert auf die städtische Gerichtsbarkeit verweist. Vermißt wird bei den Straßenfronten wie bei den städtischen Fassaden in unserem Beispielbuch die Vorkragung. Bedingte dies die Reduktion auf kleinem Format oder galt sie dem Künstler nicht als typisches Merkmal seiner Stadt?

Betrachten wir die städtischen Häuser im Detail, so sind sie gekennzeichnet durch eine Reihe von Eigenschaften, die sie von den Dorfhäusern signifikant unterscheiden:

- Mehrstöckigkeit;
- differenzierte Bausubstanz, die vom Fachwerkhaus bis zum repräsentativen Steinhaus mit Bauverzierungen reicht, je nach Lage in der Stadt und Wohlstand der Besitzer, die dadurch signalisiert werden;
- viele Dächer mit Treppengiebeln oder Zinnen und stets ein gedecktes Dach aus Platten oder Ziegeln, die nicht immer im Bild zu unterscheiden sind. Reet- oder Strohdächer hingegen tauchen nie auf. Genau charakterisierte städtische Dächer in Konkordanz von Text und Bild finden sich bei der Erzählung, wie Eulenspiegel einem Wollweber aufs Dach steigt, in H 51 (Abb. 8);
- Glasfenster mit kleinen Scheiben als signifikante Auszeichnung gegenüber dem Bauernhaus.[10] Im Unterschied zu den stets glaslosen Fassaden haben einige Innenräume in Dörfern verglaste Fenster, wie die Stube einer Herberge HB 16, ein durch die Funktion allerdings hervorgehobenes Haus (Abb. 1). Die identische Illustration für H 52 bezieht sich dort jedoch auf eine Kürschnerstube in der Stadt. Der Austausch der Illustrationen mag das aufwendige Fenster auch der ländlichen Herberge erklären.



Abb. 8

In vielen Bildern deuten die Bauten bereits die differenzierten Funktionen der Stadt an. Die zentrale Funktion als Marktort wird am häufigsten betont: durch Laden oder ganze Ladenreihen, wie in H 35, 49, 60 und 61, aber auch durch offene Marktszenen, die Terminmärkten zugeordnet sind, wie dem Wochenmarkt der Bäuerinnen (H 36) oder einem Hafenmarkt (H 87). Besonders

[10] Ebda., S. 245f. In H 74 findet sich eine schöne Schilderung, »wie Ulenspiegel sich zu Hamburg zu einem Barbierer verdingt und dem Meister durch die Fenster in die Stub gieng«, wobei aus dem Schaden ersichtlich wird, wie kostbar solche Glasfenster in Rautenfassung waren.

wichtig jedoch ist die Vielzahl der Handwerke und Gewerbezweige, die in der Stadt zu finden sind. Sie werden durch Eulenspiegels Streiche, von denen sehr viele im Handwerkermilieu spielen, ebenso reich bezeugt wie durch entsprechende Illustrationen.

Betritt der Betrachter mit dem Erzähler und dem Künstler die Räume eines Hauses, so gelangt er bevorzugt in Stuben, die nur mit dem nötigsten Mobiliar und den wichtigsten Geräten ausgestattet sind. Dies entspricht sowohl der Notwendigkeit, sich im kleinen Holzschnittformat auf das Wesentliche zu beschränken, als auch der Gewohnheit der Zeit, Räume nicht zu überladen.[11] Auffallend ist, daß sich die dörflichen Räume, die gezeigt werden, viel weniger von denen in den Städten unterscheiden als die entsprechenden Fassaden der Häuser. Dies führe ich darauf zurück, daß Eulenspiegels ländliche Streiche häufig in Pfarr- und Handwerkerhäuser spielen, während die Bauern *vor* ihren Häusern und nicht in ihren Bauernstuben dargestellt werden.[12] Die Abbildungen der Innenräume können somit nicht als repräsentative Quelle zur Unterscheidung von Stadt- und Landwohnungen verwendet werden. Vielleicht darf aus diesem Befund geschlossen werden, daß es, im Gegensatz zum äußeren Erscheinungsbild, keine Bildformel für städtische und ländliche Stube gibt, der Innenraum also kein Definitionsstück für den Begriff »Stadt« bietet.

Für den Historiker, der sich nicht nur für Begriffsbestimmungen, sondern auch für die bunte Fülle des Alltagslebens einer vergangenen Epoche interessiert, sind Bild und Text des »Eulenspiegels« auch für weitere Fragestellungen eine vorzügliche Quelle. Alltagskultur um 1500 wird in Kostümen und Requisiten, vor allem aber in zahlreichen Utensilien der Handwerker in Abbildungen und auch in zugeordneten Bezeichnungen vorgeführt. Wer die Probleme der Realienforschung im Bereich Bild – Bezeichnung – Sache kennt, wird erfreut zu einem Werk greifen, wie es uns in der Ausgabe des »Eulenspiegel« von 1515 überliefert ist. Die genaue Analyse des »Eulenspiegel« unter dieser neuen Fragestellung wäre ein neues Forschungsthema.[13]

[11] Ebda., S. 261ff. Zu bedenken ist bei den Holzschnitten allerdings, daß sie auf die Erzählung hin funktionalisiert sein können, weshalb z. B. Öfen, die auch im Text keine Rolle spielen, fehlen.

[12] Szenen mit Bauern vor den Häusern: HB 7, 30, 44.

[13] Zu Problemen und Methoden der Auswertung von Bild und Text für die Realienkunde zuletzt *H. Schüppert*, Bezeichnung, Bild und Sache. Überlegungen zur Kleidungsterminologie um 1500, in: Terminologie und Typologie mittelalterlicher Sachgüter, Wien 1988, S. 93–141.

Sönke Lorenz

Stuttgart auf dem Weg zur Landeshauptstadt: Die Residenz der Grafen von Württemberg[1]

Seit 1953, dem Geburtsjahr von Baden-Württemberg, heißt die Landeshauptstadt Stuttgart. Für die Wahl von Stuttgart hatte auch gesprochen, daß dieser Ort bereits seit Jahrhunderten Hauptstadt gewesen war, Hauptstadt von Württemberg. Als solche wird Stuttgart bereits im ausgehenden 15. Jahrhundert bezeichnet. Nun hat aber der Begriff Hauptstadt im 15. Jahrhundert eine andere Bedeutung als im 20. Jahrhundert: um die Wende vom Mittelalter zur Neuzeit blieb ein solches Attribut den größeren bzw. bedeutenderen Städten eines Territoriums vorbehalten; in Württemberg beispielsweise galten neben Stuttgart auch Tübingen und Urach als Hauptstädte. Und noch im 17. Jahrhundert kann man den vergeblichen Versuch Schorndorfs beobachten, die Dignität einer vierten Hauptstadt zu erwerben.[2] Wenn man folglich die Anfänge von Stuttgart als Landeshauptstadt im heutigen Sinne zu ermitteln sucht, muß man nach präziseren Kriterien trachten, als sie der Sprachgebrauch von Hauptstadt bieten kann. Ein solches Kriterium, das schon seit langem als das maßgebliche Bindeglied zwischen den Herrschaftszentren des Mittelalters und den Hauptstädten der Neuzeit gilt, sieht die Forschung in dem Nachweis einer relativ häufigen Anwesenheit des Herrschers. Diesem Sachverhalt trägt die moderne Fachliteratur vornehmlich mit dem Terminus Residenz Rechnung, einer Bezeichnung, die erst im 17. Jahrhundert, im Barock, geläufig geworden ist. Dem Mittelalter war lediglich das Wort »residentia« im Sinne eines Wohn- und Aufenthaltsortes einer Person bekannt. So häufig die Bezeichnung Residenz für die Epoche des Mittelalters in der Literatur Verwendung findet, so selten wird sie mit Vorstellungen verbunden, die den mittelalterlichen Gegebenheiten entsprechen. Das Resultat sind mannigfache Unklarheiten, die sich auch in der unpräzisen Terminologie vieler einschlägiger Arbeiten auswirken. Es kann daher nicht überraschen, wenn die Nachschlagewerke in Schwierigkeiten geraten und auf einen genaueren Hinweis verzichten, ja nicht einmal eine befriedigende Definition bieten. Die neuere Forschung hat die Problematik des Residenzbegriffs für das Mittelalter erkannt und bemüht sich seit einiger Zeit, ein Bündel von

[1] Um den Umfang dieses Beitrags nicht über Gebühr auszudehnen, habe ich den Anmerkungsapparat eingeschränkt und nur die wichtigste Literatur bzw. Quellenangaben angeführt.

[2] Vgl. *W. Grube,* Haupt- und Residenzstädte in Altwürttemberg, in: ZWLG 25 (1966), S. 9*–13*, hier: S. 11*.

Kriterien zu erarbeiten, die diesem Begriff zugrunde gelegt werden können.[3] Einige der Kriterien, die dem Residenzbegriff einen Inhalt verleihen, sie gehören in der Regel zu den gewichtigen, sollen im folgenden am Beispiel der Residenzwerdung von Stuttgart vorgestellt werden.

Die einschneidensten Stationen dieses Prozesses, dessen zeitlichen Ablauf man ungefähr mit gut 100 Jahren umreißen darf, fallen nach einhelliger Meinung der Forschung in die Regierungszeit von Graf Eberhard I., auch der Erlauchte genannt: Er regierte von 1279 bis zu seinem Tode im Jahre 1325, also über einen Zeitraum von 46 Jahren hinweg. Lange Zeit galt in der Literatur das Jahr 1321 als die für das spätere Schicksal der Stadt gewichtigste Zäsur. In diesem Jahr soll auf Veranlassung Graf Eberhards das Stift Beutelsbach mitsamt der Grablege der Württemberger nach Stuttgart verlegt und die Stuttgarter Stadtkirche dem nunmehrigen Stuttgarter Stift inkorporiert worden sein. Strittig an diesem Sachverhalt ist lediglich der Zeitpunkt, darauf wird noch einzugehen sein, an den übrigen Fakten herrscht kein Zweifel. Graf Eberhard I. hat tatsächlich die Gebeine seiner Vorfahren von Beutelsbach nach Stuttgart verlegen lassen und den bisherigen kirchlichen Mittelpunkt der Stadt, der anscheinend schon gewisse Pfarrechte besaß, mitsamt der »matrix ecclesia«, der Mutterkirche St. Martin auf der Altenburg über Cannstatt und deren weitere Filialkirchen zu Berg und zu Wangen, dem neuen Stuttgarter Chorherrenstift eingegliedert.

Damit sind bereits zwei wichtige Kriterien des Residenzbegriffs gegeben: Stuttgart verfügt über ein vom Herrscher abhängiges Stift und birgt in seinen Mauern die Grablege der Dynastie. Mit der Verlegung des Stifts nahmen im übrigen umfangreiche Baumaßnahmen an der alten Stadt- und nunmehrigen Stiftskirche ihren Anfang, von deren erfolgreichem Abschluß noch heute der spätgotische Kirchenchor am Schillerplatz zeugt. Gleichzeitig mit dem Bau des Chores setzte die Errichtung einer großen Wasserburg ein, die bis heute im Türnitz-Flügel des Alten Schlosses fortlebt.[4] Hier nahmen die Grafen ihren Aufenthalt, wenn sie in Stuttgart weilten. Neben Stift und Grablege bildet die Burg des Stadtherrn ein maßgebliches Kriterium für den Residenzcharakter Stuttgarts.

[3] Grundlegend: Die Residenzstadt in Südwestdeutschland, Protokoll über die IV. Arbeitstagung des Arbeitskreises für südwestdeutsche Stadtgeschichtsforschung, in: ZWLG 25 (1966), S. 1*–48*; *H. Koller,* Die Residenz im Mittelalter, in: Jahrbuch für Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte 12/13 (1966/67), S. 9–39; *H. Patze,* Die Bildung der landesherrlichen Residenzen im Reich während des 14. Jahrhunderts, in: *W. Rausch* (Hrsg.), Stadt und Stadtherr im 14. Jahrhundert, Linz (Donau) 1972, S. 1–54; *ders.,* Die Herrschaftspraxis der deutschen Landesherren während des späten Mittelalters, in: *W. Paravicini / K. F. Werner* (Hrsg.), Histoire comparée de l'administration (IV^e–XVIII^e siecles), München 1980, S. 363–391; *H. Patze / G. Streich,* Die landesherrlichen Residenzen im spätmittelalterlichen Reich, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 118 (1982), S. 205–220.

[4] Vgl. *G. Wein,* Die mittelalterlichen Burgen im Gebiet der Stadt Stuttgart I, Stuttgart 1967, S. 26f. u. 30ff.

Begründeten Zweifel an der Datierung der Stiftsverlegung nach Stuttgart hat Reinhold Rau angemeldet.[5] Zum besseren Verständnis der folgenden Ausführungen darf ich kurz die wichtigsten Ereignisse schildern, die mit dem Reichskrieg gegen Württemberg zusammenhängen. Graf Eberhard I., der bereits mit den Königen Rudolf und Albrecht in militärische Auseinandersetzungen verwickelt war, wurde 1310 von Heinrich VII. mit der Reichsacht belegt.[6] Die vom König aufgebotenen Mannschaften der Reichsstädte in den schwäbischen Landvogteien, verstärkt durch ein großes Kontingent des schwäbischen Adels, hatten in kurzer Zeit den Erfolg auf ihrer Seite. Nach rund elfwöchiger Belagerung ergab sich am 23. Juli 1311 die Burg Württemberg. Die Burg wurde niedergerissen, angeblich bis auf die Grundmauern. Nachdem bereits 1311 die Stadt Marbach zerstört worden war, kapitulierten um die Mitte des Jahres 1312 die württembergischen Städte Stuttgart, Neuffen, Leonberg, Waiblingen, Schorndorf und Backnang.[7] Abgesehen von Urach, über dessen Schicksal keine Nachrichten vorliegen, befanden sich damit alle Städte Graf Eberhards in der Hand des Reichsaufgebots. »In knapp zwei Jahren war die Herrschaft Wirtemberg zusammengebrochen. Der mächtigste Dynast in Süddeutschland, der Herr über Burgen, Städte und Dörfer, Ritter, Knechte, Bürger und Bauern hatte keinen einzigen Untertan, keinen Fußbreit Boden mehr«.[8]

Aus dieser Katastrophe befreiten Graf Eberhard der Tod Kaiser Heinrichs VII. am 24. August 1313 und die Folgen der zwiespältigen Königswahl vom Oktober 1314, die dem Reich zwei Herrscher bescherte, Ludwig den Bayern und Friedrich den Schönen. Eberhard verstand es geschickt, die Situation auszunutzen; rasch konnte er seinen Herrschaftsbereich zurückgewinnen; zwischen dem 1. Juli und dem 7. Oktober 1315 gelangte er auch wieder in den Besitz von Stuttgart.[9] Der Vertrag vom 20. Dezember 1316 mit der Reichsstadt Eßlingen,[10] seinem entschiedensten Gegner im Reichsaufgebot, bildete den Schlußpunkt in den Auseinandersetzungen und markierte für Eberhard den erfolgreichen Ausgang der Feindseligkeiten.

In Anbetracht der geschilderten Ereignisse und unter kritischer Auswertung aller die Verlegung betreffenden erhaltenen Urkunden ist Rau zu dem Ergebnis gelangt, daß die – wie er annimmt – 1311 aus Beutelsbach vertriebenen Chorherren spätestens

[5] *R. Rau,* Die Verlegung des Beutelsbacher Stifts nach Stuttgart, in: ZWLG 20 (1961), S. 190–198, hier: S. 195.

[6] Vgl. *H. Haering,* Der Reichskrieg gegen Graf Eberhard, in: Württembergische Jahrbücher, Jg. 1910, S. 43–70; *K. Weller,* Die Grafschaft Wirtemberg und das Reich bis zum Ende des 14. Jahrhunderts, Teil II, in: ZWLG 6 (1940), S. 18–47, hier: S. 33–40; *H. Decker-Hauff,* Geschichte der Stadt Stuttgart I, Stuttgart 1966, S. 181–187; *O. Borst,* Stuttgart. Die Geschichte der Stadt, Stuttgart u. Aalen ^{3}1986, S. 46f.

[7] *A. Diehl* (Hrsg.), Urkundenbuch der Stadt Esslingen I, Stuttgart 1899, S. 188–192, Nr. 418–423.

[8] *H. Decker-Hauff* (s. A 6), S. 181.

[9] Ebda., S. 186; *R. Rau* (s. A 5), S. 197; Württembergische Regesten Nr. 7901.

[10] UB Esslingen I (s. A 7), S. 216–219, Nr. 464f.

nach dem Frieden mit der Reichsstadt Eßlingen, vielleicht schon im Vorjahr nach der Rückgewinnung Stuttgarts, in Übereinstimmung mit dem Entschluß des Grafen ihren Chordienst in Stuttgart aufgenommen haben.[11] Fest steht: Die Verlegung von Stift und Grablege hat nicht 1321, sondern früher stattgefunden. Seinem wohlbegründeten Versuch, den Zeitpunkt der Verlegung mit dem Rückgewinn Stuttgarts durch Graf Eberhard in Beziehung zu setzen, wird jedoch durch eine in diesem Zusammenhang bisher nicht beachtete Urkunde vom 29. Juni 1314 der Boden entzogen; denn bereits in dieser Quelle wird Marquard von Kaltental, der dem württembergischen Stift sowohl vor der Verlegung in Beutelsbach als auch nachher in Stuttgart als Probst vorstand, als »praepositus ecclesiae in Stugartense« bezeichnet,[12] also als Probst der Kirche in Stuttgart. Die zu Wolfsölden ausgestellte Urkunde zeigt ihn im Gefolge Graf Eberhards, der zu diesem Termin seine Stadt Stuttgart in den Händen der Esslinger wußte und – das darf man in Anbetracht aller Gegebenheiten folgern – der überhaupt zu keinem Zeitpunkt der im Namen des Reiches ausgeübten Esslinger Herrschaft zu Stuttgart die Einrichtung eines Stiftes hätte vornehmen können und wollen. Folglich wird man den zeitlichen Beginn der Stiftsverlegung vor dem 31. Juli 1312, dem Datum der Stuttgarter Kapitualtionsurkunde, suchen müssen. Bei der Suche kann man sich vermutlich auf die Zeit zwischen diesem Termin und dem Jahre 1307 beschränken, in dem laut Gabelkhofer Marquard von Kaltental noch als Propst von Beutelsbach auftritt.[13] Vielleicht gibt in diesem Fall sogar einmal der so oft und zu recht ob seiner falschen Auskünfte gescholtene Trithemius einen zutreffenden Hinweis, wenn er in seinen Hirsauer Annalen eine detaillierte Schilderung von der Zerstörung Beutelsbachs zum Jahre 1309 festhält.[14] In diesem Jahr war Graf Eberhard jedenfalls noch in der Lage, den obdachlosen Stiftsherrn in Stuttgart Schutz und eine Bleibe zu gewähren sowie die zu einer Verlegung nötigen Maßnahmen in Gang zu setzen. Aber wie dem auch sei, ob es die schlecht geschützte Lage Beutelsbachs oder ein anderer Anlaß war, ob die Chronologie des Geschehens erschlossen ist oder noch weitere Rätsel birgt, verantwortlich für die Verlegung des Stiftes ist ohne Zweifel Graf Eberhard I. Ihm verdankt es Stuttgart, auf dem Weg zur Landeshauptstadt ein gutes Stück vorangekommen zu sein.

In Anbetracht der verkehrsmäßig »abseitigen Lage Stuttgarts« ist die Frage aufgeworfen worden, warum sich Graf Eberhard nicht für einen anderen Ort entschieden habe. »Genauer gefragt: Warum bestimmte er nicht Cannstatt, das ja doch wenige

[11] (s. A 5), S. 195.

[12] *L. Schmid* (Hrsg.), Monumenta Hohenbergica, Stuttgart 1862, S. 196, Nr. 242.

[13] WLB Stuttgart, Cod. hist. fol. 207; dies berichtet gleichlautend *J. J. Gabelkhofer,* Chronik der Stadt Stuttgart (masch. Fassung im StA Stuttgart), 1624, S. 39.

[14] *Johannes Trithemius,* Annales Hirsaugienses II, St. Gallen 1690, S. 167f.

Jahre nachher zur Stadt ausgebaut wurde, als neue Hauptstadt des Landes?«[15] Die Antwort hatte man in den Jagdgewohnheiten der mittelalterlichen Landesherrn gesehen: »Der Wald, der stadtnahe, sich sozusagen schon vom Stadttor an stundenlang hinziehende herrschaftseigene, geschlossene Wald war es, der die Wahl auf Stuttgart fallen ließ.«[16] Dabei bleibt allerdings außer acht, daß die Lage von Stuttgart auch noch andere Vorzüge aufwies. Bereits Robert Gradmann hat auf die bessere Marktlage von Stuttgart hingewiesen. »Stuttgart ist der gegebene Marktort für die reiche Filderebene; fahrbare, wenn auch beschwerliche Steigen haben von jeher von dort herabgeführt in den Stuttgarter Kessel.«[17] Das Marktgebiet von Cannstatt hingegen war durch Esslingen und Waiblingen auf das Neckartal der unmittelbaren Umgebung beschränkt. Auch im Verteidigungsfall besaß die Lage von Stuttgart Vorteile.[18] Zudem bieten sich noch weitere Gründe an. Von den acht württembergischen Städten, die es zu Beginn des 14. Jahrhunderts gab – also Stuttgart, Leonberg, Backnang, Marbach, Waiblingen, Schorndorf, Neuffen und Urach –, muß Stuttgart die größte und wirtschaftlich bedeutendste gewesen sein. Das darf man dem Steueraufkommen der württembergischen Städte entnehmen.[19] Als der überwiegende Teil dieser Städte 1312 im Reichskrieg kapitulierte, wurde mit Esslingen ein für die Städte sehr günstiger Tarif ausgehandelt, der folgende jährliche Steuerabgaben vorsah: Stuttgart 300, Waiblingen 150, Schorndorf und Backnang je 100 und Leonberg 60 Pfund Heller.[20] Die besondere Rolle Stuttgarts als Einnahmequelle wird noch deutlicher, wenn man an die wesentlich höheren Steuerbeträge denkt, die die Württemberger von ihren Städten forderten. Stuttgart hatte sage und schreibe 1300 Pfd. hl. zu entrichten,[21] ein

[15] *H. Decker-Hauff* (s. A 6), S. 193. Tatsächlich kommt Cannstatt in der Frühzeit der alemannischen Geschichte die herausgehobene Rolle eines zentralen Ortes zu. Doch trotz seiner historischen Bedeutung und günstigen Verkehrslage, zur Stadt haben die Württemberger Cannstatt erst um 1330 erhoben, als sich die im ausgehenden 13. Jahrhundert ihnen noch nicht günstigen Besitz- und Rechtsverhältnisse zu ihrem Vorteil entwickelt hatten, *E. Schneider* (Hrsg.), Ausgewählte Urkunden zur Württembergischen Geschichte, Stuttgart 1911, S. 12f., Nr. 6. Der Aufschwung aber, den die neue Stadt nahm, muß bescheiden geblieben sein; eine Stadtsteuer von lediglich 110 Pfd. Heller – man denke an die Stuttgarter Steuer von 1300 Pfd. Heller – wird die Grafen nicht sonderlich gereizt haben, Cannstatt zur Residenz auszubauen. Selbst noch 1682, als Gottfried Wilhelm Leibniz unter dem Pseudonym Claude Ganiarre dit de Saint Paul dem »Duc de Wirtemberg« in einer zu Amsterdam gedruckten Proposition empfahl, wegen der verkehrsgünstigen Lage des Ortes den Hof, »la cour«, von Stuttgart nach Cannstatt zu verlegen, zeigte der Herzog keine Neigung, der Empfehlung Folge zu leisten.

[16] *H. Decker-Hauff* (s. A 6), s. 194.

[17] *R. Gradmann,* Siedlungsgeographie des Königreichs Württemberg, Stuttgart 1914, S. 166.

[18] *R. Gradmann,* Süddeutschland II, Stuttgart 1931, S. 212.

[19] Vgl. *V. Ernst,* Die direkten Staatssteuern in der Grafschaft Württemberg, in: Württembergische Jahrbücher, Jg. 1904, S. 56–59.

[20] UB Esslingen I (s. A 7), Nr. 418, 421, 422, 423 u. 420.

[21] *K. O. Müller,* Altwürttembergische Lagerbücher aus der Zeit Graf Eberhards des Greiner, Stuttgart 1934, S. 64* u. 16; *V. Ernst* (s. A 19), S. 57f.; *A. Rapp,* Urkundenbuch der Stadt Stuttgart, Stuttgart 1912, S. 50, Nr. 122 (1368 Febr. 2); *ders.,* Zur Verfassung und Verwaltung Stuttgarts bis um 1500, in: Württembergische Jahrbücher, Jg. 1909, S. 130.

Steueraufkommen, das zur gleichen Zeit im gesamten Reich nur noch von Zürich übertroffen wurde, während andere große und reiche Städte, wie beispielsweise Esslingen und Augsburg mit je 800 und Ulm mit 750 Pfd. hl., durch ein deutlich geringeres Steueraufkommen ausgezeichnet waren. Unter den württembergischen Städten folgen auf Stuttgart in deutlichem Abstand Waiblingen mit 350, Leonberg mit 250 und Urach mit 120 Pfd. hl. Stuttgart war aber nicht nur wichtigste Steuerquelle, sondern von allen württembergischen Städten auch die größte und bedeutendste. Sie war im mittelalterlichen Verständnis – das gilt es zu betonen – die Hauptstadt der Herrschaft Württemberg.

Das erwähnte hohe Steueraufkommen korreliert mit den Angaben, die der Konstanzer Liber decimationis von 1275 festgehalten hat. Der Zehnte von St. Martin auf der Altenburg gehörte zu den ertragreichsten in der ganzen Diözese.[22] Die Frage nach den Ursachen des Reichtums von Stuttgart kann hier nicht beantwortet werden. Hier sei lediglich auf den Weinanbau als die maßgebliche Erwerbsquelle der Stadt verwiesen.[23] Bereits die älteste Erwähnung Stuttgarts[24] – in einem Nekrolog des Klosters Blaubeuren, das nur noch in der Abschrift von Christian Tubingius vorliegt,[25] – betrifft den Weinbau. Der Kleriker Ulrich, über dessen adlige Herkunft man einigermaßen gut unterrichtet ist,[26] schenkt dem Kloster »vineas in Stutgarten«, Weingärten in Stuttgart. Die Notiz stammt aus dem frühen 12. Jahrhundert, wie nicht nur die Person des Schenkers, sondern auch andere Eintragungen erkennen lassen.[27]

Seit wann sich Stuttgart im Besitz oder in der Verfügung der Württemberger befand, ist gleichfalls nicht leicht zu beantworten. Wie die Untersuchungen von Decker-Hauff und Wein nahelegen, scheint Stuttgart um 1245 durch die Heirat des Grafen Ulrich I. mit der Markgrafentochter Mathilde von Baden an das Haus Württemberg gekommen zu sein.[28] Den Zeitpunkt der Stadtgründung Stuttgarts durch den badischen Markgrafen setzen Decker-Hauff und Wein um 1220 bzw. 1230 an.[29] Trifft dies zu, dann war Stuttgart unter den acht württembergischen Städten des frühen

[22] Freiburger Diözesan-Archiv 1 (1865), S. 66: »Altenburg. Stutgarten. Plebanus utriusque in toto iur. dicit CLXXXX libr. Hallen. in redd. Item de prouentibus et prebendis vicariorum LXXXVI libr. et sic summa omnium predictorum CCLXXVI libr. Hallen. omnibus conputatis«.

[23] *R. Gradmann* (s. A 18), S. 212; J. Fischer, Gewerbe und Handel Württembergs, in: Württemberg im Spätmittelalter, Ausstellungskatalog, Stuttgart 1985, S. 107.

[24] Seit *E. Schneider,* Die Anfänge der Stadt Stuttgart, in: Württembergische Vierteljahrshefte 28 (1919), S. 8, finde ich diese Quelle eigenartiger Weise in der Literatur zur mittelalterlichen Geschichte Stuttgarts nicht mehr erwähnt.

[25] *G. Brösamle* (Hrsg.): Christian Tubingius Burrensis coenobii annales, Die Chronik des Klosters Blaubeuren, Deutsche Übertragung von *B. Maier,* Stuttgart 1966, S. 128: »Udalricus clericus vineas in Stutgarten praestitit.«; MGH Necrologia I 167–169, hier: S. 168.

[26] Vgl. *H. Bühler,* Richinza von Spitzenberg und ihr Verwandtenkreis, in: Württ. Franken 58 (1974), S. 303–326, hier S. 311f. u. 314 (Tafel 1).

[27] Vgl. beispielsweise die Anmerkungen in der Edition von *G. Brösamle* (s. A 25), S. 124–142.

[28] *H. Decker-Hauff* (s. A 6), S. 138f.; *G. Wein* (s. A 4), S. 10 u. 17.

[29] *H. Decker-Hauff* (s. A 6), S. 154; *G. Wein* (s. A 4), S. 17.

14. Jahrhunderts nicht nur die größte, sondern auch die älteste. Waiblingen, das um 1250 in württembergischen Besitz geriet, wurde von Ulrich I. zur Stadt ausgebaut; dieser Württemberger, der – wie allgemein bekannt – nicht unerheblich zum Niedergang der Staufer beitrug, legte um die gleiche Zeit auch Leonberg und Schorndorf an. Marbach, 1302 vollständig von Württemberg erworben, wurde zwischen 1244 und 1282 zur Stadt erhoben. Neuffens Stadterhebung soll in die Zeit um 1232 fallen, der Ort geriet 1301 in württembergische Hände. Backnang, 1245 erstmals als Stadt erwähnt, kam 1297 an Württemberg; und Urach schließlich, das Graf Ulrich I. 1265 endgültig käuflich erwerben konnte, scheint bereits 1254 Stadt gewesen zu sein. Läßt man die erst um die Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert erworbenen Städte Backnang, Marbach und Neuffen außer acht, dann bleiben mit Stuttgart, Waiblingen, Schorndorf, Leonberg und Urach fünf Städte übrig, die alle um die Mitte des 13. Jahrhunderts durch Ulrich I. entweder gegründet, erheiratet oder gekauft worden sind. Erst seit seiner Regierungszeit gibt es württembergische Städte. Damit wird auch für Württemberg eine Entwicklung sichtbar, die allgemein für das Reich erkennen läßt, »daß seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts die Städte als neue und gefestigte Zentren bürgerlichen und wirtschaftlichen Lebens ihre Anziehungskraft auf die Fürsten ausübten«.[30]

Konnte es noch zur Zeit Ulrichs I. den Anschein haben, als ob unter den württembergischen Städten Waiblingen »der geplante Mittelpunkt des Territoriums« war,[31] so offenbart sich bald nach Eberhard I. Regierungsantritt im Jahr 1279, daß dieser Sohn Graf Ulrichs Stuttgart den Vorrang einräumte. Ein Vorrang, den man in den ersten Jahren von Eberhards Herrschaft aus der Zähigkeit erschließen kann, mit der der junge Graf – bei Regierungsantritt war er 14 Jahre alt – den Besitz von Stuttgart zu wahren suchte.[32] Im Jahre 1286 erschien König Rudolf von Habsburg mit einem gewaltigen Aufgebot vor den Mauern von Stuttgart. Der Standort seines Lagers lebt noch heute in der Topographie Stuttgarts unter dem Namen Wagenburg fort. Die Gründe für das Vorgehen des Königs scheinen vielfältig gewesen zu sein; vermutlich hat er in Eberhard einen der entschiedensten Gegner seiner großen Pläne erblickt, die nicht nur die Revindikation einstigen Reichsgutes, sondern auch die Sicherung seiner Dynastie und den Erwerb des Herzogtums Schwaben umfaßten. Am 23. September 1286 wurde Stuttgart eingeschlossen, am 10. November verglichen sich König und Graf vor den Mauern der Stadt. Eberhard dürfte am Ende seiner Kraft gewesen sein, denn er mußte harte Bedingungen akzeptieren: u. a. die Schleifung der Stuttgarter

[30] *H. Patze* (s. A 3), S. 14.
[31] Handbuch der historischen Stätten 6: Baden Württemberg, hrsg. von *M. Miller* u. *G. Taddey*, Stuttgart [2]1980, S. 841.
[32] Für das Folgende vgl. *K. Weller*, Die Grafschaft Wirtemberg und das Reich bis zum Ende des 14. Jahrhunderts, Teil I, in: Württembergische Vierteljahrshefte 38 (1932), S. 113–163; *H. Dekker-Hauff* (s. A 6), S. 175 ff.; *G. Wein* (s. A 4), S. 17 ff.

Befestigungen und den Übergang der Stadt in die Hand des Königs. Einen Teil der Mauern scheint man sofort niedergerissen zu haben, aber von einer Übergabe Stuttgarts wissen die Quellen nichts zu berichten. Im Gegenteil, noch für das Jahr 1286 notieren die Sindelfinger Annalen, Eberhard habe entgegen seinem eidlichen Versprechen die Stadtmauer wieder in Stand gesetzt.[33] Die Vorgänge des folgenden Jahres lassen erkennen, daß Eberhard weder Stuttgart herausgegeben noch die weiteren Bedingungen seines Übereinkommens mit Rudolf von Habsburg erfüllt hat. Rasch flammten neue Kämpfe auf, in deren Verlauf der König sieben württembergische Burgen in und bei Cannstatt, Berg und Brie (unterhalb der Altenburg) niederbrennen ließ; auch gegen Eberhards Verbündete ging er militärisch vor, indem er beispielsweise das tübingische Plieningen verwüstete. Angesichts der zu erwartenden Niederlage verlegte sich Eberhard auf Verhandlungen, die ihm am 23. Oktober 1287 einen drückenden, »im ganzen aber wohl annehmbaren« Frieden – so Karl Weller[34] – bescherten. Der König dürfte vorrangig an finanziellen Leistungen des Württembergers interessiert gewesen sein, denn – und das ist das erstaunliche – Rudolf versicherte: »umbe Stutgarten sulen wir gegen Eberharten von Wirtemberg dekeinen schaden keren«; Stuttgart wurde Eberhard belassen. Allem Anschein nach hat der die Sühne vermittelnde Schiedsrichter, Erzbischof Heinrich von Mainz, eingesehen, daß der Besitz von Stuttgart für Eberhard eine Existenzfrage darstellte. So fand man in hohen Entschädigungszahlungen eine auch für den König akzeptable Lösung.

Die geschilderten Ereignisse – sie gehören, wie erwähnt, in die Anfänge der Regierung Graf Eberhards, 1287 war er gerade 22 Jahre alt – belegen m. E. bereits den besonderen Stellenwert, den Stuttgart in der Politik des Grafen besaß. Überblickt man das gesamte, an Höhen und Tiefen so reiche Leben Eberhards, dann scheint er mir in vielem seinem zeitweiligen Widersacher Rudolf von Habsburg zu gleichen, der die Städte als Erscheinungen einer neuen wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Wirklichkeit begriff.[35] Ähnliche Grundzüge wie beim Habsburger spiegelt auch die Politik Eberhards von Württemberg wider. Geboren in einem Territorium, das nicht nur von zumeist größeren Reichsstädten durchsetzt und umgeben war, sondern gerade eben durch seinen Vater Ulrich I. eine eigene Städtelandschaft erhalten hatte, stand Eberhard I. wohl schon im Banne jener Wirkung, die von den Städten durch ihre Wirtschaft und die in ihnen konzentrierte bürgerliche Zivilisation und Kultur ausgestrahlt wurde. Die Feststellung von Hans Patze jedoch, daß »der Platz dauernder Herrschaftsübung nur die Stadt sein« konnte,[36] besitzt für Eberhard I. keinen definitiven, sondern, wie mir scheint, lediglich einen programmatischen Charakter. Kann doch nicht verschwiegen werden, daß sein Itinerar, das Verzeichnis seiner Auf-

[33] *H. Weisert* (Hrsg.), Annales Sindelfingenses 1083–1482, Sindelfingen 1981, S. 55, Nr. 180.
[34] *K. Weller* (s. A 32), S. 159.
[35] Vgl. *H. Patze* (s. A 3), S. 4.
[36] Ebda., S. 3.

enthaltsorte, kein »dauerndes« Zentrum erkennen läßt. Er stellte Urkunden in Waiblingen und auf der Stammburg Württemberg aus, in Stuttgart, in Cannstatt, Leonberg und an anderen Orten. Erst in den beiden letzten Jahrzehnten seines Lebens hat er Stuttgart, wie man an der Stiftsverlegung und den gewaltigen Baumaßnahmen an Stiftskirche und Wasserburg sehen kann, zum bevorzugten Ort seines Aufenthaltes, zu seiner Residenz im Sinne eines relativ häufig besuchten, nicht aber eines »dauernden« Platzes bestimmt. Hier, in Stuttgart, ist er am 5. Juni 1325 gestorben; sein Grab fand er im Chor der Stiftskirche vor dem Hochaltar.

In Stuttgart hielten die Bauarbeiten an Burg und Stiftskirche unter Eberhards I. Sohn und Nachfolger, Ulrich III., an. Aber auch die 1311 zerstörte Stammburg Württemberg wurde wieder aufgerichtet. Für die Jahre 1340, 1342 und 1343 lassen sich drei Aufenthalte Graf Ulrichs »ze Wirtemberg uf der burg« urkundlich belegen.[37] Doch die Zeit der Burg als ein Herrschaftszentrum der Grafen war abgelaufen. Nur noch einmal, 1354, urkundete hier ein Württemberger.[38] Fortan diente die Burg den Grafen lediglich zu gelegentlichen Aufenthalten von mehr oder weniger privatem Charakter. Kennzeichnend für ihre gesunkene Bedeutung scheint mir, daß, als 1361 die heftigen Auseinandersetzungen unter Ulrichs III. Söhnen Eberhard und Ulrich in dem sogenannten Hausvertrag eine Regelung fanden, die Stammburg und die Stadt Marbach dem unterlegenen Ulrich IV. zugewiesen wurden, während der siegreiche Eberhard II. sich neben den Städten Tübingen, Schorndorf, Urach, Neuffen und Vaihingen an der Enz auch Stuttgart sichern konnte.[39] Damit teilte die Burg Württemberg das Schicksal zahlreicher Stammburgen von adligen zu Landesherren aufgestiegenen Familien: In dem Augenblick, da andere militärische, wirtschaftliche und politische Überlegungen Vorrang gewannen als diejenigen, die ihre Anlage einst begünstigt hatten, verloren die Stammburgen ihren Rang als Herrschaftszentren an die landesherrlichen Städte.[40]

Peter-Johann Schuler hat die Urkunden von Graf Ulrich III. und dessen Söhnen Eberhard II. und Ulrich IV. untersucht, also die Urkunden der Württemberger zwischen 1324 und 1392 zur Grundlage seiner Betrachtungen erhoben.[41] Er konnte zeigen, wie sich Ulrich III. – bedingt durch Erbansprüche seiner Frau, der Gräfin Sophie von Pfirt, – gezwungen sah, in den ersten Jahren seiner Herrschaft häufig am Oberrhein Station zu machen. Der im Frühjahr 1330 erfolgte politische Schwenk vom Hause Habsburg zum Hause Wittelsbach verwickelte den Grafen dann in die Auseinandersetzungen Ludwigs des Bayern im Westen des Reiches und verstärkte die Tendenz, am Ober- und Mittelrhein zu weilen, nun jedoch in engster Umgebung König Ludwigs. Den Preis, den Ulrich III. für seinen Kurswechsel erhielt, war der finanziell attraktive Posten eines kaiserlichen Landvogts in Schwaben.

[37] *P.-J. Schuler*, Königsnähe-Königsferne, Zum Itinerar der Grafen von Württemberg im 14. Jahrhundert, in: *H. Maurer / H. Patze* (Hrsg.), Festschrift für B. Schwineköper, Sigmaringen 1982, S. 455–468, hier: S. 459.
[38] Ebda., S. 462.
[39] Ausgewählte Urkunden (s. A 15), S. 16–24, Nr. 9 (1361 Dez. 3).
[40] *H. Patze* (s. A 3), S. 12.
[41] Vgl. *P.-J. Schuler* (s. A 37).

Seit 1335 nehmen die Aufenthaltsbelege für den Raum um den Neckar und Fils zu. Der Ausbau und die Sicherung der altwürttembergischen Herrschaftsteile tritt nun zunehmend in den Vordergrund von Ulrichs politischen Bemühungen. Aber nach wie vor bleibt die gräfliche Politik eng an den Kaiser gebunden. Der Württemberger ist in dieser Zeit häufig in der Umgebung Ludwigs nachzuweisen, wodurch sein Itinerar stark durch das des Kaisers geprägt ist und sich in den folgenden Jahren nach Osten ausrichtet. Insgesamt umfaßt Ulrichs III. Itinerar 62 Belege, von denen 34 auf nichtwürttembergische und 33 auf württembergische Orte entfallen. Hielt sich der Graf in Württemberg auf, dann findet mit großem Abstand Stuttgart den häufigsten Niederschlag in den erhaltenen Urkunden. Von den 33 Nachweisen betreffen 18 Stuttgart, drei – wie schon erwähnt – die Burg Württemberg, während sich die restlichen zwölf Belege auf verschiedene Orte verteilen. Insgesamt, so Schuler, kann das Itinerar Graf Ulrichs III. noch als Ausdruck einer von älteren Gegebenheiten geprägten »Reiseherrschaft« verstanden werden, wobei sich mit Stuttgart der Ansatz eines Verwaltungsmittelpunktes der Herrschaft Württemberg abzeichnet.[42]

Nach dem Tod Ulrichs III. traten 1344 seine beiden Söhne Eberhard II. und Ulrich IV. gemeinsam die Nachfolge an. Ihr Itinerar zeigt eine deutliche Konzentration der Aufenthaltsorte auf den mittleren Neckarraum.[43] Die beiden Grafen verließen weit weniger als ihr Vater das Gebiet ihrer Herrschaft. Aufgrund der erheblich vermehrten Aufenthaltsnachweise läßt sich unter den beiden Brüdern eine Intensivierung der Regierungstätigkeit aufzeigen. Nicht mehr die königlichen Absichten bestimmten ihre politischen Ziele, sondern der bewußte Ausbau der Herrschaft Württemberg im angestammten Gebiet des mittleren Neckars. Den 25 Belegen für einen Aufenthalt der Grafen außerhalb ihrer Herrschaft stehen jetzt 47 Nachweise gegenüber, die sie in württembergischen Orten zeigen. Nach wie vor bleibt Stuttgart der meistbesuchte Ort: 26 Aufenthalte der Grafen sind bezeugt. Daneben bilden sich mit Schorndorf (sieben Nachweise), Urach (acht Nachweise) und Marbach (zwei Nachweise) ganz bestimmte Zentren einer nachgeordneten Lokalverwaltung heraus.

Durch den Abschluß des württembergischen Hausvertrags vom 3. Dezember 1361 gelang es, wie bereits erwähnt, Graf Eberhard II., seinen Bruder aus der Herrschaft zu verdrängen. Die gräfliche Politik änderte sich in der Folgezeit kaum, da Eberhard II. als der energischere der beiden Brüder schon während der gemeinsamen Regentschaft die Politik des Landes im wesentlichen bestimmt hatte.[44] Deutlich läßt sich aus der

[42] Ebda., S. 457.
[43] Vgl. ebda., S. 459f.
[44] Ebda., S. 463.

Häufung der Aufenthaltsorte im mittleren Neckarraum die Fortführung des Landesausbaus ablesen. Dabei vollzog sich eine Fortbildung der Verwaltungsschwerpunkte. Für die expansive Politik des Grafen nach außen und nach innen reichten die geringen Erträge aus dem Hausgut schon lange nicht mehr aus. Auch die Einnahmen aus der Landvogtei deckten nicht den finanziellen Bedarf. Das Streben nach einer machtvollen Landesherrschaft verlangte daher nach einer intensiveren Nutzung der Hoheitsrechte und Regalien. Um ein solches, das gesamte Herrschaftsgebiet durchdringendes und erfassendes fiskalisches System zu schaffen, bedurfte es vorrangig einer geordneten Verwaltung mit Amtsrechnung und Lehensbüchern, waren Ober- und Unterzentren notwendig. Als Oberzentrum der gräflichen Verwaltung – und hier stoßen wir erneut auf ein maßgebliches Kriterium für den mittelalterlichen Residenzbegriff – tritt immer deutlicher Stuttgart hervor.

Patze glaubt, »die Frage, welche Plätze als Residenzen zu bezeichnen sind«, einer Antwort zuführen zu können. Er will darunter jene Orte verstehen, »in denen Landesherren Behörden ausbilden, die ortsfest bleiben, die also auf Reisen dem Landesherren nicht mehr folgen«. Ihre schriftlichen Behelfe hatten einen solchen Umfang angenommen, daß sie ihren Ort nicht mehr in kurzen Zeitabständen verändern konnten, ließen sich doch Kopiale, Rechnungs- und andere Amtsbücher nicht in Vierteljahresabständen verladen und nach einer anderen Burg fahren, auf der Räumlichkeiten für solche Zwecke obendrein nicht vorgesehen waren.[45] Für die Herrschaft Württemberg läßt sich bereits um die Mitte des 14. Jahrhunderts eine fester organisierte Schreibstube – später als Kanzlei bezeichnet – nachweisen.[46] Wenn auch von ihrer Existenz vorrangig nur die erhaltenen Urbare und Lehnsbücher zeugen, so gibt es dennoch genug Hinweise, daß die Schreibstube in Stuttgart ihren festen Sitz hatte. Beispielsweise wurden unter Eberhard II. 34 Lehnsurkunden in Stuttgart ausgefertigt, dagegen nur 7 in Urach und weitere zehn an verschiedenen Orten Württembergs.[47] Dasselbe Bild ergibt sich auch bei anderen Vertragsarten, seien es Öffnungs-, Kauf- oder Pfandverträge mit schwäbischen Adeligen. Stuttgart wurde immer mehr Ort der Verhandlungen für die unterschiedlichsten Rechtsgeschäfte und der Ort der Beurkundung.

Die besondere Bedeutung Stuttgarts als Zentrum der Herrschaft Württembergs zeigt sich ferner im Münzwesen. Zwar sind im Laufe des späten Mittelalters auch in anderen württembergischen Orten, wie Göppingen und Tübingen, württembergische Münzen geprägt worden, aber von Anfang an, seitdem am 17. Januar 1374 die Münzgeschichte Württembergs begann, als Eberhard II. von Kaiser Karl IV. das

[45] *H. Patze / G. Streich* (s. A 3), S. 209 f.

[46] Vgl. *G. Mehring*, Beiträge zur Geschichte der Kanzlei der Grafen von Wirtemberg, in: Württ. Vierteljahreshefte 25 (1916), S. 325–364, hier S. 328 ff.; *K. O. Müller*, S. 27*–32*; *J. Fischer*, Zentralverwaltung, in: Württemberg im Spätmittelalter (s. A 27), S. 77.

[47] *P.-J. Schuler* (s. A 37), S. 463; *J. Fischer*, Residenzen und Hofstaat, in: Württemberg im Spätmittelalter (s. A 23), S. 61.

Recht erteilt bekam, Münzen zu schlagen,[48] besaß Stuttgart die maßgebliche Prägestätte. Hier sind bei weitem der Großteil aller mittelalterlichen Münzen der Herrschaft Württemberg geschlagen worden.[49]

Um noch einmal auf das Itinerar der Württemberger zu sprechen zu kommen: In der Zeit seiner Alleinherrschaft, also von 1361 bis 1392 lassen sich für Eberhard II. 162 Aufenthaltsnachweise zusammenstellen.[50] 55 Belege zeigen ihn außerhalb von Württemberg, 107 Nachweise zeigen ihn innerhalb seines Territoriums: Davon entfallen 59 Nachweise auf Stuttgart, das entspricht insgesamt einer Häufigkeit von 36,4%, die mit 36,1% in etwa auch schon zur Zeit der gemeinschaftlichen Regierung von Eberhard II. und Ulrich IV. – also von 1344 bis 1361 – gegeben war. Zur Regierungszeit ihres Vaters Ulrich III., von 1325 bis 1344, betrug diese Häufigkeit, also der Anteil Stuttgarts an den ermittelten Aufenthaltsorten des Grafen, 26,8%. Mit anderen Worten, die Konzentration der Herrschaftsaufenthalte in Stuttgart nahm zu. Aus solchen Aufenthaltshäufungen an einem Ort kann man, um erneut Hans Patze zu zitieren, erkennen, wie eine Reiseherrschaft zur Ruhe kam und eine feste Residenz eingerichtet wurde.[51]

Nun konzentriert sich das Itinerar Eberhards II. zwar mit 36,4% in durchaus beeindruckender Weise auf Stuttgart, doch – obwohl Stuttgart zu dieser Zeit bereits als territoriales Zentrum gelten muß – entband dies den regierenden Grafen nicht, intensiv seine verschiedenen Landesteile zu bereisen, Rechtshandlungen vorzunehmen und somit durch sein persönliches Erscheinen die Herrschaft präsent werden zu lassen.[52] Noch überwogen die Züge des Personenverbandstaates, auch wenn sich schon einzelne Ansätze zu einer abstrakten Herrschaft abzeichneten.

In Anbetracht der im Gang befindlichen Diskussion kann man die Frage offenlassen, ob nicht der 36,4 prozentige Anteil Stuttgarts am Itinerar Eberhards II., verbunden mit den Residenzkriterien Hausstift, Grablege, Burg (Altes Schloß), Behördensitz und Prägestätte, berechtigt, bereits zu Zeiten dieses Grafen Stuttgart das Attribut einer Residenz zu gewähren. Man wird sich aber kaum noch scheuen, Stuttgart zur Zeit von Eberhards II. Enkel und Nachfolger Eberhard III. als Residenz zu bezeichnen; denn von 107 Aufenthaltsnachweisen für Eberhard III. in seiner Regierungszeit von 1392 bis 1417 entfallen 76 auf Stuttgart.[53] Das sind 71%. Bei solch einem Ergebnis kann man mit Blick auf die geschilderten Gegebenheiten für Stuttgart eigent-

[48] Ausgewählte Urkunden (s. A 15), S. 25 f., Nr. 11; Württemberg im Spätmittelalter (s. A 23), S. 116.

[49] Vgl. *A. Raff*, Die Münzen der Grafschaft Württemberg (1374–1493/94), Versuch einer Neuordnung, in: Der Münzen- und Medaillensammler 23 (1983), S. 1783–1798.

[50] Vgl. *P.-J. Schuler* (s. A 37), S. 466 ff.

[51] *H. Patze / G. Streich* (s. A 3), S. 211.

[52] *P.-J. Schuler* (s. A 37), S. 468.

[53] Die 107 Nachweise – zu denen ich hier keine Quellenangaben machen kann (s. A 1) – lassen sich noch erweitern, sie sind lediglich das Ergebnis einer ersten Sichtung, über die ich an anderer Stelle näheres mitzuteilen beabsichtige.

lich keine Bedenken mehr tragen, die Stadt zur Zeit Eberhards III., also um die Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert, als Residenz zu bezeichnen.

Ein kurzer Ausblick soll nur noch zu skizzieren versuchen, daß Stuttgarts Stellung als Residenz der Württemberger die folgenden Jahrhunderte nicht immer ungefährdet überstanden hat, ja daß die Stadt gelegentlich sogar den Rang einer Residenz verloren hatte. (Dabei ergibt sich die Gelegenheit, wenigstens noch rasch die beiden anderen württembergischen Residenzen, Urach und Tübingen, zu erwähnen.) Als zu Beginn des Jahres 1442 die Brüder Ludwig und Ulrich V. die Herrschaft Württemberg teilten,[54] da war vielleicht die kleine Stadt Neuffen als Herrschaftsmittelpunkt des anfänglich nach ihr benannten Landesteils vorgesehen.[55] Das Gewicht der gewachsenen Residenz Stuttgart scheint sich jedoch rasch durchgesetzt zu haben, denn von Neuffen ist bald keine Rede mehr, stattdessen spricht man vom Stuttgarter Landesteil. Graf Ludwig hingegen, der in seinem Landesteil kein eingespieltes Herrschaftszentrum vorfand, schuf sich in Urach eine Residenz. Die Stadt wurde zum Sitz seiner Hofhaltung und seiner Kanzlei. Er gründete in Urach ein Stift; zur Grablege bestimmte man das benachbarte Güterstein. Von der umfangreichen Bautätigkeit unter Ludwig und seinen Söhnen Ludwig II. und Eberhard V., bekannt als Eberhard im Barte, zeugt noch heute der Kern dieser kleinen Residenzstadt am Rande der Alb. Doch noch während der Herrschaft Eberhards im Barte im Uracher Landesteil machte sich das Gewicht von Tübingen bemerkbar, der größten Stadt dieses Landesteils. Tübingen wurde immer mehr zum bevorzugten Aufenthaltsort des Grafen. Sichtbarer Ausdruck seiner Vorliebe für diesen Ort war die Universitätsgründung von 1476/77. Nicht die Residenz Urach, sondern Tübingen erhielt diese für den Ausbau so mancher spätmittelalterlichen Landesherrschaft typische Bildungsinstitution.

Nach der Wiedervereinigung des Landes, 1482, übersiedelten Hof und Kanzlei Eberhards im Barte nach Stuttgart; die Universität jedoch blieb in Tübingen. Als 1514 auch noch das württembergische Hofgericht seinen festen Sitz in Tübingen erhielt, war die Position des Ortes als »zweite Haupt- und Residenzstadt« Württembergs, so die frühneuzeitliche Bezeichnung, gesichert. Eindeutiges Zentrum des Landes blieb seit 1482 Stuttgart, das im Münsinger Vertrag zwar nur für »yetzo« Sitz von Hof und Regierung sein sollte,[56] aber de facto, so hat es Walter Grube einmal formuliert, »ist der Stadt dieser erste Rang von nun auf die Dauer niemals mehr genommen worden«.[57] Während Herzog Ulrichs Vertreibung wurde Stuttgart unter Kaiser Karl V. erstmals durch Landesgrundgesetz als ständiger Sitz der Regierung festgelegt.[58]

[54] Ausgewählte Urkunden (s. A 15), S. 38–46, Nr. 15.
[55] *J. Fischer* (s. A 47), S. 61.
[56] Ausgewählte Urkunden (s. A 15), S. 65–72, Nr. 22, hier: S. 67.
[57] (s. A 2), S. 10*.
[58] Ebda.

Rainer Jooß

Reichsstädtisches Bürgertum am Ende seiner Epoche

Der Esslinger Bürgermeister Andreas Friedrich Weinland (1720–1796)

Schon in einer seiner ersten Arbeiten hat sich Otto Borst mit den »geistigen und politischen Traditionen der Reichsstadt Esslingen am Ende des alten Reichs«[1] beschäftigt, und auch in seinen späteren Beiträgen hat er sich immer wieder »Reichsstädtern« wie Christoph Martin Wieland oder Hermann Kurz oder »Städtern« überhaupt wie Jakob Burckhardt und Thomas Mann zugewandt. Die Frage nach »Bürgerschaft und Kultur« hat er immer wieder gestellt. Zu den kulturellen Bereichen, in denen das städtische Bürgertum Hervorragendes geleistet hat, zählt Borst zurecht Schulwesen und Geschichtsschreibung.[2] Letztere hat in Esslingen besonders geblüht. Immer wieder haben Mitglieder des Rats und Ratskonsulenten die Anregungen, die sie auf den Universitäten Straßburg, Tübingen, Halle, Jena oder Marburg empfingen, in ihre tägliche Arbeit eingebracht und versucht, die Existenz der Reichsstädte historisch zu begründen und ihre Eigenständigkeit gegenüber den großen Territorien darzulegen. Da die Reichsritterschaft sich ähnlich bedroht und in Frage gestellt sah wie die Reichsstädte, entstanden in ihrem Umkreis vergleichbare historische Werke, und zwar besonders in Esslingen, wo die Verflechtung zwischen städtischer und reichsritterschaftlicher Bürokratie sehr eng geknüpft war.[3]

Diese schreibenden Stadtjuristen prägten das Bewußtsein derer, die für die Stadtpolitik und damit für die Kulturpolitik verantwortlich zeichneten. Die Geschichte lieferte auch die wichtigsten Argumente in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen gegen Ende des 18. Jahrhunderts.

Zur Sozialgeschichte Esslingens im 18. Jahrhundert

Träger der Stadtpolitik war eine kleine Gruppe von Familien, deren Mitglieder die wichtigsten Positionen in Rat und Bürokratie bekleideten. Dieser viel kritisierte Zustand hatte seine Ursache in der von Karl V. 1552 den Reichsstädten aufgezwungenen Verfassung. Damals wurden die Zunftmeister aus dem Rat ausgeschlossen; der kaiserliche Kommissar Dr. Heinrich Haß ernannte neue Ratsmitglieder, die keine Hand-

[1] Esslinger Studien 1 (1956), S. 43–55.
[2] Ebda., S. 50.
[3] *Th. Schulz*, Der Kanton Kocher der Schwäbischen Reichsritterschaft 1542–1806, Esslingen 1986.

werker waren.[4] Der neue Kleine Rat bestand aus 3 Bürgermeistern, 2 Ratsgeheimen und 16 Ratsherren, der Große Rat aus 18 Ratsherren. Wurde einer der auf Lebenszeit vergebenen Ratssitze frei, so wählte ein fünfköpfiger Ausschuß des Kleinen Rats ein neues Mitglied. Nach 1752 verkleinerte eine kaiserliche Kommission, um Einsparungen zu erzielen, die Gremien noch einmal. Jetzt gab es nur noch 2 Bürgermeister, 2 Ratsgeheime und 9 Ratsherren (Senatoren) im Kleinen Rat und 10 Ratsherren (Assessoren) im Großen Rat;[5] die Zuwahl besorgte der Kleine Rat. Man folgte also seit 1552 dem Zuwahlprinzip, und diese Selbstergänzung der Gremien führte zur Bildung einer Ratsoligarchie. Daß Sozialkörper wie Städte, Territorien, Dörfer, Universitäten oder Höfe von einzelnen Familienverbänden beherrscht wurden, bildete im 16.–18. Jahrhundert eine normale Erscheinung, »denn relativ kleine soziale Einheiten wie Familie und Verwandtschaft schufen die weitaus stärksten sozialen Bindungen, während größere Einheiten, wie Land und Reich soziale Geltung nur in sehr verdünnter Form beanspruchten.«[6]

Diese Zusammenhänge finden derzeit in der sozialgeschichtlichen Forschung verstärkte Beachtung. Wolfgang Reinhard etwa benutzt den Begriff »Verflechtung« und meint damit Bindungen, die durch Verwandtschaft, Landsmannschaft, Freundschaft und Patronage bestimmt werden.[7] Katharina Sieh-Burens wandte die von Reinhard systematisierten Kategorien auf die Bürgermeister von Augsburg an und kam zu bemerkenswerten Ergebnissen.[8] Sie kann die 73 Amtspersonen vier großen Beziehungsnetzen zuordnen und zeigen, daß dafür die Kategorien Familie und Verwandtschaft, rechtliche Interaktionen, Wirtschaftsbeziehungen, Nachbarschaft und zunehmend auch die Konfession konstitutiv sind.[9] Man muß freilich bezweifeln, ob solche, in einer großen Reichsstadt gewonnenen Ergebnisse auf die Verhältnisse einer kleineren übertragbar sind. Vielleicht lassen sich überhaupt nur ein Familienverband oder allenfalls zwei deutlich machen. Die für Augsburg formulierten Fragen kann man aber auch auf Esslingen anwenden. Eine erste Annäherung an die bisher nicht näher untersuchte Geschichte der Esslinger Führungsgruppen soll hier am Beispiel des Esslinger Bürgermeisters Andreas Friedrich Weinland (1720–1796) unternommen werden. Er soll dabei als Angehöriger der sozialen Schicht gesehen werden, die im Sinn von Otto Borst Politik und Kulturpolitik der späten Reichsstadt getragen und mitgestaltet hat, von der wir aber nur wenige individuelle Äußerungen haben. Diese weni-

[4] *E. Naujoks* (Bearb.), Kaiser Karl V. und die Zunftverfassung. Ausgewählte Aktenstücke zu den Verfassungsänderungen in den oberdeutschen Reichsstädten (1547–1556), Stuttgart 1985, S. 23.
[5] *K. Pfaff,* Geschichte der Reichsstadt Esslingen, Esslingen 1840, S. 465ff., 540ff.
[6] *P. Moraw,* Kleine Geschichte der Universität Gießen 1607–1982, Gießen 1982, S. 43.
[7] *W. Reinhard,* Freunde und Kreaturen. »Verflechtung« als Konzept zur Erforschung historischer Führungsschichten. Römische Oligarchie um 1600, Augsburg 1979, S. 35.
[8] *K. Sieh-Burens,* Oligarchie, Konfession und Politik im 16. Jahrhundert. Zur sozialen Verflechtung der Augsburger Bürgermeister und Stadtpfleger 1518–1618, Augsburg 1986.
[9] Ebda., S. 123.

gen Selbstzeugnisse in Verbindung mit objektiven Daten wie Studium, Karriere und Vermögen lassen aber nur eine recht fragmentarische Biographie entstehen, die auch im Fall Esslingen noch kaum mit Ergebnissen lokaler sozialgeschichtlicher Forschung ergänzt werden kann.[10] Man wird sich also damit begnügen müssen, aus dem vorhandenen Material gewisse Indikatoren herauszuheben, die gleichzeitig Fragen an andere Biographien stellen. Vielleicht kommt man dann einmal zu einer »quantitativen sozialhistorischen Biographie«[11] der Esslinger Führungsschicht des 18. Jahrhunderts, deren Ergebnisse in die Richtung gehen, wie sie Katharina Sieh-Burens und Wolfgang Reinhard vorgezeichnet haben.

Die Familie Weinland in Esslingen

Der wohl aus Württemberg stammende Musikant Theodor Weinland[12] kam 1653 nach Esslingen und bekleidete seit 1663 das Amt des Wagmeisters bei der Kaufhausverwaltung. Sein Sohn Johann Friedrich (1663–1741) gelangte als »Skribent« eines Ratskonsulenten in die städtische Bürokratie, seit 1704 in den Kleinen Rat und erreichte 1735 mit 62 Jahren das Bürgermeisteramt. Die zweite seiner drei Ehefrauen gehörte zur Familie Köstlin, die wie seine eigene in der Stadt zu den Aufsteigern zählte. Johann Friedrichs Sohn Johann Christoph, der Onkel von Andreas Friedrich, studierte Rechtswissenschaft in Tübingen und Halle, trat dann in die württembergische Verwaltung ein und starb 1737 als Konferenzminister und Kreisgesandter.[13]

Andreas Friedrich Weinland. Jugend- und Studienzeit

Andreas Friedrich Weinland wurde am 20. Dezember 1720 in Esslingen geboren als Sohn des Ludwig Friedrich Weinland und der Maria Regine Planer von Plan (1690–1754). Sie entstammte der Ehe des Esslinger Stadtarztes Andreas Planer von Plan mit einer württembergischen Prälatentochter. Die Planer von Plan gehörten etwa seit 1570 zum Adel. Eine Verwandte Andreas Planers hatte in Esslingen in die Familien Schloßberg und Weickersreutter eingeheiratet, deren Tochter gleichfalls in die Familie Schloßberg und in die Familie von Rhaw. Sie und ihr Sohn aus erster Ehe, der Amtsbürgermeister Georg Andreas Schloßberg, waren die Paten von Andreas Fried-

[10] *A. Gestrich,* Sozialhistorische Biographieforschung, in: *ders.* (Hrsg.), Biographie – sozialgeschichtlich, Göttingen 1988, S. 22f.
[11] Ebda., S. 23.
[12] Diese und die folgenden Angaben zur Familie entstammen den Auszügen aus den Esslinger Ratsprotokollen, die Pfarrer August Weinland 1896 angefertigt hat und die mir von Familie Stahl, Bad Dürrheim, dankenswerterweise zugänglich gemacht wurden.
[13] UMatr. Tübingen Bd. 3, S. 29, Nr. 31565; UMatr. Halle Bd. 1, S. 471. *W. Pfeilsticker,* Neues Württ. Dienerbuch, Stuttgart 1960, §§ 1141, 1232.

rich Weinland, der also den Leitnamen seiner adeligen Vorfahren Planer von Plan trug. Die Verwandtschaft mit den genannten Familien ließ die Weinlands in die Spitzengruppe der Esslinger Gesellschaft aufsteigen.

Nach dem Schulbesuch in Esslingen begann Weinland 1737 mit dem Studium der Rechtswissenschaft in Tübingen,[14] das er 1742 in Jena[15] fortsetzte. Die Universität Jena gehörte schon seit dem 17. Jahrhundert zu den Universitäten, an denen die Reichs-Historie und die Reichspublicistik entstand und auch fortentwickelt wurde.[16] Weinland hörte in Jena bei einem der berühmtesten Vertreter des Reichsstaatsrechtes, Johann Georg Estor (1699–1773),[17] einem Hallenser Mitstudenten seines Onkels Johann Christoph. Als Estor 1742 einen Ruf nach Marburg annahm, folgten ihm viele Studenten dorthin, darunter auch Weinland und der später sehr bekannte Göttinger Staatsrechtler Johann Stephan Pütter (1725–1807), in dessen Stammbuch sich Weinland noch in Jena eintrug.[18] Am 1. Juni 1743 promovierte er in Marburg mit einer Arbeit über den Schwäbischen Kreis zum Lizentiaten. Mit dieser Dissertation bewies Weinland, daß er die Methode seiner akademischen Lehrer beherrschte, nämlich das Erklären und Beurteilen gegenwärtiger Zustände mit Hilfe von historischer und juristischer Literatur. Diese Art von Argumentation neigte dazu, den status quo zu garantieren. Immer wieder wandte Weinland diese Methode, die er als Student gelernt hatte, während seiner Arbeit im Dienst der Stadt Esslingen an.

Die eigene Familie

Nach Abschluß seiner Studien kehrte Weinland nach Esslingen zurück und wurde als Advokat zugelassen. Am 24. November 1744 verheiratete er sich mit Agnes Magdalena Walliser, der Tochter des damaligen ersten Pfarrers (Seniors) Johann Friedrich Walliser (1679–1753). Mit dieser Ehe festigte Weinland erneut seine Beziehungen zu den führenden Familien, gehörte seine Frau doch zu den Ururenkelinnen des legendären Esslinger Bürgermeisters Georg Wagner (1605–1661).[19] Diese Verbindungen, auch die nach Württemberg, verstärkten sich noch durch Weinlands zweite Ehe mit Elisabeth Juliane Eckher, der Tochter des späteren Bürgermeisters Georg Andreas

[14] UMatr. Tübingen Bd. 3, S. 105, Nr. 33544.
[15] UMatr. Jena Bd. 3, S. 388, Nr. 181.
[16] *N. Hammerstein,* Reichs-Historie, in: *H. E. Bödeker* (Hrsg.), Aufklärung und Geschichte, Göttingen 1986, S. 82–104; *ders.*, Ius Publicum Romano-Germanicum, in: Diritto e Potere nella storia Europea. Atti del quarto Congresso internazionale delle Società Italiana di Storia del Diritto, Rom 1982, S. 717–753, bes. 746.
[17] Geschichte der Universität Jena 1548/58–1958, Bd. 1, Jena 1958, S. 180ff., 191.
[18] Niedersächs. Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, 8° cod. hist. lit. 48[d] Bl. 125[b]; zu Pütter s. *Ch. Link*, Johann Stephan Pütter (1725–1807). Staatsrecht am Ende des alten Reiches, in: *F. Loos* (Hrsg.), Göttinger Juristen aus 250 Jahren, Göttingen 1987, S. 75–99.
[19] *O. Borst,* Geschichte der Stadt Esslingen am Neckar, Esslingen 1977, S. 279ff.

Eckher und der Juliane Keller aus Leonberg.[20] Sie war gleichfalls eine Ururenkelin von Georg Wagner und gehörte zur Verwandtschaft der Familien von Burgermeister und von Palm. Die Paten der insgesamt 12 Kinder Weinlands aus beiden Ehen präzisieren diesen Zusammenhang. Zu den Paten der Kinder vor allem der zweiten Ehe gehörten: Die Bürgermeister Andreas Harpprecht von Harpprechtstein (1706–1771) und Amand Erhard Marchtaler (1709–1795), die Freiherrn von Palm, als Vettern der Mutter, und die Freifrau von Senckenberg, Gemahlin des Reichshofrates Heinrich Christian Freiherr von Senckenberg (1704–1768) sowie die Freifrau von Üxküll, Gemahlin des württembergischen Geheimen Rats Friedrich Emich Freiherr von Üxküll (1724–1810), beide geborene von Palm, als Cousinen der Mutter.

Die Ämterlaufbahn

Gleich nach seiner Rückkehr begann Weinland seine Tätigkeit als Advokat in Esslingen.[21] 1751 wollte er in den Kleinen Rat aufgenommen werden; im Jahr darauf erlangte er die erste fest besoldete Stelle bei der Stadt und zwar das mit 80 Gulden Jahresgehalt dotierte Gerichtssekretariat. 1754 kam er in den Kleinen Rat; 1756 wurde er Steuerkassier. Dieses Amt bekleidete er etwa 15 Jahre – erst 1771/72 stieg er auf. Zunächst übernahm er 1771 das Amt des Kastenpflegers, im Jahr darauf das des Stadtammanns, also des Vorsitzenden des Stadtgerichts, mit 340 Gulden Jahresgehalt nach dem des Amtsbürgermeisters (400 Gulden) das höchstbesoldete Amt der Stadt. Zu dieser Position gehörte auch ein bestimmter Rang im Kleinen Rat und ein Kirchenstuhl. Sieben Jahre später, 1779, gab es erneut eine Verschiebung. Weinland wurde Mitglied des Geheimen Rats und Hospitalpfleger, um dann nach dem Tod seines Schwiegervaters 1783 Amtsbürgermeister zu werden. Bis zu seinem Tod bekleidete er nun dieses am höchsten angesehene und dotierte Amt der Stadt jedes zweite Jahr im Wechsel mit Amand Erhard Marchtaler und ab 1794 mit dessen Neffen Philipp Erhard Göschel. Drei Söhne Weinlands erlangten ebenfalls städtische Ämter als Oberforstmeister, Spitalschreiber und Akziseverwalter, einer wurde Handelsmann.

Als Weinland 1795 mit 75 Jahren bei vollen Bezügen in den Ruhestand zu treten wünschte, wie ein Jahr zuvor sein Kollege Marchtaler mit 85 Jahren, erhob sich Widerstand in der Bürgerschaft, denn vier Bürgermeistergehälter – für zwei amtierende und zwei im Ruhestand – könne die Stadtkasse nicht tragen. Der Streit war noch nicht entschieden, als Weinland am 19. August 1796 starb und einige Tage danach auf dem vornehmsten Friedhof der Stadt, dem bei der Stadtkirche St. Dionys, beigesetzt wurde. Die Nachwahl seines zweiten Sohnes in den Rat verbot Kaiser

[20] *R. Jooß,* Ein reichsstädtischer Bürgermeister des 18. Jahrhunderts: Georg Andreas Eckher (1699–1783), in: Esslinger Studien 22 (1983), S. 137–141.
[21] Die Angaben zur Karriere Weinlands entstammen den jeweiligen Jahresbänden der Ratsprotokolle.

Franz II. Es wurde 1797 daher Christian Gottlieb Schöllkopf, ein »Handelsmann«, zum Mitglied des Kleinen Rats und zum Bauverwalter gewählt – seit vielen Jahren das erste Mitglied dieses Gremiums, das nicht zuvor städtischer Beamter gewesen war und das nicht der »famille«, den herrschenden Familienverbänden, angehörte. Die Bürgeropposition hatte einen wichtigen Erfolg errungen – fünf Jahre bevor Esslingen württembergisch wurde.

Weinlands Vermögen

Die Steuerzettel der Jahre zwischen 1757 und 1794 geben Auskunft über Weinlands Vermögenslage, vor allem über seinen Immobilienbesitz.[22] Seit 1753 gehörte ihm das Haus »zum Wolf« in der Heugasse 15, in dem sich bis heute sein Wappen befindet. Es handelte sich dabei um ein sehr stattliches Gebäude, in dem Reste eines mittelalterlichen Wohnturms stecken, und um eines der wenigen Häuser, die in Esslingen nach einem Hauszeichen benannt werden. Diese Gegend um Marktplatz, Hafenmarkt, Webergasse und Heugasse gehörte zur Innenstadt, in der die Inhaber großer Vermögen ihren Wohnsitz hatten – etwa vergleichbar der Augsburger Oberstadt. Es gab allerdings auch Handwerker und einfachere Leute dort, und ob die Lage des Hauses auch die Zugehörigkeit zu einem bestimmten »Netz« bedeutete, darüber weiß man bisher nichts.[23]

Neben dem Haus bildeten die 89 Ar Weinberge die wichtigsten Liegenschaften. Sie befanden sich fast alle in der Neckarhalde neben sehr prominenten Nachbarn und gehörten zur zweiten, also beinahe der höchsten Wertklasse. Unmittelbar außerhalb der Stadtmauer lagen die ca. 6 Ar Kraut- und Küchengarten. Weitere Bauländer oder Egarten, also nicht dem Flurzwang unterworfenes Land, befanden sich im Bereich der Filialen Sulzgries und Wäldenbronn und auf dem Oberen Eisberg. Besonderes Interesse verdient der Hinweis, daß Weinland auf eigene Kosten seinen Wald roden und dort Obstbäume anpflanzen ließ, die 1780 noch keinen Ertrag brachten. Hier ging er mit der Zeit, hier wagte er einmal einen Neuansatz und kam über das Verwalten und Verteidigen des Althergebrachten hinaus.

Beim Geldvermögen hielten sich Aktiva und Passiva etwa die Waage. Ausgeliehen hat er Geld vor allem dem Umgelter- und Steueramt, also der Stadt, aber auch Freunden und Anverwandten, die leider ebensowenig einzeln aufgeführt sind wie seine Gläubiger.

[22] Stadtarchiv Esslingen (= StAE) Steuerbücher, 1. Gang, die Jahrgänge 1757, 1764, 1775, 1780, 1786, 1794.

[23] *G. Kollmer*, Steinhäuser erinnern an das staufische Zentrum Esslingen, in: Esslinger Zeitung v. 27./28. Juni 1987, S. 9; *D. Kapff*, Wo ein Stück früher Stadtgeschichte versteinert ist, in: Stuttgarter Zeitung v. 5. April 1988, S. 28; *P. Eberhardt*, Aus Alt-Esslingen, Esslingen 1923, S. 61ff., 75ff., 96ff.; *K. Sieh-Burens* (s. A 8), S. 72ff.

Die Weinvorräte gehörten gleichfalls zum steuerbaren Vermögen. Die Menge des versteuerten Weins, die niemals auf den 89 Ar gewachsen sein kann, legt den Gedanken nahe, daß er Wein zugekauft hat, vermutlich weil er eine große Familie und viele Knechte und Mägde hatte, vielleicht aber auch, weil er Weinhandel betrieb.

Zieht man ein Fazit, so entwickelte sich sein Vermögen, das er versteuern mußte, nach Abzug aller Passiva und Freibeträge folgendermaßen: 1757: 4095 fl.; 1764: 6222 fl.; 1775: 5512 fl.; 1780: 5738 fl.; 1786: 6500 fl. und 1794: 5184 fl.

Weinland gehörte damit in die Gruppe der Bürger, die ein Vermögen von 3000–10000 fl. versteuerten. Ihr gehörten 1775 62 oder 4,8% und 1794 83 oder 5,5% der steuerzahlenden Bürger an. Das waren die reichen Leute in der Stadt, wenn auch nicht die Spitzenverdiener: 1775 versteuerte die Witwe des Bürgermeisters Johann Andreas Harpprecht von Harpprechtstein ein Vermögen von 43233 Gulden und Amand Erhard Marchtaler 19098 fl.[24]

Man kann feststellen, daß das umfangreiche landwirtschaftliche Unternehmen – ein »Grünlandbetrieb« ohne Viehhaltung – das Weinland neben seinen gut bis sehr gut dotierten städtischen Ämtern besaß, einige Erträge abwarf. Streng genommen nahm Weinland also zwei »Stellen« im Sinne der vorindustriellen Ökonomie ein: nämlich einmal seine öffentlichen Ämter, für die er Gehalt in Form von Geld und Naturalien bezog, und dazu die eines im Agrarbereich »unternehmerisch« tätigen Mannes. Dieses doppelte Einkommen dürfte der Grund gewesen sein, warum Beamte und Pfarrer in Esslingen und wohl auch anderswo zu den reichen Leuten gehört haben.[25]

Wichtige Hinweise auf Weinlands Reichtum und seine soziale Position ergeben sich auch aus seinem Nachlaß. Er hinterließ eine umfangreiche Sammlung von Münzen und Medaillen, darunter wohl alle Esslinger Jubeltaler, dazu eine Reihe von Schmuckstücken, Pokalen und Dosen und als teuerstes Stück ein ganz neues »Brettspiel« mit 6 Löffeln, Messern und Gabeln im Wert von 78 fl. Auch unter den Kleidern gab es sehr teure Stücke, die im Wert bis zu 35 fl. gingen. Leider wurden aus der Inventur und Teilung zu einem späteren Zeitpunkt ca. 100 Seiten herausgerissen, so daß der gesamte Hausrat nicht mehr deutlich wird. Sein besonderer Stolz scheint seine Bibliothek gewesen zu sein, deren Wert auf 800 fl. angesetzt wurde. Es gibt keinen Katalog davon, nur etwa 10 theologische Titel im Wert von 10 fl. werden einzeln aufgeführt; das übrige scheinen juristische Werke gewesen zu sein, aus denen er in seinen Gutachten zitierte.[26]

[24] *T. M. Schröder*, Das Kirchenregiment der Reichsstadt Esslingen, Grundlagen – Geschichte – Organisation, Esslingen 1987, S. 263 Eberhardt (s. A 23) S. 229.

[25] Ebda., S. 263f.

[26] StAE, Inventuren und Teilungen Nr. 54 (1796 Sept. 13).

Weinlands Haltung im Bürgerprozeß

In seinem zweiten Jahr als Amtsbürgermeister wollte Weinland beim Kaiser eine Besoldungserhöhung für den Rat und die Ratsämter beantragen.[27] Als Begründung führte er die seit der letzten Erhöhung 1749 um über die Hälfte gestiegenen Lebenshaltungskosten an. Die Weinberge bringen nichts mehr, und »unser einziger Handelszweig, das Wein-Commercium, ist schon einige Lustra zu Boden gesunken«. Auch sei die Zahl der Bürger gestiegen, so daß auch mehr öffentliche Geschäfte anfielen. In seinen ausführlichen Zitaten aus der über Gehälter existierenden juristischen Literatur griff er bis auf Papst Innozenz III. (1198–1216) zurück, der lehrte, daß derjenige, der am Altar stehe, auch in der Lage sein müsse, von diesem zu leben. Dann folgen vor allem sächsische Juristen wie Samuel Stryck, Johann Schilter und Ulrich Lauterbach,[28] aber auch Italiener des 16. Jahrhunderts wie Jakob Menochius. Die Ratsherren folgten Weinland in seinem Vorschlag nicht, sondern verschoben das Projekt, und als es nach zweieinhalb Jahren erneut diskutiert wurde, riet Ratskonsulent Neundorf erneut dringend davon ab. Er fürchtete 1785 wie 1788, daß Wien eine genaue Berichterstattung über das städtische Finanzwesen fordern würde, und da würde der Rat »in eine sehr unbehagliche Verlegenheit gesetzt werden«.[29] Zu Beginn seiner dritten Amtszeit als Amtsbürgermeister gab Weinland eine Art »Regierungserklärung« ab, in dem er wichtige Ziele der Stadtpolitik nannte: Die Einnahmen sollen gesteigert und die Ausgaben gesenkt werden mit Ausnahme der Ratsbesoldungen, denn diese, vor allem so weit es Naturalien betrifft, sollen steigen. Die Stadt ist überbevölkert; Ausländer dürfen daher weder als Bürger noch als Beisitzer aufgenommen werden. Auch eine moralische Erneuerung tut not: dem Müßiggang und der Schwelgerei müssen Einhalt geboten werden. Die Insassen des Waisenhauses sollen christlich erzogen werden und sich anschließend, wenn sie nicht besonders begabt sind, dem Feld- und Weinbau widmen. Besonders interessant wären seine Vorschläge zur Verbesserung der Schulen gewesen, aber leider werden sie inhaltlich nicht genau umrissen. An dieser konservativen Position hat Weinland festgehalten. 1791 wollten die Wortführer der Bürgeropposition der Stadt die Prozeßkosten ersetzen und erbaten über einen Notar eine Rechnung. Weinland verlangte eine Bestrafung des Notars, weil er sich zu einer Handlung gegen den Magistrat gebrauchen lasse, und das ist gemäß »Archivum portatile« von 1732 eine strafbare Handlung. Die übrigen 4 Mitglieder des Geheimen Rates schlossen sich dieser Meinung nicht an, verlangten aber mit Weinland, daß die Rechnung bald herausgehen sollte.

[27] StAE, Reichsstadt F 20.
[28] *N. Hammerstein*, Jus und Historie, Göttingen 1972, S. 155 ff.
[29] StAE, Reichsstadt F 20.

Im Spätjahr 1794 gewann der Bürgerprozeß erneut Aktualität. Die Wortführer der Opposition reichten Vergleichsvorschläge ein, um das zerrüttete Staatswesen zu retten. Die erste Forderung bildete die Abschaffung der Verwandtschaft im Rat: Niemand, der im vierten Grad verwandt oder im zweiten Grad verschwägert sei, sollte in den Rat kommen. Falls dieses Ziel unerreichbar sein sollte, müßten die Stimmen von Verwandten als eine gezählt werden. Um der Verwandtschaft auszuweichen, wird vorgeschlagen, die Hälfte der Ratssitze mit Handelsleuten und Handwerkern zu besetzen. Zwischen den Rats- und Handwerkerfamilien gab es also gar keine verwandtschaftlichen Beziehungen. Die Finanz- und Güterverwaltung der Stadt habe gleichfalls Verbesserungen nötig. Verkäufe, Schuldaufnahmen und Baumaßnahmen sollten nur mit Genehmigung des Äußeren, des Großen Rates, getätigt werden. Jede Kasse brauche einen Kontrolleur aus der Bürgerschaft. Anschließend müsse eine gemeinsame Kommission aus dem Rat – aber ohne die Familien – und der Bürgerschaft gebildet werden, die einen Vergleich zustande bringen und dem Kaiser zur Bestätigung vorlegen solle. Über die Wahl und Auswahl der städtischen Beamten sollte gleichfalls nachgedacht werden. Bisher war nur Alter und Rangordnung, nicht Fähigkeit dafür maßgebend. Der Katalog der Forderungen und Vorschläge war noch länger – alle betrafen dieselben Probleme, nämlich die Besetzung der Gremien und Beamtenstellen und die Kontrolle über die städtischen Finanzen. Die Existenz der Reichsstadt wurde nicht in Frage gestellt, wohl aber sollte der Kreis derer, die in der Stadtpolitik mitwirken konnten, erweitert werden.[30]

Wie kaum anders zu erwarten, lehnte der Rat jegliches Übereinkommen ab. Was geregelt ist, bedarf keiner Einigung. Die vorhandenen Ordnungen reichten aus, um die Nachteile der engen Verwandtschaft zu beseitigen. Außerdem wurden diese Gesetze in dem Wissen erlassen, daß es Verwandtschaften gab. Weiter dürften den um die Stadt hoch verdienten Familien keine Nachteile entstehen; Handwerker sind zudem unfähig, die Stadt zu regieren. Auch Homer sage schon, daß Vielherrscherei nichts tauge. Die Geschichte »hat zu mal in neueren Zeiten jenseits des Rheins bewiesen, daß der alte Homer Recht hatte, hat bewiesen, daß die Tyranney und Volksherrschaft ein wahrer Leviathan ist«. Die bürgerlichen Deputierten bildeten für den Rat einen Staat im Staat. Der Syndicat, also der Zusammenschluß der unruhigen Bürger, müsse ein Ende haben.

In einem langen, eigenhändigen Gutachten nahm Weinland zu dem Kompromißvorschlag Stellung. Zunächst betonte er, daß es keine Einigung um jeden Preis geben müsse und zitierte dann das grundlegende Werk des ehemaligen Esslinger Ratssyndicus Philipp Knipschildt von 1657 über Rechte und Privilegien der kaiserlichen

[30] Vgl. *V. Press*, Die Reichsstadt in der altständischen Gesellschaft, in: *J. Kunisch* (Hrsg.), Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte, Berlin 1987, S. 35 f.

Städte.[31] Der Autor verwendete formale, historische und pragmatische Argumente. Zunächst verwies er auf die Wahlkapitulation Ferdinands II. und Ferdinands III., die versprachen, alle Reichsstände bei ihrem Herkommen und ihren Gewohnheiten belassen zu wollen. Das haben auch die folgenden Wahlkapitulationen – so fügt Weinland hinzu – zum Inhalt gehabt. Also sind alle Bräuche und Mißbräuche legitimiert. Das nächste Zitat beschäftigte sich mit der Verwandtschaft der Ratsmitglieder. Dazu führte Knipschildt die römische Familie der Meteller an, von der verschiedene Mitglieder zur selben Zeit wichtige Ämter im römischen Staat innehatten.[32] Als Gegenbeispiele, wo also Verwandtschaft der Ratsmitglieder verboten war, nannte Knipschildt die Reichsstädte Lindau und Kempten und wies dann darauf hin, daß die Größe einer Stadt ausschlaggebend sei, weil es sich kleine Städte gar nicht leisten könnten, nur der Verwandtschaft wegen auf kundige und tüchtige Leute zu verzichten, um dafür weniger gute und unfähige heranzuziehen. Mit diesen Hinweisen beendete Weinland zunächst sein Gutachten, fügte aber dann noch weitere Autoren hinzu. Zunächst führt er den Paduaner Juristen Socinus (1437–1507) an, der darauf hinweist, daß die Kompetenz zur Gesetzgebung demjenigen, der sie hat, also etwa dem Magistrat, durch den Kaiser oder durch die Bürger überlassen wurde. Die Rechtsordnung bestünde nicht so, wie sie ist, wenn sie nicht von jemand, der die Kompetenz dazu gehabt hatte, begründet worden wäre. Geschichtlich begründend zitierte Weinland auch eine Sammlung von Klagschriften, Voten und Relationen des Reichskammergerichts, die unter dem Namen Adrianus Gylmann 1603 bis 1605 erschienen.[33] In diesem Text wird davon ausgegangen, daß einerseits der Kaiser den »Senat« eingesetzt hat und daß andererseits das Volk alle Macht dem »Senat« übertragen hat und deswegen ihm auch untertan sein muß. Er ist vom Volk als Fürst erwählt worden. Der Magistrat vertritt also in der Stadt die Stelle des Fürsten, dem alle Macht und Kompetenz übertragen wurde. In diesem Sinne zitierte Weinland auch den hessischen Juristen Regner Sixtinus (1543–1617), der ein 1609 und 1617 erschienenes Werk über die Regalien verfaßt hatte[34] und auch die Speyerer Chronik von Christoph Lehmann (1568–1638). Dieser verglich in seinem sehr lang nachwirkenden Werk den Rat in den Reichsstädten mit dem Verstand, der den Leib regiert, oder mit dem Steuermann auf dem Schiff. Ohne Rat kann die Stadt nicht bestehen; er ist wie die Fürsten und Grafen des Reiches in ihrem Land, denen die Untertanen Treue, Huld und Gehorsam

[31] *R. Jooß*, Philipp Knipschildt. Ratskonsulent und Begründer der Esslinger Historischen Schule, in: Esslinger Studien 25 (1986) S. 215–224.
[32] *Der Kleine Pauly* Bd. 3 (1979), Sp. 1261–1266.
[33] *Zedler,* Universallexikon, Bd. 11, Sp. 1512; *J. St. Pütter,* Litteratur des Teutschen Staatsrechts, Bd. 1, Göttingen 1776, S. 135.
[34] *J. St. Pütter,* (s. A 33), S. 107; *Stintzing-Landsberg*, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft, Bd. 1 u. 2, München – Leipzig 1880, S. 671 und 707f.

schulden.[35] Dasselbe Verständnis vom Rat als Obrigkeit, in dessen Händen alle Macht liegt, belegen auch die Zitate aus Werken der Juristen Christoph Besold (1577–1638), Caspar Ziegler (1621–1690), Matthias Coler (1530–1587), Hartmann Pistorius (1543–1601), Jakob Menochius (1532–1607) und Leo Friedenberg, d. h. Johann Philipp Slevogt (1649–1727). Diese von Weinland angerufenen Zeugen gehörten alle der Jurisprudenz des späteren 16. und früheren 17. Jahrhunderts an, die in den konfessionellen und ständischen Auseinandersetzungen für einen starken Staat mit eigentlich uneingeschränkter Macht eintraten. Mit Ausnahme von Besold, Socinus und Menochius handelte es sich bei diesen von Weinland angeführten Belegen um sächsische und hessische Juristen, die er als Student im Rechtsstudium in Jena und Marburg kennengelernt hatte. Dieser so gut legitimierte Staat darf nicht – so Weinlands selbst gezogene Konsequenz – durch Neuerungen gefährdet werden. Wegen unzufriedener Bürger kann man den Staat nicht umstürzen, zumal sein aristokratischer Charakter durch den großen Rat genügend gemäßigt und eingeschränkt ist. Die Autorität des Kaisers soll entscheiden, ob wie bisher der Kleine Rat allein oder der Kleine mit dem Großen unter Hinzuziehung von »Volckes Repräsentanten« regieren soll. Die einzelnen Bürger, die sich zu Syndici, also Rechtsvertretern der Gesamtheit aufwerfen, dürften sich dabei nicht in diese Fragen einmischen, sondern der Kaiser solle entscheiden. Dahinter steht wohl die Auffassung, daß Innerer und Äußerer Rat durch den Inneren bestimmt werden und nicht, wie die Mitglieder des Syndicats wünschen, durch die einzelnen Bürger. Den Schluß seiner Abhandlung bildet noch einmal ein ausführliches Zitat aus Knipschildt, der dort ausführt, daß nichts ohne Regierung, ohne Moderator bestehen kann, »denn wie der Mensch das beste aller Wesen ist, so ist er ohne Gerechtigkeit, ohne Recht und Gesetz das schlechteste«. Mit dieser sehr pessimistischen Aussage beendete Weinland seine theoretischen Darlegungen[36] und forderte die Entsendung eines eigenen Agenten nach Wien, übrigens nach dem Vorbild der Bürgeropposition. Diese Abhandlung war seine letzte ausführliche Äußerung. Auf ihn traf das zu, was man auch bei anderen Publicisten festgestellt hat: Er gehörte zu den »Verteidigern des erreichten politischen und rechtlichen Zustandes« und war »überzeugt davon, daß die unübersehbar bunte Reichsrechtordnung nicht Schwäche, sondern Stärke und Freiheit bedeute«. »Eine durchgreifende Neuordnung gegen die historischen Privilegien schien ihm undenkbar.«[37]

[35] *J. St. Pütter,* (s. A 33), S. 107; *Stintzing-Landsberg* (s. A 34), S. 163, 183b; *N. Hammerstein* (s. A 28), S. 184, Anm. 53.
[36] vgl. *W. Conze*, Art. »Monarchie«, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 4 (1978) S. 173; *K. H. Ilting*, Art. »Naturrecht«, ebda., S. 274ff.
[37] *N. Hammerstein*, Jus Publicum Romano-Germanicum (s. A 15) S. 750.

Schluß

Zieht man ein Fazit, so kann Weinland als typischer Vertreter derer gelten, die in der Spätphase der Reichsstadt die Stadtpolitik bestimmten. Sie waren geprägt durch die Herkunft aus der vielfach versippten städtischen Oberschicht und durch das Studium der eigenständigen Esslinger historischen Tradition und der Reichspublicistik, vor allem in Halle, Jena und Marburg. Die materiellen Grundlagen für dieses Leben boten Einkünfte als städtischer Beamter und als landwirtschaftlicher »Unternehmer«. Die kulturellen Ambitionen dieses Personenkreises zeigten sich in der Anlage einer Münz-, Medaillen- und Preziosensammlung und einer großen Bibliothek. Der soziale Rang wurde deutlich an der Verwandtschaft vor allem der Mutter und der beiden Ehefrauen, an dem großen Haus in bester Lage und an den Nachbarn sowohl dieses Haus wie denen der Weinberge.

Leute dieser konservativen, wirtschaftlich wenig innovativen Prägung mußte die totale Veränderung der Lebensumstände nach 1802 tief treffen. Falls sie nicht in der Administration der Stadt verblieben sind – immerhin gehörten die Stadtschultheißen und Oberbürgermeister bis 1880 den Familien Honold, Weinland und Marchtaler an –, suchten sie eine vergleichbare Tätigkeit außerhalb Esslingens. Die wirtschaftliche Zukunft der Stadt und damit ihr bauliches Gesicht im 19. Jahrhundert bestimmten Leute anderen Schlages und anderer Herkunft.[38]

[38] *O. Borst* (s. A 19), S. 401 f.

August Nitschke

Die Mauern werden höher

Zum bürgerlichen Selbstverständnis im Mittelalter

Tacitus berichtet uns, daß die Germanen mit Städten nicht viel anfangen konnten. Wie sie mit den Römerstädten umgingen, nachdem sie diese erobert hatten, bestätigt nur zu eindeutig, wie recht er hatte. Was aus diesen Städten wurde, sobald die Germanen in den Trümmern, die blieben, ihre Gutshöfe einrichteten, zeigen uns archäologische Ausgrabungen.

Wir wissen, daß seit dem 11. und 12. Jahrhundert die Städte zu eigenen Rechten und zur begrenzten Selbständigkeit fanden. Jetzt umschlossen sie Mauern, deren Bau wir inzwischen aus uns erhalten gebliebenen Rechnungen rekonstruieren können.[1] Doch was die Bürger eigentlich von diesen Städten hielten, wie sie sie sahen, das ist uns so gut wie gar nicht bekannt. Auch wissen wir nicht, welche Meinung die Menschen in der langen Zeit zwischen Völkerwanderung und dem 11. Jahrhundert von Städten besaßen. Wie standen die Adligen oder die Bauern, die unter Karl dem Großen oder Otto III. lebten, zu den Städten, wie diejenigen, die in ihnen lebten?

Für den Verfassungs- und Rechtshistoriker ist das Bild der spätmittelalterlichen Stadt von der hochmittelalterlichen nur in Nuancen zu unterscheiden. Die Zünfte entfalteten sich, die Rechte der Bürger mehrten sich, Streitigkeiten innerhalb der Bürgerschaft sind nun nachweisbar. Wenn wir allerdings erfahren wollen, ob diese Bürger ihre Stadt noch so wahrnahmen, wie die Bewohner von Speyer, die Heinrich IV. um Unterstützung baten, dann müssen wir die Antwort wieder schuldig bleiben.

Uns geht es nun bei den vorzutragenden Beobachtungen nicht darum, den Wandel der bürgerlichen Mentalität nachzuzeichnen – das wäre bei dem knappen Raum, der zur Verfügung steht, ein unmögliches Unterfangen. Wir wollen nur untersuchen, welche Wirkungen die sichtbaren Teile der Stadt – ihre Häuser, ihre Mauern – und vor allem ihre Mauern auf die Menschen hatten, die diese Städte kennenlernten.

Wie eine Stadt aussah, das zeigen Miniaturen, Zeichnungen, Fresken, und so liegt es für einen Historiker sehr nahe, zu fragen, welche Wirkungen denn Gebäude einer Stadt auf den Betrachter dieser Bilder hatten. Er hofft so zu erfahren,

[1] *K. Schubring*, Baubetrieb und Stadtbefestigung im Mittelalter. Der Mauerbau in Foligno unter Kaiser Friedrich II, QFIAB. 68, 1988, S. 145 ff.

wie die Stadt selber auf die Menschen damals gewirkt haben muß.[2]

Vorweg ein kurzer Blick auf die Antike. Durch die Untersuchungen des römischen Hausbaus, durch die Analyse der Briefe von Cicero und Plinius wissen wir, daß die Römer seit der Mitte des 2. vorchristlichen Jahrhunderts ihre Villen so bauten, daß sie durch Pilaster und Säulen hindurch auf eine Landschaft sahen, die am Anfang noch durch Baumgruppen, kleine Wasserläufe, Statuen sowie durch beschnittene Hecken historisch und künstlerisch gestaltet war und dann in eine unveränderte Natur überging. Dieser Blick enthielt so viele Gegensätze, daß dies ihrer Gesundheit guttat, wie sie meinten, und sie sich dadurch zu einer geistigen Tätigkeit angeregt fühlten.

Diese Einbeziehung der Natur währte bis ins 5. Jahrhundert. Von da an beobachten wir, daß die Menschen sich in die Städte zurückziehen, die Städte durch Mauern vom umgebenden Land abschließen und dieses Land einen bedrohlichen Charakter erhält. Nun werden Naturkatastrophen wie Überschwemmungen so drastisch geschildert, daß sie fast ebenso unheilvoll die Städte zu gefährden scheinen wie die von allen Seiten anbrandenden Gegner des Römischen Reichs.[3] Die Natur, das gesamte Universum bildeten die Architekten nun in Innenräumen ab, etwa in den Kuppelbauten der großen byzantinischen Kirchen des 6. Jahrhunderts.[4]

Die wenigen, erhaltenen germanischen Zeugnisse wie die angelsächsischen Lieder berichten uns von verfallenen Städten, untergehenden Ruinen, zunehmender Not auf dem Meer in Kälte und Frost. Wenn uns Gebäude geschildert werden – wie im Beowulflied –, dringen Ungeheuer nachts ein, um die Helden zu töten, zu rauben und zu verzehren. Einen Schutz bieten diese Häuser nicht; von einem umbauten Bezirk ist gar nicht die Rede.[5] In den Schilderungen fallen nur Tempelbezirke auf, diese sind von Zäunen umgeben. Wer die Gottheit schmähen möchte, wirft einen Speer über den Zaun und zeigt so, daß die dort verehrte Gestalt machtlos ist.[6] – Was erfahren wir nun aus den Bildern der Karolingerzeit? Die Bilder gelten christlichen Themen. Im Alten Testament und Neuen Testament werden Städte erwähnt. Diese werden somit auch dargestellt.

Auf den ersten Blick ist man etwas überrascht. In karolingischen Texten ist oft davon die Rede, daß Menschen vor

[2] Zur Geschichte als einer Geschichte unterschiedlicher Wirkungen vgl. *A. Nitschke,* Historische Verhaltensforschung. Analysen gesellschaftlicher Verhaltensweisen, Stuttgart 1981, S. 75 ff., 98 ff.; *ders.,* Kunst und Verhalten, Analoge Konfigurationen, Stuttgart-Bad Cannstatt 1975, S. 27 ff.; *ders.,* Bewegungen in Mittelalter und Renaissance. Kämpfe, Spiele, Tänze, Zeremoniell und Umgangsformen, Düsseldorf 1987, S. 34 ff.

[3] Einzelne Belege für Antike und Spätantike bei *A. Nitschke,* Körper in Bewegung. Gesten, Tänze und Räume im Wandel der Geschichte, Stuttgart 1989, S. 71 ff., 120 ff.

[4] Ebda, S. 123 ff.

[5] Ebda, S. 156, 159, 181.

[6] Ebda.; vgl. *A. Nitschke,* Bewegungen (s. A 2), S. 82 f.

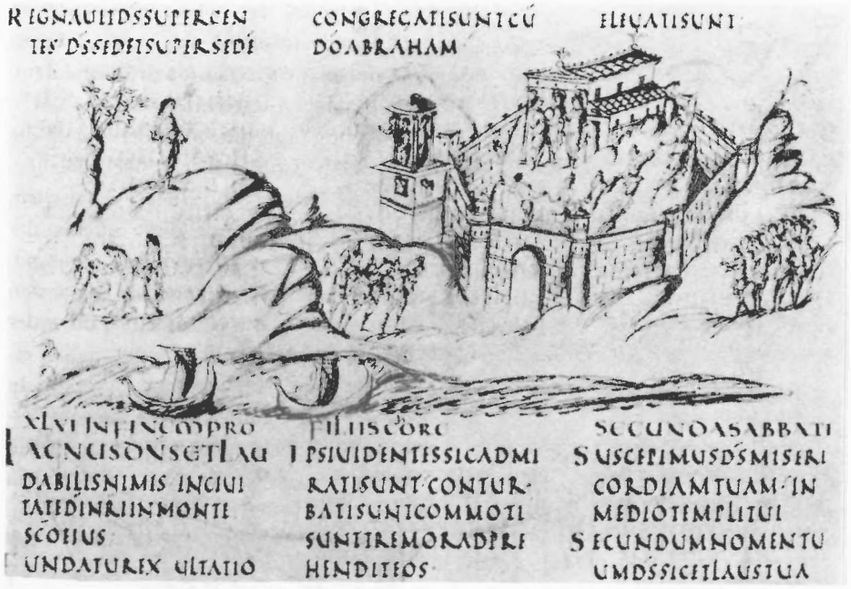


Abb. 1 Utrecht Psalter
(*E. T. Dewald,* The Illustrations of the Utrecht Psalter. Princeton o. J., Plate XLIV)

sehr hohe Mauern treten.[7] Die Bilder kennen solche Mauern nicht. Zwar finden wir Bezirke, die durch Mauern abgeschlossen sind, in denen Tempel, Kirchen und pfalzähnliche Gebäude stehen, doch die Mauern sind niedrig, die Menschen reichen an die Zinnen heran oder schauen über sie hinweg (Abb. 1). Engel, die nicht größer dargestellt werden als Menschen, rammen Pfähle von oben in das Schloß eines Tores, als ob sie ein Spielzeug zu verschließen hätten (Abb. 2).

Danach scheint ein Widerspruch zwischen Texten und Darstellungen zu bestehen, doch dieser Anschein trügt; denn mit der Höhe der Mauer in den Texten ist gemeint, daß sie bis in den himmlischen Bereich hinaufreichen. Dieser wird auch auf den Bildern dargestellt. In ihm sitzt Jesus oder erscheint Gott und dieser in der Tat unmittelbar über den Mauern (Abb. 3, 4). Die Mauern dringen schon in Gottes Sphäre vor, nur müssen sie dazu nicht hoch sein; denn er befindet sich unmittelbar neben ihnen, nicht größer als die Menschen, die über die Mauern hinwegsehen oder steigen.

Die Mauern trennen nun den Bereich, in dem Landwirtschaft betrieben wird,

[7] *Walafrid Strabo,* Visio Wettini, hrsg. von *H. Knittel,* Sigmaringen 1986, S. 70; vgl. das Epos Karl der Große und Papst Leo, MGH Poet. Lat. 1, Berlin 1881, S. 368.



Abb. 2 Utrecht Psalter
(*W. Braunfels*, Die Welt der Karolinger und ihre Kunst. München 1968, S. 175, Abb. Nr. 112)

durch den feindliche Krieger ziehen, von dem Bereich der Stadt. Nach den Gebäuden zu urteilen, umgrenzen sie einen Rechtsbezirk oder einen geweihten Bezirk (Abb. 5). Dies ist allerdings ihre einzige Funktion. Sie bieten keinen Schutz, denn die Feinde können sie überschreiten. So haben die Mauern den Charakter eines Zaunes. Sie gleichen den Begrenzungen, die ein Gerichtsplatz um sich hat. Sie trennen möglicherweise heiligen von profanem Boden. Dafür haben wir auch schriftliche Zeugnisse, die davon sprechen, daß das Gebiet der Kirche vom heiligen Geist erfüllt sei, so lange bis es an einen Laien verkauft würde, und dann ein unreiner Geist es besetze.[8]

Wichtig auf diesen Bildern sind die Personen: Gott selber, Engel, Heilige, Könige, Krieger und andere Menschen. Die Bilder zeigen, wie diese aufeinander wirken: preisend, huldigend, bittend, strafend, immer so, daß sie in Gesten dem anderen etwas zuweisen oder der andere durch Gesten andeutet, daß er etwas erbittet oder erwartet (Abb. 6). In dieser Welt kann es einige hervorgehobene Plätze geben, doch diese sind in ein Geschehen einbezogen, das von Personen



Abb. 3 Christus weint über Jerusalem
(Evangeliar Ottos III. – *Wolfram von den Steinen:* Homo Caelestis. Bern/München 1965. S. 185)

[8] *Humbert von Silva Candida*, in: *A. Nitschke*, Die Wirksamkeit Gottes in der Welt Gregors VII., Studi Gregoriani 5/1956, S. 208.

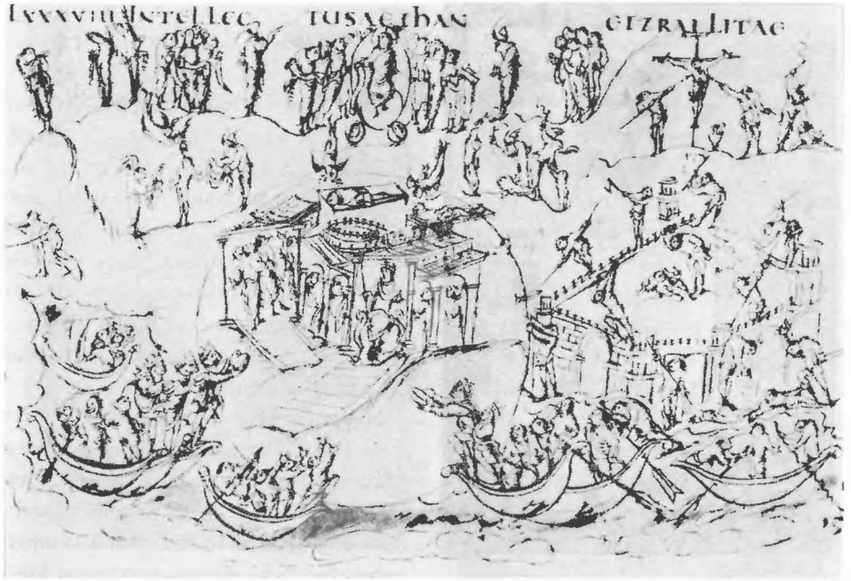


Abb. 4 Utrecht Psalter
(*E. T. Dewald* [s. Abb. 1], Plate LXXXII)



Abb. 5 Trierer Apokalypse
(*W. Braunfels* [s. Abb. 2], S. 302, Abb. Nr. 218)



Abb. 6 Bamberger Apokalypse
(*W. v. d. Steinen* [s. Abb. 3], S. 159)



Abb. 7 Der Herr von Trostberg
(Codex Manesse [s. Abb. 9], S. 173, fol. 255 r)

ausgeht, die mit korrespondierenden Gesten aufeinander wirken.[9]

Die Mauern helfen ihnen dabei so gut wie gar nicht. Das entspricht durchaus auch den uns überlieferten schriftlichen Zeugnissen. Teufel dringen ungeniert durch die Tore des Paradieses in den Himmel ein und fliegen dann über die Mauer wieder zurück.[10] Notker trifft den Teufel in Gestalt eines deutschsprechenden Hundes selbst in der Kirche von St. Gallen.[11] Alles konzentriert sich auf diese Auseinandersetzung zwischen Personen, wobei Mauern die Ansprüche der Heiligen oder der Könige bekunden, doch keinerlei Sicherheit bieten. Von Bürgern, Handwerkern in der Stadt ist überhaupt nichts zu sehen.

Die Bilder verändern ihren Charakter im 12. und 13. Jahrhundert. Die Mauer ist jetzt hoch geworden, sie wird mit ihren Quadern als ein senkrecht aufsteigender Bau gezeigt. Der Betrachter erhält keinen besonderen Platz zugewiesen, er sieht die Mauer immer unmittelbar vor sich, ob er sich unten oder oben befindet. Das hat zur Folge, daß er nun unten und oben klar unterscheidet.

Nicht nur auf den Betrachter wirkt diese Darstellungsart so, daß er vor den Mauern dazu angehalten wird, unten und oben gegeneinander abzusetzen, auch die Personen haben oben und unten unterschiedliche Ränge: von unten können Mauern angegriffen, unten kann ein Brief erwartet werden (Abb. 7), von oben kann ein Ritter in die Höhe gezogen werden (Abb. 8), unten kann eine Schlacht vor der Mauer abgebildet sein. Oben befinden sich die Ritter, die dank ihrer erhöhten Position den unteren überlegen sind. Oben sitzen und stehen Damen, die einen Ritter, der auf der Leiter aufsteigt, mit einem Kranz empfangen (Abb. 9), die bei Kämpfen zusehen (Abb. 10), die sich über Sieger freuen und mit Unterlegenen trauern (Abb. 11). Oben erscheinen somit alle Personen, die wirkungsvoller zu handeln vermögen oder die einem höheren Stand angehören.

Dies ist die Zeit, in der die Bürger sich

[9] *A. Nitschke,* Kunst (s. A 2), S. 109ff.; *ders.* Ottonische und karolingische Herrscherdarstellungen. Gestik und politisches Verhalten. Festschrift für Hans Wentzel, Berlin 1975, S. 161ff.
[10] Visio Baronti, MGH SS Merov. 5, Hannover 1910, S. 387.
[11] *Ekkehard,* Casus sancti Galli, Freiherr vom Stein-Ausgabe 10, Darmstadt 1980, S. 92ff.



Abb. 8 Her Kristan v. Hamle
(Codex Manesse [s. Abb. 9], S. 62, fol. 71 v)

ihre Stadtrechte erkämpften. Nach den Bildern sieht es nicht so aus, als ob die Städte damals von den Menschen als eine Einheit wahrgenommen wurden, etwa als Einheit mit einem besonderen Stadtrecht. Den Bildern zufolge verfügten Städte wie Burgen über die Möglichkeit, einen höheren Bereich von einem tieferen Bereich zu scheiden. Wer sich im höheren Bereich befindet, kann ein erhöhtes Ansehen beanspruchen und vermag wirkungsvoller als die unten handelnden Personen zu kämpfen.

Dies entspricht den schriftlichen Zeugnissen. Auch diese heben bei Bauten – wie uns recht genau geschildert wird – die Trennung zwischen den höheren und tieferen Bereichen hervor: Unten befindet sich ein Morast, den die Mauern verdrängen, unten werden Gefangene untergebracht, unten wird das Vieh gehalten, das in der bereits höher gelegenen Küche für die Mahlzeiten der Herrschaften verarbeitet werden soll. Oben leben dann die Damen und Herren und ganz oben befinden sich neben dem Wächter die Töchter, die kostbarsten und edelsten Angehörigen der Familie.[12]

Wir wissen, daß auch innerhalb der Städte die angesehenen Bürger sich Türme errichteten. Sie kämpften oft von Turm zu Turm gegeneinander. Die Höhe der Türme war für ihren Erfolg und für



Abb. 9 Graf Kraft v. Toggenburg
(Codex Manesse. Die Miniaturen der Großen Heidelberger Liederhandschrift, hrsg. von *I. F. Walther,* Frankfurt/M. 1988, S. 22, fol. 22 v)

[12] *Lambert von Ardres,* MGH SS 24, c. 83, S. 599, c. 109, S. 613, c. 127, S. 624.



Abb. 10 Kristan von Luppin, Ein Thüring
(Codex Manesse [s. Abb. 9], S. 150, fol. 226v)



Abb. 11 Graf Albrecht von Heigerloch
(Codex Manesse [s. Abb. 9], S. 37, fol. 42r)

ihr Ansehen gleichermaßen entscheidend. Danach müssen wir doch wohl sagen: diese Stadt ist eine Stadt der Patrizier gewesen und diese verstanden sich von ihrer erhöhten Position. So nimmt es nicht wunder, daß in den Städten, etwa auf dem Markusplatz, Turniere stattfanden, und diesen sahen – wir müssen fast sagen: selbstverständlich – die Damen von eigens dafür errichteten Tribünen von oben aus zu, soweit sie nicht oben aus den Fenstern der Häuser herausblickten.[13]

Wirkten in karolingischen und ottonischen Bildern göttliche Gestalten und Menschen aufeinander, so daß die Mauern der Städte fast unbeachtet bleiben konnten, so wirkten nun höher und tiefer gestellte Personen jeweils anders. Wir müssen somit damit rechnen, daß alles, was weiter von der Erde entfernt war, sich im »Bereich der Luft« befand, ein besonderes Ansehen genoß. Dies wird uns durch Texte ausdrücklich bezeugt. Die Bauten sollten in den Bereich der Luft hineinführen.[14]

Luft und Wärme waren nach den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen der damaligen Zeit eng miteinander verbunden. Die Wärme näherte sich ja aus dem

[13] *Martino da Canale,* La Cronaca dei Veneziani, Archivio stor. ital. 8, Florenz 1845, S. 420; vgl. *A. Nitschke,* Der ritterliche Kampf – den Traurigen zur Freude, ein Schauspiel für die Damen? Festschrift für Walter Falk, Frankfurt 1989.
[14] *Lambert von Ardres* c. 83, S. 600.

Bereich des Feuers, dem die Sonne zugeordnet wurde, durch die Luft der Erde, und im warmen Bereich wurden alle Lebewesen beweglicher. So konnten nach damaliger Überzeugung die Vögel ihre gesteigerte Beweglichkeit dadurch gewinnen, daß sie über einen Körper verfügten, der Teile des luftigen Elementes enthielt, die so der Sphäre der Luft zugeordnet werden konnten.[15]

Selbstverständlich wünschten die Menschen, vor allem die Fürsten und Adligen, zu den Wesen zu gehören, die in diesen Sphären auch beheimatet waren. Friedrich II. schildert es uns in seinem Buch über die Kunst, mit Vögeln zu jagen.[16] So gewann die Architektur für die Menschen eine wichtige Funktion. Die Baumeister mußten ihre Werke so hoch hinaufziehen, daß die Menschen sich in dieser gehobenen Sphäre aufhalten konnten und somit an dem »Adel«, wie Friedrich II. es formulierte, und an der »Beweglichkeit« dieser höheren Welt teil hatten. Auch die Bürger benötigten daher Mauern und Türme, doch nicht als Korporation, sondern als Angehöriger einzelner Familien aus höheren Ständen.

Am Ende der dreißiger Jahre des 14. Jahrhunderts malte Ambrogio Lorenzetti im Palazzo Publico in Siena einen Freskenzyklus. Auf diesem stellte er auch das gute Regiment auf dem Lande dar und dabei den Übergang von Stadt zu Land. Durch das von der Seite gesehene Tor ziehen Reiter und Tiere zu den Feldern hinab, auf denen die Bauern mit Arbeit



Abb. 12 Ambrogio Lorenzetti
(*D. Waley,* Die italienischen Stadtstaaten. München 1969, S. 88)

beschäftigt sind (Abb. 12). Auf diesem Bild befindet sich der Betrachter auf der Höhe der Stadtmauer. Die näher auf ihn zukommenden Teile der Mauer sieht er bereits unter sich liegen. Den Turm, der um das Stadttor errichtet ist, betrachtet er allerdings von unten.

Dies ist eine sehr neuartige Darstellungsweise. Eines der frühesten Zeugnisse dafür findet sich in der San Francesco Kirche in Assisi. Giotto hat dort die Bilder aus der Franziskuslegende gemalt, so auch die Szene, in der dem träumenden Franziskus ein Palast gezeigt wird (Abb. 13). Dieser Palast wird von Giotto so dargestellt, als ob der Betrachter sich

[15] *A. Nitschke,* Naturerkenntnis und politisches Handeln, Stuttgart 1967, S. 94 ff.
[16] *A. Nitschke,* Friedrich II., Ein Ritter des hohen Mittelalters, in: *G. Wolf* (Hrsg.), Stupor Mundi, Darmstadt 1966, S. 665 ff.



Abb. 13 Giotto: Der Traum des Franziskus
(*M. Gosebruch,* Giotto und die Entwicklung des neuzeitlichen Kunstbewußtseins, Köln 1962, Abb. 12c)

etwas oberhalb der Menschen befände, die auf dem Bild erscheinen, eine Darstellungsweise, die Cimabue liebte und die Giotto beibehielt. Doch ungewöhnlich ist die Art, wie er die Architektur von dieser Blickebene zeigt. Was oberhalb der Betrachter-Ebene liegt – dieser ist nicht auf einen Punkt fixiert –, wird von unten gesehen. Was sich unterhalb befindet, kann er von oben anschauen. So zerfällt das Kastell, das Franziskus im Traum sieht, in zwei Bereiche, einen höheren und einen tieferen. Doch in diesen Bildern bei Giotto und Lorenzetti werden nicht mehr nur Höhe und Tiefe dargestellt, sondern auch die Blickrichtungen der Person, die vor dem Bilde steht, beachtet.

Diese neue Darstellungsweise erlaubt es nun, eine Stadt insgesamt abzubilden. Lorenzetti und viele andere Maler des 14., 15. und frühen 16. Jahrhunderts zeigen uns solche Städte (Abb. 14). Die Stadt wird abgegrenzt gegen die Landschaft, die auch insgesamt zu sehen ist (Abb. 15). Die Stadt selber zerfällt außerdem in zwei Teile: einige Gebäude werden von unten betrachtet, andere von oben gesehen.

In diesen Bildern erwartet die Stadt von dem Betrachter, daß er sich bewegt. Er wird nicht nur mit Höhe und Tiefe konfrontiert, die unabhängig von ihm bestehen, sondern er muß durch Veränderung seiner Haltung einmal nach oben und einmal nach unten schauen. Dann erkennt er, daß die Stadt zwei verschiedene Bereiche hat und daß sie sich von der umgebenden Landschaft, dem Bezirk bäuerlicher Tätigkeit, unterscheiden läßt.

Für diesen Betrachter war die Welt der Bürger von der Welt der Bauern getrennt. Die Stadt stellte nun einen eigenen Bezirk dar. Innerhalb der Stadt lagen einzelne Gebäude über ihm, während er auf an-



Abb. 14 Frankenberg/Hessen, Stadtbild 1506
(*C. Meckseper,* Kleine Kunstgeschichte der deutschen Stadt im Mittelalter, Darmstadt 1982, Tafel 154)



Abb. 15 Stundenbuch des Herzogs von Berry. Monat Oktober
(*F. Hattinger,* Das Stundenbuch des Herzogs von Berry. Stuttgart, o.J.)

dere herabzusehen vermochte. Es hing von seiner Aktivität ab, wohin er den Blick richtete und wie er handelte.

Jetzt wird erst voll bewußt, wie eigentümlich fremdartig die hochmittelalterliche Stadtdarstellung des 12. und 13. Jahrhunderts ist. Damals erkannte der Betrachter nur, daß es höhere und tiefere Bereiche gab und daß die Menschen der verschiedenen Stände diesen zugeordnet wurden. An seine eigene Aktivität, sich dem einen oder anderen zuzuwenden, wurde nicht appelliert. Dies ist nun in den neuen Stadtansichten des 14. Jahrhunderts möglich, die freilich nicht über ganz Europa verbreitet waren. In Italien treten sie zuerst auf. In Deutschland sehen die Bilder noch lange viel altertümlicher aus. Interessant ist zu beobachten, wie einzelne Mittel- und Nordeuropäer auf diese neue Sichtweise reagierten. Von einem Engländer haben wir ein Bild Venedigs, in dem dieser die ganze Stadt von oben betrachtet und nur – gegen alle Regeln der neuen Betrachtungsweise – San Marco mit dem goldenen Löwen von unten ansieht (Abb. 16). Ihm war bewußt, was dieser Blick von oben und unten für eine Bedeutung besaß, und er billigte eine höhere Position nur der Kirche dieses Heiligen und den in Byzanz geraubten Kostbarkeiten zu, die dort aufgestellt waren.

Diese Darstellungsweise darf nun auf keinen Fall zu modern interpretiert werden. Die Stadt ist dem Betrachter nicht so zugänglich, wie später in der Perspektive der Renaissance, daß er dank seiner Aktivität verschiedene Orte in ihr erreichen kann. Er wird ja in eine fast schwebende Höhe versetzt, da er sich immer etwas oberhalb der dargestellten Menschen befindet, – in eine Höhe, von der aus er nicht in die Stadt hineinzugehen vermag. Das einzige, was ihm bedeutet wird, ist: Es gibt von seiner Position aus gesehen eine Möglichkeit, sich nach oben oder nach unten zu orientieren.

Auf diese Weise wird er dazu ermuntert, die Unterscheidung zwischen Höhergestellten und Tiefergestellten hinzunehmen. Er kann durch seine Art des Handelns allerdings entscheiden, ob er zu der einen oder anderen Gruppe gehören möchte. Das bedeutete konkret einen Aufstieg oder ein Herabsinken im ständischen Bereich. Es bedeutete nicht, sich in einem Wettkampf mit anderen Personen

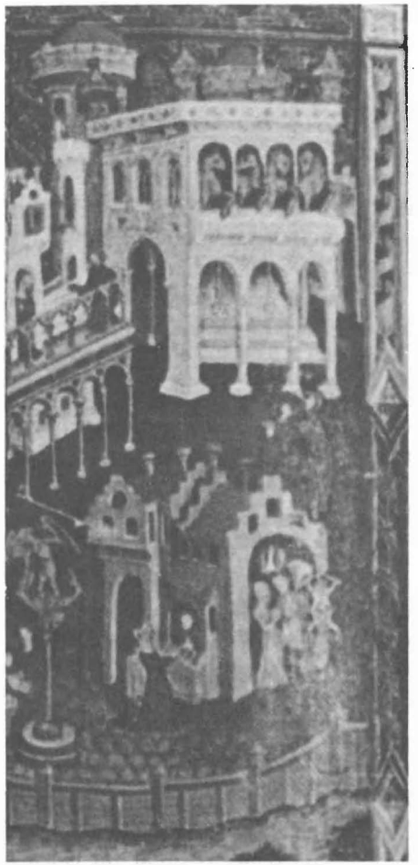


Abb. 16 Venedig, von einem englischen Künstler um 1400
(*D. Waley* [s. Abb. 12], S. 136)

zu befinden, von denen jede darauf bedacht sein könnte, den nächsten abzudrängen, auf einen anderen Platz zu verweisen und sich selbst mehr Einfluß zu verschaffen. Die Grundordnung des Mittelalters, eine hierarchische Ordnung, wurde somit noch respektiert.

Wer so auf die Wirkungen achtet, kann mancherlei Entdeckungen machen. Die Bilder zeigen, wie unterschiedlich die Wirkungen zwischen den dargestellten Mauern und Menschen sind, und erlauben so, die Einstellung der Menschen zur Stadt in der karolingischen Zeit und im hohen Mittelalter genauer zu beschreiben. Die Bilder wirken auch durch die Anordnung der Mauern und Personen auf den Betrachter. So wird es möglich, die Sicht der hochmittelalterlichen von der Sicht der spätmittelalterlichen Stadt abzusetzen.

Insgesamt erhalten wir einen Eindruck von den Wandlungen des bürgerlichen Selbstverständnisses. So stadtbezogen, wie wir uns das aufgrund der Rechtsquellen vorstellen, war dieses Bürgertum offensichtlich nicht. Es sah seine Stadt vielmehr während des frühen Mittelalters in personale Zusammenhänge eingeordnet. Es beachtete hingegen im hohen und späten Mittelalter vor allem die Eigenart der »höher« und der »tiefer« gestellten Stadtbewohner. Dabei akzeptierte es im hohen Mittelalter diese Trennung, die gewissermaßen »elementar« bedingt war. Im Spätmittelalter hingegen traute er sich zu – trotz der immer noch respektierten Unterschiede –, durch eigene Aktivität aufzusteigen und fürchtete, durch falsches Handeln abzusinken.

»Die alte Stadt« war in diesem Sinne während des Mittelalters kein eigener Bezirk. Doch es lohnt durchaus, danach zu fragen, welchen Wirkungen diese Stadt ausgesetzt war und wie sie allmählich akzeptierte, daß der Mensch seinerseits innerhalb von ihr auf eigene Wirkungen bedacht war.

Franz Quarthal

Leseverhalten und Lesefähigkeit in Schwaben vom 16. bis zum 19. Jahrhundert

Zur Auswertungsmöglichkeit von Inventuren und Teilungen

Daß Städte, namentlich die oberdeutschen Reichsstädte, auch nach dem Verlust ihrer politischen Macht zu Ende des Spätmittelalters im Gegensatz zur Einschätzung im 19. Jahrhundert eine wichtige Funktion behielten, daß ihre Kulturbedeutung ein nicht zu unterschätzender Faktor in der Geschichte des alten deutschen Reiches war, ist ein wesentlicher und mehrfach herausgearbeiteter Aspekt in den Forschungen Otto Borsts.[1] In seiner Untersuchung über »Buch und Presse in Esslingen« führte er aus, daß dem Buch – dem Bücherschreiben, dem Buchdruck und Buchbinden, dem Büchersammeln in öffentlichen und privaten Bibliotheken, dem Lesekonsum und den schichtenspezifischen Lesegewohnheiten – eine hervorragende Rolle als Indikator des kulturellen Lebens eines städtischen Gemeinwesens zukommt.[2] Paul Rabe bezeichnete die Büchergeschichte als einen »wichtigen Beitrag zur Kultur- und Wissenschaftsgeschichte der abendländischen Welt«.[3]

Die Reichsstadt Esslingen besaß eine weit überdurchschnittlich ausgestattete, hervorragende Stadtbibliothek, mit der sie noch im 18. Jahrhundert manche Residenzstadt, andere Reichsstädte oder die vielen landsässigen Territorialstädte bei weitem übertraf.[4] Ulm, Augsburg und Überlingen sind andere Beispiele mit Bibliotheken von Rang im südwestdeutschen Raum, wobei an der letzteren Stadt deutlich wird, daß Bibliotheksgründungen nicht auf die protestantischen Reichsstädte beschränkt waren. Diese Bibliotheken waren zunächst Amtsbüchereien, Amtsbehelfe in den juristischen Auseinandersetzungen der Kommunen. Durch einen breiten Horizont bei der Sammeltätigkeit, durch Dedikationen neuerscheinender Werke und durch die Aufnahme älterer kirchlicher Büchersammlungen wuchsen Stadtbibliotheken wie die Esslinger über das zweckorientierte Maß hinaus und wurden zum Mittler von literari-

[1] *O. Borst,* Die Kulturbedeutung der oberdeutschen Reichsstadt am Ende des alten Reiches, in: Bll. f. dt. LG 100 (1964), S. 159–246.
[2] *Ders.,* Buch und Presse in Esslingen am Neckar. Studien zur städtischen Geistes- und Sozialgeschichte von der Frührenaissance bis zur Gegenwart, Esslingen 1975, S. 7–9.
[3] *P. Rabe,* Die Geschichte des Buchwesens. Probleme einer Forschungsaufgabe, in: *ders.,* Bücherlust und Lesefreuden. Beiträge zur Geschichte des Buchwesens im 18. und frühen 19. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 1; vgl. auch *K. Schreiner,* Bücher, Bibliotheken und »Gemeiner Nutzen« im Spätmittelalter und in der Frühneuzeit. Geistes- und Sozialgeschichtliche Beiträge zur Frage nach der »Utilitas librorum«, in: Bibliothek und Wissenschaft 9 (1975), S. 202–249.
[4] *O. Borst* (s. A 1), Die Kulturbedeutung, S. 183–187.

schen und theologischen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen und Ideen außerhalb der Stadt.[5]

In den kleinen Städten und auf dem Land, kurz im größten Teil Südwestdeutschlands, war dies anders. Wo nicht ein wohlmeinender Landesfürst seine Privatbibliothek öffentlich zugänglich machte, wie in Württemberg Herzog Karl Eugen im Jahre 1775 oder in der Kurpfalz Karl Theodor, wo nicht aufgeklärte Prälaten ihre reichen Klosterbibliotheken dem durchreisenden Wissenschaftler öffneten,[6] dort war man auf den eigenen Bücherbesitz oder auf die bei anderen Bürgern vorhandenen Bücher angewiesen. Auf ein Buch kamen, so schätzt man, 20 Leser; es wird mit den meisten so gegangen sein wie mit dem wohl verbreitetsten weltlichen Buch des 18. Jahrhunderts, dem »Noth- und Hülfbüchlein für Bauersleute« von Rudolf Zacharias Becker (Gotha und Leipzig 1788), in dem es hieß, »Das Noth- und Hülfsbüchlein kam nun von Haus zu Haus im Dorf herum, und wer lesen konnte, las mit Vergnügen darinne«. Kinder lernten Teile auswendig, und wer nicht lesen konnte, erfuhr den Inhalt im Wirtshaus.[7] Ebenso wie in den Städten übte man sich in den Dörfern in den Formen des kollektiven Lesens, wie etwa in Laichingen auf der Schwäbischen Alb, wo sich die Hausbewohner um 1800 nach den Morgenpredigten trafen, um dem Hausvater beim Vorlesen einer weiteren Predigt aus dem reichen Bestand geistlicher Literatur zuzuhören.[8]

Dem Rezipienten der Literatur, dem Leser, hat sich in den letzten Jahren die Forschung mit besonderem Interesse zugewandt und in seinen Bibliotheken und seinem

[5] *O. Borst* (s. A 2), Buch, S. 187–212.

[6] Zu den südwestdeutschen Klosterbibliotheken vgl. die Literatur in dem Band: »... und muß nun rauben lassen...« Zur Auflösung schwäbischer Klosterbibliotheken, hrsg. v. *A. Henser*, Stuttgart 1988, S. 38–42; 54f.; *F. Quarthal*, Die Reformation im Spiegel südwestdeutscher benediktinischer Geschichtsschreibung des 17. und 18. Jahrhunderts. Zum klösterlichen Wissenschaftsbetrieb im Jahrhundert vor der Säkularisation, in: Bll. f. württ. KG 86 (1986), S. 322–330.

[7] *R. Z. Becker*, Noth- und Hülfsbüchlein, S. 412.

[8] »Beinahe alle Haushaltungen sind mit einem guten Vorrat von geistlichen Büchern versehen, dergleichen man selten in anderen Gegenden finden wird. In der Kaufung derselben lassen sie sich nicht dauern, wie dann an den drei hiesigen Jahrmärkten allemal ein Bücherantiquar von Augsburg feil hat und guten Verschleiß findet.« Notizen des Pfarrers Georg Christian Sigel. Zitiert nach *H. Medick*, Buchkultur auf dem Lande, Laichingen 1748–1820. Ein Beitrag zur Geschichte der protestantischen Volksfrömmigkeit in Altwürttemberg, in: 450 Jahre Evangelische Landeskirche in Württemberg. Kataloge der Ausstellungen, hrsg. v. Landeskirchl. Archiv Stuttgart, Tl. 2: Glaube, Welt und Kirche im evangelischen Württemberg, Stuttgart 1984, S. 46–68; hier S. 46; vgl. allgemein: *R. Engelsing*, Perioden der Lesergeschichte in der Neuzeit, in: *ders.*, Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Oberschichten, Göttingen 1977, S. 112–154; *ders.*, Analphabetentum und Lektüre. Zur Sozialgeschichte des Lesens in Deutschland zwischen feudaler und industrieller Gesellschaft, Stuttgart 1974, S. 53–68; *H. Kiesel/P. Münch*, Gesellschaft und Literatur im 18. Jahrhundert. Voraussetzungen und Entstehung des literarischen Marktes in Deutschland, München 1977, S. 159f., 164.

Leseverhalten ein eigenes Untersuchungsfeld entdeckt.[9] Auch an »die Untersuchung der Privatbibliotheken, die vielfach Sache von Sammlern selbst ist, stellt die historische Leseforschung neue Anforderungen. Gerade um Lesegewohnheiten kennenzulernen, um Fragen nach dem Lektürekanon und dem Buch als Bildungsgut beantworten zu können, ist die Untersuchung von Privatbibliotheken nach ihrem Inhalt und ihren Beständen lohnend, und als Quelle dafür gewinnen die Kataloge von Privatbibliotheken – oft sind es Auktions- oder Verkaufskataloge von Antiquariaten – immer größere Bedeutung«.[10]

Man kann die methodischen Probleme nicht verkennen, die sich stellen, wenn man vom Bibliotheksbestand auf das Leseverhalten schließen will. Zwischen dem Buch, das man besitzt, und dem, das man liest, wird immer ein Unterschied bestehen. Ererbte und geschenkte Teile müssen nicht zum gelesenen Bestand gehören; ausgeliehene Bücher, um die sich ein Leser aus Interesse bemüht, werden nur selten Bestandteil der eigenen Bibliothek. Zeitungen und Zeitschriften, in denen gerade im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts aufgeklärtes Gedankengut ein öffentliches Forum fand und durch die der Wandel vom intensiven Lesen immer gleicher Texte zum extensiven Lesen, dem häufigen Wechsel der Lesestoffe, gefördert und intensiviert wurde, wurden nur selten auf Dauer in den Bibliotheken aufbewahrt.[11] Handschriftliche Zeitungen, die man bei den Agenten des Wiener Kaiserhofes abonnieren konnte, die in deren Kanzleien durch Kopisten vervielfältigt wurden und die wesentlich inhaltsreichere Nachrichten enthielten als die gedruckten Journale, gelangten – wo sie erhalten sind – in die Archive und nicht in die Bibliotheken.[12] Sicher werden Erben bei der offiziellen Inventarisierung der Bibliothek eines verstorbenen Erblassers auch »galante« Literatur, die sich nicht mit einem christlich geprägten Weltbild vereinbaren ließ, unterdrückt haben, ebensowenig wie sie in den Versteigerungskatalogen von Professorenbibliotheken auftauchte.[13] Durch die im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts aufkommenden Lesegesellschaften, innerhalb derer zumeist gerade die neuere schöngeistige Literatur, aufgeklärte Bücher und Zeitschriften abonniert und gelesen wurden,[14] relativiert sich der Stellenwert der eigenen Bibliothek als Quelle für das individuelle Leseverhalten weiter. Hinzu kommt, daß Lesen nicht nur in der adlig-bürgerlichen

[9] Vgl. die in Anm. 8 genannte Literatur und *R. Schenda*, Volk ohne Buch, München 1977; *H. Bausinger*, Aufklärung und Lesewut, in: Württembergisch Franken 64 (1968), S. 179–195; zusammenfassend: *H.-U. Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1, München 1987, S. 303–316.

[10] *P. Rabe* (s. A 3), Die Geschichte des Buchwesens, S. 1–20; hier S. 13.

[11] *R. Engelsing* (s. A 8), Perioden, S. 141–151; *H. Kiesel/P. Münch* (s. A 8), Gesellschaft, S. 170f.

[12] Archiv Ulm-Erbach, Familienarchiv.

[13] Beispiele von Tübinger Professorenbibliotheken des 18. Jahrhunderts: Catalogus bibliothecae Harpprechtianae quae venalis prostat Tubingae, Tubingae 1759, 84 S.; Bibliotheca Lohenschioldiana, Tubingae 1761, 64 S. (Beide UB Tübingen).

[14] *M. Prüssner*, Lesegesellschaften im 18. Jahrhundert, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens 13 (1972), S. 370–594; *O. Dann*, Lesegesellschaften und bürgerliche Emanzipation. Ein europäischer Vergleich, München 1981.

Oberschicht, sondern auch – und dies wohl noch in viel stärkerem Maße – in Kreisen der Handwerkerschaft und des Bauerntums ein kollektives Lesen war. Gerade in pietistischen Kreisen Württembergs war es üblich, daß die Arbeit durch die Rezitation eines Vorlesers begleitet wurde. Diese Leseform führte zu einer semiliterarischen Bildung, durch welche die Teilhabe an Literatur auch den nichtalphabetisierten Schichten der Gesellschaft möglich war, die durch die Intensität der Aufnahme bis zur wörtlichen Wiedergabefähigkeit führen konnte.

Auch muß eine private Bibliothek, wie sie in einem Verlassenschaftsinventar erscheint, nicht mehr die gesamte Breite der Interessen des Erblassers widerspiegeln. Abtretungen zu Lebzeiten waren möglich – besonders bei Frauen bzw. Witwen. Zum anderen blieb ein Buch oft nicht lebenslanger Besitz; den Antiquariatsmarkt muß man sich verbreiteter vorstellen, als dies in bisherigen Untersuchungen der Fall ist. Durch Tausch oder verbilligten Altpreis konnten auch Minderbemittelte in den Besitz eines Buches gelangen, das neuwertig für sie unerschwinglich gewesen wäre. In einem Laichinger Testament von 1786 hieß es: »In Ulm ist der Platz, man kann im Fürkauf Bücher haben wie mann will: wenn einer eines gelesen hat, so kann ers hintragen und ein anders dargegen nehmen«.[15]

Es bietet also gewisse methodische Probleme, den Buchbesitz allein als zuverlässigen Indikator kultureller und literarischer Interessen zu interpretieren. Die Schwächen im Einzelfall können aber durch eine Breite der Untersuchungen ausgeglichen werden. Zudem, bei einem bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts normalen Buchbesitz von drei, dann zehn und selten 20 Büchern sagen Bibliotheken mit 100 und mehr Bänden doch einiges über ihren Besitzer aus. Ausnahmen wird es immer geben. So läßt die Tatsache, daß relativ arme Tübinger Weingärtner oft ein griechisches Neues Testament besaßen, eher auf studentische Trinkschulden denn auf das Bedürfnis des Eigentümers, das Evangelium im Urtext zu lesen, schließen.[16] Ebenso ist die Besitzerin der umfangreichsten theologischen und antiken Privatbibliothek in Reutlingen 1780 durch Erbschaft und wohl nicht durch eigenes Interesse zu ihrem Bücherschatz gekommen.[17]

Buchbesitz und Kenntnisnahme der neuen literarischen Produktion wurden seit dem 18. Jahrhundert immer stärker zum Indikator der Partizipation am geistigen Leben der Zeit. Durch die Anerkennung und Ausbreitung des Deutschen als Medium philosophischer, theologischer und technischer schriftlicher Kommunikation neben dem Lateinischen und dem Anwachsen schöngeistiger deutscher Literatur wurde seit dem späten 17. Jahrhundert auch der »Illiteratus« zum Buchkonsumenten und der Kreis des Leserpublikums damit beträchtlich erweitert. Neben dem Gelehrten fand

[15] Zitiert nach *H. Medick* (s. A 8), S. 56.
[16] *G. Faix*, Bücherbesitz in Herrenberg (1780–1786), (masch.) Tübingen 1989, S. 8.
[17] *J. Kleinschmidt*, Bücherbesitz Reutlinger Bürger 1780, (masch.) Tübingen 1980.

nunmehr auch der Gebildete einen Platz innerhalb der Leserschaft.[18] Die Verfeinerung des Deutschen zur Literatursprache ist eng mit der Herausbildung des Bürgertums als der neuen sozialen Führungsschicht verknüpft, das mit seiner Werteordnung die Gesellschaft zu Ende des Ancien Régime zunehmend prägte. Damit entstand ein Lesemarkt, dessen Strukturen und Bedingtheiten Aufschluß über soziale Entwicklungen überhaupt geben.

Trotz der kulturhistorischen Bedeutung und einer relativ guten Quellenlage ist der private Buchbesitz des 18. und 19. Jahrhunderts nur wenig erforscht. Auf die Quelle, die Inventuren und Teilungen, die in der Regel den Buchbesitz aufführen, machte schon 1909 der Bönnigheimer Pfarrer Breining aufmerksam: »Den Bücherbestand unserer Großväter und Urgroßväter und noch weiter zurück festzustellen, ist ein Geschäft, das sich wesentlich bequemer, exakter und diskreter erledigen läßt, als die Feststellung dessen, was unser nächster Nachbar, ja unser Hausgenosse, auf seinem Wandbrett stehen hat. Es gibt dafür eine Quelle, die reichlich fließt, die so gut wie überall fließt und jedem leicht erreichbar ist: ›Die Protokolle der Inventuren und Teilungen.‹«[19]

Nachlaßakten gehören zu einer über ganz Europa und den Vereinigten Staaten verbreiteten Quellengruppe, die zunächst von der Volkskunde und der Genealogie, in den letzten Jahren in zunehmendem Maß auch von den historischen Sozialwissenschaften und der historischen Buchforschung ausgewertet wurden. Obwohl diese Inventarakten ein weitverbreitetes Archivgut sind, werden sie in den einschlägigen Handbüchern nicht eigens behandelt. Der Rechtsgrund für ihre Entstehung ist unterschiedlich. Sie können als freiwillig veranlaßte Notariatsakten erwachsen, auf der Basis grundherrlicher Rechte zur Absicherung von Abgaben entstehen, zum Teil nur auf Verlangen oder zum Schutz der Interessen minderjähriger Kinder angelegt werden, oder sie können von Staats wegen verbindlich bei jedem Erbfall vorgeschrieben werden wie in Württemberg, einigen südwestdeutschen Reichsstädten oder in den habsburgischen Erblanden. Auf zwei Tagungen hat man sich ausführlicher mit den Inventuren beschäftigt.[20] Eine genauere Herausarbeitung der Rechtsnormen für die Anlage der Inventare, insbesondere der Territorien, in denen ihre Anlage verbindlich war, ist ein Desiderat vor einer weiteren inhaltlichen Interpretation dieser Quellengruppe.[21]

[18] *E. Weyrauch*, Die Illiteraten und ihre Literatur, in: Literatur und Volk im 17. Jahrhundert. Probleme populärer Kultur in Deutschland, hrsg. v. *W. Brückner* u. a., Wiesbaden 1985, S. 465–474.
[19] *F. Breining*, Die Hausbibliothek des gemeinen Mannes vor 100 und mehr Jahren, in: Bll. f. württ. KG 13 (1909), S. 48–63, hier S. 49.
[20] Les actes notariés. Source de l'histoire sociale (XVI–XIX^{e} siècle). Actes du colloque de Strasbourg (mars 1978) réunis par Bernard Vogler. Strasbourg 1979; *Probate inventories.* A new source for the historical study of wealth, material culture and agricultural developement, ed. by *A. van de Woude* and *S. A. Schnurman*, Utrecht 1980.
[21] Vgl. *M. Baulant*, Typologie des inventaires après décès, in: *Probate inventories* (s. A 20), S. 33–42, die hier einen ersten Überblick gibt. Westfälische Verhältnisse werden beschrieben von *P. Löffler*,

Am nachdrücklichsten scheint die Inventarisierung des Vermögens von Staats wegen in Württemberg gefordert gewesen zu sein. Hier wurde bereits bei der Hochzeit das beigebrachte Vermögen beider Eheleute in einer Beibringungsinventur aufgezeichnet. Von 1555, dem Jahr der Einführung des ersten württembergischen Landrechts bis zur Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches bestand in Württemberg die Verpflichtung, das Vermögen eines Bürgers binnen dreier Monate in einem Erbschafts- oder Verlassenschaftsinventar aufzuzeichnen. Überlebte ein Ehegatte, so war dies nur eine »Eventualabteilung« zur Absicherung aller Erbberechtigten; erst nach dem Tode des zweiten Ehegatten kam es zu einer Realteilung.[22]

Da das Notariat in Württemberg eine staatliche Einrichtung war, haben sich hier die Verlassenschaftsinventare in seltener Breite vom 16. bis zum 19. Jahrhundert in den einzelnen Stadt- und Gemeindearchiven erhalten. Dabei gibt es eine Konzept- und eine Reinschriftserie, wozu noch die Beilagen kommen. In vielen Archiven haben sich alle drei Gruppen über längere Zeiträume hinweg erhalten. In Tübingen und Herrenberg sind die Inventuren bis 1899 – für das 19. Jahrhundert geschlossen – erhalten.[23] Der württembergische Brauch der Nachlaßinventarisierung wurde auch von anderen südwestdeutschen Reichsständen, etwa von Reutlingen oder von Rottweil, übernommen.[24] Wie weit sich der württembergische Einfluß auf die kommunale Übernahme der Nachlaßakten erstreckte, bleibt noch zu untersuchen.

Inventare. Historische Entwicklung und rechtliche Grundlagen, in: Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde 23 (1977), S. 120–131. Eine zeitgenössische Darstellung gibt *J. G. Krünitz,* Oekonomische Enzyklopädie, Bd. 30, Berlin 1784, S. 505 ff. (Stichwort: »Inventar«); vgl. auch *M. U. Kasparek* und *T. Gebhard,* Niederbayerische Verlassenschaftsinventare des 17. Jahrhunderts, in: Bayerisches Jahrbuch f. Volkskunde 1962, S. 201–216, hier 201; *O. von Zaborsky,* Hinterlassenschaftsinventare aus dem Bayerischen Wald, in: ebda., 1956, S. 10–14. Einen Überblick im wesentlichen über einschlägige französische Forschungen gibt *G. Berger,* Inventare als Quelle der Sozialgeschichte des Lesens, in: Romanistische Zeitschrift für Literaturgeschichte 5 (1981), S. 368–377.

[22] *P. Borscheid,* Les inventaires Wurtembergeois: une chance pour l'histoire sociale, in: Les actes notariés, S. 205 ff.; *ders.,* Familie-Wirtschaft-Gesellschaft. Materialien zu einer Sozialgeschichte der Familie in Deutschland, in: *Probate Inventories* (s. A 20), S. 83–97, hier 89–93. Zeitgenössisch sind die Abhandlungen von *Adam Israel Röslin,* Abhandlung von Inventuren und Abtheilungen, Stuttgart 1760, [2]1780 und von *Friedrich Ludwig Hochstetter,* Anleitung zu Inventur-, Theilungs- und Steuergeschäften für wirtembergische Schreiberei – Verwandte, Stuttgart 1780, [2]1782, [3]1805. Eine neuere Abhandlung verfaßte *G. Faix,* Inventuren und Teilungen im Stadtarchiv Tübingen, (masch.) Tübingen 1986 (MS im Institut für geschichtliche Landeskunde und historische Hilfswissenschaften Tübingen); Herrn Faix danke ich für zahlreiche Gespräche zu dem hier abgehandelten Thema.

[23] *G. Faix* (s. A 22), S. 6, 9. Die Angabe, die Bestände seien ab 1861 verloren, ist falsch. So nach *H. Neumann,* Der Bücherbesitz der Tübinger Bürger von 1750–1850. Ein Beitrag zur Bildungsgeschichte des Kleinbürgertums, München (Selbstverlag) 1978, zuvor Phil. Diss. Tübingen 1955, S. 1.

[24] *G. Keppler,* Die Bildungswelt des Reutlinger Bürgertums im 18. Jahrhundert, Wiss. Arb. (masch.) Tübingen o. J. (1955); *Th. Knubben,* Untersuchungen zu den Lebensverhältnissen in der Reichsstadt Rottweil im 17. Jahrhundert aufgrund von Nachlaßverzeichnissen, Mag. Arb. (masch.) Tübingen 1983. (Beide im Institut für geschichtliche Landeskunde und historische Hilfswissenschaften, Tübingen.)

Während sich der württembergische Publizist Wilhelm Ludwig Wekherlin (1739–1792) ironisch über die württembergische Schreiberzunft äußerte, deren einzige Aufgabe es sei, allen Hausrat zu inventarisieren und die dabei soviel Tinte und Papier verbrauche, »wie nötig wäre, alle menschlichen Wissenschaften von Anfang der Welt wiederherzustellen«,[25] ist der Wert der Inventare als historische Quelle, seit sie Gottlieb Schnapper-Arndt in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts erstmals historisch ausgewertet hat, heute unbestritten.[26] Sie sind eine der wichtigsten Grundlagen zur Erforschung der Geschichte der materiellen Lebensverhältnisse,[27] so sehr, daß sie Fernand Braudel gar als »documents de vérité« bezeichnete.[28]

Die Inventuren sind also eine der zentralen Quellengruppen der Alltagsgeschichtsforschung, der historischen Demographie, aber auch der historischen Leserforschung.[29] Für die Lesergeschichtsforschung bieten sie die vorzügliche Möglichkeit, den quantitativen und wertmäßigen Buchbesitz und die inhaltliche Zusammensetzung der Bibliothek in Beziehung zu setzen zur Ausbildung, zum Beruf, zum Vermögen und zum Gesamtbesitz des jeweiligen Bibliotheksbesitzers. Bei entsprechender Quellenlage, wenn ein Hochzeitsinventar angefertigt wurde, läßt sich der Bucherwerb während des Bestehens eines selbständigen Haushaltes nachvollziehen. Da in vielen Fällen die Totenbücher der entsprechenden Städte erhalten sind, können die vorhandenen Inventuren in eine genaue Relation zu den tatsächlichen Todesfällen gebracht werden,

[25] *Ludwig Wilhelm Wekherlin,* Ueber das Reich der Magister und Schreiber, in: Das graue Ungeheuer 3 (1784), S. 294–309, hier 307; vgl. *Th. Knubben* (s. A 24), S. 5 f.

[26] *Schnapper-Arndt,* Studien zur Geschichte der Lebenshaltung in Frankfurt/Main während des 17. und 18. Jahrhunderts, Bd. 1–2. Auf Grund des Nachlasses, hrsg. v. *K. Bräuer,* Frankfurt 1915.

[27] Vgl. zu den bisher genannten Werken: *U. Meiners / R. Mohrmann / K. Roth,* Inventare als Quellen im Projekt »Diffusion städtisch-bürgerlicher Kultur von 17. bis zum 20. Jahrhundert«, in: *Probat inventories* (s. A 20), S. 97–114; *G. Wiegelmann,* Von der Querschnittanalyse zur seriellen Analyse. Arbeitsbericht des Projekts »Diffusion städtisch-bürgerlicher Kultur vom 17. bis zum 20. Jahrhundert« im SFB 164, in: Rheinisch-westfälische Zeitschrift f. Volkskunde 26/27 (1981/82), S. 235–248; *P. Ilisch,* Frühe münsterländische Inventare, in: ebda. 21 (1974), S. 98–106.

[28] *F. Braudel,* Civilisation matérielle et Capitalisme (XV[e]–XVIII[e] siècle), Bd. 1, Paris 1967, S. 212.

[29] *E. Weyrauch,* Nachlaßverzeichnisse als Quelle der Bibliotheksgeschichte, in: *B. Wittmann* (Hrsg.), Bücherkataloge als buchgeschichtliche Quellen in der frühen Neuzeit, Wiesbaden 1985, S. 299–312; vgl. neben den schon genannten Abhandlungen von G. Berger, F. Breining, G. Keppler, H. Medick und H. Neumann die Untersuchungen von *F. Breining,* Bücherei eines schwäbischen Präzeptors (Johann Wachsring in Besigheim) am Ende des 16. Jahrhunderts, in: Württ. Vjh. NF 21 (1912), S. 317–324; *A. Bischoff-Luithlen,* Andachtsliteratur im Bauernhaus. Ihre Deutung heute und einst am Beispiel des Dorfes Feldstetten, in: Württ. Jb. f. Volkskunde 1965/69, S. 99–106; *E. François,* Buch, Konfession und städtische Gesellschaft im 18. Jahrhundert. Das Beispiel Speyers, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag, Göttingen 1982, S. 34–35; *K. Kempf,* Nagolder Bücherwelt um 1765, in: 1200 Jahre Nagold, Konstanz 1985, S. 95–118; *W. Widmann,* Beruf und Buch im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Erfassung und Gliederung der Leserschaft im 18. Jahrhundert, insbesondere unter Berücksichtigung des Einflusses auf die Buchproduktion, unter Zugrundelegung der Nachlaßinventare des Frankfurter Stadtarchivs für die Jahre 1695–1705, 1746–1755 und 1795–1805, Diss. Frankfurt/Main 1934.

wodurch auch die Personen erfaßt werden können, für die wegen eines minimalen Besitzes kein Inventar angelegt wurde.

Angesichts der Gunst der Quellenlage ist es erstaunlich, wie selten bisher Inventuren und Teilungen für die Lesergeschichtsforschung benützt wurden. Von der Möglichkeit, die Entwicklung des Buchbesitzes vom letzten Drittel des 16. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zu verfolgen, wurde wohl angesichts der Probleme, die die Fülle des Materials stellt, noch nicht Gebrauch gemacht. Zusätzlich zu den erwähnten Untersuchungen wurden in den letzten Jahren einige Detailstudien angefertigt.[30] Sie bestätigen das Bild, daß Süddeutschland bis 1800 ein im wesentlichen vom Leipziger Büchermarkt abgekoppelter, eigenständiger literarischer Raum war, in dem in den Bibliotheken geistliche Autoren, einschließlich der Bibel und des Gesangbuches, einen Anteil von rund 85% in Tübingen (Stadtbürger ohne Universitätsverwandte), von 78% in Herrenberg und von 98,7% in dem Albdorf Laichingen ausmachten. Bezeichnend für die Sonderstellung dieses pietistisch geprägten Dorfes ist es, daß dort im untersuchten Zeitraum nur 5% aller Inventuren über weniger als drei Bücher verfügten, in Tübingen jedoch 15%. In Herrenberg hatten von 130 untersuchten Haushalten fünf kein Buch, rund die Hälfte besaßen zwischen 5–10 Bücher. Neben zahlreichen Predigt- und Andachtsbüchern, die sich über eine über Jahrzehnte währende Dauer großer Beliebtheit erfreuten, setzte sich in den protestantischen Städten verstärkt ein pietistisches Schrifttum durch. Diese religiöse Buchkultur Süddeutschlands stieß im aufgeklärten Norden auf Unverständnis. Der Süden galt als rückständig, als unaufgeklärt, als poetische Wüstenei.[31] Noch 1844 beklagte sich der Uracher Oberamtmann Rösch: »Woher kommt es, daß so viele wackere Landsleute und auch Stadtleute, brave und tüchtige Handwercker, nicht an das Lesen von Büchern denken? Wir glauben, es kommt daher, weil sie nicht wissen, was sie lesen sollen, weil sie keine Bücher kennen außer der Bibel, dem Gesangbuch und etwa einem oder einiger Predigt- und Gebethbüchern, wie [es] bisher fast nur Bücher für Gelehrte [gab], keine für Ungelehrte, [da sie] für diese zu theuer waren«.[32]

[30] Die im folgenden aufgeführten Arbeiten sind aus einem in Tübingen gehaltenen Seminar »Wissenschaft und Bildung im 18. Jahrhundert« hervorgegangen. Sie sind in der Bibliothek des Instituts für geschichtliche Landeskunde und historische Hilfswissenschaften in Tübingen aufbewahrt: *M. Brenner,* Bücherbesitz Tübinger Bürger im 18. Jahrhundert, Wiss. Arb. (masch.) Tübingen 1986; *P. Schad,* Beiträge zur wirtschaftlichen und sozialen Geschichte des Tübinger Handwerks in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Wiss. Arb. (masch.) Tübingen 1986; *M. Burkhardt,* Alltagskultur im späten achtzehnten Jahrhundert. Eine demographische und sozialökonomische Auswertung von Inventaren, Wiss. Arb. (masch.) Tübingen 1988; *G. Faix,* Der Bücherbesitz in Herrenberg (1780–1786), (masch.) Tübingen 1989; *J. Kleinschmidt,* Bücherbesitz Reutlinger Bürger 1780, (masch.) Tübingen 1986; *K. Krehl,* Bücherbesitz in Schömberg nach den Inventuren von 1729–1729, 1742–1757, (masch.) Tübingen 1986.

[31] *F. Volz,* Schwabens streitbare Musen. Schwäbische Literatur des 18. Jahrhunderts im Wettstreit deutscher Stämme, Stuttgart 1986, bes. S. 1–8, 48–58, 70, 74.

[32] *O. Borst,* Stadtkleinode in Württemberg. Geschichte im Gehäuse, Konstanz 1986, S. 234f.

Auffallend ist im allgemeinen der geringe Wert der Bibliotheken im Verhältnis zum Gesamtvermögen. Auch in den besten Fällen erreichten sie bei den Tübinger Stadtbürgern zwischen 1760 und 1770 nicht mehr als 3,6% oder absolut 625 fl. von 23 000 fl. beziehungsweise 182 fl. von 5050 fl. (Dabei handelte es sich um die Bibliothek des Oberamtmanns bzw. des Schulrektors). Daneben gab es jedoch mehrere Professorenbibliotheken, die einen Wert zwischen 1000 fl. und 5000 fl. erreichten. Ihre Zusammensetzung läßt sich jedoch nicht mehr bestimmen – mit Ausnahme derjenigen, von denen Versteigerungskataloge erhalten sind,[33] da die Titel vom Verleger Cotta aufgenommen wurden, der auch den Wert der Bibliothek bestimmte. Nur diese Summe wurde in das Inventurprotokoll eingetragen, die zu den Beilagen gehörigen Verzeichnisse sind verloren gegangen.[34] Berücksichtigt man, daß eine Tübinger Professorenbibliothek etwa den fünfzigfachen bis hundertfachen Wert einer Bürgerbibliothek hatte, daß 1821 mit der Museumsgesellschaft eine Lesegesellschaft entstand und daß seit dem 19. Jahrhundert die Universitätsbibliothek zumindest partiell auch Studenten offenstand, so wird offensichtlich, daß eine Untersuchung über Tübinger Bücherbesitz, die nur die Stadtbürger, nicht aber auch den Rechtskreis der Universitätsverwandten berücksichtigt, bei der Vielzahl von Lesern, die ein Buch damals noch hatte, ein falsches Bild der Tübinger Lesewirklichkeit gibt. Daraus erklärt sich auch, weshalb die Untersuchungen für Reutlingen und Herrenberg für den gleichen Zeitraum ein wesentlich variantenreicheres Bild bieten als die württembergische Universitätsstadt.

Der allgemeine Zuschnitt des privaten Bücherbesitzes mag das Urteil Christian Friedrich Daniel Schubarts 1774 rechtfertigen: »Eine Hauspostill, ein Gesangbuch und ein Calender, und alle drey offt erbarmlich eingerichtet, das ist die ganze Leserey unserer meisten Bürger«.[35]

Statistische Untersuchungen über Bücherbesitz zielen darauf ab, das Normale, Allgemeine sichtbar zu machen und Extremwerte auszuscheiden, um den Durchschnitt nicht zu verfälschen. Will man aber neue geistige Entwicklungen, bzw. deren Rezeption aufzeigen, wird man eher auf die herausragenden Bibliotheken abheben müssen, deren Besitzer sich als am geistigen Leben interessiert ausweisen. Eine solche Besonderheit ist das Inventar der Helena Wagner mit mehreren hundert Titeln aus Konstanz, das den gesamten Buchbestand der Buchhandlung und des Konstanzer Verlages Wagner aufführt.[36] In Herrenberg werden zwischen 1780 und 1786 in 130 Inventaren 2317 Büchertitel genannt, wobei die fünf größten Bibliotheken ein Viertel des gesamten Bestandes in sich vereinigten, die im Bereich der weltlichen Literatur ein

[33] (s. A 13).

[34] Nachforschungen im Stadtarchiv und Universitätsarchiv Tübingen, im Hauptstaatsarchiv Stuttgart sowie im Deutschen Literaturarchiv in Marbach blieben erfolglos.

[35] Zitiert nach *G. Volz* (s. A 31), S. 123.

[36] Stadtarchiv Konstanz, Sterbeprotokolle, Inventuren und Teilungen (J III).

beachtliches Spektrum und Interesse an Historiographie, aber auch an schöner Literatur, an agrartechnischem Schrifttum oder geographischen Fachbüchern und Reisebeschreibungen zeigen.[37] Angesichts der Tatsache, daß Bücher, die um 1780 in Inventuren erscheinen, rund zwei Jahrzehnte zuvor gekauft sein können, überrascht es nicht, daß die neuere deutsche Literatur noch fehlt. Es finden sich mehrfach Defoes Robinson Crusoe, Télémarque von Fénélon in sieben Exemplaren, Gellerts Werke mehrfach, die »Princesse de Cleve«, Frischlins »Comoediae« und der »Abenteuerliche Simplicissimus« von Grimmelshausen. Auch in Reutlingen ist der gleichzeitige Anteil weltlicher Literatur von nicht geringer Variationsbreite. Die deutsche Literatur endet jedoch auch dort 1780 mit Gellert und Klopstock.

Will man die Neuerung im Geistesleben Schwabens im Bücherbesitz fassen, wie jener sich um die Jahrhundertwende deutlich abzeichnet,[38] so muß man den Untersuchungsrahmen zeitlich weiter spannen und muß eine Stadt auswählen, wo die geistige Oberschicht von den Inventuren und Teilungen mit erfaßt wird und nicht als gesonderter Rechtskreis – wie in Tübingen – ausgeschieden bleibt. Was bisher fehlt, ist der Nachweis des geistigen und literarischen »take off« in privaten Büchersammlungen, wie er sich in Versteigerungskatalogen von Gelehrtenbibliotheken, in den Kaufbüchern der Lesegesellschaften oder in Reiseberichten literarisch interessierter Zeitgenossen – erinnert sei an Goethes beide Besuche Stuttgarts – nachvollziehen läßt. Bisher wurden die zeitlichen Schnitte zu kurz gelegt. Das Eindringen des berufsbezogenen Schrifttums, der juristischen, medizinischen, naturwissenschaftlichen und ökonomischen Werke und der neueren deutschen Literatur, die bis 1800 und 1810 gekauft wurde, wird sich erst um 1820 oder 1830 in den Quellen finden. Der Wandel vom gelehrten zum gebildeten Leser, die Prozeßhaftigkeit dieses Vorgangs und die konfessionelle Differenzierung der Leserschaft wird sich in einer Untersuchung für den Zeitraum zwischen 1800 und 1850 erschließen. Sie wird, wie Stichproben deutlich gemacht haben, ein wesentlich differenzierteres Bild von der Lesekultur Schwabens zeigen und den bisherigen Eindruck von einer völligen Präponderanz geistlichen Schrifttums in den privaten Bibliotheken modifizieren.

Auch für einen zweiten Aspekt der historischen Leserforschung können Inventuren und Teilungen als Quellen herangezogen werden. Eng mit den Forschungen über das Leseverhalten ist die Frage nach der Lesefähigkeit, dem Grad der Alphabetisierung der Bevölkerung, verbunden.[39] Der Erwerb einer aktiven Lese- und Schreibfähigkeit wird als ein charakteristischer Prozeß der »histoire de longue durée« angesehen, ein

[37] *G. Faix* (s. A 16). Er listet sämtliche Bücher nach Fachgebieten und Bibliotheksbesitz auf.
[38] *G. Volz* (s. A 31), S. 240f.; *B. Zeller*, Literarisches Leben in Stuttgarter Bürgerhäusern um 1800, in: Oh Fürstin der Heimath! Glükliches Stutgard«. Politik, Kultur und Gesellschaft im deutschen Südwesten um 1800, hrsg. v. *Chr. Jamme*, Stuttgart 1988, S. 77–100.
[39] *R. Engelsing* (s. A 8), Analphabetentum und Lektüre, S. 45–89.

Prozeß, der sich vom späten Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert hinzog, der in Europa in den einzelnen Regionen höchst differenziert verlief und der nicht ohne Rückschläge – in Deutschland etwa durch den Dreißigjährigen Krieg bedingt – verlief. »Lesen-Können war einer der Machtfaktoren in den Händen der Geistlichkeit, der Kaufleute, der Beamten, der Historiographen, und erst im 16. Jahrhundert, bewirkt durch die Erfindung der Massenproduktion von Texten und durch den Impetus des Humanismus und der Religionskonflikte, verteilte sich diese Lesermacht auf eine größere Zahl von Engagierten und Teilhabern, vielleicht 20, vielleicht gar 30 Prozent der Bevölkerung – wir wissen es, trotz der bemühten Studien von Rolf Engelsing nicht genauer«.[40]

Als Beispiel für den hohen Grad der Schreibfähigkeit vor dem Dreißigjährigen Krieg kann die Chronik des Krieges aus der Feder eines Bauern im ulmischen Territorium gelten, das »Zeytregister des Hans Heberle«.[41] Durch die Kriege des 17. Jahrhunderts wurde die Alphabetisierung gebremst, so daß man mit vier Fünfteln Analphabeten rechnet, bis sich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Verhältnisse durch das nachhaltige Bemühen um die Durchsetzung der Schulpflicht und eine Erneuerung des Volksschulwesens langsam besserten.

Im Unterschied zu Frankreich, wo die Ergebnisse über den Grad der Alphabetisierung an seriellen Quellen über den Stand der Signierfähigkeit bei Heiratskontrakten gewonnen werden, finden im deutschsprachigen Raum zumeist indirekte Quellen Verwendung: Angaben über den Schulbesuch, über die Schreibfähigkeit von Ratsmitgliedern, Autobiographien, die den mühevollen Lernprozeß begabter Individuen aus dem bäuerlichen oder kleinbürgerlichen Stand schildern, Visitationsrezesse, die Angaben über die Lesefähigkeit der Gemeinden enthalten. In Einzelfällen ergeben sich erstaunliche Diskrepanzen zu dem angenommenen zwanzigprozentigen Anteil von Schreibfähigen. In dem thurgauischen Dorf Müllheim (495 Seelen in 101 Haushaltungen und 80 Häusern) konnten 1723 von der Bevölkerung über sechs Jahren 40% Schreiben, Lesen und den Katechismus, 20% Lesen und den Katechismus, 4% gingen zur Schule und nur 16% waren Analphabeten.[42]

Serielle Quellen, die es ermöglichen, individuelle Quellenzeugnisse zu überprüfen – wie dies in Frankreich möglich ist[43] –, wurden im Gebiet des alten deutschen Reiches nur dort benutzt, wo aufgrund französischer Verwaltung zu Ende des 18. und im

[40] *R. Schenda*, Alphabetisierung und Literarisierungsprozesse in Westeuropa im 18. und 19. Jahrhundert, in: *E. Hinrichs* und *G. Wiegelmann* (Hrsg.), Sozialer und kultureller Wandel in der ländlichen Welt des 18. Jahrhunderts, Wolfenbüttel 1982, S. 1–20.
[41] *G. Zillhardt*, Der Dreißigjährige Krieg in zeitgenössischer Darstellung. Hans Heberles »Zeytregister« (1618–1672). Aufzeichnungen aus dem Ulmer Territorium, Ulm 1975.
[42] *A. Löffler-Herzog*, Bildungsstand der Thurgauer Bevölkerung im Anfang des 18. Jahrhunderts, in: Thurgauische Beiträge zur vaterländischen Geschichte 72 (1935), S. 1–40, hier S. 4.
[43] *F. Fouret* und *J. Ozouf* (Hrsg.), Lire et écrire. L'alphabetisation des français de Calvin a Jules Ferry, Bde. 1–2, Paris 1977.

frühen 19. Jahrhundert französisches Recht galt und dadurch entsprechende Archivbestände erwuchsen.[44] Hinrichs, der den Alphabetisierungsstand in Norddeutschland um 1800 untersuchte, bedauerte, daß es in Deutschland keine den Trauregistern in Frankreich und England vergleichbaren Quellen gäbe, daß Erhebungen für die drei frühneuzeitlichen Jahrhunderte von der Reformation bis zum Ende des alten Reiches nicht möglich wären.[45]

Gerade die von Hinrichs vermißte Funktion können die württembergischen Inventuren und Teilungen erfüllen. Sie wurden von 1555 bis 1899 – mit kleinen Abweichungen – nach einem einheitlichen Schema angelegt.[46] Im Eingang wurden im Inventar vermerkt: Ort, Datum und Art des Inventars, Name des Teilrichters, der Eheleute, der Eltern (soweit sie noch erreichbar waren), Datum der Hochzeit (bzw. des Todes) und Name der Erben. Im Beschluß wurde das Inventar beurkundet durch die Unterschrift des Teilrichters, der Eheleute (beziehungsweise des überlebenden Ehepartners), beim Beibringensinventar zusätzlich durch die Unterschrift der Eltern. Anhand der Ehebücher beziehungsweise der Totenbücher läßt sich theoretisch immer, in der Praxis nur bei guten Überlieferungsverhältnissen, die Zahl der Inventuren in ein Verhältnis zu den tatsächlichen Heiraten und Todesfällen setzen und damit eine sinnvolle statistische Genauigkeit erzielen. Die Signierfähigkeit kann dabei regelmäßig in ein Verhältnis zu Vermögen, Beruf und Alter gesetzt werden und läßt damit ein differenziertes Urteil über die Schreibfähigkeit zu.

Die württembergischen Inventuren und Teilungen stellen sich als eine noch nicht einmal in Ansätzen ausgeschöpfte Quelle zur Bildungs- und Geistesgeschichte Südwestdeutschlands dar. Teiluntersuchungen liegen nunmehr für Tübingen, Herrenberg und Besigheim sowie für Laichingen vor. Analoge Verhältnisse fanden sich in Reutlingen, Rottweil, Konstanz und Schömberg. Nun soll eine Untersuchung folgen, die in zwei Städten die Entwicklung von Bücherbesitz und Signierfähigkeit vom späten 17. bis zum 19. Jahrhundert verfolgt. Es ist zu hoffen, daß dem bisherigen Wissen um die Kulturbedeutung der oberdeutschen Stadt ein weiterer Mosaikstein hinzugefügt werden kann.

[44] *E. François,* Die Volksbildung am Mittelrhein im ausgehenden 18. Jahrhundert. Eine Untersuchung über den vermeintlichen Bildungsrückstand der katholischen Bevölkerung im Ancien Régime, in: Jb. f. westdt. Landesgeschichte 3 (1977), S. 277–304; *E. Hinrichs,* Zum Alphabetisierungsstand in Norddeutschland um 1800. Erhebungen zur Signierfähigkeit in zwölf oldenburgischen ländlichen Gemeinden, in: *E. Hinrichs* und *G. Wiegelmann,* (s. A 40), S. 21–42.

[45] Ebda., S. 21.

[46] Die einschlägigen Gesetzestexte aus den drei Landrechten von 1555, 1567 und 1610 sowie aus Generalreskripten von 1620–1808 und Verordnungen und Erlassen von 1808–1833 sind zusammengestellt bei *G. Faix* (s. A 22), S. 112–192.
Vgl. für Bayern: *D. Breuer,* Volkstümliche Lesestoffe. Zu einer Grundlage der bayerischen Landesgeschichte und Volkskunde, in: *E. Harvol* (Hrsg.), Wege der Volkskunde in Bayern, München/Würzburg 1987, S. 421–442.

Cord Meckseper

Die norddeutsche und die süddeutsche Stadt

Das Thema, über das es im folgenden zu handeln gilt, scheint in seiner geographischen Polarisierung allzu eindimensional formuliert. Dennoch ist die Feststellung, in unserem Land sei der Norden anders charakterisiert als der Süden, ein Gemeinplatz. Dem einen bedeutet der Übergang vom Süden in den Norden eine kontinuierliche Änderung im Sinne eines Gefälles. Der andere sieht dagegen den Norden scharf gegen den Süden abgegrenzt und er spricht dann von der Maingrenze. Der Norddeutsche sei karg, verschlossen – der Süddeutsche dagegen offen und lebhaft. Oder um es mit einem Schriftsteller zu formulieren: Der »Sensibilität des Nordens« entspräche die »Empfänglichkeit des Südens«.

Wird in Gesprächen solche Polarisierung definierend weiter vertieft, regt sich allerdings bald Widerspruch. Es stellt sich die Frage nach dem Rheinländer. Paßt er nicht weder in das Bild vom Norddeutschen noch vom Süddeutschen? Ist er gleichsam eine dritte Möglichkeit? Und dann auf der Gegenseite der Sachse. Man beginnt zu differenzieren: der Westfale, der Hamburger und der Berliner. Sicher alle Norddeutsche, aber welche Unterschiede! Gleichermaßen im Süden: der Alemanne, der Schwabe, der Bayer. Vorsichtig wagt man sich über die Grenze: der Österreicher, der Schweizer, der Elsässer?

Nicht so sehr um Menschen soll es jedoch hier gehen, sondern um bestimmte bauliche Formen, innerhalb denen Menschen zusammenleben – um die Form der Stadt. Die Frage ist also gestellt: Was unterscheidet die norddeutsche Stadt von der süddeutschen? Und die Antwort fällt leicht: vieles.

Die norddeutsche Stadt liegt in der Ebene. Ihre langgezogene, spitztürmige Silhouette wird geprägt von den Baukörpern mächtiger Pfarrkirchen aus Backstein. Ihre regenfeuchten Straßen sind gesäumt von den Giebeln der Kontorhäuser großer Handelsherren. An ihrem Hafen reihen sich steile Speicherhäuser, steht vielleicht noch ein alter Kran. Seeluft weht durch diese Städte, und schließt man die Augen, hört man das Geschrei von Möwen.

Dichtgedrängt sind dagegen in der süddeutschen Stadt behäbig breite Häuser den Berg hinauf gruppiert. Brunnen, steinerne Laubengänge und mit Geranienkästen geschmückte Erker geben den malerisch winkligen Gassen zusätzliches Relief. Aus der Mittagshitze tritt man in kühle Kirchen und Klöster, und in deren Luft liegt ein wenig der Geruch von Weihrauch. Zweifellos treffen diese beiden Bilder irgendwo zu, auch wenn sie sich von Anfang an aus Klischees addieren. Klischees entstehen meist nicht

durch eigene Anschauung, sondern sie werden durch diese nur immer wieder bestätigt, da es zum Wesenszug jedes Klischees gehört, sich um einen realen Kern zu bilden, den es allerdings nur sehr verkürzt auf den Begriff bringt. Und doch lehren uns die Kulturanthropologen, daß der Mensch zur Bewältigung seiner Umwelt vereinfachender Schematisierungen bedarf, um sich in der Vielfalt dessen, was auf ihn an Informationen einströmt, überhaupt orientieren zu können. Immer wieder ist es aber nützlich, wenn nicht sogar notwendig, sich diesen Verkürzungsprozeß – die Form und die Hintergründe, aus denen heraus Klischees entstehen – kritisch vor Augen zu führen. In der allzu einfachen und eingängigen Erklärung liegt auch Gefahr. Die Plausibilität, die sie durch ihre Verkürzung vorgaukelt, ist nur eine scheinbare. Wirklichkeit ist immer wesentlich komplizierter.

Zwei Fragenkomplexe seien in der Folge angesprochen. Zum ersten: Wo liegen die Voraussetzungen des Klischees von der norddeutschen und der süddeutschen Stadt? Zum zweiten: Wenn dieses Klischee doch einen wahren Kern hat, worin ist dieser begründet?

I

Unsere unterschiedliche Vorstellung von der norddeutschen und der süddeutschen Stadt hat zunächst einmal Bildcharakter. Ich habe zuvor bei meinem Charakterisierungsversuch vor allem an optische Vorstellungen appelliert und dabei möglicherweise Bilder angesprochen, die nicht direkt aus der Wirklichkeit stammen, sondern ihre eigene Bildtradition besitzen und sich aus der Malerei oder der Literatur ableiten.

Es ist eine Grunderkenntnis, daß die Art und Weise, in der wir unsere Umwelt sehen, nicht durch direkte Wirklichkeitserfahrung bestimmt wird, sondern kulturell durch Traditionen vorgeprägt ist, die auf Bilderfahrungen z. B. der Malerei zurückgehen. Es stellt sich also die Frage, ob zu einem bestimmten Zeitpunkt in der bildenden Kunst Städtebilder formuliert wurden, die auf charakteristische Weise Wesenszüge der nord- oder süddeutschen Stadt definierten. Die Frage ist nicht ganz einfach zu beantworten. So sicher es ist, daß unsere Naturvorstellung ihre Ausformulierung im wesentlichen im letzten Jahrhundert über die Malerei von Caspar David Friedrich bis Hans Thoma erhalten hat, so wenig haben sich in jenem Jahrhundert die deutschen Maler konkreter Stadterfahrung gestellt. Schauen wir zunächst weiter zurück, müssen wir feststellen, daß sich die klassischen Werke deutscher Stadtansichten – Hartmann Schedel, Sebastian Münster, Braun-Hogenberg, Matthäus Merian – in keinem Fall um die Darstellung bestimmter regionaler Wesenszüge kümmerten. Es sind bestenfalls charakteristische Einzelheiten, die da und dort auf die geographische Lage einer Stadt verweisen. Grundsätzlich wurden die Städte einem gleichen Darstellungsschema unterworfen. Dies trifft auch auf die seit dem 18. Jahrhundert in große Beliebtheit kommenden Einzeldarstellungen von Städten zu. Offenbar blieb das Thema regionaler Stadttypen ohne Interesse. Eine merkwürdige Wendung nimmt das Thema dann im 19. Jahrhundert. Die flächenmäßige Eskalation der Stadt im Gefolge der Industrialisierung führte in der Malerei zu einer thematischen Flucht in das Historienbild und in die Darstellung unzerstörter, gleichsam zeitloser Natur. Wurde die Stadt zum Bildthema, dann verfremdet als Vision, Idylle oder Ironie. Verwiesen sei auf die romantischen Visionen eines Caspar David Friedrich, dessen Hafenstädte sicher vor allem an typischen Eigenheiten der Küstenstädte an der Ostsee ansetzten, diese jedoch nur als Anknüpfungspunkte für die Vision symbolischer Grenzsituationen nahmen: Aufbruch und Ankunft als existentielle Stationen der Lebensreise. Rückblickende Idylle brachte Ludwig Richter in das Stadtbild. In keinem Fall stellen sie städtische Realität dar. Seine Stadtphysiognomien waren dergestalt allgemeinverbindlich, daß sie in allen Regionen Deutschlands rezipiert werden konnten. Die Wendung zur Ironie sehen wir schließlich bei Carl Spitzweg, der die Mondscheinathmosphäre verschachtelter Stadtwinkel nun eindeutig süddeutscher Prägung, durchzogen von einem Hauch Jean Paulschen Reichsmarktflecken Kuhschnappel, auf seine Weise in entschärfte Vergangenheit umbrach.

Die Malerei des 20. Jahrhunderts trug nicht minder wenig zur Klärung des Stadtbegriffs im Sinne regionaler Sonderung bei. Christian Rohlfs Soest, Reinhold Nägeles Stuttgart, Lyonel Feiningers Halle, Max Beckmanns Frankfurt oder Berlin bei Otto Dix und George Grosz gewannen je auf ihre Weise ihren Sujets etwas allgemeines ab, ohne daß dies in der baulich regionalen Besonderheit dieser Städte begründet war. Und Kokoschkas Städtebilder – Stuttgart oder Hamburg – sind allgemeine Großstadtbilder, allem voran zunächst einmal »Kokoschkas«.

So erweist sich unser Verdacht, regionale Stadtcharakteristika könnten als Bildformeln in der Malerei vorgeprägt sein, als unbeweisbar. Werfen wir daher einen Blick auf die Literatur. Offenbar stellen unsere Vorstellungen vom Wesen nord- und süddeutscher Städte nur den Hintergrund und Rahmen von Lebensvollzügen spezifisch handelnder Menschen dar. Wer denkt nicht heute bei dem Wort »Lübeck« zugleich an Thomas Manns »Buddenbrooks« (1901 erstmals erschienen), worin Lübeck allerdings nicht so sehr als eigenständige Architekturszenerie ausgemalt erscheint, seine baulichen Elemente vielmehr hintergründig beiläufig eingesetzt werden, um letztlich auch das auszudrücken, was Thomas Mann eine Generation später in seinem Essay von 1926 mit »Lübeck als geistige Lebensform« bezeichnet hat. Es ist der gleiche Thomas Mann, der zu Beginn seines »Der Tod in Venedig« von 1911 ein besonders dichtes, atmosphärisch schwüles Bild von München zeichnete und dennoch in seinem ebengenannten Essay nicht ausschließen wollte, daß im Venedig seiner Novelle letztlich seine Vaterstadt Lübeck, »gotisch und grau, doch als Wunder des Aufgangs noch einmal entrückt, die Spitzbögen maurisch verzaubert«, in der Lagune mit dem Bild der südlichen Schwester zusammenfließe.

Trotz des artifiziellen Spiels auf seiten des Schriftstellers wird deutlich, daß wir auf

der Ebene der Literatur den richtigen Weg zu Präfigurationen unserer Städteklischees gefunden haben. Können wir dem Bild einer hanseatischen Küstenstadt, wie es Thomas Mann in den Buddenbrooks entworfen hat, noch eine positive Seite abgewinnen, sind doch manche Klischeebilder eher durch abwertende Züge gekennzeichnet: Das Klischee nicht als Aneignungs-, sondern als Distanzierungsformel. Dazu ebenfalls ein literarisches Beispiel. Nach einem Besuch Braunschweigs von Hannover aus schrieb Gottfried Benn am 23. April 1936 an Tilly Wedekind: »Alle diese in Norddeutschland gelegenen mittleren Städte sind mir widerlich, unangenehm. Mittelalterlicher Dreck überfallen von Fabriken und modernen ›Anlagen‹, krankhaft, unanständig, zwittrig.« Und schon ein Jahr früher am 5. August 1935: »Dies Versagen am Ausdruck, das das norddeutsche Land so kennzeichnet«. Die Charakterisierung nordsüddeutscher Gegensätzlichkeiten in der Literatur ließe sich weiter vertiefen. Berlin und die märkischen Städte sind es, die in den Schriften und Romanen Theodor Fontanes eine so unverwechselbare, dabei alles in allem so eindeutig gemeinsame Atmosphäre zugewiesen erhielten, daß sie uns gerade heute – wo uns viele seiner Orte und Landschaften nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich entrückt sind – bei aller hintergründiger Tragik des in ihnen ablaufenden Geschehens zum Bild preußisch bürgerlicher Welt nicht ohne innere Größe geworden sind. Demgegenüber im Süden Wien als eine der großen Hauptstädte spätbürgerlich verfeinerten Fin-de-siècles, Hauptstadt »Kakaniens« in Musils »Der Mann ohne Eigenschaften«, Ort aber auch der Protagonisten und nicht zuletzt Protagonistinnen im psychologischen Blickfeld Arthur Schnitzlers und zugleich eine Stadt, über die literarisch nach Mitteleuropa die Weite jener staubigen Plätze trostlos öder, provinzieller Städtewelt des Ostens hineinragte, die – dann schon aus verklärender Rückschau – Joseph Roth in seiner »Kapuzinergruft« und seinem »Radetzkymarsch« so eindringlich beschrieben hat.

Wien ist nicht Süddeutschland. Für manchen Norddeutschen liegt beides dennoch nicht weit auseinander. Für den schwäbischen Dichter Ludwig Uhland waren Preußen und Österreich in seiner Rede als Abgeordneter in der Frankfurter Paulskirche vom 22. Januar 1849 untrennbare Pole eines Ganzen: »Wir wollen, meine Herren – gestatten Sie zum letztenmal! – einen Dombau; wenn unsere alten Meister ihre riesenhafte Münster aufführten, der Vollendung des kühnen Werkes ungewiß, so bauten sie den einen Turm, und für den anderen legten sie den Sockel – der Turm Preußen ragt hoch auf, wahren wir die Stelle für den Turm Österreich!«

II

Damit sind wir auf literarischen Umwegen an den Ort der politischen Diskussion gekommen. Werfen wir einen Blick auf die Landkarte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Freiheitskriege waren in den einzelnen deutschen Staaten einerseits von der Hoffnung auf Ablösung von Fürstenherrschaft durch stärker demokratische Ver-

fassungen getragen worden, andererseits von der Hoffnung auf einen Zusammenschluß zu einem neuen deutschen Reich. Das aus Aufklärung und Romantik erwachsene nationalstaatliche Denken hatte sicher eine deutsche Nation vor Augen, dürfte jedoch in seinen auch regionalistischen Tendenzen nicht verkannt haben, daß der Zusammenschluß zu einem großen Ganzen doch auch die Gefahr der Aufgabe eigenstaatlicher Besonderheiten, wenn nicht gar politischer Vorzüge bergen könne. Vor dieser durchaus ambivalenten Ausgangssituation sehen wir z. B. nach dem Wiener Kongreß 1814/15 im Norden plötzlich ein übermächtiges Preußen, das sich von Trier, Aachen und das Rheinland (Köln!) über Westfalen und die Provinz Sachsen bis nach Schlesien und Ostpreußen erstreckte, sich 1866 unter anderem noch das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen und das Herzogtum Nassau einverleibte und damit als »Norddeutschland« einem immer noch eher partikularistisch aufgeteilten Süddeutschland gegenüberstand, das sich seinerseits auf der Gegenseite wiederum von dem Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn begrenzt sah.

Dies ist also die historische Ausgangssituation, zu der ganz offensichtlich für den Süddeutschen der Grund zur Aversion gegen das Norddeutsche – das allzu Korrekte, Kühle, Klare, Unbestechliche als durchwegs »preußisch« empfundene Tugenden – gelegt wurde. Gleichzeitig regten sich aber auch innerhalb dieses norddeutsch-preußischen Vielvölkerstaats primär deutschsprachiger Prägung regionale Abgrenzungstendenzen, die gegen das übergreifende Preußen ein niederdeutsches Eigenbewußtsein stellten. Es ist die Zeit, in der das Wort »Niedersachsen« einen neuen Klang zu erhalten begann, nicht mehr als rein geographische Bezeichnung, vielmehr im Sinne eines freien Bauernlandes, darin zweifellos auch im Hinblick auf ostelbisch-preußisches Junkertum. Als Einsprengsel im Königreich Preußen waren 1866 die freien Städte Bremen, Hamburg und Lübeck übriggeblieben, und nicht minder bewußt wurde dort die Vorstellung von der seeorientierten Hanseaten- und Kaufmannsstadt entwickelt und gepflegt. Dem Begriff der Hanse wurde also erst jetzt sein überwiegend auf die Seefahrt bezogener Klang zugewiesen, denn tatsächlich waren ja die meisten Hansestädte zur Blütezeit dieser Institution im Spätmittelalter Binnenstädte. Unter Rückgriff auf spätmittelalterliches »Niedersachsen« und »Hanse« wurde zu jener Zeit im 19. Jahrhundert also bewußt einer großen Region jene bezeichnende Färbung gegeben, die wir heute noch mit »Norddeutschland« verbinden, auch wenn in der Folge das preußische Element vor allem im Affekt süddeutscher Sicht nicht ohne Spuren blieb.

Auf vergleichbare Weise war »Süddeutschland« auf keinen gemeinsamen Nenner zu bringen. Der dort länger als im Norden fortwährende Partikularismus einzelstaatlicher Existenz schien geradezu die Grundstruktur dessen abzubilden, was wir so gerne in den süddeutschen Städten als malerisch verwinkelte Vielfalt sehen. Ausführlich hat sich mit dem Problem dieser von ihm als »Zufallsstaaten« bezeichneten Staatenstruktur einer der großen Begründer deutscher Volkskunde, Wilhelm Heinrich

Riehl, beschäftigt. In »Land und Leute«, dem ersten Band seiner damals überaus einflußreichen »Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik« (1853), ist wohl zum ersten Mal das, was wir heute als Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschland sehen, zusammenfassend auf den Begriff gebracht und versucht worden, diesen wissenschaftlich in der Naturgeschichte der deutschen Landschaft – normativ abgesichert also – zu begründen. Daß der Denkprozeß damals noch im Fluß war, erweist das erst zwei Jahre später der zweiten Auflage (1855) neu eingefügte Kapitel »Thesen zur deutschen Landes- und Volkskunde«. Dort lesen wir: »Auf den ersten Blick erscheint alles deutsche Land in zwei große Massen der Bodenoberfläche getheilt: Tiefland und Hochland; Nieder- und Oberdeutschland«, und er fährt kurz darnach fort: »Oberdeutschland könnte man – dem Boden nach (d. h. geologisch gesehen C.M.) – auch als das alte Deutschland, Ur-Deutschland nennen; die erst viel später dem Meere entstiegene Tiefebene dagegen das neue Deutschland. Der Bevölkerung nach würde sich aber die Benennung umkehren müssen; denn im Norden strömen zuerst die Germanen ein, während in Oberdeutschland noch lange die Kelten sitzen bleiben.« Das bis heute heikle Abgrenzungsproblem zwischen beiden Gebieten war bereits damals erkannt und von Riehl als ein Strukturproblem definiert worden: »Die Geographen sind bekanntlich uneinig über die Grenzlinie zwischen Nord- und Süddeutschland. Der Stein des Anstoßes ist eben Mitteldeutschland; sie wissen nicht, ob sie es zum Norden oder zum Süden rechnen sollen. Das Volk aber ist hierüber gleichfalls noch uneinig und unklar. Denn Mitteldeutschland ist der Übergangspunkt, wo die bestimmten leicht greifbaren Gegensätze des deutschen Wesens zusammenstoßen, sich kreuzen, verwischen und aufheben. Es läßt sich leichter bestimmen nach dem was es nicht ist, als nach dem was es ist«.

III

Bisher ging es mir vor allem um den Nachweis, daß die Unterscheidung zwischen norddeutscher und süddeutscher Stadt zunächst einmal in der Geschichte des Begriffs begründet ist. Eingangs wurde von einem Klischee gesprochen, aber auch darauf hingewiesen, daß ein Klischee verkürzt doch immer einen wahren Kern enthält. Wie steht es mit diesem Kern? Was begründet die Tatsache, daß die Bischofsstadt Augsburg eben anders aussieht als die Bischofsstadt Bremen, die Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber anders als die Reichsstadt Goslar oder die landesherrliche Gründung Freiburg im Breisgau anders als die landesherrliche Gründung Lübeck, um auf der Ebene von historisch vergleichbaren Städten zu bleiben?

Wilhelm Heinrich Riehl glaubte aus einer bestimmten historischen Situation heraus, entsprechende Unterschiede gleichsam naturwissenschaftlich abgesichert begründen zu können. Sicher spielt der geographische Faktor eine Rolle, wenn es um Baumaterialien geht, aus denen die Architektur einer Stadt errichtet wird. Dennoch ist dies

nur ein Faktor unter mehreren. Als weiterer wichtiger Unterscheidungsgrund wurden bis weit in das 20. Jahrhundert die sogenannten deutschen Stämme angesehen. Man vermeinte in ihnen gleichsam bis in germanische Zeit zurückreichende Urnationen zu sehen: Alemannen, Sueben, Bajuvaren, Franken oder Sachsen. Von diesen Stämmen seien schon in ihrer Frühzeit unterschiedliche Formvorstellungen und Formneigungen, ja selbst auch Architekturformen wie Haustypen und Fachwerkkonstruktionen entwickelt worden, die dann das Erscheinungsbild der auf einer jüngeren Entwicklungsstufe in ihren Siedlungsgebieten entstandenen Städte geprägt hätten. So erschien 1930 das Buch des Kunsthistorikers August Grisebach »Die alte deutsche Stadt in ihrer Stammeseigenart«. Dort lesen wir: »... Aufbau, Körper und Durchgliederung der Häuser stempeln eine Stadt zum Gewächs einer bestimmten geographischen Zone, zur Schöpfung eines bestimmten Volksschlags.« Auch diese Sichtweise war noch ganz dem romantischen Volksbegriff des 19. Jahrhunderts verbunden. Die neuere Volkskunde, nicht zuletzt aber die Geschichtswissenschaft und Archäologie haben inzwischen den traditionellen Stammesbegriff erheblich relativiert und erwiesen, daß die sogenannten alten Volksstämme alles andere als historisch von Anfang an festgefügte und unveränderliche Gebilde waren, vielmehr ihre Namen häufig erst jüngere Identifikationsbegriffe darstellen. Das selbst bis in die jüngste Literatur bisweilen sogenannte »alemannische« Fachwerk hat mit dem Stamm der Alemannen also nur wenig zu tun, nicht minder das »niedersächsische« mit einem »Stamm« der Niedersachsen.

Je weiter wir in der Geschichte zurückgehen, löst sich bei näherer Betrachtung all das, was wir unter einem bestimmten Stammesbegriff als typisch schwäbisch oder westfälisch zu subsumieren gewohnt sind, als das Ergebnis der Überlagerung kulturell-ler Einzelphänomene jeweils unterschiedlichster Entstehungszeit auf. So muß auch der Glaube an sogenannte »Urformen des Bauens« aufgegeben werden, der sich nach wie vor aus dem Geschichtsbild vor allem von Architekten nicht so recht verbannen lassen will. Man hat lange z. B. geglaubt, das niederdeutsche Kaufmannshaus mit seiner großen Wohn- und Wirtschaftsdiele über das sogenannte niedersächsische Bauernhaus an ein vorgeschichtlich germanisches Urhaus anbinden zu können, nicht minder das oberdeutsche Haus über entsprechende Bauernhäuser an Urhäuser, die man in frühen germanischen Rechtsaltertümer gespiegelt sah. Mittelalterarchäologie und eine inzwischen sehr viel stärker differenzierende Hausforschung haben auch hier zu einer neuen Sicht der Entwicklung geführt, nach der eher umgekehrt die heute noch erhaltenen alten Bauernhäuser Einflüsse von seiten des städtischen Bürgerhauses verarbeitet haben.

Will man geographisch faßbare Unterschiede zwischen einzelnen Architektur- und damit Städtelandschaften definieren und begründen, muß man also Abschied nehmen von monokausalen Erklärungsmodellen, die bisweilen selbst ein so komplexes Gebilde wie eine Stadt ganzheitlich in rein lineare Entwicklungen zu drängen versuchen.

Erst in der Überschneidung einer Fülle unterschiedlich bedingter und determinierter Faktoren, die ständig und auf sehr unterschiedliche Weise je für sich oder aber auch in gegenseitiger Abhängigkeit historischen Wandlungen unterworfen waren, schloß sich allmählich das zusammen und kam in der Neuzeit zu einem gewissen Abschluß, was die unterschiedliche Gesamtgestalt nord- oder süddeutscher Städte ausmacht. Einige dieser Stränge und deren Wandlung seien in der Folge knapp skizziert.

IV

Noch in vormittelalterlicher Zeit wurde ein erstes Grundmuster späterer Stadtstruktur im mitteleuropäischen Raum durch die Römer gelegt. Zahlreiche Städte zwischen Köln und Wien tradieren in ihrem Namen römischen Ursprung, und bis in das frühe Mittelalter blieb der römische Westen und Süden von spezifischer Prägungskraft. Auch wenn sich römische Siedlungsgrundrisse auf später deutschem Boden nicht auf so direkte Weise wie in vielen italienischen Städten erhielten, bestimmten sie doch strukturell z. B. über die Lage von frühchristlichen Kirchen und Gräbern das Grundmodell der frühmittelalterlichen Stadt.

Eine neue Formqualität des Stadtgrundrisses trat dann mit der hochmittelalterlichen Gründungsstadt in das Licht der Geschichte. Sie gab im 12. und 13. Jahrhundert der überwiegenden Zahl unserer heute noch existierenden Städte ihren Anfang. Im Gegensatz zu immer noch landläufiger Meinung ist die mittelalterliche Stadt grundsätzlich nicht auf malerische Wirkung hin konzipiert, sondern stellt ein klar und logisch gegliedertes Ordnungsgefüge dar, das in der Regel auf wenige Grundschemata zurückgeführt werden kann. Das Grundelement der mittelalterlichen Gründungsstadt bildet sowohl institutionell wie städtebaulich der Markt. In seiner Ausgestaltung ist schon früh ein bemerkenswerter Unterschied zwischen den nord- und süddeutschen Städten festzustellen. Ganz eindeutig dominiert nämlich im niederdeutschen Bereich der Markt als großer, rechteckiger Platz. Im Süden überwiegt dagegen städtebaulich immer wieder der Markt als breit angelegte Marktstraße.

Ein weiterer Unterschied zwischen der nord- und süddeutschen Gründungsstadt betrifft die Stellung der ersten Pfarrkirche. Für den Norddeutschen ist es geläufig, daß die Hauptkirche seiner Stadt am Marktplatz steht, mit ihrem Kirchhof von diesem meist durch das Rathaus abgeteilt. Nicht dagegen für den Süddeutschen. In den planmäßig angelegten Städten Oberdeutschlands ist in der Regel der ersten großen Stadtkirche mit ihrem Kirchhof ein Baublock abseits des Marktes zugewiesen worden (Freiburg i. Br.). In den niederdeutschen Städten wurde dagegen im Kern ein großer, längsrechteckiger Platz angelegt, dessen eine Hälfte die Kirche und Kirchhof einnehmen, während auf der anderen Hälfte, meist als freistehender Baukörper, das Rathaus errichtet wurde, in der Regel am Rande zur Kirche hin, die dahinter emporragend auf den Platz blickte (Lübeck). Damit erweist sich auch für die Stellung des Rathauses im

Stadtbild eine unterschiedliche Tendenz zwischen Norden und Süden: Der in der Regel freien Stellung des Rathauses im Norden steht dessen häufige Einbindung in die Bauflucht der Bürgerhäuser im Süden gegenüber. Für alle diese Beobachtungen gibt es zugestandenermaßen markante Ausnahmen. Leider hat sich jedoch die Forschung Fragen der geographischen Verteilung von Stadtgrundrißtypen erst ansatzweise zugewandt.

V

Wenden wir uns in der Folge vertieft der über dem Stadtgrundriß errichteten Architektur zu, muß der Blick vor allem auf die Masse derjenigen Bebauung gelenkt werden, die wir pauschalisierend und damit historisch sicher ein wenig vereinfachend als Bürgerhaus bezeichnen. Daß es nicht einfach aus bestimmten Urformen abgeleitet werden kann, wurde bereits angesprochen. Die einzelnen Elemente unserer Bürgerhäuser – Raumtypus, Baumaterial, Konstruktion, Dachausprägung, Fassadengestaltung und vieles andere mehr – sind durchwegs Einzelelemente, die sich im Rahmen eines Ganzen zu einem komplizierten System gegenseitiger Abhängigkeit und funktionaler Verknüpfung zusammenfügen. Dennoch erweist ihre Einzelbetrachtung, daß jedes dieser Elemente seine eigenständige Entstehungsgeschichte und vor allem seine eigene regionale Verbreitung besitzt. Wiederum wird deutlich, daß sich erst in den regional unterschiedlichen Überlappungen dieser einzelnen Verbreitungsgebiete das herausbildet, was die so charakteristischen Hauslandschaften unserer Städte im Norden und Süden ausmacht. An einigen wenigen Beispielen sei dieser Vorgang erläutert.

Das niederdeutsche Bürgerhaus ist von Anfang an durch den großen Dielenraum gekennzeichnet, der räumlich in der Folge sowohl horizontal wie vertikal durch eingebaute Kammern, Stuben, Kontore und Hängeböden unterteilt wurde. Ausgangspunkt ist also zunächst ein einheitlicher Großraum. Das oberdeutsche Haus war dagegen schon im Mittelalter durch eine vertikale Zweiteilung bestimmt. Im Erdgeschoß befinden sich der Produktions- und Wirtschaftsbereich, im Obergeschoß Stube, Küche und Schlafkammern. Auf genetische Fragen und solche der geographischen Abgrenzung kann nicht weiter eingegangen werden. Vor allem letztere ist ein längst überfälliges Forschungsdesiderat. Der angedeutete Unterschied begründete auf durchaus gegensätzliche Weise den Raum- und Funktionstyp des Bürgerhauses und prägte historisch die Besonderheiten nord- und süddeutscher Hauslandschaften entscheidend.

Das Bürgerhaus – bleiben wir bei diesem Begriff und klammern in unserer Betrachtung die steinernen Kemenaten und Patriziertürme der älteren Zeit aus – war zunächst ein Holzhaus. Sein konstruktives Gerüst war das Skelett einer Balkenkonstruktion, die einerseits die Raumform des Hauses bedingte, andererseits – wahrscheinlich sogar primär – von dieser abhängig war. Von Anfang an ist daher die Entwicklung

unterschiedlicher Zimmermannskonstruktionen zu beobachten. So hielt sich offenbar im Norden länger die reine Ständerkonstruktion, in die jedes Einzelgeschoß eingehängt war. Wir sprechen dann vom sogenannten Geschoßbau. Dagegen tendierte der süddeutsche Raum anscheinend schon früh zur geschoßweisen Abzimmerung selbständiger Raumebenen, dem sogenannten Stockwerksbau.

Beide Bauweisen bilden die Wand als Fachwerk aus, das vor allem nach außen hin, auf der Schauseite des Hauses zur Straße, in besonderer Weise in Erscheinung tritt. Seit langem schon werden in der Geschichte des Fachwerkbaus drei unterschiedliche Konstruktionsformen gegeneinander abgesetzt, deren Benennung als „niedersächsisch", „fränkisch" und „alemannisch" – noch einmal sei es gesagt – aus der dadurch suggerierten Verknüpfung mit überholten Stammesbezeichnungen endgültig gelöst und durch die neutralere Bezeichnung als nieder-, mittel- und oberdeutsch ersetzt werden sollte. Die drei Fachwerktypen, die zweifellos weiter differenziert werden können, prägen die Straßenbilder unserer Fachwerkstädte auf sehr unterschiedliche Weise. Im Süden Deutschlands sehen wir breitgelagerte, großflächige Gefache mit markanten Kopf- und Fußbändern als Streben, im Mitteldeutschen die ausgesprochene Lust an komplizierten, bisweilen mehr ornamental als konstruktiv eingesetzten Verstrebungen, im Norden die sehr enge Stellung zahlreicher Ständer, gegenüber denen die sparsam verwendeten Streben kaum in Erscheinung treten.

Sind also wichtige Unterschiede schon in der Konstruktion begründet, kommt ein weiterer dadurch hinzu, daß im Süden (Mitteldeutschland auf seine Weise eingeschlossen) die formale Repräsentation vor allem auf die aufwendige Konstruktion und deren Details gelegt wird. Der Norden arbeitet dagegen sehr viel stärker mit Schnitzwerk und dies nicht nur ornamental abstrakt. Nirgendwo tummelt sich an den Fachwerkhäusern soviel Figürliches, teilweise in umfangreiche ikonographische Programme biblischer oder humanistisch antiker Provenienz ausdifferenziert, wie in den Städten Norddeutschlands.

Nicht alle unsere Städte blieben Fachwerkstädte. Zu unterschiedlichen Zeiten setzte, bemerkenswerterweise immer wieder geschlossene Regionen bildend, ein Versteinerungsprozeß ein, der sicher seine Ursachen auch in der Brandvorsorge hatte, damit den Vorgang jedoch nicht ausschließlich erklärt. Wirtschaftliche Prosperität einer Region, wohl auch klimatische Gründe, bisweilen vielleicht sogar Statusdenken bilden auch bei diesem Vorgang ein mehrdimensionales Begründungsgeflecht. Ist es in Mittel- und Oberdeutschland der Naturstein, in der Regel als Bruchstein eingesetzt und anschließend verputzt, der die steinerne Hausarchitektur kennzeichnet, prägt in der norddeutschen Tiefebene der Backstein die Architektur der Stadt. Dennoch ist für manche norddeutsche »Backsteinstadt« eine solche Bezeichnung heute eher eine Fiktion. Lüneburg z. B., wo man sich gerne mit diesem Epitheton schmückt, enthält heute nur noch etwa 12% ältere, auf Sicht angelegte Backsteinbauten, und in Lübeck ist es prinzipiell nicht sehr viel anders.

Entscheidend für den Rhythmus der Bürgerhäuser in der Straßenflucht ist die Dachform. Das deutsche Bürgerhaus gilt in der landläufigen Vorstellung erstaunlich tief verwurzelt als Giebelhaus. In nicht wenigen Regionen stehen aber die Häuser der Städte in geschlossener Reihe mit der Traufe zur Straße. Hingewiesen sei auf den geschlossenen Bereich, der sich von der Schweiz aus auf das südliche Elsaß und den deutschen Südwesten bis Rottweil erstreckt und noch in der Nachkriegszeit weiter nach Norden vorgeschoben wurde. Beim Wiederaufbau des in den letzten Kriegstagen total zerstörten Freudenstadt wurde die ursprüngliche Giebelstellung der Häuser durch eine reine Traufenstellung ersetzt. Eine andere Städtelandschaft reiner Traufenstellung erstreckt sich im Umkreis des Harzes. Dazwischen gibt es immer wieder einerseits geschlossene Giebelbereiche, andererseits nicht minder geschlossene Gebiete, in denen offenbar weder die reine Giebel- noch die Traufenstellung Vorschrift war und in denen sich daher beide Dachstellungen innerhalb derselben Städte malerisch mischten. Nur am Rande sei hier auf regionale Sondergebiete hingewiesen, wie z. B. das im Salzach- und Inngebiet verbreitete Grabendach, das mit seiner zur Straße hin der Dachkonstruktion vorgesetzten, horizontal abschließenden Mauer den Städten jener Landschaft die scheinbar so südlich italienische Atmosphäre gibt.

Vergleichbare formengeographische Erscheinungen können für bestimmte Einzelelemente der Fassaden aufgezeigt werden. In der Schweiz, im österreichischen Alpenraum und dem süddeutschen Vorland zu beiden ist der Erker verbreitet, entsprechend der Lage der Stube im Obergeschoß über die Straße auskragend. Ihm entspricht im Norden der sogenannte Standerker – die Utlucht –, dort bezogen auf die Priorität der erdgeschossigen Diele als Wohnbereich vor dem Hause direkt auf der Straße stehend. Schließlich sei noch ein Blick auf die gedeckten Laubengänge geworfen. Sie kennzeichnen die Städte des Schweizer Raums und viele Tiroler Städte, verknüpfen diese Regionen einerseits mit dem nördlichen Italien und reichen andererseits über Ober- und Niederbayern bis in den böhmischen und schlesischen Raum, wo sie sich besonderer Beliebtheit erfreuten. Als reine Ausnahme finden wir sie in Norddeutschland lediglich am Prinzipalmarkt in Münster.

VI

In aller Knappheit sind damit einige formengeographische Phänomene umrissen, die in historischen Zeiten sowohl den Grundriß wie den Aufriß unserer Städte prägten. Was sich erwies, waren keineswegs immer großräumige und darin einheitlich strukturierte Regionen im Sinne einer norddeutschen und dieser klar abgesetzt gegenüberstehenden süddeutschen Städtelandschaft, sondern eher ein vielfältig gesprenkelter Teppich aus bunten Flecken, die sich auf unterschiedlichste Weise überlappen. Das hier zunächst für die Architektur gezeichnete Bild wäre zu ergänzen durch rein historische Gruppenbildungen in einzelnen Regionen. Ich meine damit z. B. die Entstehung

und teilweise gegenseitige Verflechtung der zahlreichen Städtebünde im Mittelalter, vor allem die Städtebünde im Südwesten des Reichs, den rheinischen Städtebund und im Norden die Hanse. Sie erzeugten sicher so etwas wie ein gemeinsames Städtebewußtsein, das sich indirekt auch auf die Gestaltqualität der jeweiligen Orte ausgewirkt haben mag. Allerdings kann die Vermutung, daß sich über solche Zusammenschlüsse von Städten auch gemeinsame oder zumindest vergleichbare Bauvorschriften entwickelt hätten, kaum bestätigt werden. Solche entstanden erst in nachmittelalterlicher Zeit, als Landesherren vermehrt das Bauwesen auch ihrer Städte über Landbauordnungen zu regeln begannen.

Jedoch schon im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit – darauf lag der Schwerpunkt der bisherigen Betrachtung – war die Grundstruktur unserer alten Städte im wesentlichen bereits ausgeformt. Sie bestimmte deren Gestalt und damit immer noch die Mehrzahl unserer heutigen Altstadtquartiere über rund ein halbes Jahrtausend hinweg bis in unsere Gegenwart hinein – ein von der Forschung ebenfalls bisher kaum gewürdigtes Phänomen. Was die Städte in nachmittelalterlicher Zeit dennoch veränderte, waren im wesentlichen nur Überformungsvorgänge.

Deutlich setzte sich dabei der Norden Deutschlands vom Süden und Osten ab. Hier überwiegt vor allem die Renaissanceornamentik, einschließlich ihrer eigenständigen Fortentwicklung im Barock. Sicher blieb auch der Süden nicht ohne bedeutende Renaissancearchitektur. Dort faßte jedoch mit der Gegenreformation der Barock italienischer Prägung Fuß und dies sehr schnell nicht allein in den katholischen Gebieten, sondern bald gleichermaßen auch in den protestantischen.

Im 18. Jahrhundert begann sich dann der barocke Architekturgeschmack, im Norden und Süden nunmehr ganz absolutistisch bestimmt und in diesem Sinn in immer stärkerem Maße verordnet, nach Frankreich zu orientieren. Auch der folgende Klassizismus hat eher vereinheitlichende Tendenzen hervorgebracht, deren regionalen Spielarten sich bestenfalls kunsthistorischer Feinanalyse erschließen.

Ein letztes städtedifferenzierendes Element im Gefolge der Reformation und Gegenreformation sei abschließend angesprochen. Der Protestantismus gab den Städten in seinen Gebieten, nicht zuletzt in der norddeutschen Tiefebene, ihre gleichsam religiöse Durchsichtigkeit und Überschaubarkeit. Klar und großformig werden diese Städte dort durch die mächtigen Baukörper ihrer Pfarrkirchen dominiert, sind längst auch die einstigen Dome zu Pfarrkirchen geworden. Die katholischen Städte dagegen sind – trotz der Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts häufig noch nachvollziehbar – neben der Bischofskirche und den Pfarrkirchen durchsetzt von zahlreichen Klöstern und Kapellen, zugleich immer wieder Teil von Immunitätsbereichen, die in diesen Städten durch hohe Mauern umzogen gleichsam geheimnisvoll abgeschlossene Bereiche darstellen und einen Reiz ganz eigener städtebaulicher Qualität bilden.

VII

Wir sind bei unserer Betrachtung einen recht vertrackten Weg gegangen. Statt eines Lobpreises auf die Gestalt der deutschen Stadt, der die klare und weltoffene Stadt des Nordens und die lebensfreudig warme Stadt des Südens als unterschiedliche Ausprägungen eines großen Grundgedankens erweist, mußten wir erfahren, daß es so einfach nicht geht. Wichtig war mir, auf zweierlei hinzuführen:

Den reinen Typus der norddeutschen Stadt und der süddeutschen gibt es nicht. Wir treffen dagegen – städtebaulich gesehen – auf typisch norddeutsche und süddeutsche Einzelerscheinungen. Jede Stadt hat an diesen Einzelerscheinungen unterschiedlichen Anteil. Erst die Überschneidung zeitlich und formal unterschiedlicher Formenregionen ergibt jene unterschiedlichen Städtelandschaften, die eine Reise durch Deutschland so vielfältig erlebnisreich machen.

Genau so wichtig ist aber ein zweites. Die Art und Weise, wie wir diese unterschiedlichen Städtelandschaften sehen und erleben, wird nicht allein durch deren Wirklichkeit bestimmt, sondern ist gleichermaßen historisch durch Traditionen mitbedingt, deren Voraussetzungen es zu erkennen gilt. Allein wenn wir dies begriffen haben, sind wir in der Lage, die einstige Wirklichkeit unserer historischen Stadtkerne richtig, d. h. unvoreingenommen zu sehen und damit auch richtig mit ihnen umzugehen.

Volker Klotz

Singend setzen sie sich durch: die lustigen Plebejer von Madrid

*Barbieris Barberillo de Lavapiés: Modell der Zarzuela**

Seit Offenbachs Zeiten hat es immer wieder bedeutende Operetten und Zarzuelas gegeben, die den unverwechselbaren Ort der Handlung als klingenden Genius loci heraufbeschwören. Wenn sie nicht gar diesen Ort zum eigentlichen Helden der Handlung machen. Unter anderm: Venedig in Strauß' *Nacht in Venedig;* Paris in Lecocqs *La Fille de Madame Angot;* Neapel in Costas *La Scugnizza;* Split in Tijardovics *Mala Floramye;* Madrid in Bretóns *La Verbena de La Paloma.* Die Fülle und Art solcher Werke zeigt an: gründlicher und einläßlicher als das Schauspiel, auch als die Oper, sind Operette und Zarzuela imstand, bestimmten Städten die Stimme zu lösen. Man singt und tanzt anders in Paris als in Wien, anders im südwestlichen Neapel als im nordöstlichen Venedig und wiederum anders im plebejischen Kern von Madrid. Jeder Ort hat da ein eigenes melodisches, rhythmisches, klangliches Idiom, worin er seine kollektive Eigenart verlautbart. Allerdings, um solche kollektive Eigenart auf der Bühne zum Klingen zu bringen, bedarfs besonderer Anstöße, die dem seriösen Sprech- und Musiktheater offenbar abgehen. Fröhlich verrückte Personen sind nötig, oft mit unwahrscheinlichen Konflikten, die sich in turbulenten szenischen Ereignissen entladen. So, daß niemand sich wundert, wenn diese Personen, was auch immer geschieht, hemmungslos drauflos singen und tanzen. Aus ihnen singt dann und tanzt das einzigartige Selbstbewußtsein der Stadt, ohne die sie so nicht wären, genau so wenig wie die Stadt ohne sie.

Dreimal fiel nun schon das Wort »Zarzuela«, das in unsern mitteleuropäischen Breiten fast so wenig bekannt ist wie die Sache, die es bezeichnet. Gemeint ist das neuere spanische Singspiel, das hierzulande kaum je auf die Bühne kam, auch nicht ins Radio oder Fernsehen. Drum scheint es sinnvoll, im Zusammenhang von Überlegungen zur Stadt etwas darüber mitzuteilen: was es auf sich hat mit dieser eigenartigen Spielart von Musiktheater, die vorab in Madrid produziert wurde und häufig auch eben diese Stadt singend und tanzend auf die Bühne bringt; wer der Komponist war, der die erste mustergültige neuere Zarzuela vertonte, den *Barberillo de Lavapiés;* und wieso just dieses Stück – zumal in seiner besonderen Stadtthematik – in Spanien eine markante Rolle spielt im Selbstbewußtsein des Landes.

Stichworte zum Komponisten

Francisco Asenjo Barbieri wurde am 3. April 1823 in Madrid geboren und er starb am 17. Februar 1894 ebenda. Die Klosterschule von Santa Cruz de la Zarza vermittelte dem Jungen eine intensive humanistische Bildung, zumal in alten Sprachen,

* Der Aufsatz ist teilweise dem Manuskript zu einem Buch entnommen, das demnächst im Piper-Verlag / München erscheinen wird: *Operette. Porträt und Handbuch einer unerhörten Kunst.* Die Beschreibung von Barbieris Zarzuela basiert auf dem Klavierauszug (Nr. 5060) der Unión Musical Española, Madrid o. J. und dem Textbuch aus der Reihe: Introducción al Mundo de la Zarzuela, Madrid / Barcelona / México 1978.

Rhetorik, Poetik. Seine Hochschulstudien danach – erst Medizin, dann Ingenieurwissenschaften – gab er bald auf, um sich ganz der Musik zu widmen. Ab 1837 studierte er am Konservatorium in Madrid Klarinette, Klavier und Gesang sowie Komposition bei Ramón Carnicer, der Rossinis Opernstil nachdrücklich pflegte. In den vierziger Jahren mußte Barbieri sich mit musikalischen Fronarbeiten durchschlagen: Klarinettist bei einer Milizkapelle, Notenkopist, Privatlehrer, Vertoner von Auftragsliedern gegen Stücklohn. Praktische Theatererfahrungen machte er bei einer Wanderbühne, teils dirigierend, teils als Sänger-Darsteller. Mit solchen kurzzeitigen Tätigkeiten kam er über Murcia, Alicante und Salamanca wieder nach Madrid, wo er seit den fünfziger Jahren erfolgreiche Bühnenwerke schrieb. Alsbald spielte der vielseitige Barbieri im spanischen Kulturleben eine hervorragende Rolle. Nicht nur als origineller Komponist, auch als unermüdlicher Erforscher, Editor und Förderer einheimischer Musik aus Vergangenheit und Gegenwart. So entdeckte und publizierte er den verschollenen »Cancionero del Palacio«, die bedeutendste Liedersammlung aus dem 14. und 15. Jahrhundert, sammelte Volksmusik verschiedener spanischer Regionen, schrieb Kritiken, wirkte mit an der Gründung des Teatro de la Zarzuela, leitete die Zeitschrift »La España Musical«, veranstaltete maßgebliche Konzertreihen. Produktiv Epoche gemacht hat Barbieri durch den Neu-Entwurf jener eigentümlich spanischen Sing-Spiel-Gattung Zarzuela, die unter diesem Namen, andersartig, schon zu Calderóns Zeit hoch geschätzt, aber im 18. Jahrhundert dann untergegangen war. Barbieri war nicht der erste und einzige, der sich dazumal für ihre Wiederbelebung stark machte. Vor allem zwei seiner Zunft- und Zeitgenossen leisteten gute Vorarbeit: der emsige Rafael Hernando (1822–1888) und der einfallsreiche Emilio Arrieta (1823–1894), letzterer vor allem mit der dauerhaft populären *Marina* (1855; erweiterte Fassung 1871). Sie begnügten sich jedoch damit, den bislang vorherrschenden, beinah obligatorischen Stil der italienischen Belcanto-Oper mit spanischen Sujets zu verbinden. Barbieri dagegen tat den entscheidenden Schritt darüber hinaus: spanische Sujets erklingen zu lassen in eigenständig verarbeiteter spanischer Volksmusik. Erstmals und noch etwas unbeholfen geschieht das in *Pan y Toros* (1864), einem abenteuerlichen Historienstück im Goya-Milieu, das streckenweise, also nicht durchgängig, folkloristische Weisen jener Zeit herbeizitiert. Zehn Jahre später glückt das Projekt vollauf im *Barberillo de Lavapiés,* jenem Werk, das zum folgenreichen Vorbild wurde für drei weitere Generationen spanischer Bühnenkomponisten. Hier läßt der Barbieri sich rückhaltlos ein auf die gesungenen und getanzten Lebensregungen der einfachen Leute in Madrids Altstadtviertel Lavapiés. Für ihn selbst blieb dieses Stück leider ein einmaliger Fall, den andre dann verallgemeinert und weiterentwickelt haben. Von seinen eigenen etwa 70 Bühnenwerken hielten sich die meisten, selbst unterm Namen ›Zarzuela‹, dramaturgisch und stilistisch ans Muster der italienischen Buffa, aber auch der französischen Opéra Comique. Und zwar unabhängig davon, ob sie auf auswärtige Textbücher zurückgehen wie jenes von Scribe, das schon Auber vertont

hatte, *Los Diamantes de la Corona;* oder ob sie auf traditionell spanische Stoffe zurückgehen wie *Jugar con fuego, El Diablo en Poder* und *El Diablo cojuelo,* letzterer nach Velez de Guevaras berühmtem satirisch fantastischem Roman von 1641.

Das Bühnengeschehen

El Barberillo de Lavapiés – Der kleine Barbier von Lavapiés – wurde am 16. Dezember 1874 uraufgeführt; im Teatro de la Zarzuela, Madrid. Das Libretto des dreiaktigen Stücks schrieb Luis Mariano de Larra. Die Handlung, die einige historische Personen und Ereignisse andeutet, spielt in und bei Madrid um 1766, zur Zeit des Bourbonenkönigs Karl III.

I. Akt. In den Pradogärten – unweit von Madrid, bei der Sommerresidenz des Königs – wird ein fröhliches Volksfest gefeiert zu Ehren des Heiligen Eugenio. All die singenden und tanzenden Leute sind guter Dinge, obwohl sie mitbetroffen sind von aktuellen Wirren am Hof: für und wider den unpopulären Minister Grimaldi. Aber wer ist schon Grimaldi – verglichen mit Lamparilla, dem umtriebigen Barbier aus dem Altstadtviertel Lavapiés, der hier und jetzt das Volk ringsum begeistert mit einem renommierlustigen Lied zur eigenen höheren Ehre! Auch die Näherin Paloma ist nicht weit, die ihn herzlich gern mag. Plötzlich wuchert die Palastintrige hinaus in den Park zum feiernden Volk. Don Juan de Peralta und die incognito erscheinende Marquesita Estrella, beide beteiligt am Komplott gegen Grimaldi, werden von Don Luis verfolgt, einem Parteigänger des Ministers. Während Don Juan in der Menge untertaucht, springt Paloma der Marquesita bei, mit der sie lang schon vertraut ist. Einen Unterschlupf verschafft sie ihr bei Lamparilla, zuhaus in Lavapiés. Den Barbier selbst jedoch verwechselt die heranrückende Patrouille mit dem Verschwörer Don Juan und führt ihn ab.

II. Akt. Lamparillas Barbierstube in Lavapiés, gegenüber vom Palast der Herzogin. Die Kunden maulen, weil sie die tölpelhaften Handgriffe der Lehrlinge über sich ergehen lassen müssen. Wo, zum Teufel, bleibt nur der Meister? Da kommt er schon, wohlgelaunt und eloquent wie immer. Doch er rätselt herum, weshalb er so unversehens ins Gefängnis geriet – und ebenso unversehens wieder heraus. Estrella hat ihn heimlich mit Schmiergeld freikaufen lassen, und nun spinnt sie schon wieder weiter am politischen Komplott, eifrig unterstützt von Paloma. Auch die Gegenseite ist nicht müßig. Don Luis bricht herein, hin und her gerissen zwischen höfischer Pflicht und zärtlichen Gefühlen für Estrella. Sie erwidert sie sogar, etwas widerwillig. Gleich darauf rücken die Soldaten an, um die vornehme Verschwörerin in ihrem Palast zu verhaften. Abermals kann sie entschlüpfen, dank Paloma und Lamparilla.

III. Akt. Palomas Schneiderwerkstatt, ebenfalls in Lavapiés. Die Nähmädchen schmollen munter mit dem Schicksal, das ihnen noch immer keine passenden Männer zugespielt hat. Paloma und die Marquesita dagegen haben eher zu viel davon. Denn die ganze Mannschaft der patrouillierenden Soldaten ist unentwegt hinter ihnen her. Und jetzt kommt auch noch Don Luis. Allerdings, er hat inzwischen die politischen Fronten gewechselt wegen seiner Leidenschaft für Estrella, die auch ihrerseits immer mehr für ihn empfindet. Der vierfachen Liebesbeteuerung – zwischen Luis und Estrella, Lamparilla und Paloma – bleibt wenig Zeit. Schon dringen die Soldaten ein und greifen zu. Nur der Barbier kann sich davonstehlen. Er kehrt aber alsbald frohlockend wieder zurück mit der Nachricht: Minister Grimaldi ist gestürzt und durch einen besseren Nachfolger ersetzt. Nun schwebt, umgekehrt, Don Luis als aktiver Anhänger der Verliererpartei in Gefahr. Doch Estrella ist gesonnen, mit ihm in die gewiß nicht allzu lange Verbannung zu gehen. Lamparilla und Paloma bleiben, selbstverständlich, in Lavapiés, wo sie hingehören. Der Herr Barbier, so meint die Schöne süffisant, könne ja künftig schweigend rasieren, damit ihm keine politische Suada entströmt, die ihn werweißwohin trägt. Schweigen aber wäre für Lamparilla eine fast tödliche Maulsperre. Die beredte Musik läßt daran keinen Zweifel.

Wiederbelebung der kulturellen Eigenart

Was in aller Welt hat es auf sich mit diesem vielberühmten *Barberillo?* So mag sich fragen, wer nur eine solche nacherzählte Handlung aufschnappt. Derart flüchtig besehen, muß das Stück unerheblich erscheinen. Trotzdem wurde und wird es immer noch als epochales Ereignis empfunden: im und fürs Spanien des späten 19. Jahrhunderts. Begreiflicherweise. Hierbei sind allerdings die geschichtlichen, zumal die kulturgeschichtlichen Erfahrungen einer Nation zu bedenken, die, nach dem »Goldenen Jahrhundert« ihrer imperialen Macht und Prachtentfaltung, immer wieder fortschreitenden Schwund zu verzeichnen hatte. Damals gipfelte das europäische Barocktheater, Tragödie wie Komödie, in den Werken von Lope, Tirso, Calderón. Zur gleichen Zeit entwarf, für alle Literaturen ringsum, Cervantes im *Don Quichotte* das fortdauernde Vorbild des neuen Romans, konnten Maler vieler Länder aus den Bildern El Grecos und Velasquez' ersehen, wie die Welt sich in neuen Formen und Farben erschließen läßt. Zweihundert Jahre später jedoch ist den Nachbarländern die zeitgenössische spanische Kultur fast unbekannt. Nicht genug damit. Die spanische Kultur selbst lebt großenteils von auswärtigen Impulsen. Sie hält sich – malend, musizierend, dichtend – weithin an fremde Muster, vor allem aus Frankreich und Italien.

Unter derart defizitären Verhältnissen also entsteht die erste Zarzuela neuen Typs. Und sie erteilt dem Defizit die fällige Antwort: im selbstbewußten Triumph der lang vermißten kulturellen Eigen-Art. Die Form dieser ersehnten Antwort freilich fällt unerwartet aus. Sie pocht nicht etwa gravitätisch vorm Hauptportal um Einlaß in den

Palast europäischer Großkunstleistungen. Verschmitzt und sarkastisch vielmehr macht sie sich klein, um über die Hintertreppe hineinzuschlüpfen, die fürs Gesinde vorgesehen ist. Diese erste Zarzuela, das beweist sie allenthalben, spielt auch als ganze die Rolle ihres leichtfüßigen, doch nicht leisetreterischen Titelhelden. Sie treibts wie der Barbier aus Lavapiés (»Wasch-die-Füß«), der den sinnigen Namen Lamparilla (»Nachtlicht«) trägt. Die hochmütigen Machtträger und Dunkelmänner seift sie ein, um ihnen heimzuleuchten.

Neuer Figaro: Kontrastbild zur Opera buffa

Das ganze Stück also macht sich klein. Schon dadurch, daß und wie es die berühmteste aller italienischen Buffo-Opern parodiert. Auf Rossinis *Il barbiere di Seviglia* spielen nicht nur Titel und Hauptheld an, sondern auch noch allerlei Wendungen in dessen Auftrittsnummer: »Lamparilla soy, Lamparilla fui, ... Lamparilla no, Lamparilla si...« Parodistisch wirken auch die Diminutive, die sich in ironischer Ehrerbietung vorm großen Vorbild verbeugen. Nur ein Barbarillo, ein Barbierlein, ist der Hauptheld. Und die dringend hilfsbedürftige Feudalperson, der er, so wie Figaro dem Grafen Almaviva, mehrmals beisteht, erleidet ebenfalls eine Verkleinerung, in Geschlecht und Rang. Es ist eine – scheinbar – schwache Frau mit dem Adelsprädikätchen »Marquesita«. Lauter abgefeimte Selbsterniedrigungen begeht diese Zarzuela, um tief in den Startlöchern Kräfte zu sammeln für ein gewaltiges musikdramatisches Tempo. Das Verfahren erinnert an jene französischen Operetten, die das »klein« schon im Titel führen, wenn sie, wie Hervés *Le petit Faust* oder Lecocqs *Le petit Duc*, erhabene Größen bissig von unten her anspringen.

Barbieri und sein Librettist wagen freilich noch etwas mehr. Was sie, sozusagen stellvertretend, am Figaro-Komplex verüben, ist ein komödiantischer, völlig unpathetischer Akt nationaler Vergeltung und Wiederaneignung. Da hat doch im 18. Jahrhundert – während Spaniens Dramatik dauerhaft im Tiefschlaf lag – der französische Komödiendichter Beaumarchais gewitzt aus Andalusiens malerischem Schauplatz Sevilla gleich zweimal weltliterarisches Kapital geschlagen. Und daraus haben dann auch noch, wenig später, die ebenso gewitzten österreichischen und italienischen Musiker Mozart, Paesiello und Rossini noch größeres Opernkapital geschlagen. Höchste Zeit also, den Figaro-Komplex zurückzuholen nach Spanien. Nun aber nicht ins poetisch verklärte Andalusien, sondern ins handfeste Großstadtgetümmel Madrids. Und zwar dorthin, wo sich der Vulgo besonders verdichtet, ins Altstadtviertel Lavapiés.

Diese restlose Eingemeindung in ein turbulentes urbanes Leben, sie läßt, von Szene zu Szene, den Gegenstand und den Anlaß der Parodie hinter sich zurück. So daß jene berühmten Vor-Bilder alsbald dem Publikum aus dem Blickfeld verschwinden. Gerade hierin liegt die vorbildlose Neu- und Einzigartigkeit dieser Zarzuela: wie ihr

quickes Heldlein Lamparilla auftaucht und untertaucht inmitten unzähliger Stimmen und Leiber, Berufsstände und Lebensläufe der Leute von Madrid. Lamparilla ist ihr Mund, und sie sind seine Ohren – manchmal auch umgekehrt. Er ist der Singular zu diesem Plural, selbst wenn er Extrawege geht, die dann doch immer wieder in den Plural münden. Wenn der plebejische Handwerker Lamparilla, angestiftet durch seine ebenso plebejische Freundin Paloma, der vornehmen Marquesita beispringt, verläßt er scheinbar den Kreis von Seinesgleichen, fort aus der Öffentlichkeit bis ins Gefängnis; doch er wirkt dabei, instinktiv, an einer Verschwörung mit, die letztlich die Lebensverhältnisse auch von Seinesgleichen verbessert.

Madrids Plural gebiert den singulären Klein-Helden

Noch deutlicher ist die musikalische Bindung des singulären Barbiers an den Plural der Leute von Madrid. Schon sein Stimmfach »Buffotenor« läßt nicht zu, daß er sich vom klingenden Durchschnittspegel der Menge entfernt, um mit einzigartigen Selbstdarstellungen zu brillieren. Aber auch die Musikdramaturgie räumt ihm keinerlei Sonderspielraum für Solonummern ein. Etwa nach Art der großen Kavatinen und Arien, die Mozarts und Rossinis Figaro profilieren. Trotzdem prägt auch Barbieris Lamparilla singend sich ein – den Leuten auf der Bühne wie denen im Parkett – als unverwechselbare Gestalt. Merkwürdig genug: just dort singt er am nachdrücklichsten von und aus sich selbst, wo er im Einvernehmen und im Wechselspiel mit dem Chor singt. Gleich die erste Szene entwirft dieses enge Miteinander. Im stürmischen Fahrtwind des kastagnettengepeitschten Orchestervorspiels exponiert sich hier beim Fest im Freien die bunte Menge von Verkäuferinnen und Müßiggängerinnen, Studenten und Flanierern. Erst die Frauen, dann die Männer: jeweils mit einer scharf rhythmisierten Copla, die mitreißend vorwärtsschnellt, indem sie die ungraden Takte gradtaktik betont, noch dazu im Wechsel von Legato und Staccato. Dieser kecke Dialog der Geschlechter spitzt sich noch zu beim Übersprung der ⅝ in ¾. Er kehrt aber, sowie Lamparilla erscheint, zurück zum ursprünglichen Takt, jetzt im gemeinsamen Chor-Refrain mit beschleunigtem Walzertakt. Auch weiterhin bleiben die rhythmischen Verhältnisse spannungsvoll. Während untergründig das Orchester mehrmals Lamparillas gradtaktiges Sechzehntelmotiv präludiert, tauscht er selber mit den Leuten ringsum in deren Takt allerlei Begrüßungsfloskeln. Alle kennen sie den maulflinken Flunkerer. Doch offenbar gehörts zum eingespielten Spiel, daß er wie ein Fremder jedesmal feixend sich förmlich vorstellt. Vorab ein gespreiztes »Hört! Hört!«, das achtungheischend eine neue Tonart herbeimoduliert. Dann trippelt sie heran in hurtigen Sechzehnteln, auf graden, keineswegs kurzen Lügen-Versfüßchen: Lamparillas neueste Lebenslegende. Die Melodie ist geradezu daraufhin angelegt, daß die andern mit strengen Entwurfintervallen nachhaken, wobei sie ihr Verhör ebenso lustvoll zelebrieren wie Lamparilla seine Flunkerei. ER: »Ich war Page bei 'nem Bischof und

auch Stift bei 'nem Pedell –« CHOR: »'nem Pedell?« ER: »'nem Pedell, ich war Stift bei 'nem Pedell.« Und sie lechzen geradezu nach seinem selbstverzückten schaukelnden %-Refrain, um sich begeistert hineinzuschwingen: »Lamparilla soy, Lamparilla la fui…« So wissen und so singen sie es: dieser kleine Barbier von Lavapiés ist, der er war, der er sein wird – unsereiner!

Wo die Altstadt tanzt, rutscht die Soldateska aus

Solches Einvernehmen bliebe ein lokalpatriotisch kleinbürgerliches Idyll, ohne dramatische Spannung, würde Barbieri es lediglich vielstimmig ausmalen als etwas, das nun mal vorhanden ist. Er tut aber gerade das Gegenteil. Szenen wie diese stellen das Einvernehmen hörbar und sichtbar überhaupt erst her. Immer wieder neu und jeweils anders: in lebhaftem Widerspiel von Stimmen, Rhythmen, Klängen, von Bewegungen und Gebärden. Und das spannungsvoll herbeigeführte Einvernehmen wächst noch beträchtlich, wenn es, unter feindlichem Druck von außen, als streitbare Solidarität hervorbricht. Jedesmal gilt es da, die bedrohlich anrückenden Wachsoldaten abzuwehren, abzulenken, oder unbekümmert über sie hinwegzusingen. So geschiehts in der turbulenten Eröffnungsszene des II. Akts. Während auf der Straße die Soldaten, dräuende Bässe, schwerfällig heranmarschieren, kabbeln sich drinnen, mit geschmeidigeren Tenorstimmen, die Kunden und Barbiergesellen wegen des verschwundenen Lamparilla. Je näher die Patrouille dem Friseurladen rückt, desto schroffer der rhythmische Wechsel zwischen den Chören draußen und drinnen – bis plötzlich Lamparilla hereinhüpft und mit einigen Jota-Takten die erregten Wogen eher noch aufrührt als glättet. Wozu? Um eine schnurzfidele Polkamelodie daherzuträllern, mit einem so lässigen Gestus, daß der Überdruck von Gefahr verpufft. Wortreich klärt Lamparillas Liedchen alles und nichts: daß er ebenso ahnungslos dem Knast entkam wie er hineingeschlittert war. Die andern aber, Kunden und Barbiergesellen, sind nicht etwa enttäuscht über die unheroische Auskunft. Angetan sind sie vom unerschütterlichen Gestus der Melodie. Prompt stimmen sie ein und überstimmen damit, in schnöder Mißachtung, die wuchtigen Wachsoldaten.

Wenig später, in Nummer 9, triumphieren Lamparilla und seine Freunde abermals über die Uniformierten. Hier entfesseln sie alle guten Geister von Madrid und Umland: ungestüme Seguidillas aus der Mancha, die als Tanzlieder längst heimisch geworden sind im Großstadtwirbel. Der Orchestervorlauf, heftig staccatiert und durch Bandurria-Lauten klanglich verschärft, wirkt wie ein Katapult für Lamparillas Strophe über die Macht von Cupido. Besetzt – so der Text – hat der kleine Liebesgott just den Tempel des gewaltigen Kriegsgottes Mars. Wer mag dann umgekehrt – so das unausgesprochene Fazit – die degenerierten heutigen Söhne des Mars erdulden: hier in Lamparillas Barbiertempel? Hier, wo, strikt zivil, außerm seifigen Handwerk nur Liebeleien herrschen und Klatsch und Gesang? Wenn nun also die Soldaten schon

wieder anrücken und wenn sie mit ihrem steifen, schleppenden Motiv die überschwenglichen Seguidillas bremsen, dann heißts, ihnen schleunigst Paroli zu bieten. Listig und behend wie Cupido. So verfällt Lamparilla samt Freunden, vorerst entgegenkommend, ins gleiche Taktmaß der Soldaten. Doch dann übernehmen sie unversehens das musikalische Kommando: indem sie hurtig deren gravitätisch gestreckte Takte in der Oberstimme besetzen mit doppelt so vielen Tonschritten. Dieses flinkere Tempo, im nämlichen Metrum, ermöglicht den neuerlichen Anlauf für die Seguidillas. Dann gehts erst richtig los. Nicht fair, aber erquickend: drei gegen eins. Lamparilla und Chor und Orchester, vereint im Furor der Seguidillas, fegen hinweg über den schwer bewaffneten Gegner. Der kann nur noch aus dem Takt geraten und die eigenen Töne verlieren.

Die früheren Komödien und Opern um Figaro spielten vornehmlich in wohnlichen Innenräumen zwischen gepflegten Möbeln. Seis gutbürgerlich im Haus des Dr. Bartolo, seis feudal im Schloß des Grafen Almavova. Intimität war Voraussetzung, um mit allerlei verzwickten Intrigen eben diese Intimität zu verletzen. Der dramatische Schauplatz des *Barberillo* dagegen ist durchweg öffentlich, drinnen wie draußen. Egal, ob in Lamparillas Barbierstube und Palomas Schneiderwerkstatt die Kunden sich mit den Angestellten mischen oder ob in den Pardogärten die bunte Menge sich festlich tummelt. Alle – außer den Handlangern der Obrigkeit – können und sollen hier mitkriegen, was alles passiert. Denn das Schicksal von Dieser und Jenem ist im großen Ganzen von Lavapiés und Umgebung das Schicksal von Jeder und Jedem. Sogar die gefährliche Verschwörung läuft zeitweilig coram publico ab; in einer Gegend, wo Näherin und Marquesita einander persönlich so nah sind wie ihre sehr unterschiedlichen Behausungen einander benachbart.

Paloma, die Näherin: Taube der Straßen und Plätze

Nicht nur Lamparilla begreift sich und äußert sich als – durchaus eigenwilliger – Teil der Lebewesen, Plätze und Gebäude von Madrid. Genauso seine Freundin Paloma, gleich in ihrem Auftrittslied (Nr. 2), wenn auch sie sich genußvoll all den andern vorstellt, die sie von jeher schon kennen und mögen. Ihr mitreißender Zapateado, rhythmisch der Mazurka nah, pocht mit Stimme und Fußhacken darauf, woher Paloma stammt. Nicht etwa aus welcher Familie, sondern wo in der Stadt sie, wie ein Flüßchen, entsprungen ist: in der Calle de la Paloma, die ihr immerzu Namensgeberin und Patin blieb. Paloma, die Taube der Straßen und Plätze, läßt sich jetzt hochschwingen in ihrem weitbögigen und triolenreichen Refrain von Klarinette, Fagott und Kastagnetten, bis der Schwarm all der andern ringsum chorisch ebenfalls abhebt. Später dann singt die gleiche Paloma, unisono mit ihren Nähmädchen in der Werkstatt, die Romanze vom Vöglein in der Bluse jeder Frau, das den »diablos hombres« entgegenzuckt (Nr. 11). Diese verführerische Melodie, im gleichen Dreivierteltakt wie

Palomas Zapateado, bekundet hier nun chorisch das Selbstbewußtsein der plebejischen Frauen von Lavapiés. Der Text der Strophe zwar lockt das stärkere Geschlecht mit zärtlicher Ergebenheit. Doch der Refrain, mit seinen mehrstimmigen Terz-Piepsern des Vögleins, verwandelt sie flugs in aufrührerische Regungen.

Paloma ist es schließlich auch, die den beiden Ausnahme-Aristokraten eine ausdrucksvolle Klangsprache nahebringt. Sie haben sie bitter nötig. Denn so, wie Estrella und Don Luis einander um- und ansingen, entstellen sie ihre persönliche Vitalität. Als sei Leidenschaft ihnen ein Fremdwort, buchstabieren sie die leidenschaftliche Eloquenz von Verdi-Figuren nach: wie einen verordneten Stil, den die Konvention erheischt bei feurigen Gelegenheiten (Nr. 7). Barbieri nun führt vor, wie jene überzüchteten Feudalen sich allenfalls dort zu eigenem Ausdruck befreien, wo sie sich musikalisch entzünden an den plebejischen Personen. Weniger bei Don Luis gelingt es als bei Estrella: im mitreißend mitgerissenen Bolero-Duett, das Paloma ihr entlockt (Nr. 13). Erfüllt vom Rhythmus der Straßen und Plätze, fordert da die kräftige Näherin der zarten Aristokratin kräftig zarte Töne ab, die nicht untergehen in auferlegter, vorgestanzter Rhetorik.

Dramaturgischer und sozialer Grundriß der Zarzuela

Markant genug zeigen sich nun bestimmte Eigenarten: nicht allein des *Barberillo de Lavapiés,* sondern auch der neuen Spielart von Zarzuela, die er entwirft. So, wie hier die szenischen und die musikalischen Gewichte verteilt sind, deutet sich ein allgemeiner Grundriß der Gattung an. Einerseits unterscheidet sie sich, erheblich, vom Herkommen des klassischen spanischen Schauspiels. Andrerseits unterscheidet sie sich, nicht ganz so erheblich, vom zeitgenössischen Stand des europäischen Musiktheaters. Und hierbei strikter von den individual-dramatischen Verhältnissen sowohl bei Verdi wie bei Wagner, als von den kollektiv-dramatischen Verhältnissen in slawischen Volksopern oder in Operetten. Die musikalische Dramaturgie des *Barberillo* und andrer Zarzuelas besagt: Unverfälscht leben und sprechen, singen und tanzen fast nur die Leute unterhalb der Oberklassen. Von ihnen überwiegend handelt der szenische Hergang. Und ihr Blick auf den szenischen Vorgang gibt den Ausschlag, auch fürs Publikum. Er erweist sich als triftig und verbindlich, weil weder eigensüchtig private Gesichtspunkte ihn lenken noch unersichtliche Weltanschauungen. Es ist ein Blick mit vielen Augen, der sich aus vielen Mündern sich bekräftigt: der Blick des Chors. Der Chor aber leistet weit mehr als die schiere Resonanz dessen, was hervorragende Einzelne besser und schärfer schon gesehen und geäußert hätten. Hier ragen die Einzelnen gerade nicht hervor. Vom Plural des Chors gehen sie aus und kehren, reicher und vielfältiger, zu ihm zurück.

Handlungen, Blicke und Stimmen der höheren sozialen Klassen sind damit nicht von vornherein ausgeschlossen. Doch sie sind stark eingeengt und können nur mit

fragwürdiger Geltung rechnen. Lamparillas wie auch Palomas Umgang mit denen, die von Geburt mächtiger und vornehmer sind, offenbart, wie die Dinge liegen. Unverzichtbar für die Marquesita ist der Beistand des Barbiers und der Näherin. Sie erhält ihn: freundschaftlich, aus freien Stücken. Also keineswegs im Dienst und subaltern. Insofern entpuppt sich der Held dieser Zarzuela als emanzipierter, eigenständiger Grazioso. Lamparilla ist ein lustiger, leichtsinniger Kerl, aber ernst zu nehmen. Einst, in vielen Dramen von Lope und Calderón, war der komische Grazioso als dienender Handlanger seinem feudalen Herrn beigegeben, dem allein das dramatische Handeln zustand. Jetzt, in der neuen Zarzuela, kann er, falls er Lust dazu hat, irgendwelchen feudalen Damen und Herren aktiv beispringen. Aber nur jene, die ihm nichts zu sagen haben, sagen ihm zu. Da macht er mit: wenn sie wieder mal nicht weiter kommen mit dem Handeln; und wenn sie, sich selbst entfremdet, drauf und dran sind zu verstummen.

Wolfgang Stürner

Technik im Mittelalter

Von den Ursachen ihres Aufschwungs

Die technische Entwicklung nahm im mittelalterlichen Europa, insbesondere während des Hoch- und Spätmittelalters, einen erstaunlichen Aufschwung. Erfindungen wie die mechanische Uhr oder die Brille, die rasche Einführung des Kompasses, Neuerungen in der Schiffsbautechnik, die weite Verbreitung und vielseitige Anwendung des Wasserrades in Getreidemühlen, Sägen, Hammerwerken oder Pumpen, die Entwicklung der mit Schießpulver geladenen Kanone, des Buchdruckes oder des Gußeisen produzierenden Hochofens zeigen beispielhaft, mit welcher Intensität und mit welcher Begeisterung diese Zeit nach technischen Neuerungen suchte, sie aufnahm und benutzte. Alles spricht dafür, daß Europa etwa seit der Mitte des 14. Jahrhunderts auf technischem Gebiet den ersten Rang in der damaligen Welt einnahm. Während Byzanz auf diesem Felde sichtlich schon seit dem 8. Jahrhundert zurückfiel und die entsprechenden Aktivitäten der islamischen Welt seit dem 12. Jahrhundert stagnierten, überholte Europa im 14. Jahrhundert offenbar schließlich auch China. So scheint die Entfaltung der Technik im Mittelalter eine wichtige Voraussetzung für das frühneuzeitliche Ausgreifen Europas über die Meere und für dessen künftige Führungsstellung in der Welt geschaffen zu haben.

Die Forschung beschäftigt sich mit der mittelalterlichen Technik ernsthaft erst seit dem Anfang der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts,[1] und nach den Gründen für deren so eindrucksvolle und erfolgreiche, aber doch auch überraschende Entwicklung begann man eingehender sogar erst nach dem Zweiten Weltkrieg zu fragen.[2] Franz Schnabel, einer der ersten, der sich mit dem Problem beschäftigte, hob 1952 in einem knappen Überblick[3] vor allem »die ursprüngliche, nicht weiter ableitbare Begabung der abendländischen Nation« hervor, die im Mittelalter langsam gereift sei – eine Erklärung, die man kaum wird übernehmen wollen. Eine besonders starke Affinität des Abendlandes schlechthin zur Technik läßt sich schon methodisch gewiß schwer

[1] Zum Stand der Forschung siehe *L. White,* Medieval Religion and Technology. Collected Essays, Berkeley – Los Angeles – London 1978; *ders.,* Die mittelalterliche Technik und der Wandel der Gesellschaft, München 1968; *J. Gimpel,* Die industrielle Revolution des Mittelalters, Zürich – München 1980.

[2] Dazu *J. H. J. van der Pot,* Die Bewertung des technischen Fortschritts. Eine systematische Übersicht der Theorien, Maastricht 1985, S. 60–117, vgl. S. 30–60.

[3] *F. Schnabel,* Der Aufstieg der modernen Technik aus dem Geiste der abendländischen Völker, in: 75 Jahre Otto-Motor, Köln 1952, S. 39–72; vgl. *R. Sonnemann* (Hrsg.), Geschichte der Technik, Leipzig 1978, bes. S. 137f., zum marxistischen Ansatz.

aufzeigen; sie erscheint zudem für die Epoche des Mittelalters angesichts der doch zweifellos beachtlichen Leistung der Antike oder des Islam auf diesem Felde und vor allem angesichts der führenden Stellung, die China bis ins 14. Jahrhundert hinein bewahrte,[4] zumindest recht unwahrscheinlich.

Größeres Gewicht hat zweifellos Schnabels auch in anderen, etwa marxistischen Darstellungen wiederkehrender Hinweis auf die hoch- und spätmittelalterliche Stadt, die technische Begabung auf mannigfaltige Weise gefördert habe, durch ihre freien Institutionen und vielfältigen Aktivitäten, durch den Wettbewerb ihrer Bewohner, die Anregungen von außen wie die Anstöße aufgrund innerstädtischer Bedürfnisse, die Verbindung von wissenschaftlichem Geist und bürgerlichem Gewerbe. Freilich müßten die Eigentümlichkeiten gerade der mittelalterlichen Stadt des Abendlandes im Vergleich mit den Städten anderer Kulturkreise noch schärfer erfaßt und zwingender mit der technischen Entwicklung verbunden werden, damit ihre Struktur als wesentliche Voraussetzung für das Aufblühen der mittelalterlichen Technik anerkannt werden könnte. Einstweilen stimmt es jedenfalls recht bedenklich, daß in den mittelalterlichen Quellen als Förderer und Nutzer technischer Neuerungen vor allem Bischöfe, Äbte oder Adlige hervortreten. Von Geistlichen stammen die ersten begeisterten Schilderungen der Technik und ihrer Möglichkeiten, von dem Franziskaner Roger Bacon († um 1292) etwa oder dem Dominikaner Giordano von Pisa (um 1306), und die Erbauer neuer technischer Geräte, von Uhren oder astronomischen Instrumenten, waren gleichfalls häufig Geistliche wie Richard von Wallingford, der Abt von St. Albans bei London († 1335), oder Jean Fusoris († 1436), der Pariser Domherr. Andere lebten als Ärzte und Astrologen in fürstlichem Dienst und betätigten sich dort oft zugleich als Kriegsingenieure wie Peter von Maricourt (um 1269), Guido da Vigevano († 1335), Conrad Kyeser († 1405) oder Henri Arnault († 1461).[5]

Man darf sicherlich annehmen, daß es neben diesen Männern auch eine ganze Reihe von Erfindern aus der Handwerkerschicht der Städte gab, die wir nicht kennen, weil sie weder selbst schriftlich über ihr Tun zu berichten vermochten, noch das Glück hatten, einen Chronisten zu finden. Dennoch scheint die städtische Umgebung nicht entscheidend für die Entwicklung technischer Neuerungen gewesen zu sein. Viele Zunftordnungen suchten denn auch aus Sorge um das wirtschaftliche Wohl ihrer Mitglieder vor allem gleiche Arbeitsbedingungen für sie alle zu gewährleisten und hinderten so geradezu einen Innovationen herbeiführenden Wettbewerb unter ihnen. Die städtische Führungsschicht der Kaufleute verdiente ihren Reichtum im Handel aufgrund ihrer genauen Kenntnis günstiger Rohstoff- und Absatzmärkte und ihrer Risikobereitschaft. Solange ihr aufgrund des Bevölkerungswachstums und des

[4] *J. Needham,* Science and Civilization in China, Cambridge 1961–1965.

[5] *L. White,* Medical Astrologers and Late Medieval Technology, in: Viator 6 (1975), S. 295–308, abgedruckt in: *ders.,* Medieval Religion (wie Anm. 1) S. 297–315.

konstanten Zustroms vom Land in die Stadt genügend billige Arbeitskräfte zur Verfügung standen, hatte auch sie im allgemeinen eigentlich keinen besonderen Anlaß, den technischen Fortschritt zu fördern – und dies blieb im wesentlichen so bis zu dem Ende des 14. Jahrhunderts einsetzenden Arbeitskräftemangel und Lohnanstieg.

Angeregt von Max Webers Thesen über den Zusammenhang von protestantischer Ethik und Kapitalismus, wies Franz Steinbach auf eine andere Lösung unserer Frage.[6] Er stellte die dem Christentum eigentümliche Arbeitsethik heraus, nach der, anders als bei den Hochkulturen der Antike, Arbeit ein Gebot der Nächstenliebe, ein Weg zum gottgefälligen Leben gewesen sei. Diesen Ansatz präzisierte Ernst Benz in den sechziger Jahren.[7] Nach seiner Auffassung begünstigte das Christentum die Entwicklung der mittelalterlichen Technik in entscheidender Weise, zunächst weil es Gott als den Schöpfer vorstellte, der leicht auch als Künstler oder Architekt gedeutet werden konnte. Der Mensch, nach Gottes Bild geschaffen und zur Mitarbeit an seinem Werk gerufen, mußte sich deshalb in besonderer Weise auch zum technisch-künstlerischen Wirken aufgefordert und berechtigt fühlen. In die gleiche Richtung wirkte nach Benz der biblische Befehl an die Menschen, sich die Erde untertan zu machen. Die Natur war für die Christen danach nicht länger, wie für die meisten anderen Religionen, Heimat von Göttern oder göttlichen Kräften und als solche Gegenstand religiöser Scheu, sie wurde desakralisiert.

Benz' Ansatz fand grundsätzliche Zustimmung, nicht zuletzt bei dem führenden amerikanischen Technikhistoriker Lynn White.[8] White gab jedoch zu bedenken, daß die Christenheit des Ostens, des byzantinischen Reiches, trotz allem seit dem ausgehenden 7. Jahrhundert in ihren technischen Anstrengungen erlahmte. Er schloß daraus, daß die von Benz hervorgehobenen Züge nicht typisch für das Christentum generell seien, sondern sich vor allem im Westen durchgesetzt hätten. Während in der griechischen Theologie und im östlichen Mönchtum die Inspiration und eine eher passiv-kontemplative Haltung überwogen, sei für die Theologie und Frömmigkeit des lateinischen Westens die Betonung des Willens, der Aktivität kennzeichnend, für die westlichen Orden insbesondere auch die Handarbeit und damit die Einbeziehung der Technik. Die besondere, in der lateinischen Kirche des Mittelalters verwirklichte Form des Christentums hätte demnach eine spezifische Offenheit dieser Kirche für die Welt der Technik hervorgerufen und so deren Aufstieg begründet.

Dieser These ist bislang nirgends ernsthaft widersprochen worden. Aber läßt sie sich tatsächlich halten? Stand die mittelalterliche Kirche des Westens der Technik

[6] *F. Steinbach,* Geburtsstand, Berufsstand und Leistungsgemeinschaft, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 14 (1949), S. 35–96, abgedruckt in: Collectanea Franz Steinbach, Bonn 1967, S. 811–865, bes. S. 825–841.

[7] *E. Benz,* I fondamenti cristiani della tecnica occidentale, in: Atti del colloquio internazionale su »Tecnica e casistica«, Rom 1964, S. 241–263.

[8] Vgl. bes. *L. White,* Cultural Climates and Technological Advance in the Middle Ages, in: Viator 2 (1971) S. 171–201, abgedruckt in: ders., Medieval Religion (wie Anm. 1) S. 217–253.

tatsächlich mit der hier behaupteten, die technische Entwicklung geradezu stimulierenden Aufgeschlossenheit gegenüber?

Wendet man sich, um darüber Klarheit zu gewinnen, der Geschichte dieser Kirche zu, so stößt man bald auf praktische kirchliche Beziehungen zur Technik. Als der wichtigste Grundbesitzer neben Königtum und Adel mußte sich die Kirche früh mit der Entwicklung der Agrartechnik auseinandersetzen. Dabei übernahmen gerade die großen Benediktinerabteien neue Methoden offensichtlich schnell und bereitwillig. Im 12. Jahrhundert knüpfte der Zisterzienserorden nicht nur energisch und außerordentlich erfolgreich an diese Tradition an, er widmete sich mit dem gleichen Eifer und Einfallsreichtum auch ganz anderen Gebieten wie etwa der Eisenproduktion – die erste Erschließung der Eisenerzlager in Lothringen und in der Champagne scheint vorwiegend sein Verdienst gewesen zu sein.[9]

Aber natürlich richtete sich das Interesse der Kirche mit Vorliebe auf jene Felder, wo die Technik unmittelbar für das geistliche Leben Bedeutung gewann, in Gottesdienst und Liturgie, beim Bau und Ausschmücken der Gotteshäuser, beim Fertigen wertvollen Kirchengeräts.

Es gab also durchaus eine gewisse Aufnahmebereitschaft und Aufgeschlossenheit bestimmter kirchlicher Gruppen gegenüber der Technik, vor allem insofern sich diese in den Dienst spezifisch kirchlicher Aufgaben stellen ließ –, es gab sozusagen eine bedingte Offenheit, aber wohl doch keine besonders auffallende und generelle Förderung dieses Bereichs durch die Kirche an sich, und bei näherer Betrachtung des kirchlichen Selbstverständnisses ist dies eigentlich auch kaum zu erwarten.

Der hohe Klerus des Mittelalters stammte ja in aller Regel aus dem Adel und stand schon deshalb vielfach, ähnlich wie die Führungsschichten der Antike, der Handarbeit innerlich fern, ablehnend, ja sogar mit Verachtung gegenüber. Sie gehörte zu den Pflichten der Masse, der niederen, unfreien Schichten, die Gott nach einem häufig zitierten Wort Isidors von Sevilla als Folge des Sündenfalls der Leitung der Herrschenden unterworfen hatte. Eben diese distanziert-ablehnende Haltung aber mußte notwendig auch der Technik gelten, da diese sich im Mittelalter fast ausschließlich aufgrund besonderer handwerklicher Geschicklichkeit, der Auswertung praktischer Erfahrungen und Beobachtungen weiterentwickelte. Dazu kommt, daß die christliche Theologie von Anfang an, Aussagen etwa der Bergpredigt folgend, das Streben nach dem jenseitigen Heil der Seele als die zentrale menschliche Aufgabe herausstellte, die Sorge um das irdisch-körperliche Wohl, um die greifbar konkreten Dinge dieser Welt dagegen als zweitrangig bezeichnete, ja teilweise sogar als vom eigentlichen Ziel der Christen ablenkend verurteilte. Für die Kleriker, denen Gott selbst den alles andere an Gewicht weit überragenden Bereich des Geistlich-Spirituellen anvertraut, die Verant-

[9] *R. Sprandel,* Das Eisengewerbe des Mittelalters, Stuttgart 1968, S. 34–52, 89–92, 359–362, vgl. Die Cistercienser. Geschichte, Geist, Kunst, hrsg. von *A. Schneider,* Köln 1974.

wortung für das Seelenheil der Gläubigen übertragen hatte, ergab sich aus dieser klaren Wertordnung in besonderer Weise die Verpflichtung, sich auf weltlich-diesseitige Angelegenheiten so wenig wie möglich einzulassen.[10]

Das Körperliche war demnach nur wichtig, sofern es dem Geistlichen dienen konnte, und die Natur erhielt Wert vor allem als Symbol für Gottes Willen, insofern sie Hinweise auf die eigentliche, jenseitige Wahrheit zu geben vermochte. Diese höhere Bedeutung der natürlichen Dinge, des Lichts oder der Gestirne, aufzuzeigen, war das Ziel der Genesis-Interpretation Bedas oder des Scotus Eriugena.[11] Dementsprechend konnten auch Arbeit und technische Betätigung allenfalls dann Sinn erlangen, wenn sie sich in irgendeiner Weise auf Gott zuordnen ließen.

Freilich finden sich in der Bibel durchaus auch deutliche Ermahnungen zur Arbeit. So gebietet etwa Paulus: Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen (2. Thessal. 3,10). In der Tat nahm das abendländische Mönchtum gerade dieses Wort sehr früh auf, um die Verpflichtung zu körperlicher Arbeit für den eigenen Unterhalt wie für den der Mitmönche oder der Armen zu begründen. Bei Benedikt von Nursia († um 560) gewann die Handarbeit dann noch eine zusätzliche, eigene Bedeutung. Der Müßiggang – so seine Überzeugung – war der Feind der Seele; vor allem deshalb sollten die Brüder neben dem Studium des Gotteswortes körperlich arbeiten. Die Handarbeit diente hier also der asketischen Lösung von der Welt, der Annäherung der Seele an Gott. Sie erschien geradezu als ein Mittel zum jenseitigen Heil.[12] Damit war eine eindeutig positive christliche Deutung der Arbeit formuliert, die sich, obgleich nur allmählich die klösterliche Wirklichkeit prägend und immer wieder verdrängt und vergessen, doch neben der eher negativen Sicht behauptete. Auch sie urteilte allerdings von der Autorität des Apostels bzw. vom überragenden jenseitigen Lebensziel her.

Immerhin erhielt die positive Beurteilung handwerklich-technischer Betätigung im 12. Jahrhundert neue Fürsprecher. Der wohl vorwiegend mit Regensburg verbundene Theologe Honorius Augustodunensis († nach 1130) und besonders eindrücklich der in Paris wirkende Augustiner-Chorherr Hugo von St. Viktor († 1141) reihten die Technik unter die weltlichen, auf die Glaubenswahrheit hinführenden Wissenschaften ein. In seinem weitverbreiteten Unterrichtswerk »Didascalicon« führte Hugo die Mechanik als einen der vier Hauptbereiche der Philosophie an und zählte zu ihr neben der Medizin das Handwerk und technisch-künstlerische Tätigkeiten. Wie die anderen Zweige der Philosophie galt ihm auch sie als ein »remedium«, ein Heilmittel gegen die

[10] *W. Stürner,* Peccatum und potestas. Der Sündenfall und die Entstehung der herrscherlichen Gewalt im mittelalterlichen Staatsdenken, Sigmaringen 1987, S. 97, 120, 123 (zu Isidor), S. 65 f., 132–134, 151 f., 156 f. (das Spirituelle als kirchliche Aufgabe).
[11] *A. Nitschke,* Naturerkenntnis und politisches Handeln im Mittelalter, Stuttgart 1967, S. 62–79.
[12] Benedicti Regula c. 48, 1–8, ed. *R. Hanslik,* CSEL 75, Wien 1960, S. 114–116.

Übel, denen das menschliche Leben auf dieser Erde nach dem Sündenfall ausgesetzt war, stellt sie dem mit ratio und Erfindungskraft begabten Menschen doch die Mittel zur Erhaltung seiner äußeren Existenz bereit. Sie heftet ihr Augenmerk jedoch – und hier lenkt Hugo in traditionelle Bahnen zurück – allein auf das irdische Dasein und bleibt deshalb an Wert letztlich hinter der Ethik und den Wissenschaften der Theorica zurück, die den Menschen Tugend und göttliche Wahrheit lehren.[13]

Hugos Meinung beeinflußte seine Mit- und Nachwelt außerordentlich. Sie übernahm meist auch seinen grundsätzlichen Vorbehalt. So verhält es sich ganz eindeutig bei Albertus Magnus († 1280) und Thomas von Aquin († 1274), für die Handwerk und Technik, bei aller Anerkennung ihres Nutzens, ihrem Wesen nach doch dem höherwertigen handelnden Wirken untergeordnet waren und zudem die Seele von ihrem eigentlichen jenseitigen Ziel auf das Stofflich-Materielle hin abzulenken drohten.

So bleibt die positive Bewertung der Technik grundsätzlich überlagert von den alten kirchlichen Bedenken und Einschränkungen, nimmt die Technik in einer zuletzt in Gott mündenden Hierarchie der Werte einen eher untergeordneten Platz ein. Zudem gibt es ihr gegenüber von geistlicher Seite nach wie vor die Haltung der Geringschätzung und blanker Mißachtung. Diese ablehnende Sicht formulierte im 12. Jahrhundert am schärfsten wohl der hochgebildete und als Geschichtsschreiber berühmte Bischof Otto von Freising in seiner vielzitierten Beschreibung der oberitalienischen Städte. Dort sei es üblich, so stellte er entrüstet fest, in hohe Ämter sogar irgendwelche Handwerker der verachtenswerten mechanischen Gewerbe zu berufen, die man sonst wie die Pest von jeder ehrenvollen und freieren Betätigung vertreibe.[14]

Unsere Bilanz legt es wohl nicht gerade nahe, in einer besonderen westlichen Ausformung des Christentums die Ursache für die so eindrucksvolle Entfaltung der Technik im Verlauf des Mittelalters zu sehen – zumal, und das scheint mir ein wichtiges zusätzliches Argument, dieser Prozeß wahrhaft erstaunliche Dynamik eigentlich erst seit dem 12. Jahrhundert gewann, also nach Jahrhunderten einer schon vom lateinischen Christentum geprägten abendländischen Geschichte. Wie aber läßt sich dann der in jener Epoche einsetzende beschleunigte Aufschwung der Technik verstehen?

Vielleicht helfen hier einige bisher übergangene Stimmen weiter, die eben damals eine von der geschilderten Grundhaltung abweichende, neue Anschauung vortrugen. Zu ihnen gehört etwa Johannes von Salisbury († 1180), am Ende seines Lebens Bi-

[13] Hugo von St. Viktor, Didascalicon I 8 f., VI 14, hg. von *Ch. H. Buttimer,* Washington 1939, S. 15–17, S. 130–132; vgl. dazu und zum Folgenden *P. Sternagel,* Die artes mechanicae im Mittelalter. Begriffs- und Bedeutungsgeschichte bis zum Ende des 13. Jahrhunderts, Kallmünz Opf. 1966, S. 62–75, S. 85–112.
[14] Otto von Freising, Gesta Frederici II 14, hg. von *F.-J. Schmale,* Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe 17 (1974) S. 308.

schof von Chartres. Ihn beschäftigte in seiner 1159 unter dem Namen »Policraticus« veröffentlichten Schrift die Frage nach der gerechten, Gottes Willen entsprechenden Ordnung der Gesellschaft. Sie schien ihm dort verwirklicht, wo sich alle gesellschaftlichen Gruppen nach dem Vorbild der Natur zu einem körpergleichen Ganzen fügten. Wie in jedem natürlichen Organismus kam nach seiner Auffassung auch im Staatskörper allen Gruppen als seinen Gliedern ohne Ausnahme ein eigenständiger Wert zu. Sie alle durften deshalb einen je eigenen Platz beanspruchen und erwarben sich durch ihr Tun gleicherweise die »incolumitas vitae« und die »beatitudo«, das jenseitige Heil. Dies galt durchaus und gerade auch für die handwerklich-technisch wirkenden Stände. Zwar rechnete Johannes die in den »artes mechanicae« Tätigen noch immer der unteren, dienenden Gesellschaftsschicht zu. Zugleich aber betonte er energisch ihre zentrale Bedeutung für das Staatsganze: Ohne das ihnen von Gott zugewiesene spezielle Amt, ohne ihre Sorge um die lebensnotwendigen Güter könnte, so seine Meinung, die Gemeinschaft nicht bestehen.[15]

Kurz zuvor, um 1125, hatte Theophilus, wahrscheinlich ein Mönch aus dem Kloster Helmarshausen an der oberen Weser und offenbar ein fundierter Kenner technischer Verfahren insbesondere auf dem Gebiet der Metallurgie, das erste große selbständige mittelalterliche Technik-Fachbuch abgeschlossen. Im Vorwort begründete er seine Hinwendung gerade zur Technik damit, daß der Mensch von Gott einen Teil der göttlichen ratio und des göttlichen ingenium verliehen bekommen habe und daß ihm diese besondere Würde auch nach dem Sündenfall geblieben sei. Er habe also auch die besondere Befähigung zu jedweder technisch-künstlerischen Tätigkeit, die »totius artis ingeniique capacitas«, gewissermaßen als ein Erbe zu Erbrecht von Gott erhalten. Seine Pflicht als Christ sei es deshalb, den von Gott erlangten Schatz nicht zu verbergen, sondern ihn zu nutzen und zu mehren, wie im biblischen Gleichnis von den anvertrauten Talenten gefordert. Ein Zeichen von Faulheit und Torheit wäre es hingegen, das von Gott Ererbte zu vernachlässigen. Aus demselben Grunde fühlt sich der Autor verpflichtet, das, was er an besonderer technischer Kenntnis und Begabung umsonst von Gott empfing, auch umsonst, durch sein Lehr- und Fachbuch, an andere, ebenso Begabte weiterzureichen, um sie zu gleichem, Nutzen wie Freude bringenden Tun anzuregen.[16] Die Überzeugung vom gottgewollten und unmittelbaren Eigenwert aller Bemühungen auf dem Felde der Technik sprach dann im 13. Jahrhundert sehr offen der Franziskaner Roger Bacon aus, der die Experimentierfreude und Erfindungsgabe der Ingenieure rühmte und in begeistertem Vertrauen auf die Möglichkeiten der Technik und mit großer Gewißheit den Bau motorgetriebener Wagen und

[15] Johannes von Salisbury, Policraticus V 2, VI 20, hg. von *C. C. J. Webb*, London 1909, S. 282f., S. 58f.
[16] Theophilus, De diversis artibus (The Various Arts) I Prolog, hg. mit engl. Übers. von *C. R. Dodwell*, London – Paris – New York 1961, S. 1–4.

Schiffe, von Flugapparaten und Lastaufzügen prophezeite und damit theoretisch schon viele Projekte Leonardo da Vincis vorwegnahm.[17]

Die Genannten geben übereinstimmend der Technik einen eigenen, durch keine Unterordnung eingeschränkten, sondern unmittelbar aus Gottes Willen gerechtfertigten Rang. Dabei spielen für sie offensichtlich die von Benz herausgestellten Wesensmerkmale des Christentums keine zentrale Rolle. Vor allem steht für sie nicht die Natur als Objekt menschlichen Tuns im Vordergrund, das technisch zu beherrschen und umzugestalten der Mensch vor Gott berechtigt sei. Sie argumentieren vielmehr gerade vom Geschaffenen her, entdecken und schätzen die Besonderheit und Eigenart der Geschöpfe, sei es wie bei Theophilus das individuelle technische Talent, oder wie bei Johannes von Salisbury die Tätigkeit der handwerklich-technisch wirkenden Stände insgesamt.

Hier scheint sich ein neuer Sinn für die konkrete Wirklichkeit und ihren eigenen Wert und Nutzen zu offenbaren. Er richtet sich in unseren Beispielen auf die eigene Person und überhaupt die menschlichen Gaben sowie auf die Gesellschaft und ihre Ordnung. Für unseren Zusammenhang wichtig ist es jedoch, daß er sich in eben jener Zeit, in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts, auch zeigt, wo Menschen sich mit der Natur auseinandersetzen. Wie Theophilus seine Begabung und Johannes die Eigentümlichkeiten im Aufbau der Gesellschaft erkannte und schätzte, so sahen ihre Zeitgenossen mit offenem und scharfem Blick den Eigenwert der Natur und die in ihr steckenden Möglichkeiten. Diese Haltung spricht naiv – unmittelbar etwa aus einer zeitgenössischen Beschreibung der Abtei Clairvaux, die begeistert die Mühe und Anstrengung ersparende Kraft des Wassers preist und mit vorbehaltsloser Bewunderung schildert, wie der von der Aube durch einen Kanal abgeleitete Flußarm in der Abtei nacheinander die Getreidemühle, die Walk- und die Lohmühle antreibt, die Mehlsiebe bewegt und vielerlei sonstigen Nutzen bringt.[18]

Die gleiche Einstellung prägte damals jedoch vor allem die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Natur. Von ihr geleitet, vertrat schon um 1110 der studienhalber weit gereiste Engländer Adelard von Bath die Auffassung, die Elementarqualitäten wirkten als Kräfte in den Dingen selbst und verursachten deren Bewegungen und Verhaltensweisen, weshalb es darauf ankomme, die Gesetzmäßigkeit dieser Wirkung zu erkennen. Ganz ähnlich definierte der bretonische Gelehrte Abaelard († 1142) die Natur als eine Kraft in den Dingen, die Gott den Elementen schon zu Beginn der Schöpfung einpflanzte. Mit Hilfe eben dieser Kraft bringen die aus den Elementen sich bildenden Körper der sichtbaren Welt selbständig die für sie je typischen Effekte hervor. Wilhelm von Conches († 1154) schließlich, der wohl bedeutendste Naturwis-

[17] Roger Bacon, De secretis operibus artis et naturae c. 4, hg. von *J. S. Brewer*, London 1859, S. 532f., Opus tertium c. XIII, ebd. S. 43–47.
[18] Migne, Patrologia latina 185, Sp. 570A–571B, vgl. Bernardi vita prima II 5,31, ebd. Sp. 285 CD.

senschaftler der ersten Jahrhunderthälfte, vertrat genau die gleiche Meinung: »Est natura vis rebus insita, similia de similibus operans.« Die Ursache für ihr je besonderes Verhalten liegt also in den Dingen selbst. Die Wissenschaft muß sie in ihnen suchen und vermag sie in ihnen zu finden. Mit Entschiedenheit knüpften Männer wie Johannes Duns Scotus († 1308) und Wilhelm von Ockham († 1349) seit dem Ende des 13. Jahrhunderts wieder an die Erfahrung des 12. Jahrhunderts an und hielten fest, daß die Kräfte, die die Körper dieser Welt bewegten und bestimmten, in diesen Körpern selbst aufzuspüren seien, daß also das Ziel der Entwicklung eines irdischen Gegenstandes allein in seinem individuellen So-Sein, in seiner »haecceitas« (Duns Scotus), gesehen werden müsse, sein Verhalten nur von daher erklärt werden könne.[19]

Dieses neue, im 12. Jahrhundert erstmals faßbare Verständnis für die Umwelt, für die Vielfalt menschlicher Tätigkeiten und Fähigkeiten ebenso wie für die Selbständigkeit und Eigenart der Dinge und ihrer Ordnung, beflügelte nicht nur die Wissenschaft, es vermochte auch neue Wege und Möglichkeiten bei der praktischen Beschäftigung mit den Dingen zu erschließen, den Blick frei zu machen für die in ihnen ruhenden Kräfte und ihre Nutzung.

Die zunehmend positive Einschätzung der Technik führte schon im Spätmittelalter dazu, daß man religiöse Aussagen vermehrt in Bilder aus dem technischen Bereich kleidete und damit umgekehrt die Vereinbarkeit von technischem Schaffen und christlicher Glaubensvorstellung, ja ihre innere Verbundenheit aufzeigte, etwa wenn nun Gott als der Uhrmacher erschien, der das Werk des Kosmos in Gang hielt.[20] Darüber sollte man jedoch nicht vergessen, daß die dieser Einschätzung zugrundeliegende Neubewertung der geschaffenen Welt keineswegs leicht und selbstverständlich durchdrang. In den Genesis-Kommentaren des 12. Jahrhunderts, wo sie uns erstmals deutlich entgegentritt, konnte sie nur mit Vorsicht, unter Bedenken und gegen scharfen Widerspruch der Theologen formuliert werden, weil sie die christliche Vorstellung vom souverän und allein die Fülle des sichtbaren Kosmos schaffenden Schöpfergottes bedeutsam einzuschränken schien, und während des 13. Jahrhunderts wäre sie im harmonisierenden Denken der Hochscholastik noch einmal fast aufgehoben worden.

[19] *W. Stürner*, Natur und Gesellschaft im Denken des Hoch- und Spätmittelalters, Stuttgart 1975, S. 20–65, S. 77–96, S. 103–118, *Nitschke* (wie Anm. 1) S. 79–136.

[20] Dazu *L. White*, The Iconography of Temperantia and the Virtuousness of Technology, Princeton 1969, abgedruckt in: ders., Medieval Religion (wie Anm. 1) S. 181–204.

Harald Winkel

Der Schwarze Tod. Folgen für Stadt und Land

Die mit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts auftretenden großen Pestepidemien haben in ihren Folgen zwar gelegentlich die Aufmerksamkeit wirtschafts- und sozialhistorischer Forschung gefunden, jedoch erst seit Heinrich Bechtel wird als Konsequenz dieser Ereignisse ab 1350 eine besondere Epoche des »Spätmittelalters« unterschieden, die »eine bedeutsame Wende in Wirtschaftsstil und Lebensformen der Gemeinschaft« brachte.[1] Ein beachtenswerter Rückgang der Bevölkerung und das Ende der Ostkolonisation um die Mitte des 14. Jahrhunderts wurden schon früh als Konsequenz der Pest, des »Schwarzen Todes«, angesprochen.[2] Doch erst mit Friedrich Lütge wurde 1950 erneut das Interesse auf jene für die Wirtschaftsgeschichte so zentrale Zäsur gelenkt,[3] die nach 1350 zum Bruch der bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung führte und seither zumindest in der Wirtschaftsgeschichte als Ende des Mittelalters angesehen wird. Auch wenn bei anderen Forschern die unbestritten schwierige wirtschaftliche Situation des Spätmittelalters auf andere Anfangsdaten (1300) und ergänzende Ursachen zurückgeführt wird,[4] behält doch die These Lütges ihre Gültigkeit, wonach den Pestepidemien zentrale, ursächliche und revolutionierende Bedeutung im Wandel des sozialen, wirtschaftlichen und allgemein kulturellen Geschehens zukommt.

Es ist dieses, völlig überraschend in Erscheinung tretendes, exogenes Ereignis des »Schwarzen Todes«, das nach 1350 für die weitere wirtschaftliche Entwicklung neue Daten setzt.[5] Wohl von China ausgehend und über Karawanenwege nach Westen

[1] *H. Bechtel*, Wirtschaftsstil des deutschen Spätmittelalters, München 1930, S. 1 ff. Erste Hinweise über die Zäsur durch die großen Pestepidemien um die Mitte des 14. Jahrhunderts finden sich bei Barthold Georg Niebuhr (1776–1831), vgl. *J. Nohl*, Der Schwarze Tod. Eine Chronik der Pest, 1348–1720, Potsdam 1924.

[2] Vgl. dazu auch *E. Kelter*, Das deutsche Wirtschaftsleben des 14. und 15. Jahrhunderts im Schatten der Pestepidemien, in: Jahrb. f. Nat. u. Stat., Bd. 165, 1953, S. 161 ff.

[3] *F. Lütge*, Das 14./15. Jahrhundert in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: Jahrb. f. Nat. u. Stat., Bd. 162, 1950, S. 161 ff.

[4] Vgl. die Auseinandersetzungen bei M. M. Postan (1954), B. H. Slicher van Bath (1960), Robert S. Lopez und Harry Miskimin (1962) sowie Carlo Cipolla (1964) und die näheren Angaben dazu bei *J. van Klaveren*, Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Schwarzen Todes, in: VSWG, 54. Bd., 1967, S. 187 ff.

[5] Aus der zahlreichen Literatur zum Thema sei hier verwiesen auf die ältere Arbeit von *R. Hoeniger*. Der Schwarze Tod in Deutschland, Berlin 1882 (Neudruck Walluf 1973) sowie den neueren Überblick von *N. Bulst*. Der Schwarze Tod. Demographische, wirtschafts- und kulturgeschichtliche Aspekte der Pestkatastrophe von 1347–1352. Bilanz der neueren Forschung, in: Saeculum 30, 1979, S. 45–67.

verschleppt, trat die Beulenpest 1347 in Sizilien, Süditalien und Marseille zum ersten Male in Europa auf. 1348 hatte sie bereits die Alpen überschritten und erfaßte bis 1350 ganz Zentraleuropa. Im Gegensatz zu anderen, in der Regel lokal begrenzten Seuchen, die auch in früheren Jahren schon immer aufgetreten waren, erwies sich die Pest in den Jahren 1348 bis 1350 als besonders verheerend, allumfassend und entvölkerte weite Gebiete gerade im dicht besiedelten Zentraleuropa. Hinzu kommt, daß es nicht bei dieser einmaligen Heimsuchung blieb, sondern daß die Seuche in mehr oder minder kurzen Abständen immer wieder auflebte, so erneut 1357 bis 1362, 1370 bis 1376 und 1380 bis 1383. Auch im 15. Jahrhundert galt es, mit der Pest zu leben: Große Epidemien werden 1401/02 aus Köln, 1437/39 aus Straßburg, Basel und Rothenburg berichtet. Die Menschen – oder besser die Überlebenden von zwei oder drei davon betroffenen Generationen – standen fassungslos in Furcht und Grauen vor diesen Seuchenzügen; es war für sie ein »apokalyptisches Erlebnis«, unvergleichbar mit allem, was man bisher kannte, wie Kriegs- und Hungersnot, die doch immerhin noch erklärbar und begreiflich waren. Verzweifelt suchten die Menschen nach Abwehr, nach Erklärungen und Schuldigen. Judenverfolgungen und Hexenprozesse erreichten ein bis dahin kaum bekanntes Ausmaß. Unkenntnis über Herkunft und Verbreitungsweise der Seuche ließen nur allzu gerne an die »Brunnenvergiftung« durch Juden glauben, Neid und Haß schürten die Pogrome. Am 26. September 1348 sah sich selbst der Papst veranlaßt, in einer Bulle für den Schutz der Juden einzutreten und darauf hinzuweisen, daß in Avignon mehr Juden als Christen der Seuche erlegen seien – was allerdings den Kölner Judenmord ein knappes Jahr später nicht verhindern konnte.[6] Die verzweifelten Menschen waren angesichts des fast sicheren Todes nur zu gerne bereit, Einflüsterungen und Schuldzuweisungen Glauben zu schenken, solange ihnen die tatsächlichen Zusammenhänge, die zur Verbreitung der Pest führten, unbekannt blieben.

Es ist müßig über die absolute Höhe der Bevölkerungsverluste zu streiten. Die Mehrzahl der Bevölkerungshistoriker stimmt darin überein, daß etwa ein Drittel der vorhandenen Bevölkerung der Seuche zum Opfer fiel. Wie sich diese Verluste im einzelnen verteilten und inwieweit die der ersten Epidemie folgenden Seuchenjahre ebenso verlustreich waren oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Sicher scheint, daß die Verluste in den Städten mit ihrer durch Mauern eingegrenzten hohen Bevölkerungsdichte und mit mangelhaften hygienischen Verhältnissen in allen Pestjahren die der ländlichen Bevölkerung übertrafen, bei der eine abgeschiedene Lage sich oft als Rettung erwies. Gleichwohl hatte auch sie schwerste Opfer zu bringen. Es steht fest, daß ab 1350 ein signifikanter Rückgang der Bevölkerung zu erkennen ist – die neuere Forschung spricht gelegentlich gar von einem »Bevölkerungszusammenbruch« –, der in seinem Ausmaß nicht ohne Einfluß auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung

[6] *R. Hoeniger* (s. A 5), S. 104ff.

bleiben konnte. Ebenso wurden durch dieses Ereignis auch im kulturell-geistigen und politischen Bereich sichtbare Veränderungen eingeleitet.

Zunächst einmal bedeutete der hohe Bevölkerungsverlust eine Verschiebung des Komplementaritätsverhältnisses zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital. Im Gegensatz zu anderen großen Bevölkerungsverlusten – etwa im Dreißigjährigen Krieg – wurde die Verminderung der Bevölkerung nach 1350 nicht von einer gleichzeitigen Vernichtung der Sachwerte begleitet. Diese blieben vielmehr in vollem Umfang erhalten, so daß sich eine relativ kleinere Zahl von Menschen nun der für eine viel größere Bevölkerung zugeschnittenen Güterwelt gegenüber sah. Die Auswirkungen dieses neuen Verhältnisses zwischen Menschen (Arbeit) und Gütern (Boden und Kapital) führten in Stadt und Land zu unterschiedlichen Ergebnissen, die für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung bestimmend wurden.

In den Städten fällt zunächst eine beachtliche Vermögensumschichtung mit den daraus resultierenden Folgewirkungen auf. Durch die Auslöschung ganzer Familien gelangten die Überlebenden oft willkürlich in den Besitz herrenloser Güter. Geld, Schmuck und sonstige mobile Habe verhalfen zu neuem Reichtum. Weder in Kriegen, noch bei den späteren Enteignungen der französischen Revolution oder bei der Landnahme in Nordamerika konnten sich Menschen so mühelos und unwidersprochen fremdes Vermögen aneignen. Bei Mobilien und verbrieften Rechten haben meist die Stadtverwaltungen selbst eingegriffen, leerstehende Gebäude an sich gezogen und den städtischen Besitz auf diese Weise vermehrt. Auch wenn die willkürliche Okkupation von Häusern und Eigentum Verstorbener sicher nicht die Regel war, kam sie doch vor.[7] Aber auch der Erbgang sorgte für die Entstehung großer Vermögen, wie das Beispiel von 50 nahezu gleichzeitig ausgestorbenen reichen Familien Venedigs 1348 zeigt, deren Vermögen mitunter in die 4. Hand fiel und bisher höchst unwahrscheinliche Umschichtungen zustandekommen ließ.[8]

Der von den verbliebenen Einwohnern erworbene Reichtum wurde zur Grundlage eines rasch wachsenden Konsums. Die »noch einmal Davongekommenen« drängten sich geradezu danach, das Leben bis zur Neige auszukosten; aus vielen Chroniken wird überliefert, daß »gleich nach dem Erlöschen der Pest das Volk zu jubeln, zu fressen und zu saufen und sich üppig zu kleiden begann«. Zu diesem Lebensgenuß gehörte die Befriedigung von Luxusbedürfnissen aller Art; in Prunk und Pracht wollte man das jederzeit vom plötzlichen Tod bedrohte Leben genießen. Wilhelm Abel zitiert den italienischen Dichter Francesco Berni (1469–1536), der gar die »goldene Pestzeit« lobt, weil sie keine Langeweile, keine Anstrengungen und keine Geldnöte kenne.[9] Die »Neureichen« jener Tage, die zufällig Überlebenden, gaben das ihnen über Nacht zugefallene Vermögen mit offenen Händen wieder aus.

[7] Vgl. zu dieser Problematik auch *E. Kelter* (s. A 2), S. 200.
[8] Ebda, Fußnote 75.
[9] *W. Abel*, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, 3. Aufl., Hamburg – Berlin 1978, S. 55.

Neben dem Lebensgenuß stehen Versuche von Stadt und Zünften, die Menschen wieder in die erforderlichen Bahnen langfristiger Existenzsicherung zu leiten. Es ist die Zeit, in der die Zünfte sich bemühen, ihre Mitglieder durch Kleider- und Aufwandsordnungen wieder zum »bürgerlichen« Leben zurückzuführen, in der die Städte sich bemühen, durch ähnliche Verordnungen von der Prunksucht und Lebensgier des einzelnen wieder auf die ja letztlich doch gebliebenen Gemeinschaftsaufgaben hinzuweisen. Nur vom Verleben des zufällig Erworbenen konnte sich keine Gemeinschaft erhalten. So suchten auch Städte und Landesherren den »Luxus« einzudämmen und die Menschen zur Arbeit anzuhalten: Früh-merkantilistische Gestaltungsmaßnahmen der Wirtschaft haben hier ihren Ursprung.

Der neue Wohlstand äußerte sich allerdings nicht nur in Lebensfreude und -genuß. Die anhaltende Todesangst und die Dankbarkeit der Verschonten führten zu einer wachsenden Spendenfreudigkeit für religiöse und mildtätige Zwecke. Die Finanzierung und der Bau des Ulmer Münsters nach der Pestwelle 1368–1370 sind ein typisches Beispiel, gleiches gilt für zahlreiche andere Sakralbauten, die in dieser Zeit begonnen werden (Erfurter Dom 1349, Frauenkirche in Esslingen 1350, Jacobikirche in Hamburg 1354, Frauenkirche in Nürnberg 1355). »Aus Angst vor dem Tod«, so wird aus Augsburg berichtet, »wurde während der Pesten soviel für Altäre, Glocken und Messen gestiftet, daß der Senat zu Augsburg Vorsorge treffen mußte, um den rechtmäßigen Erben nur noch einiges zu sichern«.[10] Man darf davon ausgehen, daß nicht in erster Linie der bürgerliche Reichtum für die zahlreichen Sakralbauten dieser Zeit bestimmend war, sondern der Versuch, sich durch gottgefällige Werke von der ständigen Bedrohung durch die Pest loszukaufen. Dies schließt nicht aus, daß auch prachtvolle Profanbauten errichtet wurden. Dies gilt für private Wohnbauten und Patrizierhäuser ebenso wie für städtische Gebäude.

Die Größe dieser Gebäude wie auch der Kirchenbauten mit den sie umgebenden Plätzen, denen vielfach Wohnhäuser weichen mußten, macht einen weiteren wichtigen Tatbestand für die städtische Entwicklung jener Zeit deutlich. Innerhalb der in ihrer Bevölkerung so stark dezimierten Städte war nun genügend Raum vorhanden, um eine extensive Flächennutzung zu betreiben. Die Einziehung herrenlos gewordener Gebäude durch die Städte beschaffte den notwendigen Baugrund. So wurde es ohne eine kostspielige und meist nur mit Hilfe von Kaiser oder Landesherr durchzuführende Erweiterung des Mauerringes möglich, größere Neubauten zu errichten. Gerade dieser sehr aufwendige und daher nur ungern in Angriff genommene Erweiterungsbau von Mauern und Befestigungsanlagen war wohl auch der Grund, daß das Wachstum vieler Städte schon vor der Heimsuchung durch die Pest stagnierte – eine Tatsache, die die Erkenntnis der durch die Pest verursachten Veränderungen in den Städten lange Zeit verschleierte. Für Profan- wie Sakralbauten nach 1350 standen

[10] Zitat bei *E. Kelter* (s. A 2), S. 204.

damit nicht nur die erforderlichen Finanzmittel, sondern auch Grund und Boden in ausreichendem Maße zur Verfügung.

Die Neugestaltung der Städte innerhalb des Mauerrings und die damit zusammenhängende gute Baukonjunktur schlug sich nach 1350 in einer steigenden Nachfrage nach Handwerksleistungen und gewerblichen Produkten nieder. Die Preise begannen zu steigen. Insbesondere galt dies für jede Art arbeitsintensiver Produktion, denn auch die Zahl der Gewerbetreibenden war ja kleiner geworden. Berücksichtigt man noch die bereits erwähnte geringe Arbeitswilligkeit, so wird die bald einsetzende, nicht unerhebliche Lohnsteigerung verständlich. In Würzburg hatten sich die Löhne für Sackträger, Flurwächter und andere ungelernte Arbeiter zwischen 1350 und 1390 mehr als verdreifacht, Handwerkerleistungen waren noch »kostbarer« geworden. Abel bezeichnet das Spätmittelalter nach 1350 als »das goldene Zeitalter der Handwerker«.[11] Ihre Kunden – Private, Städte, Kirche – hatten genügend Mittel auch für teurere Aufträge verfügbar, problematisch blieb allein die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte, deren verfügbare Zahl, Qualität und Arbeitswilligkeit infolge der Pest stark zurückgegangen war. Es begann die Zeit, in der nach einer bekannten Formulierung zwei Meister hinter einem Gesellen herlaufen. Allenthalben wurden Klagen über die Abwerbung von Arbeitskräften laut, an denen auch die von Zünften, Städten und Landesherren erlassenen Abdingverbote nichts ändern konnten. Da die für Arbeitsleistungen geforderten Lohnsteigerungen sich unmittelbar gerade auch auf die öffentlichen Aufträge auswirkten, begannen Städte und Landesherren schon bald mit gesetzlichen Vorschriften diesen Schwierigkeiten bei der Beschaffung gewerblicher Leistungen und Produkte zu begegnen. Nach 1350 kommt es in zunehmendem Maße zu Fest- und Höchstlohnbestimmungen, zu markt-, preis- und gewerberegelnden Maßnahmen, um die Versorgung mit den gewünschten gewerblichen Leistungen und Produkten sicherzustellen.

Die in den Zünften organisierten Handwerker waren sich ihrer Machtstellung und ihres Seltenheitswertes wohl bewußt. So wird verständlich, daß sie nun auch stärker als bisher darauf drängten, an der politischen Führung der Stadt beteiligt zu werden. Zunftrevolutionen, wie z. B. die oft zitierte »Weberschlacht« 1371 zu Köln, sicherten in vielen Städten den Handwerkern den Zutritt zu den bisher allein vom Patriziat verwalteten Positionen. Der alteingesessene Stadtadel war nach den Pestzügen vielfach nicht mehr stark genug, seine Privilegien unangefochten zu behaupten; vor allem seine ländlichen Einkünfte als Grundherr waren stark zurückgegangen. Die wirtschaftlichen Folgen der Pestwellen waren auf dem Lande ganz anderer Art als in der Stadt; der Ausfall ganzer Verbraucherschichten ließ die Getreidepreise zurückgehen. Selbst bei vermindertem Angebot – da ja auch das Land nicht von der Pest verschont blieb – reichten die landwirtschaftlichen Erlöse nicht, um neben den ungeschmälerten

[11] *W. Abel* (s. A 9), S. 87.

Abgaben an den Grundherrn auch noch die eigene Existenz zu sichern. Eine Verarmung oder zumindest Schwächung der wirtschaftlichen Position des Grundherren war eine Folge dieser Entwicklung, die Bereitschaft des Bauern und Landhandwerkers, in die Städte abzuwandern, um an den dortigen hohen gewerblichen Löhnen zu profitieren, eine andere.

Die Städte mußten daran interessiert sein, die durch die Pest eingetretenen Bevölkerungsverluste möglichst bald zu ersetzen. Zum einen mußte die geschwächte Verteidigungskraft der Stadt wieder gestärkt werden, wollte man nicht die Selbständigkeit riskieren, zum anderen mußte das Angebot gewerblicher Arbeitskräfte erweitert werden, wenn überhaupt städtische Preis- und Lohntaxen einen Sinn haben sollten. Der nächstliegende Weg war, sich der ländlichen Einwanderung weit zu öffnen. Die erwähnte krisenhafte Entwicklung auf dem Agrarsektor trug dazu bei, daß die Städte diese Einwanderung auch erhielten. Das Erlangen der Stadtfreiheit und damit der persönlichen Unabhängigkeit (»Stadtluft macht frei«), der bessere Lebensstandard und erhoffte Aufstiegsmöglichkeiten waren die Motive dieser »mittelalterlichen Landflucht«, bei der der Hörige in der Regel heimlich seinen bisherigen Lebensraum verlassen mußte, um den Strafen und der Verfolgung seines Grundherren zu entgehen. Die Landbevölkerung sah in den wiederaufblühenden Städten mit ihren Baustellen gute Lebenschancen; die Kenntnisse für die dort benötigten handwerklichen Leistungen brachte sie zum größten Teil mit. Zu den prominentesten Einwanderern dieser Zeit gehörte 1367 auch Hans Fugger, der Stammvater des späteren Handelshauses, der vom Lande in die Stadt Augsburg zog, um seine bisher in ländlicher Umgebung ausgeübten Weberkünste zur Grundlage seines neuen Hauptberufes in der Stadt zu machen.

Das in den Städten neu entstehende Bürgertum setzte sich zu einem großen Teil aus dieser zunächst geförderten und erst nach dem Erreichen einer gewissen Sättigungsgrenze von den Zünften stark bekämpften Zuwanderung ländlicher Bevölkerungsschichten zusammen. Die Steuerung der Einwanderung hat jeweils nach den Pestepidemien in der Stadtpolitik eine wichtige Rolle gespielt. Einerseits galt es, um die Funktionen der Stadt aufrecht zu erhalten, die durch die Seuche gerissenen Lücken möglichst rasch wieder zu schließen; allein die Sicherung des Mauerrings und damit der Unabhängigkeit der Stadt erforderte eine ausreichende Einwohnerzahl. Gleiches galt für die gewerbliche Produktion, die Aufrechterhaltung des Marktes etc. Andererseits sollte der Zustrom beliebiger Fremder nicht das in der Stadt bestehende Ordnungsgefüge gefährden. Sobald eine »Wiederauffüllung« der städtischen Bevölkerung spürbar wurde, versuchte man mit der Gewährung oder Versagung des Bürgerrechts und damit verbundener Arbeitsgenehmigungen einem weiteren Zustrom von Landbewohnern entgegenzuwirken. Interessiert waren die Städte vornehmlich an Zuwanderern, die ein Handwerk betreiben konnten, ein Verhalten, das bald das Mißfallen der alten etablierten Zünfte fand. Konnten sie sich zunächst einer Unterwanderung nicht

verschließen, solange der Mangel an Arbeitskräften anhielt, so begannen sie doch bald durch Erhöhung der Eintrittsgebühren und strengere Zulassungsbedingungen weiteren selbständigen Handwerkern die Tätigkeit in der Stadt unmöglich zu machen. Ihre Wandlung zum festgeschlossenen Kartellverband beginnt, sobald zuwandernde Landhandwerker zu einer ernsten Konkurrenz zu werden drohen. Damit wurden die Grundlagen für das in den folgenden Jahrzehnten immer unbefriedigendere Gesellendasein gelegt, das schließlich im 15. Jahrhundert im Handwerk zu einer »sozialen Frage« werden sollte, weil immer weniger Gesellen die Möglichkeit hatten, selbst Meister zu werden. Soziale Spannungen, die sich aus Zuwanderungen, Konkurrenzkampf und den behördlichen Lohn- und Preistaxen ergaben, bestimmten das Verhalten der Zünfte. Sie waren letztlich in vielen Städten mit eine Ursache für die Ablösung des alten vom Patriziat ausgeübten aristokratischen durch ein mehr demokratisches, von den Gewerbetreibenden unterschiedlichster Herkunft gestellten Stadtregiments. Diese unterschiedliche Herkunft der Zuwanderer, ihre unterschiedlichen Fähigkeiten und Kenntnisse schlossen nicht aus, daß es zumindest in den als Hauptanziehungspunkt geltenden größeren Städten auch zur Ausbildung eines städtischen Proletariats kam. Die Freiheit der Stadtluft sicherte nicht den Aufstieg per se, und die zunächst auch für einfache Handarbeiten gezahlten hohen Löhne wurden im 15./16. Jahrhundert rasch durch die Preisentwicklung eingeholt. Gerade die von den Städten nach Wiedererreichen der alten Bevölkerungszahlen als Zuzugssperre gedachten Maßnahmen, wie etwa drastische Erhöhungen der Bürgerrechtsgebühren, trugen mit dazu bei, eine soziale Unterschicht entstehen zu lassen, wie sie uns im 15. Jahrhundert in Köln, Augsburg oder München begegnet. Als Folge gewinnen Armengesetzgebung und Wohlfahrtspflege in der städtischen Verwaltung einen neuen Stellenwert.

Die erwähnten Vermögensumschichtungen, an denen auch die Städte selbst mangels anderer Erben in nicht geringem Maße beteiligt waren, die rege Bautätigkeit bei billigem Bauland in der Stadt, steigende Einkommen der städtischen Gewerbetreibenden, der Ausgleich von Bevölkerungsverlusten durch die Zuwanderung sowie schließlich eine von Preis- und Lohnvorschriften mitbestimmte immer weiter um sich greifende eigene wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt – wie etwa Bau und Unterhaltung von Kornkammern und Fruchtspeichern – führten dazu, daß die Städte in ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung an Einfluß gewannen. Demgegenüber wurde die Position der Landbewohner, von Bauern und Adel, schwächer. Charakteristisches Kennzeichen ist das Entstehen der großen Orts- und Flurwüstungen nach den Pestjahren.[12] Dies zeigt zum einen, daß auch das flache Land von den entvölkernden Pestzügen nicht verschont blieb, auch wenn sich gelegentlich Abgeschiedenheit als Überlebenschance erwies. Zum anderen wirkte sich die rückläufige Nachfrage einer reduzierten Bevölkerung aus, die darüber hinaus aufgrund der finanziellen Umschichtun-

[12] *W. Abel,* Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, 3. Aufl., Stuttgart 1976, vor allem S. 86ff.

gen Getreide als Grundnahrungsmittel weniger benötigte. Wenn trotzdem im 14./15. Jahrhundert immer wieder auch über »Theuerungen« berichtet wird, so hängt dies damit zusammen, daß die Schwankungen der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht mit den sich wiederholenden Pestepidemien synchron verlaufen; ebenso sind die regionalen Unterschiede bedeutsam. Viele Abhängige der Grundherrschaft nutzten die Gelegenheit, das Land zu verlassen; sie stellten die von den Städten erwarteten Zuwanderer. Der Rückgang der Agrarproduktion und der Preisverfall für nicht mehr absetzbare Produkte, die Auflassung von Ackerland und die unkontrollierte Abwanderung von Untertanen wirkten sich auf das Einkommen der Grundherren mit teilweise verheerenden Folgen aus. Kleinere Grundherrschaften, insbesondere der Ritterschaft, verarmten, andere mußten den verbleibenden Bauern niedrigere Abgaben und bessere Rechte zugestehen. Der Bauer hatte für den Grundherren Seltenheitswert erlangt. Je nach dem Ausmaß der Bevölkerungsverluste, dem Umfang der Wüstungen, der Verhandlungsbereitschaft der Grundherren und dem Interesse der Bauern, bestimmte Höfe weiter zu bewirtschaften, kam es zu unterschiedlichsten Ausgestaltungen des grundherrlichen Abhängigkeitsverhältnisses. Im allgemeinen war zunächst eine Auflockerung der Bindungen festzustellen, eine Verringerung der Lasten. Umgekehrt versuchten die Grundherren, wo es ihnen möglich schien, ihre Einkommen aus den bäuerlichen Leistungen wieder zu erhöhen – eine Entwicklung, die letztlich zu den Bauernkriegen des frühen 16. Jahrhunderts führte und die Bauern nach dem »alten Recht« verlangen ließ. Im 14./15. Jahrhundert war dies jedoch für die Mehrzahl der Grundherren nicht möglich. Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Deutschen Ritterordens als Folge der allgemeinen Agrardepression oder das Aufkommen des Raubrittertums, das in willkürlichen Fehden und Raubzügen die eigene wirtschaftliche Lage zu bessern suchte, sind Beispiele für die oft lebensbedrohende wirtschaftliche Situation der Grundherrschaft. Die Verarmung der städtischen Patrizier- und Adelsgeschlechter, die ebenfalls einen erheblichen Teil ihres Einkommens aus der ländlichen Grundherrschaft bezogen, war bereits angesprochen worden.

Die rückläufigen Erträge aus dem Agrarsektor machten sich auch bei den landesherrlichen Einnahmen bemerkbar, die zu großen Teilen noch aus der Grundherrschaft flossen. Nicht ganz zu Unrecht spricht man vom ausgehenden 14. Jahrhundert als der Zeit des »Frühmerkantilismus«, in der nicht nur zur Überwindung der Pestfolgen mit umfangreichen obrigkeitlichen Lenkungs- und Verwaltungsmaßnahmen eingegriffen wurde, sondern auch die Ausgestaltung des Steuerwesens begann. Sie folgte der Verlagerung der Wirtschaftskraft in die Städte und bemühte sich neben dem klassischen agrarischen Bereich um andere, jetzt ertragreichere Steuerquellen. Soweit dies nicht gelang, waren die Landesherren auf die Kredithilfe des jetzt reich werdenden städtischen Bürgertums angewiesen. Kennzeichnend ist aber auch, daß ab dem Ende des 14. Jahrhunderts die Münzverrufungen zunahmen, um die landesherrlichen Kassen durch laufende Geldentwertungen zu füllen – die Zeit der Schinderlinge 1458–1460

ist hier ein gewisser Höhepunkt –, während die vorangegangenen Jahrzehnte des Mittelalters von großen Geldkrisen dieser Art verschont geblieben waren. Es ist nicht nur ein zunehmender Bedarf des sich entfaltenden Territorialstaates, der diese Geldnot auslöst, sondern vor allem der Rückgang der grundherrlichen Einnahmen. Nicht mehr die Agrarwirtschaft und die grundherrlichen Einkünfte können die Staatsfinanzen befriedigen, sondern neue Wege zur Heranziehung der reich gewordenen Städte und Bürger müssen gefunden werden.

Die einschneidenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die durch die Pestepidemien seit 1350 ausgelöst wurden, sind nicht zu übersehen: Die Bevölkerungszunahme hatte bis dahin einen Stand erreicht, der von der mittelalterlichen Wirtschaftsorganisation und Technik gerade noch versorgt werden konnte. In der Rodungspolitik und der Ausdehnung des Siedlungsraumes nach Osten, zeigen sich die Versuche, dem wachsenden Bevölkerungsdruck mit den damals sich anbietenden Möglichkeiten zu begegnen. Einem »deus ex machina« gleich greift der »Schwarze Tod« ein, der es für die überkommenen mittelalterlichen Wirtschafts- und Lebensformen erübrigt, nach neuen Wegen zur Erweiterung des Versorgungsspielraums einer wachsenden Bevölkerung zu suchen. Er verändert grundsätzlich die Voraussetzungen weiterer wirtschaftlicher Entwicklung: Grundadel und Bauerntum treten für die Folgezeit gegenüber dem städtischen Bürgertum in ihrer Bedeutung zurück; für die Landesherrn ergeben sich neue Anknüpfungspunkte ihrer Politik. Die anhaltende Agrarkrise bedeutet einen allgemeinen wirtschaftlichen Rückschlag, der durch die hohen Bevölkerungsverluste noch verstärkt wird. Diese bedingen auch das Ende der Ostkolonisation, im Altreich ist Platz für die Überlebenden genug.

Im populären deutschen Geschichtsbild wird immer noch der Dreißigjährige Krieg als das zentrale Ereignis mit verheerenden Folgen für die Entwicklung Deutschlands und seiner Wirtschaft angesehen. Es ist nicht zu verkennen, daß die Auswirkungen dieses Krieges Deutschland im Verhältnis zu den nicht betroffenen Nachbarn wirtschaftlich erheblich zurückwarfen und der Schwerpunkt einer wirtschaftlich-technischen Entwicklung – wie das 18. und 19. Jahrhundert deutlich zeigt – sich nach Frankreich und England verlagerte. Keinesfalls jedoch hat er einer kontinuierlichen Weiterentwicklung des ehemals blühenden und starken, sich über ganz Mitteleuropa erstreckenden mittelalterlichen Deutschen Reiches ein Ende gesetzt. Diese kontinuierliche Fortentwicklung hat es nie gegeben, weil für Wirtschaft und Gesellschaft des Mittelalters schon mit den Ereignissen um 1350 die Möglichkeit einer ungebrochenen Entwicklung ein Ende gefunden hatte.

Hermann Kellenbenz

Der Konkurs der Kraffter in Augsburg

I

Vom Kondratieff-Schema der »langen Wellen« her gesehen hat die europäische und die von ihr beeinflußte überseeische Wirtschaft eine Aufwärtsbewegung erlebt, die um die Mitte des 15. Jahrhunderts einsetzte und dann seit dem zweiten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts durch die bekannte B-Phase oder Krisenzeit abgelöst wurde. Dieser langfristige Trend verlief nicht ohne Schwankungen und Einbrüche, regionale und lokale Differenzierungen. Dabei wird einmal die Zahlungseinstellung Spaniens und Frankreichs am Ende der fünfziger Jahre des 16. Jahrhunderts, neuerdings auch die verstärkte Krisenanfälligkeit seit etwa 1580 betont.[1] Am eindrucksvollsten sind die Schwankungen bislang am Beispiel Antwerpens dargelegt worden. Herman van der Wee und Roland Baetens haben den Verlauf der einzelnen Phasen in der Aufstiegs- und Blütezeit, der Krise seit der Rebellion der nordniederländischen Provinzen und der Nachblüte bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts untersucht.[2] Mit dem langen Aufwärtstrend fällt die große Blüte der oberdeutschen Wirtschaft, insbesondere der reichsstädtischen Zentren Nürnberg und Augsburg zusammen. Ich habe an anderer Stelle die wichtigsten bislang bekannten Fakten zusammengestellt, aus denen man für den Verlauf der Augsburger Wirtschaft gewisse Schlüsse ziehen kann.[3] Hier sollen nur die Jahre seit dem Schmalkaldener Krieg näher beleuchtet und das Gewicht abgeschätzt werden, das man den damals erfolgten verschiedenen Konkursen zumessen kann. Der Konkurs der Kraffter steht dabei im Mittelpunkt.

Frau Dr. Simonetta Raffaelli Adorni Braccesi danke ich herzlich für die Fotokopien einschlägiger Dokumente aus dem Staatsarchiv Lucca.

[1] *P. Léon,* Histoire économique et sociale du monde: I, L'ouverture du monde, XIV–XVI siècles, vol dirigé par B. Bennassar et P. Chaunu, Paris 1977, 543; II: Les hésitations de la croissance 1580–1740, vol. dirigé par *P. Deyon* et *J. Jacquart,* Paris 1978,8.

[2] *H. van der Wee,* The growth of the Antwerp market and the european economy (fourteenth-sixteenth centuries), 3 Teile, The Hague 1963; *R. Baetens,* De nazomer van Antwerpens welvaart. De diaspora en het handelshuis De Groote tijdens de eerste helft der 17de eeuw, 2 Teile, Prijsgeschiedenis 1972 van het Gemeentekrediet van Belgie, Gemeentekrediet van Belgie, Historische uitgaven, ProCivitate, reeks in-8°, nr 45, 1976.

[3] *H. Kellenbenz,* Wirtschaftsleben der Blütezeit, in: *G. Gottlieb u. a.,* Geschichte der Stadt Augsburg von der Römerzeit bis zur Gegenwart, Stuttgart 1985, 293 ff.; *G. Frhr. v. Pölnitz / H. Kellenbenz,* Anton Fugger III: 2, Tübingen 1987, 423 ff.

II

In seinem Werk über die Entstehung des modernen Kapitalismus hat Jakob Strieder die Kraffter unter »Emporkömmlinge aus der Kaufleutezunft« eingereiht.[4] Der erste bekannte Vertreter der Familie, Lorenz Kraffter, entrichtete im Jahre 1485 die bescheidene Steuersumme von anderthalb Florin. Er gehörte zu jenen »handwerksmäßigen Kaufleuten«, die nach der Ansicht von Werner Sombart sich auf den Märkten und Messen »abrackerten«, ohne aus eigener Kraft es zu etwas Bedeutendem bringen zu können. Tatsächlich zeigt das Beispiel der Kraffter, wie das so vieler anderer Augsburger, die vom Handwerk zur Kaufmannschaft übergingen, daß sie es verhältnismäßig rasch zu etwas brachten. So entrichtete Lorenz Kraffter, der aus dem Handwerk der Kürschner hervorging, im Jahre 1504 den beachtlichen Steuerbetrag von 49½ Gulden und stand 1516, dem letzten Jahr, in dem sein Name genannt wird, bei 31 bzw. 62 Gulden. Sein Sohn Hieronymus brachte es bis 1540 auf 150, 1545 auf 300 Gulden und 1554 erreichte er 400 Gulden Steuerleistung. Er und seine Brüder Alexander, Jakob und Christoph wurden 1548 von Kaiser Karl V. geadelt. Ihr Ansehen wird auch ersichtlich aus der Tatsache, daß sie zu den »Mehrern der Gesellschaft« zählten, einer Vereinigung, zu der nur wohlhabende Kaufleute mit gutem Ruf Aufnahme fanden.

Hieronymus, der führende Vertreter der Familie, unterhielt nicht nur zum Kaiserhof gute Beziehungen, er bediente auch den Wittelsbacher Hof in München und pflegte Kontakte zum Heidelberger Hof der Kurpfälzer Linie. Ebenso stand er in Verbindung mit maßgeblichen Kreisen in Kursachsen.[5] Er besuchte die Frankfurter Messen, machte Geschäfte im Rheinland und in Antwerpen,[6] wo er sich in die Wechseltransaktionen mit Oberdeutschland einschaltete. Dazu unterhielt er Verbindungen zu Textilfirmen in Italien. So kaufte er 1538 für Anton Fugger Samt und andere kostbare Stoffe in Bologna, Florenz, Lucca und Verona. Wie üblich bei den großen Firmen liefen parallel zu solchen Geschäften auch Zahlungen für andere, so über die Krafftersche Niederlassung in Florenz an deutsche Söldnerführer.[7] Natürlich gehörte auch der Bankplatz Venedig in das Netz seiner Geschäfte.[8]

[4] *J. Strieder,* Zur Genesis des modernen Kapitalismus, Forschungen zur Entstehung der großen bürgerlichen Kapitalvermögen am Ausgang des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit, zunächst in Augsburg, München/Leipzig,[2] 1935, 198 ff.; *J. Hagl,* Entwicklung des Augsburger Großkapitals von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges (1540–1618), Diss. rer. pol., München 1924, 100 ff.

[5] Vgl. *G. Frhr. v. Pölnitz,* Anton Fugger III: 1, Tübingen 1971, 402, 608/110; *G. v. Pölnitz/Kellenbenz* (s. A 3), 555/59 u. 60.

[6] Wechselgeschäfte mit Antwerpen (1552): *G. v. Pölnitz* (s. A 5), 663/356.

[7] Vgl. dazu *H. Kellenbenz,* Mercanti tedeschi in Toscana nel Cinquecento, in: Studi di storia economica toscana nel Medioevo e nel Rinascimento in memoria di Federigo Melis (Biblioteca del »Bollertino Storico Pisano, Collana Storica 33), Pacino 1987, 203–229, hier 217 f.

[8] Vgl. etwa *G. v. Pölnitz* (s. A 5), 402 (1553); ferner *G. v. Pölnitz / H. Kellenbenz* (s. A 3), Register: Kraffter (Krafter).

Deutlicher sind wir über Tiroler Silber orientiert, das Kraffter nach Italien sandte. Die Kontakte Kraffters zur Innsbrucker Regierung waren zunächst so gut, daß man ihm im Jahre 1556 gestattete, in Bruneck einen Messinghandel einzurichten, der dazu dienen sollte, der wegen des Niedergangs des Bergbaus drohenden Abwanderung von Arbeitskräften vorzubeugen. Doch im selben Jahr zog sich Kraffter die Kritik der Innsbrucker Herren zu, und zwar im Zusammenhang mit der verschärften Münzpolitik Kaiser Ferdinands, die den unkontrollierten Export von Silber aus Tirol und das Einsickern fremder schlechter Münze verhindern sollte. Durch die Amtsleute hatte die Regierung erfahren, daß Hieronymus Kraffter mit verschiedenen Schmelzherren einen Silberkauf abgeschlossen hatte, um gegen die publizierten Verbote Silber nach Italien auszuführen. Dafür bringe er schlechtes Geld ins Land, das von den Schmelzherren zu Schwaz und Kitzbühel verarbeitet werde. Auch über Salzburg und von da durch die Steiermark und durch Kärnten schien man nach Venedig und anderen italienischen Plätzen Silber zu exportieren. In Innsbruck drängte man auf Maßnahmen, um solchen Geschäften einen Riegel vorzuschieben. Von Kraffter wußte man, daß er seit Jahren Silber an die päpstliche Münze in Bologna lieferte und dafür schlechtes Geld nach Tirol brachte. Deshalb wollte man entsprechende Nachforschungen in Bologna anstellen.[9]

Trotz dieser Vorbehalte gegen Kraffter nahm man in Innsbruck noch 1559 ein Darlehen über 6000 Gulden von ihm.[10] Im Mai des nächsten Jahres aber schlug man gegen ihn los. Er wurde wegen unerlaubter Silberausfuhr verhaftet. Auch gegen seine im Messinghandel zu Bruneck tätigen Faktoren ging man vor.[11] Daß im April sein Bruder Christoph »falliert« hatte, mag das Innsbrucker Vorgehen beeinflußt haben.[12] Begreiflicherweise litt auch die Kreditwürdigkeit des Hieronymus, aber seine Geschäfte liefen weiter. Zu seiner Verteidigung berief sich Kraffter im Gefängnis auf eine Bewilligung des päpstlichen Nuntius, der eine solche Silberlieferung für die päpstliche Münze verlangt habe. Aus dem Gefängnis schrieb er u. a. einen Brief an Herzog Albrecht V. von Bayern, doch wurde dieser nicht überliefert, sondern Kraffter auf Befehl des Kaisers zurückgegeben.[13] Wegen zahlreicher Fürbitten wurde er gegen Kaution freigelassen, doch sollte er sich nach einiger Zeit freiwillig wieder in Innsbruck stellen. Am 7. Juli bat Kraffter aus Augsburg, man solle ihm die Zeit, bis zu der er sich in Innsbruck stellen mußte, über die Frankfurter Messe hinaus verlängern. Er hatte sich verpflichtet, sobald er nach Erledigung seiner Haft zu seinen Handelsbü-

[9] Tiroler Landesarchiv (TLA) Innsbruck, V.d.K.Maj. XI,437 (20. II. 1556); *G. v. Pölnitz / H. Kellenbenz* (s. A 3), 54/29 u. 30.
[10] Ebda., 256.
[11] Ebda., 272/54.
[12] StA Augsburg, Rb XXX/256b, 57, 58 (21. V., 26. VII.ff. u. 23. VIII. 1560); *G. v. Pölnitz / H. Kellenbenz* (s. A 3), 582/47a.
[13] TLA Innsbruck, V.d.K.Maj. XII,551ff. und An die K.Maj. XV, 190ff. (11. VI. 1560).

chern und Registern komme, eine Aufstellung seiner Silberkäufe im Reich seit 1551 abzuliefern. An diese Verpflichtung wurde Kraffter Anfang Juli erinnert; er solle seine Zusage nicht länger aufschieben, doch verlängerte die Regierung den Termin seines Wiedereinfindens in Innsbruck.[14] Inzwischen ging man auch gegen die Brunecker Leute Kraffters vor, da man annahm, daß auch sie um die illegale Silberausfuhr wußten. Der Faktor des Messinghandels, Vinzenz Prodinger, wurde gefangen nach Innsbruck geführt. Ebenso sollten zwei weitere Angestellte, Jakob Müller und Jakob Pachmayr, verhaftet werden.[15]

Über einflußreiche Persönlichkeiten bemühte sich Kraffters Familie, auf den Kaiser und seine Innsbrucker Beamten einzuwirken. In diesem Zusammenhang wandte sich der Pfalzgraf Friedrich bei Rhein, seit 1559 Kurfürst, an König Maximilian, Ferdinands Sohn. Die Frau, die Söhne und die »Freundschaft« (d. h. die Verwandtschaft) Kraffters hätten ihm das Geschehene mitgeteilt. Kraffter habe zwar Silber nach Italien verführt, doch sei dies allein zur Erledigung des Palliums der geistlichen rheinischen Kurfürsten geschehen; es sei nicht vermünzt worden. Der König wurde gebeten, jede weitere Beschwerung Kraffters abzuwenden.[16] Hier haben wir also noch eine andere Version des Aspekts der Silberausfuhr nach Italien.

Inzwischen traf Christoph Kraffter das Verhängnis in noch stärkerem Maße. Er gehörte zu den Kaufleuten, die nach der Aufzeichnung des Chronisten Gasser und der Darstellung des Paul von Stetten »banquerout« machten, »sonderlich weil sie ihre in Franckreich und in den Niederlanden ausstendige schulden nicht einbringen können«. Aber nicht nur eine Kreditkrise trug zu der Konkursserie bei, sondern »auch einiger von denen selben üppige und verschwenderische Lebensart«. Namentlich werden aufgeführt »Bernhard Meuting, Hanß und Marquard Rosenberger, Christoph Kraffter, Hanß, Hieronymus und David Zangmeister, Hanß Weyer und Jacob Herbrot Vatter und Sohn«, die ihre Gläubiger um großes Geld gebracht hätten.[17] Auch Lukas Rem der Jüngere mußte damals die Zahlungen einstellen.[18] Der Kraffttersche Konkurs stand in engem Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Zangmeister, waren doch beide Familien miteinander versippt.[19]

Einige der Gläubiger von Christoph Kraffter saßen in Straßburg. Sie verlangten von der Stadt Augsburg, man solle ihn in ein härteres Gefängnis tun. Doch wurde dies abgelehnt, aber man beschloß, ihn ins »Hoechsetter-Stüblin« hinabzulegen. Kraffters

[14] Ebda., Causa Domini VIII, 399 (9. VII. 1560); *G. v. Pölnitz / H. Kellenbenz* (s. A 3), 583/53.
[15] Ebda., Causa Domini VIII, 412 (1. VIII. 1560); *G. v. Pölnitz / H. Kellenbenz* (s. A 3), 583/53.
[16] Hofkammerarchiv Wien, Kleinere Reichsstände, Fasz. 13 f. 51 (Heidelberg, 30. VIII. 1560).
[17] *P. v. Stetten,* Geschichte der Heil.Röm.Reichs Freyen Stadt Augspurg aus bewahrten Jahr-Büchern und tüchtigen Urkunden gezogen und an das Licht gegeben, Frankfurt/Leipzig 1743, I 541, 551.
[18] *R. Ehrenberg,* Das Zeitalter der Fugger, 2 Bde, Jena ²1922, 227.
[19] Vgl. *R. Eirich,* Memminger Wirtschaft und Patriziat von 1347 bis 1551, Weissenhorn 1971, 228ff. und Anhang.

Frau verfaßte eine Gegenschrift, die den Gläubigern vorgehalten werden sollte. In den Konkurs wurde auch Jakob Kraffters Witwe verwickelt. Dem Begehren der Gläubiger, Hab und Gut von Christoph Kraffter und der Witwe des Jakob zu »inventieren« wurde stattgegeben.[20] Zur Durchsicht der Krafftterschen Bücher wurden am 12. September die Herren Christoph Rehlinger und Linck verordnet. Übrigens gehörte zu denjenigen, die sich für die Kraffter einsetzten, auch Pfalzgraf Wolfgang von Zweibrücken.[21]

Christoph Kraffter und der Witwe seines Bruders gelang es, sich mit den Gläubigern zu arrangieren. Das Augsburger Stadtgericht verordnete am 18. März 1563 das Ratsmitglied Ulrich Walther und am 3. Juni Andreas Harder »des Gerichts alhie« zu Kuratoren der Krafftterschen »Hab und Güetter« mit dem Ziel, gütliche Vereinbarungen mit den Gläubigern herbeizuführen. Wie wir weiter unten sehen werden, gehörten die wichtigsten Gläubiger zur Augsburger Führungsschicht, und ihr Bemühen war es sichtlich, auf gütlichem Wege, wenn auch mit einigen Verlusten, über die Sache hinwegzukommen.[22]

Eine gewisse Vorstellung von der Konkursmasse vermittelt uns eine Übersicht aus dem Jahre 1566. Sie wurde anläßlich der Auseinandersetzung mit dem Luccheser Schuldner Girolamo Bertolini vom Augsburger Abgesandten, dem Juristen Marcus Schweyckher, vorgelegt. Bertolini hatte die Krafftterschen Geschäfte in Antwerpen vertreten und war nach dem »Falliment« aufgefordert worden, Rechnung abzulegen, was aber nicht geschah. Als Bertolini die Abrechnung immer wieder hinauszögerte, schickte man im Oktober 1566 Schweyckher nach Lucca, um ihn gerichtlich zur Erfüllung seiner Pflicht aufzufordern. Schweyckhers Aufstellung ergibt folgendes Bild. Die Gläubiger in Deutschland hatten 50000 Gulden zu fordern. Den Capponi in Florenz schuldeten die Kraffter 4500 Scudi, Kaufleuten in Lucca 32000 Scudi. Hinzukamen noch Gläubiger in Rom mit 4400 Scudi. In Genua betrugen die Forderungen 1660, in Modena 2300, in Reggio 661 Scudi. Außerdem waren in Venedig noch 17000 Scudi unbeglichen, die aus Wechselprotesten im Verkehr mit Lyon und Antwerpen stammten. Mit den betroffenen Firmen hatte man verhandelt. Sie waren zufrieden mit der Hälfte aus einer Forderung, die die Kraffter beim König von Frankreich hatten. In Bologna schuldeten die Kraffter 13400 Scudi; doch hatten sie dort Guthaben und Waren in gleicher Höhe.[23]

Die Zusammenstellung ist deshalb besonders interessant, weil sie zeigt, wie die Geschäftsbeziehungen in Italien sich auf die verschiedenen Plätze der Herstellung von

[20] StA Augsburg, Rb XXX/2 65 (6. VIII. 1560), 74 (20. VIII. 1560) u. 12. IX. 1560; *G. v. Pölnitz / H. Kellenbenz* (s. A 3), 584/54.
[21] StA Augsburg, Rb XXX/2 81 u. 82 (14. IX. 1560).
[22] Vgl. Anhang 2.
[23] Vgl. Anhang 1.

Textilien und das Bankzentrum Venedig verteilten. Einen Fall für sich stellte nun Girolamo Bertolini dar. Nach dem Krafftterschen Conto corrente hatte er ein Guthaben von 12623.3.7 flämischen Pfund oder 37870 Scudi. Die Krafftterschen Forderungen an ihn waren indessen höher. Sie betrugen 70880 Scudi. Abgesehen von einer Korrentschuld von 42466 Scudi lagerten bei ihm noch Waren, und zwar 278 Stück Seidenstoffe und 270 »carte di fioretti« im Betrag von 5000 flämischen Pfund oder 15000 Scudi. Aus Köln waren ihm 500 Gulden überwiesen worden. Hinzukamen noch 13000 Scudi aus anderen Partiten, über deren Herkunft zu diesem Zeitpunkt keine näheren Angaben gemacht wurden.[24]

Die Zusammenarbeit des Bertolini mit den Krafftern war übrigens nur ein Teil seiner Geschäfte. Er gehörte zwar nicht zu den führenden Lucchesen vom Rang der Buonvisi oder Balbani, entfaltete aber doch eine beachtliche Aktivität. Im Jahre 1558 gründete er in Antwerpen eine »compagnia mercantile«, deren stiller Teilhaber Nicolao di Timoteo Balbani war. 1563 wird er erwähnt mit einer »compagnia e banco«, deren Einlage 3300 Scudi betrug, wobei als stille Teilhaber Frediano Burlamacchi und Franciotto Franciotti fungierten. Zwei Jahre später bildete Bertolini mit Scipione Lucchesini eine Kompagnie, bei der als stille Teilhaber Piero Franciotti, Lucchesino Lucchesini und Franciotto Franciotti mitmachten. Im Jahre 1573 schließlich erscheint er als stiller Teilhaber der Gesellschaft des Alessandro Franciotti, zu deren Stammkapital von 3000 Scudi er 800 beisteuerte. Er war aber nicht nur in Antwerpen an Gesellschaften mit Landsleuten beteiligt, sondern auch in Lyon und in Lucca selbst. In Lyon legte er 1561 bei der »compagnia e banco« des Paolino Franciotti und Tommaso Burlamacchi neben andern stillen Teilhabern ebenfalls einen Betrag ein, und das gleiche tat er 1565 bei der »compagnia mercantile« des Piero Franciotti und Orazio Lucchesini. In Lucca selbst vereinbarte er 1561 mit Piero Franciotti eine Gesellschaft, die sich auf dem Gebiet der Arte della Seta betätigte und deren stille Teilhaber Filippo Burlamacchi und Paolo Franciotti waren. Von 1564 bis 1571 bestand die Firma Lucchesino Zuccherini, Girolamo Bertolini e Compagnia (als compagnia e banco) mit Piero Franciotti als stillem Teilhaber. Bertolini kombinierte also Warenhandel, Bankgeschäfte und Textilproduktion an drei verschiedenen Plätzen.[25]

Die Auseinandersetzung mit den Gläubigern der Kraffter zog sich in Augsburg bis 1571 hin. Am 26. April dieses Jahres erklärten die Gläubiger und ihre Anwälte die Sache für gütlich verglichen und »hingelegt«, und dementsprechend wurden die Kura-

[24] Vgl. *G. Tori,* Le compagnie mercantili a Lucca e all'estero nella seconda metà del sec. XVI, in: I palazzi dei mercanti nella libera Lucca del '500. Immagini di una città-stato al tempo dei Medici, Lucca, Palazzo Pubblico, 28 giugno/29 settembre 1980, Catalogo della mostra a cura di Isa Belli Barsali, Lucca 1980, 69ff.; *R. Sabbatini,* Nell'emporio del mondo, »sentina di ogni ribalderia«, mercanti lucchesi ad Anversa del '500 tra Riforma e Controriforma, Atti del Convegno Internazionale di Studi, Lucca 13–15 ottobre 1983, Lucca 1988, 130, 142, 143.
[25] Eine Übersicht über die Gläubiger vgl. Anhang 2.

toren entlastet. Dank des Entgegenkommens der hauptsächlich aus Augsburg stammenden Gläubiger aus meist angesehenen Familien war man über diesen Fall hinweggekommen.[26]

Die Vermögensentwicklung des Hieronymus Kraffter wurde offenbar durch die Schwierigkeiten seines Bruders Christoph und der Witwe Jakobs nicht wesentlich beeinflußt. Im Jahre 1562 zahlte er noch 516 Gulden Steuer. Er starb im Jahre 1566. Auch seine Witwe Anna Haug zahlte diese Summe. Nach ihrem Tod führte der Sohn Hieronymus (II) das Geschäft unter der Firma »Jeronimus Kraffter sel. Erben« weiter.[27] Er begann 1569 mit einer Steuerleistung von 120 Gulden und steigerte diese. Bis 1596, ein Jahr vor seinem Tod, konnte er sie verdreifachen. Er war zweimal verheiratet. Seine erste Frau Anna Maria Weiss starb fünf Jahre nach der Eheschließung 1573. Zwei Jahre später vermählte er sich mit Helene Herwart. Beide Frauen stammten aus angesehenen Augsburger Familien. Der Nachfolger Karl Kraffter, der seit 1596 mit Felizitas Hörmann verheiratet war, steigerte seinen Steuerbetrag von 207 (1598) auf 271 Gulden im Jahre 1607. Die Witwe heiratete 1610 Jeremias Buroner, der einer der aufsteigenden Augsburger Familien angehörte.[28]

III

Wie schon Richard Ehrenberg erwähnt hat, erlebte Augsburg nach der Konkursphase zu Beginn der sechziger Jahre eine zweite zehn Jahre später. Sie setzte gegen Ende des Jahres 1572 mit dem »Falliment« des Georg Neumair ein, der seine Gläubiger um 200000 Gulden brachte, aber sich vorher in die Freiung nach Friedberg in Sicherheit begab. Zwei Jahre später machten Melchior Manlich, sein Sohn gleichen Namens und der Tochtermann und Schwager Karl Neidhart Konkurs mit 700000 Gulden Schulden; sie begaben sich aber vorher heimlich aus der Stadt. Auch ein Angehöriger der Familie Schorer machte damals Bankrott. Des weiteren fallierten Hans Langnauer und zwei Gebrüder Haug. Auch sie brachten ihre Gläubiger »um eine starcke Summe Gelds«, machten sich aber ebenfalls zuvor »aus dem Staub«. In diesem Zusammenhang wurden außerdem die Herwart gezwungen, ihren Augsburger Sitz aufzugeben.

[26] Vgl. *A. Dietz,* Frankfurter Handelsgeschichte, Bd. 3, Frankfurt/M. 1921, 217 (Jeronimus Kraffter Selig Erben, 1585); *G. Fischer,* Aus zwei Jahrhunderten Leipziger Handelsgeschichte 1470–1650, Leipzig 1929, 216, 246, 248, 255, 259, 317 (Jeronimus Kraffter u. Erben).
[27] *J. Hagl* (s. A 4), 100ff.
[28] Vgl. dazu *P. v. Stetten* (s. A 17), I, 604, 608, 609, 610; *H. Kellenbenz,* Unternehmerkräfte im Hamburger Spanien- und Portugalhandel 1590 bis 1625, Hamburg 1954, 21–23; *R. Hildebrandt,* Die »Georg Fuggerischen Erben«, Kaufmännische Tätigkeit und sozialer Status 1555–1600, (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 6), Berlin 1966, bes. 144–146.

Einen letzten spektakulären Konkurs in diesem Zeitraum machte 1580 Konrad Rott (auch Rot oder Roth), der sich mit seinen Pfeffergeschäften verspekuliert hatte.[29]

Es fehlen noch hinreichende Detailuntersuchungen, um das Gewicht dieser Konkurse im Rahmen der Wechsellagen zwischen dem Schmalkaldischen Krieg und dem Rottschen Konkurs zu gewichten. Ehrenberg war der Ansicht, die Kraffter hätten mit 19600 Gulden falliert.[30] Nach den Angaben von 1566 war die Schuldsumme offensichtlich höher.[31] Zum Neumairschen Konkurs mit 200000 Gulden gesellen sich die 700000 der Manlich. Wie weit darf man diese Konkurse als Signale für tiefer greifende Krisen betrachten? Auch das wäre noch genauer zu untersuchen. Nicht unterschätzen dürfen wir die Schwierigkeiten, die um 1560 mit dem Generationswechsel verbunden waren, als alte erfahrene Persönlichkeiten, z. B. Anton Fugger, aus dem Geschäftsleben ausschieden und junge, teils weniger erprobte Kräfte die Führung übernehmen mußten. Manche ließen sich verlocken, über ihre Verhältnisse zu leben. Der Reichtum, der sich in Augsburg angesammelt hatte, der Luxus, den sich manche leisten konnten, verführte andere, es ihnen nachzutun, ohne daß die erforderlichen materiellen Voraussetzungen gegeben waren. So verwies der Chronist Gasser schon bei der ersten Konkurswelle auf die üppige und verschwenderische Lebensart einiger der Betroffenen.[32] Im Jahre 1574 wurden vom Rat entsprechende Maßnahmen beschlossen, um die Gläubiger gegen derartige Bankrotte möglichst rechtzeitig abzusichern und dafür zu sorgen, daß Curatores bonorum ein Verzeichnis der Güter der Falliten anlegten. Zum Jahr 1580 schließlich vermerkt Paul von Stetten in seiner Geschichte der Stadt Augsburg, daß der Rat »wegen der vielen seit einiger Zeit zu Augspurg vorgekommenen großen Falliment so wohl bey Kauff- und Handelsleuten als andern Personen, so ihr eigen und anderer Leute Vermögen durch Schwelgen durchgebracht«, am 18. Juni einen Verruf publizieren ließ, der verordnete, »daß die Falliten, wann sie gleich mit ihrer Gläubiger Willen wieder begnadet worden, dennoch der Stuben-Gerechtigkeit verlustig seyn, auf dem Perlach ihren besonderen Stand gegen dem Vogel-Bäncklin wärts haben, bey denen Leichen und Hochzeiten hinten nachgehen, und zu den Frauen gesetzt werden, oder zu Hauß bleiben, auch ihre Söhne und Töchter keine guldene Ketten tragen sollen, sie haben denn dieses Recht von ihrer Mutter ererbet«. Am 23. Juni wurde vom Stadtgericht außerdem verordnet, daß den Frauen »in Ansehung ihrer Heurath-Güter, und was sie ihren Männern sonsten erweißlich zugebracht, oder in währender Ehe vererbt, die Priorität gelassen«, sie »hingegen der Widerlag halben und was ihnen von ihren Männern an Silber-Geschmeid und Kleinodien geschenckt worden, jedoch mit Ausnahme der

[29] *R. Ehrenberg* (s. A 18), I,244.
[30] Vgl. Anhang 1.
[31] *P. v. Stetten* (s. A 17), I,551.
[32] Ebda., 631.

Mähl-Ring, Hochzeit-Ketten und Morgengab ihrer Männer, Gläubigern nachgeben sollen.«[33]

Wir werden hier auf eine Lebenshaltung, auf eine Neigung zu Luxus und Verschwendung hingewiesen, die im reichen Augsburg besonders deutlich zum Ausdruck kam und nur teilweise mit dem Etikett des »Renaissance-Stils« abgedeckt werden kann. Hinzukamen auch demoralisierende Begleiterscheinungen, die ganz allgemein das Zeitalter der Glaubensveränderungen zur Folge hatte. So positiv die Veränderungen durch die Reformation gesehen werden müssen, so bewirkte sie doch bei vielen nicht nur in Fragen des Glaubens Unsicherheit oder Gleichgültigkeit, sondern auch hinsichtlich des Lebenswandels. Wie weit dies, besonders in »protestantisch« gewordenen Kreisen griff, zeigen die vergleichbaren Verhältnisse beim reich gewordenen holsteinischen Adel, der seine Exzesse mit einer Reihe von Konkursen büßen mußte.[34]

Das Gewicht dieser Augsburger Konkurse muß also noch genauer untersucht werden, ebenso die Kreditschwierigkeiten im internationalen Bereich, angefangen bei den Auswirkungen der spanischen und französischen Zahlungseinstellung der ausgehenden fünfziger Jahre bis zu jenem Konrad Rott, der aus Augsburg verschwand und schließlich in Madrid und Lissabon wiederauftauchte, um dort von seinen Guthaben zu retten was noch zu retten war.[35] Und das alles muß verglichen werden mit den Millionenschäden, die der Schmalkaldische Krieg anrichtete,[36] mit den Schäden, die der Fürstenaufstand von 1552 zur Folge hatte, nicht nur während der militärischen Aktionen, sondern auch als Folge des von Karl V. gegen die oberdeutschen Reichsstädte eingeleiteten Handelskriegs.[37] Und schließlich müssen die Auswirkungen in die Rechnung einbezogen werden, die der Aufstand der niederländischen Rebellen, die damit zusammenhängende schwere Krise Antwerpens und die Hugenottenkriege in Frankreich zur Folge hatten.

[33] Vgl. etwa *H. Kellenbenz,* Die wirtschaftliche Rolle des schleswig-holsteinischen Adels im 16. und 17. Jahrhundert, in: *D. Lohmeier* (Hrsg.), Arte et Marte, Studien zur Adelskultur des Barockzeitalters in Schweden, Dänemark und Schleswig-Holstein, Neumünster 1978, 15–32. Daß die Generationen vor dem Reformationszeitalter, abgesehen etwa vom »herbstlichen« Burgund (Huizinga) noch einen anderen Begriff von Luxus hatten vgl. etwa *O. Borst,* Alltagsleben im Mittelalter (Inseltaschenbuch 513), Frankfurt/M. 1983, 277.

[34] *H. Kellenbenz* (s. A 29), 21–23; *R. Hildebrandt* (s. A 29), 144–146.

[35] *H. Kellenbenz,* Die Geldbeschaffung im Schmalkaldischen Krieg (im Druck).

[36] *H. Kellenbenz,* Das Römisch-deutsche Reich im Rahmen der wirtschafts- und finanzpolitischen Erwägungen Karls V. im Spannungsfeld imperialer und dynastischer Interessen, in: *H. Lutz* (Hrsg. unter Mitarbeit v. *E. Müller-Luckner),* Das Römisch-deutsche Reich im politischen System Karls V. (Schriften des Historischen Kollegs 1), München/Wien 1982, 35–54.

[37] Vgl. zur Gesamtsituation bis um 1618: *W. Zorn,* Ein neues Bild der Struktur der ostschwäbischen Gewerbelandschaft im 16. Jahrhundert (VSWG 75), 1978, 153–187.

Anhang 1

Sommario de Creditori de Craffter[1]
Li creditori d'Alamagna di che s'ha procura hanno hauer da Craffter fiorini $\frac{m}{50}$.
Benche uenesia ancora con la procura d'altri che non sappiamo quanto s'habbino hauere, ma per li fl $\frac{m}{50}$ si conta esser v d'oro — v 34000
Li Capponi di Fiorenza che sen'ha ordine — v 4500
Li creditori di Lucca che conuerranno ancor loro p(er) hauer conto et hanno hauere — v 32000
Sommano le partite di sopra che son qui e creditori et le procure sufficienti — v 70500

Li creditori di Roma montano	v 4400
Li creditori di Genoua	v 1660
Li creditori di Modena	v 2300
Li creditori di Reggio	v 661
	v 9021

Questi 4 creditori ch(e) sopra douerra(nno) mandar ordine oportuna et se n'e scritto Li creditori di Uenetia per diuerse partite che haueuon lor dato a cambio per Lione et Anv(er)sa che ne tornarono e protesti 1900 in circa v 17000. Questi di Venetia hanno trattato et si contentano del $\frac{9}{2}$ sopra un credito che haranno del Re di Francia. A Bologna doueuono v 13400.– ma per co(n)to u'era li creditori et robe per la medesima somma, et ne furono in lite con li creditori di Lucca, et finalmente, hebbauano sententia et ripartirono tra loro quelle faculta talme(n)te, che uengano pagati et co(n)tenti di quello hanno hauto sendoci come si uede. Molti creditori in questa citta c(onpossanza p(er) il ualore di v $\frac{m}{70}$ che sono il uerbo principale de creditori de Graffter et for[2]... li $\frac{3}{4}$ n'havrebbe a far difficulta il Bartolini a dar conto e...

Anhang 2

Actum donnerstag den 26 Aprilis a(nn)o 1571[3]

Zu wissen: Nachdem die edlen, ernuesten, fürsichtigen, ehrsamen, weysen, achtbaren, fürnemen vnd tugentsamen, nemlich herr Christoff Rhelinger, der Elter, des rhats vnnd ober richter alhie für sich selbst,
Herr Adam Rhem, für sich vnnd seinen bruder Mattheus Rhemen, auch für fraw Marx Rhemin,
Herr Leonhart Weiß des rhats für sich vnnd seine gebrüder,
Marx Langenmantel für sich selbst,
Leonhart Kobolt als pfleger Barbara, Christoff Kraffterin, item als pfleger, neben herr Hanns Herwartenn, Leonora des Hieronymus vnd Regina des Dauids der Zangmeister eewürtinen, item ferner er Kobolt, an stat Lucretia eewürtin fur Magdalena (Hiero)nymus Weissen seligen nachgelassne seiner eewürtin, deßgleich(en),
Thoma Freyhaimer, von wegen Susanna, seiner eewürtin,
Herr Andreas Harder (der eine curator selbst, so vil seinen mit curatorn betrifft) an stat vnnd von wegen Laux Millers seligen erben,
Anthoni Nusshart, von wegen Katharina, Hans Gallen seligen gelassner wittibin,
Ludwig Hoser, für sich selbst,
Hans Pfann, von wegen des wolgebornen herrn, herrn Joachim grauen zu Ortenburg ec. Auch herrn doctor Georgen Tradels, als seiner g(nädigen) h(erre)n gwalthabers,
Georg Miller, von wegen seiner selbst, vnnd anderer,
Lucas Millers, seines vatters seligen miterben,
Hanns Christoff Westermair, von wegen Veit vnnd Leopold Praunen, gebrueder zu Saltzburg,

[1] Ebenda, S. 253
[2] Das Folgende schwer lesbar, da teilweise verdorben
[3] StA Augsburg 217, Kaufmannschaft und Handel Fasc. VI, 26/17. Nur Eigennamen werden groß geschrieben

Magister Johann Spreng notarius, von wegen herr Cyriacus Webers, der artzney doctorn, vnnd fraw Anna von Rietheim,
Christoff Hertdegen notarius, als gwalthabern herrn Wendelin Bögens seligen erbenn,
Isaac Gürstenberg notarius, als gwalthaber Veiten Reblins von Passaw,
Vlrich Müller seckler, für sich vnnd Valte Bschern, als Hanns Jacoben Bayrs seligen gweste pfleger,
Dann Georg Bronner, für sich, vnnd Endres Brencker als Hannß Conraden Bayrs verordnete pfleger,
Dorothea Leonhart Spetenn schefflers eewürtin,
Vnnd letslich Hanns Werlin, für sich selbst, vnnd anndern de (D) Schwäbin seligen erbenn.
Alle vnnd yede des Christoff Kraffters vnd weylandt Jacob Kraffters seligen erbenn, inn recht angezeigter gemaine gläubiger, anwalde vnd versprecher, verschiner zeit, die auch ehrnuesten, fürsichtigen vnnd weysen herren Vlrichen Walther des rhats, den 18. Martij a(nn)o im dreyvndsechtzigistenn, vnnd herren Andreas Harder, des gerichts alhie, den 3. Junij a(nn)o im achtvnndsechtzigisten zu curatorn ir der Kraffter hab vnd güetter vor offem gericht, vermittelst gewonlicher glübd vnd ayd, verordnet, die also die zeit her irem ambt gemeß, den güettern, getrewlich vnnd fleissig vorgestanden. Vnd aber yetzt die sachen zwischen allenn vnd yeden gläubigern güetlich verglichen vnd hingelegt worden. Sie auch die herren curatores irer verwaltung, einnemenn vnnd ausgebenn aufrechte vnd volkommne rechnung vnnd rest, so vil dauon zu iren handen kommen, gethon vnd vberantwurtt habenn. Das darauf vorgedachte herrenn gläubiger vnnd Anwäld, ermeldte beede herren Walther vnd Harder, diser ir gantzen Administration rechnung vnd rests, auf ein stet, ewig end, besster form rechtens, wie das zum kräfftigisten beschehn soll, quitt, frey ledig vnnd loß, sprechen vnnd zolenn, mit gäntzlicher erlassung ires ambts vnnd curatorey, neben dem ferrern zusagenn vnnd versprechen, woferr sie beede herren curatores, sambt oder sonder, oder ir erben dises ires getragnen ambts halbn vnd was dauon herraicht, darüber sy wie obsteet, gute rechnung gethon, von einem oder mer, wie oder wer der were, yetzt, oder künfftiglich angelangt, vnd angesprochen würdn, das dann sy ermeldte Crafftersche gläubiger, yeder für sich vnd seine ( )[4] rata seins endpfahen, sie die herren curatores vnd ir erbenn, auf ir erst anzeigen, inn vnnd ausser recht, zuuertretten, zuuerantworten vnd schadloß zuhalten schuldig sein soll(en) vnd wöllen, auf ir vnd irer erben selbst aigenn costen vnd schaden, bey verbindung alles vnd yeder ir vnnd irer erben hab vnd güetter, mit verzeihung aller freyheit, hilff vnnd wolthat d(er) rechte, wie der ymmer namen habenn. Alles trewlich on geuerd. Darüber sie vnderschidlich an gerichtstab angelobt, vnd das alles inn das gerichtsbuch einzuschreiben gebetten, wie hiemit beschehenn.

Nota: Herr Georg von Stetten aigner person, vnd M. Johann Spreng, als anwald der fraw Eyselerin, habn sond(er)bar anderst nit quittirt, dann d(a)s sy in protocollo judicialiter renuncyrt.

[4] zerstört

Wolfram Fischer

Die Entwicklung Berlins von der Verwaltungsstadt zur Industrie- und Dienstleistungsmetropole

Berlin hat 1987 sein 750jähriges Jubiläum gefeiert. Es ist, verglichen mit vielen Städten der alten Welt, eine junge Stadt, verglichen mit den Städten Amerikas und vielen Afrikas jedoch, alt. Berlin ist kein Kind des Industriezeitalters und doch erst in den letzten zweihundert Jahren zu einer der großen Weltstädte geworden, die auf dem Höhepunkt ihres Wachstums in den 1940er Jahren fast 4,5 Mill. Einwohner zählte und die größte Industriestadt Europas war. 1680 hingegen, kurz ehe der Kurfürst von Brandenburg zum König von Preußen gekrönt wurde, hatte sie noch nicht einmal 10000 Einwohner und galt als »ein altfränkischer und eingeschränkter« Ort.[1]

Wenige Jahre später rief der Kurfürst jedoch aus Frankreich fliehende Protestanten, die Hugenotten, ins Land. Von den rund 20000, die diesem Ruf folgten, ließen sich knapp die Hälfte in Berlin und der unmittelbaren Umgebung nieder. Das brachte Berlin nicht nur Bevölkerungszuwachs, sondern neue Gewerbezweige und Techniken, insbesondere im Textilgewerbe, und legte die Grundlage für die Weltoffenheit und Toleranz gegenüber Fremden, die Preußen lange auszeichnete und die Berlin später zu einem Zentrum für Zuwanderer, nicht nur für Deutsche, sondern auch für Juden und Polen aus Ostmitteleuropa, machte. Um 1800 wurden ca. 3% der Einwohner als Franzosen und 2,4% als Juden gezählt.

Die Hauptstadt der preußischen Könige wuchs bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, ohne die Stadtmauern zu sprengen, zur zweitgrößten Stadt Mitteleuropas heran. Um 1800 hatte sie etwa 170000 Einwohner. Damit blieb sie weit hinter London und Paris, den beiden großen Metropolen Europas, zurück und auch noch hinter Wien, dem Sitz des deutschen Kaisers, oder Moskau und Petersburg, den beiden Residenzen der russischen Zaren. In der Größenordnung entsprach Berlin damals Städten wie Dublin, Lissabon oder Rom. Dieses Berlin galt als eine Stadt des Hofes, der Verwaltung und des Militärs. Von seinen Einwohnern waren etwa 15% Militärs und deren Angehörige. Aber Berlin war auch schon eine aufstrebende Gewerbestadt. 36000

[1] Den besten Überblick über die Geschichte Berlins gibt der zum 750jährigen Jubiläum der Stadt herausgegebene Sammelband: *W. Ribbe* (Hrsg.), Geschichte Berlins, 2 Bde., München 1987 (hier: Bd. I, S. 343ff.). Zur Wirtschaftsgeschichte: *Industrie- und Handelskammer Berlin* (Hrsg.), Berlin und seine Wirtschaft. Ein Weg aus der Geschichte in die Zukunft – Lehren und Erkenntnisse, Berlin 1987. Auch: *W. Fischer*, Berlin als Wirtschaftszentrum aus der Sicht der Unternehmer, in: *W. Treue* (Hrsg.), Geschichte als Aufgabe. Festschrift für Otto Büsch zu seinem 60. Geburtstag, Berlin 1988, S. 483–505.

Personen, d. h. mehr als ein Fünftel der Bevölkerung, waren gewerblich tätig als Selbständige oder als Arbeiter, die weitaus meisten davon im Textilgewerbe, das noch ohne Maschinen arbeitete. Wolle und Baumwolle, auch Seide wurden verarbeitet, viel davon für das preußische Militär und von deren Angehörigen, die in ihrer Freizeit spannen und woben. Daneben gab es vielerlei Handwerke, neben den überall notwendigen Schustern, Bäckern und Fleischern vor allem Metall-, Möbel- und Bauhandwerker, einige Hofbankiers, Groß- und Kleinkaufleute, Tagelöhner und Gesinde.

Bald nach der Jahrhundertwende kam die Dampfmaschine nach Berlin. Mehrere Handwerker bauten sie, und als in den 1840er Jahren die ersten Eisenbahnen angelegt wurden, entwickelten sich einige Werkstätten schnell zu großen Industriebetrieben. Borsig stieg binnen weniger Jahre zum größten deutschen und einem der größten europäischen Lokomotivfabrikanten auf und seine Fabrik vor den Toren der Stadt veränderte das Antlitz Berlins. Rauchende Schlote wurden zu einem Wahrzeichen dieser nördlichen Vorstadt, in der sich bald auch andere Maschinenbauanstalten und Gießereien ansiedelten.

Kurz vor der Mitte des Jahrhunderts gründete Werner Siemens, ein preußischer Artillerieoffizier, seine Telegraphenbauanstalt und baute sie zu dem wichtigsten Unternehmen der Elektroindustrie in Deutschland auf, was es bis heute geblieben ist. Etwa zur gleichen Zeit gründete ein Apotheker namens Schering seinen kleinen pharmazeutischen Betrieb. Auch daraus entstand eine Weltfirma. Sie ist heute das bedeutendste Unternehmen, das seinen Hauptsitz noch in Berlin-West hat. (Siemens und viele andere verlegten ihn nach dem Zweiten Weltkrieg in den Westen oder Süden Deutschlands, wo der Wiederaufbau schneller begann und die Gefahr der Enteignung nicht bestand, die in Berlin noch bis Anfang der fünfziger Jahre nicht gebannt war.)

Das Berlin des zweiten Drittels des 19. Jahrhunderts war eine Stadt des Maschinenbaus geworden; im letzten Drittel des Jahrhunderts wurde es zum größten Zentrum der Elektroindustrie in Europa. Zu Siemens gesellte sich die AEG, die deutsche General Electric, die Emil Rathenau gegründet hatte, um die Patente Edisons zu verwerten, und im Schatten der Großen ließen sich zahlreiche kleinere Unternehmen nieder. Es war ein Silicon Valley des 19. Jahrhunderts, das hier entstand. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg kam mehr als die Hälfte der Produktion der deutschen Elektroindustrie aus Berlin, und die deutsche Elektroindustrie war neben der amerikanischen die größte in der Welt, weit vor der Frankreichs und Englands. Auch die chemische und pharmazeutische Industrie besaß viele Firmen in Berlin. Der Maschinenbau dehnte sich weiter aus. Aber – und das ist wichtig – keiner dieser jungen Industriezweige wurde vor dem Ersten Weltkrieg zum größten Arbeitgeber Berlins. Dies blieb – neben dem öffentlichen Dienst, der in der preußischen, seit 1871 deutschen Hauptstadt immer eine beträchtliche Rolle spielte – ein sehr altes Gewerbe, die Bekleidungsindustrie mit einigen Groß-, fast 50000 Kleinbetrieben und noch einmal so vielen Heimarbeitern. Darin ähnelte Berlin New York und Paris. Hier fanden vor allem Frauen

Beschäftigung, und der große Markt der Stadt selbst erwies sich als sehr wertvoll. Überdies wurde Berlin nach Paris und London zu einem Zentrum der Mode. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts beschäftigte das Bekleidungsgewerbe etwa 6000 Menschen, Mitte der siebziger Jahre bereits 46000 und 1907 über 150000. Das waren 17% aller Berufstätigen und ein Viertel aller in Industrie und Handwerk Tätigen. Noch immer waren knapp zwei Drittel davon Frauen.

Seit Berlin 1871 Reichshauptstadt geworden war, wuchs es auch zu einem Zentrum der Dienstleistungen heran. Nicht nur war es der Sitz der zentralen Reichsbehörden und – wie seit jeher – der preußischen Verwaltung, sondern Banken, Versicherungen, Großhandel und Verbände konzentrierten sich mehr und mehr in Berlin. Seit den 1880er Jahren hatten alle Großbanken Deutschlands hier ihren Sitz. Ein aus Frankfurt, dem traditionell wichtigsten Bankplatz Deutschlands, nach Berlin zugewanderter Bankier schrieb in seinen Lebenserinnerungen, daß er nach Berlin gekommen sei, weil »eine erfreuliche Tätigkeit und geschäftliche Zukunft für einen Bankmann in Deutschland nirgends anders zu suchen und zu finden sei als in der aufstrebenden Reichshauptstadt«.[2] Und die sich im Kaiserreich schnell vermehrenden Verbände nahmen alle ihren Sitz am Platz von Regierung und Parlament, da sie hier ihre Informationen am schnellsten erhielten und ihren Einfluß am besten ausüben konnten.

Am Ende des 19. Jahrhunderts beschrieb ein junger Unternehmer, der Sohn des Gründers der AEG, Walther Rathenau, seine Heimatstadt als »Parvenü der Großstädte und als Großstadt der Parvenüs«. Sie brauche sich dessen aber nicht zu schämen, denn Parvenü bedeute »auf Deutsch« self-made-man, und darauf könne Berlin stolz sein. In seiner Beschreibung »der schönsten Stadt der Welt«, wie er Berlin nannte, heißt es: »Genau genommen ist die Großstadt Berlin gar nicht vorhanden. Was uns den Namen gibt, ist die Fabrikstadt, die im Westen niemand kennt und die vielleicht die größte der Welt ist. Nach Norden, Süden und Osten streckt (sich) die Arbeiterstadt…«. Früher, so meinte er, »hatte Berlin einen Charakter: den der bescheidenen Residenz eines schöngeistigen Hofes«. Aber: »was einst der Stolz und die Schönheit der Stadt war, das ist heute erdrückt, veraltet, deplaciert. Es ist, wie wenn eine kleine Beamtenfamilie das große Los gewinnt und sich neu einrichtet … Berlin ist nicht gewachsen, es ist verwandelt … das königlich Preußische findet im kaiserlichen Reichsberlin keinen Platz mehr. Spreeathen ist tot, und Spreechicago wächst heran.«[3]

Es gibt keine bessere Beschreibung Berlins kurz vor dem Höhepunkt seines Glanzes als diese durch einen Berliner Unternehmer jüdischer Herkunft, der zugleich Schriftsteller war, im Ersten Weltkrieg die deutsche Rohstoffwirtschaft organisierte und

[2] *A. v. Gwinner*, Lebenserinnerungen, hrsg. v. *M. Pohl*, Frankfurt a. M. 1975, S. 54.
[3] *W. Rathenau*, Die schönste Stadt der Welt, in: *ders.*, Nachgelassene Schriften, Bd. 2, Berlin 1928, S. 260ff.

schließlich als Außenminister der Weimarer Republik von Rechtsradikalen ermordet worden ist.

Die beiden Weltkriege verstärkten Berlins Bedeutung als Wirtschafts- und Verwaltungszentrum noch. Die Kriegswirtschaft ließ die Bürokratie, aber auch die Rüstungsproduktion stark anwachsen. Nun mußten, um ihre Rohstoffzuteilungen zu sichern, auch Unternehmer aus deutschen Regionen anreisen, die sich früher von Berlin ganz unabhängig glaubten, z. B. aus Hamburg oder Stuttgart. Robert Bosch, der große Stuttgarter Industrielle, der Zündungen für Automobile überall in der Welt lieferte, unterhielt im Ersten Weltkrieg in Berlin ein eigenes Haus, wo er Politiker, Militärs und andere Wirtschaftsführer traf, und der Chef der größten deutschen Reederei, der Hamburg-Amerika-Linie, Albert Ballin, hielt sich 1917 und 1918 monatelang in Berlin auf, um mit Regierung und Kaiser über die Möglichkeiten für eine Verständigung mit Großbritannien zu sprechen, für die er immer eingetreten war.

Aber auch die Industriebeschäftigung wuchs an, weil Berlin als Stadt des Maschinenbaus, der Elektrotechnik, der Pharmazie und der Bekleidung wichtige Rüstungsgüter herstellte. Nun wurden hier Granaten gedreht, aber auch Ausrüstungen für Panzer, Granatzünder, Handgranaten, Gasmasken, Uniformen und Stiefel gefertigt. Immer mehr Frauen ersetzten Männer an ihren Arbeitsplätzen, so daß sie bald ebenso stark in der eigentlichen Fabrikindustrie vertreten waren. Berlin wurde schließlich mit seinen Forschungsstätten auch ein Zentrum einer neuen, schrecklichen Waffe, der Gasgranaten. Kurz vor dem Krieg, 1911, war der Physiko-Chemiker Fritz Haber, der die Synthese von Stickstoff aus der Luft erfunden hatte und dafür später den Nobelpreis erhalten sollte, nach Berlin berufen worden, um ein Institut im Rahmen der kürzlich gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (der heutigen Max-Planck-Gesellschaft) aufzubauen. Er machte binnen weniger Jahre aus einem kleinen Laboratorium mit 5 Personen einen Forschungs- und Rüstungsbetrieb von mehr als 2000 Beschäftigten.

Im Zweiten Weltkrieg wiederholte sich das in noch größerem Maßstab. Die meisten der vielen Zentralstellen, die das chaotische Regierungssystem Hitlers schuf, waren in Berlin. Manche beschäftigten schnell mehrere Tausende von Personen. Es ist daher kein Wunder, daß schon 1939 knapp die Hälfte aller in Berlin beruflich Tätigen sich mit Dienstleistungen beschäftigte, während es im Durchschnitt des Deutschen Reiches nur ein Viertel war. Aber auch die Industrie wurde noch stärker in der Rüstung eingesetzt. 1939 produzierte Berlin – wie 1914 – die Hälfte des gesamten Ausstoßes der Elektroindustrie im Deutschen Reich und erstaunlicherweise auch mehr als ein Drittel der Textilprodukte sowie ein Fünftel der Papier- und Druckerzeugnisse und fast ein Fünftel der feinmechanischen und optischen Produkte. Bis 1943 wuchs die Einwohnerschaft der Stadt weiter. Nun zählte sie mit knapp 4,5 Mio. Menschen 600 000 mehr als zu Beginn der Weimarer Republik und fast 250 000 mehr als beim Machtantritt Hitlers 1933. Berlin, traditionellerweise eher eine Stadt mittle-

rer und kleinerer und nur weniger Großbetriebe, erlebte nun einen Rückgang der Kleinbetriebe und ein schnelles Wachstum der Giganten.[4]

Ab Herbst 1943 war die Reichshauptstadt dann das Ziel alliierter Bombenangriffe. Gegen Ende des Krieges lagerte man daher immer mehr Industriebetriebe nach dem Westen und Süden, zunächst auch noch nach dem Osten aus. Dies ist ein Grund, warum traditionelle Berliner Firmen wie Siemens und die AEG nach dem Krieg vor allem im Westen wieder aufgebaut wurden. Menschen und Maschinen waren dort schon, wenn auch oft nur provisorisch, untergebracht. Man schätzt, daß durch Bombenschäden und die anschließenden Demontagen der Siegermächte im heutigen Ost-Berlin 33%, im Westen sogar 85% der industriellen Kapazität verloren gingen. Als die ersten amerikanischen Truppen im Sommer 1945 in die Stadt kamen, sprach ihr Kommandant davon, daß sie »der größte Trümmerhaufen der Weltgeschichte« sei, und wenig später schrieb eine große amerikanische Zeitung: »Das Problem der deutschen Nachkriegsindustrie ist für Berlin gelöst. Es gibt dort keine Industrie mehr.« Die Bevölkerung war auf 2,8 Mio. reduziert, davon lebten 600 000 von öffentlicher Unterstützung.[5]

Von nun an war Berlin isoliert. Mitten in der sowjetischen Besatzungszone gelegen, hatte es nur wenige und stark kontrollierte Zugänge zum Westen. Die Besatzungsmächte entzweiten sich bald in allen Fragen, die die Zukunft Berlins betrafen. Das wurde offensichtlich, als 1948 die Währungsreform erst im Westen, zwei Tage später im Osten Deutschlands zwei unterschiedliche Währungen schuf. Nach dem Willen der Sowjets sollte ganz Berlin in den Währungsbereich Ost einbezogen werden. Die Westmächte führten hingegen in ihren Sektoren die Westmark ein, aber nicht ganz. Eine Zeitlang blieben beide Währungen nebeneinander gültig. Bis 1961 konnten noch mehrere Zehntausende von Berlinern, die im Osten wohnten, im Westen arbeiten und umgekehrt. Dann machte der Bau der Mauer im August 1961 auch dem ein Ende. Binnen 24 Stunden verloren die Westsektoren der Stadt mehr als 50 000 Arbeitskräfte.

Inzwischen war ein guter Teil der Industrie wieder aufgebaut worden. In Berlin (West) waren 1960 wieder mehr als eine Million Personen beschäftigt, davon 305 000, mehr als dreimal soviele wie nur zehn Jahre zuvor, in der Industrie. Aber die Marktzusammenhänge waren zerrissen, die Firmensitze oft nicht mehr hier, sondern in München oder Frankfurt. Berlin wurde zu »einer verlängerten Werkbank«, d. h. hier wurde zwar noch produziert, aber oft nur noch in Zweigbetrieben, während die strategischen Firmenentscheidungen anderswo stattfanden.

[4] *W. Schieder,* Staat und Wirtschaft im »Dritten Reich«. Der Weg in die Katastrophe, in: Industrie- und Handelskammer (s. A 1), S. 197–221.

[5] *K. C. Thalheim,* Berlin – Herausforderung und Antwort einer Hauptstadt, in: Die unzerstörbare Stadt. Die raumpolitische Bedeutung Berlins, hrsg. vom Institut für Raumforschung, Bonn/Köln/Berlin 1953, S. 24.

Noch schwerer traf Berlin der Verlust der Hauptstadtfunktion. Er kostete einen großen Teil der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, nicht nur im öffentlichen, sondern auch im privaten, z. B. im Großhandel. Dennoch ist West-Berlin nicht nur wieder die größte Industriestadt der Bundesrepublik, Ost-Berlin die größte Industriestadt der DDR, sondern beide sind auch wieder große Dienstleistungszentren geworden. Kunst und Wissenschaft sind überdurchschnittlich hier angesiedelt. Berlin (West) besitzt zwei große Universitäten mit zusammen über 80000 Studenten, mehrere Fachhochschulen und an die 90 Forschungsinstitute. Mit alliierter Duldung arbeiten hier einige große Verwaltungen der Bundesrepublik, z. B. die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, das Bundesgesundheitsamt, das Umweltbundesamt, die Bundesanstalt für Materialforschung und Materialprüfung. Berlin ist nach wie vor eines der Zentren der Elektrotechnik, wenn auch nicht mehr das herausragende; es ist auch wieder eine Stadt mit zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen in vielen Branchen. Fast 73000 Unternehmen – das Handwerk nicht eingeschlossen – waren 1986 in den Westsektoren tätig. Fast die Hälfte der Bevölkerung, nämlich 871000, waren erwerbstätig, davon mehr als 200000 oder fast ein Viertel im öffentlichen Dienst: Die verarbeitenden Gewerbe beschäftigten knapp 200000 Personen oder 22,5%. Zählt man das Baugewerbe hinzu, so sind es fast 30%. Auf den beiden Säulen: Staat und Industrie scheint Berlin nach wie vor oder wiederum zu ruhen. Faßt man jedoch Handel, Banken, Versicherungen, Verkehr und alle sonstigen Dienstleistungen zusammen, so zeigt sich, daß dies nicht ganz richtig ist, denn der Block der privaten Dienstleistungen zusammen macht fast 40% der Beschäftigten aus. Knapp zwei Drittel der Erwerbstätigen sind also in privaten oder öffentlichen Dienstleistungen tätig. Berlin ist also nicht mehr in erster Linie eine Industrie-, sondern eine Dienstleistungsstadt. Daß Industrie und Handwerk aber nach wie vor einen hohen Rang einnehmen, zeigt sich, wenn man ihren Anteil an der Erstellung des Bruttosozialprodukts bemißt. Dieser liegt bei fast 43%, der des Staates aber nur bei knapp 20%. Auch wenn das zum Teil die unterschiedlichen Meßmethoden widerspiegelt, die den Anteil des öffentlichen Dienstes verkleinern, so weist es doch auch darauf hin, daß die Produktivität der Industrie offenbar noch immer höher liegt als die der Dienstleistungen.

Berlin ist seit 1961 auch wieder, wie schon vom 16. bis 19. Jahrhundert, eine Stadt der Zuwanderer geworden, wenn auch zwischendurch immer wieder einmal mehr Menschen weg- als zuzogen. Besonders ausländische Arbeitskräfte hat der Westteil der Stadt überdurchschnittlich angezogen. 13% seiner Bewohner besitzen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit; das ist ein fast doppelt so hoher Anteil wie im Durchschnitt der Bundesrepublik, wenn auch nicht der höchste Stand – in München, Köln oder Frankfurt z. B. ist er noch höher. Berlin ist heute die größte türkische Stadt außerhalb der Türkei; 160000 Türken wohnen hier, dazu kommen noch rund 100000 Berliner anderer Nationalitäten, vor allem Jugoslawen, Griechen, Italiener

und Polen. Diese und viele andere Ausländer, darunter auch die Angehörigen der Schutzmächte, haben das Straßenbild dieser Stadt bunter und lebhafter gemacht. Berlin ist wieder eine vitale, quirlige Stadt – keine Weltmetropole wie New York, London, Paris oder Tokio, aber auch keine verschlafene Provinzstadt, eine Stadt, die noch an vielen Wunden leidet, die ihr der Zweite Weltkrieg und seine Folgen geschlagen haben. Aber es ist auch eine Stadt mit viel Grün, mit Seen und Wäldern innerhalb ihrer Gemarkungen – das Ergebnis einer weitblickenden Entscheidung aus den Anfangszeiten der Weimarer Republik, als Groß-Berlin gegründet wurde und mehrere Städte und viele Dörfer in die Grenzen Berlins einbezogen worden sind. Berlin ist eine Stadt mit einem dichten Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln – das Ergebnis noch früherer Entscheidungen, eine Stadtbahn und eine U-Bahn zu bauen, die heute in einem Netz vereint sind, nachdem bis vor kurzem die Stadtbahn von der Deutschen Reichsbahn, die in Ost-Berlin residiert, betrieben (und vernachlässigt) worden ist und eher einen Fremdkörper in West-Berlin bildete.

Wie läßt sich der schnelle Aufstieg Berlins zu einem modernen Industrie- und Dienstleistungszentrum, sein jäher Absturz und der Wiederaufbau zur erneut größten Industrie- und Dienstleistungsmetropole Deutschlands in wenigen Worten erklären? Zunächst zogen offensichtlich der Hof und die Verwaltung der preußischen Könige Geschäftsleute und Handwerker an. Sie kamen aus den preußischen Provinzen, aber auch aus Frankreich, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz. Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts entfaltete aber die bürgerliche Welt Eigengewicht und Selbstbewußtsein. Sie nutzte die Chancen, die ihnen der Regierungssitz und eine günstige Verkehrslage mit vielen Wasserstraßen boten. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts half dabei die Staatsverwaltung, vertreten durch einige weitsichtige Beamte, mit vielfältigen, meist indirekten Hilfen nach: Das Gewerbeinstitut stellte technische Informationen zur Verfügung, vergab Stipendien zu Reisen nach England, mitunter auch finanzielle Subventionen. Um seinen Leiter scharte sich eine kleine Gruppe von Beamten, Architekten und Unternehmern mit technischer Intelligenz. Sie unterrichteten auch junge Handwerker, von denen man annahm, daß sie Außergewöhnliches würden leisten können. Einige davon bauten eigene Unternehmen auf, andere arbeiteten als Meister und technische Direktoren.

Die Residenz und ihre aufstrebende Wirtschaft zog nun nicht nur einzelne besonders begabte oder ehrgeizige Menschen, sondern Hunderttausende vor allem aus Nord- und Ostdeutschland, aber auch aus dem slawischsprachigen Osten Mitteleuropas an, Menschen, die Talente, Fleiß und den Willen, es zu etwas zu bringen, mitbrachten, darunter sehr viele Juden, von denen einige zu den reichsten und den in Kunst, Wissenschaft und den freien Berufen angesehensten Berlinern wurden, manche es auch in der Politik zur Prominenz brachten. Berlin wurde – wie sonst in Deutschland nur das Ruhrgebiet – zu einem Schmelztiegel. Über die Hälfte seiner Unternehmer im 19. Jahrhundert war nicht in der Stadt geboren. Berlin blieb zwar preußisch

streng und karg, wurde aber zugleich weltoffen. Eine Stadt, wie Rathenau richtig erkannte, für self-made-men.

Der Absturz ist leicht zu erklären. Von dieser Stadt aus wurde der Zweite Weltkrieg entfesselt, und sie hatte einen Gutteil der Kosten zu tragen. Danach aber entfachte sich der Lebenswille der Berliner neu, ließ sich auch von der sowjetischen Besatzungsmacht nicht unterkriegen und fand die Hilfe der Westmächte, insbesondere der Amerikaner, die in einer kritischen Situation, 1948, mit ihren Flugzeugen die Blockade, die die Sowjets über den Westteil der Stadt verhängt hatten, brachen. Danach half auch die Bundesrepublik mit bis heute andauernden hohen Subventionen, die Lebensfähigkeit der Stadt zu erhalten und die Standortnachteile auszugleichen, die West-Berlin besitzen wird, solange es vollständig umschlossen ist von dem Territorium eines ihr nicht freundlich gesinnten anderen politischen und wirtschaftlichen Systems.

Aber auch die Beziehungen zu dem Ostteil der Stadt sind trotz Blockade und Mauer nie ganz abgerissen. Noch immer haben viele Westberliner nächste Angehörige, Eltern, Geschwister, im Osten der Stadt und umgekehrt. Viele Jahre machte es die größten Schwierigkeiten, sich zu besuchen. Das ist seit dem Viermächteabkommen besser geworden, wenn auch vor allem für den Verkehr von West nach Ost, erst ganz allmählich auch in umgekehrter Richtung. Nach wie vor gibt es auch einen, wenn auch geringen Warenverkehr mit der DDR. 1986 gingen nur 3% aller aus Berlin-West ausgeführten Waren dorthin, 35% wurden in das Ausland, der ganz überwiegende Teil in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verkauft, aus dem auch mehr als zwei Drittel aller Waren kamen, die Berlin bezog. Wirtschaftlich ist Berlin ein voll integrierter Teil der Bundesrepublik Deutschland und damit der Europäischen Gemeinschaft und nimmt, wenn auch manchmal mit leichten Abweichungen, an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik und Westeuropas teil.

Berlin ist also ein (fast) normales, großes westeuropäisches Industrie- und Dienstleistungszentrum geworden, das doch zugleich eine ganz besondere Stadt ist wie keine andere in der Welt, nicht einmal mehr Jerusalem. Der Widerspruch zwischen beiden bestimmt das Leben in dieser Stadt, macht es spannend und manchmal schwierig. Er ist historisch bedingt und unter den gegenwärtigen weltpolitischen Konstellationen nicht aufzulösen, höchstens zu mildern. Dies zu tun, ist eine tägliche Aufgabe für alle, die für diese Stadt Verantwortung tragen.

Burkhard Hofmeister

Stadtgeographie. Entwicklungsphasen und wechselnde Forschungsschwerpunkte

Einleitung

Zur heutigen Stadtforschung tragen die verschiedensten Disziplinen bei. Die nachfolgenden, dem Jubilar Otto Borst freundlichst gewidmeten Zeilen sollen den Fragen nachgehen, seit wann sich die Geographie mit dem Objekt Stadt beschäftigt und zu welchen Zeiten sie sich welcher städtischen Aspekte vornehmlich angenommen hat.

Als die beiden traditionellen Kerngebiete der geographischen Wissenschaft gelten die Lehre von den Oberflächenformen des Geländes oder Geomorphologie und die Siedlungsgeographie. Daher haben viele Fachvertreter trotz rascher Auffächerung des Gesamtfaches Geographie bis in die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts hinein diese beiden Teilgebiete gleichzeitig, wenn auch mit jeweils unterschiedlicher Intensität gepflegt. Die Siedlungsgeographie und damit auch die Beschäftigung der Stadt war also vom Beginn der modernen wissenschaftlichen Geographie an einer der beiden Schwerpunkte des Faches.

Zu den Pionieren der Siedlungsgeographie zählen Ferdinand von Richthofen (1833–1905), dessen »Vorlesungen über Allgemeine Siedlungs- und Verkehrsgeographie« 1908 postum veröffentlicht wurden, Friedrich Ratzel (1844–1904), der mit seinem zweibändigen Werk »Anthropo-Geographie« (1882 und 1891) als der eigentliche Begründer eben dieser Anthropogeographie oder Humangeographie gilt, Alfred Hettner (1859–1941), der sich 1887 bei Ratzel habilitierte, Kurt Hassert (1866–1947), der bei Richthofen studierte und sich 1890 bei Ratzel promovierte und 1907 »Die Städte geographisch betrachtet« publizierte, das erste deutschsprachige Lehrbuch der Stadtgeographie, schließlich Otto Schlüter (1872–1959), der zunächst Germanistik und dann bei Alfred Kirchhoff Geographie studierte. Kirchhoff (1836–1907) selbst war ein vielseitiger Mann gewesen, hatte Jura, Naturwissenschaften, Geschichte, Altphilologie und Germanistik studiert und war 1871 als Dozent für Geographie an die Kriegsakademie in Berlin, 1873 als Professor für Geographie an die Universität Halle berufen worden. Ratzel hatte eine Apothekerlehre begonnen und war über eine Anstellung als Reisekorrespondent zur Geographie gelangt. Richthofen war dagegen von seiner Ausbildung her Geologe und Mitglied der Geologischen Reichsanstalt in Wien gewesen; daher war für ihn die Natur Ausgangspunkt seiner Arbeit, und er maß dem Einfluß der Natur auf den Menschen entscheidende Bedeutung bei.

Die Entwicklungsphasen der deutschen Stadtgeographie bis 1945

Im weiteren Kontext der Siedlungsgeographie standen in den Arbeiten dieser frühen Geographengeneration bis etwa zur Jahrhundertwende hin die Frage nach der *Lage von Städten* und damit im Zusammenhang auch die nach ihrer *Genese* im Vordergrund. Beispielhaft sind etwa Hettners Abhandlung »Die Lage der menschlichen Ansiedelungen« (1895) oder Ratzels Arbeit »Die geographische Lage der großen Städte« (1903). Die ureigenste Frage der Geographie nach dem »Wo« wurde aber vor allem von Ratzel mit der *Raumqualität* verbunden, d. h. nach den Motiven der Lagewahl bzw. den Gunstfaktoren des Standortes, also den Faktoren, die zur Entstehung der Stadt und zu ihrer weiteren Entwicklung beigetragen hatten. Hierin berührte sich die Siedlungsgeographie verständlicherweise eng mit der Geschichte.

Diese Arbeitsrichtung ist dann in der Folgezeit gegenüber anderen Aspekten in den Hintergrund getreten, und abgesehen von Stadtmonographien aus geographischer Feder, die natürlich auch auf den Lageaspekt eingehen, gibt es nur noch vereinzelt Beiträge, die speziell ihm gewidmet sind. So schrieb Josef Matznetter 1974 einen Artikel über »Die Siedlungen der Moçambique-Küste und ihr neuzeitlicher Bedeutungswandel«.

Die folgende Phase der deutschen Stadtgeographie kann als die *physiognomische* oder auch morphologische bezeichnet werden. Nun stand die Stadtgestalt, die Frage nach den Grund- und Aufrißformen der Städte, im Vordergrund des Interesses. Es war eine Zeit, in der die gesamte Anthropogeographie auf das äußerlich Sichtbare, auf das, was sich beobachten ließ, ausgerichtet war und in der Schlüter seinen Begriff der »Morphologie der Kulturlandschaft« und der finnische Geograph Grannö den von der »Reinen Geographie« prägten. Am Beginn dieser Phase steht Schlüters Aufsatz »Über den Grundriß der Städte« (1899). Bedeutende Arbeiten steuerten Eugen Oberhummer besonders mit einem Geographentagsvortrag »Der Stadtplan; seine geographische Entwicklung und Bedeutung« (1907), Walter Geisler mit »Die deutsche Stadt, ein Beitrag zur Morphologie der Kulturlandschaft« (1924) und R. Martiny mit »Grundrißgestaltung der deutschen Siedlungen« (1928) bei. Mit den Arbeiten von Schlüter 1899 und Martiny 1928 läßt sich diese Phase sehr genau eingrenzen.

Ein Seitenblick auf den englischen Sprachraum zeigt, daß die physiognomische Phase keine Entsprechung hatte. Als sie in Deutschland gerade vorbei war, lieferte als einziger bemerkenswerter Autor der amerikanische Geograph John Leighley 1928 eine stadtmorphologische Abhandlung über schwedische Städte und elf Jahre später eine weitere über baltische Städte. In Großbritannien begann der Stadtgeograph Smailes 1955 mit Untersuchungen zu der dort als urban morphology bezeichneten Thematik. Einen starken Impuls erhielt diese Forschungsrichtung im gesamten englischen Sprachraum durch den nach England emigrierten Berliner Geographen M. R. G.

Conzen und seine 1960 publizierte Studie »Alnwick, a study in town planning analysis«.

In Deutschland schlug das Pendel in eine ganz andere Richtung aus. Den Geographen erschien die bisherige Arbeitsweise zu oberflächlich im wahrsten Sinne des Wortes; man wollte sozusagen hinter die Fassaden schauen und sich dem zuwenden, was das Wesen der Stadt ausmachte, den Nutzungen der Gebäude bzw. den städtischen Funktionen. So erschienen fortan nur noch vereinzelt Arbeiten zur Stadtgestalt. 1954 veröffentlichte Hans Friedrich Gorki eine Arbeit über Grundrißformen der westfälischen Städte. Der Landeskundler Friedrich Huttenlocher untersuchte in einer 1963 publizierten Arbeit den dominierenden Gebrauch von lokal vorhandenem Baumaterial für den Hausbau und wies die sich so im äußeren Erscheinungsbild vom jeweiligen Baumaterial her ergebenden »Materialprovinzen« des südwestdeutschen Raumes aus. Erst mit dem Einfließen von Gedanken der Denkmalpflege hat die Stadtgestalt auch in der Stadtgeographie wieder gewisse Bedeutung erlangt, wie das unter Leitung von Hellmut Schroeder-Lanz in Trier 1979 veranstaltete deutsch-kanadische Kolloquium »Stadtgestalt-Forschung« verdeutlicht.

Ilse Möller machte 1959 den interessanten Versuch, in ihrer Dissertation »Die Entwicklung eines Hamburger Gebietes von der Agrar- zur Großstadtlandschaft« den physiognomischen und den funktionalen Ansatz miteinander zu verknüpfen, indem sie von der jeweiligen lokalen Dominanz oder aber Mischung bestimmter Gebäudegrundstrukturen wie Großvillen, Kleinvillen, Miethäuser mit Groß- bzw. Kleinwohnungen und deren unterschiedlicher Kapazität bezüglich der Aufnahme verschiedenartiger Nutzungen wegen deren unterschiedlichen Ansprüchen an die Gebäudekapazität ausging.

Einen frühen Vorläufer hatte die *funktionale Phase*, die dritte nach der genetischen und der physiognomischen, in dem oben genannten Alfred Hettner, der 1902 eine Abhandlung über »Die wirtschaftlichen Typen der Ansiedelungen« veröffentlicht hatte. Allerdings kehrte er noch stark den Lageaspekt hervor, die Herausbildung von Handelsplätzen an Küsten und Verkehrsadern oder von Bergbausiedlungen bei den Vorkommen mineralischer Rohstoffe. Erst ein Vierteljahrhundert später wurde der funktionale Aspekt wieder aufgenommen. Die funktionale Phase setzt nun schlagartig mit dem berühmt gewordenen Aufsatz »Grundfragen der Stadtgeographie« von Hans Bobek 1927 ein. Er stellt die Unzulänglichkeit der morphologischen Arbeitsrichtung heraus und die Forderung nach Untersuchung der städtischen Funktionen auf. Jetzt wird die »Stadt als wirtschaftliche Erscheinung« interessant.

Bobek war mit dieser Arbeit von 1927 aber auch Wegbereiter für zwei weitere disziplingeschichtliche Entwicklungen. Zum einen finden sich darin Andeutungen über die *Reichweiten der Funktionen*. Bobek spricht von der Verkehrsspannung, die sich »aus dem Mehrprodukt und einem etwaigen Mehrbedarf des Gebietes« zusammensetzt (S. 221), ohne allerdings diesen Gedanken weiter auszuführen. Das tat dann

sechs Jahre danach Walter Christaller in seiner klassischen Arbeit über »Die zentralen Orte in Süddeutschland«.

Christaller hatte einen sehr frühen Vorläufer. Fast ein Jahrhundert zuvor, 1841, hatte Johann Georg Kohl in einem Buch mit dem Titel »Der Verkehr und die Ansiedlungen der Menschen in ihrer Abhängigkeit von der Gestaltung der Erdoberfläche« unter der Kapitelüberschrift »Figuren« Gedanken darüber entwickelt, an welchen Punkten eines annähernd kreisförmigen Gebietes unter bestimmten Voraussetzungen am ehesten Siedlungsplätze entstehen würden, Gedanken, die Ende des Jahrhunderts von der Verkehrswissenschaft aufgenommen worden waren und über diesen Umweg durch den von der Volkswirtschaft herkommenden Christaller in die Geographie Eingang fanden. Hettner und Schlüter hatten Kohls Buch gekannt, in ihm jedoch eine verkehrswissenschaftliche Abhandlung und keinen Bezug zur Siedlungsgeographie gesehen.

Ob Christaller aus dem englischsprachigen Raum beeinflußt war, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. M. Aurousseau hatte 1921 in einem Aufsatz in der Zeitschrift Geographical Review über Fragen der Bevölkerungsverteilung wohl erstmals eine Unterscheidung zwischen »primary occupations« und »secondary occupations« vorgenommen und die These aufgestellt, daß »the primary occupations are those directly concerned with the function of the town« (S. 574). Der Ökonom R. M. Haig nahm diesen Gedanken 1926 auf, aber sein Aufsatz im Quarterly Journal of Economics dürfte Christaller kaum bekannt gewesen sein. Diese Gedanken wurden dann in den 1950er Jahren von John W. Alexander in Wisconsin zu dem bekannten basic-nonbasic concept ausgebaut.

Die Quintessenz von Christallers Werk läßt sich in drei Aussagen fassen: Ein Ort produziert mehr Güter und bietet mehr Dienstleistungen an, als von seiner eigenen Wohnbevölkerung benötigt werden und besitzt dadurch einen relativen Bedeutungsüberschuß; die Orte eines bestimmten Gebietes sind von ihrer funktionalen Ausstattung und der Größe ihres Ergänzungsgebietes her in hierarchischer Weise abgestuft; die Anordnung der zentralen Orte und ihre Lage zueinander sind durch ihre jeweiligen Ergänzungsgebiete so festgelegt, daß sich auf jeder Stufe der Hierarchie die symmetrische Form eines Hexagons (»Bienenwabenform«) ergibt. Es ist hier nicht der Platz, in eine Diskussion des Christallerschen Modells einzutreten. Aus sicher vielfältigen Gründen blieb dieses erstaunliche Werk zunächst nahezu ohne Resonanz. Es gab lediglich ein paar Stimmen, die an der Telefonmethode, mit der Christaller den Zentralitätsgrad der Orte seines Untersuchungsgebietes zu erfassen versucht hatte, Kritik übten. 1940 griff der amerikanische Stadtgeograph E. L. Ullman Christallers Arbeit in seinem Aufsatz »A theory of location for cities« im American Journal of Sociology (!) auf. Aber es bedurfte erst der englischen Übersetzung seines Buches durch Baskin »A critique and translation of W. Christaller's ›Die zentralen Orte in Süddeutschland‹ (Central places in Southern Germany)« (1957), daß weltweit eine

wahre Flut von Arbeiten zur Zentralitätsforschung über die Wissenschaften hereinbrach. Diese Flutwelle ist bisher nicht abgeebbt.

Abgesehen von der heftig geführten Kontroverse um den wissenschaftlichen Gehalt des zentralörtlichen Modells hat die Auseinandersetzung mit dem Aspekt der zentralen Orte noch zwei interessante Folgen gezeitigt. Die eine bestand in der *Anwendung auf die intraurbanen Versorgungszentren.* Zweifellos obwaltet auch hier das hierarchische Prinzip mit der Staffelung City – Sekundärzentren – regionale Geschäftszentren – lokale Geschäftszentren, so daß diese Untersuchungsmethode durchaus legitim erscheint. Als erster veröffentlichte der schweizer Geograph Hans Carol eine Untersuchung der Versorgungszentren der Stadt Zürich mit Erhebungen von Warenangebot und Einzugsbereichen im Jahre 1960. Ihr sind zahlreiche Arbeiten in deutschen Großstädten gefolgt. Unter Anwendung auch anderer Methoden entstanden Arbeiten zur Abgrenzung und inneren Differenzierung verschiedenartiger Geschäftszentren, zu Ausstattung und Funktionswandel städtischer Hauptgeschäftsstraßen, zu Angebot und Organisationsformen großflächiger Einkaufszentren, Einzel- und Großhandelsbetriebe sowie zur Bürostandortforschung. Bei Arbeiten über die Städte in Entwicklungsländern rückte der sogenannte informelle Sektor als Teil der gesamten ökonomischen Basis der Stadt in den Vordergrund des Interesses. Zu diesem Thema wurden mehrere Vorträge auf dem Deutschen Geographentag in Berlin 1985 gehalten.

Die andere Folge der Auseinandersetzung mit dem zentralörtlichen Prinzip war dessen *Anwendung in der Planungspraxis.* In der Bundesrepublik Deutschland wurden sogenannte Bundesausbauorte ausgewiesen. In den einzelnen Bundesländern wurden im Rahmen der Raumordnungspläne zentrale Orte verschiedener Stufen erfaßt und in Förderprogramme aufgenommen. In den Niederlanden erfolgte die Besiedlung des Noordoostpolders nach zentralörtlichen Vorstellungen, wobei man sich allerdings bei der Anzahl der Orte unterster Stufe nicht an das Modell hielt. Die vergleichsweise größere Zahl von Ortsgründungen und die bei den relativ geringen Entfernungen und dem hohen Motorisierungsgrad leichte Erreichbarkeit der Stadt Emmeloord im Zentrum des Polders führten ebenso zum Scheitern des Konzepts wie der Versuch eines zentralörtlich gestalteten Siedlungssystems im Raume des israelischen Beersheva.

Aus der herkömmlichen Zentralitätsforschung erwuchs in der Nachkriegszeit die auf die Gesamtheit der Städte einer begrenzten Region und deren Interrelationen und Interaktionen gerichtete *Städtesystemforschung.* Jüngste Arbeiten beschäftigen sich z. B. mit den Fragen, wie weit moderne Telekommunikationseinrichtungen oder internationale Arbeitsteilung Veränderungen in der Rangordnung der Städte eines solchen Raumes herbeiführen. Derartige Themen wurden auf dem Deutschen Geographentag in Berlin 1985 angesprochen. Funktions-, Zentralitäts- und Städtesystemforschung gehören in der zweiten Jahrhunderthälfte zu den Schwerpunkten geographischer Stadtforschung.

Doch wir müssen noch einmal auf Bobeks Aufsatz »Grundfragen der Stadtgeographie« von 1927 zurückkommen. Ihm folgte ein Jahr später Bobeks ebenfalls klassische Monographie über die Stadt Innsbruck, die bereits die *vierte, die strukturelle Phase* der deutschen Stadtgeographie ankündigte, in der es nicht mehr um die Nutzungen oder Funktionen als solche ging, sondern um deren Anordnung, ihre lokale Dominanz oder spezifische Mischung, also um die Thematik, die man auch als Viertelsbildung, als innere Differenzierung der Stadt, als das städtische Gefüge oder die Stadtstruktur bezeichnet.

Die Forschungsrichtungen in der Nachkriegszeit

Die strukturelle Phase war schon um 1930 vorbereitet worden, aber ähnlich wie bei der Rezeption Christallers trat auch hinsichtlich der schon früh von Bobek geäußerten Gedanken eine etwa drei Jahrzehnte währende Pause ein.

Bei der Untersuchung der Stadtstruktur kann man zunächst grundsätzlich zwischen reinen Wohnvierteln, reinen Gewerbevierteln und Mischvierteln mit annähernd gleichwertiger Wohn- und Gewerbenutzung unterscheiden. Bezüglich der gewerblichen Nutzung lassen sich dann Viertel verschiedenartiger Nutzungen ausgliedern wie z. B. die City als das zentrale Hauptgeschäfts- und Verwaltungsviertel, sodann Industrieviertel, Bahnhofsviertel, ggf. ein Hafenviertel. Für die Wohnviertel ist eine weitere Differenzierung nach der sozialen Schichtung der jeweiligen Wohnbevölkerung oder nach der völkischen Zusammensetzung möglich.

Eine der frühesten in diese Richtung gehenden Arbeiten war die von Frau Künzler-Behnke über die »Entstehung und Entwicklung fremdvölkischer Eigenviertel im Stadtorganismus« aus dem Jahre 1960. Die Autorin stellte Viertel solcher Bevölkerungsgruppen dar, die im Vergleich zur Mehrheit der Stadtbewohner entweder auf *Privilegierung oder Diskriminierung* basieren, so daß sich die entsprechenden Stadtteile in anderer Weise entwickeln als das übrige Stadtgebiet. Erwin Grötzbach stellte in seiner 1963 veröffentlichten Arbeit »Geographische Untersuchung über die Kleinstadt der Gegenwart in Süddeutschland« den Zusammenhang zwischen *zunehmender Stadtgröße und wachsendem Grad der inneren Differenzierung* dar. Besitzt die Kleinstadt nur ein im wesentlichen auf eine einzige Hauptgeschäftsstraße beschränktes zentrales Versorgungszentrum mit gewerblichen Nutzungen in den unteren Geschossen, so zeigt demgegenüber die Mittelstadt drei Veränderungen: gewerbliche Nutzungen gehen in der Hauptstraße auch in die oberen Geschosse, sie dringen aber auch in Neben- und teils in Parallelstraßen der Hauptgeschäftsstraße ein, und es bilden sich an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet Ansätze zu nachgeordneten Versorgungszentren heraus. In der Großstadt schließlich hat sich das zentrale Versorgungszentrum zu einem eigenständigen Stadtviertel, der City, entwickelt, und es besteht eine mehrstufige Hierarchie von Versorgungszentren über das Stadtgebiet verteilt. Im selben Jahr

1963 veröffentlichte H. Fischer seine Studie über »Viertelsbildung und sozialbestimmte Stadteinheiten untersucht am Beispiel der inneren Stadtbezirke der Großstadt Stuttgart«. Sie dürfte die früheste Arbeit dieser Art in der deutschsprachigen Stadtgeographie sein. Ihr sind seitdem unzählige Arbeiten über die Struktur deutscher und ausländischer Städte gefolgt.

Die Stadtstrukturforschung ist aber gleichzeitig in zwei andere Richtungen weitergegangen. Die eine betrifft den *interkulturellen Vergleich*. Auch sie hatte ihre Vorläufer. Die älteste Spur führt schon auf die Zeit des Ersten Weltkrieges zurück. Eugen Oberhummer hatte 1912 an der amerikanischen Transkontinentalexkursion im Rahmen eines internationalen Kongresses teilgenommen und für das drei Jahre später in New York erschienene Memorial Volume eine vergleichende Studie über die deutschen und US-amerikanischen Städte geschrieben. 1920 erschien in der Zeitschrift Geographical Review ein Artikel von H. J. Fleure über verschiedene europäische Stadttypen. Es war dann der Landschaftskundler Siegfried Passarge, der 1928 mehrere Geographen zu einer Vortragsveranstaltung zusammenführte, auf der diese über Stadtgestalt, Stadtwachstum und Stadtstruktur in ihnen jeweils besonders gut von ihren Forschungsreisen her bekannten Ländern berichteten. Passarge edierte diese Vorträge 1930 in einem kleinen Sammelband mit dem für ihn bezeichnenden Titel »Stadtlandschaften der Erde«.

Als es den bundesdeutschen Geographen nach dem Kriege wieder möglich geworden war, mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und anderer Wissenschaftsstiftungen häufige und ausgedehnte Forschungsreisen im Ausland durchzuführen, bildeten sich an mehreren Geographischen Universitätsinstituten Gruppen von Stadtgeographen heraus, die sich in ihren Arbeiten auf die Städte jeweils eines Kulturraumes konzentrierten. Das Studium der orientalischen Städte wurde insbesondere in Erlangen von Eugen Wirth und seinen Mitarbeitern gepflegt, von denen Dettmann und H. Ruppert jetzt in Bayreuth lehren. Im Zusammenhang mit dem Atlas des Vorderen Orient in Tübingen entstanden Untersuchungen orientalischer Städte von Schweizer (jetzt Köln) und Ehlers (jetzt Bonn). Eine weitere Gruppe bildete sich in Kiel um das Bursa-Projekt von Stewig und mit Arbeiten von Wagner und Wiebe. Sodann wären Scholz in Berlin mit Arbeiten über Pakistan, Grötzbach in Eichstätt mit Arbeiten über Afghanistan und Seger in Klagenfurt mit Arbeiten über den Iran zu nennen. Ebenfalls in Tübingen arbeitete Karger über die sozialistische Stadt, insbesondere Städte der Sowjetunion. In Schwarzafrika forschte Manshard (Freiburg), im östlichen Afrika arbeiteten Matznetter und Vorlaufer (Frankfurt), im südlichen Afrika Schneider und Wiese (Köln) und Bähr (Kiel). An der Ruhr-Universität Bochum arbeiteten Schöller (†) und Flüchter über die japanische Stadt, Rutz über die indonesische Stadt, Blenck und D. Bronger über die indische Stadt. Sehr stark engagierten sich deutsche Geographen in Lateinamerika, insbesondere Bähr, Borcherdt, Borsdorf, Gormsen, Mertins, Sandner und Wilhelmy. Der Verfasser selbst

beschäftigte sich mit den Städten Angloamerikas und Australiens. Seit 1977 wird von W. Tietze eine Reihe über die Städte in den Kulturräumen der Erde unter dem Serientitel »Urbanization of the Earth / Urbanisierung der Erde« herausgegeben. Wenn diese einmal vollständig vorliegen wird, werden wir über ein reichhaltiges Material zur Stadtentwicklung in aller Welt verfügen.

Zur Einschätzung dieser Arbeitsrichtung, die gegenwärtig neben der Zentralitäts- bzw. Städtesystemforschung eine der wichtigsten ist, sei hier kurz eingefügt, daß gerade dieser kultur-genetische Ansatz dem Wesen der geographischen Wissenschaft besonders adäquat ist. Auf der Makroebene, der globalen Ebene, ergeben sich bei hohem Abstraktionsgrad einige wenige Merkmale, die allen Städten auf der Erde gemeinsam sind. Am anderen Ende der Skala, auf der Mikroebene, steht die einzelne Stadt als Individuum da. Hier gibt es enge Berührungen zu den Stadthistorikern. Im Zwischenbereich, auf der *Mesoebene*, geht es um Gruppen von Städten in einem Teilraum der Erde, dessen Kultur seinen Siedlungen über die ganz allgemeinen Merkmale der Makroebene hinaus und unter Fortfall der ganz individuellen Züge der Mikroebene bestimmte Eigenheiten verleiht, die sie als Elemente eben dieser Erdgegend ausweisen und durch die sie sich von den Städten anderer Erdgegenden unterscheiden. Die räumliche Differenzierung von »Stadtkulturräumen« auf der Mesoebene entspricht der *Zwischenstellung*, die Fachvertreter wie Eugen Wirth der Geographie zwischen den nomothetisch ausgerichteten Naturwissenschaften und den idiographisch ausgerichteten Geisteswissenschaften zuweisen.

Die zweite Richtung, in die sich die Stadtstrukturforschung fortbewegt hat, ist als *soziale Stadtgeographie* oder sozialgeographische Stadtforschung zu bezeichnen. Schlagwörter, die sie kennzeichnen, sind *Ungleichheit* innerhalb des Stadtgebiets und *städtische Lebensqualität*. Hier geht es u. a. um den städtischen Wohnungsmarkt bzw. seine Teilmärkte, wofür es drei gängige Ansätze gibt: den neoklassischen Ansatz, der Angebot und Nachfrage auf dem Immobilienmarkt als das wesentliche Moment sieht, den behavioristischen Ansatz, der Wohnungswünsche und Wohnraumbedarf des einzelnen Haushalts und die Motivationen zu inner- und zwischenstädtischen Wanderungen (Wohn- und Umzugsverhalten) in den Vordergrund stellt, und den institutionellen Ansatz, der die Fragmentierung des Immobilienmarktes und das Gebaren von Maklern, Wohnungsbaugesellschaften, Kreditinstituten und Subventionsgebern berücksichtigt. Dabei spielt auch die Frage der Investitionsträger und das wechselhafte Verhältnis von privaten Investoren und kommunalen bzw. staatlichen Interessen eine Rolle. Es geht auch um die lokal unterschiedliche Zugänglichkeit zu Versorgungseinrichtungen insbesondere im Bereich des Gesundheits- und Bildungswesens, um Angebot und Bedarf an altersspezifischen Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Jugendzentren, Seniorenheimen, um städtische Randgruppen und ihre Nachfrage nach gruppenspezifischen Einrichtungen, um (Un)sicherheit, Kriminalität, Armuzt, Familienzerrüttung, Diskriminierung u. ä. In Themenwahl und Untersuchungsmethoden sind dabei die deutsche sozialgeographische Stadtforschung und die britisch-amerikanische social urban geography etwas verschiedene Wege gegangen. Allgemein aber ist eine deutliche *Hinwendung zur Soziologie* und ihrer Methoden erfolgt.

Während die Erforschung von Ungleichheiten auf die Differenzierung städtischer Teilräume gerichtet ist, betrifft die Suche nach der Lebensqualität eher die Gesamtstadt im Vergleich zu anderen Städten. So veröffentlichte Lötscher 1985 eine Untersuchung über die Lebensqualität kanadischer Städte. In diesem Zusammenhang stehen auch Arbeiten, in deren Titeln Begriffe wie Attraktivität oder Image der Stadt auftauchen. Hierher gehören auch die sogenannten mental maps, Karten, die von Testpersonen aufgrund bestimmter Fragestellungen aus dem Gedächtnis angefertigt werden und die Aussagen zum *Bekanntheitsgrad* oder auch zum *Grad der symbolhaften Bedeutung* von Elementen der Stadtgestalt erlauben. Hierbei ist ein enger Bezug zur *Denkmalpflege* gegeben und damit auch zur *Stadtplanung*.

Schließlich ist eine stärkere Öffnung zur *Geschichte* hin erfolgt, indem einige Geographen zunehmend daran gingen, den zuvor genannten Fragestellungen auch in ihrer historischen Dimension nachzugehen. Sie traten an die Seite von Archäologen und Historikern in der Stadtkernforschung, wobei gerade von geographischer Seite (Denecke) darauf hingewiesen wurde, daß der Stadtkern nicht zu eng gefaßt werden dürfe, sondern wegen früher Entwicklungen in einiger Entfernung von der als städtische Keimzelle angesehenen Lokalität auch in angemessenem Umkreis um jene die Stadt»kern«forschung durchgeführt werden müsse. Es entstanden Arbeiten zur Entwicklung und Veränderung der Stadtgestalt, insbesondere auf dem historischen Hintergrund von Bauzyklen, Stadterneuerungsphasen und der veränderten Baugesinnung bestimmter historischer Epochen. Die soziale Gliederung des Stadtgebietes wurde in das 19. oder gar in das 18. Jahrhundert zurückverfolgt. Es entstanden Untersuchungen zu dem Themenkomplex Vorstadtwachstum – Stadterweiterungen – Vorortbildung, Arbeiten zur räumlichen Persistenz einzelner Berufssparten im Stadtgebiet (N. de Lange) und zur historischen Zentralität. Hier muß vor allem die bahnbrechende Arbeit von Blotevogel über die zentralen Orte in Westfalen vor der Industrialisierung aus dem Jahre 1975 erwähnt werden. Blotevogel hat darin den Weg gewiesen, wie die städtischen Funktionen einer früheren Epoche erhoben werden und welche im Vergleich zur Gegenwart oft ganz andere Bedeutung bestimmten Funktionen beigemessen werden muß.

Die Historische Stadtgeographie hat auch zur Diskussion um stadtgeschichtliche Epochen und zur Klärung entsprechender Begriffe beigetragen und mitgeholfen, gewisse zeitliche Vorstellungen zu revidieren. Z. B. ist bezüglich der behördlichen Eingriffe in die Stadtentwicklung immer wieder die Rolle der Bauzuordnungen hervorgehoben worden. Für Berlin wurde betont, daß die Behörden über den Weg der Bauordnung bis etwa 1890 keinen merkbaren Einfluß auf das Baugeschehen in der Stadt

genommen hätten, da die damaligen Bauordnungen nichts Verbindliches außer ein paar Feuerschutzbestimmungen enthalten hätten. In einer Untersuchung über Frankfurt am Main konnte Tharun 1975 nachweisen, daß die Kommunalverwaltung erstmals 1792 in die städtebauliche Entwicklung eingriff und dann vor allem nach dem Schleifen der Befestigungsanlagen über das Wallservitut von 1805 Einfluß auf die bauliche Gestaltung dieses Geländes genommen hat. Wir kommen damit zu einem relativ frühen Datum. Auch für andere Erscheinungen wie z. B. die Bedeutung des Bodenpreisgefüges für die Differenzierung von Nutzungen/Funktionen oder die selektive Suburbanisierung der gehobenen Schicht konnten überraschend frühe Daten nachgewiesen werden.

Ziehen wir das Fazit aus der Entwicklung der deutschen Stadtgeographie der letzten drei bis vier Jahrzehnte, lassen sich die folgenden Trends feststellen:

1. Zunehmende Öffnung zu den Nachbarwissenschaften, insbesondere zur Soziologie, und zunehmende Integration in eine interdisziplinäre Stadtforschung;
2. Zunehmende Bedeutung der Historischen Stadtgeographie;
3. Methodenvielfalt durch Anwendung verschiedener neuer Forschungsansätze auf die Stadtgeographie wie z. B. quantitative Methoden, faktorialökologischer Ansatz, Perzeptionsansatz, behavioristischer Ansatz;
4. Anwendungs- und Planungsbezogenheit, die z. B. in Bayreuth zur Etablierung einer Abteilung Angewandte Stadtgeographie (R. Monheim) geführt hat;
5. Theoriegeleitete Forschung (hierzu insbesondere das Buch von E. Lichtenberger: Stadtgeographie 1 Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse, Stuttgart 1986).

Literaturhinweise

D. Denecke, Research in German urban historical geography, in: *D. Denecke / G. Shaw* (Hrsg.), Urban historical geography. Recent progress in Britain and Germany, Cambridge 1988, S. 24–33; *B. von der Dollen*, Forschungsschwerpunkte und Zukunftsaufgaben der Historischen Geographie: Städtische Siedlungen. Erdkunde 1982, S. 96–102; *H. Heineberg*, Stadtgeographie. Entwicklung und Forschungsschwerpunkte, in: Geographische Rundschau 11/1988, S. 6–12; *B. Hofmeister*, Der interkulturelle Vergleich und die historische Dimension in der Humangeographie, in: *K. A. Sinnhuber* (Festschrift, II. Teil), Wirtschaftsgeographische Studien 5, Wien 1979, S. 5–19; *B. Hofmeister*, Die Stadtstruktur, Darmstadt 1980; *ders.*, Stadtgeographische Forschung in Kanada/USA und Deutschland/Europa, in: *H. Schroeder-Lanz* (Hrsg.), Stadtgestalt-Forschung, Trierer Geogr. Studien, Trier 1982/86, S. 1–25; *E. Lichtenberger*, Stadtgeographie – Perspektiven, in: Geographische Rundschau 7–8/1986, S. 388–394; *P. Schöller*, Tendenzen zur stadtgeographischen Forschungsrichtung in der Bundesrepublik Deutschland. Grundlinien zu einer Forschungsbilanz der Kommission Processes and Patterns of Urbanization der International Geographical Union, Erdkunde 1973, S. 26–30; *F. Vetter*, Aktuelle Tendenzen der kontinentaleuropäischen Stadtgeographie. Eine thematische, methodische und bibliographische Erweiterung, in: *H. Carter*, Einführung in die Stadtgeographie, Berlin/Stuttgart 1980, S. 1–37; *E. Wirth*, Theoretische Geographie, Stuttgart 1979; *ders.* (Hrsg.), German geographical research overseas. A report to the International Geographical Union, Tübingen 1988.

Dieter Sauberzweig

Die Zukunft der Stadt im Regionalgefüge

Wir befinden uns in einer Phase anhaltender und tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen. Der Wandel, den wir beobachten, betrifft Wirtschaft und Gesellschaft, verändert die Kultur, vollzieht sich in nationalen und übernationalen Zusammenhängen, in ökologischen Verflechtungen und im Wandel von Werten und Wünschen. Man kann davon sprechen, daß wir uns in einem Übergang von der Industriegesellschaft herkömmlicher Prägung zu einer »postindustriellen« Gesellschaft befinden. Dieser Prozeß hat weitreichende und vielschichtige Einflüsse auf die Entwicklung der Städte, aber auch auf die Zukunft der Regionen. In dieser Situation ist eine Beobachtung auf den ersten Blick überraschend: Um die Diskussion der Probleme der Raumordnung und der Regionalplanung ist es in der Bundesrepublik eher still geworden. Es hat den Anschein, als spielten Fragen der Stadtregion und ihrer Organisation nur eine nachgeordnete Rolle, als hätte das neue Interesse an der Zukunft der Stadt die damit verbundene Einbindung in Raum und Region noch nicht in gleicher Weise erreicht. Dabei ist es offenkundig, daß die Einbindung der Stadt in das regionale Gefüge nicht vernachlässigt werden kann, wenn über ihre Zukunft nachgedacht wird. Und offenkundig ist es auch, daß unser Wissen über räumliche Zusammenhänge zugenommen hat. Wir wissen über die großräumig wirksamen Verschiebungen in der Verteilung von Bevölkerungs- und Wirtschaftspotentialen im Süd-Nord-Gefälle und von den Verschiebungen, die im Umfeld der städtischen Agglomerationen stattgefunden haben. Wir können uns hierüber mit Hilfe bundesweit angelegter statistischer Beobachtungssysteme sogar kleinräumig informieren. Aber auch ohne diese anspruchsvollen Analyseinstrumente ist wahrzunehmen, daß sich in altindustrialisierten Regionen wirtschaftliche und soziale Probleme in einer Intensität ballen, daß ganze Regionen Gefahr laufen, stigmatisiert zu werden. Wer auch nur als teilnehmender Beobachter durch die Städte des Ruhrgebiets fährt, der findet hinreichend Anzeichen dafür, daß sich Probleme aufgetürmt haben, die für das soziale Gefüge insgesamt zur Bedrohung werden könnten.

Angesichts dieser großräumigen und kleinräumigen Entwicklungen kann man wohl über eines kaum streiten: Die vielfältigen und intensiven Verflechtungen in den Stadtregionen der großen Städte erfordern ein Mindestmaß an übergreifender und gesamtverantwortlicher Steuerung. Umstritten ist jedoch, wie groß dieses Mindestmaß sein und wie die übergreifende regionale Steuerung ausgestaltet werden soll. Einigkeit scheint unter den betroffenen Städten, Gemeinden und Kreisen gegenwärtig nur über

zwei Dinge zu herrschen: Zum einen darüber, daß die regionale Steuerung in kommunaler Hand liegen muß; zum anderen darüber, daß nach den Gebietsreformen der 70er Jahre Eingemeindungsstrategien größeren Maßstabs zur Regelung überörtlicher Planungs- und Verwaltungsprobleme zumindest mittelfristig nicht mehr durchsetzbar sind.[1] Welche Veränderungen für die zukünftige Entwicklung der Stadt im Regionalgefüge beobachtet und durch konkretes Handeln berücksichtigt werden müssen – dazu möchte ich nun unter 6 Stichworten einige Gedanken zusammenfassen.

1. Stichwort »Bevölkerungsentwicklung«

Daß die deutsche Bevölkerung bei unverändertem generativem Verhalten – und dafür sprechen alle Anhaltspunkte – in den nächsten Jahrzehnten deutlich abnehmen wird, ist mittlerweile bekannt. In Verbindung mit der durchschnittlichen Verlängerung der Lebenszeit wird sich daraus eine Strukturveränderung im Altersaufbau der Bevölkerung ergeben, die sich mit dem vertrauten Bild einer Bevölkerungspyramide auch nicht annähernd ausdrücken läßt. Jede Generation wird nach dem gegenwärtigen Stand um ein Drittel kleiner sein als die jeweils vorangehende.

Die Bevölkerungswissenschaftler sind sich dabei weitgehend einig in der Bewertung bevölkerungspolitischer Maßnahmen zur Änderung des generativen Verhaltens: Programme zur Förderung der Geburtenzahlen werden von dieser Seite skeptisch beurteilt. Was immer die Motive sein mögen, die dem generativen Verhalten zugrunde liegen – sie sind offenkundig von großer Stabilität und nicht mehr nur typisch für städtische Lebensweisen. Auch im ländlichen Raum gehen die Kinderzahlen zurück. Postindustriell oder nicht – es wäre unvernünftig, diese Entwicklung nicht als Teil des gesellschaftlichen Wandels zu berücksichtigen.

Das bedeutet, daß ältere Menschen langfristig nicht nur zahlenmäßig zunehmendes Gewicht haben, sondern auch in ihren Ansichten und Meinungen. Schon aus diesem Grund wird die intergenerative Wertegemeinschaft wohl eher höheren Belastungen ausgesetzt sein. Die Stadtplanung wird auf diese Altersverschiebungen in vielen Bereichen – ich nenne hier nur das Freizeitverhalten und den Straßenverkehr – Rücksicht nehmen müssen. Darüber hinaus zeigen gerontologische Forschungsergebnisse,[2] daß Intelligenz und Lernfähigkeit bis zum achten Lebensjahrzehnt im wesentlichen konstant bleiben, daß aber das Lernen im Alter zugleich einen wichtigen Faktor für die Aufrechterhaltung dieser Intelligenzleistungen darstellt. Damit wird zu erwarten sein, daß ältere Menschen nicht nur langfristige Vorbereitung auf die Belastungen des Alters im Rahmen der Selbstgestaltungsmöglichkeiten brauchen. Hierfür werden neue

[1] Zu dieser Problematik vgl.: *H. Lehmann-Grube / G. Seele,* Die Verwaltung der Verdichtungsräume; *H. Lehmann-Grube,* Die Verwaltung von Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland; *G. Seele,* Verwaltungsorganisation in Großstadtregionen, Baden-Baden 1983.

[2] Vgl. *P. Baltes,* Intelligenz im Alter, in: Spektrum der Wissenschaft, 5/1984, S. 46–60.

Bildungsangebote in Stadt, Region und Land erforderlich. In gleicher regionaler Differenzierung wird nach Formen zu suchen sein, die das Leben in der vertrauten häuslichen und nachbarschaftlichen Umgebung unterstützen helfen.

Das alles heißt nicht, daß »Gerontopolis« ein Leitbild der Stadtentwicklung werden sollte; die jungen und dynamischen Kräfte werden weiterhin ihre Ansprüche anmelden. Aber auf dem Hintergrund des früheren Rentenalters, zunehmender Lebenserwartung und eines höheren Bildungsstandes müssen wir das Alter als eine eigenständige Lebensphase mit höheren Ansprüchen an die Umwelt neu definieren. Wir müssen davon ausgehen, daß ältere Menschen in Zukunft bewußter und aktiver leben und dementsprechend ihre Forderungen an die Stadt und auch an die Region stellen werden.

Die Bevölkerungsbewegungen werden regional bis zur Jahrtausendwende nicht so sehr vom Geburtenrückgang als vielmehr durch die Binnen- und Außenwanderungen bestimmt. Die Lebensverhältnisse werden weniger beeinflußt vom Bevölkerungsrückgang als von wirtschaftlichen, technologischen und umweltbeeinträchtigenden Faktoren. Erst um das Jahr 2000 werden in allen Teilräumen durch Geburtenrückgang deutliche Schrumpfungseffekte spürbar. Aber mit schrumpfender Bevölkerung werden die traditionellen Planungsinstrumente wirkungslos; gefordert sind hohe Anpassungsleistungen je nach Wachstum, Schrumpfung oder Verlagerung. Wer diese Prozesse planend steuern will, muß sich jetzt darauf einstellen und die Infrastruktur quantitativ und qualitativ den veränderten Bedingungen anpassen. Dies gilt für jede Gemeinde im einzelnen, dies gilt aber auch zumindest für die zentralen Einrichtungen in der Region. Für bestehende Infrastruktur müssen Vorstellungen zur Umnutzung und Mehrfachnutzung entwickelt werden; bei eventuell notwendigen neuen Infrastrukturen sollten spätere Nutzungsketten mitbedacht werden. Ein sich selbst überlassener Rückgang der Bevölkerung wird die Vorteile einer solchen Entwicklung, die es natürlich auch gibt, nicht von selbst freilegen. Langfristig auf Wachstum angelegte Infrastruktureinrichtungen und die entsprechenden Flächendispositionen werden nicht von selbst sinnvollen neuen Nutzungen zusteuern.

2. Stichwort »Technologischer Wandel, Raumstruktur und Wirtschaftsförderung«

Neue technische Verfahren und Systeme in den Bereichen Produktion, Information und Verkehr führen auch räumlich zu Schwerpunktverlagerungen. Das hat bereits die Industrialisierung im 19. Jahrhundert gezeigt. Die neuen technischen Möglichkeiten, insbesondere der Informationstechnologie, schaffen bei entsprechendem Ausbau der Kommunikationsnetze eine neue Dimension »immaterieller Erreichbarkeitsverhältnisse« und damit neue Freiheitsgrade räumlicher Organisation.[3] Entscheidend für die

[3] Vgl. zum folgenden *D. Henckel / E. Nopper / N. Rauch,* Informationstechnologie und Stadtentwicklung, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik Band 76, Stuttgart 1986.

Raumstrukturen sind die Akzente, die die Informationstechnologie für die Standortwahl setzt. Eindeutig ist, daß durch den Ausbau der Informationstechnologie die Standortwahlfreiheit deutlich zunimmt und die Standortbindung reduziert wird. Damit gewinnen »weiche« Standortfaktoren, wie Image, Wohn- und Freizeitwert, Kulturangebot u. ä. für die Standortwahl nachhaltig an Bedeutung. Traditionelle Faktoren wie Verkehrsanbindung und Arbeitsmarkt bleiben aber weiterhin wichtig.

Die räumlichen Wirkungen der Informationstechnologien sind also ambivalent. Sie gehen nicht eindeutig in Richtung Dezentralisierung oder Zentralisierung; sie sind vor allem trendverstärkend. Damit werden unter den derzeitigen Bedingungen dezentrale Standorte in landschaftlich attraktiver Lage mit guter Verkehrsanbindung begünstigt. Zugleich erfolgt eine verstärkte Konzentration auf wenige Verdichtungsräume bei gleichzeitiger Ausweitung (interner Dezentralisierung) der Verdichtungsräume selbst.

Für die kommunale und die regionale Wirtschaftsförderung ergeben sich daraus folgende Einsichten und Konsequenzen: Moderne Betriebe legen Wert auf das Vorhandensein einer technologieorientierten Infrastruktur, sie präferieren Standorte mit einem qualifizierten Arbeitsmarkt, sie möchten für ihren Firmensitz möglichst eine attraktive städtebauliche Umgebung. Für Unternehmer und Arbeitnehmer stellt sich gleichermaßen das Problem der permanenten Qualifizierung und Weiterbildung. Traditionelle Tätigkeiten verlieren an Gewicht; neue Fertigkeiten sind gefragt. Das läßt sich auch aus der Tatsache belegen, daß von arbeitslosen Arbeitnehmern, die eine neue Beschäftigung gefunden haben, nur ein Viertel in ihrem angestammten Wirtschaftszweig wieder untergekommen ist; drei Viertel mußten die Branche wechseln und hiervon mehr als die Hälfte auch noch den Beruf. Nimmt man hinzu, daß heute zwar bereits zwei Drittel aller Industriezweige durch den Einsatz von Mikroelektronik direkt oder indirekt betroffen sind, daß aber in den 90er Jahren noch erhebliche Umwälzungen zu erwarten sind, dann wird das Ausmaß an Anforderungen an die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit von Politik, Wirtschaft und Verwaltung deutlich.

Neue wirtschaftliche Impulse auf der regionalen Ebene werden vor allem von Maßnahmen zur Innovationsförderung erwartet. So sind in den letzten Jahren in zahlreichen Städten des Bundesgebietes die unterschiedlichsten Projekte und Initiativen entstanden – von Technologiezentren über Risikokapitalbeteiligungsgesellschaften bis hin zu einem umfangreichen Maßnahmepaket im Rahmen der sogenannten Qualifizierungsoffensiven. Alle diese lokalen und regionalen Ansätze und Initiativen verfolgen im Grunde ein identisches Ziel: die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der örtlichen Wirtschaft zu stärken und die Region im Wettbewerb mit anderen Städten und Gemeinden zu profilieren. Dieser Wettbewerb wird sich in Zukunft weiter verschärfen. Viele Städte mögen darauf hoffen, sich durch Abwerbung von Unternehmen aus der unmittelbaren Nachbarschaft wirtschaftlich »über Wasser zu halten«. Für

einen zusammenhängenden Wirtschaftsraum ist dies in aller Regel ein Nullsummenspiel und daher eine einäugige, wenn nicht gar »blinde« Strategie.

Mit einer solchen Strategie wird man den Herausforderungen der Zukunft nicht gerecht. Notwendig ist vielmehr ein neues Denken und Handeln: Weniger Konkurrenz in einer Region, mehr Kooperation zwischen den gesellschaftlich relevanten Gruppen. Das regionale Innovationspotential läßt sich nur mobilisieren, wenn öffentliche und private Akteure und Institutionen ihr spezifisches Know-how in einen Kooperationsverbund einbringen.

Nur durch die Einbindung aller relevanten Akteure und Institutionen in einen kontinuierlichen und gemeinsamen Diskussionsprozeß über die anzustrebende Entwicklung einer Stadtregion erzeugt man Kooperationsbereitschaft und Konsens. Beides ist für eine regionale wirtschaftspolitische Strategie, die auf eine Förderung des Strukturwandels abzielt, unabdingbar.

3. Stichwort »Stadt und Umland«

Hinsichtlich unserer zukünftigen Siedlungsstrukturen stehen wir, wie Martin Neuffer schon 1973 zutreffend festgestellt hat, vor zwei Alternativen:[4] »Die in technische Strukturen hinein fortentwickelte traditionelle Stadt einerseits und die weithin aufgelöste Agglomeration mit ihrer Isolierung und netzförmigen Verknüpfung aller Einzelfunktionen andererseits.« Dabei sind Misch- und Kombinationsformen zu beachten, wobei sich ländliche und städtische Lebensformen zunehmend verwischen. Rudolf Hillebrecht hat 1974 die Frage aufgeworfen,[5] »ob in der Stadt im traditionellen Sinne, mag auch für ihre Sinngebung eine neuzeitliche Gestalt gefunden werden, noch eine notwendige Voraussetzung für städtische Lebensform besteht, oder ob nicht auch ganz anders geartete Gebilde einen Lebensstil erlauben, der in Zukunft sich als gültiger Stil ausprägen könnte.« Schon jetzt stehen wir in den Ballungsgebieten vor folgenden Erscheinungen: Industriebetriebe, Einkaufszentren, Bürokomplexe, ältere Dörfer und kleinere Städte verteilen sich in der Fläche der Ballungsgebiete und bilden ein unorganisches Geflecht. Flächenfressende Siedlungen und freistehende Einfamilienhäuser sind aus Mietgründen oder aus dem Wunsch nach dem Wohnen in der Natur entstanden, müssen allerdings mit dem Preis einer zersiedelten und belasteten Landschaft und einer weitgehenden Aufhebung des Stadt-Natur-Gegensatzes bezahlt werden.

Der Flächenverbrauch, den wir uns seit 1945 geleistet haben, ist enorm. Der Raumordnungsbericht 1982 kommt zu dem Ergebnis, daß in den 70er Jahren allein für

[4] *M. Neuffer,* Entscheidungsfeld Stadt. Kommunalpolitik als Gesellschaftspolitik – Standortüberprüfung der kommunalen Selbstverwaltung, Stuttgart 1973, S. 140.

[5] *R. Hillebrecht,* Stadtentwicklung in der Gegenwart, in: neues hochland, 66 (1974), H. 2, S. 105.

Siedlungszwecke täglich eine Fläche von 113 ha in Anspruch genommen wurde. Der Raumordnungsbericht 1986 stellt sogar fest, daß zwischen 1981 und 1985 täglich rund 120 ha Freifläche für Besiedlung genutzt worden ist.

Nun hat sich zwar der Zuwachs an Siedlungsflächen in jüngster Zeit verlangsamt. Aber angesichts einer immer noch anhaltenden Randwanderung aus den Kernstädten in das Umland, einer Ausweitung der Verdichtungsräume und eines wachsenden Bedarfs an Wohnfläche pro Person müssen wir trotz stagnierender Einwohnerzahlen in absehbarer Zeit noch mit weiteren Flächenansprüchen rechnen. Hinzu kommt, daß sich der Wettbewerb zwischen Städten und Regionen dramatisch verschärft. Es ist plausibel, daß sich Verteilungsfragen anders stellen, wenn an die Stelle der Verteilung von Zuwächsen bei Sozialprodukt, Einkommen und öffentlichen Einnahmen der Kampf um die Lösung von wachsenden Problemen getreten ist. In den Zeiten des allgemeinen Wirtschaftswachstums stellte sich aus der Sicht der Gebietskörperschaften weniger die Frage, *ob* sie am Wirtschaftswachstum teilhaben würden, sondern in welchem *Umfang* es ihnen gelingen würde, ihre finanziellen Planungs- und Gestaltungsräume zu erweitern. Im Ergebnis ist eine öffentliche Infrastruktur entstanden, die sich im internationalen Vergleich sehr wohl sehen lassen kann. Aber es ist plausibel, daß die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Frage nicht unbeeinflußt lassen, in welcher Weise unterschiedlich begünstigte und benachteiligte Städte und Regionen miteinander Umgang pflegen.

Es ist jedoch die Frage, ob die Formen der interregionalen und der interkommunalen Konkurrenz noch hinreichend beschrieben werden, wenn allein ein Mangel an Wohlverhalten festgestellt wird: Ein Mangel an gemeinsamer Planung, an Koordinierung und Abstimmung, den es nach dem Auftrag der kommunalen Selbstverwaltung und nach den gutgemeinten Regeln in den gesetzlichen Grundlagen der Planung bei öffentlichen Einrichtungen gar nicht geben dürfte. Es scheint, als ob auch in der theoretischen Grundlegung des Gedankens der Selbstverwaltung ein Kapitel fehlt, in dem die Grundzüge der interkommunalen Konkurrenz als Strukturelement anerkannt und ausformuliert werden. Wenn es solche strukturellen interkommunalen Konkurrenzlagen gibt, dann dürften Appelle an das Wohlverhalten allein kaum ausreichen, gemeinsames Handeln der Teilnehmer an öffentlichen »Quasi-Märkten« zu sichern.

Versucht man ohne vorschnelle Analogien solche Prozesse als Ausdruck ungeordneter Quasi-Märkte zu interpretieren, dann entsteht im Vergleich zur marktwirtschaftlich verfaßten Privatwirtschaft ein paradoxes Bild: Im Grundsatz zu konkurrierendem Verhalten aufgeforderte private Unternehmen haben Kooperationsformen entwickelt, die sehr wohl auch ihr Verhalten in Wirtschaftsräumen steuern helfen. Im Grundsatz zu abgestimmtem Verhalten aufgeforderte öffentliche Einrichtungen konkurrieren in einer Weise, die sich private Unternehmen allein wegen der in Kauf zu nehmenden Reibungsverluste sehr wohl überlegen würden.

Eine geordnete interkommunale Konkurrenz wäre ja eine gute Sache, wenn es um einen Wettstreit der Ideen und Taten unter gleichen Voraussetzungen ginge, dessen Resultate der Bevölkerung in verbesserten gleichartigen Lebensbedingungen in Städten und Regionen zugute käme. Denn gleich*artige* Lebensverhältnisse müssen im interregionalen und interkommunalen Vergleich eben nicht *gleich* sein; sonst bliebe den Kommunen nicht der Entwicklungsspielraum, der die Selbstverwaltung als besondere Qualität gegenüber der Gefahr des Richtwertdenkens bei einer staatlichen Verwaltung ausmacht. Gegenwärtig aber droht der Wettstreit um Arbeitsplätze, Bevölkerung und Kaufkraftpotentiale in manchen Regionen und zwischen den Regionen zu einem ruinösen Konkurrenzkampf zu werden, bei dem sich alle Instrumente bundesplanerischer Raumordnung und landesplanerischer Ausgleichsprogramme zunehmend als unwirksam erweisen. Zumindest in wachstumsbegünstigten Regionen droht weitere Zersiedlung mit entsprechendem Verkehrsaufkommen. Aus Suburbanisierung könnte Disurbanisierung und damit die Ausbreitung einer extensiven Siedlungsstruktur werden, die als noch nicht beginnende Landschaft und als noch nicht beginnende Stadt definiert werden kann.

Gegenüber diesen Tendenzen halte ich eine Gegensteuerung für unumgänglich. So muß in den Städten die Innenentwicklung gegenüber einer Expansion in den Außenbereichen Vorrang erhalten. Die Umnutzung von Industrie- und Gewerbebrache, die zumeist noch mit einer intakten Infrastruktur versehen ist, sollte vor der weiteren Beanspruchung von Freiräumen Priorität haben. Die Stadtränder, die durch ungenutzte Restflächen, Industriebrachen und mangelhafte Bausubstanz gekennzeichnet sind, bedürfen dringend einer Neugestaltung. Diese Übergangszone zwischen Stadt und Landschaft darf nicht weiter sich selbst überlassen bleiben, sondern muß systematisch ausgebaut und auch unter landschaftsökologischen Gesichtspunkten erneuert werden. Es bedarf schließlich – wie Gerd Albers kürzlich festgestellt hat[6] – dringend gründlicher Forschungen über die Zusammenhänge zwischen städtebaulicher Dichte und ökologischer Wirkung. So wäre es wichtig zu klären, ob es unter ökologischen Gesichtspunkten optimale Bebauungsdichten oder bei gegebener Dichte optimale Gebäudeformen und -anordnungen geben kann.

4. *Stichwort »Verkehr«*

Stadt und Verkehr sind eng miteinander verbunden. Dies gilt für die Geschichte wie für die Gegenwart. Städte ohne Bewegung und Lebendigkeit, also ohne Verkehr, kann und wird es nicht geben. Der Verkehr ist eine unabdingbare Funktion der Stadt. Trotz

[6] *G. Albers*, Tendenzen der Strukturentwicklung, in: Stadt, Kultur, Natur, Bericht der Kommission »Architektur und Städtebau«, hrsg. von der Landesregierung Baden-Württemberg, Stuttgart 1987, S. 70.

vielfältiger Bemühungen, die Verkehrsprobleme in unseren Städten und Regionen durch ständige Kompromisse wenn nicht zu lösen, so doch verträglich zu machen, gehört die Verkehrsplanung nach wie vor zu den schwierigsten Aufgaben. Es führt kein Weg an der Einsicht vorbei, daß die Verteilung der heutigen Wohn-, Ausbildungs-, Arbeits-, Einkaufs- und Freizeitstätten weitgehend durch das Auto mitgeprägt und es nur bedingt möglich ist, die Flächenstrukturen durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu bedienen. Auch die geschilderten Wirkungen der neuen Technologien auf die Raumstrukturen begünstigen eher den motorisierten Individualverkehr als den ÖPNV. Es können zwar durch diese Techniken Substitutionspotentiale entstehen, aber ob wir es in Zukunft mit einer eher komplementären oder substitutiven Beziehung zwischen Verkehr und Telekommmunikation zu tun haben, hängt nicht zuletzt auch von den äußeren Einwirkungen und Rahmenbedingungen ab, z. B. der technischen Entwicklung und der Energiepreise.

Zuwächse im Verkehrsaufkommen sind mit Sicherheit im Freizeitbereich zu erwarten. Aber auch im Güter- und Lieferverkehr sind gegenwärtig keine Entlastungen zu erkennen. Im Gegenteil: Bedingt durch Veränderungen in der Güterstruktur und durch Verlagerungen zwischen einzelnen Verkehrsträgern wird der Gütertransport weiter zunehmend über den Straßenverkehr abgewickelt. Logistisch optimierte und hochautomatisierte Produktionen erfordern bei reduzierter Lagerhaltung und einem Mehrschichtbetrieb einen häufigeren Lieferverkehr, z. T. auch nachts. Die Verträglichkeit von Produktionsbetrieben in Wohngebieten wird also durch den Einsatz neuer Technologien in der Regel nicht verbessert. Stadtplanerischen Bestrebungen nach mehr Funktionsmischung, um monofunktionale »Öden« zu vermeiden und Verkehrsaufwendungen zu minimieren, sind also Grenzen gesetzt.

Eine bessere Verteilung des Verkehrsaufkommens könnte sich allerdings durch die sich abzeichnende Zeitflexibilisierung im Arbeitsprozeß ergeben. Arbeitszeitverkürzung, Gleitzeit, Teilzeitarbeit und neue Schichtsysteme sind hierfür nur erste Indizien.[7] Die neuen technischen Systeme erlauben eine Entkoppelung von Arbeitszeit und Betriebszeit. Die zunehmenden tertiären Tätigkeiten gestatten darüber hinaus in stärkerem Maße flexiblere Formen der Arbeitszeitorganisation. Es ist einerseits mit einer Zunahme von Berufspendelfahrten zu rechnen, die sich allerdings über den ganzen Tag verteilen, was dem Ziel einer besseren Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel sehr entgegenkäme.

Auch durch die Bevölkerungsentwicklung werden sich die Relationen zwischen dem Individualverkehr und dem ÖPNV eher zu Ungunsten des letzteren verschieben. Die Verteilung der Bevölkerung in der Fläche wird, da vor allem die dichtbewohnten Viertel Menschen verlieren dürften, eher weiträumiger sein. Das bedeutet, daß sich

[7] Vgl. hierzu *D. Henckel* (Hrsg.), Arbeitszeit, Betriebszeit, Freizeit – Auswirkungen auf die Raumstruktur, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik Band 80, Stuttgart 1988.

die Entfernungen zwischen Wohnung, Arbeitsplatz, Ausbildungsstätte und den Zentren für Einkauf und Kultur vergrößern werden. Die alten Menschen, die in besonderer Weise auf den ÖPNV angewiesen sind, werden zwar zahlenmäßig zunehmen, aber zugleich wächst in dieser Gruppe die Zahl derjenigen, die mit dem Auto alt geworden sind und es möglicherweise weiterhin nutzen wollen. Insgesamt ist zu befürchten, daß der generelle Bevölkerungsrückgang – insbesondere nach der Jahrhundertwende – einen starken Einbruch bei den Beförderungsziffern des ÖPNV hervorrufen wird.

Das Auto wird also auch in Zukunft einen wesentlichen Einfluß auf die Gestalt der Stadt und des Umlandes haben. Nichts deutet darauf hin, daß der Bürger bereit ist, auf die zeitliche und räumliche Unabhängigkeit, die ihm das Auto nicht zuletzt im Freizeitbereich verschafft, zu verzichten. Diese Freiheit aber bedarf im Blick auf die allgemeinen Belange der Begrenzung. Bei einer ökonomisch, ökologisch und städtebaulich sinnvollen Aufgabenverteilung im Verkehrssystem müssen der ÖPNV und die Verkehrsarten zu Fuß oder mit dem Fahrrad einen größeren Anteil erhalten.

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich schärfer und unausweichlicher die Frage nach einer sinnvollen Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln in einem ökonomisch effektiven und umweltverträglichen Verkehrssystem. Unter dieser Zielsetzung muß insbesondere die Integration von Siedlungsstrukturplanung und Verkehrsinfrastrukturplanung weiter verbessert werden. Eine Planung von Wohn- und Gewerbegebieten darf nicht ohne eine gründliche Analyse der Folgewirkungen des Verkehrs vorgenommen werden. Nur so ist es zu vermeiden, daß die Suche nach günstigen Verkehrslösungen erst nachträglich einsetzt, dann nämlich, wenn bisher ruhige Straßen zu Verkehrsstraßen geworden sind. Der Fehler der Standortwahl läßt sich dann nicht mehr beheben.

Eine Schlußfolgerung aber sollte trotz der beschriebenen Probleme und Veränderungen unbestritten sein: Der ÖPNV bleibt für die Städte unverzichtbar. Nur mit einem leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr kann die Siedlungsform Stadt Bestand haben. In den Großstädten und in den städtischen Verdichtungsräumen muß der schienengebundene Verkehr das Rückgrat des Nahverkehrs bleiben. Die Gestaltung der Tarife ist für die Attraktivität des ÖPNV von besonderer Bedeutung; oberstes Ziel sollte es hierbei sein, einen Verzicht auf die Benutzung des Automobils nahezulegen. Der städtische und regionale Nahverkehr wird sich niemals aus den Verkehrseinnahmen bezahlen lassen. Der Bau und der Betrieb des ÖPNV ist aber volkswirtschaftlich und umweltpolitisch immer gerechtfertigt.

5. *Stichwort »Umwelt«*

Viele Zukunftsfragen werden sich daran entscheiden, ob es gelingt, eine neue Symbiose zwischen Mensch und Natur in den Städten und Siedlungsformen herzustellen. Hanns Adrian hat ein Referat zur »Menschlichen Stadt« mit den Worten abgeschlos-

sen:[8] »Kommende Generationen werden fragen, wie sorgsam wir mit der Erde umgegangen sind. Unsere Städte leben vom Raubbau. Sie importieren mehr Energie und Rohstoffe als nachwachsen können und exportieren Abfall. Die Städte selbst belasten ihre Umwelt weit über die ökologische Tragfähigkeit hinaus. Sie sind auf die Dauer nicht lebensfähig. Es wird die alles andere dominierende Aufgabe der nächsten Jahrzehnte sein, diesen Zustand zu überwinden.«

Gewiß – vieles ist geschehen, diesen Problemen zu begegnen; manche negative Entwicklung konnte zumindest abgebremst werden. Aber trotz aller Untersuchungen, wissenschaftlicher Erkenntnisse und verfügbarer technischer Maßnahmen ist eine durchgreifende und großflächige Entlastung der Natur bisher nicht gelungen. Zugleich wissen wir, daß die Umweltqualität neben der Qualität des Wohnens und der Vielfalt kultureller Angebote heute die Standortentscheidungen für Investitionen im Wohn- und Arbeitsbereich maßgeblich beeinflußt. Das hat auch zur Folge, daß – wie die Arbeitsgruppe III kürzlich auf dem Architektur- und Städtebaukongreß in Stuttgart festgestellt hat[9] – »die Umweltbelastung neue Formen sozialer Ungleichheit schafft. Wer reich ist, kann wohnen, wo er will, wer arm ist, wohnt wo er muß.« Deshalb ist Umweltpolitik in den großen Zusammenhang von Siedlungsplanung, Wirtschaftsförderung und Beschäftigungspolitik zu stellen. Deshalb wird sich die ökologische Stadtgestaltung zu einem zentralen Handlungsbereich entwickeln.

Belastungen der Umwelt machen nicht an Grenzen halt, nicht an Landes- und Staatsgrenzen, geschweige denn an Stadtgrenzen. Wer diese Probleme lösen will, wird sogar bei seinen Maßnahmen gezwungen, weltweit Grenzen zu überwinden. Um so mehr gilt dies für das Planen und Handeln in der Region. Gerade in diesem Handlungsfeld läßt sich hervorragend belegen, wie verfehlt eine polarisierende Gegenüberstellung von Stadt und Umland, von bebauter Siedlungsfläche und scheinbar unberührtem ländlichen Raum wäre. Fragen und Probleme der Ver- und Entsorgung folgen nicht nur der Stadt in die verstädterte Zone der Randgebiete, um sich dann allmählich in einer ungestörten Natur zu verlieren. Sie stellen sich in eigener Weise auch im ländlichen Raum, seinen Produktionsbedingungen und Arten der Flächennutzung. Unter Umweltaspekten ist die Region nicht nur der räumliche Rahmen einer Austauschbeziehung zwischen Stadt und Land, in der über die Inanspruchnahme zentraler Einrichtungen auf der einen Seite und die Möglichkeit der Naherholung auf der anderen zu verhandeln ist. Umweltfragen lassen sich schlecht mit Zentralitätsmodellen im Regionalgefüge abbilden. Gerade hier liegt ein Problemfeld, das die Region insgesamt als Planungs- und Handlungsebene besonders notwendig macht.

[8] *H. Adrian,* Wie sieht die menschliche Stadt aus?, in: Die Wiederkehr der Städte, Sondernummer der »Demokratischen Gemeinde«, Bonn 1986, S. 51.
[9] Stadt, Kultur, Natur, Bericht der Kommission Architektur und Städtebau, Stuttgart 1987, S. 17.

6. *Stichwort »Verwaltungsorganisation in der Stadtregion«*

Das Wachstum der Städte und ihre Ausdehnung in die Fläche hinein haben dazu geführt, daß in den Verdichtungsräumen neue Planungs- und Gestaltungsaufgaben entstanden sind, deren Lösung nicht mehr örtlich, sondern nur noch regional möglich und sinnvoll ist. Der »Zweckverband Großraum Hannover«, der »Stadtverband Saarbrücken« und der »Umlandverband Frankfurt« – um nur einige Beispiele zu nennen – verdanken diesem Zusammenhang ihre Errichtung. Das Spannungsfeld, in dem sich die Arbeit dieser Verbände vollzieht, ist bekannt: Der Bogen spannt sich zwischen der Tendenz jeder regionalen Vertretungskörperschaft, die Autonomie der beteiligten Gemeinden in wichtigen Handlungsbereichen einzuschränken, und dem verständlichen Willen jeder Mitgliedsgemeinde, ihre Eigenständigkeit im Kern zu wahren. Das verbindende Moment liegt in der Tatsache, daß man bei der Festlegung der regionalen Entwicklungsziele die gleichen Probleme zu beachten hat wie bei der Festlegung der Ziele städtischer Entwicklungsplanung. Darüber hinaus hat Martin Neuffer völlig zu Recht festgestellt,[10] daß »interkommunale Kooperation erfahrungsgemäß angesichts der Komplexität der Probleme und der starken örtlichen Interessengegensätze schlicht überfordert ist, wenn sie auf der Basis der völligen Freiwilligkeit und damit Unverbindlichkeit für alle operiert.«

Es ist also keine Liebesheirat, sondern eine Vernunftehe, die die Gemeinden und Kreise einer Region zu gemeinsamem Planen und Handeln führt. Und die Vernunft spricht angesichts der vielfältigen Verflechtungen in den Stadtregionen und Verdichtungsgebieten und angesichts der sich verändernden gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen mehr denn je dafür, das Fundament gemeinsamer Politik in der Region nicht nur zu wahren, sondern zu festigen und die in der Sache angelegten Spannungen in produktiver Weise zu nutzen. Die Vernunft und die kommunalen Interessen sprechen schließlich dafür, einen Satz zu unterstreichen und als unveränderte Zielvorstellung fortzuschreiben, den Martin Neuffer anläßlich des 20jährigen Geburtstages des Großraumverbandes Hannover formuliert hat:[11] »Die Geschichte des Großraumverbandes handelt eigentlich von einem einzigen, durchgängigen Leitthema: dem Willen, Regionalentwicklung in kommunaler Selbstverwaltung zu betreiben.«

Aber das alles ist oft leichter gesagt als getan. Ich möchte deshalb in diesem Zusammenhang noch auf einige Fragen hinweisen, von denen ich annehme, daß sie in den Diskussionen um die Verwaltungsorganisation in unseren Stadtregionen sehr bald eine Rolle spielen werden:[12]

[10] *M. Neuffer,* (s. A 4), S. 149.
[11] *M. Neuffer,* 20 Jahre Großraum Hannover, in: Archiv zur Raumordnung im Großraum Hannover, Festveranstaltung 20 Jahre Großraum Hannover, Hannover 1983, nicht paginiert.
[12] Zum Folgenden vgl.: *G. Seele,* Verwaltungsorganisation in Großstadtregionen, in: *H. Lehmann-Grube / G. Seele* (s. A 1), S. 78f.

– Da ist zum einen die Tatsache, daß die Entwicklungen in diesen Regionen, wie alle Entwicklungen, Verlierer und Gewinner kennen. Und die Verlierer, insbesondere die von Funktionsverlusten bedrohten großen Städte, werden sich wohl kaum auf Dauer darauf konzentrieren, solche Verluste allein durch Maßnahmen zur Stärkung der städtischen Lebensqualität innerhalb ihrer Mauern auszugleichen. Sie werden vielmehr in dem Umfange, in dem sie dabei an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stoßen, ihr Augenmerk wieder auf die Region und auf die Bemühungen richten, ihre Position dort zu stärken.
– Gerade angesichts knapper Ressourcen wächst der Druck, die vorhandenen Möglichkeiten optimal auszuschöpfen. Dabei können die Umlandgemeinden das Potential der großen Städte nutzen und umgekehrt. Dies setzt freilich voraus, daß jeder zu geben und nicht nur zu nehmen bereit ist, und dies erfordert ein verstärktes Maß an Kooperation und Koordination.
– Die Notwendigkeit zum gemeinsamen Handeln wird auch durch die Disparitäten zwischen den verschiedenen Regionen, die mit dem Schlagwort vom »Nord-Süd-Gefälle« nur höchst unzulänglich beschrieben sind, verstärkt. Diese immer noch wachsenden Disparitäten verschärfen die Konkurrenz zwischen den Regionen. Dabei werden weiterhin jene Regionen im Vorteil sein, die über eine leistungsfähige Organisation verfügen. Auf einem ganz anderen Blatt steht dabei die Frage, ob und wie unser föderales System mit diesen Ungleichheiten auf die Dauer fertig zu werden vermag.
– Die moderne Technik ist für die öffentliche Verwaltung, die auch als ein riesiges System der Informationsverarbeitung angesehen werden kann, eine bisher nur unzureichend wahrgenommene Chance. Mit Hilfe dieser Techniken kann man mehr Zentralität ebenso verwirklichen wie mehr Dezentralität. Man kann das gesamte Gebiet einer Region mit einem Netz kommunaler Außenstellen überziehen, die von einer zentralen Verwaltung ebenso gesteuert werden können wie von mehreren untereinander vernetzten selbständigen Verwaltungen. Ebenso denkbar ist, daß ein Teil der kommunalen Dienstleistungen auf elektronischem Wege in jedes Wohnzimmer kommt: Antragsbearbeitung, Abruf von Informationen usw. Technisch ist dies prinzipiell alles – heute schon oder doch in naher Zukunft – machbar. Wir müssen uns nur klar darüber werden, ob wir es wollen und was wir wollen. Es handelt sich letztlich also nicht um ein technisches, sondern um ein politisches Problem.
– Dem außenstehenden Nichtfachmann, und dazu ist wohl auch der Wähler zu rechnen, muß die Verwaltungsorganisation der Verdichtungsräume mit ihren eher komplizierten Aufgaben- und Kompetenzverteilungen zwischen Verbandsmitgliedern und Umlandverband reichlich unübersichtlich erscheinen. Bürgerschaftliche Teilhabe wird dadurch aller Erfahrung nach mehr behindert als gefördert. Angesichts der Tatsache, daß wir inzwischen in einem Vier-Ebenen-Staat leben, in dem

zwischen der Europäischen Gemeinschaft, dem Bund, den Ländern und den Gemeinden hin- und herfließende Geldströme und Mischfinanzierungen zu einem Berg sich vielfältig überlappender Zuständigkeiten geführt haben, stellt sich die Frage nach der Flexibilität und Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen mit neuer Dringlichkeit. Man mag es als ein fernes und vielleicht sogar unerreichbares Ziel ansehen, eine Zusammenführung der Einnahmen- und Ausgabenzuständigkeit bei den jeweiligen Gebietskörperschaften und eine räumliche Kongruenz von Problembereichen und der Reichweite der Lösungsinstrumente zu erreichen, aber daß die Effizienz öffentlichen Handelns verbessert werden muß, steht für mich außer Frage. Der öffentliche Dienst muß sich auf veränderte Aufgaben aufgrund des Wandels gesellschaftlicher Verhältnisse einstellen. Sonst kann das Nachhinken staatlichen Handelns hinter einem weithin vorhandenen Problembewußtsein auch zu einer Krise der repräsentativen Demokratie führen.

Schlußbetrachtung

Zukunft der Stadt im Regionalgefüge? Ich habe einiges über die Ausgangslage zu sagen versucht, aus der heraus die Städte ihre Zukunft finden müssen, und in diesem Zusammenhang auf die Entwicklungen verwiesen, die den Übergang zur postindustriellen Gesellschaft markieren. Ich habe vor diesem Hintergrund zu zeigen versucht, wie sich einige Entwicklungsfaktoren in Raum und Region niederschlagen. Hier wären Ergänzungen notwendig und sinnvoll, die interdisziplinäre Verflechtungen und Anstrengungen erfordern. Eine Zusammenfassung dieser Überlegungen liegt in der Einsicht, daß künftig ein vernetztes Denken erforderlich sein wird, daß man die regionalen Bezüge kommunaler Entwicklung stärker berücksichtigen muß als das heute der Fall ist.

Unter den veränderten allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen und unter sorgfältiger Analyse der Art und Weise, wie sich diese Gesellschaft räumlich etablieren wird, muß erneut bedacht werden, welche Formen die Städte in der Region künftig zu tragen vermögen. Ist es die Regionalstadt? Wie ist bei einem solchen oder ähnlichen Gebilde die Frage der bürgerschaftlichen Teilhabe und kommunalen Legitimation zu lösen, wenn gegenwärtig eine der Entwicklungslinien auf die Wiederentdeckung des Stadtteils hindeutet? Haben wir z. Zt. vor dem Hintergrund eines fest organisierten kommunalen Gefüges zu wenig Mut, die Frage der Zukunft der Städte in der Region auch nur zu denken?

Wenn man sich die Möglichkeiten und die Gefahren einer zukünftigen Entwicklung der Städte vor Augen hält, dann wird man fraglos berechtigten Sorgen auch Zuversicht entgegenstellen können. Angesichts der Veränderungen, die sich in unserer Gesellschaft vollziehen, wird uns die Lösung der Aufgaben allerdings nicht in den Schoß fallen; sie erfordert erhebliche Anstrengungen. Die Ausgangssituation für die Städte

ist dabei insbesondere in Europa nicht ungünstig. Die europäische Stadt als besonderes Kulturgut erhält gerade im Zeitalter des technologischen und gesellschaftlichen Wandels als ein Rahmen für ein vielfältiges Leben und hohe Erlebnisqualitäten eine wichtige Funktion. Sie kann unter veränderten Bedingungen das bleiben, was Städte immer und in erster Linie waren: Stätte der Begegnung, des Austauschs und der Kommunikation. Es liegt an uns, im politischen und wirtschaftlichen System die Kräfte freizusetzen, die die bestehenden Gefahren zumindest regulieren, und in das überkommene Erbe einen eigenständigen und gestaltenden Beitrag unserer Zeit einzufügen. Dazu gehört eine mutige und funktionierende interkommunale Kooperation in den städtischen Regionen und Verdichtungsräumen. Ganz allgemein gilt es zu erkennen, daß sich aus den ungelösten Fragen einer Regionalplanung im Verdichtungsraum langfristig eine Schwächung des gesamten Raumes ergeben kann. Was dabei auf der Strecke bleiben könnte, sind sowohl die Umwelt als auch die Städte in ihrer überkommenen Struktur. Das gilt insbesondere für die Kernstadt, denn ohne Zentrum gibt es keine Stadt und auch keine lebensfähige Region. Wenn der belebende Kern einer Region nicht untergehen soll, muß die Planung auch im Interesse des Umlandes darauf gerichtet sein, die Elemente der Identität für die Kernstadt zu bewahren, baulich durch eine lebendige Struktur und Erscheinung, geistig durch eine Vielfalt kultureller Angebote. Auch im Blick auf die Regionalpolitik gilt für mich der Satz: Die Bejahung der Stadt ist Voraussetzung für den Fortbestand einer schöpferisch-produktiven Gesellschaft.

Axel Kuhn

Württemberg und die Französische Revolution*

Was mag in dem Stuttgarter Polizeikommissar Huber vorgegangen sein, als er am 16. September 1800 seinem Herzog wieder von einer vergeblichen Fahndung berichten mußte? Seit 10 Jahren schon war er hinter einem Stuttgarter Demokratenklub her, und immer noch hatte er zu wenig Beweise, um die Verdächtigen festzunehmen. Gerade am vergangenen Sonntag war wieder ein Volksaufruf an der Stiftskirche und am Haus des Bürgermeisters angeklebt worden, ohne daß er den Verfasser hatte ermitteln können. Und der sattsam bekannte Professor Petersen – hatte er nicht jüngst in einer Gaststätte alle großen Häupter, Kaiser, Könige, Fürsten niedergemacht und nur den Bonaparte gelobt?[1]

Das Thema Württemberg und die Französische Revolution kann heute nicht mehr nur dargestellt werden als Kampf der Herzöge gegen eine am alten Recht festhaltende Landesversammlung. Freilich hat es damals auch diese Auseinandersetzung gegeben. Aus ihr ging schließlich 1806 Friedrich mit französischer Hilfe als absoluter Monarch hervor, indem er die Verfassung aufhob und den Landtag auflöste. Auch sind wir heute nicht mehr so leicht geneigt, die Geschichtsschreibung eines Landes an der Staatsraison auszurichten und damit die Abschaffung einer wie auch immer gewählten politischen Vertretung als notwendigen Schritt auf dem Wege zum modernen Staat zu rechtfertigen.[2] Württemberg, das bedeutet im Zeitalter der Volkssouveränität, sich mit den Menschen zu beschäftigen, die damals hier wohnten, als diese Lehre entstand. Das bedeutet auch: zu fragen, wie sie sich mit den neuen aus Frankreich kommenden Ideen auseinandergesetzt haben.

Soviel nur vorweg zum Herzogtum: Am Ende des 18. Jahrhunderts war Württemberg im Vergleich zu anderen süddeutschen Staaten wirtschaftlich weiter entwickelt. Es litt auch nicht, wie etwa die geistlichen Staaten, unter einer alles erstickenden Pfaffenherrschaft oder unter dem Druck eines im Staatsapparat vorherrschenden Adels. Württemberg gehörte vielmehr zu den wenigen Territorien, in denen sich die Stände gegenüber dem Fürsten bedeutende Rechte zu wahren gewußt hatten – zuletzt im Erbvergleich von 1770. Die sogenannte »Landschaft« besaß das Steuerbewilli-

* Erweiterter Vortrag, gehalten am 4. März 1989 auf Einladung des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins in Stuttgart.

1 Vgl. Hubers Bericht im HStA Stuttgart, A 12, Bü 23.

2 Das ist der Tenor des Werks von *E. Hölzle,* Das Alte Recht und die Revolution, München / Berlin 1931.

gungsrecht und das Recht, Außenpolitik zu führen. Ihr wichtigstes Organ war der engere Ausschuß. In ihm, in der gesamten ständischen Vertretung sowie in der Beamtenschaft des Landes hatte es eine bürgerliche Oberschicht verstanden, sich Machtpositionen gegen die absolutistischen Tendenzen der Herzöge zu erringen. Doch war die »Landschaft« noch weit von einem modernen Parlament entfernt. Keine 1500 Personen besaßen das aktive Wahlrecht zu ihr, das passive noch weit weniger. Die Existenz dieser Opposition war mit der Erhaltung der Ständeordnung verbunden. Es war fraglich, ob sich in ihr die neuen Ideen der Zeit verbreiten würden.

Von dem größten Teil der Gebildeten wurde die Französische Revolution zunächst begeistert aufgenommen. Das war in Württemberg nicht anders als in den übrigen Ländern des Deutschen Reiches. Die Aufklärung hatte sich vor allem im Lehrkörper der Stuttgarter Hohen Carlsschule und in der politischen Publizistik durchgesetzt. Seit etwa 1775 hatte es in Deutschland eine Literatur gegeben, die sich gegen »die Tyrannen« richtete. Sie trug deutlich republikanische Züge. Herzog Carl Eugen zeichnete sich dadurch aus, daß er besonders scharf gegen sie vorging. Am empfindlichsten hat dies wohl Christian Friedrich Daniel Schubart zu spüren bekommen. Nachdem er schon 1773 aus Württemberg ausgewiesen worden war, hatte er in Augsburg und Ulm die Zeitschrift »Teutsche Chronik« herausgegeben. Im Januar 1777 ließ ihn der Herzog nach Blaubeuren locken und zehn Jahre lang auf dem Hohenasperg einsperren. Denn Schubart hatte »es bereits in der Unverschämtheit so weit gebracht, daß fast kein gekröntes Haupt und kein Fürst auf dem Erdboden ist, so nicht von ihm in seinen herausgegebenen Schriften auf das freventlichste angetastet worden«.[3] Um die despotische Willkür voll zu machen, wurde Schubart 1787 zum Hofdichter und Theaterdirektor in Stuttgart ernannt. Auch der junge Friedrich Schiller wurde zur Flucht aus seinem Geburtsland gezwungen. Sein erstes Stück »Die Räuber« mußte 1782 im Mannheimer Exil aufgeführt werden. Sein Trauerspiel »Kabale und Liebe« wurde in Stuttgart nach der ersten Aufführung von 1792 sechs Jahre lang nicht mehr gespielt. Der württembergische Adel hatte Protest eingelegt.[4]

Als am 14. Juli 1789 in Paris die Bastille gestürmt wurde und die Nationalversammlung einen Monat später die Menschenrechte erklärte, da glaubten viele Deutsche, in Frankreich würden nun die Ideen verwirklicht, die seit 20 Jahren von ihnen verfochten wurden. Auch Schubart gehörte zu den Revolutionsanhängern. Gealtert und krank, setzte er dennoch seine journalistische Tätigkeit fort und trug mit seiner Chronik dazu bei, daß die Revolution positiv aufgenommen wurde. Nachdem die Bastille dem Erdboden gleichgemacht worden war, erhielt Schubart aus Paris ein Trümmerstück von ihr geschickt; als Anerkennung für die unbesiegbare Kraft, mit

[3] Erlaß des Herzogs an den Kloster-Oberamtmann in Blaubeuren vom 18. 1. 1777, in: *Christian Friedrich Daniel Schubart*, Briefe, München 1984, S. 339.
[4] *G. Wais*, Die Schiller-Stadt Stuttgart, Stuttgart 1955, S. 49.

der der Schriftsteller für die Freiheit eingetreten war. Auch der in Schorndorf geborene Karl Friedrich Reinhard, schon seit 1787 in Frankreich, übte eine wichtige Rolle als Informationslieferant aus. Seine Briefe und Aufsätze erschienen 1790 im »Schwäbischen Archiv«, 1791 in Schillers »Thalia« und 1792 in der Zeitschrift »Minerva«.

Nicht alle deutschen Revolutionsanhänger ließen es beim Zuschauen bewenden. In Württemberg war die Stuttgarter Hohe Carlsschule ein erster Ort politischer Aktivitäten.[5] Hier, wo schon der Freiheitsdrang Schillers unterdrückt worden war, bildete sich 1791 eine »Gesellschaft der Wahrheit«. Ihre Mitglieder traten mit dem Straßburger Jakobinerklub in Verbindung und feierten heimlich den Jahrestag der Revolution. In der Karnevalszeit nutzten vier Studenten die Anonymität von Maskenbällen dazu, öffentlich und unerkannt die Abschaffung des Adels vorzuspielen. Diese Aristokratendemaskierung fand am 31. Januar 1791 im Opernhaus statt, vor den Augen der gerade eingetroffenen französischen Emigranten. Nur zwei Tage später trat Stuttgarts Lieblingstänzerin im Schauspielhaus unter allgemeinem Beifall in den revolutionären Farben blau-weiß-rot auf. Kurze Zeit später, am Rosenmontag 1791, setzte eine Saturnsmaske bei einem öffentlichen Ball etliche revolutionäre Zettel in Umlauf. Einer lautete: »Völker, streift die Fesseln des Despotismus ab und gehorcht ferner nur dem Gesetz.« Ein anderer: »Die Deutschen werden endlich einsehen lernen, daß nicht sie frei sind, weil ihre Fürsten es sind.«

Diese aufsehenerregende Flugblattverteilung war das Werk des Carlsschülers Marschall von Bieberstein. Carlsschüler Georg Kerner aus Ludwigsburg hatte die Urne mit den Flugblättern umgestoßen. Carlsschüler Joseph Anton Koch und Carlsschullehrer Johann Heinrich Dannecker sollen die Saturnsmaske angefertigt haben. Hinter der Maske aber steckte Jean-Charles Laveaux, der Professor für französische Sprache und Literatur an der Carlsschule.

In den meisten Ländern des Deutschen Reiches wehte nach 1789 ein schärferer Wind als vorher. Viele Fürsten gaben die bisher ausgeübte Reformpolitik auf und bekämpften nunmehr alle aufklärerischen Strömungen. Sie reagierten überscharf auf jede Freiheitsregung, verschärften die Zensur und unterbanden kritische Meinungen. So wurde auch in Württemberg im Juli 1791 ein neues verschärftes Zensurgesetz erlassen.[6] Es zog eine Reihe von Affären nach sich. Die nach Schubarts Tod von Gotthold Friedrich Stäudlin fortgesetzte Chronik wurde im April 1793 endgültig verboten, nachdem sie zuvor schon zweimal die fürstliche Unzufriedenheit geweckt hatte. Stäudlin suchte, nachdem andere Projekte gescheitert waren, 1796 in seinem Elsässer Exil den Freitod.

[5] Vgl. zum Folgenden *A. Kuhn u. a.*, Revolutionsbegeisterung an der Hohen Carlsschule, Stuttgart 1989.
[6] Von der Preßfreiheit zu Pressefreiheit. Südwestdeutsche Zeitungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1983, S. 137.

An den Universitäten wurden freiheitlich gesinnte Professoren beargwöhnt und schikaniert. In Stuttgart bekamen das die Carlsschullehrer Danz, Franz und Petersen zu spüren. Franz durfte 1791 eine Vorlesung zur Zeitgeschichte nicht halten. Danz und Petersen mußten nach freimütigen Äußerungen von 1792, die der eine in einer offiziellen Rede, der andere im Wirtshaus gemacht hatte, um ihre Weiterverwendung im Staatsdienst kämpfen.

Im Juni 1791 floh der Bonner Professor Eulogius Schneider nach Straßburg. Schneider war von April 1786 bis Januar 1789 Hofprediger und katholischer Religionslehrer in Stuttgart gewesen. Gleich ihm gingen auch andere Deutsche freiwillig oder gezwungen nach Straßburg und wirkten dort im Jakobinerklub mit. Allein von der Carlsschule waren es 7 Studenten und 2 Professoren, die 1791/92 den Weg nach Straßburg fanden. Zu ihnen gehörten Georg Kerner und Christoph Friedrich Cotta, der ältere Bruder des berühmten Verlegers.

Als sich die Französische Revolution immer weiter radikalisierte, schlug die zunächst ihr günstige Stimmung in Deutschland um. Ab Herbst 1792 begannen sich viele von ihr zu distanzieren. Nach der Hinrichtung des französischen Königs im Januar 1793 stand nur noch eine kleine Zahl der Demokraten auf Seiten der Revolution. Sie setzte ihre Hoffnungen auf die französischen Truppen. Denn inzwischen war der Krieg zwischen Frankreich und anderen europäischen Mächten ausgebrochen. Im Herbst besetzten die Revolutionstruppen das linksrheinische Deutschland und vorübergehend auch Frankfurt. Im Linksrheinischen entstand die Mainzer Republik, deren Bevölkerung im März 1793 den Rheinisch-deutschen Nationalkonvent, das erste moderne Parlament auf deutschem Boden, wählte.

Diese Ereignisse belebten auch im übrigen Deutschland Revolutionserwartungen. Würden die französischen Truppen noch andere deutsche Gebiete besetzen? In Berlin, Kreuznach, Paderborn, Göttingen und Nürnberg klebten plötzlich Revolutionsaufrufe an den Häuserwänden. Im August 1792 wurde auch in Stuttgart ein Maueranschlag gefunden; es war der dritte. Er forderte die Mitbürger auf, den Herzog endlich für seine Missetaten zu strafen und wies auf das französische Vorbild: »Das traurige Beispiel deines benachbarten gesalbten Bruders – nur ein Stümper gegen dich – machte dich nicht so klug!«[7]

Deutsche Demokraten schlossen sich in politischen Klubs zusammen: in Kiel, Altona, Mannheim und auch im württembergischen Nagold. In Nagold rückte im Januar 1793 ein militärisches Kommando ein, um den dort bestehenden Klub einzuschüchtern und auszuforschen. Der Klub versammelte sich zu politischen Gesprächen in dem Wirtshaus und hatte Kontakte nach Straßburg. Von dort bekam er aufrührerische Druckschriften, die der Stadtschreiber Ludwig Hofacker, wohl der Anführer des

[7] Zuletzt veröffentlicht von *H. G. Haasis,* Gebt der Freiheit Flügel. Die Zeit der deutschen Jakobiner, Bd. 1, Reinbek 1988, S. 275.

Klubs, auf dem Lande verteilte. Drei Schriften wurden beschlagnahmt und den Untersuchungsakten beigelegt. Die Mitglieder, 15–20 Namen wurden genannt, verfaßten auch drei eigene politische Gedichte und standen mit einem ähnlichen Klub in Altensteig in Verbindung. In einem dieser Gedichte wurden die Franzosen aufgefordert, Württemberg zu besetzen und zu befreien.[8]

Zu derselben Zeit entwickelte auch Georg Kerner seinen ersten Plan zur Revolutionierung Württembergs.[9] Er schickte ihn im Oktober 1792 an das französische Außenministerium. Kerner ging wie die Nagolder Klubisten von der Hoffnung aus, daß die Franzosen Württemberg besetzen. Dessen Einwohner, schrieb er, sind »voller Energie und Begeisterung für die Freiheit«. Er schlug vor, wie in Mainz, so auch in Württemberg ein Parlament wählen zu lassen. Kerner hat in den folgenden zwei Jahren eine Reihe ähnlicher Denkschriften verfaßt und unermüdlich für die Revolutionierung Württembergs gearbeitet.

Die Universität Tübingen geriet damals ebenfalls in den Verdacht des Demokratismus. Im Tübinger Stift, der Ausbildungsstätte für Theologen, herrschte eine aufsässige und republikanische Stimmung. Französische Studenten aus dem Mömpelgard brachten Berichte und Schriften aus ihrer jetzt revolutionären Heimat mit. Zu dieser Zeit gehörten auch die Studenten Hegel, Hölderlin und Schelling zu den Revolutionsanhängern. Im April 1793 flog ein politischer Studentenklub auf, den der Ludwigsburger Christian Ludwig Wetzel seit Herbst 1792 organisiert hatte.[10]

Alle diese Beispiele von Revolutionsbegeisterung verlieren ihren Ausnahmecharakter, wenn man über die engen württembergischen Grenzen hinausblickt. Dasselbe gilt für die Unruhen und Bürgerproteste der damaligen Zeit. Vieles deutet darauf hin, daß sich auch in Württemberg die Bevölkerung viel aufsässiger verhielt, als bisher meist angenommen. Schon im Oktober 1789 mußten 30 Husaren nach Freudenstadt geschickt werden, um die dort entstandenen Unruhen zu beenden. Nach dem Untersuchungsbericht hatten sich einige Bürger „durch zügelloses Raisonnement gegen die Obrigkeit und Anstellung eigener Conventikel« strafbar gemacht. Sie erzwangen die Herausgabe des Oberamtlichen und Kellerei-Lagerbuches, veröffentlichten es eigenmächtig und faßten schließlich ihre Beschwerden gegen die Ortsobrigkeit in 16 Punkten zusammen.[11] Dafür erhielten zwei der Wortführer, Johannes Wurster und Michael Luz, einjährige, zwei andere, Heinrich Ruf und Christoph Ludwig Schwarz, dreimonatige Haftstrafen.[12]

[8] Die Akten über Nagold in: HStA Stuttgart, A 202, Bü 2493; vgl. auch *U. J. Wandel,* Der Nagolder Jakobinerklub, in: Nagold – Bild einer Stadt, Fortsetzungsheft 4, 1979, S. 20ff.

[9] *U. Schmidt,* Georg Kerners Revolutionsplan für Württemberg vom Oktober 1792, in: Francia 15 (1987), S. 811 ff.

[10] *U. J. Wandel,* Verdacht des Democratismus? Studien zur Geschichte von Stadt und Universität Tübingen im Zeitalter der Französischen Revolution, Tübingen 1981, S. 57ff.

[11] HStA Stuttgart, A 202, Bü 966.

[12] Vgl. auch *Schwäbische Chronik* Nr. 6 vom 13. 1. 1790.

In Möckmühl reichte im Mai 1793 nicht ein Kommando Soldaten, um die Ruhe wieder herzustellen; der Herzog selbst kam angefahren und hielt eine Rede. Auch hier ging es um handfeste Kommunalpolitik, die aber im Zeitalter der Französischen Revolution mit neuen Methoden durchgeführt wurde. Offenbar waren Unregelmäßigkeiten bei der Ämterersetzung in Rat und Gericht vorgekommen. Der das Kommando Soldaten befehlende Leutnant berichtete nach Stuttgart: »Bei immer lauter werdender Gährung eines großen Teils der Bürgerschaft über die Arretierung von fünfen der Widerspenstigsten besetzte ich vollends das ganze Rathaus und durch diese militärische Hülfe wurden die Unruhigsten in Verhaft gebracht und die übrigen in gehörigem Respect gegen die höchsten Befehle gehalten.« Durch das Zusammentreten des größten Teils der Bürgerschaft und durch »Exzesse einer wilden, aus mehr denn 80 Mann bestehenden Horde« konnten die Gefangenen, darunter Schlosser Schübel, Färber Klein und Schreiner Möller, vorerst nicht nach Ludwigsburg transportiert werden. Schließlich gelang es dem Kommando Soldaten, die herzoglichen Befehle durchzusetzen, und das Militär rückte nach rund zwei Wochen wieder ab.[13]

Im März 1794 kam es in Tuttlingen zu großen Unruhen, indem die Bürger den Oberamtmann förmlich verhafteten. Der Herzog war genötigt, Militär in die Stadt zu schicken und diesem sogar Kanonen mitzugeben. Immerhin erstritt sich die Tuttlinger Bürgerschaft das Recht, eine vierköpfige Repräsentation an den Magistratsitzungen teilnehmen zu lassen.[14]

Der Stuttgarter Gesellenaufruhr begann im Mai 1794 wie viele traditionelle Zunftkämpfe. Nahezu alle, nämlich 120 Schuhmachergesellen wanderten von Stuttgart nach Esslingen aus, um einen der Ihren in seinem Streit mit dem Meister zu unterstützen. Der Herzog von Württemberg ließ sie durch Soldaten zurückholen und verhängte drastische Strafen. Neun Anführer wurden zu mehrwöchiger Festungshaft auf dem Hohenasperg verurteilt, alle übrigen zu Gefängnisstrafen zwischen einem Tag und einer Woche. Diese Urteile erbosten die Gesellen anderer Handwerke. Es kam zu Unruhen vor den Gefängnissen und der Oberamtei. Die Menge, in der sich auch Weingärtner und viele Frauen befanden, wuchs auf 4000 an. Von Ludwigsburg mußte Militär anrücken, um den Aufruhr zu unterdrücken. In dieser zweiten Phase schlug der ursprüngliche Handwerkerstreik in einen Kampf gegen den Staat um, und Rufe wie »Vive la Nation, es lebe Freiheit und Gleichheit« deuteten auf das französische Beispiel hin.[15]

[13] Die Akten über Mockmühl in: HStA Stuttgart, A 202, Bü 2493.
[14] Bericht des preußischen Gesandten in Stuttgart, zit. bei *H. Scheel,* Süddeutsche Jakobiner, Berlin ^{3}1980, S. 48 ff.
[15] Vgl. ebda. S. 46 f. und *A. Grießinger,* Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1981, S. 189 ff.

Nachdem in Baiersbronn 1791 die Kirche niedergebrannt war, stritten sich Kommune und Kirchenrat jahrelang darum, wer die Kosten für den Neubau tragen sollte. Beide Parteien schickten Delegationen nach Stuttgart. Im Mai 1796 wurde eine vom Oberamt angesetzte Versammlung durch unzufriedene Bürger regelrecht gesprengt. Nach Meinung des Pfarrers lief hier eine mittlere Rebellion ab. Er machte Klubs aus, »in welchen man über Herzog, Kirchenrat, Oberamt, Pfarrer, Schultheißen kannegießert« und sah 5 bis 6 unruhige Köpfe, die »à la Mode de France« den Meister spielen wollten. Die Wortführer der Opposition wurden in der Oberamtsstadt vernommen, doch die herzogliche Regierung beschloß 1798, diesmal von einer Strafe abzusehen. Obwohl der Unmut in der Armut der Gemeinde gründete, nahm er doch Formen an, die 10 Jahre früher nicht möglich gewesen wären.[16]

Ich fasse zusammen: Alle diese Unruhen sind nicht durch die Französische Revolution hervorgerufen worden. Es gab dieses Protestverhalten schon vorher, aber die Beispiele wurden in den 90er Jahren zahlreicher. Die Symbole der Revolution wurden häufig nur als Drohgebärde benutzt. Die Unruhen entstanden spontan und unabhängig voneinander. Sie blieben lokal begrenzt und gefährdeten die Herrschaft nirgendwo auf Dauer. In den Schriften wurden Forderungen erhoben, die sich auf die Abschaffung örtlicher Mißstände konzentrierten. Dieses Bild würde noch vollständiger, wenn man die Situation in den Reichsstädten hinzunähme: etwa den Bettringer Bauernaufstand in Gmünd[17] oder die Esslinger Auseinandersetzungen um das bürgerliche Syndikat.[18] Wichtig ist trotz aller lokaler Begrenztheit, daß diese Unruhen die Unzufriedenheit vieler Menschen ausdrückten. In Württemberg herrschte, ebenso wie in anderen Teilen Deutschlands, eben nicht jene Friedhofsruhe, von der spätere Generationen so gerne gesprochen haben.

Einen Höhepunkt erlebte die deutsche demokratische Bewegung nach 1795 im Südwesten des Reiches. Hierhin hatte sich nach dem Frieden von Basel der Krieg verlagert und damit auch die Revolutionserwartung. Bei günstiger Konstellation wäre ein demokratischer Umsturz und die Gründung einer Republik durchaus möglich gewesen. Dazu hätte sich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit den politischen Plänen der Demokraten, mit der Landschaftsopposition und mit den Franzosen verbinden müssen. Doch alle Projekte scheiterten: nicht nur an der Schwäche der deutschen Bewegung, sondern auch an mangelnder französischer Hilfe. Die französische Regierung arbeitete zu dieser Zeit lieber mit den deutschen Fürsten als mit den deutschen Revolutionären zusammen. Pläne zur Revolutionierung des deutschen Südwestens benutzte sie nur in den diplomatischen Verhandlungen als Druckmittel.

[16] Vgl. dazu *S. Lorenz/A. Kuhn,* Vom Königsforst zur Kurgemeinde. Baiersbronn in Mittelalter und Neuzeit, erscheint 1990.
[17] Eine Quelle dafür ist die Chronik von Dominikus Debler im Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd.
[18] *K. Pfaff,* Geschichte der Reichsstadt Eßlingen, Eßlingen 1840/41, Bd. 2, S. 896 ff.

Der Landschaftsausschuß verfolgte in jenen Jahren eine dem Herzog entgegengesetzte Politik: Er wollte, um Geld zu sparen, weniger Truppen ausheben lassen und strebte einen Separatfrieden mit Frankreich an. Als ersten Unterhändler gewann die Landschaft Wilhelm Ludwig Kämpf, der in Hessen-Homburg wegen seiner demokratischen Grundsätze entlassen worden war. 1796 schickte die französische Regierung den Agenten Poterat nach Südwestdeutschland. Er sollte nicht nur für ein Bündnis mit Frankreich, sondern auch für die Revolutionierung werben. In diesem Zusammenhang ging es auch darum, Anhänger zu sammeln und politische Klubs zu gründen. Doch schließlich siegte Frankreich auf dem Schlachtfeld.

Die Existenz einer Ständevertretung, in der der Adel keinen Sitz hatte, bot in Württemberg die Möglichkeit, liberale Forderungen im Rahmen der bestehenden Verfassung durchzusetzen. Nach dem Feldzug von 1796 war es soweit. Der Herzog wurde im Friedensvertrag mit Frankreich zu hohen Kontributionszahlungen verpflichtet. Jetzt brauchte er die Ständevertretung, um die Finanzen in Ordnung zu bringen. So berief er die Landschaft ein, die seit über 25 Jahren nicht mehr zusammengetreten war. In einer wahren Flut von Flugschriften mobilisierte die bürgerlich-liberale Bewegung daraufhin die Öffentlichkeit. Die Zahl der Titel ging weit über 100 hinaus. Hier wurden der Bevölkerung all die Beschwerden und Reformforderungen, mit denen sich der künftige Landtag befassen sollte, vorgelegt. Die Öffentlichkeit nahm sich das Recht, den Verhandlungen des Landtags zuvorzukommen und ihnen eine bestimmte Richtung nahezulegen. Die Erörterung derartiger Probleme außerhalb des zuständigen Gremiums war etwas Neues im politischen Leben Württembergs. Neu war auch, daß sich das allgemeine Interesse nicht auf die dem Landtag verfassungsrechtlich zustehenden Gebiete beschränkte. So veranlaßte die Frage, woher die Kontributionen genommen werden sollten, viele Flugschriftenautoren, sich Gedanken über die Quellen des Wohlstands und die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu machen. Einige Autoren zogen die Zusammensetzung der Versammlung in Zweifel und entwickelten im Anschluß an Rousseau demokratische Vorschläge, andere brachten die Rolle des Adels oder die württembergische Kriegsverfassung zur Sprache. Es wäre eine Verkennung der Tatsachen, diese Flugschriften einfach unter den Begriff der ständischen Opposition einzuordnen. Auch in Frankreich ging der Revolution die Einberufung der Generalstände und eine Flut von Beschwerdeschriften voran.

Es blieb nicht bei papierenen Protesten. Der Magistrat von Nagold lud andere Städte und Ämter des Oberlandes zu einer Konferenz ein, die am 15. September 1796 begann und eine 24 Punkte umfassende Beschwerdeschrift verfaßte. In einzelnen Wahlkreisen, wie Waiblingen, Urach, Maulbronn, Alpirsbach, Nagold und Reichenbach, wurden Landtagsdeputierte gewählt, die entgegen dem Wahlrecht nicht den Magistraten angehörten. Obwohl die herzoglichen Behörden diesen Deputierten die Anerkennung versagten, die betreffenden Ämter daraufhin klein beigaben oder, wie in

zwei Fällen, die Gewählten nachträglich Bedingungen für eine ordnungsgemäße Wahl schufen, zeigen diese gescheiterten Versuche immerhin, daß das französische Wahlrecht auch in Württemberg Anhänger fand.

Auf dem Landtag selbst konnte die liberale Opposition nur wenige Erfolge erzielen. Unter Führung des Tübinger Bürgermeisters Viktor Wilhelm Hauff und des Ludwigsburger Bürgermeisters Christian Friedrich Baz setzte sie die Neuwahl des Ausschusses und die Veröffentlichung der Landtagsdebatten durch. In der Kriegskostenfrage trat der Landtag, abweichend vom bisherigen Steuersystem, für eine Vermögenssteuer ein. Unter dem Stichwort landschaftliche Verfassung wurde beschlossen, der Selbstersetzung der Ausschüsse ein Ende zu machen.

An der Jahreswende 1797/98 stand der Rastatter Kongreß im Mittelpunkt der europäischen Politik. Er hatte die Aufgabe, Entschädigungen festzulegen, die deutsche Fürsten dafür erhalten sollten, daß ihre linksrheinischen Gebiete bei Frankreich blieben. Bei den Rastatter Verhandlungen dachte keiner daran, daß auch die Bevölkerung zu diesem Menschen- und Länderschacher vielleicht etwas zu sagen hätte. Das deutsche Volk blieb bloßer Gegenstand des Handels. Im Januar 1798 jedoch tauchten gedruckte aufrührerische Zettel auf, die die Überschrift »Freiheit-Gleichheit« trugen. Volksaufwiegler, so hieß es, ließen sie verteilen und unterschreiben. In den Flugblättern wurde dazu aufgerufen, einen unabhängigen Freistaat zu bilden. Ausgangspunkte der Agitation waren die Stützpunkte Basel und Straßburg, Bundesgenossen die Schweizer und die cisrhenanische Bewegung. Unter diesem Namen hatte im Herbst 1797 auf dem Linksrheinischen wieder eine Republik bestanden, bevor die Franzosen die eroberten Gebiete ganz in ihren Staat aufnahmen. Unterstützt von den französischen Truppen wollten die oberdeutschen Revolutionäre mit Bauern nach Rastatt marschieren, die Stadt besetzen und eine republikanische Verfassung anordnen. Diese Aktion sollte zugleich das Signal zu einer Erhebung sein, die vom Bodensee bis nach Schwaben reichte. Das Unternehmen war mit dem General der französischen Deutschlandarmee abgesprochen. Das ganze Projekt wurde jedoch im Januar 1798 durch erste Verhaftungen aufgedeckt und durch die schnelle Versetzung des Generals vereitelt.[19]

Während der Kongreß weiterging, begannen sich die Jakobiner im deutschen Südwesten erneut zu organisieren. Ende November 1798 kam der Dichter Friedrich Hölderlin nach Rastatt, um dort seinen Freund Sinclair zu besuchen. Sinclair vertrat nicht nur die Landgrafschaft Homburg auf dem Kongreß, sondern war auch mit den süddeutschen Demokraten bekannt. Wohl unter dem Eindruck der Rastatter politischen Gespräche schrieb Hölderlin bis in das Frühjahr 1799 hinein an der ersten Fassung seines Dramas »Der Tod des Empedokles«. Darin finden sich die berühmten Verse, mit denen der Titelheld die ihm dargebotene Königskrone ablehnt: »Schämet

[19] Die Pläne zur Sprengung des Rastatter Kongresses bei *H. Scheel* (s. A 14), S. 385ff.

euch, daß ihr noch einen König wollt; ihr seid zu alt; zu eurer Väter Zeiten wärs ein anderes gewesen. Euch ist nicht zu helfen, wenn ihr selber euch nicht helft.« Ein solcher Text hätte in einem Fürstenstaat nicht gedruckt werden können.[20]

Im Dezember 1798 erschien auch Baz im Auftrage der Landschaft auf dem Rastatter Kongreß. Hier warb er, wie schon vorher in Paris, für seinen Plan, aus der Landschaft ein modernes Parlament mit voller Gesetzgebungsgewalt und Gewaltenteilung zu machen. In Stuttgart selbst sorgte die Ankunft des französischen Agenten Théremin für Auftrieb.

An den Plänen zur Sprengung des Rastatter Kongresses hatten sich württembergische Revolutionsanhänger nicht so stark beteiligt. Doch um die Jahreswende 1798/1799 wurde Stuttgart zu ihrem Zentrum. In Stuttgart war wohl das bedeutendste Dokument des süddeutschen Jakobinismus verfaßt worden, der »Entwurf einer republikanischen Verfassungsurkunde, wie sie in Deutschland taugen möchte«. Die umfangreiche Flugschrift, deren Verfasser unbekannt ist, erschien Anfang März 1799 in Basel.[21] Sie strebte als Endziel eine Republik an, die alle Deutschen umfaßte. Mit diesem Programm, das angesichts der politischen Verhältnisse eine Utopie bleiben mußte, gelang es, die Kleinstaaterei in Deutschland wenigstens gedanklich zu sprengen. Bereits der dritte Grundartikel brach mit der Abhängigkeit von Frankreich und betonte die gesamtdeutsche nationale Souveränität. Württembergische Interessen waren in den höheren deutschen aufgegangen. Nach diesem zu Unrecht vergessenen Verfassungsentwurf sollten die Bürger in Urversammlungen ihre Wahlmänner wählen, die ihrerseits nicht nur die Abgeordneten, sondern auch die Richter zu wählen hatten. Das parlamentarische System bestand aus einem Erstrat und einem Zweitrat aus älteren Abgeordneten. Beide Parlamente zusammen sollten die fünfköpfige Regierung, den Staatsrat wählen. Manche Bestimmungen dieses Verfassungsentwurfs sind bis heute nicht eingelöst. Zum Beispiel die Definition »deutscher Bürger«: Wäre diese Flugschrift zur Geltung gekommen, dann hätte auch wählen können, wer in Deutschland mindestens ein Jahr lang einem erlaubten Gewerbe nachgegangen ist. Eine Art Ausländerwahlrecht aus dem Jahre 1799! Der insgesamt 547 Artikel umfassende Entwurf konnte nicht von heute auf morgen fertiggestellt worden sein. Vielleicht war er schon in Arbeit, als Januar 1798 in Rastatt eine republikanische Verfassung angeordnet werden sollte, als Baz im Dezember 1798 seine verfassungsändernden Pläne entwickelte und als Hölderlin zur gleichen Zeit die Republik in der Antike besang. Bei seiner Veröffentlichung im März 1799 fiel er in eine Phase, wo der Krieg erneut ausgebrochen war und man auf ein erneutes Vordringen der Franzosen rechnen konnte. Die Flugschrift fand, vor allem in Baden, reißenden Absatz. Aber es hieß

[20] *P. Bertaux*, Hölderlin und die Französische Revolution, Frankfurt/M. 1969, S. 85 ff.
[21] Wiederveröffentlicht von *H. Scheel* (Hrsg.), Jakobinische Flugschriften aus dem deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts, Berlin 1965.

auch, daß »ganze Ballen auf Güterwagen von Basel ins Württembergische geschickt« worden seien.[22] Während Flick den Verfassungsentwurf druckte, wurde bei dem Graveur Huber in Basel schon ein Stempel für Siegel oder Münzen in Auftrag gegeben. Er zeigt ein eichenlaubumkränztes Liktorenbündel mit Jakobinermütze und trägt die Umschrift »Das souveraine badische Volk«. Andere Muster sollten auch den Namen Württembergs tragen. Offenbar gab es wieder konkrete Vorbereitungen für eine Republik. Doch der Ausbruch des 2. Koalitionskriegs und die anfänglichen Erfolge Österreichs ließen das Projekt in weite Ferne rücken.

Mit österreichischer Hilfe wurde auch der Herzog von Württemberg seine Oppositionsbewegungen los. Am 22. November 1799 löste er den Reformlandtag auf. Während die Abgeordneten noch murrten, zeigte Erzherzog Karl dem Herzog die Aufdekkung einer revolutionären Verschwörung an. Den österreichischen Organen war es gelungen, zwei Briefe abzufangen. Im zweiten Brief standen leider auch Namen. Der im Januar 1800 einsetzenden Verhaftungswelle fielen außer den Anführern des schwäbischen revolutionären Zentrums auch die Köpfe der Landschaftsopposition zum Opfer.

Der Hochverratsprozeß gegen Sinclair aus dem Jahre 1805 war nur noch ein Schwanengesang auf die Revolution.[23] Denn als zu diesem Zeitpunkt gegen den hessen-homburgischen Regierungsrat und Freund Hölderlins Isaac von Sinclair in Ludwigsburg und Stuttgart prozessiert wurde, bestand eine revolutionäre Verschwörung nur noch in den Köpfen der Untersuchungsbeamten. Als Sinclair im Juni 1804 nach Schwaben reiste, um Hölderlin zu sich nach Homburg zu holen, traf er sich mit Freunden zum Abendessen: mit Baz, der seit dem Frieden von Lunéville aus der Haft entlassen worden war und nunmehr den letzten Kampf der Landschaft gegen Kurfürst Friedrich anführte, und mit Leo von Seckendorf, einem württembergischen Regierungsrat. Sinclair kannte Baz vom Rastatter Kongreß her und Seckendorf von der Jenaer Studienzeit.

Bei diesem Abendessen schwelgte Sinclair in Erinnerungen an die revolutionäre Vergangenheit, die wilden Jenaer Studentenjahre. Man erwähnte den unerschrockenen Revolutionär Krutthofer, und schließlich malte man sich auch einen Gewaltstreich gegen den Kurfürsten und seinen leitenden Minister aus. Mit am Tisch saß Sinclairs mißgünstiger Homburger Kollege Blankenstein, und dieser denunzierte jenen im Januar 1805 beim Kurfürsten von Württemberg. Im Februar 1805 wurde Sinclair ausgeliefert, immer wieder verhört und schließlich nach vier Monaten aus Mangel an Beweisen freigelassen. Auch Baz und Seckendorf kamen in Haft. In den Verhören stand das Abendessen bei Baz immer wieder im Mittelpunkt. Letztlich war nicht mehr zu beweisen, als daß es sich um unbedachte Äußerungen gehandelt hatte,

[22] *H. Scheel* (s. A 14), S. 496.
[23] *W. Kirchner*, Der Hochverratsprozeß gegen Sinclair, Frankfurt/M. ²1969.

weniger gewichtig als die ehemaligen Pläne einer Vereinigung der vorzüglichsten Männer Deutschlands in Jena oder die konspirative Tätigkeit auf dem Rastatter Kongreß.

In Hölderlins Leben aber spielte der Prozeß eine bedeutende Rolle. Er wurde durch die Verhaftung seines Freundes aufs Ärgste schockiert und in diesem Zustand lange Monate allein gelassen. Vor einer Verhaftung wurde Hölderlin nur durch ein ärztliches Attest, das seine Vernehmungsunfähigkeit bestätigte, bewahrt. In dieser Situation rief er wiederholt: »Ich will kein Jakobiner sein. Vive la Roi!« Als Hölderlin im Jahre 1806 nach dem staatlichen Ende Hessen-Homburgs in die Tübinger Klinik abtransportiert wurde, wird er sich daran erinnert haben, wie der Freund Sinclair im Jahr zuvor verhaftet worden war.

Dem Kurfürsten war der Prozeß wichtig, um die Landschaftsopposition endgültig zu zerstören. Seckendorf erhielt zwei Jahre Festungshaft, wurde jedoch schon im Oktober 1805 begnadigt, als der Kurfürst auf die Seite Napoleons umgeschwenkt war. Auch Baz wurde vorzeitig aus der Haft entlassen. Doch gab es keinen Widerstand im Lande mehr, als Friedrich 1806, nunmehr als König, die Verfassung aufhob.

Hans-Martin Maurer

Das Stuttgarter Gipfeltreffen von 1857

Stuttgart gehört nicht gerade zu den Städten mit den klingenden Namen, die große Konferenzen anziehen. Aber einmal stand die Hauptstadt des kleinen Königreichs Württemberg doch im Mittelpunkt des internationalen Interesses, blickte ganz Europa gespannt, wenn auch mit verschiedenen Erwartungen und Gefühlen, hierher. Im September 1857 trafen sich die beiden nach damaliger Auffassung mächtigsten Männer des Kontinents, Kaiser Napoleon III. und Zar Alexander II., mit ihren politischen und militärischen Beratern für drei Tage in der Residenz König Wilhelms I. Die Anwesenheit von vier Monarchinnen – der Zarin, der württembergischen, niederländischen und griechischen Königin – sowie mehrerer Prinzen und Prinzessinnen erhöhten noch den fürstlichen Glanz der Zusammenkunft.[1]

Daß das Treffen gerade in Stuttgart stattfand, war nicht zufällig, es ergab sich aus der politisch-dynastischen Situation, und diese wiederum bestimmte die besondere Note der Begegnung. Der Entschluß dazu war aufsehenerregend, denn die beiden Kaiser hatten sich noch anderthalb Jahre zuvor im Kriegszustand gegeneinander befunden. Erst am 30. März 1856 war der Krimkrieg durch den Frieden von Paris, zuungunsten Rußlands, beendet worden. Zu den wichtigsten politischen Folgen des Krimkrieges gehörte die Entfremdung Rußlands von Österreich, weil sich dieses der Donaufürstentümer wegen offen auf die Seite der Westmächte geschlagen hatte, gleichzeitig aber auch die vorsichtige Annäherung Rußlands an Frankreich, da es zwischen beiden Mächten keine unmittelbaren Interessenkonflikte gab. Außenminister Nesselrode hatte diese Schwenkung noch vor dem Friedensschluß eingeleitet, der Nachfolger Fürst Gortschakow betrieb sie konsequent weiter.[2]

Napoleon III., noch immer ein Neuer unter den Monarchen Europas, ging auf diese Wende der russischen Politik bereitwillig ein. Sie bedeutete eine weitere Anerkennung für seine Person und begünstigte zudem seine nächsten außenpolitischen Ziele, die in Oberitalien und am Rhein lagen.

[1] In der Berliner Presse wurde auch die Teilnahme des Prinzen Wilhelm von Preußen, des späteren deutschen Kaisers, vermutet *(Staatsanzeiger für Württemberg* 1857, S. 1948). Prinz Wilhelm reiste auch nach Süddeutschland, traf aber Napoleon III. nur vor der Stuttgarter Begegnung in Baden-Baden und nachher in Saarbrücken.

[2] *P. Hoffmann,* Die diplomatischen Beziehungen zwischen Württemberg und Bayern im Krimkrieg und bis zum Beginn der Italienischen Krise (1853–1858), Stuttgart 1963. S. 126; *S. Martenson,* Württemberg und Rußland im Zeitalter der deutschen Einigung 1856–1870. Die diplomatischen und dynastischen Beziehungen eines deutschen Mittelstaates, 1970, S. 54.

Dennoch standen einer Begegnung beider Herrscher Hindernisse entgegen. Zunächst mußte es dem Zaren aus psychologischen Gründen schwerfallen, dem Sieger des Krimkrieges persönlich gegenüberzutreten, zumal er ihn noch immer nur unwillig als Dynast gleichen Ranges anerkennen mochte. Außerdem war zu befürchten, daß dritte Mächte, vor allem Österreich, aber auch andere deutsche Staaten, ein Zusammentreffen mit Mißtrauen verfolgten. Jeder Anschein eines Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland konnte als Bedrohung Mitteleuropas empfunden werden.[3]

Es kam also, vor allem für die russische Seite, darauf an, die Bedeutung des Treffens trotz aller politischer Relevanz nach außen hin herunterzuspielen und einen Konferenzort zu finden, der die Gefühle der Russen schonte. In dieser Lage bot sich der württembergische Monarch als geeigneter Vermittler an. Er hatte sich im Krimkrieg unter den deutschen Fürsten am entschiedensten für eine neutrale Haltung eingesetzt, ja sogar als rußlandfreundlich gegolten.[4] Sein Sohn, der Kronprinz, hatte sich noch während des Krieges in Petersburg aufgehalten.[5] Dennoch hatte Wilhelm die Kontakte zu Frankreich trotz aller Vorwürfe aus Paris nie abreißen lassen und nach dem Krieg sofort wieder verbessert. Zu diesem Zweck war er schon im Mai 1856 einer französischen Einladung nach Paris gefolgt.[6] Der württembergische König war zudem beiden Kaiserhäusern verwandtschaftlich verbunden: Seine Schwiegertochter Olga, die Frau des Kronprinzen, war eine Schwester Zar Alexanders II. Andererseits war Prinz Jérôme Napoleon, ein Vetter des französischen Kaisers und gelegentlich mit Stellvertreteraufgaben betraut, gleichzeitig ein Neffe Wilhelms, Sohn von dessen Schwester Katharina.

Das Stuttgarter Treffen war in der Öffentlichkeit nicht groß angekündigt worden. Es stellte sich nach außen eher dar als Besuch oder richtiger: Gegenbesuch zweier verwandter und befreundeter Monarchen beim König, arrangiert zu dessen 76. Geburtstag am 27. September. Noch genauer genommen war Napoleon Gast des Königs, der Zar aber Besucher seiner Schwester, der Kronprinzessin, und des Kronprinzen Karl.[7] In Wirklichkeit handelte es sich natürlich um ein politisches Treffen, wie schon aus der Beteiligung der Außenminister und Diplomaten hervorgeht, eine Begegnung, die von beiden Seiten diplomatisch vorbereitet und im August 1857 terminlich abgestimmt worden war.[8] Die Forschung ist sich uneinig, wer der eigentliche Initiator war,

[3] *P. Hoffmann* (s. A 2), S. 128.
[4] *T. Mästle,* Württemberg und die Großmächte vom Wiener Kongreß bis zum Tode König Wilhelms I. (1815–1864). Tübinger Diss. masch. schriftl., 1951, S. 168 f., 173 f.; *B. Theil,* Württemberg und Frankreich im ersten Jahrzehnt der Regierung Napoleons III. Beobachtungen an diplomatischen Quellen in Paris und Stuttgart, in: ZWLG 48 (1989), S. 281 ff.
[5] Das Tagebuch der Baronin Eveline von Massenbach, Hofdame der Königin Olga von Württemberg, hrsg. von *R. Uhland,* 1987, S. 60–73, 77–79; *T. Mästle* (s. A 4), S. 168.
[6] Ebda., S. 176; *S. Martensen* (s. A 2), S. 55; *P. Hoffmann* (s. A 2), S. 121; *B. Theil* (s. A 4), S. 285.
[7] König Wilhelm war ja 1856 und 1857 in Frankreich gewesen, der Kronprinz 1853/54 und 1855 in Petersburg.
[8] *T. Mästle* (s. A 4), S. 173; *P. Hoffmann* (s. A 2), S. 126; *S. Martenson* (s. A 2), S. 62 f.

ob König Wilhelm dieses Verdienst zukomme oder nicht.[9] Sicher ist, daß die Zusammenkunft im Interesse beider Kaiser lag und daß der ehrgeizige württembergische König eine einmalige Gelegenheit für eine internationale Vermittlerrolle und damit für sein eigenes politisches Ansehen sah und wahrnahm.

*

Im folgenden Bericht soll nicht weiter der politische Stellenwert der Begegnung untersucht und analysiert werden.[10] Vielmehr wird nachgezeichnet, in welchen äußeren Formen sich das Geschehen abspielte, was sich in diesen Tagen in Stuttgart ereignete und was die Bevölkerung davon miterlebte. Es soll hier also – in der Festschrift für einen Kultur- und Stadthistoriker – eher ein Beitrag zur Kultur- und Stadtgeschichte als zur europäischen Politik dargeboten werden. Nach außen hin vollzog sich das Kaisertreffen vor allem als ein herausragendes gesellschaftliches und höfisches Ereignis, und die Stadt Stuttgart gab dafür die Kulisse ab.[11]

Die organisatorischen Vorbereitungen begannen, als König Wilhelm am 6. September 1857 von einem mehrwöchigen Aufenthalt in Biarritz zurückkehrte. Er hatte dort bei einer Begegnung mit Napoleon am 19. August offenbar den Zeitpunkt und die Modalitäten der Zusammenkunft abgesprochen.[12] So teilte Kriegsminister v. Hügel dem Generalmajor v. Wiederhold während eines Manövers am 10. September mit, er werde für die Dauer des Kaiserbesuchs dem Zar Alexander als Begleitperson zugeteilt.

[9] *P. Hoffmann* (s. A 2), S. 126; *S. Martenson* (s. A 2), S. 61 f.
[10] Siehe dazu *T. Mästle, P. Hoffmann, S. Martenson* und *B. Theil* (s. A 2 u. 4).
[11] Das Treffen wird in der Literatur häufig erwähnt, aber bisher nur einmal auf wenigen Seiten beschrieben: *K.-J. Grauer,* Wilhelm I. König von Württemberg. Ein Bild seines Lebens und seiner Zeit, 1960, S. 369–373. – Hauptquelle ist eine Niederschrift des damaligen Generalmajors, späteren Generalleutnants *v. Baur-Breitenfeld* unter der Überschrift »Tagebuch über meine Erlebnisse bei der Anwesenheit des Kaisers Napoleon III. in Stuttgart«. Baur-Breitenfeld hatte den Auftrag, während des Stuttgarter Treffens Napoleon als Begleiter zur Verfügung zu stehen und erhielt dadurch Zugang zu allen Veranstaltungen, an der die Kaiser teilnahmen. Grauer hatte aber nicht das Original dieser Aufzeichnung in Händen, sondern eine Wiedergabe der Tochter Baur-Breitenfelds, *Tony Schumacher,* in deren Jugenderinnerungen »Was ich als Kind erlebt« (1901, S. 245–264). Tony Schumacher nennt ihre Wiedergabe »Auszüge aus Vaters Tagebuch«. Sie enthält also nicht den ganzen Text Baur-Breitenfelds, andererseits aber auch Textänderungen und Zusätze, die wohl von der Tochter stammen. Gerade einige der in der Literatur oft zitierten Formulierungen sind spätere Zutaten. Ausgelassen sind vor allem auch kritische Anmerkungen des Vaters, die die Tochter offensichtlich nicht veröffentlichen wollte. Inzwischen ist das Original der Niederschrift ins Hauptstaatsarchiv Stuttgart gelangt und dient dem folgenden als Grundlage. Eine Edition ist geplant. Diese hervorragende Quelle ist allerdings insofern einseitig, als sie das Verhalten Napoleons sehr viel detaillierter wiedergibt als das des Zaren Alexander II. (Die im folgenden Text nicht im einzelnen belegten Angaben und Zitate ohne Quellenangabe stammen von Baur-Breitenfeld). – Ergänzt wird diese Niederschrift durch z. T. ausführliche Berichte im Staatsanzeiger für Württemberg und im Schwäbischen Merkur. – Weitere Einzelquellen sind in den zugehörigen Anmerkungen zitiert.
[12] *P. Hoffmann* (s. A 2), S. 126; *S. Martenson* (s. A 2), S. 62 f.

Für Napoleon III. wurde bei gleicher Gelegenheit Generalmajor v. Baur-Breitenfeld, Kommandant der Artillerie-Brigade, als Begleiter bestimmt, wobei man auf das Interesse des Franzosen am Artilleriewesen Rücksicht nahm.[13]

Gleichzeitig rief der König seine nächsten Verwandten nach Stuttgart: Am 16. September schon traf seine Tochter, die Königin Sophie, aus den Niederlanden ein, am 22. September kam der Neffe Prinz August, ein preußischer General, aus Berlin und am 23. September die Nichte Großfürstin Helene aus Petersburg.[14] Die anderen Angehörigen der engeren Königsfamilie, das Kronprinzenpaar, Prinz Friederich und die Prinzessinnen Marie, Katharina und Auguste, wohnten ohnehin in Stuttgart.

Am Donnerstag, 24. September, nachmittags gegen 4 Uhr, traf der Zar zusammen mit dem Prinzen Alexander von Hessen, seinem Schwager, auf dem Bahnhof in Feuerbach ein. Er kam von Darmstadt, wo er sich zusammen mit der Zarin Marie, einer geborenen Prinzessin von Hessen-Darmstadt, eine Woche lang bei der großherzoglichen Familie aufgehalten hatte, und von Karlsruhe, wo er am badischen Hof einen kurzen Besuch abgestattet hatte.[15] Schon vor der Landesgrenze, in Bruchsal, war er von General v. Wiederhold, dem königl. Stallmeister v. Hügel und dem königl. Adjutanten Major v. Beulwitz erwartet worden, und das Kronprinzenpaar war bis Ludwigsburg entgegengefahren. König Wilhelm empfing den Zaren in Feuerbach und fuhr mit ihm über den Rosenstein zur Villa Berg, wo Alexander als Gast des Kronprinzen Quartier erhielt. Noch an demselben Tag begab er sich zusammen mit der königlichen Familie ins Theater und wohnte der Aufführung einer französischen Truppe bei.[16] Der vergleichsweise bescheidene Empfang außerhalb der Landeshauptstadt bestätigt, daß der Zar dem Aufenthalt in Stuttgart mindestens nach außen hin das Gepräge eines eher privaten Besuches geben wollte.

Ganz anders der Einzug des publikumsfreudigen französischen Kaisers am folgenden Tag. Er hatte sich bereits in Straßburg bejubeln lassen und war dort zunächst einmal von Großherzog Friedrich von Baden begrüßt worden. In Baden-Baden traf er neben dem Großherzogspaar auch die Großherzogin Stephanie, Adoptivtochter Napoleons I., und den Prinzen Wilhelm von Preußen (den späteren deutschen Kaiser). Stephanie begleitete ihn bis an die Landesgrenze bei Bruchsal, und dorthin waren ihm andererseits die Abgeordneten des württembergischen Königs, Finanzminister Knapp, General v. Baur-Breitenfeld, Stallmeister Oberst v. Hamel und der königl. Adjutant Rittmeister Graf v. Beroldingen, entgegengefahren. Auf dem Bahnhof in Bietigheim

[13] *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).
[14] *Württembergische Jahrbücher* 1857, 1. Heft. S. 3 f.; *Staatsanzeiger* S. 1889, 1929.
[15] *Staatsanzeiger* s. 1934, 1937, 1940, 1945, 1947 f. – Zarin Marie war eine Tochter des Großherzogs Ludwig II. von Hessen-Darmstadt. Prinz Alexander von Hessen war ihr Bruder. Der Zar war aus Weimar nach Darmstadt gekommen (Staatsanzeiger S. 1900).
[16] *Staatsanzeiger* S. 1937, 1945; *Schwäb. Merkur* S. 1641, 1651; *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).

wartete »eine große Menschenmasse«, die, als der Kaiser aus dem Fenster schaute, »in ein lautes und starkes Hochrufen ausbrach«.

Gegen 16.30 Uhr fuhr der Sonderzug Napoleons im damaligen Bahnhof in der Bolzstraße (früher: Schloßstraße) ein. Gegenüber dem Bahnhof hatte sich als »Ehrenwache« ein Bataillon Soldaten aufgestellt, auf dem Weg zum Schloß bildete das Stuttgarter Reiterregiment zu beiden Seiten Spalier, und im Schloßhof stand die königliche Leibgarde zu Pferd. Am Bahnhof warteten der König, der Kronprinz, die Prinzen und Graf Wilhelm von Württemberg, dazu die Minister und der (Militär-)Gouverneur von Stuttgart, Generalleutnant v. Baumbach. Der König begrüßte den Kaiser mit einer Umarmung, stellte die Prinzen und Spitzenbeamten vor, und danach fuhren sie unter Militärmusik zum Neuen Schloß. Dichtgedrängt standen »Tausende« von Schaulustigen, um den französischen Monarchen zu sehen.[17]

Schon bald nach der Ankunft Napoleons erschien der Zar mit seinem Gefolge im Schloß, um Napoleon mit Handschlag zu begrüßen. Nach der allgemeinen Begrüßung und dem gegenseitigen Bekanntmachen der Begleitung zogen sich die beiden Kaiser für etwa 20–25 Minuten allein in ein Zimmer zurück. Dann folgte ein Essen – je getrennt für »die Fürstlichkeiten« und das übrige Gefolge.[18]

Die wichtigsten Begleiter des Zaren waren Prinz Alexander von Hessen, Außenminister Fürst Gortschakow, der Minister des Zarenhauses General Graf Adlerberg, der frühere Kriegsminister, jetzt Oberhofmeister Fürst Dolgorucki, der russische Botschafter in Paris Graf Kissilew, 4–5 hohe Offiziere und 3–4 Geheime- und Staatsräte. Den französischen Kaiser begleiteten der Außenminister Graf Walewski, ein unehelicher Sohn Napoleons I. und, diesem sehr ähnlich sehend, Generalleutnant de Failly, der sich im Krimkrieg ausgezeichnet hatte, Generalmajor de Fleury, ein Vertrauter des Kaisers, Rittmeister Prinz Joachim Murat, Sohn des ehemaligen Marschalls und Neffe Napoleons I., der frühere Außenminister Eduard Drouyn de Lhuys und der Diplomat Graf Rayneval. Prinz Jérôme Napoleon, der Vetter des Kaisers, der sich – er war auch Neffe König Wilhelms – früher öfters in Stuttgart aufgehalten hatte, war als Vertreter Napoleons in Paris geblieben.[19]

Die Organisatoren standen vor einem heiklen Rangproblem, das Außenminister v. Hügel durch Anfragen bei anderen Höfen vergeblich zu klären versucht hatte. Seit dem Wiener Kongreß galten alle »gekrönten Häupter«, d. h. Kaiser und Könige, als gleichrangig – ein Grundsatz, der der Idee der »Heiligen Allianz« entsprach. Wer aber von den beiden Kaisern sollte nun als erster das Vorrecht erhalten, die Königin von Württemberg als Gastgeberin zur Tafel zu führen und an ihrer rechten Seite zu sitzen? Zar Alexander löste diese Frage, wie Hügel erleichtert bemerkte, »in zuvorkommend-

[17] *Staatsanzeiger* s. 1948, 1954, 1957; *Schwäb. Merkur* S. 1651–1653, 1663 f.; *Baur-Breitenfeld* (s. A 11)
[18] Ebda.
[19] Belege s. 11 (passim) und *E. v. Massenbach* (s. A 5), S. 111 f.

ster Weise« dadurch, daß er erklärte, er »befinde sich in Stuttgart im Familienzirkel« und damit Napoleon den Vortritt anbot.[20]

Noch an demselben Abend, gegen 20.30 Uhr, begaben sich Napoleon und der König zum Gegenbesuch auf die Villa Berg. Dort waren auch die Königin Sophie, die Großfürstin Helene, die Prinzen und Prinzessinnen, das diplomatische Korps, die Generäle und andere Würdenträger mit ihren Damen zu einem ersten allgemeinen Kennenlernen und zu geselliger Runde geladen. Die Villa und der dazugehörige Park waren aus diesem Anlaß »auf das glänzendste« beleuchtet worden: Mehr als 10000 farbige Lampen sollen, wie der Schwäbische Merkur berichtet, aufgestellt worden sein, und »sanfte« Musik spielte auf. Napoleon nutzte bereits diese erste Gelegenheit, um sich längere Zeit mit dem russischen Außenminister Fürst Gortschakow zu unterhalten. Gegen 11 Uhr nachts löste sich die Gesellschaft auf und fuhr in die Quartiere.[21]

*

Für den nächsten Tag, Samstag, 26. September, war ein Ausflug in die Umgebung Stuttgarts vorgesehen. Napoleon fuhr aber vorher, gegen 10 Uhr, noch einmal zur Villa Berg, um den Zaren zu sprechen. Als er im offenen Wagen durch die Anlagen fuhr, sammelten sich sofort Menschen an, und Tausende standen am Weg und grüßten. Nach einem Besuch Napoleons bei der württembergischen Kronprinzessin Olga sprachen die beiden Kaiser etwa ½ Stunde lang unter vier Augen miteinander. Das Gefolge, das inzwischen eintraf, ging solange im Garten der Villa spazieren.[22]

Um 11 Uhr kam auch König Wilhelm, und dann trennte man sich. Der Zar und Prinz Alexander von Hessen fuhren mit dem Kronprinzen Karl auf die Solitude zur Jagd.[23] Der König aber zeigte dem Pferdeliebhaber Napoleon seine Gestüte in Weil bei Esslingen, Scharnhausen und Kleinhohenheim. Er erntete hohes Lob von dem gutgelaunten Gast für die Tiere und für die Schönheit der Landschaft. In Weil verblüffte Napoleon seinen Gastgeber, als er eine Zigarre aus der Tasche zog und fragte – das Rauchen war damals an den Höfen noch nicht in Mode: »N'est-ce pas Vous me permettez de fumer mon cigarre?« Wie lebhaft das Interesse der Bevölkerung an den hohen Gästen war, zeigte sich bei der Rückfahrt nach Stuttgart. Baur-Breitenfeld schreibt: »Alle Wege waren mit Menschen besetzt, der Rückweg ging über die dicht mit Menschen stehende neue Steige über die ganze Königstraße nach dem Schloß. Das dichtgedrängte, den besseren Ständen angehörige Publicum grüßte überall mit großer Ehrerbietung, einzelne Hochrufe ließen sich hören«.[24] Nach der Rückkehr um 15 Uhr

[20] Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 72 Bü 182.
[21] *Schwäb. Merkur* S. 1663; *Staatsanzeiger* S. 1954; *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).
[22] *Schwäb. Merkur* (s. 1663, 1667; *Staatsanzeiger* S. 1954f.; *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).
[23] *Schwäb. Merkur* S. 1667.
[24] *Schwäb. Merkur* S. 1663, 1667; – *Staatsanzeiger* S. 1954f.; *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).

machte Napoleon Höflichkeitsbesuche bei Königin Pauline, längere Zeit bei Königin Sophie der Niederlande, einer Freundin der Familie Jérôme Bonaparte, und bei Großfürstin Helene von Rußland.[25]

Ganz außerhalb des vorgesehenen Programms forderte der zu unkonventionellen Einfällen neigende Kaiser seinen Begleiter Baur-Breitenfeld »zu einer kleinen Promenade« in Zivilkleidern auf. Er zündete sich eine Zigarre an, nahm den General unter den Arm, und so zogen sie um 16.45 Uhr durch den Akademiehof und den Schloßgarten zur Neckarstraße (heute Konrad-Adenauer-Straße). Bei einer Büste Schillers von Dannecker erkundigte sich Napoleon nach den Nachkommen »des großen Schiller«. Beim Königlichen Reithaus (wo heute der Landtag steht) und bei der Schiedmayer-'schen Klavierfabrik (heute Haus der Abgeordneten) überquerten sie die Neckarstraße und gingen – vorbei am Staatsarchiv und dem Wilhelmspalais – zum Charlottenplatz, wo das Kriegsministerium stand. Als Baur-Breitenfeld beim Waisenhaus bemerkte, man wolle es abbrechen, erwiderte Napoleon: »Ah, der König macht es wie ich in Paris, er bricht das Alte ab, um Neues und Schöneres an seine Stelle zu setzen!« Sie gingen durch die Dorotheenstraße zum Alten Schloß und von da, auf Wunsch Napoleons, über den Bärenplatz in die Altstadt auf den Marktplatz. Hier wurde er, was kaum ausbleiben konnte, erkannt, und sofort drängten sich die Menschen um die beiden – was aber den Kaiser nicht sonderlich störte. Sie wandten sich der Stiftskirche zu, wo inzwischen Polizisten erschienen, um die Menge zurückzuhalten. Baur-Breitenfeld, dem es unheimlich wurde, wäre gerne auf dem nächsten Weg zum Schloß zurückgekehrt, aber Napoleon ging zur Kirche, betrachtete sie in aller Ruhe und schritt dann die Stiftsstraße hinauf zur Königstraße. Hier schwoll die begleitende Menge nach Schätzung Baur-Breitenfelds auf rund 600 Menschen an: »Die Leute waren neugierig, aber nicht unanständig und blieben in angemessenem Abstand. Der Kaiser versicherte mich, das sei er von Paris gewohnt, er freue sich sehr, hier so freundlichen Gesichtern überall zu begegnen. Er wunderte sich, als ich ihm auf sein Befragen sagte, daß der König häufig in die Stadt spazieren gehe und von niemanden dabei belästigt werde.« Über die Planie gelangten sie endlich zum Schloß zurück. Bei der abendlichen Gesellschaft war der eigenwillige Stadtgang Napoleons ein Hauptgesprächsgegenstand: »Die einen fanden ihn unglaublich, die anderen höchst interessant«.[26]

Für den Abend – den Vorabend seines Geburtstages – hatte König Wilhelm die Monarchen und ihre engere Begleitung, zusammen 62 Personen, in die wenige Jahre zuvor erst fertiggestellte Wilhelma, ein Renommierstück Stuttgarter Architektur und Gartenkunst, eingeladen. Schon der Weg zum Schloß durch die Anlagen war mit Pechpfannen hell beleuchtet. Im großen Saalgebäude, in dem »ein Lichtmeer wogte«,

[25] *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).
[26] Ebda.; *Schwäb. Merkur* S. 1667.

war die Tafel »auf das reichste gedeckt«. Anschließend erging man sich im Garten, in dem die Linien des maurischen Baustils in strahlendem Licht hervortraten und Tausende von Lämpchen die Wege und Blumenbeete einfaßten. Hofbaumeister L. Zanth, der Erbauer der Wilhelma, hatte, obwohl bereits schwer krank, die Festbeleuchtung noch selbst arrangiert. Eine im Garten versteckte Musik erhöhte noch den zauberhaften Eindruck. »Ein Gefühl der Bewunderung, der vollsten Befriedigung durchdrang alle – Fürsten und Diener hatten nur Worte der freudigsten Erregung«. Zar Alexander war so beeindruckt, daß er spontan seinen Außenminister Gortschakow beauftragte, dem kranken Architekten einen Orden zu überbringen.[27]

An diesem Abend traf um 19.45 Uhr die Zarin Marie, geborene Prinzessin von Hessen-Darmstadt, ein; sie soll durch ihre Unentschiedenheit, ob sie kommen wolle oder nicht, bewirkt haben, daß die französische Kaiserin Eugenie fernblieb.[28] Mit der Zarin kam überraschend auch die Königin Amalie von Griechenland, die als geborene Prinzessin von Oldenburg sowohl mit dem Zarenhaus wie mit dem württembergischen Königshaus verschwägert war. Offenbar versuchte sie das Stuttgarter Treffen zu nutzen, um etwas für ihr Königreich Griechenland, das in den Krimkrieg hineinverwickelt und zudem von Unruhen geschüttelt war, zu erreichen. König Wilhelm und Napoleon verließen die Wilhelma, um in der Villa Berg die Zarin und die Königin zu begrüßen.[29] Die meisten anderen Gäste der Wilhelma kamen gegen 20 Uhr im »Salon« der Königin Sophie im Neuen Schloß noch einmal zum Tee zusammen. Auch an den anderen Abenden dieser Tage lud Sophie Gäste zu Spiel und Unterhaltung in ihre Zimmer ein.

Einen weiteren Empfang gab an demselben Abend Außenminister v. Hügel für die württembergischen Minister, das diplomatische Korps und andere Gäste, die nicht in die Wilhelma geladen waren. Für kurze Zeit erschien auch der französische Außenminister Walewski in diesem Kreis im Außenministerium.[30]

*

Der 76. Geburtstag König Wilhelms am Sonntag, 27. September, begann wie alljährlich mit »Kanonendonner, Musik und Glockengeläute«. Den betagten König sah man schon morgens um 7 Uhr beim Spaziergang. Um 9.30 Uhr erschien Napoleon zu einer herzlichen Begrüßung und Gratulation, woran sich ein Gespräch von etwa einer Viertelstunde anschloß. Gegen Mittag kam das Zarenpaar, um seine Glückwünsche darzubringen.

[27] *Baur-Breitenfeld* (s. A 11); *Schwäb. Merkur* S. 1667; *Staatsanzeiger* S. 1955.
[28] Nach dem »Tagebuch« der Baronin E. von Massenbach soll Napoleon darüber indigniert gewesen sein (s. A 5, S. 112).
[29] (s. A 27).
[30] *Schwäb. Merkur* S. 1671; *E. v. Massenbach* (s. A 5), S. 112; *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).

Den Gottesdienst besuchten die Monarchen getrennt, je nach Konfession. Napoleon fuhr um 9 Uhr zur katholischen Eberhardskirche, wo die Massen schon wieder dichtgedrängt standen und die Polizei einen Weg zur Seitentüre freihalten mußte. Bei der Rückfahrt nach 20 Minuten wurde der Kaiser mit einem Hoch aus der Menge begrüßt. Um 10 Uhr begab sich König Wilhelm mit seiner Familie in die Hofkirche im Ostflügel der Akademie. Um 10.30 Uhr fuhr das Zarenpaar zum Kronprinzenpalais, um in der orthodoxen Kapelle am Gottesdienst teilzunehmen.[31]

Nach der Gratulation verlangte es Napoleon wieder zu einem Zigarrenspaziergang mit Baur-Breitenfeld. Da der Hof hinter dem Schloß wegen der Besucher der Schloßkirche nicht in Frage kam, wählte man den vorderen Schloßhof, obwohl entlang der Kettenbegrenzung dichtgeschart die Leute standen. In einem angeregten Gespräch rühmte der mitteilsame Monarch das Fest in der Wilhelma in beredten Worten, lobte die Gestüte des Königs, bewunderte die Landschaft um Stuttgart und pries auch die Architektur der vom Kronprinzen Karl erbauten Villa Berg. Er faßte seine Eindrücke in die Worte zusammen, die Gegend von Stuttgart und Württemberg überhaupt sei ein irdisches Paradies. Dann entspann sich ein längeres Fachgespräch über Artillerie-Angelegenheiten. Beim anschließenden Frühstück im Schloß waren Pferdezucht und Pferdebehandlung das Hauptthema. Um 13 Uhr fuhr Napoleon zu einem Höflichkeitsbesuch bei Prinzessin Marie ins Wilhelmspalais. Unterwegs interessierte er sich wie schon am Tag vorher für die Straßen und Häuser, besonders für den gerade im Bau befindlichen Konzertsaal des Königsbaus, bei dem die Säulen bereits standen.[32]

Um 15 Uhr holte König Wilhelm Napoleon zu einer Ausfahrt zum Schloß Rosenstein, in die Wilhelma und nach Cannstatt ab. Im Kursaal besichtigten sie die in diesem Jahr mit dem landwirtschaftlichen Fest verbundene Obst- und Traubenausstellung, in der Erzeugnisse aus dem ganzen Land, nach Oberämtern eingeteilt, aber auch Geräte und Maschinen zu sehen waren. Mitglieder der Zentralstelle für Landwirtschaft und der Ausstellungsleitung begrüßten die Monarchen. Der Publikumsandrang war übrigens so groß, daß die Türen geschlossen werden mußten.[33]

Ein neuer Höhepunkt der Veranstaltungen war das Festessen im Weißen Saal des Schlosses um 15.30 Uhr, zu dem 200 Gäste geladen waren. An der »prachtvoll ausgestatteten« Tafel konnten auch die Bediensteten und Hofleute der Monarchen teilnehmen. Baur-Breitenfeld saß zwischen dem Leibarzt der griechischen Königin und dem Sekretär der holländischen Königin, Staatsrat v. Weckherlin. Doch wurde das Fehlen einer durchgehenden Platzanordnung bemängelt, zumal »viele und markante Fremde auf die letzten Plätze« kamen, »wo sie nichts sahen«. Die Monarchen und ihre engeren Begleiter sammelten sich im Marmorsaal und zogen dann durch die

[31] *Schwäb. Merkur* S. 1667; *Staatsanzeiger* S. 1969; *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).
[32] *Baur-Breitenfeld* (s. A 11); *Schwäb. Merkur* S. 1671.
[33] *Schwäb. Merkur* S. 1671 f.; *Staatsanzeiger* S. 1969, 1971; *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).

Gemächer und die große Galerie zum Weißen Saal. Dabei führte König Wilhelm die Kronprinzessin Olga, Napoleon Königin Pauline, der Zar Königin Sophie der Niederlande, Kronprinz Karl die Zarin und Prinz Alexander von Hessen die Königin Amalie von Griechenland. Zar Alexander brachte einen Toast in deutscher Sprache auf den Jubilar aus, und dieser toastete auf das Wohl seiner Gäste.[34]

Anschließend, gegen 19 Uhr, begab man sich ins Hoftheater, wo als Erstaufführung die Oper »Die Zigeunerin« des Iren Balfe gespielt wurde. Die Aufführung war öffentlich, aber es war schwer, Karten zu bekommen, und sie kosteten 2–3 Louis d'or. Das Theater war festlich beleuchtet, und dazu kam die Pracht der Galagewänder, der Diamanten und Brillanten. Als der König in der Mittelloge auftauchte, erhob sich ein Jubel, der kein Ende nehmen wollte, er trat an die Brüstung und dankte nach allen Seiten. Bei ihm in der Loge saßen alle anwesenden Majestäten, und die Diademe strahlten. Die Presse hob die Leistung der Sänger, die Regie und das Bühnenbild hervor, zollte aber der Qualität des Stückes selbst weniger Beifall. Man entschuldigte die Auswahl mit dem Argument, man habe den Gästen eine neue Oper anbieten wollen.[35]

Nach der Aufführung brachte Napoleon Königin Pauline und dann Königin Sophie, mit der er sich gut verstand, in ihre Gemächer. Als Baur-Breitenfeld durch den dunklen Schloßhof nach Hause ging, sah er den Kaiser noch Zigarre rauchend mit Fleury im Hofe hin- und hergehen.[36]

*

Für Montag, 28. September, war die Abreise beider Kaiser vorgesehen. Kaiser Napoleon folgte jedoch einer Einladung des Königs vom Sonntag, einen Tag länger zu bleiben, und auch der Zar verschob die Abfahrt auf den Nachmittag. Man hatte beschlossen, das an diesem Tag beginnende landwirtschaftliche Fest in Cannstatt gemeinsam zu besuchen. Vielleicht wollte man das Treffen aber auch verlängern, um noch einige Gespräche zu führen. Jedenfalls sah man Napoleon schon um 7.45 Uhr im Schloßhof spazieren gehen, und dann sprach er mit den beiden Außenministern Walewski und Gortschakow. Bald darauf erschien, zur Überraschung mancher Anwesender, der Zar im Schloß und zog sich für etwa eine halbe Stunde mit Napoleon zurück. Nach seinem Weggang rief Napoleon seine Minister in sein Arbeitszimmer.[37]

Inzwischen strömten »ununterbrochene Züge (von Menschen) über den Schloßplatz nach Cannstatt«. Das Cannstatter Volksfest soll so stark wie noch nie besucht worden sein. Um 9 Uhr ritt eine Abteilung Kavallerie auf den schon gedrängt vollen Festplatz, um die Polizei bei der Ordnung zu unterstützen.

[34] Ebda.
[35] Ebda.
[36] *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).
[37] *Schwäb. Merkur* s. 1671; *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).

Der gemeinsame Besuch des Festes durch die Monarchen wurde dann zu einem nochmaligen Höhepunkt, zu einer öffentlichen Demonstration guten Einvernehmens, zu einem großen Schauspiel, an dem auch die Bevölkerung in Massen teilnehmen konnte, in das sie gleichsam einbezogen wurde. Gegen 10 Uhr sammelten sich die Herrschaften beim Neuen Schloß. Und dann formierte sich ein Zug, den die Zuschauer wohl nie mehr vergessen haben. Vorne ritt eine Truppe der Stuttgarter Stadtreiter. Dann ritten nebeneinander der 76jährige württembergische König und der französische Kaiser, jener auf einem Schimmel, dieser auf einem reich aufgezäumten Fuchs, die oberen Anlagen im Schritt, die unteren im Galopp. Napoleon hatte für sich und seine Begleiter eigens Pferde aus Châlons sur Marne herbringen lassen. Den beiden Monarchen folgten die Prinzen und die hohen Amtsträger zu Pferde. Hinter ihnen fuhren die Zarin, die drei Königinnen und die Prinzessinnen in fürstlichen Equipagen. Bereits hier stand beidseits eine Zuschauermenge Kopf an Kopf.

Unterhalb des Rosenstein traf man auf den Zaren und den Kronprinzen, die von der Villa Berg herkamen. Nun nahmen die beiden Kaiser den württembergischen König in die Mitte, und hinter ihnen ritt der Kronprinz. Es muß ein erhebender Anblick für jeden patriotischen Württemberger gewesen sein: ihr König aufrecht und stolz in der Mitte zwischen den beiden mächtigsten Männern Europas reitend. Immer dichter wurde das Spalier der Herbeigekommenen. Vom Rosensteinpark an standen sie in mehreren Reihen hintereinander, und nun ertönte »aus allen Kehlen ein anhaltendes jubelndes Hoch«. Die Reiter und Kutschen zogen durch die Cannstatter Vorstadt, über die Neckarbrücke zum Tor des Festplatzes. »Flaggen, Fahnen, Blumen und Gewinde, überall tausendstimmiger, nicht endenwollender Jubel. Anständig, herzlich, freudig bewegt stand das Volk, das durch Menschen aus allen Teilen des Königreichs repräsentiert war« – so schrieb Baur-Breitenfeld in sein Tagebuch.

Die Damen und das Gefolge der Monarchen versammelten sich auf der Königlichen Tribüne. Der König selbst und Innenminister v. Linden führten die Kaiser durch die Ausstellung und zeigten die Früchte und Geräte. Man sah den Umzug der Tiere, war bei der Preisverleihung für Pferde, Rinder und Schweine zugegen und verfolgte das Pferderennen. Währenddessen bestaunten die Volksfestbesucher die edlen Pferde der Hofgesellschaften, dazu den Tscherkessen, der den Zaren begleitete, und die Diener der griechischen Königin in ihren fremdartigen Trachten. Um 12 Uhr verließen die Monarchen mit ihrem Gefolge in der gleichen Gruppierung – der König zwischen den beiden Kaisern – das Fest und wurden mit demselben Jubel wie bei der Begrüßung verabschiedet. »Ein so glänzendes und für alle Zeiten denkwürdiges Fest … hat Cannstatt noch nicht gesehen, aber auch kein so massenhaft besuchtes«, schrieb der Staatsanzeiger, der sich sonst eines nüchternen Stiles befleißigte.[38]

[38] (s. A 34); *Schwäb. Merkur* S. 1675.

Die beiden Kaiser ritten zur Villa Berg und nahmen dort auf Einladung des Kronprinzenpaares mit weiteren 16 ausgewählten Personen, darunter die beiden Außenminister, das Dejeuner ein. Man sprach neben Höflichkeiten u. a. über Fragen der Artillerie, dabei auch über eine technische Erfindung des Grafen Wilhelm von Württemberg, die als genial, aber noch nicht ausgereift bezeichnet wurde. König Wilhelm soll nach Mitteilung der Baronin Massenbach ungehalten darüber gewesen sein, daß er nicht miteingeladen war. Aber die beiden Kaiser suchten vor der Abreise noch einmal das unmittelbare Gespräch. Sie unterhielten sich schon bei der Tafel lebhaft und zogen sich anschließend für mehr als eine halbe Stunde zu zweit zurück. Gleichzeitig redeten die beiden Außenminister auf der Terrasse miteinander.[39]

Napoleon war bei der Rückfahrt von der Villa zum Schloß gegen 14.45 Uhr so gesprächig und so gut gelaunt, daß sein Begleiter Baur-Breitenfeld daraus schloß, die Unterredung der beiden Kaiser müsse erfreulich verlaufen sein. Er sprach über das gelungene Volksfest, nannte es »eine véritable fête paternelle« und lobte das gute Benehmen der Teilnehmer. Er spielte sogar mit dem Gedanken, noch an den Bodensee nach Friedrichshafen zu fahren, verwarf ihn aber aus zeitlichen Gründen für diesmal wieder.[40]

Auf 16 Uhr war die Abreise des Zaren und der Zarin vom Bahnhof Stuttgart aus festgelegt. Sie erschienen mit ihrer Begleitung noch einmal im Schloß, um sich vom König zu verabschieden. Ähnlich wie bei der Ankunft Napoleons hielt ein Bataillon Soldaten am Bahnhof die Ehrenwache. Dort hatten sich auch die Prinzen und Prinzessinnen, die obersten Hofbeamten, die Minister, der Gouverneur, die königlichen Adjutanten und andere eingefunden, um dem Kaiserpaar das Geleit zum Zug zu geben. Der Zar und die Zarin reisten zunächst an den Darmstädter Hof und am 30. September weiter nach Weimar, wo sie sich am 1. Oktober mit Kaiser Franz Joseph von Österreich auf dessen Wunsch trafen. Am 4. Oktober fuhren sie nach Berlin und am 5. Oktober nach Warschau. Königin Amalie von Griechenland war schon um 15.30 Uhr nach München abgefahren, um die Wittelsbachischen Verwandten ihres Mannes, König Ottos, zu besuchen.[41]

Um 5 Uhr lud König Wilhelm Napoleon mit 34 weiteren Gästen, darunter die Großfürstin Helene, zur Tafel in den Speisesaal des Schlosses ein. Danach besuchte

[39] Ebda.; *Baur-Breitenfeld* (s. A 11); *E. v. Massenbach* (s. A 5), S. 112; Bei dem Dejeuner in der Villa waren anwesend: das Zarenpaar, Napoleon III., Kronprinzenpaar, Großfürstin Helene, Prinz Alexander von Hessen, Fürst Gortschakow, Graf Kisselew, Fürst Dolgorucki, Graf Adlerberg, Graf Walewski, General Failly, die Obersthofmeisterin Fürstin Soltikow, Hofdame der Zarin Prinzessin Dolgorucki, Hofdame der Großfürstin Helene Fräulein v. Stael, Hofdame der Kronprinzessin Frau v. Sturmfeder, General v. Widerhold, Hofmarschall des Kronprinzen Graf Zeppelin, General v. Baur-Breitenfeld.

[40] *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).

[41] *Schwäb. Merkur* S. 1671, 1675; *Staatsanzeiger* S. 1969, 1972, 1982, 1991, 1999, 2006, 2014; *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).

man gemeinsam die Oper »Der Freischütz«, deren Aufführung Napoleon gewünscht hatte.[42]

Am nächsten Morgen, Dienstag, 29. September, war auch der Zeitpunkt der Abreise Napoleons gekommen. Um 7.45 Uhr erschien der König in den Gemächern seines Gastes, um, wie Baur-Breitenfeld schreibt, »herzlichen Abschied« zu nehmen. Auch der Kronprinz und Königin Sophie kamen zur Verabschiedung. Eine kleine Aufregung gab es, weil Napoleon vor seiner Rückreise großzügig Orden verliehen hatte, während das von seiten Württembergs, offenbar aus einem Versehen Taubenheims, versäumt worden war. Wiederum bildete die Leibgarde zu Pferd und das Stuttgarter Reiterregiment Spalier vom Schloß bis zum Bahnhof, und dort stand ein Bataillon Infanterie. Dort warteten auch die Prinzen und die hohen Beamten, um den Kaiser um 8.30 Uhr zum Sonderzug zu geleiten.

An demselben Tag reisten auch die Großfürstin Helene zu einem längeren Aufenthalt nach Baden-Baden und Prinz August zurück nach Berlin wieder ab. Königin Sophie der Niederlande blieb noch bis 12. November in Stuttgart.[43]

Als der Sonderzug Napoleons in Bruchsal eintraf, erreichte die Franzosen ein Telegramm Taubenheims, in dem die vergessenen Orden angekündigt wurden.[44] Auf der Rückreise empfing Napoleon in Ludwigshafen den Prinzen Luitpold von Bayern, der ihn bis Neustadt an der Weinstraße begleitete, und in Saarbrücken den Prinzen Wilhelm von Preußen. Über Forbach im Elsaß und Metz, das zum Empfang festlich beleuchtet war, fuhr er am 30. September nach Châlons sur Marne, wo er die Kaiserin Eugenie erwartete.[45]

*

Neben den offiziellen Gästen waren auch manche bekannten Persönlichkeiten in fremdem Auftrag nach Suttgart entsandt worden oder privat hierhergekommen, um die Ereignisse zu beobachten und mitzuerleben. Die württembergische Gesandtschaft in Paris hatte schon Tage vorher »vollauf zu tun, Pässe nach Stuttgart zu visieren«.[46] Aus England war (nach der Erinnerung der Hofdame von Massenbach) der Außenminister George Graf von Clarendon hier, aus Frankreich der Schriftsteller Alexandre Dumas, aus der Schweiz der Politiker und Historiker August von Gonzenbach, im Auftrag Bayerns der Gesandte in Paris Baron v. Wendland. Einige der hohen Gäste, die im Neuen und Alten Schloß nicht mehr unterkamen, wurden im Hotel

[42] (s. A 41).

[43] *Schwäb. Merkur* S. 1675; *Staatsanzeiger* S. 1969, 1991; *Baur-Breitenfeld* (s. A 11).

[44] Ebda.

[45] *Staatsanzeiger* S. 1972, 1982, 1991, 1999.

[46] *Staatsanzeiger* S. 1934.

Marquardt einquartiert, so der französische Diplomat Graf Rayneval und der bayerische Gesandte v. Wendland.[47]

Natürlich waren auch zahlreiche Journalisten hier, darunter ausländische, vor allem aus Paris, aber auch aus anderen europäischen Hauptstädten, so aus London Mitarbeiter der Times und des Advertiser. Das Telegraphenbüro war von ihnen »oft wahrhaft belagert«.[48] Freilich, zu den exklusiven höfischen Veranstaltungen im Schloß, in der Villa Berg und in der Wilhelma waren auch Pressevertreter nicht geladen; sie mußten ihre Nachrichten und Berichte aus Befragungen und vom Hörensagen zusammenstellen.

Dazu strömten Massen von Schaulustigen nach Stuttgart, mit denen sich an den ersten Tagen noch die Besucher eines Schützenfestes und dann die des Volksfestes mischten. Es sollen so viele Auswärtige wie kaum je einmal in Stuttgart und der Umgebung gewesen sein. Schon am Freitag, 25. September, waren die Straßen Stuttgarts »außerordentlich stark belebt«. Der Schwäbische Merkur berichtet weiter: »Fremde und Einheimische ergehen sich, um die zahlreichen Equipagen, welche unaufhörlich durch die Straßen rollen, die vielen glänzenden Uniformen etc. zu sehen. Die größeren Gasthäuser sind mit Fahnen dekorirt.« Am Samstag, Sonntag und Montag nahm das Gedränge noch zu. Die Gasthäuser waren überfüllt, die Wirte mieteten Privatzimmer für ihre Gäste oder ließen sie auf Stühlen und gar auf dem Boden übernachten. Auch unliebsame Zwischenfälle blieben nicht aus: Als über Taschendiebstähle geklagt wurde, setzte man zusätzliche Polizisten in Zivil ein, und auf dem Volksfest wurden Warntafeln aufgestellt. Auf dem Bahnhof, in den Wartesälen und auf den Bahnsteigen drängten sich die Massen so sehr, daß Ordnung kaum noch aufrechtzuerhalten war.[49]

*

Das Stuttgarter Gipfeltreffen führte zu keinem Vertrag, zu keinem gemeinsamen Kommuniqué, zu keiner öffentlichen Erklärung. Nach Mitteilung des Generalmajors v. Baur-Breitenfeld, der an allen Festlichkeiten teilnahm, wurde dabei überhaupt nicht über Politik gesprochen. Aber allein das mehrtägige Zusammensein, die gemeinsame Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen und die persönlichen Begegnungen und Gespräche mußten zur Auflockerung, zur Entspannung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern beitragen. Beide Kaiser waren ohnehin bekannt für ihren gewinnenden Umgang, ihren Charme. Die Last der Kriegserinnerung war abgeschüttelt, man konnte sich wieder die Hände geben und als Partner nehmen.

[47] Clarendon: *vgl. E. v. Massenbach* (s. A 5), S. 112; Dumas: *Staatsanzeiger* S. 1934; Rayneval, Wendland: *Schwäb. Merkur* S. 1651, 1663.
[48] *Schwäb. Merkur* S. 1671.
[49] *Schwäb. Merkur* S. 1651, 1671; *Staatsanzeiger* S. 1970; Baur-Breitenfeld kritisiert, daß nicht mehr Sonderzüge eingesetzt wurden.

Worüber v. Baur-Breitenfeld aber nicht informiert war, waren die vier Gespräche zwischen den Kaisern allein, die Gespräche zwischen den Kaisern und den Außenministern, zwischen den Außenministern unter sich und mit vertrauten Diplomaten wie Graf Rayneval und Graf Kisselew. Diese Gespräche wären nicht immer wieder gesucht worden, wäre es dabei nicht um Politik gegangen. Baur-Breitenfeld fiel auf, daß Napoleon im Laufe des Treffens immer aufgeschlossener, immer gesprächiger, ja heiter wurde. Der Zar gab sich in der Öffentlichkeit zwar zurückhaltender, aber doch auch freundlich, und er wünschte noch am letzten Tag, als der Aufenthalt bereits verlängert war, zwei Gespräche mit Napoleon. Sten Martenson konnte denn auch nachweisen, daß die Konflikte zwischen den beiden Monarchen tatsächlich ausgeräumt wurden, daß man zu einer gemeinsamen Haltung in den orientalischen Fragen fand und sich darauf einigte, keiner Koalition gegen den anderen beizutreten, also Neutralität gegeneinander zu wahren.[50]

Außerhalb Württembergs sah man in dem Stuttgarter Treffen durchaus ein hochpolitisches Ereignis, das man je nach Interessenlage positiv oder negativ oder neutral beurteilte. Über Einzelergebnisse hinaus war auf jeden Fall klar, daß der Zar mit diesem Treffen die im Krimkrieg entstandene politische Isolierung durchbrechen konnte und wieder in den Kreis der Mächte eingetreten war. Klar war auch, daß Napoleon – fünf Jahre nach der Annahme des Kaisertitels – den Ruf des Emporkömmlings, des revolutionären Umtreibers überwinden konnte und von den alten Dynastien Europas als gleichwertiger Gesprächspartner akzeptiert war. Klar war schließlich, daß sich die Annäherung der beiden Kaiser – die unter sich ohne territoriale Konkurrenz waren – gegen das dritte europäische Kaiserreich richtete, gegen Franz Joseph von Österreich, der nun seinerseits in die Isolierung geriet. Rußland war nach wie vor enttäuscht über das feindselige Verhalten Österreichs im Krimkrieg. Napoleons politischer Ehrgeiz aber wandte sich nun gegen die oberitalienischen Besitzungen der Donaumonarchie. Damit war die Situation vorbereitet, die zu den Verlusten Österreichs in Italien und zum Hinausdrängen aus dem Deutschen Bund führen sollte.

Vom nationalen deutschen Standpunkt aus gab es besorgte Stimmen über eine Gefährdung deutscher Interessen, über die Gefahr einer Umklammerung von Osten und Westen. Die Politik Preußens unter Bismarck, der sich die Freundschaft Rußlands sicherte, ließ es damals nicht dazu kommen. Andere sahen in dem Treffen eine Festigung des europäischen Friedens.[51]

Aus württembergischer Sicht war die Zusammenkunft ein glänzender Erfolg König Wilhelms, ein Höhepunkt seiner langen Regierungszeit, eine Auszeichnung vor anderen deutschen Mittelstaaten. Sie bedeutete zudem ein Absichern der eigentlichen poli-

[50] *S. Martenson* (s. A 2), S. 64; Vorsichtiger *P. Hoffmann* (s. A 2), S. 130.
[51] *P. Hoffmann* (s. A 2), S. 130–132; siehe auch A 42.

tischen Ziele Wilhelms: durch die Freundschaft mit Frankreich und Rußland die Selbständigkeit des kleinen Königreichs und die Souveränität des Hauses Württemberg innerhalb des deutschen Bundes und Europas zu wahren.

An den eigentlichen politischen Gesprächen aber hatte König Wilhelm offensichtlich keinen Anteil. Er hat sich nicht zum Schiedsrichter, politischen Makler oder Vermittler in der Sache aufgeschwungen. Seine Rolle beschränkte sich darauf, den Rahmen für eine gedeihliche Begegnung der beiden Kontrahenten zu schaffen, und dies ist ihm gelungen. Baur-Breitenfeld bewundert in seiner privaten Aufzeichnung die zurückhaltende Würde des Königs: »Wahrhaft bewundernswürdig war unser verehrter König. Stets bemüht, den Wirt auf die liebenswürdigste Weise zu machen, behielt er doch stets die Haltung des Königs und Regenten bei. Und sowohl bei den Festen als auch zu Pferd erschien er unter den kaiserlichen Gästen als der wahre Fürst und König, unermüdet trotz seiner 76 Lebensjahre«.

Die kommunalen Organe der Stadt Stuttgart werden in den hier verwendeten Quellen nicht als aktiv mitwirkende Kräfte genannt, Gastgeber war offenbar allein das königliche Haus.[52] Die Stadt Stuttgart aber rückte für diese Tage in den Mittelpunkt der großen Politik, war wie kaum ein anderes Mal Schauplatz eines internationalen Ereignisses, zog, wie die Petersburger Hofzeitung formulierte, »die Aufmerksamkeit von ganz Europa auf sich«.[53] Die Einwohner und die massenweise zugereisten Landeskinder, die zu Tausenden an den Straßen standen und applaudierten, mochten das Gefühl haben, in ihrer Stadt, ihrer Residenzstadt, wenn auch nur passiv, ein Stück großer Geschichte mitzuerleben.

Was hier geschildert wurde, ist gewiß nicht Alltagsgeschichte und auch nicht das, was heute im Mittelpunkt historischer Forschung steht. Man könnte die feudalen Elite-Veranstaltungen mit ihrem Prunk und Aufwand auf Kosten der Steuerzahler aus demokratischer Sicht auch recht kritisch betrachten oder einfach übergehen. In einer »Festschrift« aber mag es einmal erlaubt sein, die festlich-höfischen Formen einer internationalen Zusammenkunft gekrönter Häupter im 19. Jahrhundert so nachzuzeichnen, wie sie sich zeittypisch abgespielt haben.

[52] Im Stadtarchiv Stuttgart konnten lediglich zwei Angebote französischer Unternehmer an den »Bürgermeister« von Stuttgart im Zusammenhang mit dem Treffen ermittelt werden. Der eine bot am 15. September aus Nancy farbige Lampen für Illuminationen an, der andere aus Châlons zur Marne, vermutlich am 21. September, Luftballons mit Fahnen, Wimpeln und Städtenamen. Über eine Antwort ist nichts bekannt (Stadtarchiv Stuttgart Depot A B I, 6, freundliche Auskunft von Herrn Prof. Dr. Paul Sauer).

[53] *Staatsanzeiger* S. 1949.

Harald Kleinschmidt

Japan, Baelz und Württemberg

Landesgeschichtliche Aspekte der deutsch-japanischen Beziehungen

Die Frage nach zwischenstaatlichen Beziehungen eines deutschen Landes bedarf einer Begründung, denn für gewöhnlich werden zwischenstaatliche Beziehungen in der Ebene der zentralen Regierungen und Verwaltungen aufgehängt, nicht aber in der der nachgeordneten politisch-administrativen Einheiten. Ist dies aber richtig, so müßte man annehmen, daß die Zentralen allein festlegen und bestimmen, welchen Charakter die zwischenstaatlichen Beziehungen landesweit erhalten. Zweifel an einer solchen Annahme sind angebracht, seit sich die vergleichende landesgeschichtliche Forschung auch auf die Neuzeit erstreckte und dabei die Sozialgeschichte entdeckte.[1] Seither ist Vorsicht angebracht: Nicht mehr allein im Mittelalter und womöglich auch in der frühen Neuzeit ist mit tiefgehenden regionalen Unterschieden in Verfassung, sozialen Normen und Werten, Denk- und Handlungsweisen zu rechnen, sondern auch in späteren Jahrhunderten bis in die Gegenwart hinein. Für die historische Forschung nach solchen Phänomenen ist die Landesgeschichte zuständig, deren Notwendigkeit gerade für die Sozial- und Verfassungsgeschichte zumal von der geschichtswissenschaftlichen Mediävistik schon vor längerer Zeit herausgestellt wurde.[2]

Allerdings hielt sich die Landesgeschichte den zwischenstaatlichen Beziehungen gegenüber bisher eher bedeckt. Der Grund dafür wird leicht ersichtlich, wenn man sich vor Augen führt, daß die zwischenstaatlichen Beziehungen herkömmlicherweise unter den Primat der Diplomatie gestellt wurden, d. h. man setzte voraus, daß zwischenstaatliche Beziehungen in diplomatischen Beziehungen aufgingen. Diese Voraussetzung trifft aber nicht zu, und daß dies so ist, folgt aus der Erkenntnis, daß Politiker und Diplomaten zeittypischen Vorstellungen und Bildern von fremden Ländern und ethnischen Gruppen unterliegen und so in ihren Entscheidungen geprägt werden von

[1] *E. Hinrichs,* Regionale Sozialgeschichte als Methode der modernen Geschichtswissenschaft, in: *W. Norden* (Hrsg.), Regionalgeschichte, Hildesheim 1980, S. 1–20; *W. Schulze,* Mikrohistorie versus Makrohistorie?, in: *Chr. Meier / J. Rüsen* (Hrsg.), Historische Methode, München 1988, S. 319f.; *P. Steinbach,* Neue Wege der regionalhistorisch orientierten Alltagsgeschichte, in: Hessisches Jahrbuch für Regionalgeschichte 30 (1980), S. 314–319; *G. Zang,* Die unaufhaltsame Annäherung an das Einzelne, Konstanz 1985; *W. Zorn,* Territorium und Region in der Sozialgeschichte, in: *W. Schieder, V. Sellin* (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland 2, Göttingen 1986, S. 137–161.

[2] *W. Schlesinger,* Die Entstehung der Landesherrschaft. Nachdr., Darmstadt 1983.

landläufigem Erfahrungswissen, gängigen Vorurteilen und stereotypen Meinungen wie andere Menschen auch.[3]

Die Erforschung der zwischenstaatlichen Beziehungen ist also anzubinden an die Erforschung von Stereotypen über fremde Ethnien, Länder und Kulturen, also an die Landesgeschichte als Methode. Bezogen auf Württemberg bedeutet dies, daß die Eingangsfrage zweigeteilt werden muß:

Erstens, wie gestalten sich zwischenstaatliche Beziehungen auf der Ebene eines Landes,

zweitens, welche Unterschiede bestehen zwischen den württembergisch-japanischen Beziehungen im besonderen und den deutsch-japanischen Beziehungen im allgemeinen?

Selbstverständlich können diese Fragen in bezug auf jedes Land gestellt werden; Württemberg bietet sich jedoch an wegen der Geschlossenheit seiner territorialen Tradition und der Tiefe seiner Überlieferung.

Die deutsch-japanischen Beziehungen sind seit dem Jahr 1861 dominiert durch den politischen Bereich, dem die Bereiche des Wirtschaftlichen und des Kulturellen nachgeordnet waren und sind. Ihre zentralen Inhalte waren und sind: Abschluß von bilateralen Verträgen, Aufbau und Intensivierung diplomatischer Kontakte, konzeptuelle Arbeit im Bereich der Wirtschaftsförderung und des »Kulturaustauschs«, wobei die Grundlage dieser Tätigkeiten von allgemeinen politischen Vorgaben gelegt werden.

Auf der Ebene des Staates und Landes Württemberg zeigt sich sofort ein Unterschied: Die politische Komponente fehlt fast ganz; diplomatische Beziehungen zwischen Württemberg und Japan bestanden auch in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nicht, und die japanbezogenen politischen Tätigkeiten der württembergischen Staats- und baden-württembergischen Landesregierung beschränkten sich vor 1978 auf den Austausch von Orden für die Monarchen vor dem Ersten[4] sowie auf Empfänge für japanische Botschafter nach dem Zweiten Weltkrieg.[5] Die Frage nach der Unterscheidbarkeit der württembergisch-japanischen von den deutsch-japanischen Beziehungen läßt sich also dahin konkretisieren, daß gefragt wird, wie sich zwischenstaatliche Beziehungen gestalten, wenn deren politische Komponente nahezu vollständig fehlt. Ich beschreibe daher zunächst die wirtschaftliche, danach die kulturelle Komponente, ehe ich eine abschließende Wertung versuchen werde.

[3] Vgl. dazu die Beobachtungen von *H. J. Döscher,* Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, Berlin 1987; *H. Schwalbe / H. Seemann* (Hrsg.), Deutsche Botschafter in Japan, Tôkyô 1974; *E. von Vietsch,* Wilhelm Solf, Tübingen 1961.

[4] *B. Ottnad,* Beziehungen zwischen dem deutschen Südwesten und Japan, in: Schwäbische Heimat 24 (1973), S. 175 ff.; HStA Stgt E 14/796, E 14 IV/728, fol. 1–2.

[5] Am 13. 3. 1962, 10. 3. 1971, 9. 12. 1976 in Stuttgart. Prinz Mikasa, der Bruder des Shôwa-Tennô, besuchte Stuttgart am 21. 9. 1960; vgl. *B. Yoshino,* Vorträge des Japanischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1981. S. 1–4; Stuttgarter Zeitung vom 23. 9. 1960.

1. Die wirtschaftliche Komponente

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Württemberg und Japan setzen ein im Gefolge der preußischen Ostasienexpedition der Jahre 1859 bis 1862.[6] Der an diesem Unternehmen beteiligte Düsseldorfer Kaufmann Friedrich Wilhelm Grube trat als Zwischenhändler für Ostasiatica auf, die von der Königlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel erworben werden sollten. Für den Gegenwert von etwa 1000 fl. kaufte Grube besonders in Japan Waren, die an die Zentralstelle in Stuttgart gesandt wurden und der Grundstock der Japonicasammlung des 1882 errichteten Landesgewerbemuseums wurden.[7] Es war auch bekannt, daß das württembergische Königshaus ebenfalls an Japonica interessiert war.[8] Allerdings ergaben sich aus dieser Sammeltätigkeit zumindest vorläufig kaum Auswirkungen in die gewerbliche Wirtschaft hinein, denn der an der preußischen Ostasienexpedition ebenfalls beteiligte Kaufmann Jacob äußerte sich in einem bereits 1861 abgefaßten Memorandum, von dem ein Exemplar auch der württembergischen Staatsregierung übersandt wurde, mit nicht geringer Skepsis über den europäischen Japanhandel, glaubte er doch nicht, daß aus dem Japanhandel nennenswerte Gewinne zu erzielen seien, da der japanische Markt mit lebensnotwendigen Gütern versorgt sei und die Japaner in der Lage seien, Importiertes schnell eigenständig nachzubauen.[9] So wurde die Zentralstelle erst in den 80er Jahren auch im Japanhandel aktiv. Der Leiter des Landesgewerbemuseums Gustav Pazaurek begründete den damals erfolgten Erwerb einer großen Japonicasammlung rückblickend 1906 mit dem Hinweis, die Sammlung und Präsentation von Exponaten der japanischen Kunst und des japanischen Kunsthandwerks seien notwendig, um der heimischen metallverarbeitenden und kunstgewerblichen Industrie Anregungen für Herstellung und Gestaltung zu offerieren.[10] Allerdings war das Interesse gering, auf das der Museumsmann Pazaurek mit seinen Vorstellungen unter württembergischen Industriellen stieß. Lediglich die Uhrenhersteller hatten die Absicht, sich auf dem japanischen Markt zu engagieren und klagten heftig über die japanische Einfuhrzollpolitik. Sie versuchten, über die Zentralstelle die Reduktion der japanischen Einfuhrzölle auf Uhren zur deutschen Forderung in die Neuverhandlung des japanisch-deutschen Handelsvertrags des Jahres 1910 einzubringen. Zwar gelang es, die Forderung aufzustellen, die jedoch von der japanischen Seite niedergeschlagen wurde. Das Deut-

[6] Der offizielle Bericht erschien unter dem Titel: Die preußische Expedition nach Ostasien. 4 Bde., Berlin 1864–1873; zum Vertrag zwischen Preußen und Japan vom 24. 1. 1861; Bd. 2, S. 163–164.

[7] Die Korrespondenz Grubes ist erhalten in StA Ludwigsburg E 170/691; vgl. *B. Ottnad* (s. A 4), S. 182; *G. E. Pazaurek,* Die Bälzsche Japan-Ausstellung, in: Gewerbeblatt aus Württemberg 58 (1906), S. 34–36.

[8] HStA Stgt E 14/2029, fol. 1876; E 55, Nr. 44/8.

[9] *C. Jacob,* Bericht über die Handels-Verhältnisse von Japan vom 30. 7. 1861 (HStA Stgt E 36/Verz. F, Nr. 129), S. 5–20.

[10] *G. E. Pazaurek* (s. A 7), S. 34 f.

sche Reich unterzeichnete den Handelsvertrag gleichwohl, und Württemberg stimmte ihm letztendlich zu.[11] Den Einfluß der württembergischen Industrie auf die deutsch-japanischen Beziehungen wird man also als schwach einstufen müssen.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges erhielt die Reichsregierung die alleinige Kompetenz für die Außenhandelspolitik. Was der württembergischen Staatsregierung dann noch blieb, war die Möglichkeit zur regionalen Wirtschaftsförderung, wofür die in Landesgewerbeamt umbenannte Königliche Zentralstelle für Gewerbe und Handel die zuständige Behörde blieb. Initiativen für den württembergischen Japanhandel gingen von dieser Behörde jedoch zunächst nicht aus, vielmehr blieben diejenigen Unternehmen auf sich gestellt, die sich im Japangeschäft engagieren wollten. Dies taten vor allen die Firmen Daimler, die schon vor dem Ersten Weltkrieg Luxuslimousinen nach Japan geliefert hatte, und Dornier, die anfangs der 30er Jahre von einem Bruder des Tennô besichtigt wurde.[12] Die württembergische Industrie nahm auch an dem Aufschwung des deutsch-japanischen Handelsaustauschs in der NS-Zeit keinen wesentlichen Anteil, vermutlich, weil wegen Grenznähe Stätten kriegswichtiger Produktion hier nicht eingerichtet wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verlief der Aufbau der Handelsbeziehungen zwischen Württemberg resp. Baden-Württemberg und Japan zunächst sehr zögernd. Seit den späteren 60er Jahren zeigt sich dann aber ein rasches Wachstum der Japanexporte im Maschinenbau, der elektrotechnischen, metallverarbeitenden und Automobilindustrie, das dazu führte, daß Baden-Württemberg heute 20% des Gesamtexports aller Bundesländer nach Japan produziert[13] und damit die Spitzenposition unter allen Bundesländern einnimmt. Auf den zähen Beginn folgte also eine Dynamisierung des regionalen Japanhandels, obwohl die Geschäftsbeziehungen zwischen württembergischen Unternehmen und deren japanischen Partnern in der Regel über die japanischen Geschäftszentralen in Düsseldorf, Frankfurt oder Hamburg laufen. Vorläufiger Höhepunkt dieser Dynamisierung ist die Eröffnung des Deutschen Industrieparks im Hakusan-High-Tech-Zentrum in Yokohama am 18. 11. 1987.[14]

2. *Die kulturelle Komponente*

Die spürbare Steigerung des Wachstums im Bereich der württembergisch-japanischen Handelsbeziehungen bedarf einer Erklärung, die nicht allein aus wirtschaftsimmanenten Faktoren gespeist werden kann und die daher im Bereich des Kulturellen gesucht werden muß. In dessen Zentrum stehen Person und Werk des Arztes Erwin Baelz. Es

[11] HStA Stgt E 130 b/2445–2446.
[12] Angaben nach Daimler-Benz-Archiv; HStA Stgt E 130 b/2349, Nr. 23.
[13] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Auslandsstatistik Nr. 732. Japan.
[14] Stuttgarter Zeitung vom 19. 11. 1987.

ist wichtig, dies hervorzuheben, da sich die einschlägige Forschung bisher weitestgehend darauf beschränkte, das Wirken Baelz' in Japan allein zu erschließen.[15]

Baelz wurde im Jahr 1849 als Sohn des Bauunternehmers Karl Baelz in Bietigheim geboren, besuchte in Stuttgart das Gymnasium, studierte bis zum Klinikum in Tübingen Medizin und schloß sein Studium 1872 mit dem Erwerb des medizinischen Doktortitels in Leipzig ab. Er wurde Assistenzarzt bei dem Internisten Wunderlich in Leipzig und scheint durch seine dortige Klinikpraxis in Kontakt zu einem japanischen Patienten getreten zu sein, der ihn später als Arzt bei der japanischen Regierung empfahl. Ende 1875 wurde er an die Medizinische Hochschule in Tôkyô berufen, er nahm den Ruf an, habilitierte sich schnell in Leipzig und brach im April 1876 nach Japan auf. Dort landete er am 7. Juni 1876 in Yokohama. Aus den Tagen unmittelbar nach der Ankunft ist ein Brief erhalten, in dem er seinen Verwandten in Bietigheim über seine ersten Erfahrungen berichtete und programmatisch verkündete, er wolle sich intensiv um die Erkundung dieses für ihn fremden Landes bemühen und dabei als neutraler Beobachter auftreten.[16] Seine Tätigkeit als Arzt und Professor nahm er sogleich auf und zog schnell die Aufmerksamkeit anderer auf sich. Die Angehörigen der Medizinischen Fakultät der Kaiserlichen Universität Tôkyô (dazu war die ehemalige Medizinische Hochschule umgewandelt worden) wählten ihn als eben 30jährigen 1879 bereits zum Dekan, seine Privatpraxis florierte, die Zahl seiner japanischen Schüler soll mehr als 800 betragen haben. Sein Vertrag, der ursprünglich auf zwei Jahre befristet gewesen war, wurde so oft verlängert, daß er schließlich im Jahre 1902 emeritiert wurde und erst 1905 nach ausgedehnten Reisen in Ostasien nach Stuttgart zurückkehrte. 1888 heiratete er Hana Arai, aus der Ehe gingen ein Sohn Erwin Tokunosuke (1889–1945) und eine Tochter Uta (1890–1893) hervor. Der Sohn Erwin wuchs seit 1900 bei seinen Tanten in der Neuen Weinsteige 33 in Stuttgart auf, wohin die Familie ihren Wohnsitz ab 1905 verlegte. Erwin Baelz starb 1913 in Stuttgart, Hana Baelz kehrte 1922 nach Japan zurück, wo sie 1937 verstarb.

Baelz' Wirkungen in Württemberg resultieren zuvörderst aus seinen Sammlungen. Baelz hatte – getreu seiner programmatischen Äußerung des Jahres 1876 – einen ansehnlichen Teil seines beträchtlichen Einkommens auf den Kauf umfangreicher Bestände japanischer Kunst und Kunstgewerbeartikel verwendet, die zusammen mit

[15] S. zu Baelz: *E. T. Baelz,* Erwin Bälz, in: Geist des Ostens 1 (1913/14), S. 393–397; *M. Baelz,* Erwin Baelz, in: Württembergischer Nekrolog für das Jahr 1913 (1916), S. 117–126; C. *Ishibashi,* Erwin von Bälz als Mensch und Wissenschaftler, in: Das japanische Denkmal für Prof. Dr. Erwin von Bälz, Bietigheim 1963, S. 25–34; O. *Rombach,* Der Japan-Arzt aus Schwaben, Bietigheim 1962; *F. Schottlaender,* Erwin von Baelz, Stuttgart 1928; *G. Vescovi,* Erwin Bälz, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 12, Stuttgart 1972, S. 295–328 (erschien auch als Separatum Stuttgart 1972); *H. Vianden,* Die Einführung der deutschen Medizin im Japan der Meijizeit, Düsseldorf 1985, S. 103–107.
[16] *E. Baelz,* Das Leben eines deutschen Arztes im erwachenden Japan, hrsg. v. *E. T. Baelz,* Stuttgart 1931, S. 19–21.

nicht wenigen Geschenken, namentlich der Verwandtengruppe des Tennô, die er gelegentlich in medizinischen Angelegenheiten beriet, ein kaum übersehbares Corpus bildeten, das in seinen größten Teilen der württembergischen Staatsregierung verkauft wurde. Japanische Malerei, Graphik und Keramik sowie Gewebeproben stellen die wichtigsten Abteilungen der Sammlungen dar, die in mehreren Schüben nach Stuttgart geliefert wurden, zuerst 1882,[17] dann wieder 1884/85[18] und der größte Teil 1893/94.[19] Die Objekte gelangten zunächst in den Besitz der Königlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel, die Gewebesammlung zu einem nicht bekannten späteren Zeitpunkt in das Reutlinger Technikum (heute: Fachhochschule für Technik).[20] Später wurden Einzelstücke von dem 1911 eröffneten und zunächst durch den Württembergischen Verein für Handelsgeographie und Vertretung deutscher Interessen im Auslande getragenen Linden-Museum erworben.[21] Kleine Teile des Nachlasses gelangten über Baelz' Enkel Erwin Hatto in den Besitz der Stadt Bietigheim.[22]

Während seiner Heimaturlaube 1884/85, 1893 und 1900 hatte Baelz bereits in Stuttgart Vorträge gehalten;[23] nach seiner Rückkehr trat Baelz in Deutschland als allgemein anerkannter Japan-Spezialist auf.[24] Dabei vertrat er Ansichten und äußerte Forderungen, die der Reichsregierung so suspekt erschienen, daß sie bereits im Jahr 1905 gefälschte Interviews im Namen Baelz' veröffentlichen ließ, in denen Baelz eine

[17] Sammlungsverkauf 1882: Gewerbeblatt aus Württemberg (1882), S. 286, 303; vgl. *G. E. Pazaurek* (s. A 7), S. 35.

[18] Sammlungsverkauf 1884/85: Schwäbische Kronik 14. 2. 1884.

[19] Sammlungsverkauf 1894/95: Gewerbeblatt aus Württemberg (1893), S. 356, (1894), S. 210–212, 226–229.

[20] Das Eingangsdatum der Gewebesammlung ist unklar. Aus der Tatsache, daß *H. Dolmetsch,* Japanische Vorbilder, Stuttgart 1886, 21 Vorlagen für Reproduktionen aus Baelz'schen Sammlungen verwertete, darunter Gewebeproben, ergibt sich, daß die Objekte spätestens 1884/85 angekauft worden sein müssen. Dolmetsch war Baurat und zugleich Leiter der Kunstbibliothek der Zentralstelle.

[21] Linden-Museum Stuttgart, Inventarbuch.

[22] Stadt Bietigheim-Bissingen, Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Akten betr. Prof. Dr. Erwin von Bälz.

[23] Baelz hielt in Stuttgart Vorträge am 17. 1. 1885 (Württembergischer Verein für Handelsgeographie; Thema: »Japan und seine Beziehungen zu Europa«), am 2. 7. 1885 (Deutsche Partei; Thema: »Über die ostasiatische Gesellschaft«), am 24. 3. 1893 (Württ. Verein …; Thema: Über japanisches Familienleben«), am 21. 12. 1900 (ebda; Thema: »Die Ostasiaten«), am 26. 3. 1901 (Verein für vaterländische Naturkunde in Württemberg; Thema: »Anthropologische Studien in Ostasien«), am 13. 1. 1906 (Württembergischer Anthropologischer Verein; Thema: »Steinzeit und Vorgeschichte Japans«), am 19. 12. 1906 (Württ. Verein…; Thema: »Koreas geschichtliche und politische Rolle in Ostasien«), am 20. 3. 1907 (Goethebund; Thema: »Orient und Okzident«), am 17. 12. 1911 (Volksbibliothek; Thema: »Der Unterschied zwischen abendländischer und morgenländischer Weltanschauung«).

[24] Baelz war Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens, der Deutsch-Japanischen Gesellschaft (Wa-Doku-Kai) in Berlin, des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie, der Deutschen Tropenmedizinischen Gesellschaft, der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie.

japanfreundliche, zugleich regierungsfeindliche politische Einstellung in den Mund geschoben wurde, damit er dafür kritisiert werden konnte.[25] Baelz galt also offenbar nicht nur als Japan-Kenner, sondern zugleich als Gegner der in dieser Zeit auch gegen Japan gerichteten imperialistischen Politik der Reichsregierung.[26]

Baelz' eigenes Programm des Jahres 1876, dem er nach Ausweis der Interviewfälschungen auch nach seiner Rückkehr nach Deutschland treu geblieben war, lieferte zugleich die Kriterien für die Sammeltätigkeit. Er folgte darin nicht dem zeitgenössischen Kunstgeschmack, der den Marktwert eines Kunstwerks wesentlich in dessen Alter sah.[27] Zwar nahm Baelz auch Stücke in seine Sammlung auf, die diesem Maßstab gerecht werden konnten – besonders wenn es sich dabei um Geschenke handelte –, aber seine eigenen Kaufentscheidungen orientierte er an dem Erkenntniswert der Objekte: Für Baelz war also die Kunst Quelle zum Verständnis der zeitgenössischen Gesellschaft Japans, weswegen er sich auf die japanische Kunst des späteren 19. Jahrhunderts konzentrierte.

Die Baelz'sche Sammlung wurde im Stuttgarter Landesgewerbemuseum zwischen Dezember 1905 und Februar 1906 ausgestellt und zog allein in den letzten beiden Dezemberwochen mehr als 6000 Besucher an, darunter das württembergische Königspaar. Mit der Erwerbung der Sammlung war Stuttgart mit einem Schlage zu einem Zentrum der Präsentation japanischer Kunst geworden zu einer Zeit, in der weder in Berlin noch in Köln die später bekannt gewordenen, in öffentlicher Trägerschaft stehenden Museen ostasiatischer Kunst bestanden.[28] Auf diese Sammlung und deren Ausstellung bezog sich Pazaurek in seiner Äußerung des Jahres 1906, als er den wirtschaftlichen Nutzwert der Stuttgarter Japonica herausstellte.[29] In Stuttgart nahm zu gleicher Zeit der Ostasiatica-Handel Aufschwung.[30]

Gleichwohl erreichte die Baelz'sche Sammlung – im Gegensatz zu einer ähnlich konzipierten, jedoch weniger umfangreichen Sammlung im Hamburgischen Museum

[25] *E. Baelz,* Erklärung, in: Ost-Asien 8 (1905/06), S. 380. Er verwahrte sich dagegen, daß seine Haltung des Respekts vor Japan als regierungsfeindlich betrachtet wurde.

[26] Vgl. dazu: *K. Ehler,* Japan im Urteil europäischer Großmächte. Diss. masch., Prag 1940; *W. Stingl,* Der Ferne Osten in der deutschen Politik vor dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt 1978.

[27] Als der Wortführer dieser Anschauung darf Otto Kümmel gelten, Leiter der Ostasien-Abteilung der Dahlemer Museen und nachfolgend Generaldirektor der Preußischen Museen in Berlin; vgl. *O. Kümmel,* Die Kunstschätze der Japanisch-Britischen Ausstellung in London, in: Mitteilungen der Deutsch-Japanischen Gesellschaft 3, 4 (1910), S. 31–33; *ders.,* Das Kunstgewerbe in Japan, Berlin 1911.

[28] Vgl. dazu die Beiträge von *R. Goepper* und *B. von Ragué* in: Bonner Zeitschrift für Japanologie 3 (1981), S. 185–199, 210–211.

[29] *G. E. Pazaurek* (s. A 7).

[30] In Ost-Asien 3 (1900/01), S. 167 sind folgende Stuttgarter Unternehmen verzeichnet, die mit Japanwaren handelten: Adolf Dolmetsch, Hugo Friedrich Heermann, Karl Schaller, Rudolph Seelig, Eugen Strasser, Carl Ziegler. Am längsten war zu dieser Zeit die Fa. Ziegler im Japanhandel tätig (seit 1863); das Geschäft von Adolf Dolmetsch bestand bis 1951.

für Kunst und Gewerbe[31] – nicht die von Pazaurek gewünschte Breitenwirkung. Wesentlicher Grund dafür war, daß die Sammlung seit 1906 nie wieder in größerem Umfang ausgestellt wurde, sondern im Magazin des Landesgewerbemuseums verschwand. Ihre Pflege – und damit auch die Pflege der württembergisch-japanischen Kulturbeziehungen – blieb der Initiative einzelner überlassen, zumal und gerade nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Zwar veranstaltete der Verein für Handelsgeographie hin und wieder Japanvorträge,[32] aber sein Interesse richtete sich nur wenig auf die Baelz'sche Sammlung, da sie damals nicht in der Obhut des Linden-Museums stand.

Zu den Privatleuten, die sich der Pflege der württembergisch-japanischen Kulturbeziehungen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg annahmen, gehört als erster Erwin Tokunosuke Baelz, der sich häufig »Toku« nannte. Er versuchte 1919, dem 1917 durch die Staatsregierung gegründeten Deutschen Auslands-Institut (DAI) in Stuttgart auf dem Weg einer Stiftung eine »Ostasien-Abteilung« anzugliedern.[33] Worin die Stiftung bestand, ist unklar, jedenfalls war sie nicht opulent ausgestattet, denn das DAI versandte Bittbriefe an potente Förderer des Instituts um Spenden für die Abteilung, die sich wesentlich der Vermittlung von Japankenntnissen und Wirtschaftsnachrichten aus Japan widmen sollte. Das einzige erkennbare Resultat der Tätigkeit dieser Abteilung war die Durchführung der Ausstellung einer kleinen Auswahl aus der Baelz-Sammlung 1921 im Linden-Museum und unter Beteiligung des DAI.[34] An dieser Ausstellung war auch der Tübinger Ordinarius für Volkswirtschaftslehre Carl Johannes Fuchs beteiligt, der sich vor 1909 in Paris eine Japonica-Sammlung erworben hatte, die für ihn die Grundlage für Vorlesungen abgab, die er an der Universität Tübingen zwischen dem Wintersemester 1919/20 und dem Wintersemester 1932/33 ankündigte.[35] Fuchs war als Kathedersozialist und Spezialist für volkswirtschaftliche Probleme des Wohnungswesens auch in Japan kein Unbekannter, hatte er 1913 an die Universität Tôkyô berufen werden sollen, ein Plan, der an Fuchs' Gehaltsforderungen scheiterte.[36] Während des Ersten Weltkriegs war Fuchs an den Beratungen zur Errich-

[31] Vgl. dazu: *J. Brinckmann,* Führer durch das Hamburgische Museum für Kunst und Gewerbe, Hamburg 1894; *A. von Saldern,* Das Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg, Hamburg 1988, S. 5–53.

[32] 9 Vorträge im Zeitraum zwischen 1919 und 1933. Vgl. Jahresbericht des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie 30/45 (1927), S. 26–33, 46/49 (1931), S. 16–17.

[33] Bundesarchiv Koblenz, Bestand 57, fasc. 474,16, 572.

[34] Schwäbische Chronik 5. 9. 1921, 6. 9. 1921.

[35] Vgl. zu Fuchs: *K. E. Born,* Geschichte der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Tübingen, Tübingen 1967, S. 104, 161. Die Fuchs'sche Sammlung wurde zuerst in München 1909 präsentiert; s. *C.J. Fuchs,* Meisterwerke chinesischer und japanischer Kunst, Stuttgart 1911. Sie ging nach dem Tod Fuchs' 1934 in den Besitz seiner Vaterstadt Nürnberg über, wo sie 1942 erstmals ausgestellt wurde und heute noch erhalten ist; s. *C. J. Fuchs,* Ausstellung. Meisterwerke der japanischen Kunst aus der Sammlung Fuchs, Nürnberg 1942.

[36] HStA Stgt E 49 Verz. 22, fasc. 5, 23/3.

tung einer im Rahmen des auslandskundlichen Studiums vorgesehenen Professur für ostasiatische Philologie beteiligt, die jedoch zunächst und bis auf weiteres in Tübingen nicht vertreten wurde.[37]

In Stuttgart treffen wir Toku Baelz nach dem Ersten Weltkrieg als »cand. arch.« der Technischen Hochschule; das Studium schloß er nicht mit einem Examen ab, im Gegensatz zu Kume Gonkurô, einem Freund der Familie Baelz, der 1925 mit einer Dissertation über das japanische Wohnhaus zum Dr. Ing. promoviert wurde.[38] Schon 1919 legte er sich in Ludwigsburg den zweiten Wohnsitz an, wo er sich häufig aufhielt und als Künstler tätig war. 1928 gründete er in Ludwigsburg eine Werkstätte für kunstgewerbliche Gegenstände, die bis 1937 bestand.[39] Danach suchte er Kontakt zur Deutsch-Japanischen Gesellschaft (DJG), die zwischen 1937 und 1952 unter der Präsidentschaft des Admirals z. V. Richard Foerster stand, der die Gesellschaft bis 1945 zur Zentralstelle der deutsch-japanischen Beziehungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich entwickelte und zumal während des Zweiten Weltkriegs zum Instrument der Propaganda für den Dreimächtepakt ausbaute.[40] Toku Baelz erreichte die Ausrichtung einer Ehrung seines Vaters zu dessen 25. Todestag durch Foerster im Stuttgarter »Ehrenmal für deutsche Leistung im Ausland« 1938 und wurde 1940 zum Filmreferent der DJG berufen, als der er nach Japan ging, um dort Kriegsfilme zu drehen.[41] Er starb 1945 an den Folgen einer Erkältung in Tôkyô.

Die kulturelle Komponente der württembergisch-japanischen Beziehungen erhielt in der NS-Zeit Auftrieb durch das Wirken des Studienrats Otto Kurz im Rahmen der DJG. Kurz, geboren 1896 in Cannstatt, in Tübingen als Germanist promoviert, hielt sich zwischen 1925 und 1931 als Lehrer in Shizuoka auf (Gymnasialprofessor an der Shizuoka Kôtôgaku) und hatte dort Kontakt zu Foerster gefunden. Seit 1939 bemühte sich Kurz um die Errichtung einer Stuttgarter Zweigstelle der DJG, deren Geschäfte er zu führen beabsichtigte. Foerster, obschon dem Plan Kurz' nicht grundsätzlich abgeneigt, verzögerte das Gründungsverfahren, da es zu den Grundsätzen der Geschäftsführung der DJG gehörte, Zweigstellen nur zu etablieren, wenn diese sich finanziell selbst tragen konnten.[42] Dies schien Foerster erst 1942 gegeben, nachdem ein Konflikt zwischen Reichsstatthalter Gauleiter Wilhelm Murr und Stuttgarts Oberbürger-

[37] UA Tübingen, Philosophische Fakultät, Sitzungsprotokoll vom 21. 4. 1917. Der Lehrstuhl wurde zum 1. 4. 1929 errichtet und mit dem Slavisten Ernst Sittig besetzt.

[38] *G. Kume,* Verbesserung des japanischen Wohnhauses, Stuttgart 1929.

[39] StA Ludwigsburg, Verzeichnis der selbständigen Einwohner, s. v. Bälz; Gewerbeblätter L 105/256 s. v. Baelz.

[40] Lebenslauf in Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 64 IV/258, fol. 1. S. zu Foerster: Das Deutsche Führerlexikon, Berlin 1934, S. 128. *A. Dolman,* The Third Reich and Japan. Diss. masch., New York Univ. 1966, S. 145, 148; Ostasiatische Rundschau 25 (1944), S. 37.

[41] Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 64 IV/26, fol. 60, 64 IV/27, fol. 144–145, 64 IV/159, fol. 251–260, 359.

[42] Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 64 IV/204, fol. 257.

meister Karl Strölin um den Einfluß auf diese Zweigstelle bereinigt worden war.[43] Die Zweigstelle wurde am 27. Juni 1942 in Anwesenheit Foersters und des japanischen Botschafters, General Oshima Hiroshi, eröffnet mit Murr als Ehrenvorsitzendem, Strölin als Vorsitzendem und Kurz als Geschäftsführer,[44] dem die Organisation der Zweigstelle sowie Planung und Durchführung der Aktivitäten oblagen. Deren Zahl freilich war kriegszeitbedingt klein: Drei Vorträge auswärtiger Referenten, ein Liederabend der Tanaka Michiko sowie die Uraufführung des Baelz-Films »Nippons Wilde Adler«.[45] Kurz scheint dies selbst nur wenig befriedigt zu haben, beklagte er doch die Startschwierigkeiten und schob sie dem »schwäbischen Charakter« zu.[46] Außerhalb der DJG entfaltete er eine bunte Tätigkeit als Vortragsredner, bei Wehrmachtsdienststellen, NS-Kultureinrichtungen oder auch in der TH Stuttgart.[47] Zudem betrieb er seine Bestellung als »Lektor für Japanologie« an der Universität Tübingen, die dem Anliegen nicht ablehnend gegenüberstand, Kurz aber wegen mangelnder Qualifikation auf dem Gebiet der Japanologie nur als »Lehrbeauftragten für Japankunde« akzeptieren wollte.[48] Als solcher kündigte Kurz 1943 bis 1945 japankundliche Lehrveranstaltungen in Tübingen an. Der Lehrauftrag wurde von der Landeskulturverwaltung nach Kriegsende 1945 kassiert. Gleichwohl bewarb er sich noch in jenem Jahr um einen Lehrauftrag für Englisch, was jedoch scheiterte, weil Dekan Rudolf Stadelmann es Kurz nicht nachsehen mochte, daß dieser bei der neuerlichen Bewerbung seinen früheren Lehrauftrag verschwiegen hatte.[49]

Die Stuttgarter Zweigstelle der DJG versank in den Wirren des Zweiten Weltkriegs. Kurz wandte sich daraufhin anderen Tätigkeiten zu. 1949/50 fungierte er als Leiter des Deutschen Auslands-Instituts, danach ging er in den Schuldienst zurück und war in der Deutsch-Englischen Gesellschaft ehrenamtlich tätig. Er starb in Stuttgart 1981.

Die Pflege der württembergisch-japanischen Kulturbeziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg ging auf die seit 1947 repatriierten Japandeutschen über. Zu ihnen zählten der bis 1948 an der Württembergischen Landesbibliothek tätige und danach an der

[43] Ebda, fol. 266, 278–281.
[44] Ebda., fol. 101–104; vgl. Stuttgarter Neues Tageblatt 28. 6. 1942, 29. 6. 1942; Stuttgarter NS-Kurier 28. 6. 1942, 29. 6. 1942.
[45] Filmuraufführung: Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 64 IV/204, fol. 52; Eßlinger Zeitung 20. 7. 1942; Stuttgarter Neues Tageblatt 15. 7. 1942, 17. 7. 1942. Vorträge: G. v. Olberg, »Geist und Kampfeswert der japanischen Wehrmacht« (26. 9. 1942); O. Kurz, »Über Japans Kraftquellen, Tennôtreue und Samuraigeist« (4. 12. 1942); C. Sakato, »Die Einheit des Geringsten und Größten im japanischen Weltbild« (18. 1. 1944); H. von Dirksen, »Die Bedeutung Japans für Deutschland in diesem Kriege« (11. 4. 1944). Liederabend am 13. 5. 1943 (Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 64 IV/27, fol. 36).
[46] Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 64 IV/30, fol. 54r.
[47] Vortrag in der TH Stuttgart am 3. 7. 1942, Thema: »Japan und der pazifische Raum« in der Reihe Auslandskundliche Vorträge des Sommersemesters 1942 (Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 57, fasc. 755 c.
[48] UA Tübingen 205/98.
[49] UA Tübingen 126/365.

Universität Heidelberg lehrende Japanologe und Kunsthistoriker Dietrich Seckel, der gemeinsam mit dem Tübinger Juristen Christoph Kaempf und dem Japanologen Wilhelm Gundert die Arbeitsgruppe Südwest der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (OAG) gründete,[50] und der 1945 aus dem diplomatischen Dienst ausgeschiedene Legationsrat Stanislaus Joachim Klimek, der sich zunächst in Stuttgart als freier Schriftsteller aufhielt, ehe er 1956 beim Landesamt für Wiedergutmachung und 1968 beim Regierungspräsidenten in Stuttgart Beschäftigung fand, und der 1962 die Deutsch-Japanische Gesellschaft Baden-Württemberg ins Leben rief.[51]

Die Baelz'sche Sammlung lagerte derweil immer noch im Magazin des Landesgewerbemuseums. Erst als dieses zu Anfang der 60er Jahre aufgelöst werden sollte, entschied man sich, die Sammlung dem Linden-Museum zunächst als Depot zu überlassen und einer Erschließung zugänglich zu machen. Dazu kam es freilich zunächst nicht, da das Linden-Museum damals über keinen Ostasienspezialisten verfügte. Allerdings gelangen Teilausstellungen,[52] und 1982 erfolgte die förmliche Übertragung in das Eigentum des Linden-Museums, dem seit 1966 eine beträchtliche Erweiterung seiner Ostasiensammlungen gelang.[53]

Daneben entwickelte sich die Stadt Bietigheim zur Stätte der Pflege des Baelz-Gedenkens. Schon 1949 veranstaltete man eine bescheidene Feier aus Anlaß des 100. Geburtstags Erwin Baelz', seit 1961 wurde von japanischer Seite die Gründung einer Städtepartnerschaft zwischen Bietigheim und dem von Baelz geförderten Heilbad Kusatsu betrieben, die seit 1962 besteht und zu zahlreichen Begegnungen mit Japanern in Bietigheim auf offizieller und privater Ebene führte.[54]

Die baden-württembergische Landesregierung intensivierte ihre Beziehungen nach Japan unter Ministerpräsident Späth seit dem Beginn der 80er Jahre. 1982 wurden offizielle Beziehungen zu der südöstlich Tôkyôs gelegenen Präfektur Kanagawa aufgenommen, deren erstes baulich sichtbares Resultat die Einrichtung des dort gelegenen Industrieparks Hakusan ist.[55]

[50] *D. Seckel,* die südwestdeutschen Arbeitsgruppen der OAG, in: Nachrichten der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens 74 (1953), S. 41–43.
[51] Amtsgericht Stuttgart-Bad Cannstatt, Vereinsregister VR 1988 neu. *W. Schneider,* Geschichte der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Baden-Württemberg. Ms. 1976, Neufassung 1988.
[52] Japanausstellungen des Linden-Museums wurden durchgeführt in den Jahren 1962, 1967, 1971, 1972, 1973, 1979. 1984 wurde das Zweigmuseum im Schloß Ettlingen eröffnet, 1986 die neugestaltete Dauerausstellung der Ostasienabteilung des Stuttgarter Stammhauses; vgl. *K.-J. Brandt,* Ostasiatische Kunst in barockem Rahmen im Ettlinger Schloß, in: Tribus N.F. 34 (1985), S. 57–63. *F. Kußmaul,* Linden-Museum Stuttgart, in: Tribus N. F. 23 (1974), S. 45f.; *B. Ottnad* (s. A 4), S. 203f.
[53] *F. Kußmaul,* Christian Trumpf, in: Tribus N.F. 22 (1973), S. 7–8.
[54] Stadt Bietigheim-Bissingen, Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Akten betr. die Städtepartnerschaft Bietigheim-Kusatsu.
[55] (s. A 14).

Im kirchlichen Bereich ist die Tätigkeit des Evangelischen Missionswerks Südwestdeutschland hervorzuheben, das in der Deutschen Ostasienmission mitarbeitet und sowohl württembergische Geistliche nach Japan entsendet wie auch japanischen Geistlichen die Übernahme kirchlicher Ämter in Württemberg ermöglicht. Zu den aus Württemberg entsandten Missionaren zählt an prominentester Stelle der Japanologe Wilhelm Gundert (1880–1971), der von 1905 bis 1936 in Japan tätig war, ehe er auf den Hamburger japanologischen Lehrstuhl berufen wurde, den er bis 1945 innehatte, und der nach seiner Entlassung zunächst in Schorndorf und danach in Neu-Ulm lebte.[56] Zu nennen ist auch der Tübinger Missionswissenschaftler Gerhard Rosenkranz (1896–1983), der in der NS-Zeit als Kritiker der damaligen Japan-Euphorie auftrat. Kirchlichen Stellen, besonders der Evangelischen Akademie Bad Boll, ist vorwiegend in den 50er und 60er Jahren, als man hierzulande wenig über Japan wußte, eine große Zahl an Japan-Vorträgen zu verdanken, denen die zahlreichen Rundbriefe, die in den Veröffentlichungen der seit 1927 in Japan tätigen Liebenzeller Mission an die Seite zu stellen sind.[57]

Schließlich ist die Entwicklung der Japanologie in Württemberg zu erwähnen. Auf den ersten Versuch zur Begründung eines Lehrstuhls für Ostasiatische Philologie 1917 folgte eine lange Pause, bis sich spätestens 1957 die Tübinger Philosophische Fakultät wieder um die Begründung eines solchen Lehrstuhls bemühte, der neben der Sinologie auch die Japanologie und die Koreanistik vertreten sollte. Er wurde 1963 besetzt, und schon bald danach strebte die Fakultät die Errichtung einer Professur für Japanologie an, aber diese Pläne fielen den Sparmaßnahmen der 60er Jahre zum Opfer.[58]. Die Landesregierung trug sich unter Kultusminister Wilhelm Hahn und Staatssekretär Wolfgang Meckelein 1969 sogar mit dem Gedanken, das Sinologische Ordinariat nach Versetzung des Inhabers Werner Eichhorn in den Ruhestand zu streichen und das Fach Sinologie in Tübingen ganz aufzulösen.[59] Dazu kam es nicht, und 1976 wurde die Stelle eines Professors für Japanologie mit Roland Schneider besetzt, dessen Nachfolger seit 1984 Klaus Kracht ist, der zugleich das 1984 begründete Seminar für Japanologie leitet, das auch Zweigstelle der OAG ist. Seit 1988 besteht an der Universität Tübingen die Erwin-von-Baelz-Gastprofessur, auf die japanische Gelehrte jeweils für ein Jahr berufen werden.

[56] S. zu Gundert (der Enkel des Missionars Hermann Gundert und Vetter Hermann Hesses war): *T. Kanokogi,* Uiruherumu Gunderuto, in: Kishitsu Kihô (1980), S. 1–11; *D. Seckel,* Wilhelm Gundert zum Gedenken, in: Neue Zürcher Zeitung 11. 12. 1971.

[57] Archiv der Evangelischen Akademie Bad Boll. Entwicklung der Gemeinde Jesu in Japan nach dem Krieg, in: Die Inseln rufen (1981, 1), S. 20. *O. Mosimann,* Alles überwindende Liebe, Bad Liebenzell 1975.

[58] Freundlicher Hinweis von Herrn Professor Bollnow, Tübingen.

[59] UA Tübingen, Lehrstuhlakten 131/609; Memorandum zum Ausbau des Seminars für Ostasiatische Philologie zu einem Institut für ostasiatische Studien an der Universität Tübingen. Ms. 1969 (Seminar für Japanologie, Univ. Tübingen); Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Leuze vom 31. 3. 1969 (Landtagsdrucksache Nr. 835/1969).

3. Schluß

Abschließend sollen die württembergisch-japanischen Beziehungen im Lichte der beiden Eingangsfragen nach ihrer Spezifität sowie nach der Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Ebene eines Landes gewürdigt werden. Als erstes Ergebnis kann festgehalten werden, daß bei Fehlen der politischen, d. h. der herrschaftlichen Komponente die Kultur in Gestalt des verstehenwollenden Respekts vor dem Anderen vor die wirtschaftliche Komponente tritt. Dies rechtfertigt das Thema in der gestellten Fassung: Denn die Verbindungen zwischen Japan und Württemberg bestehen gleichsam durch Baelz. Die Konkretisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen im Kulturellen hat freilich zwei Seiten, auf der einen die Möglichkeit einer Annäherung auf der Basis gegenseitigen sachgebundenen Interesses ohne vordergründigen Zwang zur Sicherung oder Herbeiführung herrschaftlicher Positionen; auf der anderen jedoch ein Abgleiten ins Private, Dezentralisierung, Wissenschaftsferne und also beschränkte Wirkungen in die Öffentlichkeit.

Allerdings liegt gerade in der privaten Alltäglichkeit solcher Beziehungen eine Chance, die vielleicht am ehesten in Bietigheim realisiert wurde. Dort ist Japan nicht oder zumindest nicht nur als Klischee präsent, nicht als Objekt machtpolitischen Spiels, nicht oder nicht nur als Produzent ubiquitärer Produkte, sondern durch Begegnungen zwischen Japanern und Deutschen im privaten, familiären Umkreis. Die Konkretisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen durch die kulturelle Komponente im lokalen Bereich schafft somit den kultursoziologisch und kulturpolitisch interessanten Fall, daß das kulturelle Erbe dieser Beziehungen zum Substrat individueller Begegnungen zwischen Trägern unterschiedlicher Kulturen wird, sofern – wie es in Bietigheim geschah – bei der Ausgestaltung dieser Beziehungen an eine lebendige historische Tradition angeknüpft wird.

Die Frage nach der Spezifität der württembergisch-japanischen gegenüber den deutsch-japanischen Beziehungen ist einerseits leicht, andererseits schwierig zu beantworten. Zwar kann das Übergewicht des Kulturellen in den württembergisch-japanischen Beziehungen als Spezifikum gegenüber den deutsch-japanischen Beziehungen gelten. Aber damit ist noch nichts darüber ausgesagt, wie sich die Japanbeziehungen anderer deutscher Länder im Vergleich dazu verhalten; denn Untersuchungen, die einen Vergleich ermöglichen könnten, fehlen. So bleibt zum Schluß die These, daß die zwischenstaatlichen Beziehungen als Gegenstand einer vergleichenden landesgeschichtlichen Forschung nicht zuletzt von kulturpolitischem Interesse sein können.

Wilhelm Ribhegge

Nordrhein-Westfalen als historische Landschaft

Als man 1986 in Düsseldorf auf den Rheinwiesen mit einem Volksfest das 40jährige Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen feierte und kurz darauf auch die Honoratioren des Landes zu einem Staatsakt einlud und einen NRW-Staatspreis begründete, wollte man nordrhein-westfälische Landestradition ins Leben rufen. Seit einiger Zeit entdecken Autofahrer an den NRW-Landesgrenzen zwar keine Grenzpfähle wie in Bayern, aber dezente Hinweisschilder mit dem Landeswappen. Das neue Landesgesetz für Denkmalschutz animierte die Städte und Gemeinden, tiefer in die Vergangenheit zu graben und historische Restbestände an privaten und öffentlichen Bauten zu erhalten. Man gründete eine »NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat und Kulturpflege«, deren Konzept allerdings noch reichlich unausgegoren ist. All diese Ansätze entbehren gelegentlich nicht einer gewissen Komik, gerade weil das Land NRW anfangs sehr stolz darauf war, im Gegensatz etwa zu Bayern oder Württemberg, ein »unhistorisches« Land zu sein. Dementsprechend rigoros ging man auch lange Zeit, von wenigen Ausnahmen wie beispielsweise Münster abgesehen, mit der historischen Substanz der Altstädte um, wenn sie nicht bereits im Zweiten Weltkrieg zerstört worden waren. Sieht man aber das Land NRW weniger im Sinne des Staatsrechts oder der politischen Geschichte, sondern unter dem etwas unpolitischeren Begriff der »Region«, so zeigt sich, daß das Bundesland historische Tiefendimensionen vorweisen kann, an denen viele achtlos vorübergehen: Nordrhein-Westfalen ist eine historische Landschaft. Es soll versucht werden, sie ein wenig zu skizzieren.

Nordrhein-Westfalen ist kein Land, dessen Geschichte durch Dynastien zusammengehalten wird wie die Geschichte Preußens durch die Hohenzollern, die Geschichte Österreichs durch die Habsburger, die Geschichte Bayerns durch die Wittelsbacher. NRW kennt keine historisch etablierten Dynastien. Aber die Schweiz kennt sie auch nicht.

Dieses Land an Rhein und Ruhr hat seine Geschichte, und es hat wie alle deutschen Länder auch seine historische Erblast aus der NS-Zeit. Es ist eine geschichtliche Landschaft, deren historisch-politische Struktur Jahrhunderte umfaßt. Ihre Geschichte ist relativ exakt mit der Zeit Karls des Großen um 800 anzusetzen, als erstmals in dieser Region durch die Errichtung der Bistümer, der Kirchengemeinden, der planmäßigen Besetzung politischer Ämter und Verwaltungsposten, nicht zuletzt der Erhebung von Steuern und der Publikation von Gesetzen, die in den bekannten »Kapitularien« Karls des Großen einzusehen sind, eine planmäßige administrative Erfas-

sung und Ordnung des Landes begann. Das damalige Erzbistum Köln, das allerdings noch Teile der heutigen Niederlande und Belgiens erfaßte, deckt sich in seinem Kern mit dem Bereich des heutigen NRW. Die Geschichte des Landes beginnt somit nicht erst 1946.

Wer nicht so tief staffeln will, wer zum Beleg auf härtere Fakten besteht, kommt nicht umhin, auf jeden Fall bis in das Jahr 1815 zurückzugreifen, als die preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen geschaffen wurden. So tagte der Landtag von NRW bis vor kurzem, als er sein neues Gebäude mit Blick auf den Rhein, den »deutschen« Strom, bezog –, eine weitere Demonstration des neu erwachten Landesbewußtseins – in dem alten Ständehaus am Düsseldorfer Schwanenteich, eben dort, wo früher die »Provinzialstände« der Provinz Rheinland tagten, aus denen der heutige Landschaftsverband hervorging. Bereits im Januar 1919 hatte Hugo Preuß in einem Gutachten für den »Rat der Volksbeauftragten« vorgeschlagen, bei der damals geplanten, aber nicht realisierten Auflösung Preußens zwei Staaten (Länder) im Westen aus den Provinzen Rheinland mit 8 Millionen Einwohnern und Westfalen mit 4 Millionen zu bilden.

Preußische Westprovinzen

Ohne Preußen gäbe es sicherlich heute kein Nordrhein-Westfalen. Und hiermit beginnt die Geschichte des Landes, die nicht mehr idyllisch ist. Paul Johnson hat in seinem Buch »A History of the Modern World. From 1917 to the 1980« (London 1983) daran erinnert, daß die deutsche Politik des 20. Jahrhunderts von einem »Ost-West-Gegensatz« bestimmt worden sei: Unter der Dominanz der preußischen Konservativen hätten bis 1918, bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, die »Easterners« die Führung behauptet; dagegen sei die Gründung der Weimarer Republik 1918 dann zweifellos das Werk der deutschen »Westerners« gewesen. Johnson meint weniger die Geographie als die politische Einstellung, insbesondere das jeweilige negative oder positive Verhältnis der deutschen Politiker zu den westlichen parlamentarischen Demokratien. Es ist keine Frage, daß die Politiker der rheinischen und westfälischen Teile des 1947 endgültig aufgelösten Preußens, des heutigen Nordrhein-Westfalens, zu den »Westerners« innerhalb der deutschen Politik des 20. Jahrhunderts zählen. Dies zeigte sich nicht zuletzt an den Politikern, die diese beiden Provinzen in den 20er Jahren hervorbrachten. Das gilt für Zentrumspolitiker wie Adenauer,aber auch für die westfälischen und rheinischen Sozialdemokraten in der Weimarer Nationalversammlung, dem Reichstag und dem preußischen Landtag der Weimarer Republik. Gordon A. Craig hat diese Perspektive der Ost-West-Orientierung in seinem biographischen Essay über den preußischen Ministerpräsidenten Braun (SPD) und den Kölner Zentrumspolitiker Adenauer für die Zeit von 1919 bis 1933 aufgenommen (Das Ende Preußens. Acht Porträts, München 1985).

Der »Volksverein für das katholische Deutschland« prägte seit den 1890er Jahren den Sozialkatholizismus an Rhein und Ruhr. Er hatte seine Zentrale in Mönchen-Gladbach, kümmerte sich um die Belange der Arbeiterschaft, aber auch um deren Familien, und um Fragen der Erziehung und Bildung der unteren Bevölkerungsschichten. Häufig getragen von jungen Kaplänen war diese Organisation im Rheinland und in Westfalen ungemein rührig, so rührig, daß es ihr sogar anfangs gelang, die Mehrheit der Arbeiterstimmen im Ruhrgebiet dem Zentrum statt der SPD zuzuführen. Erst nach der Jahrhundertwende holte die SPD mehrere Reichstagswahlkreise im Ruhrgebiet. Noch in der Weimarer Republik gab es an Rhein und Ruhr keine einzige Großstadt mit einer SPD-Mehrheit. Die bekannten Oberbürgermeister dieser Region waren »bürgerlich«: Luther und Bracht in Essen, Jarres in Duisburg, Lehr in Düsseldorf und Adenauer in Köln. Auch noch 1945 hatte es die SPD zunächst nicht leicht, ihre späteren Hochburgen in NRW zu erobern.

Aus dem sozialen Katholizismus Nordrhein-Westfalen des Kaiserreichs und der Weimarer Republik kamen Persönlichkeiten wie der langjährige Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns, ebenso wie der Professor für Christliche Sozialwissenschaften in Münster, Franz Hitze, beide Geistliche. Hitze drängte in der Weimarer Nationalversammlung auf die Einrichtung der Betriebsräte, die 1920 erstmals durch Gesetz geschaffen wurden: die Vorläufer des heutigen Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsrechts. Unter Brauns wurde 1927 das Gesetz über die Arbeitslosenhilfe in Deutschland eingeführt. Das rheinisch-westfälische Zentrum trug bis zuletzt die Weimarer Koalition in Preußen mit, die erst durch den Staatsstreich Papens vom Juli 1932 gewaltsam beseitigt wurde. Damals arbeitete der politische Katholizismus Rheinlands und Westfalens mit den Sozialdemokraten in Preußen in einer Regierungskoalition zusammen.

Westorientierung

Im Preußen der Weimarer Republik waren es nicht mehr die konservativen ostelbischen Junker, die die Politik formulierten, sondern wesentlich jene Abgeordnete aus den Provinzen an Rhein und Ruhr, die inzwischen, nach der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts 1918, über die Mehrheit verfügten. Von daher erklärt sich die bewußte Bindung Preußens an die parlamentarische Demokratie von 1919 bis 1932: die Westorientierung. Die politische Reaktion ging in den 20er Jahren nicht von Preußen aus: Auch das zählt zur politischen Tradition des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen. Hitler putschte erstmals 1923 fernab im bayerischen München. Die Westorientierung der preußischen Politik der 20er Jahre zeigte sich auf der kulturpolitischen Ebene in dem großzügigen Ausbau der Universitäten Münster und Köln. Bis 1918 war der Westen Preußens von der preußischen Kulturpolitik immer etwas stiefmütterlich behandelt worden.

Unter dem preußischen Innenminister Carl Severing (SPD), einem früheren Gewerkschaftsfunktionär des Metallarbeiterverbands, 1903 der jüngste Reichstagsabgeordnete, wurde die preußische Polizei zu einem verläßlichen Instrument der Demokratie ausgebaut. Das war nicht selbstverständlich. Severing, dessen politische Heimat Bielefeld war, wurde einer der führenden Politiker der Weimarer Republik. Er war solide, drahtig, tüchtig, verantwortungsbewußt, beliebt in den eigenen Reihen, hatte aber nicht die entsprechende Ausstrahlungskraft nach außen. Letzteres gilt auch von dem aus Düsseldorf kommenden Zentrumspolitiker Wilhelm Marx, einem früheren Landgerichtspräsidenten. Er war mehrfach Reichskanzler einer bürgerlichen Koalitionsregierung auf der Reichsebene. 1925 trat er als gemeinsamer Kandidat von Zentrum und SPD gegen den Kandidaten der bürgerlichen Rechten, Hindenburg, einen typischen »Easterner«, an und unterlag in der entscheidenden Abstimmung – Präsidenten wurden direkt vom Volk gewählt – knapp. Das war eine folgenreiche Niederlage.

Papen, Goebbels, Ley und westdeutsche Kommunisten

Franz von Papen, der 1933 eine äußerst verhängnisvolle Rolle bei der Ernennung Hitlers spielte, selbst als Reichskanzler ein kurzlebiges »Kabinett der Barone« anführte und als Vizekanzler in das erste Kabinett Hitlers eintrat, war kein typischer Repräsentant des rheinisch-westfälischen Katholizismus, dem er entstammte. Er gehörte zu jener schmalen nationalkonservativen Gruppe unter katholischen Adeligen und Teilen des katholischen Bürgertums in Westdeutschland, denen die Koalition mit der Linken verhaßt war und die sich selbst »deutschnational« verstanden. Zu den katholischen Nationalkonservativen zählten nicht nur Adelige. Während des Ersten Weltkriegs gab es beispielsweise in der Zentrumspartei Düsseldorfs einen starken nationalkonservativen Flügel, der sich zum Ärger der katholischen Gewerkschaftler der Stadt betont annexionistisch gebärdete: möglicherweise einer der Gründe, warum sich in der Stadt Düsseldorf die sozialen Gegensätze während der Revolution 1918/19 besonders scharf artikulierten. Es kam Anfang 1919 zu einer städtischen Revolutionsregierung, die innerhalb weniger Tage ausgabefreudig die städtischen Kassen leerte und deren Treiben nur durch Einrücken des Militärs beendet werden konnte, wodurch das innerstädtische soziale Klima erneut vergiftet wurde. Düsseldorf zählte während der 20er Jahre zu denjenigen Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets mit dem höchsten Anteil an kommunistischen Stimmen. Der kommunistische Stimmenanteil lag dort und in einigen anderen NRW-Städten höher als der sozialdemokratische.

Zur »Vorgeschichte« Nordrhein-Westfalens gehören auch zwei führende nationalsozialistische Politiker: Joseph Goebbels und Robert Ley. Die demokratischen Bastionen des Landes waren 1933 beseitigt worden: die Gewerkschaften, die Parteien – das

Zentrum hatte sich selbst aufgelöst – und die frei gewählten kommunalen Parlamente. Die Rolle der Kirchen gegenüber dem Nationalsozialismus war anfangs ambivalent. Erst allmählich regte sich in ihnen der Widerstand, kein politischer, aber doch ein geistiger und kirchlicher. Die Kirchen reagierten aus Sorge um ihren religiösen Bestand. Die Synode der Bekennenden Kirche fand 1934 in Barmen statt. Karl Barth, einer ihrer geistigen Wegbereiter, hatte in Münster und Bonn seine theologische Professur ausgeübt.

An der Universität Münster lehrte in den 30er Jahren der katholische Existenzphilosoph Peter Wust: keine Natur, um zum Widerstand aufzurufen, aber seine Philosophie setzte klare und deutliche Akzente gegen jede Ideologie, zumal die nationalsozialistische. Er fand in Westfalen eine starke und treue Hörerschaft. Kardinal von Galen leistete mit seinen drei Predigten in Münster 1941 Widerstand aus unmittelbarer Betroffenheit: als rechtsstaatlich begründeten Protest gegen die anlaufenden Euthanasiemaßnahmen. Die Nationalsozialisten wagten nicht, gegen den Bischof vorzugehen, und die Euthanasiemaßnahmen selbst wurden vorerst eingestellt. Das tapfere Auftreten des politisch recht konservativen Bischofs, das wenig Nachahmer fand, war einer der wenigen öffentlichen Proteste, die ungeahndet blieben. Insgesamt war die Reserve der kirchlichen Bevölkerung Rheinlands und Westfalens gegen den Nationalsozialismus unpolitischer Natur. Vor allem stießen das sogenannte »Neuheidentum« und der Germanenkult der Nationalsozialisten ab.

Kohle, Stahl und Politik

Zur Rolle Rheinlands und Westfalens in der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts besteht ein Nachholbedarf an historischer Forschung. Die Region von Rhein und Ruhr war seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts und bis 1945 und noch einige Jahre danach, bis daß Kohle und Stahl aus ihrer industriellen Spitzenstellung verdrängt wurden, das Zentrum wirtschaftlicher Macht in Deutschland. Das muß man nicht zu abstrakt verstehen. Hier gab es die Krupp, Stinnes, Thyssen, Vögler, die nicht nur ihre wirtschaftlichen Unternehmen aufbauten, sondern von Rhein und Ruhr aus direkt und indirekt Einfluß auf die Politik nahmen.

Von Rhein und Ruhr kamen aber auch führende sozialistische und christliche Gewerkschaftler des Kaiserreichs wie Theodor Bömelburg, Otto Hue und Heinrich Imbusch. Aber wer kennt ihre Namen heute noch? Gelegentlich findet man in den Städten des Ruhrgebiets Straßennamen, die an sie erinnern. Wer kennt sie vor allem aus dem historisch-sozialen Kontext, aus dem sie lebten und arbeiteten?

19. Jahrhundert

Die Revolutionen von 1789 und 1848 hinterließen in dieser Landschaft ihre Spuren. Vor allem im Rheinland entwickelte sich politische Betroffenheit. Liberale Politiker von 1848 wie Camphausen, Hansemann und Mevissen kamen aus dem Rheinland, Waldeck stammte aus Westfalen. Die Karnevalsumzüge, die man im 19. Jahrhundert einführte, erwiesen sich als vorzüglich geeignet, die ringsum noch bestehende feudale Welt bürgerlich zu karikieren. Die »Kölner Wirren« von 1837, eigentlich ein »Mischehenstreit«, der mit der preußischen Bürokratie ausgefochten wurde, mobilisierte größere Bevölkerungsgruppen des Rheinlands und Westfalens gegen den »Obrigkeitsstaat«. Der literarischen Welt Nordrhein-Westfalens im 19. Jahrhundert gehören zwei Autoren an, die wenig miteinander zu tun hatten und doch einiges gemeinsam haben: Heinrich Heine und Annette von Droste-Hülshoff. Heine, in Düsseldorf als Jude in der Umwelt des rheinischen Katholizismus geboren (Lew Kopelew, Ein Dichter kam vom Rhein, 1981), Droste-Hülshoff als Frau in der katholisch-adeligen und -bürgerlichen Welt des Münsterlandes aufgewachsen und darin zeitlebens gefangen: so empfand sie es jedenfalls selbst. Beide Lyriker deuteten die Beziehung zwischen ihren Persönlichkeiten und ihrer Umwelt mit ungewöhnlicher Sensibilität und sprachlich-literarischer Ausdruckskraft.

Hundert Jahre später hat einer ihrer literarischen Nachfahren, der Kölner Heinrich Böll, in seinen Romanen vielleicht etwas prosaischer und alltäglicher als Heine und Droste-Hülshoff jene Welt eingefangen, in der man jetzt, nach 1945, an Rhein und Ruhr lebte. Ein Vergleich der literarischen Welten lohnt sich, um Veränderungen in den Mentalitäten vom 19. ins 20. Jahrhundert zu studieren.

Heinrich Böll und Freiherr vom Stein

Von Böll existiert ein Aufsatz aus dem Jahre 1960, überschrieben »Nordrhein-Westfalen«. Dort heißt es: »In diesem Bundesland Nordrhein-Westfalen hat Europa die Spuren seines Reichtums und seiner Fülle hinterlassen und die Spuren all seiner Krankheiten; hier sind unzählige Herzogtümer, Bistümer, Städte und Reiche immer wieder auseinandergerissen, immer wieder zusammengeflickt worden, und an den Nahtstellen schmerzt es noch immer. Durch die einheitliche Farbe, die das Bundesland Nordrhein-Westfalen kennzeichnet, schimmert noch das fleckige, vielfältige Gebilde des späten Mittelalters hindurch, das wie ein Narrenkleid aussah.« In diesem Zitat wird die Tiefenstaffelung der Geschichte des Landes angedeutet.

An der Wende zwischen der alten und der modernen Welt des Industriezeitalters, kurz vor 1800, tauchte eine Persönlichkeit im heutigen Nordrhein-Westfalen auf, die der politischen Kultur des Landes bis zur Gegenwart ihren Stempel aufgeprägt hat: Karl Freiherr vom Stein. Die ersten Stationen seiner Beamtenkarriere im preußischen

Verwaltungsdienst verliefen über Minden, Wetter, Hamm, Münster. Von Münster aus betrieb er die Auflösung jener alten Welt, die Böll beschrieben hat: Seine Aufgabe war damals die Säkularisation all jener geistlichen Herrschaften, der Fürstbistümer und Klöster, durchzuführen, die auf dem sogenannten Reichsdeputationshauptschluß 1803 beschlossen worden war. Seit dem Mittelalter hatten sie die bunte politische Landkarte der Landschaft Nordrhein-Westfalens geprägt. Die größten Fürstbistümer, die meist von dem Adel über die Domkapitel beherrscht wurden, waren Münster, Paderborn und Köln. Ihre Gründung ging bis auf die Zeit Karls des Großen zurück. 1803 endete eine politische Struktur, die über tausend Jahre Bestand gehabt hatte.

16. und 17. Jahrhundert

Die relative sozio-politische und kulturelle Einheit und Verbundenheit des Landes im Mittelalter endete bereits mit der Reformation im 16. Jahrhundert. Zwar blieben die größeren Fürstbistümer katholisch, aber zahlreiche kleinere Herrschaften und einzelne Städte wurden allmählich protestantisch. Das führte zu territorialen Absonderungen gerade der einheimischen Bevölkerung, und einer wachsenden Einflußnahme der Behörden auf die Entwicklung der einzelnen Landesteile: einer Bürokratie, die man im Mittelalter so ausgeprägt kaum gekannt hatte. So kann von einem »Landesbewußtsein« vom 16. bis ins 18. Jahrhundert überhaupt nicht mehr die Rede sein. Auch die Hanse, die im Mittelalter die rheinisch-westfälischen Städte verband, schlief allmählich ein. Dennoch gab es in dieser Zeit eine interessante politisch-territoriale Kombination, die durch Heiratspolitik und Erbschaft entstanden war: die Verbindung der Herrschaften Kleve-Mark-Ravensberg, die sich quer mitten durch das heutige Gebiet Nordrhein-Westfalens von Kleve über Hamm nach Bielefeld zog und sich durch ihre liberale, erasmische Kirchenpolitik gegenüber den Konfessionen auszeichnete. Sie fiel ab 1609 an Preußen. Durch Zufall lag das spätere Ruhrgebiet zum großen Teil auf diesem Territorium. Dieser Zufall ermöglichte viel später, im 19. Jahrhundert, die preußisch-deutsche Machtpolitik, die ohne den wirtschaftlichen Hintergrund der westdeutschen Territorien Preußens nicht denkbar gewesen wäre.

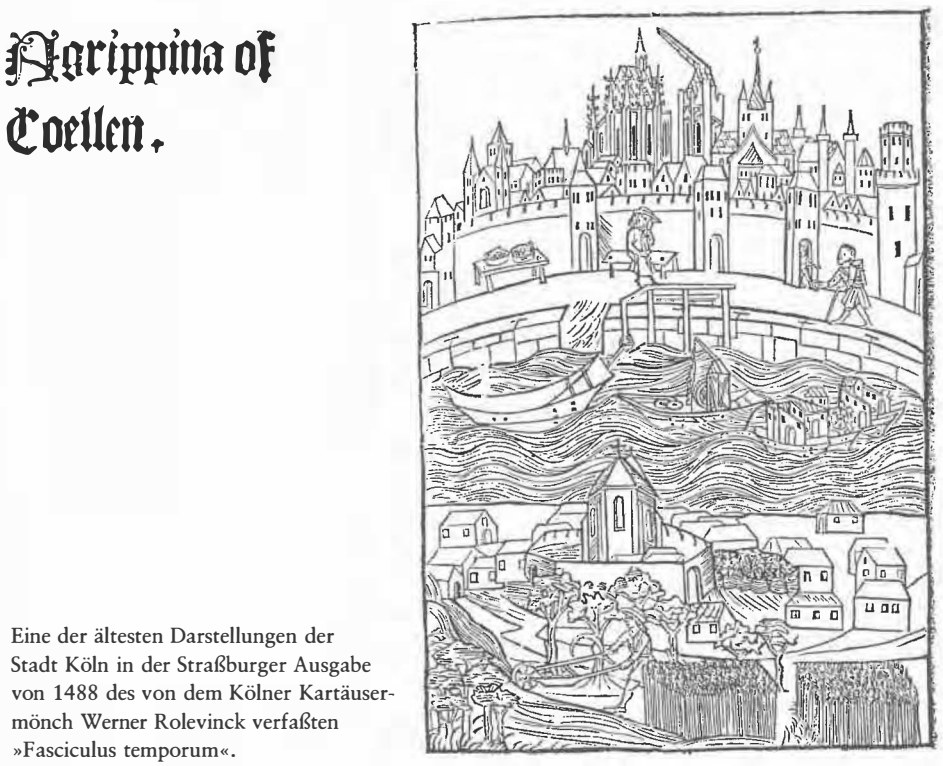
Größtes Aufsehen nicht nur im Reich, sondern in Europa, hatte im 16. Jahrhundert die zweijährige Herrschaft der Wiedertäufer in Münster 1534/35 erregt, die inzwischen eingehend erforscht ist. Es handelte sich in ihren Anfängen um eine demokratisch-religiöse Bewegung, die zunächst von den Niederlanden ausging, sich radikalisierte und nach der Belagerung der Stadt durch katholische und protestantische Truppen aus dem Reich sich geradezu fanatisierte, zum Selbstterror unter den Eingeschlossenen führte und phantastische Formen annahm. Brutal war die Rache der Belagerer nach der Eroberung. Die Ideologisierung des Konfliktes löste damals auf beiden Seiten die moralischen Hemmungen, bei den Schwachen wie bei den Mächtigen.

Rheinisch-westfälische Kirchenfürsten

Nicht alle mittelalterlichen Bischöfe Rheinlands und Westfalens waren ausgesprochene Politiker. Liudger, der erste Bischof von Münster, war – dies zeigen auch die Legenden, die sich um seine Person ranken –, eine bewußt religiöse Persönlichkeit gewesen.

Eine gezielte Politisierung des Landes begann mit der Einsetzung Brunos als Erzbischof von Köln durch seinen Bruder, Kaiser Otto den Großen, 953. Bruno wurde die rechte Hand des Kaisers und erhielt noch das westlich des Rheins gelegene Territorium Lothringen, in etwa die heutigen Benelux-Länder, als Herzogtum. Seit dieser Zeit wurde am Rhein Macht- und Reichspolitik betrieben. Zu den politischen Erzbischöfen Kölns zählen Anno II. im 11. Jahrhundert, Reinald von Dassel im 12. und Engelbert von Berg im 13. Jahrhundert. Die Kölner Bürgerschaft, seit Anno II. immer wieder in Konflikten mit den Bischöfen, entledigte sich in der Schlacht von Worringen 1288 der Herrschaft ihrer erzbischöflichen Landesherren.

Erzbischof Anno II. hatte die Erziehung des jungen Heinrich IV. übernommen, jenes Kaisers, der später den berühmten Konflikt mit Papst Gregor VII. austrug und



Eine der ältesten Darstellungen der Stadt Köln in der Straßburger Ausgabe von 1488 des von dem Kölner Kartäusermönch Werner Rolevinck verfaßten »Fasciculus temporum«.

den Gang nach Canossa antrat. Bereits damals wurde am Rhein massiv Politik betrieben: Als Anno den jungen Heinrich auf einem Schiff 1062 entführen ließ und der junge Mann die Absicht durchschaute, stürzte sich Heinrich bei Kaiserswerth verzweifelt in den Rhein, um dem Zugriff seines Erziehers zu entgehen – vergeblich. Später, als Kaiser, fand er in Benno II., dem Bischof von Osnabrück, einen treuen Mitarbeiter.

Stadt und Nation im Mittelalter: Dortmund 1377

Im Mittelalter gab es kaum Landesbewußtsein, um so intensiver aber ein »Stadtbewußtsein«. Als die Reichsstadt Dortmund am 22. November 1377 Kaiser Karl IV. empfing, der auf einer Reise durch Deutschland auf dem Weg über Lüneburg, Minden, Herford, Paderborn und Soest angereist kam, inszenierte man in Dortmund einen großen Empfang. Der alte und der neue Bürgermeister ritten dem Kaiser vor der Stadt entgegen, übergaben ihm die Stadtschlüssel, wie der städtische Chronist Dietrich Westhoff berichtet. Vor den Stadttoren holte eine Prozession der Geistlichkeit und der Bürgerschaft den Kaiser und sein Gefolge ab: Voran gingen die Nonnen des Klosters St. Katharina, paarweise, wobei jede ein Heiligtum (Reliquie) in den Händen trug. Ihnen folgten die Brüder des Franziskaner- und Dominikaner-Klosters, auch sie ein »Heiligtum« in ihren Händen. Am Schluß der Prozession trug man den Schrein von St. Reinoldi, des Stadtheiligen, umrahmt von allen Kerzen, die man in den Kirchen Dortmunds hatte auftreiben können. Der Kaiser küßte den Reinoldi-Schrein und ritt durch die »Ostenporte« unter einem blauen Baldachin in die Stadt. Die beiden Bürgermeister führten sein Pferd am Zaum.

Indessen gab es während der Mittagszeit einige außenpolitische Verwicklungen für die Stadt. Die adeligen Nachbarn, die Grafen Engelbert von der Mark und Wilhelm von Berg hatten sich vor der Stadt eingefunden und baten um Einlaß mit ihrem Gefolge. Der Graf von der Mark durfte mit 50 Pferden einziehen, dem Grafen von Berg wurden aber nur 40 Pferde zugestanden. Er ist beleidigt und bleibt draußen. Schließlich wird auch der Kaiser aufgeklärt: Wilhelm von Berg habe die Stadt jüngst beängstigt und »molestijrt«, ihr Korn zertreten und von den Bürgern Dortmunds ungewöhnliche Zölle verlangt. Die Argumente der Stadt leuchten Karl IV. ein, und er billigte ihre Linie gegenüber dem Grafen von Berg. Es bleibt bei nur 40 Pferden. Graf Wilhelm ist um so beleidigter: 10 Pferde weniger als der Graf von der Mark! In »hogester ungunst und heftig en torne« verläßt er den Ort und kehrt mit seinem Gefolge nach Hause zurück. So berichtet die Chronik.

Belagerung von Neuß 1474/75

Die größte Gefährdung des historischen »Nordrhein-Westfalen« vollzog sich wohl 1474/75 mit der Belagerung von Neuß durch Herzog Karl von Burgund. Äußerlicher

Anlaß war ein Streit um die Anerkennung des Kölner Erzbischofs Ruprecht von Bayern durch das Kölner Domkapitel. Der Erzbischof verband sich mit dem Herzog. Auf die Seite Kölns traten der Landgraf von Hessen, der Markgraf von Brandenburg und schließlich der Kaiser. Im Juli 1474 zog Karl der Kühne, wie er genannt wurde, von Maastricht aus gegen Neuß. Die Stadt wurde eingeschlossen und ein dreiviertel Jahr lang vergeblich belagert. Die burgundischen Ritter richteten sich vor den Mauern der Stadt häuslich ein: eine große Zeltstadt, architektonisch kunstvoll angelegt, sogar mit kleinen Gärten ausgestattet, mit Schenken, Geschäften, Brauereien und allem, was nötig war. Sogar die Historiker, die später berichten sollten, hatten die burgundischen Ritter gleich mitgebracht. Nur die Beheizung der Zelte während des Winters war äußerst schlecht. Man fror. Philippe von Croy klagte, auch das wird (auf französisch) berichtet: »Ach, wo sind die Damen, um uns zu unterhalten, uns zur Tapferkeit anzufeuern, oder uns mit Kampfzeichen, Abzeichen, Kopftüchern und Halstüchern zu schmücken!« Als sich schließlich das kaiserliche Heer Neuß näherte, einigte man sich unter Vermittlung des päpstlichen Nuntius auf den Abzug beider Heere. Die vergebliche Belagerung von Neuß war das größte militärische und gesellschaftliche Ereignis am Niederrhein in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Die Stadt Neuß ließ eine Reimchronik über die Belagerung anfertigen und dankte darin St. Quirin und der Jungfrau Maria für deren Beistand. Die Folgen einer tatsächlichen Eroberung von Neuß und anschließend des Erzbistums von Köln wären – aus heutiger Sicht – kaum ausdenkbar: Nordrhein-Westfalen gehörte heute möglicherweise zu Belgien und würde von Brüssel aus regiert. Zum späteren Aufstieg Preußens wäre es vielleicht nicht mehr gekommen. Grenzen, das zeigt sich auch an diesem Vorfall, sind in der NRW-Geschichte immer etwas Zufälliges.

Die Geburt des Landesbewußtseins in der Kartause von Köln

Die erste Landesgründung zur Zeit Karls des Großen war nie unumstritten gewesen, da sie mit politischer Gewalt durchgesetzt wurde und der bäuerlichen Bevölkerung zahlreiche ihrer früheren sozialen und politischen Freiheiten nahm. Anscheinend hat sich eine latente Protesthaltung unter den abhängigen Bauern noch Jahrhunderte gehalten, die sich vor allem gegen die Steuer und Dienstverpflichtungen gegenüber ihren Grundherren richtete. Dies waren oft Kirchen und Klöster, nicht nur adelige Familien.

Man spürt diese Mißstimmung noch in der ersten historischen, politischen und kulturgeschichtlichen Beschreibung des Landes, die der Prior des Kölner Kartäuserklosters St. Barbara, Werner Rolevinck, 1474 als Buch drucken ließ. Rolevinck war der Sohn eines wohlhabenden Bauern aus Laer im Münsterland, der bereits als junger Mann nach Köln gekommen war, dort ein beliebter Prediger wurde und über zahlreiche wissenschaftliche Kontakte nach außen verfügte. Er verfaßte mehrere Schriften,

darunter eine ausführliche Schrift über die Lage der Bauern mit einem bewußt pastoralen Akzent, und jenes Buch »Laus Westphaliae«, das »Lob Westfalens«, eine Geschichte Westfalens, das sich sicherlich in der Beschreibung der Zustände Westfalens nicht allzusehr von der des benachbarten Rheinlandes abhob. Diese Quelle ist schon deshalb so interessant, weil es dergleichen Regionalgeschichten im 15. Jahrhundert in Deutschland praktisch noch nicht gab. Zudem führt sich Rolevinck bereits in der Ich-Form selbstbewußt als Erzähler ein. Das ist ungewöhnlich.

Noch 650 Jahre nach der erstmaligen politischen Erfassung des Landes hielt es Rolevinck, der die politische Geschichte übrigens insgesamt, wenngleich mit einigen Wundergeschichten vermischt, nicht unkritisch schreibt, für notwendig, die rigiden Maßnahmen Karls des Großen zu verteidigen. »Einige vertreten die Meinung, Karl, der heilige Fürst, habe das westfälische Volk maßlos hart und unmenschlich behandelt durch seine unerträglich strengen Gesetze. Das ist meiner Meinugn nach ein Irrtum.« Und er argumentierte: »Um dies klar zu stellen, brauche ich nur kurz und möglichst wahrheitsgetreu die Art und Weise seiner Landesregierung (modum regiminis) zu schildern, so wie ich sie in Aufzeichnungen und teilweise auch aus eigener Anschauung kennengelernt habe. Es ist doch ganz ausgeschlossen, daß der hl. Liudger, der erste Bischof von Münster, und der hl. Hatumar, der erste Bischof von Paderborn, sowie die anderen durch viele Wunder ausgezeichneten ehrwürdigen Männer damit einverstanden gewesen wären, wenn die ins Land gekommenen Fremden, und wären sie auch noch so gläubige Christen gewesen, das eben bekehrte Volk so unglücklich gemacht hätten. Das würde ganz und gar im Gegensatz zum Geiste des Christentums gestanden haben, das seinen Anhängern eine viel größere Nächstenliebe zur Pflicht macht, als das Heidentum sie kannte.« Soweit Rolevincks historisch-politische Argumentation, die er offensichtlich sehr ernst nahm, aus dem Jahre 1474.

Blumen der Vergangenheit

Rolevincks »Westfalengeschicht« gehört zu den »Inkunabeln«, den »Wiegendrukken«, den ersten gedruckten Büchern des 15. Jahrhunderts. Das Buch hat aber keineswegs nur bibliophilen Wert. Es liefert, wie eine weitere »Inkunabel«, Rolevincks Schrift »De Regimine Rusticorum« über die Lebenswelt der Bauern, äußerst ergiebige Quellen für die historische Soziologie des 15. Jahrhunderts, natürlich auch für die pastorale Sicht des Autors, die nie verleugnet wird. Bei einer geduldigen Lektüre wird hier eine weithin unbekannte historische Dimension des heutigen Nordrhein-Westfalen sichtbar, die erstaunen läßt. Beide Schriften Rolevincks zeigen, daß die Geschichte eines Landes selbst über 500 Jahre hinweg bei allen Veränderungen, die inzwischen eingetreten sind, keineswegs in sich beziehungslos ist: natürlich nicht in einer direkten Traditionslinie. Aber darauf kommt es nicht an. Wichtiger ist der Nachweis der Geschichtlichkeit des Landes, die sich aber nicht durch Bekenntnisse oder Identitätssuche realisieren läßt, sondern am ehesten durch eine aufmerksame und sorgfältige Lektüre der entsprechenden Texte, um zu den Menschen zu gelangen und zu den Zeiten und Umständen, in denen sie lebten.

Die älteste Stadtansicht aus Nordrhein-Westfalen findet sich übrigens in einem weiteren Buch Rolevincks. Es ist der »Fasciculus temporum«, ein Geschichtsbuch, das als Folio-Band gedruckt und ständig nachgedruckt wurde. Ein dort abgedruckter Stich zeigt die Stadt Köln von der Rheinseite mit dem bekannten Baukran neben dem Dom, an dem jahrhundertelang gebaut wurde. Dieses Geschichtsbuch wurde schon bald ins Französische übertragen und erhielt dabei einen wunderschönen Untertitel: »Les fleurs des temps passés«: Die Blumen der Vergangenheit.

Anmerkungen

Ein plastisches Bild der historischen Landschaft Nordrhein-Westfalens, wenngleich mit betont kunstgeschichtlichem Akzent, vermitteln die Bände der DuMont-Reiseführer: *W. P. Eckert*, Köln. Stadt am Rhein zwischen Tradition und Fortschritt, Köln 1976; *W. P. Eckert*, Der Niederrhein. Das Land und seine Städte, Burgen und Kirchen, Köln 1977; *B. Fischer*, Münster und das Münsterland. Geschichte und Kultur, Köln 1982; *G. U. Großmann*, Östliches Westfalen. Kunst und Kultur zwischen Soest und Paderborn, Minden und Warburg, Köln 1983; *T. Parent*, Das Ruhrgebiet. Kultur und Geschichte im ›Revier‹ zwischen Ruhr und Lippe, Köln 1984; *B. Fischer*, Das Bergische Land. Kultur, Geschichte, Landschaft zwischen Ruhr und Sieg, Köln[6] 1985; *D. Arens*, Sauerland mit Siegerland und Wittgensteiner Land. Kultur und Landschaft im gebirgigen Süden Westfalens, Köln 1985; *W. Pippke / I. Pallhuber*, Die Eifel. Entdeckungsreisen durch Landschaft, Geschichte, Kultur und Kunst, Köln 1984. Inzwischen haben die Landeshistoriker die beiden Landesteile Westfalen und Rheinland – Lippe war bis 1945 ein eigenständiges Land – ihre eigenen voluminösen »Landesgeschichten« herausgebracht: *F. Petri / G. Droege* (Hrsg.), Rheinische Geschichte, Bd. 1: Altertum und Mittelalter, Bd. 2: Neuzeit, Bd. 3: Wirtschaft und Kultur, Ergänzungsband: Bild- und Dokumentarband, Düsseldorf 1976–1983; *W. Kohl* (Hrsg.), Westfälische Geschichte, Bd. 1: Mittelalter und Frühe Neuzeit, Bd. 2: Das 19. Jahrhundert. Politik und Kultur, Bd. 3: Wirtschaft und Gesellschaft, Ergänzungsband: Bild- und Dokumentarband, Münster 1983–1985.

Diese »Landesgeschichten« neigen dazu, sich in den Details zu verlieren. Regionalgeschichten, die in ihrem Anspruch mit den seit kurzem herausgekommenen drei Bänden der britischen Regionalgeschichte konkurrieren könnten, sind es nicht: In der »Regional History of England Series« (Longman-London) sind bisher erschienen: *N. Higham*, »The Northern Countries to AD 1000«; *D. Hey*, »Yorkshire from AD 1000«; *J. H. Bettey*, »Wessex from AD 1000«. Zur historischen politischen Struktur Nordrhein-Westfalens: *W. Fehling / B. Sindermann*, Nordrhein-Westfalen. Eine politische Landeskunde, Köln 1984; *U. v. Alemann*, Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Köln 1985; *W. Ribhegge*, Schwerindustrie, Gewerkschaften und Politik an der Ruhr im 19. und 20. Jahrhundert, in: Westfälische Zeitschrift, Bd. 135 (1985), S. 123–177.

Johannes H. Voigt

»Ehrentitel« oder der Streit zwischen der Firma Bosch und der Technischen Hochschule Stuttgart während der Zeit des Nationalsozialismus

Eine Technische Hochschule und die sie in Stadt und Land umgebende Industrie sind aufeinander angewiesen: die eine profitiert von der Lehre und Forschung, die andere von den Herausforderungen der Praxis und den aus der Produktion stammenden Mitteln. Zwischen der Firma Bosch und der TH Stuttgart wurden sehr früh Verbindungen geknüpft, die zu einem »give and take« führten, von dem beide Nutzen hatten. Schon 1910 fand dieses Verhältnis einen geradezu spektakulären Niederschlag, als Robert Bosch eine Stiftung zugunsten der TH Stuttgart mit einer Million Mark gründete. Daß man dem Stifter daraufhin den Dr. Ing. ehrenhalber verlieh, war ihm, wie er in seinen Lebenserinnerungen anvertraute, nicht recht.[1] So jedenfalls wollte er die Leistungen seiner Firma nicht honoriert sehen. Die Unternehmensleitung übernahm von ihm die Aversion gegen Titel und bekundet sie auch heute noch. Nachdem durch die Folgen des Ersten Weltkrieges und die Inflation die Mittel der Stiftung versiegten, wurde die »Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule« gegründet, deren langjähriger Vorsitzender Robert Bosch war, bis er 1936 den Vorsitz niederlegte.[2]

Ein halbes Jahrhundert nach der Firmengründung und etwa 25 Jahre nach der großen Stiftung zerriß das Vertrauensverhältnis zwischen der Firma und der TH, und es sollte lange dauern, bis die damals entstandenen Wunden verheilten. Was war geschehen?

1. Der Fall

Mancher Leser der vom Gauamt für Technik in Württemberg-Hohenzollern herausgegebenen Zeitschrift *Die Technik* wird sich die Augen gerieben haben, als er im Herbst 1937 im Heft Nr. 9 den anonymen Beitrag unter der Überschrift »Berufs- und Berufsehrenfragen« las;[3] denn darin war von einem großen industriellen Unternehmen »unseres Landes« die Rede, das »vom Umbruch der Geisteshaltung des Volkes durch den Nationalsozialismus offenbar wenig berührt geblieben« sei, da es sonst nicht hätte sein können, »daß gleichzeitig für vier Direktoren der Ehrentitel Dr. h. c. hätte gefordert werden können, wenn auch für die Honorierung dieser Leistung ein sehr ansehnlicher sechsstelliger Betrag als Förderung der Hochschule des Landes in Aussicht gestellt war«. Solch ein Verhalten entspreche nicht dem Geist der neuen Zeit, und Reichserziehungsminister Rust habe dem einen Riegel vorgeschoben: Nur noch Ausländern dürfe ein solcher Titel verliehen werden.

Gar mancher Leser, der sich im Lande auskannte und die Zeitschrift auch früher sorgfältig gelesen hatte, mochte ahnen, daß der Artikel mit dem großen industriellen Unternehmen nur die Firma Bosch meinen konnte.[4] Hier wurde etwas unter dem Deckmantel der Anonymität insinuiert, was für die nicht genannte Firma höchst ehrenrührig sein mußte.

Die von diesem journalistischen »Tiefschlag« betroffene Leitung der Firma Bosch baute nicht darauf, daß der Name der Firma nicht genannt war, noch daß die Andeutungen des Artikels in absehbarer Zeit vergessen werden könnten. Der damalige »Betriebsführer« der Firma, Hans Walz,[5] verwahrte sich in einem Schreiben an den Herausgeber der Zeitschrift, Rudolf Rohrbach, gegen die im Artikel aufgestellten Behauptungen des anonymen Verfassers und nannte das Ganze »einen Mißbrauch nationalsozialistischen Gedankengutes zu sehr zweifelhaften Zwecken und gleichzeitig einen Beweis seiner Böswilligkeit«. Das war, nebenbei bemerkt, eine höchst geschickte Formulierung, ließ sich der Ausdruck »Böswilligkeit« grammatikalisch eher auf den Begriff »nationalsozialistisches Gedankengut« beziehen als auf den Verfasser! Walz stellte in seinem Schreiben klar, daß die Robert Bosch A.G. weder für vier Direktoren noch für einen die Verleihung des Ehrendoktors »gefordert« habe und daß die in Aussicht gestellte »Honorierung dieser Leistung« ein aufgelegter Schwindel sei.

Kein Zweifel besteht darüber, daß im Zusammenhang mit dem 50jährigen Jubiläum der Robert Bosch A.G. im Jahre 1936 eine Ehrung der Firma erwogen und diskutiert wurde. Unbestritten ist ferner, daß der Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart, Wilhelm Stortz, am 28. August jenes Jahres beim Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung um eine Genehmigung für die Verleihung des Titels »Ehrensenator« der TH an drei Direktoren der Firma, nämlich Walz,

[1] Robert Bosch GmbH Archiv Stuttgart (RBA), *R. Bosch,* Lebenserinnerungen, geschrieben 1921 (masch.), S. 21. Ich danke der Fa. Robert Bosch für die freundliche Hilfe, die mir bei meiner Untersuchung zuteil wurde.
[2] *O. Borst,* Schule des Schwabenlands, Stuttgart 1979, S. 367f.
[3] Berufs- und Berufsehrenfragen, in: Die Technik 9/1937, hrsg. v. Gauamt für Technik der NSDAP, Gau Württemberg-Hohenzollern, S. 88f.
[4] RBA, *H. Walz* an Gauamtsleiter R. Rohrbach, Hrsg. der Zeitschrift Die Technik, Stuttgart 23. 11. 1937.
[5] Zu Walz s. *H. Degener,* Wer ist's?, Berlin 1935, S. 1682; Stuttgarter Zeitung Nr. 70 v. 25. 3. 1958; *H. K. Herdt,* Bosch 1861–1986. Porträt eines Unternehmens, Stuttgart 1986, S. 64–66.

Fellmeth und Wild, nachsuchte.[6] Parallel dazu bemühte sich der Präsident der Wirtschaftskammer für Württemberg und Mitglied des Reichstages, Fritz Kiehn,[7] in Berlin um eine Sondergenehmigung für die Verleihung einer Ehrendoktorwürde an die Direktoren des Unternehmens, wobei er vom württembergischen Wirtschaftsminister unterstützt wurde.[8] Als Kiehns »Aktion« fehlschlug, aber Rektor Stortz mit der Genehmigung für die Verleihung einer Ehrensenatorwürde Erfolg hatte, bat Kiehn im Einvernehmen mit den Direktoren der Firma, von einer Ernennung der drei Herren zu Ehrensenatoren Abstand zu nehmen.[9]

Offen blieben jedoch folgende Fragen, die den Kern der Kontroverse ausmachten: Erstens, von wem ging die Initiative des Verleihungsvorhabens aus – von der TH Stuttgart, der Firma Bosch oder dem »Mittelsmann« Präsident Kiehn? Zweitens, wurde die geplante Ehrung mit einem Spendenangebot verknüpft?

Nach einer Schilderung des Rektors hatte Professor Kamm in der TH den Ehrendoktortitel für Direktor Wild, Chefingenieur von Bosch, beantragt und Präsident Kiehn daraufhin vorgeschlagen, drei Direktoren der Firma auf diese Weise zu ehren, während er selbst, Stortz, auf die Verordnung des Reichserziehungsministeriums hingewiesen habe, nach der dies unmöglich sei.[10] Kiehn wollte daraufhin von sich aus einen Vorstoß in Berlin unternehmen. Stortz scheint ein Doppelspiel getrieben zu haben: Er selbst beantragte den Ehrensenator, beließ aber Kiehn im Glauben, er unterstütze dessen Bemühungen in Berlin um eine Ehrendoktorwürde. Wenige Tage nachdem ihm das Scheitern von dessen »Aktion« in Berlin mitgeteilt worden war, überraschte er ihn und die Firma mit der Nachricht von der Genehmigung für die Verleihung der Ehrensenatorwürde.[11]

Anders sah Walz im Vorstand der Firma den Vorgang. Einige Wochen vor dem 50jährigen Geschäftsjubiläum habe Präsident Kiehn ihm vertraulich mitgeteilt, »daß der Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart sich an ihn gewandt habe mit der Bemerkung, die Technische Hochschule wolle der Firma Bosch eine Ehrung zuteil werden lassen. Herr Kiehn wollte von mir wissen, was in dieser Beziehung geschehen

[6] RBA, *W. Stortz* an F. Kiehn, Schleching bei Marquartstein 9. 9. 1936; Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZSP), 49.01 (REM), 2372; *W. Storz*, Der Rektor der Technischen Hochschule an die Professoren, Lehrbeauftragten und Assistenten sowie an die Freunde der Technischen Hochschule Stuttgart, N. 18. 1. 1938 (gedruckt). Den Damen und Herren des Zentralen Staatsarchivs in Potsdam danke ich für alle Hilfe bei der Benutzung der einschlägigen Quellen zur Geschichte der TH Stuttgart während der NS-Zeit. Zu Stortz' Rektorat vgl. *O. Borst* (s. A 2), S. 402–404; Fellmeth, Hermann war seit 1920 als Vertriebsmann in der Geschäftsleitung der Fa. Bosch (Auskunft RBA), zu Wild, Karl, techn. Hauptleiter, s. Stuttgarter Nachrichten v. 28. 11. 1952.

[7] Zu F. Kiehn s. *H. Degener* (s. A 5), S. 808 sowie *Fünftausend Köpfe*. Wer war was im Dritten Reich, Bruchsal 1967, S. 231.

[8] RBA, *Schmid* an Bosler, Stuttgart 26. 8. 1936.

[9] *W. Storz*, Der Rektor (s. A 6).

[10] Ebda.

[11] RBA, *W. Stortz* an F. Kiehn, Schleching bei Marquartstein 7. 9. 1936; RBA, *W. Storz* an F. Kiehn (s. A 6).

könne. Ich erwiderte, daß Herr Bosch bereits alle Ehrungen der Hochschule empfangen habe; wenn letztere darüber hinaus eine Ehrung im Sinne habe, so bleibe kaum eine andere geeignete Möglichkeit übrig, als die Verleihung der Würde eines Dr. ing. h. c. (sic) an Herrn Wild.«[12] Er war der Meinung, daß die TH dann in Berlin auch nur um die Genehmigung für die Verleihung eines Ehrendoktortitels nachsuchte. Doch niemals habe die Firma Bosch »irgendwelche Forderungen gestellt noch Geld – oder sonstige Anerbietungen gemacht«.[13]

Präsident Kiehn unterstützte weitgehend die Darstellung von Walz. Er erinnerte sich am 21. Dezember 1937, daß Rektor Stortz seinerzeit mit der Bitte an ihn herangetreten sei, er möge doch für die Burse der TH bei der württembergischen Industrie für die notwendigen Geldmittel sorgen. Und wörtlich: »Gelegentlich einer Besprechung zwischen Rektor Stortz und mir, kam – von irgend einer Seite angeregt – auch das Gespräch darauf, einen Herrn der Firma Robert Bosch A.G. anläßlich des 50jährigen Jubiläums womöglich zum Ehrendoktor zu ernennen. Wer die Anregung gegeben hat, (es kann sein, daß sie von mir ausging) kann ich heute mit Sicherheit nicht mehr sagen.«[14] Bei seiner Anregung hatte er, Kiehn, zunächst an Walz gedacht, dieser hatte aber statt seiner Wild vorgeschlagen, woraufhin er drei vorgeschlagen habe: Walz, Wild und Fellmeth. Schließlich bekräftigte er: »Niemals ist aber von einem der Herren der Firma Bosch A.G. zu mir oder von mir der Technischen Hochschule Stuttgart, bzw. ihrem Rektor oder sonst einer Persönlichkeit gegenüber, überhaupt von einer Zuweisung oder Spende, oder wie man es sonst bezeichnen möchte, in geldlicher oder sonstiger Form, gesprochen worden; ich erkläre das ausdrücklich an Eidesstatt.«

In der Tat läßt sich den überlieferten Quellen nirgends eine direkte Verbindung zwischen einer möglichen Geldspende und dem Ehrungsvorhaben entnehmen.

2. *Der Streit*

Auf den Vorwurf des anonymen Artikels in der *Technik* hatte Walz, wie erwähnt, zunächst mit einem Schreiben an den Herausgeber reagiert. Eine Diskussion zwischen Vertretern der Firma Bosch und Herausgeber Rohrbach in dessen Amtszimmer in der Gauleitung am 4. Dezember 1937 schien einen Weg für eine rechtzeitige Beilegung des Streits anzubahnen.[15] Man war damals bereit, wie Rohrbach es später formu-

[12] RBA, *H. Walz*, Aufzeichnung, Stuttgart 23. 11. 1937.

[13] RBA, *H. Walz* an F. Kiehn, Stuttgart 14. 1. 1938 (Durchschlag).

[14] RBA, *F. Kiehn*, Meine Erinnerungen zu der Frage, ob die Firma Bosch AG Stuttgart der Technischen Hochschule Stuttgart für die Ernennung von vier Herren der Firma zu Ehrendoktoren Geld zu zahlen versprochen habe, Stuttgart 21. 12. 1937.

[15] RBA, Gauamtsleiter *R. Rohrbach* an Fa. Bosch, Stuttgart 21. 12. 1937; und Anlage dazu *H. Walz*, Der wahre Sachverhalt wie es Herrn Rohrbach am 4. Dezember mündlich vor sechs Zeugen zur Kenntnis gebracht wurde (gedruckt).

lierte, »über die Angelegenheit der Ehrendoktoren den Mantel nationalsozialistischer Großzügigkeit zu breiten«.[16] Aber das konnte für Bosch keine Lösung sein.

Was Rohrbach schließlich bewog, im Januarheft der *Technik* (1938) einen zweiten Artikel, diesmal unter seinem Namen mit dem Titel »Die Ehrendoktoren«, zu veröffentlichen, läßt sich zwar nicht endgültig klären, aber es gibt einen Hinweis, daß Rektor Stortz dahinterstand, der am 1. Februar öffentlich erklärte, das Gauamt für Technik habe diesem Artikel eine von ihm angeforderte Darlegung des Tatbestandes zugrunde gelegt, ohne daß er an der Abfassung beteiligt gewesen sei.[17] In diesem Artikel wurden die früheren Behauptungen wieder aufgegriffen, wenn auch modifiziert vorgetragen. So heißt es, daß der Mittelsmann (Kiehn) bei seinen wiederholten Verhandlungen mit dem Rektorat der TH habe »einfließen« lassen, daß bei der Firma Bosch die Geneigtheit bestehe, »die zusammengeschrumpfte Jubiläumsstiftung gelegentlich des Firmenjubiläums wieder auf eine halbe Million aufzufüllen«. Beleidigend für die Firma mußte die Schilderung der Reaktion auf die Bemühungen der TH um eine Ehrung sein, wenn es heißt: »Die Firma ließ durch denselben Mittelsmann dem Rektorat mitteilen, daß, nachdem die Erteilung des Ehrendoktortitels gescheitert sei, eine Ernennung zum Ehrensenator nicht in Frage komme; die mündliche Erklärung zu dieser Zurückweisung lautete so, daß man nicht wisse, was man mit dem Ehrensenatortitel anfangen solle. Die besprochene finanzielle Förderung blieb aus.«

War damit nun der Streit in aller Öffentlichkeit entbrannt, so war die Leitung der Firma Bosch bemüht, ihre Version der Vorgänge den Firmenmitgliedern mitzuteilen; das geschah in einem gedruckten Rundschreiben am 12. Februar 1938. Gleichzeitig schien eine von seiten der SS-Führung Stuttgarts unternommene Schlichtung zum Erfolg zu führen; am 18. Januar war Herausgeber Rohrbach bereit, in der nächsten Nummer seiner *Technik* eine Erklärung zu veröffentlichen, in der er die Vorwürfe gegen die Firma Bosch zurücknehme, nach denen sie von sich aus an die Hochschule herangetreten sei, um eine Ehrung zu erlangen, und daß sie irgend jemand autorisiert habe, in diesem Zusammenhang Spenden anzubieten.[18]

Doch just am gleichen Tag, dem 18. Januar, veröffentlichte Rektor Stortz in einem gedruckten Rundbrief an »Die Professoren, Lehrbeauftragten und Assistenten sowie an die Freunde der Technischen Hochschule« seine »Antwort« auf das Rundschreiben der Firma Bosch, in dem er u. a. erklärte, daß die Behauptung, die TH sei wegen einer Ehrung durch Präsident Kiehn als Mittelsmann an die Firma Bosch herangetreten, falsch sei.[19] Damit war eine Beilegung des Streits wieder in weite Ferne gerückt,

[16] *R. Rohrbach,* Die Ehrendoktoren, in: Die Technik 1/1938, S. 5.
[17] ZSP, *W. Storz,* Erklärung des Rektors zu dem Brief der Firma Robert Bosch GmbH an die Hochschulangehörigen, Stuttgart-N. 1. 2. 1938.
[18] RBA, Abmachung, Stuttgart 18. 1. 1938 (unterz. von v. Alvensleben), Einverständniserklärung von Rohrbach und Walz.
[19] RBA, *W. Stortz,* Der Rektor (s. A 6).

zumal jetzt auch die Firma Bosch mit einem Rundschreiben »An die Professoren, Lehrbeauftragten und Assistenten sowie an Freunde der Technischen Hochschule« auf das Rundschreiben von Stortz reagierte.[20] Sie warf darin Stortz die ganze Schuld für den öffentlich geführten »Verleumdungsfeldzug« gegen das Unternehmen vor und erklärte wörtlich: »Angesichts dieses unerhörten Verhaltens, für das ein vernünftiger Sinn überhaupt nicht zu erkennen ist, sind wir, so leid es uns tut, zu der Erklärung genötigt, daß alle unsere Beziehungen zur Technischen Hochschule als abgebrochen zu betrachten sind, solange Herr Professor Stortz als Rektor an ihrer Spitze steht.«

Stortz glaubte am längeren Hebel zu sitzen, da er sich der Unterstützung der Parteiführung in Stuttgart, München und Berlin mit Ausnahme der der SS sicher glaubte oder wußte. Walz täuschte sich bei der Annahme, er würde mit seinem Anliegen, die Kampagne gegen die Firma durch eine Einschaltung des Leiters des Hauptamtes für Technik in der Reichsleitung der NSDAP, Fritz Todt, Erfolg haben. Todt verurteilte zwar, wie er schrieb, den ersten anonymen Artikel in der *Technik,* um nach der beschwichtigenden Phrase »Menschen irren, Menschen fehlen« auch zu kritisieren, daß der Mittelsmann Kiehn sich weder gegenüber dem Rektor noch gegenüber Walz so klar ausgedrückt hätte, »daß beide Stellen eindeutig wußten, ob und wessen Beauftragter er war«.[21] Daher wolle er die Erklärung von Rohrbach vorläufig zurückstellen. So wie er Rohrbachs anonymen ersten Artikel verurteile, so müsse er auch Walz' »Brief an die Rektoren (sic), Professoren usw. und Freunde der Technischen Hochschule« verurteilen. Und wörtlich: »Das bedeutet eine glatte Untergrabung der Autorität des Rektors. Ein derartiger Versuch der Untergrabung der Autorität einer Persönlichkeit, die durch den Staat und die Regierung eingesetzt ist, mag vielleicht vor 1933 in wiederholten Fällen üblich gewesen sein, im nationalsozialistischen Staat muß ein derartiges Vorgehen als absolut fehl am Platze mit aller Schärfe abgelehnt werden. (...) Wir wollen in Deutschland in einem Reiche leben, das kraftvoll nach außen ist und jeden unnötigen inneren Zwist ablehnt. Wir haben heute keine Zeit für derartige innere Kämpfe.« Todt behielt sich vor, »in der ganzen Angelegenheit eine Erklärung hierüber zu veröffentlichen«. Pointiert ausgedrückt läßt sich aus diesen Worten von Todt schließen, daß Rektor Stortz den Schutz und die Unterstützung des Staates und der Partei genoß und daß seine Autorität nicht angetastet werden durfte. Damit war der Versuch, die Angelegenheit durch eine Ehrenerklärung zu bereinigen, gescheitert; die Bereinigung lag in der Hand von Todt.

Walz verhehlte Todt gegenüber nicht seine Enttäuschung, daß dieser »die einzige Genugtuung, die der Firma Bosch nach einer Reihe von in breiter Öffentlichkeit zugefügten Ehrenkränkungen nun endlich im Februar-Heft der Zeitschrift zuteil werden sollte, zunächst nicht zum Zuge kommen lassen« wolle.

[20] RBA, Betrifft: Rundbrief des Herrn Rektor Stortz vom 18. Januar 1938, datiert 26. 11. 1938.
[21] RBA, *F. Todt* an H. Walz, München 29. 1. 1938.

Es scheint, daß Todt eine Vermittlung über die Partei, nämlich über den Reichsstatthalter in Württemberg, Murr, versuchte.[22] Warum gelang Murr die Vermittlung nicht? War ihm überhaupt daran gelegen?

3. *Wirkungen*

Murr spielte ein doppeltes Spiel; einerseits stellte er eine Beseitigung der Spannungen in Aussicht,[23] andererseits bat er den württembergischen Kultminister, und damit auch den Reichserziehungsminister, die Amtszeit von Rektor Stortz gerade wegen dieser zu verlängern, wörtlich: »Mit Rücksicht auf die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen dem derzeitigen Rektor der Technischen Hochschule, Professor Dr. Stortz und der Firma Bosch in Stuttgart aufgetreten sind, halte ich es für angezeigt, die Amtszeit des Rektors Professor Dr. Stortz, die am 31. März abläuft, um ein weiteres Semester zu verlängern, damit nicht zum Schaden des Ansehens der Partei und auch des Rektors Professor Dr. Stortz selbst ein Rektoratswechsel im jetzigen Zeitpunkt dahin ausgelegt werden kann, als ob dieser Wechsel auf die entstandenen Meinungsverschiedenheiten mit der Firma Bosch zurückzuführen wäre.«[24]

Schon mindestens seit der zweiten Januarhälfte betrieb Stortz die Verlängerung seiner Amtszeit als Rektor.[25] Ein Haupthindernis für ihn und seine Parteifreunde war die ablehnende Haltung des württembergischen Ministerpräsidenten und Kultministers Mergenthaler, der unbedingt einen Wechsel wollte.[26] In Berlin ließ man sich offensichtlich von dem mündlichen Hinweis des württembergischen Hochschulreferenten Deyhle leiten, der erklärte, daß im Streit zwischen der TH und Bosch die Meinungen zwar geteilt seien, daß aber der Dozentenbund und der Studentenbund weitgehend zu den Erklärungen des Rektors stünden und die Auffassung verträten, »daß man gerade in dieser Situation den Rektor nicht abberufen könne, ohne ihn damit vor den Augen der Öffentlichkeit ins Unrecht zu setzen«.[27]

Am 21. März entschied Reichserziehungsminister Rust: »Im Hinblick auf die besondere Lage des Falles bin ich ausnahmsweise bereit, von dem zum 1. April d. Js. beabsichtigten Rektoratswechsel an der Technischen Hochschule Stuttgart abzuse-

[22] RBA, *H. Walz* an F. Todt, Stuttgart 1. 2. 1938 (Durchschlag).
[23] RBA, *F. Kiehn* an Reichsstatthalter W. Murr, Stuttgart 3. 2. 1938; *Robert Bosch GmbH* an dens., Stuttgart 23. 2. 1938.
[24] ZSP, *W. Murr* an den Württ. Kultminister (Mergenthaler), Stuttgart 3. 3. 1938.
[25] ZSP, Der Rektor der Technischen Hochschule an den Kultminister, Stuttgart-N. 20. 1. 1938, mit Anlagen (Abschriften). Alle beigefügten Äußerungen lehnten eine Amtsübernahme zum 1. 4. 1938 ab.
[26] ZSP, Der Kultminister an den Reichserziehungsminister, Stuttgart-N. 24. 1. 1938.
[27] ZSP, Vermerk von *Kaspar* für Groh, Berlin 14. 2. 1938; NSDAP Reichsleitung. Der Reichsdozentenbundführer an Staatsminister Wacker, Reichserziehungsministerium, München 19. 3. 1938.

hen.«[28] Stortz hatte damit sein Ziel erreicht; der weiter schwelende Streit mit der Firma Bosch hatte ihm dabei das entscheidende Argument geliefert.

Mit dem ihm ausnahmsweise gewährten Sommersemester 1938 war es Stortz aber nicht getan. Am 28. Juni jenes Jahres sprach er im Reichserziehungsministerium in Berlin vor und teilte dem zuständigen Referenten, Professor Groh, mit, »daß wider Erwarten die zwischen der Technischen Hochschule und der Firma Robert Bosch bestehenden Schwierigkeiten noch nicht beigelegt seien. Da die Firma Bosch in einem Rundschreiben an die Professoren, Lehrbeauftragten und Assistenten, sowie an die Freunde der Technischen Hochschule Stuttgart mitgeteilt habe, daß sie die Beziehungen zur Technischen Hochschule als abgebrochen betrachten müsse, solange Professor Stortz Rektor sei, sei er als Hochschullehrer unmöglich, wenn er aus dem Rektorat ausscheiden müsse, solange die Schwierigkeiten nicht ausgeräumt seien«.[29] Weil er und Präsident Kiehn alte Parteigenossen seien, werde der Streit bei den zuständigen Parteiinstanzen ausgetragen. Der Bitte, daß »bei den besonders gelagerten Verhältnissen« Rektor Stortz »vorläufig noch in seinem Amt verbleibt«, gab Reichsminister Rust statt.[30]

Doch heftiger als zuvor protestierte Ministerpräsident und Kultminister Mergenthaler: er müsse eine weitere Verlängerung der Amtszeit von Stortz »unter allen Umständen« ablehnen; denn »die Angelegenheit mit der Firma Bosch spielt heute keine Rolle mehr. Das Prestige der Technischen Hochschule wird durch den Rektoratswechsel heute nicht mehr verletzt.«[31] In Berlin ließ man sich offensichtlich nicht so leicht von der einmal getroffenen Entscheidung des Reichsministers abbringen, so daß der Kultminister noch einmal betonen mußte: »Der Angelegenheit mit der Firma Bosch GmbH kommt keine Bedeutung mehr zu.«[32]

Als Stortz seine Felle wegschwimmen sah, griff er selbst noch einmal zur Feder und schrieb direkt ans Ministerium in Berlin, daß Gauleiter Murr immer noch keine Entscheidung im Streit zwischen der Firma Bosch und ihm als Rektor der TH habe herbeiführen können, und wörtlich: »Ich habe ihm, wie auch Ihnen, immer wieder vor Augen geführt, daß die Firma Bosch in ihrem offenen Schreiben an die Dozenten ihre künftige Verbindung mit der Hochschule davon abhängig gemacht hat, daß ein Rektoratswechsel eintritt. (Dieses offene Schreiben ist in Ihrer Hand).« Stortz verstieg

[28] ZSP, Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Kultminister in Stuttgart, Berlin 21. 3. 1938; entsprechende Mitteilungen an die Gauleitung Württemberg-Hohenzollern, Reichsamtsleitung des NSD-Dozentenbundes und an den Reichsstudentenführer Dr. Scheel.
[29] ZSP, Reichserziehungsministerium, *Groh*, Vermerk, Berlin 29. 6. 1938.
[30] ZSP, Vermerk »ja« und Paraphe »R«, 6. 7. 1938.
[31] ZSP, Oberregierungsrat *Deyhle*, Württ. Kultministerium, an Professor Groh, Reichserziehungsministerium, Stuttgart-N. 21. 7. 1938.
[32] ZSP, Der Kultminister an den Reichserziehungsminister, Stuttgart-N. 19. 8. 1938.

sich zu der Ansicht, daß ein Rektoratswechsel vor einer Lösung sowohl von der Direktion der Firma Bosch als auch von einem Teil der Öffentlichkeit als ein »Sieg über den derzeitigen Rektor der Hochschule betrachtet werden wird«.[33] Mit der letzten Formulierung gestattete Stortz einen Blick in seine monomanische Mentalität: schob er bislang immer noch das Interesse der TH vor, so in diesem Falle das seiner eigenen Person. Er fühlte sich als »Führer« der TH, und sein Anliegen hatte auch das der TH zu sein. Er hatte sein Rektorat als erster im Geiste des Nationalsozialismus geführt, und er sollte in seiner parteipolitischen Beflissenheit auch nicht mehr übertroffen werden.[34]

Doch sein im Geiste der Partei geführter Streit mit Bosch half ihm nicht, über den 31. Oktober 1938 hinaus im Amt zu bleiben. Bevor er das Rektorat räumte, verlas er im Senat der TH vor dem gesamten Lehrkörper den Brief, den er der Firma Bosch einst schreiben wollte (es war der beim Schlichtungsversuch am 18. Januar entworfene) und die Antwort, die die Firma Bosch nach der Vereinbarung darauf hatte geben wollen.[35] Stortz wollte damit offensichtlich dem Lehrkörper seinen guten Willen gegenüber der Firma Bosch demonstrieren und zeigen, daß er keine Schuld trage, wenn bislang keine Beilegung des Streits erfolgt war. Möglicherweise wollte er auch etwaigen Gerüchten zuvorkommen, er habe den Streit genutzt, um seine Amtszeit zu verlängern. Aber mit dem Abgang von Stortz war der Konflikt keineswegs beigelegt.

Als Stortz' Nachfolger, Rektor Schönhardt, und Prorektor Hess am 15. Januar 1940 im Büro von Wild in der Firma Bosch erschienen und von dieser letzten Äußerung ihres Kollegen Stortz zu dem Fall berichteten, ging es ihnen darum, »zur Beseitigung des unhaltbaren Zustandes, wie er zwischen der Technischen Hochschule Stuttgart und der Firma Bosch (...) bestehe, beizutragen«.[36] Walz erwiderte, man wisse sehr wohl, daß die TH keine Möglichkeit besitze, die Veröffentlichung einer Ehrenerklärung gegen den Willen von Todt durchzusetzen, der sie damals mit der Begründung verhindert habe, der Zeitschrift *Technik* habe er ein für allemal verboten, persönliche Artikel aufzunehmen. Doch die Firma Bosch könne ohne öffentliche Genugtuung nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, da sie sich dann dem Verdacht

[33] ZSP, Der Rektor der Technischen Hochschule an das Reichserziehungsministerium, Abt. W. (Groh), Stuttgart 5. 9. 1938.

[34] Vgl. die Ansprache des scheidenden Rektors Obersturmführer S.A. Professor Dr.-Ing. Stortz, in: Reden bei der Rektoratsübergabe am 19. November 1938 (Technische Hochschule Stuttgart, Reden und Aufsätze, Nr. 13), S. 3–13; *W. Stortz,* Der Weg der deutschen Technik, Stuttgart 1939 (Technische Hochschule Stuttgart, Reden und Aufsätze, Nr. 12).

[35] RBA, *H. Walz,* Aktenvermerk über eine am Montag, den 15. Januar 1940 vormittags 11 Uhr im Zimmer des Herrn Wild zwischen Herrn Rektor Schönhardt und Herrn Professor Hess von der Technischen Hochschule einerseits und den Herren Wild und Walz andererseits auf Anregung des Rektorats der Technischen Hochschule abgehaltene Besprechung. (Zur Kenntnis genommen und unterzeichnet von Robert Bosch.)

[36] Ebda.

aussetze, als ob in den Verleumdungen doch ein wahrer Kern stecke. Rektor Schönhardt war bereit, statt an die Öffentlichkeit zu gehen, was er nach Ablauf einer so langen Zeit für unzweckmäßig hielt, der Firma Bosch durch ein Schreiben an die Techniker des Unternehmens Genugtuung zu verschaffen. Wild und Walz war das nicht genug; ohne die gewünschte öffentliche Erklärung würde man aus der persönlichen Annäherung keine sachlichen Schlußfolgerungen ziehen können. Die Aufzeichnung, die Walz vom Besuch der Vertreter der TH machte, schließt mit den Worten: »Man schied mit der erfreulichen Feststellung, daß nun wenigstens wieder normale gute Beziehungen zwischen Hochschule und Firma Bosch bestehen, sowie mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß wegen der Unmöglichkeit, der Firma Bosch öffentliche Genugtuung zu verschaffen, eine völlige Bereinigung des früheren Streitfalls noch nicht möglich sei.«

Die TH und die Firma Bosch waren sich einen Schritt nähergekommen, aber dem Unternehmen reichte die Geste des Besuchs und die Bereitschaft zu einer internen Entschuldigung nicht aus. Warum, so muß man fragen, konnte sich das neue Rektorat nicht zu dem gewünschten Schritt durchringen, wenn ihm doch so sehr an guten Beziehungen zur Firma gelegen war? Man kann hierüber nur spekulieren. Ein Hemmnis war sicherlich die Rücksicht, die man immer noch auf Stortz und seine Verbindungen zur Partei nehmen mußte; auch Todts Verdikt stand einer Entschuldigung dort, wo die Firma sie für angebracht hielt, nämlich in der *Technik,* im Wege. Und zum anderen zahlte sich ein verbessertes oder bereinigtes Verhältnis im Kriege kaum aus, da beide, TH und Firma, sehr viel stärker reglementiert wurden als in Friedenszeiten.

Eine »Bereinigung« der Angelegenheit erfolgte nicht nach dem Tode von Fritz Todt (1942), auch nicht nach dem von Wilhelm Stortz (1944) und auch nicht mehr im letzten Jahr des Nazi-Regimes.[37] Erst die Ernennungen von Wild im Jahre 1949 zum »Ehrendoktor« und von Walz im Jahre 1953[38] zum »Ehrenbürger« der TH sollten als äußere Geste denjenigen, die den Streit noch nicht vergessen hatten, bekunden, daß die alte Brücke des Vertrauens wiederhergestellt worden war, so daß nunmehr beide, die TH Stuttgart und die Firma Bosch, wieder voneinander profitieren konnten.

[37] RBA, *H. Walz,* Aufzeichnung, Pressekampagne Ehrendoktoren 1937/38, Stuttgart 25. 4. 1972.

[38] RBA, Stuttgarter Nachrichten (4. Woche des Juli 1949), Archiv der Universität Stuttgart, Stuttgarter Zeitung Nr. 33 v. 9. 2. 1953.

Dieter Rebentisch

Regierbarkeit und Unregierbarkeit der Städte in der Ära der sozialliberalen Koalition 1969–1982

Anmerkungen zur Problematik der historischen Begriffsbildung

Stadtgeschichte lebt, wie jede Geschichtsschreibung, von übergeordneten Begriffen, von Kategorien, die im Ablauf der Ereignisse die Struktur des Geschehens namhaft machen wollen. Es handelt sich um sinnstiftende Formeln und Metaphern, die Vergleiche ermöglichen und hierdurch das Individuelle ebenso wie das Charakteristische und Exemplarische erkennen lassen. Manche dieser Begriffe sind Produkte der spekulativen Phantasie. Solche gewissermaßen zum Schlagwort geronnenen Gedanken dienen als Wahrnehmungshilfen, als Wegweiser des erkenntnisleitenden Interesses. Ihre Gefahr besteht darin, daß sie Sichtblenden gegen die Realität errichten und den forschenden Historiker an aller Vielfalt und allen Widersprüchen vorbei direkt zu den erwarteten Ergebnissen führen. Andere Begriffe entstammen dem Wortschatz und der Erfahrungswelt der Vergangenheit.[1] Sie sind nichts anderes als die Wiederaufnahme von Vokabeln, die schon die Zeitgenossen zur Theoriebildung benutzten, um zu erklären, was ihnen auf andere Weise nicht verständlich erschien. Noch schwieriger wird es, wenn es sich um politische Kampfbegriffe handelt, die nicht mehr ohne weiteres als solche erkannt werden und somit auf unauffällige und untergründige Weise interessengebundene Wertungen in die wissenschaftliche Urteilsbildung einfließen lassen.

Das Wort von der »Unregierbarkeit« im allgemeinen und der Städte im besonderen gehörte in den siebziger und achtziger Jahren in der Tagespublizistik der Bundesrepublik Deutschland[2] zu jenen journalistischen und intellektuellen Modeworten, deren Ausbreitung zuweilen einer Infektionskrankheit gleicht. Die Karriere des Begriffs ist

[1] Die folgenden Überlegungen sind vielfältigen Hinweisen von Otto Borst auf die methodologischen Probleme der stadtgeschichtlichen Begrifflichkeit und Urteilsbildung verpflichtet. Am Beispiel der Elitenfunktion der »großen Oberbürgermeister« hat Otto Borst besonders eindrucksvoll dargelegt, daß der Historiker »Zeitsprache« und »Zeitstil« seiner Quellen mit eigenen Maßstäben und Kategorien überprüfen muß: *K. Schwabe* (Hrsg.), Oberbürgermeister. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1979, Boppard am Rhein 1981, S. 201 ff.

[2] In den beiden respektablen Bänden der »Geschichte der Bundesrepublik Deutschland« über die sozialliberale Ära wird die Debatte »um die Regierbarkeit der Demokratie« zunächst im Abschnitt »Politik und Zeitgeist« nachgezeichnet, vgl. *K. D. Bracher / W. Jäger / W. Link,* Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 353 ff. Sodann erscheint »Regierbarkeit« als Kompetenzproblem der Bundesländer und des Bundesverfassungsgerichts, vgl. *W. Jäger / W. Link,* Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart/Mannheim 1987, S. 51 ff. Kommunalpolitik, Selbstverwaltung, Städte und Gemeinden als solche kommen, wenn man von einer Erwähnung des Städtebauförderungsgesetzes absieht, überhaupt nicht vor.

einleuchtend, schien er doch Antwort zu geben auf den wachsenden Problemdruck, auf neue Phänomene und Zielkonflikte, die nicht nur politische Entscheidungen selber erschwerten, sondern auch ihrer Durchsetzung, Anerkennung und Mehrheitsfähigkeit entgegenstanden. Großstadtkritik, Kulturpessimismus, weltwirtschaftliche Krisenstimmungen schwangen darin mit, auch die Enttäuschung über die begrenzte Reformfreudigkeit des politischen Systems. Wissenschaftliche Analysen des Begriffs blieben, soweit es seine Anwendung auf die Lebensbedingungen und die politische Praxis in den Großstädten anging, eher selten.[3] Die Praktiker reagierten, je nach Naturell, mit trotzigem Widerspruch, wie der Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt, oder philosophisch-ironischer Gelassenheit, wie Manfred Rommel, Oberbürgermeister in Stuttgart.[4] Anscheinend ist der Begriff inzwischen wieder an den Rand des Interesses gerückt. Doch steht zu befürchten, daß er irgendwann bei der Quellenlektüre wieder auftaucht und dann dazu benutzt wird, um die politische Situation in den großen Städten während der siebziger und achtziger Jahre zu kennzeichnen. Ob er sich dazu eignet, wird dann auf jeden Fall erst noch zu prüfen sein.

Die Vorstellung von der Unregierbarkeit der Städte während der sozialliberalen Ära der Bundesrepublik korrespondiert auf eigentümliche Weise mit Begriffsbildungen, die in der Endphase der Weimarer Republik die staatsrechtliche Literatur zur kommunalen Selbstverwaltung prägten. Damals wurde aus Unsicherheit über den Standort der Gemeindedemokratie im parlamentarischen Verfassungsstaat eine »Krise der kommunalen Selbstverwaltung« diagnostiziert. Die Ursache dieser Krise sah man in der angeblich neuartigen »Politisierung« der bürgerschaftlichen Lokalverwaltung, also der parteipolitischen Durchdringung der kommunalen Beschlußkörperschaften und Verwaltungsbehörden. Demokratie und Selbstverwaltung galten als Gegensätze, eine besondere von Parteien bewirkte Willensbildung in der Gemeinde als unvereinbar mit der politischen Willensbildung[5] des zentralistisch und unitarisch ausgedeuteten Gesamtstaats.

So fürchtete man, daß sich namentlich die Großstädte zu »einem pluralistischen Sprengkörper im Gefüge des Staates«[6] entwickelten und sah »die Gefahr pluralisti-

[3] Erwähnenswert sind vor allem die soziokulturellen Überlegungen von *I. Fetscher* über »Phänomene der gesellschaftlichen Desintegration«, in: Die Unregierbarkeit der Städte. Stadtpolitik zwischen Kultur und Subkultur, Rüschlikon/Zürich 1982, S. 69–89. Interessant ist der Kontrast zu den erfahrungsgesättigten Betrachtungen von *H. Reschke,* Die Verwaltbarkeit von Städten und Gemeinden, in: *B. Kirchgässner / J. Schadt* (Hrsg.), Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit, Sigmaringen 1983, S. 9–29.

[4] *R. Arndt,* Die regierbare Stadt. Warum die Menschen ihre Stadt zurückgewinnen müssen, Stuttgart 1975; *M. Rommel,* Die unregierbare Stadt, in: Die Zeit v. 24. 4. 1980, wiederabgedruckt in: *M. Rommel,* Abschied vom Schlaraffenland. Gedanken über Politik und Kultur, Stuttgart 1981, S. 190 ff.

[5] *W. Hofmann,* Plebiszitäre Demokratie und kommunale Selbstverwaltung in der Weimarer Republik, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 4 (1965), S. 264–281.

[6] *A. Köttgen,* Die Krise der kommunalen Selbstverwaltung, Tübingen 1931, S. 26.

scher Zersetzung des Staates«[7] heraufziehen. Als Pluralismus definierte Carl Schmitt die Macht mehrerer sozialer Gruppierungen über die staatliche Willensbildung.[8] Dazu kam der Vorwurf der Polykratie, einer »Verselbständigung gegenüber dem staatlichen Willen«, die eine einheitliche »Führung« ausschloß. Die Argumentation zielte auf eine angeblich »fast grenzenlose Ausdehnung der Gemeindewirtschaft«, gab sich ganz wissenschaftlich, nahm aber, ohne jede empirische Prüfung, die unverhohlene Polemik der privatwirtschaftlichen Interessenverbände auf. Sieht man näher hin, dann war die so definierte »Krise« der Selbstverwaltung in erster Linie ein intellektuelles Scheinproblem, eine Frage der Theoriebildung und des politischen Bewußtseins einer bestimmten Staatsphilosophie.

Mit den wirklichen Problemen der Städte in der Endphase der Weimarer Republik hatte dies nur wenig und indirekt zu tun. Was die Kommunalpolitik beherrschte, waren die konkreten lokalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und die ideologische Radikalisierung der extremistischen Parteien links und rechts mit ihren demagogischen Auswüchsen. Erst die Verbindung dieser beiden Krisenphänomene mit der autoritären Regierungspolitik Brünings brachte die Städte an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Der autoritäre Notverordnungskurs, der selbst ohne parlamentarische Mehrheit war, verlangte von den kommunalen Parlamenten finanzwirtschaftliche Beschlüsse, die in den Städten allein schon deshalb nicht mehrheitsfähig sein konnten, weil sie den kommunalen Interessen zuwiderliefen und die Möglichkeiten kommunaler Krisenbekämpfung einschränkten.

Gerade jene Maßnahmen, die die Städte und Gemeinden trotz aller politischen Beeinträchtigungen doch noch ergriffen, die Erwerbslosenunterstützungen, Notstandsarbeiten, Stadtrandsiedlungen, freiwilligen Arbeitsdienste, Winterbeihilfen, Mietzuschüsse und Sachbeihilfen von Bekleidung bis zu Suppenküchen, verwiesen darauf, daß die Kommunalverwaltungen immer noch die Grundversorgung der Menschen sicherstellten, und zwar gerade dort, wo der Staat versagte. Schließlich ist es eine generelle historische Erfahrung, daß sich parallel zur Ausbreitung des interventionistischen Sozialstaats die Städte und Gemeinden »zum leistungsstärksten Teil der öffentlichen Verwaltung« entwickelten.[9]

Dem entspricht es, daß sich Städte und Gemeinden in den anderen großen Krisenzeiten des Jahrhunderts, die jeweiligen vollständigen staatlichen Zusammenbrüche

[7] *E. Forsthoff,* Die Krise der Gemeindeverwaltung im heutigen Staat, Berlin 1932, S. 57.
[8] *C. Schmitt,* Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931, S. 71.
[9] So die Formulierung in der knappen Zusammenfassung bei *W. Hofmann,* Städte und kommunale Selbstverwaltung zwischen Weltkrieg und Wirtschaftskrise, in: *G. Schulz* (Hrsg.), Weimarer Republik. Eine Nation im Umbruch, Freiburg/Würzburg 1986, S. 54. Die neueste Bilanz des Forschungsstandes bei *Ch. Engeli,* Städte und Staat in der Weimarer Republik, in: *B. Kirchgässner / J. Schadt* (s. A 3), S. 163–181. Als neueste Fallstudie: *W. Haus,* Chance, Krise und Sturz der Demokratie im Berlin der Weimarer Republik, in: *O. Büsch / W. Haus,* Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933, Berlin 1987, S. 161–281.

am Ende der beiden Weltkriege, als Instrumente der Problemlösungen bewährten.[10] Nicht zufällig sollte nach dem Willen der westlichen Besatzungsmächte nach 1945 der Wiederaufbau einer deutschen Staatlichkeit von der kommunalen Ebene aus erfolgen, indem die Deutschen zunächst im örtlichen Rahmen zu beweisen hatten, ob sie wieder in der Lage waren, sich selbst zu regieren.

Als erstes, weithin sichtbares Symptom einer tendenziellen »Unregierbarkeit der Städte« in der Geschichte der Bundesrepublik galt der Amtsverzicht des populären und überaus erfolgreichen Münchener Oberbürgermeisters Hans-Jochen Vogel im Frühjahr 1972. Vogel verzichtete auf eine neue Kandidatur nicht etwa wegen eines Scheiterns seiner kommunalpolitischen Konzeption, wegen irgendwelcher Fehler unter dem Druck der politischen Opposition oder unlösbar erscheinender Probleme der Stadtentwicklung, nicht einmal wegen zahlreicher Demonstrationen mit schweren Ausschreitungen, die im Widerspruch zu den demokratischen Spielregeln die Gewaltanwendung wieder zu einem Mittel politischer Auseinandersetzung erhoben. Vogels Amtsverzicht war eindeutig die Folge einer Niederlage im innerparteilichen Richtungsstreit, der die SPD von einer »großen linken demokratischen Volkspartei« und einer Reformbewegung im Sinne des freiheitlichen Sozialismus zum »Typ einer linkssozialistischen Kaderpartei«[11] umzuformen drohte.

Vogel kritisierte die dogmatische Ideologisierung, die den Kompromiß als solchen verteufelte und selbst in kommunalpolitischen Grundsatzpapieren einen »blindwütigen, humorlosen Fanatismus« offenbarte. »Hausfriedensbrüche, Nötigungen und Sprengungen legaler Sitzungen und Versammlungen werden als möglicher Bestandteil politischer Auseinandersetzungen erörtert, der Vollzug rechtsgültiger Gesetze wird inhaltlich mit der bewußten Zuwiderhandlung gegen Rechtsvorschriften gleichgesetzt.« In Vogels erstaunlich nüchternem und selbstkritischem Erlebnisbericht über seine zwölf Münchener Jahre kommt der Begriff der »Unregierbarkeit der Städte« nicht vor, obwohl er auf unmißverständliche Weise beschreibt, daß ihn das innerparteiliche »Infragestellen der Verbindlichkeit ordnungsgemäß zustande gekommener Gesetze« an der Erfüllung seiner Aufgaben als Oberbürgermeister auf Dauer hinderte, nämlich an der Pflicht, Entscheidungen herbeizuführen und vollziehen zu lassen.[12]

Auf der Suche nach tieferen Gründen, die seinem Wirken als Kommunalpolitiker ein ebenso widersinniges wie voreiliges Ende setzten, sprach Vogel schon im Jahre seines Ausscheidens aus dem Münchener Oberbürgermeisteramt von einer »Krise der Städte«. Die Symptome der Krise sah er vor allem in der rapiden »Verformbarkeit und Veränderbarkeit unserer Städte«, in einem geradezu »breiartigen Auseinanderflie-

[10] *H. Matzerath,* Städte nach zwei Weltkriegen, in: *W. Först* (Hrsg.), Städte nach zwei Weltkriegen, Köln 1984.
[11] *H.-J. Vogel,* Die Amtskette. Meine zwölf Münchener Jahre. Ein Erlebnisbericht, München 1972, S. 232.
[12] Ebda., S. 286.

ßen der Stadtstrukturen« und einer generellen Entpersönlichung des urbanen Lebens. In der Behebung dieser Krise erblickte er »ein Menschheitsproblem ersten Ranges«.

Als Ursachen der Fehlentwicklung nannte er nicht materielle Probleme, sondern Fehler in den politischen Spielregeln, nämlich die Ausrichtung der Entscheidungskriterien an der Zuwachsrate des Sozialprodukts. Im übrigen handele es sich um die Unfähigkeit, die richtigen Prioritäten zu setzen. »Ist es wirklich dringender, drei Menschen sicher und pünktlich 760 000 km weit zum Mond und zurück zu befördern als 760 000 Menschen während der Hauptverkehrszeit in einer Großstadt in zumutbarer Weise 3 km weit?« Lasse man die Dinge weiter treiben, dann würden die Städte ihren Charakter als Orte des Friedens und des Wohlbefindens verlieren und sich statt dessen verwandeln in steinerne Dschungel, »in denen Gewalt, Haß, Verderben und Untergang herrschen, die in Schmutz ersticken, die in Subkulturen der Kriminalität, des Rauschgifts, der Fluchtbewegungen zerfallen und sich schließlich entvölkern, weil sie sich jeder ordnenden, planenden, korrigierenden Einwirkung entziehen«.[13]

Dieser Apokalypse der Unregierbarkeit setzte Vogel Konzeptionen für die Stadtentwicklung entgegen: die Forderung nach Vermenschlichung der Städte und eine erneuerte allgemeine Gesellschaftspolitik. Steuerreformen, ein neues Bodenrecht und die Reform des Verkehrswesens, überhaupt Appelle an die Vernunft seien erforderlich, um »das unter einem Wust von Blech, Plastik, Wohlstandsmüll verschüttete Menschenbild wieder ans Tageslicht« zu bringen.[14] Allerdings schwangen skeptische Bedenken mit, ob ein politisches System, das seine Funktionstüchtigkeit verliere, »rechtsfreie Räume« dulde und »rücksichtslosen Gruppenegoismus durch Nachgiebigkeit belohne, die Kraft zu großen Reformen aufbringen werde.

Auf eine gänzlich andere, viel profanere Weise setzte sich Rudi Arndt, ein anderer sozialdemokratischer Oberbürgermeister, ehe er 1977 vorzeitig aus dem Amt schied, mit dem Strukturwandel städtischer Politik auseinander. Der Problemdruck, der nach einem Literatenwort die Städte »unbewohnbar wie der Mond« erscheinen ließ, war für Rudi Arndt nur ein Phänomen von urbanen Verdichtungsräumen, die Folge der fortschreitenden Verstädterung und Technisierung der modernen Gesellschaft. Da er in seinem etwas hemdsärmligen Selbstgefühl keine prinzipiell neuen Phänomene zu erblicken vermochte, sondern lediglich Entwicklungsstörungen, hervorgerufen durch das Tempo der Rationalisierung und der Veränderung in den Lebensgewohnheiten der Menschen, behauptete er entschlossen, daß die deutsche Stadt im Prinzip eine »regierbare Stadt« bleibe. Unregierbarkeit war für ihn lediglich eine Erfindung von Journalisten, die »ihr ganzes Unbehagen über das jetzige Zusammenleben der Menschen, ihre Kritik an den bestehenden Zuständen, ihre Unzufriedenheit auch mit sich selbst« in der Hauptsache an großstädtischen Problembeispielen darlegten.[15]

[13] Ebda., S. 307.
[14] Ebda., S. 316.
[15] *R. Arndt* (s. A 4), S. 11.

Als er 1975 der kulturkritischen Publizistik entgegentrat, suchte er praktikable Lösungsmodelle für nahezu alle klassischen Kommunalaufgaben zu entwerfen: für die Stadtentwicklungsplanung wie die Umlandbeziehungen, für die Kommunalbesteuerung, die Zweckentfremdung von Wohnraum, die Altstadtsanierung, die Stadtbildgestaltung, die Verkehrsführung, die Tarifgestaltung des öffentlichen Nahverkehrs, die Parkplatzmisere in der Innenstadt, die Aufgaben der Kulturpolitik und die Chancen der Freizeit, für Kinderspielplätze, Jugendzentren und Altenheime.

Fast ein wenig lehrbuchhaft und, wenn nicht alles täuscht, streckenweise aus der Zuarbeit von Referenten und Redenschreibern kompiliert, suchte sein Text den Nachweis zu führen, daß eine Realisierung aller dieser Lösungsvorschläge »die menschliche Stadt« wieder erstehen lasse. Überdies wurde mit Blick auf programmatische Äußerungen und Wahlkampfbroschüren der SPD und der CDU aufgezeigt, daß diese Konzepte im Prinzip unter den großen Parteien nicht einmal strittig waren.

Von innerparteilichen Zerreißproben und ihrem Zusammenhang mit dem, was die Unregierbarkeit der Städte hieß, war nicht die Rede. Eher beiläufig erwähnte Arndt, daß es ein »Selbstbewußtsein der Parteitage« gebe und daß sich dieses in einem Spannungsverhältnis zur Verwaltung und zum Parlament der Stadt befinde. Die meisten Konflikte seien darauf zurückzuführen, »daß das Parlament oder die Verwaltung den Zwang der Realitäten sehr viel deutlicher sieht und sehen muß, als diejenigen, die die tatsächlich vorhandenen Sachzwänge der gesellschaftlichen Wirklichkeit gegenüber ihren idealistischen Wunschvorstellungen unterbewerten wollen.« Arndts Versicherung, daß Parteitage weder »über ein imperatives Mandat« verfügten, noch den demokratisch legitimierten Gremien ihre Entscheidungen abnehmen könnten, wirkte eher wie eine orakelhafte Verschleierung der wirklichen Verhältnisse.[16]

Es bedarf schon etwas eingehenderer Kenntnisse der Frankfurter Stadtgeschichte und natürlich der genauen Visitation der Quellen, um die Zusammenhänge und Hintergründe zu entschlüsseln. In Wirklichkeit war Rudi Arndt, der ehemalige hessische Finanzminister, der als dickhäutiger Vollblutpolitiker galt, gerade wegen seiner sprichwörtlichen Explosivkraft und stahlharten Nervenstärke 1972 nach Frankfurt beordert worden, um für die führungslos gewordene und in sich zerstrittene Frankfurter SPD das Stadtregiment zu übernehmen. Drei seiner Parteifreunde als Vorgänger im Amt des Frankfurter Oberbürgermeisters waren innerhalb nur eines Jahrzehnts in schwere, kräfteraubende Konflikte mit den Funktionären und Parteitagen des SPD-Unterbezirks geraten. Werner Bockelmann hatte Frankfurt 1964 verlassen, weil er »kein Popanz der Fischerfeld-Straße«, des Parteihauses, sein wollte; seine Nachfolger, Willy Brundert und Walter Möller, hatten die vielfältigen Belastungen gesundheitlich nicht durchgestanden. Frankfurt stand inzwischen im Ruf, im eigentlichen Wortsinne »eine mörderische Stadt« zu sein. Als Rudi Arndt 1977 nach der vernichtenden

[16] Ebda., S. 88 f.

Niederlage der Frankfurter SPD in den Kommunalwahlen das Amt des Oberbürgermeisters mehr wegwarf als aufgab, machte man neben den Nachwirkungen einer undurchsichtigen Partei-Spendenaffäre allgemeine »Verfilzungserscheinungen innerhalb der Partei« und vor allem »Hochmut und Arroganz der Parteimächtigen« verantwortlich.[17]

Mit der Distanz einiger Jahre hat sich Rudi Arndt auch selbst kritischer über den Zustand seiner Partei geäußert. Die Gefahr der Unregierbarkeit rühre eben nicht aus Sachproblemen der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft her, sondern »viel eher der Uneinsichtigkeit, der rigorosen Voreingenommenheit und dem Hang zur rücksichtslosen Durchsetzung eigener politischer Vorteile«. Auf den örtlichen Parteitagen würden Beschlüsse nicht als Handlungsanweisungen verstanden, sondern als Symbole, um »sich als Basisopposition gegenüber dem Establishment zu profilieren«. Schon sein Amtsvorgänger als Frankfurter Oberbürgermeister habe seinen Weg als Exponent der innerparteilichen Opposition gemacht; kaum im Amt, sei er aber im Unterbezirksvorstand bereits in die Minderheit geraten und mit dem Verlangen konfrontiert worden, alle Basisforderungen in die Praxis umzusetzen. Die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokraten in den Städten wurde demnach aus der Sicht Arndts nicht von Sachproblemen und der Opposition anderer Parteien beeinträchtigt, sondern von der Zerstörung der Glaubwürdigkeit durch fortwährende innerparteiliche Angriffe auf »die eigene Partei und ihre gewählten Vertreter«.[18]

Deutlicher und direkter hatte dies schon 1975 Hans Ulrich Klose, damals noch Erster Bürgermeister Hamburgs, in einer vielbeachteten Rede formuliert.[19] Er kritisierte offen die Neigung »der sogenannten Basis, sich mit allem und jedem zu beschäftigen, bis hin zur letzten Personalentscheidung, wenn es eben möglich ist.« Diese Aktivierung der Basis mit ihrem teils weltfremden und teils eigennützigen Partikular-

[17] Die Zitate nach den Erinnerungen der kommunalpolitischen Berichterstatterin der »Frankfurter Rundschau« *M. Felsch,* Aus der Chefetage des Römer. Begegnungen mit den Frankfurter Oberbürgermeistern, Frankfurt 1981, S. 68 und 133ff. Das politische Klima der siebziger Jahre ist präzise eingefangen bei *E. Helmensdorfer,* Frankfurt – Metropole am Main. Geschichte und Zukunft, Düsseldorf/Wien 1982, S. 296ff.

[18] *R. Arndt,* Am Beispiel Frankfurt: Die Regierbarkeit der Städte, in: *P. Klein* (Hrsg.), Sozialdemokratische Kommunalpolitik im Schatten Bonns, Bonn 1983, S. 24ff., besonders 30, 33f. Exzellente Voraussetzungen für die Erforschung des innerparteilichen Strukturwandels der regionalen SPD sind jetzt geschaffen durch *G. Beier,* Chronik der hessischen Sozialdemokratie 1945–1988, Bonn 1989.

[19] *H.-U. Klose,* Von der Unregierbarkeit der Städte. Rede des Hamburger Bürgermeisters vor der Evangelischen Akademie Tutzing, in: Frankfurter Rundschau Nr. 169 v. 25. 7. 1975, S. 14. Gedruckt auch als Nr. 450 der »Berichte und Dokumente aus der Freien und Hansestadt Hamburg« vom 15. 7. 1975 unter dem Titel: *H.-U. Klose,* Die Unregierbarkeit der Städte, Hamburg 1975. Zur Wirkung vgl. Kloses Grußwort in: *F. Wagener* (Hrsg.), Regierbarkeit? Dezentralisation? Entstaatlichung? Bericht über die verwaltungswissenschaftliche Fachtagung der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften in Hamburg vom 9.–11. 6. 1976, Bonn 1976, S. 21. Das bei dieser Gelegenheit gehaltene Referat von *H. Reschke,* Regierbarkeit von Stadt und Gemeinden und ihre Gefährdung, ist eine frühere Fassung des in Anm. 3 erwähnten Aufsatzes.

denken entdeckte Klose sowohl bei den Parteigremien als auch bei den Gewerkschaften und Personalvertretungen. Viel zu oft würden opportune, statt sachbezogene Entscheidungen getroffen. Das müsse Konsequenzen haben für die Auswahl der Politiker. »Jedenfalls darf sich nicht weiter vollziehen, was zur Zeit häufig geschieht, daß Kandidaten, weil sie Kandidaten sind oder werden wollen, mehr oder weniger gedankenlos nachvollziehen, was die sogenannte Basis beschließt.« Zur Qualifikation des Politikers gehöre auch, daß er, wenn von Amtspflicht geboten, den Parteiforderungen widerstehen könne und seine Entscheidungskompetenz wahrnehme.

Die Unregierbarkeit der Städte hatte anscheinend, so empfand es weithin die Öffentlichkeit, etwas mit dem inneren Zustand der SPD zu tun. In der Tat setzte nach der Übernahme der Regierungsverantwortung im Rahmen der sozialliberalen Koalition, also während der Amtszeit der Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt, eine aus verschiedenen Quellen gespeiste Reideologisierung der Parteibasis ein. Folglich brach der klassische, jeder Programmpartei innewohnende Grundkonflikt von Theorie und Praxis[20] erneut und in scharfen Formen auf. Gleichzeitig ging die Epoche der »großen« sozialdemokratischen Oberbürgermeister der Nachkriegszeit zu Ende. Mit dem Strukturwandel der Kommunalpolitik schien sich auch der Typ der kommunalen Spitzenpolitiker zu ändern. Waren die »Männer des Aufbaus und Ausbaus« noch eine Mischung aus Verwaltungschef, Manager und Volkstribun gewesen, so dominierte nun der universelle Berufs- und Parteipolitiker.[21]

Eine Reihe spektakulärer Fälle belegte, daß Stadtoberhäupter der SPD allzu leicht mit ihren Parteigremien in Streit gerieten und meist in einem Verhältnis dauernder Reibungen lebten. Hans-Jochen Vogel resignierte 1972. Sein Nachfolger Georg Kronawitter, durchaus kein Exponent der Parteirechten, wurde, als 1978 seine als sicher geltende Wiederwahl anstand, von den Radikalen seiner Partei als »nicht vermittelbar« bezeichnet und nicht wieder aufgestellt. Im Jahr zuvor war Rudi Arndt nach einer Wahlniederlage der SPD vorzeitig aus seinem Frankfurter Amt gegangen. Oberbürgermeister Zundel in Heidelberg, zuletzt 1976 mit 79% der Wählerstimmen wiedergewählt, verließ die SPD, weil die örtlichen Parteigremien von ihm die Rücknahme einer Strafanzeige gegen Hausbesetzer verlangten. Als Parteiloser wurde er 1984, trotz eines von Bundesprominenz unterstützten Gegenkandidaten der SPD, mit 55% der Wählerstimmen im Amt bestätigt. Auch Andreas Urschlechter, seit 1957 insgesamt fünfmal von den Bürgern Nürnbergs zum Oberbürgermeister gewählt und bis

[20] Die einschlägige Literatur bei *D. Rebentisch,* Die deutsche Sozialdemokratie und die kommunale Selbstverwaltung. Ein Überblick über Programmdiskussion und Organisationsproblematik 1890–1975, in: Archiv für Sozialgeschichte 25 (1985) S. 1–78.

[21] Eine kollektive Biographie von mehr als 400 Oberbürgermeistern und Oberstadtdirektoren, die den Wandel von der »Leistungselite« zur »Funktionärselite« verdeutlichen sollen, hat der ehemalige Oberstadtdirektor von Hamm vorgelegt: *H. Tigges,* Das Stadtoberhaupt, Porträts im Wandel der Zeit, Baden-Baden 1988. Das polemische Buch, das viele anfechtbare Urteile enthält, ist wegen unzureichender Quellenbasis und Methodik lediglich zur Vorinformation brauchbar.

1987 im Amt, trennte sich 1982 nach 30jähriger Mitgliedschaft von der SPD. Die Beispiele aus anderen Städten und auch aus dem Geltungsbereich der britisch beeinflußten doppelköpfigen Kommunalverfassung ließen sich leicht vermehren.[22]

Im einzelnen mögen die Gründe unterschiedlich gewesen sein. Die Geschichtsschreibung wird prüfen müssen, ob sie sich auf einen einheitlichen Nenner bringen lassen. Hans Ulrich Klose, der 1975 dem als glücklos bezeichneten Peter Schulz nachfolgte und die »Kompromißfähigkeit der Partei im Innern und nach außen« stärken wollte, in der Bürgerschaftswahl 1978 für seine Partei sogar die absolute Mehrheit zurückeroberte, trat 1981 ab. Es war ein Abgang nach links, weil er, um das ewige Gezänk zu beenden, den Ausstieg aus der Kernenergie erstrebte, ihn für Hamburg aber nicht erreichte; und es war eine »Systemfrage«, weil die heillos zerstrittenen Parteiflügel je nach Lage und Laune die widersprüchlichsten Beschlüsse faßten.[23]

Bei der bloßen Beschreibung solcher Erschwernisse der Regierbarkeit wird die Stadtgeschichte freilich nicht stehenbleiben können. Es wird auch zu fragen sein, was der Integrationskurs der SPD, der die Generationsprobleme und die »neuen sozialen Bewegungen« in sich aufnahm, an konstruktiven Elementen bewirkt hat. Die Frage lautet, anders ausgedrückt, was die von den Jungsozialisten ausgelöste Grundsatzdiskussion über Ziele und Inhalte der Kommunalpolitik und der damit verbundene Politisierungsschub zur Erneuerung, Selbstvergewisserung und mithin Stabilisierung des gesamten politischen Systems beigetragen haben.[25]

Natürlich war das Problem der Regierbarkeit der Städte kein Strukturproblem der SPD und ihrer Oberbürgermeister. Kritische Stimmen und Anlaß zur Systemkritik fanden sich auch im Lager der CDU. Der »schwäbische Erfolgstyp«[26] eines deutschen Oberbürgermeisters, Manfred Rommel, hat einmal in satirisch-ironischen Aphorismen mit tieferer Bedeutung dargelegt, daß sich eine Stadt nach bestimmten feststehen-

[22] Bekanntgeworden ist der auf »Klüngel«, politischer Vasallentreue und Kompensationsgeschäften beruhende Stil der Kommunalpolitik in Köln, den der 1977 gewählte Oberstadtdirektor Rossa (SPD) als »fraktionsunmittelbare Verwaltung« bezeichnet. Seine Rede in der Ratssitzung vom 12. 3. 1987, die weite Verbreitung erlangte, wird wohl als Schlüsseldokument in die deutsche Stadtgeschichtsschreibung eingehen.

[23] Zitate aus dem Rücktrittsschreiben und Hintergrundinformationen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 122 vom 27. 5. 1981, S. 3 und Die Zeit Nr. 23 vom 29. 5. 1981, S. 3.

[24] *W. Rudzio,* Eine Erneuerung gesellschaftsverändernder Kommunalpolitik? Zum Impuls der Jungsozialisten, in: *K.-H. Naßmacher* (Hrsg.), Kommunalpolitik und Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 78ff.; *W. Roth / D. Edelhoff,* Kommunalpolitik für wen? Das Juso-Kommunalprogramm 1971 – zwölf Jahre danach, in: *P. Klein* (Hrsg.), Sozialdemokratische Kommunalpolitik im Schatten Bonns, Bonn 1983, S. 74ff.; *J. J. Hesse* (Hrsg.), Erneuerung der Politik »von unten«? Stadtpolitik und kommunale Selbstverwaltung im Umbruch, Opladen 1986.

[25] Exemplarisch bedeutsam, weil der Kampf gegen die Notstandsgesetze am Beginn des Politisierungsschubs stand, und methodisch zuverlässig *M. Schneider,* Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze. Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest 1958–1968, Bonn 1986.

[26] *H. Tigges* (s. A 21), S. 370.

den Regeln unregierbar machen lasse. Zu diesen Regeln gehörte in erster Linie der Satz: »Theorie ist richtig, Praxis ist falsch«. Wenn Kommunalpolitiker nicht mehr der eigenen, sondern lediglich der Meinung ihres Gremiums folgten, wenn politische Diskussionen in den Verfassungsorganen der Stadt auf die Deklamation von Fraktionsbeschlüssen reduziert würden, wenn für Mißstände jeglicher Art grundsätzlich immer die politische Konkurrenz verantwortlich sei und bei Bürgeranhörungen jeweils der Lauteste Recht bekomme, dann sei der Weg zur Unregierbarkeit beschritten. Konkrete Entscheidungen müßten möglichst vermieden werden, um zuvor Sachverständigengutachten von Experten der eigenen Meinung einzuholen. Der Regierbarkeit schade auch, wer immer den nächsten Wahlkampf fest in den Blick nehme, ökonomische oder finanzwirtschaftliche und verwaltungspraktische Einwände beiseite schiebe, um »politische Lösungen« zu finden, also solche, die sich den Interessen lautstarker Gruppen und den gerade gängigen Meinungen anpaßten.[27] Läßt man die Scherzhaftigkeit dieser Regeln beiseite, so erscheint als Ursache der Unregierbarkeit nicht die Politisierung als solche, sondern die Unfähigkeit, mit den Normen und Regeln des politischen Systems vernünftig umzugehen.

Theoriebefangenheit und Ideologisierung, vor allem aber das rechthaberische Moralisieren in der Politik kehrten als Symptome der Unregierbarkeit wieder, als Manfred Rommel 1980 in einem repräsentativen Aufsatz für die Wochenzeitung »Die Zeit« seine einschlägigen Erfahrungen bilanzierte.[28] Darüberhinaus nannte Rommel zwei übergreifende Tendenzen, die den kommunalpolitischen Handlungsspielraum gewissermaßen von zwei entgegengesetzten Seiten her einschränken, die »perfektionistische Reglementierungssucht« der Staatsverwaltung auf der einen Seite und andererseits die wachsende Bereitschaft, kommunalpolitische Entscheidungen mit juristischen Mitteln und unter Anrufung der Gerichte bis zur letzten und höchsten Instanz anzufechten. Beide Tendenzen verstärken sich, wie leicht einsichtig ist, auf dialektische Weise, denn mit der Zahl der Vorschriften steigen auch die Möglichkeiten der gerichtlichen Überprüfung des Verwaltungshandelns.

Rommel kritisierte vor allem den Umstand, daß die Durchführung von Entscheidungen der kommunalen Repräsentativorgane – »z. B. die Errichtung eines Kinderspielplatzes, der Bau einer Stadtbahntrasse oder einer Umgehungsstraße, die Tausenden Entlastung von Lärm und Abgasen bringen würde, die Erstellung eines Krankenhauses, eines Pflegeheims oder eines Wohnheims für Asylanten« – durch Einlegung von Rechtsmitteln selbst dann jahrelang aufgehalten und letztendlich verhindert werden könnten, wenn diese Rechtsmittel offensichtlich unbegründet seien. Der Rechtsschutz von Einzelinteressen sei zum Nachteil des Interesses der Allgemeinheit überzo-

[27] Bei der Mitgliederversammlung des Städteverbandes Rheinland-Pfalz am 15. 2. 1978 in Mayen, gedruckt unter dem Titel »Mehrheit ist Wahrheit«, in: *M. Rommel* (s. A 4), S. 203f.

[28] »Die unregierbare Stadt«, in: *M. Rommel* (s. A 4), S. 190.

gen. Verfassungspolitisch habe diese »Inbesitznahme der Politik durch die Rechtsprechung« bedenkliche Folgen. Die Kontrolle der Verwaltung durch die gewählten Volksvertreter werde verdrängt durch Staatsaufsicht und Rechtskontrolle, also durch Beamte und Richter, die für die praktischen Folgen ihrer Entscheidung keine Verantwortung übernehmen müssen, also weder politisch noch rechtlich haften.

Letztlich definierte Rommel die Unregierbarkeit der Städte als Bedrohung oder besser Entmachtung des Repräsentativsystems der kommunalen Demokratie. Damit fand er breite Zustimmung bei vielen Kommunalpolitikern in allen großen Städten und bei allen Parteien und sogar bei Kritikern wie dem seinerzeitigen Bundesgeschäftsführer der SPD Peter Glotz. Dieser bezweifelte aber eine Lösung auf dem Wege einer Vermehrung der Kompetenzen für die kommunalen Volksvertreter, weil der Parlamentarismus auf der Gemeindeebene nicht mehr in der Lage sei, »die gesamte Gesellschaft samt ihrer Minderheiten abzubilden«. Der angeblich überzogene Rechtsschutz für Minderheiten enge zwar die politischen Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung ein, biete aber auch »Chancen der Konfliktvermeidung«, die unbedingt ergriffen werden müßten.[29]

Die »Unregierbarkeitsthese« war für Glotz letztlich ein politischer Kampfbegriff »der schlauen Konservativen« im Hinblick auf die »auseinanderfallenden Wertorientierungen großer Gruppen der westlichen Industriegesellschaft in Zeiten stagnierender Ökonomie«. Der Begriff müsse häufiger krisenverschärfend als krisenlösend wirken, weil er bei anstehenden Einzelentscheidungen von der Ursachenforschung und Konfliktanalyse ablenke. Als Alternative empfahl Glotz, der eloquente Intellektuelle, ein System der Konfliktlösung durch »antagonistische Kooperation« der Interessengruppen, ohne dabei die quälende Frage loszuwerden, wie sich eine Legitimität demokratischer Politik erreichen lasse,[30] wenn nicht durch Mehrheitsentscheidung der verfassungsmäßig zuständigen und frei gewählten Gremien.

Die Klagen über die Beeinträchtigung der kommunalen Selbstverwaltung, des politischen Systems der örtlichen Demokratie, durch eine übermäßige Anrufung von Gerichtsentscheidungen fanden die Zustimmung der Justiz, insbesondere den Beifall hoher Richter, die das System der Gewaltenteilung verfassungspolitisch reflektierten. Die allgemeine Verrechtlichung des öffentlichen Lebens, die zugleich eine Vermischung von Recht und Politik implizierte, wurde auf mehrere Gründe zurückgeführt. Die Neigung mancher Gerichte, einen möglichst umfassenden Rechtsschutz zu gewährleisten, habe bisweilen in die Gestaltungsprärogative von Regierung und Ver-

[29] *P. Glotz,* Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen, München 1982, S. 165 ff.

[30] Vgl. dazu den Brief von Peter Glotz an einen Frankfurter Sozialdemokraten in der Frage des Baues der Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens in: *P. Glotz,* Kampagne in Deutschland. Politisches Tagebuch 1981–1983, Hamburg 1986, S. 114.

waltungen sowie in die politische Verantwortung der parlamentarischen Gremien eingegriffen. Dadurch wurde bei den im politischen Streit unterlegenen Parteien und Gruppierungen die Anrufung der Gerichte geradzu provoziert, weil »der Prozeß als Nothilfe für fehlende Mehrheiten«[31] eine Fortsetzung des politischen Kampfes versprach. Andererseits aber wurde auch häufig genug von Politikern die Herstellung des Rechtsfriedens durch die Justiz als »Beruhigungsmechanismus« aufgefaßt.

Vor allem aber wuchs eine öffentliche Geisteshaltung der kritiklosen Erhabenheit des eigenen Rechtsgefühls, nach der es geradezu geboten schien, »sein gutes Recht« um jeden Preis und bis zur letzten Instanz auszuprozessieren. Wenn es dabei lediglich um politische Demonstrationen oder um die Anrufung der Justiz zwecks Mobilisierung der Öffentlichkeit ging, degenerierten die Gerichte »zum exemplarischen Austragungs- und Entscheidungsort einer außerparlamentarischen Opposition«. Die tägliche Gerichtspraxis ließ erkennen, daß »über alles und jedes geklagt« wurde: gegen die Errichtung von Kernkraftwerken und Mülldeponien, über die Standorte für Flughäfen, den Verlauf von Straßentrassen, die Verlegung von Schulbus-Haltestellen bis zur Verschreibung von Kondomen auf Krankenschein oder aus Sozialhilfemitteln.[32] Das meiste davon hatte einen unmittelbaren Bezug zu kommunaler Politik und Verwaltung, wenn nicht überhaupt eine entsprechende Ursache.

Die zeitgleichen politikwissenschaftlichen Analysen sparten indessen die Städte weitgehend aus. Die umfangreiche Publizistik zum Phänomen der »Unregierbarkeit«[33] konzentrierte sich auf Fragen nach den Grenzen des Wachstums, der Überforderung des Sozialstaats und der Steuerungskapazität des politischen Systems. Kritisiert wurden Ideologisierung und Polarisierung bei den politischen Parteien, die rücksichtslose Begehrlichkeit bei den Interessenverbänden, ein allgemein überzogenes egoistisches Anspruchsdenken, das Auseinanderfallen von ökonomischen Erwartungen und Leistungen, eine wachsende Diskrepanz der gesellschaftlichen Wertorientierungen und die Aggressivität der alternativen Bewegung. »Unregierbarkeit« war demnach im Kern eine Funktionsstörung von Interventionsstaat und Dienstleistungsgesellschaft.

Studien dieser Art wurden als »neo-konservative Krisenliteratur« apostrophiert, vor allem von jenen, die sich selbst als »die Linke« verstanden. Der »deskriptive Wert« des Begriffs wurde von der politischen Philosophie, die mit marxistischen Begriffen operierte, nicht bestritten, doch definierte sie die Unregierbarkeit vornehmlich als Basisproblem von Klassenkonflikten und ihrer unzulänglichen Institutionali-

[31] So der Präsident des Bundesarbeitsgerichts in seinem Festvortrag auf dem Deutschen Richtertag in Hamburg 1987: *O. R. Kissel,* Justiz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Deutsche Richterzeitung, August 1987, S. 310. Dort auch die einschlägige Literatur.

[32] Ebda., S. 307 mit der dortigen Anm. 33.

[33] Die wichtigsten Beiträge finden sich in zwei Sammelbänden von *W. Hennis / P. Graf Kielmannsegg / U. Matz* (Hrsg.), Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung, Stuttgart 1977 ff.

sierung in der spätkapitalistischen Gesellschaft.[34] Mit dieser »Übersetzungsübung« war jedoch über den Nutzen hinaus, den Theoriebildung immer hat, kaum mehr gewonnen als mit der »neo-konservativen« Systemanalyse. Sind es doch die Fragen nach Entstehung, Verlauf und Wirkungen, die aus der Abfolge von Ereignissen »Geschichte« machen.

So bleiben für die neuere Stadtgeschichtsforschung viele Fragen: Wann und wodurch wurden die Städte »unregierbar«? Wie lange hielt, wenn sie es denn wirklich waren, dieser Krisenzustand an? Betraf er alle Städte und Gemeinden oder nur bestimmte Großstädte und Hochschulorte? Belegen Rücktritte und Konflikte der geschilderten Art wirklich eine strukturelle Unregierbarkeit, oder sind sie nicht vielleicht sogar ein Indiz für das Gegenteil, für Systemstabilisierung durch Abwehr irrationaler oder systemwidriger Ansprüche? Zeigt womöglich das konfliktfreie Festhalten an den Verfassungsgeboten und Amtspflichten gegenüber den Ansprüchen sogar der eigenen Partei, daß die wechselseitige Balance der einander kontrollierenden Gegenkräfte, nämlich Verwaltungsmacht und Parteiengewalt, auf lange Sicht doch funktionierte? Wie ist die kommunale Politik der fraglichen Epoche zu beurteilen, wenn man »Regieren« als Anpassung des Staatshandelns und seiner kommunalen Entsprechung an den sozialen Wandel begreift? Handelt es sich vielleicht gar nicht um ein neues Phänomen, sondern nur um die moderne Ausprägung eines alten Problems, der Spannung zwischen Politik und Verwaltung? Hat am Ende die allgemeine Überzeugung von der Prägnanz des Begriffes dazu geführt, daß sich das theoretische Konzept, solange es »Konjunktur« hatte, seine eigene Wirklichkeit schuf, gewissermaßen, weil zunächst einleuchtend, sich selbst erfüllte? Oder bemißt sich, um vorläufig hier abzubrechen, auch die lokale Demokratie nicht zuletzt an ihrer Fähigkeit, mit Gegensätzen, Konflikten und Krisen zu leben, also die immer neu angefochtene Regierbarkeit zu bewältigen?[35]

[34] C. *Offe,* »Unregierbarkeit.« Zur Renaissance konservativer Krisentheorien, in: *J. Habermas* (Hrsg.), Stichworte zur geistigen Situation der Zeit, Band 1, Nation und Republik, Frankfurt 1979, S. 294–316. Die Perspektive aus DDR-Sicht bei *E. Lieberam,* Krise der Regierbarkeit – ein neues Thema bürgerlicher Staatsideologie, Frankfurt 1977.

[35] So mit etwas anderen Worten *K. D. Bracher* (s. A 2), S. 362. Als lesenswerte Fallstudie ist zu verweisen auf *P. Glotz,* Anatomie einer politischen Partei in einer Millionenstadt. Über den Zusammenhang von Mitgliederstruktur und innerparteilicher Solidarität in der Münchener SPD, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 11. 10. 1975. Zur historischen Einordnung der Protestbewegungen als »Bewährungsprobe« des politischen Systems; vgl. auch *D. Thränhardt,* Geschichte der Bundesrepublik, Frankfurt 1986, S. 191ff. u. 211ff.; *P. Borowsky,* Deutschland 1969–1982, Hannover 1987, S. 141ff.; *S. Miller / H. Potthoff,* Kleine Geschichte der SPD, 6. Aufl. Bonn 1988, S. 226ff.

Eberhard Jäckel

Überlegungen zu einem Haus der Geschichte*

Historische Museen sind gegenwärtig ebenso beliebt wie umstritten. In Berlin wird ein Deutsches Historisches Museum errichtet, in Bonn ein Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und in Stuttgart ein Haus der Geschichte Baden-Württemberg. In allen diesen Fällen handelt es sich um eine bei uns neuartige Gattung. Während natürlich alle Museen historisch sind, geht es hier darum, die gesamte Geschichte entweder Deutschlands oder der Bundesrepublik oder Baden-Württembergs im zeitlichen Nacheinander zu illustrieren. Damit werden Fragen aufgeworfen, die sich bei den meisten bisher üblichen Museen nicht stellen.

Die erste Frage ist, ob wir derartige Museen brauchen. Meine Antwort lautet: Nein. Wir haben sie bisher nicht gebraucht, und die alten und großen Kulturnationen wie etwa England oder Frankreich haben solche Museen nicht. Man findet sie dagegen in Staaten, die ihrer Geschichte nicht sicher sind und ein bestimmtes Geschichtsbild ihrer Bürger erzeugen wollen, wie beispielsweise in der DDR und Rumänien oder in Entwicklungsländern, in ehemaligen Kolonien. Auch das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg, das freilich nicht ganz zu dieser Gattung gehört, stammt aus einer solchen Unsicherheit, als der deutsche Nationalstaat in der Entstehung begriffen war und ein entsprechendes Nationalbewußtsein erzeugt werden sollte, an dem es noch fehlte.

Wir sollten uns klarmachen, daß wir uns in den Rang von solchen Staaten oder Ländern eingliedern, wenn wir historische Museen errichten. Baden-Württemberg ist wahrscheinlich genau ein solcher Fall. Zusammengesetzt aus zwei älteren historischen Gebilden, hat es noch kein Bewußtsein gemeinsamer Geschichte, soll es aber bekommen. Dafür braucht man zwar, wie gesagt, keine historischen Museen, aber vermutlich schaden sie auch nicht. Vielleicht finden sie Beifall und Besuch, belehren oder unterhalten die Betrachter, und insofern ist es möglicherweise ein sehr guter Gedanke, solche Museen zu haben. Viel Geld wird bei uns für viel weniger nützliche Dinge ausgegeben.

Wenn man ein derartiges Haus der Geschichte gründet, muß man grundsätzlich folgendes beachten. Das erste Medium der Geschichte ist das Wort. Geschichte wird, wie schon der Begriff sagt, zuerst erzählt oder geschrieben. Anders ausgedrückt, sie

* Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrags bei einem Symposion vom 23. Oktober 1986 über das »Haus der Geschichte Baden-Württemberg« in Stuttgart.

wird verbal vermittelt. Bilder, Landkarten und Tabellen dienen nur der Illustration, das heißt der Veranschaulichung oder der zusätzlichen Erläuterung. Daneben gibt es, wie jeder weiß, andere visuelle Medien der Vermittlung, Bildbände etwa, Filme und eben Museen und Ausstellungen.

Dabei übernimmt das Wort die erläuternde Funktion, die bei verbaler Vermittlung das Bild einnimmt. Wort und Bild wechseln sozusagen die Plätze, und das wirft grundsätzliche und methodische Fragen auf. Die wichtigste ist, ob Geschichte überhaupt visuell vermittelt werden kann. Daran gibt es berechtigte Zweifel, und das kann man schon daran erkennen, daß das Bild auf einen erläuternden Text nicht verzichten kann, während die verbale Darstellung gut ohne Bilder auskommen kann.

Das gilt für verschiedene Bereiche der Geschichte in unterschiedlichem Grade. Sozial- und Wirtschafts-, Technik- und Alltagsgeschichte sind leichter ins Bild zu setzen als politische Geschichte. Sie aber ist nun einmal der wichtigste Bereich, weil hier fast immer die Entscheidungen fallen, die sich in den anderen Bereichen auswirken. Man kann den Alltag etwa in den Dörfern noch so anschaulich beschreiben oder bebildern. Man wird ihn doch nie verstehen, wenn man nicht weiß, welche Steuergesetze etwa in der Hauptstadt beschlossen worden waren.

In der politischen Geschichte geht es um Sachverhalte, um Prozesse und Zusammenhänge, und das kann man bildlich nicht oder kaum vermitteln. Eine Bauernstube des 18. Jahrhunderts sagt zwar wenigstens etwas, wenn auch keineswegs alles über den Zustand, die Nöte und Freuden der Familie aus, die sie bewohnt hat. Der Schreibtisch Bismarcks aber sagt über den Rückversicherungsvertrag gar nichts aus und kann über ihn nichts aussagen. Politik ist allenfalls illustrierbar, aber, wie Michael Stürmer, erfahren in vielen Diskussionen über historische Museen, einmal gesagt hat, kaum sinnlich darstellbar. Deswegen ist ernsthafte Information in einem Museum grundsätzlich sehr schwierig.

Die Voraussetzung eines Museums ist üblicherweise ein Fundus. Man erbt zum Beispiel oder kauft oder beschlagnahmt eine Gemäldesammlung, man macht bei einer Ausgrabung einen besonders schönen Fund, und dann gründet man ein Museum. Bei den gegenwärtig zu errichtenden Museen wie aber auch bei einigen früheren, etwa dem schon erwähnten Germanischen Nationalmuseum oder dem Deutschen Museum in München, war und ist es genau umgekehrt. Man beschließt eine Museumsgründung, gibt das Thema vor und sucht dann in einem dritten Schritt nach Objekten, nach dem Fundus.

Das wirft eine Reihe von Problemen auf. Geeignete originale Stücke sind nur schwer erhältlich. Man kann zwar hier und da welche kaufen, aber das werden meist nicht die Attraktionen sein, die andere Museen besitzen, und vor allem wird man sie, jedenfalls nicht rasch, in genügender Qualität und Quantität bekommen, um das vorgegebene Thema, das ja immer ein sehr breites ist, einigermaßen zusammenhängend illustrieren zu können.

Dann gibt es den Ausweg, die Objekte selber herzustellen. Das ist dann entweder die berüchtigte Flachware, die meistens entsprechende Langeweile verbreitet, oder es sind Replikate. Das viel erwähnte Diaspora-Museum in Tel Aviv, übrigens ein herausragendes Beispiel von Erzeugung eines Geschichtsbildes, besteht nur aus Replikaten. Einigen gefällt das sehr gut, andere wie Hartmut Boockmann, der sich ebenfalls viel mit den Problemen historischer Museen beschäftigt hat, nennen Replikate schlicht Fälschungen. Sicher ist zumindest, daß sie zu Manipulationen am Geschichtsbild verleiten.

Was nun das Haus der Geschichte in Stuttgart angeht, so lautet das vorgegebene Thema keineswegs, wie man nach dem Titel glauben könnte, Geschichte des Landes Baden-Württemberg, sondern die Gesamtheit der badischen und der württembergischen Geschichte. Dazu muß man sich klarmachen, daß Baden und Württemberg bis 1952 nicht nur keine gemeinsame, sondern eine unterschiedliche und in vielem sogar gegensätzliche Geschichte hatten. Nun soll es gewiß nicht die Aufgabe dieses Museums sein, die alten Gegensätze zwischen den Badenern und den Württembergern zu vertiefen. Im Gegenteil soll ja wohl ein gemeinsames Geschichtsbewußtsein erzeugt werden. Da liegt die Versuchung nahe, eine Gemeinsamkeit, die es nicht gab, nachträglich konstruieren oder suggerieren zu wollen. Das wäre wie bei den Replikaten entweder Manipulation oder sogar, um noch einmal Boockmann zu zitieren, schlicht Fälschung.

Der Versuch indessen wäre voraussichtlich wirkungslos, und diese Überlegung lenkt noch einmal auf das Grundproblem zurück. Können historische Museen ein gewünschtes Geschichtsbild erzeugen? Viele erhoffen oder befürchten eine solche ideologische Ausrichtung im Sinne der Gründer und Geldgeber. Mir erscheint diese Möglichkeit sehr gering. Meine Beobachtung ist, daß die Besucher von Museen von den hübschen, attraktiven Objekten angezogen werden und an den übrigen achtlos vorübergehen.

Ich war kürzlich in dem Historischen Museum der Volksrepublik Rumänien. Dort gelten die letzten drei oder fünf Räume ausschließlich dem Staatspräsidenten Ceausescu, und man sieht, grob geschätzt, etwa 30 bis 50 Porträts von ihm. Es muß sehr fraglich erscheinen, daß das seine Popularität erhöht, und es ist auch keine schwierige Vorstellung, daß diese letzten Räume einmal anders aussehen werden. Museen wurden und werden ja ständig verändert und überarbeitet, und das macht Versuche von Indoktrination, zumindest auf längere Frist, ziemlich wirkungslos. Ich teile die entsprechende Aufgeregtheit, obwohl sie weit verbreitet ist, jedenfalls nicht.

Das kann allerdings nicht heißen, daß die Gründer nicht schon in ihrem eigenen Interesse jeden derartigen Verdacht von vornherein ausräumen sollten. Für die Museen in Berlin und in Bonn ist, unter welchen Bezeichnungen im einzelnen auch immer, die Rechtsform einer Stiftung vorgesehen, damit niemand den Verdacht haben kann, die Regierung und die sie jeweils tragenden politischen Parteien wollten auf die

Gestaltung der Museen Einfluß nehmen. Sie sollte in der Tat dem Parteienstreit entzogen sein, und es wäre eine bedrückende Vorstellung, wenn unsere Häuser der Geschichte nach jedem Regierungswechsel umgestaltet würden.

In Baden-Württemberg hingegen wurde das Ministerium für Kultus und Sport beauftragt, »in engem Benehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst und den anderen berührten Ressorts eine Konzeption zu erstellen«. Es ist dann zwar ein Arbeitskreis eingerichtet worden, dem nicht nur Vertreter der Ministerien angehörten. Aber es wäre zu wünschen, daß die spätere Ausgestaltung nicht den Weisungen des Schulministeriums und auch nicht seiner »Federführung«, wie es so verräterisch zweideutig in der Verwaltungssprache heißt, unterworfen würde.

Die Feder bei der Niederschrift des Museumsprogramms im Großen und in seinen einzelnen Teilen sollten nicht weisungsgebundene Beamte oder gar Parteipolitiker führen, sondern unabhängige Fachleute, die sich ihrerseits eines vielfältig zusammengesetzten Beirates bedienen sollten. Nur so kann das Haus der Geschichte auch in einer kritischen Öffentlichkeit die Glaubwürdigkeit erlangen, die es braucht. Gerade weil ich die Gefahr von Indoktrination für ziemlich gering halte, sollte auch nur der Anschein eines solchen Versuchs vermieden werden.

Historische Museen sind nur in großen Städten möglich und benachteiligen folglich notwendigerweise immer das übrige Land, wo aber nun einmal die Mehrheit der Bevölkerung wohnt. Man muß diese Benachteiligung wohl in Kauf nehmen, aber man kann sie ausgleichen, indem man den Museen auch die Aufgabe stellt, Sonderausstellungen zu veranstalten, die durch das ganze Land wandern können. Der Freistaat Bayern zeigt hier eine gute Lösung. Sein Haus der Geschichte ist überhaupt kein Museum, sondern hat nur die Aufgabe, derartige Wanderausstellungen zusammenzustellen.

Museen verleiten zur Passivität. Auch wenn man mit einigen modernen Mitteln die Besucher zur Mitwirkung anregen kann, im Grunde kann man die Eindrücke und Informationen nur in sich aufnehmen. Demgegenüber hat sich gerade in letzter Zeit die Tendenz zu aktiver Gestaltung von Geschichte, etwa in den sogenannten Geschichtswerkstätten, mehr und mehr durchgesetzt und auch bewährt. Traditionelle Museen können diese Aktivitäten kaum fördern. Häuser der Geschichte jedoch, wenn sie mit Einfallsreichtum betrieben werden, können es, indem sie dazu Anregungen geben, etwa durch Ausschreibung von Wettbewerben, deren beste Ergebnisse dann wiederum zu Sonderausstellungen und damit zu einer Bereicherung des Museums führen können.

Häuser der Geschichte sind neuartig. Erfolgreich werden sie nur dann sein, wenn sie sich auch neuartiger Methoden bedienen und vielerlei Initiativen entwickeln und fördern. Sie dürfen nicht statisch sein, sondern müssen Anregungen von vielen Seiten aufnehmen, um sie dann ihrerseits weitergeben zu können. Sie sollen nicht feste oder gar vorgeschriebene Geschichtsbilder vermitteln, sondern Geschichtsbewußtsein erzeugen, das heißt ein Bewußtsein davon, daß unser ganzes Leben in der Gesellschaft historisch gewachsen und bestimmt ist.

Eine allerletzte Bemerkung möchte ich machen zu dem vorgesehenen Namen ›Haus der Geschichte Baden-Württemberg‹. Das scheint mir kein gutes und kein richtiges Deutsch zu sein. Man sagt zwar Bundesrepublik Deutschland und Land Baden-Württemberg, aber man kann nicht sagen Geschichte Deutschland. Dann sagt man deutsche Geschichte oder Geschichte Deutschlands mit dem Genitiv-s, und das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland enthält gleichfalls diesen Genitiv. Man könnte nach dem Vorbild des Hauses der Bayerischen Geschichte sagen »Haus der Baden-Württembergischen Geschichte«. Dann aber taucht das Problem auf, daß es sie erst seit 1952 gibt. Vielleicht könnte man anregen zu sagen »Haus der Geschichte im Lande Baden-Württemberg«. Aber »Haus der Geschichte Baden-Württemberg« erscheint mir rein sprachlich nicht möglich, und wenn denn schon die Jugend in diesem Hause etwas lernen soll, dann soll sie es meiner Ansicht nach auch an der Haustür und auch in der Muttersprache tun können.

Holger Sonnabend

Städte, Eliten, Mäzene

Neuerscheinungen zur antiken Stadt- und Gesellschaftsgeschichte

Stadtforschung hat in den Altertumswissenschaften nach wie vor Konjunktur. Das Interesse der modernen Forschung am Phänomen »Antike Stadt« gründet wesentlich auf der Erkenntnis, daß die Stadt die »bewegendste geschichtliche Kraft der Antike« gewesen ist.[1] Daß die Auffassung von der besonderen Rolle der Stadt für die Entwicklung menschlicher Zivilisation auch bereits antikem Empfinden entsprach, beweist, neben vielen anderen, ein Ausspruch des römischen Autors Varro (de re rust. 3,1,4): »divina natura dedit agros, ars humana aedificavit urbes.« Die Schwerpunkte der auf die Antike bezogenen Stadtforschung lagen in den letzten Jahren auf der Behandlung einzelner Städte, auf dem Bemühen, den Komplex »Antike Stadt« begrifflich und inhaltlich schärfer zu fassen (vgl. etwa die Arbeiten von M. I. Finley und G. Alföldy) sowie auf Versuchen, sich über den erreichten Erkenntnisstand in Gesamtdarstellungen zu vergewissern.[2] Im folgenden werden einige ausgewählte Titel aus der Buchproduktion der Jahre 1987/88 vorgestellt und besprochen, die für das Thema »Antike Stadt« im engeren oder weiteren Sinne von Interesse sind. Dabei handelt es sich zum einen um Publikationen, die explizit Fragen der Urbanisation und der Urbanistik betreffen. Zum anderen geht es um Arbeiten, die eher dem Bereich der Sozialgeschichte zuzuordnen sind, die aber insofern auch zur »Stadtgeschichte« gehören, als sie Vorgänge und Zustände behandeln, die in dieser Form nur in einer Stadt bzw. einer von Städten geprägten Kultur denkbar gewesen sind.

[1] *W. Dahlheim,* Die Funktion der Stadt im römischen Herrschaftsverband, in: *F. Vittinghoff* (Hrsg.), Stadt und Herrschaft, HZ-Beih. 7/1982, S. 15.

[2] So vor allem *F. Kolb,* Die Stadt im Altertum, München 1984.

Aus der Reihe der hier vorzustellenden Neuerscheinungen ist zunächst auf einen schmalen Band einzugehen, den REINHOLD MERKELBACH auf der Grundlage eines Vortrages vor der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften verfaßt hat. Gegenstand dieser Darstellung ist die kaiserzeitliche Geschichte der Stadt Nikaia, in der Landschaft Bithynien im nordwestlichen Kleinasien gelegen. Mit Fug und Recht darf der Vf. für dieses Thema als ein ausgesprochener Experte angesehen werden, hat er sich doch, zusammen mit seinen Mitarbeitern am Kölner Institut für Altertumskunde, über viele Jahre hinweg intensiv mit der Geschichte der Städte im antiken Kleinasien beschäftigt (siehe besonders die, noch nicht abgeschlossene, Edition der »Inschriften griechischer Städte aus Kleinasien«). Für Nikaia hat Merkelbach nun in komprimierter Form einen kenntnisreichen und fundierten Bericht vorgelegt, der gleichsam als Quintessenz seiner diesbezüglichen Forschungen gelten kann. Dabei geht es ihm nicht um eine umfassende Darstellung der Geschichte Nikaias, sondern es werden »fast kaleidoskopartig« (7) einige charakteristische Merkmale und Entwicklungen herausgegriffen. Die Stadtgeschichte im engeren Sinne wird nur kurz abgehandelt (10f., 31 ff.); im Blickpunkt stehen Aspekte wie die sich besonders im Streit um die Ausrichtung der Kaiserfeste offenbarende Rivalität zwischen Nikaia und dem Nachbarn Nikomedia (12ff.), die Integration der lokalen Oberschichten in das Imperium Romanum (15f.), die wirtschaftliche Schwäche in der Reichskrise des 3. Jahrhunderts n. Chr. (27ff.) sowie die Mythen um Gründung und Anfänge der Stadt Nikaia (34ff.). Dabei erweist es sich als vorteilhaft, daß Merkelbach die Verhältnisse in Nikaia nicht isoliert betrachtet, sondern sie in den Kontext der Gesamtentwicklung der Städte des Ostens in der römischen Kaiserzeit

stellt. Nikaia steht von daher beispielhaft für das, was in der römischen Kaiserzeit städtisches Leben im Osten ausgemacht hat. Dies wurde dominiert von weitgehend romanisierten einheimischen Eliten, die sich, geleitet von dem urgriechischen agonistischen Prinzip, im Wettstreit mit den anderen Städten in Loyalitätsbekundungen gegenüber Rom gegenseitig zu übertreffen versuchten und damit zur Stabilisierung der römischen Herrschaft beitrugen. Ein Verdienst der Arbeit von Merkelbach besteht darin, den Wert der Epigraphik und der Numismatik für die Erforschung der Geschichte antiker Städte deutlich vor Augen geführt zu haben. So beweist eine teilweise ausgemeißelte Inschrift auf dem Osttor von Nikaia, daß die Stadt im Gefolge des Bürgerkrieges zwischen Pescennius Niger und Septimius Severus (193 n. Chr.) drei ihrer Ehrentitel und damit die darauf gründenden Privilegien verlor (25–27). Durch Gegenstempel aufgewertete Münzen aus Nikaia aus dem 3. Jahrhundert n. Chr. geben einen unmittelbaren Einblick in die wirtschaftlichen Krisen der Zeit (27–31). Insgesamt gesehen hat Merkelbach also einen instruktiven kleinen Band vorgelegt, der sich, wie Art der Präsentation und Diktion erkennen lassen, an ein breiteres, historisch interessiertes Publikum, nicht so sehr an den Fachmann, wendet. Von daher ist es allerdings bedauerlich, daß der Vf. auf Hilfestellungen und Überprüfungsmöglichkeiten wie Fußnoten und Literaturangaben völlig verzichtet hat.

Eine ähnliche Thematik betreffend, aber ungleich breiter angelegt, ist eine Untersuchung über eine inschriftlich überlieferte Feststiftung aus der lykischen Stadt Oinoanda aus hadrianischer Zeit, die MICHAEL WÖRRLE vorgelegt hat. Die sehr gut erhaltene, 117 Textzeilen umfassende Inschrift wurde 1967 entdeckt; sie bezeugt die Einrichtung eines aus musischen Agonen bestehenden Festes in Oinoanda aufgrund einer Stiftung des prominenten Bürgers C. Iulius Demosthenes. Die Inschrift enthält eine Reihe von Einzeldokumenten: die briefliche Stiftungsbestätigung durch Kaiser Hadrian, die Stiftungsankündigung des Demosthenes nebst detaillierten Durchführungsbestimmungen, ein Nutzungsprotokoll des Rates von Oinoanda, einen Beschluß der dortigen Volksversammlung sowie ein Subskript des römischen Statthalters (21f.). Um die Inschrift zu interpretieren und ihren historischen Kontext zu erhellen, hat der Vf. sein Buch in acht Sachkapitel eingeteilt. Das erste Kapitel (1–17) beschreibt die Fundumstände und bietet den Text der Inschrift samt Übersetzung. Daran schließen sich Bemerkungen zur Urkundenform und zu chronologischen Fragen an (19–43), wobei der Vorschlag einer Liste der lykischen Bundespriester und Statthalter von besonderem Interesse sein dürfte (42f.). Die beiden folgenden Kapitel sind den Empfängern der Agonstiftung (45–53) sowie einer prosopographischen Erfassung der in der Inschrift erwähnten Personen gewidmet (55–76). Im 5. Kapitel analysiert Wörrle eingehend die städtischen Institutionen von Oinoanda (77–150). Kapitel 6–8 bieten dann eine Untersuchung der Inschrift bezüglich ihrer Aussagen zum Fest selbst, eingeteilt in die Abschnitte Stiftungsgeschäft (151–182), Festpersonal (183–226), das Fest des Demosthenes (227–258). Abgerundet wird das Buch durch einen Index und einen Tafelteil mit Photos der Inschrift; ein die immense Zahl der verarbeiteten Forschungsliteratur übersichtlich zusammenfassendes Literaturverzeichnis ist leider nicht beigegeben. Im Vorwort des Buches bedauert der Vf., bei seiner Darstellung »kein eigentlich durchgängiges Konzept« verfolgt zu haben. Dennoch gelingt es ihm, die vielfältigen Aspekte der Inschrift in eine sinnvolle Systematik einzuordnen, wie er überhaupt eine Arbeit geliefert hat, die sich in bezug auf Akkuratesse und wissenschaftliche Seriosität an jenen Maßstäben orientiert, die der Mentor der griechischen Epigraphik, Louis Robert, für historisch-epigraphische Untersuchungen aufgestellt hat. Neben einer Fülle wertvoller Einzelbeobachtungen bietet das Buch eine ganze Reihe wesentlicher Erkenntnisse für die Bedeutung des Festwesens im kaiserzeitlichen Kleinasien. In der Person des C. Iulius Demosthenes wird der so häufige Typ des Euergetes (Wohltäters) faßbar, der das städtische Leben in der Antike insgesamt entscheidend geprägt hat. Wichtig und notwendig sind die Ausführungen Wörrles zu Funktion und Intention von Feststiftungen: Es sollte die Gelegenheit zur »Selbstdarstellung als

griechische Polis« gegeben werden (257). Dies war freilich keine Abkehr von den realen Zuständen der Zeit; vielmehr war es gerade unter einem griechenfreundlichen Kaiser wie Hadrian möglich, »griechische Tradition und Kaiserkult in spannungsloser Selbstverständlichkeit« miteinander zu verbinden (258). Abgesehen davon ist die Inschrift höchst aufschlußreich für das arg umständliche bürokratische Procedere, das notwendig war, um eine Stiftungsintention durchzusetzen. Der Vf. hat sich bei seiner Arbeit nicht allein aus Oinoanda beschränkt, sondern immer wieder Parallelen gezogen zu anderen Städten in Kleinasien. Auf diese Weise erfährt man nicht nur viel über Agone und Festwesen in Lykien, sondern wird man intensiv konfrontiert mit dem Funktionieren städtischen Lebens im kaiserzeitlichen Kleinasien. Schließlich zeigt auch das Buch von Wörrle in aller wünschenswerter Deutlichkeit, wie wertvoll Inschriften bei der Erforschung antiker Städte sind. In unmittelbarer Form informieren sie über Zustände und Verhältnisse, für die sich die antiken Historiographen in aller Regel wenig zu interessieren pflegten. In ihrer Ausführlichkeit und bei ihrem Erhaltungszustand stellt die Inschrift auf Oinoanda dabei einen ausgesprochenen (und zugegebenermaßen seltenen) Glücksfall dar. Wie ein solches Dokument zum Sprechen zu bringen ist, hat Wörrle vorgeführt.

Bereits im Jahre 1977 hat HERBERT W. PARKE unter dem Titel »Festivals of the Athenians« (Thames and Hudson, London) eine ausführliche Monographie zum Festkalender von Athen veröffentlicht. Von diesem Buch liegt nun eine von Gertraut Hornbostel besorgte deutsche Übersetzung vor. Am Rande bemerkt, ist der englische Titel treffender, trägt er doch dem Umstand Rechnung, daß sich die Bevölkerung von Athen – wie die jeder anderen griechischen Stadt auch – mehr als Personal- denn als Territorialverband verstand. Die entscheidende Vorarbeit zum Festwesen der Athener stammt von L. Deubner, der im Jahre 1932 sein grundlegendes Werk »Attische Feste« publiziert hatte.[3] Parke weiß sich Deubner verpflichtet, bemerkt aber zurecht, daß die Fortschritte in der Forschung seit Erscheinen von Deubners Werk eine Neubearbeitung des Themas erforderlich gemacht haben (7). Zudem hat Parke ein gegenüber Deubner grundlegend anderes Verfahren gewählt: Statt, wie Deubner, die einzelnen Feste jeweils den verschiedenen Gottheiten zuzuordnen, behandelt er die Feste nach ihrer Reihenfolge im Kalender, um sie auf diese Weise »stärker als Bestandteil des griechischen Lebens und weniger als Teil der griechischen Religion« (8) zu erfassen. In einer informativen Einführung (9–29) formuliert der Vf. zunächst sein Erkenntnisinteresse und definiert »Feste« dabei als die vom athenischen Staat zur Verehrung der Götter festgesetzten Tage (9). Im Zentrum stehen also die öffentlichen, nicht die privaten Feste. Im Anschluß an eine Skizze der Quellensituation gibt Parke einen prägnanten Überblick über die Grundlagen des Sakrallebens in Athen sowie über die verschiedenen Formen griechischer Götterverehrung (Opfer, Prozessionen, Rituale etc.). Im Hauptteil des Buches (»Feste im Kalender«, 31–258) führt der Vf. den Leser auf einen Streifzug quer durch das Kalenderjahr der Athener, vom ersten (Hekatombaion, etwa unser Juli) bis zum letzten (Skirophorion, etwa unser Juni) Monat des Jahres. Jeder Monat wird gesondert betrachtet unter dem Aspekt der Feste, die in ihm gefeiert wurden. Ein dritter Abschnitt behandelt summarisch Feste ohne gesichertes Datum und Feste im Umkreis von Athen (259–277). Eine Schlußbetrachtung (278–289) fungiert weniger als Resümee, hier erörtert der Autor vielmehr in Ergänzung zu den vorhergehenden Ausführungen allgemein interessierende Einzelfragen. Das Verfahren, sich bei der Darstellung der Feste am athenischen Kalender zu orientieren, erweist sich als glücklich gewählt: Es wird sehr deutlich, wie der Lebensrhythmus der Athener von den Festen, die sie für ihre Schutzgottheiten veranstalteten, bestimmt wurde. Da eine Vielzahl der Feste agrarischer Natur war, d. h. sich aus Fruchtbarkeitskulten herleitete, häuften sich Feste in den Monaten, in denen etwa das Korn reifte oder die Weinlese anstand. Auf der anderen Seite fand im ersten Wintermonat, dem Maimakterion, überhaupt kein Volksfest in Athen statt. Parke erklärt dies

[3] *L. Deubner*, Attische Feste, NDr. 1962.

auch mit den Witterungsbedingungen, die die auf das Agieren im Freien fixierten Athener von Opferzeremonien und Festzügen Abstand nehmen ließen (140). Auf der Grundlage der literarischen Überlieferung versucht der Autor, jedes einzelne Fest (insgesamt beschreibt er 45) in seinen – häufig sagenhaften – Ursprüngen und seinen – häufig stark ritualisierten – Abläufen zu erfassen (besonders anschaulich dabei die Panathenaia, 40ff., die Eleusinischen Mysterien, 79ff., und die – nur Frauen vorbehaltenen – Thesmophoria, 124ff.). Die die Feste begleitenden sportlichen Agone werden vom Vf. ebenso gewürdigt wie die aus dem Dionysoskult entstandenen szenischen Darbietungen und Theateraufführungen (197ff.). Parke breitet vor dem Leser ein Spektrum griechischen Lebens aus, das in seiner Vielfalt, Buntheit und auch Fremdheit fasziniert, nicht aber irritiert, da es der Vf. versteht, mit Hilfe einer klaren Sprache, einer durchdachten Systematik und nicht zuletzt seiner Fähigkeit, die Hintergründe und Zusammenhänge der Phänomene aufzuzeigen, dem Leser einen roten Faden des Verständnisses zur Hand gibt. Eine Frage bleibt freilich offen: Was bedeuteten den Athenern selbst ihre Feste? Glaubten sie an die Mythen? Gab es ein »Bedürfnis, die Besonderheiten des Ritus durch … aitiologische Sagen zu belegen« (119)? Oder verhielt es sich, wie von Parke gelegentlich angedeutet, damit viel profaner, in dem Sinne, daß die Athener die überkommenen Festtage ganz einfach gern zu Sport, Musik und Gastmählern nutzten? Diese Fragen müssen vorerst offenbleiben, doch es ist nicht der geringste Vorzug eines Buches, zum Nachdenken anzuregen, statt auf alles eine Antwort parat zu haben. Auf jeden Fall aber waren die Feste für die Athener wohl ein identitätsstiftendes bzw. -stabilisierendes Element, sie verhalfen zu jenem Gemeinschaftsbewußtsein, das für die griechische Polis ja überhaupt konstitutiv gewesen ist. – Anzumerken bleibt, daß das Buch vorzüglich aufgemacht ist, zahlreiche Abbildungen enthält und auf den Innenseiten des Einbandes eine übersichtliche Tabelle des athenischen Festjahres beigegeben ist.

Einer unter dem Aspekt »Urbanisierung« bisher wenig erforschten Region der antiken Welt hat sich GÉZA ALFÖLDY in einer neuen Publikation angenommen. Thema seines Buches ist das römische Städtewesen auf der südlichen Meseta der Iberischen Halbinsel (Neukastilien). Der Untertitel »Ein Testfall für die Romanisierung« zeigt das übergeordnete Interesse an, von dem sich Alföldy bei seiner Arbeit hat leiten lassen: Ihm ist daran gelegen, am Beispiel einer kargen Hochlandschaft wie der neukastilischen Meseta die Tragfähigkeit der allgemeinen Auffassung von römischer Städtepolitik als wesentlichem Element von »Romanisierung«, d. h. im weitesten Sinne: Integration der Reichsbevölkerung, zu überprüfen. Das Buch ist in drei große Abschnitte gegliedert. In einer Einführung (15–30) wird zunächst der Gegenstand der Untersuchung umrissen, wobei Alföldy als Zielsetzung angibt, die Vorstellung von einer kaum vorhandenen städtischen Erschließung Neukastiliens durch die Auswertung neuer archäologischer und vor allem epigraphischer Forschungen zu korrigieren. Zum anderen bemüht sich der Vf. hier um eine inhaltliche Präzisierung der vielstrapazierten Begriffe »Romanisierung« und »Urbanisierung«. Im Anschluß an E. Swoboda umfaßt für Alföldy »Romanisierung« die »dauerhaften militärischen und politischen Maßnahmen für die Einbeziehung eines Landes in das römische Herrschaftssystems« sowie »sämtliche gezielten und spontanen Formen des römischen Einflusses auf das Denken und Handeln« (24). Unter »Urbanisierung« versteht er die »Entstehung oder die beschleunigte Fortentwicklung städtischer Zentren und städtischer Organisationsformen« (25). In dieser letzten Formulierung wird der Tatsache Rechnung getragen, daß der Begriff »Stadt« im Imperium Romanum durchaus nicht eindeutig fixierbar ist. Auf diesen Aspekt noch einmal deutlich hingewiesen zu haben, zählt nicht zu den geringsten Verdiensten dieses Buches, wird der Begriff »Stadt« im Hinblick auf antike Siedlungen doch immer wieder recht bedenkenlos verwendet.[4] In Bezug auf die römischen Verhältnisse kann unter »Stadt« zum ei-

[4] So *Th. Lorenz*, Römische Städte, Darmstadt 1987; Rezension dazu: *H. Sonnabend*, in: Die alte Stadt 15 (1988), S. 114–116.

nen ein Siedlungstyp mit zentralörtlicher Funktion (oppidum), zum anderen aber auch ein konstitutionelles Phänomen, nämlich eine autonome administrative Einheit (civitas), verstanden werden. Für die Bestimmung privilegierter Gemeinden, also solcher mit Municipal- oder Kolonialstatus, offeriert Alföldy zusätzlich einen sehr hilfreichen, sieben Punkte umfassenden Katalog an »Findungskriterien« (27–30), die sich im wesentlichen auf rechtliche und administrative Aspekte beziehen. – Im Hauptteil des Buches (31–91) untersucht Alföldy in systematischer und jeweils identischer Form 18 Städte der neukastilischen Hochebene im Hinblick auf ihre Lokalisierung, ihren Status und ihre historische Einordnung. Seine diesbezüglichen Ergebnisse bedeuten ohne Zweifel einen großen Fortschritt. Es gelingt Alföldy der überzeugende Nachweis, daß auch diese, eine Verstädterung nicht gerade nahelegende Landschaft in römischer Zeit in starkem Maße von urbanen Organisationsformen durchdrungen war, entsprechend der »ubique res publica« – Aussage Tertullians (de anima 30). Bis auf zwei Ausnahmen kann Alföldy die von ihm untersuchten Städte mit großer Plausibilität genau lokalisieren, und er versteht es, aus z. T. recht magerem Quellenmaterial, mit Hilfe der erwähnten Findungskriterien, wertvolle Erkenntnisse über den rechtlichen Status dieser Städte herauszufiltern. Zustatten kommen dem Vf. dabei seine Erfahrungen auf dem Gebiet der lateinischen Epigraphik (ein Musterbeispiel: S. 69–74), wobei (man kann es nur noch einmal wiederholen) erneut deutlich wird, in welchem Maße richtig befragte und richtig gelesene Inschriften zur Erforschung von Stadtgeschichte in der Antike beitragen können. – Im dritten Teil des Buches (»Städte und Romanisierung«, 92–119) zieht der Vf. allgemeine Schlußfolgerungen aus den Ergebnissen des zweiten Abschnitts. Hier macht Alföldy u. a. deutlich, daß die meisten römischen Städte der neukastilischen Meseta als Municipien aus bereits existierenden einheimischen Gemeinden hervorgingen (98 ff.), was dem entspricht, was auch aus anderen Teilen des Imperium Romanum bekannt ist. Ferner befaßt er sich mit der Frage des Bürgerrechts (104ff.) sowie vor allem mit den politischen, sozialen und kulturellen Folgen der Urbanisierung (110ff.). Viel Platz wird dabei dem Aufstieg einheimischer Eliten in der römischen Sozialhierarchie eingeräumt. In einem kurzen Resümee hebt Alföldy den großen Anteil der Städtepolitik am Prozeß der Urbanisierung hervor, wobei wieder einmal auf die bekannte Tacitus-Stelle (Agricola 21,1 f.) zurückgegriffen wird. So gelangt Alföldy, aufs Ganze gesehen, zu einer Bestätigung der Auffassung, daß Urbanisierung eines der Hauptinstrumente für die Festigung römischer Herrschaft im Westen gewesen ist. Daß sich die allgemeinen Folgerungen des Autors zur Wirkung der Städtepolitik Roms in Spanien (92ff.) nicht unbedingt alle aus dem von ihm präsentierten Quellenmaterial ableiten lassen, kann den Wert des Buches nicht gravierend beeinträchtigen. Abgerundet wird das Werk durch ein ausführliches Literaturverzeichnis, einen differenzierten Index, Karten und Photos.

Der sog. archaischen Zeit der griechischen Geschichte hat MICHAEL STAHL, auf der Grundlage seiner Berliner Habilitationsschrift, eine umfassende Untersuchung gewidmet. Sein Interesse gilt dabei der älteren Tyrannis, speziell der Ära der Peisistratiden im Athen des 6. Jahrhunderts v. Chr. Nachdem Helmut Berve in seinem 1967 erschienenen Buch »Die Tyrannis bei den Griechen« den Tyrannen als ein quasi außerhalb der Polisordnung stehendes Individuum charakterisiert hatte, ist diese Thematik in der jüngeren Forschung immer wieder aufgegriffen worden. Zu der älteren Auffassung, bei der Tyrannis handele es sich um eine von der »Mittelschicht« getragene soziale Bewegung gegen die herrschende Aristokratie, gesellte sich in letzter Zeit die Meinung von der Tyrannis als einer »Variante der Adelsherrschaft« (siehe die Literatur bei Stahl S. 2, Anm. 11). Diesen zweiten Aspekt macht Stahl zum Ausgangspunkt seiner Analyse; im Verhältnis zwischen Aristokraten und Tyrannen sieht er den Schlüssel, »der das Verständnis für beide zentralen Phänomene der archaischen Geschichte eröffnen soll.« (2). – Im ersten Kapitel seiner Arbeit befaßt sich Stahl mit der »Eigenart der Quellen« und der »Methodik ihrer Rekonstruktion« (6–53). Die Grundfrage ist hier, wie der Historiker für eine weitgehend schriftlose

Zeit (bzw. für eine Zeit, deren schriftliche Quellen nicht mehr greifbar sind) zuverlässige historische Erkenntnisse gewinnen kann. Stahl löst das Problem, indem er den um einiges später schreibenden Herodot in den Rang einer Primärquelle für die archaische Zeit erhebt. Diese These, die manchen Herodotforscher gewiß befremden wird, vermag der Vf. durchaus überzeugend zu begründen: Herodot habe die vorliegende mündliche Tradition schriftlich fixiert, aber nicht für einen privaten Leser, sondern für ein etwa in Symposien versammeltes adliges Publikum. Das Bedürfnis nach schriftlich fixierter Historie sei aufgekommen, als sich für den Adel die politischen Handlungs- und sozialen Geltungsmöglichkeiten veränderten; in dieser »Situation der Bedrohung« (41; vgl. 37) sei die schriftlich festgelegte vergangene Geschichte der archaischen Zeit für die Aristokraten ein Weg der Orientierung durch »Vergewisserung in der Tradition« (40) gewesen. – Im zweiten Teil des Buches (»Stasis und Tyrannis im archaischen Athen«, 56–136) führt der Vf. anhand Herodot 1,59–64 (»Machtergreifung« der Peisistratiden) zunächst vor, wie sich in der Darstellung Herodots Elemente der mündlichen Überlieferung bewahrt haben. Im weiteren entwickelt Stahl seine Auffassung vom Entstehen und Charakter der Tyrannis in Athen, die er unmittelbar aus den Denkgewohnheiten und Verhaltensweisen des Adels ableitet. Die Tyrannis geht nach Stahl aus der Stasis hervor, also jenen für das griechische Gemeindeleben typischen sozialen und politischen Konflikten. Die Stasis wiederum war der »Normalzustand der inneren Verfassung der Aristokratie« (104). Die Tyrannis ist also Ergebnis üblicher aristokratischer Machtkämpfe gewesen, begünstigt durch differenzierter werdende politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die in diesem Zusammenhang vorgenommene Darstellung der griechischen Aristokratie der archaischen Zeit (79 ff.) zählt zu den stärksten Partien des Buches (auch wenn die Negierung einer gentilizischen Struktur der Adelsgesellschaft nicht überall auf Zustimmung stoßen wird). In überzeugender Form weist der Vf. weiterhin nach, daß die etablierte Tyrannis den Handlungsspielraum der übrigen Aristokraten nicht gravierend eingeschränkt hat (Beispiele: Miltiades, Kimon, die Alkmeoniden). – Im dritten Teil des Buches (»Die Tyrannis und die Entstehung des Staates in Athen«, 138–255) geht Stahl ein auf das Verhältnis der Tyrannen zu der sich ausbildenden Staatlichkeit in Athen mit der zunehmenden Ausprägung von übergeordneten Kollektivorganen (Archontat). Dabei kommt er im Ganzen zu dem Resultat, daß die Tyrannis »der Staatlichkeit im athenischen Gemeinwesen zur endgültigen Durchsetzung verholfen hat« (259). – Stahl hat in seinem Buch eine Konzeption vorgestellt, die nicht ohne Widerspruch bleiben wird, die aber ohne Zweifel einen wichtigen und anregenden Beitrag zur Erforschung dieser schwierig zu erfassenden Epoche der griechischen Geschichte darstellt. Ein Hauptverdienst seiner Arbeit besteht darin, deutlich gemacht zu haben, daß die Tyrannis eben nicht so etwas wie ein Betriebsunfall war, sondern ein »integraler Bestandteil« der Geschichte Athens, das »folgerichtige Ergebnis des Verlaufs der archaischen Geschichte« (258). Nützlich sind auch die mehrfach (31f. 161f., 176, 261) vorgenommenen Vergleiche mit der römischen Adelsgesellschaft, aus denen ersichtlich wird, warum diese einen anderen Weg einschlug als die griechische Aristokratie. Störend und ermüdend wirken allerdings – vor allem im ersten Teil – die vielen umständlichen Erläuterungen des Autors zu seiner Vorgehensweise. Hier wäre eine Straffung gewiß von Vorteil gewesen. Es ist nicht notwendig, den Leser penibel an jedem einzelnen Stadium der Vorüberlegung Anteil haben zu lassen.

»Dieses Buch steht quer zur gängigen Interpretation der römischen Geschichte.« Dieser, recht hohe Erwartungen weckende Satz findet sich auf dem Umschlagtext eines Buches von WILFRIED NIPPEL, das aus seiner Münchner Habilitationsschrift hervorgegangen ist. Werbetexten mögen griffige Slogans zueigen sein, doch hier möchte man schon fragen, wie denn eigentlich die gängige Interpretation der römischen Geschichte aussieht. Außerdem hat das Buch nur einen ganz bestimmten Ausschnitt aus der römischen Geschichte zum Gegenstand, nämlich die »Methoden und Probleme der Sicherung öffentlicher Ordnung in der Stadt Rom von der mittleren

Republik bis zum Principat« (7). Dies ist nun freilich in der Tat ein reizvolles und in der Forschung bisher wenig behandeltes Thema. Es gab, das ist hinlänglich bekannt, in Rom keine »Polizei« im Sinne eines »bürokratisch organisierten Erzwingungsstabes« (9). Dieses Faktum hat man, wie Nippel betont, immer wieder verantwortlich gemacht für die z. T. tumultuarischen politischen Zustände im spätrepublikanischen Rom (9). Hier setzt Nippel mit seiner Kritik an: Man dürfe nicht von den ordnungspolitischen Vorstellungen von »Polizei« in der Neuzeit ausgehen; wichtiger sei es zu fragen, »welches die Anforderungen waren, die in der betrachteten Gesellschaft selbst galten« (9). Offenbar gab es, jedenfalls für lange Zeit, in Rom Ordnungsmechanismen, die »polizeiliche« Funktionen abdeckten, ohne daß man dafür einen bürokratischen Apparat benötigt hätte, ja, ohne daß dessen Fehlen den Römern selbst zu Bewußtsein kam, geschweige denn als ein Defizit empfunden worden ist. – Im ersten, systematisch angelegten Teil des Buches (»Prinzipien und Probleme republikanischer Ordnungssicherung«, 11–69) werden die den römischen Magistraten und ihrem Hilfspersonal generell zur Verfügung stehenden Instrumente der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung behandelt (u. a. coercitio, die Kompetenzen der tresviri capitales). Die Wirksamkeit dieser Instrumente basierte ganz wesentlich auf der von den Bürgern anerkannten Autorität der Beamten (im Sinne der lateinischen auctoritas) sowie auf dem Grundsatz, daß die Sicherung der öffentlichen Ordnung Aufgabe aller sei (61). Die mit den Gracchen erstmals eskalierenden Gegensätze in der römischen Aristokratie zwangen den Senat in der späten Republik zu einem neuen »Krisenmanagement«, mittels dessen es, aufs Ganze gesehen, gelang, die Dinge unter Kontrolle zu halten. Dies weist Nippel im zweiten Teil seines Buches (»Die Bewältigung der großen Krisen der späten Republik«, 71–107) insbesondere am Beispiel der Niederschlagung der Catilinarischen Verschwörung (94ff.) nach. Eine Zäsur bilden die 50er Jahre des 1. Jahrhunderts v. Chr., die Nippel im dritten Teil untersucht (»Die Überforderung der republikanischen Ordnung«, 108–152). Als Hauptstörfaktor macht Nippel den Volkstribun des Jahres 58, Clodius, aus. Vor seiner Politik der Aktivierung der plebs urbana, vor den von ihm initiierten gewalttätigen Handlungen habe das Krisenmanagement des Senats kapitulieren müssen, so daß sich die plebs urbana »endgültig als eigenständiger Faktor der stadtrömischen Politik« (136) habe etablieren können. Als der Senat auf die nach der Ermordung des Clodius (52 v. Chr.) einsetzenden Unruhen mit dem Auftrag an Pompeius reagierte, in ganz Italien Truppen auszuheben, um auf diese Weise die Situation in den Griff zu bekommen, hatte man sich in Rom von einem ehernen Prinz republikanischer Politik verabschiedet (136ff.). In einem letzten Abschnitt (»Die neue Ordnung der Kaiserzeit«, 153–171) skizziert Nippel die Veränderungen, die sich aus der Etablierung des Principats ergaben. Für wichtig erachtet er hier, daß es gelang, die plebs urbana in die neue Gesellschaftsordnung zu integrieren mittels Herstellung einer »symbiotischen« Beziehung (156) zwischen Herrscher und Volk, zusätzlich abgesichert durch die nun auf Dauer in Rom präsenten Praetorianer und Stadtkohorten (167). – Insgesamt betrachtet, hat Nippel ein Buch vorgelegt, das zwar keineswegs quer zur ohnehin nicht existenten »gängigen« Interpretation der römischen Geschichte steht, das aber aufgrund einer unkonventionellen und originellen Fragestellung in mancherlei Weise ein neues Licht auf die Geschichte Roms in der späten Republik wirft. Vor allem wird man in Zukunft differenzierter argumentieren müssen, wenn es um die Frage geht, wie die Römer die öffentliche Sicherheit ihres Gemeinwesens zu gewährleisten versuchten. Über die Einschätzung der Rolle des Clodius kann man gewiß streiten; hier verrät Nippel auch zu wenig über seine Meinung zu dem Problem, welche Ziele Clodius mit seinen Aktivitäten eigentlich verfolgte. – Als sehr unglücklich muß die Gestaltung des Buches bezeichnet werden. 164 Seiten Text steht ein 160 Seiten starker, separierter Anmerkungs-, Literatur- und Registerteil gegenüber. Da der Vf. mit Anmerkungen geradezu inflationär umgeht (sechs bis sieben in einem Satz sind keine Seltenheit), wird der Lesefluß durch permanentes Nachschlagen im Anmerkungsteil am Schluß des Buches ganz empfindlich gestört.

Moderne französische Historiographie zeichnet sich u. a. durch einen stark soziologisch geprägten Forschungsansatz aus. Als Musterbeispiel dafür kann das hier vorzustellende Buch von Paul Veyne gelten, das bereits 1976 unter dem Titel »Le pain et le cirque« erschien und nun in deutscher Fassung vorliegt. Veyne kennzeichnet sein Buch selbst als ein »Werk der soziologischen Geschichtsschreibung« (15f.) und gleichzeitig als eine »geschichtswissenschaftlich orientierte Soziologie« (16). Sein Plädoyer für eine Kombination von Soziologie und Geschichtswissenschaft exemplifiziert und erprobt er in diesem wahrhaft monumentalen Werk an jenem für die Antike charakteristischen (und oben schon berührten) Phänomen des Euergetismus. Unter diesem Neologismus (abgeleitet von der griechischen Euergesia) kann man ganz allgemein die »private Freigiebigkeit zugunsten der Öffentlichkeit« verstehen bzw. »das, was die öffentlichen Körperschaften von den Reichen erwarteten« (22). Für die Dominanz des Euergetismus in der antiken Welt gibt es zwei geläufige Erklärungsmuster: zum einen der Wunsch der Herrschenden, die Beherrschten mit Brot und Spielen (panem et circenses, Juvenal Sat. 10, 81) zu entpolitisieren, zum anderen die demonstrative Zurschaustellung von Reichtum (conspicuous consumption, nach Th. Veblen). Beide Erklärungen treffen nach Veyne nicht den Kern. – Das Buch ist in vier große Kapitel eingeteilt. Der erste Abschnitt (»Die Beteiligten und ihr Verhalten«, 17–161) versucht eine allgemeine Annäherung an den Euergetismus, klärt die Begrifflichkeit, korrigiert einseitige Sichtweisen und erläutert die soziologischen Voraussetzungen des Euergetismus. Wesentlich ist hier, neben vielem anderen, was zur Rolle der Honoratioren gesagt wird (107ff.), ebenso die Feststellung, daß der Euergetismus eine dezidiert städtische Erscheinung gewesen ist (101ff.). Im zweiten Kapitel (»Der griechische Euergetismus«, 163–311) erörtert Veyne das Schenken und die Freigiebigkeit im Griechenland der klassischen und der hellenistischen Epoche. Sein Hauptinteresse gilt allerdings dem römischen Euergetismus, und diesem sind die beiden folgenden Kapitel gewidmet (»Die republikanische Oligarchie in Rom«, 312–440, sowie »Der Kaiser und seine Hauptstadt«, 441–632). Veyne macht hier deutlich, daß der Euergetismus der Römer von ganz anderer Art war als der der Honoratioren in den griechischen Städten (besonders S. 313–315). Dies hatte seinen Grund u. a. in der Tatsache, daß die römische Staatskasse stets gut gefüllt war (375). Römische Politiker wurden freigiebig, wenn es darum ging, politische Ämter zu gewinnen (380), d. h., der Euergetismus der Senatoren war politischer Natur. Einen Wandel brachte die Kaiserzeit, in der sich ein »Mäzenatentum des Staates« (417ff.) entwickelte. Durch eine subtile Betrachtung der gesellschaftlichen Mechanismen und der Herrschaftsstrukturen kann Veyne der Formel »Brot und Spiele« gerade im 4. Kapitel viele neue Aspekte abgewinnen. Der Circus war der Platz, an dem es Kaiser, Senat und Volk um die »öffentliche Darstellung ihrer wechselseitigen Beziehungen« (625) ging. Hier wurde Politik eben nicht verdrängt, sondern auf eine andere, ganz besondere Weise, nach bestimmten Regeln und bestimmten Bedürfnissen entsprechend, ausgetragen (»Die Plebs wollte geliebt werden«, 611; »Der Senat wollte respektiert werden«, 619). Brot und Spiele stellten, so das Fazit von Veyne, Politik in drei verschiedenen Formen dar, die sich reduzieren lassen auf die zentralen Kategorien der Soziologie: Geld, Macht und Prestige (631). – Zweifellos hat Veyne ein in vielerlei Hinsicht bemerkenswertes Buch vorgelegt. Durch unkonventionelles, vertraute Denkkategorien bewußt in Frage stellendes Herangehen an (scheinbar) hinreichend bekannte Phänomene der antiken Sozialgeschichte kommt er zu überraschenden, gelegentlich provozierenden Einsichten, die manchmal zum Widerspruch, immer aber auch zum Nachdenken reizen. Das Buch verlangt vom Leser höchste Aufmerksamkeit: Als unerbittlicher Frager führt ihn Veyne quasi rastlos voran, gefundene Antworten werden stets aufs Neue überprüft und gelegentlich auch wieder verworfen. Darüber hinaus besticht das Buch durch eine stupende Gelehrsamkeit, die jedoch nie aufgesetzt wirkt, sondern die der Vf. souverän und unaufdringlich in seine Argumenta-

tion einfließen läßt. Als fruchtbar erweist sich auch das Verfahren, den Blick nicht allein auf die griechisch-römische Antike zu richten. Immer wieder zieht Veyne die Neuzeit zum Vergleich heran, und immer wieder schlägt er den Bogen zu anderen, vornehmlich asiatischen Kulturkreisen (womit er einer in jüngster Zeit namentlich von Christian Meier erhobenen Forderung an den Historiker nachkommt bzw. diese im Voraus bereits erfüllt hat). Das Gesamtkonzept ist überzeugend, in Details scheint sich Veyne häufig zu sehr von seiner sehr speziellen Sicht der Dinge leiten zu lassen (die Res gestae divi Augusti – um nur ein Beispiel zu nennen – bloß als »Grabinschrift eines Mäzens des Staates«, S. 441 sowie 434–436, zu interpretieren, heißt, wichtige andere Aspekte dieses Dokuments außer acht zu lassen). Insgesamt bleibt zu hoffen, daß gerade die deutschsprachige Forschung sich in Zukunft stärker mit den Auffassungen Veynes auseinandersetzen wird, als es seit dem Erscheinen der französischen Originalausgabe 1976 der Fall gewesen ist.

Ein neuer Band der renommierten Reihe »Wege der Forschung« ist dem Sexualleben in der Antike gewidmet. Daß Sexualität nicht allein ein biologisches, sondern auch ein gesellschaftlich determiniertes Phänomen ist, ist hinreichend bekannt. Demzufolge stellt der Herausgeber des Bandes, Andreas K. Siems, in der Einleitung (1–15) auch die richtige Forderung auf, das antike Sexualleben in seiner »Gebundenheit an soziale Institutionen wie etwa Ehe, Familie, religiöse Einrichtungen u. a. im Rahmen sich verändernder gesellschaftlicher Strukturen und Situationen zu sehen« (5). Gemäß dieser Prämisse hat Siems insgesamt 13 Aufsätze zusammengestellt, die zwischen 1907 und 1981 erschienen sind. Den Auftakt bildet ein bekannter Aufsatz von E. Bethe von 1907 (»Die dorische Knabenliebe«, 17–57). Bethe befaßt sich darin mit der Päderastie in Kreta, Sparta und Theben und entwickelt dabei seine These, die Knabenliebe sei motiviert gewesen von dem Glauben, die Areté des Mannes durch den Liebesakt auf den Knaben übertragen zu können. A. D. Nock (1925) handelt über die Rolle der Eunuchen in den orientalischen Kulten (»Eunuchs in ancient religion«, 58–69). Der Beitrag von W. Kroll, 1930 verfaßt (»Römische Erotik«, 70–117), bietet eher ein sittengeschichtliches Mosaik ohne weitergehende Analyse und mit einer Überbetonung der Rolle der Sklaverei für das Sexualleben. J. Vogt (1960) erörtert die vor allem in Dichtung und Philosophie erkennbaren Ansätze zur Aufwertung der Frau (»Von der Gleichwertigkeit der Geschlechter in der bürgerlichen Gesellschaft der Griechen«, 118–167). Mit Hilfe analytischer Kategorien diskutiert K. Hopkins (1965) das Auftreten von Empfängnisverhütung und Abtreibung in der römischen Kaiserzeit (»Contraception in the Roman Empire«, 168–205). Die griechische Homosexualität vom psychoanalytischen Standpunkt aus betrachtet G. Devereux in seinem 1968 erschienenen Aufsatz »Greek Pseudo-Homosexuality and the ›Greek Miracle‹« (206–231). Devereux erkennt in der Homosexualität »a psychological and affective state, which made the Greek capable of complying with the cultural demand for homosexual behavior« (229). Der Beitrag von H. Cancik-Lindemaier (1972) handelt, wie der von J. Vogt, von den Ansätzen zur Emanzipation der Frau (»Ehe und Liebe. Entwürfe griechischer Philosophen und römischer Dichter«, 232–263). K. J. Dover (1973) untersucht an verschiedenen Fällen die Haltung der Griechen zur Sexualität (»Classical Greek Attitudes to Sexual Behaviour«, 264–281). Unter Hinzuziehung zoologischer und ethnologischer Forschungen analysiert D. Fehling (1974) die – häufig apotropäischen – Funktionen phallischer Demonstrationen (»Phallische Demonstration«, 282–323). Wie sehr das römische Sexualleben von der bestehenden Sozialordnung bestimmt gewesen ist, zeigt B. Gladigow in seinem Aufsatz von 1976 (»Römische Erotik im Rahmen sakraler und sozialer Institutionen«, 324–346). Die christliche Einstellung zur Sexualität behandelt H. Cancik (1976), wobei er besonders auf den Einfluß des Augustinus hinweist (»Zur Entstehung der christlichen Sexualmoral«, 347–374). W. A. Krenkel (1978) beschäftigt sich in einem kurzen Beitrag mit den Faktoren, die Kontrazeption und Kindesaussetzung begünstigten (»Familienplanung und Familienpolitik in der Antike«, 375–384). Abgeschlossen wird der Band durch einen Aufsatz von P. Cartledge (1981) mit einer umfassenden Analyse der spartanischen Päderastie in ihrem sozialen und politischen Kontext (»The Politics of Spartan Pederasty«, 385–415). Im Anhang findet man eine reiche, nach Sachgebieten geordnete Auswahlbibliographie. – Die Zusammenstellung des Bandes kann man nur als gelungen bezeichnen. Der Leser erhält einen umfassenden Einblick in die mit dem Sexualleben in der Antike zusammenhängenden Fragen. Wie immer in der Reihe »Wege der Forschung« wird auch ein Stück Wissenschaftsgeschichte vermittelt, und gerade bei dem behandelten Thema zeigt sich die Effizienz des Zusammenwirkens der verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen – von der Geschichtswissenschaft über die Philologie bis hin zu Soziologie, Ethnologie, Anthropologie, Psychologie und Medizin.

Besprochene Bücher:

(1) Reinhold Merkelbach, Nikaia in der römischen Kaiserzeit (Rhein.-Westf. AdW. Vorträge Reihe G, Bd.289), Opladen: Westdeutscher Verlag 1987, 43 S., kart. DM 16,–.

(2) Michael Wörrle, Stadt und Fest im kaiserzeitlichen Kleinasien. Studien zu einer agonistischen Stiftung aus Oinoanda (Vestigia Bd. 39), München: Beck 1988, 276 S., Leinen DM 108,–.

(3) Herbert W. Parke, Athenische Feste, übers. u. bearb. v. Gertraut Hornbostel (Kulturgeschichte der Antiken Welt Bd. 38), Mainz: Zabern 1987, 322 S., DM 58,–.

(4) Géza Alföldy, Römisches Städtewesen auf der neukastilischen Hochebene. Ein Testfall für die Romanisierung (AHAW 1987, 3), Heidelberg: Winter 1987, 141 S., kart. DM 68,–, Leinen DM 98,–.

(5) Michael Stahl, Aristokraten und Tyrannen im archaischen Athen. Untersuchungen zur Überlieferung, zur Sozialstruktur und zur Entstehung des Staates, Stuttgart: Steiner 1987, 287 S., kart. DM 78,–.

(6) Wilfried Nippel, Aufruhr und »Polizei«, in der römischen Republik, Stuttgart: Klett-Cotta 1988, 336 S., Leinen DM 78,–.

(7) Paul Veyne, Brot und Spiele. Gesellschaftliche Macht und politische Herrschaft in der Antike. Aus dem Französischen von Klaus Laermann und Hans Richard Brittnacher (Theorie und Gesellschaft Bd. 11), Frankfurt/M., New York: Campus 1988, 698 S., Leinen DM 128,–.

(8) Andreas Karsten Siems (Hrsg.), Sexualität und Erotik in der Antike (Wege der Forschung Bd. 605), Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1988, 456 S., DM 87,– (für Mitgl. DM 67,–).

Dana Koutná-Karg

Armut und Elend

Ein Fast-Quodlibet zur Geschichte der unteren Sozialschichten im Spätmittelalter und der frühen Neuzeit

Ein Quodlibet in mittelalterlicher Tradition müßte völlig disparate Themen vereinigen. Das ist hier nicht ganz der Fall. Vorgestellt werden einige neuere Arbeiten, die sich aus verschiedener Sicht mit der Sozialstratifikation der städtischen Bevölkerung beschäftigen. Die Untersuchungen sind regional breit gestreut, die methodischen Ansätze anregend unterschiedlich.

Das Buch des polnischen Historikers Geremek, vielen auch als Mitglied der Solidarność bekannt, ist in Polen noch nicht im Druck erschienen, dafür bereits in Italien und Frankreich, nun auch in Deutschland. Vorgelegt wird hier eine leicht gekürzte und vor allem mit einem anderen Titel versehene Ausgabe: das Original von 1978 heißt nämlich »Das Mitleid und der Galgen. Geschichte des Elends und der Barmherzigkeit in Europa«.

Es ist nicht das erste Mal, daß sich der Autor diesem Themenkreis zuwendet. Neben seiner Habilitationsschrift über die Randgruppen im spätmittelalterlichen Paris befaßte er sich wiederholt mit der Armut und der Armenfürsorge. In der vorliegenden zusammenfassenden Studie mangelt es nicht an Gegenwartsbezügen, doch der Hauptaugenmerk liegt auf dem Spätmittelalter und der frühen Neuzeit. Als Belege wurden vorrangig Quellen aus West- und Mitteleuropa herangezogen.

Im ersten Kapitel setzt sich der Verfasser mit der Frage auseinander, welche Funktion den Armen in der mittelalterlichen Gesellschaft zukam. Das evangelische Ideal der Armut lag weitab von der sozialen Wirklichkeit. Der Arme spielte allerdings als möglicher Fürbitter bei Gott eine wichtige Rolle.

Im zweiten Abschnitt geht Geremek auf den »Pauperismus in der modernen Gesellschaft« ein, darunter versteht er die Entwicklung im Wirtschaftsleben des 15. und 16. Jahrhundert. Dieser ist gleichsam die Voraussetzung für die Entstehung des neuen Systems – des Kapitalismus. Die Bettler als Nichtarbeitende erscheinen zunehmend als dem gesellschaftlichen Wohl abträglich. Im folgenden werden deshalb exemplarisch die verschiedenen Reaktionen auf die veränderte Konjunkturentwicklung im 16. Jahrhundert vorgestellt: Städte wie Paris, Venedig oder Ypern versuchten auf unterschiedliche Weise den Massen von Armen zu begegnen. Das Skandalon – Betteln in der Öffentlichkeit – sollte verhindert werden. Neben den praktischen Maßnahmen sind für die veränderte Haltung in dieser Frage natürlich die zahlreichen Schriften protestantischer und katholischer Autoren besonders aufschlußreich. Beleuchtet werden daher Abhandlungen von Luther, Erasmus von Rotterdam, Andrzej Frycz Modrzewski und vornehmlich der spanischen Autoren wie Juan Luis Vives, Miguel Giginta sowie Cristobál Pérez de Herrera. Im Endresultat löst sich demnach die Wohltätigkeit endgültig von der Kirche ab und wird zu einer staatlichen Aufgabe.

Im letzten Kapitel untersucht Geremek die Rolle der Gefängnisse und Arbeitshäuser in der Sozialpolitik der Neuzeit, gemäß dem programmatischen Titel des Originals. Ihre Hauptaufgabe lag seiner Ansicht nach vor allem in der Durchsetzung von Arbeitsethos. Die zum Schluß in Anlehnung an französische Forschung vorgeschlagene Geschichte des Mitleids vermag durch die vagen Formulierungen wenig zu überzeugen. In der Tat ist »Barmherzigkeit ein komplexes Gefühl und ein komplexes Verhalten« (310). Das liegt vielleicht auch an der Übersetzung. Außerdem gebricht es den zahlreichen Beispielen aus verschiedenen Regionen und Epochen gelegentlich doch an Stringenz. So bleibt schließlich der geneigte Leser ab und zu im Gestrüpp der soziologischen Argumentation hängen.

Mit der Geschichte von Kronstadt im Hoch- und Spätmittelalter beschäftigt sich Philippi, momentan wohl die beste Kennerin der Materie. Sie skizziert den Aufstieg zur wohlhabenden Handelsstadt von schätzungsweise 12000 Einwohnern im ausgehenden 15. Jahrhundert. Die Prosperität der Kommune förderten noch Freiheitsbriefe der ungarischen Herrscher, erst die veränderten Machtverhältnisse im Donau-Karpaten-Raum beendeten die positive Entwicklung. Aus Urkunden und Steuerlisten besonders des 15. Jahrhunderts ermittelt die Autorin die soziale Gliederung der Bürgerschaft. Entstammte im 14. Jahrhundert die Führungsschicht dem Adel, so gelangten Fernkaufleute im darauffolgenden Jahrhundert zu den wichtigsten städtischen Ämtern. Allein durch die häufige Dezimierung der Einwohner war dies zunächst keine abgeschlossene Schicht, durch Zuwanderung oder wirtschaftlichen Aufstieg innerhalb der Stadt konnte man Vollbürger, Hausbesitzer in der Inneren Stadt, werden. Auffällige Wandlungen machte ebenfalls die als Mittelschicht charakterisierte Gruppe der »incolae«, der kleineren Steuerzahler und Kaufleute durch. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts findet man anstelle der sächsischen meist ungarische und rumänische Kleinhändler darunter. Relativ spät quellenmäßig belegt ist die Zunahme und wachsende wirtschaftliche Bedeutung der Handwerker; ihren Niederschlag fand sie allerdings schließlich in einer Änderung der Verfassung, der Erweiterung des Rats.

Einen breiten Raum nimmt in der Untersuchung die »Stadtarmut« ein. Ausgewertet wurden dazu Steuerlisten, Zunfturkunden und Testamente, die jedoch jeweils erst in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts zur Verfügung stehen. Philippi ermittelt danach drei verschiedene Untergruppen, die nahe des vieldiskutierten Existenzminimums lebten: Einwohner, die sich durch ihre Arbeit gerade noch ernähren konnten, sei es als Selbständige oder Abhängige (Gehilfen etwa), ferner Bevölkerungsteile, die auf die Unterstützung anderer angewiesen waren, sowie die Nichtseßhaften. Aus den Steuererhebungen des Jahres 1489 ergibt sich ein Anteil von etwa 38% von der gesamten hausbesitzenden Bevölkerung, mit den Vorstädten wohl noch wesentlich mehr, bis zu 50%.

Insgesamt stellt die Verfasserin eine große ökonomische Differenzierung mit gleichzeitig ausgeprägter Fluktuation in der Stadt fest. Sie vermittelt damit einen sehr umfassenden Überblick über das mittelalterliche Kronstadt. Wünschen könnte man sich als eine Ergänzung eine ausführlichere Zusammenfassung der sozialen Topographie. Dies wiegt aber bei weitem die abgerundete Darstellung, die dank ausgewählter Lebensläufe verschiedener Einwohner sehr plastisch und überdies gut lesbar ist, auf.

Methodisch anders wird eine westfälische Stadt von ca. 2000 Seelen im ausgehenden Mittelalter untersucht. Rüthing fragt nach der sozialen Ungleichheit, d. h. nach den Möglichkeiten und der Intensität der aktiven Teilhabe an den gesellschaftlich relevanten Bereichen. Der Ort ist Höxter, die Zeit das letzte Viertel des 15. Jahrhunderts. Im wesentlichen ergibt sich dies aus der Hauptquelle, aus der der Autor schöpft, und zwar dem Schoßregister. Aus zusätzlichem Archivgut, soweit vorhanden, sollen alle Informationen zu einzelnen Bewohnern zusammengetragen werden, um die »sozialen Handlungsfelder in ihrer strukturellen Eigenart zu erhellen« (14). In verschiedenen »Beobachtungsfeldern« wie »Herrschaft«, »Wirtschaft« und »Kultur« werden die Strukturen der höxterschen Stadtgesellschaft minuziös nachgezeichnet.

Im einzelnen analysiert Rüthing zunächst die Stadtverwaltung, also vor allem den Zugang unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu den Stadtämtern. Bekanntes wird hier größtenteils bestätigt, daß nämlich Wohlstand und politischer Einfluß eng miteinander verknüpft waren. Des weiteren geht es dem Autor um die jeweiligen Handwerke und Gewerbezweige, ebenfalls um deren Anteil an der Vermögenshierarchie, gesondert um den Handel und die Landwirtschaft. Besonderes Interesse gilt der Problematik des »sozialspezifischen Wohnens«, weshalb die Verteilung von Wohnorten der einzelnen Berufssparten auf die Stadt auch Planskizzen veranschaulichen. Zur optischen Auflockerung der

Druckseiten tragen außerdem Streudiagramme bei, dem Verständnis von Vermögensstreuung bzw. Vermögensentwicklung sind sie vermutlich weniger dienlich.

Der vorletzte große Abschnitt ist dem Verhältnis der Stadt und Kirche sowie der sozialen Herkunft der Kleriker gewidmet. Die Beziehung der Bürgerschaft zu den ansässigen Geistlichen sieht der Verfasser als auffallend konfliktarm, was er auf die engen verwandtschaftlichen Beziehungen zurückführt.

Konkret auf die sozialen Unterschiede geht Rüthing im letzten Kapitel ein. Beleuchtet werden als die Grundlage der sozialen Determination die Familie und die familiären Verflechtungen innerhalb der Stadt. Speziell die Wohnlage spiegelte die sozialen Differenzen wieder; bemerkenswert ist indes für Höxter, daß die wenigsten Berufsgruppen in bestimmten Stadtvierteln siedelten. Den Abschluß bildet eine knappe Darstellung der Vermögensverteilung sowie der sozialen Mobilität.

Die stoffreiche Dissertation, Resultat zehnjähriger Forschung, besticht durch ihre Quellenkritik, mußte doch das Schoßregister die fehlenden Ratsprotokolle, Bürgertestamente oder erzählende Quellen ersetzen. Bedauerlicherweise ist sie bisweilen schwer benutzbar, denn Kleinstergebnisse werden in Tabellen und Schemata graphisch dargestellt, Einzelfragen ohne größere Zusammenhänge dargeboten. Unzweifelhaft ehrt es die wissenschaftliche Umsicht des Autors, wenn er sich bewußt aus theoretischen Diskussionen über sozialwissenschaftliche Schichtungsmodelle heraushielt (453 ff.) und stattdessen seine Untersuchung der Stadt Höxter »prosopographisch« und »sozialtopographisch« aufbaute, doch einige erläuternde Worte statt Graphiken hätten dem positiven Eindruck keinen Abbruch getan, ebensowenig eine verständlichere Sprache.

Auf Notariatsakten, Heiratsurkunden, Testamenten und weiterem Aktenmaterial basiert die Untersuchung der sozialen Strukturen in Bordeaux. Es ist eine detailreiche und viele Aspekte erfassende Dissertation. Zur Einführung charakterisiert Dinges die Wirtschaft der Stadt im 16. und 17. Jahrhundert, daran anschließend die soziale Schichtung, besonders hinsichtlich der »Stadtarmut«; dazu gehörten diejenigen Bevölkerungsteile, die lediglich durch ihre Arbeitskraft überleben konnten und bei Wegfallen der Erwerbsmöglichkeit auf fremde Hilfe angewiesen waren. Dazu zählten je nach äußeren Umständen wie Pest, Krieg oder Mißernte bis zu 80% der Stadtbevölkerung. Gut dokumentiert wird dies anhand von Lohn- und Preistabellen. Ausführlich geht der Autor in diesem Zusammenhang auf die sozialen Bindungen ein, die in Notsituationen als gewisses Auffangnetz dienten. Erstaunlich ergiebig ist außerdem die sorgfältige Auswertung von Nachlaßinventaren, die trotz offenbarer Mängel oder Lücken (nicht erwähnt werden Lebensmittel, Tongeschirr u. ä.) einen tiefen Einblick in die Sachkultur der Unterschichten gewähren. Markant ist beispielsweise die langsame, aber doch spürbare Bereicherung des Hausrats durch bestimmte Gegenstände (Stühle, individueller Teller).

Gut die Hälfte der Arbeit ist dann der Armenfürsorge in Bordeaux gewidmet. Seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts begegnen in den Polizeiordnungen verstärkt Regelungen für die Spitäler, Bettler, für den Fall von Pest und namentlich für die »Fremdenpolitik«. Die Absicht war, die Massen fremder Bettler der Stadt fernzuhalten bzw. die Arbeitswilligkeit der Bedürftigen zu ermitteln. Dinges geht hier auch vornehmlich der Frage nach, ob tatsächlich die Armenfürsorge vorrangig die Aufgabe der obrigkeitlichen Organe war, in Bordeaux des Stadtrats und des Parlaments. Er kommt zum Ergebnis, daß es eine tiefe Diskrepanz zwischen den Absichten der Stadtverwaltung, ihrer Finanzierbarkeit und der praktischen Durchführung gab. Nur zum Teil und meist nur vorübergehend wurden Resultate bei der Hospitalzentralisierung und den Versuchen mit Zwangsverpflichtung zur Arbeit erzielt, obwohl es im zweiten Viertel des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts nicht an Reformbemühungen mangelte. Gerade in Krisenzeiten (bei Pest etwa) war diese Politik ziemlich begrenzt.

Als Bindeglied zwischen der Selbsthilfe und den Fürsorgeanstalten untersucht der Verfasser außerdem die Maßnahmen der einzelnen Gemeinden, nach Konfession gesondert. Insbesondere verfolgt er dabei die in Testamenten und Stiftungen erkennbaren Einstellungen zum Tod und zur Armut. So zeigt sich, daß im 16. Jahrhundert zunächst Arme in Spitälern, dann erst auch Privatstiftungen, in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hingegen meist einzelne namentlich erwähnte Arme, gefolgt von Privatstiftungen und der Gemeindefürsorge bedacht wurden. Der Versuch, hieraus eine kürzere oder längerfristige Mentalitätsänderung zu ermitteln, verläuft allerdings nicht allzu ertragreich, was nicht nur mit den Quellen, sondern auch mit dem diffusen und weiterhin diskussionsbedürftigen Forschungsansatz zusammenhängt.

Ebenso diskussionsbedürftig erscheinen vielleicht manche Thesen des Autors im Hinblick auf die Selbsthilfe der ärmeren Bevölkerung als Überlebensstrategie und die marginalen Versuche der Stadt zur Sozialfürsorge. Gemessen an den Vorstellungen des 20. Jahrhunderts scheint dies berechtigt zu sein, fraglich ist nur, ob es auch zum besseren Verständnis der untersuchten Epoche beitragen kann.

Die Kenntnisse über die von ärmeren Bevölkerungsschichten bewohnten Bautypen bereichert die Arbeit von Scheftel. Sie ist ein Ergebnis eines Forschungsprojektes in Lübeck. In der gleichen Reihe sollen in absehbarer Zeit noch einige Untersuchungen dieser Art veröffentlicht werden.

Lübeck bietet sich als Forschungsobjekt nicht nur wegen der laufenden Flächensanierungen an, sondern vor allem deshalb, weil dort vergleichsweise viele Objekte der Profanarchitektur auch der ärmeren Einwohner erhalten sind. Konzipiert wurde die Publikation nicht als schlichte Baualtersaufnahme, vielmehr als eine interdisziplinäre Erfassung zweier Wohnungstypen, nämlich der Bude bzw. ihrer Agglomeration der Gänge sowie der Wohnkeller. Vom Autor und seinen zahlreichen Mitarbeitern wurden herkömmliche Methoden der Bauaufnahme, ferner schriftliche Quellen, darunter besonders die Schoßregister, sowie die Dendrochronologie kombiniert.

Das Hauptinteresse galt den Fragen nach dem Alter und der Verteilung der Buden oder Wohnkeller auf die Stadt Lübeck, darüber hinaus ihren Erbauern und ihren Mietern. Die Freiwohnungen in den Armengängen und Stiftungshöfen, die etwa ein Zehntel dieser Objekte ausmachten, wurden ausgeklammert.

Erste urkundliche Belege für die zunächst einräumigen, später stärker differenzierten Holz- bzw. Fachwerkbauten gibt es in Lübeck in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, obwohl ein früheres Aufkommen wahrscheinlich ist. Scheftel versucht im übrigen zu widerlegen, daß der Grundriß lediglich eine Vereinfachung des großen Bürgerhauses, also des Dielenhauses, darstellt. Ein umfangreicher, gerade für den Historiker interessanter Teil der Arbeit erfaßt die Phasen der Bautätigkeit zwischen dem 14. und 17. Jahrhundert. Erschwerend die vielfach ungenaue Beschreibung im jeweiligen Grundbuch, genausooft läßt sich aus dem Eintrag ein Neubau nicht erschließen, weshalb die Datierung durchaus vage sein kann. Im Zusammenhang mit einem Bevölkerungszuwachs läßt sich verstärkte Bautätigkeit in den 40er und 80er Jahren des 14. sowie in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts nachweisen. Präzisere Angaben, auf quantifizierender Basis, sind erst für das 16. Jahrhundert möglich. Ein Vergleich mit der Wirtschaftskonjunktur zeigt einen entsprechenden Rückgang im ausgehenden 17. Jahrhundert.

Die Bebauung von Grundstücken innerhalb der Stadt mit kleinen Buden ging im Spätmittelalter auf Kaufleute zurück, zunehmend wurden sie dabei aber von Handwerkern abgelöst; dies wird im Anhang in mehreren Listen verdeutlicht. Einen teilweisen Überblick über die Berufe und Vermögensverhältnisse erlauben seit dem 17. Jahrhundert die Wachtgeldbücher. So lebten hier vor allem Tagelöhner, Seeleute und Träger, häufig in der Nähe ihres Arbeitsplatzes.

Den zweiten Teil der Publikation bilden exemplarische Bauuntersuchungen, in denen sechs größere Objekte seit ihrer ersten Erwähnung bis zur unterschiedlich gelungenen Sanierung dokumentiert sind.

In überzeugender Weise erschließt Scheftel die wechselseitigen Beziehungen zwischen dem Bauherr/Eigentümer, einem bestimmten Bautyp und dem Bewohner in der spätmittelalterlichen und neuzeitlichen Stadt, zudem präzisiert er wirt-

schaftliche und demographische Daten. Auf den ersten Blick mag das Thema ausschließlich für den Denkmalpfleger oder Historiker des hansischen Raumes wichtig erscheinen. Mit seinen Ansätzen und Ergebnissen geht die Arbeit weit darüber hinaus und vermag für andere Untersuchungen Impulse zu liefern.

Besprochene Literatur

Bronisław Geremek, Geschichte der Armut. Elend und Barmherzigkeit in Europa, München-Zürich: Artemis 1988, 328 S., DM 48,–.

Maja Philippi, Die Bürger von Kronstadt im 14. und 15. Jahrhundert. Untersuchungen zur Geschichte und Sozialstruktur einer siebenbürgischen Stadt im Mittelalter (= Studia Transylvanica 13), Köln-Wien: Böhlau 1986, 335 S., DM 74,–.

Heinrich Rüthing, Höxter um 1500. Analyse einer Stadtgesellschaft (= Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte 22), Paderborn: Bonifatius-Druckerei 1986, 490 S., 1 Karte, DM 48,–.

Martin Dinges, Stadtarmut in Bordeaux 1525–1675. Alltag, Politik, Mentalitäten (= Pariser Historische Studien 26), Bonn: Bouvier 1988, 588 S., 8 Abb., DM 148,–.

Michael Scheftel, Gänge, Buden und Wohnkeller in Lübeck. Bau- und sozialgeschichtliche Untersuchungen zu den Wohnungen der ärmeren Bürger und Einwohner einer Großstadt des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit (= Häuser und Höfe in Lübeck 2), Neumünster: Wachholtz 1988, 170 S., 101 Abb., DM 90,–.

Andreas Gestrich

»Zarte Leidenschaft« in Bielefeld und Heidelberg

Neuere Literatur zur Sozialgeschichte des Bürgertums

In New Yorker Antiquitätenläden hat Biedermeier zur Zeit Hochkonjunktur. Auch hierzulande stehen Scherenschnitte, verschnörkelte Gartenbänke und dergleichen Relikte bürgerlichen Wohlstands und bürgerlicher Kultur des 19. Jahrhunderts gut im Kurs. Hausmusik ist wieder schick, und bei Besuchen bringt man selbstgekochte Marmelade mit. Kein Zweifel, unsere Zeit der Postmoderne und der neuen Bürgerlichkeit verbindet eine nicht nur oberflächliche Wahlverwandtschaft mit jenen »halkyonischen Tagen« zwischen Wiener Kongreß und Revolution: Die Zeiten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschrittsoptimismus sind wieder vorbei. Die intellektuelle Linke findet sich mit den »Realitäten« ab oder lenkt die Kritik am System doch mehr aufs Konkrete als aufs Prinzipielle. Unter Spöttern geht die Rede vom »neuen Biedermeier« um.

Aber auch dort, wo nostalgische Neigungen nicht unterstellt werden können, erscheinen Bürgertum und bürgerliche Kultur und Gesellschaft in einem neuen und sehr viel positiveren Licht als noch vor zehn Jahren. Die bürgerliche »Errungenschaft« einer liberalen Gesellschaft politisch mündiger Bürger (deren Durchsetzung in Deutschland ja lange genug gebraucht hat) scheint heute weltweit von einer unaufhaltsamen Erosion bedroht. Explosionsartig wachsende Kompetenzen wuchernder Bürokratien, meinungsmanipulierende Medienimperien, die Möglichkeiten des Mißbrauchs der Datenverarbeitung im »Erfassungsstaat« und vieles andere mehr führten dazu, daß seit den ausgehenden 1970er Jahren auch von der kritischen Intelligenz das emanzipatorische Potential des »bürgerlichen Projekts«, eines von vernünftigen Bürgern autonom zum allgemeinen Besten regulierten, liberalen Gemeinwesens wieder entdeckt wurde.

Dieser Klimawechsel der mentalen Großwetterlage konnte auf die Themenwahl der Geisteswissenschaften nicht ohne Rückwirkung bleiben. Es überrascht daher nicht, daß auch die sozialgeschichtliche Forschung, die sich – zumindest für das 19. Jahrhundert – bislang fast ausschließlich mit »handfesteren« Themen wie der materiellen Lage und politischen Organisation der unteren gesellschaftlichen Schichten beschäftigt hatte, jetzt »zartere Leidenschaften« entwickelt: Das Bürgertum und seine Kultur wird »entdeckt«.[1] Dies scheint ein internationaler Trend zu sein, der allerdings bezeichnende nationale Unterschiede aufweist, auf die im folgenden einzugehen sein wird.

In der Bundesrepublik haben die wichtigsten Zentren sozialgeschichtlicher Forschung, der Heidelberger Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte und die geschichtswissenschaftliche Abteilung der Universität Bielefeld, während der letzten Jahre gleichsam eine wissenschaftliche Großoffensive zur Erforschung des Bürgertums gestartet: Der Heidelberger Arbeitskreis widmete seit 1980 zunächst noch unter der Leitung

[1] »Die zarte Leidenschaft. Liebe im bürgerlichen Zeitalter« ist der Titel eines Buches von Peter Gay, auf das unten eingegangen werden wird. Das Bürgertum war aus der sozialgeschichtlichen Forschung natürlich nie ganz ausgegrenzt. Aber Einrichtungen wie der »Büdinger Arbeitskreis zur Erforschung der deutschen Führungsschichten in der Neuzeit« führten innerhalb der Zunft doch eine bezeichnend marginale Existenz.

von Werner Conze zwölf Tagungen dem Thema Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert;[2] im Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld arbeitete unter der Koordination von Jürgen Kocka 1986/87 ein Jahr lang eine internationale Forschungsgruppe von über vierzig Wissenschaftlern unterschiedlicher Fakultäten zum Thema »Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich«;[3] zusätzlich wurden dort während dieses Jahres vier internationale Konferenzen zu speziellen Themen dieses Forschungsschwerpunktes abgehalten,[4] und schließlich wurde 1986 in Bielefeld ein Sonderforschungsbereich der DFG eingerichtet, der die »Sozialgeschichte des neuzeitlichen Bürgertums: Deutschland im internationalen Vergleich« zum Gegenstand hat.

Der Ertrag dieser Anstrengungen ist quantitativ wie qualitativ beeindruckend. Allein die Ergebnisse der internationalen Forschungsgruppe am Bielefelder ZiF, um mit diesem Projekt zu beginnen, füllen annähernd 1500 Druckseiten. Was hier vorgelegt wurde, das merkt der Leser rasch, ist nicht fürs Gemüt. Mit dem allgemeinen Mentalitätswandel hat dieses Projekt jedoch insofern zu tun, als die Erforschung der Geschichte des Bürgertums auch hier explizit auf die »gegenwärtige Debatte über die Errungenschaften und Kosten, Chancen und Gefahren des ›Projekts der Moderne‹ westlicher Spielart« bezogen ist.[5] Das Hauptinteresse des Projekts gilt jedoch zwei anderen Punkten: Zum einen geht es um die genaue inhaltliche Erfassung der Dimensionen von Begriffen wie »bürgerlich«, »Bürgerlichkeit« und »bürgerliche Gesellschaft«. Lassen sich diese Kategorien soweit präzisieren, daß sie als »Schlüsselbegriffe interdisziplinärer Erforschung des 19. Jahrhunderts« taugen? Ist es möglich, zu einer fächerübergreifenden »Theorie der ›Bürgerlichkeit‹« zu gelangen, mit deren Hilfe dann »wesentliche Momente in der Geschichte des 19. Jahrhunderts interdisziplinär zu begreifen« wären?[6] Auf dieser Fragestellung aufbauend sollte das Projekt der interdisziplinären und international vergleichenden Erforschung des europäischen Bürgertums zum anderen dazu beitragen, die Debatte um den »deutschen Sonderweg« auf eine solidere Basis zu stellen. Gab es in Deutschland im 19. Jahrhundert wirklich ein »Defizit an Bürgerlichkeit«? Wenn ja, wo lag es und wie wirkte es sich aus?

»In Europa gibt es eine Gesellschaft, von der man überall spricht, ohne bestimmt zu wissen, wo sie ist und was sie ist; jeder will ihr angehören, und es ist eine Beleidigung, das Gegenteil zu behaupten …«[7] Die geheime Gesellschaft der Leute von Anstand und Geschmack, die der »schwäbische Demokritos« Karl Julius Weber hier aufs Korn nimmt, ist der kulturelle Kern der sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts entfaltenden bürgerlichen Gesellschaft. Wer zu ihr gehörte und was die Kriterien dieser Zugehörigkeit sind, das ist heute noch so problematisch wie vor einhundertundfünfzig Jahren. Die sich formierende neue Gesellschaft der Staatsbürger, die im Laufe des 19. Jahrhunderts die Bedeutung des ständischen Stadtbürgers immer mehr verdrängte, stellte zu ihrer Binnendifferenzierung – abgesehen von der Grenze zwischen Adel und Nicht-Adel – keine rechtlichen Kategorien mehr bereit. So basierte die Zurechnung zur Gruppe des Bürgertums auf den relativen Größen von Wohlstand und Bildung. Selbst so plausible soziale Abgrenzungsversuche wie derjenige Kockas, der außer dem Adel auch den katholischen Klerus, die Unterschichten und die Bauern auf jeden Fall vom Bürgertum ausschließt, haben daher im Detail noch ihre Probleme.[8]

Kocka selbst problematisiert das Definitionsdilemma denn auch in einem Kapitel mit der treffenden Überschrift »Kein Stand, keine Klasse – eine Kultur?»,[9] und M. R. Lepsius spricht in seinem exzellenten Problemaufriß »Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit« vom Prozeß der Vergesellschaftung der Mittelklassen »zu mehreren ›Bürgertümern‹«.[10]

Die Einzeluntersuchungen der Bielefelder Forschungsgruppe verstärkten diesen Befund der mangelnden sozialen Kohärenz des Bürgertums und damit der Unschärfe des Begriffs, zumindest in internationaler Perspektive. Dieses Ergebnis ist nicht überraschend. In England spricht man bezeichnender Weise ohnehin von den »middle classes« im Plural, und die französische historische Forschung hat es sich angewöhnt, das Bürgertum in sechs verschiedene Gruppen einzuteilen.[11] In beiden Ländern ist die Affinität der oberen Mittelschicht, speziell der Großkaufleute und Großfinanz zu den alten (adeligen) Führungsschichten größer als zum übrigen Bürgertum. Sprach man bis vor kurzem noch von der »Feudalisierung« des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, so zeigen diese Untersuchungen, daß die Bereitschaft der bürgerlichen Großunternehmer und Financiers zur Einheirat in den Adel in England und Frankreich wesentlich größer war als in Deutschland.[12] Youssef Cassis plädiert gar dafür, zumindest für Frankreich und England »auf das Konzept Bürgertum‹ zugunsten der Begriffe »Elite« oder »herrschende Klasse« zu verzichten.[13]

Wenn Kocka in seiner zusammenfassenden Einleitung dennoch für die Beibehaltung und die analytische Tauglichkeit des Begriffs plädiert,

[2] Erste Ergebnisse dieser Tagungen liegen nun vor mit den Bänden *W. Conze / J. Kocka* (Hrsg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil I: Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen, Stuttgart 1985 und *U. Engelhardt,* »Bildungsbürgertum«. Begriffs- und Dogmengeschichte eines Etiketts, Stuttgart 1986. Weitere drei Bände sollen folgen.

[3] Die Ergebnisse liegen nun vor in *J. Kocka* (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, 3 Bde. München 1988. Die Beiträge einer vorbereitenden Konferenz vom Dezember 1985 sind veröffentlicht in: *J. Kocka* (Hrsg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987. Zur Arbeit des ZiF vgl. *J. Kocka* (Hrsg.), Interdisziplinarität. Praxis – Herausforderung – Ideologie, Frankfurt 1987.

[4] Die Ergebnisse wurden publiziert in *U. Frevert* (Hrsg.), Bürgerinnen und Bürger. Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert, Göttingen 1988; *D. Langewiesche* (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988; *H. Siegrist* (Hrsg.), Bürgerliche Berufe. Beiträge zur Sozialgeschichte der Professionen, freien Berufe und Akademiker im internationalen Vergleich, Göttingen 1988. Die Ergebnisse der von Waclaw Dłuborski geleiteten Konferenz über »Das Bürgertum in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert« liegen noch nicht vor.

[5] *J. Kocka,* Bürger (s. A 3), S. 13. Allerdings merkt er ebda., S. 14f. auch an: »Heute sind die Worte ›bürgerlich‹ und ›Bürgerlichkeit‹ zweifellos weniger negativ besetzt als vor fünfzehn bis zwanzig Jahren … Sicherlich wäre ein Symposion mit diesem Titel zur Zeit der Gründung des ZiF, vor gut fünfzehn Jahren, auf mehr Mißtrauen – und andere Mißverständnisse – gestoßen als heute.«

[6] *J. Kocka,* Einleitung, in: ebda., S. 9.

[7] *K. J. Weber,* Demokritos oder Hinterlassene Papiere eines lachenden Philosophen. In neuer Anordnung hrsg. v. *K. M. Schiller,* Leipzig 1927, S. 59.

[8] *J. Kocka,* Bürgertum und Bürgerlichkeit als Probleme der deutschen Geschichte vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert, in: *ders.,* Bürger (s. A 3), S. 21–63, hier v. a. 27. So war die Zurechnung der Beamten zum Bürgertum lange Zeit keineswegs selbstverständlich.

[9] Ebda., S. 42ff.

[10] *M. R. Lepsius,* Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit, in: *J. Kocka,* Bürger (s. A 3), S. 79–100, hier S. 81. Zur Unschärfe des Bürgertum-Begriffs vgl. auch *U. Engelhardt* (s. A 2), S. 11ff. sowie aus internationaler Perspektive *P. Gay,* Erziehung der Sinne. Sexualität im bürgerlichen Zeitalter, München 1986, S. 27ff.

[11] Vgl. *E. J. Hobsbawm,* Die englische middle class 1780–1920; in: *J. Kocka,* Bürgertum (s. A 3), Bd. 1, S. 79–106, hier v. a. S. 79; *Y. Cassis,* Wirtschaftselite und Bürgertum. England, Frankreich und Deutschland um 1900, ebda., Bd. 2, S. 9–34, hier: S. 10.

[12] *Y. Cassis* (s. A 11), S. 26ff. Vgl. dazu auch *J. Kocka,* Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten, in: *ders.,* Bürgertum (s. A 3), S. 11–78, hier: S. 68ff.

[13] *Y. Cassis* (s. A 11), S. 10f. u. S. 33f.

dann tut er dies vor allem im Hinblick auf das deutsche Bürgertum. Durch die größere Stärke seiner Gegner (Adel und Arbeiterschaft) und durch die relative Homogenität seiner Kultur – d. h. seiner sozial verbindlichen Lebensweisen und Verhaltensmuster, aber auch seiner Rechtsinstitutionen, seiner Kunst und Wissenschaft – war es vergleichsweise stärker zu einer sozialen Gruppe integriert als die west- und nordeuropäischen Mittelschichten.[14] Es zeigte auch in Bereichen, wo man es kaum erwartet hätte, Zeichen ausgeprägter Bürgerlichkeit. So herrschten die deutschen Unternehmer in ihren Betrieben nicht autokratischer als ihre französischen Kollegen, im Gegenteil;[15] auch in Kunst, Literatur oder Recht läßt sich im Vergleich zu anderen Nationen kein »Defizit an Bürgerlichkeit« feststellen.[16]

Das ist ein neues, ein aufregendes Ergebnis. Denn die bisherige allgemeine Meinung ging vom Gegenteil aus. Und darauf baute ja auch die These vom deutschen Sonderweg in der europäischen Geschichte. Diese neuen Befunde besagen aber nach Kocka nicht, daß die »Sonderwegs-These« ganz entkräftet ist. Denn die markantere Abgrenzung des deutschen Bürgertums bedingte zugleich dessen Schwäche. Es gelang in Deutschland nicht nur in sehr viel geringerem Ausmaß als in anderen westeuropäischen Ländern, Adel und obere Bürgerschicht zu verschmelzen, sondern es mißlang auch die Integration des Kleinbürgertums: der aufsteigenden Angestellten, der Facharbeiterschaft und der niederen Beamten in die hehren Kreise des Bürgertums. Damit verlor dieses an politischer Durchsetzungskraft, und deshalb überlebt auch, so Kocka, »von der Sonderwegs-These der Kern«.[17] Zwei Dinge sind zu dieser pointierten Zusammenfassung der über vierzig Einzelbeiträge durch Kocka noch hinzuzufügen:

1) Die Einheit des deutschen Bürgertums lag vor allem in der Verbindlichkeit bestimmter kultureller Ausdrucksformen – vom Hut über die Tischsitten und Bildungsgüter bis zur Auswahl der Tageszeitung.[18] Sie beruhte damit im wesentlichen auf der Ausstrahlungskraft des Lebensstils des Bildungsbürgertums. Hinzu kam für eine gewisse Zeit der ideologische Grundkonsens des Liberalismus bzw. liberalen Nationalismus. All dies implizierte jedoch nicht, daß sich die verschiedenen Gruppen innerhalb des deutschen Bürgertums einander sozial angenähert hätten und wechselseitig »konnubiumsfähig« geworden wären. Das war in Westeuropa anders. Vor allem in Frankreich waren die Berührungsängste zwischen Wirtschafts- und Bildungsbürgertum wesentlich geringer als in Deutschland. Wenn überhaupt irgendwo in Europa, dann konnte man im Frankreich des 19. Jahrhunderts von einer sozialen Klasse des Bürgertums reden.[19] Aus diesem Blickwinkel muß dann aber die kulturell-ideologische Decke des deutschen Bürgertums wie eine dünne Eisschicht erscheinen, die im Gegensatz zum westeuropäischen Bürgertum stärkeren politischen oder wirtschaftlichen Belastungen eben doch nicht gewachsen war.

2) Der Begriff des Bürgers oszilliert, wie Kocka selbst hervorhebt, »zwischen sozialem Beschreibungsbegriff … und ideologischem Programmbegriff«.[20] David Blackbourn warf Hans-

[14] *J. Kocka,* Bürgertum, in: *ders.,* Bürgertum (s. A 3), Bd. 1, S. 75f.
[15] *P. Fridenson,* Herrschaft im Wirtschaftsunternehmen. Deutschland und Frankreich 1880–1914, in: *J. Kocka,* Bürgertum (s. A 3), Bd. 2, S. 65–91, hier S. 71f.
[16] *J. Kocka,* Bürgertum, in: *ders.,* Bürgertum (s. A 3), Bd. 1, S. 76.
[17] Ebda., S. 68f. und 76.
[18] Vgl. dazu *W. Kaschuba,* Deutsche Bürgerlichkeit nach 1800. Kultur als symbolische Praxis, in: *J. Kocka,* Bürgertum (s. A 3), Bd. 3, S. 9–44 sowie *H. Bausinger,* Bürgerlichkeit und Kultur, in: *J. Kocka,* Bürger (s. A 3), S. 121–142.
[19] *H. Kaelble,* Französisches und deutsches Bürgertum 1870–1914, in: *J. Kocka,* Bürgertum (s. A 3), S. 107–140, v. a. S. 122ff. Vgl. dazu auch: *M. R. Lepsius* (s. A 10), S. 84, wonach in Frankreich »ein Prozeß hoher kultureller, wirtschaftlicher und politischer Verbürgerlichung eintrat«.
[20] *J. Kocka,* Bürgertum (s. A 3), S. 32, Anm. 36.

Ulrich Wehler und anderen Vertretern der Sonderwegs-These eine Vermengung dieser beiden Begriffsebenen vor, indem sie Bürgerlichkeit ohne weiteres mit Liberalismus gleichsetzten. »Was ist«, so fragt Blackbourn, »an Flottenbegeisterung, am Sozialimperialismus, an dem von David Hansemann miterarbeiteten Dreiklassenwahlrecht Preußens *unbürgerlich?* … Wie kann man den selbstbewußten bürgerlichen, den machthungrigen Bürger Max Weber von dem Flottenprofessor und sozialdarwinistisch geprägten Pangermanist Max Weber trennen, der einmal bemerkte, die Deutschen hätten die Polen zu Menschen gemacht?«[21] Was hier gegen Wehlers (im übrigen außerordentlich differenzierte und bedenkenswerte) Thesen zum Defizit an Bürgerlichkeit im Deutschen Kaiserreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts vorgebracht wurde, trifft auch etwas die Themenwahl der Kockaschen Forschungsgruppe.[22] Das Verhältnis zwischen den konservativen Parteien oder dem Zentrum und »dem« Bürgertum wurde kaum thematisiert, geschweige denn in internationaler Perspektive behandelt. Auch Entwicklungen in der Wissenschaft wie Rassenlehre oder Eugenik wurden nicht berührt. Der »ideologische Programmbegriff« des Bürgertums scheint bei der Konzeption des Gesamtprojekts im Vordergrund gestanden zu haben. Im Hinblick auf eine kritische Überprüfung der Sonderwegshypothese ist die Reduktion der Komplexität gerade an diesem Punkt bedauerlich. Hier hätte der internationale Vergleich zu interessanten Ergebnissen führen können.

Es ist sicher nicht fair, einer so überragenden und anregenden Leistung, wie sie die von Kocka betreuten Bielefelder Projekte und Tagungen darstellen, die Lücken vorhalten zu wollen. Aber neben der genannten Einseitigkeit fallen in der Auswahl der Themen noch andere, m. E. gravierende Auslassungen auf. In dem dreibändigen Sammelwerk der internationalen Forschungsgruppe werden Bereiche wie Bildung und Erziehung zwar thematisiert, jedoch fast ausschließlich im Rahmen von Schule und Universität. Die bürgerliche Familie fehlt – abgesehen von der Entwicklung der rechtlichen Stellung der Frau – völlig. Das wichtige Feld der familialen Sozialisation als Medium der Übertragung bürgerlicher Kultur wird ebenso vernachlässigt wie die Entstehung und Ausbreitung der Psychoanalyse, der bürgerlichen Wissenschaft par excellence des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Auch die Bedeutung der Stadt als »Raummedium« bürgerlichen Lebens und bürgerlicher Kultur wird weitgehend auf rechtliche Aspekte reduziert.[23] Ebenso fehlt ein Beitrag zur Sprache des Bürgertums als Medium der politischen und sozialen Artikulation und Distinktion, also eine »Sozialgeschichte sprachlicher Verkehrsformen«.[24] Insgesamt stehen rechtliche und quantifizierbare Entwicklungen im Vordergrund, während die Arbeit an qua-

[21] *D. Blackbourn,* Kommentar, in: *J. Kocka,* Bürger (s. A 3), 281–287, hier: S. 285.
[22] *H.-U. Wehler,* Wie bürgerlich war das Deutsche Kaiserreich?, in: *J. Kocka* Bürger (s. A 3), S. 243–280.
[23] So in dem Beitrag von *H. van Dijk,* Bürger und Stadt. Bemerkungen zum langfristigen Wandel an westeuropäischen und deutschen Beispielen, in: *J. Kocka,* Bürgertum (s. A 3), S. 447–465.
[24] Diese Themen werden in dem sehr globalen und nicht vergleichenden Artikel Kaschubas zwar angesprochen, aber keineswegs in der notwendigen Breite diskutiert. In den anderen Beiträgen zur Kulturgeschichte beschränkt sich bürgerliche Sprache auf die gehobene Literatur. Ein gutes Beispiel für einen sozialgeschichtlichen Ansatz in der Sprachwissenschaft bietet für das Bürgertum des 18. Jahrhunderts *J. Gessinger,* Sprache und Bürgertum. Zur Sozialgeschichte sprachlicher Verkehrsformen im Deutschland des 18. Jahrhunderts, Stuttgart 1980, wo den Verschränkungen von bürgerlicher Sprachpolitik im Sinne einer Herausbildung der Hochsprache als sozialem Integrations- und Distinktionsmittel ebenso nachgegangen wird wie den obrigkeitlichen Versuchen, in den Schulen über die Normierung der Sprache und die Einebnung regionaler Dialekte durch Katechismuslernen u. v. a. m. zur Disziplinierung der Untertanen beizutragen.

litativen Quellen oder an biographischem Material (abgesehen von dem erwähnten Beitrag von W. Kaschuba) in den Hintergrund treten.[25]

Dieser »Befund« wird etwas abgemildert, wenn man in den von Ute Frevert herausgegebenen Tagungsband, »Bürgerinnen und Bürger. Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert«, blickt.[26] Im Zentrum dieses Bandes steht natürlich das bereits in Mary Wollstonecrafts »Vindication of the Rights of Women« 1792 thematisierte Problem der geschlechtsspezifischen Auslegung der »Rights of Man« oder anders: die (scheinbar?) paradoxe Tatsache, daß trotz der bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitspostulate und deren teilweiser Verwirklichung im 19. Jahrhundert die rechtliche Minderstellung der Frau keineswegs beseitigt, teilweise sogar verschärft wurde. Daneben geht es aber auch um das Innenleben der bürgerlichen Familie, um das Verhältnis der Ehepartner zueinander und zu den Kindern oder um bürgerliche Sexualität.[27]

Ute Frevert analysiert in einem eleganten einleitenden Aufsatz die Unfähigkeit der »bürgerlichen Meisterdenker« (von Kant bis zu den Romantikern), aus der prinzipiellen Anerkennung der »natürlichen Gleichheit eines Menschenpaares« (Kant) die Konsequenzen einer politischen und rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter zu ziehen. Vor allem innerhalb der Ehe und Familie scheint den meisten eine hierarchisch-patriarchalische Ordnung unumgänglich. Auch wenn der aus der ehelichen Unterordnung und Arbeitsteilung folgende Ausschluß der Frauen aus der Teilhabe am öffentlichen Leben bei den Romantikern nicht mehr expressis verbis gefordert wurde, so blieben Haus und Familie auch für Schleiermacher und Schlegel noch die Stätte, an der der weibliche Geschlechtscharakter und die weibliche Kreativität erst zu ihrer vollen Entfaltung kommen konnte. Zumindest aus der Perspektive der Denker des 18. und frühen 19. Jahrhunderts überstieg das Problem der Gleichheit der Geschlechter die Innovationsfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft.[28]

Demgegenüber betont Eric J. Hobsbawm in seinem Beitrag über »Kultur und Geschlecht im europäischen Bürgertum 1870–1914«[29] den »Einbruch von Frauen in die öffentliche Sphäre«. Frauen studierten nun, wurden Nobel-Preis-fähig, drangen in die männliche Domäne des Leistungssports und der öffentlichen Wettkämpfe ein, erhielten Orden – und schließlich innerhalb weniger Jahre nach dem Ersten Weltkrieg auch in den meisten europäischen Ländern das Wahlrecht. Die gebildeten Frauen des Bürgertums waren neben ihren häuslichen Tätigkeiten zunehmend in kulturellen Aktivitäten engagiert, die wesentlich zur sozialen Integration der verschiedenen Fraktionen des Bürgertums beitrugen.[30] Auch Verbesserungen in der rechtlichen Absicherung der Frauen, z. B. im Scheidungsrecht, sind während des 19. Jahrhunderts unübersehbar. So resümiert Kocka den Ertrag der Konferenz mit der optimistischen Bemerkung, durch derartige Entwicklungen sei zwar »die Wirklichkeit mit den aufklärerisch-bürgerlichen Zielen eines

[25] Dies hat seine Ursache zum einen zweifellos in dem Anliegen, sichere Grundlagen für internationale Vergleiche zu gewinnen. Zum anderen kommt es aber auch den Bielefelder »Traditionen« entgegen.

[26] (s. A 4).

[27] Zu diesen Punkten vgl. in diesem Band v. a. die Beiträge von *I. V. Hull,* »Sexualität« und bürgerliche Gesellschaft, S. 49–66; *K. Hausen,* »... eine Ulme für das schankende Efeu«. Ehepaare im Bildungsbürgertum. Ideale und Wirklichkeiten im späten 18. und 19. Jahrhundert, S. 85–117; *Y. Schütze,* Mutterliebe – Vaterliebe. Elternrollen in der bürgerlichen Familie des 19. Jahrhunderts, S. 118–133.

[28] *U. Frevert,* Bürgerliche Meisterdenker und das Geschlechterverhältnis. Konzepte, Erfahrungen, Visionen an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, in: *dies.* (s. A 4), S. 17–48. Das Zitat aus Kants Metaphysik der Sitten zit. nach ebda., S. 22.

[29] In: *U. Frevert* (s. A 4), S. 175–189.

[30] *M. Kaplan,* Freizeit – Arbeit. Geschlechterräume im deutsch-jüdischen Bürgertum 1870–1914, in: *U. Frevert* (s. A 4), S. 157–174.

Theodor Gottlieb von Hippel von 1792 noch immer nicht zur Deckung gebracht worden, aber sie wurde ihnen ähnlicher als je zuvor.«[31]

Die zentralen Bereiche der Binnenstruktur der bürgerlichen Familie und der Sozialisation der künftigen Bürgergenerationen werden in den Beiträgen von Yvonne Schütze und Karin Hausen angeschnitten.[32] Schütze weist auf einen bislang wenig beachteten, aber außerordentlich bedeutsamen Wandel in der Familienerziehung hin: die Ablösung der Erziehungskompetenz des Vaters durch die der Mutter. Die immer stärkere Einbindung des Vaters in einen geregelten Berufsablauf außer Hauses und die zunehmende Medikalisierung der Kleinkinderpflege führte dazu, daß sich Erziehungsratgeber zunehmend an Mütter richteten, daß auch in den autobiographischen Lebenserinnerungen der Vater immer mehr zu einer Randfigur der Kinder- und Jugendjahre wird. Die Bedeutung dieses Befundes (der von der historischen Sozialisationsforschung m. W. noch keineswegs ausreichend zur Kenntnis genommen worden ist) wird noch deutlicher, wenn man ihn den Ergebnissen Reiner Wilds »Die Vernunft der Väter« kontrastiert.[33]

Wild untersucht in einem ersten Teil seiner Arbeit die Zusammenhänge zwischen der Entstehung der Kinderliteratur im 18. Jahrhundert und der Genese des modernen Bürgertums im absolutistischen Staat, der Herausbildung der bürgerlichen Familie, der »Institutionalisierung« von Kindheit und der damit verbundenen Konstituierung der Pädagogik als praktizierter Aufklärung. In einem zweiten Teil beschreibt er dann die in diesen Erziehungsschriften verbreiteten Merkmale kindlichen Verhaltens und elterlicher Erziehungspraxis. Bei diesen Schriften ist auffällig, daß Mütter in ihnen praktisch nicht vorkommen. Der Vater ist der Lehrer der Kinder, auch der Töchter. Er führt die Gespräche mit den Kindern, widmet ihnen Zeit, Aufmerksamkeit und Liebe. Lediglich die Einweisung der Mädchen in den hauswirtschaftlichen Bereich ist Aufgabe der Mütter, wird aber in diesen Schriften kaum thematisiert. »Die Erziehungstätigkeit der Mütter ist wesentlich auf die frühe Kindheit eingeschränkt«, für deren vernünftiges Arrangement aber ebenfalls der Vater mit Sorge zu tragen hat.[34] Die Mutter »folgt in ihren erzieherischen Maßnahmen den Anordnungen des Vaters«.[35]

Dieser Befund steht zunächst in scheinbarem Widerspruch zu der für die bürgerliche Familie konstitutiven Trennung von Beruf und Familie, von männlichem und weiblichem Wirkungskreis. Wild kann aber ganz überzeugend darlegen, daß es eben diese für die familiale Machtposition der Väter bedrohliche Entwicklung ist, die zu einem ideologischen »Sekundärpatriarchalismus« (Mitterauer) führte, als dessen wesentliche Stütze die vaterfixierte Kinderliteratur fungiert. Denn diese soll ja nicht nur die Kinder erziehen, sondern auch deren Erzieher.[36] Diese Dominanz des Vaters in der bürgerlichen Erziehung bedingt dann aber eine ganz spezifische »Modellierung des psychischen Apparats«, die im wesentlichen auf der Internalisierung des väterlichen Vorbilds

[31] *J. Kocka,* Einige Ergebnisse, in: *U. Frevert* (s. A 4), S. 206–209, hier: S. 209. Kocka bezieht sich hier auf v. Hippels bekannte Schrift »Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber«, in der er für die Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Bereichen des Lebens, also auch in der Ehe, eintritt. Vgl. dazu und auch zur Rezeption dieser Schrift den erwähnten Beitrag von *K. Hausen* (s. A 27), S. 89 ff.

[32] (s. A 27).

[33] *R. Wild,* Die Vernunft der Väter. Zur Psychographie von Bürgerlichkeit und Aufklärung in Deutschland am Beispiel ihrer Literatur für Kinder. Stuttgart 1987.

[34] Ebda., S. 218.

[35] Ebda., S. 230.

[36] *M. Mitterauer / R. Sieder,* Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie. München 1977, S. 115 f., führten den Begriff des »Sekundärpatriarchalismus« ein, um die ideologische Begründung der männlichen Dominanz in der bürgerlichen Familie von der funktionalen Dominanz der Männer in der Familie der traditionalen Gesellschaft zu unterscheiden. Vgl. zum ganzen auch *R. Wild* (s. A 33), S. 238 ff.

und der väterlichen Autorität als der Voraussetzung für den Ausgang des Kindes aus seiner – unverschuldeten – Unvernunft basiert.[37]

Die Fixierung gerade der Aufklärungspädagogik des 18. Jahrhunderts auf den Erzieher-Vater macht zum einen die Schwierigkeiten, die Ute Freverts »Meisterdenker« mit der Gleichberechtigung der Frau gerade in der Ehe und Familie hatten, etwas verständlicher. Zum anderen zeigt sie den Wandel vor allem während des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts in einem noch schärferen Licht. Die Marginalisierung der Väter in der Familie basiert im wesentlichen auf dem Verlust des Erziehungsmonopols. Dies aber ist letztlich eine Folge zunehmender Verschulung der Erziehung und stärkerer beruflicher Beanspruchung der Männer. Inwiefern durch diese »Funktionsentlastung« der Väter die mentale Grundlage geschaffen wurde für den »Einbruch von Frauen in die öffentliche Sphäre« müßte einmal genauer untersucht werden.

Ein ganz anderes Terrain betritt man wieder, wenn man sich den Arbeiten des Heidelberger Arbeitskreises für Sozialgeschichte zum Bildungsbürgertum des 19. Jahrhunderts zuwendet.[38] Hier steht am Anfang – quasi in der Tradition der »Geschichtlichen Grundbegriffe« – die Bemühung Engelhardts um die Begriffs- und Dogmengeschichte. »Bildungsbürgertum«, heute ein geläufiges Schlagwort, ist nicht nur ein relativ junger Begriff, sondern führte auch trotz der herausragenden Bedeutung der Bildung für die Konstituierung des modernen Bürgertums bislang weitgehend ein lexikalisches Schattendasein.[39] Was das 19. Jahrhundert anbetrifft, so kann Engelhardt sehr schön zeigen, daß die ursprüngliche begriffliche Dichotomie zwischen »Gelehrtenstand« und »Mittel- oder Bürgerstand«, die noch fürs 18. Jahrhundert maßgebend war, durch das Zurücktreten altständischer Denkmuster allmählich aufgehoben wurde. Die Bezeichnung Mittel- oder Bürgerstand löste sich von der Beschränkung auf das kleine Gewerbe und konnte so auch die Gruppe der Gebildeten umfassen: »Dahin gehören die Kaufleute, Künstler, Staatsbedienten und andere durch Arbeiten des Geistes in unmittelbare Beziehung auf das bürgerliche Leben wirkende Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft.«[40] Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde dann Bildung – zunächst noch im neuhumanistischen Sinne, dann zunehmend auf das akademische Patent des »Studierten« reduziert – zum Hauptprinzip der Binnendifferenzierung des Bürgertums bzw. der ganzen Gesellschaft. So schrieb Paulsen über die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts: »Wer keine akademische Bildung hat, dem fehlt in Deutschland etwas, wofür Reichtum und vornehme Geburt nicht vollen Ersatz bieten.«[41] Der »gebildete Bürger« wurde im Zuge dieser Umdefinition des Bildungsbegriffs, seiner Formalisierung und sozialen Ausweitung im ausgehenden 19. Jahrhundert schließlich zum »Bildungsbürger«.

Bei diesem Prozeß der Formalisierung von Bildung setzt der von Conze und Kocka herausgegebene Tagungsband des Heidelberger Arbeitskreises zum Bildungssystem und zur Professionalisierung bestimmter Berufe im 19. Jahrhundert an.[42] In einem ersten Teil wird zunächst die Entwicklung des höheren Bildungswesens in internationalen Vergleichen untersucht. Auf der Basis eines einleitenden Aufsatzes von G. Oexle zum

[37] Ebda., S. 309.
[38] Von denen allerdings erst zwei im Druck vorliegen (s. A 2).
[39] *U. Engelhardt* (s. A 2), S. 14ff. Das Duden-Wörterbuch von 1983 verzeichnet den Begriff gar nicht, in den Geschichtlichen Grundbegriffen wird er v. a. unter die Artikel »Bildung« und »Bürger« subsumiert.
[40] *J. v. Massow,* Versuch zur Ausführung einiger Stellen des von mir im Grundriß entworfenen Planes eines Allg. Schul- u. Erziehungsreglements für den preuß. Staat (1800) Zit. nach *U. Engelhardt* (s. A 2), S. 103.
[41] F. Paulsen, Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium. Berlin 1902, S. 149, zit. nach *U. Engelhardt* (s. A 2), S. 170.
[42] (s. A 2).

alteuropäischen Universitätssystem wird gezeigt, daß in allen Ländern seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert eine Ausdehnung und Differenzierung der akademischen Berufe bei gleichzeitiger Erhöhung und Normierung der universitären Leistungskontrolle stattgefunden hat.[43]

In Deutschland und Frankreich verlief dieser Prozeß im wesentlichen aufgrund staatlicher Eingriffe und Reformen. Theologen, Juristen und Mediziner waren in Deutschland schon seit dem frühen 18. Jahrhundert staatlichen Prüfungen unterworfen, seit dem beginnenden 19. Jahrhundert kommen Gymnasiallehrer (das preußische examen pro facultate docendi von 1810), erst seit den 1870er Jahren dann die technischen und naturwissenschaftlichen Berufe dazu.[44] In Frankreich waren es im wesentlichen die napoleonischen Reformen, die sowohl den Zugang zu den Universitäten als auch deren Leistungsanforderungen normierten und staatlicher Aufsicht unterwarfen.[45] In England verlief dieser Prozeß etwa gleichzeitig, aber im wesentlichen ohne staatliche Kontrolle. Im Jahr 1858 wurde die medizinische Ausbildung standardisiert und praktisch ganz in die Universitäten verlagert. 1850 eröffnete Oxford eine School of Jurisprudence und machte damit dem Ausbildungsprivileg der Law Society Konkurrenz.[46] In anderen europäischen Ländern sowie in den USA lassen sich dieselben Muster erkennen.

Diese veränderten institutionellen Rahmenbedingungen waren Voraussetzung wie Ausdruck des Prozesses der zunehmenden Professionalisierung der Berufe im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung. Auch dies ist ein übergreifendes europäisches Phänomen. Daß Berufe wie der Ärztestand einem relativ hohen gesellschaftlichen »Professionalisierungsdruck« unterlagen, mag nicht überraschen (obwohl der Widerstand der verdrängten nonprofessionals, der Hebammen, Wundärzte etc. nicht gering war). Daß die Ausbildung der Lehrer zunehmender staatlicher Kontrolle unterworfen wurde, ist bekannt. Aber auch das Amt des (evangelischen) Pfarrers war dem Professionalisierungsdruck staatlich legitimierten Expertentums ausgesetzt, in dessen Zug sich der Pfarrer vom »gelehrten Bürger« der frühen Neuzeit zum »Verwalter der christlichen Dimension des Gemeinwohls« und zum »religiösen Dienstleistungsträger« verwandelte.[47]

Die Bielefelder und Heidelberger Projekte stellen ein in der deutschen Sozialgeschichte bisher einmaliges Beispiel geisteswissenschaftlicher »Großforschung« dar. Sie eröffnen in den Einzelarbeiten eine Vielzahl neuer Perspektiven. Die souveränen Zusammenfassungen des spiritus rector fast aller dieser Veröffentlichungen, Jürgen Kocka, ermöglichen zugleich auch eine gezielte Benutzung dieser Bände. Dennoch haben derartige Großprojekte natürlich auch ihre Grenzen. Eine wirkliche Zusammenschau ist kaum mehr möglich. Auch wenn die hier besprochenen Arbeiten alles andere als die zurecht kritisierten »Buchbindersynthesen« des modernen Wissenschaftsbetriebs darstellen, so bestärkt die Lektüre doch das Gefühl, daß die Geschichtswissenschaft, daß die Geisteswissenschaften überhaupt von den großen Ein-Frau/Mann-Leistungen (à la Wehler) letztendlich wohl mehr profitieren als von derartigen Kooperationsprojekten – nicht zuletzt deshalb, weil in monographischen Darstellungen Zusammenhänge präziser erklärt

[43] *O. G. Oexle,* Alteuropäische Voraussetzungen des Bildungsbürgertums – Universitäten, Gelehrte und Studierte, in: *W. Conze / J. Kocka* (s. A 2), S. 29–78. Vgl. auch *W. Conze / J. Kocka,* Einleitung, ebda., S. 13.
[44] *P. Lundgreen,* Zur Konstituierung des »Bildungsbürgertums«: Berufs- und Bildungsauslese der Akademiker in Preußen, ebda., S. 79–108.
[45] *F. Ringer,* Education and the middle classes in modern France, ebda., S. 109–146.
[46] *R. Lowe,* English elite education in the late nineteenth and early twentieth centuries, ebda., S. 147–162.
[47] *Chr. Homrichhausen,* Evangelische Pfarrer in Deutschland, ebda., S. 248–278, hier S. 278 sowie *C. Binfield,* The Pastor as Professional: Some Preliminary Steps in a Victorian Investigation, ebda., S. 279–300.

werden müssen und dadurch auch größere Angriffsflächen entstehen.

Von einer solchen Ein-Mann-Leistung soll zum Abschluß die Rede sein: von Peter Gays tour de force durch die abdominale Geschichte des Bürgertums und deren psychische Grundlagen.[48] Eric Hobsbawm schrieb in seinem Beitrag zu Ute Freverts Frauen-Band: »Die Forschung tut sich seit jeher schwer, Schlafzimmertüren aufzubrechen, und noch weit komplizierter ist die Quantifizierung dessen, was sich dahinter abspielte«.[49] Die Arbeiten des Historikers und Psychoanalytikers Peter Gay hätten ihn eines besseren belehren können. Es gibt aus dem 19. Jahrhundert Tagebücher (wenn auch nicht viele), die mit erstaunlicher Offenheit darüber berichten, was sich wie oft hinter den Schlafzimmertüren respektabler bürgerlicher Familien tat oder auch nicht tat und was dabei gedacht und gefühlt wurde. Ein solches Tagebuch, das der Amerikanerin Mabel Loomis Todd (1857–1932), bildet die zentrale Quelle von Peter Gays »Sexualität im bürgerlichen Zeitalter«. Mabel Todd notierte darin mit peinlicher Genauigkeit alle kleinen und großen sexuellen Ereignisse ihres ehelichen wie außerehelichen Liebeslebens: »Morgens 8.30 Uhr. Welche Glückseligkeit seit etwa fünf Uhr«.[50]

Diese Offenheit mag den Betrachter des angeblich so prüden viktorianischen Zeitalters zunächst befremden. Wie »repräsentativ« ist das Tagebuch der Mabel Todd? Gay kann aus vielen Quellen überzeugend darlegen, daß dieses spezielle Tagebuch wegen seiner Akribie der Aufzeichnungen vielleicht ein Glücksfund gewesen sein mag, daß aber die Art des Umgangs mit der Sexualität durchaus zeittypische Züge trägt. Denn es »wäre ein schweres Mißverständnis dieser Erlebniswelt, zu glauben, daß die Bürger im 19. Jahrhundert nicht wußten, nicht praktizierten oder nicht genossen, was sie nicht diskutierten.«[51] Das Bild von der frigiden oder zumindest sexuell desinteressierten Frau des 19. Jahrhunderts, die ihre ehelichen Pflichten mehr oder weniger gezwungen erfüllt, ist nach den Quellen Gays wohl eine Fiktion. Jedoch auch Mabel Todds nicht gerade »gewöhnliches« Liebesleben spielt sich nach außen hinter der Fassade einer respektablen Honoratiorenfamilie ab. Diese Diskrepanz zwischen Erleben und Verschweigen, die dem viktorianischen Zeitalter den Vorwurf der Prüderie und vor allem der Heuchelei und Doppelmoral eingebracht hat, führt jedoch zu dem zentralen Thema von Gays Buch: den verschiedenen Dimensionen der Erfahrung von Sexualität.

Damit schreibt Gay aber zugleich eine umfassende Kulturgeschichte des bürgerlichen Zeitalters. Denn in jener Diskrepanz zwischen Innen und Außen, Handeln und Bekennen kommen individuelle und kollektive Abwehrhaltungen, soziale und psychische zeit- wie schichttypische Ängste gemeinsam zum Ausdruck. Gay sieht die Ursachen dafür im wesentlichen in einer Reaktion auf den raschen gesellschaftlichen Wandel des 19. Jahrhunderts, in dem die sich auflösenden alten Strukturen und neuen Möglichkeiten der Emanzipation mit einer extremen Suche nach Sicherheit beantwortet wurde. Die Furcht um den gesellschaftlichen Status und die Angst vor einer Revolution der Unterschichten bedrängten den Bürger des »nervösen Zeitalters« ebenso wie Fragen der Religion, der Moral – und nicht zuletzt der Sexualität. Gegen alle diese Bedrohungen bauten sie sich ihre politischen, ideologischen und psychischen Festungen.

Das Problem der Bändigung der Kräfte, die aus den unteren Körperregionen kamen, hat das 19. Jahrhundert mindestens so beschäftigt wie das der Gefahr, die von den unteren gesellschaftlichen Schichten drohte. Gay verfolgt diese Zähmungsversuche souverän durch alle Bereiche des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens: von der Onanie-Diskussion der Ärzte über

[48] *P. Gay,* Erziehung der Sinne. Sexualität im bürgerlichen Zeitalter. München 1986; *ders.,* Die zarte Leidenschaft. Liebe im bürgerlichen Zeitalter, München 1987.
[49] *E. J. Hobsbawm,* Kultur, in: *U. Frevert* (s. A 4), S. 181.
[50] *P. Gay* (s. A 48), S. 453.
[51] Ebda., S. 447.

das Problem der Sexualität der Frau bis zum Rückzug alles Intimen hinter die Mauern der wohlanständigen bürgerlichen Familie. Sie wurde zum wahren Ort der Sicherheit in einer beunruhigenden, feindlichen Außenwelt. Aber auch dieser Rückzug hat seine eigene psychologische Dialektik, die Gay souverän herausarbeitet: »Das 19. Jahrhundert war eine Zeit, in der große Zukunftshoffnungen zu großen Gefahren wurden, in der Veränderungen – auch Veränderungen zum Besseren – Angst erregten, da sie bedeuteten, daß verhehlte und gefährliche Wünsche Wirklichkeit werden konnten. Die gefürchtete Stimme der anderen, die man durch äußerliche Konformität beschwichtigen mußte, waren die innere Stimme nach außen projiziert.« Aber diese innere Stimme war natürlich auch nur die in der Kindheit verinnerlichte äußere Stimme der Eltern bzw. der Familie. Diese aber zwang auch noch den Erwachsenen, die Sicherheit genau dort zu suchen, »von wo die Unsicherheit ausgegangen war: im Schoß der Familie – daheim.«[52]

Die Zähmung der Sexualität durch Eros – oder wie Gay es am Schluß seines ersten Bandes mit den Worten George Eliots ausdrückt: die Meisterung der Lust durch die Liebe – ist das Thema des zweiten Buches.[53] Wieder führt uns Gay hinter die Festungsmauern bürgerlicher Wohlanständigkeit und Steifheit und entfaltet vor den Augen des Lesers ein Leporello erotischer Leidenschaft in allen Varianten: »Der Eros im schwarzen Rock barst vor Vitalität« – auch wenn er es sich (und noch weniger den anderen) nicht eingestehen wollte.[54] Wer hätte dem steifen Archivar der Freien Hansestadt Hamburg Otto Beneke die Liebesnöte und Liebesfähigkeit zugetraut, die Peter Gay aus seinen Tagebüchern ans Licht beförderte? Und er war nicht der einzige, der im 19. Jahrhundert eine glückliche und erfüllte Ehe führte.

Aber Gay übergeht auch die Kritiker der bürgerlichen Ehe nicht, die das 19. Jahrhundert ja in großer Zahl – von Schopenhauer über Nietzsche bis zu Ibsen oder Freud selbst – hervorgebracht hat. Die Tatsache, daß viele Ehen noch von den Eltern geschlossen wurden, daß die Mitgift vor der Liebe kam, daß letztere ein angenehmes, aber keineswegs notwendiges Accessoir bürgerlicher Ehen war, läßt sich nicht leugnen. Ebensowenig läßt sich die familiale Hierarchie übersehen, die zu einer echten Liebesbeziehung im Gegensatz zu stehen scheint. Aber es ist auch nicht zu übersehen, daß die patriarchalische Ordnung im Verlaufe des Jahrhunderts im Schwinden war und daß der Widerstand gegen die Vernunftehen zunahm. Und nicht selten haben Vernunft und Liebe auch zusammengefunden, haben Kinder die Regeln sozialer Distinktion soweit verinnerlicht gehabt, daß die Liebe von vornherein auf das richtige »Objekt« fiel. Wie schwierig diese »Kompromisse zwischen Sexualtrieben und kultureller Abwehr«[55] jedoch häufig waren, auch welche Opfer die bürgerliche Familie oft genug forderte – all das beschreibt Gay ebenso scharfsichtig wie die bürgerliche Liebesfähigkeit. Diese Dimensionen der inneren Geschichte des Bürgertums blieben dem strukturgeschichtlich-quantifizierenden Ansatz der Bielefelder Projekte weitgehend verschlossen. Daß ihre Untersuchung aber wesentlich ist für das Verständnis der ›Bürgerlichkeit‹ der bürgerlichen Gesellschaft, dafür liefern die beiden Bände Peter Gays auf jeder Seite den Beweis. Wenn, wie Kocka es selbst formulierte, das Bürgertum des 19. Jahrhunderts weder ein Stand noch eine Klasse war, sondern einen Zusammenhang allein durch seine ›Kultur‹, seine Wahrnehmungsweisen und Lebensformen, seine Ängste, Nöte und Freuden erhielt, dann sind von der Untersuchung dieser Felder auch die fruchtbareren Ergebnisse zu erwarten. Sicher, Peter Gays Bücher bleiben oft impressionistisch. Manches Mal hätte man sich mehr strukturgeschichtliche Abstraktion gewünscht. Manche Länge (v. a. zu Beginn des ersten Bandes) hätte dadurch

[52] Ebda., S. 417.
[53] *P. Gay,* Die zarte Leidenschaft. Liebe im bürgerlichen Zeitalter, München 1987.
[54] Ebda., S. 425.
[55] Ebda., S. 101.

vermieden werden können. Insgesamt gesehen ist die Leistung Peter Gays aber überzeugend. Wer wirklich etwas über das Bürgertum des 19. Jahrhunderts erfahren will, der sollte zu dem Werk Peter Gays greifen. Denn in diesen beiden Bänden entstand keineswegs ein idealisiertes Bild bürgerlichen L(i)ebens, sondern eine der scharfsichtigsten Analysen der »Errungenschaften und Kosten, Chancen und Gefahren des ›Projekts der Moderne‹.«[56]

Besprochene Literatur:

Werner Conze / Jürgen Kocka (Hrsg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil I: Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen (Industrielle Welt 38), Stuttgart: Klett-Cotta 1985, 588 S., DM 188,–.

Ulrich Engelhardt, »Bildungsbürgertum«. Begriffs- und Dogmengeschichte eines Etiketts (Industrielle Welt 43) Stuttgart: Klett-Cotta 1986), 274S., DM 96,–.

Ute Frevert (Hrsg.), Bürgerinnen und Bürger. Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert. Zwölf Beiträge. Mit einem Vorwort von Jürgen Kocka (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 77), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1988, 216S., DM 38,–.

Peter Gay, Erziehung der Sinne, Sexualität im bürgerlichen Zeitalter, München: Beck 1986, 572 S., DM 58,–.

Peter Gay, Die zarte Leidenschaft. Liebe im bürgerlichen Zeitalter, München: Beck 1987, 526S., DM 58,–.

Joachim Gessinger, Sprache und Bürgertum. Zur Sozialgeschichte sprachlicher Verkehrsformen im Deutschland des 18. Jahrhunderts, Stuttgart: Metzler 1980, 202 S., kart. DM 42,–.

Jürgen Kocka (Hrsg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1987 (Sammlung Vandenhoeck), 317 S., DM 38,–.

Jürgen Kocka (hrsg. unter Mitarbeit von Ute Frevert), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, 3 Bde., München: dtv 1988, 468, 450, 495 S., DM 78,–.

Rainer Wild, Die Vernunft der Väter, Zur Psychographie von Bürgerlichkeit und Aufklärung in Deutschland am Beispiel ihrer Literatur für Kinder (Germanistische Abhandlungen 61), XX u. 400 S., geb. DM 82,–.

[56] *J. Kocka,* Bürger (s. A 2) S. 13. Daß die Arbeiten Gays von den Bielefelder Forschern (abgesehen von zwei marginalen Erwähnungen in dem Band von U. Frevert) nicht zur Kenntnis genommen wurden, ist symptomatisch, zeigt aber auch, daß eine der reizvollsten Aufgaben in diesem Gebiet der Bürgertumsforschung noch einer systematischen Bearbeitung harrt: die Verbindung der Analysen Freuds mit denjenigen Max Webers.

Helmuth Albrecht

Industriearchäologie – Technik pur?

Ein Literaturbericht

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges hat sich zunächst in Fachkreisen und dann auch zunehmend in der Öffentlichkeit der Kunst- und Kulturbegriff auf die Technik und ihre gegenständlichen Manifestationen erweitert. Die Erhaltungswürdigkeit von Zeugnissen der technischen Entwicklung wurde vereinzelt zwar schon im 19. Jahrhundert erkannt, ihre allgemeine Entdeckung als Denkmäler der Kultur blieb jedoch unserem Jahrhundert vorbehalten.[1]

Oskar von Miller, der Begründer des Deutschen Museums in München, prägte den Begriff »Technisches Kulturdenkmal«, der dann von Conrad Matschoß, dem langjährigen Direktor des VDI und Mentor der deutschen Technikgeschichte, in den Ingenieurbereich eingeführt wurde.[2] Seit 1928 bemühte sich die »Deutsche Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung technischer Kulturdenkmäler« um eine Popularisierung dieses Begriffes, ohne dabei freilich nennenswerte Erfolge vorweisen zu können. Unter den Nationalsozialisten verkam das sich gerade erst entwickelnde Interesse an den technischen Denkmälern schließlich zur leeren Repräsentationssucht.

Ein entscheidender Durchbruch in der Einschätzung des Wertes technischer Denkmäler gelang erst seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts, als sich, ausgehend von England, dem Mutterland der Industrialisierung, die neue wissenschaftliche Disziplin der »Industrial Archaeology« etablierte. Dieser »Industriearchäologie« ist es im wesentlichen zu verdanken, daß seit den 60er Jahren auch in Deutschland neben den Werken der Kunst und des Kunsthandwerkes auch denen der Technik das Prädikat schützenswerter Kulturdenkmale zuerkannt wurde.

Bis in unsere Tage vermochte sich die Einsicht vom Erkenntniswert der technischen Denkmale und der sie erforschenden Industriearchäologie in der traditionellen Denkmalpflege allerdings nur schwer durchzusetzen.[3] Auch in weiten Teilen der Öffentlichkeit gelten bis heute technische

[1] Vgl. zur Geschichte der Industriearchäologie allgemein: *R. Slotta,* Einführung in die Industriearchäologie, Darmstadt 1982, S. 147ff. sowie den Aufsatz von *U. Linse,* Die Entdeckung der technischen Denkmäler. Über die Anfänge der »Industriearchäologie« in Deutschland, in: Technikgeschichte Bd. 53 (1986) Nr. 3, S. 201–222.

[2] Vgl. *C. Matschoß / W. Lindner* (Hrsg.), Technische Kulturdenkmale, München 1932, Nachdruck in der Reihe Klassiker der Technik, Düsseldorf 1984. Diese Publikation darf wohl als Vorläufer und Wegbereiter aller späteren deutschen Publikationen über technische Denkmäler angesehen werden.

[3] Vgl. zu dieser Problematik u. a. *H. G. Conrad,* Industriearchäologie als Gegenwartsaufgabe, in: Der Anschnitt, 26 (1974), Heft 5/6, S. 3–9 und *V. Osteneck,* Fragen zum Denkmalwert technischer Anlagen, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg, 16 (1987), Heft 1, S. 24–36. Der erste Technikhistoriker in einem Denkmalamt wurde 1974 im Rheinland eingestellt. In Baden-Württemberg wurde dagegen erst jüngst beim Landesdenkmalamt erstmals eine Stelle für einen ausgebildeten Technikhistoriker ausgeschrieben.
Weitere Beispiele für die Problematik der Technischen Denkmale gerade im Zusammenhang mit der traditionellen Denkmalpflege liefert das Heft 1 der Zeitschrift für Denkmalpflege in Baden-Württemberg aus dem Jahre 1987 (16. Jg.) mit folgenden interessanten Beiträgen: *H. Schäfer,* »Technische Kulturdenkmale« – archäologische Aspekte zum Problemkreis, S. 44–52; *M. Busch,* Problembeispiele beim Schutz größerer technischer Kulturdenkmale, S. 37–43; *L. Suhling,* Das

Denkmale vielfach als bloße Zeugnisse von »Meisterleistungen« bzw. Kuriositäten der technischen Entwicklung – sozusagen als »Technik pur«. Weitere Aufklärung über Ansätze, Aufgaben und Funktionen der Industriearchäologie scheint daher dringend geboten. Dazu will der vorliegende Literaturbericht einen Beitrag leisten, indem er, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, durch die Vorstellung einiger wichtiger Neuerscheinungen eine Anregung zur weiteren Beschäftigung mit diesem vielfach verkannten, für das Verständnis der Entstehung unserer Industriegesellschaft aber um so wertvolleren Fachgebietes liefert.

I.

Im Jahre 1982 erschien die von Rainer Slotta, einem Mitarbeiter des Deutschen Bergbau-Museums in Bochum und kompetenten Sachkenners der Montangeschichte, verfaßte »Einführung in die Industriearchäologie«.[4] Ihr zufolge ist die Industriearchäologie »die systematische Erforschung aller dinglichen Quellen jeglicher industriellen Vergangenheit von der Prähistorie bis zur Gegenwart«. Als historische Disziplin bemüht sie sich um die technischen Denkmäler und deren Erklärung, um daraus »eine Geschichte der industriellen Entwicklung zu schreiben«. Das technische Denkmal als »Ergebnis und Summe der Kultur- und Umwelteinflüsse« ist dabei der »Informationsträger« der Industriearchäologie. Aus ihm gewinnt sie »wesentliche Aufschlüsse über Wirtschaft und Ökonomie, Technik, Geschichte, Kunst, Religion, naturwissenschaftliche Verhältnisse, über Ökologie, Klima und Botanik, über Geologie und schließlich über soziale Verhältnisse«.

Slotta weist damit der Industriearchäologie ein weites Aufgabenfeld zu, das erheblich über eine bloße Geschichte der Technik hinausgeht. Sinnvoll ist dieses Forschungsfeld nur in interdisziplinärer Zusammenarbeit zu bearbeiten. Es erhebt sich daher die Frage, ob die Industriearchäologie als solche überhaupt eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin zu sein vermag. Gerade die notwendige Interdisziplinarität und die damit verbundene Pluralität der Ansätze, Fragestellungen und Methoden scheint dem zu widersprechen. Als eigenständiges akademisches Fach vermochte sich die Industriearchäologie so auch nicht zu etablieren. Andererseits macht aber gerade der vielseitige Zugang zur Industriearchäologie diese zu einer ungemein fruchtbaren Disziplin in der wissenschaftlichen Deutung technischer Denkmale.

Wie weit das Spektrum der Forschungsansätze bereits in nur einem der zahlreichen Teilbereiche der Industriearchäologie reichen kann, verdeutlicht Slottas »Einführung« am Beispiel des Hauptarbeitsgebietes des Verfassers. Im ersten und umfangreichsten der drei Teile seines Buches zeigt Slotta anhand exemplarischer Fälle aus dem Montanbereich, welche vielfältigen Bedingungen zur Entstehung eines technischen Denkmals beitragen und auf wieviel verschiedene Arten es durch methodisches Befragen als Informationsträger für Technik-, Wirtschafts-, Sozial-, Kunst- oder Geistesgeschichte dienen kann. Die vielleicht einseitig erscheinende Selbstbeschränkung des Verfassers auf ein einziges Sachgebiet erweist hier ihre Stärke, zeigt sie doch die zahlreichen Facetten und Möglichkeiten der Industriearchäologie, welche – wie Slotta betont – ohne weiteres auf andere Untersuchungsbereiche übertragbar sind.

In zwei weiteren Teilen bietet Slottas Buch einen Einblick in die Geschichte und das Selbstverständnis der Industriearchäologie bzw. in die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den technischen Denkmälern und den Kunstdenkmälern. Eine nach Ländern geordnete Auswahlbibliographie sowie ein auf die Beispiele des Buches bezogener Bildteil runden die »Einführung« ab. Slottas Buch stellt sicherlich noch sieben Jahre nach seinem Erscheinen, die empfehlenswerteste deutschsprachige Einführung in die Industriearchäologie dar.[5]

technische Kulturdenkmal aus der Sicht des Landesmuseums für Technik und Arbeit in Mannheim, S. 53–57; *U. Schneider,* Erhaltungsprobleme technischer Kulturdenkmale, S. 58–64; *A. Gebeßler,* Aktuelle Fragen der Denkmalpflege, S. 7–13; *V. Ostenbeck,* Fragen zum Denkmalwert technischer Anlagen, S. 24–36. Es handelt sich hierbei um die Vorträge der Autoren auf dem Landesdenkmaltag in Mannheim 1986.

[4] *R. Slotta* (s. A 1); Rezensionen u. a. in: Technikgeschichte, Bd. 51 (1984) Nr. 1, S. 65–66; Zeitschrift für Industriearchäologie, 3/1982, S. 15; Denkmalpflege in Baden-Württemberg, 12 (1983), S. 203–204.

II.

Die von Slotta in seinem Buch angesprochenen Themen- und Problemkreise finden sich in einer Vielzahl einschlägiger Publikationen wieder. In erster Linie ist hier ein weiteres Werk Slottas zu nennen, das wohl als das Standardwerk zur westdeutschen[6] Industriearchäologie anzusehen ist: die bislang fünf Bände umfassende Reihe »Technische Denkmäler in der Bundesrepublik Deutschland«, herausgegeben vom Deutschen Bergbau-Museum in Bochum.[7] Die ersten beiden Bände (erschienen 1975 bzw. 1977) sind Denkmälern so unterschiedlicher Bereiche wie dem Bergbau, der Industrie, der Versorgung und dem Verkehr gewidmet. Die folgenden Bände, von denen die letzten beiden jeweils zwei Teilbände umfassen, blieben hingegen jeweils bestimmten Themenbereichen vorbehalten (Bd. 3/1980: Kali- und Steinsalzindustrie, Bd. 4/1983: Metallerzbergbau, Bd. 5/1986: Eisenerzbergbau).[8] Als grobes Ordnungsschema dieser letzten Bände dienten die Gebiete der einzelnen Bundesländer. Im übrigen blieb die Anlage aller Bände unverändert: Lexikalisch knapp gehaltene Texte zu den einzelnen Objekten sind mit instruktiven Bildern und Literaturangaben verbunden. Detaillierte Inhaltsverzeichnisse und Register runden diese »Denkmalführer« ab,[9] deren guter Gesamteindruck lediglich durch die unzureichenden Hinweise zum Auffinden der beschriebenen Objekte etwas getrübt wird.

Eine Reihe weiterer interessanter Publikationen zum Thema Industriearchäologie erschließt die 1986 erschienene Literaturdokumentation »Technische Denkmale« des Informationszentrums Raum und Bau (IRB) der Fraunhofer-Ge-

[5] Zur internationalen Dimension der Industriearchäologie vgl. das Buch von *K. Hudson,* World industrial archaeology, Cambridge/London/New York/Melbourne 1979.

[6] Die Industriearchäologie in der DDR vermag auf eine früher einsetzende intensive Beschäftigung mit dem technischen Denkmal zurückzublicken. Diese setzte bereits in den 50er Jahren ein und wurde viel später als in der Bundesrepublik in den allgemeinen Bildungsprozeß einbezogen, wobei die Einordnung in gesellschaftspolitische Aspekte im Vordergrund stand. Vgl. dazu u. a. Technische Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. v. d. Gesellschaft f. Denkmalpflege im Kulturbund der DDR, Berlin [2]1977.

[7] *R. Slotta,* Technische Denkmäler in der Bundesrepublik Deutschland, 5 Bde., Bochum 1975–1986.

[8] Ebda.; Rezensionen u. a. in: Zeitschrift für Industriearchäologie, 4/1981, S. 15 (Bd. 2 u. 3); Technikgeschichte Bd. 54 (1987) Nr. 1, S. 56–57 (Bd. 4); Der Anschnitt, 39 (1987), Heft 5–6, S. 302–303 (Bd. 5, Teil 1).

[9] In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe weiterer Überblickspublikationen zu technischen Denkmälern erschienen. Hier sei nur auf einige wenige neuere, willkürlich ausgewählte Bücher und Aufsätze verwiesen: *W. Ruckdeschel,* Technische Denkmale in Augsburg. Eine Führung durch die Stadt, Augsburg 1984; *M. Wehdorn / U. Georgeacopol-Winischhofer,* Baudenkmäler der Technik und Industrie in Österreich, Bd. 1: Niederösterreich, Burgenland, Graz 1984; *O. Wagenbreth,* Technische Denkmale des Montanwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Eine Übersicht, in: Der Anschnitt, 36 (1983), Heft 4–5, S. 137–145; *E. Hannmann,* Technische Kulturdenkmale im Alb-Donau-Kreis, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg, 13 (1984), S. 152–159; *S. Januszewski,* Technische Denkmäler des Steinkohlenbergbaus in Niederschlesien, in: Der Anschnitt, 35 (1983), Heft 3, S. 104–115; *R. Slotta,* Bergbaudenkmäler im Saarrevier. Die Inventarisation von Betriebsanlagen der Saarbergwerke AG durch das Deutsche Bergbau-Museum, in: Der Anschnitt, 39 (1987), Heft 5–6, S. 244–254.

sellschaft in Stuttgart.[10] Sie umfaßt insgesamt 83 Titel aus den Jahren 1974 bis 1985, die seit 1976 in die IRB-Datenbank aufgenommen wurden. Das Aufnahmeschema erfaßt neben dem Fachbereich und -gebiet eine ganze Reihe von Schlagworten, bibliographische Angaben, ein kurzes Inhaltsreferat (!), den Standort und die Bestellnummer der jeweiligen Publikation. Aufgenommen wurden sowohl Monographien wie auch Reihen, Zeitschriftenaufsätze, Zeitungsartikel und sog. graue Literatur, d. h. unveröffentlichtes, meist nur schwer zugängliches Schrifttum. Ein umfangreiches Sach-, Personen- und Ortsregister macht diesen Literaturbericht zu einem wertvollen Nachschlagewerk, das zudem auf Anfrage beim IRB jederzeit ergänzt und aktualisiert werden kann.[11]

Ebenfalls verstreutes Schrifttum zum Thema Industriearchäologie, allerdings aus der Feder eines einzigen Autors, trägt das Buch »Gedanken zur Industriearchäologie« aus dem Jahre 1986 zusammen.[12] Es handelt sich um eine Sammlung von Vorträgen, Schriften und Kritiken von und über den Industriearchäologen Eberhard G. Neumann. Neumanns Tätigkeit als Referent für technische Kulturdenkmale im westfälischen Amt für Denkmalpflege verdankt der Wirtschafts- und Industrieraum Westfalen die Erhaltung einiger bedeutender industriearchäologischer Objekte. Etwas mehr als 20 Beiträge aus den Jahren 1973 bis 1986 lassen in diesem Band methodologische Probleme, internationale Verflechtungen und Detailprobleme der Industriearchäologie sowie das wirken Neumanns in diesem Bereich lebendig werden.

Einen interessanten Einblick in die mit technischen Denkmälern verbundenen grundsätzlichen Probleme vermittelt auch der 1985 von Claus-Peter Echter herausgegebene Sammelband »Ingenieur- und Industriebauten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts«.[13] Der Band dokumentiert die Referate von städtischen Denkmalpflegern auf einer Tagung zum Thema »Ingenieur- und Industriebau« des Arbeitskreises Denkmalpflege beim Deutschen Städtetag (DST) aus dem Jahre 1984. Sein erklärtes Ziel ist es, »mit der Darstellung prägnanter ›technischer Bauwerke‹ aus dreizehn deutschen Großstädten einen Beitrag zur Aufarbeitung der Industriekultur zu liefern und die Probleme bei der Erhaltung und Nutzung dieser Bauten deutlich zu machen«. Die Autoren stellen dazu charakteristische Beispiele aus mehreren deutschen Städten zu den Themenkreisen Verkehrsbauten, Hafen- und Lagerbauten, technische Infrastruktureinrichtungen, Versorgungseinrichtungen, Einrichtungen der Gesundheitspflege und Industriebauten vor. Ein einleitendes Referat des Herausgebers zu den speziellen Problemen der Denkmalpflege im Umgang mit Industriebauten sowie ein alle Bereiche des Industrie- und Ingenieurbaus umfassender Beitrag zu den vorbildhaften Aktivitäten der Stadt Frankfurt am Main in der Aufarbeitung von Zeugnissen der technischen Zivilisation sind diesen spezielleren Abhandlungen vorangestellt. Die große Zahl der zumeist knapp gehaltenen Referate, ihr breites Themenspektrum sowie die anschauliche Bebilderung machen diesen Band zu einem wertvollen Einstieg in die denkmalpflegerische Problematik der Industriearchäologie. Zu kritisieren ist allerdings, daß einzelne Beiträge nur unzureichend oder überhaupt nicht mit Literaturangaben versehen sind.

Daß das Thema Industriearchäologie inzwischen über den engeren Kreis von Industriearchäologen, Technikhistorikern oder Denkmalpflegern hinaus Interesse findet, bezeugt ein Beispiel aus dem Bereich der Lehrerbildung. Als

[10] Technische Denkmale, hrsg. v. Informationszentrum Raum und Bau der Fraunhofer-Gesellschaft (IRB), Stuttgart 1986.

[11] Die Anschrift des IRB lautet: Nobelstraße 12, 7000 Stuttgart 80, Telefon (0711) 6868-500, Telex 7255167.

[12] *E. G. Neumann,* Gedanken zur Industriearchäologie, Vorträge – Schriften – Kritiken, Hildesheim/Zürich/New York 1986.

[13] *C.-P. Echter* (Hrsg.), Ingenieur- und Industriebauten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Berlin 1985; Rezension in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 326–327.

Band 6 in der Reihe der Materialien der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig erschien 1983 das Heft »Industriearchäologie als Gegenstand und Verfahren im Unterricht«.[14] Der Autor Michael Mende sieht in der Industriearchäologie eine »interdisziplinäre Kulturwissenschaft«, die im Rahmen z. B. des Technikunterrichts an den Schulen den Jugendlichen einen »Überblick über wesentliche Entwicklungszusammenhänge der Technik« vermitteln und somit zum Verständnis der unmittelbaren Lebensumwelt der Schüler beitragen kann. Anhand eines konkreten Beispiels, der Untersuchung der Energieumwandlung in Anlagen zur Nutzung der Wasserkraft im südöstlichen Niedersachsen, erläutert Mende die didaktischen Möglichkeiten der Industriearchäologie für den Unterricht, die er freilich selbst nur im »Experiment« mit einer Gruppe von Lehrern und Lehrerstudenten erkundet hat. Seine Hoffnung, daß die »originale Begegnung« mit dem technischen Denkmal bei den Schülern einen anschaulichen »Bezug zur Geschichte« herstellt und den Blick dafür öffnet, »daß es sich immer lohnt, selbst und genauer hinzuschauen als es manches Geschichtsbuch tut«, bedarf also noch der praktischen Überprüfung.

III.

Neben den bisher exemplarisch vorgestellten einführenden Arbeiten, Standardwerken und Literaturübersichten gibt es eine Fülle von Neuerscheinungen zum Thema Industriearchäologie mit thematischen bzw. regionalen oder gar lokalen Schwerpunkten. Sie alle dokumentieren in ihrer Vielfältigkeit den breiten Gegenstands- und Methodenbereich dieser jungen Wissenschaftsdisziplin.

Aus dem thematischen Schwerpunktsbereich[15] sei zunächst wiederum auf zwei Bücher Rainer Slottas verwiesen, die auf eindrucksvolle Art und Weise durch die Auswertung von Darstellungen auf zwei Porzellan-Services die Möglichkeiten der Industriearchäologie verdeutlichen. Das erste, 1981 erschienene Buch unter dem Titel »Das Herder-Service. Ein Beitrag zur Industriearchäologie des Bergbaus«,[16] wertet die bildlichen Darstellungen auf 138 Teilen des nach 1831 für den Oberberghauptmann August W. Herder, einem Sohn Johann Gottfried Herders, hergestellten Porzellan-Services aus. Slotta gewinnt aus der Beschreibung der Bildfolgen auf Tellern, Saucièren, Terrinen und Töpfchen mit ihren Darstellungen zu Bergbau-, Hütten- und Industrieanlagen interessante Einzelheiten zur Geschichte des Bergbaus in Sachsen sowie dem Leben und Werk Herders. Er vergleicht die Darstellungen darüber hinaus mit ihren künstlerischen Vorlagen sowie den noch vorhandenen Originalanlagen, die er in der DDR besichtigen und in einer Kurzinventarisation aufnehmen konnte. Gerade dieser Zugang zu den Originalschauplätzen und Archiven trug wesentlich dazu bei, die industriearchäologische Relevanz des Themas zu dokumentieren.

Im Jahre 1985 ließ Slotta dem Buch über das Herder-Service ein entsprechendes Werk über »Das Carnall-Service als Dokument des Ober-

[14] *M. Mende,* Industriearchäologie als Gegenstand und Verfahren im Unterricht, Braunschweig, Hochschule für Bildende Künste 1983. Es handelt sich um das maschinenschriftlich vervielfältigte Referat des Verfassers von einem Studientag zum Thema Industriearchäologie in Gent aus dem Jahre 1982.

[15] Eine kleine Auswahl derartiger thematischer Arbeiten zur Industriearchäologie könnte lauten: *U. Krings,* Bahnhofsarchitektur. Deutsche Großstadtbahnhöfe des Historismus, München 1985; *G. Bayerl,* Die Papiermühle. Vorindustrielle Papiermacherei auf dem Gebiet des alten deutschen Reiches – Technologie, Arbeitsverhältnisse, Umwelt, 2 Bde., Bern/Frankfurt 1987; *B. u. H. Becher,* Fördertürme, München 1985; *O. Wagenbreth / E. Wächtler* (Hrsg.), Dampfmaschinen. Die Kolbendampfmaschine als historische Erscheinung und technisches Denkmal, Leipzig/Stuttgart 1986; *M. Hamm / A. Föhl,* Sterbende Zechen, Berlin 1983.

[16] *R. Slotta,* Das Herder-Service. Ein Beitrag zur Industriearchäologie des Bergbaus, Bochum 1981; Rezension u. a. in: Technikgeschichte Bd. 51 (1984) Nr. 2, S. 126–127.

schlesischen Bergbaus« folgen.[17] Die Abbildungen dieses Services zeigen Verwaltungs-, Ausbildungs- und Produktionsstätten des Bergbaus in Oberschlesien, die mit dem Wirken Rudolph von Carnalls in enger Beziehung stehen. Wiederum gelingt dem Verfasser die für die Industriearchäologie typische Einordnung des Untersuchungsgegenstandes nicht nur in kunst- und kulturgeschichtliche Zusammenhänge, sondern ebenso in die Wirtschafts- und Technikgeschichte des oberschlesischen Reviers. Wie schon im Fall des Herder-Services macht auch hier eine vorbildliche Ausstattung das Buch zu einer lohnenden Anschaffung.

Ein weiteres Beispiel für die Möglichkeiten der Industriearchäologie, u. a. aus Bildquellen wichtige Erkenntnisse für die Geschichte der industriellen Welt zu ziehen, ist das Buch »Die Fabrik« von Wolfgang Ruppert.[18] Ruppert, der einige Jahre lang Projektleiter beim Centrum Industriekultur der Stadt Nürnberg gewesen ist, bemüht sich in zahlreichen Publikationen um die Beschreibung unserer »Alltags-« oder »Industriekultur«. Mit diesem Buch, das den Untertitel »Geschichte von Arbeit und Industrialisierung in Deutschland« trägt, unternimmt er den Versuch, die Fabrik als »eine eigene Welt mit innerer Hierarchie« darzustellen, was ihm anhand zahlreicher, bislang kaum zugänglicher Fotos auch gelingt. Nachdem in einer einführenden »Darstellung« zentrale Begriffe wie »Fabrik«, »Industrialisierung«, »Arbeitsteilung«, die »Arbeitenden« und die »Zeit« geklärt sind, entwickelt Ruppert sein Konzept an den drei industriellen »Leitsektoren« Maschinenbau, Textil und Elektrotechnik. Der wichtige Montanbereich oder die Chemische Industrie bleiben unberücksichtigt, obwohl sich hier sicherlich ebenfalls reizvolle Beispiele hätten finden lassen. Dies dürfte jedoch weniger ins Gewicht fallen, da Rupperts Versuch ohnehin einem gewaltigen Themenbereich gilt, den ein einzelner kaum erschöpfend behandeln kann. »Die Fabrik« ist dazu jedoch ein Schritt in die richtige Richtung.[19]

Weitaus bescheidener in seiner Zielsetzung und im Umfang ist Michael Neumanns Büchlein mit dem Titel »Zwischen Kraftwerk und Steckdose. Zur Architektur der Trafohäuser« aus dem Jahre 1987.[20] Der Autor ist Architekt und arbeitet als Bezirkskonservator in Hessen, was die Intension des Buches wesentlich mitbestimmt haben dürfte. Neumanns ganz praktisches Ziel ist es, auf einen Gebäudetyp hinzuweisen, der »in zunehmenden Maße sang- und klanglos von der Bildfläche zu verschwinden droht«. Der Autor sucht damit eine Lücke in Slottas Standardwerk »Technische Denkmäler« zu schließen, um zumindest die exemplarische Erhaltung einiger Trafohäuser aus vor allem »künstlerischen oder städtebaulichen Gründen« zu erreichen. Die technische Seite dieser Denkmäler tritt bei ihm deutlich in den Hintergrund, was als ein Manko anzusehen ist. Da das Buch aus einer »privaten Laune« des Verfassers, aus der »Freude an der Entdeckung« entstanden ist, kann man dies aber wohl nachsehen. Neumanns Buch zeigt jedenfalls, wie wichtig in der Frage der Erhaltung technischer Denkmale gerade die private Initiative sein kann.

Als letztes Werk aus der Reihe der thematischen Bücher zur Industriearchäologie soll hier die prächtig gestaltete »Industriegeschichte des Textils«[21] von Axel Föhl und Manfred Hamm vorgestellt werden. Dieser Bildband zeigt anhand

[17] *R. Slotta,* Das Carnall-Service als Dokument des Oberschlesischen Bergbaus, Bochum 1985; Rezension u. a. in: Der Anschnitt, 38. Jg. (1986), S. 242–243.

[18] *W. Rupert,* Die Fabrik. Geschichte von Arbeit und Industrialisierung in Deutschland, München 1983; Rezensionen u. a. in: Technikgeschichte Bd. 53 (1986) Nr. 1, S. 52–53.

[19] Als weiteres Beispiel wäre hier u. a. anzuführen *H. Glaser,* Maschinenwelt und Alltagsleben. Industriekultur in Deutschland vom Biedermeier bis zur Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1981.

[20] *M. Neumann,* Zwischen Kraftwerk und Steckdose. Zur Architektur der Trafohäuser, Marburg 1987.

[21] *A. Föhl / M. Hamm,* Die Industriegeschichte des Textils. Technik, Architektur, Wirtschaft, Düsseldorf 1988.

von eindrucksvollen Fotos die Entwicklung der Textilindustrie in neun europäischen Ländern (Großbritannien, Bundesrepublik, DDR, Frankreich, Belgien, Spanien, Italien, Österreich und Schweiz) auf. Ausgehend von den Anfängen der industriellen Revolution werden die Technologien der Textilherstellung, die sich verändernde Fabrikarchitektur sowie die sozialen Veränderungen im Umfeld geschildert. Nicht zuletzt die hervorragenden Bilder von Manfred Hamm und der äußerst niedrige Preis machen dieses Werk attraktiv.

IV.

Der Abschluß dieser kurzen Literaturübersicht ist den mehr regional orientierten Büchern zur Industriearchäologie gewidmet. Aus der Fülle der interessanten Publikationen können auch hier wieder nur einige wenige Beispiele vorgestellt werden.[22]

Bereits in zweiter Auflage erschien 1980 der Bildband »Berlin. Denkmäler einer Industrielandschaft«.[23] In eindrucksvollen Bildern des uns bereits aus dem Buch zur Industriegeschichte des Textils bekannten Fotografen Manfred Hamm entsteht hier ein imposantes Bild der nach wie vor größten deutschen Industriestadt, ihrer Verkehrsanlagen, Fabriken, Lagerhäuser und Versorgungseinrichtungen. Die Aufnahmen dokumentieren die wichtigsten Industriedenkmäler des Westteils von Berlin, deren ästhetischer Reiz allein im Mittelpunkt des Interesses steht. Eine kurze, deutsch-englische Einführung sowie sehr knappe, ebenfalls zweisprachige Kommentare zu den einzelnen Bildern unterstreichen die Funktion des Buches als Kunstband zur Industriearchäologie einer Stadt.

Ganz anders ist dagegen die Intention der beiden von Jochen Boberg, Tilman Fichter und Eckhart Gillen unter Beteiligung von rund 80 Autoren herausgegebenen Bände zur Industriekultur Berlins im 19. und 20. Jahrhundert.[24] In zahllosen Beiträgen werden Aufstieg, Größe und Verfall dieser Großstadt unter Kapitelüberschriften wie »Spreeathen und Sparta«, »Das steinerne Berlin«, »Der neue Mensch«, »Norddeutsches Amerika«, »Wir machen Epoche«, »Metropolenkultur«, »Von der braunen Provinz besetzt« und »Unwiederbringlich zerstört« auf fast 800 Seiten beschrieben. Die Industriearchäologie geht hier auf in einem imposanten Monumentalgemälde einer von der »Industriekultur« geprägten Stadt. Die Geschichte von Fabriken und Fertigungsprozessen vermischt sich mit der Geschichte der Menschen, die in diesen Fabriken arbeiten und in einer von der Technik geprägten Umwelt leben – Eine würdige Fortsetzung der unter dem gleichen Reihentitel erschienenen Bände über Hamburg und Nürnberg.[25]

Technik »pur«, allerdings in einer interessanten Perspektive, liefert Berhold Socha in seinem 1985 erschienenen Fotoband »Bestandsaufnahme. Stillgelegte Anlagen aus Industrie und Verkehr in Westfalen.«[26] In Gesamtansichten und Detailaufnahmen dokumentiert Socha sieben hochrangige technische Denkmale Westfalens vor ihrer Renovierung und Umwandlung in Museen im Rahmen des dezentralen Konzepts des Westfälischen Industriemuseums. Drei Ze-

[22] Weitere Beispiele wären u. a.: *Centrum Industriekultur Nürnberg* (Hrsg.), Räder im Fluß. Die Geschichte der Nürnberger Mühlen, Nürnberg 1986; Rezension in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 423–424. *J. Huske,* Die Steinkohlenzechen im Ruhrrevier. Daten und Fakten von den Anfängen bis 1986, Bochum 1987.

[23] Berlin. Denkmäler einer Industrielandschaft, Berlin ²1980.

[24] *J. Boberg / T. Fichter / E. Gillen,* Exerzierfeld der Moderne. Industriekultur in Berlin im 19. Jahrhundert, München 1981; *dies.,* Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert, München 1986.

[25] Industriekultur in Hamburg. Des Deutschen Reiches Tor zur Welt, hrsg. v. *V. Plagemann,* München 1984; Industriekultur in Nürnberg. Eine deutsche Stadt im Maschinenzeitalter, hrsg. v. *H. Glaser / W. Ruppert / N. Neudecker,* München 1983.

[26] *B. Socha,* Bestandsaufnahme. Stillgelegte Anlagen aus Industrie und Verkehr in Westfalen, Hagen 1985.

chenanlagen, eine Glashütte, eine Dampfziegelei, ein Textilmuseum und ein Schiffshebewerk belegen das breite Spektrum und den Reiz industriearchäologischer Objekte. Deren Ansichten, versehen mit nur knappen Angaben zu Funktion, Geschichte und Bedeutung, sprechen für sich.

Eine vergleichbare, jedoch breiter angelegte Fotodokumentation hat der Fotograf Peter Seidel 1986 mit seinem Buch »Hessen. Denkmäler der Industrie und Technik« vorgelegt.[27] Bebilderte Übersichtstexte zu den Themen »Bauten, Menschen und Maschinen« und »Die Industrialisierung Hessens« sind hier kombiniert mit kommentierten Bildbeiträgen zu den Bereichen Förderung, Energie, Produktion, Versorgung, Verkehr und Wohnen. Eindrucksvolle Bilder zeichnen den Weg Hessens in die Industrialisierung in einem Buch nach, das zugleich als Katalog für eine gleichnamige Sonder- und Wanderausstellung anläßlich des zehnjährigen Jubiläums des Museums der Stadt Rüsselsheim im Jahre 1986 konzipiert war.

Zuletzt sei noch kurz auf ein Werk »Über die Anfänge der Industrie in Baden und Württemberg«[28] verwiesen.[29]. Der Gymnasiallehrer Günter Arns berichtet hier auf anschauliche Weise vor allem für den Nicht-Fachmann über die industriellen Anfänge in einer Region, die heute in vielen Bereichen als führend in der Bundesrepublik angesehen wird. Die einzelnen Kapitel sind u. a. der Uhrmacherei im Schwarzwald, der Spielwaren- und Musikinstrumentenfertigung, dem Textilgewerbe, den Eisenbahnen, dem Maschinenbau, der Elektroindustrie sowie den Anfängen des Automobilbaus gewidmet. Neben der staatlichen Wirtschaftspolitik des 19. Jahrhunderts beleuchtet Arns in einem »Ausblick« auch die jüngste Entwicklung der Industrie in Baden-Württemberg in durchaus kritischer Sicht. Er schlägt damit den Bogen von den Denkmälern der Technik, über die Wirtschaftsgeschichte, bis hin zu den gesellschaftlichen Dimensionen der Technik – Ein Stück populäre Industriearchäologie in lobenswerter Form und Verpackung.

Besprochene Literatur

Günter Arns, Über die Anfänge der Industrie in Baden und Württemberg, Stuttgart: DRW-Verlag 1986, 152 S., zahlr. Abb.

Berlin. Denkmäler einer Industrielandschaft, fotografiert v. Manfred Hamm, Texte v. Günther Kühne, hrsg. v. Richard Schneider, Berlin: Nicolaische Verlagsbuchhandlung ^{2}1980 (1. Aufl. 1978), 143 S., zahlr. Abb., DM 58,–.

Jochen Boberg / Tilmann Fichter / Eckhart Gillen, Exerzierfeld der Moderne. Industriekultur in Berlin im 19. Jahrhundert (= Industriekultur deutscher Städte und Regionen, hrsg. v. Hermann Glaser, Industriekultur in Berlin 1), München: Beck 1984, 399 S., 495 Abb., DM 98,–.

Jochen Boberg / Tilmann Fichter / Eckhart Gillen, Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert (= Industriekultur deutscher Städte und Regionen, hrsg. v. Hermann Glaser, Industriekultur in Berlin 2), München: Beck 1986, 400 S., 335 Abb., DM 98,–. (Hinweis: Beide Bände sind seit 1988 auch in einer broschierten Sonderausgabe zusammen für den Preis von DM 88,– zu erhalten.)

[27] Hessen. Denkmäler der Industrie und Technik, hrsg. v. *A. Föhl,* Berlin 1986.

[28] *G. Arns,* Über die Anfänge der Industrie in Baden und Württemberg, Stuttgart 1986.

[29] Eine ganze Reihe weiterer industriearchäologischer Bücher sind zum Thema Baden-Württemberg erschienen. Hier eine kleine Auswahl: *D. Haaland,* Der Luftschiffbau Schütte-Lanz Mannheim-Rheinau (1909–1925), Mannheim 1987; Baden-Württemberg als Bergbauland – seine Bodenschätze und seine untertägigen Ingenieurbauten, München 1982; *S. Hammer / R. Arbogast,* Alte Bahnhöfe in Württemberg, Stuttgart 1987; *F. Schmidt,* Die Hammerschmiede Gröningen als technisches Denkmal, Stuttgart 1984; *H. Jüttemann,* Alte Bauernsägen im Schwarzwald und in den Alpenländern, Karlsruhe 1984; *H. Jüttemann,* Schwarzwaldmühlen, Karlsruhe 1985; *W. Leiner,* Geschichte der Elektrizitätswirtschaft in Württemberg, 2 Bde., Stuttgart 1982 u. 1985; *H. Albrecht,* Kalkwerk Untermarchtal: Ein württembergisches Industriedenkmal, in: Schwäbische Heimat, 39 (1988), Heft 4, S. 330–337.

Claus-Peter Echter (Hrsg.), Ingenieur- und Industriebauten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Nutzung und Denkmalpflege, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik 1985, 169 S., zahlr. Abb.

Axel Föhl / Manfred Hamm, Die Industriegeschichte des Textils. Technik, Architektur, Wirtschaft, Düsseldorf: VDI-Verlag 1988, 180 S., zahlr. Abb., DM 148,–. Dieser Band ist leider nicht mehr im Buchhandel erhältlich, da die Auflage vom Weltbild Verlag in Augsburg übernommen wurde. Dort ist er jedoch direkt bei dessen Bücherdienst (Steinerne Furt 70, 8900 Augsburg 100) für den sehr günstigen Preis von DM 29,80 zu beziehen.

Hessen. Denkmäler der Industrie und Technik. Fotos v. Peter Seidel, Texte v. Wolfram Heitzenröder, Rolf Höhmann u. Peter Schirmbeck, hrsg. v. Axel Föhl, Berlin: Nicolai 1986, 144 S., 147 Abb., DM 68,–.

Michael Mende, Industriearchäologie als Gegenstand und Verfahren im Unterricht (= HBK Materialien 6/83), hrsg. v. Rektor der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Braunschweig: Hochschule für Bildende Künste 1983, 18 S., 2 Karten, 2 Diagramme.

Eberhard G. Neumann, Gedanken zur Industriearchäologie, Vorträge – Schriften – Kritiken, Hildesheim/Zürich/New York: Olms 1986, 192 S., 37 Abb., DM 37,80.

Michael Neumann, Zwischen Kraftwerk und Steckdose. Zur Architektur der Trafohäuser, Marburg: Jonas 1987, 72 S., zahlr. Abb., DM 19,80.

Wolfgang Ruppert, Die Fabrik. Geschichte von Arbeit und Industrialisierung in Deutschland, München: Beck 1983, 311 S., 284 Abb., DM 29,80.

Rainer Slotta, Das Carnall-Service als Dokument des Oberschlesischen Bergbaus (= Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum 32), Bochum: Deutsches Bergbau-Museum 1985, 663 S., zahlr. Abb., DM 95,–.

Rainer Slotta, Das Herder-Service. Ein Beitrag zur Industriearchäologie des Bergbaus (= Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum 25), Bochum: Deutsches Bergbau-Museum 1981, 332 S., 270 Abb., Bildtafeln, DM 48,–.

Rainer Slotta, Einführung in die Industriearchäologie, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1982, 201 S. und 80 Tafeln mit 134 Abb., DM 36,– (Mitgliederpreis DM 24,–).

Rainer Slotta, Technische Denkmäler in der Bundesrepublik Deutschland, 5 Bde., Bochum 1975–1986. Bd. 1: (= Veröffentlichungen aus dem Bergbau-Museum Bochum 7), 648 S., zahlr. Abb., DM 55,–; Bd. 2: 588 S., 299 Abb., 1 Karte; Bd. 3: 780 S., 304 Abb., 35 Lageskizzen, 1 Karte; Bd. 4 (in 2 Teilen) (= Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum 26): 1520 S., ca. 500 Abb., 1 Karte, DM 148,–; Bd. 5 (Teil 1) (= Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum 38): 1149 S., zahlr. Abb., DM 140,–.

Berthold Socha, Bestandsaufnahme. Stillgelegte Anlagen aus Industrie und Verkehr in Westfalen (= Westfälisches Industriemuseum, Schriften, Bd. 2), Hagen: v. d. Linnepe 1985, 137 S., 134 Abb., DM 22,–.

Technische Denkmale, hrsg. v. Informationszentrum Raum und Bau der Fraunhofer-Gesellschaft (IRB), red. Bearb. v. Terje Nils Dahle, Stuttgart: IRB-Verlag 1986 (= IRB-Literaturauslese Nr. 1000), 79 S., DM 18,–.

Die Autoren

Albers, Gerd, Prof. Dr.-Ing., Dr. E. h.; Professor für Städtebau und Regionalplanung an der Technischen Universität München

Albrecht, Helmuth, Dr.; Wiss. Assistent am Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik der Universität Stuttgart

Bahrdt, Hans Paul, Prof. Dr.; em. Professor für Soziologie an der Universität Göttingen, Mitherausgeber der Zeitschrift »Die alte Stadt«

Berndt, Heide, Prof. Dr.; Professorin für Sozialmedizin an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin

Böhme, Helmut, Prof. Dr., Dr. h.c.; Professor für Neuere Geschichte und Präsident der Technischen Hochschule Darmstadt. Mitherausgeber der Zeitschrift »Die alte Stadt«

Breitling, Peter, Prof. Dr.-Ing. Architekt; Professor für Städtebau, Umweltgestaltung und Denkmalpflege der Technischen Universität Graz

Fischer, Wolfram, Prof. Dr. phil., Dr. rer. pol.; Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Freien Universität Berlin

Gestrich, Andreas, Dr.; Wiss. Assistent am Lehrstuhl für Neuere Geschichte der Universität Stuttgart

Gustaffson, Evald, Dr., Abteilungsleiter im Amt für Nationale Denkmalpflege Stockholm

Herlyn, Ulfert, Prof. Dr.; Professor für Planungsbezogene Soziologie an der Universität Hannover

Hofmeister, Burkhard, Prof. Dr.; Professor für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Mitglied des Redaktionskollegiums der Zeitschrift »Die alte Stadt«

Jäckel, Eberhard, Prof. Dr.; Professor für Neuere Geschichte und Geschäftsführender Direktor des Historischen Instituts der Universität Stuttgart; Mitherausgeber der Zeitschrift »Die alte Stadt«

Rainer Jooss, Prof. Dr.; Professor für Geschichte und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Mitglied des Redaktionskollegiums der Zeitschrift »Die alte Stadt«

Kellenbenz, Hermann, Prof. Dr.; em. Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Erlangen, Herausgeber der Vierteljahresschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Kleinschmidt, Harald, Dr. habil.; Privatdozent für Mittlere und Neuere Geschichte und Historische Verhaltensforschung an der Universität Stuttgart

Klotz, Volker, Prof. Dr.; Professor für Neuere Deutsche Literatur und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Literaturwissenschaft der Universität Stuttgart

Korte, Hermann, Prof. Dr.; Professor für Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum, Mitglied des Redaktionskollegiums der Zeitschrift »Die alte Stadt«

Koutná-Karg, Dana, Dr.; Wiss. Assistentin am Lehrstuhl für Mittlere Geschichte der Universität Stuttgart (bis April 1989)

Kühnel, Harry, Prof. Dr.; a. o. Professor für Geschichte und Kunstgeschichte an der Universität Salzburg, Direktor des Instituts für mittelalterliche Realienkunde Österreichs (Österreichische Akademie der Wissenschaften)

Kuhn, Axel, Prof. Dr.; apl. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Stuttgart

Lorenz, Sönke, Dr. habil.; Privatdozent für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Stuttgart

Maurer, Hans-Martin, Prof. Dr.; Direktor des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, Honorarprofessor für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart

Meckseper, Cord, Prof. Dr.; Professor für Bau- und Kunstgeschichte an der Universität Hannover

Mielke, Friedrich, Prof. Dr.-Ing.; Leiter der Arbeitsstelle für Treppenforschung, Mitherausgeber der Zeitschrift »Die alte Stadt«

Nitschke, August, Prof. Dr.; Professor für Mittlere Geschichte und Leiter der Abt. Historische Verhaltensforschung an der Universität Stuttgart

Olshausen, Eckart, Prof. Dr.; Professor für Alte Geschichte an der Universität Stuttgart

Peters, Paulhans, Dr.; Chefredakteur der Zeitschrift »Baumeister«

Quarthal, Franz, Prof. Dr.; Professor für Neuere Geschichte und Bayerische Landesgeschichte an der Universität Passau

Rebentisch, Dieter, Dr. habil.; Privatdozent am Historischen Seminar der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main

Reinisch, Rainer, Dipl.-Ing. Architekt; Baudirektor der Stadt Braunau/Österreich

Ribhegge, Wilhelm, Prof. Dr.; Professor für Geschichte, Zeitgeschichte und ihre Didaktik an der Universität Münster

Richter, Hellmut, Dipl.-Ing. Architekt; Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde. Mitglied des Redaktionskollegiums der Zeitschrift »Die alte Stadt«

Sauberzweig, Dieter, Prof. Dr.; Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, Honorarprofessor für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz

Schirmacher, Ernst, Dr.-Ing. Architekt; Freier Architekt und Stadtplaner

Schüppert, Helga, Dr. habil.; Dozentin am Institut für Literaturwissenschaft der Universität Stuttgart

Schultheiss, Hans, Wiss. Angestellter am Lehrstuhl für Landesgeschichte der Universität Stuttgart und Schriftleiter der Zeitschrift »Die alte Stadt«

Sonnabend, Holger, Dr.; Wiss. Assistent am Lehrstuhl für Alte Geschichte der Universität Stuttgart

Stürner, Wolfgang, Prof. Dr.; Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Stuttgart

Voigt, Johannes H., Prof. Dr.; Professor für Überseegeschichte an der Universität Stuttgart

Winkel, Harald, Prof. Dr.; Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Hohenheim

16. Jahrgang
4/89

DIE ALTE STADT

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege

Jürgen Hagel — Alte Stadtkarten als Quellen

Johann Jessen — Aus den Großsiedlungen lernen?

Wolfgang Sittel-Czypionka — Stadtplanung im Zeichen des Baumarktes

Volker Roscher — Nachtrag zum Hamburger Hafengeburtstag

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst

ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt, Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/28 26 83 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27 C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 35 76 70.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,–; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,– einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,– einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 7863 1. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

INHALT

ABHANDLUNGEN

JÜRGEN HAGEL, Alte Stadtkarten als Quellen 555

JOHANN JESSEN, Aus den Großsiedlungen lernen? Das Scheitern eines Modells 568

WOLFGANG SITTEL-CZYPIONKA, Stadtplanung im Zeichen des Baumarktes 582

KLEINE BEITRÄGE

VOLKER ROSCHER, Hamburg, der Hafen, die Wirtschaft... und?... 592

DIRK SCHUBERT, 800jähriger Hafengeburtstag in Hamburg – Neue Bücher 599

ERICH KONTER, Zur mehrdimensionalen Analyse des »Städtischen«. Ein Buchpaket aus Frankfurt 603

WILMA R. ALBRECHT, New York – Phönix in der Asche? 607

DIE AUTOREN 610

ZUR BESPRECHUNG EINGEGANGENE BÜCHER 611

BESPRECHUNGEN

Siedlungsbau und Stadtentwicklung

DETLEV VONDE, Revier der großen Dörfer. Industrialisierung und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet *(Paul Nolte)* 615

CÄCILIA SCHMITZ, Bergbau und Verstädterung im Ruhrgebiet *(Wolfgang R. Krabbe)* 616

JUAN RODRIGUEZ-LORES / GERHARD FEHL, Die Kleinwohnungsfrage. Zu den Ursprüngen des sozialen Wohnungsbaus in Europa *(Jürgen Reulecke)* 617

TILMANN HARLANDER / KATRIN HATER / FRANZ MEIERS, Siedeln in Not. Umbruch von Wohnungspolitik und Siedlungsbau am Ende der Weimarer Republik *(Dirk Schubert)* 618

URSULA HENN, Die Mustersiedlung Ramersdorf in München *(Hans Schmalscheidt)* 619

Werner Durth / Niels Gutschow, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands *(Gert Kähler)* 620

Olaf Gibbings, Großsiedlungen. Bestandspflege – Weiterentwicklung *(Dirk Schubert)*..... 622

Veronika Darius, Der Architekt Gottfried Böhm. Bauten der sechziger Jahre *(Gert Kähler)* .. 623

Stadtentwicklung und Strukturwandel, hrsg. von Edwin von Böventer *(Heiko Haumann)*..... 624

Medet Teymur u. a., Rehumanizing Housing *(Dirk Schubert)*..... 625

Städtische Gesellschaftsgeschichte

Aaron Tänzer, Die Geschichte der Juden in Jebenhausen und Göppingen. Mit erweiternden Beiträgen über Schicksal und Ende der Göppinger Judengemeinde 1927–1945, hrsg. von Karl-Heinz Rueß *(Gerhard F. Volkmer)* 626

Historische Stadtgeographie

Siegfried Gerlach, Das Warenhaus in Deutschland. Seine Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg in historisch-geographischer Sicht *(Burkhard Hofmeister)*..... 628

Österreichisches Städtebuch. Die Städte Niederösterreichs, 1. Teil (A–G), hrsg. von Othmar Pickl *(Daniela Parenzan)*..... 629

Jürgen Hagel

Alte Stadtkarten als Quellen

1. Alte Karten gewinnen an Bedeutung. – 2. Quellenwert in Spezialgebieten. – 3. Altkarten als Quellen in der historisch-geographischen Strukturforschung. – 4. Altkarten in der historisch-geographischen Prozeßforschung. – 5. Einblicke in die Wasserbautechnik. – 6. Frühere Probleme der Ver- und Entsorgung. – 7. Altkarten als Belege für Ideen der Stadtgestaltung. – 8. Mental maps. – 9. Quellenkritik. – 10. Inventarisierung. – 11. Schluß

1. Alte Karten gewinnen an Bedeutung

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Die Alte Stadt" vor 25 Jahren bezeugt ein Wiedererstarken des Interesses an der Vergangenheit und an dem auf uns überkommenen historischen Erbe. Aus demselben Grunde hat im abgelaufenen Vierteljahrhundert auch die Historische Kartographie eine starke Belebung erfahren; die beachtliche Zahl einschlägiger Ausstellungen wie auch die vielen Nachdrucke einzelner alter Karten oder sogar ganzer Kartenwerke, insbesondere von nur handgezeichneten und deshalb bislang wenig bekannten Vorlagen sind hierfür Beweis.[1] Insbesondere soll hier der von Heinz Stoob seit 1973 herausgebrachte Deutsche Städteatlas genannt sein, der einmal der vergleichenden geschichtlichen Städteforschung und zum anderen als Grundlage der Planung und Denkmalpflege dienen soll.[2]

Der Wert alter Karten und Pläne dürfte heute unbestritten sein; sie sind Dokumente ihrer Zeit, zum Teil sogar Schriftstücke mit Urkundencharakter[3] und enthalten mancherlei Informationen, die sonst nicht fixiert sind. Es kann schon deshalb nicht auf Altkarten verzichtet werden, weil nur über sie Flächen unterschiedlicher Nutzung oder verschiedener Besitzer sowie andere Objekte hinsichtlich ihrer Lage im Raum bestimmt werden können. Das sollte sie auch für Vorbereitende Untersuchungen, wie

[1] Zu den Ausstellungen vgl. die Angaben bei *Th. F. Faber* und *H. P. Neuheuser,* Auswahl-Bibliographie zum Landkartenwesen, in: Landkarten als Geschichtsquellen, Archivberatungsstelle Rheinland, Archivheft 16, Köln 1985, S. 213–215, und bei *K. Lindner,* Die Stadt im Bild alter Karten und Pläne, in: Siedlungsforschung 3, 1985, S. 135–149. – Von den Nachdrucken sei als Beispiel nur die unter Leitung des Generalquartiermeisters Heinrich von Schmitt 1797 erstellte Karte von Südwestdeutschland (Original im Kriegsarchiv Wien) genannt, die seit einiger Zeit von mehreren Landesvermessungsämtern nach und nach veröffentlicht wird.

[2] Vgl. *W. Ehbrecht,* Fallstudie und Vergleich. Zur Möglichkeit sozialgeschichtlicher Arbeit mit Stadtatlanten, in: Die alte Stadt 10 (1983), S. 138–164.

[3] *G. Aymans,* Die preußische Katasteraufnahme im Herzogtum Kleve der Jahre 1731–38, in: Erdkunde 40, 1986, S. 15.

sie einer Sanierung voraufgehen, interessant machen, wenngleich sie für die historisch ausgerichteten Zweige der Stadtforschung eine größere Bedeutung haben dürften und diese hier deshalb stärker herausgestellt werden muß. Ihre Auswertung setzt allerdings Grundkenntnisse in Geographie und Kartographie voraus oder – anders ausgedrückt – Erfahrung im Umgang mit Karten.[4] Es liegt auch auf der Hand, daß nicht alle Karten gleiche Aussagekraft haben und daß sich für Untersuchungen zur Landschaftsgeschichte einheitlich aufgenommene, flächendeckende Darstellungen wie zum Beispiel die Karten von Andreas Kieser 1680–1686 in Württemberg und die Landesaufnahmen des 18. Jahrhunderts besonders gut eignen[5] und für die Stadtforschung vor allem Karten größeren Maßstabs und Pläne in Frage kommen.

2. *Quellenwert in Spezialgebieten*

Je nach Inhalt und Aussagekraft können historische Karten in mehreren Forschungsgebieten und zudem häufig für mehrere verschiedene zugleich ausgewertet werden.[6] In der *Rechtsgeschichte* zum Beispiel können sie herangezogen werden zur Bestimmung früherer Grenzverläufe und Landwehren, Besitzverhältnisse (Zugehörigkeit, Größe) und zu leistender Abgaben und der Lage von Gerichtsstätten. Die *Kriegsgeschichte* kann an ihnen Strategien der Kriegsführung, die Belagerungstechnik und die Entwicklung der Festungsbaukunst untersuchen. Die *Technikgeschichte* findet in ihnen vor allem Material zu Fragen des Wasserbaus. Für die *Volkskunde* sind einmal einzelne Inhalte wie Bildstöcke, Brunnen und Flurnamen von Interesse oder beispielsweise der in der Beschriftung zum Ausdruck kommende Wandel des Raumbewußtseins;[7] zum anderen geben die früher in Karte und Kartusche beigefügten bildhaften Darstellungen Auskunft über Kleidung, Geräte und Arbeitsweisen, zum Beispiel zur Jagd, zur Feldmeßkunst, zur Flößerei. Die *Geschichte der Kartographie* kann die

[4] Vgl. *K. Fehn,* Auswertungsmöglichkeiten von Altkarten unter besonderer Berücksichtigung der Historischen Geographie, in: Auswertung und Erschließung historischer Landkarten, Archivberatungsstelle Rheinland, Archivheft 18, Köln 1988, S. 147–173. – *G. Aymans,* Historische Karten und Kartenwerke aus der Sicht eines Geographen, in: ebda. S. 203–221.

[5] *H.-M. Maurer / S. Schiek (Hrsg.),* Alt-Württemberg in Ortsansichten und Landkarten 1680–1687. Stuttgart 1985 (mit Bildern und Karten von A. Kieser). – *H. H. Seedorf,* Der Wert historisch-topographischer Karten für die Landeskunde in Niedersachsen, in: Neues Archiv für Niedersachsen 31 (1982), S. 408–423.

[6] Aus Platzgründen muß auf die Abbildung der erwähnten Altkarten verzichtet werden. Soweit Karten aus Stuttgart oder Württemberg nicht durch Anmerkungen näher belegt werden, sind sie abgebildet und/oder besprochen in den beiden Katalogen des Hauptstaatsarchivs Stuttgart von *J. Hagel,* Stuttgart im Spiegel alter Karten und Pläne, Stuttgart 1984, und *J. Hagel,* Mensch und Wasser in der Geschichte, Stuttgart 1989.

[7] *W.-D. Sick,* Der alemannisch-schwäbische Sprachraum im historischen Kartenbild, in: *P. Fried / W.-D. Sick* (Hrsg.), Die historische Landschaft zwischen Lech und Vogesen, Augsburg 1988, S. 137–163.

Entwicklung der Kartenherstellung und der Darstellungstechnik untersuchen, die *Kunstgeschichte* die Karte als Kunstwerk betrachten.

3. *Altkarten als Quellen in der historisch-geographischen Strukturforschung*

Für eine Arbeitsgemeinschaft, die sich »Die Alte Stadt« nennt, stehen freilich andere Themen im Vordergrund, nämlich solche der Historischen Geographie, das heißt der historischen Umwelt-, Landschafts- und Siedlungs-, insbesondere der Stadtforschung. Zum Stichwort »Siedlungsforschung« sollte man dabei im Auge behalten, daß sich der Begriff »Siedlung« nicht nur auf einen Wohnplatz bezieht, sondern auch die Arbeitsflächen (von Landwirtschaft, Industrie, Verkehr, Militär usw.) mit einschließt, also die gesamte Gemarkung umfaßt.

In der Strukturforschung geht es einmal um die Landnutzung und ihre Veränderung, das heißt um die Verteilung von Wald und Feld, Wiese und Heide, Wein- und Hopfengärten, Krautgärten und Fischteichen. Manche Darstellungen unterscheiden sogar zwischen Laub- und Nadelwald, andere zeigen – wie Johann Lambert Kolleffel in seinem Blatt Leipheim um 1750 – die Hopfengärten mit solcher Genauigkeit, daß sie deutlich lokalisiert werden können.[8] Augenscheinkarten wie jene von Hans Kretzmayer von 1610 mit den Fischteichen bei Waldenburg in Hohenlohe sind in ihrer Abgrenzung zwar nicht so exakt, vermitteln aber trotzdem einen guten Eindruck von der räumlichen Struktur. Gelegentlich sind auch Steinbrüche, Lehmgruben, Kalköfen und Ziegeleien dargestellt und ist die unterschiedliche Qualität der Wege und Landstraßen angegeben. In der Karte von Neubulach, die Johann Heinrich Moyses von Kyrrberg 1719 gezeichnet hat,[9] ist die Lage alter Stollen und Halden des Bergbaus erkennbar. Eine solche Aussage, die vielleicht auch durch geologische Untersuchungen belegt ist, kann für die heutige Planung unter zwei Gesichtspunkten von Interesse sein: Einmal unter dem Stichwort der »Altlast«, die besondere Maßnahmen erfordert, zum anderen unter dem Aspekt des Schutzes als historische Landschaft. Die hier genannten Beispiele zeigen, daß sich unter günstigen Umständen anhand von Altkarten der Landschaftszustand eines Gebietes für einen bestimmten Zeitabschnitt rekonstruieren läßt und sich dabei persistente Strukturen bzw. überkommene Elemente erkennen lassen, die vielleicht besonders geschützt werden sollten.

Bezüglich der Städte interessieren neben Größe, Form und Bild des Baukörpers und der Befestigung besonders die sozialökonomische Struktur und die Lokalisierung der einzelnen Funktionen, auch derjenigen *vor* den Mauern (Stadtrand-Funktionen) wie Schießbahn, Balle-Malle-Bahn (Palmaille), Bleiche, Seilerbahn, Gärten usw. Was auf

[8] *J. L. Kolleffel.* Schwäbische Dörfer und Städte um 1750, hrsg. v. *R. Pfaud,* Weißenhorn 1974 (mit 522 Ortsplänen).

[9] *J. H. Moyses,* Accurate Ausmeß- und Grundlegung des alten Bergstättleins Bulach, 1719, verkleinerter Nachdruck des LVA Baden-Württemberg 1983.

diesem Gebiet unter günstigen Umständen und mit Hinzuziehung gedruckter Verzeichnisse zu leisten ist, hat Elisabeth Lichtenberger mit der Rekonstruktion der sozialräumlichen und funktionellen Gliederung Wiens um 1770 gezeigt.[10] Sie stellte nicht nur die Bausubstanz in starker Differenzierung dar, sondern zeigte auch die gewerbliche Nutzung der Gebäude und die Nutzung der Flur zusammengefaßt in einer komplex-analytischen Karte.

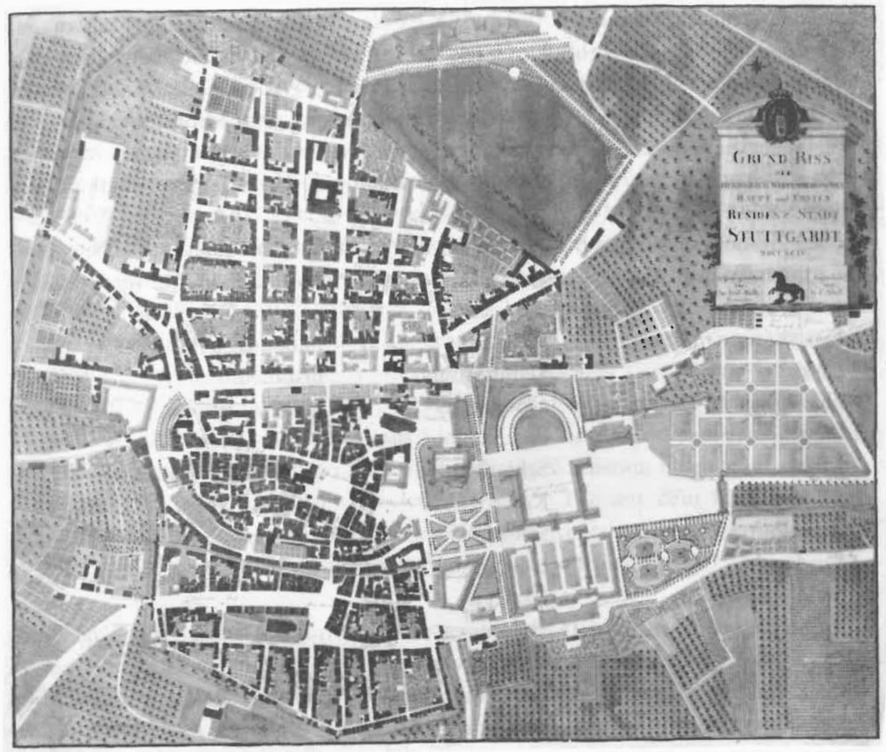
Sicherlich ist die Quellenlage nicht überall so gut wie in diesem Fall. Deshalb müssen wir die in der Historischen Kartographie bisher etwas vernachlässigten Pläne bzw. Risse von kleineren Teilen der Stadt unbedingt mit einbeziehen, zumal sie oft zusätzliche Informationen bieten. Auch wenn sich aus ihnen keine flächendeckenden Strukturpläne ableiten lassen, können wir doch am Beispiel einzelner Häuserblöcke wesentliche Züge erkennen. Entscheidend dabei ist, daß uns die Archivare sagen, wo in den Akten wir derartige Pläne als Beilagen finden.

Seltener als reine Grundrißpläne sind Bildpläne, in denen die Hausfronten im Aufriß oder perspektivisch dargestellt sind. Aus ihnen können wir nicht nur die Anzahl der Stockwerke erkennen, sondern unter Umständen auch Hinweise für die Restaurierung des Straßenbildes erhalten. Meist ist die dritte Dimension jedoch nicht berücksichtigt und muß aus bildlichen Darstellungen abgeleitet werden. Mancher Plan zeigt ferner die Hofgebäude im Grundriß und die teilweise beachtlichen Gartenflächen im Innern der Häuserblöcke, so z. B. der Stadtplan von Stuttgart von 1794. In ihm wird zudem deutlich, daß die Verteilung der Gartenflächen über die drei Stadtteile unterschiedlich ist. Die Innere Stadt entbehrt, vom Bereich des Stadtgrabens abgesehen, völlig solcher Gärten; in der Esslinger Vorstadt fehlen sie in den Blöcken am Holzmarkt, in der Reichen Vorstadt in den zum ehemaligen Graben hin gelegenen Komplexen, wogegen Gärten sonst in beiden Vorstädten weit verbreitet sind. Kann man in solchen Eintragungen Entscheidungshilfen für die Straßenbegrünung oder -Nichtbegrünung und für Entkernungsvorhaben sehen?

Da der genannte Stuttgarter Stadtplan von 1794 sämtliche Hausnummern enthält und zu ihm ein Verzeichnis der Hausbesitzer mit der Angabe ihrer Berufe und der Hausnummern existiert, können wir in ihm – und nur mit ihm – die Hausbesitzer nach ihren Berufen lokalisieren und damit die sozialökonomische Struktur der Stadt aufzeigen.[11] Die Weingärtner zum Beispiel konzentrieren sich in drei getrennten Bereichen. Bei den Geheimen, Hof-, Regierungs-, Kammer- und anderen Räten ist die räumliche Konzentration noch deutlicher ausgeprägt, und man versteht, warum der

[10] *E. Lichtenberger,* Sozialräumliche und funktionelle Gliederung Wiens um 1770, in: Atlas von Niederösterreich, Blatt 121, Wien 1958. – Vgl. *E. Lichtenberger,* Historische Stadtforschung und Kartographie. Die sozialräumliche und funktionelle Gliederung von Wien um 1770, in: Kartographie der Gegenwart in Österreich, Wien 1984, S. 170–192.

[11] *J. Hagel,* Zur sozialen und funktionalen Viertelsgliederung in Stuttgart um 1795, in Stuttgarter Geogr. Stud. 110 (1989) (im Druck).



Stadtplan von Stuttgart aus dem Jahre 1794, aufgenommen und gezeichnet von *Christian Fridrich Roth,* gestochen von G. F. Abel. Die Oberkante weist nach NW zu W. Die Stadt gliedert sich in die Innere Stadt (etwa oval), die Esslinger Vorstadt (unten) und die Reiche Vorstadt (oben). Vorlage und Aufnahme HStA Stuttgart N 200 P 46.

westliche Teil Stuttgarts den Namen »Reiche Vorstadt« bekommen hat. Die Bedeutung der Residenzfunktion wird ebenfalls deutlich, weil die herrschaftlichen Gebäude durch besondere Signatur bzw. Farbe hervorgehoben sind.

Allein aus einem Plan heraus ist auch die Bedeutung des Stuttgarter Vorortes Berg als Mühlenzentrum und Floßholzplatz zu belegen. Fast alle Mühlen sind aus verschiedenen Plänen nachzuweisen, Floßkanal, Holzrechen und Holzlagerplatz sind zu bestimmen. Ein anderes Beispiel bietet der Plan des Stuttgarter Brandgebiets von 1761, aus dem hervorgeht, daß es damals auch in der Inneren Stadt noch etliche Scheunen gab. Ein Plan des Stuttgarter Marktplatzes von 1775 (zur Vorbereitung der sog. Venetianischen Messe) nennt sämtliche Anrainer mit ihren Berufen und zeigt uns eine Häufung von Kaufleuten, Kürschnern und Apothekern. Aus einem weiteren Plan von

den Anliegern des Nesenbachs von 1761 ist eine Konzentration von Färbern und Gerbern ersichtlich. Wohl eher als Glücksfall kann man die Unterscheidung der Häuser von Christen und Juden in den bereits erwähnten Plänen Kolleffels bezeichnen, aus denen man die Judengassen bzw. -viertel erkennen kann. Mitunter sind bei den Ortsnamen die Zahlen der Herdstellen angegeben wie in der Schmitt'schen Karte von Südwestdeutschland 1797 oder in der Kurhannoverschen Landesaufnahme von 1764–1786.

Die Funktionen lassen sich aufgrund der Beschriftung oder Signatur lokalisieren. So hat Johann Adam Riediger in seinem 1745 angefertigten Plan von Stuttgart bezeichnet:

Wirtshäuser (mit Namen)	Schulhaus	Badhaus
Café	Gymnasium	Brunnen
Tabakhaus	Opernhaus	Bleiche
Werkhäuser	Posthaus	Feuer- (Lösch-) See
Mühle	Schießhaus	Balle Malle (Palmaille)
Seidenfabrik	Kasernen	Galgen
Ziegelhütte	Siechenhaus	Kutterhaufen (Müll)
Sandgrube	Hospital	u. a. m.
Steinbrüche	Lazarett	

Aufgrund einer Karte von 1678 können wir für Stuttgart sogar zwei Vogelherde einigermaßen lokalisieren. Freilich sind wir weit davon entfernt, wieder aufbauen zu wollen, was längst abgegangen ist, doch kann die Kenntnis davon, was einmal an einem bestimmten Platz vorhanden war, nicht nur bei der Suche nach Straßen- oder Platzbenennungen hilfreich sein, sondern vielleicht auch bei einer Sanierung eine bezugnehmende Lösung der Stadtgestaltung anregen. Und wenn in Landshut beim Abbruch einer Fabrik der einzige noch erhaltene Turm der Stadtmauer mit einem Stück derselben gefunden[12] und wenn auch in Stuttgart bei einer Baumaßnahme unerwartet ein Rest der Stadtmauer freigelegt wurde, so mag das Anregung sein, vor Bauarbeiten in verdächtig erscheinenden Bereichen zuvor historische Karten heranzuziehen.

4. *Altkarten in der historisch-geographischen Prozeßforschung*

Aus dem Vergleich verschieden alter Karten und Stadtpläne in ihrer chronologischen Reihenfolge lassen sich die Veränderungen in der Zeit ablesen. Dies gilt einmal für die Verteilung von Wald, Feld, Heide und Spezialkulturen wie auch für die Veränderungen von Gewässern und für die Entwicklung von Städten. Was die Städte betrifft, so

[12] *W. Schwaiger-Herrschmann,* Altstadtsanierung: zum Beispiel Landshut, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 208.

hat man sich bisher stark mit der Frage nach den baulichen Veränderungen befaßt, das heißt mit dem räumlichen Wachstum bzw. der Veränderung in der Überbauung. Es stellt sich aber auch die Frage nach den Freiflächen in der Stadt und ihrer Umnutzung, nach der Nutzung der erweiterten Fläche, nach den Änderungen *vor* der Mauer, etwa der Bildung von Lustgärten, die einen Wandel in der Lebensweise andeuten.

Ein Geograph wird allerdings auch schon aus einem einzelnen Plan versuchen, die Dynamik eines Ortes zu erkennen. Vergleicht man beispielsweise in dem Stuttgarter Stadtplan von 1794 den Grundriß der Inneren Stadt mit dem der Esslinger Vorstadt, so springt der Unterschied in der Straßenführung sofort ins Auge und zeigt verschieden alte Stadtteile an. Auch hebt sich das 1761 abgebrannte und anschließend in neuem Grundriß wieder aufgebaute Gebiet in der Altstadt (= erste Stadtsanierung) deutlich ab. Durch einen Vergleich mit neueren Karten läßt sich zeigen, daß etwa in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Überbauung auch der Gartenflächen im Innern der Häuserblöcke einsetzte. Die von Klaus Lindner und Lothar Zögner veröffentlichte Kartenfolge von Berlin zeigt deutlich, daß sich das Wachstum einer Stadt besser in Karten darstellen als in Worten beschreiben läßt.[13] Die aus dem Kartenvergleich abgeleitete Abgrenzung von Vierteln verschiedenen Alters kann eventuell eine Entscheidungshilfe für die Abgrenzung von Sanierungsbereichen bieten.

5. *Einblicke in die Wasserbautechnik*

Reich ist das kartographische Material von Gewässern. Wegen der naturbedingten Veränderungen an den Ufern, wegen besonderer Baumaßnahmen zum Uferschutz und wegen vieler Streitfälle, die sich dabei ergaben, sind zahlreiche, meist nicht veröffentlichte Pläne angefertigt worden. Gerade Flußverlagerungen und -korrekturen sind – wie auch Hochwasserfolgen – anders nun einmal nicht so gut darzustellen. So zeigt uns eine Zeichnung von Albrecht Dretsch von 1573 nicht nur die Hochwasserschäden am Neckarwehr in (Stuttgart-) Berg, sondern gibt auch einen Einblick in die Wasserbautechnik jener Zeit. Die beiden Mühlen sind zumindest in ihrer relativen Größe zu erkennen. Allerdings stimmen in derartigen Darstellungen die Zahlen der eingezeichneten und die der wirklich vorhanden gewesenen Mühlräder nicht immer überein.

Daß der Neckar damals zwischen Stuttgart und Heilbronn nur eine Tiefe von 1–2 Metern besaß, zeigt eine Karte von Heinrich Schickhardt aus dem Jahre 1598, als die Schiffbarmachung des Flusses erwogen würde. Aus zwei weiteren solchen Karten sind außerdem sämtliche Fähren und Wehre jener Zeit ersichtlich. Wie man die Wehre damals baute, zeigt eine Skizze von 1590 in einfacher, aber anschaulicher Darstellung: Man kombinierte ein Fachwerk mit Faschinen, Zweigen und Steinen. Der Riß

[13] *K. Lindner u. L. Zögner,* Berlin im Kartenbild. Zur Entwicklung der Stadt 1650–1950. Berlin 1981.

eines Wehrs aus der Zeit um 1768 zeigt dagegen eine reine Fachwerkkonstruktion und läßt zugleich die Auswirkung des Wehrbaus auf die Sedimentation erkennen.[14]

Die durch Hochwässer bedingten Verlagerungen des Neckars oberhalb von Berg seit 1773 und die ihretwegen vorgenommene Begradigung stellt eine Karte von 1828 dar. Hier werden sowohl die natürliche Dynamik in der Landschaft als auch wasserbautechnische Details deutlich. Ähnliche Karten sind besonders von der Begradigung des Oberrheins bekannt. Die Probleme des Hochwasserstaus innerhalb der Stadt Stuttgart werden in Karten von 1652 und 1740 sichtbar, von denen die letztere mit ihren Angaben über die Durchflußöffnungen der Brücken und bewässerte Gärten besonders interessant erscheint.[15]

6. *Frühere Probleme der Ver- und Entsorgung*

Überraschend gut dokumentiert ist die frühere Ver- und Entsorgung.[16] In dem Vogelschaubild von Rohrdorf von 1575 ist nicht nur die Lage, sondern auch die Form der Brunnen deutlich erkennbar.[17] Wir sehen, daß es sich um den Typ des Ziehbrunnens handelt, der ähnlich auch auf Ansichten von Aalen und Schwäbisch Hall erscheint[17a] und demnach weiter verbreitet gewesen sein dürfte, als man vielleicht annehmen möchte. In manchen Städten existieren auch Pläne der Rohrleitungen, welche die Laufbrunnen mit Wasser versorgten. Als Beispiel sei der Plan der städtischen Leitungen von Stuttgart von 1699 angeführt, der in seiner Erläuterung noch ergänzende Angaben über die Zahl der Brunnenstuben und der benutzten Holzteichel u.a.m. enthält. Ähnliche Pläne für die herrschaftlichen Leitungen nach Stuttgart liegen von 1622 und 1630 vor. Aus diesen Quellen ergibt sich, daß die Stuttgarter Wasserleitungen außerhalb der Stadt gegen Ende des 17. Jahrhunderts mindestens 9000 Teichel umfaßten. Von Heilbronn gibt es Pläne von 1640, die das Leitungssystem innerhalb der Stadt darstellen; aus ihnen sind die Lage der Teichel und der Brunnen ebenso ersichtlich wie die Längen der einzelnen Abschnitte und die Zugangsstellen. Die einzelnen Brunnen sind jeweils bezeichnet, die privaten mit den Namen der Nutzungsberechtigten beschriftet. Der Plan gibt uns damit zugleich Hinweise zur Sozialtopographie, aber auch für archäologische Sicherungsarbeiten bei Tiefbaumaßnahmen.

Ein bislang in den Akten versteckt gewesener Plan aus der Zeit um 1800 zeigt die Versorgung Stuttgarts mit fließendem Wasser durch das herrschaftliche und das städtische Teichelsystem. Schon bei grobem Überblick fällt auf, daß die Reiche Vorstadt

[14] HStA Stuttgart A 335 Bü 18 /4b und A 248 Bü 1951.
[15] Vgl. *J. Hagel,* Stuttgarter Wasser- und Umweltprobleme in der frühen Neuzeit im Spiegel alter Karten und Pläne des Nesen- und Dobelbachs, in: Z. f. württ. Landesgesch. 42 (1983), S. 217–254.
[16] Siehe auch *J. Hagel,* Mensch und Wasser in der alten Stadt, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 126–139.
[17 + 17a] *J. Hagel* 1989 (s. A 6).

gut mit Laufbrunnen versehen ist, die beiden anderen Stadtteile aber nur über wenige solche Brunnen verfügen. Hier drängt sich die Frage auf, warum das so ist: wegen des jüngeren Alters dieser Vorstadt, wegen unterschiedlicher Grundwasserverhältnisse oder wegen sozialer Unterschiede. Ein ebenfalls aus einem Aktenbüschel entnommener Plan zu einem Brunnenstreit von 1716 läßt vermuten, daß die Esslinger Vorstadt (in Stuttgart) zwar weniger Lauf-, aber dafür mehr Schöpfbrunnen besaß; denn es sind bei neun Grundstücken ein Schöpf- und fünf Pumpbrunnen verzeichnet, die alle im Innern des Blocks liegen. Gerade solche Pläne sind vor einer etwa ins Auge gefaßten Totalsanierung wichtig, weil sie Hinweise geben, wo bei Ausbaggerungen Vorsicht geboten ist und wo eventuell stadtarchäologische Arbeiten sinnvoll sind. Auf jeden Fall sollte die Lage von Brunnenresten bei Bauarbeiten gründlich dokumentiert werden.

Das System der Abwasserleitungen ist für Stuttgart erstmals 1634 von dem Baumeister Heinrich Schickhardt kartographisch dargestellt worden, wenn auch nur für die Innere Stadt. Da zu dieser Karte auch eine Beschreibung existiert, sind wir über die Situation relativ gut informiert. Das an diesen Plan nach links anschließende Gebiet zeigt ein weiterer Plan aus der Zeit um 1720/50, dessen Fischgrätenmuster die Ableitungen aus den einzelnen Häusern darstellt. Leider ist der Anlaß für die Anfertigung dieses Plans bislang unbekannt und eine tiefergehende Auswertung damit nicht möglich.

Von einer Maßnahme zur Umweltvorsorge durch den Stuttgarter Magistrat zeugt ein Lageplan der Färberei Kloz von 1673. Bereits etwas früher hatte der Magistrat einem anderen Färber die Genehmigung, hier oberhalb der Pferdeschwemme eine Färberei einzurichten, verweigert und dies damit begründet, daß die zu erwartende Verschmutzung die zur Schwemme geführten Pferde krankmachen würde. Als nun 1673 der Färber Kloz versprach, das Schmutzwasser in der in dem Plan dargestellten Weise unter dem Bach hindurch in das Kanalisationsnetz zu leiten, durfte er den Betrieb eröffnen.

In diesen Themenkreis der Ver- und Entsorgung gehören auch die Darstellung der Feuerseen und ihrer Zuleitungen sowie der Nachweis von Deponien, wie er sich in dem Riediger'schen Plan von 1745 findet.

7. *Altkarten als Beleg für Ideen der Stadtgestaltung*

Als wertvolle Quelle können uns die Stadtpläne ferner dienen, um zu verfolgen, wie die Ideen der Stadgestaltung weiterentwickelt worden sind. Am besten eignet sich hierzu ein Vergleich verschieden alter Vorlagen, wie sie zum Beispiel von Lindner und Zögner für Berlin vorgestellt wurden.[18] Doch auch Einzelpläne können sehr auf-

[18] (s. A 13).

schlußreich sein, zumal wenn die neue Planung in einen alten Grundrißplan eingetragen worden ist. Das ist zum Beispiel der Fall bei einem um 1750 von Georg Raisch gezeichneten Plan von Stuttgart, der um 1780 benutzt wurde, um eine geplante Stadterweiterung einzuzeichnen. Man sah dabei vor, eine wohl als störend empfundene Unregelmäßigkeit in der Straßenanlage zu beseitigen und den Ausbau mit gleichmäßigem Grundriß vorzunehmen. Verwirklicht wurde dieser Gedanke nie. Das stört bei der Auswertung jedoch keineswegs, zeigen doch gerade solche Entwürfe ideengeschichtlich mitunter mehr als die in die Tat umgesetzten Pläne, bei denen dann doch so manche Rücksicht auf Überkommenes genommen werden mußte.

Noch deutlicher wird das in dem Residenzbauplan, den Nikolaus von Thouret Anfang 1818 dem württembergischen König vorlegte. Geradlinige Straßen, Plätze verschiedener Gestalt, eine lange, die Stadt säumende Allee und eine völlig für sich wie ein Castrum angelegte Garnison erscheinen hier als neue Wesenszüge. Auch dieser Plan wurde nicht verwirklicht, doch die Ideen lebten teilweise weiter, und das, was man in Stuttgart heute als die Kulturmeile bezeichnet (Konrad-Adenauer-Straße), hat ideengeschichtlich seine Wurzel in diesem Plan.

Auch die Ideen zur Durchgrünung der Stadt lassen sich anhand früherer Stadtbaupläne und Detailpläne darstellen; diese Thematik scheint bisher etwas vernachlässigt worden zu sein. Andere Pläne (in Stuttgart 1807) zeugen von den Überlegungen, für durchziehende Truppen eine Umgehungsstraße anzulegen. Freilich sind die örtlichen Pläne auch in die überörtliche Entwicklung der Stadtgestaltung einzuordnen, um jeweils zu erkennen, was im Zuge der allgemeinen Entwicklung liegt und was neues Gedankengut ist.

8. *Mental maps*

Unter den alten Karten und Plänen finden sich so manche, die als »mental maps« angesehen werden können, die also den Raum so darstellen, wie ihn der Zeichner wahrnahm oder sich vorstellte. Altkarten können damit Ansatzpunkte für Untersuchungen zur historischen Wahrnehmungsgeographie sein. Diese Thematik soll hier jedoch ebensowenig verfolgt werden[19] wie der Quellenwert der Altkarten für die Flurnamenforschung.

9. *Quellenkritik*

Die Arbeit mit historischen Karten und Plänen ist nicht ohne gründliche Quellenkritik möglich, zeigt doch die Erfahrung, daß in den Karten und auch bei ihrer Auswertung mit erheblichen Mängeln und Fehlern zu rechnen ist.

[19] Siehe hierzu *J. Lafrenz,* Historische Ortspläne als kognitive Repräsentationen, in: Kartographiehist. Colloquium Lüneburg '84, Berlin 1985, S. 73–86.

Zunächst sind bei der Beschäftigung mit historischen Karten Grund und Zeitpunkt der Anfertigung zu bestimmen, soweit sie nicht aus den vom Autor selbst gemachten Angaben hervorgehen. Der *Grund oder Zweck* der Kartenerstellung bestimmt den Inhalt und maßgebend auch die Genauigkeit, möglicherweise auch eine absichtliche Verfälschung (z. B. eines Grenzverlaufs). Die Darstellung Stuttgarts im Forstkartenwerk des Andreas Kieser von 1680 zum Beispiel ist zwar reizvoll, aber weder maßstabsgerecht noch inhaltlich exakt. Die Aufgabe für Kieser lautete ja, die Forste zu vermessen und darzustellen; die Orte zeichnete er in sein Kartenwerk als Vedouten ein, wobei er Stuttgart als Landeshauptstadt zwar etwas größer, aber trotzdem keineswegs genauer abbildete.

Vom *Zeitpunkt* der Kartenerstellung hängen einmal die Darstellungstechnik, zum anderen die Genauigkeit ab, die ab dem 18. Jahrhundert deutlich zunimmt. Allerdings ist festzuhalten, daß eine Fülle von vielleicht weniger genauen Eintragungen für die Beschreibung von Alt-Strukturen wertvoller sein kann als eine sehr exakte Darstellung mit inhaltlicher Leere.

Abzuklären ist ferner, ob der *Inhalt* vom Autor selbst erhoben oder – vielleicht auch nur zum Teil – aus anderen Vorlagen übernommen worden ist. So ist bekannt, daß viele Darstellungen von Städten ungenau oder nur Nachzeichnungen sind.[20] Man erkennt dies unschwer auch am Beispiel von Stuttgart, wenn man den Stich von Matthäus Merian von 1638 mit der Darstellung von Matthäus Seutter um 1720 vergleicht. Ferner können die Zeitpunkte von Aufnahme und Anfertigung einer Karte durchaus differieren; mitunter war eine Eintragung bereits überholt, als die Karte gezeichnet wurde. Das schmälert den Wert der Darstellung jedoch nicht, denn Altkarten sind in erster Linie Dokumente eines Raumes, nicht der Zeit.[21]

Ferner ist der *Maßstab* festzustellen und ist zu klären, ob die Darstellung in sich maßstabsgetreu ist oder nicht. Häufig fehlt eine Maßstabsangabe und muß über Streckenmessungen berechnet werden. Auch ist keineswegs sicher, ob eine angegebene Längeneinheit die an dem betreffenden Ort gültige oder aber eine andere, dem Autor geläufigere ist. Aus eigener Erfahrung muß der Verfasser hier zur Vorsicht mahnen. Wo nicht oder nur ungenau vermessen wurde, ist selbstverständlich keine Lagetreue zu erwarten.

Bei der Bestimmung der *Nordrichtung* ist zu bedenken, daß nicht alle Kirchen genau ost-westlich ausgerichtet sind. Der Chor der Stuttgarter Kirchen zum Beispiel zeigt nach Nordosten, was zur Folge hatte, daß manche Autoren, die übliche Ausrichtung annehmend, durchweg falsche Himmelsrichtungen angeben. Geht man von einer

[20] Siehe z. B. *M. Schmitt u. J. Luckhardt,* Realität und Abbild in Stadtdarstellungen des 16. bis 19. Jahrhunderts, Münster 1982. – *M. Schmitt,* Vorbild, Abbild und Kopie, in: *H. Jäger / F. Petri / H. Quirin* (Hrsg.), Civitatum Communitas, I, Städteforschung A 21, Köln / Wien 1984, S. 322–354.

[21] *G. Aymans* (s. A 4), S. 220.

eingezeichneten Kompaßrose aus, so ist zu berücksichtigen, daß sich die magnetische Mißweisung im Laufe der Zeit erheblich geändert hat. So weist beispielsweise die heutige Königstraße in Stuttgart in Riedigers Plan von 1745 zur Nordrichtung einen Winkel von 47–48°, tatsächlich aber einen solchen von 32° auf.[22]

Schließlich können nachträglich vorgenommene *Eintragungen* oder die Einzeichnung nie verwirklichter *Planungen* die Datierung erschweren. In Stuttgart wurde zum Beispiel um 1780–82 viel geplant und in Karten dargestellt (siehe oben), dann aber doch nicht ausgeführt.

Gerade für Zeiten starken Wandels ist zu bedenken, daß sich die Funktion eines Gebäudes ändern kann, ohne daß sein Äußeres sich wandelt. Veränderungen in der Nutzung von Gebäuden einerseits und von den Grundrissen andererseits können also zeitlich weit auseinanderklaffen.

10. Inventarisierung

Der Wert, den Altkarten heute als Quelle besitzen, macht es notwendig, sie hinreichend in Katalogen bzw. Findbüchern nachzuweisen. Dabei sollten neben den gedruckten auch die handgezeichneten Karten sowie nicht zuletzt die in den Akten vorhandenen Pläne und Risse erfaßt werden. Querverweise von Akte zu Plan und umgekehrt sind dabei unerläßlich, sind doch viele Stücke früher voneinander getrennt und ohne solche Verweise gelassen worden, so daß man viel Zeit durch Suchen verliert.

Wünschenswert sind aber nicht nur Kataloge bzw. Findbücher für jedes einzelne Archiv bzw. jede Sammlung, sondern auch Inventare, die alle für ein und dieselbe Stadt nachweisbaren Karten und Pläne für sämtliche Lagerorte, auch die auswärtigen, mit den wichtigsten Daten (insbes. Autor, Titel, Datum, Maßstab, Orientierung, Format, Ausführungsart, dargestelltes Gebiet, Inhalt, Lagerort mit Signatur, korrespondierende Akten) aufführen, wie in den letzten Jahren eines für Stuttgart erstellt worden ist.[23] Daß dabei ein aufgeschlüsseltes Register nicht fehlen darf, braucht sicherlich nicht besonders betont zu werden. Findkarten, das heißt Übersichtskarten, in denen die Altkarten nach ihrer räumlichen Lage und Begrenzung verzeichnet sind, sollten zeigen, für welche Gebiete historische Karten verfügbar sind. Selbstverständlich müssen auch heutige Karten und Pläne mit gleicher Sorgfalt und mit den nötigen Hinweisen auf zugehöriges Schriftgut archiviert werden. Gerhard Aymans äußerte 1985, die Kartenbestände werden so wenig genutzt, weil sie nicht richtig erschlossen

[22] *J. Hagel,* Johann Adam Riediger und der älteste Grundrißplan von Stuttgart, in: Schwäbische Heimat 40 (1989), S. 11–21.

[23] Bislang unveröffentlicht, Manuskript im Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

sind, und sie sind nicht richtig erschlossen, weil sie zu wenig genutzt werden[24] – ein circulus vitiosus.

Freilich ist der Bestand an Altkarten nicht überall gleich groß und gleich gut erhalten. In jedem Fall aber dürfte – soweit nicht schon geschehen – die Durchsicht des Schriftguts auf ihm beigegebene Kartenunterlagen sich lohnen, insbesondere bei Akten über Streitfälle, Wasserbau, Stadtplanung und Bergbau. Man kann sich dabei nicht auf das eigene Stadtarchiv beschränken, sondern muß zumindest auch Regierungsarchive mit auswerten. Ich bin mir bewußt, von welcher Arbeit ich rede.

Eine solche Inventarisierung kann zugleich eine gute Gelegenheit sein, einmal zu prüfen, welche historischen Karten und Pläne zu einem historischen Stadtatlas zusammenzufassen und nach und nach zu drucken sich lohnt. Frühe Katasterkarten des Stadtgebiets sollten dabei – wie beim Deutschen Städteatlas – das Grundgerüst bilden. Moderne Karten der heutigen Stadtforschung können dazu eine gute Ergänzung sein. Derart gedruckte Karten sind leichter zugänglich und dürften deshalb für Planungs- und Sanierungsvorhaben auch häufiger herangezogen werden als jene, die in den Aktenbüscheln ruhen. Sie können helfen, eine Brücke zwischen Archivaren und Stadtplanern zu schlagen.

11. Schluß

Mit den aufgeführten Beispielen sollte gezeigt werden, daß Altkarten und -pläne für den Stadtplaner Anregungen bieten und Entscheidungshilfen sein können, sofern sie ihm bekannt sind. Vor allem aber sind sie im Bereich der historisch-geographischen Stadtforschung unersetzliche Quellen. Deshalb ist eine gute archivalische Erschließung unerläßlich. Selbstverständlich kann auf die Auswertung auch anderer Quellen nicht verzichtet werden, denn Karten und anderes Schriftgut müssen einander ergänzen.

[24] *G. Aymans,* Die handschriftliche Karte als Quelle geographischer Studien, in: Landkarten als Geschichtsquellen, Archivberatungsstelle Rheinland, Archivheft 16, Köln 1985, S. 21–46.

Johann Jessen

Aus den Großsiedlungen lernen?

*Das Scheitern eines Modells**

Neue Städte, Großsiedlungen oder Großwohnanlagen haben die Stadtentwicklung und den Städtebau der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik und damit die berufliche Tätigkeit von Stadtplanern entscheidend geprägt. Sie sind inzwischen ein Stück moderne Stadtbaugeschichte. Zurecht spricht man vom Ende des Massenwohnungsbaus.[1] Der Beitrag konzentriert sich auf die Phase des Massenwohnungsbaus, dessen städtebauliches Leitbild gern mit dem Schlagwort »Urbanität durch Dichte« umschrieben wird, also auf die häufig und heftig kritisierten hochverdichteten, hochgeschossigen und großmaßstäblichen Stadterweiterungen der 60er und 70er Jahre wie Märkisches Viertel in Berlin, Osterholz-Tenever in Bremen, Mettenhof in Kiel, Chorweiler in Köln u. ä.:[2] Diese Siedlungen werden inzwischen allgemein als Fehler und Schritt in die falsche Richtung angesehen, und viele von ihnen sind inzwischen zu Sanierungsfällen geworden.[3]

Beides sollte Stadtplaner in der Tat auch deshalb beunruhigen, weil es die Fähigkeit und die Möglichkeit des Berufsstandes zu rationaler, zukunftssicherer Planung und damit den eigenen Anspruch grundsätzlich in Frage stellt: Die Großsiedlungen sind als dritter Problemgebietstypus in der Stadterneuerung weder wie ihre Vorgänger, die mittelalterlichen Altstädte und innenstadtnahen Wohngebiete aus der Gründerzeit, Zeugen vergangener Gesellschaftsepochen bzw. Produkte ungehemmter Bauspekulation, noch sind sie Kinder der nackten Not wie der Wohnungsbau in der Wiederaufbauphase. Vielmehr sind sie unter vergleichweise günstigen Bedingungen gebaut worden. In den 60er und 70er Jahren genoß Wohnungspolitik hohe Priorität, standen öffentliche Mittel für den Wohnungsbau in vorher wie nachher nicht gekannter Höhe zur Verfügung, konnte bereits auf 40 Jahre Erfahrungen im sozialen Wohnungsbau im In- und Ausland zurückgegriffen werden, und der Gestaltungs- und Planungsspielraum des Städtebauers war sehr groß. Viele Siedlungen, gerade unter den sog. »spektakulären Einzelfällen«, sind das im Kern umgesetzte Ergebnis von städtebaulichen Wettbewerben und viele sind Demonstrativbauvorhaben des Bundes.

Wie ist es zu dieser die Effektivität und die Glaubwürdigkeit von Stadtplanung so in Frage stellenden Situation gekommen? Meine Antwort versucht die Großsiedlungen aus heutiger Perspektive, d. h. aus den seit ihrem Bau beobachtbaren Veränderungen in der Stadtentwicklung, im städtischen Leben und in der Stadtplanungspraxis der Bundesrepublik zu interpretieren. Es wird zunächst das Wohnmodell kritisiert, das den Planungen der Großsiedlungen zugrundegelegt wurde. Dieses Wohnkonzept war schon immer einseitig. Es beruhte aber auch auf Annahmen über gesellschaftliche Entwicklung, die sich inzwischen als falsch erwiesen haben (1.). Im zweiten Teil wird die Art und Weise thematisiert, wie geplant und gebaut wurde. Die Errichtungen der Großsiedlungen, von der Zielformulierung bis zur Durchführung, war fast ausschließlich eine Angelegenheit der professionell damit Befaßten. Die Produzentenseite, von den kommunalen Planern bis zu den Vertretern der Wohnungsunternehmen, hatte sich gegenüber dem Konsumenten der Wohnungen zunehmend verselbständigt. Es fehlten wirkungsvolle Korrekturmechanismen, weder gab es einen funktionierenden Markt, noch boten sich institutionell abgesicherte Möglichkeiten der Planungsbeteiligung, noch wurde während der Planung und Durchführung mit einer möglicherweise später notwendigen Korrektur gerechnet (2.).

1. *Das Wohnmodell*

Mietwohnungsbau ist im Gegensatz zum Planen und Bauen für den individuellen Bauherrn bekanntlich Planung für den anonymen Nutzer. Der Bau von Wohnungen und ganzen Wohnquartieren ist nicht nur an ökonomische, finanzielle, rechtliche und organisatorische Vorgaben gebunden, sondern auch auf Annahmen über die Nutzergruppe und ihre Wohnanforderungen und Wohnwünsche angewiesen. Dies gilt im besonderen Maße für den sozialen Wohnungsbau. Gerade Architekten und Stadtplaner haben seit Beginn des Reformwohnungsbaus die Formulierung solcher Idealvorstellungen als eine ihrer vornehmsten Aufgaben verstanden. Von Beginn an war sozialer Wohnungsbau weit mehr als nur ein Notprogramm zur Beseitigung von Wohnungsmangel, sondern immer schon geprägt von sozialreformerischen, sogar pädagogischen Ansprüchen. So hat fraglos der Reformwohnungsbau der 20er Jahre erheblich dazu beigetragen, die uns heute geläufige Form des modernen Familienwohnens

* Der Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages auf der 12. Fachtagung »Perspektiven für Wohnungswesen und Städtebau« vom 26.–28. Sept. 1988 am Institut für Städtebau und Wohnungswesen in München. Für Kritik und Anregungen danke ich Robert Lemmen, Walter Siebel und Uwe-Jens Walther.

[1] Vgl. *U. Herlyn / A. von Saldern / W. Tessin,* Anfang und Ende des Massenwohnungsbaus, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 26 (1987) S. 34–51.

[2] Der Beitrag stützt sich in Teilen auf Ergebnisse eines von der DFG finanzierten Forschungsprojektes über den »Wandel des Wohnverhaltens«, das von der Arbeitsgruppe Stadtforschung an der Universität Oldenburg außerdem noch von U. Schneider, W. Siebel, und H. Voesgen bearbeitet wird.

[3] Zu den »städtebaulichen Mißständen« in diesen Siedlungen und Vorschlägen zu ihrer Behebung vgl. zuletzt umfassend *O. Gibbins,* Großsiedlungen, Bestandspflege und Weiterentwicklung, München 1988 und *Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau,* Städtebaulicher Bericht. Neubausiedlungen der 60er und 70er Jahre. Probleme und Lösungswege, Bonn-Bad Godesberg 1988.

erfolgreich durchzusetzen.[4] Dieses geläufige »idealtypische Bild des Wohnens« ist charakterisiert:[5]

- in der personellen Zusammensetzung durch das Zusammenleben der Zwei-Generationen-Kleinfamilie
- in der funktionalen Organisation durch die Trennung von Wohnen und Arbeiten. Die Wohnung ist gedacht als Ort der Entspannung, der Erholung und des Konsums, des Rückzugs ins Private, mit Ausnahme der Hausarbeit, die in der Küche ihren rationalisierten, häufig aber nur schlecht ausgestatteten und belichteten Ort hat
- durch die strikte soziale und rechtliche Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit, also durch das Gegenüber von räumlich abgeschlossener, rechtlich geschützter Wohnung einerseits und dem öffentlichen Bereich jenseits der Wohnungstür andererseits.

Bei aller Unschärfe hat dieser Idealtypus des Wohnens in der Vergangenheit Wohnungspolitik und Wohnungsprogramme beherrscht und sich in Förderrichtlinien des sozialen Wohnungsbaus und in Wohnungsbaunormen niedergeschlagen. Er ist in Millionen von Sozialwohnungen realisiert worden und in über 60 Jahren sozialen Wohnungsbaus weithin konstant geblieben. Den heftig ausschlagenden Pendelschlägen der städtischen Leitbilder des sozialen Wohnungsbaus nach dem Kriege steht diese Konstanz des Wohnmodells gegenüber.[6] Es hat in den Großsiedlungen seine klarste und vollständigste Formulierung gefunden. Will man dies in den Großsiedlungen fixierte Bild des idealen Haushalts einer neuen Stadt plastisch skizzieren, so gelangt man zu folgendem Ergebnis:

Die idealtypische Familie besteht aus dem berufstätigen Ehemann mit stabilem mittlerem Einkommen und festem Arbeitsplatz, der Ehefrau, die zwar zuständig für Haushalt und Kinder ist, aber auch in wohnungsnahen Betrieben zumindest halbtags berufstätig sein kann, und zwei bis drei Kindern, die je nach Bedarf und Alter in Kindergärten, Kindertagesstätten, Gesamtschulen, Jugendzentren usw. ganztägig betreut werden können. Die Wohnung selbst soll der Familie den von äußeren Anforderungen ungestörten Rückzug ins Private erlauben, die einzelnen Familienmitglieder, insbesondere die Frau, von zusätzlicher Arbeit entlasten, damit hinreichend Zeit für Erholung und Entspannung und Kräfte für Kultur, Sport oder politisches Engagement frei bleiben. Beitragen sollen dazu moderner Wohnungskomfort von der Zentralheizung bis zum Müllschlucker, kurze und schnelle Wege vom U-Bahn- oder Autobahnanschluß über Tiefgarage und Fahrstuhl in die Wohnung, ein pflegeleichtes Wohnumfeld, ein breites privates und öffentliches Angebot an Versorgungseinrichtungen vom Supermarkt bis zum Gesamtschulzentrum, von der Kindertagesstätte bis zum Bürgerhaus, und schließlich die engbegrenzten Mieterrechte und -pflichten bezüglich Unterhaltung und Gestaltung der eigenen Wohnumgebung.

Der positive Kern dieses stark idealisierten Wohnmodells in den Großsiedlungen hat zum Ziel, das Wohnen von überflüssiger Arbeit zu befreien, so Gelegenheit für individuell und gesellschaftlich gewichtige Tätigkeiten in Beruf, Kultur, Freizeit und Politik zu schaffen und schließlich Schutz und Intimität zu gewähren.[7]

Dieses Wohnmodell konnte sich im Einklang wähnen mit den in den 60er Jahren sich abzeichnenden gesellschaftlichen Entwicklungen, mit einer Gesellschaft der Vollbeschäftigung, des immer leistungsfähigeren Wohlfahrtsstaats, der steten Ausweitung des Massenkonsums und der bürgerlichen Kernfamilie, die sich nahezu vollständig über den Markt versorgt und auf ein breites staatliches Infrastrukturangebot zurückgreifen kann und deshalb auf kleinräumige soziale Netze der Nachbarschaft, Verwandtschaft usw. nicht mehr angewiesen ist. Die Planer konnten nicht nur annehmen, daß sie auf der Höhe der Zeit waren, sondern mehr noch, daß sie ihrer Zeit voraus waren und eine Realutopie gebaut hatten.[8]

Diesem Anspruch steht die Realität des Scheiterns gegenüber, im dreifachen Sinne:

... hinter den eigenen Ansprüchen zurückgefallen

Nur selten haben die gebauten Großsiedlungen dem oben skizzierten Idealbild entsprochen. Anspruch und Wirklichkeit klafften auseinander. Wurden auch Grundrisse und Ausstattung der Wohnung häufig als enorme Verbesserung empfunden, so gaben steigende Mieten, unzureichender Lärmschutz, unwirtliches Wohnumfeld, lieblos er-

[4] Vgl. *A. von Saldern,* Entstehungsbedingungen der Neubauviertel in den 20er Jahren, in: *U. Herlyn / A. von Saldern / W. Tessin,* Die Großsiedlungen der 20er und 60er Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich, Frankfurt / New York 1987, S. 67f., außerdem kritisch *G. Stahl,* Von der Hauswirtschaft zum Haushalt und wie man vom Haus zur Wohnung kommt, in: *Neue Gesellschaft für Bildende Kunst* (Hrsg.), Wem gehört die Welt – Kunst und Gesellschaft in der Weimarer Republik, Berlin 1977, S. 87–108.

[5] Vgl. *W. Siebel,* Wohnen und Familie, in: *R. Nave-Herz / M. Markefka* (Hrsg.), Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band I: Familienforschung, Neuwied 1989.

[6] Vgl: zur Entwicklung und Bedeutung städtebaulicher Leitbilder in der Bundesrepublik *H. Berndt,* Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern, Stuttgart 1968; *W. Durth,* Verschwiegene Geschichte, Probleme der Kontinuität in der Stadtplanung 1940–1960, in: Die alte Stadt 14 (1987) und *G. Köhler / B. Schäfers,* Leitbilder der Stadtentwicklung in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 15. Nov. 1986.

[7] Ein Aspekt, der in der gängigen Kritik an den Großsiedlungen gern unterschlagen wird. Als typisches Beispiel einer solchen Kritik, die diese positiven Momente nicht erkennen und deshalb auch die ambivalente Bewertung der Siedlungen durch die Bewohner selbst gar nicht erklären kann, vgl. *R. Gronemeyer,* Neubausiedlungen – Bausteine der Versorgungskultur, in: *R. Gronemeyer / H.-E. Bahr* (Hrsg.), Nachbarschaft im Neubaublock, Weinheim und Basel 1977, S. 43f.

[8] Vgl. die ähnliche Argumentation bei *F. Schmoll,* Das Image der Großsiedlungen. Thesen zum allmählichen Aufstieg und rapiden Verfall eines funktionalistischen Leitbildes, in: *H. Harms / D. Schubert / B. Tornow / M. Ferner,* Zukunft der Großsiedlungen. Bestand, Probleme, Perspektiven. Ein Tagungsbericht, Technische Universität Hamburg-Harburg, 1988, S. 8–24.

richtete Kinderspielplätze, fehlende Teilzeitarbeitsplätze für Frauen, nur mangelhaft auf die Ansprüche und Wünsche von Kindern und Jugendlichen ausgerichtete Freizeitinfrastruktur sowie unzureichende und zu späte Ausstattung mit öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen oft genug Anlaß für Kritik und Protest.

... zentrale Wohnanforderungen verfehlt

Der Anspruch des Wohnungsmodells ging schon damals an sehr wichtigen Wohnanforderungen von Familien vorbei. Dies gilt zum einen für den zugrundegelegten Familientypus, zum anderen für die Bedeutung, die der Arbeit in der Familie schon immer zukam:

Die Planung war auf einen Familienhaushalt zugeschnitten, der schon damals eher die Ausnahme war: Der Normalfall war und ist, daß die Ehefrau phasenweise als Hausfrau die Kinder hütete und die Kinder einen großen Teil des Tages zuhause verbrachten. Nie war die Schlafstadt wirklich Schlafstadt, sondern immer auch Arbeitsplatz für die Frauen, Spielplatz für die Kinder und zumindest auch Besuchsort für Großväter und -mütter. Schlichte Sachverhalte, denen das Wohnmodell im programmatischen Überschwung so gar nicht Rechnung trug und auf die Wohnung und Wohnumfeld der Siedlungen auch nicht eingerichtet waren.[9]

Ähnliches gilt für die Rolle der Arbeit in den Haushalten. Auch sie sollte möglichst auf ein Minimum reduziert werden. So sind denn in den Großsiedlungen die Möglichkeiten, sich Wohnung und Wohnumfeld »produktiv anzueignen«, in voller Absicht verbannt worden: kein Garten und keine Wohnumgebung, die man sich nach eigenen Wünschen gestalten kann, kein Platz in der Wohnung oder in Gemeinschaftsräumen, die ausreichend Platz für Eigenarbeit bieten. Schließlich schieben Hausordnung und Mietvertrag Wünschen, die Wohnumgebung nach eigenen Vorstellungen umzugestalten, erfolgreich einen Riegel vor. Von großen Teilen der Haushalte sind solche Möglichkeiten jedoch immer schon schmerzhaft vermißt worden.

... und von der gesellschaftlichen Entwicklung überholt

Die Annahmen, die für das Wohnmodell über die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung zugrundegelegt wurden, haben sich teilweise als falsch herausgestellt. Um dies an zwei dieser Annahmen deutlich zu machen:

– Der Familienhaushalt mit Kindern ist nicht die dominante Haushaltsform geblieben. Zu beobachten ist eine wachsende Vielfalt von Haushaltstypen. Der Familienhaushalt ist nur noch eine sich verringernde Haushaltsform unter anderen. In der

[9] Diese Kritikpunkte sind in aller Schärfe vor allen Dingen von der feministischen Architekturkritik vorgebracht worden, vgl. zuletzt die Beiträge in *K. Dörhofer / U. Terlinden* (Hrsg.), Verbaute Räume, Köln 1987.

Bundesrepublik betrug er 1982 32%. In den Großstädten, den Standorten der Großsiedlungen, dürfte die Zahl erheblich niedriger liegen. Demgegenüber ist die der kleinen Haushalte bekanntlich ständig gewachsen. Z. B. sind in Bremen 70% der Haushalte Ein- bis Zwei-Personenhaushalte, in Stockholm sind es schon 90%. Dahinter verbergen sich bekanntlich sehr unterschiedliche Haushaltsformen: die wachsende Zahl alter Menschen, deren Anteil infolge Geburtenrückgang und wachsender Lebenserwartung ständig steigt, junge Menschen, die früher als zuvor das Elternhaus verlassen, die sog. »Neuen Haushaltstypen« wie Wohngemeinschaften, unverheiratet Zusammenlebende oder »Singles« sowie eine wachsende Zahl von Alleinerziehenden als Folge steigender Scheidungsraten. Diese Haushalte stellen durchweg sehr unterschiedliche Anforderungen an Standort, Zuschnitt und Ausstattung der Wohnungen sowie an die Qualität der stadtteilbezogenen Infrastruktur. So ist für die »Neuen Haushaltstypen« der Wohnstandort der Großsiedlungen unattraktiv, während sie gegen die Hochhausbebauung wenig einzuwenden hätten, stünde sie nur im Stadtkern, denn bevorzugt werden zentrale Lagen.[10] Auch für Alleinerziehende wären andere Standorte und andere Wohnbedingungen, in denen lokale soziale Netze leichter in Anspruch genommen werden könnten, günstiger.

– Dauerhafte Vollbeschäftigung hat sich als Illusion erwiesen. Die Arbeitszeitstrukturen haben sich vielmehr außerordentlich gewandelt. Zum einen wächst die Zahl der Haushalte mit Dauerarbeitslosen, zum anderen verändern sich auch die Arbeitszeitstrukturen bei denjenigen, die über einen Arbeitsplatz verfügen, durch Arbeitszeitverkürzung, Arbeitszeitflexibilisierung, vorgezogenen Ruhestand, zunehmende Schicht- und Wochenendarbeit, durch wachsende Bedeutung der Weiterbildung usw. Damit steigt aber auch die Zahl derer, die mehr Zeit außerhalb der beruflichen Arbeit zur Verfügung haben und für die zumindest potentiell der Wohnbereich als Aufenthaltsort an Bedeutung zunimmt. Insbesondere für Dauerarbeitslose sowie für alte Menschen, Vorruheständler usw., die allein schon aus ökonomischen Gründen weniger mobil sind, wird der Wohnbereich wichtiger. Aber dafür, daß sich erwachsene Menschen über längere Zeiträume in der Wohnung und im Wohnumfeld der Großsiedlungen aufhalten, sind diese Siedlungen nie geplant worden, etwa im Unterschied zum Kleinsiedlungsbau.

2. *Das Planungsverfahren*

Den Großsiedlungen lagen sehr ausgeprägte Vorstellungen über das richtige Leben in der modernen Großstadt einer prosperierenden Gesellschaft zugrunde, und diese Vorstellungen haben sich zumindest teilweise als falsch erwiesen. Sieverts hat die Großsiedlungen und die neuen Städte als die bisher letzten »heroischen Versuche« gekenn-

[10] Vgl. *E. Spiegel,* Neue Haushaltstypen, Frankfurt / New York 1986.

zeichnet, »die Ganzheitlichkeit des Alltags in einer nicht nur funktionell, sondern auch kulturell ganzheitlich gesehenen städtischen Umwelt zu beheimaten und abzubilden«.[11] Als die Helden, d. h. als die entscheidenden Akteure dürfen sich dabei die beteiligten Stadtplaner, Oberbürgermeister, Bauräte, Baufirmen sowie vor allen Dingen die großen Wohnungsbaugesellschaften verstehen. Man kann es auch anders formulieren: Der Bau der Großsiedlungen, die großmaßstäblichen Stadterweiterungen waren die letzte großstädtische Planungs- und Bauaufgabe, deren Bewältigung, d. h. Zielformulierung, Programmierung und Durchführung beinahe ausschließlich den professionell damit Befaßten zufiel. Sie wurde im Kern als eine fachlich zu definierende und zu bewältigende Aufgabe nicht nur von den Beteiligten, sondern auch von der Öffentlichkeit und den späteren Bewohnern begriffen.

Entscheidend jedoch ist nun, daß zu jener Zeit, als diese Idealvorstellungen der Planer vom zukünftigen Nutzer und seiner Wohnumwelt in neue Städte und neue Großsiedlungen umgesetzt wurden, funktionierende Korrekturmechanismen fehlten, die diese Vorstellungen hätten bestätigen oder kritisieren können: Weder gab es den ökonomischen Korrekturmechanismus des Marktes, noch den politischen Mechanismus einer demokratischen Planungsbeteiligung. Hinzu kommt, daß man von der endgültigen Tauglichkeit der Planungskonzepte so überzeugt war, daß die gefundenen städtebaulichen und bautechnischen Lösungen eine nachträgliche planerische Korrektur nie vorsahen und heute außerordentlich erschweren.

... keine Korrektur durch den Wohnungsmarkt

Die Großsiedlungen waren Antwort auf den extremen Wohnungsmangel der Nachkriegszeit, bedingt durch Kriegszerstörung und Flüchtlingszustrom, später in den 60er Jahren vor allem durch das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum der Ballungsräume und die Tertiärisierung der Innenstädte.[12] Jede neugebaute Wohnung, welchem Leitbild auch immer folgend, wurde den Wohnungsbaugesellschaften aus den Händen gerissen, bzw. sie wurde den Nachfragern zugeteilt. Von Wahlfreiheit der Konsumenten, von einem funktionierenden Wohnungsmarkt konnte überhaupt keine Rede sein. Trotzdem waren, wie die Umfragen aus dieser Zeit zeigen, fast alle Abnehmer einer neuen Wohnung zufrieden, denn jede neugebaute Wohnung war besser ausgestattet, größer, heller und bequemer als die alte. Im Vergleich zur vorherigen Wohnsituation brachten auch die Großsiedlungen eine ungeheure Verbesserung. Dies

[11] Vgl. *T. Sieverts,* Die »Neuen Städte« als Experimentierfeld der Moderne, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 55f.

[12] Zu den Entstehungsbedingungen der Großsiedlungen vgl. *K. Heil,* Neue Wohnquartiere am Stadtrand, in: *W. Pehnt* (Hrsg.), Die Stadt in der Bundesrepublik. Lebensbedingungen, Aufgaben, Planung, Stuttgart 1974, S. 181–200, und *W. Tessin,* Die Entstehungsbedingungen der Großsiedlungen, in: *U. Herlyn u. a.* (s. A 4), S. 75f.

bedeutet aber auch, daß jedes städtebauliche Leitbild sich durch diese Wohnzufriedenheit bestätigt sehen konnte.[13].

Zwar kann aktuell angesichts der langen Warteschlangen vor den Wohnungsämtern, der überproportional ansteigenden Wohnungsmieten insbesondere in den Ballungsräumen, der Probleme bei der Wohnungsversorgung von Aussiedlern und dem in der Volkszählung festgestellten Fehlbestand von 1 Mio. Wohnungen keineswegs von einem funktionierenden Wohnungsmarkt gesprochen werden, eher von einer »zweiten neuen Wohnungsnot« in diesem Jahrzehnt. Aber dennoch dürfte die heutige Versorgungssituation mit der der 50er und 60er Jahre nicht zu vergleichen sein. Die kurze Phase der Entspannung auf einigen regionalen Wohnungsmärkten Mitte der 80er Jahre, die sich in großen Wohnungsleerständen und in stagnierenden Mietpreisen insbesondere in strukturschwachen Agglomerationen spiegelte und den Anstoß zu den Nachbesserungsstrategien in den Großsiedlungen gab, hatte zum ersten Mal, wenn auch nur für kurze Zeit, auch den »breiten Schichten des Volkes«, für die der soziale Wohnungsbau gedacht war, Wahlmöglichkeiten eröffnet.[14] Nach der Modernisierung des Altbaubestandes in den 70er und 80er Jahren waren gutausgestattete, besser gelegene Wohnungen zum gleichen Preis auf dem freien Markt oder in den älteren Sozialwohnungsbeständen verfügbar. Das Konzept der Großsiedlungen war zum ersten Mal ernsthaft auf dem Prüfstand, und die Bewohner, die entscheiden konnten, hatten es für zu »leicht« befunden. Die großen Leerstände vor 2 bis 3 Jahren waren dafür genauso ein Beleg, wie die neuen Marketing-Strategien vieler Wohnungsbaugesellschaften, die mit beträchtlichem Aufwand und neuen Methoden um Mieter werben mußten.

... keine Korrektur durch Planungsbeteiligung

Zum Zeitpunkt der Entstehung der Großsiedlungen gab es noch keine »Beteiligungskultur« in der öffentlichen Planung, wie sie heute praktisch jede größere kommunale Planungsaufgabe prägt. Sie hat sich erst in den letzten 15 bis 20 Jahren herausgebildet. So war dann auch bei der Planung und dem Bau von Großsiedlungen zu keiner Zeit und an keiner Stelle ein Einspruch oder Einfluß derjenigen vorgesehen oder gar gewünscht, für die geplant wurde. Im Gegenteil, die Entwicklung im sozialen Wohnungsbau hat eher zu immer bewohnerferneren Organisationsformen und Entscheidungsstrukturen geführt:

[13] Zu den methodischen Problemen von Zufriedenheitserhebungen, die solche widersprüchlichen Befunde erklären vgl. *R. Gronemeyer,* ... denn sie wissen nicht, was sie wollen, in: *R. Gronemeyer / H.-E. Bahr* (s. A 7), S. 189 und *W. Siebel,* Überlegungen zum bedürfnisgerechten Planen, in: *V. Roscher* (Hrsg.), Wohnen. Beiträge zur Planung, Politik und Ökonomie eines alltäglichen Lebensbereiches, Hamburg 1983, S. 181f.

[14] Vgl. *J. Jessen,* Großsiedlungen in schrumpfenden Stadtregionen, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 26 (1987), S. 52–67.

- die Wohnungswirtschaft ist zu immer größeren, teilweise bundesweit agierenden Einheiten (Stichwort: Neue Heimat) zentralisiert. Wohnungsverwaltung und Unternehmensentscheidungen erfolgten immer weiter von der Mieterschaft entfernt. Andere Formen planerischer, sozialer und ökonomischer Einflußnahme der Nutzer auf den Wohnungsbau und die Wohnungsverwaltung, wie sie in den Wohnungsbaugenossenschaften in den 20er Jahren noch teilweise lebendig waren, haben nach dem Kriege quantitativ kaum Gewicht erlangen können.[15]
- die Wohnungsbaufinanzierung ist ebenfalls zentralisiert, der soziale Wohnungsbau immer stärker verrechtlicht und normiert worden. Das hat den Planungs- und Entscheidungsablauf zunehmend bürokratisiert und den kommunalen Planungsspielraum eingeschränkt und damit auch die Möglichkeiten, zu individuellen, auf die lokale Situation zugeschnittenen Lösungen zu gelangen.[16]

Daß es keine Bürgerbeteiligung gegeben hat, bedeutet keineswegs, es wären bei der Planung und dem Bau der Großsiedlungen nicht erhebliche Interessensgegensätze und handfeste Konflikte zwischen den Beteiligten, also zwischen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, den Kommunen, den beteiligten Fachplanern, der Bauwirtschaft usw. aufgetreten. Die vorliegenden Einzelfallstudien zur Entstehungsgeschichte von Großsiedlungen belegen das Gegenteil.[17] So sehr auch jede Trabantenstadt ihre eigene Geschichte haben mag und mal dem Bürgermeister, mal dem Stadtbaurat, mal der Wohnungsbaugesellschaft oder einer wie auch immer zusammengesetzten Projektgruppe die zentrale Rolle zugefallen sein mag, in jedem Fall handelte es sich um Auseinandersetzungen und Machtverschiebungen innerhalb der Produzentenseite, also unter den beteiligten Fachleuten.

Ein Teil dieser Auseinandersetzungen wurde über das richtige städtebauliche Leitbild geführt, sogar sehr heftig. Aber auch das war weithin ein innerfachlicher Streit zwischen Planerschulen, Planergenerationen und planungsbezogenen Disziplinen. Zwar reflektieren die Wechsel von Leitbildern Reaktionen auf eine sich verändernde

[15] Vgl. hierzu vor allem *K. Novy,* Genossenschaftsbewegung. Zur Geschichte und Zukunft der Wohnungsreform, Berlin 1983.

[16] Vgl. zum Bedeutungsverlust der Kommunen und damit u. a. auch der charismatischen Planungspersönlichkeiten *U. Herlyn* (s. A 4), S. 37f.

[17] Vgl. die Einzelfallstudien von *S. Einsiedel,* Idee, Anspruch und Wirklichkeit – Die Nordwest-Stadt in Frankfurt/Main, in: Stadtbauwelt 63 (1979); *G. Fehl,* Die Legende vom Stadtbaukünstler – Stadtgestalt und Planungsprozeß der Gropius-Stadt in Berlin, in: Stadtbauwelt 63 (1979); *T. Dierich,* Das überschätzte Leitbild. Zum Stellenwert städtebaulicher Zielsetzungen im Großsiedlungsbau, in: *U. Herlyn u. a.* (s. A 4); *E. Kratzsch,* Über das Entstehen einer großstädtischen Wohnsiedlung. TAP-Text 28. Institut für Architektur- und Planungstheorie, Universität Hannover 1987. Vgl. des weiteren die Einzelfallberichte von *S. Stracke,* Bonn-Tannenbruch-Buschdorf. Planung und Realisierung eines neuen Stadtteils, in: Stadtbauwelt 38 (1973), *H. Stumme,* Planung einer Trabantenstadt. Beispiel: Darmstadt-Kranichstein, in: Stadtbauwelt 50 (1976).

Umwelt in einer sich rapide entwickelnden Industriegesellschaft. Ganz gewiß ist etwa das Leitbild der »autogerechten Stadt« nur erklärlich aus der Erfahrung der rasanten Motorisierung, zunächst in den USA, später bei uns. Aber man wird kaum sagen können, daß das Leitbild »Urbanität durch Dichte« oder auch irgendein anderes aus jener Zeit durch Interessensartikulation der Wohnungssuchenden entstanden wäre bzw. deren Forderungen entsprochen hätte, im Gegensatz etwa zu dem heutigen Leitbild der »behutsamen Stadterneuerung« oder den Forderungen nach Verkehrsberuhigung in Wohngebieten.[18]

Inzwischen hat sich eine vielfältige Praxis der Bürgerbeteiligung in der öffentlichen Planung herausgebildet. Sie ist in den rechtlichen Instrumentarien etabliert und teilweise schon zur Routine erstarrt. Sie erstreckt sich auf so scheinbar entlegene Fachplanungen wie die Müllentsorgung oder Abwasserbeseitigung und beschränkt sich keineswegs nur auf solche Aufgaben wie die Stadterneuerung, in denen die Bewohner häufig unmittelbar von Planungsmaßnahmen betroffen waren und wo die Planungsbeteiligung eine ihrer historischen Wurzeln hat. Im Wohnungsbau reicht sie von den Experimenten bei der Nutzerbeteiligung in der Planung über die Gründung neuer Wohnungsbaugenossenschaften bis hin zu – hier sicher am wichtigsten – einer wachsamen, organisations- und artikulationsfähigen, zugleich oft fachkompetenten Öffentlichkeit, die weit davon entfernt ist, Sachzwangargumente, die mit fachplanerischer Autorität vorgetragen werden, vorbehaltlos zu akzeptieren. Solche wohnungswirtschaftlichen, stadtökonomischen, planungstechnischen Argumente, häufig durch gewaltige Zahlengebäude untermauert, haben bekanntlich bei der Begründung des

[18] Diese »Wurzellosigkeit« der Leitbilddiskussion hat sicher einen ihrer Gründe in der Tatsache, daß es immer auch ein Kampf unter Planern um Auftragsmärkte und Prestige war, bei den in der Tat beträchtlichen Bauvolumina durchaus verständlich. Diese sehr unmittelbaren Interessen dürften wiederum dafür verantwortlich gewesen sein, daß – wie schon vielfach beobachtet worden ist – sich die städtebaulichen Leitbilder immer dichter an die damalig dominanten ökonomischen Interessen der Bauwirtschaft und der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft anschmiegten«, nämlich große Stückzahlen in industrieller Fertigung auf grüner Wiese zu realisieren. Allerdings wäre es sicher weit zu kurz gegriffen, etwa das Leitbild »Urbanität durch Dichte« als nur notdürftig kaschierte Kapitulation der Planerprofession vor übermächtig gewordenen ökonomischen Interessen zu interpretieren. Ganz gewiß erfolgte seine Formulierung und Diskussion auf innerfachlichen Kriterien. Es drückte sich in der Dimensionierung, in der Standortwahl, in der baulichen Großform und in der Großzügigkeit der Erschließungsanlagen und Infrastruktureinrichtungen auch die gestalterische Absicht aus, sich erkennbar vom als provinziell, eng und architektonisch anspruchslos empfundenen Nachkriegswohnungsbau abzusetzen und Anschluß zum internationalen Stil zu finden. Vgl. zum Leitbildschwenk zusammenfassend *W. Tessin,* Die Entstehung der Großsiedlungen (s. A 12), S. 86f. Die Großsiedlungen nach dem Leitbild »Urbanität durch Dichte« waren auch als anspruchsvolle architektonische Antwort auf den Städtebau der 50er Jahre gedacht. Aber es zeichnete diese Antwort nicht nur aus, daß sie ihre Überzeugungskraft vor allem aus der Vogelperspektive auf das Modell im Maßstab 1:1000 entfaltete, sondern daß die Merkmale, in denen sich diese Siedlungen mit dem vollzogenen Maßstabssprung gerade von vorherigen Planungsvorstellungen unterschieden, weit von den Kriterien entfernt waren, in denen die Bewohner ihre Wohnsituation bewerten.

Leitbildes »Urbanität durch Dichte« durchaus eine große Rolle gespielt.[19] In diesem Sinne waren es anspruchsvolle Steuerungskonzepte, die zugleich hohe Plausibilität beanspruchen konnten. Um einige der damals vorgetragenen Argumente in Stichworten zu nennen:

- Der hohe Bodenpreis erzwinge bauliche Verdichtung, um so insgesamt die Wohnbaukosten zu senken;
- hohe Verdichtung sei effektiv nur in hochgeschossiger Bauweise realisierbar;
- nur hochgeschossige Bauweise bei hoher Dichte führe zu flächensparenden Lösungen und verhinderte die Zersiedlung der Landschaft, wie sie bei dem ungesteuerten Bau von Einfamilienhaus-Gebieten zu beklagen sei;
- industrielle Baufertigung, insbesondere die Montagebauweise führe zu preiswerteren Wohnungen, und zwar um so effektiver, je höher gebaut werde;
- die Konzentration von Wohnungen an den Stationen des öffentlichen Nahverkehrs führe zu einer effektiven Auslastung dieser Systeme und könne nachhaltig zur Verminderung des Individualverkehrs beitragen;

Aus zahlreichen Untersuchungen und Erfahrungen wissen alle inzwischen, daß diese plausiblen Zusammenhänge in Wahrheit keineswegs so simpel sind, sondern teilweise falsch, teilweise halbrichtig oder ergänzungsbedürftig. Keinesfalls reichen sie aus, um darauf ein Konzept städtischen Lebens zu gründen. So ist vielfach gezeigt worden, daß bei einer Bebauung von mehr als drei bis vier Geschossen die Flächenersparnis allenfalls bescheiden ist und die industrielle Fertigung keineswegs so durchschlagend zur Senkung der Wohnkosten beigetragen hat, wie es postuliert wurde. Es darf die These gewagt werden, daß diese in Zahlen gekleideten »Mythen« wohl kaum hätten bestehen können, wenn es damals eine Beteiligung gegeben hätte, wie wir sie heute kennen. Dabei ist nicht einmal entscheidend, daß durch stärkeren öffentlichen Druck viele dieser Annahmen sorgfältiger hätten geprüft werden müssen und so möglicherweise noch rechtzeitig als Irrtümer erkannt worden wären. Wichtiger ist wohl noch, daß viele dieser planungstechnischen, wohnungsökologischen und gestalterischen Argumente weit oberhalb der Ebene formuliert sind, auf der Bewohner ihre Wohnanforderungen, ihre Wohnvorstellungen formulieren und ihre Wohnung und ihr Wohnumfeld bewerten.

In diesem Argument schwingt die schlichte Behauptung mit: »Mit Bürgerbeteiligung wäre das nicht passiert!« Keineswegs soll gesagt werden, die »Laisierung« von Planung durch Partizipation bedeute von vornherein bessere Entscheidungen und schütze vor Fehlentscheidungen. Sie führt aber auch keineswegs automatisch zu laienhafter Planung, sondern sie zwingt zu sorgfältigerer Begründung der Konzepte und zur Einbringung von Alternativen. Unter einem solchen Begründungszwang wäre

[19] Vgl. *W. Tessin* (s. A 12).

dem Leitbild »Urbanität durch Dichte« wahrscheinlich nicht so durchschlagender Erfolg beschieden gewesen.

... und nachträgliche Korrektur schwierig

Heute hinterlassen viele Nachbesserungsstrategien in den Großsiedlungen, insbesondere in den »spektakulären Einzelfällen« oft den Eindruck des von vornherein Aussichtslosen. Einigkeit besteht weitgehend darüber, daß die Sanierung dieser Siedlungen die größten Probleme aufwerfe. Demgegenüber seien Nachbesserungsstrategien in den Siedlungen der 50er Jahre vergleichsweise einfach und ließen größeren planerischen Spielraum. Woran liegt das? Denn beide Siedlungsformen unterliegen ja dem oben kritisierten eindimensionalen Modell modernen Wohnens, beide sind ebenfalls Produkte ausschließlich professionell »inspirierter« Planung. Die Unterschiede sind in dieser Hinsicht allenfalls gradueller Art. An den Großsiedlungen ist häufig kritisiert worden, sie seien Produkte »aus der Retorte«, die nicht die gewachsene Struktur früherer Stadterweiterungen aufwiesen und in denen die »Geschichte stillgelegt«, Weiterentwicklung und Anpassung nicht vorgesehen und nicht gewünscht gewesen seien.[20] Letzteres dürfte die Großsiedlungen von den Stadterweiterungen des 19. Jahrhunderts keineswegs unterscheiden. Auch die Gründerzeitviertel waren Städte aus der Retorte. Fraglos ließen auch sie in den ersten Jahren nach ihrer Errichtung, als die Bepflanzung noch spärlich war, die Stuckfassaden sich noch wie ein Ei dem andern glichen, die Aura der Aneignung und des Alterns durch alltägliche Benutzung vermissen. Der entscheidende Punkt, der hier angesprochen ist, ist ein anderer. Gerade die Großsiedlungen der »Urbanität durch Dichte« lassen aufgrund des dezentralen Standorts, der Baudichte, der verwandten Bautechniken, der Gestaltung des Wohnumfeldes u. a. nachträgliche Veränderungen für neue Nutzungen, neue Bewohnergruppen und neue Wohnbedürfnisse nur schwer zu, sehr viel schwerer als die meisten Siedlungen der Gründerzeit oder der 50er Jahre, die dem Leitbild der »aufgelockerten und gegliederten Stadt« folgten. Genau hier haben sie ihre zentrale Schwäche:

- Die Umgestaltung des Wohnumfeldes, etwa als teilweise Privatisierung durch Einrichtung von Mietergärten, wie es jetzt in vielen Siedlungen der Nachkriegszeit geschieht, ist außerordentlich schwierig wegen der geringen verfügbaren Fläche in Relation zur Anzahl der Wohneinheiten. Wegen des oft schlechten Zuschnitts und des hohen Versiegelungsgrades der Freiflächen sind solche Strategien in diesen Siedlungen nur begrenzt aussichtsreich und engen das Repertoire möglicher Umgestaltungsformen stark ein.[21]

[20] Vgl. *T. Sieverts* (s. A 11).

[21] Vgl. *J. Jessen / W. Siebel*, Wohnen und informelle Arbeit. Konzepte zur Förderung, ILS-Schriften 19, Dortmund 1989.

- Der nachträgliche Umbau der Wohnungen ist leichter, wenn Wohnungswände nicht aus Beton sind, sondern aus Mauerwerk, wenn überhaupt die Montageverfahren und die gewählten Baumaterialien nachträglichen Umbau und Reparaturen vorsehen, was – wie heute leidvolle Erfahrungen bei bautechnischen Sanierungsmaßnahmen zeigen – häufig nicht der Fall ist.[22]
- die nachträgliche Umgestaltung von unterausgelasteten Sammelstellplatzanlagen ist leichter und erfolgversprechender als ein entsprechender Umbau von Tiefgaragen, Parkpaletten oder Hochgaragen.

Diese Reihe ließe sich fortsetzen. Auf die Großsiedlungen selbst hat ein Planungsverständnis durchgeschlagen, das den möglichen Irrtum, die Notwendigkeit nachträglicher Korrektur sich nicht hat vorstellen können. Nicht die falschen Prognosen, nicht die verfehlten Kalkulationen und nicht die scheinbar rationale Begründung der Konzepte sind den Planern anzulasten, sondern das zu Stein gewordene Selbstverständnis der Unfehlbarkeit. Die gegenwärtigen beträchtlichen Probleme bei der Umgestaltung von Großsiedlungen machen auf einen Bewertungsmaßstab von Planung aufmerksam, der bislang häufig vernachlässigt worden ist, nämlich inwieweit die Lösungsvorschläge nach der Realisierung noch offen bleiben für Veränderungen, deren Richtung und Qualität zum Zeitpunkt der Planung noch gar nicht bekannt sind. Das würde für die Planung mehr verlangen als technische Flexibilität, als das Unterbreiten von Alternativen oder eine möglichst intensive Planungsbeteiligung. Hierzu müßte ein »prinzipieller Irrtumsvorbehalt«, die prinzipielle Revidierbarkeit der Planung berücksichtigt werden oder – etwas pathetisch formuliert – ein eingebauter Selbstzweifel einfließen.[23]

Es ließe sich einwenden, dies überfordere Stadtplanung unzulässig und gehe gerade an der besonderen Aufgabe von Stadtplanung, langfristig wirksame Investitionen vorzubereiten, und an der Erfahrung vorbei, daß einmal geschaffene städtische Strukturen in ihrem Grundmuster überdauern. Aber so wenig in der Praxis der Bürgerbeteiligung das Ideal demokratischer Planung tatsächlich erreicht wird, so sehr bleibt es als Maßstab in Geltung. Ähnliches ließe sich auch für das Planungskriterium des »eingebauten Selbstzweifels« sagen. So wenig die gebauten Ergebnisse räumlicher Planung gänzlich ungeschehen gemacht werden können, so sehr lassen sich Planungen danach bewerten, ob und inwieweit sie späterhin revidierbar sind. Damit sei nicht gesagt, Nachbesserungsstrategien in Großsiedlungen seien von vornherein aussichtslos. Es macht aber deutlich, warum Schwierigkeiten, die sich dem Planer bei der Umgestaltung

[22] Vgl. *O. Gibbins,* Gestalterische und bautechnische Nachbesserung von Großsiedlungen, in: Die Stadt, 11/1985, S. 43 ff.

[23] Vgl. dazu grundsätzlich und ausführlich *B. Guggenberger,* Das Menschenrecht auf Irrtum, Frankfurt 1987.

dieses Wohnungsbestandes stellen, jenen in nichts nachstehen, vor denen die Planer der Großsiedlungen selbst gestanden haben.

Fazit

Die Großsiedlungen waren die letzte städtebauliche Aufgabe der Kommunen, die noch von festen Annahmen über die zukünftige Entwicklung der modernen Gesellschaft und des städtischen Lebens ausgingen. Diesen hier skizzierten Annahmen entsprach das in den Großsiedlungen realisierte Wohnungsmodell.

Das Wohnmodell in den Großsiedlungen ist allerdings nur unvollständig realisiert worden, auch deckte es sich nicht vollständig mit den zentralen Anforderungen, die auch schon damals moderne Familien an ihren Wohnbereich stellten, und schließlich wurde es seit Beginn der 70er Jahre zunehmend aufgrund nicht vorhersehbarer gesellschaftlicher Entwicklungen ausgehöhlt. Damit ist aber auch die Vorstellung eines eindeutigen, geschlossenen, allgemein gültigen Wohnmodells obsolet. Die Wohnanforderungen der Haushalte differenzieren sich aus, entsprechend verbieten sich seither für den Wohnungsbau geschlossene Wohnmodelle. Dies ist besonders zu betonen, da derzeit die Gefahr besteht, daß angesichts von Wohnungsmangel und Zeitknappheit massiv geförderter Wohnungsneubau den alten, überholten, jedoch schnell verfügbaren und vermeintlich billigeren Schnittmustern folgt.

Die Großsiedlungen waren des weiteren die letzte große städtebauliche Aufgabe der Kommunen, deren Bewältigung ausschließlich Sache von Fachleuten sein konnte und als solche auch tatsächlich durchgeführt worden ist. Die professionellen städtebaulichen Leitbilder konnten sich verselbständigen, weil sie weder vom Markt noch durch eine Beteiligung der Bewohner an den Planungsprozessen eine Korrektur erfuhren. Die Politisierung der kommunalen Planung, die Ausbildung einer Kultur der Planungsbeteiligung, die sich inzwischen auf alle öffentlichen Planungsaufgaben erstreckt und teilweise auch rechtlich verankert ist, ist erst im Laufe der 70er Jahre entstanden und hat die Bedingungen für die Planung und Durchführung von Großprojekten verändert. Dies mag man vorteilhaft finden oder eher nachteilig, es wird kein Weg zurück in die Unschuld der Fachplanung geben, die ausschließlich ihren eigenen Maßstäben unterworfen ist.

Das Scheitern der Großsiedlungen belegt die Notwendigkeit eines Bewertungsmaßstabs für räumliche Planung, das unter den Bedingungen von wirtschaftlichem Wachstum und ungebrochenem technologischen Fortschritt nicht hatte gedeihen können, das aber nach den Erfahrungen der Umweltzerstörung, der Risiken des Einsatzes von Großtechnologien und der Dauerarbeitslosigkeit immer unabweisbarer wird: die prinzipielle Revidierbarkeit, die Offenheit für durchgreifende nachträgliche Korrektur auch von nicht absehbaren Folgen.

Wolfgang Sittel-Czypionka

Stadtplanung im Zeichen des Baumarktes

1. Rückblick – 2. Probleme – 3. Ziele – 4. Handlungskonzepte

Gesteuerte Privatinitiative statt Denkmalschutz, so hieß im Jahr 1980 das Motto eines Planungsauftrags, der sich mit dem »Gestaltungswildwuchs« in privat veräußerten Reihenhausquartieren der ehemaligen Reichswerke-Hermann-Göring im heutigen Salzgitter befaßte. Als Planungsergebnis skizzierten die Architekten V. Petersen / M. C. Reinelt / W. Kless (Berlin), wie der eskalierende Bauwille der neuen Hausbesitzer in halbwegs harmonische Gestaltungskonzepte eingegliedert werden könne.

Zugleich war mit diesen Gestaltungsvorschlägen für die auftraggebende Stadt Salzgitter ein Impuls gegeben, sich umfassend mit der planungsrechtlichen Sicherung des privatinitiierten Stadtumbaus zu befassen. Gleichwohl für diese Bestandsüberplanung die Säumnisse der Vergangenheit eine Vielzahl politischer und fachlicher Fixpunkte gesetzt hatten, konnte aber dennoch ein der Situation angepaßter Handlungsrahmen entwickelt werden. Welche Rolle dabei der von den Baumärkten geprägte Heimwerkersinn spielen kann, zeigt der hier beschriebene Entwicklungstrend des Kleinsiedlungsbestandes in Salzgitter.[1]

1. Rückblick

Die Ursprünge der Kleinsiedlungen gehen auf die Gründungsgeschichte Salzgitters zurück. Um qualifizierte Arbeitskräfte für den Bergbau und die Eisenerzverhüttung zu gewinnen, wurden seit 1937 am Rande bestehender Ortschaften Gemeinschaftssiedlungen erschlossen. Dabei handelte es sich unter anderem um ein- bis eineinhalbgeschossige Reihen- und Doppelhäuser, die von damals bekannten Architekten, wie W. Kirchner, H. Rimpl oder F. Rechenberger nach den Richtlinien der Reichsheimstättensiedlung geplant wurden.[2]

Für die städtebauliche Qualität dieser Kleinhaus-Siedlungen war bezeichnend, daß man Quartiere in Form der Nachbarschaft (neighbourhood-union) bildete, eine klare Baukörperanordnung mit harmonischer Fassadenabwicklung wählte und das Satteldach als unverwechselbares Gestaltungselement mit kleinen Gauben ausbildete. Zudem wurde der Wohnraum mit ca. 60 m² pro Wohneinheit für damalige Verhältnisse nicht gerade knapp bemessen. Und jedes Haus erhielt einen 200–250 m² großen Nutzgarten für die Selbstversorgung.

[1] Für Anregungen zu diesem Thema danke ich Dr.-Ing. H. E. Gruber (Baudezernent) und Dr.-Ing. O. Treude (Stadtplanungsamtsleiter) aus Salzgitter.

[2] *C. Schneider,* Stadtgründungen im Dritten Reich – Wolfsburg und Salzgitter, 1979.



Restbestand der wenig veränderten Kleinhaus-Siedlungen

Von dieser auch heute wieder ansprechenden »ökologischen« Gestaltungsidee sind derzeit allerdings nur noch Fragmente sichtbar. Denn: In den sechziger Jahren verkaufte die Rechtsnachfolgerin des Wohnungsbauträgers der Reichswerke (Salzgitter Wohnungs AG) die Siedlerhäuser an die Mieter. Und die günstigen Übernahmebedingungen ermöglichten vielen, sich alsbald die lange gehegten Aus- und Umbauwünsche in Eigenarbeit zu erfüllen. Dabei entstanden baurechtlich weitgehend ungesicherte Dachaufbauten, straßenseitige Windfänge, gartenseitige Anbauten sowie Stellplätze in den schmalen Vorgärten.

Das Ergebnis dieser unkoordinierten Bautätigkeit ist eine bisher unbekannte Form-, Farb- und Materialvielfalt, die nicht nur die städtebauliche Einheit der Siedlerhäuser zerrissen hat, sondern verschiedentlich auch zu baurechtlichen Streitigkeiten zwischen Nachbarn, Bauherren und Baugenehmigungsbehörde geführt haben. Unausweichlich stand schließlich zur Diskussion, in welchen Bahnen sich die künftige städtebauliche Entwicklung der Siedlerquartiere weiterhin vollziehen sollte.



Zerstörte Vorgärten und überdimensionierte Dachaufbauten als Zeugen unkoordinierter Bautätigkeit

Daß die planerischen Überlegungen für die weitere Entwicklung der Kleinsiedlungsgebiete nicht in den Hintergrund verdrängt werden konnten, wird allein schon an dem in Abbildung 1 dokumentierten Bestand der rund 1700 Häuser deutlich. Die sich hinter dieser Zahl verbergenden sozialpolitischen und städtebaulichen Probleme verlangen auch heute noch von den Akteuren des kommunalpolitischen Systems lang anhaltenden Atem.

2. Probleme

Der geordneten städtebaulichen Entwicklung stehen in Salzgitters Kleinsiedlungsgebieten durchweg fünf Faktoren entgegen:

1. Selbständiges Planen und Bauen;
2. nicht abgestimmte Baukörpergestaltung;
3. Beeinträchtigung des Ortsbildes;
4. fehlende Unterbringungsmöglichkeiten für den zunehmenden ruhenden Verkehr;
5. enge materiell-rechtliche Grenzen bei der Genehmigung der vielfältigen Aus- und Umbauwünsche.

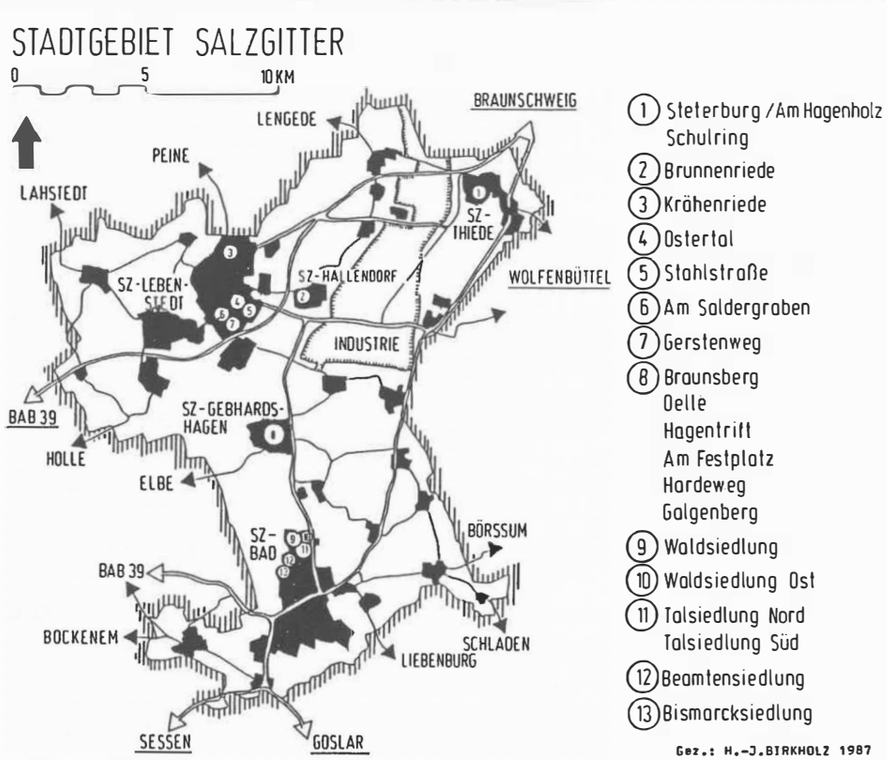


Abb. 1 Kleinhaus-Siedlungen in Salzgitter

Im einzelnen sind dabei folgende Problemzusammenhänge maßgebend:

Das Bauen in Selbsthilfe verstärkt den Trend zur Verwendung vielfältiger Farben, Materialien und Formen, weil:

- das Bedürfnis nach Selbstdarstellung durch eine breite Angebotspalette der Baumärkte oft keine Grenzen mehr findet;
- aus Kostengründen auf das geschulte Auge des Fachmanns verzichtet wird.

Die Baukörpergestaltung wird bei Hauserweiterungen der eingeschossigen Reihen- und Doppelhäuser zum Problem, weil:

- der Ausbau regelmäßig überdimensionierte Dachaufbauten mit sich bringt;
- der Anbau an die bestehenden Baukörper gestalterisches und bautechnisches Geschick erfordert.

Das Ortsbild wird durch vielfältige bauliche Aktivitäten beeinträchtigt, weil:
- die Unterbringung des ruhenden Verkehrs entweder Parkflächen im ungegliederten Straßenraum fordert oder die prägenden Vorgärten dem Stellplatzbedarf geopfert werden;
- die unterschiedlichen Veränderungen an den Baukörpern sowie die ungehemmte Farb- und Materialvielfalt das harmonische Erscheinungsbild der Siedlungseinheiten verzerren.

Der ruhende Verkehr kann häufig nur provisorisch bewältigt werden, weil:
- die Straßenquerschnitte auf den hohen Motorisierungsgrad teilweise nicht abgestimmt sind;
- die kleinteiligen und vor allem schmalen Grundstückszuschnitte für die Errichtung von Garagen oder Stellplätzen oft unzweckmäßig sind.

Die Vorhabenzulassung stößt in der Regel an baurechtliche Grenzen, weil:
- im unbeplanten Innenbereich sich die Vorhaben bauplanungsrechtlich nicht »einfügen« (§ 34 BauGB);
- bauordnungsrechtliche Abstandsvorschriften (z. B. §§ 7–7 b NBauO) eingehalten werden müssen;
- nachbarschützende Regeln bei Grenzbebauung (z. B. § 8 NBauO) beachtet werden müssen;
- die notwendigen Einstellplätze bei Änderungen an den Häusern zwar nachträglich gefordert werden können (z. B. § 47 i. V. m. § 99 Abs. 3 NBauo), aber dem Bauherrn ein Nachweis auf seinem Grundstück kaum möglich ist.

Diese breite Problempalette legte es nahe, über den Regelablauf des Bebauungsplanprozesses hinauszugehen und in Form einer Rahmenplanung[3] eine maßnahmenbezogene Situationsanalyse durchzuführen. Gleichwohl eine solche informelle Planung auch nicht unmittelbar auf der Habenseite des stadtplanerischen Erfolgs erscheint, so bietet sie doch Sicherheit bei der Abwicklung des Bebauungsplanes. Und dies vor allem dann, wenn die vorgeschaltete Planungsstufe als Chance für eine problemadäquate Zielformulierung genutzt wird.

3. Ziele

Daß Bestandsüberplanungen stets einen mehrdimensionalen Problemzugang erfordern, wird in dem vorgestellten Beispiel auch an der Komplexität der Zielbezüge deutlich. Das in Abbildung 2 gezeigte Zielsystem gliedert sich in unterschiedliche Zielbereiche, die gemeinsam zur geordneten städtebaulichen Entwicklung in den

[3] *W. Sittel-Czypionka,* Städtebauliche Rahmenplanung für Kleinhaus-Siedlungen in Salzgitter, 1987.

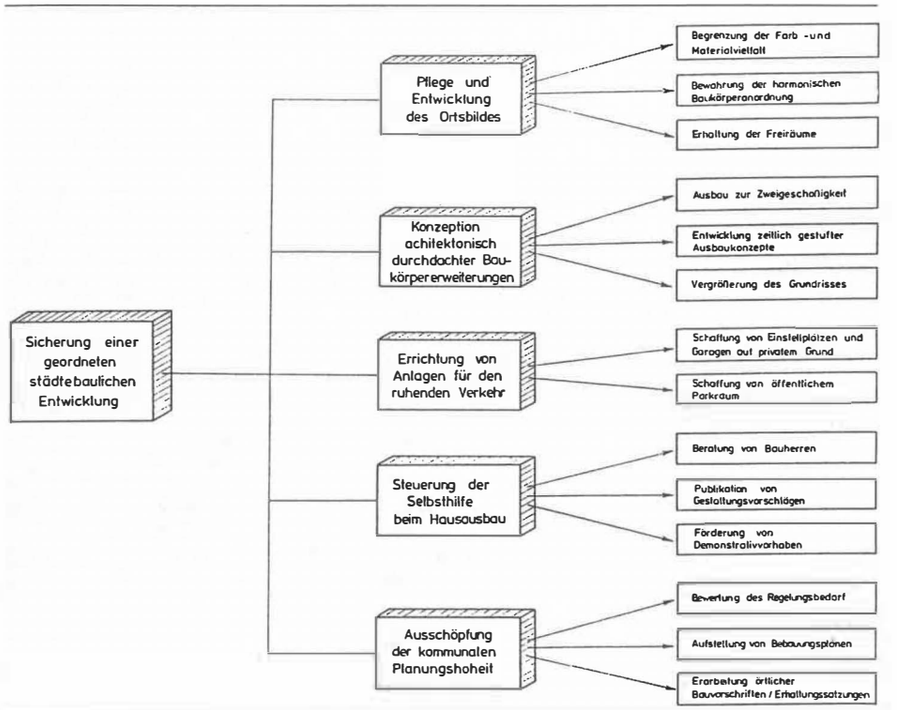


Abb. 2 Städtebauliches Zielsystem für die Entwicklung von Kleinhaus-Siedlungen

Kleinsiedlungen beitragen sollen. In diesem Zielbündel sind folgende Leitideen vertreten:

1. Zur Pflege und Entwicklung des Ortsbildes müssen Maßnahmen überlegt werden, die das architektonische und landschaftliche Gefüge der Quartiere erhalten.
2. Die Konzeption von architektonisch durchdachten Baukörpererweiterungen soll den unterschiedlichen Interessen der Eigentümer gerecht werden, ohne dabei die Gestalt der Siedlung zu zerstören. Für die Hauserweiterungen ist ein Grundkonzept zu entwerfen, das in Abhängigkeit des Bauwillens und des verfügbaren Baugeldes Umbaumaßnahmen zuläßt.
3. Die Errichtung von Anlagen für den ruhenden Verkehr soll grundsätzlich auf den Baugrundstücken erfolgen, wenn die örtliche Situation das erlaubt. Andernfalls sind öffentliche Parkraumkonzepte zu entwickeln.
4. Die Steuerung der Selbsthilfe beim Hausausbau versteht sich als eine Hilfestellung für die Bauherren. Sie kann seitens der Gemeinde durch Bauberatung, Broschüren und Auszeichnung fortschrittlicher oder gelungener Baumaßnahmen erfolgen.

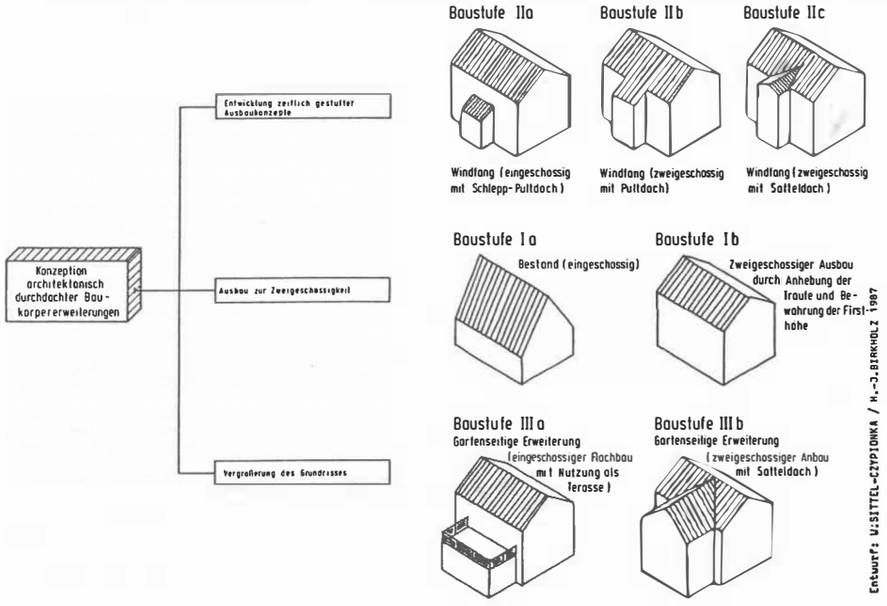


Abb. 3 Handlungskonzept für Baukörpererweiterungen

5. Und was in diesem Zielsystem die kommunale Planungshoheit anbelangt, so ist – abgesehen von dem wohl unstrittigen Planungserfordernis (§ 1 Abs. 3 BauGB) – anzuerkennen, daß die vielbeschworene lokale Identität nicht durch den gesetzlichen Planersatz (§ 34 BauGB) bewahrt werden kann. Vielmehr sind hier differenzierte Steuerungsansätze mit Hilfe von Bebauungsplänen, Gestaltungs- oder Erhaltungssatzungen erforderlich. Das setzt allerdings ein konzeptgeleitetes »Abarbeiten« der aufgezeigten Probleme voraus.

4. *Handlungskonzepte*

Um bei der Überplanung des Bestandes überhaupt zielführend vorgehen zu können, erscheint zunächst eine Loslösung von Detailfragen unabdingbar. Das ist in Salzgitter durch die Entwicklung abstrahierender Handlungskonzepte geschehen. Bezogen auf die unterschiedlichen Zielbereiche der Quartiersentwicklung geben die jeweils speziell erarbeiteten Handlungskonzepte Auskunft über Möglichkeiten und Grenzen der bauleitplanerischen Einflußnahme. Zwei Beispiele dafür zeigen die folgenden Abbildungen.



Die ersten Ergebnisse des systematisierten und planungsrechtlich abgesicherten Stadtumbaus der Kleinsiedlungen

Das in Abbildung 3 gezeigte Handlungskonzept für Baukörpererweiterungen kommt dem gewachsenen Veränderungsdruck in den Kleinhaus-Siedlungen nach und erkennt an, daß die geänderten Wohnbedürfnisse auch Raum für eine »ausbauende Weiterentwicklung« der Kleinsiedlungsgebiete haben müssen.[4] Dabei sind sowohl die Belange der Ortsbildgestaltung als auch die vielfältigen Bauwünsche der Eigentümer unter Beachtung des Nachbarschutzes zu berücksichtigen.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, kann die Problemlösung nicht an architektonischen Details ansetzen, sondern muß ein Leitbild für die Aus- und Umbaumaßnahmen entwerfen. Richtungsweisend ist dies in der gezeigten Prinzipskizze angedeutet. Sie beruht auf Überlegungen eines Baukastenprinzips, bei dem auch die Bedürfnisse der weniger betuchten Kleinhaus-Siedlungsbesitzer zum Tragen kommen. In Abhängigkeit von Bauwunsch und Baugeld lassen sich damit die Grundrisse erweitern und Aufstockungen durchführen. Als endgültiges Ziel wird eine Anhebung der Traufe mit straßenseitigem Windfang und gartenseitigem Erweiterungsbau angestrebt, um überdimensionierte Dachaufbauten zu vermeiden.

Damit die Baukörper harmonischer als gegenwärtig ausgebildet werden, sind

[4] O. *Treude,* Stadtplanung in Salzgitter in: Städteforum – Ausgabe Salzgitter, 2. Folge 1985, S. 18 ff.

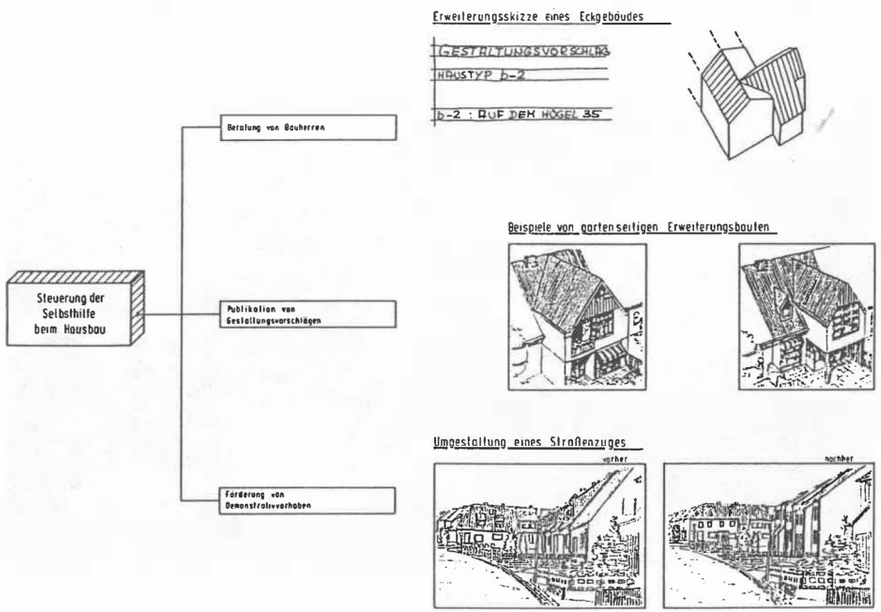


Abb. 4 Handlungskonzept zur Steuerung der Selbsthilfe

grundsätzlich nur Sattel- und Schleppdächer vorgesehen. Eine Ausnahme bildet die eingeschossige gartenseitige Erweiterung: Aus Kosten- und Zweckmäßigkeitsüberlegungen sollte hier ein Flachdach mit Terrassennutzung möglich sein. Dadurch lassen sich spätere Aufstockungen auch preisgünstig realisieren.

Durch die skizzierten Ausbaumodelle kann die ursprüngliche Bruttogeschoßfläche der Reihen- und Doppelhäuser in der Regel verdoppelt – oder in Einzelfällen sogar verdreifacht – werden. Die dann durchschnittlich vorhandene Hausgröße von 120 bis 150 m^2 Wohnfläche ist durchaus zeitgemäß und wird auch jüngeren Familien gerecht. Somit führt der bereits angelaufene demographische Verjüngungsprozeß in den Quartieren nicht gleich wieder zu Engpässen.

Begleitend zu diesem Ausbauprogramm ist das Problem Selbsthilfe mit Mitteln preiswerter Baustoffangebote zu lösen. Selbstredend sind hier der bauleitplanerischen Einflußnahme Grenzen gesetzt. Gleiches gilt für das zwar auch erarbeitete – aber nur bedingt wirksame – Regelungsprogramm für Gestaltungsvorschriften. Möglicherweise liegen die Erfolge hier eher im Bereich des informellen Verwaltungshandelns.

Die prinzipiellen Ansätze dafür skizziert das in Abbildung 4 gezeigte Handlungskonzept zur Steuerung der Selbsthilfe.[5]

Die städtebauliche Relevanz von Steuerungsansätzen für die Selbsthilfe beim Bauen wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß in der Bundesrepublik der Eigenheimbau zu 25% durch Selbsthilfe getragen wird. Diese Zahl läßt nicht nur Rückschlüsse auf das Einflußpotential zu, sondern zeigt auch, wie eng die Hausbesitzer mit ihrem Eigentum verbunden sind. Das wiederum macht den Einfluß auf das Bauen problematisch. Die Steuerung der Selbsthilfe wird bei Aus- und Umbaumaßnahmen deshalb verschiedene Wege gleichzeitig beschreiten müssen. Für die Stadt Salzgitter kommt hier vor allem die noch stärker zu betreibende kostenlose Bauberatung in Frage. Mit der Sachkompetenz des Bauordnungsamtes kann im direkten Kontakt mit dem Bauherrn am ehesten Verständnis für Form, Material und Farbe erzielt werden. Dazu kann als stützendes Instrument die Publikation von Gestaltungsvorschlägen dienen und helfen, die zeit- und personalaufwendigen Gespräche zu verkürzen.

Darüber hinausgehend sei letztlich noch die Frage aufgeworfen, ob sich die Städte und Gemeinden nicht ohnehin auch außerhalb der gesetzlichen Städtebauförderung verstärkt engagieren müßten. Denn die Förderung der viel beklagten Baukultur bedarf wohl gerade in der alltäglichen Problembewältigung ein gerüttet Maß an ideeller und materieller Unterstützung. Speziell in Salzgitter könnten sich kommunalgeförderte Demonstrativvorhaben zielführend auf den privatinitiierten Stadtumbau in den Kleinhaus-Siedlungen auswirken. Möglicherweise wäre das auch beispielgebend für ähnliche Problemstellungen in anderen Gemeinden der Bundesrepublik.

[5] *M. Wünschmann / H.-J. Birkholz,* Vorentwurf und Gestaltungsvorschläge für die Bebauungsplanung Talsiedlung, Stadtplanungsamt Salzgitter 1987 (Baukörper- und Straßenzugskizzen), *V. Petersen / M. C. Reinelt / W. Kless u. a.,* Planungskonzept »Opperkamp« – Vorstudie zum Bebauungsplan »Swindonstraße«, i.A.d. Stadt Salzgitter 1979.

Volker Roscher

Hamburg – der Hafen, die Wirtschaft … und?

Gedanken zu sozialen und ökonomischen Strukturveränderungen in der Stadt und im Bundesgebiet – anläßlich der Feiern zum 800. Hafengeburtstag

Sie waren mehr als eine Million, als sie zum Geburtstagswochenende vor dem 7. Mai (offizieller Geburtstag) über die Würstchenbudenstadt bei den Landungsbrücken herfielen. Das Nordufer der Elbe war kaum noch zu erreichen. Es wird so weitergehen, denn in diesem Jahr feiert man mit vielerlei »Highlights« nicht nur ein Wochenende, sondern ein ganzes Jahr lang Geburtstag. Die 800 Jahre, die es her sein soll, daß Friedrich »Barbarossa« den Freibrief unterschrieb, der exklusive Hafen- und Schiffahrtsrechte auf der Elbe geben sollte, waren für die Feiernden ohne jeden Belang. Unterschrieben hatte der Kaiser ohnehin nie, das hatten die Hamburger 40 Jahre nach dessen Unterlassung dann auch eigenhändig für ihn besorgt. Und da der 750. Geburtstag vor 50 Jahren (1939) gefeiert worden war, brauchte man von damals einfach weiterzuzählen. Was zählt, sind – für Stadtwerber und Tourismusmanager – ohnehin nicht genaue Datierungen (die Stadt ist knapp 400 Jahre älter), sondern Stadt-Image für das Investitionsklima einerseits und Tourismuszahlen andererseits; und beides scheint augenblicklich zu stimmen.

Der Hafen, die Produktion und die Stadtwirtschaft waren einst innig miteinander verbunden, jedoch haben beträchtliche Veränderungen in der Sozial- und Wirtschaftsstruktur des Stadtstaates Wirkungen gezeitigt. Das sieht die Millionenschar der »Geburtstagsgäste« vom Nordufer der Elbe aus wohl kaum, und auch ein Blick auf die Erfolgszahlen der Wirtschaftsbehörde hilft nur wenig, denn »Hamburgs Wirtschaft boomt«,[1] so der regionalen Tagespresse der letzten Wochen zu entnehmen. Doch noch vor etwa zweieinhalb Jahren war alles ganz anders, da warf die Opposition im Wahlkampf der Regierungspartei in Hamburg vor, durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik den wirtschaftlichen Niedergang des Stadtstaates herbeigeführt zu haben. Neu war die Argumentation nicht, denn bereits vor fünf Jahren hatte die Opposition im Bundesland Nordrhein-Westfalen dieselbige benutzt. Sie zeigte auf den Süden der Republik, der mit wachsender Wirtschaft und vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquoten glänzen konnte. Man konstatierte ein ökonomisches Süd-Nord-Gefälle. Die Stadtforscher-Professoren Häußermann und Siebel überlegten auf einer Fachtagung der Hamburgischen Architektenkammer im Juni 1986 schon Strategien zum »Überwintern« der schrumpfenden Städte und Regionen.[2]

Hamburg – oder das Kunststück vom gleichzeitigen Wachsen und Schrumpfen

Noch 1980 hat Hamburg eine niedrigere Arbeitslosenrate als der Bundesdurchschnitt. Jedoch, als nach starkem Anstieg des Durchschnitts sowie auch Hamburgs die Rate für die BRD (ca. 9%) ab 1983 zu sinken beginnt, steigt die Hamburgs bis 1987 weiterhin steil an, um den Durchschnitt um etwa die Hälfte zu übertreffen (13,5%), beginnt erst seitdem wieder zu sinken und erreicht gegenwärtig etwa 11%. Verloren gingen Arbeitsplätze – von 1970 bis 1987 – vornehmlich in zwei Bereichen, dem produzierenden Gewerbe (−121600) und im Bereich Handel und Verkehr (−60800).[3] Die Bruttowertschöpfung stieg jedoch in demselben Zeitraum im produzierenden Gewerbe um beinahe das Doppelte an (von 15,6 auf (1984) 28,2 Mrd. DM) und im Bereich Handel und Verkehr um mehr als das Zweieinhalbfache (von 9,8 auf (1984) 24,9 Mrd. DM).[4] Der tertiäre Sektor in Hamburg nahm lediglich unter dem Bundesdurchschnitt zu. Der viel beschworene Dienstleistungssektor »dümpelte« vor sich hin, und die wirtschaftliche Prosperität hatte sich von der Beschäftigungssituation abgekoppelt; kurz gesagt, die Wirtschaft wuchs und der Arbeitsmarkt schrumpfte. Wie konnte das geschehen?

[1] *Hamburger Abendblatt,* 18. 5. 1989.

[2] *Dies.,* Krise der Stadtentwicklung? Tendenzen der Stadtentwicklung und Optionen der Kommunalpolitik, in: *HAK (Hrsg.),* Hamburg in den 90er Jahren, Hamburg 1986.

[3] Vgl. *Handelskammerbericht* (Hk) 1988, S. 171.

[4] Ebda.

Nord-Süd-Kontraste

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die wirtschaftsfreundlichste Situation in der Amerikanischen Zone anzutreffen. Siemens zog von Berlin nach München, IBM (ehemals DEHOMAG) nach Stuttgart und Großbanken, allen voran die Deutsche Bank, nach Frankfurt/M.[5] Bis dato galten die Regionen Bayerns und Baden-Württembergs eher als unterindustrialisiert und benachteiligt. Das im Westen verbliebene große Industriezentrum war an Rhein und Ruhr, wo Massengutproduktion und Großanlagenbau vorherrschend waren. Wirtschaftsstrukturell galt Nordrhein-Westfalen mit seiner Stahl- und Kohleproduktion bis Anfang der 60er Jahre als begünstigt. Dieses änderte sich jedoch mit dem Abschluß der wirtschaftlichen Rekonstruktionsphase der Bundesrepublik.

Zur selben Zeit machte die Entwicklung des Südens schnelle Fortschritte, denn die unterindustrialisierten Länder forcierten eine beispiellose Modernisierungspolitik. Dabei bildeten die Rüstungsaufträge einen wesentlichen Schwerpunkt der Entwicklung. Die Hochtechnologie-Rüstung der NATO half dann weitere Entwicklungen zu beflügeln. Die »vier umsatzstärksten Lieferanten von Kriegsgeräten« haben ihren Sitz im Bereich Augsburg-München: Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) (1983 ca. 37000 Beschäftigte), Motoren- und Turbinen-Union (MTU) (ca. 12000 Beschäftigte), Krauß-Maffei (ca. 4600 Beschäftigte) und schließlich Siemens (mit den meisten Beschäftigten in Westeuropa).[6]

Ganz anders als der Süden war Hamburg schon industrialisiert, als es durch den Zollanschluß an das Deutsche Reich (1888) einen weiteren bedeutenden Schub zur Industrialisierung erhielt; es war stark schiffbauorientiert und hatte bereits einen relativ starken Dienstleistungssektor ausgebildet. Nach den Eingemeindungen (Großhamburg-Gesetz 1937) der ehemals selbständigen preußischen Städte Altona, Wandsbek und Harburg/Wilhelmsburg kamen Maschinenbau-, Nahrungs- und Genußmittel- sowie grundstoffverarbeitende Industrien hinzu. Und nach dem Zweiten Weltkrieg konnten Seehafen, Industrie und Dienstleistungssektor noch weiter ausgebaut werden.[7]

Suburbanisierung

Während München den zahlenmäßigen Stand der Bevölkerung noch etwa halten konnte, nimmt die Einwohnerzahl der meisten Städte der BRD deutlich ab. Die Bevölkerung, das ist ein wesentliches Faktum – besonders die jüngere, beruflich aufstrebende mit kleinen Kindern –, zog ins städtische Umland, um im Grünen zu wohnen.[8] Durchschnittlich waren in den Städten der BRD seit 1970 Bevölkerungsrückgänge von ca. 11% zu beobachten. Hamburg verlor zwischen 1970 und 1984 etwa 200000 Einwohner, sein nördliches Umland gewann etwa 116000

[5] *H. Häusermann / W. Siebel,* Champagner und leere Gläser oder: Die Polarisierung der großen Städte, in: *dies.,* Neue Urbanität, Frankfurt/M. 1987, S. 69.

[6] Ebda., S. 71.

[7] *J. Dangschat / Th. Krüger,* Hamburg im Süd-Nord-Gefälle, in: *J. Friedrichs / H. Häußermann / W. Siebel (Hrsg.),* Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik?, Opladen 1986, S. 189f.

[8] Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß diese »Wohnwünsche« nicht immer ganz freiwillig entstehen, denn oftmals stehen auch »veränderte Rahmenbedingungen des Wohnungsmarktes und Zwänge verschiedener Art wie z. B. Mieterhöhungen oder Kündigungen« dahinter, so *J. Bähr / P. Gans,* Bevölkerungsveränderungen und Migrationsmuster in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland seit 1970, in: *J. Friedrichs (Hrsg.),* Die Städte in den 80er Jahren, Opladen 1985, S. 109.

und das südliche knapp 72000 hinzu.[9] Viele Betriebe, besonders die, die expandieren und prosperieren konnten, taten es dieser eher wohlhabenderen Bevölkerungsschicht gleich und zogen ebenfalls über die Stadtgrenzen an die Peripherie der Städte. Die Umlandarbeitsplätze von Hamburg nahmen von 1974 bis 1982 um 26300 zu, die in Hamburg gleichzeitig um 53200 ab.[10] In den Städten selbst verblieben überproportional viele beruflich geringer qualifizierte Menschen mit niedrigerem Einkommen, Arbeitslose und Ältere. Wirtschaftliche Einbrüche seit Mitte der 60er Jahre setzten den Städten obendrein zu. Den Kosten für Infrastrukturerhalt und den steigenden Kosten der Soziallasten bei ebenfalls steigender Arbeitslosigkeit standen sinkende Einnahmen gegenüber. Jedoch zeigten sich starke regionale Unterschiede in den sozialen Konsequenzen.

Stellt man einmal die durchschnittliche Arbeitslosenquote von 1985 für die Städte Hamburg, Bremen, Hannover, Dortmund, Bochum, Essen, Mülheim, Oberhausen, Duisburg und Saarbrücken derjenigen von Frankfurt, Stuttgart und München gegenüber, dann ergeben sich für die ersteren 14,3% und für die letzteren 5,9%. Die Dauerarbeitslosigkeit in ersteren Städten wurde mit durchschnittlich viermal und die Jugendarbeitslosigkeit mit mehr als doppelt so hoch ermittelt.[11]

Strukturveränderung

Untersucht man, in welchen Bereichen Arbeitsplätze verloren gingen, stellt man fest, daß dieses im wesentlichen im produzierenden Gewerbe stattfand. In den Ruhrgebietsstädten sind seit 1960 etwa die Hälfte all dieser Arbeitsplätze verloren gegangen, in Hamburg ca. 35%. Berechnet auf den Durchschnitt aller Städte der Republik handelt es sich um einen Verlust von ca. 25% der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe. Jedoch, diese Rechnungen sind trügerisch, suggerieren sie doch, daß es sich primär um branchenspezifische Probleme handelt, was ja auch zur häufigsten Ausdeutung der Politiker wurde (siehe oben).

Es vermag zunächst verblüffend erscheinen, denn die bisher bundesweit geschrumpften Branchen sind nicht im Norden, sondern gerade im Süden weitaus überrepräsentiert, und der gewachsene Dienstleistungssektor hat im Süden geringere Beschäftigungsanteile als in der »Mitte« und im Norden.[12] Beachtenswert ist, daß der sekundäre Sektor im Süden weniger geschrumpft und der Dienstleistungssektor stärker gewachsen ist als im Norden. Es ergeben sich also eher Entwicklungsunterschiede innerhalb derselben Branchen als andere nord-süd-spezifische Unterschiede. Der Sektor- oder Branchenbereich ist folglich nicht die entscheidende Größe, die die Entwicklung einer Region positiv beeinflussen kann. Regionalwirtschaftliche Erfolge, wie Exportanteil der regionalen Wirtschaft, Lohnkosten oder Erwerbsbeteiligung können das beschriebene Phänomen ebenfalls nicht hinreichend klären. Als wichtige Erklärung der Unterschiede innerhalb der Branchen stellt sich der Lebenszyklus der Produkte (auch als Produktreife bezeichnet) und der Produktionstechniken heraus.[13] Das bedeutet, wird ein Produkt über längere Zeit hergestellt, dann ist davon auszugehen, daß es – im Sinne tayloristischer und fordistischer Massenproduktion[14] – soweit durch Rationalisierung optimiert ist, daß es mit einem Minimum an Arbeitskräften und Produktionsaufwand hergestellt werden kann.

Die Produktreife im »neu-industrialisierten« Süden ist wesentlich geringer – wir haben oben bereits ausgeführt, daß wichtige große Werke ihren Standort dort erst nach 1945 wählten – als im Norden. Gleichzeitig, und daher basiert die Produktion im Süden weniger auf dem tayloristischen Prinzip der Massenproduktion als eher auf flexiblen und individualisierbaren Produktions- und Distributionsmethoden der sog. »Just-in-time«-Produktion, die auch mit dem Stichwort »Fabrik der Zukunft« umschrieben wird,[15] verbunden mit intensivem Forschungsanteil, den u. a. die Rüstungsproduktion beständig erzwungen hat.

Stadtökonom Dieter Läpple, von der Technischen Universität Hamburg-Harburg, spricht in diesem Zusammenhang von der notwendigen »Entwicklungs- und Innovationsdynamik einer Region«,[16] die für die jeweils »regionsspezifische Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung der Branche« bestimmend ist. Ist diese nicht gegeben, weitet sich die Kluft zwischen der Zunahme der Bruttowertschöpfung einerseits und abnehmender Beschäftigung von Arbeitskräften andererseits. Damit ist ein deutlicher Hinweis auf eine wirtschaftliche Strukturänderung gegeben, die schon jetzt eine deutliche Steigerung sozialen Elends bewirkt hat.[17] Die Auswirkungen dieser Strukturveränderung auf die Städte sind in Hamburg beispielhaft zu beobachten.

[9] *J. Dangschat / Th. Krüger* (s. A 7), S. 192.
[10] Ebda., S. 202.
[11] *H. Häußermann / W. Siebel,* Polarisierte Stadtentwicklung. Ökonomische Restrukturierung und industrielle Lebensweisen, in: *W. Prigge (Hrsg.),* Die Materialität des Städtischen, Basel / Boston 1987, S. 83.
[12] *M. Sinz,* Nord-Süd-Kontraste in der Stadtentwicklung, in: Stadtbauwelt 98, S. 1000.
[13] Ebda.
[14] Vgl. *V. Roscher,* ... alles so schön bunt hier. Modernisierung zur Verbesserung der Arbeitsplatzqualität, in: bausubstanz 3/89, S. 10ff.
[15] Vgl. *V. Roscher,* »Fabrik der Zukunft« in Mauern der Vergangenheit, in: bausubstanz 7/88, S. 6ff.
[16] *D. Läpple,* Probleme einer regionalen Technologie- und Innovationspolitik, unveröff. Vortragsmanuskript; Dieter Läpple sei hiermit Dank gesagt für die freundliche Überlassung des Manuskriptes, welches viele Anregungen geben konnte.
[17] Die *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hannover) sah bereits »die sich aus dem Grundgesetz ergebende Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Herstellung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen ... angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in der Struktur von Gesellschaft und Wirtschaft« gefährdet und gab aus dem Grunde 1986 die Schrift »Anforderungen an die Raumordnung für die Bundesrepublik Deutschland« heraus.

Hamburg-Perspektive

1. Stadträumliche Auswirkungen

Der durchschnittliche Anteil der Sozialhilfeempfänger in Hamburg ist von 3,1% für 1978 auf 7,2% gestiegen, besonders hohe Anteile sind in den Ortsamtsbereichen Süderelbe (9,6%), Wilhelmsburg (11,3%) und Billstedt (13,4%) vorzufinden. Die Stadt wendete 1986 je Einwohner 668 DM Sozialhilfe[18] auf, bei einem Bundesdurchschnitt von 297 DM. Schubert zeigt z. B., daß sich die Steigerung des Gesamtbetrages der Einkünfte in Hamburg von 4% zwischen 1980 und 1983 sehr unterschiedlich in der Stadt verteilt: die eher vornehmen Stadtteile Rotherbaum (+84%), Eppendorf (+117%) und Alsterdorf (+99%) weisen starke Zuwächse auf, wohingegen die Raten in den Ortsamtsbereichen Veddel (−181%), Finkenwerder (−101%), Wilhelmsburg und Süderelbe (−30%) negative Werte aufweisen.[19]

2. Wohnen im Wandel der Strukturumwälzung

In großen Teilen der inneren Stadt sind die Wohnungen saniert oder modernisiert worden oder im Begriff dies zu werden. In diesem Zuge erfolgten auch stets Wohnumfeldverbesserungen. Die betreffenden Gebiete liegen meist günstig zur inneren Stadt und sind überwiegend von dem unteren Einkommensdrittel der Bevölkerung bewohnt. Gerade dieser Teil der Bevölkerung ist es, der stark von der angestiegenen Arbeitslosigkeit betroffen ist. Verschärfend kommt hinzu, daß viele dieser Wohnungen aus der Mietpreisbindung gefallen sind oder demnächst fallen. Es macht sich nun gerade hier besonders bemerkbar, daß die sozialen Nachfolger der ehemals –

[18] 1987 betrug die Gesamtaufwendung für Sozialhilfe in Hamburg knapp 1,3 Mrd. DM bei einem Haushalt von knapp 13 Mrd. DM; vgl. *Handelskammerbericht* (s. A 3), S. 25.
[19] Daten nach *D. Schubert,* Hamburg 2000. Zwischen segregierter Armut und Yuppie-Stadt. Ein stadträumliches Szenario, in: *J. Brech* (Hrsg.), Neue Wohnformen in Europa. Berichte des 4. internationalen Wohnbundkongresses, Darmstadt 1989, S. 213.

seit den 70er Jahren – aus der Stadt ziehenden sozialen Schichten die Stadt wiederentdeckt haben und sich besonders diese innerstädtischen Gebiete als Wohnstandort suchen.[20] Wegen ihrer hohen Zahlungsfähigkeit »unterwandern« sie somit die (ehemaligen) Wohngebiete der unteren Einkommensgruppen der Bevölkerung.[21] Bereits 12000 Wohnungen besitzen keine Mietpreisbindungen mehr und jährlich kommen ca. 4000 hinzu.[22] Der Wohn- und Immobilienmarkt in Hamburg ist kräftig in Bewegung geraten, die Preise steigen deutlich, und als im Februar dieses Jahres die Zeitschrift Capital sich des boomenden Immobilienmarktes in einigen BRD-Großstädten annahm, da war auch Hamburg darunter, und hier wurden als besonders profitabel Wohnimmobilien in den genannten Sanierungs- und Modernisierungsgebieten – in denen zum größten Teil die von der Stadt neu gegründete Stadterneuerungs-GmbH (STEG) tätig werden soll – mit einer jährlichen Rendite von bis zu 29% auf das eingesetzte Eigenkapital empfohlen.[23]

Mit Sanierungen, Modernisierungen und Wohnumfeldverbesserungen und »mit erheblichen Investitionen steigern die Städte ihren Wohnwert, ... mit positiven Folgen für die Anleger«.[24] Stadtforscher stellen gleichzeitig fest, daß es wesentlicher Effekt ist, daß die ursprünglichen Bewohner aus ihrem Gebiet vertrieben worden sind.[25] Ein Konzept gegen dieses Phänomen ist bisher allerdings in der Hamburger Stadtentwicklungspolitik nicht entwickelt worden. Der Oberbaudirektor wünschte sich in einem Vortrag für »Hamburg als Wohnstandort« ein »höheres Niveau« (ob Wohnungsqualität oder gesellschaftliche Gruppe bleibt dahingestellt).[26] Stadtentwicklungspolitik bezieht sich eher auf City-Erweiterung, Einkaufspassagen, Büroflächen- und Gewerbeansiedlung, für die kaum nennenswerte Auflagen an Sozial- und Umweltverträglichkeit gemacht werden. Ein Grünachsenmodell[27] des Umweltsenators z. B. stieß bei seinem Kollegen von der Baubranche auf völliges Unverständnis, es sei »unverantwortlich und fachlich wenig qualifiziert«.[28] »Wer investieren will, der kann auch bauen«, ist die Devise.[29]

3. Wirtschaft – das alte Konzept

Das ansteigende Haushaltsdefizit[30] und die zunehmende Arbeitslosigkeit veranlaßten den damaligen ersten Bürgermeister von Dohnanyi zu dem Konzept »Unternehmen Hamburg«. Der Wettbewerb zu konkurrierenden Städten sollte offen aufgenommen und dazu die wirtschaftliche Basis modernisiert werden. Eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft – seit 1985 tätig – wurde eigens zu diesem Zwecke gegründet. Das Schwergewicht wird weiterhin auf »High-Tech«-Industrien und auf Dienstleistung gesetzt und somit auf vermeintliche Wachstumsbranchen, die auch Arbeitsplatzeffekte böten. Das Konzept der

[20] *J. Dangschat / Th. Krüger* (s. A 7), S. 196f.
[21] *J. Dangschat / J. Friedrichs,* Gentrifikation in der inneren Stadt von Hamburg. Eine empirische Untersuchung des Wandels von drei Wohnvierteln, Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Stadtforschung, Hamburg 1988.
[22] *D. Schubert* (s. A 19), S. 211.
[23] So z. B. für die ehemalige Bahnhofsvorstadt, das Sanierungsgebiet von Hamburg-St. Georg, auch St. Pauli und die Neustadt liegen in diesem Trend; vgl. *Capital* 2/89, S. 95f.
[24] Ebda.
[25] Vgl. *J. Dangschat / J. Friedrichs* (s. A 21).
[26] Nach *Hamburger Abendblatt* 1/1989; auf dem 4. internationalen Wohnbundkongreß in Hamburg (4.–9. April 1989) bei einem Podiumsgespräch nach einem Maßnahmenkonzept für die Wohnungsversorgung gefragt, bat der Oberbaudirektor für die Konzeptentwicklung um einige Jahre Geduld.
[27] Bestandteil des in Arbeit befindlichen Landschaftsplanes, der rechtlich auf gleicher Ebene mit dem Flächennutzungsplan der Stadt steht.
[28] *TAZ,* 26. 4. 89.
[29] *Die Welt,* 16. 12. 1988.
[30] Dem Haushalt der Stadt von knapp 13 Mrd. DM stand zum Jahresabschluß 1987 ein Schuldenstand von 17 Mrd. DM gegenüber. Die Nettokreditaufnahme betrug ca. 1,1 Mrd. DM, die Pro-Kopf-Verschuldung lag in Hamburg bei 10900 DM hinter Bremen mit 18900 DM; vgl. Handelskammerbericht (s. A 3), S. 25.

Wachstumsbranchenansiedlung ist nichts weiter als die ständige Wiederholung der alten Konzepte. Dabei wird zweierlei offenbar nicht zur Kenntnis genommen, 1. daß Hamburg bereits über große High-Tech-Bereiche verfügt: 20% der Chip-Produktion der BRD erfolgt hier, eines der größten Zentren der Luftfahrtindustrie, einer der führenden Kohlendioxidlaser-Hersteller ist hier ansässig, ein Spezialmaschinenbau-Betrieb, der 50% Anteil am Weltmarkt hält usw.,[31] und 2. die Erkenntnisse der Raumforschung, die darauf hinweisen, daß eher die regionale Einbettung und Strukturierung innerhalb derselben Branchen für deren Entwicklung wichtig zu berücksichtigen sind.[32]

4. Hafen – Zurückdrängung des Wassers und der Menschen

Neben seiner Funktion als Industriestandort[33] ist der Hafen ein Warenumschlagplatz, der einige Strukturänderungen hinter sich gebracht hat und stets weiteren unterliegt.[34] Problematisch aus (Rest-)Bewohnersicht sind die sog. Hafenerweiterungsgebiete, jetzt Altenwerder[35] und ab 2000 Moorburg. Gleichzeitig werden vermehrt Hafenbecken zugeschüttet, um weiteren Stapelplatz für die Containerlagerung zu bekommen. Das – in diesem Sinne – »Zukunftsterminal« im Hafen wird von der Wirtschaftsbehörde mit 1000 m Kailänge und 800 m Geländetiefe angegeben. Rationalisierungen, wie z. B. diese, brachten nicht nur mehr Land in den Hafen, sondern verringerten auch die Anzahl der Hafenbetriebe in den letzten zehn Jahren um ca. ein Drittel[36] sowie die Anzahl der Beschäftigten.[37] Der nördliche Rand des Freihafens, die Speicherstadt, eine funktionierende Lager- und Verarbeitungsstätte für kleine Firmen, soll mittelfristig aus dem Hafen ausgegrenzt und zur Innenstadt zugeschlagen werden.[38] Eher paradox erscheint dabei allerdings, daß die Wirtschaftsbehörde gleichzeitig von »umfangreichem Bedarf an Lager-, Quartiersmann- und Distributionsflächen in stadtnaher Lage« in diesem Bereich spricht.[39] Aktuell ist – nach ca. eineinhalb Jahren geheimer Verhandlung – offensichtlich gerade eine spektakuläre Ansiedlung eines großen Kanadischen Developers »gelungen« (der schon in den Londoner »Docklands« aktiv war), dessen Sitz man auf der bisher noch existierenden Freihafenfläche – auf der sog. Kehrwiederspitze – zu errichten beabsichtigt. Zur Durchführung der Ansiedlung muß das Hafengesetz geändert werden, da bisher kein privater Grundbesitz im Hafen zulässig ist. Evtl. – so nehmen Betroffene an – könnte dies die Ausgliederung der gesamten Speicherstadt aus dem Freihafen bedeuten[40] und damit die bisher gut funktionierenden, dort ansässigen, kleineren Wirtschaftseinheiten gefährden. Grundsätzlich rechnet man mit einem weiteren Ansteigen des Hafenumschlages (1988 wurde wieder der bishe-

[31] *D. Läpple* (s. A 16).
[32] *M. Sinz* (s. A 12).
[33] Nach der EG »Freizonenfriktion« (1988) ist das sog. »Industrieprivileg« für den alten Freihafen wohl garantiert, jedoch nur für die heute dort ansässigen Unternehmen, vgl. *Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft (BWVL),* Die Wirtschaft in Hamburg 1988. Lage und Ausblick, Hamburg 15. 1. 1989, S. 61.
[34] Vgl. *H. Giszas,* Hafen im Wandel, in: Der Architekt 3/89, S. 139f.
[35] Vgl. *BWVL* (s. A 33), S. 57 und *HK* (s. A 13), S. 20.
[36] Vgl. Hk (s. A 3), S. 12.
[37] Während früher (50er Jahre) 17 Menschen zum Löschen/Laden eines Schiffes am Tag ca. 100 bis 120 Tonnen bewältigten, schaffen heute neun Menschen mit einer Container-Brücke das 15fache. Die Entwicklung in diese Richtung wird forciert. Man geht davon aus, daß von ehemals ca. 15000 Arbeitskräften im Hafen (um 1960) heute hier nur noch ca. 5000 beschäftigt sind (ÖTV). Die Qualifikationsanforderungen sind gestiegen, so daß heute fast nur noch Fachkräfte beschäftigt werden, für Ungelernte gibt es kaum noch Bedarf.
[38] Oberbaudirektor *E. Kossak,* Hamburg – Hafenstadt mit Zukunft – eine Utopie?, in: Der Architekt 3/89, S. 137f.
[39] Vgl. *BWVL* (s. A 33), S. 59.
[40] Was auch Senatsbeschluß ist, jedoch bisher von breiten Schichten der Bevölkerung abgelehnt wurde.

rige Spitzenwert von 1985 erreicht mit ca. 60 Mill. Tonnen) im Rahmen der EG[41] und hofft besonders auf den Umschlag für Skandinavien (Hamburg das »Skan-Link«)[42] und den sich »hoffentlich bald noch weiter öffnenden« Ostseeraum und Osteuropa (RGW-Länder).[43]

»Hoffen« – so scheint mir – ist der richtig gewählte Ausdruck, denn ein integriertes Konzept zu einer Hafen-, Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung – und das sei hier gefordert – wurde bisher der Öffentlichkeit noch nicht vorgelegt. Planungen beziehen sich auf separate Einzelmaßnahmen, deren Wirkungen auf andere gesellschaftliche Bereiche lediglich grob hypothetisch erscheinen. Der Hafenentwicklungsplan z. B. wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit aufgestellt (was sogar legitimerweise möglich ist), wenn auch vorerst von der zuständigen Deputation an den Senat zurückverwiesen.

Eine Wirtschaftsentwicklungspolitik allerdings, die Bestandteil eines integrierten Konzeptes für Hamburg sein kann, die der Strukturänderung zumindest insofern Rechnung trägt, daß sie auch Beschäftigungs- und Verteilungseffekte haben und damit den Wohlstand breiter verteilen könnte, darf sich nicht in den ewig alten Trendverlängerungen erschöpfen. Sie müßte mindestens auf der Produktionsseite die »Innovationsdynamik« der vorhandenen Branchen und ein differenziertes Spektrum an kombinierter Technologie (»Kombi-Tech«, so Läpple) bei mittleren und kleinen Firmen fördern, so daß Schnittstellen einer notwendigen Kooperation geschaffen werden können. Erst das Ineinandergreifen differenzierter Produzentengrößen gewährleistet das funktionierende produzierende Gewerbe, welches notwendige Bedingung für die Entwicklung der Dienstleistungsfunktionen ist.[44] Die soziale Verteilung steht dabei allerdings immer noch aus.

Der augenblickliche Boom könnte fatal über die drastisch geänderte Produktions- und Gesellschaftsstruktur hinwegtäuschen und die ständig weiter aufreißende Kluft zwischen besser- und schlechtergestellten Menschen in unserer Stadt vergessen lassen. Diese Kluft schien bislang keine weiteren Folgen in der politischen Landschaft zu zeitigen, jedoch die letzten Wahlen in Berlin und Frankfurt sowie die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und die Europawahl haben Ergebnisse produziert, die darauf hinweisen, daß bestimmte in der Gesellschaft wenig beachtete Gruppen die demokratischen Parteien zugunsten rechtsradikaler – wohl aus Protest – nicht mehr gewählt haben. Nicht nur in Hamburg weisen die Ergebnisse, besonders in Gebieten mit unteren Einkommensgruppen, geradezu beängstigende Zahlen aus.[45] Es ist in der Bundesrepublik und in Hamburg offensichtlich wohl doch anders als in Großbritannien, wo etwa ein Drittel der Menschen nicht mehr an der Gesellschaft teilnehmen kann und sich auch weiter kein politisches Gewicht verschafft.[46] Hier muß es jetzt schon von daher vordringlich um ein integriertes Gesamtkonzept zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Stadt gehen, welches gleichberechtigt befriedigende Wohn-, Arbeitsplatz- und Wirtschaftsergebnisse berücksichtigt, andernfalls könnten zumindest die Wahlen in zwei Jahren einige irreparable Folgen für die Gesellschaft in unserer schönen Stadt mit sich bringen.

[41] In einem Szenario spielt das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut Empirica auch für Hamburg evtl. negative Effekte der EG durch; wenn diese nach außen »abschotten« würde, dann profitierte Hamburg nur in Randbereichen, die dann wenigen Unternehmensansiedlungen hätten geringe Beschäftigungsimpulse, die Verluste von Arbeitsplätzen, z. B. in der Nahrungsmittelindustrie, nicht ausgleichen könnten. Titel des Szenarios; »Hamburg im Binnenmarkt als Nullsummenspiel«, nach *Hamburger Rundschau,* 15. 6. 89.

[42] Vgl. *Handelskammer Hamburg*. Analysen. Hamburg – Ein Wirtschaftszentrum der EG, o. J., S. 17.

[43] Vgl. *BWVL* (s. A 33), S. 56 und *HK* (s. A 13), S. 22.

[44] *D. Läpple* (s. A 16).

[45] Der Durchschnitt von 6% für die REP in Hamburg wird in diversen Stadtteilen mit überwiegend unteren Einkommensgruppen übertroffen, max. = Wilhelmsburg 10,2% bis Neuenfelde und Hamm-Süd. min. = 8,1%, in einer Großsiedlung im Bereich Harburg lagen die Zahlen bei 20%.

[46] Vgl. *T. Enzweiler,* Ein Leben ohne Hoffnung auf Arbeit, Stellungslos im englischen Elendsgebiet – In Nordengland gibt es wenig Jobs, in: *Der Tagesspiegel* (Berlin), 14. 5. 1989; *ders.,* Liverpool – trotz wirtschaftlichen Aufschwungs behält die Stadt zwei Gesichter, in: Frankfurter Rundschau, 24. 6. 89, S. 5.

Dirk Schubert

800jähriger Hafengeburtstag in Hamburg – Neue Bücher:

Jürgen Rath, *Arbeit im Hamburger Hafen. Eine historische Untersuchung, Hamburg: Ergebnisse Verlag 1988, Abb., 378 S., DM 38,– (Hamburger Studien zur Geschichte der Arbeit 1).*

Anne-Marie Thede-Ottowell, *Hamburg vom Alsterhafen zur Welthafenstadt, Hamburg: Heinewetter 1988, Abb., 400 S., DM 49,80.*

Arnold Kludas / Dieter Mass / Susanne Sabisch, *Hafen Hamburg, Die Geschichte des Hamburger Freihafens von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hamburg: Kabel 1988, Abb., 400 S., DM 68,–.*

Hamburger Kontorhäuser, *mit Fotos von X. Meyer-Veden und Texten von Hermann Hipp, Berlin: Ernst u. Sohn 1988, Abb., 192 S., DM 98,–.*

Stadtjubiläen oder in Hamburg der Hafengeburtstag sind Ereignisse, die sich häufig in einer Fülle von publizistischen Erzeugnissen widerspiegeln. Dabei wird einerseits ein zunehmendes Interesse an Stadt- und Stadtteilgeschichte deutlich, andererseits werden Leser durch eine unabsehbare Fülle von Fest- und Jubiläumsschriften geradezu abgeschreckt. Bezogen auf das 800jährige Hafenjubiläum in Hamburg hatte nun der Senat allerdings selbst hohe und höchste Erwartungen geweckt, sollten doch die Berliner 750-Jahr-Feiern möglichst »übertrumpft« und kulturelle Spitzenleistungen aufgeboten werden. Nach einer Zeit der Ankündigungen kann mann mehr von Absagen lesen, ist doch die Finanzierung einiger Veranstaltungen noch unklar bzw. schon ins Hafenwasser gefallen.

Umstritten ist schon die Jahreszahl des Hafengeburtstages, auf die in vielen Publikationen Bezug genommen wird. Der angebliche Freibrief des Kaisers Friedrich I. Barbarossa vom 7. Mai 1189 entstammte nicht der kaiserlichen Kanzlei, wie der Hamburger Historiker Heinrich Reincke nachwies, sondern aus dem Hamburger Rathaus. Aber jahrhundertelang nahm niemand Anstoß, daß Hamburgs wichtigstes Dokument eine Fälschung war. Heute dient denn auch diese offizielle Zählweise als Anlaß für die Hafengeburtstagsfeiern.

Die Arbeit von J. Rath ist sicherlich keine der »Jubiläums-Eintagsfliegen«, sondern eine, um nicht zu schreiben *die* Studie über die Arbeit im Hamburger Hafen. Was hier auf den ersten Blick als schwere, ungesunde, gefährliche, monotone und dequalifizierende Arbeit erscheinen mag, erweist sich bei genauer Analyse als differenziertes durchaus nicht einfaches Tätigkeitsfeld. Rath beginnt seine Arbeit zeitlich mit der »Suche nach dem ersten Hafenarbeiter«, also mit den Anfängen des Schauermannberufes, und endet 1938, vor dem Zweiten Weltkrieg.

Hafenarbeit ist »spurlose« Arbeit, so der Autor. »Sie ist eine Dienstleistung, die keine unver-

gänglichen Arbeitsergebnisse schafft. Sobald Hafenarbeit verrichtet ist, ist sie auch gleichsam verschwunden« (S. 18). Wie ist es möglich, eine derartige Tätigkeit, die keine Spuren hinterläßt, zu dokumentieren, mit welchen Quellen? Rath arbeitet mit Sachquellen, Abbildungen, schriftlichen Quellen, Lebenserinnerungen und Interviews noch lebender Arbeiter, Techniker und Arbeitgeber, um so die Hafenarbeit »einzukreisen«.

Ausgegangen wird von wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen, vom Güterumschlag und seinen Schwankungen, von der Schiffahrt und dem Hafen mit seinen technischen Infrastrukturen. Anschließend werden die Objekte der Hafenarbeit, die Waren, ihre Verpackungen und Formate, die Luken und Ladengeschirre der Schiffe, die Kräne und Hebewerkzeuge und die anderen Arbeitsmittel analysiert. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen anschließend die wichtigsten Hafenarbeiterberufe, also Ewerführer, Schauerleute, Kaiarbeiter, Speicher- und Lagerhausarbeiter. Dabei werden jeweils Berufsbilder, Arbeitsorte, historische Entwicklungen, Ausbildung, Qualifikationen und Arbeitsmittel, Arbeitstechniken untersucht. Es ergibt sich ein differenziertes Bild zunehmender Arbeitsteilung, der Zerlegung der Arbeiten in anspruchsvollere Tätigkeiten und Hilfsarbeiten. Zu den qualifizierten aber ungelernten Arbeitern zählten auch die ehemaligen Seeleute, während sonst die notwendige Berufserfahrung eher durch »learning by doing« angeeignet wurde. Die Hilfsarbeiter erledigten die Teile der Arbeit, für die am wenigsten Kenntnisse, dafür aber Muskelkraft erforderlich war. Eine vorzügliche Bibliographie, eine Erläuterung der wichtigsten Fachbegriffe und eine Typologie von Arbeiten, Aufgaben, Funktionen und Tätigkeiten im Hafen ergänzen die Arbeit, bei der allerdings ein Stichwortverzeichnis hilfreich gewesen wäre.

Die Thematik des Buches von A. Thede-Ottowell ist demgegenüber breiter angelegt, es geht um Hafen, Schiffahrt, Handelshäuser und Reedereien, insofern ist der Buchtitel etwas irreführend. In 5 Zeitabschnitten wird zunächst die Hafengeschichte dargestellt, wobei lexikonartig Stichworte aufgenommen werden. Diese Buchkonzeption erschwert zusammenhängende Darstellungen und Erklärungen, zumal sehr unterschiedliche Stichworte vom Hamburger Grog über Hafen-Ortsteile und -straßen bis hin zu Firmen und technologischen Innovationen Eingang in das Buch gefunden haben.

Die Hafenentwicklung wird von der Hammaburg zum Alsterhafen – 8.–16. Jahrhundert: vom Alsterhafen zum »natürlichen« Elbehafen, 16.–19. Jahrhundert: vom »natürlichen« Elbehafen zum Ausbau mit Hafenbecken und Kaimauern, 19.–20. Jahrhundert: von der Freihafenstadt zur Hafenstadt mit Freihafen – und schließlich von der Hafenstadt zur »Welthafenstadt« im 20. Jahrhundert dargestellt.

Etwas verwirrend ist dabei die Aufteilung zwischen chronologischer und systematischer Struktur, so wird das Groß-Hamburg-Gesetz 1937 im Kapitel vom 16.–19. Jahrhundert erwähnt (S. 72) und die Stadt-Wasserkunst von dem Ingenieur Lindley 1857 (S. 244) im Kapitel über das 20. Jahrhundert. Schließlich vermißt man beim Abschnitt zur »Welthafenstadt« ein Stichwort zur Containerisierung und ihren Folgen. Literatur- und Quellenangaben sind im Text nicht gemacht worden und die Abbildungen und Pläne sind teilweise sehr klein geraten.

Der 800. Hafengeburtstag und 100 Jahre Freihafen 1988 waren auch Anlaß für den Band von A. Kludas u. a. Dieses Buch ist in drei Zeitabschnitte unterteilt, in denen die Bereiche Hafenentwicklung und Hafenpolitik, Umschlagtechnik sowie Arbeitswelt untersucht werden.

Die ersten Hafenausbauplanungen werden dargestellt, und die Kontroverse Tidehafen versus Dockhafen, die im 19. Jahrhundert lange die Hafenplanungen bestimmt, wird ebenso skizziert wie die Planung der ersten künstlichen Hafenbecken und der Bau spezieller Speicher. Der Zollanschluß als Triebfeder der weiteren Hafenentwicklung wird beschrieben, wie auch die zunehmende Mechanisierung der Hafenarbeit beim Umschlag und bei der Lagerei. Außerdem: die Arbeitswelt im Hamburger Hafen, die »unregelmäßig anfallende und oftmals unterschiedlich große Arbeitsmenge« (S. 82), die »Umschau«, das »Warten« und die spezifischen Arbeitsvermittlungsformen.

Die Hafenentwicklung zwischen den Weltkriegen wird im nächsten Hauptteil ausgeführt. Das Groß-Hamburg-Gesetz 1937 ermöglichte weitergehende Erweiterungsplanungen für den Hafen, und mit den NS-Elbuferplanungen war eine Umorganisation der gesamten stadträumlichen Strukturen intendiert. Neue Zuständigkeiten wurden geschaffen und der Güterumschlag durch Mechanisierung der Hafenarbeit weiter beschleunigt. Die Hafenentwicklung der Nachkriegszeit rückt nach konventionellem Neubeginn nach 1945 schnell unter den Einfluß der Containerisierung. Spezialhafenbecken für den Containerverkehr werden geschaffen, neue Umschlagstechnologien entwickelt und der ehemals arbeitsintensive Umschlag wird durch die Technik verdrängt. Die Werftenkrise und der Strukturwandel des Hafens vom Umschlagplatz zum logistischen Zentrum werden abschließend mit einem Ausblick auf das Jahr 2000 skizziert. Der Band ist gut bebildert, allerdings sind im Text keine Quellen- und Literaturangaben enthalten.

Im Zusammenhang mit Hafenentwicklung, Zunahme des Güterumschlages und zunehmender Arbeitsteilung entstanden in Hamburg wie auch in anderen Großstädten gegenüber vorindustrieller Zeit neue Bauaufgaben wie Mietskasernen für Hafenarbeiter, Speicher und Kontorhäuser. Ab ca. Mitte des 19. Jahrhunderts finden sich »reine« Kontorhäuser; vor allem aber nach 1900 entwickelte sich ein spezifischer Kontorhaustyp, der in der regionalen Backsteintradition des Hamburger Bauens steht. Die bekanntesten Hamburger Reeder und Kaufleute haben »ihre« Kontorhäuser bauen lassen, in denen die Heerscharen von Schreibern, Buchhaltern, Kontoristen, Schreibdamen etc. gearbeitet haben. Die Sanierung in Hamburg nach der Choleraepidemie wurde ab ca. 1910 zum Bau eines »Kontorhausviertels« in unmittelbarer Nähe zum Hafen und zur Speicherstadt genutzt. Die bekanntesten Hamburger Architekten, wie Fritz Höger, Hermann Distel, Martin Haller, Hans und Oskar Gerson und nicht zuletzt Fritz Schumacher, haben diesen Bautypus und seine Hamburg-spezifische Variante geprägt, um den es beim vierten Buchtitel geht.

Der Hauptteil des Buches besteht aus den vorzüglichen Fotos des Photographen H. Meyer-Veden, die ausgezeichnet reproduziert sind. Dabei wurde keine Inventarisierung aller Kontorhäuser versucht, sondern es wurde eine bewußt subjektive Auswahl getroffen. »Aus dem großen Zusammenhang einer ganzen Stadt ist hier nur eine bestimmte Architektur ausgewählt und aus dieser wiederum nur das besondere Detail« (S. 179).

Die Einführung von H. Hipp will nicht als »wissenschaftliche Aufarbeitung der Bauaufgabe Kontorhaus« verstanden werden, sondern »als Skizze mit Interpretationsangeboten und subjektiven Schwerpunktsetzungen« (S. 181). Hipp skizziert die stadtstrukturellen Veränderungsprozesse, die Dialektik von Stadtwachstum und innerstädtischen Umstrukturierungsprozessen, die »Citybildung«, und beschreibt die Herausbildung der neuen Bauaufgabe Kontorhaus im Kontext der bautechnischen Neuerungen. Er geht aber auch auf das »Innere« ein, die Strukturen der Büroarbeit, die Kontorausstattung und schließlich die Bürorationalisierung. Er beschreibt die Architekturen, die Vorder- und Rückseiten der Kontorhäuser, die Hamburger Backsteintradition und stellt die Kontorhäuser in einen Zusammenhang mit der Moderne, der »neuen Sachlichkeit« der 20er Jahre.

Schon 1909 erschien ein erster vom Architekten und Ingenieur-Verein herausgegebener Sammelband über das Hamburger Kontorhaus. Hier hieß es, das Kontorhaus »stellt eine ganz moderne Bauaufgabe dar..., diese Bauaufgabe ist örtlich beschränkt, ist hamburgisch, denn nirgend sonst – außer in London und New York – ist sie den Baukünstlern in der Reinheit gestellt worden wie hier«. Und weiter: »Ist es unserer Zeit gelungen, einer Bauaufgabe, die frühere Epochen nicht kannten und für die es historische Beispiele also nicht geben konnte, unbefangen entgegenzutreten?«

Mit der Citybildung, dem Mönckebergstraßendurchbruch und der Sanierung der Altstadt ab ca. 1900 entstanden in Hamburg immer mehr Kontorhäuser, wie der Sprinkenhof, Montanhof,

Mohlenhof und als bekanntestes Beispiel das Chilehaus. Dieses Gebäude mit der einem Schiffsbug nachempfundenen Fassade und seiner Symbolkraft wertet Hipp weniger als expressionistischen Genieblitz des Architekten F. Höger, sondern vielmehr als »Ergebnis einer typisch hamburgischen diskursiven Lösungsfindung, an der viele beteiligt waren« (S. 442). Ca. 200 Kontorhäuser haben in Hamburg den Zweiten Weltkrieg überlebt, teilweise verändert und umgenutzt sind sie heute bei starkem Veränderungsdruck in der City zu Objekten der Denkmalspflege geworden. Leider vermißt man in dem Buch einen Übersichtsplan und ein Verzeichnis der beteiligten Architekten.

Auch im Jahr des 800. Hafengeburtstages scheint in Hamburg der Konsens zu gelten: »Was dem Hafen nützt(e), nützt(e) auch Hamburg«. Der Hafen durfte nie zum Spielball von Einzel- und Gruppeninteressen werden. Heute noch sind die Hafenflächen im Eigentum der Stadt, sie plant, baut, finanziert und verpachtet die Flächen und Infrastrukturen. Bei einem vorläufigen Resumeé der publizistischen Erscheinungen zum Hafengeburtstag bleiben damit noch Wünsche offen. Fragen wie Frauenarbeit im und am Hafen, Wohnen, Leben und Freizeit von Hafenarbeitern, Denkmalschutz im Hafen u. ä. sind erst ansatzweise oder noch gar nicht bearbeitet worden.

Erich Konter

Zur mehrdimensionalen Analyse des »Städtischen«. Ein Buchpaket aus Frankfurt.

Walter Prigge *(Hrsg.), Die Materialität des Städtischen, Basel: Birkhäuser 1987, 255 S., DM 58,– (Stadtforschung aktuell 17).*

Deutsches Architekturmuseum Frankfurt am Main *(Hrsg.), Ernst May und das Neue Frankfurt 1925–1930. Katalog zur Ausstellung vom 13. 12. 1986 – 15. 2. 1987, Berlin: Ernst und Sohn 1986, zahlr. Abb., 160 S., DM 78,–.*

Walter Prigge / Hans-Peter Schwarz *(Hrsg.), Das* Neue Frankfurt. *Städtebau und Architektur im Modernisierungsprozeß 1925–1988, Frankfurt: Vervuert 1988, zahlr. Abb., 294 S., DM 30,–.*

Walter Prigge / Wilfried Kaib *(Hrsg.), Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich, Frankfurt: Vervuert 1988, 326 S., DM 38,80.*

Frankfurt ist nicht nur ein Banken- und Börsenplatz internationalen Ranges, sondern in den letzten Jahren zunehmend zu einem Zentrum des öffentlichen und wissenschaftlichen »Diskurses des Städtischen« geworden. In Auseinandersetzung mit der bis in die jüngste Vergangenheit scheinbar hegemonialen politisch konservativen bis reaktionären Variante dieses »Diskurses« und seiner Materialisierung durch Metropoleninszenierung, Stadtzerstörung und »-zerschmükkung« – offensichtlich von »dem Bürger« nicht mehr akzeptiert – hat sich in der kritischen Öffentlichkeit eine neue »Streitkultur« um das »Städtische« oder »Urbane« entwickelt. Sie unterscheidet sich nicht nur in ihrer Breite, vielleicht auch in ihrer Breitenwirkung von jenen kritischen »Diskursen des Städtischen« in anderen Großstädten der Bundesrepublik. Während sich zum Beispiel in West-Berlin die Auseinandersetzungen um die Stadtpolitik und ihre Materialisierungen nur zögernd und widerstrebend von der Innenstadt- und der sogenannten »Kiezperspektive« zu lösen beginnen, sind zumindest in den mir vorliegenden Veröffentlichungen die Versuche, die Gegenwart und die Gewordenheit des »Städtischen« in ihren überlokalen ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen sowie in ihren ökonomischen, sozialen, politischen, kulturellen und physischen Dimensionen zu betrachten und zu analysieren, unverkennbar.

In dem von Prigge herausgegebenen und eingeleiteten Buch, »Die Materialität des Städtischen«, sind die überarbeiteten Vorträge des Helmut-Brede-Kolloquiums veröffentlicht, das im Juni 1986 am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt stattfand; mit diesem Buch wird die wissenschaftliche Arbeit von Helmut Brede – verstorben im Oktober 1985 – gewürdigt. In vier Kapiteln werden die Kontinuitäten und Brüche der »Materialität des Städtischen in der gesellschaftlichen Produktion des kapitalistischen Raumes« (Prigge) problematisiert: »I. Raumstrukturen und säkulare Krise«, »II. Raumentwicklung und gesellschaftliche Restrukturierung«, »III. Urbanität und politische Kulturen«, »IV. Städtische Oppositionspolitik und Planungspraxis«. In welcher Breite und Tiefe hier die »Materialität des Städtischen« diskutiert wird und auf welchem »Terrain historisch-kritischer Stadtsoziologie« sich die 15 Beiträge dieses Sammelbandes bewegen, wird in der Einleitung von Prigge (»Raum und Ort«) nachvollziehbar dargelegt. Folgende Beiträge will ich besonders hervorheben. Zunächst sind es die beiden des ersten Kapitels von Esser/Hirsch (»Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie«) und

Läpple (»Zur Diskussion über ›Lange Wellen‹, ›Raumzyklen‹ und gesellschaftliche Restrukturierung«); sie zeichnen sich im wesentlichen dadurch aus, daß die Autoren eine m. E. zwingend notwendige Reintegration der kritischen Stadtsoziologie in die gesamtgesellschaftliche Theorie und Analyse einfordern, sich von den »linearen« Theorien der kapitalistischen Entwicklung und vom sogenannten »Kontinuitätsparadigma« distanzieren sowie »Überlegungen über den Zusammenhang von Gesellschaftsformation«, Politik und »Raumstruktur« sowie von städtischen Lebensweisen, Kulturen, Opposition/Proteste und lokal-staatlichen Regulationsformen (Esser/Hirsch) vorstellen. Im zweiten Kapitel diskutiert Rodenstein (»Durchstaatlichung der Städte?«) vorrangig zwei Thesen zur Funktion lokal-staatlicher Regulation: »Kommune als Gegenmacht« oder »Durchstaatlichung« der Kommune. An einem »neu entstandenen Feld kommunaler Aktivität« überprüft sie, in welche der beiden Richtungen der »staatliche Zwang zur städtischen Selbsthilfe« wirkt. Einen guten Überblick über die »gegenwärtige Debatte um die innere Urbanisierung der Städte« (Architektur und Städtebau) bietet der Beitrag Prigges (»Hegemonie des urbanistischen Diskurses«) im dritten Kapitel. Mit dem »Konjunkturwandel innerhalb der Stadtplanung« (von der Wachstumsorientierung zur Bestandserhaltung und -erneuerung), mit der Zweideutigkeit der »Urbanität« in der Planungspraxis sowie mit dem Zusammenhang zwischen Macht, Herrschaft und »Stadtplanung« setzt sich im letzten Text des Buches Rodriguez-Lores (»Lust auf Erhaltung – Lust auf Urbanität«) kritisch auseinander. Insgesamt gehört dieser Sammelband meiner Meinung nach zur neueren Grundlagenliteratur für alle, die sich in Praxis, Lehre, Forschung und Studium mit dem »Städtischen«, mit der Stadt und Stadtplanung beschäftigen wollen oder müssen.

Einen historischen Akteur der Materialisierung von »Städtischem« und die unter seinem Einfluß und seiner Leitung entstandene »Materialität des Städtischen« rückte von Dezember 1986 bis Februar 1987 eine Ausstellung des Deutschen Architekturmuseums Frankfurt am Main wieder ins Bewußtsein der interessierten Öffentlichkeit: »Ernst May und das Neue Frankfurt 1925–1930«. Die Ausstellung zeigte sowohl die Verflechtung von Sozialpolitik, Siedlungsbau und Architektur in der Tätigkeit von Ernst May als auch die »ästhetische Prägnanz und Eigenart« in den damaligen Entwürfen des »Neuen Frankfurt«. Die Textbeiträge des Ausstellungskataloges haben sich zum Ziel gesetzt, das »geschichtliche Bild« des »Neuen Frankfurt«, das »als Synonym für die praktische Verwirklichung des sozialen Anspruches im Neuen Bauen der Weimarer Republik« gilt, zu problematisieren. Die Präsentation der Elemente des »Neuen Frankfurt«, des »Ästhetischen« und des »Sozialpolitischen«, richtet sich bewußt gegen die Vereinnahmung der Siedlungen durch den Denkmalschutz sowie die Tendenz der Diskriminierung dieser Art sozialer Architektur und will durch »Beschränkung der Analyse auf die im Titel genannte Beziehung ... mit einer kontinuitätsfixierten Geschichtsschreibung brechen« (vgl. Einleitung von Höpfner und Prigge). Der Textteil ist in vier Kapitel unterteilt: »Ernst May und die Spezialisten des Städtischen«, »Das Neue Frankfurt im sozial-demokratischen Klima«, »Moderne Kultur des Wohnens« und »Städtebau am Stadtrand«. Die drei ersten Themenschwerpunkte werden von Prigge eingeleitet; der Autor versteht seine »soziologisch verallgemeinerten« Abhandlungen zur »Verflechtung« von »städtebaulicher Arbeit, politischer Macht und kulturellen Milieus«, zur »Regulierung« städtischer Vergesellschaftung über die städtische Wohnungsproduktion und zur »Durchdringung« von Raum, Zeit und Architektur als erste Annäherungen an »das historisch besondere Material«. Dem historisch interessierten Leser wird mit diesem Katalog einiges geboten: eine Fülle von Informationen und Analysen bis ins Detail, die ihn sicherlich zum Nachdenken anregen und vielleicht auch zum Überdenken eigener Vorurteile zwingen. Hervorheben möchte ich besonders den Beitrag von Andernacht/Kuhn über den »Frankfurter Fordismus«, seine Anstrengungen, Maßnahmen, Schwierigkeiten und Konflikte bei der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms, die »Notizen und Gedanken« von Herterich zur »Aneignung« des »Neuen Frankfurt« durch die Bewohner und vor allem die Betrachtungen von Kramer über die sogenannte »Frankfurter Küche« und die zeitgenössische Kritik an ihr unter der Fragestellung »Rationalisierung des Haushalts und Frauenfrage«. Für Uhlig sind die »Geschichten zu den Siedlungen der 20er Jahre gleichzeitig die Geschichte(n) der Interpreten..., die ihre eigene Biographie und ihr Erkenntnisbedürfnis im historischen Material eingeschrieben haben«. Wie sollte es auch anders sein? Geschichtsschreibung ist immer Interpretation, in die immer auch – verdeckt oder offensichtlich – der sogenannte »subjektive Faktor« des Interpreten eingeschrieben ist. Entscheidender ist – worauf Prigge zurecht rekurriert –, inwieweit die Geschichtsschreibung »die konstituierende Bedingung ihrer eigenen Praxis« reflektiert: »nämlich in der Gegenwart Geschichte zu schreiben und im Blick auf Vergangenheiten an der Aufklärung oder Verschleierung der gegenwärtigen Situation zu arbeiten«.

In der Veröffentlichung »das NEUE FRANKFURT« wird die Thematik des Neuen Frankfurt der späten 20er Jahre als städtebauliches »Modell rationalisierter Vergesellschaftung« (Prigge / Schwarz) weitergeführt bis zu der »Konzeption des neuesten Frankfurt«. Anlaß waren der »gegenwärtige Bruch mit der modernen Großstadtkultur« und die Kontroverse um den Bedeutungsgehalt von »Urbanität«; letztere wurde vom Deutschen Architekturmuseum und von der stadtpolitischen Gruppe »urbi et orbi« anläßlich eines gemeinsam veranstalteten Ernst-May-Kolloquiums geführt. Der Sammelband gliedert sich in drei Kapitel, die die »drei Phasen eines ›neuen‹ Frankfurt und ihre Umbrüche« kennzeichnen: »Formierung der Großstadtkultur« (Aneignung der Siedlungen der 20er Jahre bis heute), »Veralltäglichung der Moderne« (Trabantenstädte der 50er bis Ende der 60er Jahre) und »Urbanität nach der Postmoderne« (Internationalisierung der Innenstadt seit Ende der 70er Jahre). Obgleich es so erscheint, ist dieses Buch nicht nur die Geschichte der baulich- und sozialräumlichen Entwicklung einer Stadt, es ist zugleich die Geschichte der Disziplin Stadtplanung und Städtebau im gesellschaftlichen »Modernisierungsprozeß« am Beispiel der im »Lichtkegel« der Geschichte stehenden Akteure.

Nicht erst die Volks- und Wohnungszählung 87 haben es in das Licht der Öffentlichkeit gebracht: »Wohnungs-Nöte« herrschen insbesondere in den unteren Wohnungsteilmärkten der Großstädte und Ballungsräume schon seit längerer Zeit; sie sind nicht erst durch den steigenden Druck auf die Wohnungsbestände infolge des steigenden Aussiedlerzustroms verschärft worden. In kritischen Studien zur Wohnungsversorgung vor allem der sogenannten »einkommensschwachen Schichten« sowie der sogenannten »jungen Haushalte« sind eine ganze Reihe von Gründen für die sich ausbreitende »neue Wohnungsnot« genannt. Die Politik und Praxis der »Liberalisierung« der Wohnungsversorgung und der Privatisierung der Stadterneuerung sowie das »Ende des Projekts ›Sozialer Wohnungsbau‹ (Kaib / Prigge) seit der politischen »Wende« Anfang der 80er Jahre werden als wesentliche Ursachen diagnostiziert. Das in vielen Ländern zu konstatierende »Ende des Projekts ›Sozialer Wohnungsbau‹« war Gegenstand und zugleich Anlaß eines von H. Brede und P. Marcuse geleiteten Symposions zur international vergleichenden Stadtforschung; es fand im Herbst 1984 unter dem Titel »Wohnungspolitik zwischen Staat und Markt« in Königstein statt. Die dort präsentierten Untersuchungen zur Wohnungspolitik und -versorgung in westlichen Industrieländern sind nun in überarbeiteter Form in dem von Prigge und Kaib herausgegebenen Buch »Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich« veröffentlicht. Den Länderberichten sind im ersten Teil Beiträge vorangestellt, die einen informativen Einstieg in die Thematik Wohnungsbau und Stadtentwicklung und einen Überblick über den Stand der Stadt- und Wohnungsbauforschung bieten sowie auf die Fragen nach der Krise des Sozialen Wohnungsbaus, nach den wohnungspolitischen Konjunkturen seit dem Kriege und nach denkbaren alternativen Träger-, Verwaltungs- und Finanzierungsformen im Wohnungsbau Antworten zu geben suchen. Lei-

der werden die Texte nur teilweise der begründeten Forderung Bredes gerecht, daß »eine Theorie der Wohnungspolitik die empirisch feststellbaren Veränderungen der Wohnungspolitik mit Veränderungen in der Struktur der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse verknüpfen« müsse. Die Qualität des Sammelbandes liegt meines Erachtens vor allem in den Länderberichten, in denen die nationalen Besonderheiten der Entwicklung und des Standes der Wohnungsversorgung, der Wohnungspolitiken, ihrer Durchsetzung und Instrumente, Trägerformen sowie ihrer sozialen und sozialräumlichen Wirkungen beschrieben und analysiert werden: Länderberichte BRD (Ulbrich, Becker, Kujath, Glasauer / Ipsen / Lasch), Österreich (Kainrath), England (Martens / Bullock / Harms), Italien (Marson / Folin) und USA (Marcuse / Hartman). Trotz dieser Besonderheiten offenbart sich dem aufmerksamen Leser eine wesentliche Gemeinsamkeit: »die erstaunlich einheitliche Tendenz« (Häußermann) zur Lockerung der »Intensität staatlicher Intervention« und zur »Liberalisierung« des Wohnungssektors. Häußermann beschreibt und begründet in seiner Zusammenfassung der »Ergebnisse des internationalen Vergleichs« die unterschiedlich starke und verschieden organisierte Art staatlicher Interventionen in den genannten Ländern sowie die »sehr verschiedenen sozialpolitischen Orientierungen, Finanzierungssysteme und Trägerformen«, die mit dem Begriff »sozialer Wohnungsbau« gefaßt werden. Die Einheitlichkeit der gegenwärtigen Tendenzen in der Wohnungspolitik und in der Praxis staatlicher Intervention in die Wohnungsversorgung führt der Autor auf interne gesellschaftliche Umbrüche in der »Entwicklung der hochindustrialisierten kapitalistischen Länder« zurück. Zurecht verweist Prigge in seiner Einleitung auch auf die »supranationalen Effekte« aufgrund internationaler Verflechtungen dieser Länder über »Weltmarktbeziehungen und politische Konfigurationen«. Niethammer fragt in seinem »Rückblick« nach den »historischen Signaturen« des »Projekts ›Sozialer Wohnungsbau‹«, das »offenbar nicht mehr modellbildend« wirke; obgleich die »Staatsintervention am Wohnungsmarkt« nie sozial, sondern gesellschaftspolitisch motiviert gewesen und eine »Neuauflage des Sozialen Wohnungsbaus« für die »heutige Formen des Wohnungsmangels« unwahrscheinlich sei, könne derjenige, der »heute über bessere Formen des Zusammenlebens nachdenke«, nicht vom »Erbe« der Gemeinwirtschaft absehen. Prigge betont in der Einleitung die Notwendigkeit einer »international zu führenden Reformdebatte von Wohnungs- und Stadtpolitiken im gegenwärtigen Übergang zu postfordistischen Formen von Gesellschaft«; der internationale Vergleich biete die »Möglichkeit, die nationale Sehweise und ihre politisch-ideologischen Blockierungen durch den Blick über die Grenzen zu überwinden«. Dieser Sammelband öffnet die nationale Perspektive und gewährt einen weiten »Blick über die Grenzen«.

Wilma R. Albrecht

New York – Phönix in der Asche?

Daß Städte sich ständig wandeln und daß dieser Wandel Niedergang wie Blüte und Veränderung der räumlichen Nutzungsstruktur einschließt, kann als Gemeinplatz der Stadtgeschichtsforschung gelten; ebenso die Erklärung, daß diesen Wandlungserscheinungen sozioökonomische Strukturveränderungen unterliegen.

Öffentliches und politisches Interesse findet dieser Wandlungsprozeß jedoch zumeist erst dann, wenn soziale Krisen ihn begleiten, wie etwa Hausbesetzungen, Stadtteilkämpfe, Brände. Sie entzünden sich immer dann und immer wieder, wenn der sogenannte »sekundäre Kapitalkreislauf« (D. Harvey),[1] d. h. die Neustrukturierung der baulichen Umwelt, in Gang gesetzt wird, um Raum für neue Akkumulation zu schaffen. In den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten zeigten sich diese städtischen Krisen besonders Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre,[2] vereinzelt und verzögert auch noch heute.

In der Zwischenzeit nun haben sich Form und Gestalt einer neuen Stadtstruktur in einzelnen Metropolen deutlicher herausgebildet. Sie entwickeln sich auf der Grundlage einer »tertiären Restrukturierung« im Gefolge neuer Techniken, veränderter Qualifikationsanforderungen, flexiblerer Strategien von Arbeits- und Kapitaleinsatz und sich daraus ergebender neuer Sozialbeziehungen und Lebensverhältnisse;[3] einher gehen damit neue stadträumliche Differenzierungen und Dualismen.

Als ein avanciertes Beispiel gilt New York, das Klaus Brake in seiner Fallstudie *»Phönix in der Asche – New York verändert seine Stadtstruktur«*[4] untersucht hat. Seine wichtigsten Untersuchungsfragen lauten:

»– ist eine tertiäre Restrukturierung auf Basis mittelbar produktionsorientierter Dienstleistungen feststellbar und kann New York als Typ einer »global city« bezeichnet werden?

– sind ökonomische und soziale Polarisierungstendenzen vor allem auch als geographische feststellbar und kann New York als eine »dual city« charakterisiert werden?

– welches veränderte städtische Nutzungsstruktur-Muster bildet sich damit heraus? Und wie ist es historisch einzuordnen?

– unter welchen – insbesondere auch politischen – Rahmenbedingungen ist die aktuelle Entwicklung verlaufen?« (S. 22).

Als Hauptmerkmal, um die »tertiäre Restrukturierung« zu erfassen, nimmt Brake Kennziffern zur Veränderung der Baustruktur und Bautennutzung. Dabei zeigt sich zunächst, daß sich das Bauvolumen der Region New Yorks in den letzten 10 Jahren zugunsten von New York-City verändert hat (von 32,5% 1977 auf 42% 1987),

[1] *D. Harvey,* Die Entwicklung der städtisch-baulichen Umwelt im Kapitalismus. Theoretisches Rüstzeug für eine Analyse, in: *J. Krämer / R. Neef* (Hrsg.), Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus, Stuttgart 1985, S. 49–71.

[2] Vgl. *M. Mayer / R. Roth / V. Brandes* (Hrsg.), Stadtkrise und soziale Bewegungen. Texte zur internationalen Entwicklung. Frankfurt/M. 1978, Teil II; *P. Grottian / W. Nelles (Hrsg.),* Großstadt und soziale Bewegungen Stuttgart 1983.

[3] Und wird zumeist mit dem Konzept des Post-industrialismus/ Postfordismus beschrieben und erklärt, vgl. E. Hahn, Zukunft der Städte. Chancen urbaner Entwicklung. Frankfurt 1985; vgl. auch *J. Friedrichs* (Hrsg.), Die Städte in den 80er Jahren. Demographische, ökonomische und technologische Entwicklungen. Opladen 1985.

[4] *K. Brake,* Phönix in der Asche – New York verändert seine Stadtstruktur; in: Beiträge der Universität Oldenburg zur Stadt- und Regionalplanung 5, Oldenburg 1988. Die folgenden Seitenangaben hiernach.

wobei die Gewerbe- und Geschäftsbauten 1987 mit 2,2 Mrd. Dollar von 4,2 Mrd. Dollar Bausumme für New York-City den höchsten Anteil hielten. Bei der Verteilung der Nutzflächen, die Arbeitsplätzen dienen, nehmen Büroflächen vor Industrieflächen (347 Mill. sqf zu 324 Mill. sqf) den höchsten Rang ein. Diese Büroflächen konzentrieren sich zu rd. 90% in Manhattan und innerhalb Manhattans in Midtown und Downtown und weisen eine etwa 10%ige Leerstandsrate auf, die jedoch im Vergleich zu anderen US-Städten noch als moderat gilt und das hohe Mietpreisniveau nicht drücken kann. Genutzt werden diese Büroflächen Manhattans hauptsächlich von Banken, Versicherungen und nichthaushaltsbezogenen Dienstleistungsträgern, wie Wirtschaftsberater, EDV-Dienstleister, Werbeagenturen.

Die Bauflächennutzung korrespondiert mit einer Arbeitsplatzentwicklung und -verteilung (3,58 Mio 1987 in New York-City), die sich in den letzten Jahrzehnten vom Industriesektor weg zu Dienstleistungen insgesamt und zum Finanz-, Immobilien- sowie Versicherungswesen speziell hin entwickelt hat: »Allein in den letzten 10 Jahren gewinnt New York-City etwas über 400 000 Arbeitsplätze per Saldo dazu, und von den seitdem 609 000 neugeschaffenen Arbeitsplätzen sind allein 76% in nur zwei Bereichen: Finanzen / Versicherungen / Immobilien und in den Dienstleistungen i. e. S.« (S. 34).

Diese Entwicklung führte dazu, daß gegenwärtig die Bereiche Finanzen und Dienstleistungen fast die Hälfte aller Arbeitsplätze in New York-City stellen. In diesem Arbeitsplatzangebot drückt sich der Tatbestand aus, daß New York-City sich in den letzten Jahrzehnten zur Zentrale des international operierenden Finanzwesens entwickelt hat, das nicht nur Standort der weltgrößten Börse ist, sondern auch der umsatzstärksten Banken überhaupt (vgl. S. 46). Dieser dominierende Finanzsektor prägt auch nachhaltig das Dienstleistungsprofil der Stadt, so daß von einem »financial/business-service-Komplex« gesprochen werden muß: »Und im Ergebnis kann festgestellt werden, daß auf dieser Basis New York-City sehr wohl eine – wenigstens quantitativ ausgedrückte – »tertiäre Restrukturierung« seiner Ökonomie erlebt und wegen ihres spezifischen Charakters als Typ einer »global city« bezeichnet werden kann« (S. 54).

Dieser sich herausbildende »financial-business-service-Komplex« führt zu einer veränderten Arbeitsplatzstruktur. So nahmen in den letzten 16 Jahren per Saldo die professional-, technical-, manager-, service- und clerical-Tätigkeiten erheblich zu, während die blue-collar- und sale-Tätigkeiten abnahmen. So gibt es auf der einen Seite spezialisierte, hochqualifizierte und gut dotierte Arbeitsplätze und auf der anderen Seite einfache Jobs, zu deren Ausübung kaum Sprach- und Schriftkenntnisse sowie nur eine kurze Anlernzeit nötig sind. Letztere erreichen bereits Anteile von 16% in den großen Dienstleistungsbereichen, 11% im Finanzwesen, 24% im Business-Service und 18% in anderen Services (S. 61). Durch diese Entwicklung wird tendenziell die lower middle class New Yorks ausgezehrt und die Armutsbevölkerung erhöht. Bereits 1984 lagen rd. 27% aller Haushalte New Yorks unterhalb der Armutsgrenze.

Mit der sog. »tertiären Rekonstruktion« über den Finanz- und Dienstleistungssektor, der polarisierenden Veränderung der Arbeitsplatzstruktur und der sozial disparitären Bewohnerschaft bildet sich auch ein neues stadträumliches Segregationsmuster aus. Aktionszentrum und Konzentrationsschwerpunkt der Stadt und Region ist Manhattan, »Manhattan Midtown das Aktionsfeld der vereinigten »business+relates professional services" im weiteren und differenzierten Sinne und mit eigenen Sub-Komplexen (Werbung / Mode / Immobilien / Versorgung) im Kontext mit Finanzwesen, Versicherungen und Unternehmensverwaltungen; Downtown dagegen stellt sich uneingeschränkt dar als Behausung eines Komplexes, dessen Schwerpunkt eindeutig auf Finanzwesen / Versicherungen / öffentlicher Verwaltung und entsprechenden Services (Computer, Nachrichten, Buchführung) liegt. Zugleich sind sich diese Gebiete aber auch ähnlich, und zwar darin, daß sie räumlich extrem begrenzt konzipiert sind, worin intensivste Kontakt-Bedürfnisse und vitale Interessen an zentralsten Standorten zum Ausdruck kommt« (S. 131 f.). Die Projekte World Financial Center / Battery Park City können als repräsentative Beispiele intensivster Raumnutzung gelten.

Parallel mit der Ausbildung des weltmarktorientierten Finanz- und Dienstleistungszentrums in Manhattan läuft ein Verdrängungseffekt, der die bislang hier ansässigen nationalen Unternehmenszentralen und back-office-Abteilungen der nichtwarenproduzierenden Unternehmen und Hauptverwaltungen betrifft: sie finden im nördlichen Teil des Staates New York, im südwestlichen Connecticut und nordöstlichen New Jersey ihren neuen Standort. Gleichzeitig erhöht sich damit die Attraktivität dieser Außenbereiche als Standorte für in- und ausländische Unternehmen, deren wirtschaftliches Aktionsfeld der US-Markt selbst darstellt (vgl. S. 136).

Insgesamt ergibt sich somit ein regionales Nutzungsmuster, bestehend aus New York-City als sozioökonomisch boomendem Kern, umgeben von einer Zone abfallender Wirtschaftsstärke, an die sich als dritte Zone ein Gürtel relativ großer solitärer Cities angliedert. Auffallend dabei erscheint Brake das relative sozioökonomische Vakuum der »outer boroughs«, die nicht an der stadtökonomischen Prosperität teilhaben. Diese disparitäre Entwicklung New Yorks läßt den Autor von einer »dual City« sprechen.

Die Umstrukturierung New Yorks zur internationalen Finanz- und Dienstleistungsmetropole verlief jedoch nicht spontan, sondern erfolgte nach einer bewußten Strategie, die nach der Finanzkrise 1975 von der Municipal Assistance Corporation (MAC), einer gemischten Kommission aus Vertretern großer stadtansässiger Banken und Stadtverwaltung, erarbeitet und verfolgt wurde. Dabei ging es im Kern darum, der Entwertung der Grundrenten in Midtown und Wall Street entgegenzuwirken. Dies erfolgte über eine »strategy of intensive development«, die die Infrastrukturmittel gezielt auf das südliche Manhattan konzentrierte, um die urbanen und metropolen Qualitäten auszubauen. Hierzu bediente man sich der »public developers«, einer Art Zweckverbände, die außerhalb des öffentlichen Haushaltgebarens agieren. Unterstützt wurden sie durch private »developers«, die das erforderliche umfangreiche Investitionskapital zusammenmanagten.

Abschließend stellt sich mir die Frage, ob und wie die zusammengetragenen umfassenden empirischen Ergebnisse zur Stadtumstrukturierung New Yorks theoretisch verallgemeinert werden können. Die Spezifik des Untersuchungsgegenstandes läßt dies jedoch nur in beschränktem Maße zu und führt letztlich zu bekannten Ergebnissen wie der Bestätigung der Substituierungsmöglichkeit gewerblicher Arbeitsplatzanteile durch Dienstleistungen (S. 197), des Bedeutungsverlustes naturbedingter Standortfaktoren und der Bedeutungszunahme kollektiv und gesellschaftlich produzierter Standortfaktoren und der Bedeutungszunahme kollektiv und gesellschaftlich produzierter Standortqualitäten für Kapitale, die mit mittelbar produktionsorientierten Dienstleistungen verbunden sind, der Fühlungsvorteile von Agglomerationsgebieten, der qualitativen Selektion von Kapital- und Arbeitsplatzstandorten. All dies ist aus der Stadtsoziologie und der klassischen Stadtökologie bekannt: so zeigt das von Klaus Brake ausgemachte Gebiet der »outer boroughs« große Affinität zur »Übergangszone« von Burges Stadtmodell,[5] wenngleich im Maßstab erheblich vergrößert. Als Schwäche empfinde ich auch, daß es Brake versäumt hat, das Verflechtungsgefüge Stadt-Region nachzuzeichnen. Erst dies erlaubt es, Aussagen zu treffen, ob die Region disparitär oder funktional arbeitsteilig aufgebaut ist. Der Autor unterließ es auch, die Erkenntnis weiter zu verfolgen, daß die sozioökonomische Rekonstruktion New Yorks sich aus einem neuen Entwicklungspotential (ausländische Investitionen, internationale Kapitalverflechtungen und neue Zirkulationsprozesse des Kapitals) nährt. Wenn sich dieses für andere großstädtische Rekonstruktionsprozesse ebenfalls nachweisen ließe – dann müßte sich ein bestimmter Stadtmodelltyp und ein internationales Städteverflechtungsmuster erstellen lassen, aus dem sich Chancen und Risiken, Planungsmöglichkeiten und Alternativen ableiten ließen.

[5] Vgl. *W. Albrecht*, Stadt oder Siedlung?, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 8 (1983/3), S. 66.

Autoren

Wilma R. Albrecht, Dr. rer. soc. et lic. rer. reg. Mitglied im AK »Freie Planer« (BDA). Z. Zt. Lehrerin an einer Gesamthochschule in Nordrhein-Westfalen, Stadtverordnete in Bad Münstereifel. Seit 1980 zahlreiche Aufsätze zu stadthistorischen und stadt(teil)planerischen Fragen.

Jürgen Hagel, Dr. (geb. 1925). Nach Studium der Geographie und Promotion 1956–1965 Redakteur der Zeitschrift »Kosmos«. Seit 1965 am Geographischen Institut der Universität Stuttgart, jetzt als Akademischer Direktor. Derzeitige Arbeitsgebiete: Historische Stadtgeographie, historisch-geographische Umweltforschung, historische Kartographie. Zahlreiche Aufsätze, insbesondere zur historischen Stadtgeographie Stuttgarts und über historische Karten.

Johann Jessen, Dr. (geb. 1949). Nach Architekturstudium freiberufliche Tätigkeit bei der Planerwerkstatt Darmstadt, seit 1978 Durchführung von empirischen Untersuchungen an der Universität Oldenburg, Arbeitsgruppe Stadtforschung. Derzeit Hochschulassistent für das Fach »Wohnungswesen« am Studiengang Raumplanung. Zahlreiche Veröffentlichungen zu sozialwissenschaftlichen und planungsbezogenen Aspekten der Stadtentwicklung.

Erich Konter, Dr.-Ing., Dipl.-Soz. (geb. 1946). Hochbaustudium an der FHS Saarbrücken, Architektur und Städtebau an der TU Berlin, Soziologie, Psychologie und Geschichtswissenschaften an der FU Berlin. Nach Tätigkeiten in Architektur- und Planungsbüros wiss. Angestellter an der RWTH Aachen. Derzeit wiss. Assistent für Gesellschafts- und Planungswissenschaft an der TU Berlin. Publikationen zur Architektur-, Stadt- und Planungsgeschichte.

Volker Roscher, Dipl.-Soz. (geb. 1948). Studium der Architektur und des Städtebaus an der HfbK Hamburg; Soziologie, Wirtschaft- und Sozialgeschichte an der Universität Hamburg. 1977–1985 wiss. Assistent an der RWTH Aachen. Seit 1985 Geschäftsführer und wiss. Mitarbeiter beim BDA Hamburg. Publikationen zur Stadtsoziologie und Stadtgeschichte. Mitherausgeber der Buchreihe »Stadt-Planung-Geschichte«.

Dirk Schubert, Dr. rer. pol., Dipl.-Ing., Dipl.-Soz. Akademischer Oberrat an der TU Hamburg-Harburg. Forschungsschwerpunkte sind Stadterneuerung und Werterhaltung, Arbeitsschwerpunkte Stadterneuerung, Stadtbaugeschichte und Wohnungswesen.

Wolfgang Sittel-Czypionka (geb. 1952). Studium der Landespflege und des Städtebaus, danach 1980–1987 wissenschaftliche Tätigkeit an der TU Berlin mit Lehr- und Forschungsaufgaben zur Stadt- und Landschaftsplanung. 1987–1989 Städtebaureferendar des Landes Niedersachsen. Derzeit Leiter des Planungsamtes der Stadt Sankt Augustin.

Zur Besprechung eingegangene Bücher

Albers, Gerd / von Bassewitz, Horst / Bekker, Jürgen u. a., Für Ulrich Conrads von Freunden ... und einen bewegten Inhalt so zu umfassen, daß er sich bewegend stehe. Beiträge von 65 Autoren, Braunschweig: Vieweg 1988, 58 Abb., 238 S.

Aus sieben Jahrhunderten Nürnberger Stadtgeschichte. Ausgewählte Aufsätze von Gerhard Hirschmann. Festgabe zu seinem 70. Geburtstag, hrsg. von Kuno Ulshöfer, Nürnberg: Selbstverlag des Vereins für die Geschichte der Stadt 1988, 288 S. (Nürnberger Forschungen 25)

Binding, Günther, Kleine Kunstgeschichte des deutschen Fachwerkbaus, 4. überarb. und erw. Aufl., Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1989, Abb., 285 u. 208 S.

Bodmann, Marie-Luise / Rieger, Franz Herbert, Stadterneuerung und Gewerbe. Der Erneuerungsbedarf der Gewerbebauten in Mischgebieten, Berlin: VAS 1988, Abb., 142 S.

Bonn im Bombenkrieg. Zeitgenössische Aufzeichnungen und Erinnerungsberichte von Augenzeugen, hrsg. von Helmut Vogt, Bonn: Edition Röhrscheid 1989, 328 S. (Bonner Geschichtsblätter 38)

Bosl, Karl, Die Bayerische Stadt in Mittelalter und Neuzeit. Altbayern – Franken – Schwaben, Regensburg: Pustet 1988, 16 Abb., 405 S.

Die Comburg, Vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, hrsg. von Elisabeth Schraut, Katalog zur Ausstellung vom 12. 7. bis 5. 11. 1989, Sigmaringen: Thorbecke 1989, ca. 258 Abb., 280 S.

Curtis, William J. R., Architektur im 20. Jahrhundert, Stuttgart: DVA 1989, 440 Abb., ca. 440 S.

Denkmalpflege und Tourismus II. Mißtrauische Distanz oder fruchtbare Partnerschaft. Vorträge und Diskussionsergebnisse des 2. Internationalen Symposions vom 9.–12. 11. 1988 in Trier, hrsg. von Christoph Becker, Trier: Geographische Gesellschaft 1989, 193 S. (Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie 18)

Denkmalrecht Nordrhein-Westfalen, Kommentar, 2. neubearb. und erw. Aufl. von Paul Artur Memesheimer u. a., Köln: Deutscher Gemeindeverlag 1989, 560 S.

Europäische Städte im Zeitalter des Barock. Gestalt – Kultur – Sozialgefüge, hrsg. von Kersten Krüger, Köln: Böhlau 1988, 70 Abb., 1 Karte, XX u. 439 S. (Städteforschung, Reihe A 28)

Friedrichs, Jürgen (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung, Opladen: Westdeutscher Verlag 1988, 440 S. (Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 29)

Graefe, Rainer (Hrsg.), Zur Geschichte des Konstruierens, Stuttgart: DVA 1989, ca. 350 Abb., ca. 200 S.

Die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst nach der Steuererhebung von 1744, bearb. von Marlies Folkens u. a., hrsg. von Kersten Krüger, Teil 1: Berufliche Gliederung und Veranlagung der Steuerpflichtigen, Teil 2: Namenslisten der Steuerpflichtigen, Oldenburg: Holzberg 1988 (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Inventare und kleinere Schriften in Oldenburg Heft 31 und 32)

HERZIG, ARNO, Das alte Hamburg (1500–1848/49). Vergleiche – Beziehungen, Berlin: Reimer 1989, 276 S. (Hamburger Beiträge zur öffentlichen Wissenschaft 5)

HERZIG, ARNO / GÜNTER TRAUTMANN, »Der kühnen Bahn nur folgen wir…«, Bd. 1: Entstehung und Wandel der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2: Arbeiter und technischer Wandel in der Hafenstadt Hamburg, Hamburg: Reidar 1989, 354 und 342 S.

HILS, EVELYN, Johann Friedrich Christian Hess: Stadtbaumeister des Klassizismus in Frankfurt am Main von 1816–1845, Frankfurt: Kramer 1988, Abb., 293 S. (Studien zur Frankfurter Geschichte 24)

HOFFMANN, ROBERT, »Nimm Hack' und Spaten«. Siedlung und Siedlerbewegung in Österreich 1918–1933, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1987, Abb., 325 S. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 33)

HUCKE, WOLFGANG / WOLLMANN, HELLMUT (Hrsg.), Dezentrale Technologiepolitik? Technikförderung durch Bundesländer und Kommunen, Basel: Birkhäuser 1989, 673 S. (Stadtforschung aktuell 20)

IRION, ILSE / SIEVERTS, THOMAS, Neue Städte. Experimentierfelder der Moderne, Stuttgart: DVA 1989, ca. 300 Abb., ca. 280 S.

ISENMANN, EBERHARD, Die deutsche Stadt im Spätmittelalter 1250–1500. Stadtgestalt, Recht, Stadtregiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart: Ulmer 1988, 442 S. (UTB Große Reihe 1483)

EIN JAHRHUNDERT FRANKFURTER JUSTIZ; GERICHTSGEBÄUDE A: 1889–1989, hrsg. von Horst Henrichs und Karl Stephan, Frankfurt/M.: Kramer 1989, Abb., 332 S. (Studien zur Frankfurter Geschichte 27)

JAKOB, ANDREAS, Die Neustadt Erlangen. Planung und Entstehung, Erlangen: Stadtarchiv 1986, Abb., 264 S. (Erlanger Bausteine zur fränkischen Heimatforschung, Sonderband)

JUDEN IN KARLSRUHE. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. von Heinz Schmitt unter Mitwirkung von Ernst Otto Bräunche und Manfred Koch, Karlsruhe: Badenia 1988, 135 Abb., Karten, Tab., 640 S. (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs 8).

JÜNGLING, HANS JÜRGEN, Reichsstädtische Herrschaft und bäuerlicher Protest. Der Konflikt zwischen der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd und ihrem Landgebiet (1775–1792), Schwäbisch Gmünd: Einhorn 1989, Abb., 128 S. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Schwäbisch Gmünd 6)

KATER, KLAUS, Hamelner Altstadtsanierung: Konzept – Kritik – Kompromiß, Hameln: Niemayer 1989, Abb., 128 S.

KESWICK, MAGGIE, Chinesische Gärten. Geschichte, Kunst und Architektur. Unter Mitarbeit von Charles Jencks, Stuttgart: DVA 1989, ca. 220 Abb., 216 S.

KIESSLING, ROLF, Die Stadt und ihr Land. Umlandpolitik, Bürgerbesitz und Wirtschaftsgefüge in Ostschwaben vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Köln: Böhlau 1989, Abb., ca. 752 S. (Städteforschung, Reihe A, Bd. 29)

KIRCHGÄSSNER, BERNHARD / BAER, WOLFGANG (Hrsg.), Stadt und Bischof, Sigmaringen: Thorbecke 1988, 190 S. (Band 14 der Reihe »Stadt in der Geschichte«. Veröffentlichungen des südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung)

KLOTZ, HEINRICH, Architektur des 20. Jahrhunderts. Zeichnungen – Modelle – Möbel, Stuttgart: Klett-Cotta 1989, 430 Abb., 350 S.

KRIER, BOB, Über architektonische Kompositionen, Stuttgart: Klett-Cotta 1989, 500 Abb., ca. 344 S.

LENZ, RÜDIGER, Kellerei und Unteramt Dilsberg. Entwicklung einer regionalen Verwaltungsinstanz im Rahmen der kurpfälzischen Territorialpolitik am unteren Neckar, Stuttgart: Kohlhammer 1989, 239 S. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde Baden-Württemberg, Reihe B 115)

LINDEMANN, HANS-ECKHARDT, Historische Ortskerne in Mainfranken. Geschichte – Struktur – Entwicklung, München: Callwey 1989, 217 Abb., 204 S.

LÜBECKISCHE GESCHICHTE, hrsg. von Antjekathrin Gaßmann, Lübeck: Schmidt-Römhild 1988, Abb. 934 S.

METHODEN ZUR ERHALTUNG VON KULTURGÜTERN: Forschungsresultate aus dem Nationalen Forschungsprogramm des Schweizer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, hrsg. von François Schweizer, Bern: Haupt 1989, Abb., 269 S.

MODERNE STADTGESCHICHTSFORSCHUNG IN EUORPA, USA UND JAPAN. Ein Handbuch, hrsg. von Christian Engeli und Horst Matzerath, Stuttgart: Kohlhammer 1989, 559 S. (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik 78)

MÜLLER, HERBERT, Parteien- oder Verwaltungsvorherrschaft? Die Kommunalpolitik der Stadt Kempten (Allgäu) zwischen 1929 und 1953, München: Vögel 1988, 103 Grafiken u. Tabellen, 448 S.

NIEDERSÄCHSISCHES LANDESVERWALTUNGSAMT / INSTITUT FÜR DENKMALPFLEGE (Hrsg.): Denkmaltopographie, Bundesrepublik Deutschland. Landkreis Hannover, Teil 1, bearb. von Henner Hannig, Braunschweig: Vieweg 1988, ca. 600 Abb., 130 Karten, 310 S. (Baudenkmale in Niedersachsen, Bd. 13.1)

OHLER, NORBERT (Hrsg.), Die Adelhauser Urbare von 1327 und 1423, Freiburg: Stadtarchiv 1988, 438 S. (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg 18)

RÄUME ZUM HÖREN, Band 6 der Reihe »arcus – Architektur und Wissenschaft«, Köln: Rudolf Müller 1989, Abb., 80 S.

REIDENBACH, MICHAEL / KÜHN, GERD, Die Erhaltung der städtischen Infrastruktur. Analysen – Finanzbedarf – Strategien, Stuttgart: Kohlhammer 1989, Abb., Tab., 174 S. (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik 79)

RIBHEGGE, WILHELM, Konservative Politik in Deutschland. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1989, 338 S.

RIETBERG: 700 Jahre Stadt Rietberg: 1289–1989. Beiträge zu ihrer Geschichte, hrsg. von Alwin Hanschmidt, Rietberg: Stadt Rietberg 1989, 3 Karten, Abb., 847 S.

ROTTENBURG AM NECKAR 1750–1830. Von der vorderösterreichischen Oberamtsstadt zum Sitz des württembergischen Landesbistums, hrsg. von Karlheinz Geppert und Heiner Maulhardt, Rottenburg: Stadtarchiv 1988, Abb. 120 S.

DAS SCHICKSAL DER FREIBURGER JUDEN am Beispiel des Kaufmanns Max Mayer und die Ereignisse des 9./10. November 1938. Mit Beiträgen von Rolf Böhme und Heiko Haumann, hrsg. vom Stadtarchiv Freiburg, Freiburg: Schillinger 1989, Abb., 76 S. (Stadt und Geschichte 13)

SCHILDT, AXEL / SYWOTTEK, ARNOLD (Hrsg.), Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt/M.: Campus 1988, 632 S.

SCHMITTAT, KARL-OSKAR: Denkmalschutz und gemeindliche Selbstverwaltung. Dargestellt anhand der Rechtslage in Nordrhein-Westfalen, Berlin: Duncker u. Humblot 1988, 230 S.

SKALECKI, GEORG, Deutsche Architektur zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Der Einfluß Italiens auf das deutsche Bauschaffen, Regensburg: Pustet 1989, 173 Abb., 300 S.

Stadt Herdecke (Hrsg.), 250 Jahre Stadt Herdecke 1739–1989, Essen: Klartext 1989, Abb., 320 S.

Stadt Herdecke (Hrsg.), Frieden in der Stadt. Stadt – Kultur – Frieden, Essen: Klartext 1989, Abb., 224 S.

Stadterneuerung im Wandel, Erfahrungen aus Ost und West, Internationales Symposium, Berlin-Wedding, 27.–29. 10. 1988, hrsg. von Martina Dase u. a., Basel: Birkhäuser 1989, Abb., 159 S. (Stadtforschung aktuell 22).

Stadterneuerung in Berlin-West. Perspektiven einer Bestandsentwicklung, hrsg. von der Arbeitsgruppe Stadterneuerung, Berlin: VAS 1989, Abb., 215 S.

Stadterneuerung und Altstadterhaltung in Linz, hrsg. vom Linzer Planungsinstitut Altstadt, Linz 1989, 336 S.

Tietz, Manfred, Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945, Essen: Klartext 1989, Abb., ca. 250 S.

Topfstedt, Thomas, Städtebau in der DDR 1955–1971, Leipzig: Seemann 1988, Abb., 208 S.

Urkunden und Akten der oberdeutschen Städtebünde, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band II: Städte- und Landfriedensbündnisse von 1347 bis 1380, 2 Bände, bearb. von Konrad Ruser, Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht 1988, zus. 1382 S., DM 428,–

Vom Leben braunschweiger Landleute. Volkslebenbilder von Carl Schröder (1802 bis 1867), hrsg. von Gerd Spies, Braunschweig 1988, Abb., 141 S. (Braunschweiger Werkstücke, Reihe B 10)

Wagner, Ulrich, Das Bamberger Rechenbuch von 1483, Weinheim/Basel: VCH 1988, 311 S.

Waltger und die Gründung Herfords. Beiträge zur Geschichte des Stifts, der Stadt und des Kreises Herford, hrsg. von Rainer Pape, Herford: Maximilian 1988, 163 S.

Weber-Karge, Ulrike, »...einem irdischen Paradeiß zu vergleichen...« Das Neue Lusthaus in Stuttgart. Untersuchungen zu einer Bauaufgabe der deutschen Renaissance, Sigmaringen: Thorbecke 1989, ca. 127 Abb., ca. 224 S.

Werner, Josef, Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, Karlsruhe: Badenia 1988, 315 Abb., Karten, Tab., 544 S. (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs 9)

Wohlleben, Marion, Konservieren oder restaurieren? Zur Diskussion über Aufgaben, Ziele und Probleme der Denkmalpflege um die Jahrhundertwende, Zürich: vdf 1989.

Wolf, Erika, Nationalsozialismus in Leverkusen, Leverkusen: Stadtarchiv 1988, 729 S. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Leverkusen 1)

Ziegler, Leopold, Florentinische Introduktion zu einer Theorie der Architektur und der Bildenden Künste 1911/1912, Braunschweig: Vieweg 1989, 204 S. (Bauwelt Fundamente 88)

1200 Jahre Herford: Spuren der Geschichte, hrsg. von Theodor Helmert-Corvey und Thomas Schuler, Herford: Maximilian 1989, Abb., 700 S. (Herforder Forschungen 2)

Besprechungen

Detlev Vonde, *Revier der großen Dörfer. Industrialisierung und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet, Essen: Klartext 1989, 264 S., DM 29,80.*

100 000 Einwohner machen eine Großstadt – so legten Statistiker schon im 19. Jahrhundert fest. Im Ruhrgebiet übertraf Hamborn 1910 diese Marke, durfte aber nicht einmal Stadt sein, sondern wurde nach der rheinischen Landgemeindeordnung verwaltet. Die politische und soziale Problematik dieser großen Industriedörfer vor allem in der Emscherzone des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, von denen Hamborn nur das markanteste Beispiel ist, hat Detlev Vonde in dieser sehr beachtenswerten Hagener Dissertation zum ersten Mal systematisch darzustellen versucht. Unverkennbar ist dabei der Einfluß Lutz Niethammers, dessen kleine Studie über Borbeck vor zehn Jahren auf den Typus »defizienter« Urbanisierung aufmerksam gemacht hatte, der das nördliche Ruhrgebiet bis heute stark bestimmt. Die erfahrungsgeschichtlichen Dimensionen, auf die Niethammer den Schwerpunkt gelegt hatte, fehlen bei Vonde leider fast völlig; Mittelpunkt seiner Analyse sind die Stadterhebungsanträge der Industriedörfer von den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bis 1914, von denen aufgehend Stadtentwicklung und Infrastruktur der Gemeinden, die Stadterhebungspraxis der preußischen Bürokratie, die aus der Verwaltung nach den Landgemeindeordnungen sich ergebenden Probleme und nicht zuletzt die Machtstrukturen und Interessenkonflikte der verschiedenen beteiligten Gruppen untersucht werden.

Die beiden ersten Teile (S. 26–126), die Fallstudien über Altenessen, Hamborn und Wanne-Eickel enthalten, lassen allerdings gerade bezüglich des letztgenannten Gesichtspunkts viele Fragen offen und sind auch oft zu oberflächlich. Die Gemeindeverwaltung agiert, ein Verein bildet sich, ohne daß man erführe, wer sich dahinter jeweils verbirgt und aus welchen Gründen welche Interessen verfolgt. Der dritte, systematisch angelegte Teil (S. 127–201) gleicht diese Defizite aber weitgehend aus. Bis zum Schluß unklar bleibt lediglich die Einstellung und das Verhalten der großen Masse der Bevölkerung: der Bergarbeiterschaft. Ausführlich und überzeugend wird dagegen dargestellt, welche Absichten Bürgermeister und Gemeindeverwaltungen verfolgten, wie sich die Interessen von Bergwerksgesellschaften und Großindustrie im rheinischen und westfälischen Teil des Ruhrgebiets unterschieden; aus welchen Gründen sich die preußische Industriedorf-Politik um 1898 änderte und zu einer extrem restriktiven Praxis überging und welche Bedeutung die ungewöhnliche Sozialstruktur der Gemeinden mit dem zunächst fast völligen Fehlen eines kleinen und mittleren gewerblichen Bürgertums hatte. Als sich eine solche bürgerliche Mittelschicht am Anfang des 20. Jahrhunderts allmählich herausbildete, gehörte sie zu den stärksten Verfechtern einer Stadtrechtsverleihung. Vonde arbeitet sehr klar heraus, wer von dem »ländlichen« Rechtsstatus der Industriegemeinden profitierte und weist insbesondere auf die Auswirkungen der »Meistbegüterten-Klausel« in der rheinischen Landgemeindeordnung hin, nach der die größten Grundbesitzer automatisch Sitz und Stimme im Gemeinderat erhielten und diesen oft mit einer absoluten Mehrheit dominierten.

An dieser Stelle beginnen auch Fragen deutlich zu werden, die z. T. jedoch über die Arbeit von Vonde hinausweisen. War die rechtliche Erlangung des Stadt-Status wirklich so wichtig, wenn einerseits durchaus auf die Leistungsfähigkeit der Industriedörfer verwiesen wird, andererseits

(vgl. S. 88) die Stadterhebung offenbar auch Nachteile für die Gemeinde befürchten ließ? Gerade weil Vonde sich einer kritischen Perspektive verpflichtet weiß, die »Bruchstellen« und vertane Chancen aufdecken will, fragt man sich, wie groß diese Chancen tatsächlich waren, da doch die eigentlichen sozialräumlichen und sozialgeschichtlichen Probleme der Region – die unausgewogene gewerbliche Struktur, das Fehlen gewachsener Ortskerne, die Zerschneidung der Landschaft durch Eisenbahnlinien usw. – von dieser rechtlich-politischen Frage weitgehend unabhängig waren. Das Gewicht dieser »Basisprozesse« verliert Vonde oft zu stark aus den Augen (wie auch der Begriff »Industrialisierung« im Untertitel der Arbeit ein kleiner Etikettenschwindel ist!). Ob die »Provinzialisierung« der Region (S. 200) erst durch die schließliche Eingemeindung besiegelt wurde, kann man aus denselben Gründen bezweifeln. Aber diese Bemerkungen verweisen eher auf die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen zur Urbanisierung im Ruhrgebiet, für die diese Arbeit trotz mancher Schwächen Voraussetzungen geschaffen und viele Anregungen gegeben hat.

Bielefeld Paul Nolte

CÄCILIA SCHMITZ, *Bergbau und Verstädterung im Ruhrgebiet. Die Rolle der Bergwerksunternehmen in der Industrialisierung am Beispiel Gelsenkirchen (Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum 39), Bochum: Deutsches Bergbau-Museum 1987, Anlagen, 104 S.*

Die Verfasserin beabsichtigt mit ihrer Arbeit, einer Hamburger Dissertation aus dem Jahre 1984, am Beispiel des Arbeitersiedlungsbaus einen wesentlichen Aspekt des Verstädterungsprozesses im Ruhrgebiet zu verdeutlichen. Sie geht zu Recht von der These aus, Urbanisierung und Industrialisierung als eigenständige Abläufe zu betrachten und vernachlässigt deshalb in ihrer Analyse legitimerweise die Rolle des Bergbaus als Leitsektor der Industrialisierung, um seine Rolle als Städtebauer hervorzukehren.

Vf. beginnt ihre Darstellung mit einer Untersuchung des Verstädterungsprozesses, will sagen, der demographischen Entwicklung im Raum Gelsenkirchen, wobei sie wichtige Resultate der Ruhrgebietsforschung rekapituliert. In einem zweiten Schritt führt sie die bekannten Rahmenbedingungen vor (Städteordnungen, Fluchtliniengesetz, Ansiedlungsgesetz u. dgl.), mit denen es die preußische Gesetzgebung Gemeinden und Unternehmen ermöglichte, die Probleme von Industrialisierung und Urbanisierung zu bewältigen. Das Hauptgewicht der Arbeit liegt auf dem dritten Kapitel, in dem Voraussetzungen, Absichten, Möglichkeiten, Hindernisse und Kontroversen bei der Errichtung von Bergarbeitersiedlungen durch die Zechengesellschaften analysiert werden. Die Schilderung, wie sich durch solche Baumaßnahmen das Landschafts- und Stadtbild sowie die Wohnungsverhältnisse veränderten, schließt die Darstellung.

Mit ihrem Appell an die Historiker, außer demographischen, verfassungs- und verwaltungsgeschichtlichen Gesichtspunkten in der Urbanisierungsforschung auch die der Politologen, Soziologen und Stadtplaner zu berücksichtigen (S. 9 f.), rennt Vf. offene Türen ein. Die vollmundige Forderung nach einer komplexen Sichtweise kann die Vf. selbst nicht einlösen, sonst hätte sie sich auch der soziostrukturellen und sozialpsychologischen angenommen, die sich in ihrem Thema verbirgt. Die Modellstudie von Croon / Utermann (Zeche und Gemeinde, 1958) z. B. sucht man in ihrer Bibliographie vergebens. Sie scheint sich darüber (S. 90) nicht ganz im klaren zu sein, daß die Zechenkolonien vor allem für die Zuwanderer errichtet wurden, weil die einheimischen Bergleute bereits ansässig waren, und daß zwischen Einheimischen und Koloniebewohnern erhebliche soziale Spannungen herrschten (»Polacken«-Problem!). Sie hätte Einwanderungsbewegung und Siedlungsbau nicht als isolierte Phänomene abhandeln dürfen; stattdessen wäre es notwendig gewesen, den engen Bezug herauszuarbeiten, in dem beide standen.

Obwohl sie die Literatur nicht voll ausschöpft – wann ist das allerdings je möglich? – kann die

Vf. ihre von G. Ipsen abgeleitete Hypothese, daß der Bergbau im Ruhrgebiet städtegründend wirkte, gut belegen und ein durchaus noch beachtliches Ergebnis liefern. Es gelingt ihr nämlich nachzuweisen, was für eine entlastende Funktion der privatwirtschaftliche Siedlungsbau für die Haushalte der durch Leistungsaufgaben überforderten Industriegemeinden besaß. Denn etwa ein Drittel der für eine Koloniegründung erforderlichen Investitionskosten wurde für öffentliche Infrastrukturmaßnahmen aufgebracht, für Straßenbau und -unterhaltung, Ver- und Entsorgung, Schullasten, Polizeilasten u. dgl. Leistungen für Kirchengemeinden sowie freiwillige Sozialleistungen kamen noch hinzu. Vf. übersieht nicht die Nachteile dieses Systems für die Siedlungsbewohner, die als Arbeitnehmer und als Mieter in eine doppelte Abhängigkeit von der Zechenleitung gerieten; doch will sie diesen konfliktträchtigen Tatbestand gegenüber den effektiven Vorteilen nicht überbewerten.

Münster Wolfgang R. Krabbe

JUAN RODRIGUEZ-LORES / GERHARD FEHL *(Hrsg.), Die Kleinwohnungsfrage. Zu den Ursprüngen des sozialen Wohnungsbaus in Europa (Stadt-Planung-Geschichte 8), Hamburg: Christians 1987, 450 Seiten, zahlreiche Abbildungen, DM 58,–.*

Die Erforschung und Darstellung der Geschichte von Urbanisierung und Verstädterung ist seit einiger Zeit keineswegs mehr nur eine Domäne der Historiker, sondern ein interdisziplinäres Geschäft mit vielseitigen innovativen Zugriffsweisen. Den beiden Herausgebern des hier anzuzeigenden Sammelbandes – Ergebnis einer Tagung in der Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg im Jahre 1985 – gebührt das Verdienst, mehrfach in den letzten Jahren intensiv die Aspekte von Planungstheorie und Stadtplanungsgeschichte in die fächerübergreifende Diskussion über die Elemente moderner Stadtentwicklung seit dem frühen 19. Jahrhundert eingebracht zu haben. Nach Bänden über Stadterweiterungen und Städtebaureform im 19. Jahrhundert sowie über den Wohnungsbau im Zweiten Weltkrieg (hrsg. zusammen mit Tilmann Harlander) zeigt auch diese Aufsatzsammlung wieder, wie fruchtbar der Austausch über die Disziplinzäune (und über nationale Grenzen) hinweg ist; er beweist aber darüber hinaus, daß im Grunde alle sogenannten Gegenwartswissenschaften von einer Historisierung ihrer Fragestellungen und methodischen Verfahren nur profitieren können: Auch diesmal haben neben historisch interessierten Stadtplanern und Architekten wieder Historiker, Denkmalpfleger, Soziologen und Geographen Beiträge geliefert und auf ihre jeweilige Weise Elemente der Entstehung des gemeinnützigen (Klein-)Wohnungsbaus aufgedeckt.

Nach einer Einleitung der Herausgeber, die einen informativen Überblick über den Forschungsstand zur Geschichte des Kleinwohnungsbaus liefert und den Fragerahmen absteckt, folgen drei Blöcke mit acht, dann je sechs Aufsätzen. Im ersten Block werden zunächst Grundfragen der Beziehungen zwischen Kleinwohnungspolitik und Städtebau/Stadtplanung in Deutschland erörtert (z. B. zeitgenössische Auffassungen und Debatten zur Wohnungsfrage sowie Fragen nach den gesetzlichen Vorgaben, der Finanzierung, den Trägern und Zielen insbesondere des Werkssiedlungs- und Arbeiterwohnungsbaus, den Verbindungslinien zwischen Nahverkehr und Wohnungsbau u. ä.). Die Beiträge des zweiten Blocks zeigen dann an deutschen Beispielen, wie, d. h. auch mit welchen handfesten Absichten, bis zum Ersten Weltkrieg konkrete Kleinwohnungspolitik »vor Ort« betrieben worden ist (so in Freiburg, Bremen, Mannheim, Braunschweig, Hamburg und Ulm). Im dritten Block von Beiträgen werden schließlich die um 1900 in anderen europäischen Staaten geschaffenen gesetzlichen Grundlagen des »Billig-«, »Volks-« bzw. »Arbeiterwohnens« vorgeführt, dies in allen sechs Fällen (Belgien, England, Holland, Italien, Spanien und Österreich) vor dem Hintergrund der jeweiligen Entstehungszusammenhänge und verfolgten Konzepte, aber auch mit Ausblicken auf die praktischen Ergebnisse. Die wichtigsten Erkenntnisse

aus allen Beiträgen haben die Herausgeber übrigens bereits in ihrer Einleitung gut lesbar vorgestellt und damit den Zugang zu dem voluminösen Band sehr erleichtert. Beigegeben sind zudem den einzelnen Aufsätzen Quellen- und Literaturverzeichnisse sowie meistens auch Abbildungen und Planskizzen, so daß dieser Sammelband – zusammen mit einem vorgesehenen Ergänzungsband, in dem die Texte der behandelten Wohnungsgesetze und wichtige Dokumente der wohnungsreformerischen Debatten abgedruckt werden sollen – durchaus mehr liefert und darstellt als nur eine Addition von exemplarischen Einzelanalysen: Er hat partiell Handbuch- und Nachschlagewerkcharakter (auch wenn leider entsprechende Register fehlen!). Insofern ragt er deutlich aus der ständig wachsenden Zahl schnell produzierter Tagungsdokumentationen heraus.

Siegen Jürgen Reulecke

Tilmann Harlander / Katrin Hater / Franz Meiers, *Siedeln in der Not. Umbruch von Wohnungspolitik und Siedlungsbau am Ende der Weimarer Republik (Stadt – Planung – Geschichte 10), Hamburg: Christians Verlag 1988, 360 S., DM 49,50.*

Die »Grauzone« der Stadtrandsiedlungen zwischen großstädtischem Mietwohnungsbau und ländlichen Baustrukturen war bisher kaum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Mit diesem Buch wird eine Untersuchung der 1931 mit der Brüningschen Notverordnung eingeleiteten Stadtsiedlungsprogramme vorgelegt, die damals eine enorme Resonanz in der Öffentlichkeit fanden. Obwohl rein quantitativ betrachtet, angesichts des Millionenheers von Arbeitslosen nur ein »Tropfen auf dem heißen Stein«, war dieses Programm nicht nur propagandistisch, sondern auch in der praktischen Durchführung unbestreitbar sehr erfolgreich (S. 9).

Die Studie untersucht die Debatte um Stadtrandsiedlungen 1931, ihre Vorläufer und die ökonomische, politische und soziale Situation als Ausgangsbedingung. Das »wilde Siedeln«, längst Realität, sollte mit diesem Programm in geordnete Bahnen gelenkt werden. Anschließend werden Ziele und Inhalt des Programms, Art und Weise der Durchführung, Kosten und Finanzierungen, Auswahl und Organisation der Siedler und schließlich die arbeitsmarktpolitischen Effekte skizziert. Anhand einer Fallstudie am Beispiel Düsseldorfs wird dann die Durchführung und Realisierung konkretisiert und mit einer empirischen Siedlerbefragung werden Bewertungen und Einschätzungen der Siedler ergänzt. Dabei wird eine erstaunliche bauliche und soziale Stabilität derartiger Stadtrandsiedlungsstrukturen deutlich.

Dem »wilden Siedeln« kommt nach Meinung der Autoren in Krisensituationen eine wichtige Ventilfunktion zu. »Gerade in diesen Zeiten wird im Rückzug des finanzschwachen Staates aus dem Sozialwohnungsbau mit all seinen Folgen deutlich, daß Mietwohnen für einkommensschwache Gruppen immer auch sozialstaatlich alimentiertes Wohnen ist. ... In der Übergangsphase von dem konkreten Handlungsdruck auslösendem Höhepunkt der Wohnungsnot und des »wilden Siedelns« bis zum Erreichen (relativer) Vollbeschäftigung übernimmt dann die staatlich geförderte und kanalisierte Selbsthilfe und Selbstversorgung in der Kleinsiedlung wohnungspolitisch wichtige Aufbau- und Legitimationsfunktionen« (S. 19).

Mit dieser Studie wird auch ein Beitrag zur Frage Kontinuität oder Bruch geleistet, ob die Stadtrandsiedlungen der Weltwirtschaftskrise als Zwittergebilde zwischen Stadt und Land eher Reformansprüchen folgten oder der konservativen Reaktion. So entsprangen die zentralen Kennzeichen der NS-Wohnungsbaupolitik nicht nationalsozialistischer Konzeption und der Zeit nach 1933, sondern sie knüpften an die wirtschaftliche Entwicklung, gebunden an das Instrumentarium von Weimar an, allerdings in eigener Akzentuierung und Intensität. »Danach war auch der Systembruch 1933 in der praktischen Wohnungspolitik eher durch Kontinuitäten, als durch Brüche gekennzeichnet« (S. 9). Im Verständnis dieser Kontinuitäten liegt auch der

Schlüssel für die Erklärung, warum viele prominente Vertreter des »neuen Bauens«, wie L. Migge, M. Wagner, B. Taut u. a. nach 1930 auf die Diskussion um Selbsthilfe und Kleinsiedlung einschwenkten. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis und ein Dokumenten-Anhang machen das Buch zu einem wichtigen Nachschlagewerk für die Siedlungstätigkeit der Weltwirtschaftskrise.

Hamburg Dirk Schubert

Ursula Henn, *Die Mustersiedlung Ramersdorf in München. Ein Siedlungskonzept zwischen Moderne und Tradition, München: Uni-Druck 1987, zahlr. Abb., 432 S., DM 28,80.*

Dieses Buch ist mehr als die Geschichte *einer* Siedlung: Ramersdorf steht exemplarisch für die weitgehend vergessene Richtung »gemäßigte Moderne« zwischen beiden Weltkriegen und ist besonders geeignet für eine solche Darstellung, weil dort die »Deutsche Siedlungsausstellung München 1934« stattfand. 23 Architekten haben daran mitgewirkt, die sicherlich einen repräsentativen Querschnitt der in und um München wirkenden Baumeister um 1930 darstellen, Namen wie F. Defregger, F. S. Ruf und L. Knidelberger belegen das.

Ziele der Verfasserin sind:

– Qualitäten von Alltagsarchitektur deutlich zu machen
– auf die Bedeutung der Richtung »gemäßigte Moderne« hinzuweisen, denn »Wissenschaftliche Einzeluntersuchungen ... haben die Kenntnisse über die Moderne inzwischen so erweitert, daß dies in der Architekturgeschichtsschreibung einer Überbetonung gegenüber der gleichzeitigen anderen Architektur gleichkommt« (S. 8)
– die Entstehungsbedingungen einer solchen Siedlung in der Übergangszeit zwischen Republik und NS-Staat herauszuarbeiten
– die Entwicklung/Nutzung der Siedlung bis heute darzustellen und zu werten.

Der informative Einleitungsteil der Arbeit schildert die Entwicklung des Wohnungsbaues in Deutschland/München mit dem Schwerpunkt Kleinsiedlungswesen von etwa 1900 bis in die NS-Zeit. Dabei werden von der Verfasserin die gesetzlichen Grundlagen und die unterschiedlichen Vorstellungen beim Wechsel von der Weimarer Republik zur NS-Zeit besonders deutlich gemacht. »Die dritte Notverordnung des Reichspräsidenten möchte erreichen: Die Siedlung werde der unerwünschten Milieu- und Zellenbildung zweckmäßig begegnen, dem Radikalismus und der Staatsfeindschaft entgegenwirken, die in der Großstadt zusammengeballten Arbeitermassen auf die verschiedenen Stellen des Stadtrandes verteilen und damit die Unruheherde auflösen« (S. 46).

Nach 1933 ändern sich diese Ziele: »Alles war auf eine Wirtschaftsbelebung ausgerichtet. Der Siedlungsbau war keine Maßnahme mehr, die auf den einzelnen gerichtet war, um ihn durch Mithilfe am Bau zu binden und ihn abseits des Arbeitsprozesses auf der Siedlungsstelle wirtschaften zu lassen« (S. 129). Eigenheimbau wurde jetzt gefördert »... im Sinne der Arbeitsschlacht, weil auf diese Weise für die Arbeitsbeschaffung ein Mehrfaches der zur staatlichen Förderung angesetzten Kräfte aus Privatmitteln herangelockt werden konnte« (S. 129, Anm. 267).

Zwischen diesen beiden Polen entsteht Ramersdorf, bestimmt durch die Person des Architekten Guido Harpers, der neben seiner Arbeit im Hochbauamt als Schriftleiter der Zeitschrift »Baumeister« tätig ist. Er ist besessen von der Idee, daß »die Qualität bei alltäglichen Bauaufgaben erhöht werden müßte« (S. 98). Als er 1933 – im Zusammenhang mit der Machtergreifung Leiter des Referates für Wohnungs-, Siedlungswesen und Arbeitsbeschaffung wird, setzt er, die Gunst der Stunde nutzend, für Ramersdorf den Wettbewerb für eine Siedlungsausstellung durch. Bereits 1934 wird diese mit immerhin 192 Häusern eröffnet – und von hohen Parteistellen fast totgeschwiegen.

Die Verfasserin rekonstruiert minutiös den dramatischen Werdegang. Diese Darstellung ist besonders wertvoll, gibt sie uns doch von allen Einzelheiten der Konzeption, Finanzierung,

rechtlichen Abwicklung usw. eines damaligen Siedlungsprojektes eine konzentrierte Vorstellung. Erstaunlich ist, daß trotz der politischen Lage und des Termindruckes von Harpers ein auch noch heute beispielhaftes Konzept für eine Einfamilienhaussiedlung erarbeitet wurde, mit Prinzipien wie Aufnehmen von Blick- und Bezugspunkten, Ausbildung eines räumlich bestimmten und deutlich gefaßten hierarchischen Straßennetzes und Ordnen der Grundstücke um gemeinsame Grünräume (Anger), die durch Fußwege verknüpft sind.

Dem vorbildlichen städtebaulichen Konzept entsprechen einfache, klare und gleichbehandelte Details: »Charakteristisch für sämtliche Häuser war ihre Motivlosigkeit. Eine Charakterisierung, die Schumacher für Tessenows Arbeit in Helleran formuliert hat, als er die Entwicklung weg vom Malerischen und Dekorativen im Hausbau beschrieben hat« (S. 257). Hierbei ist die Dokumentation der 34 Haustypen (M 1:300 mit unterschiedlicher Abbildungsqualität) eine hochinteressante Mustersammlung.

Insgesamt gilt für Ramersdorf: »Es war die einheitliche Behandlung der ganzen Siedlung, die die Vielfalt zuließ und interessant machte. Oder umgekehrt, die Vielfalt war so wichtig, damit der einheitliche Duktus nicht zur Monotonie erlahmte« (S. 256). Der prägnanten Schilderung der Anlage folgt die Beschreibung der Nutzung bis heute. Ramersdorf hat den Krieg gut überstanden, wurde als schützenswertes Ensemble unter Denkmalschutz gestellt und durch einen Bebauungsplan gesichert. Aber da es natürlich einen erheblichen Veränderungsdruck gibt, sind der unverfälschten Erhaltung doch Grenzen gesetzt. Diesen Konflikt schildert die Verfasserin, sie nimmt engagiert Stellung zum Problem »Freiheit und Bindung«. Sie zeigt, was Bewohnern zumutbar ist – ohne sie unnötig einzuengen, und wie dabei Festsetzungen sinnvoller zu formulieren bzw. zu handhaben sind. Fazit: Das Buch weist überzeugend am Beispiel Ramersdorf nach, wie wertvoll und interessant Alltagsarchitektur selbst in Form einer Einfamilienhaussiedlung werden kann, wenn Planer das städtebauliche Handwerkszeug beherrschen und willens sind, »den Typ« zu variieren, Rücksichtnahme und Angemessenheit zur Grundlage der Gestaltung zu machen. Darüber hinaus zeigt die Verfasserin, »daß einerseits nicht alles, was 1934 gebaut wurde, von den Nazis gestützt wurde. Andererseits war nicht jedes Haus mit steilem Dach als ein Manifest gegen die Moderne gemeint, sondern es war nichts anderes als ein normaler Bestandteil des Wohnalltags« (S. 419). Das macht das Buch wertvoll und spannend: Es zeigt eine Alternative zu unserem – meist trostlosen – Siedlungsalltag.

Kassel — Hans Schmalscheidt

WERNER DURTH / NIELS GUTSCHOW, *Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, Braunschweig / Wiesbaden: 1988, Abb., 1070 S., DM 298,–.*

Es waren nicht nur die Träume, die in Trümmern lagen, es waren die ganz realen Häuser, Straßen und Städte. Und es war nicht, wie es eine idealische Geschichtsschreibung so gern hätte, ein Volk, das die Fesseln der Tyrannei abgeschüttelt hätte und mit dem Bild einer neuen Gesellschaft, einer Demokratie den Anfang gewagt hätte – ein Anfang, der auch in Architektur und Städtebau ablesbar wäre. Nein, es war alles viel einfacher und komplizierter, viel banaler, viel mittelmäßiger. Auf der einen Seite steht die quantitative Aufbauleistung nach 1945: ein Land baut sich (fast) neu, eine gigantische Anstrengung und eine Leistung, die kaum zu überschätzen ist. Denn nicht nur hat heute (fast) jeder eine Wohnung, sondern diese sind auch nach Ausstattung und Größe besser als alles , was es jemals als »Massenwohnung« gegeben hat – auch besser als die vielgerühmten Wohnungen des Neuen Bauens der zwanziger Jahre. Auf der anderen Seite aber steht die architektonische Leistung, die wir allenfalls mit Skepsis heute sehen, wenn auch der Neubau damals weitgehend im Einklang mit dem Willen der Bevölkerung stand. Letztlich war er das Ergebnis von Kompromissen in personeller, stilistischer und technischer Hinsicht.

Denn selbstverständlich ist die Annahme absurd, nach der Zerstörung, die Trümmer und Wohnraumnot hinterließ, würde ein neuer Stil, eine neue Architektur entstehen; die Architekten, die vertrieben wurden, würden jetzt ihre moralische und architektonische Kompetenz ausspielen und neue, bessere Planungen als die des Dritten Reiches entwickeln. Vielmehr waren sie es ja, die aus der Isolation kamen, die keine Erfahrung besaßen über 12 Jahre hinweg. Die hatten hingegen die Architekten des »Arbeitsstabes Wiederaufbauplanung zerstörter Städte«, die schließlich seit 1943 an diesem Problem arbeiteten. Und es war im Grunde nur zu verständlich, daß diese dann auch zur Wiederaufbauplanung herangezogen wurden – ganz unabhängig von einer moralischen Wertung. Es ist nicht den Architekten als Berufsstand nachzutragen (zumal ihre kommunalen Auftraggeber offenkundig genauso dachten), allenfalls den einzelnen Menschen.

In dem hier vorgelegten voluminösen, zweibändigen Werk, das sich mit der Geschichte des Wiederaufbaus befaßt – ein Begriff im übrigen, der im Verlauf der Untersuchung problematisiert wird – wird eine gewaltige Menge an Material zusammengetragen, das die verschiedenen Positionen im Rahmen des Städtebaus und der Architektur reflektiert. Das gab es bisher nicht einmal ansatzweise, weder im Umfang noch in der Genauigkeit und Tiefe der Durchdringung.

Die Verfasser gliedern den Stoff in zwei Teile: ein Band »Konzepte«, der die durchgehenden Linien zieht – die der personellen Verflechtung wie auch die der Konstanz der Ideen (auch international). Ein zweiter, ungleich umfangreicherer Band enthält Studien zu einzelnen Städten mit ihren Planungen zum Aufbau nach 1945: einer Bilanz der Schäden, einen Rückblick auf die wichtigsten Diskussionsstränge und Planungsstudien und einer vorläufigen Bilanz des Wiederaufbaus. Hinzu kommen ausführliche Anhänge mit Dokumenten und weiterführenden Hinweisen sowie den Kurzbiographien der Akteure (die aber besser zusammenhängend am Schluß stünden).

Natürlich läßt sich hier kritisch reden, und die Autoren nehmen die wichtigsten Einwände auch schon im Vorwort vorweg (eine Gemeinheit gegenüber den Rezensenten!). Die Auswahl der Städte ist wenig überzeugend – nicht München, nicht Berlin, keine Stadt des Ruhrgebietes. Das Buch ist in diesem Sinne als ein »work in progress« zu sehen, als Zwischenbilanz, die fortgesetzt werden muß.

Zwei andere kritische Hinweise scheinen mir aber notwendig, die an methodische Probleme rühren. Zum einen wird bei der Referierung der damaligen Positionen und des heutigen Ergebnisses durch die Autoren Stellung bezogen – sie haben eine Meinung. Das ist sicherlich richtig und notwendig – notwendig wäre aber auch, deren Grundlagen offen zu legen. So geht sie häufig unterschwellig in den Text ein; die Bewertung wird nicht immer klar von den Fakten getrennt und begründet.

Zum anderen entsteht in der Art des Schreibens die Frage, ob Begriffe, Theorien und Konzepte, die längst vor 1933 entwickelt wurden, durch deren Verwendung im Dritten Reich auch für heute tabuisiert werden müssen. Ein schwieriges Problem, keine Frage; die Autoren aber belassen es häufig bei der Verwendung nach 1933 und 1945 – ohne die Vorgeschichte: sie kritisieren mit dem Hinweis auf die frühere Verwendung die spätere. Mir scheint aber nicht so sehr die Kontinuität der Konzepte das Problem zu sein – darf man nach 1945 keine Nachbarschaftseinheiten entwickeln, weil es vorher die »Ortsgruppe als Siedlungszelle« gab? – sondern das der Personen und die ihres ungeklärten, nicht reflektierten Berufsverständnisses.

Dennoch: als Ganzes gelingt den Autoren der angestrebte und notwendige Überblick über jene Jahre, mit vielen neuen Erkenntnissen, auch über die Grenzen Deutschlands hinweg. So gibt es ja das merkwürdige Phänomen, daß sich in Deutschland 1943 der Speersche »Arbeitsstab Wiederaufbauplanung« konstituierte, und zur gleichen Zeit in Großbritannien Überlegungen über die Wohnraumversorgung im zerstörten Deutschland angestellt wurden (wie Harald Schulte in seiner Arbeit über den Wiederaufbau Hannovers berichtet). Die Art, wie der Wiederaufbaustab arbeitete (der nicht die einzige, aber die am effektivsten arbeitende Organisation war, die sich mit dieser Aufgabe befaßte), machte die

Zerstörung »handhabbar«, indem organisatorische und personelle Grundzüge der Arbeit nach dem Kriege festgelegt wurden. Das heute nachzulesen, hat etwas beinahe Gespenstisches: wie Krieg und Zerstörung kartographisch und organisatorisch erfaßt wurden, während ringsum die Städte in Trümmer sanken. Tatsächlich gingen die Planungen unmittelbar nach Kriegsende weiter, die Architekten fühlten sich »der Sache« verpflichtet und die war immer, in ihrem Selbstverständnis, unpolitisch. Helmut Hentrich, Chef eines der größten Architekturbüros der Bundesrepublik, erzählt von »14 Tagen Urlaub« nach dem 8. Mai 1945; Friedrich Tamms, Erbauer noch heute stehenden Flaktürme und »beauftragter Architekt des Generalinspekteurs für die Reichshauptstadt«, wurde in den sechziger Jahren einer der einflußreichsten und erfolgreichsten Stadtplaner und reflektierte 1963 schon wieder über den nächsten (Atom-)Krieg; er definierte dabei die »Normalzeit« als »Zeit eines ›gemäßigten Kalten Krieges‹«, die der »Vorbereitung auf den Ernstfall« diene. Es war eben alles ganz normal.

Die Architektur spielte bei all diesen Planungen eine vergleichsweise geringe Rolle. Das, was spätere Historiker in einigen Bauten um 1950 eine kurze Zeit in Andeutungen entstehen sehen: eine »demokratische« Architektur, die Offenheit als Hoffnung auf gesellschaftliche Offenheit architektonisch ausdrückt, das wird wenig reflektiert. Der Aufbruch blieb isoliert und auf wenige Architekten beschränkt. Danach wurde das Bauen immer stärker zum Ausdruck nur technischer Vorgaben, zum »Vulgärfunktionalismus« (Chr. Norberg-Schulz) der sechziger und siebziger Jahre.

Der Fachmann war wieder gefragt, der Macher. Wer zweifelte, wer vorsichtig nach dem Ausdruck eines neuen Selbstverständnis einer sich neu formierenden Gesellschaft suchte, stand bald schon am Rande. So kam es, daß vor 1945 erfolgreiche Architekten auch nachher erfolgreich blieben, während andere, die sich dem Dritten Reich entzogen hatten, auch nach dessen Ende nur selten große Erfolge erzielten.

Die Frage nach dem »Bauen in der Demokratie« wurde zwar gestellt, aber die Antwort war eher eine Angelegenheit von Sonntagsreden; sie ging im Bauboom unter, und sie ist bis heute nicht beantwortet.

Hamburg — Gert Kähler

OLAF GIBBINS, *Großsiedlungen. Bestandspflege – Weiterentwicklung, München: Callwey 1988, 160 S., DM 88,–.*

Nach einer Phase der heftigen Auseinandersetzungen um Großsiedlungen ca. zwischen 1984 und 1986 ist es derzeit ruhiger geworden, kaum noch spektakuläre Berichte in der Presse, aber auch in den Fachzeitschriften scheint das Thema nicht mehr im Vordergrund zu stehen. Die Vermietungs- und Leerstandsprobleme scheinen nicht zuletzt durch die Aussiedler zumindest kurzfristig »gelöst« zu sein, so daß der Problemdruck sich zumindest abgeschwächt darstellt. In dieser Phase kommt ein Buch zum Thema gerade recht, bietet es doch Ansatzpunkte, sich langfristig und fundierter mit den Großsiedlungen, auf die alle einmal stolz waren, auseinanderzusetzen.

Zunächst wird eine Übersicht über den Bestand und die Struktur der Großwohnsiedlungen gegeben – eine Übersicht, die wegführt von den immer zitierten spektakulären Einzelfällen hin zu einer Vielfalt unterschiedlicher Bau- und Siedlungsformen. Während die spektakulären Einzelbeispiele nur ca. 10–15 Siedlungen ausmachen, gibt es ca. 50 Siedlungen mit »latentem« Problemdruck und eine Vielzahl von Siedlungen, die derzeit noch keine besonderen Probleme haben.[12] Da ein Großteil des Sozialwohnungsbestandes in diesen Siedlungen konzentriert ist, scheint hier besondere Aufmerksamkeit vor dem Hintergrund der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit und dem Auslaufen von Bindungen durch planmäßige und vorzeitige Rückzahlung öffentlicher Baudarlehen geboten. Die »negative Kettenreaktion«, die sich bei den »Problemsiedlungen« abzeichnen kann, wird von den Autoren in einem »Kausalmodell« idealtypisch dargestellt (19).

Den Schwerpunkt des Buches bildet dann die Aufnahme und Bewertung der baulichen, wohnungsbezogenen und städtebaulichen Mängel. Hier wird ein System der Erfassung und Bewertung vorgeschlagen, das auch eine Kostenermittlung und Einschätzung der Modernisierungsfähigkeit ermöglicht.

Die baulichen Probleme in den Großsiedlungen sind nicht zu trennen von den sozialen Problemen, zumal viele Großsiedlungen zu »sozialen Brennpunkten« geworden sind, wo Mietzahlungsprobleme, Arbeitslosigkeit und einkommensschwache Haushalte gehäuft auftreten. Hier werden sozialplanerische Arbeitsansätze und Methoden vorgeschlagen, die in integrierte Maßnahmenkonzepte überführt werden können.

Dabei werden sowohl methodische Ansätze zur Planung und Durchführung als auch beispielhafte Lösungen, die schon in der Realisierungsphase sind, vorgestellt. Zur Erfassung und Bewertung bestehender baulicher Anlagen wird ein Strukturmodell (41) vorgeschlagen, das als Methode der Bestandsaufnahme für unterschiedliche Siedlungstypen gelten kann. Erst eine derartige differenzierte Bestandsaufnahme von Mängeln und Defiziten, aber auch von positiven Eigenschaften, ermöglicht sinnvolle konkrete Vorschläge für Verbesserungen.

Vor dem Hintergrund sorgfältiger Bestandsaufnahmen sollten auch die »Nachbesserungsmaßnahmen« gesehen werden, die bisher vorwiegend von den »Eigentümern ›problematischer‹ Wohnungsbestände aufgrund wohnungswirtschaftlicher und sozialer Fehlentwicklungen sowie der Zunahme baulicher Schäden« ausgingen (92). Es geht mit diesem »Handlungskompendium« um eine langfristige Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in Großsiedlungen, bei der die Mitwirkung der Bewohner unerläßlich ist. »Radikale Lösungen wie Abriß oder Teilabriß, Rückbau oder ins Gewicht fallende Umnutzungen der Wohngebäude werden nur in wenigen Ausnahmefällen verwirklicht werden können, Routinelösungen für die Weiterentwicklung des Wohnungsbestandes in diesen Siedlungen werden allenfalls neue Monotonie erzeugen. Phantasie, Erfindungsreichtum und genaue Kenntnisse über die Mängel und deren Ursachen sowie über wirtschaftlich vertretbare Lösungsalternativen sind gefragt, um zu den für die einzelne Siedlung angemessenen und bewohnergerechten Lösungen zu kommen« (7). Das Buch bietet eine gute Grundlage, weg von den Schlagworten wie »die Giganten liegen im Koma« oder »einfach in die Luft jagen« und hin zu einem fundierten, zukunftsorientierten Umgang mit den Großsiedlungen zu kommen.

Hamburg — Dirk Schubert

VERONIKA DARIUS, *Der Architekt Gottfried Böhm. Bauten der sechziger Jahre, Düsseldorf: Beton-Verlag 1988, Abb., 112 S., DM 80,–.*

Adel verpflichtet. Wer den Nobelpreis der Architektur, den Pritzker-Preis, erhält, der muß es sich gefallen lassen, mit der Elle kunsthistorischer Methodik gemessen zu werden. Das gilt auch für Gottfried Böhm, dessen Unlust an öffentlicher Selbstdarstellung und archiektonischer Theoriebildung bekannt ist, und dessen œuvre um so mehr nach theoretischer Aufhellung verlangt.

Dieser Aufgabe hat sich Veronika Darius unterzogen, in ihrer kunsthistorischen Dissertation an der Universität Bonn, die schon 1983 fertiggestellt wurde, aber erst jetzt als Buch erscheint. Sie hat sich in erster Linie des Frühwerks des Architekten angenommen und beschreibt methodisch sicher und einwandfrei alles, was zum Verständnis des Themas notwendig ist: Biographie, Werkübersicht, Baubeschreibung ausgewählter Bauten der sechziger Jahre und die Grundzüge der damaligen Architektur Böhms. Sie hat sich mit diesem Zeitabschnitt die »expressive« Phase seines Werkes ausgewählt, die einige seiner spektakulärsten und eindrucksvollsten Bauten umfaßt, wie z. B. die wunderschöne Wallfahrtskirche in Neviges. Sie stellt damit das Werk Böhms in den Zusammenhang einer Architekturentwicklung, die seit dem Expressionismus der zwanziger Jahre immer parallel zum »Internationalen Stil« der Moderne verlief: architektonisch äußerte sich das im Gegensatz einer Auffassung von Architektur als Unikat, als individuelle Lösung eines Problems, gegenüber einer, die den Typus (und damit sehr schnell die orthogonale

Einpaßbarkeit in einen vorgegebenen Zusammenhang) zum Ziel hatte.

Interessant wäre gewesen zu ergründen, ob sich bei Böhm auch etwas von den gesellschaftlichen Grundlagen des Expressionismus gehalten hat. Aber die Autorin bleibt konsequent auf dem Pfad der reinen kunsthistorischen Lehre und klammert diesen Bereich weitgehend aus. Insofern ist das Buch »rund«, abgeschlossen in sich, stilistisch sicher, etwas temperamentlos, wenn auch gut lesbar – eine wichtige und erhellende Arbeit. Die Methode der kunsthistorischen Betrachtung, angelegt an das Werk eines Architekten der Gegenwart, ist zwar ungewöhnlich, bewährt sich aber in hohem Maße.

Ein kritischer Einwand muß dennoch gemacht werden. Es zeigt sich nämlich, daß die methodische Qualität ihre Schattenseiten da hat, wo der tätige Architekt gefragt wäre. Mit anderen Worten: die Verfasserin hat vermutlich (was man ihr als Kunsthistorikerin kaum vorwerfen kann) nicht allzuviel Ahnung vom praktischen Bauen – von den technischen und finanziellen Voraussetzungen. Sie verweist zwar auf Bauschäden wie auch auf Unzufriedenheiten der Benutzer der Bauten, auch auf Unverträglichkeiten bei möglichen Veränderungen in der Nutzung. Aber der interessierte Architekt hätte dennoch gern etwas mehr über diese praktische Seite der Bauten gewußt, gerade weil sie erst zwanzig Jahre alt sind und gerade weil sie »etwas Besonderes« sind. Wie ist das technische Detail des Wandaufbaus in Neviges tatsächlich gelöst, und warum muß die Kirche schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit saniert werden? Wie sind die Grundrisse und Innenräume einer Wohnung in Köln-Chorweiler (die Abbildungen sind durchwegs von höchst mäßiger Qualität)? Was haben die Wohnbauten dort gekostet im Vergleich zu denen der Nachbarbauten, so daß damals der Vorwurf entstehen konnte, die Baugesellschaft habe die anderen Bauten sehr »billig« bauen müssen, um insgesamt eine tragbare Kostenmiete erreichen zu können?

Das sind Fragen, die nicht auf eine Kritik an der Architektur hinauslaufen, sondern deren Voraussetzungen und Veränderungen im Laufe der Zeit reflektieren. Das »Abgehobene« des Buches von Frau Darius ist so methodisch ein Vorteil und ein Nachteil, der noch Fragen offen läßt.

Hamburg — Gert Kähler

STADTENTWICKLUNG UND STRUKTURWANDEL, *hrsg. von Edwin von Böventer (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge 168), Berlin: Duncker & Humblot 1987, 137 S.*

Die Zukunft der Städte ist unklar. Peripherien entfalten eine hohe Anziehungskraft, manche Innenstädte kämpfen ums Überleben als Zentren. Das Verhältnis von Innenstadtentwicklung und Suburbanisationsprozessen untersuchen Detlef Marx und Otto Ruchty. Sie sehen den bisherigen Vorzug des Umlandes gegenüber der Stadt in dessen höherem Umwelt- und Wohnwert. Der steigende Flächenverbrauch zwinge jedoch dazu, eine Eindämmung dieser Tendenz einzuleiten. Die bisher sichtbaren Konzepte zur Revitalisierung der Innenstädte und zum Verzicht auf eine Verbesserung der Infrastruktur im Umland, um dessen Sog-Effekt zu mindern, beurteilen die Autoren allerdings skeptisch. Horst Todt kann immerhin am Beispiel Hamburgs darstellen, daß die Innenstadt dann neue Attraktivität gewinnt, wenn sie ein breit gefächertes Angebot an Konsumgütern und Dienstleistungen vorzuweisen hat. Dabei sei es vonnöten, Händlern mit geringer Mietzahlungsfähigkeit durch Kooperation mit anderen und durch differenzierte Mieten zu unterstützen.

Dieter Bökemann zeigt, daß in Wien – und das dürfte für viele Städte gelten – lange Zeit in der Stadterweiterung die beste Lösung der Probleme gesehen wurde, die Stadterneuerung als das politisch unbequeme und mühsame Vorgehen wurde hingegen vernachlässigt. Dies habe sich inzwischen gerächt. Heute müsse man mit um so höheren Mitteln eingreifen, ohne daß schon angemessene gesetzliche Instrumentarien bereit stünden. In einem Simulationsmodell »SANSTRAT-Wien« (Sanierungsstrategien für Wien), das ausführlich beschrieben wird, sollen jetzt die Voraussetzungen für eine konsequente Stadterneuerungspolitik verbessert werden.

Andere Gesichtspunkte bringen J. Hampe und E. von Böventer ins Spiel. Hampe leistet einen Beitrag zur Dynamisierung der Standorttheorie, indem er Stadtentwicklung und Städtesystem im sektoralen Strukturwandel betrachtet. Städte sind für ihn besonders wichtig als unternehmerische Entscheidungsfaktoren. Dabei sei zu unterscheiden zwischen dem »trägen« historisch gewachsenen Städtesystem, das durch den Strukturwandel höchstens langfristig verändert werde, und eben diesem Strukturwandel selbst. Das von ihm entwickelte dynamische Modell des sektoralen Strukturwandels will plötzliche und drastische – »chaotische« – Veränderungen in der Sektoralstruktur miteinbeziehen. Dies bedingt, daß bestenfalls kurzfristige Voraussagen möglich sind, nicht jedoch Prognosen für einzelne Standorte. Immerhin werden Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Faktoren deutlich.

Auch von Böventers Beitrag über städtische Agglomerationen und regionale Wachstumszyklen – vertikale und quer verlaufende Wellen – sollten keine »griffigen« Ergebnisse erwartet werden. Dazu sind die Agglomerationsvor- und -nachteile der Städte für Unternehmen und Haushalte – dies zeigt der Vergleich – viel zu unterschiedlich. Einige Bedingungen für das Wachstum kleinerer oder größerer Städte, auch unterlegt an historischen Entwicklungen, lassen sich hingegen bestimmen. Auf diese Weise kann einiges zur Entstehung des Nord-Süd-Gefälles und zur Verstärkung des West-Ost-Gefälles im Deutschland des 19. Jahrhunderts sowie zur steigenden Bedeutung Süddeutschlands im 20. Jahrhundert ausgesagt werden.

Der Band geht auf eine 1985 veranstaltete Tagung des Ausschusses für Regionaltheorie und Regionalpolitik im Verein für Socialpolitik zurück. Er vermittelt wesentliche Einblicke in die Entwicklungsprozesse von Stadt und Umland. Insbesondere aus der Vielzahl der erörterten Fragestellungen und Untersuchungsmethoden sowie der Offenlegung ungeklärter Probleme wird die weitere Forschung Gewinn ziehen können.

Freiburg i. Br. — Heiko Haumann

MEDET TEYMUR / TH. A. MARKUS / T. WOLLEY, *Rehumanizing Housing, Butterworth / London 1988, 194 S., £ 30,–*

Aktuelle Probleme des englischen Wohnungsbaus sind Gegenstand dieses Sammelbandes, der Beiträge und Diskussionen einer Konferenz von 1987 in London dokumentiert. Der Wohnungsbau in England läßt sich grob in drei verschiedene Sektoren einteilen: den privaten Mietwohnungsbau (private rented housing), den Eigenheimsektor (owner occupation) und den kommunalen Wohnungsbau (council housing). Vor allem um den kommunalen Wohnungsbau, seine Strukturen, Finanzierung, Architektur, Bauweise, Bewohner und Mieten, drehen sich die Beiträge dieses Buches. Dabei werden drei Schwerpunkte gesetzt: architektonisch-gestalterische Aspekte, städtebaulich-wohnungswirtschaftliche Aspekte und Fragen von der Vergangenheit bis zur Zukunft des Wohnungsbaus. »Rehumanizing the dehumanized« ist der Ausgangspunkt, der Wohnungsversorgungsprobleme als wichtiges derzeitiges Problem bezeichnet. »It is inextricably associated with a range of others – homeless, poverty, crime, vandalism, unrest and riots, unemployment, educational deprivation and ill-health« (S. 1).

Ein Großteil des derzeit aktuell kritisierten Wohnungsbestandes entstand aufgrund von Vorschlägen, die von zwei unabhängigen Kommissionen erarbeitet wurden: »Report of the local Government Boards for England, Wales and Scotland Dwellings for the working class« (Tudor Walters report 1918) – nach dem Vorsitzenden dieser Kommission und des Berichtes »Homes for Today and Tomorrow« (Parker-Morris Report, 1961). In diesen Berichten wurden Standards und Minimalausstattungen für Wohnungen festgeschrieben und gestalterische Vorschläge entwickelt, die zu vereinheitlichtem monotonen, aber auch teilweise bautechnisch problematischem Wohnungsbau führten (Th. A. Markus).

Soziale Probleme, die sich eher in unattraktiven Wohnungsbeständen kumulieren, sind Thema der Beiträge von M. Jones und T. Woolley. Hier wird die Frage aufgeworfen, ob eine

andere Form des Managements und der Wohnungsverwaltung gesellschaftliche Probleme lösen oder zumindest abschwächen kann, oder ob eine stärkere Beteiligung und Einschaltung der Bewohner und Mieter Verbesserungen erbringen kann.

Die zukünftige Entwicklung, wie sie im Teil III des Bandes thematisiert wird, ist natürlich vor dem gesellschaftlichen und politischen Hintergrund (P. Malpass, J. Carter) Englands zu sehen. Mehr als andere Bereiche war vor allem der öffentliche Wohnungsbau von den Kürzungen öffentlicher Ausgaben betroffen und die derzeitige Neubauproduktion im kommunalen Wohnungsbau ist auf dem niedrigsten Stand seit den 20er Jahren angelangt. Die derzeitige Wohnungspolitik versucht eine Stärkung des Eigentumssektors und hofft auf den »Sickereffekt«, der davon ausgeht, daß bei der Förderung der oberen Einkommenssektoren bei den unteren Einkommensgruppen durch Sickereffekte Verbesserungen der Wohnraumversorgung entstehen. Zwar ist die englische Wohnungsversorgungssituation nicht ohne weiteres vergleichbar mit der in der BRD, aber perspektivisch gibt es eine Reihe ähnlicher Entwicklungen. In diesem Kontext sind internationale Vergleiche immer sinnvoll und nützlich.

Hamburg — Dirk Schubert

ARON TÄNZER, *Die Geschichte der Juden in Jebenhausen und Göppingen. Mit erweiternden Beiträgen über Schicksal und Ende der Göppinger Judengemeinde 1927–1945 neu herausgegeben von Karl-Heinz Rueß, (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Göppingen 23), Weißenhorn: Anton H. Konrad 1988,. 662 S., zahlr. Abb. und Tabellen, DM 68,–.*

Das Buch A. Tänzers erschien erstmals anläßlich des 150. Jahrestages der Gründung der jüdischen Gemeinde in Jebenhausen und im 60. Jahr des Bestehens der israelitischen Gemeinde in Göppingen im Jahre 1927. Geschrieben im Blick auf diese Jubiläen und zu einer Zeit, als die Juden in Deutschland völlig integriert zu sein schienen, neigt der Vf. im Rückblick zu einer die Probleme und Konflikte, die Kämpfe um die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung und Gleichstellung zu sehr harmonisierenden Darstellung. Zentriert auf Entstehung und Entwicklung der beiden Gemeinden und ihrer Einrichtungen geraten gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen mitunter etwas an den unscharfen Rand des Blickfeldes. Man vermißt insbesondere auch Hinweise auf binnenjüdische Kontroversen, z. B. zwischen jüdischer Selbstbewahrung und Assimilation, zwischen Traditionalisten, Liberalen und Zionisten, zwischen Arm und Reich, Fabrikanten und Lohnabhängigen. Hinweise auf parteipolitische Orientierungen und Aktivitäten fehlen vollständig. Auch hätte eine stärkere Einbindung der jüdischen Geschichte in die Ortsgeschichte und die Herausarbeitung der wirtschaftlichen Bedeutung der Juden für die beiden Orte das Buch noch informativer gemacht. Hervorgehoben werden muß die Fülle an Aufzählungen, Tabellen, Statistiken, die weiterführende Untersuchungen unter sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen geradezu herausfordert.

Die Beschreibung der Entwicklung vom Jebenhausener Schutzjuden zum deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens gehört mit zum Interessantesten in Tänzers Buch. Als 1777 die jüdische Gemeinde in Jebenhausen gegründet wurde, galten die Juden in Deutschland im allgemeinen als Fremde. Ihre Lebensbedingungen hingen ab vom »Schutz«, den ihnen die jeweiligen Herrschaften gewährten. Der Jebenhausener Schutzbrief hebt sich wohltuend von ähnlichen Dokumenten aus demselben Jahrhundert ab. Die bemerkenswerte Urkunde, die der Vf. in vollem Wortlaut wiedergibt, ist geprägt vom Geschäftssinn der Schutzherrn, aber auch vom toleranten, humanen Geist des aufgeklärten 18. Jahrhunderts. (Den Juden wird ungestörte Religionsausübung erlaubt!) Der Kompromiß zwischen Geschäftssinn und Toleranz erwies sich anscheinend für beide Vertragspartner als vorteilhaft. Die Zahl der Juden in Jebenhausen verdoppelte sich binnen zweier Jahre. Und dieselben Schutzherren nahmen zehn

Jahre später in ihrem Dorf Buttenhausen zu ganz ähnlichen Bedingungen erneut Juden auf. Der Vf. vergleicht die beiden Schutzbriefe miteinander, er unterläßt es aber leider, die Entwicklung der beiden Judengemeinden zu verfolgen und Unterschiede wie Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten.

1805/06 fiel Jebenhausen (mit vielen anderen jüdischen Gemeinden) an Württemberg, die Juden blieben weiterhin Fremde, jedoch trat der württembergische Staat an die Stelle des persönlichen Schutzherrn. Nach und nach wurden den Juden die üblichen Untertanenpflichten (Militärdienst, Frondienst, neue Abgaben u. a. m.) auferlegt, ohne daß sich ihr Rechtsstatus wesentlich änderte. Erst mit dem »Israelitengesetz« von 1828 wurden sie in Württemberg Staatsbürger, freilich minderen Rechts. Die Enttäuschung der Juden über die Härten des Gesetzes war groß, bei Tänzer liegt der Schwerpunkt der Darstellung auf den (wenigen) Vorteilen, vor allem der Zuerkennung der Staatsbürgerschaft und der Schaffung einer israelitischen landeskirchlichen Behörde (die beim Innenministerium ressortierte). Mit der Schaffung der Staatskirche ging die religiöse Autonomie der jüdischen Gemeinden verloren. Erstaunlicherweise gab es dagegen kaum Widerstand. Die dem Gesetz innewohnende »Erziehungstendenz« hielt der Vf. für verfehlt.

Die Blütezeit der jüdischen Gemeinde Jebenhausen fiel in die Jahrzehnte des Kampfes um die volle Gleichberechtigung. Kurz vor der Jahrhundertmitte wurde die größte Zahl an Gemeindemitgliedern erreicht; die Jebenhausener Juden, von denen um 1825 noch ⅔ als arm galten, hatten es zu Wohlstand gebracht. Der Vf. bringt eine Aufstellung der Wirtschaftsunternehmen von Juden aus Jebenhausen. Die Liste ist schon durch ihren Umfang beeindruckend und weist als Schwerpunkte des Erwerbslebens im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts den Viehhandel und die Textilindustrie aus, während Geld- und Kredithandel kaum vertreten sind. Leider fehlen Vergleiche, z. B. mit anderen jüdischen Gemeinden oder mit nichtjüdischen Bevölkerungsgruppen.

Als Göppingen kurz vor der Jahrhundertmitte einen Eisenbahnanschluß erhielt, setzte die Abwanderung nach dort ein. Genau 500 Jahre nach der mittelalterlichen Vertreibung ließen sich 1849 erstmals wieder Juden in Göppingen nieder, sie kamen aus Jebenhausen, ihrem Beispiel folgten zahlreiche Glaubensgenossen. Nach und nach verlegten die jüdischen Handels- und Gewerbebetriebe aus Jebenhausen ihren Standort nach Göppingen, neue kamen hinzu. Hier war es besonders die Textilindustrie, die jüdische Unternehmer anzog. Bald lebten in der Oberamtsstadt mehr Juden als in Jebenhausen, so daß die Gründung einer eigenen Gemeinde (1867) ein folgerichtiger Schritt war. 1881 konnte die neue, prächtige Synagoge inmitten der Stadt eingeweiht werden. Zur Jahrhundertwende wurde die jüdische Gemeinde Jebenhausen aufgelöst. Mit der Gründung des Reichs 1870/71 erreichten die Juden in ganz Deutschland die völlige staatsbürgerliche Gleichberechtigung.

In Tänzers Darstellung markiert die Gründung der selbständigen jüdischen Gemeinde in Göppingen die Zäsur. Der Staat zog sich in zwei Etappen (1912 und 1924) aus den inneren Angelegenheiten der jüdischen Religionsgemeinschaft zurück, die rechtliche Stellung der Juden änderte sich zwischen Reichsgründung und 60. Jubiläum nicht. Allerdings hatte sich etwa seit der Reichsgründung in Deutschland ein rassisch fundierter Antisemitismus etabliert, der in der Gesellschaft, quer durch alle Schichten, unterschwellig virulent blieb und von Politikern bei Bedarf instrumentalisiert wurde. Im allgemeinen – sagt Tänzer – seien Christen und Juden in Jebenhausen gut und friedfertig miteinander ausgekommen. Auch in Göppingen sei der konfessionelle Friede niemals gestört worden. Erst in der Zeit nach dem Weltkrieg schlug den Juden eine Welle von Haß entgegen, man machte sie für die Niederlage verantwortlich und judenfeindliche Bestrebungen breiteten sich auch in Göppingen aus.

Uns begnadeten Spätgeborenen, die wir jüdische Religion, jüdische Kultur, jüdisches Leben in Deutschland nurmehr aus Büchern und Ausstellungen und – neuestens – aus Museen kennenlernen können, ermöglicht das Werk Tänzers einen sehr detaillierten Einblick in Aufbau und Entwicklung einer jüdischen Landgemeinde und ihrer Einrichtungen in Deutschland zur Zeit der

Emanzipation und ihrer Auszehrung im Zuge des um die Jahrhundertmitte einsetzenden rapiden Urbanisierungsprozesses, wie ihn so kenntnisreich kaum eine andere einschlägige Publikation gewährt. Da mögen die erwähnten Mängel nicht so ins Gewicht fallen.

Sehr instruktiv sind die ergänzenden Beiträge von K.-H. Rueß über Schicksal und Ende der Göppinger Judengemeinde 1927 bis 1945 und seine einfühlsame Würdigung Aron Tänzers. Als beispielhaft kann die Ausstattung des Werkes bezeichnet werden.

Stuttgart G. F. Volkmer

SIEGFRIED GERLACH, *Das Warenhaus in Deutschland. Seine Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg in historisch-geographischer Sicht (Erdkundliches Wissen 93), Wiesbaden / Stuttgart: Steiner 1988, DM 48,–.*

Dieser Band aus der Reihe Erdkundliches Wissen ist eine relativ kurze und prägnante, aber dennoch umfassende Darstellung des Warenhauses in Deutschland während der Kaiserzeit mit gelegentlichen Seitenblicken auf internationale Strömungen. Umfassend ist sie insofern, als es der Autor unternimmt, die verschiedenen Aspekte des Warenhausbaus, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, zu behandeln. Dem Text sind ein umfangreicher Anmerkungsapparat, ein ausführliches Literaturverzeichnis und ein Anhang von 33 Bildern beigegeben.

Die Hälfte des Textes ist dem Warenhaus als wirtschaftlicher Betriebsform, seinen gesellschaftlich-ökonomischen Voraussetzungen und Wesensmerkmalen gewidmet. Kürzer kommen der Aspekt der Standortbedingungen und räumlichen Verflechtungen und der Aspekt der Warenhausarchitektur weg, die zusammen die andere Hälfte des Textes ergeben. Im ersten Teil werden die Veränderungen von Warenangebot und -nachfrage auf dem Hintergrund von Industrialisierung und beginnender Massenproduktion sowie der Kaufkraftentwicklung und dem Konsumverhalten der wachsenden städtischen Bevölkerung dargelegt. Im zweiten Teil wird die Bedeutung des Warenhauses für die Citybildung der Großstadt und das Ausmaß seiner Verflechtungen mit den ökonomischen Ergänzungsräumen hinsichtlich Warenbezug, Rekrutierung der Belegschaft und Kundeneinzugsbereich herausgearbeitet. Im dritten und kürzesten Teil kommen die Tendenzen der architektonischen Gestaltung von Warenhäusern und ihre Erscheinung im Stadtbild zur Sprache. In dieser Zusammenschau der drei Aspekte liegt das hauptsächliche Verdienst der vorliegenden Arbeit.

Ein paar kritische Bemerkungen seien aber angebracht. An zwei Textstellen erweist sich die Gliederung als ungünstig: im Unterkapitel B IV »Das Verbreitungsmuster« und wenige Seiten später im Kapitel C I 2 »Die Bedingungen im lokalen und regionalen Standortraum« steht praktisch zweimal dasselbe über die bevölkerungsstarken Gebiete des Reiches als Gunstfaktor für das frühe Aufkommen des Warenhauses. In der Diskussion über die Passage im Unterkapitel A III 4 vermißt man die Ausführungen von Hantschk über die Passagen der Münchner City auf dem Godesberger Geographentag, abgedruckt in dem betreffenden Verhandlungsband. Im Unterkapitel A III 5 über die Horizontal- und Vertikalentwicklung des Stadtkerns fehlt bei der Erörterung der Voraussetzungen die Nennung des elektrischen Aufzuges, der erst viel später im Kapitel C III, aber auch dort nur in einem Nebensatz, erwähnt wird. Ebenso wird im Unterkapitel A IV über neue Handelsformen die vor allem in Preußen besonders spät aufgekommene Organisationsform der Aktiengesellschaft nur in einem Nebensatz erwähnt. Im Unterkapitel C V 2 ist von dem »wilhelminischen Wohngürtel« deutscher Großstädte die Rede; zumindest auf den Wilhelminischen Ring Berlins trifft angesichts der dortigen engen Verzahnung von Wohnen und Arbeitsstätten die Bezeichnung »Wohngürtel« nicht zu. Das sind aber kleine Einwände, die den Wert dieser schönen und gut lesbaren Arbeit nicht schmälern.

Berlin Burkhard Hofmeister

ÖSTERREICHISCHES STÄDTEBUCH, *Die Städte Niederösterreichs. 1. Teil (A–G) mit Landesgeschichte und Bibliographie, hrsg. von Othmar Pickl, Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften 1988, 456 S., 21 Tafeln, Ln. DM 110,–.*

In der gleichen Reihe wurden bereits Bände der folgenden Bundesländer publiziert: Oberösterreich, Vorarlberg, Burgenland und Tirol. Den Hauptteil dieses Buches stellen nun die einzelnen Städte Niederösterreichs dar, die sehr umfassend behandelt werden. Zuvor jedoch erhält man eine Einführung in die Geschichte Niederösterreichs mit ausführlichen Literaturhinweisen für diejenigen, denen das nicht reicht. Karl Gutkas bringt dabei viele Zahlen, geschichtliche Persönlichkeiten aber auch Anekdoten. In der gleichen Weise bespricht er auch das Städtewesen in Niederösterreich.

Alphabetisch geordnet werden dann die Städte Allentsteig, Amstetten, Baden, Bad Vöslau, Berndorf, Bruck an der Leitha, Deutsch-Wagram, Drosendorf-Zissersdorf, Dürnstein, Ebenfurth, Eggenburg, Gänserndorf, Geras, Gloggnitz, Gmünd, Groß-Enzersdorf, Groß-Gerungs, Groß-Siegharts und als Nachtrag zum 3. Teil Pulkau und St. Valentin behandelt. Dies geschieht sehr übersichtlich und äußerst detailliert. Es wird dabei jeweils nach 20 Hauptpunkten gegliedert: Name, Lage, Vorstädtische Siedlung, Stadtherr, Stadtwerdung, Stadterhebung, Die Stadt als Siedlung, Bevölkerung, Sprache, Wirtschaft, Verfassung und Verwaltung, Landesherrschaft, Rolle in der Staats- und Landesverwaltung, Wehrwesen und kriegerische Ereignisse, Siegel, Wappen, Stadtfarben, Finanzwesen, Gebiet der Stadt, Kirchenwesen, Wohlfahrtspflege, Bildungswesen, Buchdruckereien, Zeitungen, Buchhandlungen, Quellen und Darstellungen zur Stadtgeschichte, Sammlungen und andere wissenschaftliche Einrichtungen. Fast alle Punkte sind nochmals in Unterpunkte untergliedert.

Die Ausführungen zu den einzelnen Städten sind sehr minutiös. Die Betrachtung aus der historischen Sicht überwiegt. Genauer und vielseitiger kann man sich wohl in einem Nachschlagewerk nicht über eine dieser Städte informieren. Es ist wirklich kaum ein Gesichtspunkt außer acht gelassen. Vom Jahr der ersten Straßenbeleuchtung über die bedeutenden Familien bis zum Bau der Kanalisation erfährt man alles. Die Punkte sind meist sehr knapp formuliert, was sich aber keinesfalls negativ auf die Informationsfülle auswirkt. Wer jedoch nur oberflächlich in die Materie einsteigen möchte, kann in dem Buch auch einfach nur so blättern.

Im Anschluß an den Textteil ist von jeder Stadt eine Karte im Maßstab 1:5000 enthalten. Sie zeigt den Baubestand in vier Altersstufen (vor 13. Jh., 13.–18. Jh., 19. Jh., 20. Jh.) klassifiziert und weist die öffentlichen Gebäude aus. Die Karten zeigen nur die Grundstücksgrenzen und sind sehr übersichtlich. Die Beschriftung beschränkt sich auf die wichtigsten Straßen und Plätze, bzw. topographischen Gegebenheiten, die zur Orientierung nötig sind. Auf einer weiteren Karte sind die Lage und Klassifikation aller niederösterreichischen Städte dargestellt.

Besonders erwähnt werden muß die außerordentlich umfangreiche Bibliographie (70 Seiten = 1286 Titel) von Werner Berthold. Sie ist in folgende 16 Rubriken gegliedert: Bibliographien, Zeitschriften, Periodika, Reihenwerke, Quellenwerke, Karten, Atlanten, Statistik, Amtliche Verzeichnisse, Landesbeschreibung und Landeskunde, Geschichte des Landes, Wirtschafts- und Sozialgeschichte (die den größten Teil einnimmt), Städtewesen, Kirchenwesen, Kunst-, Musik-, Theater- und Literaturgeschichte, Wissenschaftspflege und Bildungswesen, Biographie, Genealogie, Mundart- und Ortsnamenkunde, Wappen-, Siegel- und Münzkunde, Archivkunde, Bibliotheks- und Musealwesen, Burgen und Schlösser. Der Bibliographie schließt sich ein eigenes Autoren- bzw. Titelregister an. Außerdem erläutert Erika Kühn für den sprachwissenschaftlich Vorgebildeten die Entwicklung des niederösterreichischen Dialektes.

Will man eine allgemeine Beurteilung dieses Werkes vornehmen, muß man zu der Aussage

kommen, daß es außerordentlich gründlich recherchiert ist und alle möglichen Quellen ausgeschöpft wurden, wodurch ein sehr informatives Nachschlagewerk entstanden ist.

Tübingen Daniela Parenzan